

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

*

Herausgegeben
von
Karl Kautsky

*

Vierunddreißigster Jahrgang
Zweiter Band



Stuttgart 1916
Verlag und Druck von J. H. W. Dietz Nachf. G.m.b.H.

Inhalts-Verzeichnis.

(A bedeutet Artikel, F Feuilleton, N Notiz, R Rezension, die Zahlen geben die Seiten an.)

I. Krieg und Zeitgeschichte.

1. Der Weltkrieg.

A. Politisches.

a. Äußere Politik.

b. Innere Politik.

c. Sozialdemokratie.

d. Internationale.

B. Wirtschaftliches.

a. Allgemeines.

b. Handels- und Finanzpolitik.

c. Wirtschaftliche Lage.

C. Sozialpolitisches.

D. Kommunales.

VI. Naturwissenschaften, Hygiene und Technik.

VII. Feuilleton.

VIII. Anzeigen.

Autoren-Verzeichnis.

(Die Zahlen geben die Seiten an.)

Die Neue Zeit
Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie
2. Band Nr. 1 Ausgegeben am 7. April 1916 34. Jahrgang

Die Spaltung der Reichstagsfraktion.

Von Ed. Bernstein.

I.

Der 24. März 1916 wird in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie als ein Tag trauriger Erinnerung fortleben. Er hat Vorgänge gezeitigt, die den Zusammenhalt der Partei auf das schwerste gefährdet haben.

Es entspricht dem Charakter dieser Zeitschrift und ist mir ein persönliches Bedürfnis, darüber mit der größten Objektivität zu berichten und mein Urteil, das ja, da ich Beteiligter bin, nicht parteilos sein kann, so sachlich wie möglich zu fassen.

Da der Hergang den Lesern der Neuen Zeit aus der Tagespresse bekannt sein wird, kann ich mich auf die Heraushebung der entscheidenden Punkte beschränken.

Am bezeichneten Tage hatte der Reichstag über den sogenannten Notetat zu beschließen, das heißt die Regierung zu ermächtigen, da der Staatshaushalt für das Geschäftsjahr 1916/17 noch nicht vom Reichstag genehmigt ist, die ersten Monate dieses Jahres auf Grund der Bewilligungen für das abgelaufene Geschäftsjahr weiter zu wirtschaften. Vom Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion war vorgeschlagen worden, den Notetat zu bewilligen und durch den Vorsitzenden Scheidemann eine kurze Erklärung abgeben zu lassen, daß diese Bewilligung nur erst der ordnungsgemäßen Fortführung der Geschäfte gelte, aber der Entscheidung der Fraktion über den Hauptetat in keiner Weise vorgreifen solle. Dem Antrag auf Bewilligung ward von Rednern der Fraktionsminderheit mit dem Hinweis darauf widersprochen, daß die Fraktion bisher stets, wie die Hauptetats, so auch die Notetats des Reiches grundsätzlich abgelehnt habe und kein Anlaß gegeben sei, von dieser durch wiederholte Parteitagsbeschlüsse der Fraktion zur Pflicht gemachten Praxis abzugehen. Die Fraktionsmehrheit ließ indes diesen Einwand nicht gelten, sondern schloß sich gegen 33 Stimmen dem Vorschlag des Vorstands an. Ein weiterer Vorschlag, der Erledigung dieser Sache an einem Sitzungstag von unserer Seite kein Hindernis in den Weg zu legen, wurde ohne Widerspruch gutgeheißen.

So ruhig und sachlich diese Erörterung in der Fraktion verlaufen war, so stürmische und unsachliche Szenen spielten sich vor versammeltem Reichstag unter den Fraktionsmitgliedern ab, als der Notetat in dessen Plenum zur Verhandlung kam. Nachdem Scheidemann die von der Mehrheit der Fraktion genehmigte Erklärung abgegeben hatte, nahm Hugo Haase das Wort, um die ablehnende Haltung desjenigen Teiles der Minderheit zu begründen, der entschlossen war, gegen den Etat zu stimmen. Anfänglich ward er ziemlich ruhig angehört. Als er aber dazu überging, die großen Fragen der Politik, die heute die Völker bewegen, scharf, aber durchaus im Geiste

der vordem stets von der Sozialdemokratie verfochtenen politischen Anschauungen zu beleuchten, ward er nicht nur vom Präsidenten wiederholt unterbrochen und von Konservativen, Zentrumsleuten und Nationalliberalen mit protestierenden Zwischenrufen überschüttet, auch eine wachsende Zahl von eigenen Fraktionskollegen hielt nun den Zeitpunkt für gekommen, durch zum Teil sehr gehässige und Haase beleidigende Zwischenrufe den Gegnern kundzutun, daß die Fraktion nichts mit dessen Rede zu tun habe, er eigentlich zu Unrecht auf der Tribüne stehe. Vorhalte aus den Reihen der Minderheit der Fraktion wurden mit nicht minder beleidigenden Gegenrufen erwidert, und es entspann sich ein Wortwechsel von unbeschreiblicher Heftigkeit unter den Fraktionskollegen, der den Parteien aus der Rechten und der Mitte des Hauses ein erwünschter Anlaß war, Haase durch immer stürmischeres Hallo am Weitersprechen zu verhindern, bis schließlich der Präsident Kämpf — halb zog es ihn, halb sank er hin — an das Haus die Frage richtete, ob es Haase weiter hören wolle. Und nicht nur die Rechte und beide Parteien der Mitte, sondern auch vier Sozialdemokraten stimmten dafür, Haase das Wort zu entziehen.

Daß sodann Schatzkanzler Helfferich unter Hinweis auf das Zustandekommen der neuen Kriegsanleihe Haase das Recht abstritt, sich deutscher Volksvertreter zu nennen, und Scheidemann in einer neuen Erklärung gegen Haase den Satz aus der von diesem am 4. August 1914 im Auftrag der Fraktion verlesenen Erklärung: »Wir lassen unser Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich« wiederholte, sind Vorkommnisse, die erwähnt sein wollen, aber auf das nun Folgende keine Einwirkung ausüben konnten.

Nachdem die drei Lesungen des Etats im Reichstag erledigt waren, trat die Fraktion zu einer vom Vorstand sofort einberufenen Sitzung zusammen. Ebert vom Partei- und Fraktionsvorstand entwickelte des letzteren Auffassung von den Vorgängen. Danach stellte sich das Verhalten Haases und der mit ihm stimmenden Minderheit der Fraktion als ein »gröblicher Disziplin- und Treubruch« dar. Durch Stillschweigen in der Fraktion, als der Vorsitzende Scheidemann Übereinstimmung in bezug auf das geschäftsordnungsmäßige Verhalten im Plenum feststellte, habe die Minderheit die Mehrheit über ihre Absichten getäuscht. Haases Rede kennzeichne sich als ein Überfall; erst unmittelbar bevor er auf die Tribüne trat, habe er Ebert von seiner Absicht Mitteilung gemacht. Der Vorstand legte der Fraktion folgende Erklärung zur Abstimmung vor:

> Die Fraktion bedauert lebhaft die Vorgänge, die sich innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft in der heutigen Reichstagssitzung zugetragen haben.
>
> In ihrer Fraktionssitzung am Vormittag wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, eine allgemeine politische Debatte im Plenum, nach der Behandlung des Etats des Auswärtigen Amtes in der Budgetkommission, zu führen — ein Beschluß, dem noch vor Beginn der Plenarsitzung der Seniorenkonvent widerspruchslos zugestimmt hat. Hinsichtlich der Behandlung des Notetats hatte die Fraktion in der gleichen Sitzung beschlossen, im Hinblick auf jene in Aussicht stehenden politischen Erörterungen nach altem Herkommen heute von einer politischen Debatte Abstand zu nehmen.
>
> In dieser Fraktionssitzung ist Haase mehrmals ausführlich zu Wort gekommen, um seine Auffassung zum Notgesetz zu begründen. Nachdem

die Fraktion in ihrer Mehrheit gegen diese Auffassung entschieden hatte, hat Haase auch nicht die leiseste Andeutung gemacht, daß er gegen diese Fraktionsbeschlüsse im Plenum vorgehen werde. Dadurch wird sein Disziplinbruch zugleich zum Treubruch. Nachdem die Fraktion bereits am 12. Januar die damalige Sonderaktion aufs schärfste gerügt hatte, sieht sie sich nunmehr gezwungen, zu erklären, daß Haase und diejenigen Fraktionsmitglieder, welche die gemeinsam gefaßten Beschlüsse gröblich mißachten und öffentlich durchkreuzen, dadurch die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte verwirkt haben.

Eine Debatte fand über diese Erklärung nicht statt. Haase beschränkte sich auf die Richtigstellung, er habe sofort, als er den Sitzungssaal betrat, Scheidemann von seiner Absicht zu sprechen Mitteilung gemacht. Daß die Minderheit ihre Abstimmung begründen werde, konnte als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Ledebour erklärte, Scheidemanns Vorschlag habe nur den formalen Geschäftsgang im Hause behandelt, die stillschweigende Zustimmung der Minderheit daher nur auf diesen bezogen werden können. Dann verlas Genosse W. Stolle folgende Erklärung:

Der Kollege Haase hat mit unserer aller Zustimmung seine heutige Rede gehalten, hat auch mit unserer Zustimmung in der Fraktionssitzung die ausdrückliche Ankündigung, reden zu wollen, unterlassen. Daß Haase unsere von der Meinung der Fraktionsmehrheit abweichende Auffassung im Plenum des Reichstags zum Ausdruck gebracht hat, war die notwendige und für alle Fraktionskollegen selbstverständliche Folgerung aus unserem Vorgehen vom 1. Dezember 1915.

In Abstimmung mit Namensaufruf wurde hierauf die Vorstandserklärung mit 58 gegen 33 Stimmen angenommen. Haase und noch 3 Fraktionsmitglieder enthielten sich der Abstimmung.

Wie der Beschluß zu verstehen sei, wurde auf Vorschlag Scheidemanns dadurch kundgetan, daß die Fraktionsmehrheit sofort beschloß, dem Reichstagspräsidium mitzuteilen, daß Haase nicht mehr Vertreter der Fraktion in der Budgetkommission des Reichstags sei und an seine Stelle der Genosse Krätzig trete. Aus Scheidemanns Ausführungen ging ferner hervor, daß die gegen Haase getroffene Maßregel in gleicher Weise auch gegen die anderen Fraktionskollegen, auf welche die Vorstandserklärung sich bezog, zur Anwendung kommen werde.

Damit waren Haase und seine Mitsünder aus der Fraktion ausgeschlossen. Wo keine Rechte sind, kann es selbstverständlich auch keine Mitgliedschaft geben. Die Streichung aus den Listen der Reichstagskommissionen ist die Beraubung der Möglichkeit, das Reichstagsmandat richtig auszuüben. Die Gemaßregelten haben sich demgemäß veranlaßt gesehen, eine eigene Fraktion zu bilden, die sich den Namen »Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft« beigelegt und die Genossen Haase und Ledebour zu ihren Vorsitzenden, Dittmann zum Schriftführer erwählt hat. Ihre Konstituierung hat sie mit folgender Erklärung bekanntgegeben:

Die unterzeichneten sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstags erklären folgendes:

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat uns heute mit 58 gegen 33 Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen, der »aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte« beraubt. Dieser Beschluß macht es

uns unmöglich, innerhalb der Fraktion auch ferner die Pflichten zu erfüllen, die uns durch die Wahl als Abgeordnete der sozialdemokratischen Partei auferlegt sind. Wir sind uns bewußt, getreu den Grundsätzen der Partei und den Beschlüssen der Parteitage gehandelt zu haben. Um so die Pflichten gegenüber unsern Wählern auch weiter erfüllen zu können, sind wir genötigt, uns zu einer Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen.

Den völlig unbegründeten Vorwurf des Disziplinbruchs und des Treubruchs weisen wir zurück.

Berlin, den 24. März 1916.

Bernstein, Bock, Büchner, Dr. Oskar Cohn, Dittmann, Geyer, Haase, Henke, Dr. Herzfeld, Horn, Kunert, Ledebour, Schwarz (Lübeck), Stadthagen, Stolle, Vogtherr, Wurm, Zubeil.

II.

Dies die Vorgänge in der Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie. Wie sind sie zu beurteilen? Um hierin nicht fehlzugreifen, muß man sie im Zusammenhang mit dem seit Beginn des Krieges sich abspielenden Meinungskonflikt in der Partei betrachten.

Von Beginn des Krieges an hat es in der Fraktion und Partei eine Minderheit gegen die von der Mehrheit der Fraktion mit Bezug auf den Krieg beobachtete Haltung gegeben. Sie ist von Tagung zu Tagung gewachsen, bis sie schließlich 44 Fraktionsmitglieder zählte. Aber nicht nur an Zahl, sondern auch an Schärfe hat die Gegnerschaft zugenommen. Bei einem Teil der Minderheit ist das Verlangen immer stärker geworden, im Reichstag selbst ihrer abweichenden Stellung zum Kriege offen Ausdruck geben zu können. Vor allem wünschte man die Ablehnung der ins Ungeheure wachsenden Kriegskredite im Plenum des Reichstags bekunden und begründen zu dürfen.

Die Fraktionsmehrheit hat allen dahingehenden Anträgen ein starres Nein entgegengesetzt. Sie hat sich dabei auf Fraktionsbeschlüsse gestützt, die ein einheitliches Vorgehen der Fraktion fordern und den Kollegen, welche nicht mit der Mehrheit stimmen zu sollen glauben, nur ein unauffälliges Entfernen aus dem Saal gestatten.

Aber das Hinausgehen einer so großen Zahl von Abgeordneten wird, namentlich wenn es sich wiederholt, nie unbemerkt bleiben, und sobald es bemerkt wird, ist der vernünftigermaßen zu begründende Zweck jener Bestimmung schon vereitelt. Denn er kann nur sein, den Gegnern der Partei stets eine in der Aktion geeinte Front zu zeigen. Verläßt jedoch eine größere Zahl von Mitgliedern den Saal, so ist die Front nicht einiger, als wenn sie im Saale bleiben und ihre Anschauung durch ihre Abstimmung bekunden. Das letztere wird aber jeder bei ruhiger Überlegung als das Würdigere anerkennen.

Daß die Meinungsverschiedenheit bestand, konnte gar nicht verheimlicht werden. In der Presse der Partei und, soweit sie dort in Versammlungen erörtert werden konnte, trat sie mit zunehmender Schärfe zutage. Unter diesen Umständen war das Versagen der Abstimmungsfreiheit nur noch ein im Hinblick auf den Gegner zweckloser Gesinnungszwang. Er konnte die Gegner nicht täuschen, schuf aber um so mehr Verbitterung in

den eigenen Reihen. Sie zu vermeiden oder auf ein Mindestmaß zu verringern, wäre zweifelsohne gelungen, wenn die Fraktionsmehrheit der Minderheit in dieser Sache einiges Entgegenkommen gezeigt hätte.

Das Gegenteil ist aber geschehen. Als im Dezember vorigen Jahres der Reichstag eine neue Milliardenforderung bewilligen sollte und 20 Mitglieder der Minderheit mit einer vom Genossen Fritz Geyer verlesenen, durchaus sachlich gehaltenen Erklärung gegen die Forderung stimmten, wurde sofort unter großem Lärm das schwere Geschütz der Anklage auf »Disziplinbruch« gegen sie aufgefahren. Die Angriffe überstiegen so sehr alles Maß parteigenössischer Auseinandersetzung, daß Hugo Haase sich veranlaßt sah, sein Amt als Fraktionsvorsitzender niederzulegen. Auch die Genossen Hoch und Ledebour traten aus dem Fraktionsvorstand aus, der nun ausschließlich aus Vertretern der Mehrheit zusammengesetzt wurde.

Gleich bei Beginn der jetzigen Tagung nun ließ er der Minderheit eine Zurücksetzung zuteil werden, die von dieser tief empfunden werden mußte. Bei der Festsetzung der Redner für den politischen Teil der Etatsdebatte schlug er der Fraktion als die zwei Redner der Partei seine Mitglieder Ebert und Scheidemann vor, und die Mehrheit hieß das gut. Ein Antrag, Haase zum zweiten Redner zu bestimmen, ward gegen 33 Stimmen abgelehnt, so daß der Minderheit die Möglichkeit genommen war, in der jetzigen, so bedeutungsvollen Situation ihrer Auffassung von der Tribüne des Reichstags herab Ausdruck zu geben.

Im Lichte dieser Tatsache ist das von der Gruppe Stolle und Genossen in der Frage des Notetatgesetzes beobachtete Vorgehen zu beurteilen. Gewiß entspricht es nicht den früheren Gepflogenheiten der Fraktion. Aber die Minderheit sah voraus, daß, wenn die Absicht Haases, in der Debatte über jenes Gesetz eine politische Rede zu halten, der Fraktionsmehrheit vorher bekanntgegeben würde, dies ein direktes Verbot zur Folge gehabt hätte. So unterließ die Minderheit die Anzeige, und das Verbot unterblieb. Es ist daher auch nicht abzusehen, worauf man die Anklage des »Disziplinbruchs« gründen will, wenn anders die Fraktion nicht als eine Rekrutenschule erscheinen soll. Aber auch der Vorwurf des Treubruchs, für den wohl jeder unter uns empfindlich ist, läßt sich nicht rechtfertigen. Die Minderheit hat weder ein Versprechen gebrochen, das sie der Mehrheit gegeben, noch ein Vertrauen getäuscht, das die Mehrheit in sie gesetzt. Allenfalls könnte man von einer Überrumpelung reden. Aber dann war sie von solcher Gattung, daß der Überrumpelte am vernünftigsten handelt, wenn er möglichst gute Miene zum bösen Spiel macht. Das war in diesem Fall für die Mehrheit der Fraktion um so leichter, als Haase Sorge nahm, zu Eingang seiner Rede festzustellen, daß er bloß für sich und »einige seiner Fraktionskollegen« spreche, also die Fraktion in keiner Weise für seine Ausführungen politisch haftbar mache. Und soweit er zum Wort gekommen ist, hat er sogar nach der Behauptung von Blättern der Mehrheit nichts gesagt, was nicht Vertreter dieser auch ausgesprochen hätten. Womit dann freilich die Zwischenrufe von Mitgliedern der Mehrheit »Er spricht für das Ausland«, »Ihre Reden verlängern den Krieg« usw. eine eigentümliche, ich möchte beinahe sagen verdiente Beleuchtung erfahren.

Indes ist auf die Zwischenrufe nicht besonderes Gewicht zu legen. Sie fielen in der Erregung, und so wenig sachlich zu dieser Anlaß gegeben war,

so war sie eben vorhanden, und Worte, die in der Erregung fallen, soll man nicht tragisch nehmen. Wichtig ist nur, was nach Abkühlung der Geister mit Vorbedacht geschaffen: die Entrechtung der 18 oder zunächst nur 17 Fraktionskollegen.[1] In bezug auf diese kann aber nach meiner festen Überzeugung bei objektiv Urteilenden keine Meinungsverschiedenheit darüber bestehen, daß sie nicht eine im Verhältnis zur Natur des Vergehens stehende Disziplinierung, sondern geradezu ein — ich bedaure, das Wort aussprechen zu müssen — unqualifizierbarer Gewaltakt war.

Wortlaut und Geist des Parteistatuts geben der Fraktionsmehrheit kein Recht zu ihm. Die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie ist keine souveräne Körperschaft, die frei zu bestimmen hat, wer ihr Mitglied sein soll und wer nicht und wieviel Recht oder Nichtrecht jedes einzelne Mitglied haben soll. Wer als Mitglied der Partei in den Reichstag gewählt ist, gehört ihr mit gleichen Rechten von Partei wegen an. Glaubt eine Fraktionsmehrheit, auf Grund eines Konflikts sich eines oder mehrerer Mitglieder entledigen zu müssen, so stehen ihr dafür die Instanzenwege der Partei offen, sie kann aber unmöglich Kläger und Richter in einer Person sein. Der Entrechtungsbeschluß ist ein rechtsungültiger Gewaltakt, den nach modernen Rechtsgrundsätzen keine hinterher von den Betroffenen begangene Handlung rechtsgültig machen kann.

Aber der Entrechtungsbeschluß ist nicht nur ein Gewaltakt, es würde auf ihn auch ein Wort passen, das man unter Parteigenossen nicht brauchen mag. Wolfgang Heine hat von ihm in einem bürgerlichen Blatt als von einem »A u s d r u c k« aus der Fraktion gesprochen. Kein schönes Wort, aber es bezeichnet die Sache. Faktisch war es ein A u s s c h l u ß. Aber der hätte den Ausgeschlossenen auch formell das Recht gegeben, eine eigene Fraktion zu bilden. Der »A u s d r u c k« überließ ihnen den letzten Schritt, so daß man sie nun beschuldigen kann, sie hätten die Spaltung vollzogen.

Es wird mir sehr schwer, das alles niederzuschreiben, und ich habe Vergleiche aus der großen Politik unserer Tage, die sich mir immer wieder aufdrängten, gern unterdrückt. Aber es sind durch das Vorgehen der Fraktionsmehrheit die wesentlichsten Grundlagen unseres Parteilebens in Frage gestellt, und da ist es notwendig, mit voller Schärfe aufzuzeigen, von welcher Natur die Schritte sind, zu denen sie sich in ihrer Verbissenheit hat verleiten lassen. Hat der Geist, der heute Europa verwüstet, wirklich so sehr die Köpfe umnebelt, daß es auch in unserer Partei heißen soll: Disziplin ist alles, Recht ist nichts?

Tatsächlich müßte umgekehrt das Recht, hier also das Recht der freien Meinung und Meinungsausübung obenan stehen und die Pflicht zur Disziplin erst folgen. Im Hinblick auf eine drohende Weltlage, die nicht halb so kompliziert ausgefallen wäre wie die, in der wir uns befinden, hat Friedrich Engels einmal an Marx geschrieben, ihr Eintritt würde für die

---

[1] Die Zahl 18 kommt dadurch heraus, daß meine Wenigkeit mitgezählt wurde. Aber ich hatte an dem von Stolle verlesenen Beschluß keinen Anteil. Mein Name war irrigerweise dadurch auf die Liste gekommen, daß ich am Tage vorher auf eine an mich gerichtete Frage erklärt hatte, gegen das Notetatgesetz stimmen zu wollen. Unter anderen Umständen hätte ich in der Fraktionssitzung den Irrtum aufgeklärt. Der Entrechtungsbeschluß machte es mir zum Pflichtgebot, mit den Entrechteten mich solidarisch zu erklären.

Internationale scheußlich sein, da alsdann jeder, wie er sich auch stelle, recht und unrecht haben würde. Und heute liegen die Dinge sicherlich nicht so, daß eine Mehrheit mit apodiktischer Sicherheit sagen könnte: »Bei uns allein ist die Wahrheit.«

Die Fraktionsmehrheit wirft der »herausgedrückten« Minderheit im gleichen Atemzug Disziplinbruch vor, wo sie selbst im Widerspruch mit des öfteren und sehr bestimmt gefaßten Parteitagsbeschlüssen für ein Kriegsbudget gestimmt hat. Sie leitet ihr Recht zur Bewilligung aus der außergewöhnlichen Lage her, in der wir uns befänden. Nun bin ich gewiß der letzte, zu bestreiten, daß unter bestimmten Verhältnissen auch die Bewilligung eines Reichsbudgets durch die Sozialdemokratie notwendig werden kann. Aber es wird der Mehrheit sehr schwer werden, selbst nur den Schimmer eines Beweises dafür zu erbringen, daß hier solche zwingende Gründe vorliegen, wie sie nach den Parteitagsbeschlüssen eine Ausnahmeabstimmung rechtfertigen würden. Eine Ablehnung des Budgets durch die gesamte Fraktion würde nichts an diesem zum Schaden der Arbeiter geändert haben. Die Ausnahmeverhältnisse werden von der Fraktionsmehrheit angerufen, um eine Taktik zu rechtfertigen, die mit den Parteitagsbeschlüssen im Widerspruch steht. Scheidemanns Trumpf gegen Haase: »Die Sozialdemokratie läßt in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich« erweist sich bei näherer Betrachtung als ein Blender ohne Inhalt. Denn die Budgetabstimmung hat mit der Vaterlandsverteidigung nicht mehr zu tun als die Abstimmung über Agrarzölle mit dem Betrieb eines Landguts. Sie ist ein politisch-gesetzgeberischer, die Landesverteidigung ein staatsbürgerlicher Akt. Die Ablehnung des Budgets heißt nicht die Ablehnung der Landesverteidigung, sondern die Ablehnung einer Politik. Das hat Scheidemann so gut wie wir alle anderen in unzähligen Volksversammlungen dargelegt, so daß er mir schon erlauben muß, gegen seine Worte als irreführend Verwahrung einzulegen. Ganz anderes hat die Fraktionsmehrheit mit der Bejahung des Reichsbudgets im Auge. Selbst wenn dieses andere, die neue Taktik, in jeder Hinsicht das Bessere wäre, so wäre es damit immer noch etwas, was gegen geltende Beschlüsse der Partei verstößt. Und doch gestattet es sich die Fraktionsmehrheit. Wenn aber die Minderheit erklärt, die Ausnahmeverhältnisse, in denen wir leben, verbieten es, aus der Disziplin einen Götzen zu machen und uns zu zwingen, mit euch wider unsere Überzeugung Parteitagsbeschlüsse über den Haufen zu werfen, so ertönt aus den Reihen der Mehrheit sofort der alte Kehrreim: »Bauer, das ist ganz was anderes!«

Dieses im höchsten Grade undemokratische Verfahren ist es, das die gegenwärtige Spaltung der Fraktion herbeigeführt hat. Sie mag der Mehrheit oder deren Leitern als unbedenklich erscheinen, weil die herausgedrückte Minderheit nur 18 Genossen umfaßt, die obendrein durch äußeren Zwang und die Rücksichten, die sie sich im Interesse des großen Ganzen selbst auferlegen, in der Vertretung ihres Standpunktes sehr beengt sind, während der Mehrheit außer den großen eigenen Machtmitteln auch noch die bürgerliche öffentliche Meinung und gegebenenfalls das Wohlwollen der heute Übermächtigen zur Seite steht. Es ist daher leicht möglich, daß dieses Gefühl der Macht sie zu weiteren Schritten auf der betretenen Bahn verleitet, denn die Macht pflegt oft genug blind zu machen. Vorläufig hat man Haase

nun aus dem Parteivorstand herausgedrückt und vom schnell einberufenen Parteiausschuß einen Beschluß erwirkt, mit dem sich alles mögliche anfangen läßt. Indes wird die Minderheit gut tun, sich ihrerseits durch nichts zu übereilten Schritten hinreißen und vor allen Dingen über ihre Parteitreue keine Zweifel aufkommen zu lassen. Sie kann und muß ihren, von der Politik der Mehrheit abweichenden Standpunkt so vertreten, daß die Form einer Polemik nach der Seite der eigenen Parteigenossen hin vermieden wird, und sie braucht sich nicht darauf zu verlegen, um jeden Preis anderes zu sagen, als die früheren Fraktionskollegen. Ihre Haltung muß eine solche sein, daß eine parlamentarische Kooperation mit jenen zu jeder Zeit möglich bleibt. Die Spaltung der Fraktion bringt manches üble mit sich. Aber sie hat, wie schon sehr treffend vom »Vorwärts« und andern Blättern betont wurde, auch ihre Vorteile. Einer der größten wird es sein, wenn der Wegfall der vielen kleinen Reibereien zur Beschränkung der Auseinandersetzungen auf die wirklich grundlegenden Fragen führt und jeder Flügel die von ihm für richtig gehaltene Politik mit ungebrochener Konsequenz vertreten kann.

Die Tagung des Preußischen Landtags.

Von **Paul Hirsch.**

Weit mehr als die regelmäßigen Friedenstagungen hat die letzte Kriegstagung des Preußischen Landtags die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gelenkt, nicht sowohl wegen der Gesetzesvorlagen, mit deren Erledigung sie befaßt war, als vielmehr wegen der Debatten allgemein-politischer Natur in den Kommissionen und im Plenum.

Was die gesetzgeberische Arbeit im engeren Sinne betrifft, so hat sich die Regierung diesmal nicht darauf beschränkt, dem Landtag nur solche Vorlagen zu unterbreiten, die mit dem Kriege in mehr oder minder engem Zusammenhang stehen, sondern sie hat auch einige bereits früher beratene, aber unerledigt gebliebene Gesetzentwürfe, wie den Gesetzentwurf betreffend die Dienstvergehen der Beamten der Orts-, Land- und Innungskrankenkassen und den Entwurf eines Fischereigesetzes wieder eingebracht. Dem politisch bedeutungslosen Fischereigesetz konnte auch die sozialdemokratische Fraktion zustimmen. Mit dem Gesetzentwurf, der die Disziplinarverhältnisse einer gewissen Kategorie von Kassenbeamten regelt, hat sie sich dagegen nicht einverstanden erklären können; sie war bestrebt, wenigstens die ihr am gefährlichsten erscheinenden Vorschriften zu beseitigen, ließ aber von vornherein keinen Zweifel darüber, daß sie aus Gründen allgemein-politischer Art dem Entwurf ihre Zustimmung versagen müßte.

Unter den Gesetzen, die aus der Not des Krieges geboren sind, ist, wenn man von der bisher erst in zweiter Lesung erledigten Vorlage betreffend die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer und zur Ergänzungssteuer, auf die wir später zu sprechen kommen, absieht, das bedeutendste das über weitere Beihilfen zu Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände. Die ursprüngliche Vorlage der Regierung sah zu den bereits durch Gesetz vom 27. März 1915 für diese Zwecke zur Verfügung gestellten 110 Millionen weitere 110 Millionen vor, das Abgeordnetenhaus ist dar-

über hinausgegangen und hat mit Zustimmung des Staatsministeriums die Summe auf 200 Millionen Mark erhöht. Ob dieser Betrag ausreichen wird, ist heute noch nicht zu übersehen; jedenfalls läßt sich nicht bestreiten, daß Preußen auf diesem Gebiet den übrigen deutschen Bundesstaaten mit gutem Beispiel vorangegangen ist. Auch das Ergänzungsgesetz zum Knappschaftskriegsgesetz, das die Anrechnung von Militärhinterbliebenengeldern, die aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges gezahlt werden, auf die Pensionen der Witwen und die Beihilfen zur Erziehung der Kinder verbietet, bedeutet eine für die Gesetzgebung anderer Länder vorbildliche Maßnahme, eine Maßnahme, die nicht zuletzt auf Anregungen von sozialdemokratischer Seite zurückzuführen ist. Ablehnend verhielt sich unsere Fraktion zu dem Gesetz zur Förderung der Ansiedlungen. Es handelt sich hier um einen gesetzlichen Versuch zur Erleichterung der Ansiedlungen, vor allem zur Erleichterung der Kriegeransiedlungen. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion verkannte nicht, daß die finanzielle Hilfe des Staates wesentlich dazu beitragen werde, die Ansiedlungen zu erleichtern und den Ansiedlern, die eine Stelle erwerben wollen, das wirtschaftliche Fortkommen günstiger zu gestalten, er verlangte aber eine Gewähr dafür, daß bei der Ausführung des Gesetzes unter Zurückstellung aller parteipolitischen Rücksichten nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten verfahren werde. Eine solche Gewähr wäre vielleicht gegeben, wenn das Haus dem Antrag der Polen zugestimmt hätte, wonach dem § 12 des Gesetzes betreffend die Förderung der Errichtung von Rentengütern vom 7. Juli 1891 folgender Zusatz gegeben werden sollte: »Jedoch dürfen solche Bedenken aus dem Religionsbekenntnis, der Abstammung, der Muttersprache oder der politischen Betätigung des Rentengutsnehmers nicht hergeleitet werden.« Da die Mehrheit des Abgeordnetenhauses diesen Zusatz ablehnte, war es für die Sozialdemokraten ganz selbstverständlich, daß sie gemeinsam mit den Polen und Dänen gegen das Gesetz stimmten.

Die wichtigste gesetzgeberische Materie, deren Erledigung aber kaum vor Ende dieses Jahres zu erwarten ist, ist der Entwurf eines Schätzungsamtsgesetzes und in Verbindung damit der Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Stadtschaften. Beide Vorlagen bedeuten gewissermaßen die Vorarbeiten für eine künftige Wohnungsgesetzgebung, das Schätzungsamtsgesetz will die Mißstände beseitigen, die sich durch das Vorherrschen der freien privaten Schätzertätigkeit im Schätzungs- und Beleihungswesen herausgestellt haben. Die Regierung geht davon aus, daß ohne ein geordnetes und zuverlässiges Schätzungswesen eine gesunde Entwicklung des Grundstücks- und des Grundkreditwesens sowie des Wohnungswesens nicht möglich ist; sie erblickt in der systematischen, die Bildung von Spekulationswerten begünstigenden Überschätzung der Grundstückswerte, besonders in größeren Städten, eine der Hauptursachen, durch die das Bauland in übertriebener Weise verteuert und die ungesunde Grundstücksspekulation gefördert wird. Ob ihre Annahme, daß die übertriebenen Schätzungswerte eine ungesunde Steigerung der Mietpreise nicht nur infolge Verteuerung des Baulandes, sondern auch infolge Überspannung der Beleihung begünstigen, richtig ist, bleibe dahingestellt. Jedenfalls wird man ihr darin beipflichten müssen, daß richtige Schätzungen die Voraussetzung jeder Reform auf dem Gebiet des Hypothekenkredits

sind. Das Schicksal dieses Entwurfs ist einstweilen noch ebenso ungewiß wie das des Entwurfs zur Förderung der Stadtschaften, der zur Milderung der Notlage des städtischen Grundbesitzes 10 Millionen Mark als Darlehen an sogenannte Stadtschaften fordert. Beide Vorlagen unterliegen während der Vertagung des Landtags noch weiteren kommissarischen Vorberatungen.

Mehr Zeit als die eigentliche gesetzgeberische Arbeit hat die Erörterung der auf den Krieg bezüglichen allgemeinen Fragen wirtschaftlicher und politischer Natur in Anspruch genommen. Einige Blätter der bürgerlichen Linken haben dem Abgeordnetenhaus einen Vorwurf daraus gemacht, daß es diese Fragen zu eingehend behandelt und dadurch die Session in die Länge gezogen hat. Dieser Vorwurf entbehrt der Berechtigung. An sich kann man die Erörterung der Fragen, die auf den Krieg Bezug haben, keinem Parlament verbieten, im Gegenteil, eine Volksvertretung würde ihre Pflicht verabsäumen, wenn sie daran vorübergehen und sich nur auf die eigentliche gesetzgeberische Arbeit beschränken wollte. Was wir von unserem Standpunkt aus zu kritisieren haben, ist nicht die Erörterung dieser Fragen an sich, sondern die Art und Weise, wie sie erörtert worden sind und wie man wieder einmal von Preußen aus versucht hat, einen Druck auf die Reichsgesetzgebung auszuüben.

Das gilt besonders von der Behandlung auswärtiger Angelegenheiten. Die Parteien des Abgeordnetenhauses waren sich völlig einig darüber, daß das Haus zur Erörterung auswärtiger Angelegenheiten des Reiches berechtigt ist, wie das auch bereits in einer früheren Sitzung festgestellt war, und ebenso ist es verständlich, daß gerade in der gegenwärtigen ernsten Zeit die Parteien den Wunsch haben, ihren Anschauungen über die auswärtige Lage Ausdruck zu geben, aber trotzdem haben die bürgerlichen Parteien gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten beschlossen, von der Etatsberatung im Plenum die Erörterung aller auswärtigen Angelegenheiten, insonderheit unserer Kriegsziele, unserer Kriegführung und unserer Beziehungen zu den kriegführenden und neutralen Staaten auszuschließen. Begründet wurde dieser am 16. Februar gefaßte Beschluß damit, daß im gegenwärtigen Augenblick eine öffentliche Erörterung unserer auswärtigen Lage den Interessen des Landes nicht entsprechen, sondern sie möglicherweise schädigen könnte. Auf den ersten Blick möchte es so scheinen, als ob das Preußische Abgeordnetenhaus dadurch ein großes Opfer gebracht hätte, aber nur auf den ersten Blick. In Wirklichkeit liegt die Sache wesentlich anders, in Wirklichkeit läuft dieser Beschluß darauf hinaus, die Gegner einer Verschärfung des Unterseebootkriegs mundtot zu machen. Hatte doch die verstärkte Haushaltskommission am 11. Februar, nachdem die Denkschrift der Reichsregierung über den U-Bootkrieg und die Äußerung des Reichskanzlers, daß er die Empfindungen des ganzen deutschen Volkes ausspreche, wenn er erkläre, daß er einer Demütigung Deutschlands nicht zustimmen und sich die Waffe der Unterseeboote nicht aus der Hand reißen lassen könne, veröffentlicht worden war, mit überwiegender Mehrheit beschlossen, folgenden von ihr zwei Tage vorher gefaßten Beschluß der Öffentlichkeit zu übergeben:

Den Präsidenten des Abgeordnetenhauses zu ersuchen, dem Herrn Ministerpräsidenten von folgender Auffassung der Kommission Mitteilung zu machen:

Die Kommission würde es im Interesse des Landes für schädlich erachten, wenn sich aus der Stellungnahme der Reichsleitung gegenüber Amerika die Konsequenz einer Einschränkung in unserer Freiheit, einen uneingeschränkten und dadurch voll wirksamen Unterseebootkrieg zum geeigneten Zeitpunkt gegenüber England aufzunehmen, ergäbe.

Hierauf war unter dem 12. Februar von dem Reichskanzler und Ministerpräsidenten eine Antwort eingegangen, die wir ihrer Bedeutung wegen im vollen Wortlaut folgen lassen:

Am 7. Februar dieses Jahres hat in der Sitzung der verstärkten Haushaltskommission des Abgeordnetenhauses der Staatsminister v. Jagow darauf hingewiesen, daß die in dieser Sitzung erörterten Fragen unserer Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika und der Aufnahme eines uneingeschränkten U-Bootkriegs Angelegenheiten der Reichspolitik und der Kriegführung seien, und daß ihm deshalb eine sachliche Stellungnahme in der Kommission nicht möglich sei.

Über den von der Kommission am 9. Februar gefaßten und mir von Euer Exzellenz übersandten Beschluß ist gestern der Öffentlichkeit Mitteilung gemacht worden, obwohl der in der Kommissionssitzung anwesende Vertreter der Königlichen Staatsregierung dagegen Einspruch erhoben hatte.

Dadurch ist, entgegen einer Warnung der Staatsregierung, von der Kommission eine Lage geschaffen worden, die mich genötigt hat, in der »Norddeutschen Allgemeinen Zeitung« folgendes zu veröffentlichen:

Zu dem heute veröffentlichten Beschluß der Staatshaushaltskommission des Hauses der Abgeordneten über die Verhandlungen mit Amerika und die Führung des Krieges zur See haben wir folgendes zu bemerken.

Es ist erklärlich, daß die Kommission das Bedürfnis empfunden hat, in so ernster Zeit die alle Deutschen bewegenden Fragen des Krieges und der auswärtigen Politik in ihrem Schoße vertraulich zu erörtern. Die gegen den ausdrücklichen Einspruch eines Vertreters der Königlichen Staatsregierung beschlossene Veröffentlichung indessen wird und muß den Eindruck erwecken, als habe die Kommission eine Einwirkung auf Fragen der auswärtigen Politik und die Anwendung bestimmter Kriegsmittel ausüben wollen.

Diese Veröffentlichung zwingt uns, festzustellen: Die Leitung der auswärtigen Politik und der Kriegführung ist ausschließliches verfassungsmäßiges Recht des Deutschen Kaisers. Während die Oberste Heeresleitung parlamentarischen Einflüssen überhaupt nicht unterliegen kann, gehört die parlamentarische Behandlung auswärtiger Fragen vor das Forum des Reichstags.

Der Reichskanzler, der heute früh aus dem Großen Hauptquartier zurückgekehrt ist, wird, wie wir hören, in seiner Antwort an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses diesen Standpunkt zur Geltung bringen.

Aus diesen Ausführungen ergibt sich meine Auffassung über die Grenzen des Geschäftsbereichs der Staatshaushaltskommission des Preußischen Abgeordnetenhauses, die ich in der von mir in Aussicht genommenen und der Kommission bereits vor Fassung des Beschlusses vom 9. Februar angekündigten vertraulichen Besprechung den Führern der Fraktionen darlegen werde.

Das Schreiben des Reichskanzlers hat in einer späteren Sitzung der verstärkten Haushaltskommission Anlaß zu lebhaften Auseinandersetzungen gegeben, die Kommission hat mit überwältigender Mehrheit beschlossen, dem Plenum die Annahme einer Resolution zu empfehlen, wonach das Haus gegenüber der in dem Schreiben des Ministerpräsidenten vertretenen Auffassung an seinem verfassungsmäßigen Recht festhält, der Königlichen Staatsregierung auch in auswärtigen Fragen seine Ansicht auszusprechen und um Auskunft über ihre Stellung im Bundesrat in dieser Frage zu ersuchen. Es ist charakteristisch, daß dem Plenum bis zur Vertagung des

Landtags noch kein Bericht über diesen Teil der Kommissionsverhandlungen erstattet war, die Mehrheit will offenbar alles vermeiden, um einer öffentlichen Besprechung sowohl der Frage der Kompetenzen des Landtags als auch der Frage der Kriegführung aus dem Wege zu gehen. Wozu auch eine öffentliche Auseinandersetzung? Der Beschluß der Kommission war gegen alle Gepflogenheiten der Öffentlichkeit bekanntgemacht, ohne das Haus vorher um seine Zustimmung zu ersuchen; der Pfeil war abgeschossen, man hatte Herrn v. Bethmann Hollweg, wenn auch in verschleierter Form, ein Mißtrauensvotum erteilt, und aus Furcht, die Wirkung des Vorstoßes könnte abgeschwächt werden, spielte man sich als Förderer und Hüter der Landesinteressen auf und nahm denen, die in dieser Frage anderer Ansicht sind, die Möglichkeit, sich frei zu äußern. Das Parlament hat die Zensur auf seine eigenen Mitglieder ausgedehnt.

Durch dies Verhalten hat sich das Abgeordnetenhaus in Widerspruch gesetzt zu dem Beschluß, den es selbst in bezug auf die Handhabung der Zensur gefaßt hat; es hat die Regierung aufgefordert, dahin zu wirken, daß 1. fortan von den Militärbehörden die Preßfreiheit und das Vereins- und Versammlungsrecht nur so weit beschränkt werden, als dies im Interesse siegreicher Kriegführung unbedingt geboten ist, 2. insbesondere die Erörterung der allgemeinen Richtlinien unserer Friedensziele tunlichst freigegeben wird, 3. die für die gleichmäßige Handhabung der Zensur getroffenen Einrichtungen wirksamer gestaltet werden, 4. wo von Zivilbehörden eine Einwirkung auf die Handhabung der Zensur geübt wird, dafür von dem Minister des Innern wie von den sonst zuständigen Zentralbehörden die Verantwortung übernommen wird. Anscheinend ein Beschluß, der freiheitlichen Geist atmet! Aber bei näherer Betrachtung wird man erkennen, daß es sich auch hier wiederum nur um eine Beseitigung der Einschränkungen der Zensur in dem Maße handelt, wie sie die bürgerlichen Parteien, insbesondere die Annexionspolitiker, an der Erörterung ihrer Kriegsziele hindert. Von der von sozialdemokratischer Seite beantragten unverzüglichen Aufhebung des Belagerungszustandes wollte das Haus nichts wissen, obwohl der Minister des Innern selbst zugeben mußte, daß die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes, je länger der Krieg dauert, desto mehr Hemmungen und Erschwerungen des öffentlichen und privaten Lebens mit sich bringe. Daß der Minister sich trotzdem für die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes aussprach, nimmt nicht wunder. Mit welchem Recht er sich dabei auf die »überwältigende Mehrheit der Bevölkerung« berufen konnte, ist sein Geheimnis.

Will man den Vorstoß der Mehrheit des Dreiklassenparlaments gegen den Reichskanzler richtig würdigen, so muß man ihn im Zusammenhang mit der Wahlrechtsfrage betrachten. An dieser brennenden Frage konnte die Thronrede nicht vorübergehen, aber sie äußert sich darüber noch weit zurückhaltender und unbestimmter als frühere Thronreden.

»In dem ungeheuerlichen Erleben dieses Krieges«, heißt es, »wird ein neues Geschlecht groß.... Der Geist gegenseitigen Verstehens und Vertrauens wird auch im Frieden fortwirken in der gemeinsamen Arbeit des ganzen Volkes am Staate. Er wird unsere öffentlichen Einrichtungen durchdringen und lebendigen Ausdruck finden in unserer Verwaltung, unserer Gesetzgebung und in der Gestaltung der Grundlagen für die Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften.«

Schon diese bescheidene Ankündigung genügte, um die konservativen und freikonservativen Wahlrechtsfeinde in Harnisch zu bringen. Herr v. Heydebrand war entrüstet darüber, daß die Regierung den Wünschen entgegenzukommen suche, »die auf der linken Seite dieses Hauses mit einer gewissen Eintönigkeit alle Jahre zur Geltung gekommen sind«, und er bezeichnete es als zweifelhaft, ob dies Entgegenkommen in vollstem Maße als ausreichend anerkannt werden wird. Und nicht genug damit, gab er der Ansicht Ausdruck, daß es kaum einen Zeitpunkt gebe, der unglücklicher für diese Frage gewählt werden konnte.

»Wenn man zu einem Zeitpunkt, wie es dieser Krieg ist, der doch als allerernstestes Erfordernis an unser Volk die Forderung nach Einigkeit stellt, wenn man zu dieser Zeit, wo man auf das peinlichste besorgt ist, den Burgfrieden zwischen den Parteien zu erhalten, mit Fragen hervortritt, die zweifellos die Einigkeit im preußischen Volksleben, in unserem Parteileben stören müßten, so ist es doch ganz klar, ganz zweifellos: das ist einfach unverantwortlich, einfach unverantwortlich!... Es ist doch gar keine Frage, daß, von einigen — sagen wir einmal — Schönheitsfehlern abgesehen, die Gestalt unseres Preußischen Abgeordnetenhauses, unserer preußischen Volksvertretung eine den Bedürfnissen des Landes, wie ich behaupte, fast ideal entsprechende ist.«

Ähnlich Freiherr v. Zedlitz, der zunächst Einspruch gegen die Deutung erhob, als ob die Regierung an die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen denke, um dann fortzufahren:

»Mir scheint, daß zu einer befriedigenden Lösung dieser Aufgabe doch noch eins notwendig ist, nämlich daß das gegenseitige Verstehen, das gegenseitige Vertrauen unter den Parteien auch auf diesem Gebiet bereits herrschend, bereits Allgemeingut unserer Parteien geworden ist. Ich habe nach dem, was mir bis zum heutigen Tage aus der Presse und aus den Äußerungen der Parteien bekanntgeworden ist, doch einige ernste Zweifel daran gehegt, ob eine solche weitgehende Übereinstimmung der Auffassungen bereits vorhanden ist.... Wenn dem aber so ist, dann würde die Einbringung einer Wahlvorlage doch die glücklich jetzt begrabene Streitaxt zwischen den Parteien wieder ausgraben heißen, sie würde heißen, unsere Einheit, auf die die Staatsregierung ja selbst nach den Äußerungen des Herrn Ministers des Innern so großen Wert legt, die Einheit unseres Volkes, die Einmütigkeit unseres Volkes ernstlich gefährden, und zwar in einer Zeit, in der wir den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens, den Wiederaufbau unserer Finanzen im Reich, im Staat, in den Gemeinden vor uns haben, Aufgaben, die — darüber wird kein Zweifel sein — nur gelöst werden können, wenn die gemeinsamen Kräfte der ganzen Bevölkerung an demselben Strange ziehen, gemeinsam zusammenarbeiten. Also, meine Herren, ich glaube, im Interesse unseres Lebens, unseres Volkes liegt es, daß nicht eher an die Wahlvorlage herangegangen wird, bis wenigstens unter denjenigen Parteien, die auf dem Boden eines sachgemäß abgestuften Wahlrechts stehen, einigermaßen Verständigung darüber erzielt und die Sicherheit gewährt ist, daß wir nicht wieder in harte Parteigegensätze dadurch geraten. Und, meine Herren, darüber kann kein Zweifel sein: das Herz unseres Volkes beschäftigt sich heute nicht mit der preußischen Wahlvorlage.«

Noch charakteristischer als diese Aussprüche ist das »Nein« auf der rechten Seite, das der stenographische Bericht hinter den Worten des Ministers des Innern verzeichnet:

»Die Regierung ist deshalb entschlossen, wenn die Waffen ruhen, das politische Leben Preußens und Deutschlands von der umstrittensten Frage dauernd zu entlasten, und sie erwartet, alle Parteien an ihrer Seite zu finden, wenn sie die Grund-

lagen für die Beratungen in ihren Vorschlägen bietet. Das wird nach dem Kriege der Fall sein.«

Zwei Schlußfolgerungen sind aus der kurzen Wahlrechtsdebatte zu ziehen: einmal die Gewißheit, daß die Regierung während des Krieges an die Einbringung einer Wahlrechtsvorlage überhaupt nicht denkt, und zweitens die Vermutung, daß eine Vorlage, die sie nach Beendigung des Krieges dem Landtag unterbreitet, mag sie sich auch in noch so bescheidenen Grenzen bewegen, dem heftigsten Widerstand auf der Rechten begegnen wird. Die Parteigegensätze werden genau so scharf wie vor dem Kriege in Erscheinung treten, es wird sich zeigen, daß der Burgfriede den reaktionären Parteien nur ein Vorwand gewesen ist, ihre eigenen Geschäfte zu besorgen, daß sie aber auf den Burgfrieden pfeifen in dem Augenblick, wo die Regierung, wenn auch noch so zaghaft, an eine freiheitliche Gestaltung unseres Staatswesens herangeht.

Die Wahlrechtsdebatte hat deutlich gezeigt, wie es um die Neuorientierung der inneren Politik in Preußen bestellt ist. Verstärkt wird unser Mißtrauen in die Absichten einer Änderung des heutigen Systems, wenn wir uns die Verhandlungen über das Koalitionsrecht der Eisenbahner ins Gedächtnis rufen. Bis zum Ausbruch des Krieges war es den Eisenbahnern bei Strafe sofortiger Entlassung verboten, eine sozialdemokratische Gesinnung öffentlich zu betätigen, einer sozialdemokratischen Organisation oder einer freien Gewerkschaft anzugehören, eine sozialdemokratische Zeitung zu halten oder zu lesen und sozialdemokratische Versammlungen zu besuchen. In der neuen Arbeiterdienstordnung ist der Hinweis auf die Sozialdemokratie entfallen, dagegen ist das Streikverbot bestehen geblieben, die Arbeiter, die in den Dienst der preußischen Staatseisenbahnen treten wollen, müssen auf die Arbeitseinstellung und auf die Zugehörigkeit zu einer Vereinigung verzichten, die die Arbeitseinstellungen für zulässig erachtet. Zwar betonte der Redner der sozialdemokratischen Fraktion bei der Etatsberatung ausdrücklich, daß es nicht die Absicht der Gewerkschaften sei, Streiks im Eisenbahnbetrieb herbeizuführen, sondern daß die Gewerkschaften die auf Vertretung der Interessen der Eisenbahnarbeiter und Eisenbahnbediensteten gerichtete Tätigkeit so gestalten würden, daß etwa entstehende Differenzen ohne Gefährdung des Betriebszweckes durch Verhandlungen ihre Erledigung finden. Aber diese Erklärung genügte dem Eisenbahnminister v. Breitenbach nicht, er erwiderte:

»Nur die Absicht auszusprechen, nicht streiken zu wollen, genügt nicht: wir verlangen einen Verzicht. Der Verzicht hat nach Auffassung der Verwaltung einen hohen moralischen Wert, wenn er auch nicht absolut sichert, und ich bin fest überzeugt, daß die Herren Vertreter der sozialdemokratischen Partei und die Gewerkschaften den moralischen Wert des Verzichts so hoch einschätzen, daß sie nicht glauben, ihn zugestehen zu können. Aber gerade darum muß die Verwaltung den Verzicht fordern.«

Im wesentlichen wird also in Preußen auch in dieser Beziehung alles beim alten bleiben, die bürgerlichen Parteien sind sich völlig einig darüber, daß den Arbeitern der Eisenbahnverwaltung ganz unmöglich ein Streikrecht gewährt werden könne, ja in der Kommission ist sogar das Bedenken laut geworden, daß der Minister »im Hinblick auf die Staatssicherheit« schon zu

weit gegangen sei, wenn er in der neuen Dienstordnung gegen keine Partei oder Vereinigung mehr Stellung nimmt.

Genau so wie der Preußische Landtag seinem Grundsatz, die Rechte des Volkes nicht mehr zu erweitern, treu geblieben ist, genau so hat er in der wichtigen Ernährungsfrage alles getan, um ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Konsumenten in erster Linie die Interessen der Produzenten zu fördern. Wie ein roter Faden zog sich durch die langausgedehnten Debatten der Gedanke, daß die Landwirtschaft nach dem Kriege eines noch höheren Schutzes als bisher bedürfe, da sie nur dann imstande sei, das Volk zu ernähren, wenn ihr ein ausreichender Schutz zuteil werde. Wie es tatsächlich um die Ernährung der Bevölkerung während des Krieges bestellt gewesen ist, darüber wird nach Wiederherstellung des Friedens noch ein offenes Wort zu reden sein. Vorläufig müssen wir uns auf die Bemerkung beschränken, daß die zahlreichen zur Lebensmittelfrage gefaßten Beschlüsse des Abgeordnetenhauses samt und sonders von dem Geiste diktiert sind, daß es notwendig sei, der Landwirtschaft weitere Vorteile zuzuwenden und die Reichsgesetzgebung in agrarischem Sinne zu beeinflussen.

Wie wenig man den Interessen der minderbemittelten Bevölkerung im Preußischen Abgeordnetenhaus auch jetzt noch gerecht wird, das lehrt ein Blick auf die Verhandlungen über den Gesetzentwurf betreffend die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer und zur Ergänzungssteuer. Der Gesetzentwurf, der höhere Zuschläge zur Einkommensteuer für alle Zensiten mit Einkommen über 2400 Mark und höhere Zuschläge zur Ergänzungssteuer für alle Vermögen vorsieht, ist in zweiter Lesung vom Abgeordnetenhaus mit der Änderung angenommen worden, daß die Zuschläge, die nach dem Wunsche der Regierung bis nach Beendigung des Kriegszustandes erhoben werden sollten, vorläufig nur auf ein Jahr Geltung haben. Vergebens haben sich die Sozialdemokraten bemüht, den schwerbedrängten Mittelstand und die Arbeiterklasse vor dieser neuen Last zu bewahren, ihr Antrag, die Einkommen unter 6500 Mark von den neuen Zuschlägen auszunehmen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, und ebenso ihre weiteren Anträge, die die Regierung ersuchten, bei der in Aussicht genommenen Neuregelung des Einkommensteuergesetzes die Grenze für die steuerfreien Einkommen hinaufzurücken, die ganz hohen Einkommen und die Vermögen stärker heranzuziehen und die ungerechte Art der Einschätzung der Arbeitereinkommen zu beseitigen. Aber das allein genügte der konservativ-klerikalen Mehrheit nicht, sie versuchte auch die Regierung scharf zu machen in der Richtung einer weiteren Belastung des Volkes durch indirekte Reichssteuern, sie hat mit großer Mehrheit die Regierung aufgefordert, »mit allem Nachdruck im Bundesrat darauf hinzuwirken, daß bei der Erschließung neuer Einnahmequellen für das Reich jeder weitere Eingriff in die Reichsgesetzgebung auf dem Gebiet der direkten Besteuerung vom Vermögen oder Einkommen vermieden wird, und daß den Bundesstaaten die Möglichkeit, auch in Zukunft ihren wichtigen kulturellen Aufgaben gerecht zu werden, ungeschmälert erhalten bleibt«. Genau die gleiche Resolution hatte schon vorher die Bayrische Kammer der Abgeordneten angenommen, es handelt sich offenbar um einen wohl vorbereiteten planmäßigen Vorstoß verschiedener Einzellandtage gegen den Reichstag, den man im Verdacht hat, das System der indirekten

Steuern nicht genügend ausbauen zu wollen. Neu sind solche Vorstöße, soweit der Preußische Landtag in Betracht kommt, nicht. In gewissen Zeitabständen haben es die »erlauchten, edlen und geehrten Herren« immer und immer wieder für ihre Pflicht gehalten, die Reichsregierung auf den Weg der indirekten Steuern zu verweisen. Die Besitzenden nach Möglichkeit zu schonen, den Minderbemittelten möglichst viel Lasten aufzubürden, das ist das Ziel, dem die maßgebenden Kreise Preußens vor dem Kriege zugesteuert und das sie auch heute noch nicht aus dem Auge verloren haben.

Wenn die sozialdemokratische Landtagsfraktion ebenso wie im Frieden und wie im ersten Kriegsjahr auch diesmal wieder den Etat abgelehnt hat, so nicht nur auf Grund der Parteitagsbeschlüsse, an die sie sich gebunden hält, sondern aus der innersten Überzeugung heraus, daß eine auf dem Boden der Gleichheit aller Staatsbürger stehende Partei unmöglich einer Regierung Mittel bewilligen kann, die durch nichts zu verstehen gegeben hat, daß sie von ihrer bisherigen Politik abgehen will. Mit ihrer ablehnenden Haltung steht die sozialdemokratische Fraktion nicht isoliert da. Auch die Polen haben erklärt, daß sie einem Etat, der trotz des Burgfriedens noch immer die Kampfespositionen gegen das polnische Volkstum enthält, nicht zustimmen können, zumal da sie in dem Verhalten der Regierung eine schwere Verletzung der berechtigten Interessen und Gefühle der polnischen Bevölkerung erblicken, und ebenso haben sich die Dänen der Abstimmung enthalten, nachdem ihr Vertreter seinem Bedauern darüber Ausdruck verliehen hatte, »daß auch während des Krieges, wo unsere Landsleute zu Tausenden auf den Schlachtfeldern bluten müssen, ganz unnötigerweise weitere Vorstöße gegen unsere Muttersprache und unsere angestammte dänische Nationalität gemacht worden sind«. Wir halten es für nötig, auf diese Stellungnahme der Polen und Dänen hinzuweisen, da man sich in den Reihen unserer eigenen Parteigenossen nicht gescheut hat, die sozialdemokratische Landtagsfraktion im vorigen Jahre wegen ihrer Ablehnung des Etats als politisch kurzsichtig zu bezeichnen. Wer auch nur einigermaßen die preußische Eigenart kennt, und wer den diesjährigen Etatsberatungen mit Aufmerksamkeit gefolgt ist, der muß zugeben, daß die Landtagsfraktion sich auf dem richtigen Wege befindet, und daß es einen schweren, nie wieder gut zu machenden Fehler bedeuten würde, wenn sie unter solchen Umständen den Etat bewilligt hätte. Die Sozialdemokratie befindet sich trotz des Burgfriedens im Kampfe gegen die preußische Regierung, in einem Kampfe, den sie nicht heraufbeschworen hat, sondern in den sie hineingetrieben ist dadurch, daß die Regierung und die herrschenden Kreise auf keinem Gebiet ein nennenswertes Entgegenkommen an den Tag gelegt haben.

Die Kolonien der europäischen Mächte in handelswirtschaftlicher Beziehung.

Von Spectator.

I.

Es graut einem, wenn man die neugebackene »Kriegswissenschaft« betrachtet. Was heute nicht alles vom Kriege und von seinen Folgen auf wirtschaftlichem Gebiet erwartet wird! Unsere Lehre, daß die menschliche Arbeit, tote und lebendige, die Grundlage des wirtschaftlichen Gedeihens

bildet, ist durch eine andere ersetzt, die von der politischen Herrschaft und militärischen Macht alles Heil erwartet. Da verkündet ein Lensch, daß sich die angebliche wirtschaftliche Beherrschung des Weltmarktes durch England auf dessen Seeherrschaft stütze, obgleich selbst bürgerliche Ökonomen und Politiker diesen Trugschluß mit aller Deutlichkeit aufgedeckt haben. Der hervorragende deutsche Diplomat, der unter dem Pseudonym Ruedorffer das bekannte Werk »Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart« (Stuttgart und Berlin 1914) verfaßt hat, sagt darüber auf S. 97 und 98 wie folgt:

In Deutschland, wo wie in allen jungen Staaten die Macht der Gewalt überschätzt wird, weil man die Erfahrung Napoleons I. von der Impuissance de la force (Ohnmacht der Gewalt) zwar schon oft genug gemacht, aber noch nicht tief genug verstanden hat, wird gemeiniglich geglaubt, das englische Weltreich müsse mit der Zerstörung der englischen Flotte zusammenstürzen.[1] Wenn es auch unmöglich ist, zu prophezeien und in solchen Dingen alles von den näheren Umständen abhängt, so wird man doch sagen können, daß, wer so urteilt, die Grundlagen der englischen Macht nicht verstanden hat. Es würde vielleicht seine tropischen Kolonien verlieren, Ägypten, Indien und einen großen Teil seines Einflusses auf die nichtenglischen Länder, seine Herrschaft über Australien, Südafrika und Kanada aber würde ... schwerlich berührt werden. Die Macht jenes Kulturzusammenhanges versinkt nicht mit den Kanonen der britischen Schiffe.

Weiter führt Ruedorffer noch die Rolle der Börse als eines Bindeglieds zwischen dem Mutterland und seinen Besitzungen an.

Ebenso beruht es auf vollständiger Unkenntnis der Tatsachen, wenn immer wieder behauptet wird, der Ausgang des Krieges zwischen Deutschland und Frankreich 1871 habe auf die wirtschaftliche Entwicklung beider Länder entscheidenden Einfluß ausgeübt, obgleich schon Norman Angell die Unrichtigkeit dieser Behauptung auf Grund unwiderlegbarer Angaben nachweisen konnte und ein Blick in die Statistik die Grundlosigkeit dieser Theorien leicht zeigt. So betrug in Frankreich die Einfuhr von Rohstoffen 1872 bis 1876 durchschnittlich 2354,6 Millionen Franken gegen bloß 1820,7 Millionen Franken im Durchschnitt der Jahre 1862 bis 1866, die Ausfuhr von Fabrikaten 1911 Millionen gegen 1589,3 Millionen. Überhaupt ist das Tempo der Entwicklung Frankreichs damals noch etwas rascher gewesen als die Entwicklung Englands.[2] Nur der Stillstand in der Bevölkerungsvermehrung, die überseeische Konkurrenz und die Börsenkrache der späteren Zeit haben die wirtschaftliche Entwicklung des Landes gehemmt.

Zu der gleichen Art unüberlegter Behauptungen gehört die jetzt weitverbreitete Ansicht, daß die englischen Arbeiter aus der Monopolstellung der englischen Industrie auf dem Weltmarkt irgendwelchen Nutzen gezogen haben. Das ist durchaus falsch. Zwar war damals ihre Lage besser als die der Arbeiter auf dem Kontinent. Das erklärt sich aber aus denselben Gründen, die uns jetzt den Unterschied in der Lage der deutschen und der der österreichischen oder gar der russischen Arbeiter erklären: aus der Verschiedenheit des kulturellen Niveaus und der relativen Größe der länd-

[1] Ähnliche Hoffnungen werden jetzt an einen etwaigen Verlust Ägyptens geknüpft.

[2] Siehe statistical tables and chartes relating to british and foreign trade and industry 1854—1908. London 1909.

lichen Übervölkerung mit ihren niedrigen Verdiensten. In Wirklichkeit zeigt beispielsweise auch das erwähnte Blaubuch, daß die Löhne der Textilarbeiter von Anfang der siebziger bis Mitte der neunziger Jahre zurückgehen, und selbst die Löhne der Maschinenbauer (Engineering) zeigen bis Ende der achtziger Jahre eine sinkende Tendenz, dann eine sich gleichbleibende Lohnhöhe auf, während gegen Ende der neunziger Jahre die Arbeitslöhne überhaupt zu steigen beginnen, also gerade in der Zeit des schärfsten Wettbewerbs auf dem Weltmarkt. Denn die Lohnhöhe wird eben nicht durch die Höhe des Profits bestimmt. Diese allbekannte volkswirtschaftliche Regel müssen wir immer wieder wiederholen, um zu beweisen, wie falsch all die Hoffnungen sind, die auf die imperialistische Entwicklung gesetzt werden. Selbst Ruedorffer weiß, daß »durch den politischen Einfluß nur der Anteil an den Gewinnen der Erschließung über den der reinen wirtschaftlichen Leistung entsprechenden Prozentsatz gesteigert werden kann« (S. 197), daß der Nutzen der Kolonien usw. also bloß in einem Monopolgewinn für die Unternehmer bestehe. Folglich beeinflussen sie weder die allgemeine Entwicklung des Landes und noch weniger die Lage der Arbeiter.

Da aber solchen theoretischen Auseinandersetzungen heute allerhand neugebackene »Kriegstheorien« entgegengestellt werden, so sollen hier die Tatsachen selber sprechen. Es soll hier untersucht werden, wie sich die Entwicklung der Kolonien im letzten Jahrzehnt vollzogen hat und welche Stellung die einzelnen Länder in dieser Entwicklung eingenommen haben. Das statistische Material ist folgenden Publikationen entnommen: Statistical abstract for the several Britisch self-governing dominions, colonies, possessions and protectorates in each year from 1899 to 1913 (London 1915), Statistical abstract for the principal and other foreign countries in each year from 1901 to 1912 (London 1914), Annuaire Statistique de la France, 1904 und 1913, Statesmans Yearbook 1915 und Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1914.

II.

Die englischen Kolonien zerfallen in wirtschaftlicher Beziehung in zwei Gruppen, in solche, die eine selbständige Handelspolitik betreiben (die auch politisch selbständig sind), und in solche, die die Politik des Mutterlandes verfolgen, Kronkolonien, Protektorate usw. Das merkwürdigste ist dabei, daß gerade die sich völlig selbst verwaltenden Kolonien, auf deren Politik das Mutterland faktisch gar keinen Einfluß ausübt, wenigstens auf staatsrechtlichem Wege, dem Mutterland besondere handelswirtschaftliche Begünstigungen gewähren, während der Handel der übrigen Besitzungen mit England in der gleichen Weise wie der Handel mit allen anderen Ländern vor sich geht. Die politische und speziell die Seeherrschaft kann also schon aus diesem Grunde hier keine Wirkung ausüben, weil, wenigstens staats- und handelsrechtlich, die sich selbst verwaltenden Kolonien in ihrer Handelspolitik völlig freie Hand haben, während die auch in politischer Beziehung als Kolonien zu betrachtenden Länder dem englischen Handel keine Begünstigung gewähren. Nun wird auf gewisse »Imponderabilien« hingewiesen, die zwar keine staatsrechtliche Form angenommen haben, aber trotzdem materiell nicht ohne Wirkung bleiben. So wird gewöhnlich darauf hingewiesen, daß Staatsaufträge der kolonialen Regierungen normalerweise der

Industrie des Mutterlandes zufallen. Auch das trifft nicht ganz zu. Wir kennen Beispiele genug, wo Staatsaufträge der englischen Kolonien von deutschen Industriellen übernommen worden sind. Wichtiger ist es aber, daß diese Aufträge mit der allgemeinen Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens in den Kolonien relativ immer mehr an Bedeutung abnehmen, daß die privaten Aufträge umgekehrt von steigender Wichtigkeit werden. Der Unternehmer rechnet aber mit der Qualität und dem Preise, nicht mit der staatlichen Zugehörigkeit. Für die privaten Beziehungen haben die Banken und die Börsen größere Bedeutung als die politischen Machtverhältnisse.

Betrachten wir zunächst die Beziehungen zwischen Kanada und England. Seit 1898 bestehen in Kanada Vorzugszölle für britische Waren, die zunächst einen Nachlaß von 25 Prozent, dann 33¹/₃ Prozent und seit 1907 einen solchen von 10 bis 33¹/₃ Prozent, für einzelne Waren sogar bis 50 Prozent des gewöhnlichen Zollbetrags gewähren. Eine Reihe von Artikeln ist zollfrei, wenn britischer Herkunft, unterliegt aber, wenn aus anderen Ländern stammend, Zöllen von 5 bis 10 Prozent. In den Jahren 1912 und 1913 wurden dann auch Abkommen zwischen Kanada und einigen westindischen Kolonien getroffen, denen ebenfalls Zollbegünstigungen eingeräumt wurden.

Die mir vorliegende englische Statistik umfaßt auch die Ein- und Ausfuhr von Gold und Silber; sie läßt überhaupt in manch anderer Beziehung vieles zu wünschen übrig, ist aber trotzdem für meinen Zweck hinreichend. Es sei nur bemerkt, daß das Handelsjahr 1904 am 30. Juni, die Jahre 1909 und 1913 am 31. März enden. Die Gesamteinfuhr in dieser Zeit ist von 51,7 auf 61,3 und 138,8 Millionen Pfund Sterling angewachsen, die Einfuhr aus England ist von 12,7 auf 14,5 und 28,5 Millionen, die aus den übrigen englischen Besitzungen von 2,28 auf 3,36 und 4,89 Millionen und der Import aus den anderen Ländern von 36,71 auf 43,40 und auf 105,44 Millionen Pfund gestiegen. Die Gesamteinfuhr ist somit von 1904 bis 1913 um 87,1 Millionen Pfund oder um rund 170 Prozent, die aus England bloß um 15,8 Millionen oder um 124 Prozent, die aus den Kolonien gar bloß um 114 Prozent, dagegen der Import aus den anderen Ländern um 68,7 Millionen oder um 186 Prozent gestiegen. Kanada ist also in steigendem Maße Absatzmarkt nicht für England, sondern für die anderen Länder.

Nicht wahr, ein überraschendes Resultat? Eine »Kolonie«, die dem Mutterland hohe Begünstigungen gewährt, dient den anderen Ländern als Absatzmarkt! Was sagen dazu diejenigen »Kolonialtheoretiker«, die Kolonien als Absatzmärkte betrachten?

Es ist selbstverständlich, daß es die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind, die sich diesen Absatz in der fremden Kolonie zunutze machen. Die Einfuhr aus diesem Lande ist von 31,0 auf 90,7 Millionen Pfund gestiegen, hat sich also fast verdreifacht. Zwischen Deutschland und Kanada bestand von 1903 bis 1910 ein Handelskrieg; die deutschen Waren wurden mit einem Extrazoll von einem Drittel des normalen Zolles belegt. Die Einfuhr aus Deutschland ging darum bis 1909 stets zurück, von 1,68 auf 1,24 Millionen, hat aber seitdem einen beträchtlichen Aufschwung genommen und erreicht 1913 die Höhe von 2,92 Millionen Pfund, was eine Zunahme gegenüber 1909 von 135 Prozent bedeutet.

Die Ausfuhr aus Kanada hat sich nicht ganz so stark entwickelt (machte allerdings 1914 einen kräftigen Schritt nach vorwärts). Sie steigt von 43,89 auf 53,8 und auf 80,83 Millionen oder um 36,94 Millionen Pfund gleich 84 Prozent an. Die Ausfuhr nach England hat sich in dieser Zeit von 24,17 auf 27,49 und auf 36,58 Millionen oder um 12,41 Millionen gleich 51 Prozent, nach den englischen Kolonien von 2,33 auf 2,78 und 4,19 oder um 1,86 Millionen Pfund, nach den anderen Ländern von 17,38 auf 23,48 und 40,05 Millionen oder um 22,67 Millionen gleich 130 Prozent gehoben. Wiederum eine ganz merkwürdige Erscheinung. Eine Kolonie dient als Bezugsquelle nicht so sehr für das Mutterland als für fremde Länder. Die Ausfuhr nach England steigt um 51 Prozent, die nach den fremden Ländern aber um 130 Prozent. Speziell die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten ist von 15,04 auf 34,43 Millionen oder um fast 130 Prozent, nach Deutschland von 0,37 auf 0,30 und auf 0,7 (1914 gar 0,9) Millionen Pfund gestiegen. Nachdem der Zollkampf zwischen Deutschland und Kanada aufgehört hat, hat sich der Export nach Deutschland verdreifacht, obgleich er noch heute absolut gering ist. Das erklärt sich unter anderem auch daraus, daß England und die Vereinigten Staaten die kanadischen Waren zollfrei einlassen, während Deutschland durch die Agrarzölle die Einfuhr kanadischer Produkte erschwert.

Vielleicht bildet aber Kanada eine Ausnahme? Betrachten wir nun den Handel der übrigen Kolonien. (Schluß folgt.)

Die Konzentrierung der Unternehmermacht in der deutschen Textilindustrie.

Von H. Krätzig.

Keine zweite Industrie hat in Deutschland so unter den scharfen Einwirkungen des Weltkriegs gestanden wie die deutsche Textilindustrie. Ebenso wird es aber auch kaum eine zweite Industrie in Deutschland geben, der so scharfe Nachwirkungen des Weltkriegs bevorstehen, wie das bei der deutschen Textilindustrie der Fall sein wird. Die Ursache dafür liegt darin, daß die deutsche Textilindustrie mit ihren Existenzbedingungen sehr tief in der Weltwirtschaft wurzelt. Wie der Weltkrieg auch enden mag, immer werden Industrien, deren Existenzbedingungen die gleichen sind wie die unserer Textilindustrie, gleichviel, in welchem der am Kriege beteiligten Länder jene Industrien sind, durch den die Weltwirtschaft zerzausenden Orkan des Weltkriegs arg erschüttert werden. Auch die stärkste Säule der Textilindustrie der Welt, die englische Textilindustrie, ist durch den Orkan des Weltkriegs stark erschüttert worden. Die englische Spinnerei verlor nicht nur den besten und eine Anzahl andere Abnehmer der Garne, sondern auch die Baumwollweberei einen großen Teil des Gewebeabsatzes in Indien. Auch sonst ist das Netz des Warenabsatzes der englischen Textilindustrie arg zerrissen und durcheinandergeworfen worden. Weit schlimmer freilich steht es um die Textilindustrie in den Ländern der Verbündeten Englands. Italiens Textilindustrie leidet unter Geld- und Kohlenmangel. Ein erheblicher Teil der russischen Textilindustrie ist durch den Krieg von dem Wirtschaftsgebiet getrennt worden, von dem sie den Rohstoff bezog und wohin sie die Waren verkaufte. Ganz besonders

schlimm steht es aber um die Textilindustrie in Belgien und Frankreich. Für die Textilindustrie beider Länder lagen vor dem Kriege die Existenzbedingungen ähnlich wie für unsere Industrie. Ungünstiger für sie ist aber jetzt, daß beide Industrien, und zwar die belgische ganz, die französische mit einigen der wichtigsten Zweige im Operationsgebiet des Krieges liegen. Das muß für sie natürlich nicht nur die Einwirkungen, sondern auch die Nachwirkungen des Krieges sehr viel mehr ungünstig gestalten.

Die deutsche Textilindustrie liegt nur mit einigen Betrieben im Oberelsaß im Operationsgebiet. Ein ganz winziger Teil, der gegenüber der Gesamtheit gar nicht ins Gewicht fällt, ist also von der deutschen Textilindustrie durch den Weltkrieg direkt an der Produktion gehindert worden; dagegen kann weitaus der größte Teil dieser Industrie die verflossenen zwei Kriegsjahre als Jahre glänzendsten Geschäftsganges verbuchen. Trotz aller Einwirkungen, mit denen der Weltkrieg der Produktion von Textilwaren hindernd in den Weg zu treten suchte, zeigen die jetzt veröffentlichten Jahresberichte der deutschen Textilaktiengesellschaften mit ihren glänzenden Gewinnergebnissen, daß das Textilkapital bis jetzt den Weltkrieg sehr gut, vielfach besser als die Zeit vor dem Kriege überstanden hat. Anders freilich steht es um die Textilarbeiter bei uns. Die Unterstützungsaktionen für die Textilarbeiter, für deren Durchführung der Deutsche Textilarbeiterverband seine ganze Kraft einsetzte und um deren Ausbau er sich ohne Zweifel große Verdienste erworben hat, diese Unterstützungsaktionen, die nun im ganzen Reiche in Durchführung sind, machen es überflüssig, im einzelnen nachzuweisen, daß die wirtschaftliche Lage der deutschen Textilarbeiter in einem scharfen Gegensatz zu der glänzenden Finanzlage des Textilkapitals steht.

Wie wird es nun in dieser Beziehung nach dem Kriege werden? Wie wird die Produktionsmöglichkeit für die deutsche Textilindustrie, wie die Erwerbsmöglichkeit der deutschen Textilarbeiter beschaffen sein, wenn die Kanonenschlünde nicht mehr rauchen? Wie wird nach dem Kriege das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern sein? Es sind das nur einige Fragen, die täglich aufgeworfen werden, ohne daß man eine bestimmte Antwort auf sie bekommen könnte. Heute, wo das Ende des Krieges noch gar nicht zu erblicken ist, wo wir aber wissen, daß von diesem Ende so außerordentlich viel abhängt für eine Weltindustrie, da läßt sich auch etwas Bestimmtes über solche Fragen nicht sagen. In solcher Zeit kommt es in der Hauptsache darauf an, daß man mit offenen Augen durch die Welt geht und Erscheinungen der Zeit, die einen besonderen Charakter tragen oder die sonst auffällig sind, einer kritischen Betrachtung unterzieht. Man wird dann verhindern, daß man von den neuen Verhältnissen überrascht wird und Nachteile erleidet. Da muß nun hinsichtlich der Beantwortung vorstehender Fragen gesagt werden, daß in den Unternehmerkreisen innerhalb der deutschen Textilindustrie organisatorische Maßnahmen sichtbar werden, die offenbar zu dem Zweck ergriffen wurden, bestimmenden Einfluß zu gewinnen auf die Gestaltung der Zustände, die jene Fragen berühren. Bei diesen Maßnahmen handelt es sich in der Hauptsache um die Konzentrierung der Unternehmermacht in der deutschen Textilindustrie; um einen Vorgang, der nicht nur für die Textilarbeiter, sondern für die ganze Öffentlichkeit erhebliches Interesse beansprucht.

Der organisatorische Gedanke ist in der deutschen Textilindustrie bei den Unternehmern schon lange rege; aber nie ist versucht worden, ihn in solch systematischer Weise in die Tat umzusetzen, wie das jetzt geschieht. Im Anschluß an den großen Kampf der Krimmitschauer Textilarbeiter um den Zehnstundentag begann sich das Unternehmertum in größere Organisationen zusammenzuschließen; zunächst mit dem ausgesprochenen Zwecke, das Streben der organisierten Arbeiter nach besseren Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu bekämpfen. Besonders hervorgetan haben sich in dieser Beziehung der Unternehmerverband der Textilindustriellen Krimmitschaus, die Unternehmerorganisationen in der Krefelder Seidenindustrie, und am rücksichtslosesten ging vor der Verband münsterländischer Textilindustrieller. Dieser Unternehmerverband, der es in der Hauptsache nur mit christlich organisierten Textilarbeitern zu tun hatte, schlug jede Bewegung der Arbeiter mit einer Aussperrung anderer Arbeiter nieder. Kurz vor Ausbruch des Krieges versuchte dasselbe Mittel der Unternehmerverband in der Tuchindustrie der Niederlausitz. Wäre der Krieg nicht dazwischen gekommen, dann dürfte bei diesem Kampfe der Unternehmerverband sicherlich sehr schlecht abgeschnitten haben. Viele Mitglieder jenes Verbandes wollten nur eine Androhung, aber keine Durchführung der Aussperrung, weil sie ihnen, gleichviel wie sie endete, schweren, nie gutzumachenden Schaden bringen mußte. Jede Aussperrung bringt den Unternehmern schweren Schaden; also auch dann, wenn sie mit einer Besiegung der Arbeiter endet. Diese Erkenntnis hat dazu geführt, daß die Taktik in einigen Unternehmerverbänden gründlich geändert wurde. Namentlich in der Saisonindustrie sattelte man um. Hier, wo Sommer- und Winterware hergestellt wird, wo deshalb die Ware bis zu einer bestimmten Zeit abgeliefert sein muß, ist es recht gefährlich, durch Arbeiterbewegungen in der Produktion gestört zu werden. Die Unternehmer in der sogenannten sächsisch-thüringischen Textilindustrie könnten für die Richtigkeit dieser Tatsache sicher sehr durchschlagendes Beweismaterial vorlegen. Die im Verband sächsisch-thüringischer Webereien organisierten Unternehmer sind es deshalb auch gewesen, die zu der Einsicht kamen, daß es für die dortige Webwarenindustrie geradezu eine Lebensfrage sei, sich mit den Arbeitern über die Fragen des Arbeitsvertrags zu verständigen. Sie schufen einen Lohntarif, der auf Grund von Anträgen der Arbeiter, wenn auch nicht im vollen Umfang dieser Anträge, so doch teilweise im Sinne dieser erhöht wurde, und der von den Mitgliedern des Webereiverbandes streng eingehalten werden muß. In der Greizer Zentrale dieses Verbandes sitzen gegen 20 Beamte, die mit der Ausführung der Funktionen des Verbandes betraut sind. Bei diesem Verband ist wohl auch heute die Arbeiterfrage schon eine Frage von mehr untergeordneter Bedeutung. Gewiß, er läßt sie nicht aus den Augen, sie ist ihm so wichtig, daß er sogar als Vermittler auftrat, um vor einiger Zeit einen ernsten Konflikt in der sächsisch-thüringischen Färbereiindustrie aus der Welt schaffen zu helfen. Aber die Arbeiterfrage ist für den Verband sächsisch-thüringischer Webereien kein schwer lösbares Problem mehr. Das Hauptgewicht seiner Tätigkeit legt er darauf, Verkaufsbedingungen für die Webwaren durchzusetzen, welche es gestatten, neben angemessenem Unternehmergewinn auch den Arbeitern Löhne zu zahlen, die den Verband

davor schützen, daß die Betriebe seiner Mitglieder wegen Streit über Lohn- und Arbeitsverhältnisse zum Stillstand kommen.

Ob man nach dem Krieg in allen Unternehmerverbänden der deutschen Textilindustrie diesen Weg zur Verhinderung von Arbeiterkämpfen einschlagen wird? Zu wünschen wäre es, ganz besonders für die Textilindustrie selbst. Denn darüber wird wohl Zweifel nirgends bestehen, daß erstens einmal nach dem Kriege zur Bestreitung der erheblich höheren Ausgaben für die Lebenshaltung den Arbeitern erheblich höhere Löhne werden gezahlt werden müssen als vor dem Kriege, daß zweitens aber die deutsche Textilindustrie nach dem Kriege in Verhältnissen stehen wird, durch die Konflikte zwischen Unternehmern und Arbeitern, die zur Niederlegung der Arbeit und zur Aussperrung von Arbeitern führen, zu einer ökonomisch noch ernsteren Sache werden als vor dem Krieg.

Da entsteht nun die Frage: Ist der Zweck der Konzentration der Unternehmermacht in diesem Sinne zu deuten? Das ist schwer zu beantworten. Wie sieht diese Konzentration aus?

Vor dem Kriege hatte es die Organisierung der Unternehmer in der Textilindustrie nur bis zu örtlichen oder Bezirksorganisationen gebracht. Jetzt hat nicht nur eine Vermehrung dieser kleineren Organisationen stattgefunden, sondern die Unternehmer organisieren sich in Industrieverbänden über das ganze Reich, und diese Industrieverbände treten letzten Endes in einem Zentralausschuß in ein Kartellverhältnis zueinander. Man muß sagen, die Unternehmer der Textilindustrie machen auf dem Gebiet der Zusammenfassung ihrer Macht ganze Arbeit.

Von den wichtigeren Bezirksorganisationen der deutschen Textilindustrie seien angeführt:

1. Der Zentralverband deutscher Juteindustrieller.
2. Der Verband deutscher Leinenindustrieller.
3. Der Verband sächsischer Industrieller.
4. Der Verband schlesischer Textilindustrieller.
5. Der Arbeitgeberverband der Tuchindustrie in der Lausitz.
6. Der Verband der sächsisch-thüringischen Webereien.
7. Der Verband sächsisch-thüringischer Färbereien.
8. Der Verband süddeutscher Baumwollindustrieller.
9. Der Verein deutscher Tuch- und Wollwarenfabrikanten.
10. Der Verband elsässischer Webereien.
11. Der Verband münsterländischer Textilindustrieller.
12. Der Verband der Seidenstoffwebereien.
13. Der Internationale Verband der Seidenfärbereien.
14. Der Verband deutscher Krimmer- und Wollplüschfabrikanten.
15. Der Verband der Fabrikanten von Damenkonfektion- und Kostümstoffen.
16. Der Verband deutscher Möbelstoff- und Moketteweberereien.
17. Der Verband Lausitzer und schlesischer Orleanwebereien.
18. Die Vereinigung erzgebirgischer Posamentenmaterialfabrikanten.
19. Der Wuppertaler Fabrikantenverband der Band-, Litzen- und Spitzenbranche.
20. Die Vereinigung der Kongreßstoff-, Gardinen- und Tapisserieftoffwebereien.
21. Der Verband deutscher Teppichfabrikanten.
22. Der Verein deutscher Wirkereien.
23. Der Verband der Webereien der sächsischen Oberlausitz.
24. Die Vereinigung deutscher Militärtuchfabrikanten.
25. Der Verband der Bandfabrikanten.

Neben diesen größeren Bezirks- bezw. Branchenorganisationen gibt es noch eine große Anzahl von sogenannten Preiskonventionen, die nur gegründet wurden, um Handelsinteressen wahrzunehmen, und die daher für diese Untersuchung außer Betracht bleiben können.

Die vorstehende Zusammenstellung, die nicht Anspruch auf Vollständigkeit machen kann, weil in der Organisierung der Textilunternehmer gegenwärtig alles in Fluß ist und fortwährend neue Gebilde entstehen, zeigt, daß die Möglichkeit wohl gegeben wäre, zu einer ähnlichen Taktik zu greifen, wie sie der Verband sächsisch-thüringischer Webereien anwendet, um Fragen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Lösung zuzuführen, ohne daß es zu schweren Störungen der Produktion kommt. Es ist freilich kaum zu erwarten, daß der Geist in den meisten der hier genannten Unternehmerorganisationen von der Beschaffenheit sein wird, wie er zu der hier angedeuteten Lösung nötig ist. Der sächsische Industrielle Herr Claviez in Adorf i. V. machte vor einiger Zeit im dortigen Kriegsausschuß eine Bemerkung, welche geeignet ist, die Arbeiter vor Illusionen zu warnen. Auf die Bemerkung eines Arbeitervertreters, die Unternehmerverbände möchten doch ihre Kassenbestände auch in den Dienst der Kriegsfürsorge stellen, erwiderte Herr Claviez: »Wir brauchen unsere Gelder in den Verbänden, um nach dem Kriege etwaigen Streikgelüsten der Arbeiter entgegentreten zu können.« Es ist an sich ja töricht, von Streikgelüsten der Arbeiter zu reden; aus Lust am Streik treten organisierte Arbeiter nicht in den Streik. Der Streik ist immer die Ultima ratio, das letzte Mittel, das Gewerkschaften anwenden, wenn eine Verständigung unmöglich gemacht wird. Man braucht kein Prophet zu sein, um angesichts der Schwierigkeiten, mit denen die Industrie nach dem Kriege zu kämpfen haben wird, zu sagen, daß Herr Claviez und seine gleichgesinnten Leute das denkbar untauglichste Mittel anzuwenden gedenken, um »Streikgelüste« der Arbeiter zu bekämpfen. Not kennt kein Gebot! Wenn die Not dazu zwingt, höhere Löhne zu verlangen, dann wird die Arbeiterschaft nichts abhalten, das Verlangen zu stellen und nötigenfalls solidarisch für dessen Erfüllung einzustehen.

Nötig wird allerdings sein, daß die Textilarbeiterschaft organisatorisch den Zeitverhältnissen in ebenso weitgehendem Maße Rechnung trägt, wie das die Textilunternehmer jetzt tun. Diese Unternehmer legen sich jetzt eine außerordentlich schwere Rüstung an, um in den kommenden Friedenszeiten gemeinsam ihre Interessen energisch wahrzunehmen. Die Unternehmer der deutschen Textilindustrie organisieren sich auf fachlicher Grundlage in fünf großen, nach der Spinnstoffverarbeitung getrennten Industrieverbänden. Die gesamte Wollindustrie zum Beispiel organisiert sich in Branchengruppen. Gruppe A bilden die Tuch- und Kleiderstoffabrikanten, Gruppe B die Wollspinner, Gruppe C die Möbelstoff- und Teppichfabrikanten usw. Die einzelnen Gruppen, an sich selbständig, vereinigen sich im sogenannten Wirtschaftsausschuß der deutschen Wollindustrie, in welchem jede Gruppe durch fünf Mitglieder vertreten ist. In gleicher Weise, wie das bei der Wollindustrie durch die Gründung des Wirtschaftsbundes für die deutsche Wollindustrie bereits geschehen ist, wird auch die Baumwoll-, Seide-, Jute- und Bastfaserindustrie Deutschlands organisiert werden. Die Wirtschaftsausschüsse dieser fünf Industrieverbände bilden dann den Zen-

tralausschuß der gesamten deutschen Textilindustrie, der die Interessen dieser Industrie in Fragen der inneren und äußeren Politik Deutschlands vertreten wird. Hier nun liegt es klar zutage, daß einer so systematisch zusammengefaßten Macht des Unternehmertums der ganzen Industrie der Erfolg in der Erreichung bestimmter Ziele nicht versagt bleiben wird. Wenn auch die Haupttätigkeit dieser zusammengefaßten Unternehmermacht entfaltet werden wird auf dem Gebiet der Einwirkung auf die Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches und der Bundesstaaten, so birgt diese Tätigkeit für die Interessen der Arbeiter nicht etwa geringere, sondern, zum Beispiel auf dem Gebiet der Sozialpolitik und der Gewerbeordnung, erheblich größere Gefahren als die direkte Aktion der Unternehmer gegen die Arbeiter. Gerade auf dem Gebiet der Sozialpolitik und des Arbeiterschutzes haben sich die Unternehmerverbände in der Textilindustrie immer recht rückschrittlich erwiesen; besonders in den Fragen des Arbeiterinnen- und Kinderschutzes sowie der Verkürzung der Arbeitszeit. Es sei nur erinnert an den Proteststurm gegen die Einführung des zehnstündigen Arbeitstags für Arbeiterinnen und gegen die gesetzliche Freigabe des Sonnabendnachmittags.

Dazu kommt für die Textilarbeiterschaft ein Weiteres: Die Unternehmer konzentrieren nicht nur ihre Macht zum Zwecke der Wahrnehmung ihrer Interessen bei den Fragen der Gesetzgebung und Verwaltung, sondern sie beginnen damit, die Betriebe gleicher Industriezweige ganzer Bezirke einer einzigen Aktiengesellschaft zu unterstellen. Die Webwarenfabrikanten in Glauchau und Meerane haben sich in einer einzigen Aktiengesellschaft vereinigt. In Glauchau allein kommen 20 Betriebe in Frage, und in Meerane werden es deren nicht weniger sein. Die Vereinigung aller dieser Betriebe in einer Aktiengesellschaft bietet den Unternehmern und der Glauchau-Meeraner Webwarenindustrie ohne Zweifel technisch wie wirtschaftlich große Vorteile; weshalb auch damit zu rechnen ist, daß die nahe verwandte Gera-Greizer Webstoffindustrie den Schritt der Glauchau-Meeraner bald nachmachen dürfte. Die Frage wird dort schon seit Jahren erwogen. Die Schwierigkeiten im Warenabsatz und in der Gestaltung der Preise, mit denen jene Industrien seit Jahren zu kämpfen haben, lassen sich natürlich weit besser überwinden, wenn anstatt 40 bis 50 Firmen nur noch eine Firma auf den Plan tritt. Neben der vorteilhafteren Beschaffung der Rohstoffe, die nach dem Kriege eine große Rolle für die Webstoffindustrie spielen wird, ist es in erster Linie die Förderung des Warenabsatzes zu lohnenden Preisen, was den Anlaß zur Gründung der Aktiengesellschaft für die Glauchau-Meeraner Textilindustrie gegeben hat.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß bei so viel Betrieben, die der Gesellschaft zur Verfügung stehen, die Erzeugung der Waren so vorgenommen werden wird, daß nicht mehr jeder Betrieb jede Ware herstellt, sondern daß jeder Betrieb bestimmte Artikel ständig herstellt, wodurch nicht nur die Produktion gesteigert, sondern auch verbilligt wird. Die Vorrichtung verbilligt sich, wenn immer möglichst gleichartige Waren in ein und demselben Betrieb hergestellt werden, und die Arbeiter, die ständig gleichartige Waren herstellen, erlangen quantitativ wie qualitativ eine viel höhere Leistungsfähigkeit als bisher, wo sie Waren ganz verschiedener Her-

stellungsart einander folgend anzufertigen hatten. Muß zur Produktionseinschränkung geschritten werden, wie das in der dortigen der Saison unterworfenen Industrie meist bei jeder Saison vorkommt, dann wird man nicht mehr in allen Betrieben Stühle leerstehen und alle Betriebe laufen lassen, sondern man wird einzelne Betriebe ganz stillstehen, andere aber voll laufen lassen, um so Produktionskosten zu ersparen. Bei den Erwägungen über die Zweckmäßigkeit der Vereinigung der Gera-Greizer Webstoffindustrie in eine Aktiengesellschaft spielt gerade diese Frage eine große Rolle. Für die Arbeiterschaft freilich handelt es sich hier um eine sehr ernste Sache. Die Zahl der Webstühle im Verband der sächsisch-thüringischen Webereien betrug im Jahre 1912 insgesamt 35220. Die Stuhlstatistiken, die der Deutsche Textilarbeiterverband schon seit Jahren allmonatlich dort aufgenommen hat, zeigten, daß zeitweilig ein großer Prozentsatz der Stühle leerstand. Es waren da Orte vorhanden, wo längere Zeit bis zu 40 und 50 Prozent der Stühle leerstanden. Daraus mögen die Textilarbeiter ersehen, wie es um die Sicherheit ihrer Existenz bestellt sein wird, wenn die tote Saison mit der Stillegung ganzer Betriebe überwunden wird. Wenn durch eine Teilung der Produktion nach Betrieben die Produktivität steigt, dann wird auch zu normaler Geschäftskonjunktur die Periode der toten Saison eine längere werden als seither. Die Arbeiterschaft muß also beizeiten dafür sorgen, daß nicht das, was den Unternehmern zum Vorteil gereicht, für die Arbeiter zum Nachteil wird.

Einen weiteren wesentlichen Vorteil finanzieller Art werden die Unternehmer in Glauchau-Meerane erlangen durch die Vereinfachung der Musterung. Während bisher alle 40 bis 50 Betriebe Zeit und viel Geld verwandten, um die Abnehmer mit neuen Mustern zu bedienen, wird man in Zukunft wahrscheinlich nur einen Betrieb dauernd mit der Herstellung von Mustern beauftragen. Es wird dann erstens einmal auch im Mustern Besseres geleistet werden, und zweitens wird eine weitere Steigerung der Produktivität eintreten dadurch, daß nun mit Ausnahme des einen Musterungsbetriebs alle Betriebe ununterbrochen Verkaufsware herstellen können. Die Muster der Glauchau-Meeraner Webstoffindustrie werden sich obendrein, hergestellt in einem Betrieb, erheblich billiger stellen als zur Zeit, wo jeder Betrieb Muster herstellen mußte.

Von welcher Seite man auch diese Art der Zusammenfassung der Unternehmermacht ansehen mag, nichts erblickt man, was ungünstig wirken könnte für die Unternehmer, um so mehr aber erblickt man von dem, was ungünstig wirken kann für die Arbeiter. Vor allem anderen kommt da für die Existenz der Textilarbeiter in Glauchau-Meerane und dort, wo die Unternehmer dem Glauchau-Meeraner Beispiel folgen werden, als gefahrdrohend in Betracht, daß alle Arbeiter der vergesellschafteten Betriebe nur noch bei einem einzigen Unternehmer in Arbeit stehen. Auf diesen einzigen Unternehmer sind sie angewiesen; ein Wechsel der Arbeitsstelle hat meist den Wechsel des Wohnorts zur Folge. Es liegt nahe, daß unter solchen Umständen das Arbeitsverhältnis leicht getrübt werden kann durch das Wachwerden von Gelüsten der Beamten der Gesellschaft, die darauf hinzielen, die Arbeiter zu beherrschen. Dem kann nur vorgebeugt werden durch geschlossene Organisation der Arbeiter. Die Glauchau-Meeraner Arbeiter sind ja erfreulicherweise nicht unbewandert in

der Wahrnehmung ihrer Interessen durch ihre Organisation. Es kommt jetzt darauf an, daß sie diese Organisation lückenlos machen. Je mehr sie das tun, desto weniger leicht wird es der Kapitalmacht möglich werden, die Arbeiter zu versklaven. Die Glauchau-Meeraner Textilarbeiter stellen Arbeitskräfte von hohem Werte dar. Es würde das Törichteste sein, was die konzentrierte Unternehmermacht tun könnte, wenn sie diese Macht, anstatt sie nur kommerziell und betriebstechnisch wirken zu lassen, zu dem Versuch mißbrauchen sollte, für diese Arbeiter eine Art Königreich Stumm zu schaffen. Denn so hochqualifizierte Arbeitskräfte wie die Glauchau-Meeraner Textilarbeiter werden nach dem Krieg auf dem Arbeitsmarkt eine sehr gesuchte Ware sein. Bei einem solchen Mißbrauch der Unternehmermacht würde also nur sicher eintreten, daß, weil die Arbeiter hiergegen energisch Front machen würden, die Glauchau-Meeraner Industrie alles opfern müßte, was durch die Vergesellschaftung zu ihrem Vorteil ausschlagen soll.

Die Konzentrierung der Unternehmermacht in der deutschen Textilindustrie ist, wenn auch keine Wirkung des Krieges, so doch durch den Krieg beschleunigt worden. Für die deutschen Textilarbeiter gilt es jetzt, dafür zu sorgen, daß der konzentrierten Unternehmermacht die konzentrierte Arbeitermacht gegenübergestellt werden kann.

Literarische Rundschau.

Dr. Oskar v. Hovorka, **Geist der Medizin.** Analytische Studien über die Grundideen der Vormedizin, Urmedizin, Volksmedizin, Zaubermedizin, Berufsmedizin. Wien und Leipzig, W. Braumüller. VIII, 364 Seiten. 6 Mark.

Dr. Hovorka stellt sich die Aufgabe, den »phylogenetischen Entwicklungsgang« aufzuhellen, den »das medizinische Alphabet im Laufe der Zeiten durchgemacht haben muß«. (S. 1.) Besonders beschäftigt ihn die Gestaltung, die die Medizin im Volke fand, ehe sie zur zünftigen Schulmedizin wurde, die dann in die heutige wissenschaftliche Medizin überging. Der Gegenstand ist von äußerster Wichtigkeit sowohl für den Soziologen wie für den Sozialisten, den jede Leistung der Volksmasse interessiert.

Leider gibt uns Dr. Hovorka nicht das, was er im Titel verspricht: Studien über die »Grundideen« der Volksmedizin in ihren verschiedenen Entwicklungsstufen. Wir finden bei ihm nur einige Aphorismen darüber, die allerdings bemerkenswert sind, den Hauptteil des Buches bildet aber nur eine Aufzählung der verschiedenen, teils rationellen, teils höchst irrationellen Heilmittel der Volksmedizin, die im Schwange sind, und bei jedem die Angabe der Völker, die es anwenden. Auffallenderweise erwähnt er dabei nicht die Bäder, die, besonders die Schwitzbäder, in der Heilbehandlung mancher Naturvölker eine große Rolle spielen. Die Anwendung von Heilmitteln ist aber doch nicht die ganze Medizin, sondern nur ein Stück davon. Anderseits kann aber dasselbe Heilmittel unter verschiedenen Verhältnissen etwas sehr Verschiedenes bedeuten. Irgendein Einblick in den Geist der Medizin ist aus dieser untergeordneten Anhäufung von Beobachtungen nicht zu gewinnen.

Dabei sind die Angaben selbst oft höchst unpräzis, so daß sich mit ihnen gar nichts anfangen läßt. Er sagt zum Beispiel:

»Auch die tote Hand besitzt im Volksglauben eine bedeutende Heilkraft; so glaubt man in den Vereinigten Staaten, daß die einer verstorbenen keuschen Jungfrau abgehackte Hand viele Krankheiten heilen könne.« (S. 60.)

Jede weitere Angabe darüber fehlt, wer das berichtet, aus welcher Zeit und welcher Örtlichkeit der Bericht stammt. Ob dieser Aberglaube etwa von den Puritanern im siebzehnten Jahrhundert herübergebracht wurde, ob er sich bei den Negern der Südstaaten findet, bei Hinterwäldlern, die ihn von Indianern übernahmen, oder ob er von Spanien oder Mexiko nach Kalifornien eingeschleppt wurde — nichts davon. »In den Vereinigten Staaten«, das ist ungefähr so präzis, als wenn jemand von einem Gebrauch sagen würde, er finde sich »in Europa«.

Mit solchen Angaben läßt sich natürlich gar nichts anfangen.

Dabei zieht Hovorka auf rein spekulativer Grundlage die kühnsten Schlüsse. Das nimmt mitunter geradezu komische Formen an.

So spricht er an einer Stelle von der Anwendung des Leckens als Heilmittel in der Urmedizin, ja schon in der Vormedizin, beim Tiere:

»Das Lecken dürfte beim Urmenschen aus denselben Ursachen entsprungen sein wie beim Tiere: zunächst versuchte er oberflächliche, blutende Wunden vom Blute oder Schmutze zu befreien; bald fand er jedoch überdies heraus, daß das Lecken durch Abschließung der Wunde von der Luft auch schmerzstillend wirke.« (S. 35.)

Das klingt sehr einleuchtend. Nun aber der Beleg dafür:

»So wird schon in der Bibel der Hund erwähnt, welcher die Geschwüre des Lazarus beleckt.«

Das schon ist gut. Schon im Neuen Testament, das der römischen Kaiserzeit entstammt, dem Gipfelpunkt der antiken Kultur, finden wir die Medizin des Urmenschen! In dem Gleichnis vom armen Lazarus steht aber auch kein Wort davon, daß das Lecken der Geschwüre durch die Hunde zu Heilzwecken geschieht. Ebensowenig wird Hovorka behaupten wollen, daß das Lecken von Wunden durch Hunde jemals in der Volksmedizin zu Heilzwecken verordnet wurde. Was soll also der Hinweis auf Lazarus! Die bloße Tatsache des Leckens genügt Hovorka, Lazarus zur Illustrierung des Geistes der Urmedizin anzurufen. Jegliches Lecken scheint ihm dieser Urmedizin zu entstammen, und so behauptet er dann schließlich:

»Auch die bekannte Leckphrase des Götz von Berlichingen gehört zweifellos (!) hierher, woraus ihre uralte Abstammung zu ersehen ist.« (S. 36.)

Schade, daß in anderen Sprachen die gleichbedeutende Phrase nicht zum Lecken, sondern zum Küssen des betreffenden Körperteils auffordert.

Hovorka hat sich von Mephistopheles aufs Eis führen lassen, der dem Schüler weismachte: »der Geist der Medizin ist leicht zu fassen«. Er hat's zu leicht genommen.

Wer eine Entwicklung der Grundideen der Volksmedizin in dem Buche sucht, wird enttäuscht sein, wohl aber kommt der Leser auf seine Kosten, wenn er nur eine Zusammenstellung vieler der unzähligen Heilmittel sucht, die seit Urzeiten in der Volksmasse angewandt werden. Man staunt dabei, wie viele und wie rationelle Heilmittel schon der Urmensch kannte und anwandte. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Entwicklung der Medizin seit der Urzeit lange hindurch nur geringe wirkliche Fortschritte aufweist, daneben aber eine stets wachsende Fülle der absurdesten Vorstellungen. Ein Ende findet dieser Entwicklungsgang erst mit dem Auftauchen der wissenschaftlichen Medizin. Erklärlich wird er zum Teil dadurch, daß das Wirken des Heilenden, sei es Arzt oder Schäfer oder weise Frau, schwer zu kontrollieren ist. Gegen den Tod ist kein Kraut gewachsen, anderseits werden manche Leute gesund nicht durch den Arzt, sondern trotz seiner Behandlung. Endlich aber hat er nicht nur die Aufgabe, zu helfen, sondern auch zu trösten, dem Kranken und seiner Umgebung Mut zu machen. Was auf diese suggestiv wirkt, hängt aber nicht vom Arzt allein ab, sondern ebensosehr von dem Wissen und Glauben der Patienten und ihrer Pfleger. Und in der Todesangst greift man nach jedem Strohhalm. So wird zeitweise gerade die Medizin die Stätte des wildesten Aberglaubens. K. K.

Anzeigen.

Luise Zietz, Zur Frage der Frauenerwerbsarbeit während des Krieges und nachher. (Sozialdemokratische Frauen-Bibliothek IX.) Berlin, Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H. 47 Seiten. Preis 50 Pfennig.

Diese vom Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands herausgegebene Schrift hat, wie die Verfasserin betont, den Zweck, einen Beitrag zur Orientierung über die wichtige Frage der Frauenerwerbsarbeit zu liefern und zur Diskussion anzuregen, und zwar soll dabei nicht nur Material über den Umfang und die Art der seit dem Kriege neu angewandten Frauenkraft, über die Lohnhöhe und den Prozentsatz der Organisierten gesammelt, sondern auch kritisch untersucht werden, welche Ausblicke sich für die Arbeiterklasse aus dem gegenwärtigen Stand der Dinge ergeben, welche Aufgaben den beiden großen Organisationen der Arbeiter, der Partei und den Gewerkschaften, daraus erwachsen und wie insbesondere die Frauen selbst sich zu der Wandlung ihrer Arbeit und ihrer sozialen Position stellen. Die Schrift behandelt zunächst die Zunahme der Frauenerwerbsarbeit während des Krieges, dann die bestimmenden Faktoren der Entwicklung und die volkswirtschaftliche Notwendigkeit der Frauenerwerbsarbeit, deren privatwirtschaftliche Notwendigkeit, das Interesse des Kapitals und die Lohnhöhe und die Wirkungen der Über- und Nachtarbeit auf den Frauenorganismus, geschildert an der Hand von ärztlichen Gutachten, die von der Verfasserin eingeholt wurden. Sie schließt daran eine Erörterung der Frage, wie sich die Gewerkschaften zur Frauenarbeit stellen, und kommt zu dem Schluß: »Wir bedauern keineswegs die Revolutionierung der Frauenarbeit, die nur eine Seite jener wirtschaftstechnischen Entwicklung darstellt, die den Kapitalismus zum Siege führte. Wir bedauern und bekämpfen nur die Begleitumstände, unter denen diese Entwicklung sich vollzieht. Sie selbst begrüßen wir als kulturellen und geschichtlichen Fortschritt, der wesentlich dazu beiträgt, die Vorbedingungen für die Verwirklichung des Sozialismus zu vollenden.« Die weiteren Abschnitte behandeln: Schutz und Entlastung für die erwerbende Frau, Frauenerwerbsarbeit und Bevölkerungspolitik, Frauenerwerbsarbeit und Erziehungsfragen und Erwerbsarbeit und Staatsbürgerrechte der Frauen; das letzte Kapitel zeigt, wie der Kapitalismus, indem er auch die Frauen immer mehr in seine Dienste zwingt, diesen zum Bewußtsein bringt, daß politische Rechte die notwendige Waffe für ihren Kampf ums Brot sind und damit sie in die Reihen des politischen Kampfes treiben muß, wie ihn die Sozialdemokratie für das gleiche Recht aller ohne Unterschied des Geschlechts führt.

Die Bestrebungen für eine wirtschaftliche Annäherung Deutschlands an Österreich-Ungarn. Protokoll der Verhandlungen, die am 9. Januar 1916 zwischen der sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Reichstags, dem sozialdemokratischen Parteivorstand und Parteiausschuß, der Generalkommission und den Vorständen der deutschen Gewerkschaften, einer Vertretung des Zentralverbandes deutscher Konsumenten und einer Vertretung der sozialdemokratischen Partei Österreichs und der österreichischen Gewerkschaften in Berlin über die wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Österreich-Ungarns stattfanden. Herausgegeben vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Berlin 1916, Verlag Buchhandlung Vorwärts. 64 Seiten. Preis 1 Mark.

Der erste Referent, Dr. Renner, weist auf die allgemeine Tendenz zur Bildung großer Wirtschaftsimperien hin und folgert daraus die Notwendigkeit, daß sich auch die mitteleuropäischen Staaten, insbesondere Deutschland und Österreich-Ungarn, ferner aber auch die Balkanstaaten und die Türkei, zu einem Wirtschaftsverband zusammenschließen. Die Meistbegünstigung der alten Handelsverträge habe viel von ihrem ursprünglichen Wert verloren, da sie in der Praxis arg durchlöchert sei, sie genüge heute nicht mehr dem wirtschaftlichen Bedürfnis nach engerer

Verbindung der Zentralmächte. Die Bildung eines gemeinschaftlichen Wirtschaftsgebiets sei eine geschichtliche Notwendigkeit.

Der zweite Referent, Cunow, untersucht die Formen, in denen dieser Zusammenschluß vor sich gehen soll. Bloße zollpolitische gegenseitige Begünstigung sei nicht nur ungenügend, sondern geradezu gefährlich. Anzustreben sei die vollständige Zollunion. Bis diese herbeigeführt sei, seien verkehrspolitische Übergangsmaßregeln notwendig, aber auch in dieser Zeit keine Zwischenzölle. Gleichartigkeit der Eisenbahn-, Währungs-, Arbeiterschutz- und Steuerverhältnisse in den zu vereinigenden Ländern sei keine unerläßliche Voraussetzung.

In der Diskussion, an der sich die Genossen Robert Schmidt, Ledebour, Viktor Adler, Hoch, Ellenbogen, Cohen (Reuß), Ernst Meyer, Seitz, Molkenbuhr und David beteiligten, werden hauptsächlich die Fragen erörtert, welchen Interessen der Zusammenschluß entspreche und welche Formen der Verbindung von diesen Interessen diktiert werden, ferner ob nicht durch diese Verbindung die Handelsbeziehungen insbesondere Deutschlands zu den übrigen Ländern, vor allem zu England, beeinträchtigt würden.

Dr. Karl Renner, **Österreichs Erneuerung.** Politisch-programmatische Aufsätze. Wien 1916, Wiener Volksbuchhandlung Ig. Brand & Co. 160 Seiten. Preis 3 Mark.

Das Buch vereinigt Aufsätze, die der Verfasser im Verlauf des Krieges hauptsächlich in der Wiener »Arbeiter-Zeitung« veröffentlicht hat. Er bemüht sich, die Kräfte und Faktoren aufzuzeigen, die Österreichs Fortbestand und künftiges Gedeihen verbürgen. Er behandelt insbesondere das nationale Problem und dessen Lösung durch die nationale Autonomie innerhalb des Nationalitätenstaats, den er als die historisch dem Nationalstaat überlegene modernere Form des Staates bezeichnet. Eingehend werden die grundlegenden Mängel der österreichischen Verwaltung besprochen, die englischen und deutschen Verhältnisse zum Vergleich herangezogen und ein Reformprogramm entwickelt. Endlich werden die handelspolitischen Probleme erörtert, die sich an das Schlagwort »Mitteleuropa« knüpfen. Der Verfasser setzt sich warm für eine Zollunion mit schrittweiser Ausgleichung der Währungs-, Kredit-, Eisenbahn-, Markt-, Steuerverhältnisse usw. ein und warnt vor den Gefahren einer Zwischenzollinie.

Louis B. Boudin, **Socialism and War** (Sozialismus und Krieg). New York 1916, New Review Publishing Association. 267 Seiten. Preis 1 Dollar.

Das kürzlich erschienene Buch enthält sechs Vorträge, die der Verfasser im November und Dezember 1914 in New York vor Parteigenossen hielt.

Zunächst wird nachgewiesen, daß die Ursachen, die in der amerikanischen Öffentlichkeit für den Kriegsausbruch in der Regel angeführt werden, unzutreffend sind: der Wille des Deutschen Kaisers oder des russischen Zaren, die deutsch-englische Handelskonkurrenz, Intrigen der Bankgruppe des Hauses Rothschild, der vorbeugende Kampf der Autokratie gegen die wachsende demokratische Bewegung oder der herrschenden Klassen gegen die drohende Revolution. Hierauf werden die verschiedenen Phasen des Kapitalismus auf ihr Verhalten zum Kriege untersucht, zunächst die merkantilistische Frühperiode mit ihren Raubzügen und Handelskriegen; insbesondere werden sodann der friedlichen Epoche der vorherrschenden Textilindustrie das kriegerisch-imperialistische Zeitalter der Eisen- und Stahlindustrie gegenübergestellt und die Ideologien entwickelt, die diesen Phasen entsprechen.

Als unmittelbare Kriegsursachen bezeichnet Boudin das rasche Wachstum der deutschen Eisenindustrie, deren Expansionsdrang aber zeitlich zusammenfällt mit Bestrebungen, die die verschiedenen mittel- und osteuropäischen Mächte beherrschen, die aber ihrer Natur nach nicht der letzten, sondern der ersten, ebenfalls kriege-

rischen Epoche des Kapitalismus angehören, insbesondere der Drang Deutschlands, Rußlands und Serbiens nach dem offenen Meere.

In den letzten beiden Vorträgen wird das Verhalten der Sozialisten zum Kriege untersucht und insbesondere dem pazifistischen und dem nationalen der sozialistische Standpunkt scharf gegenübergestellt.

Notizen.

Verschiebungen im Außenhandel neutraler Länder. Der Krieg hat überall Veränderungen auf wirtschaftlichem Gebiet hervorgerufen, die entscheidendsten wohl in den kriegführenden Staaten.[1] Und gerade relativ unwesentliche Veränderungen im Handel der Neutralen sind manchmal in politischer Beziehung sehr aufschlußreich.

Im Außenhandel Schwedens hat im Jahre 1914 England Deutschland von dem ersten Platz verdrängt, den es seit 1900 eingenommen hatte. Der Gesamtaußenhandel zwischen England und Schweden verringerte sich 1914 von 444,7 um 2,6 auf 442,1 Millionen Kronen. Dagegen sank der Wert des deutsch-schwedischen Gesamtaußenhandels 1914 von 469 um 55,6 auf 413,4 Millionen Kronen. Die Verschiebung rührt hauptsächlich von einer starken Vermehrung der schwedischen Ausfuhr nach England und einer sehr starken Verringerung der deutschen Einfuhr nach Schweden her.

Holland zeigt in seinem Einfuhrhandel ganz das Bild eines Staates, der — zwischen den Hauptkriegführenden liegend — von beiden Seiten in wichtigen Bedarfsartikeln auf »Kriegsration« gesetzt wird. Ein paar Zahlen mögen das illustrieren (alle Angaben in 1000 Tonnen).

Einfuhr aus England nach Holland:

	1913	1914	1915
Kohlen	2034	1769	1729
Roheisen	132	85	16
Metallwaren	28	38	9
Werkzeuge	38	22	13

Einfuhr aus Deutschland nach Holland:

	1913	1914	1915
Kohlen	17920	14211	6037
Roheisen	136	86	27
Schmiedeeisen	676	574	495
Stahl, Schienen, Röhren und Nägel	256	187	81
Metallwaren	1228	876	228
Werkzeuge	147	113	51
Chemikalien	417	320	93
Rohzucker	148	156	9
Papier	167	127	73

Eigentümlich ist dabei, daß die Einfuhr von Baumwollsamenöl, Leinöl, Palmöl, Sojaöl und Talg aus England nach Holland stark zugenommen hat. Ob Deutschland von den Mehrmengen dieser von ihm dringend benötigten Waren einen größeren oder geringeren Teil in irgendeiner Form bekommen hat, wissen wir noch nicht. In der Mehreinfuhr dieser sonst zwischen Deutschland und England, beziehungsweise den Ursprungsländern direkt gehandelten Artikel spricht sich aber eine auch sonst beobachtete stärkere Inanspruchnahme des neutralen Handels durch die Kriegführenden aus. So wird zum Beispiel berichtet, daß die Kautschukausfuhr aus dem brasilianischen Staate Bahia während des Krieges eine

[1] Quelle sind die amtlichen »Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft«.

entschiedene Veränderung erfahren hat. Welcher Art sie ist, zeigen die folgenden Zahlenangaben. Es betrug der Wert der Kautschukausfuhr in Conto de Reis-Geld im ersten Halbjahr:

	1914	1915
Nach kriegführenden Ländern:		
Deutschland	36071	202
Österreich-Ungarn	7775	—
England	39259	32795
Frankreich	21875	24064
Nach neutralen Ländern:		
Dänemark	516	4728
Holland	12924	20595
Norwegen	337	2878
Schweden	1821	16839
Bulgarien	4000	10000
Italien	2679	4720

Während also die Ausfuhr nach den kriegführenden Ländern (mit Ausnahme von Frankreich) gesunken ist, haben sämtliche neutralen Staaten bedeutende Mehrmengen aufgenommen, ob und in welchem Maße für den Inlandsverbrauch oder für die Wiederausfuhr, ist noch nicht zu erkennen.

Wie die Landwirtschaft anderer Länder, so ist auch die holländische Landwirtschaft von den Kriegführenden in großem Umfang für die Deckung des Nahrungsmittelbedarfs in Anspruch genommen worden. Die Ausfuhr von Schlachtvieh aus Holland betrug in den letzten drei Jahren (in Stück):

	1913	1914	1915
Stiere, Ochsen und Kühe	31971	84328	3953
Kälber	8643	31262	57
Schweine	36399	105117	2039
Schafe	45537	27244	11169
Lämmer	40068	13739	1625

Die in Berücksichtigung der Größe des holländischen Viehstapels (nach der letzten Zählung 2 100 000 Stück Rindvieh, 1 350 000 Schweine) überstarke Vermehrung der Viehausfuhr in den ersten Kriegsmonaten gab der holländischen Regierung Veranlassung, die Ausfuhr von lebenden Rindern und Schweinen zu verbieten (Ende Dezember 1914). Die Folge ist eine starke Zunahme der Ausfuhr von »Zuchtvieh« (zum Beispiel Milchkühe und Kuhkälber 1913 17 243, 1914 8124 und 1915 20 360 Stück) und Fleisch gewesen. Zwar ist auch die Fleischausfuhr begrenzt worden (Schweinefleisch im Februar, Rindfleisch Ende Mai und Hammelfleisch Anfang September 1915), aber sie hat sich trotzdem stark heben können. Sie betrug in Millionen Kilogramm:

	1913	1914	1915
Frisches Rind- und Kalbfleisch	18,3	15	20,6
- Hammelfleisch	7	9	11,5
- Schweinefleisch	36	50	44,5
Gesalzenes Schweinefleisch und Speck	9,2	16	9,3
Geräuchertes und getrocknetes Schweinefleisch und Speck	2,3	4,5	10

Über die Zielrichtung der Ausfuhr sagt das deutsche Generalkonsulat in Amsterdam: »Das lebende Vieh ging vor dem Kriege hauptsächlich nach Belgien, nach Kriegsausbruch dagegen war Deutschland der Hauptabnehmer. Für Schweinefleisch und Hammelfleisch war Großbritannien früher der wichtigste Kunde der Niederlande, und auch von Rindfleisch kaufte es große Mengen. Jetzt während des Krieges geht dagegen das Fleisch überwiegend nach Deutschland, weil es dort höhere Preise erzielt.« -etz-

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

// Die Neue Zeit
Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie
2. Band Nr. 2 Ausgegeben am 14. April 1916 34. Jahrgang
Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Die Spaltung der Fraktion.

Von **K. Kautsky**.

Der organisatorische Zusammenhalt unserer Partei macht jetzt die schwerste Krisis durch, schwerer als irgendeine seit dem Erlaß des Sozialistengesetzes. Darüber besteht nirgends der geringste Zweifel. Mit dieser Erkenntnis ist jedoch nur wenig gewonnen, solange sie nicht vervollständigt wird durch die Erkenntnis der Ursachen der Krisis, der tiefen, sachlichen Gegensätze, die der Krieg in unsere Reihen getragen hat.

Die jetzige Diskussion, die fast ausschließlich der Frage des Disziplinbruchs gilt, ist eher geeignet, von der Klarlegung der großen Gegensätze abzulenken, statt sie zu erleichtern. Der Aufruf, den der Parteivorstand, der Parteiausschuß und der Vorstand der Reichstagsfraktion erließen, sieht gar die Ursache des jetzigen Parteikonflikts vorwiegend im bösen Willen der Mitglieder der Minderheit, von denen der Aufruf sagt:

> Wir haben es seit geraumer Zeit an eindringlichen Warnungen gegen die Spaltungspläne und die Zerstörungsarbeit jener Gruppe nicht fehlen lassen.... Hartnäckig und jedem parteigenössischen Ratschlag unzugänglich, sind diese Parteimitglieder auf ihrem verderblichen Wege weitergegangen.

Mit keinem Wort wird verraten, worin diese »Spaltungspläne« und die »Zerstörungsarbeit« der Achtzehn bestanden, und es dürfte schwer fallen, für diese Anklagen irgendeinen Beleg zu finden.

Umgekehrt liegt die Sache. Im Interesse der Parteieinheit haben die Achtzehn und ihre Freunde bisher die größten Opfer an Selbstverleugnung gebracht. Aus diesen Opfern wird ihnen jetzt freilich auch wieder ein Strick gedreht, indem man erklärt, sie und nur sie hätten sich dadurch für alle Zeit, wenigstens während des Krieges, zum Stillschweigen verpflichtet.

Nach Ausbruch des Krieges verlas Haase, um keinen Schein des Zwiespalts in der Partei aufkommen zu lassen, im Plenum eine Erklärung, die er in der Fraktion heftig bekämpfte. Heute wird derselbe Haase vom Parteivorstand als Mann gebrandmarkt, der »Spaltungspläne« und »Zerstörungsarbeit« betreibe und dabei jedem »parteigenössischen Ratschlag« unzugänglich sei.

In einer vom Parteivorstand herausgegebenen Schrift »Für die Einheit der Partei« wird unter anderem auf einen Satz hingewiesen, den ich in den »ersten Kriegswochen« schrieb und in dem ich ausführte, Einmütigkeit und Disziplin seien jetzt das wichtigste Erfordernis, verhängnisvoll wäre es, »aus irgendeiner Meinungsverschiedenheit jetzt einen inneren Zwiespalt zu entfesseln«.

Wie Haases Verhalten am 4. August beweist doch auch dieser Satz, welchen Wert wir auf die Einheit und Geschlossenheit der Partei legen, daß also nur die dringendste Notwendigkeit uns zu unserer jetzigen Haltung

bewegen konnte. Nicht wir haben uns seit dem August 1914 gewandelt, wohl aber die Verhältnisse.

Wie immer man über die Bewilligung der Kriegskredite denken mochte, damals durfte man noch hoffen, sie würde am Wesen unserer Partei und an ihrer Selbständigkeit gegenüber der Regierung nichts ändern.

Doch bald zeigten sich die Wirkungen der Abstimmung.

Die gesamten bürgerlichen Parteien, aber auch ein großer Teil der arbeitenden Massen innerhalb wie außerhalb Deutschlands sahen in der Abstimmung vom 4. August einen Bruch mit der bisherigen Politik, ja mit den bisherigen Grundsätzen der Partei; sahen darin das Aufgeben der internationalen Solidarität des Proletariats und ihre Verdrängung durch die nationale Solidarität der besitzenden und der besitzlosen Klassen; das Aufgeben des Kampfes gegen die Weltpolitik der Regierung und den Übergang zu ihrer tatkräftigen Unterstützung.

Das war sicher zunächst nicht die Auffassung aller, vielleicht nicht einmal vieler unter denjenigen, die die Kriegskredite bewilligt hatten. Aber nichts widersprach dieser Deutung der Abstimmung. Der Kriegszustand, der zunächst nur für die Zeit der Mobilisierung verhängt war, dauerte auch nach ihr fort. In der Presse und in Versammlungen konnte die Opposition sich nicht zwanglos äußern.

Doch das Schweigen hätte nicht ausgereicht, den Glauben zu befestigen, daß die Abstimmung vom 4. August einen Bruch mit unserer Vergangenheit bedeute, wenn sich nicht die Umlerner aufgetan hätten, um im Verein mit den Kolb, David, Heine laut zu verkünden, mit dem 4. August habe eine besondere Epoche einer neuen, von der bisherigen grundverschiedenen Politik unserer Partei begonnen. Gestützt auf Kriegsstimmung und Kriegszustand, gewannen diese Elemente rasch Einfluß in der Mehrheit und ihren Organen und machten ihre nationalsoziale Politik zu der durch die Abstimmung vom 4. August inaugurierten Politik. Sie sollte gelten wenigstens für die Ausnahmezeit des Krieges.

Gleichzeitig aber schuf gerade diese Ausnahmezeit Situationen und Probleme, die der Minderheit die schärfste Betonung der sozialdemokratischen Politik, wie wir sie bis zum Kriege betrieben hatten, zu dem dringendsten Gebot der Stunde machten.

Doch der gleiche Kriegszustand, der der Minderheit die Propaganda für diese Politik als ihre heiligste Pflicht gegenüber dem Proletariat erscheinen ließ, gab für sie nur e i n e Tribüne frei — die des Parlaments. Und diese wurde der Minderheit versperrt durch die von der Mehrheit geübte Fraktionsdisziplin. Die Minderheit war damit mundtot gemacht — in entscheidenden Situationen schweigen, heißt aber für eine politische Richtung Selbstmord begehen. Und dieser Selbstmord wird in solcher Situation zum Verbrechen gegen die Klasse, deren Interessen jene Richtung zu vertreten hat.

So kam die Minderheit in der Reichstagsfraktion in einen argen Konflikt der Pflichten — der Pflichten gegen das Proletariat, die sie reden hießen, und der Pflichten gegen die Fraktion, die ihr Schweigen auferlegten.

Man sollte glauben, in einem solchen Dilemma sollte die Wahl nicht zweifelhaft sein. Trotzdem ist das Gefühl der Disziplin in den Genossen, die zur jetzigen Arbeitsgemeinschaft gehören, so tiefgewurzelt, daß nur die Über-

zeugung der dringendsten Notwendigkeit sie nach einem Jahre des Krieges endlich veranlassen konnte, öffentlich zu verkünden, was die meisten unter ihnen schon beim Ausbruch des Krieges als richtig erkannt hatten. Und auch jetzt waren die ersten Kundgebungen noch sehr schüchtern und beschränkten sich auf Hinausgehen bei der Abstimmung über die Kriegskredite. Immerhin erhielt es durch Veröffentlichung der Namen einen ostentativen Charakter, und damit war schon ein Disziplinbruch gegeben, die Durchbrechung eines Gesetzes, das freilich kein Parteitag, sondern nur die Fraktion sich selbst gegeben hat.

Indessen ließ man das hingehen, war sich doch die Mehrheit dessen bewußt, daß sie durch die Bewilligung des Budgets sogar einen Parteitagsbeschluß verletzte. Auch als im Dezember vorigen Jahres ein Teil der Fraktion direkt gegen die Kredite stimmte, sah man noch von einer Maßregelung der »Disziplinbrecher« ab.

Durch alle diese Vorgänge hatte die Welt bereits erfahren, daß in der Reichstagsfraktion ein tiefgehender Zwiespalt herrsche; der Zweck, dem das Fraktionsgesetz dienen sollte, ließ sich bei den gegebenen Verhältnissen nicht mehr erreichen. Denn dies Gesetz entsprang doch nur dem Bedürfnis, die Fraktion vor der Öffentlichkeit als geschlossene Masse erscheinen zu lassen.

Unter diesen Umständen hätte man wohl erwarten dürfen, die Fraktion werde das Gesetz nicht weiter anwenden, dessen Aufrechterhaltung sich als unmöglich erwiesen hatte. Auf der anderen Seite stellte es sich heraus, daß die bloße Bekundung des Zwiespalts nicht genügte. Sie hätte ausgereicht, wenn es darauf angekommen wäre, bloß zu zeigen, daß zwei Richtungen vorhanden seien. Aber das wäre eine unfruchtbare Demonstration des Zwiespalts geblieben. Hatte man ihn einmal demonstriert, dann mußte man ihn begründen. Auch das war nur im Reichstag möglich.

In dieser Begründung konnte aber unmöglich eine Verletzung der Disziplin liegen. Sie wurde verletzt durch einen Akt, durch das demonstrative Verhalten bei der Abstimmung. Wird dieser Akt nicht als Disziplinbruch geahndet, dann kann sicher nicht seine Begründung einen solchen darstellen, solange sie nicht eine provokatorische Polemik gegen die Mehrheit enthält. Besaß die Minderheit starkes Zutrauen zur eigenen Sache und zu den eigenen Gründen, dann brauchte sie jene Begründung auch nicht zu fürchten.

Aber merkwürdigerweise, dieselbe Mehrheit, die die demonstrative Stimmenthaltung, ja selbst die Ablehnung der Kriegskredite noch passieren ließ, sie geriet aus dem Häuschen wegen einer Rede, gegen die sachlich bisher noch nichts von Belang eingewendet wurde, die man allgemein als gut sozialdemokratische Rede anerkennen mußte. Oder sollten gerade dadurch die Leidenschaften einiger Mitglieder der Mehrheit am 24. März entfacht worden sein?

Man hat hinterdrein selbst gesehen, daß mit der Anklage des Disziplinbruchs in diesem Falle nicht viel zu machen sei, und sie daher durch die Beschuldigung des Treubruchs erweitert. Ein Treubruch setzt Vertrauen voraus, das getäuscht wird. Hätte Haase der Mehrheit versprochen, er werde in ihrem Sinne reden, und wäre er deshalb zu ihrem Redner gewählt worden, dann hätte seine Rede einen Treubruch bedeutet. Aber die Mehrheit hatte es vielmehr ausdrücklich abgelehnt, ihn zum Etat reden zu lassen, sie

hatte ihm damit nicht ihr Vertrauen bekundet, sondern ihn geknebelt. Wenn er trotzdem sprach, so täuschte er damit ihre Erwartungen, aber nicht ihr Vertrauen. Er beging ebensowenig einen Treubruch wie der Gefangene, dem es wider Erwarten gelingt, aus seinem Kerker zu entkommen.

Mit der Widerlegung des Geredes vom Treubruch ist freilich die neue Fraktion noch nicht gerechtfertigt. Ihre Rechtfertigung oder Verurteilung ist überhaupt nicht durch Argumentationen zur Entscheidung zu bringen, sondern nur durch ihre Praxis. In ihrem Handeln als selbständige Fraktion hat sie sich zu bewähren, hat sie zu zeigen, ob das, was sie leistet, sich innerhalb des Rahmens der Gesamtfraktion nicht mehr leisten ließ und ob diese Leistungen im Interesse des Proletariats liegen oder nicht. An diesem Maßstab wird man sie zu messen haben, und solange es nicht möglich ist, ihn anzulegen, wird jedes Urteil über sie verfrüht sein. Die neue Fraktion hat das Recht, daß man ihre Taten abwartet und nicht voreilig den Stab über sie bricht. Sie lebt der Zuversicht, durch ihr Wirken ihre Berechtigung und Notwendigkeit zu erweisen.

Die Absichten der Minderheit sind keineswegs auf Spaltung der Partei gerichtet, und auch die Logik der Dinge zwingt nicht zu ihr. Die Verhältnisse, die die Spaltung der Fraktion hervorriefen, entspringen aus der Natur des Parlaments, sie gelten nicht für die Organisationen. Wenn in diesen wie in der Parteipresse die Minderheit nicht so frei zum Wort kommt wie die Mehrheit, so ist nicht die Parteidisziplin daran schuld. Die freie Meinungsäußerung stieß bisher in den Organisationen noch nicht auf Schranken der Disziplin, und solange dies der Fall ist, besteht kein Grund, diese Disziplin zu zerreißen. Es ist allerdings kein glückliches Beispiel, das der Parteivorstand gab, der den Zwiespalt aus der Fraktion sofort in seine Organisation hinübertrug, aus der er den Genossen Haase hinausdrückte. Wir hoffen, dies Beispiel wird in den anderen Instanzen und Organisationen der Partei keine Nachahmung finden. Arbeiten die beiden Fraktionen nebeneinander und nicht gegeneinander, dann wird der große Organismus der Partei durch den Wettstreit der beiden nicht in seinem Gefüge erschüttert werden. Um den Kampf der Überzeugungen freilich kommen wir nicht herum und dürfen wir nicht herumkommen. Jedes Vertuschen wäre vom Übel. Aber sorgen wir, daß es ein Kampf um Überzeugungen bleibt. Das Ringen um große Grundsätze erhebt uns, festigt uns, vermehrt unsere Anziehungskraft auf selbständige Köpfe. Bloß der Kampf persönlicher Herabsetzung degradiert die Partei und mindert ihre Werbekraft. Je mehr es uns gelingt, ihn zu vermeiden, um so besser für uns und unsere Sache.

Die soziale Unrast in Amerika.

Von J. Köttgen.

Das bedeutendste sozialpolitische Werk, das im vergangenen Jahre in den Vereinigten Staaten herausgegeben wurde, ist der Bericht der Bundesindustriekommission. Diese Kommission wurde durch ein am 28. August 1912 vom Kongreß angenommenes Gesetz geschaffen. Sie sollte sich mit der Untersuchung der verschiedensten sozialen und wirtschaftlichen Fragen befassen, namentlich aber mit den Ursachen der sozialen Un-

rast, die sich in den letzten Jahren durch die gewaltigen und gewaltsamen Ausbrüche jedermann kenntlich gemacht hatte. In der Kommission sollten alle Bevölkerungsschichten vertreten sein. Ihre neun Mitglieder wurden mithin zu gleichen Teilen aus der Arbeiterschaft, dem Unternehmertum und dem allgemeinen Publikum genommen. Die drei Arbeitervertreter waren Gewerkschaftsbeamte, die politisch dem radikalen Kleinbürgertum nahe standen. Als Vorsitzender der Kommission wurde vom Präsidenten Wilson Herr Frank P. Walsh auserkoren, dessen Name vorher wenig bekannt war und der sich als ein Mann von großer Energie und seltenem Mut erweisen sollte. Durch seine rücksichtslose Aufdeckung kapitalistischer Verbrechen und seinen unentwegten Kampf gegen den jungen Rockefeller, den Hauptschuldigen an den Arbeitermetzeleien in Kolorado, erwarb sich Herr Walsh die Zuneigung der amerikanischen Arbeiter und den wilden Haß der Unternehmer, deren Presse nie müde wurde, den Vorsitzenden der Bundesindustriekommission lächerlich zu machen und seine Absetzung zu fordern. Diese Angriffe trugen viel dazu bei, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die höchst interessanten und wichtigen Arbeiten der Kommission zu lenken. Wegen der Kriegswirren wird man in Europa weniger davon vernommen haben. Es ist daher notwendig, in diesem Aufsatz hauptsächlich referierend zu verfahren.

Drei Jahre nach ihrer Einsetzung erstattete die Kommission dem Kongreß Bericht, nachdem sie in 15 Städten der Vereinigten Staaten an 154 Tagen öffentliche Sitzungen abgehalten, in denen im ganzen 740 Zeugen aus allen Schichten der Bevölkerung über all die Gegenstände, die zu untersuchen waren, vernommen wurden. Diese stenographisch aufgenommenen Verhöre sind wohl das Wichtigste an der Kommissionsarbeit. Vielleicht werden sie der Öffentlichkeit nie zugänglich sein; denn man will ihre Veröffentlichung hintertreiben, so wie man jetzt der Verbreitung des Kommissionsberichts alle möglichen Hindernisse in den Weg legt. Nur Teile der Verhandlungen sind bisher publiziert worden. So das Kreuzverhör zwischen Genossen Hillquit und Herrn Gompers, das von der deutschen Sprachgruppe der Socialist Party unter dem Titel »Sozialismus und Gewerkschaftsbewegung« auch in deutscher Sprache herausgegeben worden ist.[1] Die Resultate ihrer Untersuchungen und Forschungen und ihre Reformvorschläge hat die Kommission in einem Generalbericht und in anderen von Fachleuten geschriebenen Monographien niedergelegt, von denen besonders die Arbeit des Herrn West über den berühmten Streik in Kolorado sehr verdienstvoll und zweifellos von dauernd historischem Werte ist.

Der Generalbericht selbst zerfällt in drei Hauptteile. Er umfaßt den Mehrheitsbericht, der von Herrn Walsh und den drei Arbeitervertretern unterzeichnet ist, und die Minderheitsberichte der Unternehmer und der zwei anderen Vertreter des Publikums (Walsh ist der dritte). Von dem letzten Bericht braucht nicht viel erwähnt zu werden; er hat auch kaum Beachtung gefunden. Nur wenig unterscheidet er sich von den gewöhnlichen Produkten professorenhafter Sozialreform. Der Bericht der Unternehmer ist eine Anklageschrift gegen die Gewerkschaften, ist aber äußerst wertvoll wegen der darin enthaltenen Zugeständnisse. Namentlich folgende Stellen mögen dies dartun:

---

[1] Eine Besprechung dieser Schrift siehe Neue Zeit XXXIII, 1, S. 637 ff.

Trotz der Tatsache, daß wir ernannt worden sind, um in dieser Kommission die Unternehmer der Nation zu vertreten, gestehen wir freimütig, daß die von der Kommission vorgenommenen Untersuchungen und die in unseren öffentlichen Sitzungen gemachten Aussagen klar erwiesen haben, daß sich Unternehmer — einige von ihnen — vieles Unrechts schuldig gemacht und die Arbeiter berechtigt haben, die größten Beschwerden gegen viele Unternehmer zu erheben. Ein überaus reiches Material ist vorgebracht worden und beweist uns genügend, daß einige Arbeitgeber zu fragwürdigen Methoden gegriffen haben, um ihre Arbeiter davon abzuhalten, sich in ihrem eigenen Interesse zu organisieren; daß sie versucht haben, durch die mehr oder weniger erfolgreiche Beherrschung der Gerichte und der Legislaturen die Demokratie zu hintergehen; daß einige von ihnen Frauen und Kinder und unorganisierte Arbeiter ausgebeutet haben; daß einige zu allerhand Methoden gegriffen haben, um die Annahme sozialer Gesetze zu verhindern; daß einige Schießbolde bei Streiks beschäftigt haben, Leute von schlechtem Charakter, die unschuldige Leute angriffen und andere Verbrechen höchst verwerflicher Art begingen; daß einige niedrigere Löhne gezahlt haben, als mit der Konkurrenz in Einklang zu bringen war, ihre Arbeiter lange arbeiten ließen und unter gesundheitsschädlichen und gefährlichen Verhältnissen; daß einige auf Kosten der freien Arbeit die Gefängnisarbeit ausbeuteten; daß einige ihre Verträge mit der Arbeiterschaft gebrochen haben; daß einige zeitweilig versucht haben, durch die Behörden die Redefreiheit und das Recht der friedlichen Versammlung zu unterdrücken; und daß einige zu selbstsüchtigen Zwecken Vertreter der Arbeiterschaft mit Fleiß bestochen haben. Wir sind der Ansicht, daß alles dies dahin führt, wirtschaftliche Unrast mit allen daraus entstehenden und weitreichenden Übeln zu erzeugen.

An einer anderen Stelle erklären die Vertreter der Unternehmer:

Wir erklären freimütig, daß wir, wären wir Lohnarbeiter, der Gewerkschaft angehören würden, und als Gewerkschafter würden wir die hohe Verantwortung fühlen, unseren gewerkschaftlichen Pflichten dieselbe Aufmerksamkeit zu schenken wie unseren Bürgerpflichten.

Diese Auslassungen der Unternehmervertreter mußten vorausgeschickt werden, um nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, als handle es sich bei den manchmal unglaublich klingenden Darstellungen des Mehrheitsberichts um fratzenhafte Verzerrungen der Wirklichkeit. Als solche sind die Schilderungen des Mehrheitsberichts von der kapitalistischen Presse der Vereinigten Staaten hingestellt worden. Kein Wunder, daß die Kapitalisten böse sind. Man lese nur einige allgemein gehaltene Sätze aus diesem Bericht. So schreiben die Berichterstatter:

Es ist keine Frage, daß Unrast besteht, und zwar in einigen Fällen in einem erschreckenden Maße. Tausende und Zehntausende von unserem Volke fühlen, daß sie unter den herrschenden wirtschaftlichen Verhältnissen keine Gelegenheit haben, sich und ihren Familien eine Lebenshaltung zu sichern, die den besten Idealen der menschlichen Existenz entspricht. Sie zürnen dem bestehenden System der Verteilung des Reichtums, das auf der einen Seite unserer Wirtschaftsordnung ein paar mehrfache Millionäre erzeugt und auf der anderen Tausende und aber Tausende von Männern, Frauen und Kindern, die sich zu jeder Zeit in einer Lage befinden, in der sie nicht wissen, woher die nächste Mahlzeit kommen soll. Hungrig, schlecht gekleidet und ohne die Gelegenheiten, die ein völlig harmonisches Leben voraussetzt, werden sie erfüllt von einem mißmutigen Groll, der für die Zukunft unserer Republik nichts Gutes bedeutet.

An anderen Stellen in dem Mehrheitsbericht finden sich folgende Erklärungen:

Es geht aus den Untersuchungen dieser Kommission und den Berichten aller Regierungskörperschaften der neueren Zeit deutlich hervor, daß ein großer Teil unserer industriellen Bevölkerung infolge der Verbindung von niedrigen Löhnen mit der Arbeitslosigkeit in einem Zustand wirklicher Armut lebt. Wie groß dieser Teil ist, kann nicht genau festgestellt werden, aber es ist sicher, daß wenigstens ein Drittel und wahrscheinlich die Hälfte der Familien der in den Fabriken und Bergwerken beschäftigten Lohnarbeiter im Laufe des Jahres weniger verdient, als nötig ist, um ihnen eine auch nur annähernd bequeme und anständige Lebenshaltung zu verschaffen.

Weiter bemerkt der Bericht zu diesem Thema:

Die Wohlfahrt des Staates verlangt, daß die nützliche Arbeit jedes gesunden Arbeiters mindestens durch ein Einkommen belohnt werde, mit dem er sich selbst, eine Frau und wenigstens drei minderjährige Kinder bequem erhalten kann und das ferner ausreicht, um für Krankheit, Alter und Invalidität zu sorgen. Unter keinen anderen Verhältnissen kann eine starke, zufriedene und tüchtige Bürgerschaft erzeugt werden. Unter den bestehenden Verhältnissen erhält mindestens die Hälfte der in der Industrie beschäftigten Lohnarbeiter ein solches Einkommen nicht.

Man wird vielleicht schon an diesen Stichproben erkennen, daß die Kritik der Berichterstatter nicht von sozialistischen Anschauungen ausgeht. Der Geist, der den Bericht durchdringt, ist vielmehr der des verarmten oder untergehenden Bürgertums und Bauerntums, der sich gegen das immer unbändiger werdende Finanzkapital auflehnt. Wie ein roter Faden zieht sich die Kritik der großen monopolistischen Korporationen (Aktiengesellschaften) durch den Bericht. Zu einer Erkenntnis der Entwicklungsrichtung unseres Wirtschaftssystems kommen die Berichterstatter nirgends; ihre radikalste Forderung ist die Entthronung der Kapitalmagnaten durch eine Erbschaftssteuer; ihnen scheinen die vergangenen besseren Zeiten des Bürger- und Bauerntums als das zu erstrebende Ideal vorzuschweben. Solche Rebellen gibt es in den Vereinigten Staaten in großer Anzahl. Sie sind auch in und am Rande der sozialistischen Bewegung zu finden, und da ihre Kritik dieselben Verhältnisse trifft wie die der sozialistischen Arbeiterschaft, hält man sie häufig für Sozialisten, wodurch manchmal nicht wenig Verwirrung angerichtet wird.[2]

Die Beweggründe der Kritik lassen natürlich ihren Wert unberührt, insbesondere da sich die Angaben der Berichterstatter auf ein reiches Tatsachenmaterial stützen, dessen Wucht auch die Vertreter der Unternehmerschaft in den oben angeführten Zeilen, wenn auch einschränkend und zögernd anerkennen müssen. Man kann nicht sagen, daß die Kommission sehr viel Neues an den Tag gebracht hat. Aber sie hat das für die Kritik der Kapitalsherrschaft in den Vereinigten Staaten vorhandene Material zum ersten Male in systematischer Gruppenarbeit gesammelt und der Allgemeinheit zugänglich gemacht. Wie es der Ton ist, der die Musik macht, so ist es auch hier die Darstellung, die den toten und zusammenhanglosen Ziffern der Regierungsdokumente Leben und Sinn gibt. Der sozialistischen Propaganda wird der Kommissionsbericht noch unschätzbare Dienste leisten. In den Versammlungen

---

[2] Als Beispiel möge Charles Edward Russell dienen, der seit kurzem ein fanatischer Rüstungsfreund ist. Russell ist ein guter Kenner und vortrefflicher Kritiker der großen Korporationen. Er glaubt auch, daß er Sozialist sei, aber von einer Kenntnis der sozialistischen Theorien zeigen seine Reden und Schriften keine Spur.

der Parteimitgliedschaften wird der Bericht schon viel benutzt, indem Stellen zur Verlesung kommen, woran sich dann eine Debatte knüpft.

Der Mehrheitsbericht, mit dem wir uns in der Folge ausschließlich befassen wollen, gibt an, daß es hauptsächlich vier Ursachen sind, die zu der herrschenden sozialen Unrast Anlaß geben. Als erste wird die ungerechte Verteilung des Reichtums und des Einkommens bezeichnet. Die zweite Ursache ist die Arbeitslosigkeit und daß es dem Arbeiter unmöglich gemacht wird, seinen vollen Lebensunterhalt zu verdienen; die dritte ist, daß die Gebote der Gerechtigkeit nicht zur Geltung kommen weder bei der Gesetzgebung noch bei der Rechtsprechung oder Rechtspflege. Als vierte Ursache wird die Vorenthaltung des Rechtes und der Gelegenheit, wirksame Organisationen zu bilden, angegeben. Für jeden Punkt wird viel Beweismaterial ins Feld geführt, und zu jedem werden Reformen vorgeschlagen, die sich sehr oft mit den Reformvorschlägen der Sozialistischen Partei decken.

Über die Verteilung des Besitzes in den Vereinigten Staaten teilt die Kommission folgendes mit: Der Nationalreichtum wird auf 187 Milliarden Dollar geschätzt. Das wäre beiläufig mehr als doppelt soviel wie der Nationalreichtum Großbritanniens, des angeblich reichsten Landes Europas. Nach den Berechnungen des Professors King befinden sich 60 Prozent des Reichtums in den Händen von nur 2 Prozent der Bevölkerung, während 65 Prozent der Bevölkerung (die »Armen«, wie King sie nennt) nur 5 Prozent des Reichtums besitzen. Nach der Einkommenstatistik des Jahres 1914 gab es in den Vereinigten Staaten 1598 Vermögen, die ihren Besitzern ein Jahreseinkommen von über 100 000 Dollar verschaffen. 44 Familien hatten zusammen ein Jahreseinkommen von wenigstens 50 Millionen Dollar. Recht anschaulich wird die ungleichmäßige Verteilung gemacht, wenn man wie die Kommission berechnet, daß in den Vereinigten Staaten 100 000 Arbeiterfamilien von einem Einkommen, wie es diese 44 Familien haben, das ganze Jahr leben müssen.

Die Berichterstatter bemerken zu diesem Thema:

Es wurde gezeigt, daß die großen Vermögen derjenigen, die an der ungeheuren Ausdehnung der amerikanischen Industrie gewonnen haben, auf Grund des Erbrechts in die Macht von Erben oder Verwaltern, die als ihre »Vizeregenten« handeln, schon übergegangen sind oder in ein paar Jahren übergehen werden. Diese werden häufig von unseren Zeitungen als »Monarchen der Industrie« bezeichnet und nehmen wirklich in unserer Republik eine Stellung ein, die fast genau der Stellung der Feudalherren entspricht. Diese Erben, die nur durch den Zufall der Geburt Besitzer sind, beherrschen und bestimmen das Leben und das Schicksal von mehr Menschen, als in England im Mittelalter lebten. Zwar sind ihre Fürstentümer zerstreut und sie teilen sie manchmal durch den Aktienbesitz mit anderen, aber diese Fürstentümer bestehen dennoch in der Wirklichkeit. In der Tat sind solche verstreute unsichtbare wirtschaftliche Fürstentümer eine größere Bedrohung der Wohlfahrt der Nation, als es eine gleiche Macht sein würde, die in zahlreiche kleine Königreiche in verschiedenen Teilen des Landes zusammengefaßt wäre. Im letzten Falle könnte man sie sehen und sich vor ihnen schützen, jetzt durchdringt ihr Einfluß jede Erscheinungsform des Lebens und der Industrie und beherrscht sie.

Über den zunehmenden Anteil der Besitzenden und den abnehmenden Anteil der arbeitenden Klassen am Nationalreichtum läßt sich der Bericht wie folgt aus:

Der Reichtum des Landes hat sich vom Jahre 1890 bis zum Jahre 1912 von 65 auf 187 Milliarden vermehrt oder um 188 Prozent, während das Gesamteinkommen der Lohnarbeiter in Fabriken, Bergwerken und im Verkehrswesen sich zwischen den Jahren 1889 und 1909 um nur 95 Prozent erhöhte, nämlich von 2516 Millionen im Jahre 1889 auf 4916 Millionen Dollar im Jahre 1909.

Die Angaben, die die Kommission über die Löhne der amerikanischen Arbeiter macht, werden bei europäischen Arbeitern manche Illusionen zerstören. So verdient von den in Fabriken und Bergwerken beschäftigten männlichen Arbeitern von 18 Jahren und darüber ein Viertel bis ein Drittel weniger als 10 Dollar die Woche; zwei Drittel bis drei Viertel verdienen weniger als 15 Dollar, und nur ein Zehntel aller dieser Arbeiter verdient 20 Dollar und mehr. Bei diesen Berechnungen ist der Lohnausfall infolge von Krankheit und Arbeitslosigkeit nicht in Betracht gezogen worden. Von den gleichalterigen weiblichen Arbeitern, die in Fabriken, Läden, Wäschereien und industriellen Betrieben aller Art beschäftigt werden, verdienen zwei Drittel bis drei Viertel keine 8 Dollar die Woche; die Hälfte verdient keine 6 Dollar, und ein Fünftel verdient weniger als 4 Dollar die Woche. Wer den Dollar einfach 4 Mark gleichsetzt, wird die Löhne nicht sehr niedrig finden. Um aber einen einigermaßen richtigen Vergleich anstellen zu können, sei erwähnt, daß die kleinste Münze, die man zum Beispiel für eine Tasse Kaffee oder eine Straßenbahnfahrt ausgeben kann, das Fünfcentstück (20 Pfennig) ist.

Einen anschaulichen Begriff von Lohn und Auskommen liefern die Ziffern, die die Berichterstatter dem Bericht entnommen haben, den die Einwanderungskommission dem Kongreß im Jahre 1909 vorlegte. Der erwähnte Bericht befaßt sich sehr eingehend mit den täglichen und wöchentlichen Löhnen von 619 595 Arbeitern aller Art in den Hauptindustrien und dem Bergbau und mit den Einkommen und der Lebensweise von 15 726 Familien. Danach hatten etwas weniger als 64 Prozent dieser Familien ein Jahreseinkommen von weniger als 750 Dollar, während 31 Prozent von ihnen ein Einkommen von weniger als 500 Dollar im Jahre hatten. Durchschnittlich bestanden diese Familien aus 5,6 Personen. Eingehende Untersuchungen über die Kosten der Lebenshaltung, die zur selben Zeit in allen Teilen des Landes angestellt wurden, zeigten, daß eine fünfköpfige Familie ein Einkommen von mindestens 700 Dollar im Jahre haben muß, um auch nur einigermaßen anständig leben zu können. Mehr als 79 Prozent der Familienväter verdienten weniger als 700 Dollar im Jahre.

In Verbindung mit der Lebenshaltung der Industriearbeiter möge auch die der Landbevölkerung erwähnt werden. Mit der Lage der Landarbeiter (Lohnarbeiter) beschäftigt sich der Bericht weniger als mit der der Pächter, deren Zahl und Elend beständig zunimmt. Sind es in der Industrie die eingewanderten Arbeiter, die wohl am schlimmsten daran sind, so ist es in der Landwirtschaft der geborene Amerikaner, der den Kelch des Leidens bis zur Neige trinken muß. Namentlich in den südwestlichen Staaten haben die Berichterstatter und ihre Beamten die Lage des Pächtervolkes eingehend studiert. Es ist ein überaus düsteres Bild, das sie entwerfen. Die Pächter nehmen das Land dort in Teilpacht. Der Pächter muß die Aussaat, das Werkzeug und die Arbeitstiere stellen und dem Gutsbesitzer für die Be-

nutzung des Bodens ein Drittel von der Kornernte und ein Viertel von der Baumwollernte bezahlen. Die Verhältnisse dieser Leute sind jammervoll.

»Unter diesem System«, so heißt es in dem Bericht, »verdienen die Pächter als Klasse nur das nackte Leben, indem sie selbst und ihre Familie arbeiten.... Selbst heute ist ein sehr großer Teil der Pächterfamilien ungenügend bekleidet, hat eine schlechte Behausung und ist unterernährt. So gut wie alle weißen Pächter sind geborene Amerikaner. Als Ergebnis dieser Verhältnisse geht es mit ihnen jedoch schnell bergab, und jede neue Generation ist weniger tüchtig und mehr hoffnungslos als die vorhergehende.«[3]

Ein sehr großer Teil der Pächter ist hoffnungslos verschuldet. Der Pächter muß unverschämte Zinsen zahlen. 95 Prozent der Pächter müssen borgen, und 75 Prozent von ihnen borgen jedes Jahr. Durchschnittlich beträgt der Zins 10 Prozent; in Texas bezahlen die Kleinpächter 15 Prozent und mehr. Aber außer den Anleihen, die sie aufnehmen müssen, um ihren Wirtschaftsbetrieb aufrechterhalten zu können, haben 80 Prozent von ihnen auch noch regelmäßig Schulden beim Kaufmann, der ihnen 20 Prozent, in manchen Fällen sogar die Kleinigkeit von 60 Prozent anrechnet. Der Pachtvertrag, der mündlich abgemacht wird, läuft auf ein Jahr; etwaige Verbesserungen, die der Pächter vornimmt, werden ihm nicht bezahlt. Sein einziges Interesse ist daher, den Boden möglichst auszurauben. Gewöhnlich bleibt er nur ein Jahr auf der Farm und sucht sich dann eine andere in der trügerischen Hoffnung, seine Lage anderswo verbessern zu können. In einigen Fällen nimmt die Unterdrückung dieser Bevölkerung auch noch einen anderen Charakter an. Man schreibt dem Pächter die Art und die Menge der anzubauenden Feldfrüchte vor, setzt ihn ohne angemessene Kündigung an die Luft und verfolgt ihn wegen seiner persönlichen und politischen Überzeugungen. Von den Kindern der Pächter wird gesagt, daß sie nur halb gekleidet gehen.

»Ohne große Familie«, heißt es im Bericht, »kann der Pächter nicht hoffen, Fortschritte zu machen oder auch nur sein Leben zu fristen; so werden denn in jeder Pächterfamilie zahlreiche Kinder für eine Zukunft erzogen, die unter den obwaltenden Verhältnissen nicht besser sein wird als die ihrer Eltern, wenn sie überhaupt so gut sein wird. Die Frau eines typischen Pächters, die Mutter von elf Kindern, erklärte in ihrer Aussage vor der Kommission, daß sie nicht allein die Kinder erziehe und die Hausarbeit verrichte, sondern auch in der Landwirtschaft mithelfe, und daß sie in all den Jahren seit ihrer Heirat kein fertiges Kleid und nur drei Hüte gehabt habe.«

Aus den gemachten Angaben könnte geschlossen werden, daß dieser verelendende Stand auch an Zahl abnehme. Das Gegenteil ist der Fall. Die Nachkommen der mutigen Pioniere, die eine neue Welt im Westen schufen, sinken in zunehmender Zahl in die Vorhölle der Proletarierklasse herab. Im Jahre 1890 waren von je 100 landwirtschaftlichen Betrieben 28 Pachtbetriebe; im Jahre 1910 wurden schon 37 vom Hundert von Pächtern bewirtschaftet; dies bedeutet eine Zunahme von 32 Prozent in 20 Jahren. In Texas gab es im Jahre 1880 65 468 Pächter (37,6 Prozent aller Farmer im

[3] Diese Pächter bilden übrigens eine Klasse, die den sozialistischen Ideen sehr zugänglich ist; die Angaben der Industriekommission über das Elend der Pächter werden von sozialistischen Rednern, die unter den Pächtern agitatorisch gewirkt haben, vollauf bestätigt.

Staate); im Jahre 1910 wies dieser Staat schon 219 571 Pächter auf (53 Prozent aller Farmer im Staate). Wenn diese Vermehrung angehalten hat, so muß Texas heute wenigstens 236 000 Pächter haben. In 82 Counties des Staates sind jedoch schon durchschnittlich etwa 60 Prozent der Landwirte Pächter. Für den Staat Oklahoma gibt der Bericht an, daß 54,8 Prozent der Farmer Pächter sind und daß in 47 Counties dieses Staates der Prozentsatz der Pächter 68,13 beträgt. Welche Unsumme von Elend bedeuten diese Ziffern!

Ob die Zahl der großen, nach kapitalistischen Methoden betriebenen Güter zunimmt, ist in Amerika eine unbestrittene Frage. Der Kommissionsbericht bemerkt dazu:

Ein neuer Faktor erscheint in der landwirtschaftlichen Lage in Gestalt der Entwicklung gewaltiger Güter, die Eigentum von Korporationen sind und von besoldeten Geschäftsführern nach einem rein industriellen System betrieben werden. Die Arbeitsverhältnisse auf solchen Gütern bedürfen der ernsten Kritik. Die Löhne sind äußerst niedrig; 80 Cents den Tag war der vorherrschende Lohnsatz auf einem großen Gut, das gründlich untersucht wurde; willkürliche Lohnabzüge werden für verschiedene Zwecke gemacht, und ein beträchtlicher Teil des Lohnes selbst wird in Gutscheinen bezahlt. Die Gemeinden auf diesen großen Gütern sind vollständig in der Gewalt der das Land besitzenden Korporation, die das Leben der Bürger fast bis zu jedem Grade regeln kann. Es besteht anscheinend die Tendenz zur Vermehrung dieser großen Güter, und man kann sich auf die größten Mißbräuche gefaßt machen, wenn gestattet wird, daß sie sich ungehindert entwickeln.

(Schluß folgt.)

Verunglückte Auslegungskünste.

Von **Heinrich Cunow**.

In den Nummern 24 und 25 der Neuen Zeit veröffentlicht Genosse Kautsky einen »Sozialdemokratische Steuerpolitik« überschriebenen Artikel, der neben allerlei allgemein-theoretischen Deduktionen verschiedene polemische Anwürfe enthält, die sich gegen einige von mir für unsere Tagespresse geschriebene Artikel über Steuer- und Monopolfragen richten. Da diese Polemik mir mehrfach Auffassungen unterschiebt, die ich nicht teile und die sich auch nirgends in meinen Artikeln ausgesprochen finden, sehe ich mich leider genötigt, zu antworten; doch möchte ich mich auf eine Richtigstellung der Unterschiebungen beschränken. Gegen die langen theoretisch-deduktiven Auseinandersetzungen Kautskys zu polemisieren, halte ich für zwecklos, da unsere beiderseitigen Ausgangspunkte und unsere ganze Betrachtungsweise zu verschieden sind, als daß eine nutzbringende Auseinandersetzung möglich wäre. Kautsky sucht von unterlegten Voraussetzungen, Begriffen und Thesen, von sogenannten Prämissen aus auf dem Wege der Deduktion zu allgemeinen Verhaltungsregeln beziehungsweise Normen für eine sozialdemokratische Steuerpolitik zu gelangen, *gewissermaßen zu Verhaltungsregeln an sich*, die ohne Unterschied der besonderen wirtschaftlichen Entwicklungsstufe und der speziellen historisch gegebenen Wirtschaftsverhältnisse allgemein für den ganzen Komplex der kapitalistischen Wirtschaftsweise gelten. Das ist nach meiner Ansicht selbst dann, wenn die Prämissen und die einzelnen Deduktionen richtig sind, ein ganz zweckloses Verfahren, denn solche für alle kapitalistischen Zeitalter

gültigen Verhaltungsregeln an sich gibt es nach meiner Auffassung auf dem Steuergebiet gar nicht oder doch nur in der reinen Abstraktion. Wie es für die ganze kapitalistische Welt ohne Unterschied der besonderen Entwicklungsformationen keine genau gleichen sozialen Gesetze, Tendenzen und Wirkungen gibt, sondern diese je nach den besonderen Entwicklungszeiten und lokalen Verhältnissen mannigfach wechseln, so gibt es nach meiner Ansicht — wenn man von bestimmten nichtssagenden Gemeinplätzen absieht — auch keine für alle Staaten ohne Rücksicht auf ihren Entwicklungsstand und ihre spezielle Wirtschaftslage gültigen Steuerprinzipien. Schon deshalb nicht, weil, wie ich immer wieder in meinen Artikeln betont habe, die ökonomische Wirkung der einzelnen Steuern gar nicht allein von ihrer eigenen Beschaffenheit abhängt, sondern nicht minder von den gesamten Wirtschaftsverhältnissen, innerhalb derer sie zur Erhebung gelangen. In meinem Artikel über »Steuerprobleme« in Nr. 51 des »Hamburger Echo« heißt es denn auch deutlich genug:

Die Wirkung einer Steuer hängt durchaus nicht nur davon ab, wie die Steuer an sich beschaffen ist und zu welcher Steuergattung oder Steuerart sie zählt, sondern nicht minder davon, welcher Art die Wirtschaftslage des Staates ist, in dem sie eingeführt oder erhoben wird — ebenso wie, um ein beliebiges Beispiel zu wählen, die Wirkung eines Hammerschlags nicht nur davon abhängt, wie der Hammer geführt wird, sondern auch davon, worauf er trifft, auf Glas, Holz, Blei oder Stahl. Ob der Staat ein Agrarstaat oder Industriestaat ist, ob er kapitalistisch hoch- oder wenig entwickelt ist, ob er vorwiegend Bodenprodukte oder Industrieartikel ausführt, ob auf seinem inneren Markt freie Konkurrenz herrscht oder dieser Markt in hohem Grade durch Trusts und Kartelle monopolisiert ist: alles das ist von größter Bedeutung für die Rückwirkung der Steuern auf das Wirtschaftsleben des betreffenden Staates — und zwar nicht nur auf die Wirtschaftsverhältnisse im allgemeinen, sondern auch auf das Maß, bis zu welchem Grade bestimmte Steuern von den Unternehmern, Rentnern, Grundbesitzern selbst getragen werden müssen oder inwieweit sie auf die ärmeren Bevölkerungsschichten abgewälzt werden können. Die Wirkung der Grundsteuer auf einen Staat mit hochentwickelter, intensiver Landwirtschaft und einer relativ hohen Grundrente ist nicht dieselbe wie auf einen armen, Landprodukte ausführenden Agrarstaat. Und ebensowenig ist die Wirkung einer Wechselstempel-, Frachtstempel- oder Fakturenstempelsteuer die gleiche ohne Unterschied des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes. Trifft das aber zu, dann kann auch von unserer Seite die Frage, ob wir für diese oder jene vorgeschlagene Steuer stimmen können, nicht kurzweg danach entschieden werden, ob die betreffende Steuer zu den direkten oder indirekten gehört, ob sie eine Besitz- oder Verkehrssteuer ist, es kommt vielmehr unter Berücksichtigung der gegebenen Wirtschaftslage darauf an, wie sie auf die Wirtschaftsentwicklung wirkt und welche Bevölkerungskreise sie vornehmlich belastet, vor allem, inwieweit sie die Arbeiterschaft trifft!

Demnach ist mit der Ableitung allgemeiner abstrakter Steuerprinzipien aus irgendwelchen unterlegten Prämissen meines Erachtens noch gar nichts gewonnen; sie können zu wirklich praktischen Leitsätzen einer sozialdemokratischen Steuerpolitik erst dann werden, wenn sie aus dem Allgemeinen ins Spezielle übersetzt werden, das heißt: wenn sie den in den einzelnen Staaten gegebenen Wirtschaftsverhältnissen angepaßt und modifiziert werden.

Es steht damit nicht anders wie mit der Zollpolitik. Wie es für die Frage, inwieweit für ein bestimmtes Staatsgebiet, zum Beispiel Deutsch-

land, Rußland, Bulgarien, industrielle Schutzzölle angebracht sind, keine bestimmten Zollregeln oder Zollnormen an sich gibt, ohne Rücksicht auf den industriellen Entwicklungsstand dieser Länder, so lassen sich auch für ein Staatsgebiet keine praktischen Steuernormen aufstellen ohne Berücksichtigung der gegebenen speziellen Wirtschaftsverhältnisse. Auf konkrete Fragen aber läßt Kautsky sich nirgends ein. Er gleicht dem Architekten, dem die Aufgabe gestellt wird, für einen bestimmten Bau, der auf einem gegebenen Grundstück, für einen besonderen Zweck (sagen wir als Krankenhaus, Schulgebäude, Theater) und zu einem festgesetzten Preise errichtet werden soll, einen Bauplan aufzustellen, und der nun ohne Rücksicht auf Raumverhältnisse, Zweck und Kosten allerlei schöne theoretische Leitsätze über das solide Bauen an sich beibringt. Entgegnet ihm dann der Bauherr: »Aber das alles paßt ja gar nicht; zur Ausführung Ihrer Thesen fehlt der Raum, das nötige Geld, und nebenbei erreichen wir auch gar nicht den gewollten Zweck,« so erwidert Genosse Kautsky gelassen: »Was gehen mich der besondere Zweck und die Raumverhältnisse an; ich mache nur in allgemeinen Bauprinzipien!«

Wo von vornherein so verschiedene Standpunkte vorhanden sind, ist jede Verständigung aussichtslos. Der Unterschied unserer Auffassungen liegt eben darin: Kautsky betrachtet die Steuerfrage als eine dogmatisch-prinzipielle Frage, ich als eine Frage historisch-ökonomischer Relativität. Für mich gibt es bei der Steuerauslese nur zwei Grundsätze: erstens, die Arbeiterschaft muß möglichst wenig belastet werden, zweitens, die wirtschaftliche Entwicklung muß möglichst wenig gehindert werden. Die Steuer, die unter den gegebenen Wirtschaftsverhältnissen eines Staates diesen beiden Forderungen am besten entspricht, ziehe ich vor; welche Etikette sie trägt, beziehungsweise wie sie steuertechnisch klassifiziert wird, dünkt mich ganz nebensächlich.

Das gilt, wie schon gesagt, selbst dann, wenn die Prämissen unanfechtbar sind. Nun arbeitet aber Kautsky noch nebenbei mit den sonderbarsten Begriffskonstruktionen und Grundthesen: ein bunter Wirrwarr, dessen Entwirrung noch mehr Raum in Anspruch nehmen würde, als Kautsky zu seinem theoretischen Ragoût fin gebraucht. Von anderen wichtigeren Arbeiten abzustehen, um mich zunächst als Plantagenarbeiter auf dem Gebiet der höheren nachmarxistischen Scholastik zu betätigen, also nochmals eine Artikelserie zu schreiben, die unter den heutigen Zeitumständen doch wahrscheinlich nur ein kleines Häufchen Leser finden würde, dazu verspüre ich aber um so weniger Neigung, als das Resultat in diesem Falle für eine praktische Steuerpolitik doch ziemlich nutzlos wäre und nur auf ein Wiederzurechtrücken von verschobenen Begriffskonstruktionen hinauslaufen würde. Überdies wird voraussichtlich die rücksichtslose Entwicklung bald die neuen schönen Konstruktionen Kautskys ebenso erledigen, wie sie bereits so viele andere seiner schönen Begriffs- und Zukunftskonstruktionen erledigt hat, die man manche heute nur noch ungefähr mit dem gleichen literarhistorischen Interesse wie Fontenelles „République des Philosophes“ oder Fénelons „Aventures de Télémaque“ liest.

Ich werde mich daher auf die Richtigstellung einiger total unrichtiger Auslegungen meiner Artikel beschränken. Zwar steht nach Kautskys früherer Ankündigung noch ein weiterer Artikel über seine Steuerpolitik

in Aussicht; aber die soeben erschienene Nr. 26 der Neuen Zeit bringt im Briefkasten die Mitteilung, daß dieser Schlußartikel vorerst nicht erscheinen wird, und ich habe keine Veranlassung, mit meiner Richtigstellung bis zu irgendeinem fernen Zeitpunkt, der vielleicht nie herankommen wird, zu warten.

Gegenüber dem »Vorwärts«, der behauptet hatte, die Einkommensteuer belaste gar nicht den Akkumulationsfonds (die Kapitalanhäufung), sondern werde dadurch aus dem Konsumtionsfonds bestritten, daß die Unternehmer ihren Luxuskonsum entsprechend einschränken, hatte ich darauf hingewiesen, daß neben anderen sozialistischen Theoretikern auch Friedrich Engels eine Bezahlung der Einkommensteuer aus dem Akkumulationsfonds annimmt und die Deckung aller Staatsausgaben durch eine einzige Einkommensteuer unter einer bürgerlichen Regierung für unmöglich erklärt.

Die Stelle aus Engels' Artikel (Neue Zeit, XIII, 1, S. 299), die ich leider nochmals zitieren muß, lautet wörtlich:

Ferner: Ersatz aller bestehenden indirekten und direkten Steuern durch eine einzige progressive Steuer auf alle Einkommen von mehr als 3000 Franken. Eine ähnliche Forderung findet sich seit Jahren in fast jedem sozialdemokratischen Programm. Daß sie aber speziell im Interesse der Kleinbauern aufgestellt wird, ist neu und beweist nur, wie wenig man ihre Tragweite berechnet hat. Nehmen wir England. Dort beträgt das Steuerbudget 90 Millionen Pfund Sterling. Davon werden aufgebracht durch die Einkommensteuer 13½ bis 14 Millionen; die übrigen 76 Millionen zum kleineren Teil durch Besteuerung von Geschäften (Post, Telegraphen, Stempel), zum weitaus größten Teil aber durch Auflagen auf die Massenkonsumtion, durch stets wiederholtes Abzwacken in kleinen, unmerklichen, aber sich zu vielen Millionen aufsummierenden Beträgen, vom Einkommen aller Einwohner, vornehmlich aber der Ärmeren. Und es ist der heutigen Gesellschaft kaum möglich, die Staatsausgaben auf andere Weise zu decken.. Gesetzt, man legte in England alle 90 Millionen den Einkommen von 120 Pfund Sterling gleich 3000 Franken und darüber in progressiver direkter Steuer auf. Die durchschnittliche jährliche Akkumulation, die jährliche Vermehrung des gesamten nationalen Reichtums, betrug 1865 bis 1875 nach Giffen 240 Millionen Pfund Sterling, sagen wir, sie sei jetzt gleich 300 Millionen jährlich; eine Steuerlast von 90 Millionen würde fast ein Drittel der gesamten Akkumulation verzehren. Mit anderen Worten, keine Regierung kann so etwas unternehmen außer einer sozialistischen; wenn die Sozialisten am Ruder sind, werden sie Dinge durchzuführen haben, bei denen jene Steuerreform nur als eine momentane, ganz unbedeutende Abschlagszahlung figuriert, und wobei den Kleinbauern ganz andere Perspektiven eröffnet werden....

Was folgert Kautsky aus dieser Darlegung? Er meint (Neue Zeit, 24. Heft, S. 744), Engels hätte sich gar nicht gegen die Forderung einer einzigen Einkommensteuer an sich gewandt, sondern nur gemeint, durch sie wären die Kleinbauern nicht zu gewinnen. Aber warum hat sich Engels nicht damit begnügt, einfach zu erklären: »In einem allgemein sozialistischen Programm mag ja diese Forderung einen Zweck haben, in ein sozialistisches Agrarprogramm paßt sie nicht hinein«? Warum geht er vielmehr daran, unter Bezugnahme auf das englische Budget nachzuweisen, daß es in der heutigen Gesellschaft »kaum möglich« ist, die Staatsausgaben auf andere Weise als durch Mitheranziehung des Massenkonsums zur Besteuerung zu decken; warum hält er ferner die Verkürzung der Akkumulation um ein Drittel für undurchführbar, und warum zieht er schließ-

lich daraus die Folgerung, daß heutzutage keine bürgerliche Regierung die Forderung einer Deckung aller Staatsausgaben durch eine einzige progressive Einkommensteuer zu erfüllen vermag? Wenn diese letztere Ansicht aber richtig ist, ist es dann nicht gleichgültig, ob die Forderung in einem allgemeinen sozialistischen Programm oder in einem speziellen sozialistischen Agrarprogramm steht?

Für jeden, der nur einigermaßen sinngemäß zu lesen versteht, ist es sofort klar, was Engels sagen will: »Schon seit Jahren steht dieser naive Programmsatz von der einzigen progressiven Einkommensteuer in allen möglichen sozialistischen Programmen, und nun kommen auch noch die marxistischen Sozialdemokraten Frankreichs und nehmen ihn in ihr Bauernprogramm auf, obgleich eine bürgerliche Regierung diese Forderung gar nicht erfüllen kann, eine sozialistische Regierung aber alsbald zu viel weitergehenden Maßnahmen wird greifen müssen.«

Das ist der klare Sinn der obigen Engelsschen Äußerung, den Kautsky freilich nicht zugeben kann, denn er hat ja selbst die Forderung des französischen Agrarprogramms vertreten.

Doch Genosse Kautsky hat noch einen anderen Beweis dafür, daß Engels die Einkommensteuerforderung gar nicht im obigen Sinne gemeint haben kann. Wenn Engels, erklärt er, sich tatsächlich »gegen die Forderung selbst gewendet, dann wäre er in Konflikt gekommen mit niemand anderem als Karl Marx«.

Eine kühne Behauptung! Wo hat denn Marx irgendwo in einer seiner Schriften sich für die Deckung der Staatsausgaben durch eine einzige Einkommensteuer ausgesprochen? Auch Kautsky weiß keine Stelle zu nennen. Aber, so meint er, zwar hätte sich auch Marx gegen die Aufnahme der betreffenden Forderung in das Gothaer Programm gewandt, aber nicht, weil er sie wirtschaftlich für unmöglich gehalten habe, sondern nur, weil sie nichts spezifisch Sozialistisches enthalte.

Das stimmt zum Teil, doch inwiefern folgt aus der Ablehnung einer bestimmten Forderung eine Billigung derselben?

Und warum lehnte Marx 1875 in seinem Schreiben an Bracke die Forderung ab? Nun, weil sie nach seiner Meinung nur in einer demokratischen Republik (wie die Schweiz) einen gewissen Sinn habe, nicht aber in Deutschland und Preußen. Man braucht nur die Sätze, die der von Kautsky zitierten Stelle des Marxschen Briefes voraufgehen, nachzulesen (vergl. Neue Zeit, IX, 1, S. 573), um das sofort zu erkennen. Es heißt dort nämlich in bezug auf verschiedene schöne Forderungen, die das Gothaer Programm an den »heutigen« Staat stellte:

Da die deutsche Arbeiterpartei ausdrücklich erklärt, sich innerhalb »des heutigen nationalen Staates«, also ihres Staates, des preußisch-deutschen Reiches, zu bewegen — ihre Forderungen wären ja sonst auch größtenteils sinnlos, da man nur fordert, was man nicht hat —, so durfte sie die Hauptsache nicht vergessen, nämlich, daß alle jene schönen Sächelchen auf der Anerkennung der sogenannten Volkssouveränität beruhen, daß sie daher nur in einer demokratischen Republik am Platze sind.

Da man [nicht in der Lage ist] — und weislich, denn die Verhältnisse gebieten Vorsicht —, die demokratische Republik zu verlangen, wie es die französischen Arbeiterprogramme unter Louis Philippe und unter Louis Napoleon taten — so hätte man auch nicht zu der ... Finte flüchten sollen, Dinge, die nur in einer demo-

kratischen Republik Sinn haben, von einem Staat zu verlangen, der nichts anderes als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter, schon von der Bourgeoisie beeinflußter, bureaukratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus ist....

Daß man in der Tat unter »Staat« die Regierungsmaschine versteht oder den Staat, soweit er einen durch Teilung der Arbeit von der Gesellschaft gesonderten eigenen Organismus bildet, zeigen schon die Worte: »Die deutsche Arbeiterpartei verlangt als wirtschaftliche Grundlage des Staates: eine einzige progressive Einkommensteuer usw.«

Marx ist also genau derselben Auffassung wie Engels: Gestellt an einen kapitalistischen Staat wie Deutschland (oder England) ist die Forderung ein Nonsens, als Forderung an die zukünftige sozialistische Gesellschaft aber geht sie lange nicht weit genug.

Übrigens hat auch Kautsky früher selbst in seiner Schrift »Die soziale Revolution« (2. Teil, S. 12, 13) erklärt, »man« wäre nicht in der Lage, »die Einkommen- und Vermögenssteuer beliebig hoch zu schrauben«, über »ein gewisses Maß« könne man also bei diesen Steuern nicht hinausgehen, »selbst wenn man die politische Macht dazu hätte«. Nur behauptet das seltsamerweise Kautsky nicht etwa vom kapitalistischen Gegenwartsstaat, sondern — im Gegensatz zu Marx und Engels — von der Zeit nach der Revolution, wenn die Sozialdemokratie bereits die Macht erobert hat. Auch dann ist »man«, wie Kautsky meinte, noch lange nicht zur Einführung einer einzigen progressiven Einkommensteuer befähigt, denn vorher müsse erst noch das kapitalistische Eigentum die Form von öffentlichen Schuldverschreibungen angenommen haben. Kautsky verschob also noch vor vierzehn Jahren die Erfüllung der Forderung einer einzigen Einkommensteuer bis in die ferne Zukunft. War sie für Marx und Engels eine Forderung des bürgerlichen Radikalismus, so ist sie demnach für Kautsky eine sozialistische Zukunftsforderung!

Heute scheint er freilich anderer Meinung zu sein. Scheu geht er meinem Hinweis auf diesen Meinungswechsel damit aus dem Wege, daß er versichert (S. 777), neben der Gefahr der Auswanderung von Kapitalien und Kapitalisten sei auch die der Auswanderung von Arbeitern zu beachten, um dann allerlei Betrachtungen über dieses an den Haaren herbeigezogene Thema anzustellen.

Doch noch einen anderen ganz unberechtigten Vorwurf richtet Kautsky an meine Adresse. Er meint, Engels habe in dem obigen Zitat außer Betracht gelassen, daß Steuern auch aus dem Konsumtionsfonds bezahlt werden können. Das ist richtig; unrichtig ist aber Kautskys Behauptung, ich hätte getreulich diesen Schnitzer wiederholt. Ich weise vielmehr im Leitartikel »Steuerdogmatik und Steuermöglichkeiten« der Nr. 55 des »Vorwärts« (vom 25. Februar 1916) ausführlich darauf hin, daß die Einkommensteuer vom Unternehmer entweder aus dem Konsumtions- oder dem Akkumulationsfonds bezahlt oder auch drittens abgewälzt werden könne. Und in meinem Artikel »Steuerprobleme« im »Hamburger Echo« (Nr. 52 vom 2. März) sage ich wörtlich:

Der Fabrikant, der zur Zahlung höherer Einkommensteuer gezwungen wird, hat meist nicht nur die Möglichkeit, seine Einnahmen weit mehr zu verstecken und zu verhüllen als der Beamte, Angestellte und Arbeiter, er hat auch die Möglichkeit, die Steuer ganz oder teilweise abzuwälzen. Wie der Beamte kann auch er die Steuer aus der Einschränkung seines Bedarfs aufbringen, also volkswirtschaftlich gesprochen aus seinem Konsumtionsfonds bestreiten oder seiner sogenannten Kapitalersparung, dem Akkumulationsfonds, entnehmen; er kann aber noch ein drittes — er kann auch versuchen, die neue Einkommensteuerbelastung durch eine Erhöhung seines Geschäftsprofits auszugleichen.

Und zwar begnüge ich mich nicht mit einem bloßen Hinweis, sondern zeige an praktischen Beispielen, wie in jedem dieser Fälle die Steuer wirkt.

Die Behauptung Kautskys, ich hätte den Konsumtionsfonds nicht berücksichtigt, ist also unrichtig. Allerdings der Zitierung der obigen Engelsschen Ausführungen habe ich nicht nochmals hinzugefügt: »Engels hat vergessen, daß auch ein Teil der Steuer aus dem Konsumtionsfonds bezahlt werden kann.« Ich habe das schon deshalb nicht für nötig gehalten, weil es für mich auf die Richtigkeit der Engelsschen Berechnung gar nicht ankam, sondern lediglich auf die Konstatierung der Tatsache, daß Engels die Durchführung der Forderung einer einzigen Einkommensteuer durch eine bürgerliche Regierung für unmöglich hält. Nirgends habe ich, wie Engels, die Ansicht ausgesprochen, daß der Akkumulationsfonds nicht bis zu einem Drittel durch Steuern belastet werden dürfe oder könne. Nach Anführung verschiedener Beispiele der Einkommensbelastung heißt es vielmehr in meinem Leitartikel (Nr. 54 des »Vorwärts«):

Im Gegenteil, ich bin der Ansicht, die Grenze kann noch beträchtlich erhöht werden, vielleicht sogar noch über die vorhin von Engels genannte Grenze hinaus; aber daß diese direkte Besteuerung der Einkommen nicht nach Belieben fortgesetzt werden kann, daß es eine Grenze gibt, und diese da liegt, wo die fortgesetzte Kapitalakkumulation (Kapitalanhäufung) gehemmt oder stark geschwächt wird, das ist jedem, der auch nur die Anfangsgründe einer wissenschaftlichen Steuerpolitik begriffen hat, völlig klar.

Ich binde mich also in keiner Weise an die von Engels genannte Belastungsgrenze!

Weiter muß ich jede Andeutung Kautskys ablehnen, als sei ich im allgemeinen für Verkehrssteuern eingetreten. Selbst die Konnossementsteuer, Wechselstempelsteuer, Emissionssteuer gelten mir nicht schlechthin als akzeptabel, sondern nur unter ganz bestimmten Bedingungen. Deutlich genug heißt es in meinem Artikel »Steuerprobleme II« (»Hamburger Echo« Nr. 52 vom 2. März):

Was bezüglich gewisser Verkehrssteuern zutrifft, gilt deshalb natürlich noch nicht von allen übrigen. Man kann Bodenwertzuwachssteuern (auch sie zählen zu den Verkehrssteuern), Wechsel-, Dividenden-, Fakturen-, Emissionsstempelsteuern usw. unter bestimmten Bedingungen für akzeptabel halten — und eine Mietzins- oder Fahrkartensteuer ablehnen. Es ist deshalb ein unehrliches Manöver, wenn die »Leipziger Volkszeitung« mir unterschiebt, ich wäre für Verkehrssteuern jeglicher Art eingetreten. Wogegen ich mich gewandt habe (vergleiche im »Hamburger Echo« Nr. 33 den Artikel »Arbeiterinteressen und Steuerprinzipien« sowie Nr. 42 »Sozialdemokratische Steuerpolitik«), ist die alte Fiktion, daß direkte Steuern, speziell Einkommensteuern, die wirtschaftliche

Entwicklung nicht schädigen und nicht abwälzbar seien, also von der Sozialdemokratie bewilligt werden dürften, die Verkehrssteuern hingegen nicht.

Genau so richtig wie der Vorwurf, ich sei für Verkehrssteuern schlechtweg eingetreten, ist die von Kautsky (S. 779) aufgestellte Behauptung, ich sei gegen eine Konfiskation der Kohlengruben, aber für einen Ankauf zu ihrem Wert: eine Entdeckung, an die er zwei Seiten lang entrüstete Ausführungen knüpft, in denen er mich nach bekannter Weise »marxistisch« vernichtet. Seine ganzen Ausführungen sind schon deshalb hinfällig, weil ich weder irgendwo von einer Konfiskation noch von einem staatlichen Ankauf der Gruben zu ihrem heutigen Wert gesprochen habe. Ich habe vielmehr die Meinung vertreten, daß es vorläufig besser sei, keine Gruben zu konfiszieren und auch keine anzukaufen, sondern einen Teil des Unternehmergewinns der Zechenbesitzer zu annektieren und außerdem den Kohlenhandel zu verstaatlichen. In dem betreffenden Artikel »Staatsmonopole oder neue Steuern?« (Nr. 42 des »Vorwärts« vom 12. Februar) befürworte ich nämlich folgendes Verfahren:

Im Falle einer Verstaatlichung des Kohlenbergbaues wäre also zunächst gar nicht nötig, alle einzelnen Grubenbetriebe anzukaufen oder zu enteignen und zu diesem Zwecke ein riesiges Kapital zu beschaffen, dessen Aufbringung nach dem Kriege auf allergrößte Schwierigkeiten stoßen würde. Es würde vielmehr genügen, wenn sich der Staat das Recht des Abbaues der im Privatbesitz befindlichen, noch nicht in Angriff genommenen Kohlenfelder gegen eine mäßige ratenweise zu entrichtende Abfindungssumme vorbehielt, alle bereits in Betrieb befindlichen Bergwerke aber zu einem oder mehreren Zwangssyndikaten vereinigt, die unter staatlicher Kontrolle ständen und in denen der Staat die entscheidende Stimme über Ausdehnung und Einschränkung der Förderung, Festsetzung der Preise usw. hätte. Alle von den zum Syndikat gehörenden Zechen produzierten Kohlen (auch Koks und Nebenprodukte) werden jedoch nicht vom Syndikat selbst vertrieben, sondern von diesen dem Staat beziehungsweise den von diesen errichteten staatlichen Vertriebsämtern oder Vertriebsgesellschaften ausgeliefert, die den weiteren Vertrieb an die Groß- und Kleinkonsumenten zu besorgen hätten. Für diese dem Staat gelieferten Kohlenmengen bezahlt er dem Syndikat Preise, die den Zechenbetrieben eine mäßige Rentabilität sichern und nach den Durchschnittspreisen der letzten zehn oder fünfzehn Jahre berechnet werden.

Also keine Konfiskation, kein Ankauf, sondern lediglich Ankauf der Erzeugnisse, aber beträchtlich unter den normalen Zechenpreisen!

Eine spätere Ablösung gegen Ratenzahlungen will ich zwar nicht ausgeschlossen wissen, aber auch sie soll keineswegs zum vollen Wert der Gruben erfolgen, sondern auf Grund der ermittelten Leistungsfähigkeit der Gruben und der vom Staat festgesetzten ermäßigten Zechenpreise.

Mit der Konstatierung, daß Kautsky auch in diesem Falle lediglich gegen selbstkonstruierte Gedankenbarrikaden anstürmt, mag es genug sein. Seine abstrakten Deduktionen interessieren mich aus den zu Anfang dieses Artikels angeführten Gründen nicht im geringsten.

Die Kolonien der europäischen Mächte in handelswirtschaftlicher Beziehung.

Von Spectator. (Schluß.)

III.

Neuseeland gewährte 1904 England Vorzugszölle. Zement aus anderen Ländern hatte Zuschläge in der Höhe von 100 Prozent, verschiedene Fabrikate, wenn nicht aus England, hatten solche von 50 Prozent zu zahlen, während gewisse Waren aus England überhaupt zollfrei sind, dagegen aus anderen Ländern einen 20prozentigen Wertzoll entrichten müssen. 1907 wurden die Begünstigungen noch erhöht und ausgedehnt. Australien erhebt seit 1907 einen Zollzuschlag für Waren aus anderen Ländern in der Höhe von 5 bis 10 Prozent; Südafrika gewährt England einen Zollnachlaß von in der Regel 3 Prozent, bei einigen Produkten noch etwas mehr.

Wie stellt sich nun der Handel dieser »Kolonien« mit England und den übrigen Ländern? Es betrug die Einfuhr in Millionen Pfund:

	Neuseeland				Australien			Südafrika	
	1899	1904	1909	1913	1904	1909	1913	1909	1913
Gesamteinfuhr . . .	8,74	13,29	15,67	22,29	37,02	51,17	79,75	28,86	42,80
Aus England . . .	5,53	7,98	9,29	13,31	22,46	31,17	47,61	16,22	23,86
- englisch. Kolonien	2,04	3,05	4,27	5,05	4,52	6,88	9,90	4,01	4,90
- fremden Ländern	1,18	2,26	2,12	3,92	10,03	13,11	22,23	8,56	13,86
- Deutschland . .	0,16	0,31	0,33	0,69	2,65	3,33	4,96	2,37	3,42

Der englische Handel mit diesen Ländern ist viel bedeutender als der der anderen Länder. Das erklärt sich in erster Linie dadurch, daß der englische Überseehandel überhaupt größer ist als der der anderen Länder. Trotzdem tritt auch hier die gleiche Tendenz hervor, daß die englischen Kolonien immer mehr zu Absatzmärkten für andere Länder werden. So ist der Import aus England nach Neuseeland von 1899 bis 1913 um 7,78 Millionen oder um 140 Prozent, der Gesamtimport um 13,55 Millionen oder um 155 Prozent, der aus fremden Ländern aber um 232 Prozent gestiegen, und der aus Deutschland hat sich gar mehr als vervierfacht. Die außerordentlichen Begünstigungen, die England in Neuseeland gewährt werden, vermögen also den fremden Wettbewerb nicht zurückzudrängen, vielmehr wird England immer mehr »zurückgedrängt«, wie die englischen Imperialisten klagen, was aber gar nicht der Fall ist, da die Einfuhr aus den anderen Ländern meist aus Gegenständen besteht, die in England gar nicht hergestellt werden oder nicht den langen Weg nach diesen Ländern vertragen. Beachtenswert dabei ist es, daß die Einfuhr aus Japan von 40 543 Pfund auf 151 106 Pfund gewachsen ist, was auf die Einfuhr billiger Sorten von Baumwollwaren usw. zurückzuführen ist.

Die Einfuhr nach Australien ist von 1904 bis 1913 um 42,73 Millionen oder um 115,4 Prozent, die aus England um 25,15 Millionen oder um 112 Prozent und die aus den fremden Ländern um 12,02 Millionen Pfund oder um 122 Prozent gestiegen. Relativ schwächer ist hier die Einfuhr aus Deutschland gewachsen, um knapp 87 Prozent.

Die Einfuhr nach Südafrika hat sich von 1909 bis 1913 (für die frühere Zeit liegen mir keine vergleichbaren Zahlen vor; der Burenkrieg verändert hier das Bild für die vorhergehenden Jahre vollständig) um 13,94 Millionen erhöht. Davon entfallen auf die Einfuhr aus England 7,64 Millionen und auf die aus fremden Ländern 5,30 Millionen. Relativ ist aber die Einfuhrsteigerung aus den anderen Ländern doch bedeutender als die aus England, nämlich um 61,6 Prozent gegen bloß 47 Prozent.

Der Export dieser Länder entwickelte sich in Millionen Pfund wie folgt:

	Neuseeland				Australien			Südafrika	
	1899	1904	1909	1913	1904	1909	1913	1909	1913
Gesamtexport . . .	11,94	14,75	19,66	22,99	57,48	65,32	78,57	49,46	66,66
Nach England . . .	9,43	11,87	16,19	18,13	27,56	30,92	34,80	44,03	59,03
- engl. Kolonien .	1,85	2,09	2,45	3,18	15,24	9,22	9,46	0,31	0,72
- fremd. Ländern	0,66	0,78	1,02	1,68	14,68	25,18	34,31	3,21	4,29
- Deutschland .	0,03	0,02	0,04	0,34	3,74	6,39	6,87	1,74	2,16

Die Ausfuhr aus Neuseeland geht fast ausschließlich nach England. Neuseeland führt ja fast ausschließlich Lebensmittel und Wolle aus, so 1913 Butter für 2,06 Millionen, Käse für 1,77, gefrorenes Fleisch für 4,45 und Wolle für 8,06 Millionen Pfund Sterling. Warum die Lebensmittel in der Hauptsache nach England gehen, bedarf keiner besonderen Erläuterung. In der Ausfuhr aus Australien überwogen ebenfalls der Wollexport (1913 mit 26,2 Millionen Pfund), dann der von Lebensmitteln, vor allem Weizen mit 7,98 Millionen Pfund. Hier fällt schon auch die Ausfuhr von verschiedenen Metallen ins Gewicht. Der Weizen-, Woll- und Metallexport geht aber nicht allein nach England, sondern nach den verschiedensten Ländern, vor allem auch nach Deutschland. Die Ausfuhr aus Australien nach England ist um 7,24 Millionen, die nach den anderen Ländern um 19,63 Millionen und nach Deutschland um mehr als 3 Millionen Pfund gestiegen. Australien liefert also Rohstoffe in steigendem Maße auch an andere Länder, nicht nur an England. Kennt Quessel diese Tatsache?

Aus Südafrika werden in der Hauptsache Gold (von 66,66 Millionen 37,59 Millionen), dann Wolle für 5,72, Straußenfedern für 2,95 und Diamanten für 12,02 Millionen ausgeführt. Die meisten dieser Waren gehen naturgemäß in erster Linie nach England.

Unter den englischen Kolonien gibt es noch eine Reihe von solchen, die eine Zwischenstellung zwischen den Selbstverwaltungs- und den Kronkolonien einnehmen. Sie haben eigene Parlamente und gewähren England seit 1912 eine Zollermäßigung von 25 Prozent. Der Handel der wichtigsten unter diesen Kolonien entwickelte sich wie folgt:

	Britisch Guayana				Trinidad und Tobago				Barbados			
	Einfuhr in tausend Pfund		Ausfuhr in tausend Pfund		Einfuhr in tausend Pfund		Ausfuhr in tausend Pfund		Einfuhr in tausend Pfund		Ausfuhr in tausend Pfund	
	1909	1913	1909	1913	1909	1913	1909	1913	1909	1913	1909	1913
Überhaupt . . .	1778,3	1611,4	2043,5	2110,4	3288,8	4968,4	3218,1	5205,7	1119,3	1353,0	888,1	856,6
England	977,4	907,0	906,6	1015,1	967,9	1179,3	646,9	1158,9	480,8	518,6	92,6	79,3
Englische Kolonien	195,5	244,7	842,4	923,9	316,0	972,2	375,8	518,1	239,4	373,7	594,0	566,7
Fremde Länder .	605,3	459,6	294,5	171,4	2005,0	2811,9	2195,3	3528,6	399,1	460,7	135,1	114,7
Deutschland . . .	0,0	11,1	11,5	3,8	70,2	85,8	173,6	421,4	2,5	9,2	0,2	1,5

Die Einfuhr dieser Länder aus England ist von 2,43 auf 2,60 Millionen, die aus den fremden Ländern von 3,01 auf 3,74 Millionen, aus England um 7,4 Prozent, aus den fremden Ländern um 24,2 Prozent, aus Deutschland gar um 47 Prozent gestiegen. Die Ausfuhr hat sich nach England von 1,65 auf 2,25 Millionen, nach den anderen Ländern von 2,62 auf 3,81 Millionen erhöht. Die Steigerung beträgt im ersten Falle 30 Prozent, im zweiten 46 Prozent. Die Ausfuhr nach Deutschland hat sich gar um 130 Prozent erhöht! Die Zollbegünstigungen haben also auch hier versagt.

IV.

Und wie steht es mit der wichtigsten Kolonie Englands, mit Indien? Hat etwa England hier ein Monopol? So behaupten wenigstens die leichtfertigen »Umlerner«. Der Handel Indiens stellte sich wie folgt in Millionen Pfund:

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1904	1909	1913	1904	1909	1913
Seehandel überhaupt	87,41	101,02	152,31	112,30	106,31	171,23
Landhandel	4,72	4,83	6,92	3,58	4,14	6,33
England	53,63	66,77	91,69	34,19	27,15	45,90
Englische Kolonien	18,27	9,46	16,99	23,19	19,71	28,36
Andere Länder	15,52	24,79	43,62	54,92	59,45	96,97
Deutschland	2,14	4,88	6,87	9,88	10,34	17,62
Japan	0,86	1,43	3,19	5,64	4,81	15,14

Die Einfuhr nach Indien ist in diesem Jahrzehnt im Seehandel um 64,9 Millionen Pfund gestiegen. Davon kamen aus England 38 Millionen und aus den fremden Ländern 28 Millionen. Relativ ist aber die Einfuhr aus England bedeutend geringer gewachsen. Die Einfuhr aus England ist um 70,9 Prozent, aus den fremden Ländern aber um 181 Prozent gestiegen. Aus Deutschland hat sich die Einfuhr mehr als verdreifacht, aus Japan gar vervierfacht. Die Ausfuhr nach England hat sich um 11,7 Millionen oder um 34 Prozent, nach anderen Ländern um 42 Millionen oder um 76 Prozent erhöht; die Ausfuhr nach Deutschland hat um 78 Prozent, nach Japan gar um 170 Prozent zugenommen.

Der letzte Bericht des deutschen Konsuls aus Indien konstatiert auch, daß die Aussichten der deutschen Industrie auf einen Wettbewerb mit der englischen Industrie in Indien sehr gute sind.

Der Gesamthandel aller englischen Kolonien war wie folgt:

	Einfuhr in Millionen Pfund				Ausfuhr in Millionen Pfund			
	1899	1904	1909	1913	1899	1904	1909	1913
England	109,2	139,1	157,7	240,0	116,5	143,3	181,0	235,7
Englische Kolonien	41,8	63,2	57,8	97,1	41,8	61,7	56,0	71,9
Fremde Länder	75,5	105,2	151,0	243,6	91,1	121,8	166,8	246,3
Überhaupt	226,6	307,4	366,5	562,7	249,5	326,9	403,8	553,9

Diese Tabelle spricht für sich: die Einfuhr aus England hat sich verdoppelt, aus den anderen Ländern dagegen mehr als verdreifacht und übersteigt jetzt die Einfuhr aus England. Ebenso ist die Ausfuhr nach den fremden Ländern nicht nur viel rascher angewachsen als die nach England, sondern hat auch diese überholt. Die englischen Kolonien

dienen also als Absatzmärkte für andere Länder und verkaufen ihre Rohstoffe und Lebensmittel immer mehr nach fremden Ländern. Der handelswirtschaftliche Zusammenhang mit dem Mutterland wird immer loser; der Zusammenhang mit anderen englischen Kolonien ist überhaupt nur ein geringer und entwickelt sich nur langsam. Deshalb ist auch ein wirtschaftlicher Zusammenschluß der einzelnen Teile des britischen Reiches kaum wahrscheinlich, wenn der Krieg nicht eine Änderung in der allgemeinen Handelspolitik Englands herbeiführen wird.

Es sei dabei nochmals darauf hingewiesen, daß anscheinend der Import für den Staat hier mit einbegriffen und daß auch der Edelmetallverkehr in den angeführten Zahlen enthalten ist. Hätten wir eine Statistik des reinen Warenverkehrs, so wäre die Bedeutung des Handels mit den fremden Ländern noch krasser hervorgetreten. Denn daß der Edelmetallverkehr mit England und seinen Kolonien bedeutend ist, liegt in der Natur der Sache, da die englischen Kolonien bedeutende Goldproduzenten und England das reichste Land der Welt gewesen ist.

Zur Vervollständigung des Bildes seien hier noch die Zahlen des deutschen Handels mit den englischen Kolonien angeführt. Diese entnehmen wir der »Statistik des Deutschen Reiches« für die entsprechenden Jahre.

Der Handel Deutschlands mit den englischen Kolonien war wie folgt:

Ausfuhr in Millionen Mark			Einfuhr in Millionen Mark		
1904	1909	1913	1904	1909	1913
194,4	240	410,9	540,0	882,0	1215

Die Ausfuhr aus Deutschland nach den englischen Kolonien hat sich mehr als verdoppelt, die Gesamtausfuhr aus Deutschland hat weniger zugenommen (111 Prozent gegen 93 Prozent); die Einfuhr ist gar um 675 Millionen oder um 125 Prozent gestiegen, während die Gesamteinfuhr sich bloß um knapp 70 Prozent erhöht hat.

Ein Vergleich mit der englischen Statistik sei dem noch hinzugefügt. Die Ausfuhr englischer Waren nach den Kolonien ist von 1904 bis 1913 von 112,42 auf 205,17 Millionen Pfund gestiegen, hat sich somit nicht einmal verdoppelt, die Einfuhr hat sich von 88,84 auf 212,91 Millionen oder um 140 Prozent erhöht. Die Einfuhr aus den Kolonien ist also demnach nach England etwas rascher gestiegen als nach Deutschland, was wohl auf die freie Einfuhr von Getreide und besonders Fleisch zurückzuführen ist.

Der Handel Ägyptens entwickelte sich wie folgt: Die Einfuhr, die 1884 8,18 Millionen ägyptische Pfund ausmachte, stieg 1894 auf 9,27, 1904 auf 20,56 und 1913 auf 27,86 Millionen Pfund, die Ausfuhr betrug in den entsprechenden Jahren 12,55, 12,08, 20,81 und 31,66 Millionen Pfund.

Auf einzelne Länder verteilt sich der Handel wie folgt. Von 1000 Pfund der Ein- bezw. Ausfuhr entfielen:

Einfuhr	1884	1894	1909	1913	Ausfuhr	1884	1894	1909	1913
England	378	344	340	305	England	677	544	528	431
Frankreich . . .	112	96	93	90	Frankreich . . .	89	74	78	88
Italien	38	36	57	53	Italien	61	49	46	32
Deutschland . .	5	25	50	58	Deutschland . .	?	27	87	128
Österreich-Ungarn	122	81	71	70	Österreich-Ungarn	53	42	45	56
Türkei	194	196	137	98	Türkei	38	28	19	21

Der Handel Englands mit Ägypten geht also relativ zurück; der Handel Deutschlands steigt demgegenüber sehr stark an. Ägypten, das von England

beherrscht wird, kauft in steigendem Maße Waren in Deutschland und führt dorthin seine Rohstoffe, vor allem Baumwolle aus. So wurden 1913 nach Deutschland 461 829 Kantars (1 Kantar gleich 44,93 Kilo) Baumwolle ausgeführt; England mit seiner gewaltigen Baumwollindustrie (55,97 gegen 11,40 Millionen Spindeln in Deutschland) erhielt entsprechend fünfmal soviel Baumwolle (2,44 Millionen Kantars) aus Ägypten. Nochmals fragen wir: Was sagen die Quessel, Winnig, Lensch und wie all die neugebackenen »Kolonialtheoretiker« heißen, dazu?

V.

In England genossen bis jetzt die Erzeugnisse der Kolonien keine Vorzugszölle. Umgekehrt hat Frankreich ein ganzes System der Zollbevorzugung (der »Assimilation«) ausgebildet. Die Erzeugnisse der Kolonien werden in Frankreich entweder zollfrei oder zu einem ermäßigten Zollsatz hineingelassen; ebenso verfahren die Kolonien gegenüber dem Mutterland. Algerien wird überhaupt nicht mehr als Kolonie, sondern als Provinz behandelt. Der französische Zolltarif wird in Algerien angewendet, während französische Waren in Algerien keinem Zoll unterliegen, ebenso wie umgekehrt algerische Waren in Frankreich zollfrei sind. Die Einfuhr aus Tunesien nach Frankreich ist ebenfalls frei, nur der Wein ist einem Vorzugszoll unterworfen; die französischen Produkte haben in Tunesien bedeutend ermäßigte Zölle zu entrichten. Auch den Produkten aus den anderen Kolonien gewährt Frankreich grundsätzlich Zollfreiheit. Ausgenommen sind nur Produkte wie Zucker, Kaffee, Kakao, Tee, Pfeffer, Gewürze, die aus finanziellen Gründen belastet werden. Der Zucker genießt Begünstigung. Auf eine detaillierte Untersuchung der französischen Kolonialhandelspolitik kann ich hier nicht eingehen. Was ich beweisen will, geht aber aus der Handelsstatistik doch eindeutig hervor, nämlich daß dieses ganze System völlig versagt, daß der Handel allen diesen künstlichen Maßnahmen zum Trotz seine eigenen Wege geht, daß zwar dadurch die Entwicklung der Kolonien sowohl als auch des Mutterlandes erschwert, gehemmt wird, aber daß der handelswirtschaftliche Zusammenhang zwischen dem Mutterland und den Kolonien immer loser wird.

So war der Handel der französischen Kolonien:

	Algerien		Tunesien		Der übrigen Besitzungen	
	in Millionen Franken					
	1903	1912	1903	1912	1903	1912
Einfuhr:						
Aus Frankreich	**286,6**	**567,1**	**43,1**	**76,2**	**216,3**	**284,2**
- französischen Kolonien .	7,4	7,1	4,0	14,3	11,0	20,1
- anderen Ländern . . .	**64,7**	**161,1**	**33,5**	**53,7**	**219,9**	**377,0**
Überhaupt	358,8	729,1	83,6	144,2	447,2	681,3
Ausfuhr:						
Nach Frankreich	**262,8**	**402,4**	**41,8**	**73,1**	**154,3**	**301,6**
- französischen Kolonien .	6,8	26,3	7,4	8,3	7,7	15,3
- anderen Ländern . . .	**56,7**	**162,4**	**22,1**	**97,2**	**185,0**	**448,2**
Überhaupt	329,5	591,0	71,4	178,7	347,1	765,1

Algerien liegt Frankreich gegenüber, und es ist schon rein geographisch erklärlich, daß der Handel mit Frankreich sehr lebhaft sein muß. Trotzdem hat sich die Einfuhr aus Frankreich nur verdoppelt, während die aus anderen Ländern um 147 Prozent gestiegen ist. Die Ausfuhr nach anderen Ländern hat sich gar verdreifacht, während die nach Frankreich bloß um 53 Prozent zugenommen hat. Ähnlich hat sich der tunesische Handel entwickelt.

Was den Handel der übrigen französischen Kolonien betrifft, so ist er mit den anderen Ländern absolut und relativ viel rascher gewachsen als mit Frankreich. Der Anteil Frankreichs an ihrem Import ist von 48,3 Prozent auf 41,6 Prozent, an ihrem Export von 44 Prozent auf 39 Prozent gesunken.

Auch hier also das gleiche Resultat, wie wir bei den englischen Kolonien konstatieren konnten. Dabei ist der Anteil Frankreichs an seinem kolonialen Handel noch etwas geringer als der Englands, obgleich das französische koloniale System viel exklusiver ist.

Der Handel Deutschlands mit den französischen Kolonien entwickelte sich wie folgt: Die Ausfuhr dorthin ist von 1909 bis 1913 von 10 auf 15 Millionen, die Einfuhr von 49,2 auf 81,3 Millionen Mark gestiegen. Die Handelsbeziehungen Deutschlands zu den französischen Kolonien sind relativ gering, entwickeln sich aber recht schnell. Die Ausfuhr speziell nach Algerien ist von 1903 bis 1912 von 0,9 auf 5,4 Millionen Mark, nach Tunesien von 0,64 auf 2,5 Millionen gestiegen; im ersten Falle hat sie sich versechsfacht, im zweiten Falle vervierfacht. Die Einfuhr aus Algerien hat sich von 9,03 auf 31,5 und aus Tunesien von 0,65 auf 9,2 Millionen gehoben, ist also ebenfalls viel rascher gewachsen als der Handel Frankreichs mit diesen Kolonien.

Mag sein, daß einzelne Artikel aus Deutschland oder anderen Ländern, die sonst in den französischen Kolonien Absatz gefunden hätten, infolge des sonderbaren »Schutzes«, den diese Kolonien genießen, andere Märkte aufsuchen müssen, im allgemeinen aber wird jeder, der diese Zahlen unbefangen prüft, zugeben müssen, daß der politische »Besitz« einer Kolonie die Richtung ihres Handels nur eine kurze Zeit und nur auf der ersten Stufe ihrer Entwicklung beeinflussen kann. Wenn der Gesamtverkehr der Kolonien sich darauf beschränkt, daß der Staat dort Eisenbahnen usw. errichten läßt, oder wenn zunächst nur die ersten Konzessionen auf die Ausbeutung der Naturschätze erteilt werden, oder wenn in einem »Schutzgebiet« ein Aufstand ausbricht, so steigt der Export des Mutterlandes nach der Kolonie an. Sobald aber sich die Kolonie zu entwickeln beginnt, so muß sie Handelsbeziehungen zu allen Ländern anknüpfen, und in demselben Maße, wie sich diese letzteren entwickeln, wird die Kolonie wirtschaftlich und schließlich auch politisch selbständig. Für die wirtschaftliche Entwicklung einer Kolonie hat ihre staatliche Zugehörigkeit auf den ersten Stufen noch eine positive Bedeutung, die aber rasch in eine negative umschlägt. Der politische Zusammenhang mit einer europäischen Macht schon allein, von den handelswirtschaftlichen Maßnahmen wie Zollgesetzgebung usw. schon abgesehen, hindert die volle Entfaltung der Produktivkräfte, die sich nur auf der Basis der völligen Freiheit und Selbständigkeit entwickeln können. Trotzdem befreien sich die Kolonien so oder so aus der wirtschaftlichen Bevormundung durch das

Mutterland und beschreiten selbständig die Bahn der kapitalistischen Entwicklung. Auf dieser Stufe der Entwicklung verliert auch dadurch das Problem der offenen Tür relativ an Wichtigkeit.

Derselbe Prozeß der Entwicklung läßt sich auch für die deutschen Schutzgebiete konstatieren. Der Gesamthandel der Schutzgebiete ist von 1904 bis 1912 von 125,8 (nach dem »Statistischen Jahrbuch« von 1906) auf 464,4 Millionen, der Handel mit Deutschland aber bloß von 46,27 auf 104,27 Millionen gestiegen. 1904 hat der deutsche Handel ein Drittel des Gesamthandels und 1912 nicht einmal ein Viertel des Gesamthandels ausgemacht!

Auch die deutschen Kolonien werden also handelspolitisch immer mehr selbständig.

K. Wiedenfeld (»Der Sinn des deutschen Kolonialbesitzes«) erklärt die Tatsache, daß die Einfuhr fremder Waren nach den deutschen Kolonien so bedeutend ist, daraus, daß die deutsche Industrie keine spezifischen Kolonialfabrikate herstellt. »Wir haben unsere Industrie auf die Herstellung feinerer Gewerbe gestellt und überlassen deshalb kampflos diesen Platz (die Zufuhr der derben, für die Eingeborenen bestimmten Baumwolltücher) den fremden Fabriken, die wir eben der Verschiedenheit wegen gar nicht als Wettbewerber bezeichnen dürfen.« Das trifft umgekehrt auch in gewissem Sinne in bezug auf den deutschen Wettbewerb in den fremden Kolonien zu: in dem Handel mit den Kolonien vollzieht sich ebenfalls allmählich eine Differenzierung, wie in dem Handel der kapitalistischen Länder untereinander. Deutschland führt Qualitätswaren auch nach den französischen und englischen Kolonien aus. Würde seine Industrie zur Herstellung von einfachen Waren übergehen (infolge der Vergrößerung des Kolonialbesitzes), so wird dies, wie Wiedenfeld mit Recht betont, ein sehr bedenklicher Rückschritt sein und eine starke Schädigung in erster Linie der qualifizierten Arbeiterschaft herbeiführen. Auch die Frage der »offenen Tür« in den Kolonien hat tatsächlich nunmehr insofern für Deutschland geringe Bedeutung, als seine Qualitätswaren, wie die Statistik zeigt, unter allen Umständen gekauft werden.

VI.

Zum Schlusse mögen hier noch folgende Angaben über Belgisch-Kongo angeführt werden. Die Einfuhr ist von 1906 bis 1912 von 21,5 auf 54,2 Millionen Franken, die Einfuhr aus Belgien von 15,3 auf 35,9 Millionen, aus Deutschland von 0,8 auf 4,1 Millionen, aus England von 2,74 auf 5,67 Millionen gestiegen. Relativ ist die Einfuhr aus Deutschland am stärksten gewachsen. Die Ausfuhr hat sich von 58,28 auf 59,93 Millionen erhöht, nach Belgien ist sie sogar etwas zurückgegangen, von 54,3 auf 54,2 Millionen, dagegen nach Deutschland von 0,15 auf 0,61 Millionen gestiegen.

* * *

Die Schlußfolgerungen, die wir aus all dem ziehen, bestätigen unsere alte Lehre, daß Kolonien die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes nicht fördern, eher hemmen, daß sie selber unter ihrer politischen Unselbständigkeit leiden und daß sich darum auch ihr Handel sowohl mit dem Mutterland als auch mit den anderen Ländern nicht in dem Maße entwickeln kann, wie es sonst der Fall wäre, und daß schließlich und vor allem eines besonders klar hervortritt: der politische Besitz einer Kolonie ga-

rantiert weder ihren Markt der Industrie des Mutterlandes noch die Zufuhr von Rohstoffen aus ihr. Der »Sinn« der Kolonien äußert sich einzig und allein darin, daß manche Unternehmer aus allerhand Konzessionen, vor allem aus der Ausbeutung der Naturschätze gewaltige Profite (die Grund- und Grubenrente) erhalten und daß sie der kartellierten Industrie helfen, die Kartellrente aufrechtzuerhalten, worüber noch ein andermal.

Bevölkerungsvermehrung und Frauenarbeit.

Von H. Maltutat.

Die ungeheuren Menschenopfer bei allen am Kriege beteiligten Nationen rücken die Frage in den Vordergrund des öffentlichen Interesses, ob und wie es möglich ist, diese Verluste wieder auszugleichen. Diese Frage hat nicht nur eine eminente militärische, sondern vor allem auch volkswirtschaftliche Bedeutung, kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß sich nach dem Kriege auf lange Zeit hinaus ein sehr fühlbarer Mangel an Intelligenz und Arbeitskraft bemerkbar machen wird; in dieser Beziehung sind ja gewaltige und erst in Jahrzehnten wieder zu ersetzende Werte vernichtet worden.

Schon vor dem Kriege wurde in fast allen Bevölkerungskreisen das Problem der Bevölkerungszunahme sehr lebhaft erörtert. Auch in den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen beschäftigte man sich mit dieser Frage, ohne daß es jedoch zu einer bestimmten Stellung kam. Unter dem Hinweis auf die in Deutschland festzustellende starke Zunahme der Bevölkerung wurden daraus für die Arbeiter drohende wirtschaftliche Gefahren gefolgert und die Notwendigkeit einer Geburtenbeschränkung vertreten; teilweise verschärfte sich diese Propaganda sogar bis zur Forderung des Gebärstreiks. Es ist nicht zu bestreiten, daß die Bevölkerung des Deutschen Reiches eine früher wohl für unmöglich gehaltene Zunahme erfahren hat. In der Zeit von 1800 bis 1910 ist sie von 24 auf 65 Millionen gestiegen. Die jährliche Zunahme betrug rund 8,4 auf das Tausend der Bevölkerung bei einem durchschnittlichen Geburtenüberschuß von 14,9, was im Jahre einen Bevölkerungszuwachs von rund 900 000 Seelen ergibt. Auch der in bezug auf die Einschätzung einer Bevölkerungszunahme ärgste Optimist muß demnach zugeben, daß bei ungehinderter Fortsetzung dieser Zunahme die Gefahr einer Übervölkerung des Deutschen Reiches sehr nahe liegt. Sehr begreiflich ist daher auch, daß die vor dem Kriege bereits auftretende Lebensmittelteuerung, die steigende Fleisch- und Milchnot vielfach als Beweis dafür angesehen wurde, daß die Produktion dieser Lebensmittel nicht mehr mit der durch die Zunahme der Bevölkerung gestiegenen Nachfrage gleichen Schritt zu halten vermochte und bereits eine Übervölkerung bestand. Unter der Wirkung dieser Verhältnisse fand die Propaganda für eine Verminderung der Geburten in den mittleren und unteren Schichten eine nicht ungünstige Aufnahme.

Sehr bald setzte jedoch eine Reaktion ein. In Wort und Schrift wurden die Gefahren einer Geburtenverminderung dargelegt und nachzuweisen versucht, daß schon lange ein starker Geburtenrückgang bestehe, der bei weiterem Fortschreiten zur Entvölkerung Deutschlands führen müsse. Das Ver-

halten der Frauen der besseren und mittleren Kreise, die aus gesellschaftlichen oder Bequemlichkeitsgründen sich einer Mutterschaft zu entziehen versuchen, fand scharfe Verurteilung, dagegen blieben die wirtschaftlichen Ursachen der Geburtenverminderung ziemlich unberücksichtigt. Eine ähnliche Oberflächlichkeit zeigte sich auf bürgerlicher Seite bei Behandlung dieser Frage in den parlamentarischen Körperschaften, weshalb man auch über das Verbot, respektive die Einschränkung des Verkaufs von Präventivmitteln zur Verhütung der Konzeption nicht hinausgelangte.

Unter der Einwirkung des nun nahezu zwei Jahre dauernden Krieges und der durch ihn erforderten Opfer ist die Gefahr einer Übervölkerung fast völlig aus der öffentlichen Erörterung verschwunden. Die Behandlung des Bevölkerungsproblems steht aber trotzdem mehr denn je im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses. Nur ist insofern eine Verschiebung eingetreten, als man sich nunmehr fast ausschließlich mit der Frage beschäftigt, wie eine Zunahme der Geburten und eine Abnahme der Kindersterblichkeit herbeigeführt werden kann. Diese Frage ist auch für die arbeitende Bevölkerung von der größten Bedeutung. Der Krieg hat nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die gesundheitlichen Verhältnisse der arbeitenden Bevölkerung sehr ungünstig beeinflußt. Die Ernährung zahlreicher Arbeiterfamilien, Kriegerfrauen und ihrer Kinder ist die denkbar schlechteste. Angesichts der Verteuerung aller notwendigen Lebensmittel sind ihre Einnahmen durchaus unzulänglich und befinden sie sich ständig in drückendster Notlage. Die Maßnahmen des Reiches und der Bundesstaaten konnten nicht genügen, den eingetretenen Notstand zu verhindern, weshalb die Gemeinden ergänzend nachhelfen sollten. Dieser Verpflichtung sind leider nur zu viele Gemeinden nicht oder in unzureichendem Maße nachgekommen. Das konnte nicht ohne nachteilige Folgen bleiben, die nicht nur gegenwärtig fühlbar sind, sondern auch in der späteren Folge noch auf lange hinaus sich bemerkbar machen werden.

Es ist nicht zu bestreiten, daß die Geburtenziffer in Deutschland schon vor dem Kriege einen Rückgang aufwies. Sie ist vom Jahre 1851 bis 1913 von 36,9 auf 28,3 pro Tausend Einwohner gesunken. Dieser erhebliche Rückgang wird jedoch durch die starke Abnahme der Sterblichkeitsziffer von 27,8 auf 15,8 in der gleichen Zeit mehr wie ausgeglichen und machte — wie die deutsche Bevölkerungsstatistik zeigt — noch einen beträchtlichen jährlichen Bevölkerungsüberschuß möglich, der Befürchtungen in der Richtung einer Entvölkerung Deutschlands nicht aufkommen ließ. Der seitherige Rückgang der Geburten findet eine sehr natürliche und ausreichende Erklärung in unseren wirtschaftlichen Verhältnissen. Die fortgesetzte Steigerung der Lebensmittelpreise, die zunehmende gewerbliche Berufstätigkeit der Frauen und Mädchen, die Schwierigkeiten beim Aufziehen einer größeren Kinderzahl unter diesen Umständen, die Mißstände auf dem Gebiet des Wohnungswesens vornehmlich für die ärmere Bevölkerung usw. wirken in steigendem Maße in der Richtung einer Einschränkung der Kinderzahl, und zwar mit und ohne Anwendung von Präventivmitteln. Die Kreise, die zu der Überzeugung gelangt sind, daß es für ihre soziale Lage vorteilhafter ist, wenige oder keine Kinder zu haben, lassen sich in ihrem Verhalten durch solche Verbote nicht behindern. Schließlich gibt es auch eine Konzeptionsverhütung ohne Gummi- und sonstige Artikel. Selbst wenn es aber auch gelänge, alle

derartigen Mittel auszuschalten und eine Geburtenvermehrung zu erzielen, so hätte dies ohne gleichzeitige entsprechende soziale Maßnahmen keine für die Bevölkerungszunahme günstige Wirkung. Das erlangte Mehr an Geburten würde sehr bald durch eine verstärkte Säuglings- und Kindersterblichkeit ausgeglichen sein. Dazu müßte man aber noch mit weiteren erheblichen Nachteilen, insbesondere mit einer starken Zunahme und Weiterverbreitung der Geschlechtskrankheiten rechnen.

Es ist selbstverständlich, daß die gegenwärtige Zeit nicht dazu geeignet erscheint, der Herbeiführung einer künstlichen Verminderung der Geburten das Wort zu reden. Der Krieg reduziert die Zahl der unserer Volkswirtschaft zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte so stark, daß es Jahrzehnte dauern wird, die vorhandenen Lücken auszufüllen. Dennoch läge kein Grund vor, schwarz zu sehen, wenn Staat und Gesellschaft in der Erfüllung der ihnen obliegenden, sich aus der Zeit und den politischen Ereignissen ergebenden sozialen Pflichten nicht versagen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß mit dem Ende des Krieges eine erhebliche Zunahme der Eheschließungen und damit der Geburten eintreten wird. Eine ähnliche Zunahme läßt sich für die Zeit nach dem Kriege von 1870/71 konstatieren. So stieg im Jahre 1872 die Zahl der Eheschließungen pro Tausend der Bevölkerung von 8,2 auf 10,3, die der Geburten von 35,9 auf 41,1. Während die Eheschließungen in den folgenden Jahren bis 1876 wieder auf 8,5 zurückgingen, stieg die Geburtenziffer weiter auf 42,6 und der Geburtenüberschuß sogar von 10,5 auf 14,6. Unter einigermaßen günstigen Existenzverhältnissen dürfte sich die Reproduktionskraft des deutschen Volkes auch nach diesem Kriege in ähnlicher Weise geltend machen, wenn auch nicht außer acht gelassen werden darf, daß die Verhältnisse des siebziger Krieges nicht uneingeschränkt mit denen des gegenwärtigen Weltkriegs in Vergleich gezogen werden oder als Maßstab dienen können. Dazu liegen die Dinge jetzt doch sehr viel ungünstiger.

Der Krieg von 1870/71 dauerte im ganzen nur 10 Monate, und die Zahl der einberufenen und am Kriege beteiligten Mannschaften ging einschließlich der für die Besatzung verwendeten Truppen nicht über 1 200 000 Mann hinaus, wurde doch nicht einmal die Landwehr vollständig einberufen und an die Einberufung des Landsturms gar nicht gedacht. Dementsprechend waren auch die Verluste verhältnismäßig gering; die Zahl der gefallenen Offiziere und Mannschaften betrug zirka 44 000. Nachdem damals die mit der Mobilmachung verbundenen wirtschaftlichen Stauungen überwunden waren, nahm das Wirtschaftsleben einen fast völlig normalen Verlauf, insbesondere der Verkehr mit dem Ausland erfuhr keine wesentliche Störung. Bei dem gegenwärtigen Kriege zeigen die Verhältnisse ein erheblich anderes Aussehen. Der Krieg dauert bereits zwanzig Monate, und sein Ende ist noch nicht abzusehen. Er hat ein ungeheures Menschenaufgebot notwendig gemacht. Die Zahl der im Felde wie in den Reserveformationen stehenden Mannschaften beziffert sich auf viele Millionen. Entsprechend der langen Dauer des Krieges und der gewaltigen Masse der Kämpfer sind auch die Verluste an Menschenleben beträchtlich höher und betragen auf beiden Seiten das Vielfache der damaligen Kriegsopfer. Zudem ist der gegenwärtige Krieg auch in jeder anderen Beziehung ein anderer und stellt an die physische und psychische Leistungsfähigkeit der Beteiligten sehr viel stärkere

Anforderungen, als es je in einem früheren Kriege der Fall war. Alles das wird nach dem Kriege nicht ohne tiefgehende und langanhaltende Nachwirkung bleiben.

Von besonderer Bedeutung für die Frage der Geburtenhäufigkeit ist weiter die gewaltige Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit während des Krieges. Wohin wir blicken, in Landwirtschaft, Handel, Verkehr und Industrie, überall stoßen wir auf die weitestgehende Verwendung der weiblichen Arbeitskraft an Stelle der durch die Kriegseinberufungen aus dem Erwerbsleben herausgezogenen Männer. Dabei ist nur zu häufig zu bemerken, daß die beschäftigten Frauen nicht nur solche Beschäftigungen verrichten, die ihrer weiblichen Individualität und Körperkraft entsprechen, sondern die schwersten Arbeiten ausführen, die bis dahin ausschließlich in das Betätigungsgebiet des Mannes fielen. Nach der deutschen Krankenversicherungsstatistik hat die Zahl der beschäftigten und damit versicherungspflichtigen Frauen um zirka 600 000 zugenommen, wobei die zahlreichen in der Heimarbeit beschäftigten Frauen noch nicht miteingeschlossen sind.

In den kleinen landwirtschaftlichen Betrieben fällt die Bearbeitung des Bodens und die Verrichtung der sonstigen landwirtschaftlichen Arbeiten, soweit nicht militäruntaugliche männliche Personen vorhanden sind, ausschließlich den Frauen und unerwachsenen Kindern zu. Zahlreiche weibliche Personen, besonders Dienstboten, haben sich der landwirtschaftlichen Tätigkeit zugewendet, was daraus hervorgeht, daß sich die weiblichen Mitglieder bei den Landkrankenkassen um 91 973 vermehrt haben. Auch im Handel und Verkehr läßt sich eine außerordentliche Zunahme der beschäftigten Frauen feststellen. Wir finden Frauen als Post- und Telegraphenboten, Eisenbahn- und Straßenbahnschaffner, Motorwagenführer, Kutscher, sie werden verwendet im Telephon- und Schalterdienst bei Zivil- und Militärbehörden, Banken, Hotelverwaltungen usw. Die gleiche Erscheinung zeigt sich auf anderen Gebieten. Immer häufiger sieht man Frauen als Grabarbeiter, Bahnarbeiter, Kohlenträger usw. Wohl am stärksten tritt die Zunahme der weiblichen Erwerbstätigkeit in der Kriegsindustrie in die Erscheinung. Es gibt keine dabei vertretene Industrie, in die sie nicht Eingang gefunden hätte, selbst in die Metallindustrie, wo Frauen in steigendem Maße bei der Granatenfabrikation, beim Drehen und Zusammensetzen von Zündern sowie an Bohr-, Fräs- und sonstigen Werkzeugmaschinen verwendet werden. Nach der Krankenkassenstatistik des Reichsarbeitsblatts ist allein bei den Betriebskrankenkassen die Zahl der weiblichen Versicherten gestiegen: um 79 078 in der Metallverarbeitung, 17 454 in der elektrischen Industrie, 12 098 in der chemischen Industrie, 8224 in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, 4944 in der Bekleidungsindustrie, 1099 im Baugewerbe. Diese Ziffern geben jedoch bei weitem kein vollständiges Bild von der wirklichen Zunahme der Frauenarbeit, da nur etwa zwei Drittel der Krankenkassen zu berichten pflegen. Kurz zusammengefaßt: Die weibliche Erwerbstätigkeit hat unter den steigenden Anforderungen des Krieges einen Umfang angenommen wie nie zuvor.

Mit dem Ende des Krieges ist in bezug auf die Verwendung der Frauenerwerbsarbeit sicher eine gewisse Einschränkung zu erwarten. Eine große Anzahl von Frauen wird mit der Rückkehr ihrer Männer oder mit ihrer Verheiratung die Erwerbstätigkeit aufgeben. Allzu weitgehend wird diese

Einschränkung aber nicht sein, weshalb auch an ein Zurückgehen der Frauenerwerbsarbeit nach dem Kriege auf den vorher vorhandenen Stand nicht zu denken ist. Die im Kriege Gefallenen und erwerbsunfähig Gewordenen können im wesentlichen nur durch die Heranziehung der Frauenarbeit ersetzt werden, um so mehr, als das am Kriege beteiligte Ausland kaum in der Lage sein wird, uns Arbeitskräfte in einer den Bedarf deckenden Menge zur Verfügung zu stellen. Vor dem Kriege war die Zahl der in Deutschland beschäftigten Ausländer sehr erheblich und betrug zirka eine Million.

Vom Standpunkt der wirtschaftlichen Notwendigkeit aus, Handel, Verkehr und Industrie nach dem Kriege möglichst bald wieder zur Blüte zu bringen, läßt sich gegen die Anwendung der Frauenarbeit nichts einwenden, wie ja auch die Partei und die Gewerkschaften niemals für ihre Beseitigung eingetreten sind. Wohl aber muß gefordert werden, daß die Verwendung von Frauen in Handel, Verkehr und Industrie unter Bedingungen erfolgt, die eine Gefährdung der Volksgesundheit ausschließen. Werden solche Bedingungen nicht geschaffen, dann sind alle Lamentationen über die Abnahme der Geburtenhäufigkeit und den daraus drohenden Bevölkerungsrückgang unnütz und letzten Endes bloße Heuchelei. Will man eine solche Gefahr wirklich bannen, dann kann der seitherige, während des Krieges arg vernachlässigte, teilweise sogar völlig ausgeschaltete Frauen-, Kinder- und Jugendlichenschutz nicht genügen, sondern bedarf dringend eines weitgehenden Ausbaues. Es ist eine von den Krankenkassen wie Ärzten seit Ausbruch des Krieges wohl allgemein beobachtete Tatsache, daß der Gesundheitszustand der erwerbstätigen Frauen ein sehr ungünstiger ist, was neben psychischen Einwirkungen und ungenügender Ernährung nur eine Folge ihrer Erwerbstätigkeit und der Außerkraftsetzung der gesetzlichen Schutzbestimmungen sein kann. Nervöse Zustände, Herzaffektionen, nervöse Magen- und Darmbeschwerden, Unterleibskrankheiten, Magenerschlaffung, Lungenspitzenkatarrh usw. sind außerordentlich häufig. Erfahrungsgemäß wirken die schädlichen Einflüsse der weiblichen Erwerbstätigkeit auch höchst nachteilig auf die Gebärfähigkeit der Frauen ein. Die Zahl der Abortivgeburten hat deshalb auch während des Krieges eine ganz ungewöhnliche und erschreckende Höhe erreicht. Bei einer Umfrage des Stuttgarter Ortskrankenkassenverbandes wurde festgestellt, daß die befragten Ärzte bei ihrer geburtshilflichen Tätigkeit 50 bis 70 Prozent Aborte zu verzeichnen hatten. Ähnliche Beobachtungen dürften sich auch bei anderen Krankenkassen ergeben.

Das sind höchst bedenkliche Zustände, die nicht dulden, daß der seitherige Raubbau an der Volksgesundheit auch nach dem Kriege fortgesetzt wird. Es muß vielmehr eine sehr ernsthafte Prüfung dahin erfolgen, welche Erwerbsgelegenheiten den Frauen ohne Schädigung für ihre Gesundheit und ohne Benachteiligung der allgemeinen Volksinteressen verbleiben können. Zugleich ist es notwendig, die für die Kriegsindustrie außer Kraft gesetzten gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen, das Verbot der Nacht- und Überzeitarbeit für Frauen und Jugendliche unverzüglich wieder wirksam werden zu lassen und durch eine scharfe Überwachung der Betriebe für ihre Einhaltung zu sorgen. Neben einer möglichst weitgehenden Herabsetzung der Arbeitszeit der Frauen und Jugendlichen bedarf die gewerbliche Beschäftigung der letzteren dringend einer Beschränkung. Während des Krieges ist an der

körperlichen und geistigen Ausbildung der Jugend ungemein viel versäumt worden, was nachgeholt werden muß.

Ferner gebietet sich die Ausgestaltung und Fortbildung einer Reihe durch die Not des Krieges geschaffener Einrichtungen. In dieser Beziehung hat sich die Wöchnerinnen- und Säuglingsfürsorge gut bewährt, und wir können sie nicht mehr missen. Die damit gemachten Erfahrungen drängen vielmehr dahin, diese Einrichtungen zu dauernden zu machen und im Sinne der schon lange vor dem Kriege geforderten Mutterschaftsversicherung auszudehnen. Die Grundlage dafür ist vorhanden, und für die notwendige Verbesserung können besondere Schwierigkeiten nicht mehr geltend gemacht werden. Es bestehen in dieser Richtung bereits ganz vorzüglich wirkende Einrichtungen, die freilich im wesentlichen nur auf die großen Städte entfallen. Dabei darf es nicht bleiben; die Mutterschafts- und Kinderfürsorge muß vielmehr Gemeingut des ganzen Volkes werden. Dazu gehört, daß die Fürsorge für die Kinder in den ersten Lebensjahren ebenfalls auf eine allgemeine Grundlage gestellt wird.

Auch die Wohnungsfürsorge bedarf einer eingehenden Beachtung. Die Versicherungsanstalten und einzelne Gemeinden haben in der Schaffung von guter, billiger und hygienisch einwandfreier Wohngelegenheit für die arbeitende Bevölkerung beachtenswerte Leistungen aufzuweisen. Über die Anfänge einer wirklichen und durchgreifenden Wohnungsfürsorge ist man aber noch nicht hinausgekommen. Wiederholt ist seit Ausbruch des Krieges ausgesprochen worden, daß es ohne unsere Sozialgesetzgebung nicht möglich gewesen wäre, durchzuhalten und uns der von allen Seiten übermächtig bedrängenden Feinde zu erwehren. Das ist zweifellos richtig. Daraus sind aber auch die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Nur durch eine Steigerung und Vervollkommnung der sozialen Fürsorge für die arbeitende Bevölkerung auf allen Gebieten lassen sich die Hemmungen beseitigen, die sich aus der Erwerbstätigkeit der Frauen für die Bevölkerungszunahme ergeben. Je mehr und besser sich die sozialpolitischen Einrichtungen entwickeln und die soziale Hebung der Arbeiterklasse als eine der wichtigsten Aufgaben des Staates betrachtet wird, um so ruhiger vermögen wir der ferneren Zukunft des deutschen Volkes entgegenzusehen.

Anzeigen.

Philipp Scheidemann, **Es lebe der Frieden!** Berlin 1916, Verlag Buchhandlung Vorwärts. 32 Seiten. Preis der Vereinsausgabe 40 Pf.

Die Schrift verteidigt zunächst die Haltung der Fraktion am 4. August. Von dem Satz »der Arbeiter hat kein Vaterland« hat Bebel schon 1907 gesagt, er sei längst preisgegeben. Der Einwand, die Bewilligung der Kriegskredite als ein politischer Akt verbiete sich für die sozialdemokratische Partei, wenn sie auch zugleich die militärtechnische Landesverteidigung nicht behindere, ist eine Silbenstecherei. Man kann nicht zugleich die jungen Leute ins Feld schicken und die Ausgaben für ihre Ausrüstung usw. verweigern. Den Schluß der Stuttgarter Resolution über das Verhalten der Sozialdemokraten nach Ausbruch eines Krieges zitiert der Verfasser folgendermaßen: »es sei die Pflicht: falls trotz aller Bemühungen der Sozialdemokratie, den Frieden zu erhalten, dennoch ein Krieg ausbrechen sollte, für dessen rasche Beendigung einzutreten — —!«, und erklärt, die

deutsche Partei habe dieser Pflicht in hohem Maße entsprochen. Die Folge der Kreditverweigerung wäre die Lähmung der deutschen Landesverteidigung gewesen, aber auch die Zerstörung der Organisationen und Blätter der Arbeiter.

Aber auch jetzt ist es weiter notwendig, Kriegskredite zu bewilligen, da die Gegner zum Frieden noch nicht geneigt sind und daher das Ziel der Sicherung noch nicht erreicht ist. Der Erklärung des Reichskanzlers anläßlich der sozialdemokratischen Friedensinterpellation am 9. Dezember 1915 werden Äußerungen bürgerlicher und sozialistischer Staatsmänner aus Rußland, England, Frankreich und Belgien gegenübergestellt und ein Brief Eberts vom 30. Dezember 1915 mitgeteilt, in dem die vergeblichen Versuche des deutschen Parteivorstandes aufgezählt werden, mit den Bruderparteien des feindlichen Auslandes, besonders mit den französischen Genossen, eine Verständigung anzubahnen. Solange die Gegner zum Frieden nicht geneigt sind, müsse also die deutsche Sozialdemokratie auch fernerhin zu ihrem Lande stehen.

Als Richtlinien eines Friedensschlusses stellt der Verfasser auf: »Wir verlangen, daß dem Kriege ein Ende gemacht wird, sobald die Gegner zum Frieden geneigt sind. Wir treten ein für einen dauerhaften Frieden, der die Unversehrtheit des Reiches, seine politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit sicherstellt. Wir sind gegen jede Vergewaltigung fremder Völker.«

»Dem Kriege könnte bald ein Ende gemacht werden,« schließt der Verfasser, »wenn die Sozialisten Frankreichs, Englands und Belgiens.... sich zum Frieden auf Grundlage der obigen Formel bereitfinden würden.«

Für die Einheit der Partei. Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Berlin 1916, Buchhandlung Vorwärts. 16 Seiten. Preis der Vereinsausgabe 20 Pf.

Ein Appell, die Einheit der Partei zu erhalten, deren Verlust eine überaus große Verminderung unseres Ansehens bei den Massen herbeiführen und auch die Gewerkschaften gefährden würde. Besonders wichtig sei die Einheit der Partei gerade angesichts der großen Probleme, die nach dem Kriege zur Lösung kommen müssen.

»Lassen wir den Optimisten«, heißt es zum Schluß, »ihre schönen Hoffnungen, wenn wir glauben, sie nicht teilen zu können, aber sorgen wir dafür, daß recht viele dieser Hoffnungen erfüllt werden!... Der Sozialismus ist nicht tot und nicht besiegt, er hat gerade in diesem Kriege die eindrucksvollste Rechtfertigung erfahren.«

Was heute trennend zwischen uns stehe, werde vielleicht schon eine nahe Zukunft verwehen. Dauernd aber werde ihren Wert behalten die Einheit der für Recht und Brot kämpfenden Arbeiterklasse.

Sozialdemokratie und nationale Verteidigung. Herausgegeben vom Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Berlin 1916, Verlag Buchhandlung Vorwärts. 30 Seiten. Preis der Vereinsausgabe 40 Pf.

Die Schrift enthält eine Zusammenstellung von Zitaten aus Schriften und Reden von Bebel, Wilhelm Liebknecht, Engels, Auer, Vollmar und Noske über die Notwendigkeit der Landesverteidigung, aus einer Rede Ledebours über die Notwendigkeit, die durch den Hereroaufstand bedrohten deutschen Farmerfamilien zu retten, ferner aus Flugblättern und Wahlhandbüchern der Partei, die die Wehrhaftmachung des Volkes verlangen, und aus Schriften von Otto Bauer und Eduard Bernstein, die den Wert der Nation betonen.

Die Schrift schließt mit der Behauptung, daß die Sozialdemokratie die Kriegskredite bewilligen mußte, wenn sie die Landesverteidigung wollte.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 3 Ausgegeben am 21. April 1916 34. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Eine mahnende Erinnerung.

Von K. Kautsky.

Es sind jetzt gerade 31 Jahre her, daß ein tiefgehender innerer Zwiespalt zu Ende ging, vielleicht der schlimmste unter denen, die an dem Gefüge unserer Partei rüttelten, in der Zeit seit ihrer Einigung im Jahre 1875 bis zum Ausbruch des jetzigen Krieges. Wir meinen den Kampf um die Frage der Dampfersubventionen.

Was damals die Gemüter der Genossen so leidenschaftlich erregte, das war eine Maßregel, die als einer der ersten Schritte auf der Bahn zur Kolonialpolitik betrachtet wurde, zur Weltpolitik oder, um einen moderneren Ausdruck zu gebrauchen, zum Imperialismus.

Dem Drängen kapitalistischer Kreise nachgebend, hatte Bismarck 1884 begonnen, koloniale Besitzungen zu erwerben. Daneben forderte er von dem im Herbst 1884 gewählten Reichstag, er solle eine Reihe von Dampferlinien nach Ostasien, Australien und Afrika subventionieren. Der Kolonialpolitik widersetzte sich unsere Reichstagsfraktion grundsätzlich und einmütig. In der Frage der Dampfersubventionen dagegen ging sie auseinander. Die einen erklärten, die Subventionen würden Arbeit für deutsche Arbeiter schaffen, der damals ungeheuer großen Arbeitslosigkeit entgegenwirken, billiges Getreide nach Deutschland bringen und Deutschlands Verkehr mit der Welt enger gestalten; sie dienten den Werken des Friedens und der Kultur.

Dem wurde entgegengehalten, daß die Subventionen nur ein Geschenk an die Kapitalistenklasse auf Kosten der Arbeiter seien, daß sie einen Teil der Politik bildeten, die durch Agrarzölle die Zufuhr von Lebensmitteln erschwere, vor allem aber, daß sie der Stärkung der Kolonialpolitik dienten, die das deutsche Volk mit schweren Kriegsrüstungen und Kriegsgefahren bedrohe.

Die erstere Richtung hatte in der Fraktion die große Mehrheit, zu ihr gehörten Auer, Blos, Dietz, Frohme, Grillenberger. Die Sache der Minderheit vertraten Liebknecht, Vollmar und mit besonderer Leidenschaftlichkeit Bebel. Der Kampf entspann sich aber keineswegs um die Frage, ob die Fraktion geschlossen mit Ja oder Nein stimmen solle. Die Mehrheit verbot der Minderheit keineswegs, gegen die Subventionen zu stimmen. In die Kommission zur Beratung der Regierungsvorlage entsandte die Fraktion einen Vertreter der Bewilligung, Dietz, und einen der Ablehnung, Bebel.

Man berief sich damals auf einen Beschluß des Kopenhagener Kongresses von 1883, den wir alle seitdem vergessen haben, wohl aus dem Grunde, weil er im Kongreßprotokoll nicht zu finden ist; dessen genaue Formulierung sich heute kaum noch feststellen läßt, der aber damals von niemand

bestritten wurde. Er schrieb der Fraktion geschlossene Abstimmung bloß für prinzipielle Fragen vor, nicht für taktische. Die Mehrheit erklärte die Frage der Dampfersubventionen für eine taktische und stellte daher die Abstimmung frei.

Der Züricher »Sozialdemokrat« vom 11. Dezember 1884 (Nr. 50) berichtete darüber:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat nach längeren Debatten den Beschluß gefaßt, die Abstimmung über die Dampfersubvention offen zu lassen. Die Mehrheit der Genossen ist der Ansicht, daß es sich hier um eine Zweckmäßigkeits- und nicht um eine Prinzipienfrage handelt. Falls der Nachweis geliefert wird, daß die Ausführung des Regierungsprojekts dem Handel und der Industrie förderlich wäre, und wenn dem Reichstag die Kontrolle übertragen wird, gedenkt also ein Teil der Fraktion, und zwar der größere, für die Dampfersubvention zu stimmen.

Es mag sonderbar erscheinen, daß es gerade die Minderheit war, die sich gegen die Freigebung der Abstimmung wandte. Aber freilich, wenn ihre Argumente für die Ablehnung richtig waren, dann war die Frage eine prinzipielle. Allerdings nicht alle Mitglieder der Minderheit dachten so.

In der Frage der Freigebung der Abstimmung spaltete sie sich. Liebknecht nahm eine vermittelnde Stellung ein. Er selbst neigte zur Ablehnung der Dampfersubventionen, vertrat aber die Freigebung der Abstimmung, da die Frage keine prinzipielle sei.

Am 8. Januar 1885 veröffentlichte er im Züricher »Sozialdemokrat« (Nr. 2) einen Artikel in vermittelndem Sinne. Es hieß dort:

Allseitig wird zugestanden, daß es sich bei der Dampfersubvention nicht um eine Prinzipienfrage im strengen Sinne des Wortes handle. Die verschiedenen Parteien des Reichstags, mit Ausnahme der rein gouvernementalen, die nach Befehl abstimmen, haben deshalb auch sämtlich ihren Mitgliedern die Abstimmung »freigegeben«, das heißt jedem erlaubt, so zu stimmen, wie er für gut hält.

Wie unseren Lesern bekannt, hat die sozialdemokratische Fraktion einen ähnlichen Beschluß gefaßt. Dieser Beschluß hat nun unter den Genossen des In- und Auslandes ein gewisses Aufsehen erregt und eine sehr verschiedenartige Beurteilung gefunden. Hier und da hat man sogar eine Verletzung der Kopenhagener Kongreßresolution, welche der Fraktion in allen Prinzipienfragen geschlossene Abstimmung zur Pflicht macht, in jenem Beschluß zu erblicken geglaubt. Allerdings mit Unrecht, denn — was schon bemerkt — um eine Prinzipienfrage im strengeren Sinne des Wortes handelt es sich nicht.

Liebknecht teilt dann, ohne Stellung zu nehmen, einige der von rechts und links gebrauchten Argumente mit und schließt mit folgenden Ausführungen:

Erwähnt sei hier, daß die Abgeordneten, welche sich der Vorlage gegenüber nicht a limine — von vornherein — ablehnend verhalten, keineswegs an eine unbedingte Gutheißung und Bewilligung denken, sondern ihre Zustimmung erst von Garantien abhängig machen, welche die Regierung sowohl in politischer als in ökonomischer Beziehung zu geben hat.

Und das bringt uns zu einem Vorschlag, welchen einer unserer bewährtesten und kompetentesten Parteigenossen macht — ein Vorschlag, der vielleicht zu einer Verständigung innerhalb der Fraktion führen könnte.

»Will,« so schreibt unser Genosse, »will die Fraktion sich nicht einfach ablehnend verhalten, so kann sie nach meiner Meinung zu dieser Staatshilfe für die Bourgeoisie, die möglicherweise (was freilich erst zu beweisen) den Arbeitern indirekt zugute kommen kann, nur dann ihre Einwilligung

geben, wenn ebensolche Staatshilfe für die Arbeiter zugesichert wird. Gebt ihr uns 4 bis 5 Millionen jährlich für Arbeitergenossenschaften (nicht Vorschuß, sondern Schenkung, wie für die Reeder), dann lassen wir mit uns reden. Gebt ihr uns Garantien, daß in Preußen die Domänen statt an Großpächter oder an Bauern, die ohne Taglöhnerarbeit existenzunfähig sind, an Arbeitergenossenschaften ausgepachtet werden sollen, daß öffentliche Arbeiten an Arbeitergenossenschaften statt an Kapitalisten verdungen werden, gut, wir wollen ein übriges tun. Wenn nicht, nicht.

Wenn die Fraktion solche Vorschläge macht, wofür natürlich die richtige Form gefunden werden muß, dann wird niemand den sozialdemokratischen Abgeordneten vorwerfen können, sie vernachlässigten über der Zukunft die gegenwärtigen Bedürfnisse der Arbeiter.«

Wir glauben, das ist ein sehr beachtenswerter und sehr praktischer Vorschlag.

So Liebknecht. Der Leser wird erstaunt sein, wenn er erfährt, daß der »höchst bewährte und kompetente Parteigenosse«, der diesen »sehr beachtenswerten und sehr praktischen Vorschlag« machte, nicht etwa ein Anhänger Lassalles war, sondern Friedrich Engels. Sein Vorschlag befremdet auf den ersten Blick in hohem Grade. Er kann verschieden gedeutet werden, mir ist eine weitere Äußerung Engels' über seinen Vorschlag nicht bekannt. Die Redaktion des »Sozialdemokrat« schrieb am 12. Februar über ihn:

Wir haben den betreffenden Passus so verstanden, daß er nach der Ansicht des Verfassers die einzige Bedingung angibt, unter welcher wir uns nicht von vornherein der Dampfersubvention ablehnend gegenüberstellen, sondern auf eine Diskussion derselben eingehen können. Er war nicht an die Adresse der Gegner der Vorlage gerichtet, um diese umzustimmen, sondern an die Anhänger derselben.

Für die grundsätzlichen Gegner der Dampfersubvention stand er daher von vornherein außer Frage....

Ob nun die Arbeiter vom heutigen Staate... Unterstützungen annehmen können, kommt nach unserer Ansicht ganz auf die Bedingungen und Umstände an. Daß wir sie in gegebenen Fällen zu fordern haben — bei Arbeitslosigkeit usw. —, dafür werden wir stets eintreten.

Wir bewilligen dem heutigen Staate nichts.... Aber nichtsdestoweniger besteht er und nimmt ganz gehörig von den Arbeitern. Warum sollen ihn daher diese schnöde ignorieren, wenn sie auf Hilfe angewiesen sind? Das kann nur der verlangen, der der famosen Theorie vom Sprung ins sozialistische Jenseits huldigt.

Wir verwerfen die Staatshilfe für Arbeiter nur dann, wenn sie ihnen Verpflichtungen auferlegt.

Daß Engels ernstlich erwartet haben sollte, sein Vorschlag würde von der Regierung und den bürgerlichen Parteien akzeptiert werden, ist nicht wahrscheinlich. Vereinigte sich die Mehrheit der Fraktion auf ihn, dann war der wahrscheinliche Erfolg der, daß er das Gewissen jener Abgeordneten salvierte, die das Bedürfnis hatten, »positiv« zu wirken, und sie doch zur Ablehnung der Dampfersubvention führte. Der Engelssche Vorschlag hätte nicht der Zustimmung den Weg geebnet, sondern war darauf gerichtet, die Verständigung über die Ablehnung zu erleichtern.

Aber erregte Zeiten, in denen die Leidenschaften hoch gehen, geben keinen günstigen Boden für derartige Verständigungsversuche. Da gilt das Wort: »Eure Rede sei ja, ja, nein, nein, was darüber ist, das ist vom Übel.« Der Engelssche Vorschlag wurde von beiden Seiten zurückgewiesen. Statt zur Verständigung kam es zu steter Verschärfung der Gegensätze.

Nachdem die Genossen im Lande erfahren, was in der Fraktion vor sich gehe, bemächtigte sich ihrer große Erregung. Die ins Ausland durch das Sozialistengesetz verschlagenen Genossen gingen mit einem lebhaften Protest gegen die Fraktion voran. Der »Sozialdemokrat« vom 22. Januar 1885 veröffentlichte eine Resolution, die von der deutschen Mitgliedschaft in Zürich einstimmig gefaßt worden war. Sie forderte energisch die Ablehnung der Regierungsvorlage über die Dampfersubvention und forderte die Genossen in Deutschland auf, ebenfalls Stellung zu nehmen und durch »Schlußnahmen zu bewirken, daß ein Schritt vermieden werde, der für unsere Partei verhängnisvolle Folgen nach sich ziehen könnte«. Nachdem so Zürich die Fahne der Rebellion gegen die Fraktion entfaltet, folgten die anderen Mitgliedschaften in der Schweiz, in Paris, London, Brüssel, Kopenhagen und bald auch Organisationen im Reiche selbst, so in Leipzig, wo die Genossen einstimmig »jede Schacherpolitik aufs entschiedenste zurückweisen, die durch den Vorschlag in Nr. 2 des ‚Sozialdemokrat' vorgeschlagen wird«, in Frankfurt, München usw. Jede Nummer des »Sozialdemokrat« brachte damals eine Zustimmung zum Vorgehen der Züricher. Eine allgemeine Erhebung der Parteigenossen gegen die Fraktion, der »Massen« gegen die »Führer« schien bevorzustehen, in einer Situation, in der die Gesamtorganisation der Partei aufgelöst war und die Fraktion allein die zentrale Leitung, das Band des Gesamtzusammenhanges darstellte. Das Schlimmste für die Organisation war zu befürchten.

Da, im entscheidenden Moment, kam die Rettung doch über den Weg, den Engels gewiesen und den die Mehrheit vor ihm schon sich vorbehalten hatte und den sie nun ging, wenn auch nicht in so drastischer Weise, wie Engels vorgeschlagen. Sie machte ihre Zustimmung zur Subvention von bestimmten Bedingungen abhängig, die sehr bescheiden waren. Der »Sozialdemokrat« vom 26. Februar berichtet, die Fraktion habe beschlossen, für die ostasiatische und australische Linie zu stimmen, die afrikanische sowie die Samoalinie abzulehnen, weil sie nur der Kolonialpolitik dienten, endlich zu verlangen, daß die einzustellenden Schiffe neue Dampfer ersten Ranges und auf deutschen Werften gebaut sein müssen.

Wird diesem Verlangen nicht nachgegeben und wird eine der Linien, gegen welche die Fraktion sich erklärt hat, vom Reichstag angenommen, so wird die Fraktion gegen die Gesamtvorlage stimmen.

Der »Sozialdemokrat« konnte hinzufügen, daß der Reichstag und die Regierung diese Bedingungen keineswegs bewilligen werden, und konstatierte daher:

So wird also die sozialdemokratische Fraktion einstimmig gegen die Dampfersubventionsvorlage in ihrer Gesamtheit stimmen.

Das hat sie denn auch getan, als die Vorlage Mitte März im Plenum zur Verhandlung kam. Befreit von schwerem Alp atmeten wir alle auf. Ich darf hier wohl persönlich bemerken, daß es die Erinnerung an jene Vorgänge war, was mir am 3. August 1914 den Vorschlag eingab, wenn die Fraktion die Kriegskredite bewilligen wolle, die Zustimmung von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig zu machen.

Dieser Modus war es gewesen, der 1885 schließlich die Fraktion wieder einte und die Partei vor Zerreißung durch inneren Zwist bewahrte. Hätte die Mehrheit darauf bestanden, die Subvention bedingungslos zu bewil-

ligen, dann wäre bei der damaligen Erregung der Masse der Genossen eine Spaltung kaum zu vermeiden gewesen.

So gewaltig war die Erregung auf beiden Seiten gewesen, daß sie sich nicht sofort beruhigte. Die Mehrheit der Fraktion empfand äußerste Erbitterung über die Schilderhebung gegen sie, die von Zürich ausgegangen war, dem Sitz des Zentralorgans, des »Sozialdemokrat«. Die mit seiner Herstellung und Verbreitung betrauten Genossen, Bernstein, Motteler, Schlüter, Tauscher, Richard Fischer betrachtete man als die Haupttriebkräfte der Insubordination.

Die Mehrheit der Fraktion war übel beraten, als sie ihrer Erbitterung nachgab und, kaum daß die Dampfersubvention erledigt war, eine Erklärung veröffentlichte (Nr. 14 vom 20. März), die dem Zentralorgan den schärfsten Tadel dafür aussprach, daß es sich zu dem Zwecke hergegeben, »eine Art Entrüstungsbewegung gegen die Fraktionsbeschlüsse hervorzurufen«.

Die Redaktion des »Sozialdemokrat« dürfe

> nie vergessen, daß das Parteiorgan unter keinen Umständen in Gegnerschaft zur Fraktion treten darf, welche die moralische Verantwortlichkeit für den Inhalt desselben trägt. Nicht das Blatt ist es, welches die Haltung der Fraktion zu bestimmen, sondern die Fraktion ist es, welche die Haltung des Blattes zu kontrollieren hat. Die Fraktion erwartet demgemäß, daß derartige Angriffe in Zukunft unterbleiben und daß die Redaktion alles vermeide, was dem Geiste obiger Erklärung zuwiderläuft.

Wenn die Fraktion geglaubt hatte, durch diesen Schritt ihre erschütterte Autorität zu befestigen, so irrte sie sich gewaltig. Im Gegenteil, die Parteigenossen sahen darin einen Versuch, ihnen die Kritik an der Fraktion zu unterbinden, und so brach jetzt der Sturm von neuem los gegen die »Diktatur« der Fraktion und die »Degradation der Presse«. Solche Proteste kamen nicht nur von den auswärtigen Mitgliedschaften, sondern auch aus Mannheim, Königsberg, Darmstadt, Großenhain, Frankfurt a. M.

Indes auch diesmal wurde der Sturm beschworen, ehe er noch gefährliche Dimensionen annehmen konnte, da die Fraktion mit sich reden ließ. In der Nummer des »Sozialdemokrat« vom 23. April erschien eine von der Fraktion mit der Redaktion vereinbarte Erklärung, in der die Fraktion beteuerte, sie hätte nie die Absicht gehabt, das Recht der freien Meinungsäußerung zu unterdrücken.

> Fraktion und Redaktion sind darin einig, daß innerhalb der Partei absolute Freiheit der Kritik obwalten muß und daß jeder Versuch, diese Freiheit zu beeinträchtigen, einen Verrat an den Parteiprinzipien bedeuten und die Grundlage, auf der die Partei ruht, erschüttern würde.
>
> Fraktion und Redaktion sind aber auch darin einig, daß die Einheit und Aktionsfähigkeit der Partei unter allen Umständen gewahrt werden müssen und daß es durchaus zu verwerfen ist, wenn unter dem Vorwand, das Recht der freien Kritik auszuüben, der Versuch gemacht würde, der Parteileitung die Erfüllung ihrer Pflicht zu erschweren....
>
> Die Fraktion denkt nicht daran und kann nicht daran denken, den »Sozialdemokrat« als ihr persönliches Organ zu betrachten, mit dem sie nach Belieben schalten und walten kann. Der »Sozialdemokrat« gehört der Gesamtpartei und ist das Organ der Gesamtpartei. Die Gesamtpartei wird aber vertreten durch die Fraktion, die kraft ihres Amtes als Parteivertretung naturgemäß die Kon-

trolle des Parteiorgans hat. (Die Fraktion mußte damals, nach Auflösung der Organisation, die Funktionen eines Parteivorstandes ausüben. K.) In bezug hierauf befindet sie sich im vollsten Einverständnis mit der Redaktion des Parteiorgans, und die Vorkommnisse, welche die Erklärung in Nr. 14 des »Sozialdemokrat« veranlaßten, haben dieses Verhältnis brüderlichen Zusammenwirkens unberührt gelassen.

Damit endete der Konflikt. Die Bewegungsfreiheit, die die Redaktion des Zentralorgans bis dahin gehabt, wurde in keiner Weise geschmälert. Das Gewitter, das getobt hatte, verzog sich nun, nur einige Donnerschläge hallten noch nach, eine Polemik zwischen Frohme und Bebel wegen des Aufrufs aus Frankfurt gegen die Fraktion. Noch nach dem Abschluß des Züricher Friedens hatte Frohme die Frankfurter Genossen wegen ihrer Erklärung aufs schärfste angegriffen, am 7. Mai, was dann von Bebel energisch zurückgewiesen wurde. Das waren die letzten äußerlichen Kundgebungen des Konflikts, der die Partei an den Rand der Spaltung gebracht hatte. Die inneren Gegensätze, die er heraufbeschworen, zitterten freilich noch lange unter der Oberfläche nach.

Der Parteikonflikt von 1885 hat manche Ähnlichkeit mit dem heutigen. Aber die gleiche Situation wiederholt sich nie in der Geschichte, und so weisen auch die beiden Konflikte neben manchem Übereinstimmenden erhebliche Verschiedenheiten auf.

Schon die Größe des Konfliktstoffs ist eine sehr verschiedene. Im Jahre 1885 entspann sich der Zwist darüber, daß die Minderheit der Fraktion in der Zustimmung zur Dampfersubvention den ersten Schritt auf dem Wege zur Weltpolitik mit ihren Gefahren erblickte, indes die Mehrheit darin ein Mittel sah, in der damaligen wirtschaftlichen Depression einer Reihe von Arbeitern Arbeit zu schaffen. Weder hier noch dort handelte es sich um eine Frage, die unmittelbar eine Lebensfrage wurde.

Heute sind die damals befürchteten Gefahren in ungeheuerstem Maße wirklich hereingebrochen. Es handelt sich nicht mehr um Befürchtungen für die Zukunft, sondern um tagtäglich bedrohte Millionen von Menschenleben und um wirtschaftlichen Ruin. Der Gegensatz ist freilich nicht, wie oft fälschlich behauptet wird, der, daß nur die eine Seite Interesse für die Erhaltung der Leben, für die Wohlfahrt der Massen habe und die andere dagegen gleichgültig sei. Nichts irriger als diese Darstellung. Beide Richtungen erstreben in dieser Hinsicht leidenschaftlich das gleiche. Aber ihre Wege dahin gehen diametral auseinander, und was die eine als Rettung betrachtet, darin sieht die andere das Verderben.

Und dieser furchtbare Gegensatz wirkt nicht etwa nur ein paar Monate lang, um bald durch Arbeit auf gemeinsamem Boden, auf dem volle Übereinstimmung besteht, durch energischen Kampf gegen einen gemeinsamen Feind zurückgedrängt zu werden. Sondern er wirkt längere Zeit, schon bald zwei Jahre, ohne Unterlaß und beschäftigt in diesem Zeitraum ausschließlich die Köpfe und die Gemüter.

Angesichts dieses gewaltigen Unterschieds der Situation hätte man sich nicht wundern dürfen, wenn die Opposition der Minderheit gegen die Mehrheit diesmal noch eher und noch schärfer zum Ausbruch kam als 1885. Aber das Gegenteil war der Fall. Die Minderheit hat diesmal der Einheit der Partei viel größere Opfer gebracht als damals.

Selbst Karl Liebknecht sonderte sich am 4. August nicht von der Fraktion ab. In ihrem größten Teil wartete die Minderheit ein Jahr lang, ehe sie sich entschloß, ihre Sonderauffassung im Reichstag öffentlich zu bekunden. Im Jahre 1885 kam dagegen der Konflikt aus der Fraktion sofort in die Öffentlichkeit und griff sogleich auf die ganze Partei über.

Und wie bescheiden ist heute die Opposition im Vergleich zu jener vor 31 Jahren, die Bebel führte! Was jetzt den Ausgangspunkt des ganzen Fraktionskonflikts bildete, was die Mehrheit nicht bewilligen wollte, das gestand 1885 die Mehrheit der Minderheit von vornherein ohne weiteres zu: die Freiheit der Abstimmung.

Im Jahre 1885 begnügte sich die Minderheit nicht damit, für ihre abweichende Meinung neben der Mehrheit stimmen und reden zu können, sie suchte die Mehrheit auf den gleichen Boden zu drängen, auf den sie selbst sich gestellt hatte, und appellierte zu diesem Zweck an den Druck der Massen, wobei sie im Zentralorgan tatkräftige Hilfe fand.

Wenn trotz alledem der Konflikt damals nicht in einem Bruch endete, sondern in einem »Verhältnis brüderlichen Zusammenwirkens« beider Teile, so wurde das nicht durch Zwangsmaßregeln der Parteileitung herbeigeführt. Schon die bloße Androhung solcher Maßregeln bewirkte nichts als lichterlohes Auflodern des schon erlöschenden Brandes. Nein, das brüderliche Zusammenwirken erstand aus der Tatsache, daß beide Teile wieder in die gleiche Kampffront rückten.

Es ist die alte Erfahrung: Wo es den gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Gegner gilt, da überwiegt bei einem geschulten Proletariat, in einer Massenbewegung stets das Bedürfnis nach Einheitlichkeit alle taktischen Meinungsverschiedenheiten. Wird jedoch von den Führern des Proletariats der Versuch gemacht, um praktischer Augenblickserfolge willen eine Politik des Entgegenkommens gegen die bürgerlichen Parteien einzuschlagen, dann tut ein Teil des Proletariats nicht mit, dann kommt's zu innerer Zwietracht und, wenn jene Politik längere Zeit konsequent angewandt wird, zur Spaltung. Jeder Versuch, durch terroristische Mittel zu erreichen, was die erloschene Begeisterung, das geschwundene Vertrauen nicht mehr leisten, vermehrt noch die Reibungsflächen, vertieft die Gegensätze, verschlimmert das Übel, vergrößert die Gefahr der Spaltung.

Durch ihre Praxis bei der Abstimmung, nicht durch ihren Erlaß gegen das Zentralorgan hat die Mehrheit 1885 die Einheit der Partei bewahrt.

Wilhelm Bock.

Zu seinem siebzigsten Geburtstag.

Von J. Simon (Nürnberg).

Leben und Wirken unseres Wilhelm Bock ist ein Stück Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung: vom Jahre 1870 bis auf den heutigen Tag steht er im Vordertreffen der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung des klassenbewußten Proletariats.

Geboren am 28. April 1846 in Großbreitenbach in Thüringen, wurde er, nachdem er die Dorfschule verlassen, von seinen Eltern zu einem Schuh-

machermeister in Arnstadt in die Lehre gegeben. Nach beendeter Lehrzeit ging Bock in die Fremde, arbeitete unter anderem in Hamburg und Magdeburg. In Hamburg war es, wo er sich dem Arbeiterbildungsverein anschloß und mit dem Sozialismus bekannt wurde. Mit dem ganzen Feuereifer eines wissensdurstigen, nach Bildung strebenden Jünglings versuchte er, was die Dorfschule ihm versagt, durch Selbststudium zu erlangen, wozu ihm die Bibliothek des Arbeiterbildungsvereins sowie die dort gehaltenen Vortrags- und Diskutierabende die Gelegenheit boten.

Im Jahre 1869 kam Bock nach Gotha, wo er heute noch wirkt. Bald trat er hier wie in anderen Orten Thüringens als Redner auf und erlangte große Beliebtheit. Zunächst war es die Gewerkschaftsbewegung, der er sich mit ganzer Kraft widmete. Es war dies jene Zeit, in welcher die beiden Richtungen, Lassalleaner und Eisenacher, sich auf das heftigste bekämpften. Auch bei den Schuhmachern bestanden, wie in allen Berufen, diese beiden Richtungen. Auf der einen Seite der »Allgemeine Deutsche Schuhmacherverein« (Lassalleaner), auf der anderen die »Internationale Schuhmachergewerkschaft« (Eisenacher).

Bock als Gewerkschafter.

Durch seine Zugehörigkeit zum »Arbeiterbildungsverein« kam Bock auch in die »Internationale Schuhmachergewerkschaft«. Im Jahre 1870 finden wir ihn als Redner in einer öffentlichen Schuhmacherversammlung in Erfurt, wo er eine Mitgliedschaft gründete.

Sehr bald sah Bock ein, daß die Zerrissenheit der deutschen Arbeiterbewegung die Weiterentwicklung hemmte und daß die gegenseitige Bekämpfung der beiden Richtungen nur den Interessen der Feinde der Arbeiterklasse diente. Mit der ihm eigenen Energie trat er für die Einigung dieser beiden Richtungen ein.

Am 1. Oktober 1872 veröffentlichte Bock im »Volksstaat« einen Aufruf an die Schuhmacher Thüringens, in dem er für die Beschickung eines Kongresses eintrat; der Aufruf beginnt mit den Worten:

> Ein Aufruf an sämtliche Schuhmacher Deutschlands, Deutschösterreichs und der Schweiz ist ergangen zur Beschickung des in nächster Zeit, wahrscheinlich in Thüringen stattfindenden Schuhmacherkongresses. Auch wir wollen diesen Ruf nicht wie einen Windhauch an uns vorübergehen lassen, sondern uns einigen zu gemeinsamem Handeln, mag auch der Aufruf ausgehen von welcher Seite immer. Eines jeden Delegierten Pflicht ist es, allen eigennützigen und Sonderbestrebungen die Spitze abzubrechen und dahin zu wirken, daß uns alle ein gemeinsames Band umschlinge.

Leider kam es aber auf diesem Kongreß, der am 17., 18., 19. und 20. November 1873 in Berlin tagte, nicht zu der ersehnten Einigung. Die »Internationale Schuhmachergewerkschaft« verlegte im Juni 1873 ihren Sitz von Dresden nach Gotha und wählte Bock zu ihrem Präsidenten mit einem Monatsgehalt von 30 Mark; zwei Jahre später wurde dieses Gehalt auf 60 Mark erhöht.

Es kam das Jahr 1874 und mit ihm — als Vorbote des Sozialistengesetzes — die Verfolgungen der Arbeiterbewegung durch Tessendorf. Am 25. August 1874 wurde der »Allgemeine Deutsche Schuhmacherverein« auf Grund der §§ 8 und 16 des preußischen Vereinsgesetzes vom

11. Mai 1850 aufgelöst. Auch der »Internationalen Schuhmachergewerkschaft« wollte man an den Kragen. Sie war aber dadurch, daß sie ihren Sitz in Gotha hatte, dem Arme Tessendorfs entrückt. Freilich ließ es dieser nicht an Einwirkungen auf die gothaischen Behörden fehlen, was aus den zahlreichen Vernehmungen Bocks in jener Zeit hervorgeht. Und gerade hier sowie auch später unter dem Sozialistengesetz zeigte sich die glänzende Begabung Bocks, der Polizei »ein Schnippchen zu schlagen«. In einer längeren Bekanntmachung an die Mitglieder teilte er diese Unterdrückungsversuche mit und forderte die strengste politische und religiöse Neutralität. Und in der Tat blieb die Internationale Schuhmachergewerkschaft von der Auflösung verschont. Dieses Geschick ereilte sie erst durch das Sozialistengesetz.

Am 15. Januar 1875 erschien unter der Redaktion von Bock »Der Wecker« als erstes Gewerkschaftsblatt der Schuhmacher. In einem Einführungsartikel wurde der Einigungsgedanke stark betont, und in derselben Nummer veröffentlichte Bock einen Aufruf zur Beschickung eines Allgemeinen Schuhmacherkongresses, welcher am 16., 17. und 18. Mai in Koburg stattfand. In einem vorzüglichen Referat legte Bock die Notwendigkeit der Einigung der Arbeiter dar, die Streitaxt solle zwischen Eisenachern und Lassalleanern begraben sein, worauf unter großem Beifall die Vereinigung beschlossen und Bock als Präsident der geeinigten Gewerkschaft gewählt wurde. Die Gewerkschaft der Schuhmacher nahm darauf einen glänzenden Aufschwung. Schon Mitte Juni 1876 konnte Bock auf der Generalversammlung in Kassel verkünden, daß die Organisation rund 4000 Mitglieder zähle. »Der Wecker«, der in einer Auflage von 2000 Exemplaren erschien, sollte von da ab zweimal im Monat erscheinen.

Mit dem Erstarken der Gewerkschaft setzten aber auch die Verfolgungen und Unterdrückungsversuche in verschärftem Maße ein. In vielen Städten wurden die Filialen aufgelöst. Aber auch Bock war auf dem Posten. An Stelle der aufgelösten Verwaltung wurde ein Vertrauensmann bestimmt und so der Zusammenhalt mit der Organisation aufrechterhalten.

Da kam am 28. Oktober 1878 das Sozialistengesetz, und zu den ersten Opfern desselben zählte auch die Schuhmachergewerkschaft mit ihren rund 5000 Mitgliedern; sie verfiel schon am 2. November der Auflösung. Ebenso wurde »Der Wecker«, der eine Auflage von 2500 erreicht hatte, verboten. Bock wandte sich sofort in einem vertraulichen Zirkular an die Mitglieder mit der Aufforderung, überall lokale Fachvereine zu gründen, und am 20. November 1878 gab er bereits ein neues Organ, »Der Schuhmacher«, heraus, das schon im März 1879 in 103 Orten über 1500 Abonnenten zählte. Die Gründung »lokaler Fachvereine« ging rüstig vorwärts, auch ihre wiederholte Auflösung nutzte nicht viel. »Der Schuhmacher« bildete das geistige Band, welches die Mitglieder zusammenhielt. Unausgesetzt arbeitete Bock daran, den Zentralisationsgedanken zu fördern. Über den Weg einer Arbeitslosen- und Reiseunterstützungskasse gelangte er zu diesem Ziele.

Am 20. März 1883 erschien ein Aufruf von Bock, welcher zu einem Kongreß nach Gotha einlud. Dieser fand am 26. und 27. August statt und führte zur Gründung des »Unterstützungsvereins deutscher

Schuhmacher«. Der Sitz dieses Vereins wurde, da Bock eine Wahl als Vorsitzender ablehnte, nach Nürnberg verlegt. Bock wurde Vorsitzender des Ausschusses, welches Amt er bis 1894 bekleidete.

Anfang Februar 1887 wurde »Der Schuhmacher« verboten, dasselbe Schicksal erlebte fünf Monate später das an Stelle des verbotenen »Schuhmacher« herausgegebene »Schuhmacher-Fachblatt«, aber schon am 7. August gab Bock die erste Nummer der »Gothaischen Schuhmacherzeitung« heraus. Auf eingelegte Beschwerde wurde durch die Reichskommission das Verbot des »Schuhmacher-Fachblatts« wieder aufgehoben, das auch heute noch unter der Leitung von Bock als Organ dem Schuhmacherverband dient.

Noch viel wäre zu sagen, besonders über die Mitwirkung Bocks bei der Arbeit, den »Unterstützungsverein deutscher Schuhmacher« an den Klippen des Sozialistengesetzes vorbeizubringen, was, wenn auch unter großen Schwierigkeiten, gelang. Heute steht das Werk, welches Bock geschaffen, der »Verein der Schuhmacher Deutschlands«, abgesehen von den Kriegsfolgen, festgefügt da. Mit berechtigtem Stolz kann Bock auf dieses Werk blicken. Aber auch mit Stolz blicken die organisierten Schuhmacher auf ihren Wilhelm Bock, der ihnen durch 45 Jahre stets ein treuer Berater und feuriger Fürsprecher und Verfechter ihrer Interessen war.

Bock als Politiker.

In der Erkenntnis, daß der Kampf der Arbeiterklasse gegen ihre Unterdrücker vornehmlich auf politischem Gebiet geführt werden muß, vernachlässigte Bock trotz seiner umfassenden gewerkschaftlichen Tätigkeit keineswegs die Politik. Im Gegenteil! Auch hier stellte er seinen Mann. Von seinem ersten öffentlichen Auftreten an gewann er die Herzen der Arbeiter seiner engeren Heimat, die ihn bald als ihren anerkannten Führer betrachteten. Kein Wunder, daß Bock großen Verfolgungen und Maßregelungen ausgesetzt war. Man wollte dem unbequemen politischen Gegner die wirtschaftliche Existenz unmöglich machen, um ihn so von Gotha zu verdrängen. Gar oft geriet er mit seiner Familie in bitterste Not. Um Bock in Gotha zu halten, halfen ihm der bekannte Demokrat Dr. Sy in Jena und der noch lebende Fabrikant Genosse Winkler in Arnstadt, eine Materialwarenhandlung zu gründen, wodurch Bock von den Unternehmern unabhängig wurde. Während seine Frau, die ihm immer eine treue Gefährtin war, das kleine Geschäft besorgte, war Bock unablässig in Thüringen agitatorisch tätig. Die Beliebtheit Bocks als Redner machte es geradezu zum Ereignis, wenn irgendwo in einem entlegenen Waldort angekündigt wurde, daß Wilhelm Bock dort sprechen werde. Auf »Schusters Rappen«, bei Wind und Wetter, auf unwegsamen Straßen hat Bock Thüringen kreuz und quer durchwandert, um als Sendbote des Sozialismus aufzutreten. Wenn schon seit Jahren in den Thüringer Ländern der Sozialismus einen starken Rückhalt besitzt, so gebührt ein wesentliches Verdienst daran dem nun Siebzigjährigen!

Bei dem Einigungskongreß, welcher 1875 in Gotha stattfand, um dem Bruderstreit zwischen »Eisenachern« und »Lassalleanern« ein Ende zu bereiten, wirkte Bock hervorragend mit. Er eröffnete und leitete

die schwierigen Verhandlungen der ersten beiden Kongreßtage bis zur endgültigen Verständigung zwischen den beiden Richtungen über die Besetzung des Bureaus. Auch wurde Bock in die auf dem Einigungskongreß beschlossene, aus 18 Mitgliedern bestehende Kontrollkommission gewählt.

Schon 1877 wurde Bock von den Gothaer Genossen die Kandidatur für den Reichstag übertragen. Welchen Erfolg die Tätigkeit Bocks hatte, bewies die Tatsache, daß er damals schon in die Stichwahl gelangte und bei der Hauptwahl nur mit rund 1000 Stimmen seinem Gegner unterlag. Im Jahre 1884 gelang es Bock, das Reichstagsmandat für die Partei zu erobern. Bei den Faschingswahlen 1887 ging das Mandat, wie leider so viele andere, wieder verloren. Bei den Wahlen 1890 wurde Bock in Magdeburg — nachdem Vollmar, der in Magdeburg und München gewählt war, sich für München entschieden — in der Nachwahl gewählt. Von 1893 bis 1906 und ebenso seit 1912 vertritt Bock wieder seinen Heimatkreis Gotha im Reichstag.

Was Bock unter dem Sozialistengesetz für die Partei geleistet, ist ein Kapitel für sich, auf das hier nicht näher eingegangen werden soll. Seit dreizehn Jahren ist er Mitglied der Kontrollkommission und zurzeit deren Vorsitzender.

Die rückständigen, reaktionären Wahlgesetze zu den Landtagen der Thüringer Kleinstaaten gaben die Veranlassung, daß unsere Genossen sich von der Landtagswahlbewegung keinen Erfolg versprachen. Erst im Jahre 1893 drängten die Genossen in Waltershausen dazu. Es gelang ihnen, die Mehrzahl der Wahlmänner zu erhalten und damit das erste sozialdemokratische Mandat für den Gothaer Landtag zu erobern. Bock zog als erster Sozialdemokrat in den Landtag ein und hatte als einziger Sozialdemokrat keine leichte Aufgabe zu erfüllen, zumal er schon in dieser Periode scharfe Kritik an den Domänenverhältnissen des Herzogtums übte.

Im Gothaer Lande erregte das Auftreten Bocks berechtigtes Aufsehen und hatte zur Folge, daß bei der nächsten Landtagswahl in sieben Wahlkreisen die sozialdemokratischen Wahlmänner gewählt und damit sieben Sozialdemokraten in den Gothaer Landtag geschickt wurden. Bei der nächsten Wahl erhöhte sich die Zahl der Mandate auf neun. Bock wurde Vizepräsident des Landtags. Mit äußerster Kraftanstrengung gelang es den vereinten bürgerlichen Parteien, bei der nächsten Wahl der Sozialdemokratie wieder zwei Mandate abzujagen. In der darauffolgenden gegenwärtigen Landtagswahlperiode verfügt die sozialdemokratische Partei über acht Mandate.

An der Entstehung der Thüringer Parteipresse hat Bock kräftig mitgewirkt. 1875 gründete er die »Thüringer Freie Presse«, die aber schon nach neun Monaten wieder einging. 1876 ließ er die »Gothaer Zeitung« erscheinen, die 1878 dem Sozialistengesetz zum Opfer fiel. Seit 1890 gab er das »Gothaer Volksblatt« heraus, das infolge der burgfriedlichen Verhältnisse unserer Zeit jetzt als »Generalanzeiger« erscheinen muß.

Die Umgestaltung des Domänenabkommens, das in finanzieller Beziehung dem Gothaer Staate große Vorteile gebracht hat, ist im wesent-

lichen dem unermüdlichen Kampfe Bocks zuzuschreiben. Bereits im Jahre 1899 stellte er einen entsprechenden Antrag, der den Stein ins Rollen brachte, so daß die einmal angeschnittene Frage nicht wieder zur Ruhe kam. 1902 faßte der Landtag den Beschluß zur Abänderung, und 1905 trat das Gesetz in Kraft.

So sehen wir das Leben Bocks erfüllt von dem Streben, der Arbeiterklasse nach jeder Richtung zu dienen. Bock kann kaum viele Tage seines Lebens anführen, von denen er zu sagen hätte, daß er an ihnen nicht für die Arbeiterklasse gewirkt hat. So ist er einer aus dem immer enger werdenden Kreise derer, deren Leben ein Stück Parteigeschichte ist und die in sich verkörpern die Tradition der Partei in den Zeiten schwerster Parteikonflikte, härtester Kämpfe mit den Machthabern, unausgesetzter Auseinandersetzungen mit dem Unternehmertum; Bock ist aber auch ein Miterbauer der Stärke der Partei. Daß sie so groß und geschlossen geworden ist, verdankt sie nicht zuletzt Männern wie Bock. Als er in die Bewegung trat, war der Gedanke der Einigung der streitenden Richtungen das Ziel, das er unausgesetzt vor Augen hatte. Gibt es da nicht zu denken, daß er, fast ein Siebziger, es für seine Pflicht hielt, mit anderen alten Genossen die »Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft« zu bilden? Gerade das gibt zu denken, daß ein Mann wie Bock diesen Widerspruch gegen sein die Arbeiter einigendes Lebenswerk für eine zwingende Notwendigkeit hielt! Gerade um deswillen glauben wir ihm keinen besseren Wunsch zum siebzigsten Geburtstag auf einen noch langen wirkungsreichen Lebensgang mitgeben zu können, als daß er mitwirke als neuer Einiger und Stärker der Arbeiterbewegung in dem Geiste, der ihn immer zu höchster Freudigkeit im Parteidienst begeisterte.

Vom Wirtschaftsmarkt.

Geldmarkt und Bankgeschäft im Jahre 1915.

Geschäftsberichte der Berliner Großbanken. — Umschaltung der Warenproduktion. — Geldflüssigkeit. — Brachlegung des Ausfuhrgeschäfts. — Bedarfsbeschränkung und Kapitalansammlung. — Vermehrung der Sparkasseneinlagen. — Der Geldstrom nach den Banken. — Die Zunahme der Depositeneinlagen im letzten Jahre. — Einfluß der Geldflüssigkeit auf die Darlehenskassen. — Bankgewinne aus dem Zinsgeschäft. — Die Geldausleihung der Banken im Jahre 1915. — Akzeptenumlauf. — Emissions- und Wertpapiergeschäft. — Die Geschäftslage der Großbanken.

Berlin, 7. April 1916.

Nach und nach kommen die größeren deutschen Kreditbanken mit ihren Bilanzaufstellungen und Geschäftsberichten für das Jahr 1915 heraus. Noch fehlen zwar einige Veröffentlichungen, doch läßt sich aus den vorliegenden Angaben bereits eine ziemlich zuverlässige Übersicht über den Geschäftsgang der Großbanken im letzten Jahre gewinnen — selbstverständlich nur insoweit, als zu solcher Orientierung überhaupt die übliche Form der Jahresabrechnungen ausreicht; denn manche Banken verstehen es immer noch meisterhaft, genaue Spezifikationen zu vermeiden und ganz verschieden-

artige Geschäfte und Geschäftsgewinne unter einer Bezeichnung zusammenzufassen.

Der Kriegszustand und die Umschaltung der ganzen deutschen Wirtschaft, dazu die fast völlige Abschließung Deutschlands vom Weltmarkt haben naturgemäß den Zahlungs- und Kreditverkehr in stärkstem Maße beeinflußt. An die Stelle der Produktion für den Export trat die Arbeit für die Heeresverwaltung, die für viele wichtige Industriezweige zum wichtigsten »Arbeitgeber« wurde. Daneben blieb die Produktionstätigkeit für den inneren Markt zwar bestehen, wurde aber vielfach in eine andere Richtung gedrängt. Sie konzentrierte sich darauf, das zu erzeugen, wonach der Bedarf drängte. Mit anderen Worten, die Fabrikation von Artikeln, die nicht zur Deckung einer vorhandenen Nachfrage dienen, sondern für die auf dem Handelsmarkt erst Abnehmer gesucht und gefunden werden sollen, die also, wie der kaufmännische Ausdruck lautet, erst »eingeführt« werden müssen, trat hinter der Produktion für den täglichen Bedarf zurück. Damit änderte sich aber auch zugleich die Dauer des durchschnittlichen Warenzirkulationsprozesses. Denn während die aus spekulativen Motiven auf den Markt geworfenen, nicht zur Deckung eines vorhandenen täglichen Bedürfnisses bestimmten Waren meist eine lange Umlaufzeit durchmachen, bis sie von der Konsumtion aufgenommen werden, finden die täglichen Bedarfsartikel schnelleren Absatz, der außerdem bald noch dadurch beschleunigt wurde, daß manche dieser Bedarfsartikel äußerst knapp wurden. Was heute fertig geworden, wurde vielfach schon nach einigen Tagen konsumiert. Der Umschlag erfolgte schneller oder, wie es gewöhnlich in der Sprache des Kleinhandels heißt, »das Geld rollte schneller«.

Das ist einer der Gründe der sogenannten Geldflüssigkeit, die überdies noch dadurch vermehrt wurde, daß auch die deutsche Heeresverwaltung nicht lange borgt, sondern die bestellten Kriegslieferungen meist Zug um Zug oder mit sogenanntem kurzem Ziel durch Giroüberweisungen, respektive durch Zahlungen in Banknoten begleicht.

Zudem aber hat der Ausfuhrhandel vor dem Krieg ein bedeutendes Kapital zu seinem Betrieb erfordert, das nun, wo die deutsche Ausfuhr nach dem Ausland stockt, in diesem Handel keine profitable Anlage mehr findet und nach anderer zinstragender Verwertung trachtet. Was an Waren nach dem Ausland exportiert wird, muß vom Ausland bezahlt werden, und zwar mit einem gewissen Profit — es erklärt sich demnach nicht, wie so manche glauben, der jetzige Geldreichtum einfach daraus, daß nur wenig nach dem Ausland ausgeführt wird, die erzeugten Waren also der inneren Konsumtion erhalten bleiben. Eher könnte man sagen, daß, da keine größere Ausfuhr mehr stattfindet, auch der Zufluß fremden Geldes stockt. Wohl aber gebrauchen alle die Firmen, die sonst an dem Ausfuhrgeschäft teilnehmen, zu diesem Geschäftsbetrieb bestimmte Kapitalien, Betriebskapitalien, und diese liegen nun, nachdem die Ausfuhr sich stark verringert hat, zum großen Teil brach und suchen andere Anlage.

Ähnlich steht es, wenn auch nicht in gleichem Maße, mit dem Import. Zwar hat dieser, was die Lebensmittel anbelangt, zugenommen, dafür aber hat er in vielen anderen Artikeln, zum Beispiel in Rohstoffen, fast ganz aufgehört. Das hat ebenfalls zur Brachlegung bestimmter, früher im Importgeschäft angelegter Kapitalien geführt. Statt neue Rohstoffe aus dem

Ausland zu beziehen, zogen notgedrungen die Industriellen alles, was an Vorräten im Deutschen Reiche vorhanden war, heran und suchten es zu verwerten. Diese Vorräte erwiesen sich in manchen Branchen — erwähnt sei nur die Baumwollindustrie — viel größer, als selbst die Fachleute zu Beginn des Krieges angenommen hatten. Dazu kam, daß nun auch manche minderwertige Waren, sowohl Halbstoffe als Fertigfabrikate, zum Verkauf und zum Verbrauch gelangten, die sonst auf den Lagern liegen geblieben wären und schließlich entweder weit unter dem normalen Preis hätten verschleudert werden müssen oder verdorben wären. Sicherlich ist dadurch manch zweifelhaftes Fabrikat in die Hände der Konsumenten gelangt; aber andererseits konnte auch manches »zu Geld gemacht« werden, was sonst verloren gegangen wäre. So ist ein wesentlicher Teil des Kapitals, das zu Anfang des Krieges in allerlei Rohmaterialien und Fertigwaren steckte, das also als Warenkapital vorhanden war, nun in Geldform, das heißt als Geldkapital vorhanden.

Dazu kommt ein Weiteres. Wenn die Erhaltung des Heeres auch sehr viel mehr Waren aller Art erfordert hat als in normaler Zeit, und ferner ungeheure Werte im eigentlichsten Sinne des Wortes verpulvert worden sind, so hat doch andererseits die zurückgebliebene Bevölkerung ihren Bedarf beträchtlich eingeschränkt. Die Gesamtkonsumtion hat also, pro Kopf berechnet, abgenommen. Das aber bedeutet, daß die sogenannte Kapitalersparung, richtiger Kapitalansammlung, zugenommen hat, wenn nicht absolut, so doch relativ, das heißt im Verhältnis zum verminderten Produktionsumfang. Damit soll selbstverständlich durchaus nicht behauptet sein, daß jeder einzelne weniger verbraucht und an Kapital »erspart« hat; denn selbst wenn der einzelne dem Maß und Gewicht nach viel weniger Waren, zum Beispiel Nahrungsmittel, konsumiert hat, so hat doch — vorausgesetzt, daß sein Einkommen sich nicht erhöhte — sein Geldbeutel davon keinen Vorteil gehabt, da der Preis der Waren entsprechend gestiegen ist. Wenn früher in normalen Zeiten ein Haushalt, der wöchentlich drei Pfund Butter gebraucht hat, seinen Verbrauch auf die Hälfte einschränkte, dann sparte er natürlich die Hälfte der bisher für Butter ausgegebenen Summe. Steigt aber der Butterpreis um das Doppelte, so spart er natürlich trotz der Einschränkung nichts. Aber damit ist noch nicht gesagt, daß nicht ein anderer auf seine Kosten spart. Er selbst hat zwar keinen Geldvorteil von seiner Verbrauchseinschränkung, wohl aber der Butterproduzent — freilich auch dieser kaum den ganzen Nutzen. Der Butterproduzent, sagen wir die Meierei, muß vielleicht wieder höhere Preise für Milch an den Landmann zahlen, dieser wieder höhere Preise für Futtermittel an den Futterhändler und dieser wieder höhere Preise an den Futtermittel produzierenden Großgrundbesitzer oder an den Futtermittel aus dem Ausland hereinschaffenden Importeur. Der Gewinn verteilt sich also. Den Geldvorteil hat in solchem Falle nicht der, der seinen Bedarf einschränken muß — wohl aber andere. Ihr Profit steigt. Und es sind recht schöne Mehrprofite, die beispielsweise seit Kriegsbeginn in vielen für den täglichen Bedarf arbeitenden Branchen erzielt worden sind, besonders in der Nahrungsmittelproduktion. Man braucht sich, obgleich heute fast überall die Tendenz vorherrscht, die hohen Gewinne zu verstecken, nur die Jahresabrechnung der Aktiengesellschaften

der Nahrungsmittelindustrie, nur die starke Zunahme der Einlagen in jenen Sparkassen anzusehen, die vorwiegend Landleute als Kunden haben, und man erkennt sofort, wer in erster Reihe Kapital »angehäuft« hat.

Aus allen diesen Gründen, denen sich noch einige weitere, nebensächlichere hinzufügen ließen, erklärt sich nur allzuwohl der enorme Geldreichtum oder, wie es gewöhnlich heißt, die Geldflüssigkeit im Deutschen Reiche, die trotz der Milliardenanleihen noch immer anhält und den Wechseldiskont wie den Zinsfuß auf einer relativ niedrigen Stufe beharren läßt. Es ist durchaus nicht richtig, diese Tatsache einfach, wie so oft in der kapitalistischen Presse geschieht, darauf zurückzuführen, daß Deutschland durch die englische Flotte so ziemlich vom Weltmarkt abgeschnitten und gezwungenermaßen zu einer Art von »geschlossenem Handelsstaat« geworden ist. Gewiß, auch diese Abgeschlossenheit hat ihren Einfluß auf die Geldmarktlage, schon deshalb, weil sie, wie schon erwähnt, einen wesentlichen Teil des früher im Auslandsgeschäft tätigen Handelskapitals dazu gedrängt hat, anderweitige Verwendung zu suchen. Aber nicht minder hängt der Geldreichtum damit zusammen, daß (eine Folge, die freilich ebenfalls teilweise mit der Absperrung Deutschlands vom Weltmarkt zusammenhängt) ein großer Teil der früheren Warenkapitalien in Geldkapital zurückverwandelt und die Ersetzung beziehungsweise Neuanschaffung von Maschinerien und sonstigen Betriebsmitteln weit hinter dem sonstigen Umfang zurückgeblieben ist, also auch das industrielle und landwirtschaftliche Betriebskapital vielfach eine Verminderung erfahren hat, während andererseits in der Landwirtschaft und manchen Industriezweigen eine Steigerung des Profits und dementsprechend der Kapitalanhäufung stattgefunden hat.

Daher die große Geldflüssigkeit auf dem deutschen Markt — mehr noch als auf den ausländischen Geldmärkten, da eben in Deutschland eine viel größere Rückverwandlung von Warenkapitalien in Geldkapitalien stattgefunden hat. Und das wird auch so bleiben, bis nach dem Kriege wieder der Außenhandel seinen Aufschwung nimmt, wieder Rohstoffvorräte hereingeholt und die verschlissenen Betriebsmittel ersetzt und ergänzt werden müssen. Dann wird die Geldflüssigkeit in Geldknappheit umschlagen.

Vorerst ist allerdings noch Geld im Überfluß vorhanden. Davon zeugt nicht nur das Anwachsen der Sparkasseneinlagen, die nach vorläufiger Abschätzung sich bis Ende des Jahres 1915 nur um ungefähr 500 Millionen Mark vermindert hatten, obgleich allein $4^1/_2$ Milliarden Mark aus den Sparkassen abgehoben und in Reichsanleihe angelegt worden sind, sondern in fast noch höherem Maße das Anschwellen der Depositeneinlagen und der Kreditorenposten bei den großen Kreditbanken. Allerdings tritt diese Erscheinung nicht gleichmäßig bei allen Banken auf. Das hängt damit zusammen, daß während die eine Bank zu einem wesentlichen Teil mit einer Kundschaft von kleineren Kapitalisten und Kaufleuten arbeitet, die andere vorwiegend eine gute Mittelkundschaft hat, während eine dritte vor allem mit Großkapitalisten zu tun hat, wie zum Beispiel die Berliner Handelsgesellschaft. Die kleineren Kapitalisten leihen das Geld, das sie augenblicklich nicht gebrauchen, aber doch vielleicht bald wieder haben müssen, eben einfach kurzfällig an ihre Bank aus, die Großhändler und Großindustriellen hingegen benutzen ihre flüssigen Mittel, sobald sich diese zu größeren Beträgen an-

gesammelt haben, viel weniger zu Bankeinlagen, sondern sie trachten, es in anderen länger befristeten Darlehen anzulegen, die eine höhere Verzinsung bieten. Im letzten Jahre haben sie oft die günstige Gelegenheit benutzt und Reichsschatzwechsel gekauft.

Wie stark der Geldzufluß in die Banken trotz der wiederholten Milliardenanleihen im Jahre 1915 gewesen ist, beweist die Tatsache, daß sich die Summe der Einlagen und Kreditorenposten bei der Deutschen Bank um rund 500 Millionen Mark auf 2542 Millionen, bei der Diskontogesellschaft um 457 auf 1263, bei der Dresdener Bank um 244, bei der Bank für Handel und Industrie um 158, bei der Kommerz- und Diskontobank um 107 Millionen Mark vermehrt hat, während andererseits bei der Berliner Handelsgesellschaft aus den schon erwähnten Gründen die Zunahme der eingelegten Kapitalien nur 19 Millionen Mark beträgt.

Zudem kommt in Betracht, daß bei den meisten Banken schon in den letzten Monaten 1914 ein starker Geldzufluß aus dem Kundenkreis eingetreten ist. Vergleicht man beispielsweise den Jahresabschluß der Diskontogesellschaft von 1913 mit dem von 1915, so ergibt sich in den letzten beiden Jahren eine Gesamtzunahme auf den Depositen- und Kreditorenkonto von 674 auf 1263, also um 589 Millionen Mark.

Wie in so vielen anderen Dingen haben sich auch in dieser Sache so manche Wirtschaftstheoretiker, sozialistische wie bürgerliche, gründlich geirrt. Sie verhießen, daß im Fall eines Krieges alsbald die meisten Einlagen aus den Banken und Sparkassen zurückgezogen würden, und sobald erst die enormen Kriegskosten durch Anleihen aufgebracht werden müßten, ganz zweifellos eine allgemeine Geldknappheit eintreten werde. Statt dessen sehen wir einen fast beängstigenden Zustrom des Geldes nach den Banken.

Damit soll keineswegs behauptet sein, daß dieser Zustrom, mag er zunächst auch die finanzielle Kriegführung erleichtern, etwas Gesundes ist. Der heutige Zustand gleicht ungefähr dem Geldreichtum, in dem sich ein Händler befindet, der eine günstige Gelegenheit benutzt, einen großen Teil seines Warenlagers loszuschlagen, der aber nicht bedenkt, daß wenn er später nicht auf die Fortführung seines Geschäftes verzichten will, er seinen Warenbestand teilweise zu beträchtlich höheren Preisen wieder ergänzen, also mehr Geld hineinstecken muß.

Diesen Geldstrom in die Banken haben selbst die enormen Reichsanleihen immer nur vorübergehend auf kurze Zeit zu hemmen vermocht. Recht interessant ist in dieser Hinsicht der Nachweis der Diskontogesellschaft über die Entwicklung ihres Depositenverkehrs. Nimmt man den Bestand der Depositeneinlagen am 15. Juli 1914, vierzehn Tage vor Kriegsbeginn, mit 100 Prozent an, so ergibt sich folgender Wechsel des Geldzuflusses:

	Bestand am	Proz.
	31. Dezember 1914	119
	15. Januar 1915	131
	30. Januar 1915	134
	15. Februar 1915	137
	27. Februar 1915	138
	15. März 1915	146
vom 31. März bis 14. April erste Einzahlung auf die zweite Kriegsanleihe	31. März 1915	132
	15. April 1915	117
	30. April 1915	115

	Bestand am	Proz.
	15. Mai 1915	124
bis 20. Mai zweite Einzahlung auf die zweite Kriegsanleihe	31. Mai 1915	130
	15. Juni 1915	134
bis 22. Juni dritte Einzahlung auf die zweite Kriegsanleihe	30. Juni 1915	136
	15. Juli 1915	139
bis 20. Juli vierte Einzahlung auf die zweite Kriegsanleihe	31. Juli 1915	135
	15. August 1915	142
bis 20. August fünfte Einzahlung auf die zweite Kriegsanleihe	31. August 1915	140
	15. September 1915	148
vom 30. September bis 18. Oktober erste Einzahlung auf die dritte Kriegsanleihe	30. September 1915	112
	15. Oktober 1915	115
	31. Oktober 1915	115
	15. November 1915	125
bis 24. November zweite Einzahlung auf die dritte Kriegsanleihe; 30. November Abwicklung der Börsenverpflichtung	30. November 1915	117
	15. Dezember 1915	131
bis 22. Dezember dritte Einzahlung auf die dritte Kriegsanleihe	31. Dezember 1915	128
	15. Januar 1916	143
bis 22. Januar vierte und letzte Einzahlung auf die dritte Kriegsanleihe	31. Januar 1916	143
	15. Februar 1916	148
	29. Februar 1916	151
	15. März 1916	166

Deutlich zeigt sich, *daß die Einzahlungen auf die Kriegsanleihen immer nur auf kurze Zeit einen Rückgang des Geldzuflusses zu bewirken vermochten.*

Aus dieser Geldflüssigkeit erklärt sich auch, daß die Darlehenskasse lange nicht in dem Maße von Wertpapierbesitzern in Anspruch genommen worden ist, wie zu Beginn des Krieges erwartet wurde. Wie die Deutsche Reichsbank in ihrem Geschäftsbericht mitteilt, ist die Inanspruchnahme der Darlehenskasse von Anleihe zu Anleihe geringer geworden. Bei der ersten Kriegsanleihe konnte die Reichsbank zum 7. Oktober 1914, das heißt in dem auf die erste Pflichteinzahlung (5. Oktober) folgenden Ausweis 2568 Millionen Mark als vollgezahlt aufgeben. Von dieser Summe *waren 710 Millionen Mark oder 27,6 Prozent mit Hilfe der Darlehenskassen* geleistet worden. Für die Zwecke der zweiten Kriegsanleihe war dagegen die Darlehenskasse am 15. April 1915, das heißt einen Tag nach dem ersten Pflichtzahlungstermin auf die zweite Kriegsanleihe, *nur mit 521 Millionen Mark oder 8,6 Prozent* des bis zum 15. April eingezahlten Betrags von 6085 Millionen Mark in Anspruch genommen. Noch glänzender verlief das Einzahlungsgeschäft der dritten Kriegsanleihe. Der erste Einzahlungstermin war der 18. Oktober 1915. In dem ihm folgenden Ausweis konnte die Reichsbank als bis zum 23. Oktober geleistete Einzahlungen 8732,5 Millionen Mark angeben, während die bis zum gleichen Tage für die Zwecke dieser Einzahlungen bei den Darlehenskassen aufgenommenen Beträge nur *565,8 Millionen Mark oder 6,5 Prozent* des bis dahin insgesamt vollgezahlten Betrags ausmachten.

Den Banken brachte dieser Geldzustrom reichen Gewinn, der teilweise die Gewinnrückgänge auf anderen Konten auszugleichen vermochte.

Im ersten Vierteljahr 1915 war meist tägliches Geld zu $1^1/_2$ Prozent zu haben, später stellte es sich zwar auf 2 Prozent, fiel dann aber wieder auf den alten Stand. Die Reichsbank konnte ihren Diskontsatz von 5 Prozent trotz aller großen Ansprüche beibehalten, und der Privatdiskont schwankte durchweg zwischen 4 bis $4^1/_8$ Prozent. Die Folge war ein recht profitables Zinsgeschäft für die Banken. Sie zahlten für tägliches Geld meist $1^1/_2$ bis 2 Prozent, für langbefristetes 3 bis 4 Prozent, erhielten aber, wenn ihnen auch die vorteilhafte Unterbringung des ihnen zuströmenden Geldes oft große Mühe machte, für ihre Darlehen an Staat, Kommunen und Private meist 5 bis $6^1/_2$ Prozent, so daß man als Durchschnitt der sogenannten Passivzinsen für 1915 wohl $5^3/_4$ bis 6 Prozent rechnen darf. Dabei bleibt freilich zu berücksichtigen, daß von den täglichen Geldern immer ein großer Teil zinslos zur Auszahlung bereitgehalten werden muß.

Tatsächlich weisen denn auch die Abrechnungen aller größeren Banken beträchtliche Gewinne im Zinsgeschäft auf, die indes dadurch etwas verhüllt werden, daß diese Gewinne mit denen aus dem Devisen- und Diskontgeschäft gewöhnlich zusammen in die Abrechnungen eingestellt sind. So stellte sich beispielsweise der Gewinn aus Zinsen und Wechseln (nebst Sorten und Coupons) bei der Diskontogesellschaft im letzten Jahre um 5,1, bei der Deutschen Bank um 4,9, bei der Dresdener Bank um 1,4, bei der Darmstädter Bank (Bank für Handel und Industrie) um 1 Million Mark höher als im Jahre 1914, und zwar entfällt bei den meisten Banken diese Gewinnsteigerung fast ausschließlich auf das eigentliche Zinsgeschäft.

Diese verstärkte Geldausleihung der Banken an Private und öffentliche Körperschaften hat selbstverständlich andererseits zu einer beträchtlichen Vermehrung der Debitoren sowie der sogenannten Reporte und Lombarde gegen Wertpapiere geführt. So hat sich zum Beispiel in 1915 die Schuldsumme der Debitoren bei der Dresdener Bank um 74, bei der Diskontogesellschaft um 50, bei der Mitteldeutschen Kreditbank um 26 Millionen Mark vermehrt, und zugleich stieg die Summe der Reporte und Lombarde bei der Dresdener Bank um 54, bei der Diskontogesellschaft um 10, bei der Deutschen Bank um 73, bei der Darmstädter Bank um 22 Millionen Mark.

Dagegen hat infolge der durch den Krieg bewirkten geringeren Geschäftstätigkeit der Akzeptenumlauf allgemein abgenommen. Bei der Dresdener Bank ist das Akzeptenkonto (mit Einschluß der Schecks) von 287 Millionen Mark im Jahre 1913 auf 147 Millionen im Jahre 1914 und auf 92 Millionen im letzten Jahre zurückgegangen; bei der Diskontogesellschaft von 251 Millionen Mark im Jahre 1913 auf 101 Millionen im letzten Jahre. Auch bei der Deutschen Bank haben im letzten Jahre die Akzeptverbindlichkeiten um 40, bei der Darmstädter Bank um 110 Millionen Mark abgenommen.

Von einer eigentlichen Emissionstätigkeit der Banken kann nach den Jahresausweisen kaum gesprochen werden. Neue industrielle Aktienunternehmungen sind fast gar nicht gegründet worden. Das ganze Emissionsgeschäft beschränkte sich fast ausschließlich auf die Vermittlung der Zeichnungen und Zahlungen auf die großen Kriegsanleihen. *Erstaunlich ist übrigens, wie relativ geringe Beträge die Großbanken in Reichsanleihen und anderen einheimischen Staatspapieren angelegt haben.* Selbst bei der Deutschen Bank hatte

am Jahresschluß der Bestand eigener deutscher Staatspapiere nur einen Buchwert von 27 Millionen Mark. Wohl haben manche Banken bei der Ausgabe der Kriegsanleihen ziemlich hohe Beträge für eigene Rechnung gezeichnet, aber die betreffenden Werte haben infolge der auch nach den Zeichnungsperioden anhaltenden guten Nachfrage immer wieder rasch Absatz im Kundenkreis der Banken gefunden.

Ebenso sind naturgemäß die Gewinne aus dem Provisionsgeschäft trotz der erhöhten Provisionssätze und der mitverrechneten Bezüge aus zwei Kriegsanleihen vielfach zurückgegangen, bei der Dresdener Bank beispielsweise ungefähr um eine Million Mark, bei der Nationalbank um rund 870 000, bei der Berliner Handelsgesellschaft um 690 000, bei dem Schaaffhausenschen Bankverein um 400 000 Mark. Bei der Diskontogesellschaft sind freilich die Provisionserträge sogar noch um 130 000 Mark gestiegen, bei der Deutschen Bank noch um 200 000 Mark.

Andererseits fehlen aber im Wertpapiergeschäft auch jene starken Verluste aus dem Effektenbesitz, die sich 1914 aus dem Rückgang der Kurse ergaben. In dem freien Börsenverkehr, an dem sich seit Juni auch wieder die Berliner Großbanken beteiligen, herrschte in der zweiten Jahreshälfte 1915, genauer seit den Erfolgen in Galizien und Serbien, eine derartige zuversichtliche Stimmung, daß Ende 1915 die Kurse vieler Werte bereits höher standen als vor Kriegsbeginn — sogar Werte solcher Unternehmungen, von denen recht zweifelhaft ist, ob sie bald nach dem Kriege wieder hohe Profite abwerfen werden. Es ist geradezu befremdend, von welchen glänzenden Geschäftsaussichten so manche Spekulantenkreise träumen.

Im ganzen hat allem Anschein nach das Bankgeschäft im letzten Jahre nicht schlecht abgeschlossen — dem Anschein nach, denn es ist bei einigen Bankinstituten sehr schwer zu beurteilen, ob die an und für sich ziemlich beträchtlichen Abschreibungen ausreichen werden, die sie auf ihre Interessen im feindlichen und neutralen Ausland, besonders auf ihre Beteiligung an fremden Banken und Unternehmungen, vorgenommen haben. Recht viel hängt von dem Ausgang des heutigen Riesenkampfes und den Friedensbedingungen ab. Vielleicht wird sich manche Abschreibung als allzu reichlich erweisen, ebenso leicht können sich aber auch noch beträchtliche unvorhergesehene Verluste einstellen. Bisher haben freilich die Überseebanken, an denen die deutschen Großbanken stark interessiert sind, sowohl im Orient als in Mittel- und Südamerika trotz der dortigen Geschäftskrise überraschend gut abgeschnitten. Jedenfalls hat sich im letzten Jahre die Lage des deutschen Bankgeschäfts im Vergleich zu 1914 nicht verschlechtert. *Die Abrechnungen weisen durchschnittlich ein entschieden günstigeres Ergebnis auf*, wie denn auch einige der größeren Bankinstitute ihre Dividenden wieder etwas erhöht haben, die Deutsche Bank um $2^1/_2$ Prozent (auf $12^1/_2$ Prozent), die Bank für Handel und Industrie von 4 auf 5, die Diskontogesellschaft von 8 auf $8^1/_2$, die Berliner Handelsgesellschaft von 5 auf 6 Prozent.

Von den düsteren Prophezeiungen über das deutsche Bankwesen, die noch vor einem Jahre in englischen Fachblättern spukten, hat sich nichts, gar nichts erfüllt. *Heinrich Cunow.*



William Shakespeare.

Von **Oskar Blum.**

I.

Das Beispiel schöpferischer Kraft, die sich durch Jahrhunderte verjüngend fortbewegt, wirkt wahrhaft ehrfurchtgebietend. Was sah nicht alles die Welt, seitdem Shakespeare dahinging! Welche Fülle der Gestalten, welcher Reichtum an neuen Formen, neuen Farben, neuen Zielen! Und das Leben selbst, wie ist es seither so ganz und gar umgemodelt worden. Wer von den Zeitgenossen Shakespeares darf sich heute rühmen, uns mehr denn eine bloß historische Größe zu bedeuten? Der unzweifelhaft hervorragendste unter ihnen, Francis Bacon, von dem A. W. v. Schlegel einmal sehr witzig bemerkte, er hätte die ganze Philosophie seiner Zeit in der Tasche gehabt? Mitnichten! Auch Bacon ist dahin, und nur der Geschichtschreiber der Philosophie gedenkt seiner rühmend. Dem Lebenden ist er nur noch ein Wegzeichen, nichts mehr. Und die Späteren? Wer von jenen, die den Raum zwischen Shakespeare und Goethe ausfüllten, ist jetzt noch unser Zeitgenosse? Racine, Corneille, selbst der unvergleichliche Voltaire hörten schon längst auf, es zu sein.[1] Sie gelten uns als ehrwürdige Zeugen ruhmreicher Vergangenheit, als Objekte des gelehrten Studiums, nicht als lebendige Führer unseres Geistes.

Shakespeare aber lebt und war stets der Lebendigsten einer. Zu allen Zeiten des geistigen Aufschwungs wandten sich zu ihm die Blicke und war sein Erbe ein Quell lebendiger Stärke und Frische. Das ist keine Übertreibung, keine jener konventionellen Phrasen, wie sie an sogenannten Gedenktagen geradezu automatisch aus der Feder zu fließen pflegen. Mögen wir die Geschichte welcher nationalen Literatur auch immer durchblättern, stets begegnen wir dem Namen Shakespeares am Eingang ihrer ruhmreichsten Periode. Für Deutschland bedarf es dafür schon fast keiner Beweise mehr. Seit jeher gab es sich mit Vorliebe für das Land, in dem Shakespeares Ruhm zuerst festen Fuß fassen konnte. Und wohl nicht ohne Recht. »In Goethes Jugendkreis«, erzählt Gervinus, »sprach man in Shakespeares Wortspielen, Scherzen und Possen, schrieb man in seinem Ton und Stil.«[2] Und das nicht von ungefähr. Welche Einwirkungen Shakespeares Kunst auf Goethe und Schiller ausübte, wie willig sie sich in seinen Bann stellten, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Es leuchtet auf den ersten Blick ein, den man auf die dramatischen Schöpfungen der Weimarer Dios-

---

[1] Hier darf man sich wohl auf die Zeugenschaft eines modernen Dichters berufen. In dem ausgezeichneten Buche „Le Théâtre du peuple" (Paris 1913, Hachette) zeigt Romain Rolland mit großer und überzeugender Meisterschaft, in welchem Maße jene Namen heutzutage einen toten Ballast für die Mehrzahl des Volkes ausmachen. Ja, er rechnet sogar Molière hinzu, worin man ihm nicht unbedingt beipflichten kann.

[2] Gervinus, Shakespeare, Leipzig 1850, 1. Band, S. 22.

kuren wirkt.[3] Dasselbe gilt von dem »jungen Deutschland« der Sturm- und Drangperiode und vornehmlich von seinem bedeutendsten Wortführer: Heinrich Heine. Da greift man Shakespeares Einfluß ebenfalls mit den Händen. Seine wilde Ironie, seine Frauengestalten, seine Lebensphilosophie: alles findet sich bei Heine wieder, wenn auch, wie es sich wohl von selbst versteht, in mehrfach und mannigfaltig veränderter Form.

Zu gleicher Zeit entdeckte aber noch ein anderes Land einen reichen Born der Shakespeare-Begeisterung in seinem Innern: Rußland. Diese Begeisterung kam allerdings zunächst auf dem Umweg über Deutschland dahin. Goethe, Schlegel, Schelling, Tieck waren die ersten Vermittler. Bald breitete jedoch die zarte Blume ihre Wurzeln selbständig aus — und fing an, sich in Shakespeare zu sonnen, ohne der deutschen Strahlensammler zu bedürfen. Der größte neuzeitliche russische Denker, der Schöpfer der ganzen modernen literarischen Bewegung Rußlands: Wissarion Bjelinsky entstand in Shakespeare, wurde an ihm sozusagen flügge. Ihm folgten andere. Übersetzungen Shakespearischer Werke erlebten eine Sorgfalt und Beachtung, wie sie nur noch Hegel zuteil ward. Die Schauspielbühnen wetteiferten in derselben Richtung. Motschaloff und Karatigin, die mit Recht als die Begründer der russischen Schauspielkunst gelten, erwarben sich als Shakespeare-Interpreten fortdauernde Lorbeeren. Die russische Dramaturgie jener Zeit — die Polewoi, Oserow und andere — war ja überhaupt nichts anderes als ein Abguß des britischen Vorbilds.

Zu den Deutschen und Slawen gesellten sich sehr bald die Romanen. Man hat die Bedeutung Shakespearescher Einflüsse auf die neuere romanische Literatur mitunter sehr unterschätzt. Man wies auf die Schwierigkeiten hin, mit denen eine Übersetzung Shakespeares zum Beispiel ins Französische zu kämpfen habe, und die restlos zu überwinden ihr niemals gelingen werde. Man könnte noch den fortwirkenden Einfluß jener ersten Aufnahme mit in Rechnung ziehen, den die Aufklärer des achtzehnten Jahrhunderts Shakespeare bereiteten, und die einer entschiedenen Ablehnung gleichkam. Aber alle diese und ähnliche Erwägungen können die Tatsache des schließlichen Durchbruchs Shakespearescher Macht doch nicht im mindesten entkräften. Sie kam doch zur Geltung. Der kluge Guizot merkte ihren Einzug als einer der ersten. Dies veranlaßte ihn, an die zeitgenössische dramatische Kunst die Mahnung zu richten, sie möge sich doch an Shakespeare ein Beispiel, aber kein Vorbild nehmen.[4] Es half aber nicht viel. Selbst die grelle, mit Knalleffekten arbeitende Dramatik des jüngeren Dumas oder Scribes war nur ein ins feuilletonistische Französisch übersetzter Shakespeare, wie ihn das Bürgertum des zweiten Kaiserreichs brauchen konnte. Als dann gegen diese Kunstrichtung eine wütende Opposition einsetzte, war es wiederum Shakespeare, der ihr Pate stand, diesmal allerdings nicht mehr ins Burleske und Boulevardmäßige hinabgezerrt. Beim Romantiker Hugo wimmelt es nur so von Shakespeare-Gestalten.

---

[3] Otto Ludwig verdanken wir sehr scharfsinnige Hinweise auf diese Einwirkung bei Schiller. Vergl. seine Shakespeare-Studien, herausgegeben von Moritz Heydrich, Leipzig 1872, S. 313, und andere mehr. Auch Gervinus hebt denselben Umstand hervor (a. a. O., 1. Band, S. 23): »Shakespeare schaukelte die Wiege unserer neugeborenen dramatischen Dichtung und stand bei ihrer ersten Weihe Pate.«

[4] Guizot, Shakespeare et son temps, Paris 1852, S. 174.

Der Realist Zola faßt seinen Plan zu dem großen Werke: „Les Rougons-Macquarts“, in dem die Geschichte einer Familie, wie sie unter dem Einfluß des sozialen Milieus und hauptsächlich der erblichen Belastung vor sich ging, dargestellt werden sollte, mit offenbarer Anlehnung an Shakespeares dramatische Chronik, an die acht »Historien«, in denen Shakespeare das Verbrechen behandelte, durch das Heinrich von Lancaster seine Krone errang, und das wie ein Fluch auf seinen Kindern und Kindeskindern lastete.

II.

Das merkwürdigste aber ist, daß der Mann, dessen Genius sich so fruchtbringend über die ganze Welt ergoß, die Zeit seines Lebens nur einen sehr spärlichen Vorgeschmack der ihn erwartenden Unsterblichkeit bekommen konnte. Vergebens versuchen einige besonders überschwengliche Shakespeare-Forscher uns einzureden, er habe schon bei seinen Lebzeiten den Gipfel des Ruhmes erreicht: Die Beweise, die man dafür anführt, sind nicht überzeugend, die Gegenbeweise sehr plausibel. Was wissen wir denn überhaupt über Shakespeares Persönlichkeit? Soviel wie gar nichts. Noch gilt in vollem Maße der Ausspruch des Herausgebers seiner Sonette, Steevens: »Alles, was wir mit einiger Gewißheit von Shakespeare wissen, ist, daß er in Stratford am Avon geboren war,[5] heiratete und Kinder erzeugte; daß er nach London ging, wo er als Schauspieler auftrat und Gedichte und Theaterstücke schrieb; daß er nach Stratford zurückkehrte, sein Testament machte, starb[6] und begraben ward.«[7] Und da will man nun ernstlich behaupten, seine Zeit- und Ortsgenossenschaft habe ihm volles Verständnis entgegengebracht? Dies glaube, wer kann. Zugeben, wie Schlegel es tut, daß Shakespeares Geschichte nur als eine Anzahl »von höchst verdächtigen Anekdoten von dem Schlage, wie die Gastwirte sie neugierigen Fremden entgegenbringen«,[8] auf die Nachwelt gekommen ist, und gleichzeitig die Behauptung aufstellen, die »Zeitgenossen Shakespeares hätten ihn besser gefühlt und verstanden als die meisten, die sich späterhin haben vernehmen lassen«,[9] heißt den Wunsch zum alleinigen Vater des Gedankens machen. Das eine schließt ja das andere aus! Eine Zeitgenossenschaft, der es mit ihrer Shakespeare-Bewunderung wirklich Ernst war, hätte sich wohl auch die Mühe gegeben, sein persönliches Leben vor Verschollenheit zu bewahren. So aber erschienen selbst seine Schriften erst sieben Jahre nach seinem Tode — von verschiedenen Händen umgearbeitet und korrigiert.

Freilich hatte Shakespeare hochmögende Gönner. Selbst die Königin Elisabeth huldigte ihm. Aber das erklärt sich vollauf durch seine schauspielerische Tätigkeit. Das Ansehen der Theaterleute war zu Elisabethinischen Zeiten keineswegs unbeträchtlich. Alle Welt war theaterwütig. Theaterdirektoren machten sehr bald ihr Glück. Sie brachten es leicht zu Reichtum und Ehren. Da darf es uns durchaus nicht wundernehmen, wenn wir Shakespeare besonders ausgezeichnet sehen. Aber ob diese Auszeichnungen in erster Linie dem Theaterdirektor oder dem Dichter galten, ist eine Frage, die leider nicht in dem Sinne zu entscheiden ist, wie es die eifrigen Shake-

[5] Am 26. April 1564.
[6] An einem Dienstag, den 23. April 1616, was unserem jetzigen 3. Mai entspricht.
[7] Zitiert bei Gervinus, a. a. O., S. 35.
[8] A. W. v. Schlegel, Sämtliche Werke, Leipzig 1846, 6. Band, S. 174.
[9] A. a. O., S. 166.

speareaner gerne haben möchten.[10] Man beruft sich ferner auf die bekannten Aussprüche Miltons: »Der süße Shakespeare« und Ben Jonsons: »Der edle Shakespeare«. Doch handelte es sich hier augenscheinlich mehr um eine zu allen Zeiten zwischen Literaten üblich gewesene gegenseitige Bekomplimentierung als um eine abschließende Anerkennung — ganz abgesehen davon, daß das Ben Jonsonsche Epitheton sogar einen höchst maliziösen Beigeschmack hat: Shakespeare war gerade kurz vorher geadelt worden, was seinen Kollegen höchstwahrscheinlich nicht wenig Anlaß zu Sticheleien gab. Wie dem aber auch sei, eines steht fest: vergleicht man diese kargen Anzeichen von Shakespeares Popularität — von Ruhm wollen wir überhaupt nicht sprechen — mit seiner späteren Berühmtheit und Bedeutung, so wird man geradezu stutzig und fragt sich nach den Ursachen dieser seltsamen Erscheinung. Was machte Shakespeare zu dem Dichter Europas? Worauf beruhte seine steigende Wirkung?

Um dieses zu begreifen, müssen wir schon einen Blick auf die Zeit werfen, in der Shakespeares Wirken sich bewegte. Sie war in jeder Hinsicht bedeutsam. England schickte sich gerade an, seinen zukünftigen Welteroberungsflug anzutreten. Der gefürchtete Rivale — Spanien — lag besiegt danieder. Die ganze Nation durchlebte eine Periode ökonomischen Aufschwungs, wie es sonst selten in der Geschichte einem Volke beschert gewesen ist. Schon bereitete sich im stillen die Revolution des Jahres 1640 — jene Vorgängerin der großen kontinentalen Revolution, die zugleich ihre unumgängliche Vorstufe gewesen. Das Bürgertum sammelte bereits die nötigen Kräfte und fieberte in der sicheren Vorahnung des Kommenden. Mitten in dieser Zeit entstand nun Shakespeare. Er war der »Aufklärer« dieser Epoche und seine Werke ihre »Enzyklopädie«. Er sammelte die aktive Energie des englischen Bürgertums und stapelte sie in seinen Werken — gleichsam wie in einem Lagerraum — auf. Wohl achtete seiner dieses Bürgertum nicht sonderlich, weil es eben bis über die Ohren in der praktischen Aktion steckte. Seine Stunde schlug erst, als das Bürgertum des Festlandes aus der Periode der Untätigkeit heraus wollte und in ihm den unvergleichlichen Schilderer der leidenschaftlichen Aktion und aktiver Leidenschaft fand. Daß Deutschland und Rußland — zwei Länder, die gewöhnt waren, die Geschichte zu erleiden — den ersten Anstoß zum europäischen Shakespeare-Kultus gaben, wird man also wohl kaum als einen Zufall betrachten dürfen.

In den »Vorlesungen über dramatische Kunst und Literatur« sagte A. W. v. Schlegel einmal: »Mit Chemie, mit Mechanik, mit Manufakturen, mit Land- und Staatswirtschaft macht man keine Gedichte.«[11] Aber das war nur eine der vielen Täuschungen der schöngeistigen Empfindsamkeiten. In Wirklichkeit stellt sich das Bedürfnis nach »Gedichten« gerade dort fruchtbringend ein, wo die »Chemie und Mechanik« auf breiten Bahnen

---

[10] Schon der Umstand, daß man seit Jahrzehnten die Urheberrechtsfrage: Shakespeare oder Bacon? nicht aus der Welt schaffen kann, spricht eine beredte Sprache. Es erübrigt sich selbstverständlich, hier auf diese Frage auch nur andeutungsweise einzugehen. Sie sei nur als ein bezeichnendes Symptom angeführt. Andererseits muß man aber bekennen, daß darüber hinaus ihr wohl überhaupt kaum eine Bedeutung zugesprochen werden kann.

[11] Sämtliche Werke, 6. Band, S. 169.

wandeln, wo »Manufakturen«, wo die »Land- und Staatswirtschaft« in Schwung kommen. Shakespeares Schicksal ist dafür ein überzeugendes Beispiel. Man kann mit gutem Fuge die Behauptung aufstellen, daß seine Verbreitung auf dem Festland Hand in Hand mit der Entwicklung der »Manufakturen« ging. Im Jahre 1851 schrieb ein deutscher Autor in der Vorrede zu seinem Shakespeare-Buch die folgenden Worte nieder: »Im Leben gilt es zu handeln, und uns fehlte die Aktivität, die Aktivität, wie sie Shakespeare seinen Landsleuten erzeugte. Wir gemütlichen Deutschen handeln nicht, wir sitzen, sehen in die Luft und dichten mit der Luft.«[12] Diese Worte entsprangen einem sehr richtigen Klasseninstinkt. Shakespeare war in der Tat der Dichter des aktiven Bürgertums par excellence. Und je aktiver das Bürgertum wurde, desto eifriger vertiefte es sich in sein Studium, desto mehr berauschte es sich an ihm.

Seltsam: Voltaire hat mit jenem Scharfblick, den nur innere Feindseligkeit verleiht, diese wahre Triebkraft Shakespeareschen Schaffens zuerst erkannt. »Die Londoner Bourgeois«, meinte er wegwerfend, »fanden in Shakespeares Tragödien alles, was neugierigen Leuten gefallen kann.«[13] Voltaire glaubte damit Shakespeare herabzusetzen. Aber das tut nichts. In der Hauptsache trifft er doch das Schwarze. Und wenn der französische Bourgeois zunächst die Abneigung Voltaires gegen den Dichter der englischen Bourgeoisie vollkommen teilte,[14] so geschah es deshalb, weil seine eigenen Aufklärer ihm einen vollgültigen und seinen Verhältnissen besser angepaßten Ersatz anboten. Es bedurfte noch einiger geschichtlichen Entwicklung, ehe zu den algebraischen Gedankenformeln der französischen Aufklärer die arithmetische Bildersprache des britischen Aufklärers hinzukommen konnte.

III.

Nun ist aber allerdings mit dem Obigen noch nicht alles gesagt. Denn es bleibt noch anzudeuten, warum und wodurch gerade Shakespeare zum Sprachrohr seiner Zeit ward. Mit ihm zugleich teilten ja auch andere — Lyly, Marlowe, Greene, Jonson, Heywood usw. — die Bewunderung der englischen Gesellschaft des siebzehnten Jahrhunderts. Warum blieb also gerade er der alleinige Beherrscher des Feldes? Dies erklären uns nicht mehr die Zeitumstände, denen er entsproß. Hierfür sind einzig und allein seine persönlichen Eigenschaften maßgebend. Die Individualität ist ein Produkt ihrer Zeit — aber ein eigenartiges Produkt. Sie spiegelt die Bedürfnisse ihres Zeitalters wider — aber auf ihre eigene, ganz bestimmte Weise. Daher hat ja dieselbe Zeit Raum für alles: Großes und Kleines, Hohes und Niederes, Gutes und Böses. Oder, wie Plechanoff das in seiner mustergültigen Studie über Henrik Ibsen ausdrückt: die Geschichte zeichnet zwar dem Individuum seinen Weg vor, das Schrittmaß aber, welches es dabei einhält, gehört ihm allein und kennzeichnet seine Besonderheit.

---

[12] Eduard Vehse, Shakespeare als Protestant, Politiker, Psycholog und Dichter, Hamburg 1851, S. VII. Es heißt ebenda weiter: »Shakespeare kann unsern neuen Machern zeigen, daß man Revolutionen nicht mit Griffen ins Blaue hinein macht.« (S. VIII.)

[13] Oeuvres complètes, Basel 1787, 47. Band, S. 393.

[14] Ja, er übertrieb sie sogar. Voltaires Urteil galt seiner Zeitgenossenschaft noch für viel zu milde.

Auch die Kunst Shakespeares hat ihre Zeit in Bildern und Gedanken gefaßt. Aber so, wie es keinem weder vor noch nach ihm gelungen ist, sie zu fassen. Sein Griff hielt sie nicht nur fest mit jener robusten Gewalt, die die Wirklichkeit in eiserne Fesseln schlägt. Shakespeare grub zugleich in die Tiefe. Er schilderte und deckte auf, beobachtete und erriet, teilte mit und offenbarte. Und dieses verhalf seinem Schaffen zu einer Nachhaltigkeit, die Jahrhunderte dauerte und Jahrhunderte dauern wird — solange die Menschen überhaupt als tätige Schöpfer ihrer Geschichte werden auftreten wollen. Shakespeare begriff das tiefste und das einfachste Geheimnis der Neuzeit: daß nichts Großes ohne Leidenschaft vollbracht wird noch vollbracht werden kann. Eine geraume Weile nach ihm hat ein anderer Heros des bürgerlichen Zeitalters, Hegel, denselben Gedanken gefaßt. Aber bei Shakespeare lebt er in unmittelbarer Anschaulichkeit und zwingt uns, ihn gleichfalls mitzuerleben.

Die Sprache Shakespeares ist hierfür der erste und unzweideutigste Fingerzeig. Es ist ein Seltsames um diese Sprache! Das ganze Palladium der Shakespeare-Forscher müht sich seit Jahrzehnten ab, seine Sprache zu »rechtfertigen«. Sie sei zu gemein — aber zu »jener Zeit« habe man das nicht so genau genommen und man habe sich dem Geschmack des gemeinen Volkes fügen müssen. Andererseits sei sie wiederum zu »schwulstig« — aber der Dichter habe eben den Schauspielern auch »gute Rollen« liefern wollen — und was dergleichen Redensarten mehr sind: wenn man da ins Zitieren käme, ließe sich das Ende überhaupt nicht absehen! An alledem ist selbstverständlich kein wahres Wort. Die Sprache Shakespeares ist er selbst. Man muß förmlich von Blindheit geschlagen sein, um nicht zu bemerken, daß es die revolutionärste Sprache ist, zu der sich die Kunst jemals aufschwingen konnte. Diese Sprache, die sich zwischen dem Pathos und dem Kalauer bewegt, die von dem unartikulierten Laut der wilden Leidenschaft bis zum zivilisiertesten Tonfall der satirischen Erkenntnis geht, ist die erste und vollendetste Lebensäußerung der modernen Menschheit. Erst an der Sprache Shakespeares merkt man, wodurch sich das Genie von den übrigen Menschen unterscheidet: dadurch, daß es nicht nur — wie sie — ein bloß soziales Phänomen, sondern auch noch eine Naturerscheinung ist. Selbst in fremde Gärten verpflanzt behält diese Sprache ihren ursprünglichen Duft, ihre Farbe, ihre unnachahmliche Form. Shakespeares Werke sind eine sprachliche Soziologie. Eine Gesellschaftslehre, die durch den bloßen Tonfall die Wirklichkeit zergliedert, die im Wortspiel die letzten Wahrheiten des sozialen Seins ergründet und in der Satzkonstruktion die qualvollsten Übel der Menschheit aufdeckt. Wie gut versteht man, weshalb Marx von Shakespeare nicht lassen konnte und die strenge Linienführung der eigenen Darstellungsweise durch das instinktive sprachliche Erlebnis des großen Briten zu beleben suchte![15]

Kein anderer Dichter der Neuzeit hat es so wie Shakespeare verstanden, den primitiven Naturlaut mit der raffiniertesten Ausgesuchtheit des Ausdrucks zu vereinigen. Daher ist seine Kunst, was das sprachliche Gefühl anbetrifft, bis zum heutigen Tage unübertroffen. Keine stilisierte Meisterschaft,

[15] Der gute Karl Heinzen spottete darob gar mörderisch. Er versprach sogar, Marxen ein Exemplar der Shakespeare-Werke zu vermachen, damit ihm niemals der »Aufputz« seiner Schriften fehle. (Vergl. Karl Heinzen, Die Helden des teutschen Kommunismus, Bern 1848.) O sancta simplicitas. . . .

die im Laufe dieser drei Jahrhunderte sich an die Gesellschaft heranwagte, kann sich zum Beispiel mit der zermalmenden Wucht jenes Fluches messen, mit dem der Athenienser Timon von der undankbaren Stadt scheidet:

Frauen, werdet zügellos; trotzt euren Eltern, Kinder! Sklaven, Narren, reißt von dem Sitz die würdigen Senatoren und haltet Rat statt ihrer.... Bankrottierer, halt fest; gib nichts zurück; heraus das Messer für deines Gläubigers Hals! Stehlt, ihr Leibeignen! Langhänd'ge Räuber sind ja eure Herren und plündern durch Gesetz.... Furcht, Frömmigkeit, Scheu vor den Göttern, Friede, Recht und Wahrheit, Zucht, Häuslichkeit, Nachtruh' und Nachbartreue, Belehrung, Sitte, Religion, Gewerbe, Achtung und Brauch, Gesetz und Recht der Stände, stürzt euch vernichtend in eu'r Gegenteil, bis nur Vernichtung lebt!

Aber nicht nur die pathetische Flamme brannte in Shakespeares Herzen. Er verstand es auch, sich zu jener schlichten Anschaulichkeit zu erheben, die ebenfalls die äußerste Grenze des sprachlichen Könnens markiert. Dort, wo Hamlet von »dem unentdeckten Land« spricht, »von des Bezirk kein Wandrer wiederkehrt«, ist über den Tod das Einfachste und Erhabenste gesagt, dessen die menschliche Sprache fähig ist.

Doch genug davon! Nur noch einige andere Feststellungen, ehe wir diese flüchtigen Betrachtungen schließen. Es muß auf eine Idee hingewiesen werden, die den Brennpunkt der Shakespeareschen Dramaturgie bildet: die Idee der Notwendigkeit. Diese Idee nahm bei ihm die mannigfaltigsten Gestalten an. Einmal ist es der unbezähmbare Naturtrieb, der des Menschen Schicksal in seine Bahn reißt, also eine physische Notwendigkeit, wie Lessing sagen würde. Das andere Mal erscheint sie in der teleologischen Form der Vergeltung. Ein drittes — vornehmlich in den Komödien — in der Gestalt der klugen Berechnung und Voraussicht. Aber immer sind es nur verschiedene Namen einer und derselben festen Überzeugung, die keine Zufälligkeiten beim Weltregieren zuläßt. Wie Shakespeare diese Überzeugung zur Geltung brachte, ist überaus lehrreich. Seine dramatische Technik leistet hierin wahrhaft Großartiges. Trotz der erdrückenden Anzahl von Personen und Begebenheiten, die er auf die Bühne bringt, ist die innere Notwendigkeit einer jeden für die Gesamtwirkung so einleuchtend, daß das Auge wie das Ohr sich sofort daran gewöhnen, sie voneinander zu unterscheiden und die spezifische Natur eines jeden zu erkennen. Es ist namentlich in der letzten Zeit die gewiß sehr scharfsinnige Vermutung des öftern ausgesprochen worden, Shakespeares Technik habe sich den Bedingungen des damaligen Bühnenbaues fügen müssen und es sei daher manches in der Konstruktion seiner Schauspiele auf die Gebote der Szene zurückzuführen. Das tut aber nichts zur Sache. Denn wenn der äußerliche Gliederbau Shakespearescher Dramen unter dem starken Einfluß der zeitlichen Theaterverhältnisse stand, so hat dieser Umstand ihn doch nicht hindern können, jene Verhältnisse mit der größtmöglichen Zweck- und Gesetzmäßigkeit auszunützen. Und darauf kommt es hier einzig und allein an.

Neben dem Technischen feiert die Idee der Notwendigkeit auch in der inneren Struktur Shakespearescher Schauspiele Triumphe. Shakespeare, der doch der Redelust seiner Personen anscheinend gar keinen Damm zu setzen vermag, verstand, wie man bei näherem Zusehen sofort bemerkt, es so einzurichten, daß kein überflüssiges Wort über ihre Lippen kommt, das heißt keines, welches nicht ausgesprochen werden müßte, um den notwen-

digen Zusammenhang der Geschehnisse hervorleuchten zu lassen. Goethe verglich nicht umsonst diese Kompositionsart »mit Uhren, an welchen man nicht bloß das Zifferblatt sieht, sondern zugleich das innere Gehäuse«.

IV.

Es konnte nicht die Absicht dieser raumbedrängten Zeilen sein, Shakespeares Schöpfung abgerundet zu würdigen: wer gleicht gerne dem Knaben, der den Ozean in seine Grube ausschöpfen möchte? Auch das Verhältnis Shakespeares zu der modernen Dichtkunst mußte unberücksichtigt bleiben. Aber wenigstens eines muß noch ausgesprochen werden. Und das ist die hervorragende Bedeutung, die Shakespeare heute für die Arbeiterklasse besitzt. Der große Schilderer menschlicher Aktivität muß das tiefste Verständnis bei der letzten Klasse finden können, die in weltgeschichtlichem Sinne aktiv ist.[16]

Dabei muß man unwillkürlich an Ben Jonsons Worte denken: aus Shakespeares Werken könnte selbst ein Einsiedler die Welt kennen lernen.

Das Proletariat ist ein Einsiedler! Es sieht einen winzigen Bruchteil der Welt, da es noch in ihrer Hölle verweilt. Aber wenn sein körperliches Auge noch nicht imstande ist, den ganzen Kosmos zu umfassen, so soll sein geistiger Blick versuchen, sich dafür schadlos zu halten und die Welt wenigstens vom Hörensagen — so gut es unter den gegebenen Verhältnissen geht — kennen zu lernen. Und da wird ihm der Mann, der vor drei Jahrhunderten das Zeitliche segnete, ein köstlicher Führer und Weggenosse sein. Er kann ihn wie kein zweiter die großen Zusammenhänge der menschlichen Geschichte und das kleine Räderwerk der menschlichen Natur fühlen und begreifen lehren. Fühlen und Begreifen: das war das Ziel, das seine großartige Kunst anstrebte. Im Fühlen und Begreifen werden alle jene sich heute noch bei ihm einfinden, die, wie er selbst, fühlen, daß die Welt neue Bahnen beschreitet, und begreifen wollen, wie sich diese große Umwälzung vollzieht. Nichts Erhabeneres kann wohl zu dem dreihundertsten Todestag eines Dichters gesagt werden.

Literarische Rundschau.

Waldemar Zimmermann, **Der Krieg und die deutsche Arbeiterschaft.** Bekenntnisse und Betrachtungen aus der organisierten Arbeiterwelt. Schriften der Gesellschaft für soziale Reform, 54. Heft. Jena 1915, Gustav Fischer. 230 Seiten. Preis 2 Mark.

Wie es in der Vorrede heißt, soll die Schrift dazu dienen, »einige Züge aus dem großen Einigungs- und Läuterungsprozeß des Volkes während des ersten Kriegsjahres für alle Zeiten geschichtlich zu verewigen und für die Neueinstellung

---

[16] Die Zeitumstände machen an dieser Stelle — um einem möglichen Mißverständnis die Spitze kurz abzubrechen — die folgende Erläuterung nötig: Unter »weltgeschichtlicher Aktivität« ist hier — ähnlich wie zum Beispiel in der 1842 anonym erschienenen Streitschrift Engels' gegen Schelling — die revolutionäre Aktivität einer Klasse gemeint, die der Befreiung harrt, nicht aber einer, der es ausschließlich und allein um die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft zu tun ist. Die »Aktivität« dieser Art — und sie mag sich noch so brutal oder geräuschvoll äußern! — ist, wie Hegel sagen würde, eine schlechte Aktivität....

des politisch-sozialen Urteils der denkenden Geister Deutschlands gegenwärtig zu halten«. Denn daß es so ganz anders kam, als viele bezüglich der Haltung der Sozialdemokratie erwartet und gefürchtet hatten, daß es »in den heißen Augusttagen wie Pfingstwehen durch das deutsche Volk in allen Schichten rauschte und uns alle eines Sinnes machte, daß der Furor Teutonicus aufsprühte wie in den Zeiten des Tacitus und daß aus deutschen Industriearbeitern Helden wurden — dieses Wunders wollen wir uns stets lebendig bewußt bleiben und durch keine späteren Eindrücke und Gewöhnungen verwischen und verdunkeln lassen«. An dieser Stilprobe erkennt man, welch ein überschwenglicher Geist die Schrift durchzieht. Die Gesellschaft für soziale Reform trachtet von jeher danach, die Sozialdemokratie für den »nationalen Gedanken« und die »positive Mitarbeit« zu gewinnen, und sie sieht in der Haltung der Fraktionsmehrheit im Reichstag und ihres Anhanges in der Partei und den Gewerkschaften die nahende Erfüllung ihrer stillen Sehnsucht, die sozialdemokratischen Arbeiter bündnisfähig zu machen für die übrigen Richtungen der Arbeiterbewegung, die sich bereits im Gefolge der Gesellschaft befinden. Die christlichen und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, beide unverdächtig bezüglich ihrer guten Gesinnung, werden in der Schrift nur kurz behandelt, der weitaus größte Raum und nicht minderer Eifer wird auf den Nachweis gelegt, daß nunmehr auch die Sozialdemokratie auf dem besten Wege ist, als national zuverlässig und reif zur positiven Mitarbeit anerkannt zu werden. Dieser Nachweis wird erbracht durch Dr. Heyde für die Zeit vom August bis Oktober 1914, von Dr. Zimmermann, dem Herausgeber für die Zeit vom Oktober 1914 bis August 1915 — und zwar an Aussprüchen und Reden, Artikeln und Schriften von Vertretern der Mehrheitspolitik, die dann von eigenen Betrachtungen und Kritiken begleitet werden. Soviel Wohlwollen nach rechts gespendet wird, fließt Unmut und Entrüstung nach links. Dort vaterländische Gesinnung, staatsbürgerliche Einsicht, Sinn für geschichtliche Notwendigkeiten, hier von alledem das Gegenteil. Bernstein kommt noch verhältnismäßig gut weg, wenn ihm nachgesagt wird, daß er den Krieg als Ideologe, nicht als historisch denkender Politiker ansehe; anderen unter den Anhängern der Minderheit geht's schlimmer, an Kraft- und Scheltworten wird ihnen nichts erspart. Dafür wird denn das harmloseste Feldpostbrieflein auch des unbekanntesten Feldgrauen sorgsam unter den Dokumenten denkender Geister verewigt, wenn es sich im Sinne der Durchhaltepolitik verwenden läßt.

Der Herausgeber schließt die Schrift mit dem Satze: »Wenn einst der glückliche Friede für Deutschland gekommen ist, wird das Vaterland seine wirtschaftlich-soziale Ordnung mehr noch als bisher in Einklang mit den großen Organisationen seiner arbeitenden Massen, die der Krieg mit ihm auf Tod und Leben fester denn je verbunden hat, ausbauen müssen, und dabei werden diejenigen Arbeiterorganisationen, die ihre nationale und sittliche Führerrolle am großzügigsten erfassen, der Arbeiterschaft und der Nation die besten und willkommensten Helfer sein.« Niemand wird in praktischen Fragen gegen das Zusammenarbeiten der verschiedenen Richtungen in der Arbeiterbewegung etwas einwenden, niemand auch den Wert dieser praktischen Arbeit an sich unterschätzen. Aber sie ist doch nicht alles, was die Arbeiterbewegung als Ganzes oder auch nur Zweck und Ziel der einzelnen Richtungen ausmacht. Hinter diesen Richtungen stehen die Parteien mit ihren bestimmten Programmen, Grundsätzen und Weltanschauungen, mit ihren bestimmten Auffassungen über ihr Verhältnis zu Staat und Gesellschaft, über nationale und internationale Pflichten. Und diese tieferen und wichtigeren Fragen werden letzten Endes auch die Art des Wirkens der verschiedenen Richtungen in der Arbeiterbewegung und ihr Verhältnis zueinander bestimmen — wie vor so nach dem Kriege. Die Sozialdemokratie wird der Arbeiterschaft, dem Volke und der Menschheit am besten dienen, wenn sie ihre Führerrolle sozialistisch auffaßt, sie kann dann leicht den Vorwurf der mangelnden »Großzügigkeit« im Sinne der Gesellschaft für soziale Reform ertragen.

Erdmann.

Waldemar Mitscherlich, **Nationalstaat und Nationalwirtschaft und ihre Zukunft.** Leipzig 1916, Verlag von C. L. Hirschfeld. 51 Seiten.

Eine kleine, sehr populär gehaltene Broschüre, deren Titel viel mehr verspricht, als der Inhalt hält. Über Nationalstaat und Nationalwirtschaft erfahren wir gar nichts, was nicht bereits zum Allgemeingut der heutigen zeitunglesenden Menschheit gehören würde: daß es keine reinen Nationalwirtschaften mehr gebe, daß die Welt im Zeichen mannigfacher ökonomischer Zusammenhänge stehe, daß kein einziger wirtschaftlicher Organismus ein isoliertes, vollkommen unabhängiges Dasein führe — und was derartiger »Wahrheiten« mehr sind. Nun könnte man sich zumindest an der Beweisführung des Verfassers schadlos zu halten versuchen, aber auch hierüber ist nichts Erfreuliches zu berichten. Mitscherlich begnügt sich in der Hauptsache mit nichtssagenden Redefloskeln, die an Stelle tiefergehender Erklärungen meistenteils ziemlich vage Be- und Umschreibungen setzen. So berichtet er zum Beispiel wie folgt über die »Entstehung« des modernen Nationalstaates: »Aus der Befreiung der Individuen in politischer, sozialer und ökonomischer Beziehung erstand ein starkes Interesse des einzelnen am Staatswesen.... Es entwickelt sich eine Gemeinsamkeit des Empfindens und Denkens, ein Gefühl der Zusammengehörigkeit der Glieder eines Staates.... Dem Einheitsstaat ist eine Seele gegeben. Und damit stehen wir mitten in dem modernen Staat.« (S. 13 bis 14.) Der Nationalstaat ist also nach Mitscherlich das Produkt einer Art psychischer Erleuchtung, die der Entstehung einer nationalen Wirtschaft sogar vorausgeht und sie erst mit sich bringt. Die Geschichte zeigt freilich das Gegenteil; aber sie versteht eben auch nichts von der feineren Psychologie.

Fast ebenso flach ist, was Mitscherlich über die »Zukunft« des Nationalstaates zu berichten weiß. Er glaubt diesem einen mächtigen und schrecklichen Feind in Gestalt des Imperialstaates entgegensetzen zu können und weist ihm einen einzigen Rettungsweg an: die Umwandlung zum Unionstaat, das heißt zu einem Staatenbund mit gemeinsamer wirtschaftlicher Grundlage und gemeinsamen militärischen Zielen. Dabei kommt er noch auf eine zweite Tendenz, die zum Unionstaat treibe, zu sprechen: »Was die Nationalwirtschaften zwingen wird, sich zu Unionwirtschaften zusammenzuschließen, das ist der Wille zur ökonomischen Selbstbehauptung, der Wille zur ökonomischen Expansion, der Wille zur ökonomischen Macht.« (S. 30.) Wenn dem aber so ist, so ist durchaus nicht einzusehen, wodurch sich der »zukünftige« Unionstaat von dem gegenwärtigen Imperialstaat unterscheiden wird. Dafür leuchtet allerdings etwas anderes ein: daß das Wort »Unionstaat« nur eine Umschreibung für — Imperialstaat ist.

Mitscherlich hat natürlich einen ganz bestimmten »Unionstaat« im Auge, wenn er von der Zukunft der Nationalwirtschaft spricht. »Eine unionistische Einigung«, sagt er, »könnte empfohlen werden zwischen Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland, Österreich-Ungarn, Schweiz, Belgien und Deutschland.« (S. 46.) Aber wie und auf welcher Grundlage dies geschehen soll, darüber gibt er nirgends eine Auskunft. Er begnügt sich, diese frommen Wünsche einfach aufzuzählen. Inwiefern man auf diese Weise der Frage nach der zukünftigen Gestaltung des Nationalstaates gerecht werden kann — wenn anders man unter der Untersuchung der tatsächlichen Kräfte der Zukunft nicht lediglich das bloße Aufstellen eines ersten besten politischen Programms verstehen will —, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls ist aber zu betonen, daß Mitscherlich keinerlei Gründe anführt, welche ein Zustandekommen des von ihm befürworteten Unionstaates gewährleisten würden. Er versucht sich zwar dadurch aus der Schlinge zu ziehen, daß er schlankweg die Behauptung aufstellt, wir hätten hier »weniger mit einer Frage des Wissens als mit einer des Wollens zu tun« (S. 30), aber die Kläglichkeit eines derartigen Auskunftsmittels springt in die Augen. Sie ist nur bezeichnend für die Beschaffenheit jener »Wissenschaft«, die sich zur Apologetin des jeweils vorherrschenden »Willens« willig hergibt.

O. Blum.

Samosaschtita (Die Selbstverteidigung). Marxistisches Sammelbuch. Petrograd 1916, Preis 1,25 Rubel.

Dieses Buch ist achtzehn Monate nach dem Kriegsausbruch, das heißt in einer Zeit erschienen, wo man einen Standpunkt nicht mehr durch die Kriegspsychose und die geistige Verwirrung zu erklären braucht. Es stellt eine Kundgebung einer Reihe der bekanntesten Vertreter der sogenannten »menschewistischen« Richtung dar. Eine gewisse Bedeutung kann daher dem Buche nicht abgesprochen werden. Wera Sassulitsch, der hervorragende und in Parteikreisen sehr einflußreiche Publizist A. Potressoff, einer der besten russischen Gewerkschaftler K. Dmitrieff, der bekannte Nationalökonom und Agrartheoretiker P. Maßloff, der Führer der kaukasischen Sozialdemokratie, der Georgier An und einige hervorragende Arbeiter haben für das Unternehmen Beiträge geliefert. Andere recht bedeutende Genossen sagten für die weiteren Hefte ihre Mitarbeit zu. Jedoch vermißt man unter diesen Namen viele, die immer als die eigentlichen Führer der »Menschewiki« galten. Weder Paul Axelrod, noch L. Martoff, noch F. Dan, noch A. Martynoff haben sich an diesem Werke beteiligt. Dadurch allein wird schon der Geist des Buches gekennzeichnet. Und zwar der sozialpatriotische Geist, der die sämtlichen Beiträge durchdringt. Das Bekenntnis zur »Vaterlandsverteidigung«, zum Patriotismus — wohl nur zum »Abwehr-«, nicht zum »Angriffspatriotismus« — bildet jene gemeinsame Grundlage, welche die sonst nicht unbedingt einmütigen Verfasser zusammenhält.

»Der Abwehrpatriotismus« — schreibt W. Wolsky — »ist schon längst zu einer anerkannten Tatsache der aufblühenden und erstarkenden Arbeiterbewegung geworden.... Die Anerkennung des Wertes des Vaterlandes, die Feststellung des Rechtes und der Pflicht, es gegen Angriffe von außen zu schützen, sind Axiome (unbestreitbare Wahrheiten) für die europäischen Sozialisten.«

Und der begabte Verfasser des Romans »Zum breiten Wege«, der Metallarbeiter A. Bibik, schreibt mit unverkennbarem Schmerz und mit Sehnsucht nach einer Heimat: »Dort (für die westeuropäischen Arbeiter) existiert die ‚Heimat', die breite Verallgemeinerung des Kulturbegriffes, der Sprache und der Lebensgewohnheiten, der vergangenen Leiden und der neuen Hoffnungen.... Die ‚Heimat' war da eine unbestrittene Wahrheit, eine Tatsache, aus der es nur entsprechende Schlüsse zu ziehen galt.« Wenn es in Rußland anders war, so ist dies, meint Bibik, seinem rückständigen politischen Regiment zuzuschreiben....

Das »Recht der Sozialisten auf Patriotismus« wird in der sozusagen programmatischen Abhandlung »Der Patriotismus und die Internationalität« von A. Potressoff behandelt.

Es ist wohl wahr, glaubt dieser, daß es eben die »Vaterlandsidee« war, die zu Beginn des Krieges die Einheit der Arbeiterklasse sprengte. Das war aber nur deshalb möglich, weil die Internationalität bisher nicht als ein internationales Bewußtsein für sich, sondern nur als nationales Bewußtsein, das von internationalen Normen regiert wurde, bestand. Künftighin muß sich ein mächtiger internationaler Wille bilden. Sein Inhalt aber und seine Gestalt werden durch zweierlei Umstände bestimmt werden.

Einerseits enthalten die Kräfte des national-staatlichen Zusammenlebens, die heutzutage noch nicht entfernt erschöpft sind, Elemente, die für das Proletariat und die gesamte Weltentwicklung von dauerhaftem Werte sind. Dies ist die individuelle national-staatliche Kultur. Auch wird der Klassenkampf in national-staatlichem Rahmen geführt, und daher häufte das Proletariat sein eigenes »Kapital« an geistig psychologischen Werten in den Vaterlandsgrenzen an, so daß dieses Kapital auch individuell, das heißt national-staatlich gefärbt ist. Wenn also einst Marx — schreibt Potressoff — in seinem Manifest in einem gewissen Sinne behaupten durfte, die Arbeiterklasse habe kein Vaterland, sie habe nichts zu verlieren als ihre Ketten, so »ist es jetzt ganz anders geworden«.

Aus allen diesen Gründen muß aber die Internationalität unbedingt an der Individualität jedes Landes eine Grenze finden. Das hat auch die Internationale

anerkannt, indem sie sich zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen bekannte. Das erste Gebot der Internationalität besteht also demnach darin, daß man die Landesindividualität in ihren Handlungen zwar beschränken, aber sie, selbst im Interesse der Gesamtentwicklung, keineswegs vernichten oder in sie eingreifen darf. In einem solchen Falle ist die Vaterlandsverteidigung als eine Pflicht der organisierten Arbeiterschaft begründet, und der proletarische Patriotismus, der die Internationale zersprengte, wird in vollem Maße für berechtigt erklärt.[1]

Dies stellt nach Potressoff das »negative Programm« der Internationalität dar. Dieses »Programm« begründet aber nur den »Selbstverteidigungsstandpunkt«. Diesen will der Verfasser durch einen weiteren ergänzen, indem er das »Parteiergreifen« im Kriege zu rechtfertigen sucht.

Der »mächtige internationale Wille«, der nun zu entstehen hat, wird sich doch selbstverständlich durchzusetzen bestreben, indem er den Sozialismus schleunigst herbeizuführen suchen wird. Auf diesem Wege wird er Hindernisse aus der Welt schaffen müssen, die nicht immer im eigenen Lande der betreffenden proletarischen Truppenabteilung liegen. Dadurch wird ein breites positives Programm der Internationalität vorgezeichnet. Um es vollziehen zu können, bedarf das Proletariat einer erfolgreichen Taktik, und diese ist die »erprobte Taktik des Ausnützens der Ungleichartigkeit der bürgerlichen Welt, ihrer miteinander kämpfenden Kräfte — im Interesse des Proletariats.... Das Proletariat müßte heute die eine, morgen die andere von diesen Klassen in ihrem Kampfe gegen ihre Feinde unterstützen, um auf diese Weise immer näher zum Ziele zu rücken. Diese oder jene ‚Orientierung' erscheint also völlig berechtigt, sie stellt bloß einen der Fälle vorübergehender Ausnützung der ungleichartigen Kräfte dar, die in der modernen Gesellschaft herrschen.«

»Umlerner« ist auch P. Maßloff. Er hat schon einmal in einer Broschüre die Notwendigkeit der Niederlage Deutschlands mit denselben Argumenten zu beweisen versucht, mit denen die Genossen Parvus und Lensch die Niederlage Rußlands fordern. Nun präzisiert er seine Gedanken in einer Richtung. Er verteidigt in gewissem Maße die russischen Zölle, die er freilich nur als Schutzzölle auffassen möchte. Die Gefahr, der ein Sieg Deutschlands Rußland aussetzen würde, das heißt die Gefahr der Vernichtung der russischen Industrie, würde durch die »Aufhebung einiger Zölle, die den deutschen Industriellen unerwünscht sind«, herbeigeführt. »Der russischen Demokratie, insbesondere der Arbeiterklasse ist es darum zu tun, daß die Warenerzeugung Rußlands nicht nach Deutschland übersiedle.... Die deutsche Bourgeoisie will mit der Militärgewalt die Mauer durchbrechen, mit der rückständige Länder sich gegenüber fortgeschrittenen schützen. Für Rußland steht diese Aussicht nicht mehr als bloße Drohung da, sondern es hat diese Gefahr bereits am eigenen Leibe fühlen müssen, und zwar in Polen. Im Falle des deutschen Sieges würde Deutschland seine Beziehungen zu Rußland durch einen entsprechenden Handelsvertrag so gestalten, daß Rußland von der Überproduktion der deutschen syndizierten Industrie überflutet würde, während Deutschland russische Rohstoffe zu billigen Preisen würde ankaufen können. Auf diese Weise würden sowohl die Industrie wie auch die Landwirtschaft getötet werden.«

Es sei nebenbei bemerkt, daß L. Martoff zum Beispiel, der von nichts weniger als vom deutschen Siege schwärmt, eine derartige Auffassung für ein »nationalliberales

[1] L. Martoff ist bekanntlich anderer Meinung. Neulich schrieb er in »Nasch Golos« (Samara), Nr. 4 (18) vom 24. Januar dieses Jahres: »Man kann die politische Beteiligung an der Landesverteidigung erst in dem Falle durch die Freiheit der nationalen Selbstbestimmung motivieren, wenn man das Prinzip der Internationalität selbst aufgibt, wenn man die Arbeiterdemokratie als organisches Ganzes zu betrachten aufhört, wenn man sich endlich mit beiden Füßen auf den Boden der nationalen Arbeiterbewegung stellt. (Von Martoff selbst unterstrichen.)

Märchen« hält, und daß N. Suchanoff, ein bekannter Agrartheoretiker, in seiner Broschüre »Unsere Linksparteien und der Krieg«, die ebenfalls in Rußland erschien, schrieb: »Jede Möglichkeit, die Kriegsaufgaben durch Rücksichten auf den künftigen Handelsvertrag zu begründen, ist ausgeschlossen.«

Es ist geradezu erstaunlich, wie sehr sich die Friedensgedanken der Sozialpatrioten in allen Ländern in den gleichen Bahnen bewegen, wie sie alle zum Frieden durch das »Durchhalten« gelangen wollen.

»Der schleunigste Friedensschluß« — schreibt K. Dmitrieff — »wird für Rußland, wie überhaupt für die meisten kriegführenden Länder zu einer ökonomischen Notwendigkeit.... Der Friede ist aber für die Demokratie nur unter bestimmten Bedingungen annehmbar, die die ökonomische, politische und kulturelle Unterjochung des eigenen Landes ausschließen. Wie widersinnig dies auch scheinen mag, das Streben zum Frieden erfordert eine wirksame, bewußte und organisierte Beteiligung der Demokratie an der Landesverteidigung. Nur diese Beteiligung kann der Demokratie einen gewissen Einfluß auf das Kriegsergebnis und auf die Friedensbedingungen sicherstellen. Nur die Umwandlung des Krieges in die Selbstverteidigung des ganzen Volkes kann dem Eroberungsabenteuer des deutschen Militarismus ein Ende bereiten, indem sie infolge der schwierigen materiellen Verhältnisse im Rücken die Opposition der deutschen Demokratie gegen den Krieg stärkt.... Durch die Landesverteidigung zum freien Frieden, der in gleichem Maße die Volksinteressen aller paktierenden Länder sichern soll — das ist die Losung der russischen Demokratie.« — freilich, wie sie der nationalsoziale Teil der russischen Arbeiterschaft sich denkt.

G. Tsch-ky.

Notizen.

Eine Richtigstellung. Es wird mir eine Beilage der »Chemnitzer Volksstimme« vom 10. April 1916 zugestellt, in der ich folgende Notiz angezeichnet finde:

> Echt wissenschaftliche Objektivität. In der Neuen Zeit schreibt Ed. Bernstein über die Spaltung der Reichstagsfraktion, nachdem er ein über das andere Mal versichert hat, daß er ganz ruhig, sachlich und ganz objektiv schreiben werde. Wie das aussieht, dafür ein Beispiel. Bernstein zitiert einen Artikel Wolfgang Heines aus der »Berliner Zeitung am Mittag«: Wolfgang Heine hat in einem bürgerlichen Blatt als von einem Ausdruck aus der Fraktion gesprochen. Kein schönes Wort, aber es bezeichnet die Sache. Natürlich hat Heine nie davon gesprochen, sondern der Druckfehler hat aus Austritt Ausdruck gemacht, wie die »Vossische Zeitung« noch am Abend des gleichen Tages berichtigend mitgeteilt hat. Aber was tut das, wissenschaftlich und objektiv wird daraus: »Wolfgang Heine hat gesprochen.« Es ist ein Jammer um eine Sache, deren »Wissenschaft« mit so kläglichen Mitteln arbeiten muß.

Ich bringe diese geschmackvoll objektive Richtigstellung hier zur Kenntnis, weil ich hier den Irrtum begangen habe, anzunehmen, daß Heine den in Frage stehenden Vorgang zwar mit einem schlecht gewählten Ausdruck, aber der Wahrheit gemäß bezeichnet hatte. Denn tatsächlich ist Haase durch einen Beschluß, der ihn rechtlos machte, aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion herausgedrückt worden.

Den Seelenschmerz der »Chemnitzer Volksstimme« mag es stillen, wenn ich hinzufüge, daß ich die »Vossische Zeitung« ebenso selten zu Gesicht bekomme wie deren nunmehrigen Geistesverwandten in Chemnitz.

Berlin-Schöneberg, 11. April 1916. Ed. Bernstein.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 4 Ausgegeben am 28. April 1916 34. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

1. Mai 1916.

Von Adolf Braun.

Der 642. Kriegstag, wenn wir von der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien rechnen, bezeichnet uns im Kalender den 1. Mai 1916. Ein 1. Maitag und doch ein Tag des verwüstendsten Völkerkrieges, der gründlichsten Mißverständnisse der Völker, der tiefsten Uneinigkeit, der scheinbar unüberbrückbaren Gegensätze! Alle Versuche der Kennzeichnung verlieren an Kraft gegenüber der weit mehr sagenden: der 642. Tag des Krieges. Unabsehbar reihen sich in der Phantasie all der Menschen, die sich vor drei Jahren zum Feste des Proletariats bereiteten, weitere ungezählte Tage des Krieges....

Trotz alledem wollen wir vom 1. Mai sprechen, wir bekennen uns zu ihm! Vermögen wir ihn nicht freudig zu feiern, können wir uns nicht in die zukunftsfrohe Stimmung versenken, wie sonst am Maientage, so bleiben uns doch unvergessen all die Tage seit 1890, an denen wir im Kreise von Parteigenossen den Weltfeiertag der Arbeit begangen haben. Wenn ich diesen Satz niederschreibe, steigen vor meinem geistigen Auge die Millionen auf, die gleichzeitig mit mir die Maifeier begangen haben in Lissabon und in Sibirien, am Trafalgar Square und im Wiener Prater, in Paris und in Berlin, in Amsterdam und Antwerpen, in allen Großstädten und zahllosen kleinen Orten. Was uns entflammt hat am 1. Mai, was sich tief eingegraben hat in unsere Überzeugung wie in unser Gemütsleben, was vereinigendes Band war zwischen dem Proletariat aller Nationen und Zielsetzung für sie alle, ist nicht ausgelöscht aus den Köpfen und Herzen der Menschen, mögen sie auch, statt am 1. Mai zu feiern, in den Munitionswerkstätten Überstunden machen, um möglichst viel todbringende Geschosse zu erzeugen, die ihre Brüder ununterbrochen in unabsehbarer Menge verbrauchen, ihre Arbeitsbrüder in allen großen Nationen.

Die Internationale macht eine schwere Krise durch: ein Teil fühlt sich gelähmt an Haupt und Gliedern, ein anderer phantasiert, im Fieberwahn ganz anders redend als im Zustand der Gesundheit. So manche sind aus unseren Reihen geflohen, vielleicht warten andere den günstigen Augenblick hierfür ab. Die sozialdemokratischen Parteien aller Länder sind geschwächt und innerlich zerklüftet. Auch die Gewerkschaften haben schwere Mitgliederverluste in allen Ländern zu verzeichnen. Diese Verluste sind nur zum Teil verursacht durch die Einziehung zum Heeresdienst. Unsicherheit herrscht, ob sich die heute soldatisch Wirkenden nach dem Kriege wieder in die Reihen der Organisationen der Partei und der Gewerkschaften stellen werden. Gar lange dauert dieser Krieg, länger wohl, als irgend jemand, als auch die Heerführer erwartet haben. Hoffnungen, die sich beim Beginn des Krieges

sturmartig eingestellt haben, und auf die die Arbeiterschaft einzuschwören eifriges Bemühen war, bröckeln ab.

Weil diese Hoffnungsfreudigkeit unter den ökonomischen Wirkungen des Krieges, bei der immer mehr erkennbaren Größe der Steuerlasten nach dem Kriege, bei den offenkundigen Gegensätzen zwischen Unternehmern und Arbeitern aus Anlaß der Verlängerung der Tarifverträge naturgemäß abnimmt, darum erkennt das Proletariat in wachsendem Maße, wie notwendig es ist, sich auf seine eigene Kraft zu besinnen. Immer deutlicher betont es wieder die selbständige Vertretung seiner Interessen und die Gegensätzlichkeiten, die vor dem Kriege als naturgemäße Erscheinungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung betrachtet wurden. Nach dem Kriege wird man meiner Überzeugung nach weit stärker mit ihnen rechnen müssen, als das jemals der Fall war, seitdem wir uns einer selbständigen Arbeiterbewegung erfreuen. Nun wir uns der Vollendung des zweiten Kriegsjahres nähern, drängt sich immer kräftiger die wirtschaftliche Denkweise der Arbeiter vor, ergibt sich für sie immer klarer, daß sie der eigenen Kraft vor allem zu vertrauen haben.

In diese Gedankenwelt versenkt sich die Arbeiterschaft an dem zweiten während der Kriegszeit gefeierten 1. Mai im Gegensatz zu der Stimmung, die noch vor Jahresfrist bei ihr vorherrschte. Damals sah man den Frieden näher als heute. Damals erschienen die Kosten des Krieges leichter abzuwälzen, die Verfremdung der Völker war noch nicht so weit gediehen, zur Hoffnung auf eine lange Blütezeit der Industrie nach dem Kriege war mehr Veranlassung als heute. Und doch, so stark sich die Völker im Laufe der letzten zwölf Monate in der Feindschaft verbittert hatten, so sehr empfindet man den Lichtblick wachsenden Verständnisses an der Haltung der anderen Arbeiterschaften zu der Arbeiterklasse jedes Landes. So sehr auch in manchen Ländern das Bekenntnis zur Internationale zum Schweigen verurteilt wurde, empfindet man doch stark, daß die Gefühle, die im Frieden die Arbeiter am 1. Mai erfüllten, heute lebendiger und hoffnungsfreudiger sind als vor Jahresfrist. Überall sehen wir die proletarischen Forderungen neben den nationalen Bekenntnissen größeren Raum gewinnen. Die Gewerkschaften erkennen, daß die Betonung ihrer ökonomischen Forderungen, die sie ja niemals aufgegeben haben, neben denen sie aber während der Kriegszeit auf andere stärkeres Gewicht gelegt haben, wieder in den Vordergrund geschoben werden müssen.

Die Bedeutung der internationalen Gesichtspunkte ist in Deutschland auch während des Krieges niemals so weit unterschätzt worden, daß eine der internationalen Unionen oder internationale Sekretariate, die in Deutschland ihren Sitz haben, ihre Tätigkeit eingestellt haben. In dem sehr bemerkenswerten Bericht, den Genosse Theodor Leipart über die internationale Union der Holzarbeiter während des Krieges in deren Bulletin (13. Jahrgang [1916], Nr. 2, S. 1 ff.) gibt, heißt es:

Nicht nur in den am Kriege beteiligten, sondern auch in den neutralen Ländern haben die Verbände unter den Folgen des Krieges zum Teil recht stark zu leiden. Die Mitgliederzahlen sind durch die Einberufungen zum Heere und durch andere Verluste zumeist sehr zurückgegangen. Indessen kann zu aller Freude doch konstatiert werden, daß sämtliche Verbände in allen Ländern, wenn auch natürlich geschwächt, so aber in ihrem Bestand bisher durchaus erhalten geblieben sind. Das

wird hoffentlich auch für die weitere Dauer des Krieges und darüber hinaus der Fall sein. Diese Hoffnung ist um so berechtigter, als unzweifelhaft nach dem Kriege in allen Ländern sehr große und schwere Aufgaben an die Gewerkschaften herantreten, deren Erfüllung im Interesse der Arbeiterschaft nur starken und geschlossenen Organisationen gelingen kann.

Kräftigung und Ausbau der internationalen Organisation verlangt Leipart, er will nichts aufgeben von ihr, er meint, daß bald nach Beendigung des Krieges ein internationaler Holzarbeiterkongreß stattfinden solle, der die notwendigen Klärungen schaffen werde über die Mißverständnisse, die zwischen den einzelnen Zweigen der Holzarbeiterbewegung infolge des Krieges Platz gegriffen haben. Wir zweifeln nicht, daß es zu diesem internationalen Holzarbeiterkongreß kommen wird, und daß sich seine Verhandlungen viel kameradschaftlicher und freundlicher gestalten werden, als man während der Kriegszeit annehmen kann. Es wird wohl nicht schwer sein, die Arbeiter der verschiedenen Länder über vieles aufzuklären, was ihnen heute unverständlich ist, ja unverständlich sein muß, weil eben die Möglichkeit, auch nur die Mißverständnisse zu kennen, die über die Arbeiterbewegung der einzelnen Länder verbreitet werden, vielfach fehlt, weil die Kanäle, durch die die Nachrichten kommen sollen, verstopft sind, viele Tatsachen heute gar nicht festgestellt werden können, und soweit das möglich ist, diese Feststellungen nicht veröffentlicht werden sollen. Wird der Friede wieder herrschen, so werden die meisten dieser Rücksichten fallen! Wer kein bewußter und gehässiger Feind der Arbeiterbewegung ist, wird nichts dagegen einwenden können, daß über die zugeschütteten Schützengräben hinweg erzählt wird, wie die Arbeiter und ihre Organisationen während des Krieges leben und wirken mußten, was sie gefördert, was sie gehemmt, was sie getäuscht hat, was sie gläubig aufgenommen haben und wie sie das, was sich im Kriege auf ihrem gewerblichen Gebiet ereignet hat, und was sie sonst bestimmt hat, nun in der Zeit des Friedens beurteilen. Es werden nicht gar viele Leute so starrsinnig sein, auch in der Zeit des Friedens als unverrückbare Weisheit zu vertreten, was sie in der Zeit des Krieges getan und unterlassen, gestützt und bekämpft, bestritten und erhofft haben. Wir alle, welcher Klasse und welcher Nation wir angehören, wir werden im Frieden klüger und einsichtiger, auch ruhiger und nüchterner sein, als während des Krieges. Dabei mag man dann beweisen, daß man im Kriege nicht anders denken und handeln konnte, als es geschah. Aber nicht auf dem, was vergangen war, was in der Kriegszeit als notwendig empfunden wurde, wird die Zielsetzung der proletarischen Organisation beruhen, sondern auf dem, was dann sein wird, was nachher sein soll, was mit der eigenen Kraft des geeinten oder zu einigenden Proletariats geschaffen werden soll unter Berücksichtigung der widerstreitenden Kräfte, die wir alle heute schon empfinden, und die nach dem Ende der Kriegszeit noch kräftiger walten werden.

Die Schwarzseher, die die Internationale totgesagt haben, verkennen, daß der Krieg in so manchem auch die Arbeiter einander nähergebracht hat. Eine der merkwürdigsten Erscheinungen der Kriegszeit ist die gleiche Richtung ökonomischer Maßregeln, die durch die nämlichen Kriegsnotwendigkeiten erzwungen wurden oder von den maßgebenden Stellen als notwendig erachtet wurden, die in allen Ländern entweder gleichmäßig ausgedacht oder gegenseitig nachgeahmt wurden. Eine ganze Reihe gleicher ökonomischer

Probleme wird sich erst recht für die Arbeiterklasse aller kriegführenden und mancher neutralen Länder ergeben: das Bedürfnis nach einer staatlichen Arbeitslosenversicherung, nach einer den ganzen Arbeitsmarkt regulierenden, von den Unternehmern unabhängigen Arbeitsvermittlung, die Anpassung der Löhne an die Geldentwertung, die Probleme, die das Eindringen zahlreicher Frauen in bisher den Männern ausschließlich vorbehaltene Berufe und Betätigungen in den einzelnen Berufen hervorgerufen hat, die großen Wirkungen der rasch fortgeschrittenen Organisierung und Mechanisierung der den Kriegsindustrien dienenden Betriebe, die nicht geringeren Wirkungen einer Demobilisierung von Millionen arbeitsfähiger und rasch Arbeit suchender Männer, die Fragen, die die Hunderttausende halb verwendbarer Verwundeter und gesundheitlich geschädigter Männer veranlassen werden. All das sind Fragen, die in allen Ländern in gleicher Weise zu gleicher Zeit auftauchen werden. Arbeiterorganisationen und Unternehmerverbände werden verschiedene Lösungsversuche haben, vielleicht werden die Arbeiter manchmal Forderungen aufstellen, während die Unternehmer jede Berechtigung hierzu bestreiten wollen.

Überall werden die Steuern sehr hoch sein, überall werden die Arbeiter schon um deswillen bemüht sein müssen, zur Sicherung der in Friedenszeiten in opferreichen Kämpfen errungenen Lebenshaltung Forderungen zu stellen und sie mit gewerkschaftlichen und politischen Mitteln durchzusetzen. In allen kriegführenden Staaten hat der Krieg Kraft und Gesundheit der Menschen den höchsten Proben unterworfen. Im Interesse der Erhaltung der Volksgesundheit und vor allem der Leistungsfähigkeit der Arbeiterklasse, auch in dem einer ausreichenden und gesunden Volksernährung werden sozialpolitische Maßnahmen von den Arbeitern gefordert werden. Die Unternehmer haben schon vor dem Kriege überall behauptet, daß sie durch sozialpolitische Lasten erdrückt werden. Man wird den Verdacht nicht beiseite schieben können, daß sie auch nach dem Kriege diese Einwendungen kräftig betonen werden. So muß man damit rechnen, daß der Widerstreit zwischen Arbeitern und Unternehmern nach dem Kriege überall ausbrechen wird.

Man könnte beweisen, daß dieser Krieg, wie er die Notwendigkeit der Weltwirtschaft bewiesen hat, auch die Notwendigkeit gleichbahniger Entwicklung in verschiedenen Wirtschaftsgebieten klargestellt hat. Wir wissen auch, daß nicht nur in den Methoden der Kriegführung, sondern auch in finanzpolitischer, handelspolitischer, industrieller Beziehung die einzelnen kriegführenden Staaten während des Krieges ununterbrochen voneinander gelernt haben, und daß manche im Frieden tiefgehenden Unterschiede in den Einrichtungen dieser Staaten während ihrer gegenseitigen Kriegführung ausgeglichen wurden.

Nun fürchten aber freilich manche, daß die während des Krieges vergossene Tinte und leichtfertig verbrauchte Druckerschwärze mehr Bitternis zwischen den Nationen zurücklassen werde als die Anwendung der Sprengstoffe zu Lande und zu Wasser. Dieser Einwand hat unzweifelhaft viel für sich. Er soll nicht leicht genommen werden. Aber wir wollen die Arbeiterbewegung nicht schwärzer sehen, als sie es verdient. Verglichen mit den Zügellosigkeiten der Gelehrten und Publizisten aller Nationen waren die bedauerlichen Worte gegen die Internationale oder gegen die Parteien, Ge-

werkschaftszentralen und Gewerkschaften anderer Länder lange nicht so vergiftet. Es ist zu hoffen, daß nach dem Kriege Deutsche und Nichtdeutsche, soweit sie von Liebe und Treue für die Arbeiterbewegung erfüllt sind, soweit sie einigend und nicht entzweiend wirken wollen, vergessen werden, was besser auch während des Krieges nicht gedruckt worden wäre.

Der Krieg hat nicht nur für den Augenblick entfremdet, er hat wohl auch für die Dauer zusammengeführt, wenn man das auch heute noch nicht wirken sieht und erst im Frieden empfinden wird. Gerade für die Gewerkschaften haben sich viele ähnliche wirtschaftliche Tatsachen augenfällig gemacht, die vor dem Kriege nicht in Erscheinung traten. Wir alle haben schmerzhaft empfunden, daß die englische Arbeiterbewegung in ihren wichtigsten Gruppen mehr dem äußerlichen Scheine nach als aus innerem Streben zu den internationalen Verbindungen, sowohl den politischen als den gewerkschaftlichen, gehalten hat. Ich hoffe, daß es nach dem Kriege ganz anders sein wird. Der »Monthly Report«, das Organ des britischen Möbelarbeiterverbandes, für Dezember 1915 veröffentlicht aus dem Bulletin der Internationalen Union der Holzarbeiter einige Auszüge aus den Berichten von Schweden und Deutschland und bemerkt dazu:

Es ist zu ersehen, daß die allgemeine Erfahrung in Schweden und Deutschland der unsrigen sehr nahe kommt, und das gleiche trifft mehr oder weniger auf die anderen Länder zu. Wir sind höchst erfreut über den starken Friedenswunsch, der von den verschiedenen Gewerkschaften geäußert wird, und hoffen, daß die Zeit bald kommen wird, wo die organisierten Arbeiter der ganzen Welt einflußreich genug sein werden, alle Kriege zu verhindern.

Aber nicht bloß diese ganz allgemeine Bemerkung scheint uns sehr wichtig, noch bedeutungsvoller scheint uns die Ablehnung der unter dem Drucke persönlicher Reden von Asquith, Lloyd George, Runciman beschlossenen Erklärungen auf der Nationalkonferenz der britischen Gewerkschaften. In der Januarnummer 1916 des »Monthly Report« erklärt der Generalsekretär des Möbelarbeiterverbandes Gossip:

Es wird unsere ganzen vereinigten Anstrengungen erfordern, dem gemeinsamen Feind unserer Klasse, ganz gleich welcher Nationalität, Trotz zu bieten, nachdem diese Überschwemmung von Blut und Feuer vorüber ist, und es mag sein, daß sogar die Augen des vertrauensseligsten unserer eigenen Arbeiterführer geöffnet werden und sie die Dinge sehen, wie sie wirklich sind und sein werden, bis das Volk alldem ein Ende bereitet durch Hinwegnahme der Macht über Leben und Tod, die heute von den besitzenden und regierenden Klassen in allen Ländern so beharrlich behauptet wird. Nach den Reden und Artikeln von manch einem heute zu urteilen, könnte man glauben, das Tausendjährige Reich wäre gekommen, und daß der Löwe und das Lamm friedlich beieinander liegen. Aber wenn eins sicherer ist als irgend etwas, dann ist es das, daß der fürchterliche Arbeitskrieg lange dauern wird, lange nachdem der gegenwärtige europäische Krieg beendigt ist, und all unsere vereinigten Bemühungen müssen aufgeboten werden, um den hinterlistigen Feind zu bekämpfen, der gefährlicher ist als alle anderen.

Die Gewerkschaften müssen aufhören, wegen mehr oder weniger geringen Nichtigkeiten unter sich zu streiten, und sie müssen ihre Streitkräfte ordnen, um den schrecklichen Zeiten, die der organisierten Arbeit bevorstehen, wirksam entgegentreten zu können.

Wir können leider nicht beurteilen, wie weit der »Monthly Report« die Stimmung der Gewerkschaftsmitglieder wiedergibt. Er wendet sich in

der Form gedämpft, in der Sache aber mit einer ganz außerordentlichen Schärfe gegen die Konferenz, in der es den Ministern gelang, die Gewerkschaftsvertreter gefügig zu machen. Vieles deutet freilich darauf hin, daß die Zeit des Krieges eine Periode des Erwachens der englischen Arbeiterklasse ist und daß diese den Grundsätzen der Arbeiterschaft auf dem Kontinent durch den Krieg nähergebracht wird. Freilich wäre dieser Gewinn für die Internationale gar teuer und schwer erkauft. Doch darüber haben wir nicht zu rechten, wir haben dieses Mittel nicht gewollt, wir müssen ohne Beziehung auf die Ursachen seine Wirkung würdigen, die früher, als man sonst erwartet hatte, zur Verflechtung der Arbeiterinteressen diesseits und jenseits des Kanals zu führen verspricht.

Kann nun während des Krieges die Gleichheit der Interessen der Arbeiterklasse der sich bekämpfenden Völker nicht zum Ausdruck gelangen wie im Frieden, so gilt es doch, in der Schulung der Mitglieder das vorzubereiten, was die Aufgabe im Frieden für die Arbeiterklasse sein wird.

Mehr noch als vor dem Kriege werden gleiche Tatsachen, Ursachen, Wirkungen, Wünsche und Zielsetzungen, Hemmungen und Gegnerschaften ein gleiches Streben der Arbeiter aller Länder herbeiführen. Wir können an diesem 1. Mai nicht die Einheit der Arbeiterklasse behaupten, wir können nicht einen Weltfeiertag begehen, aber wir können im Geiste wirken für Bereitung kommender Maifeiern, die größer und glänzender, in höherem Grade die Massen umfassen und mit kraftvollem Willen für die Gegenwart, mit Zukunftfreudigkeit erfüllen, damit bald zur Wahrheit werde, was 1889 zu Paris und in den großen Zusammenkünften beschlossen wurde, die dieser proletarischen Jahrhundertfeier folgten, bis zum unvergeßlichen und doch heute in dichten Nebel gehüllten Tag vom Basler Münster.

Es ist schwer, unter dem Donner der Geschütze diesen Gedanken nachzugehen, und doch werden sie von Millionen gehegt troß alledem und alledem.

Troß Tod und Grausen ist in uns die Hoffnung gesichert, daß sich die Arbeiter aller Länder in nicht zu ferner Zeit die Hand reichen werden, um einer großen und stolzen Zukunft entgegenzugehen.

Das sollte uns allen der 1. Mai sagen!

Rekrutenschule oder proletarische Notwendigkeit.

Von **Heinrich Schulz**.

Genosse Eduard Bernstein leitet seine Erörterungen über die Spaltung der Reichstagsfraktion in Nr. 1 der Neuen Zeit mit der Versicherung ein, daß er »mit der größten Objektivität« berichten wolle. Das mußte angesichts der ganzen Sachlage ein Versuch mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt bleiben. Wer so wie Bernstein in den Streitfragen, über die er berichten will, selber Partei ist, kann nicht »objektiv« sein, besonders wenn er wie Bernstein gern einen Schuß Gefühl in seine nüchternen Erwägungen gießt. Eben deshalb ist aber auch eine Zurückweisung der Bernsteinschen Ausführungen vom Standpunkt der Fraktionsmehrheit notwendig. Die gutgemeinte biedermännische Versicherung Bernsteins, objektiv berichten zu wollen, könnte manchen Uneingeweihten zu der Annahme verführen, sein

Bestreben sei ihm auch gelungen, besonders dann, wenn die Mehrheit keinen Widerspruch dagegen erhebt.

Ich für meinen Teil widerspreche. Bisher habe ich trotz meiner jahrzehntelangen Mitarbeiterschaft an der Neuen Zeit davon abgesehen, gegenüber der Redaktion meinen abweichenden Standpunkt in den Parteifragen, die der Krieg aufgeworfen hat, zur Geltung zu bringen. Ich wollte den ausgebrochenen Konflikt nicht unnötigerweise verschärfen und nichts tun, das einer Spaltung die Wege ebnen könnte. Jetzt ist die Spaltung da. Ich bin es nunmehr der von mir aus voller Überzeugung vertretenen und nach stets wiederholter Selbstkritik für durchaus richtig erkannten Anschauung schuldig, überall für sie einzutreten, wo ich ihr nach meinen schwachen persönlichen Kräften glaube helfen zu können.

Ich erhebe also nicht wie Bernstein den Anspruch, »mit der größten Objektivität« berichten zu wollen. Ich bin Partei, ich gehöre zur Mehrheit der Reichstagsfraktion vom 4. August 1914 und habe bisher noch keine Ursache gehabt, an der Richtigkeit des damals eingeschlagenen Weges zu zweifeln. Ich weiche auch nicht vor den Konsequenzen aus, die das entschlossene Vorwärtsschreiten auf diesem Wege mit sich bringt, sei es jetzt während des Krieges, sei es später. Ich verkenne dabei keineswegs, daß wir beim Weiterschreiten oft auf seltsame Weggenossen stoßen; wir müssen sie uns gefallen lassen auf die Gefahr hin, deswegen vorübergehend von einem Teile der Arbeiter verkannt zu werden. Es gibt vorläufig für mich nur ein Ziel, dem zuliebe ich alles andere auf mich nehme und auf das nach meiner Meinung, dem alten taktischen Rate Lassalles gemäß, alle Kraft zu konzentrieren ist, weil es die nächste und unerläßliche Voraussetzung für den Fortschritt der deutschen Arbeiterbewegung und des internationalen Sozialismus ist: *die Erreichung eines ehrenvollen Friedens, der Deutschlands Unversehrtheit und die Freiheit seiner wirtschaftlichen Entwicklung sichert.* Ich habe alle Schritte freudig begrüßt, die von der deutschen Sozialdemokratie zum Zwecke einer Verständigung und eines gemeinsamen Vorgehens mit den Sozialisten der feindlichen Länder unternommen worden sind. Als diese Versuche an der hochmütigen Verblendung der maßgebenden Genossen des Auslandes immer wieder scheiterten, habe ich, mit Trauer zwar, aber doch mit der vollen Entschlossenheit, die der Einsicht in die Notwendigkeit entspringt, den Fortgang der kriegerischen Ereignisse begrüßt und mich über jeden Erfolg der deutschen Waffen gefreut.

Einen Frieden um jeden Preis, wie er kürzlich im Reichstag wieder durch einen Zwischenruf (übrigens nicht aus dem Munde des bekannten Zwischenrufers) gefordert worden ist, halte ich für eine Verrücktheit, über die ernstlich nicht geredet werden kann. Die Versicherungen der Minderheit, der Friede sei zu haben, sobald die ganze Fraktion sich zu ihrer Auffassung bekenne, halte ich für eine agitatorische Redensart, hinter der nichts steckt. So oft die Genossen ersucht worden sind, genauer darzulegen, wie und auf welche Weise sie zum Frieden zu gelangen hoffen, so oft sind sie die Antwort schuldig geblieben. Sie wollen angeblich nicht die Zurückziehung der Heere von den Kriegsschauplätzen, sie wollen auch nicht die Niederlage Deutschlands, sie verfügen aber auch über keine Geheimmittel, die Staatsmänner des feindlichen Auslandes für Friedensverhandlungen geneigt zu

machen. Was wollen sie also? Die Kriegskredite ablehnen und der Regierung durch Ablehnung des Etats, selbst des gleichgültigen Notetats, schärfstes Mißtrauen aussprechen. Dadurch können sie zweierlei erzielen: einmal die innere Erschütterung der einheitlichen Kampffront der deutschen Heere, indem sie bei den Soldaten das Vertrauen und den moralischen Halt untergraben, andererseits die Stärkung der deutschfeindlichen Politik der Entente und ihrer Hörigen. Beide Wirkungen würden aber den allerseits ersehnten Frieden in weitere Fernen rücken, während umgekehrt die Friedensaussichten steigen, je mehr die Entente erkennen muß, daß das deutsche Volk in der Bewertung seines elementarsten Kriegsziels einig und unerschüttert ist vom ersten bis zum letzten Mann. Durch die Haltung der Minderheit ist in dieser Beziehung schon manches verdorben worden; die jüngsten Ereignisse, die zur Spaltung geführt haben, und die, die ihr gefolgt sind, werden vom feindlichen Ausland mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt und unverzüglich zur Aufstachelung der matter werdenden Kriegsinstinkte in den einzelnen Ländern benutzt. In Würdigung dieser wahrlich nicht schwer zu erkennenden Fernwirkung einer weiteren Parteizerrüttung in Deutschland habe ich die Spaltung der Fraktion von ihren ersten Anzeichen an bis zu ihrer Vollendung auf das nachdrücklichste bekämpft und halte ich sie nach wie vor für ein Unglück, nicht nur für die Partei, sondern auch für die ganze Entwicklung Deutschlands und für die Zukunft des internationalen Sozialismus.

Aber ich bin darum weit entfernt, mit Anklagen moralischer Art um mich zu werfen. Ich nehme sowohl bei der neuen Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft als auch bei der noch radikaleren Gruppe der Nur-Internationalisten, die in der neuen Fraktion und ihren theoretischen Geburtshelfern nur eine laue und steifleinene Kompromißgesellschaft sehen, den guten Glauben und den besten Willen als eine selbstverständliche Voraussetzung an. In den aufgesprungenen Gegensätzen treten nicht gute und böse menschliche Charaktereigenschaften plötzlich ans Tageslicht, sondern sie sind der Ausdruck tiefer sachlicher Meinungsverschiedenheiten, die zum Teil schon vor dem Kriege hier und da in gebändigterer Form eine Rolle in unseren Parteidebatten spielten, die aber erst durch den Krieg über Nacht in voller Schärfe vor die Partei traten und ihre Klärung forderten. Gerade diese ist aber infolge des Kriegszustandes nicht in vollem Maße möglich, ebensowenig kann von der einzig kompetenten Stelle eine Entscheidung getroffen werden.

Diese üblen Begleitumstände dürfen bei der Entwicklung, die die Dinge genommen haben, und bei ihrem gegenwärtigen Stande aber nicht davon abhalten, so viel zur Klärung der Wirrnisse und Gegensätze zu tun, wie die Verhältnisse gestatten. Ich will deshalb auch noch mit einigen Worten auf den Hauptpunkt eingehen, in dem ich mich von Bernstein unterscheide. Nur auf den Hauptpunkt. Denn wollte ich auf alle sonstigen Verzerrungen des Tatbestandes und der Gründe und Maßnahmen der Fraktionsmehrheit eingehen, so wie sie sich in Bernsteins Kopf spiegeln, so hätte ich viel zu tun und hätte am Schlusse doch kaum viel mehr erreicht als beim Beginn.

Der Disziplinbruch ist die Hauptsache. Ich lasse auch den Treubruch beiseite, so sehr ich bei Beginn jener beklagenswerten Reichstagssitzung unter dem lähmenden und zugleich verbitternden Gefühl stand, von

bisherigen Freunden schmählich hintergangen worden zu sein. Bernstein sagt beschönigend, es habe sich höchstens um eine »Überrumpelung« gehandelt, zu der die Überrumpelten am besten eine gute Miene hätten machen sollen. Mag sein, daß er die Grenzen zwischen Treubruch und Überrumpelung nicht da sieht, wo ich sie sehe. Mag auch sein, daß er bei einer solchen Überrumpelung sein Gesicht zu einem ausgleichenden Lächeln zu zwingen weiß. Ich kann das nicht. Lieber lasse ich auch andere Menschen sehen, welchen Abscheu ich über Verrat und Heimtücke empfinde, als daß ich mich bei einem so bösen Spiel noch zu einer guten Miene zwänge!

Aber der Treubruch ist schließlich nur eine Nebensache, noch dazu mehr gefühlsmäßiger Art. Die Hauptsache ist, ich wiederhole es, der Disziplinbruch. Gerade diesen Vorwurf, den wir gegen die Minderheit erheben, tut aber Bernstein mit natürlicher oder gekünstelter Geringschätzung ganz von hoch oben her ab. Es handle sich nicht um Disziplinbruch, so schreibt er, »wenn anders die Fraktion nicht als Rekrutenschule erscheinen soll«. In einem an anderer Stelle erschienenen Artikel spricht Bernstein nicht minder verächtlich von der »Fuchtel des Korporals«, der sich die Minderheit nicht unterstellen wolle.

Vielleicht macht Bernstein hier und da Eindruck mit solchen Kraftworten. Sie waren in früheren Zeiten unentbehrliches Zubehör unserer Agitationsreden. Hoffentlich spielen sie in Zukunft eine bescheidenere Rolle. Mir imponieren sie jedenfalls nicht, auch nicht, wenn sie, wie hier, in deutlich erkennbarer Absicht in Beziehung zum Kasernenhof gesetzt werden.

Darum handelt es sich wahrhaftig nicht, daß wir eine Disziplin militärischer, parteipolitischer oder bureaukratischer Art aufrechtzuerhalten hätten. Sie wäre keinen Schuß Pulver wert. Die Disziplin ist auch nicht um ihrer selbst willen da, sie ist lediglich Mittel zum Zweck. Aber als solches ist sie nicht ein Mittel unter anderen, sondern sie ist *das erste und wichtigste Mittel der Arbeiterklasse in ihrem Befreiungskampf überhaupt*.

Dieser Kampf wird durch die Organisationen geführt. Organisationen sind nur möglich durch freiwilliges Unterordnen und Einordnen des einzelnen in die Gesamtheit; Organisationen können nur wirken durch den Willen der Mehrheit, der nach vorhergegangener freier Aussprache und Kritik durch Beschluß festzustellen ist. Gegen diesen Beschluß kann man sofort, nachdem er gefaßt worden ist, im Rahmen der eigenen Organisation mit den dafür zuständigen Mitteln kämpfen, um bei nächster Gelegenheit einen anderen Beschluß zu erzielen. Aber bis dahin muß der Mehrheitsbeschluß ausgeführt werden, muß sich nach ihm jedes Handeln richten, gilt er als oberstes und unverbrüchliches Gesetz für die Tätigkeit der Organisation, ganz besonders im Kampfe mit ihren Gegnern. Geschähe das nicht, hätte eine unterlegene Minderheit das Recht, gegen einen soeben gefaßten Beschluß der Mehrheit zu handeln, so wäre jedes Zusammenarbeiten aufgehoben. An Stelle der eigenen Organisation träten zwei, bis diese sich wieder bei nächster Gelegenheit aus den gleichen Gründen spalteten, so daß schließlich die Atomisierung der Organisation, ihre Auflösung in ihre einzelnen Bestandteile die Folge wäre.

Das Wesen der Arbeiterbewegung besteht aber gerade darin, die atomisierten einzelnen des modernen Arbeitsprozesses zur leistungsfähigen Or-

ganisation zusammenzufassen. Die Zulassung des Disziplinbruchs oder auch nur seine milde Beurteilung innerhalb der Organisation wäre also gleichbedeutend mit ihrer Bereitschaft zum Selbstmord.

Die deutsche Arbeiterbewegung hat deshalb stets und überall den Disziplinbruch als ihre schlimmste Schädigung angesehen. Und mit Recht. Verstöße gegen grundsätzliche Auffassungen sind nicht so gefährlich wie Disziplinbrüche. Sie finden ihre Korrektur durch die öffentliche Erörterung und durch den Beschluß der Mehrheit bei der nächsten dafür in Betracht kommenden Gelegenheit. Sie hindern auch nicht die Aktionsfähigkeit der Arbeiterklasse. Wenn sich dagegen Gruppen absplittern, um nach eigenen — weil angeblich gescheiteren — strategischen und taktischen Erwägungen den Feind anzugreifen, so geraten sie in Gefahr, die eigenen Freunde zu beschießen, oder in deren Feuerlinie zu geraten und beschossen zu werden. Daher Freiheit und Vielfältigkeit im Denken, Einheit und Einheitlichkeit im Handeln!

Die Organisation mit der zu ihr gehörigen Diszplin ist nicht eines unter vielen, sondern es ist *das* Mittel der Arbeiter, mit dem sie ihre Befreiung im Sinne des Sozialismus durchzusetzen haben. Es ist zugleich das Mittel, mit dem die Arbeiter ihren Anspruch auf die Kultur anmelden und zur Geltung bringen. Die weiland herrschende Klasse des Adels wußte zu herrschen und zu unterdrücken, ein Vorzug, in dem die Arbeiterklasse ihr den Rang nicht ablaufen will. Die bürgerliche Gesellschaft verfügte als wichtigstes Mittel ihrer politischen und kulturellen Befreiung über das gesamte geistige Leben der Zeit; die Arbeiter haben nicht die Mittel und die Möglichkeit, auf dem steinichten Boden ihrer sozialen Verhältnisse ein völlig eigenes Geistesleben neu zu schaffen. Dafür aber haben sie der kulturellen Entwicklung als ihre Morgengabe das Mittel der Organisation dargebracht. *Das ist das eigentlich proletarische Kulturmittel.* Wer dagegen verstößt, versündigt sich unmittelbar am Klassenkampf und am Sozialismus. *Wer die Disziplin bricht, begeht eine Sünde wider den heiligen Geist der Organisation.* Darum antworte ich auf Bernsteins feierlich-entrüstete Frage: »Hat der Geist, der heute Europa verwüstet, wirklich so sehr die Köpfe umnebelt, daß es auch in unserer Partei heißen soll: Disziplin ist alles, Recht ist nichts?« ohne irgendwelches Besinnen: Jawohl, *Disziplin ist alles für eine proletarische Bewegung.* Das angebliche »Recht« des einen oder anderen, das heute in jedem Falle doch nur eine Kodifizierung bürgerlicher Anschauungen ist, darf für die Proletarier kein Grund sein, ihre Erstgeburtsrechte, die Organisation und die Disziplin, preiszugeben.

Ebensowenig darf die angebliche Verletzung von Parteigrundsätzen durch die Mehrheit ein Grund zum Disziplinbruch für die Minderheit sein. Über die richtige Anwendung der Grundsätze entscheidet gleichfalls bis zum nächsten Parteitag die Mehrheit. Die Minderheit mag sich für neunmalweiser halten und im Sinn ihrer besseren Weisheit für ihre Ansichten innerhalb der Organisation propagandistisch wirken — sie hat aber nicht das Recht, entgegen den Mehrheitsbeschlüssen und den Deklarationen der Parteigrundsätze durch die Mehrheit zu handeln. Tut sie es dennoch, so bedeutet das die Trennung von der Mehrheit, im weiteren auch die Trennung von der Partei und damit eine bösartige Schädigung der Arbeiterinteressen.

Wenn Genosse Bernstein glaubt, daß die Spaltung der Fraktion neben manchem Üblen auch ihre Vorteile mit sich bringe, so wird er inzwischen durch den Verlauf der Reichstagstagung seit der Spaltung eines Besseren belehrt worden sein. Wenn nicht, so wird die Folgezeit nachhelfen. Auch eine geschichtliche Tatsache wie die Fraktionsspaltung hat ihre eigene Logik und entwickelt ihre eigenen Konsequenzen. Die 18 Genossen, die die Spaltung vollzogen haben, hatten es in der Hand, die Kugel im Lauf zu lassen oder sie abzufeuern. Sie haben das letztere vorgezogen. Jetzt ist die Kugel und ihre Wirkungen nicht mehr ihre Sache allein. Die gesamte deutsche Arbeiterbewegung muß sehen, wie sie sich mit der neuen Lage der Dinge abfindet.

Grundsatzlose Steuerpolitik.

Eine Erwiderung von **Karl Kautsky.**

I.

Cunow hat recht, wenn er mit seiner Entgegnung nicht wartet, bis das Schlußkapitel meiner Artikelserie über Steuerpolitik erscheint. Ich bin zurzeit nicht in der Lage, mitzuteilen, wann und ob überhaupt dies Kapitel zum Abdruck gelangen wird. Für die vorliegende Auseinandersetzung ist es nicht notwendig, weil darin von den hier bestrittenen Punkten nicht mehr gehandelt wurde.

Freilich hätte das Schlußkapitel meine Auffassungen klarer erkennen lassen, aber darauf kommt es Cunow gegenüber kaum noch an. Denn auch darin hat er vollständig recht, wenn er sagt:

Unsere beiderseitigen Ausgangspunkte und unsere ganze Betrachtungsweise sind zu verschieden, als daß eine nutzbringende Auseinandersetzung möglich wäre.

Fraglich kann bloß sein, ob dieser Abgrund schon vor dem Kriege zwischen uns klaffte, von Cunow aber sorgfältig verdeckt wurde, oder ob er sich erst im Kriege aufgetan hat.

Den Unterschied zwischen uns definiert nun Cunow in folgender Weise:

Kautsky betrachtet die Steuerfrage als eine dogmatisch-prinzipielle Frage, ich als eine Frage historisch-ökonomischer Relativität.

Sollte das heißen, daß ich nach ewigen Prinzipien in der Steuerfrage suche, dann wäre das natürlich falsch. Daß jede Steuer und ihr Wirken von bestimmten ökonomischen Bedingungen abhängig ist, wird meines Wissens von niemand geleugnet, gilt als selbstverständlich, und Cunow braucht wirklich nicht so zu tun, als ob bloß seine »historisch-ökonomische Relativität« etwas davon wüßte.

Es ist richtig, daß es »keine für alle Staaten ohne Rücksicht auf ihren Entwicklungsgang und ihre spezielle Wirtschaftslage gültigen Steuerprinzipien gibt«. Doch solche habe ich gar nicht aufgestellt. Wohl aber behaupte ich, daß es Steuerprinzipien gibt, die für alle Staaten gelten, *die auf einer bestimmten Entwicklungsstufe stehen*. Und ich habe nach jenen Steuerprinzipien gesucht, die für die Staaten mit entwickelter kapitalistischer Produktionsweise gelten.

Cunow dagegen leugnet die Möglichkeit aller Steuerprinzipien überhaupt, was aber im Grunde auf die Leugnung jeder ökonomischen Theorie

hinausläuft. Seine »historisch-ökonomische Relativität« ist nichts als die der historischen Schule der politischen Ökonomie, die ebenso wie er grundsatzlos von Fall zu Fall urteilt. Mit ihr ist eine Auseinandersetzung über ökonomische Theorien und Steuerprinzipien natürlich nicht möglich. In der klassischen Ökonomie führte die allgemeine Theorie stets auch zu bestimmten Steuerprinzipien. So bei den Physiokraten, so bei Adam Smith, so bei Ricardo. Das grundlegende Buch des letzteren heißt: »Prinzipien der politischen Ökonomie und der Besteuerung«. Von den 32 Kapiteln behandeln 12 die Steuerprinzipien.

Natürlich ist es mit der Gewinnung der Prinzipien nicht abgetan. Will man sie in einem gegebenen Falle anwenden, muß man auch dessen besondere Verhältnisse in Betracht ziehen. Das ist aber wieder eine Selbstverständlichkeit, die niemand leugnet. Cunow freilich muß mir eine derartige Leugnung unterschieben, um die Überlegenheit seiner »Relativität« erweisen zu können. Er belehrt uns:

> Mit der Ableitung allgemeiner abstrakter Steuerprinzipien aus irgendwelchen (!) unterlegten Prämissen (! nämlich den Marxschen Theorien. K.) ist meines Erachtens noch gar nichts gewonnen; sie können zu wirklich praktischen Leitsätzen einer sozialdemokratischen Steuerpolitik erst werden, wenn sie aus dem Allgemeinen ins Spezielle übersetzt werden, das heißt: wenn sie den in den einzelnen Staaten gegebenen Wirtschaftsverhältnissen angepaßt und entsprechend modifiziert sind. (S. 44.)

Sehr schön. Aber um das zu tun, muß das Allgemeine doch erst da sein! Wie soll das Allgemeine ins Spezielle übersetzt werden können, wenn gar nichts Allgemeines vorhanden ist! Cunow leugnet die Möglichkeit des Allgemeinen und verlangt in einem Atem seine Übersetzung ins Spezielle. Das ist ganz auf der Höhe jener Kritiker, die Marx vorwarfen, daß er im ersten Bande des »Kapital« mit so allgemeinen Begriffen wie dem Mehrwert hantiere, statt sich gleich mit Zins, Unternehmergewinn, Grundrente und anderen »gegebenen Wirtschaftsverhältnissen« zu befassen.

Marx bemerkte dazu:

> Man wird aus dem dritten Buche sehen, daß die Profitrate leicht zu begreifen, sobald man die Gesetze des Mehrwerts kennt. Auf dem umgekehrten Wege begreift man weder diese noch jene!

So muß man auch die allgemeinen Grundsätze der Steuerpolitik kennen, ehe man daran geht, ihre Anwendung in bestimmten Einzelfällen zu prüfen. Wer nicht zu allgemeinen Grundsätzen kommt, wird sich in der verwirrenden Fülle der Einzelfälle nie zurechtfinden.

Und dementsprechend verliert man in der Politik den festen Boden unter den Füßen, wenn man keine festen Grundsätze hat. Die Grundsatzlosigkeit wird nicht annehmbarer dadurch, daß man sie »historisch-ökonomische Relativität« tauft.

Da Cunow erklärt, jedes Interesse an einer Auseinandersetzung über Steuerprinzipien verloren zu haben, bleibt ihm für seine Entgegnung nur noch die persönliche Seite der Frage übrig. In der Hauptsache dienen seine Ausführungen bloß dem Nachweis, daß ich ihm bitter unrecht getan habe.

Seine ganze Darlegung darüber läßt sich kurz folgendermaßen zusammenfassen: Cunow erklärt zuerst, er habe ja im Grunde gar nichts ge-

sagt. Und dann, alles, was er gesagt habe, sagten vor ihm schon Engels, Marx und ich.

Natürlich bringt er seine Verantwortung nicht in dieser Form vor, sondern »mit ein bißchen anderen Worten«. Aber darauf läuft sie hinaus. Vor allem bestrebt sie sich, zu verwischen, worum es sich handelt.

Die Fragen der Steuerpolitik kamen auf durch die jüngsten Steuervorlagen. Da wurde von einer Reihe von Parteigenossen erklärt, wir dürften die Einkommen- und Besitzsteuern nicht zu hoch schrauben, weil wir dadurch die kapitalistische Akkumulation beschränkten. Wir müßten unsere bisherige Scheu vor Verkehrs- und Verbrauchssteuern und fiskalischen Staatsmonopolen ablegen.

Nun hatten auch wir immer davor gewarnt, die Steuern auf die Besitzenden so hoch anzusetzen, daß dadurch die Akkumulation gehemmt wurde. Aber das war eine Warnung vor der Übertreibung des Steuerdrucks zu unproduktiven Zwecken. Nie aber wäre es uns eingefallen, die nötige Rücksicht auf die Akkumulation in der Weise zu nehmen, daß wir die Steuerlast den Besitzlosen auferlegten. Das aber wollten jene Genossen. Sie waren bereit, Produktion und Proletariat aufs schwerste zu belasten. Bloß vor hoher Belastung der Besitzenden schreckten sie zurück.

Das war ein Versuch, unsere Partei in der Steuerfrage von ihrer bisherigen Haltung abzudrängen und unser Streben zu lähmen, die Last der neuen Steuern den Schultern der Besitzenden aufzulegen.

In dieser entscheidenden Situation erschien es Cunow dringend geboten, in einer Flut von Artikeln vor jeder Überspannung der Einkommen- und Besitzsteuern zu warnen und zu erklären, es gebe Verkehrssteuern und Monopole, die sofort viele Hunderte von Millionen liefern könnten ohne jene Schädigung der ökonomischen Entwicklung, die eine hohe Einkommensteuer nach sich ziehe.

Jetzt freilich möchte er's nicht gern gewesen sein. Um die Spuren zu verwischen, wendet er sich gegen Anklagen, die ich nicht erhoben. Entrüstet erklärt er:

> Ich muß jede Andeutung Kautskys ablehnen, als sei ich *im allgemeinen* für Verkehrssteuern eingetreten. Selbst die Konnossementsteuer, Wechselstempelsteuer, Emissionssteuer gelten mir nicht *schlechthin* als akzeptabel, sondern nur unter *ganz bestimmten Bedingungen*. (S. 49.)

Cunow gibt nicht an, wo ich diesen unberechtigten Vorwurf gegen ihn erhoben haben soll. Er meint wohl den einen Satz, in dem ich von ihm sage: »Er macht Propaganda für indirekte Steuern oder, wie er es nennt, er tritt für die ‚Steuermöglichkeiten' gegen die ‚Steuerdogmatik' auf« (Neue Zeit, XXXIV, 1, S. 743). Damit habe ich natürlich nicht behauptet, er mache Propaganda für *jede* Art indirekter Steuer oder *jede* Verkehrssteuer, welcher Art immer sie sei. Auch der größte Fanatiker für solche Steuern wird sie nicht unbesehen, sondern nur unter bestimmten Bedingungen akzeptieren. Das gilt selbst für die Nationalliberalen. Und tiefer als die nationalliberale Steuerpolitik schätze ich auch die der Cunowschen »Relativität« nicht ein. Stellen wir fest, er ist nicht absolut, sondern nur relativ für Verkehrssteuern.

Aber meine Schlechtigkeit begnügte sich nicht mit dem Vorwurf absoluter Vorliebe für jede Verkehrssteuer:

Genau so richtig wie der Vorwurf, ich sei für Verkehrssteuern schlechtweg eingetreten, ist die von Kautsky (S. 779) aufgestellte Behauptung, ich sei gegen eine Konfiskation der Kohlengruben, aber für einen Ankauf zu ihrem Wert: eine Entdeckung, an die er zwei Seiten lang entrüstete Ausführungen knüpft, in denen er mich nach bekannter Weise »marxistisch« vernichtet. (S. 50.)

Und doch sei meine Behauptung ganz aus der Luft gegriffen, denn er, Cunow, verlange weder die Konfiskation noch den Ankauf der Kohlengruben, sondern ein Kohlenhandelsmonopol!

Alle Achtung vor der Gewandtheit, mit der Cunow sich hier aus der Schlinge zu ziehen sucht. Aber die Vorsicht, mit der er den wirklichen Sachverhalt umgeht, beweist deutlich, wie weh ihm dieser getan hat. Wer nämlich die »zwei Seiten« — in Wirklichkeit sind's mehr als drei — nachliest, die ich Cunow in der Frage des Kohlenmonopols widme, wird finden, daß nur eine Zeile davon nebenbei die Frage streift, ob Cunow die Kohlengruben konfiszieren wolle. Die ganzen drei Seiten gelten aber seiner Behauptung, die er im »Vorwärts« verfocht, daß wohl eine hohe Einkommensteuer die ökonomische Entwicklung hemme, dagegen könne man ohne jeden Schaden die gleiche Steuersumme dadurch gewinnen, daß man »einen Industriezweig, zum Beispiel den Kohlenbergbau, völlig verstaatlicht«. In diesem Falle werde die Akkumulation nicht gefährdet, denn die »enteigneten Zechenbesitzer« würden nach der Verstaatlichung neue Kapitalien und der Staat neue Profite beziehen. Das ist das, was Cunow behauptete. Von einem Kohlenhandelsmonopol war dabei keine Rede, und was ich »marxistisch vernichtete«, war nicht die Anschauung, daß Cunow die »enteigneten Zechenbesitzer voll entschädigen wolle«, sondern die lächerliche Anschauung, »daß bei einem Austausch gleich großer Kapitalien beide Teile gewinnen, der eine den Profit, der andere das Kapital«.

Diese Ansicht habe ich allerdings, wie ich sehe, marxistisch so gründlich vernichtet, daß Cunow nicht mehr wagt, sie zu wiederholen, und glauben machen will, ich hätte mich gegen etwas ganz anderes gewendet.

Sollte er aber vermeinen, sein Auskunftsmittel des Kohlenhandelsmonopols sei das Zaubermittel, den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen, und dem Staate Hunderte von Millionen neuer Einnahmen zuzuführen, ohne daß irgendein Akkumulations- oder Konsumtionsfonds geschädigt wird, dann bliebe freilich nichts anderes übrig, als für diesen Vorschlag die Prozedur zu wiederholen, die ich für den Vorschlag der Verstaatlichung der Kohlengruben als Mittel fiskalischen Gewinns bereits vorgenommen.

II.

Nun noch die Berufung auf mich, Engels und Marx. Es ist sicher sehr nett von Cunow, daß er neben Äußerungen unserer Altmeister auch noch eine jener Schriften von mir als beweiskräftig heranzieht, die man nach seiner Behauptung heute »ungefähr mit dem gleichen literarhistorischen Interesse liest wie Fontenelles „République des Philosophes" oder Fénelons „Aventures de Télémaque". Doch leider muß ich konstatieren, daß er meine Broschüre über die soziale Revolution nicht einmal mit »literarhistorischem Interesse« gelesen haben kann, sonst könnte er unmöglich vermeinen, daß sie eine Stütze seines jetzigen Standpunktes darstelle und daß ich in der Steuerpolitik einen Meinungswechsel vollzogen habe. Schon früher hat sich

Cunow in der Steuersache auf diese Broschüre berufen. Ich habe schon in meinem Artikel über Steuerpolitik erklärt, die Berufung auf mich sei nicht gerechtfertigt. Nutzt nichts. Daß ich es nur kurz tat und es mir nicht der Mühe wert erschien, es ausführlich zu begründen, betrachtet Cunow jetzt nur als Zeichen dafür, daß ich »scheu« seinem »Hinweis auf diesen Meinungswechsel aus dem Wege gehe«. Wie kann man vom Umlernen so wegwerfend denken, Genosse Cunow! Da er noch immer darauf besteht, mich nicht verstehen zu wollen, muß ich diesmal leider ausführlicher werden.

Also, es ist richtig, daß ich in meiner Schrift über die »soziale Revolution« darauf hingewiesen habe, wir könnten die Einkommen-, Vermögen- und Erbschaftsteuern im heutigen Staat nicht beliebig hoch schrauben. Das leugne ich auch heute gar nicht. Das ist aber auch nicht der Gegenstand des Streites zwischen uns. Der geht vielmehr um die Frage, ob wir dort, wo wir eine Erhöhung der Einkommen- und Besitzsteuern nicht mehr erzielen können, Steuererhöhungen in der Form von Verkehrs- oder Verbrauchssteuern bewilligen sollen — fiskalische Monopole sind zunächst auch nichts anderes. Um die Frage, ob solche Steuern nicht noch schädlicher und verwerflicher sind. Von dieser Frage, die uns heute beschäftigt, handle ich in der Schrift über die soziale Revolution gar nicht. Ich komme dort in einem ganz anderen Zusammenhang auf die Einkommen- und Vermögensteuern zu sprechen, nämlich in dem Zusammenhang mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel in einem Staate, in dem das Proletariat die politische Macht gewonnen hat. Ich erkläre, daß ein sozialistisches Regime ruhig die kapitalistischen Besitztümer ihren Besitzern zum vollen Wert ablösen könne.

> Sobald alles kapitalistische Eigentum die Form von Schuldverschreibungen des Staates, der Gemeinden oder Genossenschaften angenommen hat, wird es möglich, eine progressive Einkommensteuer, eine Vermögen- und Erbschaftsteuer in einer Höhe einzuführen, wie sie bis dahin unmöglich ist.... Unter diesen Umständen wird es möglich, die progressiven Einkommen- und Vermögensteuern so hoch zu schrauben, als man es braucht. Wenn nötig, so hoch, daß sie einer Konfiskation der großen Vermögen nahe- oder gleichkommen. (S. 76, 77.)

Die letzten Worte bezeugen deutlich, von welchem Gesichtspunkt aus ich darauf hinwies, daß man nach erfolgter Vergesellschaftung der Produktionsmittel die Einkommen- und Besitzsteuern weit höher schrauben könne als heute. Sie bekommen eben dann einen ganz anderen Charakter, werden aus einem Mittel, die laufenden Staatsbedürfnisse zu decken, ein Mittel, die »Expropriation der Expropriateure« zu vollziehen.

Alledem geht Cunow »scheu aus dem Wege«, um höhnend behaupten zu können, daß die Forderung der einzigen Einkommen- und Vermögensteuer »für Marx und Engels eine Forderung des bürgerlichen Radikalismus« war, für mich dagegen sei sie »eine sozialistische Zukunftsforderung«.

Als ob die Einkommensteuer als Form der Konfiskation der großen Vermögen auch nur das geringste zu tun hätte mit jener Einkommensteuer, die »eine Forderung des bürgerlichen Radikalismus war«!

Mit gleichem Verständnis und gleicher Richtigkeit sind die Berufungen auf Engels und Marx abgefaßt.

In bezug auf die erstere können wir uns kurz fassen, denn Cunow geht hier »scheu« nicht nur dem »Hinweis«, sondern auch dem Nachweis »aus

dem Wege«, den Bernstein und ich geliefert, daß Engels sich hier in erstaunlicher Weise geirrt hat. Solange es nicht gelingt, diesen Nachweis zu widerlegen, wird durch die Berufung auf den Engelsschen Satz in seiner Kritik des französischen Agrarprogramms in der Steuerfrage nichts entschieden. Ich kann doch unmöglich eine Schlußfolgerung als beweiskräftig ansehen, wenn ihre Voraussetzungen sich als irrig herausstellen.

Nun aber Marx! Hier greift Cunow zu dem bequemen Mittel, das, was er beweisen will, mir in den Mund zu legen, um sich so den Beweis zu ersparen.

Ich hatte auf den Satz hingewiesen, der in dem Marxschen Briefe über das Gothaer Programm von der Einkommensteuer handelt. Cunow bemerkt darüber:

> Kautsky meint, er, Marx, hätte sich zwar auch gegen die Aufnahme der betreffenden Forderung in das Gothaer Programm gewandt, aber nicht, weil er sie wirtschaftlich für unmöglich gehalten habe, sondern nur, weil sie nichts Sozialistisches enthalte. Das stimmt zum Teil, doch inwiefern folgt aus der Ablehnung einer bestimmten Forderung eine Billigung derselben?

Dies erledigt sich ganz einfach dadurch, daß keineswegs »Kautsky meint«, Marx habe sich »gegen die Aufnahme der betreffenden Forderung in das Gothaer Programm gewandt«. Das konnte ich aus dem Grunde nicht meinen, weil in dem Briefe nichts Derartiges steht. Man höre nur einmal den ganzen Passus:

> Daß man in der Tat unter »Staat« die Regierungsmaschine versteht oder den Staat, soweit er einen durch Teilung der Arbeit von der Gesellschaft besonderten eigenen Organismus bildet, zeigen schon die Worte: »Die deutsche Arbeiterpartei verlangt als wirtschaftliche Grundlage des Staates: eine einzige progressive Einkommensteuer usw.« Die Steuern sind die wirtschaftliche Grundlage der Regierungsmaschinerie und von sonst nichts. In dem in der Schweiz existierenden Zukunftsstaat ist diese Forderung ziemlich erfüllt. Einkommensteuer setzt die verschiedenen Einkommensquellen der verschiedenen gesellschaftlichen Klassen voraus, also die kapitalistische Gesellschaft. Es ist also nichts Auffälliges, daß die Financial Reformers von Liverpool — Bourgeois mit Gladstones Bruder an der Spitze — dieselbe Forderung stellen wie das Programm. (Neue Zeit, XIII, S. 573, 574.)

Das ist der ganze Absatz über die Einkommensteuer! Kein Wort darin, das sich »gegen die Aufnahme der betreffenden Forderung« in das Programm wendete.

Aber Cunows Scharfsinn hat aus dem Marxschen Briefe nicht nur die Ablehnung der einzigen Einkommensteuer herausgefunden, die bündige Erklärung, wie er sich ausdrückt: »Die Forderung ist ein Nonsens«, ein totaler Unsinn. Er hat auch den Grund der Ablehnung entdeckt:

> Und warum lehnte Marx 1875 in seinem Schreiben an Bracke die Forderung ab? Nun, weil sie nach seiner Meinung nur in einer demokratischen Republik (wie die Schweiz) einen gewissen Sinn habe, nicht aber in Deutschland und Preußen.

Den Beweis für diese erstaunliche Behauptung sieht Cunow klar erbracht:

> Man braucht nur die Sätze, die der von Kautsky zitierten Stelle des Marxschen Briefes vorausgehen, nachzulesen, um das sofort zu erkennen.

Wir wollen den langen Passus, auf den sich nun Cunow beruft, zur Ersparung von Raum nicht wieder völlig abdrucken. Der Leser kann ihn in

dem Cunowschen Artikel nachlesen (S. 47). Nur ein Satz daraus sei hier als die Quintessenz des Ganzen wiederholt. Es heißt dort nämlich in bezug auf verschiedene Forderungen:

Die deutsche Arbeiterpartei durfte die Hauptsache nicht vergessen, nämlich, daß alle jene schönen Sächelchen auf der Anerkennung der sogenannten Volkssouveränität beruhen, daß sie daher nur in einer demokratischen Republik am Platze sind und nicht in einer Militärmonarchie.

In diesem Absatz werden die Forderungen, gegen die er sich wendet, »jene schönen Sächelchen«, nicht ausdrücklich genannt. Cunow aber hat »sofort erkannt«, daß die Einkommensteuer dabei gemeint ist. Ich bin leider etwas schwerfälliger, und so erlaube ich mir die Anfrage: Wieso kommt Cunow zu dieser sofortigen Erkenntnis? Der Absatz, in dem von »jenen Sächelchen« die Rede ist, geht demjenigen, in dem die Einkommensteuer behandelt wird, voraus. Mit dem Wort »jener« deutet man aber auf früher schon erwähnte, nicht auf erst kommende Dinge hin. Und dann, seit wann beruht die Einkommensteuer auf der Anerkennung der Volkssouveränität? Wer sich die Mühe gibt, den Passus in seinem Zusammenhang zu lesen, statt »sofort zu erkennen«, was er bedeutet, findet auch, daß vorher »jene schönen Sächelchen«, denen er gilt, ganz genau bezeichnet werden als besondere »politische Forderungen«, wie direkte Gesetzgebung, Volksrecht, Volkswehr. Von ihnen und nicht von der Einkommensteuer sagt Marx, daß sie Sinn nur in einer demokratischen Republik haben. Wenn man davon absehe, diese Republik zu fordern, solle man auch nicht jene »Sächelchen« verlangen.

Es scheint mir, daß Marx darin zu weit ging. Auch wo diese Forderungen unverträglich sind mit dem bestehenden Charakter des Staates, kann gerade der Kampf um sie beitragen, jenen Charakter zu ändern. Aber wie immer man darüber denken mag, mit der Forderung der Einkommensteuer hat dieser Passus auf keinen Fall irgend etwas zu tun.

Seine Auslegung durch Cunow ist völlig unbegründet. Nicht aber ohne Bedeutung. Sie wirft ein grelles Licht, freilich nicht auf Marx', wohl aber auf Cunows jetzige Steuerpolitik. Dieser hält es ohne weiteres für selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie in der Monarchie ein anderes Steuerprogramm aufstellt als in der demokratischen Republik!

Welche Gründe können es sein, die uns zu veranlassen haben, eine Steuer, die uns in der Republik richtig erscheint, in der Monarchie aus unserem Programm zu streichen? Gründe der Ökonomie können da nicht entscheidend werden, denn die Gesetze der Akkumulation und der wirtschaftlichen Entwicklung sind doch in der Monarchie die gleichen wie in der Republik. Der Unterschied zwischen beiden ist nicht ein ökonomischer, sondern ein politischer, und so kann der Grund, den hier Cunow für maßgebend ansieht, auch nur ein politischer sein.

Er liegt nahe: Cunow meint offenbar, in der demokratischen Republik finde die Steigerung der Einkommen- und Vermögensteuern nicht jene Widerstände wie in der Monarchie. Wir seien zu schwach, unser vollständiges Steuerprogramm in einer Militärmonarchie durchzusetzen, und darum müßten wir es von vornherein reduzieren und bereit sein, neue Steuerlasten eher dem Proletariat als den Besitzenden aufzulegen. Mit anderen Worten, wir dürfen in unserem Programm nur Forderungen aufstellen, von denen

wir erwarten, die Regierung und die bürgerlichen Parteien würden ihnen keinen erheblichen Widerstand entgegensetzen.

Da haben wir jetzt den Kern der »historisch-ökonomischen Relativität« Cunows bloßgelegt. Nun begreifen wir seine Abneigung gegen jede theoretische Entwicklung von Steuerprinzipien. Wer seine Steuerpolitik abhängig machen will von den wechselnden Stimmungen und Machtverhältnissen der herrschenden Parteien, für den ist freilich jede »dogmatisch-prinzipielle« Grundlegung der Steuerpolitik nicht bloß überflüssig, da er sie ja doch nicht zu Rate zieht, sondern, wenn sie in der Partei Einfluß gewinnt, eine unbequeme Fessel. Weg mit ihr!

Das ist die Blüte des reinen Marxismus, die Cunow jetzt der »nachmarxistischen Scholastik« entgegensetzt. Es ist nichts als die Anwendung marxistischen Wissens zu dem Zwecke, dem Proletariat die gewöhnlichste opportunistische Augenblickspolitik eines Kolb und Peus schmackhafter zu machen. Sein Neomarxismus entpuppt sich als »Peo«marxismus.

Die soziale Unrast in Amerika.

Von J. Költgen. (Schluß.)

Die feudalen Verhältnisse, die auf den landwirtschaftlichen Großbetrieben zu finden sind, trifft man, so sonderbar dies auch klingen mag, in ihrer vollen Entfaltung in der amerikanischen Industrie an. Die nachstehenden Sätze aus dem Kommissionsbericht geben nur eine milde Beschreibung von der Sklaverei, die zum Beispiel in den Bergwerksgebieten Südkolorados herrschte und vielleicht noch herrscht.

»Unter gewissen Verhältnissen,« schreiben die Berichterstatter, »wo der Einzelunternehmer oder die unternehmende Gesellschaft das Gemeinwesen, in dem der Arbeiter lebt, besitzt oder beherrscht, werden die Art und die Preise seiner (des Arbeiters) Nahrungsmittel, seine Kleidung und Behausung, die Erziehung seiner Kinder und seine eigenen Handlungen, seine Reden und seine Meinungen und in einigen Fällen selbst seine Religion beherrscht und bestimmt, soweit es im Interesse des Unternehmers wünschenswert ist, diese Herrschaft auszuüben. Derartige Verhältnisse werden eingeführt und aufrechterhalten nicht nur dadurch, daß der Unternehmer alle Arbeitsbedingungen vorschreibt, sondern auch dadurch, daß er in solchen Gemeinwesen die politischen Funktionen an sich reißt oder die politische Maschinerie beherrscht.«

Man verwechsle diesen industriellen Feudalismus ja nicht mit den patriarchalischen industriellen Verhältnissen, die in manchen Gegenden Europas noch anzutreffen sind. In den »wirtschaftlichen Fürstentümern« hat es der Unternehmer meist mit eingewanderten, der Landessprache unkundigen Arbeitern zu tun, deren Behandlung mehr der der Arbeiter in den Kolonien gleicht. Brutalität und physische Vergewaltigung sind das Merkmal der Kapitalsherrschaft in diesen Gegenden.

Recht lebhaft führt Herr West in der zusammenfassenden Einleitung seiner im Auftrag der Kommission verfaßten Monographie über den Bergarbeiterstreik in Kolorado, der vom Monat September des Jahres 1913 bis zum Monat Dezember des Jahres 1914 dauerte, das Leben in einem solchen Fürstentum vor Augen.

»Der Streik in Kolorado«, so führt er aus, »war ein Aufstand ganzer Gemeinwesen gegen die wirtschaftliche, politische und soziale Willkürherrschaft der Colorado Fuel and Iron Company und der kleineren Kohlenbergwerksgesellschaften, die ihrer Führung folgten. Diese Herrschaft war bis zu einem Punkte gediehen, daß zwei ganze Counties im südlichen Kolorado jahrelang einer volkstümlichen Regierung beraubt waren, während große Gruppen ihrer Bürger ihrer Freiheiten verlustig gingen, eines Teiles ihres Verdienstes beraubt, einer schonungslosen Verfolgung und Beschimpfung unterworfen und zu einem Zustand der wirtschaftlichen und politischen Hörigkeit gebracht worden sind. Nicht nur die Regierung dieser Counties, sondern auch die des Staates ist unter diese Herrschaft gebracht und gezwungen oder veranlaßt worden, die Befehle der Gesellschaften auszuführen, und dieselben Gesellschaften haben dem Willen des Volkes der Nation getrotzt, wie ihm vom Präsidenten der Vereinigten Staaten Ausdruck verliehen wurde.

Die wirtschaftliche Beherrschung wurde von der Colorado Fuel and Iron Company und ihrer Gefolgschaft hergestellt durch die rücksichtslose Unterdrückung der Gewerkschaften, indem sie die Macht der sofortigen Entlassung, der schwarzen Listen, der bewaffneten Wachen und der Spione zu Hilfe nahmen und dabei tätig unterstützt wurden von käuflichen Beamten des Staates, der County und der Stadt, die den Gesellschaften bei der Verfolgung der Gewerkschaftsbeamten und Mitglieder das ganze Getriebe des Gesetzes zur Verfügung stellten.

Diese wirtschaftliche Beherrschung wurde von den Gesellschaften aufrechterhalten, damit sie nach Belieben Staatsgesetze über den Bergbau beachten oder mißachten, willkürlich Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestimmen und die willkürliche Macht, Arbeiter ohne angegebenen Grund zu entlassen, behalten konnten. Die Macht, zu entlassen, wurde wiederum als Waffe gebraucht, um Angestellte und deren Familien zu zwingen, sich der Herrschaft der Gesellschaft in allen Angelegenheiten der Bergarbeitergemeinde zu unterwerfen, sei es der Verkauf von geistigen Getränken und Kolonialwaren oder die Wahl von Lehrern, Predigern, Wahlrichtern und städtischen und Countybeamten. Bei mehreren Gesellschaften wurde die Unterdrückung der Gewerkschaften auch dazu benützt, um den Arbeitern Kontrollwiegemeister vorzuenthalten, damit die Bergarbeiter um einen Teil ihres Verdienstes betrogen werden könnten.

Die politische Beherrschung wurde von den Gesellschaften bewirkt, indem sie ihr Beschäftigungsmonopol dazu mißbrauchten, die Rede-, Preß- und Versammlungsfreiheit zu unterdrücken, indem sie Werksbeamte als Wahlrichter ernannten, mit den Brauern und Schnapsbrennern Bündnisse schlossen, und die Colorado Fuel and Iron Company erzielte denselben Zweck auch noch, indem sie große Summen ausgab, um bei Wahlen Stimmen zu beeinflussen und indem sie zu anderen Formen des Betrugs und der Bestechung Zuflucht nahm. Wo sich ein öffentlicher Beamter weigerte, ihre Befehle auszuführen, wurde er gezwungen, sich zu fügen, indem von einer Seite Druck auf ihn ausgeübt wurde, die der wirtschaftlichen Macht der Colorado Fuel and Iron Company gehorchte.

Diese politische Beherrschung wurde von den Gesellschaften aufrechterhalten, damit sie die Staatsgesetze mißachten und den Staatsgesetzen trotzen könnten, die zum Schutze der Interessen ihrer Angestellten erlassen worden waren, damit sie das Zustandekommen von Staats- und Countygesetzen verhinderten, die ihren Interessen nicht günstig waren, und damit sie die von ihnen selbst gewünschte Gesetzgebung verlangen könnten; damit sie ferner die Leichenschauer und Richter beherrschen könnten, um so ihre verunglückten Angestellten daran zu hindern, Schadenersatz einzufordern; damit sie schließlich offen die verfassungsmäßigen und gesetzlichen Garantien mißachten könnten, die sie sonst daran behindert hätten, Gewerkschaftsbeamte und streikende Arbeiter einzusperren, auszuweisen und töten zu lassen.

Die Politik und die Handlungen der ausführenden Beamten der Colorado Fuel and Iron Company und der anderen mit ihr zusammengehenden Gesellschaften

fanden die warme Unterstützung und Billigung der größten und mächtigsten Finanzinteressen in Amerika, nämlich des John D. Rockefeller und seines Sohnes John D. Rockefeller junior, der die Gesellschaft durch den Besitz von etwa 40 Prozent der Aktien und Obligationen beherrschte. Briefe von Herrn Rockefeller junior, in denen dieser die Weigerung seiner Gesellschaft, mit Vertretern der Streikenden zusammenzukommen, ferner die zur Unterdrückung des Streiks getroffenen Maßregeln und den auf den Gouverneur ausgeübten Zwang, der die Verwendung von Staatstruppen auf der Seite der Unternehmer nach sich zog, in warmen Worten guthieß, wurden nicht nur den ausführenden Beamten seiner Gesellschaft gezeigt, sondern auch anderen Unternehmern, die deren Führung folgten, und seine Unterstützung trug in großem Maße zu der starren und gesetzlosen Politik bei, die schließlich zu den Schrecken der Metzelei bei Ludlow und der Einmischung der Bundesregierung führte.

Der Aufstand ganzer Gemeinwesen gegen die furchtbare Tyrannei des von Rockefeller vertretenen Finanzkapitals, der hier nur in seinen Umrissen skizziert ist, wird in der Monographie sehr eingehend nach dokumentarischen Quellen geschildert und wird einst unseren Nachkommen einen Einblick gewähren in die Wildheit und Rücksichtslosigkeit der Kapitalsherrschaft dort, wo ihr nur geringer Widerstand begegnete. Bemerkenswert sind namentlich auch die Worte, mit denen der Berichterstatter das am Genossen Lawson, dem Beamten des Bergarbeiterverbandes, verübte Justizverbrechen geißelt. Er schreibt dazu:

Die Verfolgung und Verurteilung Herrn Lawsons unter diesen Umständen und seine Einsperrung auf Lebenszeit mit Zwangsarbeit bezeichnete den tiefsten Punkt der Erniedrigung, zu der sich die Regierung Kolorados im Dienste der Colorado Fuel and Iron Company prostituiert hatte. Es ist die krönende Schmach der schmachvollen Annalen Kolorados, in denen amerikanische Einrichtungen von selbstsüchtigen Privatinteressen verfälscht und in den Kot gezerrt wurden. Es ist der Anarchismus, entblößt von jeder Spur selbst jenes hirnverbrannten Idealismus, der den unverantwortlichen Bombenwerfer beseelt. Es ist Anarchie für den Profit und aus Rache und bedroht die Sicherheit und den Bestand amerikanischer Einrichtungen, wie sie selten bisher bedroht worden sind.

Natürlich geht es nicht überall in den Vereinigten Staaten so schlimm zu wie in Kolorado; aber die Kapitalsherrschaft ist in anderen Teilen des Landes kaum weniger wirksam, wenn auch nicht so brutal. Namentlich zeigt sich dies in der kapitalistischen Beherrschung des Gerichts- und Verwaltungswesens, mit der die Kapitalisten in den Ländern mit demokratischen Einrichtungen die Hindernisse zu beseitigen suchen, die ihnen die Volksregierung in den Weg stellt. Die Prostitution der Gerichte und Behörden erzeugt hier beim Volke eine Mißachtung und Geringschätzung der Rechtseinrichtungen im allgemeinen, und nirgends ist diese Mißachtung und Geringschätzung wohl größer als in den Vereinigten Staaten; das muß jedem Besucher sofort in die Augen springen. Wenn man den Bericht der Industriekommission liest, ist dies auch erklärlich. Da wird angeführt und durch zahlreiche beglaubigte Tatsachen erhärtet, daß es den Arbeitern schwer gemacht wird, Gesetze zu ihrem Schutze durchzusetzen; daß Gesetze, die der Arbeiterschaft nützen und notwendig sind, durch die Dehnung und unlogische Auslegung der Verfassung als verfassungswidrig erklärt werden; daß bei der Anwendung des Gesetzes ein Unterschied zwischen arm und reich gemacht wird; daß die verfassungsmäßigen Rechte der Arbeiter miß-

achtet werden; daß die Rechtspflege den Arbeitern keine angemessenen Mittel bietet, wodurch sie sich bei Lohnunterschlagungen und ähnlichen Übervorteilungen durch die wirtschaftlich Stärkeren ihr Recht verschaffen können; daß die Gerichtshöfe durch eine unzulässige Ausdehnung des Einhaltsverfahrens die Arbeiter bei zahlreichen Gelegenheiten geschädigt haben und daß sie dann bei dem Gerichtsmißachtungsverfahren die Arbeiter des grundlegenden Rechtes, von Geschworenen abgeurteilt zu werden, beraubt haben; daß die Arbeiterschutzgesetze nur in wenigen Staaten wirksam durchgeführt werden; daß die Arbeiter in vielen Gegenden von den Geschworenen ausgeschlossen werden; daß unschuldige Leute während Streiks in vielen Fällen ohne gerechte Ursache verhaftet und mit großer Roheit behandelt werden; daß während Streiks in vielen Gegenden nicht nur die Polizeigewalt von den Unternehmern ausgenutzt wird, sondern daß auch von den Detektiv- und Streikbrecheragenturen Verbrecher angeworben werden, die als Deputies, mit willkürlicher Gewalt ausgerüstet, ohne strafrechtliche Verantwortung schalten und walten können; daß in vielen Gegenden während Streiks die Zivilverwaltung aufgehoben wird und an ihre Stelle unter dem sogenannten Kriegsrecht ein militärischer Despotismus tritt; daß in einigen Gegenden die Unternehmer den ganzen Regierungsapparat so vollständig beherrschen, daß gesetzwidrige Handlungen ihrer Agenten nicht beachtet und nicht bestraft werden, »während gegen die Streikführer in einer so rachgierigen Weise verfahren wird, wie man sie in zivilisierten Ländern sonst nicht antreffen kann«.

Ein gutes Beispiel, das die juristische Ummodelung der demokratischen Republik und ihre Entwicklung im allgemeinen unter der Herrschaft des Finanzkapitals zeigt, ist das Schicksal des vierzehnten Amendements zur Bundesverfassung. Diese konstitutionelle Bestimmung sagt, daß kein Staat in der Union ein Gesetz erlassen oder erzwingen darf, das die Rechte der Bürger der Vereinigten Staaten verkürzt, und daß auch kein Staat irgendeine Person des Lebens, der Freiheit und des Eigentums ohne gesetzmäßige Form berauben oder irgendeiner Person in seiner Gerichtsbarkeit den gleichen Schutz der Gesetze vorenthalten darf. In ihrer Beschreibung des Unfugs, den die großen Korporationen mit dem vierzehnten Amendement treiben, das sie zu ihrem Schutze beständig anrufen, zitiert die Kommission das Urteil des Advokaten C. W. Collins, der die Frage gründlich studiert und ein Werk darüber herausgegeben hat. So schreibt Herr Collins:

Das vierzehnte Amendement kann am leichtesten von allen Verfassungsbestimmungen angerufen werden. In einem Lande, wo die wirtschaftliche Tätigkeit so intensiv und die Zeit ein so wichtiger Faktor ist, hat man dazu als einem sicheren Verzögerungsmittel gegriffen, und stets besteht die Möglichkeit, Abhilfe in zustimmendem Sinne zu erhalten. Obgleich das Amendement in erster Linie dem Schutze der Negerrasse dienen sollte, ist es in der letzten Zeit zu einer verfassungsmäßigen Bürgschaft der Korporationen dafür geworden, daß ein staatliches Verfahren gegen sie erst nach jahrelangem Prozessieren in den staatlichen und Bundesgerichten bis zum Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten wirksam werden kann. Der Lauf des Amendements nimmt einen anderen Weg als den ursprünglich beabsichtigten.

Und an einer anderen Stelle sagt er.

Obwohl das vierzehnte Amendement seinem Ursprung und Zwecke nach eine humanitäre Maßregel war, ist es in den letzten Jahren von den Korporationen so gut wie angeeignet worden. Es sollte die Mächte des Reichtums und des Vor-

rechts einschränken und in Schach halten. Es sollte ein Freibrief der Menschenrechte gegenüber den Eigentumsrechten sein. Die Umwandlung vollzog sich schnell und vollständig. Heute ist es wirksam, um die Eigentumsrechte zum Schaden der Menschenrechte zu schützen. Es ist der große Freibrief des angehäuften und organisierten Kapitals geworden.

Als würdiges Gegenstück zur Willkürherrschaft seiner Kapitalistenklasse kann Amerika das große Heer von Lumpenproletariern aufweisen, die sich im wirtschaftlichen Kriege von den Kondottieri der Unternehmer anwerben lassen. Es sind professionelle »Halsabschneider«, wie Herr Bowers von der Colorado Fuel and Iron Company der Kommission mehr als einmal versicherte. Im Frühjahr des Jahres 1915, während des Streiks bei den Ölgesellschaften in Bayonne in New Jersey, bei dem drei Personen von den Landsknechten des Kapitals erschossen wurden, tat sich eine Firma namens Berghoff Brothers and Waddell besonders hervor. Von dieser heißt es im Kommissionsbericht:

Nach der Aussage der Berghoff Brothers and Waddell, die sich selbst „labor adjusters" nennen und die mit dem Streikbruch und der Lieferung von Streikpolizisten Geschäfte machen, gibt es zahllose Menschen, die dieses Geschäft zu allen Zeiten betreiben. Sie sagen, daß sie innerhalb 72 Stunden 10 000 bewaffnete Männer ins Feld schicken können. Daß diese Leute eine verbrecherische Vergangenheit hinter sich haben, hindert nicht, daß sie beschäftigt werden, und man kann die Leute bei dringlichen Aufträgen nicht prüfen. — —

»Wer da skandaliert, wird Polizist.« Die amerikanische Wirklichkeit übertrifft noch bei weitem den launigen Einfall des Dichters des bekannten Studentenliedes. Als die Bande von Bayonne wegen der Erschießung der drei Arbeiter vor den Richter gebracht wurde, weigerten sich die Advokaten der Gesellschaft, die die Verbrecher beschäftigt hatte, für diese Bürgschaft zu stellen, und gaben an, daß es Mordgesellen seien, von denen die Gesellschaft nichts wisse und für deren Erscheinen man sie nicht verantwortlich machen könne!

Die Zentralisation des Betriebs und die Rolle der Kapitalisten in der amerikanischen Industrie werden im Kommissionsbericht in wenigen Strichen sehr gut gekennzeichnet. So heißt es dort:

Die Herrschaft über die Fabrikbetriebe, die Bergwerke und das Verkehrswesen geht in steigendem Grade durch Aktienbesitz in die Hände der großen Korporationen über, und die Herrschaft über den Kredit vereinigt sich in einer verhältnismäßig kleinen Zahl von ungeheuer mächtigen Finanzinstituten. Die endgültige Herrschaft über die amerikanische Industrie ruht in den Händen einer kleinen Anzahl reicher und mächtiger Finanzleute. Die Konzentration von Besitz und Herrschaft ist am größten in den grundlegenden Industrien, auf denen die Wohlfahrt des Landes schließlich beruht. Mit wenigen Ausnahmen wird jede der großen grundlegenden Industrien von einer einzigen großen Korporation beherrscht, und wo dies nicht der Fall ist, ist die Beherrschung der Industrie durch Aktienbesitz in angeblich unabhängigen Korporationen oder durch den Kredit fast, wenn nicht gar ebenso groß.... Eine sorgfältige und mäßige Schätzung zeigt, daß die Korporationen, die von sechs Finanzgruppen und den ihnen angeschlossenen Interessen beherrscht werden, 2 651 684 Lohnarbeiter beschäftigen und mit 19 875 200 000 Dollar kapitalisiert sind. Diese sechs Finanzgruppen beherrschen 28 Prozent der gesamten Lohnarbeiterschaft, die in den Industrien arbeiten, mit denen sich der Bericht unserer Untersuchung befaßt. Die Gruppe Morgan First National Bank beherrscht allein Korporationen, die 785 499 Lohnarbeiter beschäftigen. Das Leben von Millionen Lohn-

arbeitern ist daher den herrischen Vorschriften einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Menschen unterworfen.

In bezug auf die Qualifikationen der kapitalistischen Herrscher bemerkt der Bericht:

Diese industriellen Diktatoren sind meistens vollständig unwissend in bezug auf alle Verhältnisse in den Industrien, die sie beherrschen, die Finanzen ausgenommen, und sie sind vollständig unbekümmert in bezug auf die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Angestellten in diesen Industrien. Selbst wenn sie sehr darum besorgt wären, würde die Lage der Arbeiter nur die von Untertanen wohlwollender industrieller Despoten sein.... In der Theorie sind die Ausschüsse der Direktoren für die Aufsicht über jede Abteilung der Geschäftsführung der Korporation verantwortlich, oder man sollte natürlich erwarten, daß sie diese Aufsicht auf sich nähmen; aber tatsächlich wissen wir, daß sie diese Aufsicht nur über die Geldangelegenheiten des Geschäfts führen, indem sie die Beschaffung des zum Betrieb des Geschäfts notwendigen Geldes und die Verteilung der Profite besorgen. Sie machen ihre wirkliche Leitung im allgemeinen nur geltend bei der Absetzung von ausführenden Beamten, die es nicht fertig bringen, die erwarteten Profite abzuliefern, und bei der Ernennung der Nachfolger dieser Beamten.

Nach dem Zeugnis von Finanzleuten, die als Direktoren Hunderte von Korporationen vertreten, ist der typische Direktor der großen Korporationen nicht nur total unwissend in bezug auf den wirklichen Geschäftsbetrieb derartiger Korporationen, deren Eigentum er selten, wenn überhaupt je besucht, sondern empfindet und übt auch keine Verantwortlichkeit für irgend etwas aus, ausgenommen die Finanzlage und die Auswahl der ausführenden Beamten. Nach ihren eigenen Aussagen wissen diese Direktoren nichts von der Güte des Produkts, den Verhältnissen der Arbeiter und der Behandlung der Arbeiter, von deren Arbeit sie ihr Einkommen beziehen, oder von der allgemeinen Geschäftsführung, und kümmern sich auch nicht darum. Soweit der Betrieb und die wirkliche Geschäftsführung in Betracht kommen, sind die ausführenden Beamten in der Tat maßgebend. Nach ihren Anweisungen wird die Produktion vermehrt oder vermindert, werden Fabriken in Betrieb gehalten oder stillgelegt, und nach ihren Empfehlungen werden die Löhne erhöht oder erniedrigt. Aber selbst sie haben wenig unmittelbar zu tun mit der wirklichen Festsetzung der Arbeitsverhältnisse, und sie stehen mit der Masse der Arbeiter überhaupt nicht in Verbindung. Sie handeln nach den Empfehlungen von Superintendenten, die ihre Kenntnis beziehen von ihren Hilfsbeamten und Werkmeistern und aus der ins einzelne gehenden Statistik des modernen Geschäfts, die jedes Stück Material und jedes Produkt nachweist, jeden einlaufenden und auslaufenden Pfennig aufweist, aber die Männer und Frauen, deren Arbeit das ganze Räderwerk des Geschäfts betreibt, unbeachtet läßt, gerade als existierten diese nicht. Das Feld der wirtschaftlichen Beziehungen liegt demnach so vor uns: Auf der einen Seite haben wir Arbeitermassen, die in irgendeiner Weise mit Werkmeistern und Aufsehern auf der anderen Seite zu tun haben, hinter denen eine Organisation von ausführenden Beamten steckt, die wiederum den Ausschuß der Direktoren vertreten, die die gewählten Vertreter der Aktienbesitzer sind.

Der Einfluß der großen Menge der Aktienbesitzer auf die Geschäftsführung ist sehr gering, schon wegen der Wanderlust der Effekten. So gibt der Kommissionsbericht an, daß in der Wall Street in einer flotten Geschäftswoche die Zahl der Aktien einer der großen Korporationen, die dort umgesetzt werden, um vieles die Zahl der Aktien übersteigt, die die betreffende Korporation überhaupt herausgegeben hat. Das wirkliche Verhältnis wird durch folgende Angabe gekennzeichnet:

In solchen Korporationen wird die Herrschaft durch den aktuellen Besitz der Aktien von einer sehr kleinen Zahl von Personen ausgeübt, obwohl die Zahl der

Aktienbesitzer groß ist. So besaßen zum Beispiel in der United States Steel Corporation (Stahltrust), die im Jahre 1911 annähernd 100 000 Aktienbesitzer hatte, 1½ Prozent der Aktienbesitzer 57 Prozent der Aktien, während die endgültige Herrschaft von einer einzigen Privatbank ausgeübt wurde. Ähnlich verhielt es sich mit der American Tobacco Co. (Tabaktrust) vor ihrer Auflösung, in der zehn Aktienbesitzer 60 Prozent der Aktien besaßen.

Das Material, das die Kommission dem Kongreß unterbreitet hat, ist so reichhaltig, daß viel Wichtiges hier nicht einmal erwähnt werden konnte.

Man sollte meinen, daß die Zeichner des Mehrheitsberichts auf Grund ihrer Erkenntnis, daß der eigentliche Kapitalist heute in der Produktion keine Rolle mehr spielt, daß aber seine Herrschaft über die Industrie für das ganze Volk verhängnisvoll ist, zu sozialistischen Forderungen hätten kommen müssen. Daran aber behinderte sie ihre kleinbürgerliche Auffassung, nach der nur die Finanzmagnaten die Feinde sind, die man durch eine wuchtige Erbschaftssteuer ausrotten kann. Den sozialistischen Arbeitern der Vereinigten Staaten ist es vorbehalten, die Konsequenzen aus dem Bericht zu ziehen. Herr Walsh und seine Freunde, die man in der auf alle Fälle gewappneten amerikanischen Terminologie »Beinahe-Sozialisten« nennt, haben eine Organisation gegründet, die sich die Popularisierung des Kommissionsberichts zur Aufgabe gemacht hat und die auf die Ausführung der zahlreichen Reformvorschläge dringen will. Vielleicht hat man hier die Anfänge einer neuen Populistenpartei vor sich.

Zollpolitische Zukunftsmusik.

Von **Anton Hofrichter.**

Die kriegführenden Staaten erstreben im Weltkrieg erhöhte politische und wirtschaftliche Geltung. Wie seine Ursachen vielfach an die Beweggründe der merkantilistischen Kriege erinnern, so wird auch der Friedensschluß vom Streben nach Wirtschaftsvorteilen beherrscht sein.

Die »Betrachtungen über die Neugestaltung der deutschen Handelspolitik nach dem Kriege« von Dr. Hermann Schumacher, die unter dem Titel »Zollpolitische Zukunftsmusik« erschienen sind, weisen in diese Richtung.

Der Friedensschluß wird in eine Zeit fallen, die auch unter normalen Umständen im Zeichen handelspolitischer Kämpfe stände. Die Tarifverträge sind ab 31. Dezember 1916 auf 31. Dezember 1917 kündbar. Durch den Krieg sind bereits die mit Belgien, Serbien und Rußland geschlossenen Verträge erloschen. Desgleichen die Meistbegünstigungsverträge mit England und Frankreich. Am wichtigsten ist die Aufhebung der Meistbegünstigung mit Frankreich, die, im Frankfurter Frieden enthalten, auf ewige Zeiten galt und eine wichtige Stütze des Meistbegünstigungssystems geworden war.

Die Meistbegünstigungsklausel im Frankfurter Friedensvertrag sollte nach dem Willen Bismarcks eine Zollunterscheidung zuungunsten Deutschlands verhindern, ohne die französische Zollsouveränität aufzuheben und die nationale Empfindlichkeit zu reizen und dem Besiegten die Möglichkeit der Erhebung höherer Zollabgaben zur finanziellen Sanierung nicht entziehen. Aber am Ende schloß die Meistbegünstigungsklausel im Frankfurter Frieden nicht nur eine Zollunterscheidung Frankreichs zuungunsten Deutschlands, sondern auch Deutschlands zuungunsten Frankreichs aus. So war zum Beispiel eine Zollbegünstigung Österreich-Ungarns durch Deutschland auf »ewige Zeiten«, will sagen für die Dauer des Frankfurter Friedensvertrags ausgeschlossen, es sei denn, Deutschland und Österreich-Ungarn

hätten einen vollkommenen Zollverein geschlossen, womit an Stelle der alten Subjekte der Handelspolitik ein neues entstanden wäre.

Mit dem Erlöschen des Frankfurter Friedens hat Deutschland seine Handlungsfreiheit wiedergewonnen, und damit tauchen zahlreiche Vorschläge auf, die Meistbegünstigung durch Zollunterscheidungen zugunsten Deutschlands oder seiner Verbündeten einzuschränken, um fremden, besonders englischen Wettbewerb fernzuhalten und eine Schmälerung des deutschen Außenhandels zu verhüten. Immer kehrt der Gedanke wieder, daß eine Minderung unseres Auslandsabsatzes unabhängig vom militärischen Erfolg einen Sieg Englands, und eine Hemmung der deutschen Wirtschaft mit ihrer Herabdrückung der nationalen Hochgedanken einen verlorenen Krieg bedeute.

Auch Schumacher tritt in einer Schrift, die zuerst selbständig erschien[1] und dann auch in die von Herkner herausgegebene Sammlung von Aufsätzen über Mitteleuropa aufgenommen wurde, für die Sicherung des inländischen und ausländischen Absatzes ein. Zwar sei das Streben nach Monopolisierung des inneren Marktes in dieser hochschutzzöllnerischen Zeit allgemein und die Durchbrechung dieser Tendenzen und Erweiterung des Auslandsabsatzes schwer. Aber der kriegerische Erfolg gewähre auch die Mittel, die feindlichen Grenzsperren niederzubrechen. Jede Sentimentalität sei vom Übel, da es dem Natur- und Sittengesetz entspreche, daß der Sieger dem Besiegten seinen Willen aufzwinge. Auf den Nachbarmärkten müsse eine Vorzugsstellung errungen werden, die die Aufrechterhaltung »der anfänglich künstlichen Bereicherung später auch ohne Landesschutz ganz oder größtenteils ermöglicht«.

Da sich der deutsch-russische Handelsvertrag für Deutschland sehr bewährt habe, so sei es möglich, ihn mit einen wichtigen Abänderungen fortlaufen zu lassen und so den Abschluß des Tarifvertrags mit dem Friedensschluß selbst zu verbinden.

Zwischen Deutschland und Frankreich besteht kein Tarifvertrag. Die Friedensverhandlungen dürfen durch Handelsvertragsverhandlungen nicht belastet und gehemmt werden. »Daher muß die Machtstellung, die der Krieg geschaffen hat, aber handelspolitisch nicht auszunutzen gestattet, in die Friedenszeit projiziert werden.«

Als das Mittel, Frankreich zum Abschluß eines Tarifvertrags zu zwingen, sieht Schumacher die diesem Lande aufzuerlegende Verpflichtung an, die französischen Einfuhrzölle im ganzen oder in einzelnen für Deutschland besonders wichtige Zollpositionen auf eine bestimmte Höhe zu binden, bis ein Tarifvertrag in Kraft tritt und sobald er wieder fortfällt. Nun wird sich bei der Beendigung des Krieges empfehlen, daß die beiden Staaten schon im Waffenstillstand die beiderseitige Verpflichtung übernehmen, für eine Übergangszeit den alten Zustand vor dem Kriege wieder in Kraft treten zu lassen. Schumacher aber will etwas ganz anderes: er will ausdrücklich eine einseitige Beschränkung der Zollsouveränität Frankreichs, das, zum Abschluß eines Tarifvertrags mit Deutschland um jeden Preis durch die vorgeschlagene Verpflichtung gezwungen, wirtschaftlich unfrei wird.

Die Vorteile eines solchen Vertrags sollen für Deutschland durch Tarifspezialisierung, Zollunterscheidung nach der Grenze und dem politischen Verhalten während des Krieges und nach der Herkunft der Seeschiffe gesteigert werden.

Schumacher ist mit dem bisherigen Tarif zufrieden, der bekanntlich sehr spezialisiert ist, um zahlreiche Kompensationsobjekte zu schaffen und den Mitgenuß an jedem Zollnachlaß nach der Meistbegünstigungsklausel einzuschränken. Nur verlangt er eine weitergehende Spezialisierung aller Zugeständnisse in den Tarif-

---

[1] Dr. Hermann Schumacher, Meistbegünstigung und Zollunterscheidung. München und Leipzig 1915, Verlag von Duncker & Humblot.

verträgen mit Hilfe der seit 1911 ebenfalls spezialisierten Handelsstatistik, die ein genaues Abwiegen und Umschreiben jedes Zollvorteils erlaubt.

Ein neues Verlangen ist die Tarifspezialisierung nach der Grenze. Zur dauernden Schädigung Englands sollen an der Landesgrenze niedrigere Zölle als bei der Seeeinfuhr erhoben werden. Zwar wird dadurch die Seeschiffahrt empfindlich getroffen, aber Schumacher glaubt, daß sie an und für sich so schwer durch den Krieg und seine Folgen gelitten habe, daß es auf ein Mehr nicht ankomme. Aber auch Frankreich solle zur Erhebung höherer Seezölle gezwungen werden, damit Deutschland an Stelle Englands den ersten Platz in der französischen Einfuhr einnehmen könne. Hören wir Professor Schumacher selbst! »Der Krieg kann für die gewaltigen Opfer, die er fordert, uns nur einigermaßen entschädigen, wenn er unsere Grenzen hinausschiebt, im Osten, um die agrarische Grundlage unserer Volkswirtschaft durch neue Siedlungsgebiete zu erweitern, im Westen, um die reichsten und höchstentwickelten Gebiete unseres Vaterlandes wirksamer zu schützen. Solche politische Losreißung von Gebietsteilen unserer Feinde aus strategischen Gründen oder aus anderen Lebensbedürfnissen unseres Volkes zerreißt aber Beziehungen des Angebots und der Nachfrage, die für das Wirtschaftsleben dieser Gebiete von entscheidender Bedeutung sind.... Den an den neuen Grenzen für die eroberten Gebiete nötigen Vorzugsabsatz vermag die dargelegte Zollunterscheidung (etwa Frankreichs) nach der Grenze zu sichern.... Diese Ziffern liefern den klaren Beweis, daß in Frankreich eine Begünstigung der Landeinfuhr uns gegenüber der englischen Konkurrenz in hohem Maße zugute kommen würde; sie würde uns auf die erste Stelle in der französischen Einfuhr erheben und uns zugleich in Handel und Schiffahrt nur wenig schaden können, da einerseits die deutsche Einfuhr zur See nur zu knapp 22 Prozent auf deutschen und mehr als 78 Prozent auf fremden Schiffen erfolgt und andererseits Belgien, das wir zum besseren Schutze unseres Vaterlandes hoffentlich fest in der Hand behalten, eine Einfuhr auf der Seeseite nur in Höhe von 1,75 Prozent aufweist.« Dagegen will Schumacher Rußland nicht zwingen, die Zölle nach der Grenze zu unterscheiden, weil dahin die rheinisch-westfälische Industrie, deren Interessen ihm Leitlinien sind, zur See ausführt.

Schumacher sieht gegen diese nackte Gewaltpolitik den natürlichen Einspruch der Neutralen voraus. Er will daher die Bevorzugung der Einfuhr zu Lande nicht auf alle zollpflichtigen Waren erstrecken und eine Auswahl zu dem Zweck vornehmen, daß hauptsächlich England getroffen wird.

Außerdem schlägt Schumacher eine extrem hochschutzzöllnerische Schiffahrtspolitik vor: »Kein Rechtshindernis steht dem entgegen, die direkte und indirekte Einfuhr zur See voneinander zu unterscheiden.... Es ist demnach keine rechtliche Benachteiligung eines Landes, wenn allgemein die indirekte Fahrt aus einem anderen als dem Ursprungsland mit Zuschlägen, die noch immer, wie zur Zeit des überseeischen Niederlageverkehrs „surtaxes et entrepot" genannt werden, belastet wird.... Dürfte die rechtliche Zulässigkeit einer solchen Unterscheidung kaum zu bestreiten sein, so steht eine zweite Maßregel, welche die Bekämpfung des fremden Zwischenhandels noch leichter und daher wirksamer ermöglicht, nicht ganz außer Zweifel. Das ist die Bevorzugung der Wareneinfuhr, die auf Seeschiffen des Ursprungs- und Bestimmungslandes erfolgt. Im Einzelfall wird dadurch allerdings ein Land vor dem anderen bevorzugt. Aber im ganzen liegt eine ausdrückliche Bevorzugung keines Landes vor; denn alle bleiben als Ursprungsländer in Betracht. Im ganzen bleibt also die Gleichstellung bestehen. Das dürfte den Ausschlag geben. Daher darf auch hier angenommen werden, daß Rechtsgründe nicht entscheidend gegen eine solche Maßregel ins Gewicht fallen, wenn Zweckmäßigkeitsgründe energisch für sie sprechen.« Alles alte Sachen! Die englischen Navigationsakte von 1651 in verjüngter Ausgabe!

Der Krieg ist Machtentfaltung und rücksichtsloser Gebrauch aller Machtmittel. Der Friede ist nichts anderes als paragraphierte Macht. Das gilt auch für die handelspolitischen Beziehungen des Friedensvertrags.

Doch läßt sich billig zweifeln, ob alle Blütenträume des Bonner Professors sich erfüllen werden. Er selbst hat gelegentlich in vertraulichem Kreise gesagt, daß England nicht auf die Knie gezwungen werden könne, und daß daher seine wirtschaftliche Schädigung nach dem Kriege Ziel und Aufgabe deutscher Wirtschaftspolitik sein müsse. Dazu gehören natürlich zwei: einer, der schädigt, und einer, der sich schädigen läßt. Die Vereinigten Staaten und England können durch die Größe ihres Marktes und ihre zum Teil absolute Beherrschung der Rohstoffversorgung jede Zollunterscheidung zu ihren ungunsten vereiteln. Unter sotanen Umständen werden sich auch nicht leicht Verkehrspartner für einen Vertrag finden, in dem für einzelne zu Kampfzwecken ausgewählte Zollstellen stark verkürzte Kündigungsfristen ausbedungen werden. Diese Zollunterscheidung nach der Kündigungsfrist soll nämlich Deutschland zur dauernden Kontrolle über den anderen vertragschließenden Teil befähigen.

Aber es genügt nicht, die Vorschläge Dr. Schumachers als illusorisch zu kennzeichnen; sie berühren nämlich ein Problem, das auch die Sozialdemokratie als berufene Vertreterin der deutschen Arbeiter interessiert: die Aufgabe nämlich, gleichzeitig den Außenhandel Deutschlands mit allen Kräften zu schützen und eine mißbräuchliche Anwendung handelspolitischer Kampfmittel durch Deutschland zu verhindern, die die Hoffnung wirksam erscheinen läßt, durch Gewalt den Rückgang oder Stillstand des Außenhandels, eine fast sichere Kriegsfolge, aufzuheben. Der Ruf nach Gewalt ist ein Notschrei vor der Einsicht, daß der Krieg ein schlechtes Geschäft ist.

In den feindlichen Ländern wird das Programm Schumachers alle Leidenschaften aufreizen. »Nowoje Wremja« und »Temps« werden um die Wette behaupten, Deutschland wolle Frankreich und Rußland wirtschaftlich vergewaltigen und zu Kolonien herabdrücken. Unerfüllbare Machtillusionen zu haben, ist eine lächerliche, aber menschliche Eigenschaft, sie auszusprechen mehr als ein Verbrechen — ein törichter Fehler!

So nebenbei behandelt auch Schumacher die wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn. Er mußte es wohl oder übel — die Broschüre ist ja für den vom Verein für Sozialpolitik herausgegebenen Doppelband über die wirtschaftliche Annäherung zwischen den verbündeten Mächten geschrieben. Aber Professor Schumacher polemisiert mehr — mit übrigens meist richtigen Argumenten — gegen die Annäherung, als er für sie plädiert. Der Wortführer der rheinisch-westfälischen Industrie propagiert die Zollannäherung nicht, er nimmt sie nur eben hin. Doch ist es reichlich interessant, wie sich Schumacher die gemeinsame Handelspolitik denkt, die heute von manchen Leuten als Mindestmaß der »Annäherung« angesehen wird:

»...Ein solches handelspolitisches Bündnis, das völlig unabhängig ist von der Beschaffenheit der beiderseitigen Zolltarife, bedeutet aber ebensowenig wie ein politisches, daß man alle Handlungen nach außen gemeinsam vornimmt.... Solche natürliche Interessengegensätze, die kein Vertrag beseitigen kann, liegen zum Beispiel für Deutschland und Österreich-Ungarn bei ihren Handelsverträgen mit ihrem gemeinsamen örtlichen Nachbarn Rußland, aber auch mit Rumänien vor. Es wäre ein sinnloser und zweckloser Doktrinarismus, zu verlangen, daß beide Staaten, weil sie Bundesgenossen sind, mit diesen Ländern gemeinsam verhandeln sollten.... Nur wo die Gemeinsamkeit der Interessen überwiegt, kann gemeinsames Verhandeln sich nützlich erweisen. Den Vereinigten Staaten gegenüber tritt bei Deutschland und Österreich-Ungarn der Widerstreit der Interessen zurück; hier könnte gemeinsames Auftreten die Stellung jedes einzelnen verbessern. Ob nun die Fälle, die für gemeinsames Vorgehen geeignet erscheinen, sämtlich im voraus oder erst von Fall

zu Fall bestimmt werden, dürfte von keiner großen Bedeutung sein. Bei der Neuheit der Sache dürfte sich das zweite Verfahren empfehlen, so daß im handelspolitischen Bündnisvertrag nur die beiderseitige Bereitwilligkeit zum Ausdruck zu kommen braucht, auf einseitigen Antrag wegen eines gemeinsamen Vorgehens in Verhandlung zu treten.«

Das ist bitter wenig! Die Enthusiasten Mitteleuropas in Österreich-Ungarn hoffen, daß Deutschland Sturmbock für die österreichisch-ungarische Industrie auf dem Balkan sein wird. Und nun kommt der reichsdeutsche Imperialist und belehrt die hoffnungsfrohen Gläubigen Naumanns, daß es ein sinn- und zweckloser Doktrinarismus ist, zu verlangen, daß beide Staaten als Bundesgenossen mit den Ländern gemeinsam verhandeln, in denen sie keine gemeinsame Interessen haben.

Der Vertreter der rheinischen Schwerindustrie hat genug unbefangenen Sinn, um die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Annäherung der beiden mitteleuropäischen Reiche zu würdigen und die relativ minimale Bedeutung dieser Ideen für die deutsche Volkswirtschaft nicht zu übertreiben. Er sieht in der wirtschaftlichen Annäherung überhaupt kein taugliches Mittel zur festeren Verankerung des Bündnisses, für das er sogar von der Verkoppelung der Wirtschaft und Politik Schaden und Nachteil fürchtet. Das deutsche Kapital werde ohne Rücksicht auf die Vorzugsbehandlung sich nur von der günstigsten Anlage leiten lassen und in die österreichisch-ungarische Wirtschaft nur eindringen, wenn alle anderen Voraussetzungen kapitalistischen Gewinnstrebens gegeben seien. Auch dürfe — und damit tut der echte Imperialist aufs bündigste ein Argument ab, mit dem viele Nachbeter vulgärer imperialistischer Schlagworte krebsen gehen — die Bedeutung des großen Marktes von 120 Millionen nicht überschätzt werden. Die zollpflichtige Einfuhr Österreich-Ungarns aus anderen Ländern als Deutschland betrage nur 700 Millionen Mark. Fiele diese Einfuhr nach Österreich-Ungarn auch Deutschland zu, so stiege sein Außenhandel doch nur um 1,5 Prozent! Darum könne Österreich-Ungarn den Weltmarkt für Deutschland niemals ersetzen. Nun falle aber gar nicht die ganze Einfuhr dieser 700 Millionen Mark an Deutschland, weil diese Waren in Deutschland meist nicht erzeugt würden. Daher: »Wenn Deutschland, für dessen Bestand und Fortentwicklung der Außenhandel, besonders die Ausfuhr, eine unvergleichlich viel größere Bedeutung hat als für seinen Bundesgenossen, an die Aufgabe der Neuregelung seiner Handelspolitik, die für es ungleich schwieriger ist als für diesen, herantritt, so machen es wirtschaftliche Gründe geradezu unmöglich, den Blick auf ein Wirtschaftsgebiet, das nur für ein Zehntel seiner Ausfuhr in Betracht kommt, zu beschränken. . . . Österreich-Ungarn kann den nachbarlichen, Deutschland muß stets den weltwirtschaftlichen Gesichtspunkt in seiner Handelspolitik in den Vordergrund stellen.« Auch das Argument, Österreich-Ungarn und Deutschland müßten zur besseren Selbstversorgung zusammenstehen, findet keine Gnade vor Schumacher. Und zwar, weil die deutsche Landwirtschaft aus eigener Kraft den Fehlbetrag an Nahrungsmitteln decken müsse und durch die wirtschaftliche Annäherung über diese ihre Aufgabe hinweggetäuscht werde. Und dann: »Es ist zu hoffen, daß die opferreichen Siege die ‚agrarische Basis' unserer Volkswirtschaft, insbesondere im Osten, durch Siedlungsland verbreitern. Dann wächst die Möglichkeit, empfindliche Lücken in unserer Gütererzeugung auszufüllen, entsteht aber zugleich die Notwendigkeit, unsere Handelspolitik nicht nur zuzuschneiden auf hochentwickelte widerstandsfähige Wirtschaftskreise, sondern auf auch junge, schwache Reiser, die unter den schwierigsten Verhältnissen erst mühsam herangezogen werden müssen.«

Den scharfmacherischen Vorschlägen Schumachers kommt entgegen, daß sich in Feindesland viele Stimmen für die kommerzielle Niederwerfung Deutschlands erheben. Aber wenn auch eine Verstärkung der schutzzöllnerischen Tendenzen nach dem Kriege sicher sein dürfte, so ist es doch ein höchstverdienstliches Werk, zu verhindern, daß sie durch gegenseitige Überbietung gesteigert werden. Darum tun die Männer ein verdienstliches Werk, die in England und Rußland Einhalt gebieten

en Klugen, die im Trüben fischen, und den Phantasten, deren jämmerliches Ideal ie ewige Zweiteilung Europas ist!

Die Vorschläge Schumachers dienen nur einem kleinen Interessentenkreise der heinisch-westfälischen Großindustrie. Ihre Verwirklichung würde die deutsche Seehiffahrt ruinieren und der deutschen weiterverarbeitenden Industrie die Beschickung es Weltmarktes trotz aller Zwangsvorteile erschweren. Die Wichtigkeit einer roßen Handelsflotte verlangt angesichts der offenbaren Bedeutung der Frachtenöhe für die Wettbewerbsfähigkeit keine Erläuterung. Und in den Erzeugnissen der eiterverarbeitenden Industrie liegt die meiste Arbeit, ihre Förderung ist Aufgabe ller, die an der Gesundung des Arbeitsmarktes nach dem Kriege arbeiten.

Schwere, sehr schwere Probleme entstehen dem Proletariat und seiner parlaentarischen Vertretung. Die Abwehr von Bestrebungen, die der deutschen Indurie und dem deutschen Handel Licht und Luft nehmen wollen, ist eine selbstverändliche Pflicht. Doch fällt es schwer, Schutzzöllnern ohne wirksame Kontrolle Abehrwaffen zu reichen, die nur allzu leicht dem Angriff dienen können.

Literarische Rundschau.

)swald Külpe, **Die Ethik und der Krieg.** »Zwischen Krieg und Frieden«, Nr. 20. Leipzig 1915, S. Hirzel. 44 Seiten. Preis 80 Pfennig.

Wilhelm Jerusalem, **Der Krieg im Lichte der Gesellschaftslehre.** Stuttgart 1915, Ferd. Enke. 116 Seiten.

Zwei philosophische Kriegsschriften, die viel erquicklicher sind als zum Beispiel ie Gomperzsche Kriegsphilosophie, auch wenn sie sich gewaltsam zu einer optimistichen Auffassung des Krieges und seiner Wirkungen und damit zu seiner »philoophischen« Rechtfertigung durchzuarbeiten suchen, um schließlich in eine Apotheose es Krieges auszulaufen.

So, wenn Külpe von seiner geschichtlichen Grundlage für die ethische Beurteiung des Krieges aus sagt, er vollziehe eine unbarmherzige, aber gerechte Auslese, ndem er dem Tüchtigsten den Siegespreis reiche; wenn er den »vielgeschmähten Militarismus« als eine treffliche Vorkehrung gegen Weichlichkeit und Erschlaffung, egen soziale Zerklüftung und Absonderung und gegen ein Überwuchern der weltürgerlichen Tendenzen anpreist und den Krieg als den Reiniger von den Schlacken er Genußsucht und Trägheit, des ängstlichen und des brutalen Egoismus vererrlicht; wenn er den ewigen Frieden als ein unerreichbares Ideal und die Hoffung auf ein Fortschreiten unserer Gattung ohne die harte Geißel des Krieges als in Trugbild hinstellt, und wenn er den Pazifisten empfiehlt, die Kriegsursachen uf die einfachste Weise doch dadurch aus der Welt zu schaffen, daß sie die Veresserung der menschlichen Gattung, die Umwandlung der Völker in Engelscharen urchführen möchten. Und weil der Krieg in seiner Erhabenheit die Geschicke der Staaten nach der höheren Gerechtigkeit der Weltgeschichte ordnet, darf man nicht us der Froschperspektive heraus in ihm bloß roher Kräfte sinnlos Walten und goistischen Machthunger sehen, denn das verrät Blindheit des Blickes und Unzuänglichkeit des Maßstabs. Und dagegen hilft nur ethische Besinnung und Anpasung unserer sittlichen Anschauungen an die neuen Erlebnisse! Wobei wir auch hier icht versäumen möchten, die hervorragende Anpassungsfähigkeit der offiziellen Philosophie gebührend zu unterstreichen.

Sehen wir von dem ab, was Jerusalem über die Rolle der einzelnen kriegführenden Staaten hinsichtlich des Ausbruchs des Krieges und während seines Verlaufs sagt, so tritt in dieser soziologischen Betrachtung vor allem die der bürgerlichen Geschichtsbetrachtung eigene Inkonsequenz in Erscheinung, bei aller objektiven Würdigung der ökonomischen Geschichtsauffassung, bei aller klaren Er-

kenntnis des Wesens des Staates und des in ihm geltenden Rechtes (als des kund gegebenen Willens der herrschenden Klassen) doch utopische Hoffnungen auf seine Weiterentwicklung zum Kulturstaat zu setzen, zu jenem Zustand, den Jerusalem glaubt mit dem Begriff »Staatenwürde« erfassen zu können. Und dies trotz dieses furchtbaren Krieges zwischen den »Kultur«staaten, von dem der Verfasser selbst sagt, er bedeute eine Rückkehr zum Urzustand der Menschheit durch seine Entrechtung und Entwertung der einzelnen Individuen, durch das Hervortreten roher Instinkte, vor denen die leider nur allzu dünne Oberschicht der Vernunft und Humanität vom Kriegssturm weggeblasen und vom Kriegsfeuer zu Zunder verbrannt wurde, mit seinem atavistischen Erstarken des religiösen Gefühls.

Und auf die Frage, warum denn der Krieg nicht überall als Hemmnis, sondern als politische Notwendigkeit, ja darüber hinaus als eine Art Erhöhung empfunden wird, gibt die soziologische Betrachtung Jerusalems die Antwort:

Der Urzustand mit seiner vollkommen sozialen Gebundenheit der Individuen wurde allmählich überwunden durch die individualistische Entwicklungstendenz, die die unerläßliche Bedingung jeglichen kulturellen Fortschritts ist; mit dem Erstarken des Persönlichkeitsintellekts kommt es zur Vernunftkritik aller Überlieferung, zur Individualisierung der Sittlichkeit gegenüber dem sozialen Ursprung aller sittlichen Verpflichtung, bis dann der Gipfelpunkt dieser individualistischen Entwicklung erreicht wird in jener panökonomischen Lebensanschauung (»man gilt so viel, als man hat«), die auf einseitig-kühl berechnender Verstandestätigkeit beruht (intellektualistischer Egoismus); aus diesem Individualismus ist auch der Gedanke des Weltbürgertums herausgeboren. Aber unsere Kultur beruht nicht ausschließlich auf der individualistischen Tendenz; auch die Bindung des Menschen an die Gesellschaft (»Sozialismus«) ist eine wichtige Tendenz in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit. Und weil der Krieg, der doch mit seiner Entrechtung und Entwertung der Persönlichkeit in schroffstem Widerspruch zu jener erstgenannten Kulturtendenz steht, eine Zurückdrängung des antisozialen Individualismus (Aufhebung der Parteisonderbestrebungen, Fürsorgetätigkeit) und eine Stärkung des Bewußtseins von der Bedeutung des Staates bewirkt hat, können wir eine bejahende Stellung zu ihm finden. Ist doch die Kulturaufgabe des zwanzigsten Jahrhunderts die durchaus mögliche und notwendige Synthese beider Kräfte, der individualistischen und sozialistischen, und hat doch der Weltkrieg den Wahn zerstört, als ob der soziale Geist identisch sei mit einem Solidaritätsgefühl der ganzen Menschheit; er ist doch nur das lebendige Zugehörigkeitsgefühl des einzelnen zu seinem Volke, seiner Nation, seinem Staate. Und weil die Rückkehr zum Urzustand, die der Krieg bedeutet, zugleich bedeutet Verstärkung dieses Zusammengehörigkeitsgefühls im Staat, darum erleben wir ihn als Läuterung und Befreiung und sehen in diesem Wiederanknüpfen den Weg zur höchsten Vollendung.

Ist nun aber der Staat seinem Ursprung und Wesen nach Machtorganisation, als welche er uns im Kriege in lebendiger Einheit vor Augen tritt, und ist gerade durch den Krieg seine Macht ungeheuer gestärkt worden, so erwachsen ihm aus der zurückgedrängten individualistischen Kulturtendenz neue, große Aufgaben, an denen er sich allmählich zum Kulturstaat emporentwickeln wird: getragen von dem Bewußtsein innerer Souveränität, moralischer Autonomie, von der Verpflichtung zur Staatenwürde. Diese allein setzt ihn instand, die tiefere Berechtigung und Kulturbedeutsamkeit des Individualismus voll zu würdigen und sich zum Anwalt der Einzelseele zu machen, wie sie auch eine ganz neue Grundlage schafft für den Verkehr der Staaten untereinander. Der Krieg hat das Heraufkommen der Staatenwürde beschleunigt, und zwar sind die Ansätze dazu nach Jerusalem ausschließlich auf seiten der Zentralmächte zu finden: das Eingeständnis des mit der Verletzung der belgischen Neutralität begangenen Unrechts aus dem Munde des Reichskanzlers, die Nachgiebigkeit Österreichs bezüglich der

territorialen Forderungen Italiens, wobei Österreich über die Grenzen der Staatenehre hinausgegangen sei, dabei aber seine Staatenwürde in der edelsten Weise gewahrt habe. Wobei man allerdings die Frage stellen muß, ob auch alle anderen Handlungen der Zentralmächte unter die Anzeichen der aufsprießenden Staatenwürde zu rubrizieren sind.

Alles in allem: so vorurteilslos sich die Schrift Jerusalems zu geben sucht, so stark läßt sie die Grenzen aller derartiger »Philosophien« hervortreten: die Gebundenheit an die bürgerlich-kapitalistische Gedankenwelt und das Unvermögen, die Erkenntnisse über das Wesen des Staates, Rechtes und der sonstigen geschichtlichen sozialen Bildungen bis zu den letzten Konsequenzen zu Ende zu denken. Notter.

Die Kriegsschauplätze. Herausgegeben von Alfred Hettner. Leipzig, Verlag von B. G. Teubner.

2. Heft: A. Philippson, Der französisch-belgische Kriegsschauplatz. 1916. 100 Seiten. Preis 1,80 Mark.

3. Heft: J. Partsch, Der östliche Kriegsschauplatz. 1916. 124 Seiten. Preis 2 Mark.

Beide Bücher sind aus Aufsatzreihen hervorgegangen, die seinerzeit in Hettners »Geographischer Zeitschrift« erschienen sind; beide haben hervorragende Fachgeographen zu Verfassern. Es sind keine Schriften allgemeinen Charakters, die die geographischen Verhältnisse der beiden Kriegsschauplätze, losgelöst von den Ereignissen der Gegenwart, schildern. Vielmehr handelt es sich in ihnen um eine eingehende Beleuchtung der aktuell-strategischen Theorien und der kriegerischen Handlungen und taktischen Vorgänge vom Standpunkt des Geographen aus. Das ergibt dann eine Art geographischer Kriegsgeschichte. Diese Form der Darstellung hat den Vorteil, nicht so wichtigtuerisch und oberflächlich zu sein wie die Schilderungen der Mehrzahl der Kriegsberichterstatter und nicht so unzusammenhängend und tendenziös wie die offiziellen Berichte. Als logische Zusammenfassungen sind sie sehr zu begrüßen und für einen aufmerksamen Leser, der Satz für Satz auf einer guten Karte verfolgt, von großem Wert.

Philippson behandelt den westlichen Kriegsschauplatz. Zunächst in einem allgemeinen Überblick; daran anschließend den reichsländisch-französischen Kriegsschauplatz und Belgien nebst den angrenzenden Teilen von Frankreich. In manchen Einzelheiten dürften Angaben und Ansichten des Verfassers zu korrigieren sein. Obwohl gerade derartige Bücher, die doch Anspruch auf Wissenschaftlichkeit machen, ohne jede Voreingenommenheit geschrieben sein müßten, vermißt man an verschiedenen Stellen die nötige Unbefangenheit; unter anderem gehören Ausdrücke wie »Erbfeind«, »Französlinge« und dergleichen doch wirklich nicht in ein wissenschaftliches Buch.

Partsch hält sich von derartigen Entgleisungen völlig fern. Trotzdem er ein weit größeres Gebiet zu behandeln hatte, zeichnet sich sein Buch durch eine plastische Schärfe und große Anschaulichkeit aus. Er beschäftigt sich im ersten Teil der Abhandlung mit den Karpathen und dem Karpathenvorland, darauf folgen, nach Norden weiterschreitend, Russisch-Polen und Ostpreußen, den Schluß bildet Rußlands Westen von der Düna zum Dnjestr, das Ganze mit reichlichen Literaturangaben. Gg. Engelbert Graf.

Veit Valentin, **Kolonialgeschichte der Neuzeit.** Tübingen 1915, Verlag von J. C. B. Mohr. 227 Seiten. Preis 4,80 Mark.

In seinem Vorwort sagt V. Valentin, daß er unter Kolonialgeschichte »die unter einem eigenartigen Gesichtspunkt gewonnene Vereinigung von Geschichte der Kolonialvölker, Geschichte der Kolonisation und Geschichte der Kolonien« versteht. Von

all dem gibt aber seine Kolonialgeschichte nichts! Wir erfahren weder die Geschichte der kolonisierenden Völker, noch die Beweggründe der Kolonisation, noch die Geschichte der Kolonien, am wenigsten die Geschichte der Urbevölkerung in den Kolonien. Mehr als eine Skizze der ersten kolonialen Eroberungen und einige allgemeine weltpolitische Betrachtung über die Wirkung der Kolonien bringt das Werk nicht. Es ist eine durchaus oberflächliche Arbeit über sehr schwierige Probleme, die mehr vom Gesichtspunkt augenblicklicher, beinahe darf man sagen, Tagesstimmungen geschrieben ist. Wenn Valentin zum Beispiel die englische Kolonisation in Indien und Ägypten lobend hervorhebt, den Franzosen aber die Fähigkeit zur Kolonisation abspricht, so fühlt man hier die Nachwirkungen des Kampfes um Marokko. Auch der geschichtsphilosophische Standpunkt des Autors ist recht unklar. Den historischen Materialismus, gegen den er an einer Stelle zu polemisieren für nötig hält, kennt er augenscheinlich sehr mangelhaft. Sonst könnte er nicht als Beweis gegen ihn die Tatsache anführen, daß »das Meer den Niederländern die Freiheit, die Freiheit ihres Glaubens und ihrer Nation« gab. Kurz, es ist eine flott geschriebene Skizze der Kolonialgeschichte, wie sie sich einem modernen Imperialisten darstellt, ohne daß der Autor auf die kolonialen, wirtschaftlichen und weltpolitischen Probleme tiefer eingeht.

Den Schluß des Werkes bildet eine resignierte Bemerkung über die Zukunft der europäischen Kolonisation in Asien. Der Verfasser schreibt:

»Seit dem Siege Japans über Rußland ist die Gärung in den asiatischen Völkern immer tiefer und bedrohlicher geworden. Die studierenden Hindu wandten ihre Augen nach Tokio, in Persien hat die Reformpartei die Geschichte Japans ins Persische übersetzen lassen, in die entlegensten Orte der Türkei hat der Kinematograph das Bild der russischen Niederlagen gebracht. Der Europäer ist für die Asiaten mehr als jemals der verächtliche Barbar, bei dessen Anblick er sich tief verletzt fragt, wie Gott ein solches Wesen habe schaffen können.«

Man kann sich demnach vorstellen, welche tiefgehende Wirkung der jetzige Krieg haben muß, an dem die asiatischen Völker so aktiven Anteil nehmen und im Verlauf dessen sie durch die Sendboten der rivalisierenden Mächtegruppen aufgewiegelt werden. In gewissem Sinne darf man vielleicht sagen, daß der jetzige Weltkrieg um Kolonien das Totengeläute der europäischen Kolonisation ist. Sp.

Anzeigen.

Maifestschrift 1916 der deutschen Sozialdemokratie in Österreich. Wien, Ig. Brand & Co. Preis 20 Heller.

Die Maifestschrift, der die Tätigkeit des Zensors starke Spuren aufgedrückt hat, enthält außer dem Bildschmuck und Gedichten von Petzold und Broeger einen Artikel von Austerlitz: »Unser Hoffen im Kriegsmai«, in dem er die Erwartung ausspricht, die Internationale werde nach dem Kriege in neuer Kraft erstehen. Danneberg weist auf die Vorteile hin, die die Arbeiter gerade während der Kriegszeit ihren Organisationen verdanken und der Achtung, die sich diese Organisationen zu erwerben gewußt haben. Max Adler rechnet mit jenen ab, die unter Zitierung des Satzes: »Der Krieg ist der Vater aller Dinge« vom jetzigen Kriege behaupten, er sei die Ursache eines großen Seelenaufschwungs. Adelheid Popp bespricht die Stellung der Frauen zum Kriege. W. Ellenbogen spricht in einem Artikel: »Zukunftshoffnungen« die Erwartung aus, die allgemeine Erschöpfung nach dem Kriege werde zu einer allgemeinen Abneigung gegen den Krieg und dazu führen, daß auch in den Beziehungen der Staaten zueinander mehr das Vertrags- als das Kampfprinzip zur Geltung kommen werde.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 5 | Ausgegeben am 5. Mai 1916 | 34. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Probleme der Kriegspolitik.

Von Gustav Eckstein.

I.

Der Krieg ist von all den Völkern, die in ihn verstrickt wurden, nicht gewollt worden. Nur kleine, wenn auch mächtige Kreise hatten bewußt eine Politik befürwortet und eingeschlagen, die zum Kriege führte. Breite Schichten der Bevölkerung hatten allerdings bereitwillig die von jenen Zielbewußten verbreiteten Ideologien in sich aufgenommen und ihre Politik gutgeheißen und gefördert, ohne sich aber über deren Zweck und notwendiges Resultat klar zu werden. Weite Kreise, besonders der größte Teil der zum Klassenbewußtsein erwachten Arbeiterschaft, hatten aber diese Ideologien verworfen, diese Ziele aufs heftigste bekämpft.

Als nun der Krieg trotz aller bis zur letzten Minute unternommenen Versuche, ihn zu verhindern, dennoch ausbrach, tauchte plötzlich die unmittelbare Gefahr auf, daß der Feind ins Land dringe und weite Gebiete besetze. Eine Gefahr, die unstreitig vorhanden und auch für die Arbeiterschaft nicht bloß der unmittelbar angegriffenen Landesteile drohend war. Auf diese Gefahr reagierte die Bevölkerung jedes Landes geradezu automatisch, ohne lange Besinnung, mit der Abwehr: die waffenfähigen Männer strebten zur Grenze, die sie verteidigen wollten, und da es im Augenblick dazu keinesfalls eine andere Möglichkeit gab als die Eingliederung in den bestehenden Heeresverband, so entstand in jenen Tagen auch tatsächlich kaum irgendwo ein Zweifel oder eine Zögerung beim einzelnen, seiner Stellungspflicht nachzukommen, und Genosse Frank war sicherlich nicht der einzige Parteigenosse, der damals freiwillig zu den Fahnen eilte.

Diese, wie gesagt, geradezu automatische Aktion hatte mit Politik gar nichts zu tun. In ihr drückte sich nicht im geringsten irgendeine Zustimmung zur Politik der Regierung aus. Jemand mochte sehr wohl der Ansicht sein, daß die Regierung seines Landes leichtfertig, ja verbrecherisch gehandelt, daß sie den Krieg angezettelt oder frivol heraufbeschworen, so mußte er doch einsehen, daß eine feindliche Invasion mit all ihren furchtbaren Folgen für das Land nicht eine *Strafe* für die *Regierung* war, sondern ein furchtbares *Unglück* für das *Volk*, das für seine Regierung nur insofern verantwortlich war, als es sich nicht stark, klug oder energisch genug erwiesen hatte, diese Regierung noch rechtzeitig abzuschütteln.

Die Verteidigung der Landesgrenzen beim Ausbruch eines Krieges ist also nichts weniger als eine Vertrauenskundgebung für die Regierung des betreffenden Landes. Anders aber steht es mit der Bewilligung der Kriegskredite. Man will es jetzt bekanntlich vielfach so hinstellen, als handle es sich bei einer solchen Abstimmung lediglich um die Frage, ob die Soldaten Munition, warme Kleider, Lebensmittel usw. bekommen sollten oder nicht,

und es ist nur selbstverständlich, daß kein vernünftiger und fühlender Mensch ihnen diese Lebensnotwendigkeiten versagen wird. Wäre diese Auffassung der Kreditbewilligung richtig, dann stünde unsere durch Parteitagsbeschlüsse zur unumstößlichen Regel gemachte Verweigerung der Militäretats in unlösbarem Widerspruch mit jenen zahlreichen Bekenntnissen führender Genossen zur Landesverteidigung, die jetzt von den Wortführern der Fraktionsmehrheit mit solcher Vorliebe zitiert werden. Diese Auffassung herrschte aber auch im August 1914 weder im Bürgertum noch in der Sozialdemokratie. Hätte es sich tatsächlich nur um die Frage gehandelt, ob die Anschaffung der Uniformen, Kanonen, Konserven, Pferde usw. mit 110 Stimmen mehr oder weniger bewilligt worden ist, dann wäre die Genugtuung, ja Begeisterung unverständlich, die über die Abstimmung der Fraktion im ganzen Bürgertum und in der Bureaukratie herrschte. Hätten alle 110 Mann geschlossen gegen die Kredite gestimmt, nicht ein einziger Kommißstiefel weniger wäre angeschafft worden oder hätte nach den strengsten konstitutionellen Begriffen angeschafft werden müssen. Ist es aber nicht eine Heuchelei, wenn wir gegen eine Vorlage stimmen in der Erwartung, daß sie trotzdem mit den Stimmen unserer Gegner angenommen werden wird? Wäre die Aufbringung und Verwendung der Gelder tatsächlich von den Stimmen der Fraktion abhängig gewesen, dann wäre es auch die Politik des Deutschen Reiches gewesen, und wenn es dann zum Kriege kam, war allerdings auch die Sozialdemokratie für diesen verantwortlich und mußte diese Verantwortung auch durch Kreditbewilligung übernehmen. Keinesfalls aber oblag dieselbe Pflicht einer geringen Minderheit in einem machtlosen Parlament.

Wie man in sozialdemokratischen Kreisen selbst diese Abstimmung auffaßte, dafür ist z. B. ein begeisterter Artikel charakteristisch, den die Wiener »Arbeiterzeitung« unter dem Titel »Der Tag der deutschen Nation« am 5. August 1914 sofort nach Eintreffen des telegraphischen Berichts aus Berlin veröffentlichte. In diesem Artikel, der so recht getreu den unmittelbaren Eindruck wiedergibt, den damals die Abstimmung im Deutschen Reichstag bei jenen Sozialisten Deutschlands und Österreichs auslöste, die mit der deutschen Fraktion sympathisierten, heißt es zum Beispiel:

> Mann für Mann haben die deutschen Sozialdemokraten für die Anleihe gestimmt.... Da das deutsche Vaterland in Gefahr, da die nationale Unabhängigkeit des Volkes bedroht, tritt die Sozialdemokratie schützend vor die Heimat hin, und die »vaterlandslosen Gesellen«, die »rote Rotte«... weiht dem Staate Gut und Blut der arbeitenden Massen.

Hier wird jene Abstimmung also nicht bloß als Bewilligung gedeutet, fünf Milliarden Mark für Kriegsbedarf auszugeben, sie gilt als Bekenntnis der Sozialdemokratie, »dem Staate Gut und Blut der arbeitenden Massen zu weihen«; und wer sich jener Tage noch einigermaßen erinnern kann, wird wissen, daß die »Arbeiterzeitung« in dieser Beziehung tatsächlich nur aussprach, was alle Welt, auch in der Partei, ob voll Freude oder voll Schrecken, empfand.

Noch weiter als die Wiener »Arbeiterzeitung« geht Genosse Cunow. In seiner Broschüre »Parteizusammenbruch?« hat er eine Erklärung für sein Umschwenken in der Frage der Kreditbewilligung gegeben, und im »Vorwärts« vom 11. April 1916 wiederholt und unterstreicht er noch diese

Argumentation. Danach habe er noch am 3. August gedacht, es handle sich »lediglich um einen Krieg Deutschlands und Österreich-Ungarns gegen Rußland, Frankreich und Serbien«. Einen solchen Kampf habe er nicht recht ernst nehmen können und sei deshalb für die Kreditverweigerung gewesen. Anders aber sei die Sache mit dem Eintritt Englands in den Krieg geworden; denn nun sei der Krieg ein Verteidigungskrieg Deutschlands zur Aufrechterhaltung seiner Wirtschaftsstellung geworden. Für einen solchen Krieg habe man die Kredite bewilligen müssen.

Genosse Cunow steht also hier ebenfalls auf durchaus politischem Standpunkt. In einem Feldzug gegen Rußland, Frankreich und Serbien allein hätten die deutschen Soldaten natürlich ebenso Uniformen, Waffen, Munition, Nahrungsmittel usw. gebraucht. Der Hinzutritt Englands und Japans hat in dieser Beziehung gar nichts geändert. Aber Cunow selbst sagt sofort noch viel deutlicher, worum es sich seiner Auffassung nach am 4. August handelte. Indem er von einem Kriege zwischen den Kontinentalmächten aus Anlaß des Attentats von Serajewo spricht, fährt er fort:

Ein Kampf dieser Art erschien mir gewissermaßen zunächst als ein zweckloses Zwischenspiel im Werdenden, **für das die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nicht durch Bewilligung der Kriegskredite irgendwelche Verantwortung übernehmen dürfe....**

Hier wird also unumwunden erklärt, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch Bewilligung der Kriegskredite eine Verantwortung für den Krieg übernommen habe.

Es lagen hier tatsächlich zwei ganz verschiedenartige Akte vor: die unpolitische militärtechnische Verteidigung der Landesgrenzen beim Kriegsausbruch — und die politische Stellungnahme zum Problem des Krieges. Läßt man diesen grundlegenden Unterschied unbeachtet, so verschließt man sich damit jedes Verständnis einer proletarischen Kriegspolitik. So beginnt David sein bekanntes Buch mit folgenden Worten:

Der Ausbruch des Krieges schleuderte die sozialdemokratische Partei in einen Konflikt, wie er schwerer nicht gedacht werden konnte. Während alle anderen Parteien sich nur von der nationalen Woge mitreißen zu lassen brauchten, mußte sich die Sozialdemokratie erst durch einen Wirbelsturm widersprechender Gefühle hindurcharbeiten.

Gleich darauf aber bringt David die bekannte Menge von Zitaten, um zu beweisen, daß die Sozialdemokratie stets auf dem Standpunkt der Landesverteidigung gestanden hat. Er selbst wird gewiß nicht behaupten, er sei vor dem 4. August nicht auch schon dieser Meinung gewesen. Wenn nun die Abstimmung vom 4. August wirklich nichts anderes bedeutete als die Bewilligung zur Anschaffung von Kriegsrüstungsgegenständen, worin bestand dann der schwere Konflikt, in den die Sozialdemokratie nach Davids Zeugnis geschleudert war? Dann mußte doch jene Abstimmung eine Selbstverständlichkeit sein. Nun heißt es aber bei David weiter:

Wir hatten in harter Opposition zur Regierung und den herrschenden Parteien des eigenen Landes gestanden. Der traditionelle Gegensatz war in letzter Zeit sogar in ein Stadium besonderer Verschärfung getreten.

Was hatten diese rein *politischen* Angelegenheiten mit der Frage zu tun, ob unsere Truppen mit warmen Mänteln usw. ausgerüstet werden sollten oder nicht? Heißt es doch auf S. 47 desselben Buches:

Wir hatten uns also in den ersten Tagen des August nicht darüber schlüssig zu werden, ob wir für oder gegen den Krieg stimmen wollten, sondern nur darüber, ob wir die zur Durchführung des zur Tatsache gewordenen Krieges erforderlichen Geldmittel bewilligen oder verweigern sollten. Darunter fielen neben den Beschaffungskosten für direktes Kampfmaterial auch die ungeheuren Summen für die Bekleidung, für Verpflegung und Löhnung der Truppen, für die Verwundeten- und Krankenfürsorge, für die Unterstützung der zurückbleibenden Frauen und Kinder und für eine Reihe anderer Not- und Linderungsmaßnahmen.

Und da schwankte Genosse David auch nur einen Augenblick, ob er die Kredite bewilligen solle, da wurde er »in einen Konflikt gestürzt, wie er schwerer nicht gedacht werden konnte«? Die Sache ist die, daß David am 4. August 1914 die Abstimmung über die Kriegskredite selbst auch noch nicht für etwas Unpolitisches hielt, für eine einfache Maßregel zur Vollziehung einer militärtechnischen Notwendigkeit. Diese Erkenntnis kam eben erst später, als die Notwendigkeit entstand, die Politik oder Politiklosigkeit der sozialdemokratischen Partei während des Krieges mit der Notwendigkeit der Landesverteidigung zu decken.

Schon dieses Beispiel aus dem Buche, das heute die Durchhälter geradezu als ihre Bibel ansehen, zeigt, wie man sofort zu inneren Widersprüchen und zur Verwirrung kommt, wenn man diese beiden Gesichtspunkte, den unpolitischen der militärtechnischen Verteidigung der Landesgrenzen durch die Staatsbürger und den politischen der Kreditbewilligung durch die Partei, nicht auseinanderhält. Genosse Scheidemann hat sich die Widerlegung dieser Argumentation in seiner jüngst erschienenen Broschüre »Es lebe der Frieden!« allerdings recht leicht gemacht. Er erzählt da (S. 9), ein »einfacher Arbeiter« habe ihm anvertraut, er verstehe diese Logik auch nicht. An »Einfachheit« läßt diese Beweisführung allerdings nichts mehr zu wünschen übrig.

Der Eifer, ja die Begeisterung, mit der bei Ausbruch dieses Krieges die breitesten Volksschichten in fast allen beteiligten Ländern zu den Fahnen eilten, haben die meisten unter uns, besonders diejenigen, die das Jahr 1870 noch nicht bewußt erlebt haben, völlig überrascht. Aber diese Gefühle waren Tatsachen; über ihre Ursachen, ja über ihre Berechtigung mag man heute Erörterungen anstellen; sie wegleugnen zu wollen, wäre nicht nur verfehlt, sondern auch verhängnisvoll. Weniger einfach steht es aber mit der zweiten Frage, der politischen. Denn diese ist noch immer nicht eine abgeschlossene Tatsache, sondern eine offene Frage.

Jede Regierung verfolgt normalerweise irgendwelche politischen Ziele. Vielleicht setzt sie sich selbst der Gefahr eines Krieges aus, um diese Ziele zu erreichen. Jedenfalls aber will sie in einem Kriege, an dem sie mit oder ohne ihren Willen beteiligt ist, irgendwelche politische Ziele erreichen. Die Wiederherstellung des sogenannten Status quo ante, der prinzipielle Verzicht auf Annexionen unter welchem Titel immer, ist natürlich ebenfalls ein politisches Ziel, zu dem sich allerdings bisher noch keine Regierung bekannt hat, das vielmehr alle ablehnten und das nicht einmal die Fraktion der deutschen Sozialdemokratie rückhaltlos anerkannte. Genau angegeben hat allerdings auch noch keine Regierung ihre Ziele, und dieser Mangel rührt wahrscheinlich nicht nur von politisch-diplomatischen Erwägungen her, sondern ist wesentlich auch dadurch verursacht, daß die Regie-

rungen es sich vorbehalten wollen, ihre Ziele jeweils vom Erfolg der Waffen abhängig zu machen, daß aber auch, was innig mit diesem ersteren Punkte zusammenhängt, die verschiedenen Einflüsse und Interessen, die für die Wahl der Kriegsziele bestimmend sind, noch nicht zu einem Ausgleich gekommen sind, daß sie noch immer miteinander kämpfen und ebenfalls den augenblicklichen Stand des Krieges jeweils zur Stützung ihrer eigenen Anschauungen und zur Förderung ihrer eigenen Bestrebungen ausnutzen wollen.

II.

Welche Ziele von einer Regierung im Kriege verfolgt werden, hängt natürlich vor allem von den Interessen ab, als deren Vertreter und Anwalt sie sich fühlt. So laufen zum Beispiel in der englischen Volkswirtschaft die Interessen der Reeder, der Baumwollfabrikanten, der Schwerindustriellen und der Landwirte keineswegs parallel, und alle diese Klassen stehen in vielfachem Gegensatz zur Arbeiterschaft. An der Erhaltung von Englands Seemacht sind freilich alle interessiert; aber darüber hinaus gehen die Lebensinteressen dieser Klassen sofort auseinander. Das hat sich ja mit genügender Deutlichkeit in den oft so heftigen innerpolitischen Kämpfen gezeigt, die sich bis zum Kriegsausbruch abspielten. Natürlich hören diese Interessenkonflikte im Kriege nicht auf, wenn auch die offenen Kämpfe zum Teil eingestellt wurden. Daß auch dies gerade in England übrigens keineswegs durchwegs geschah, ist ja bekannt. Nicht nur, daß in den beiden Häusern des Parlaments sachliche Gegensätze auch in Fragen des Krieges und seiner Ziele scharf aufeinander prallen und vor der breitesten Öffentlichkeit sachlich ausgetragen werden, zeigen die zahlreichen Streikbewegungen, selbst in den Kriegsindustrien, daß auch im Kriege in England der praktische Klassenkampf nicht ruht. Freilich werden auch dort die Kämpfe zwischen den Vertretern der verschiedenen Kriegsziele nicht in ganzer Schärfe vor dem großen Publikum und damit vor dem Feinde ausgefochten. Man hat deshalb zu dem Auskunftsmittel des Koalitionsministeriums gegriffen, in dem alle wichtigen Parteien des Landes vertreten sind. In England, wo die Leitung der Politik tatsächlich zum großen Teil in den Händen des Parlaments liegt und wo die Regierungen in ziemlich hohem Maße dem Parlament verantwortlich sind, ist so in einer allerdings noch ziemlich unvollkommenen Weise Sorge getragen, daß die Wahl der Kriegsziele und damit die Art der Kriegführung und die Bestimmung der Kriegsdauer unter den Einfluß aller Klassen der Bevölkerung gestellt werden.

Allerdings ist diese Gleichberechtigung nur eine scheinbare. Denn je kleiner der Personenkreis, in dem sich politische Macht konzentriert, desto leichter fällt es den Mitgliedern, sich gegenseitig zu verständigen und einen Beauftragten zum wahren Dolmetsch ihrer Entschließungen zu machen. Wenn die 50 größten Reeder, Bankiers, Bergwerksbesitzer oder Textilfabrikanten Englands zusammenkommen, können sie im geschlossenen Klubzimmer Beratung pflegen, von den Ministern, die ihre Interessen vertreten, direkt oder indirekt Auskünfte erhalten und ihnen wieder ihren Willen kundtun, ohne daß die Außenwelt etwas davon erfährt. Ihr Vertreter im Ministerium hat stets die volle Macht der Gruppe hinter sich. Beim Vertreter von Arbeitern ist dieses innige Zusammenarbeiten in Kriegszeiten natürlich ausgeschlossen. Wenn er nicht durch Vereins- und Volksversammlungen

und durch die Presse mit seinen Auftraggebern in stetigem freiem Zusammenhang stehen kann, dann verliert er sehr bald den Charakter des »Volksvertreters«, man weiß, er spricht im Namen einer kleinen Gesellschaft von Führern; ob aber die Masse hinter ihm steht, weiß mit Bestimmtheit weder er selbst noch jemand anderer. Schon deshalb kann er also unter solchen Umständen mit den Vertretern großkapitalistischer und großagrarischer Interessen keinesfalls so in die Schranken treten, daß das moralische Gewicht seiner Persönlichkeit der entsprechende Ausdruck für das Gewicht der von ihm vertretenen Interessen wäre.

In Frankreich liegen die Dinge für die Vertreter der Arbeiterschaft aus verschiedenen Gründen noch viel ungünstiger. Hier gehen die Interessen der verschiedenen Volksklassen in Fragen der Kriegspolitik noch weiter auseinander als in England. Vor allem ist es hier die Hochschutzzollpolitik, die eine gewaltige Kluft aufgerissen hat zwischen den im Schutze der Regierung vegetierenden Industrien und dem Interesse der Lohnarbeiter. Damit hängt aufs innigste die Kolonialpolitik zusammen, gegen deren Fortführung und Steigerung sich unsere französische Bruderpartei mit Recht stets aufs energischste gewehrt hat. Das französische Kolonialreich gleicht einem kostspieligen Treibhaus, in dem die Pflanzen langsamer und schwächlicher gedeihen als in der frischen Luft des Freihandels. Man vergleiche zum Beispiel die Entwicklung der französischen Volkswirtschaft mit der der belgischen.

Besonders kompliziert ist aber heute in Frankreich die Frage der Landesverteidigung. Sicherlich liegt es im dringendsten Interesse des französischen Volkes und auch seiner Arbeiter, daß der Feind die Hauptstadt nicht erobere, daß er nicht noch größeren Teilen des Landes das Schicksal bereite, das Nordostfrankreich jetzt schon seit vielen Monaten erleidet. Andererseits aber bedeutet die Fortdauer dieses Krieges für das französische Volk eine fast noch größere Gefahr. Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch rein körperlich steht Frankreich wie manch anderes Land nach 20 Monaten eines solchen Krieges vor einem Zusammenbruch, den kein Siegespreis wieder gutmachen, kaum eine spätere lange Friedenszeit jemals wieder hereinbringen kann. Jeder Tag weiterer Anstrengung bedeutet eine weitere furchtbare Erschwerung dieser schon jetzt untragbaren Last. Die französischen Agrarier und Bankiers, die im Kriege die glänzendsten Geschäfte machen, haben in dieser Situation natürlich ganz andere Interessen an der Fortdauer des Krieges oder seinem Abschluß als die Arbeiter. Sie können leicht große Patrioten sein und davon schwärmen, den »preußischen Militarismus zu zerschmettern«. Man braucht ihnen deshalb nicht einmal schlechten Glauben zuzusprechen. Auch sie leiden unter dem Kriege: auch ihre Söhne fallen, auch bei ihnen häufen sich die künftigen Steuerlasten; aber sie halten leicht aus, denn ihnen bringt eben der Krieg auch reichen Gewinn, sie können sich es daher leicht gestatten, »alles an die Ehre der Nation« zu setzen, den »Krieg bis ans Ende« zu führen und wie die schönen Schlagworte sonst noch heißen. In der Tat sind ja die meisten Menschen stets gern bereit, ihren sittlichen Idealen die Habe und selbst das Leben ihrer Mitmenschen zu opfern.

Leider glauben auch unsere französischen Genossen, dem demagogischen Schlagwort von der »Vernichtung des preußischen Militarismus« durch den Krieg, das an ihre demokratischen Empfindungen appelliert, insofern

ein Zugeständnis machen zu müssen, daß sie die Hoffnung aussprechen, der Ausgang des Krieges werde bewirken, daß der preußische Militarismus von selbst zusammenbreche.[1] Sie zeigen damit, wie gefährlich es ist, sich durch Schlagworte einfangen zu lassen, deren Bedeutung und Folgen in der gegebenen Situation ganz andere sein können als die, die man ihnen selbst beilegen möchte.

Daß die französischen Kleinbürger und Rentner geneigt sind, den Krieg »bis ans Ende« fortzuführen, erklärt sich, abgesehen von der stark wirksamen nationalen Ideologie und dem Gefühl der Entrüstung über den deutschen Angriff (sie fassen den Krieg als solchen auf), wohl hauptsächlich aus ihrer Angst vor dem Verlust ihrer Renten aus Staatspapieren bei einem unglücklichen Friedensschluß.

Bei den französischen Arbeitern stehen aber andere Interessen im Vordergrund. Zunächst ist die proletarische Klassenbewegung nur international möglich, das französische Proletariat daher schon aus diesem Grunde am raschesten Friedensschluß interessiert, der ja auch sonst ihrer bis zum Kriegsausbruch stets und oft mit großen Opfern betätigten Friedensliebe entspricht. Dazu kommt, daß eine Klasse um so mehr unter den Menschenverlusten im Kriege leiden muß, je zahlreicher sie ist, und einen je größeren Teil von ihr die Männer im wehrpflichtigen Alter ausmachen. Die Verkrüppelungen müssen natürlich ebenfalls den Arbeiter und seine Angehörigen am schwersten treffen; vor allem aber drücken Teuerung und hohe Steuern gerade seine Lage am meisten herab. Die Vernichtung des Kapitals beraubt den Arbeiter der künftigen Arbeitsgelegenheit, während der Kapitalist durch Anleihepapiere, das heißt Anweisungen auf künftige Renten und Tilgungen, entschädigt wird. So ist der französische Arbeiter viel mehr als der Industrielle, Agrarier oder selbst als die Mehrzahl der Kleinbürger am baldigsten Friedensschluß interessiert. Die Fragen der Kolonien und der Renten können ihm im Vergleich zu jenen verhältnismäßig gleichgültig sein, eine Herabsetzung der Zölle würde schließlich sogar zu seinem Vorteil führen.

Allerdings ist auch der Arbeiter daran interessiert, daß kein Stück des heimischen Bodens einer fremden Macht unterworfen und daß kein fremder Landesteil annektiert werde; denn er weiß nicht nur aus dem Beispiel der Annexion Elsaß-Lothringens im Jahre 1871, wie schmerzliche Verluste dieser Vorgang für *alle* Beteiligten mit sich brachte, er weiß auch, daß jede nationale Unterdrückung das schwerste Hemmnis der proletarischen Befreiung ist.

Der Kleinbauer hingegen wäre einer solchen Lostrennung gegenüber, vorausgesetzt zum Beispiel, daß sie ihm Steuererleichterungen verschafft, vielleicht nicht so unversöhnlich. Sein Gesichtskreis reicht ja in der Regel nicht viel weiter als die Aussicht vom Kirchturm seines Dorfes.

Es ist nach all dem kein Wunder, daß heute unter dem Ausdruck »Vaterlandsverteidigung« oft recht verschiedene Begriffe verstanden werden. Der

[1] Die betreffende Stelle in der Resolution des französischen sogenannten Kongresses vom 30. Dezember 1915 lautet in genauer Übersetzung: »Den preußischen Militarismus dahin zurückführen, daß er die Prozeduren des Rechtes annimmt, heißt ihn verpflichten, sich selbst zu zerstören, indem er seinen Existenzgrund verneint. In diesem Sinne könnte der Krieg von 1915 der letzte der Kriege sein.«

ursprüngliche Sinn dieses Ausdrucks, der beim Ausbruch des Krieges die Gemüter entflammte, die unmittelbare Verteidigung der Landesgrenzen, sozusagen des eigenen Herdes gegen den einbrechenden Feind, hat allerdings gerade in Frankreich, innerhalb dessen Grenzen der Feind steht, noch starke Geltung; aber diesem ursprünglichen Wortsinn hat sich schon längst unvermerkt eine zweite Bedeutung des Wortes unterschoben, die Verteidigung nicht mehr bloß der Grenzen, sondern auch der Lebensinteressen des Staates. Unter diesen Lebensinteressen verstehen aber durchaus nicht alle das gleiche. Mehr oder weniger unbewußt färben da meist die Interessen der eigenen Klasse das Bild, oft treten die Klasseninteressen ganz an die Stelle jener Staatsinteressen. Auch weiterhin können dann alle glauben, einig zu sein, weil sie dasselbe Schlagwort anerkennen und gebrauchen, in der Tat versteht aber jeder etwas anderes darunter.

III.

Zu diesen Schwierigkeiten, die sich aus der militärischen Situation sowie aus der verschiedenen Auffassung des Begriffs der Landesverteidigung ergeben, gesellen sich aber in Frankreich auch noch weitere, die ihren Ursprung in den innerpolitischen Verhältnissen des Landes haben. Auch in Frankreich sind Vertreter des Proletariats in die Regierung eingetreten; aber der französische Regierungsapparat ist ein ganz anderer als der englische. Dem Namen nach hat das französische Parlament ganz gewaltige Machtbefugnisse, und in der Tat kann es auch Minister machen und stürzen, soviel es will. Aber die Minister gehen und die Verwaltungsmaschine bleibt, und sie regiert das Land in der Tat. Eine Hauptfunktion französischer Parlamentarier waren stets persönliche Eingriffe in diesen Apparat, eine Politik, die für alle Beteiligten von üblen Folgen war. Aber was können unter solchen Umständen unsere Genossen in der Regierung ausrichten, noch dazu, wo die heute weitaus wichtigsten Ressorts, die des Krieges, der Marine, der Kolonien und der Finanzen nicht in ihren Händen sind? Der gewaltige Regierungs- und Verwaltungsapparat steht nicht ihnen, sondern ihren Klassengegnern zur Verfügung. Dabei sind sie nach außen hin durch die Gefahren der militärischen Situation noch viel mehr gebunden als ihre englischen Ministerkollegen, und nach innen ist ihr Gewicht noch geringer, weil gerade die industriell höchstentwickelten Gebiete Frankreichs vom Feinde besetzt sind und die Arbeiter der übrigen Landesteile zum großen Teil im Schützengraben liegen.

Gesetzt den Fall, Genosse Guesde käme etwa auf Grund genauer Untersuchungen zu der Überzeugung, es wäre für das französische Volk, vor allem für die französischen Arbeiter viel vorteilhafter, wenn dieser Krieg mit einem schnellen Frieden beendet würde, der den Deutschen die Herrschaft über Algier einräumte, als daß er fortgesetzt wird mit der Hoffnung, die Deutschen vielleicht in zwei weiteren Jahren besiegen zu können; dadurch würde dieser entsetzliche Krieg beendet, was für die gesamte proletarische Bewegung und insbesondere für die Frankreichs von größtem Vorteil wäre.[2] In welcher Weise könnte nun Guesde dieser Überzeugung Ausdruck

[2] Um allen Mißverständnissen vorzubeugen, möchte ich hier ausdrücklich feststellen, daß ich dieses Beispiel ganz willkürlich gewählt habe und mit ihm keineswegs andeuten möchte, daß ich einen Frieden unter solchen Bedingungen heute als möglich oder als für die proletarische Bewegung förderlich ansehe.

verleihen? Im Ministerrat selbst würde seine Stimme ungehört verhallen. Denn alle bürgerlichen Minister würden heute die Zumutung eines solchen Friedens mit Entrüstung von sich weisen. Aus dem Ministerium ausscheiden hieße aber nicht nur dessen Stellung erschüttern und damit »die Landesverteidigung schwächen«, sondern dieser Schritt hätte doch nur Sinn, wenn Guesde nun außerhalb des Ministeriums die Agitation für den von ihm gewollten Friedensschluß gegen seine früheren Kollegen aufnähme. Wo bleibt aber dann die »heilige Eintracht«?

Nehmen wir aber selbst an, Minister Guesde habe gar nicht die Absicht, die spezifischen Klasseninteressen des Proletariats in seiner Politik zur Geltung zu bringen, er stehe nur auf dem Standpunkt der Landesverteidigung im ursprünglichen Sinne dieses Wortes, das heißt der Abwehr feindlicher Invasion. Wie kann er als Minister diesen Standpunkt in der Politik seines Landes während des Krieges zur Geltung bringen? Denn selbstverständlich kann die Politik der Partei nicht von den Launen des Kriegsglücks auf einem ganz bestimmten Teil des Kriegsschauplatzes abhängig gemacht werden. Sonst hätte zum Beispiel die sozialistische Dumafraktion bis zur Schlacht von Gorlice im Namen der bloßen Landesverteidigung gegen die Kriegspolitik opponieren, sie aber seit der Rückeroberung Lembergs unterstützen müssen. Wenn aber dieser Maßstab versagt, wo ist dann die Grenze zu ziehen? Wann ist die Landesgrenze so weit gesichert, daß der Fortgang des Krieges sie nicht mehr gefährdet? Das ist natürlich nie der Fall. Die Niederlagen Napoleons I. im fernen Rußland öffneten den Verbündeten die Tore Frankreichs; und hätten nach der Schlacht von Sedan die französischen Aufgebote die Deutschen besiegt, so wäre wohl auch eine Invasion Deutschlands erfolgt, zu der natürlich die Möglichkeit gefehlt hätte, wenn sofort nach Sedan der Friede zustande kam.

Auch die Landesverteidigung im ursprünglichen und engsten Sinne des Wortes ist also durchaus abhängig von der Wahl der Kriegsziele. Nehmen wir zum Beispiel an, Guesde erführe, der französische Generalstab wolle den Krieg fortführen bis zur dauernden Besetzung des linken Rheinufers. Bis dieses Ziel erreicht, sollte es keinen Frieden geben, mithin auch keine Sicherung der Landesgrenze. Guesde erkenne den Wahnsinn eines solchen Kriegsziels, seine absolute Volksfeindlichkeit. Was kann er tun, um dieses Unheil abzuwenden? Tritt er aus dem Ministerium aus und macht Opposition im Lande, so schwächt dieser Schritt die politische Situation der Regierung, auch den Verbündeten gegenüber, er zeigt das Land dem feindlichen Ausland als in sich gespalten, er gefährdet die Landesverteidigung, indem er die »heilige Einigkeit« zerstört. Solange diese unangefochten besteht und bestehen soll, sind daher die Vertreter des französischen Proletariats im Ministerium in der Tat nur die Gefangenen, die Geiseln ihrer bürgerlichen Kollegen.

Praktisch kommt dieser Geiselcharakter der französischen Arbeiterführer hauptsächlich darin zum Ausdruck, daß nicht nur sie selbst keine andere als die offizielle Stellung des Gesamtministeriums einnehmen können, sondern daß sie auch die Parlamentsfraktion und den Organisationsapparat der Partei mit sich gezogen und sie dadurch noch mehr davon abgebracht haben, auch in Kriegszeiten proletarisch-sozialistische Politik zu machen.

Schon aus diesem Grunde kann daher in Ländern, in denen das Proletariat während der Kriegszeit im Ministerium nicht vertreten ist, die

Haltung der Sozialdemokraten im Parlament der Regierung und den Militärgewalten gegenüber viel freier sein. Wir sehen das heute besonders deutlich in Rußland und in Italien. In den so verschiedenen Parlamenten dieser beiden Staaten üben die Sozialdemokraten schonungslose Kritik nicht nur an den Kriegszielen, sondern auch an der Kriegführung und der Wahl der Kriegsmittel. Denn auch diese hängen natürlich mit den gesteckten Kriegszielen aufs innigste zusammen. So wird man gewisse, besonders erbitternde Kriegsmittel zweckmäßig nur dann anwenden, wenn man die Aussicht, aber auch die Absicht hat, den Gegner mit ihrer Hilfe vollkommen niederzuringen. Wer diese Absicht nicht verfolgt, sondern möglichst bald mit dem Gegner zu einer Verständigung gelangen will, wird auch jene Mittel kaum gutheißen können.

In Ungarn besitzt das Proletariat kein Wahlrecht zum Reichstag und hat daher auch dort keine Vertretung; in Österreich ist das parlamentarische Leben seit Kriegsdauer überhaupt eingestellt. Da in der Monarchie wie in den meisten anderen der kriegführenden Staaten der gesetzliche Kriegszustand herrscht, haben von den Sozialisten dieser Länder bisher nur die Polen durch einen politischen Akt größeres Interesse auf sich gelenkt. Sie sind dem Polenklub beigetreten und haben dadurch in der Befolgung der Politik des Burgfriedens eine Konsequenz bewiesen, die sie auf anderen Gebieten vielleicht nicht immer gezeigt haben.

In Deutschland — doch darüber sollen wir ja erst auf dem nächsten Parteitag verhandeln, der nach dem Friedensschluß stattfinden wird. Er soll ja darüber zu beraten und zu beschließen haben, welche Politik die deutsche Sozialdemokratie während der Schicksalsstunde Europas, während des Weltkriegs hätte einschlagen sollen.

Antwort auf die „mahnende Erinnerung" von Karl Kautsky.

In Nr. 3 der Neuen Zeit veröffentlicht Genosse Kautsky einen Artikel, in dem er nachzuweisen versucht, daß vor 31 Jahren »ein tiefgehender innerer Zwiespalt zu Ende ging, vielleicht der schlimmste unter denen, die an dem Gefüge unserer Partei rüttelten, in der Zeit seit ihrer Einigung im Jahre 1875 bis zum Ausbruch des jetzigen Krieges«. Kautsky meint damit den Kampf innerhalb der Fraktion über die Dampfersubvention im Jahre 1885.

Es muß recht schlimm um das Gebot der Stunde bestellt sein, wenn der Sturm in einem Glase Wasser — denn etwas anderes war der Streit um die Dampfersubvention nicht — mit dem heutigen Krieg in Verbindung gebracht wird, der ganze Erdteile in blutige, wütende Kämpfe verstrickt hat und in der sozialdemokratischen Fraktion Differenzen erzeugte, die in der Tat zu einer Spaltung führten.

Ohne mich auf eine Diskussion einzulassen über die Ursachen der Fraktionsspaltung, will ich nur dagegen Einspruch erheben, daß Vorkommnisse vor 31 Jahren in irgendeine Verbindung gebracht werden mit der heutigen Zeit, die mehr als je eine einheitliche Politik und Disziplin der Partei erfordert. Wenn damals die Mehrheit von 21 Abgeordneten, zu der auch Bock, Meister und Singer zählten, sich mit der Minderheit von 3 Abgeord-

neten in der Fraktion ſtritt, ſo hat der Streit ſehr oft Heiterkeitsausbrüche ausgelöſt, an denen alle teil hatten; von einem Zwang bei Abſtimmungen konnte nicht die Rede ſein und war auch nicht die Rede, da es ſich nicht um eine prinzipielle, ſondern um eine rein taktiſche Frage handelte. Wenn ſchließlich eine einſtimmige Ablehnung der Dampferſubventionsvorlage ſeitens der Fraktion erfolgte, ſo lag es an der Samoalinie, die wir, wie ich bereits in der Kommiſſion erklärte, wegen ihrer kolonialpolitiſchen Bedeutung nicht bewilligen konnten. Wäre die Samoalinie gefallen, dann hätte die Fraktion in ihrer Mehrheit wahrſcheinlich für die Linien nach Oſtaſien und Auſtralien geſtimmt. Unſer Antrag, daß in die ſubventionierten Linien nur neue Schiffe eingeſtellt werden dürften, war tatſächlich — wenn auch etwas modifiziert — in das Geſetz übergegangen, denn im § 10 des Geſetzes heißt es:

> In die Linien einzuſtellende neue Dampfer müſſen auf deutſchen Werften und tunlichſt unter Verwendung deutſchen Materials gebaut werden.

Damit war unſerer Abſicht, dem daniederliegenden Schiffbaugewerbe die deutſchen Aufträge zuzuweiſen, die bislang nach England gegeben worden waren, Genüge geleiſtet.

In dem Werke »Die deutſchen Reichspoſtdampferlinien nach Oſtaſien und Auſtralien in zwanzigjährigem Betrieb« (Berlin 1906, Mittler & Sohn) heißt es denn auch auf S. 118:

> Erſt die Reichspoſtdampfervorlage und die dadurch bedingten Neubauten brachten hier die entſcheidende Wandlung und ſind daher als Ausgangspunkt für die mächtige Entwicklung des deutſchen Schiffbaugewerbes innerhalb der letzten 20 Jahre anzuſehen.

Wer darüber noch weiteres nachleſen will, den verweiſe ich auf Mehrings Geſchichte der deutſchen Sozialdemokratie, 4. Band, S. 265 ff.

Heute wird man es kaum begreifen, wie die Dampferſubventionsvorlage vor 31 Jahren erhebliche Parteidifferenzen erregen konnte, geſchweige denn, daß Kautsky es für notwendig gehalten hat, ſie heute wieder auszugraben und ſie als »mahnende Erinnerung« den Zeitgenoſſen vorzuführen. Die Sache der Minderheit wird dadurch nicht beſſer und die der Mehrheit nicht ſchlechter.

Die Erregung der Minderheit vor 31 Jahren findet jedoch ihre Erklärung in dem damals herrſchenden Sozialiſtengeſetz, unter dem alle gleichmäßig litten, und — in dem heiligen Gral in Zürich, deſſen Ritter, Bernſtein und Kautsky voran, auf dem Kopf ſtanden, als ſie die Mär von der Reiſe nach Oſtaſien und Auſtralien vernahmen. Das durfte nicht geſchehen, und deshalb Kampf gegen die damalige Mehrheit, wobei auf beiden Seiten in grotesken Einfällen Wunderliches geleiſtet worden iſt.

Daß die Fahne der Rebellion gegen die damalige Mehrheit der Fraktion in Zürich entfaltet worden iſt, ſtimmt, desgleichen das Überſpringen der Rebellion auf die Mitgliedſchaften in Paris, London, Brüſſel, Kopenhagen, New York nicht zu vergeſſen — in Deutſchland ſelbſt hat man ſich außer in Frankfurt a. M. und Leipzig um die Dampferſubvention blutwenig gekümmert. Es mag hier und da wohl geſchehen ſein; aber das lag an Bebel, der auf ſeinen Geſchäftsreiſen ſehr viel mit den Parteigenoſſen allerorts in Berührung kam und dabei als Gegner der Vorlage in der ihm eigentüm-

lichen leidenschaftlichen Weise gegen die Mehrheit vom Leder zog. Eine Spaltung wollte Bebel ebensowenig wie die Fraktionsmehrheit. Wenn beide Teile es gewollt hätten, wären sie von der Partei in Deutschland ausgelacht worden. Der heilige Gral hatte sich ganz überflüssigerweise mit dem Spaltungsalp belastet.

Viel schlimmer stand es im Jahre 1898, als Bernstein die Fahne des Aufruhrs erhob und mit seinem Ausspruch »Das, was man gemeinhin Endziel des Sozialismus nennt, ist mir nichts, die Bewegung alles« die Partei ganz gehörig durcheinander und der Spaltung nahe brachte. In der Neuen Zeit und den Sozialistischen Monatsheften, besonders aber in den Parteitagsprotokollen von Stuttgart, Hannover, Lübeck und München ist darüber manches Wissenswerte mitgeteilt.

* * *

Nach Jahr und Tag hatte sich der Sturm im Glase Wasser gelegt. Die Vorlage des Baues des Nordostseekanals, der in erster Linie militärischen Zwecken dienen sollte, wurde einstimmig von der Fraktion bewilligt, ohne daß es in Zürich unruhig wurde; auch der Fall »Schneckengrün« erregte keine übermäßige Aufmerksamkeit, obwohl es sich hier um eine Arbeiterkolonie handelte, die keineswegs als soziales Heilmittel anzusprechen war. Bebel hatte mit den sozialdemokratischen Abgeordneten im Sächsischen Landtag dafür gestimmt, und zwar nicht ohne leise Proteste gegen diese Abweichung vom geraden revolutionären Weg. Man hatte an der Dampfersubvention genug, und es gelüstete auch die Speerschwinger nicht nach einer Wiederholung.

Aber ein Nachspiel sollte die Dampfersubvention doch noch haben, und zwar auf dem Parteitag in St. Gallen, der nach den Faschingswahlen 1887 stattfand, die eine dezimierte Fraktion in den Reichstag entsandt hatten.

Die beiden Berichterstatter, Hasenclever und Bebel, erwähnten in ihren parlamentarischen Berichten zum Erstaunen vieler Genossen die Dampfersubvention mit keinem Wort. In der Diskussion bemerkt Fritz Geyer, daß er nichts darin finde, wenn der Referent die Dampfersubvention nicht erwähnt habe. Es stand den Anwesenden frei, die Frage auch so zu besprechen. Er fände keinen Unterschied zwischen der Abstimmung für Schneckengrün oder der Dampfersubvention.

Bebel führt dazu aus:

Für ihn sei die Schneckengrüner Angelegenheit abgetan, Neues habe man ihm darüber nicht sagen können, und er wolle Altes nicht wiederholen. Die Mahnung an die Fraktion, einig zu sein, sei wohl gut gemeint, aber er frage, wie man sich den Ausgleich von Meinungsdifferenzen, die doch nun einmal unausbleiblich seien, denke. Der Mahner zur Einigkeit in allen Fragen werde, wenn er einmal in der Fraktion sitze, selbst genötigt werden, Partei zu ergreifen, und er (Redner) sei im Zweifel, ob das immer in einer friedenstiftenden Weise geschehe. Meinungsdifferenzen entständen über gewisse praktische Fragen schon aus der verschiedenen Lebensstellung der Abgeordneten, ihrem Charakter, ihrem Naturell und vor allem aus der Auffassung über das Stadium des Abwirtschaftungsprozesses, in dem die bürgerliche Gesellschaft sich befinde. Wer der Ansicht sei, daß die letztere in absehbarer Zeit an ihren eigenen Übeln zusammenbreche und dann unsere Zeit komme, oder wer der Meinung sei, daß darüber noch Generationen hingingen und man froh sein müsse, Forderungen, wie sie der Arbeiterschutzgesetzentwurf enthalte, am Ende seines Lebens durchgesetzt zu sehen, werde in seinem taktischen Verhalten

von ganz anderen Gesichtspunkten ausgehen. Und diese Verschiedenheit der Auffassung, die eben nicht zu beseitigen sei — man möge doch endlich lernen, unsere materialistische Welt- und Geschichtsauffassung auch auf unser eigenes Parteileben zu übertragen —, werde stets zu neuen Meinungskämpfen innerhalb der Partei führen. Aber konstatieren wolle er ausdrücklich, daß diese Kämpfe dem persönlichen Freundschaftsverhältnis der Abgeordneten zueinander keinen nachhaltigen Abbruch bisher getan und daß nach seiner, des Redners, fester Überzeugung jeder im besten Glauben, das Wohl der Partei zu fördern, gehandelt habe. Er habe auch nicht gesagt, daß eine Spaltung unausbleiblich sei, sondern nur dargelegt, unter welchen Umständen und Verhältnissen sie möglich sei. Er glaube, gerade dadurch der Partei am besten zu dienen, wenn er rückhaltlos sich ausspreche.

Liebknecht konstatiert darauf die Einmütigkeit, die sich in der Hauptsache in dieser Debatte auf dem Parteitag herausgestellt habe. Er bestreitet auch, daß innerhalb der Fraktion ernsthaft von zwei auseinandergehenden Strömungen gesprochen werden könne, das habe sich am deutlichsten gezeigt bei den mehrfach kritisierten Abstimmungen über die Dampfersubvention und die Arbeiterkolonie Schneckengrün. Die eine Abstimmung falle den sogenannten »Gemäßigten«, die andere den sogenannten »Radikalen« zur Last, wo sei da die Grenze zu ziehen?

* * *

Zurzeit ist eine Fraktionsspaltung tatsächlich vorhanden. Die Ursachen sind so gewaltig, daß sie an keinem Maßstab gemessen werden können; aber das eine steht nach meiner Meinung unumstößlich fest, zu einer Parteispaltung werden die Differenzen nicht führen.

In den neutralen und den kriegführenden Ländern und auch bei Genossen in Deutschland wird die Ansicht vertreten, die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hätte durch ihre Abstimmung die Internationale verraten, ja sie hätte sich vom Imperialismus düpieren lassen und sei selbst imperialistisch geworden.

Wenn das richtig wäre, so müßte der Vorwurf an alle Proletariervertretungen, auch Frankreichs und Englands, gerichtet werden, denn zu gleicher Zeit, ohne Kenntnis der Beschlüsse der Bruderparteien, haben die Parlamente einstimmig den gleichen Beschluß gefaßt.

Aber der Vorwurf ist unberechtigt, und zwar aus dem ganz einfachen Grunde, weil die sozialdemokratischen Parteien aller in Betracht kommenden Länder nicht stark genug waren, den Krieg zu verhindern, und alle die zwingende Notwendigkeit, ihr Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich zu lassen, einsahen.

Welche Mittel hätten denn auch die Sozialdemokraten anwenden wollen, um den Krieg, wenn nicht zu hindern, doch zu erschweren? Etwa den Generalstreik?

Ich bin der festen Überzeugung, keine der sozialdemokratischen Parteien der in Betracht kommenden Länder hat auch nur eine Minute an dies Mittel gedacht, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil es nicht durchführbar war.

Darüber sich weiter auszulassen, ist ganz unfruchtbar.

Aber ist denn die internationale Arbeiterbewegung wirklich gesprengt, wird sie — wie ihre Vorgängerin durch den Krieg von 1870 — der Auflösung verfallen? Ich bin ganz entgegengesetzter Meinung.

Der aus wirtschaftlichen Ursachen entbrannte Krieg wird ein Ende nehmen, und dann werden die Organisationen der Internationale wieder

zusammentreten und ihre weltgeschichtlichen Aufgaben zu erfüllen suchen trotz des vorangegangenen Krieges, der von keinem gewollt, aber auch von keinem gehindert werden konnte. Jeder Teil hat seine Pflicht der Nation gegenüber erfüllt, um nunmehr wieder als Weltbürger seine Pflicht zu erfüllen in der Bekämpfung des Kapitalismus und Imperialismus im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, ja der ganzen Menschheit.

Da ist so viel gemeinsame Arbeit zu verrichten, daß jeder Tropfen Haß innerhalb der internationalen Arbeiterschaft, wenn er sich je zeigen sollte, sich schnell verflüchtigen wird.

Wer die Einigkeit in der Partei fördert, dient damit auch der Zukunft und trägt dazu bei, daß Kriege wie der heutige zur Unmöglichkeit werden.

Heinrich Dietz.

Zur Industrialisierung Ostasiens.

Von O. Jenssen.

1. Japan.

Bei der Beurteilung des Tempos und der Möglichkeiten der Industrialisierung Ostasiens werden nur zu leicht die Schwierigkeiten und Hemmungen übersehen, welche sich der Umwandlung dieser Wirtschaftsgebiete der Naturalwirtschaft und des Handwerks in moderne Industriestaaten entgegenstellen. Das Beispiel Japans ist in dieser Hinsicht äußerst lehrreich, da in China vielfach ähnliche Verhältnisse herrschen wie im Japan der achtziger Jahre, wenngleich die Ausdehnung, geographische Beschaffenheit, politische Verfassung des kontinentalen Riesenreichs die Bedingungen der Entwicklung wesentlich beeinflussen. In den Grundzügen dürfte aber die Entwicklung des frühkapitalistischen China die gleichen Merkmale aufweisen, wie sie die Wandlungen Japans im letzten halben Jahrhundert gezeigt haben.

Unter diesem Gesichtspunkt ist daher ein Werk äußerst wertvoll, das die industrielle Entwicklung Japans nicht nur eingehend beschreibt, sondern auch den Charakter japanischer Industriearbeit vielseitig beleuchtet und historisch zu erklären sucht.[1] Der Verfasser hat ein äußerst reichhaltiges internationales Material kritisch gesichtet und wissenschaftlich verarbeitet, wobei ihm seine mehrjährige Tätigkeit als Ingenieur in der Industrie des Inselreichs sehr zustatten kam. Die Technik der verschiedensten Industriezweige wird daher bei der Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der Gewerbe und bei der Beschreibung ihres heutigen Standes eingehend gewürdigt.

Die japanische Industrie von heute hat durchweg frühkapitalistischen Charakter: geringe Verwendung mechanischer Kraft, Vorherrschen des Kleinbetriebs, massenhafte Verwendung von Frauen und Kindern, lange Arbeitszeit, auch der Männer, dabei geringe Produktivität der Arbeit.

Beim Lesen der eingehenden Schilderungen der Verhältnisse der Baumwollindustrie, Weberei, Zündholzfabrikation usw. ist die Ähnlichkeit mit den sozialen Zuständen in England während der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts augenfällig. Das ungeheure Elend des japanischen Prole-

[1] Dr. oec. publ. E. A. Heber: Japanische Industriearbeit. 7. Band der »Probleme der Weltwirtschaft«, Schriften des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Herausgegeben von Professor Dr. Bernhard Harms. Jena 1912, Verlag von Gustav Fischer. 275 Seiten.

kariats hat S. Katajama an dieser Stelle des öfteren geschildert. Trotz der großen Ausbeutung bei Arbeitszeiten von 12 bis 16 Stunden sind die Leistungen der japanischen Industrie recht mangelhaft, was Heber durch zahlreiche Beispiele beweist.

Bei der Rohseidenfabrikation zum Beispiel ist die Abfallquote sehr groß, da die Fäden nicht sorgfältig abgehaspelt werden. Bei höheren Kosten als in Europa wird daher eine schlechtere Ware erzielt, so daß besondere Kontrollbureaus für die Ausfuhr eingerichtet werden mußten, um nur gute Ware ins Ausland zu senden.

In der Baumwollindustrie mit überwiegender Frauenarbeit tritt die Minderwertigkeit der Leistungen besonders klar zutage. Auf 1000 Spindeln entfallen in Großbritannien 6, in Deutschland 10, in Japan 50 Arbeiter. In Japan kommen 5 Personen auf 1000 Ringspindeln und 3 auf 600 bei Garn Nr. 39 bis 40, in den Vereinigten Staaten dagegen nur 1 Person auf 1000 Ringspindeln. Es verhält sich demnach die Produktivität der Arbeit in der Spinnerei in Japan und Amerika wie 5 : 1 und in Japan und England wie 3 : 1.

Die lange Arbeitszeit dient keinesfalls zur Erhöhung des Arbeitsertrags, wie folgender Vergleich zeigt:

Die Durchschnittsproduktion pro Spinner betrug 1907 in Deutschland 4300 Kilogramm bei 300 Arbeitstagen zu 9 bis 10 Stunden; in einer Spinnerei der Provinz Honan (China) 3400 Kilogramm bei 600 Schichten zu 10 Stunden auf den chinesischen Arbeiter. In Japan dagegen produzierte 1900 der Arbeiter durchschnittlich 2100 Kilogramm bei 646 Schichten zu 10 bis 12 Stunden. Es leistet der Spinner in Japan kaum halb soviel wie in Europa, wobei allerdings die große Nachlässigkeit in der Vorbereitung des Spinnstoffs zu berücksichtigen ist.

Ähnlich ist es in der Weberei, wo um 1902 für 100 Maschinenwebstühle 105 Personen zur Bedienung gebraucht wurden, während in England nur 45, in Amerika nur 36 Personen genügten. Auch im Bergbau ist die Arbeitsergiebigkeit bedeutend geringer, was nicht nur in der oft unzureichenden technischen Ausrüstung der Betriebe, sondern auch in der mangelnden Geschicklichkeit der Arbeiter begründet ist. Die rühmliche Ausnahme des Kupferbergbaues, der modern eingerichtete und gut geleitete Großbetriebe besitzt, wird ausgeglichen durch die rückständige Technik der Kupferverhüttung.

Besonders bedenklich ist die Rückständigkeit des japanischen Maschinenbaues und der Eisenindustrie im allgemeinen. Hier wirkt die Eigenart der Entwicklung des japanischen Handwerks verhängnisvoll. In Japan fehlten die Bauschlosserei und die ausgebildete Schmiedekunst, wie sie das europäische Mittelalter kannte. Jene Handwerke lieferten der aufkommenden europäischen Maschinenindustrie metalltechnisch gut vorgebildete Arbeiter. Anders in Japan: hier war und ist die Eisen- und Bronzebearbeitung in erster Linie Ziertechnik. Man hat große Fertigkeit in der Oberflächenbehandlung des Metalls erreicht, wie die Schwertgriffverzierungen und Bronzearbeiten in den Tempeln beweisen, aber diese hohe Technik in der Dekorationskunst ließ die Metallarbeiter sich lieber neuen Zweigen des Kunstgewerbes zuwenden. Diese Handwerker hatten weder Anlage noch Neigung zum konstruktiven und undekorativen Maschinenbau. So blieb gerade diese wich-

tigste moderne Industrie ohne einen Stamm gelernter Arbeiter. Es ist daher kein Wunder, daß in Japan gebaute Maschinen im allgemeinen weit unter europäischen Produkten stehen. Die Fluktuation des ungelernten japanischen Arbeiters, seine Nachlässigkeit gegenüber dem Material, seine mangelnde Berufsschulung usw. konnten nur mangelhafte Resultate gerade im Maschinenbau erzielen. Die japanischen Maschinenbauer leisten nach dem Urteil europäischer Ingenieure nicht den dritten Teil der westlichen Kollegen, und auch der japanische Professor Tejima vom Polytechnikum in Tokio macht die japanischen Maschinenbauer verantwortlich für den langsamen Fortschritt der Mechanisierung einheimischer Gewerbe und sagt ihnen Unfähigkeit und Mangel an Berufsstolz nach. Ihr Lohn entspräche keineswegs ihren Leistungen.

Dagegen sind die Leistungen japanischer Staatsarbeiter auf dem gleichen Gebiet wesentlich höher. In Arsenalen und auf staatlichen Werften ist allerdings die Berufsvorbildung vielfach besser als in der Privatindustrie, und es tritt hier der nationale Impuls hinzu. Der Arbeiter weiß, daß es sich um die Landesverteidigung handelt, und das erhöht bei dem ausgeprägten Chauvinismus des gesamten Volkes die Sorgfalt und Intensität seiner Tätigkeit.

Trotz dieser Ausnahmen kommt Ingenieur Dr. Heber zu dem zusammenfassenden Schluß, daß der japanische Industriearbeiter kaum die Hälfte oder ein Drittel der Leistung eines europäischen und ein Fünftel eines amerikanischen Arbeiters vor sich bringt. Trotz der niedrigen Löhne sei daher (privatwirtschaftlich gesprochen) der japanische Arbeiter seinen Leistungen entsprechend bezahlt, da bei nur geringer technischer Fertigkeit die Löhne des einzelnen »Gelernten« sofort erheblich emporschnellen. Unterbezahlt, wie auch in Europa, sei die massenhafte Frauen- und Kinderarbeit.

Aus volkswirtschaftlichen Gründen tritt aber auch Heber für die Erhöhung der Löhne der gesamten Arbeiterschaft ein, um der Unterernährung des Proletariats, die er eingehend nachweist, ein Ziel zu setzen, da diese Unterernährung neben anderem ein Hauptgrund der mangelnden Ergiebigkeit der japanischen Industriearbeit ist.

Zur hinreichenden Erklärung ist allerdings die gesamte soziale Entwicklung Japans heranzuziehen. Der Zusammenstoß der westlichen Zivilisation des modernen Industrialismus mit der auf handwerksmäßiger Produktion beruhenden Kultur Japans erklärt in letzter Linie all die Mängel des an die Maschine noch nicht angepaßten japanischen Arbeiters:

Vor allem war Fabrikarbeit, wenn man von einigen wenigen Betrieben der Sakébrauerei und den Feudalmanufakturen absieht, so gut wie unbekannt. Sie war auch den Neigungen der Japaner diametral entgegengesetzt. Die impulsive Arbeitsweise, welche bis dahin in Japan vorgeherrscht hatte, vertrug sich schlecht mit den Forderungen einer rationellen Technik. Die Maschine duldet keine Stimmungsarbeit. Sie verlangt gleichmäßige, angespannte und ungeteilte Aufmerksamkeit während einer langen Reihe von Stunden. Für den modernen Industriebetrieb sind ganz andere Gesichtspunkte maßgebend als für das mittelalterliche Kunsthandwerk. Das Prinzip der Selbsterhaltung und der Rentabilität sollte nun ausschlaggebend sein für die Betriebsweise. Ein erheblicher Teil der Arbeiter war jetzt gezwungen, regelmäßig, ob mit oder ohne Stimmung, ein gewisses Quantum Arbeit pro Tag zu verrichten. Da der ästhetischen Veranlagung durch die Maschine nicht Rechnung getragen wurde, schwand das Interesse an dem erzwungenen Resultat

der Arbeit und das Gefühl der Verantwortlichkeit für ihre Qualität. Die Maschine ist grausam, unbekümmert um die persönlichen ästhetischen Bedürfnisse des Arbeiters erheischt sie gebieterisch einen Dienst, welcher der individuellen Eigenart nicht die geringste Achtung zollt. Was ist natürlicher, als daß der japanische Arbeiter in der Maschine seine geschworene Feindin sieht, an der er sich rächt, indem er sie ebenso vernachlässigt, wie sie seine Persönlichkeit ignoriert. So erklärt sich die rapide Abnutzung japanischer Maschinen. Der Japaner mußte um so mehr gegen die Maschine eingenommen werden, als sie ihn zu einer Tätigkeit zwang, die über seine Kräfte ging. Physisch ausgebeutet und moralisch deprimiert, sieht der japanische Proletarier den Unternehmer, der ihm diese Sträflingsarbeit zumutet, als seinen Bedrücker an. Daß die Maschinenarbeit seine Kräfte tatsächlich überschreitet, dafür haben wir oben eine Reihe von Belegen angeführt. Was ist naheliegender, als daß der Arbeiter versucht, sich dem auf ihm lastenden Drucke zu entziehen?... Ein geübter Stamm von Arbeitern läßt sich auf diese Weise nicht heranbilden. Mit Recht klagen deshalb die Unternehmer über minderwertige Leistungen des Personals.... Sie schließen sich zu Verbänden zusammen, um die Löhne niedrig zu halten, und verwenden mit Vorliebe anspruchslose Kräfte, Frauen und Kinder, die sie... bei Gefängniskost verpflegen. Um den Ausfall, der durch den fortgesetzten Wechsel der Arbeiter und ihre geringen Leistungen entsteht, einigermaßen auszugleichen, lassen sie 12 und mehr Stunden am Tage arbeiten und schränken die Ruhepausen auf das äußerste ein mit dem Erfolg, daß die Leistung pro Stunde noch mehr reduziert wird, eine, wie man sieht, sehr kurzsichtige Politik. Besonders wirft man den modernen Industriearbeitern einen absoluten Mangel an Berufsstolz und Verantwortungsgefühl vor. Verantwortung setzt Willensautonomie voraus. Darf man den japanischen Arbeiter für die Qualität von Leistungen verantwortlich machen, zu denen er gezwungen worden ist? Wie kann man von einem Volke, das über ein Jahrtausend lang seine Arbeit nur nach ästhetischen Gesetzen verrichtet hat, erwarten, es werde allein dadurch, daß man ihm einen Lohn zahlt, und noch dazu einen solchen, der für eine zweckentsprechende Ernährung nicht einmal hinreicht, sich veranlaßt sehen, nunmehr seine Beziehungen zur Arbeit ohne Rücksicht auf innerste persönliche Bedürfnisse radikal zu ändern und an die Stelle des künstlerischen Interesses an deren Resultat dasjenige an einem möglichst hohen Lohne setzen? Eine ganze Welt trennt die abendländische und die japanische Auffassung von der Arbeit.... Die Einführung des Löhnungssystems hat nun allerdings bewirkt, daß wenigstens ein Teil der Arbeiter seine Tätigkeit tatsächlich nach der Höhe des Lohnes regelt, aber in einer Weise, die sicherlich nicht beabsichtigt war. Wird der Lohn erhöht, so steigen in den meisten Fällen die Leistungen nicht, sondern sie sinken. Der höhere Lohn veranlaßt den Arbeiter in erster Linie nicht zu höherer Lebenshaltung, sondern zu beschaulicherer Arbeitsweise.... Solange eben die Ernährung in einem Mißverhältnis zu der geforderten Leistung steht, wird eine Lohnerhöhung ganz natürlich zuerst zu einer Herabsetzung dieser und erst in zweiter Linie zu einer Besserung jener führen.... (S. 252 bis 254.)

Es handelt sich hiernach nicht um besondere Rasseneigenschaften der Mongolen, sondern es sind die Kennzeichen der frühkapitalistischen Periode, deren Mängel sich durch die besondere Entwicklung Japans verstärken. Das japanische Handwerk hatte sich weit mehr als das europäische zum Kunsthandwerk entwickelt und konnte sich nicht allmählich durch die Übergangsperiode der Manufaktur zur großen Industrie umbilden, sondern es stieß mit dem ausgebildeten Industrialismus Westeuropas zusammen: »Die Japaner waren Vegetarier und Ästheten, die Europäer Fleischesser und berechnende Geschäftsleute, die zudem noch den Vorteil einer entwickelten Maschinentechnik besaßen.« (Heber.) Wir finden daher in der jetzigen Übergangsperiode jene »Disziplinlosigkeit« und rappelköpfigen Launen der Ar-

beiter, die Marx als Kennzeichen der Manufakturperiode in Europa hervorhebt. (Kapital, I, Volksausgabe, S. 314 bis 315.)

Zur Überwindung des jetzigen unerfreulichen Zustandes, zur technischen Weiterentwicklung der Industrie, zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter in Quantität und Qualität schlägt Heber eine Reihe beachtenswerter Maßnahmen vor. Vor allem muß die materielle Lage der gesamten Arbeiterschaft verbessert werden. Allgemeine Lohnerhöhung und weitgehender Arbeiterschutz sind dazu unerläßlich. Typische Elendsindustrien, wie die Herstellung von Zündhölzern, Papier und Glas müßten dann zum größten Teil verschwinden. Eine grundsätzliche Änderung der Ernährungsweise, der Übergang vom Vegetarianismus zu gemischter Kost ist zur Steigerung der körperlichen Leistungsfähigkeit der Arbeiter unbedingt notwendig. Die jetzige Nahrung ist nicht nur ungenügend, sondern sie bewirkt durch den übermäßigen Genuß von Hülsenfrüchten und Reis Erkrankungen der Verdauungsorgane und epidemisches Auftreten der Beriberikrankheit.[2]

Ebenso wichtig wie die Erhöhung der körperlichen Leistungsfähigkeit ist die Steigerung der Leistungen in qualitativer Beziehung. Hier muß bereits die Elementarschule einsetzen, deren Unterricht reformiert werden muß. Die Schüler sind zu naturwissenschaftlichem Denken zu erziehen, damit sie technische Prozesse verstehen können. Vor allem ist aber ein modernes Lehrlingswesen erst zu schaffen. Die Ansätze hierzu sind zwar vorhanden, aber völlig ungenügend. Auch die technischen Fachschulen, Kurse usw. genügen keineswegs. Es kommt nicht darauf an, den intelligenten Arbeiter nur theoretisch auszubilden, sondern er muß praktische, technische Fertigkeiten, eine Routine in der Behandlung von Werkzeug und Material besitzen, die sich nur bei guter Anleitung in der Werkstatt erlangen läßt. Nur auf diesem Wege ist es möglich, von der Produktion minderwertiger Fabrikate oder Stapelware zur Erzeugung von Qualitätswaren überzugehen, die heute in Japan fast ausschließlich durch Handarbeit im japanischen Kunstgewerbe hergestellt werden.

Die Durchführung dieses Reformprogramms erwartet Heber vom japanischen Staat und einem großzügigen Unternehmertum. Seine Darstellung der Entstehungsgeschichte des ersten japanischen Fabrikgesetzes, das er sehr sachkundig kritisiert, zeigt aber nur zu deutlich, wie sehr der Staat auf die Profitinteressen des Unternehmertums Rücksicht nimmt und wie wenig

[2] Heber stützt sich bei der Besprechung der Ernährungsverhältnisse des japanischen Volkes und besonders der Arbeiterklasse auf die Forschungen des deutschen Arztes Kellner und seines japanischen Schülers Mori, deren physiologische Nahrungsbudgets er wiedergibt. Gegen diese Untersuchungen sind besonders von vegetarischer Seite Einwände erhoben worden, da das von Mori angenommene Eiweißminimum zu hoch sei. Bei dem heftigen Streite der Fachleute über das Mindestbedürfnis des menschlichen Körpers an Eiweiß sei hier auf die Zusammenstellung der kritischen Bemerkungen gegen Kellner und Mori hingewiesen, die sich in der Schrift von Dr. G. Sells (S. 34 ff.) finden. (Fleischkost und Pflanzennahrung, Verlag Melchior Kupferschmid, München.) Als Nichtfachmann bemerke ich nur, daß selbst bei Annahme eines niedrigen Eiweißminimum die vegetarische Fabrikkost kaum den Anforderungen einer rationellen Ernährung genügen dürfte. Heber betont übrigens, daß auch bei rein vegetarischer Nahrung durch reichlichen Genuß der eiweißreichen Sojabohne die diätetischen Forderungen Kellners und Moris erfüllt werden könnten.

»großzügig« das japanische Unternehmertum von heute ist. Von der Arbeiterschaft ist allerdings bei der brutalen Unterdrückung aller selbständigen Regungen der Arbeiterklasse durch die Regierung und Kapitalisten in nächster Zukunft wenig zu erwarten, falls nicht der offenkundige Zusammenbruch des japanischen Imperialismus eine Wendung bringt.

Bei der Betrachtung der jetzigen Expansionspolitik Japans wird oft übersehen, daß die wirtschaftliche Grundlage der japanischen Weltmachtsbestrebungen äußerst schwach ist. Die außergewöhnlichen Militärlasten äußern sich in starker Verschuldung des Staates und in der Politik der indirekten Steuern und Lebensmittelzölle, die wiederum die Arbeiterschaft am schwersten belasten und ihre Leistungsfähigkeit herabmindern. Die heutige Politik Japans führt so zu einer Untergrabung seiner wirtschaftlichen Kraft, was sich auch in der steigenden Auswanderung zeigt, die keinesfalls durch die Übervölkerung geboten ist. Es können noch etwa 4 Millionen »Cho«, das ist 28,5 Prozent des zurzeit produktiven Landes angebaut werden, bei der Hälfte des Reislandes ist durch bessere Bewässerung eine zweite Ernte möglich. Die Intensivierung der Terrassenkultur durch Verbesserung der Werkzeuge ist ebenfalls angängig, wie Versuche in Tokio zeigen, und vor allem wäre Übergang zur Viehzucht in großem Umfang notwendig, um das Fleisch für die bessere Ernährung der Arbeiter zu beschaffen. Eine durchgreifende Agrarreform stößt naturgemäß auf den Widerstand mächtiger Kapitalistengruppen, da auch in Japan zahlreiche Bauern vertrieben oder in kapitalhörige Pächter verwandelt wurden.

Es stellen sich daher der Entwicklung der japanischen Industrie zur technisch höheren Stufe mächtige Hindernisse entgegen, die nur durch Beseitigung der jetzigen Herrschaft einer kleinen Oligarchie von Finanzkapitalisten und verbürgerlichten Feudalen weggeräumt werden können. Das Gesamtinteresse der kapitalistischen Entwicklung wird auch in Japan (wie anderswo) nicht von den profithungrigen einzelnen Gruppen der Kapitalistenklasse vertreten, sondern muß sich oft gegen diese Einzelinteressen durchsetzen, wobei dem Proletariat ein Hauptteil dieser Arbeit zufällt. (Schluß folgt.)

Die Vereinigten Staaten und der europäische Krieg vor hundert Jahren.

Von **Erwin Gudde** (San Francisco).

Vergleicht man die Stellung der Vereinigten Staaten von Amerika zu dem jetzigen Weltkrieg mit der Lage, in der sie sich zur Zeit der Kriege der französischen Revolution und des ersten Napoleon befanden, so erblickt man eine gewisse Bestätigung jenes Hegelschen Satzes, den Marx eingangs seines »Der achtzehnte Brumaire« zitiert, »daß alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen«. Damals wie heute waren die Vereinigten Staaten gezwungen, mit allen Mitteln ihre Neutralität zu wahren, ihren Handel und das Leben und Eigentum ihrer Bürger zu beschützen. Damals wie heute kümmerten sich die kriegführenden Staaten wenig um die amerikanische Neutralität, sondern verletzten sie, wenn es ihr Interesse gebot, und der Notenwechsel stand auch zu jener Zeit in hoher

Blüte.[1] Sogar die Lusitaniakontroverse, der Dumbafall, ein Roosevelt und ein Bryan hatten alle in jener Epoche schon ihre Vorgänger. Allerdings kann man hier weniger von einer Duplizität weltgeschichtlicher Ereignisse selbst, als vielmehr von einer Wiederholung von Begleitumständen zu den auf den europäischen Schlachtfeldern sich abspielenden weltgeschichtlichen Ereignissen sprechen. Die Situation in Europa war damals wesentlich verschieden von der heutigen, zumal es sich nicht um einen großen Kampf, sondern um eine ganze Reihe von Kriegen handelte; soweit indes das Verhältnis Amerikas zu den kriegführenden Mächten in Betracht kommt, kann man die Zeit von 1793 bis 1812 als einen einzigen Kampf zwischen England und Frankreich ansehen, ebenso wie es sich heute im wesentlichen um einen Kampf zwischen Deutschland und England handelt.

Die junge amerikanische Republik hatte nach Annahme der Konstitution im Jahre 1789 gerade damit begonnen, auf unsicheren Füßen ihre ersten Gehversuche zu machen, als sie sich einem Problem gegenüber befand, dessen Lösung nicht allein die Auslandspolitik für lange Jahre bestimmte, sondern auch im innerpolitischen Leben des neuen Staatswesens ein bestimmender Faktor wurde. Der Ausbruch des Krieges zwischen Frankreich und England im April 1793 hatte zunächst eine schärfere Scheidung der beiden bestehenden politischen Parteien zur Folge. Die Föderalisten um Präsident Georg Washington und Schatzmeister Alexander Hamilton waren proenglisch und für absolute Neutralität, die Republikaner waren für Erfüllung des amerikanisch-französischen Handels- und Defensivvertrags von 1778, obgleich ihr Führer Thomas Jefferson, Washingtons Staatssekretär, zunächst auch nur für wohlwollende Neutralität Frankreich gegenüber eintrat. Mit England waren die Amerikaner durch die Bande der Blutsverwandtschaft, mit Frankreich durch ein Gefühl der Dankbarkeit für die Hilfe während des Unabhängigkeitskriegs verbunden. Die Stellung der herrschenden Klassen wurde mehr von wirtschaftlichen Interessen als von freundschaftlichen Gefühlen bestimmt; aber in der Masse des Volkes war die Erbitterung über das englische Benehmen vor, während und nach dem Revolutionskrieg stärker als die Bande der Blutsverwandtschaft, und ein Eintreten für Frankreich galt allgemein für selbstverständlich. In dieser Stimmung wurde der französische Botschafter Genêt empfangen, als er nach Amerika kam, um einen neuen Handelsvertrag abzuschließen. Washington, der wohl wußte, daß ein Eingreifen Amerikas zugunsten Frankreichs dem jungen amerikanischen Handel den Todesstoß versetzen würde, und der deshalb die Neutralität der Vereinigten Staaten erklärt hatte, empfing Genêt höflich, aber kühl. Der Botschafter ließ sich indes nicht im geringsten beirren und begann die Neutralität Amerikas im Interesse seines Landes zu mißbrauchen. Er rüstete Hilfskreuzer aus, ließ gekaperte englische Schiffe in amerikanische Häfen bringen und bemühte sich, mit Zustimmung eines Teiles des amerikanischen Volkes die englischen Interessen zu schädigen. Als er schließlich gar versuchte, das Volk gegen die Regierung auszuspielen, forderte Washington seine Abberufung. Die Genêtsche Politik hatte eine Ent-

[1] Wenn hier von Neutralitätsbrüchen der heute Krieg führenden Mächte die Rede ist, so soll damit nicht gesagt werden, daß eine Schuld tatsächlich erwiesen ist. Es soll nur angedeutet werden, wie die amerikanische Regierung sich zu den betreffenden Fällen stellt.

fremdung zwischen Washington und Jefferson zur Folge, und die Amtsniederlegung des letzteren erfolgte aus ganz ähnlichen Gründen und unter denselben Umständen, wie jetzt der Austritt Bryans aus dem Wilsonschen Kabinett.

Der Handel der Vereinigten Staaten blühte mit dem Beginn des Krieges auf, denn die französische Republik, ebenso wie augenblicklich Deutschland, durch die englische Flotte von ihren Kolonien abgeschnitten, öffnete ihre westindischen Besitzungen der amerikanischen Handelsmarine. Die Freude währte jedoch nicht lange. Mit der ihnen bei solchen Gelegenheiten eigenen Unverfrorenheit begannen die Engländer alsbald dieselben Methoden anzuwenden, die sie auch heute wieder der neutralen Schiffahrt gegenüber gebrauchen: amerikanische Schiffe wurden gekapert, die Güter beschlagnahmt, die Besatzungen ins Gefängnis geworfen oder in den britischen Marinedienst »gepreßt«. Die amerikanische Regierung beantwortete diese Willkürakte im März 1794 mit einem zweimonatigen Embargo[2], gefolgt von einem Gesetz, das die Einfuhr englischer Waren verbot. Zu gleicher Zeit wurde John Jay, der fähigste amerikanische Diplomat jener Zeit, nach London gesandt, um die amerikanische Schiffahrt durch einen neuen Vertrag zu schützen. Haben die amerikanischen Rüstungsfreunde jemals ein gutes Argument gehabt, so war es der Vertrag, den dieser Diplomat in London abschloß. Nur im Bewußtsein der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten zu einer militärischen Aktion unfähig waren, konnte sich England erlauben, Bedingungen zu stellen, die heute einen Krieg heraufbeschwören würden, die damals aber Amerika, der eigenen Schwäche wohl bewußt, annehmen mußte. Der Vertrag trug den Klagen der amerikanischen Handelsinteressen keinerlei Rechnung, räumte aber trotzdem dem englischen Handel bedeutende Vorrechte in amerikanischen Gewässern ein und verbot schließlich den Amerikanern, eine Reihe von Artikeln, darunter die schon damals wichtige Baumwolle, aus ihren Häfen nach irgendeinem fremden Hafen auszuführen. Der Vertrag, der mit Recht als ein Sieg des englischen Einflusses angesehen wurde, schwemmte auch Jeffersons Nachfolger, Edmund Randolph, und den franzosenfreundlichen Pariser Botschafter und späteren Präsidenten, James Monroe, hinweg.[3]

Die Volksstimmung in den Vereinigten Staaten war äußerst erregt, aber andere Ereignisse ließen das Haßgeschrei gegen England verstummen. Wenn wir die öffentliche Meinung in Amerika, die damals fast ebenso antibritisch war, wie sie heute antideutsch ist, ausschalten, läßt sich die Situation von 1794/95 leicht mit der Situation um die Jahreswende 1914/15 vergleichen. Während des ersten halben Jahres des Weltkriegs war es das Bemühen Englands, den Handel zwischen Amerika und Deutschland zu

[2] Verbot des Auslaufens und Beschlagnahme von Schiffen.

[3] Es ist recht unterhaltlich, heute die Darstellung dieser Kämpfe zum Beispiel in dem Werk »Bundesstaat und Bundeskrieg in Nordamerika« nachzulesen, das Dr. Ernst Otto Hopp als Band IV, 4 zu der von Wilhelm Oncken herausgegebenen großen »Allgemeinen Geschichte in Einzeldarstellungen« beigesteuert hat. Besonders interessant wäre es, zu wissen, wie dieser objektive Gelehrte, der sich im Jahre 1886 nicht genug über die amerikanischen Sympathien für die »Phrasenhelden« der französischen Revolution entrüsten und infolgedessen die englandfreundliche Politik Washingtons nicht genug loben konnte, heute dieselben Dinge darstellen würde. Die Redaktion.

unterbinden, indem es praktisch alle Waren, die nach Deutschland gingen, als Banngut erklärte, darunter auch Lebensmittel. In einigen Gruppen des Exportgeschäfts und auch in einem kleinen Teile des amerikanischen Publikums machte sich daher im Winter 1914/15 eine antibritische Stimmung bemerkbar, die vielleicht bedeutend stärker geworden wäre, wenn Deutschland nicht die englische Aushungerungspolitik mit der Unterseebootblockade beantwortet hätte, die auch zur Vernichtung von Leben und Eigentum amerikanischer Bürger führte. Ganz ähnlich lagen die Dinge um 1796. England hatte auch damals seit Ausbruch des Krieges neutrale Lebensmittelschiffe, unter derselben Begründung wie heute, gekapert. Es war daher kein Wunder, daß das Direktorium der französischen Republik ihren Kreuzern befahl, amerikanische Schiffe genau so zu behandeln, wie sie sich von englischen Kreuzern behandeln ließen, zumal der Jay-Vertrag den Engländern das Recht, Lebensmittel zu beschlagnahmen, quasi zuerkannt hatte. Die unangenehmen Zwischenfälle, die notwendigerweise folgten, verursachten einen Umschwung in der amerikanischen Volksstimmung zuungunsten Frankreichs, und Talleyrands merkwürdige Politik brachte die antifranzösische Stimmung zur Siedehitze. Gestützt auf Napoleons Erfolge in Italien, weigerte sich das Direktorium, den Nachfolger Monroes auf dem Pariser Botschafterposten anzuerkennen, und versprach einer amerikanischen Sonderkommission, die 1797 nach Paris kam, nur dann Maßregeln gegen die Übergriffe französischer Kriegsschiffkapitäne, wenn die Vereinigten Staaten der Republik eine Anleihe und dem Direktorium ein entsprechendes Trinkgeld bewilligten. Beides wurde verweigert, und während die Verhandlungen sich langsam hinschleppten, teilte sich das amerikanische Volk und die leitenden Staatsmänner, genau wie heute, in drei Lager. Die Stelle der Rüstungsfreunde und Kriegsschreier um Expräsident Roosevelt nahm damals die Gruppe um Exfinanzminister Hamilton ein, die des Exstaatssekretärs Bryan und seiner Leute der Exstaatssekretär Jefferson, der mit seinen Anhängern die Rüstungen bekämpfte und Frieden um jeden Preis haben wollte. Die Mitte hielt auch damals der Präsident, John Adams, der zwar auch für verstärkte Rüstungen eintrat, aber im Jahre 1800 die Verhandlungen mit Frankreich wieder aufnahm und zu Ende führte, nachdem die feindlichen Fregatten schon wiederholt Schüsse gewechselt hatten. Obgleich die Hauptfaktoren bei der im selben Jahre stattfindenden Präsidentenwahl innerpolitischer Natur waren, war der Einfluß der äußeren Politik nicht zu verkennen. Die Wahl brachte Jefferson-Bryan auf den Präsidentenstuhl — vielleicht erleben wir im nächsten Herbst eine zweite Auflage dieser Wahl.

Das Verhältnis Amerikas zu den kriegführenden Mächten war bei Jeffersons Regierungsantritt völlig unklar; wenn sich trotzdem zunächst keine Zwischenfälle ereigneten, so lag das an der Ruhe in Europa. Sobald die Feindseligkeiten im Jahre 1803 wieder eröffnet wurden, wurde die Frage der auswärtigen Politik für Amerika von neuem aufgerollt. Das Verhalten Amerikas zu jener Zeit war damals nicht so sehr durch sein Interesse an der Lieferung von Kriegsmaterial bedingt, sondern durch sein Interesse an dem gewaltigen Zwischenhandel, dem die junge, aber starke amerikanische Handelsflotte oblag. Englands Politik war daher weniger darauf eingestellt, die Zufuhr nach Frankreich abzuschneiden, als vielmehr

zu verhindern, daß die Vereinigten Staaten in dem Kampfe der lachende Dritte wurden. Diese Absicht zeigte sich deutlich in einer Reihe von Verordnungen im Jahre 1804, durch die dem feindlichen Handel verschiedene englische Westindienhäfen eröffnet wurden zu dem unzweideutigen Zweck, den neutralen, also amerikanischen Handel zugunsten des englischen auszuschalten. Akut wurde die Frage indes erst, nachdem Napoleon nach Austerlitz und Jena Herr in Westeuropa geworden war und England nach Trafalgar der französischen Seemacht endgültig ein Ende bereitet hatte. Beide Nationen erklärten jetzt, um ihre Existenz zu kämpfen, und beide nahmen das Recht in Anspruch, dem Feinde jeden möglichen Schaden zufügen zu dürfen, ganz unbekümmert um das berechtigte Interesse neutraler Mächte. 1806 verhängte Charles James Fox, der dem jüngeren Pitt in der englischen Regierung folgte, die Blockade über die ganze Küste von Brest bis Hamburg, welche Maßregel Napoleon prompt mit der Kontinentalsperre beantwortete. Daraufhin verbot die englische Regierung im nächsten Jahre neutralen Handelsschiffen den Verkehr mit solchen Häfen, aus denen die englische Flagge verbannt war, und verlangte von Schiffen, die bei diesem Verkehr betroffen wurden, eine Zollgebühr für die Erlaubnis, nach einem offenen Hafen weiterfahren zu dürfen. Napoleon, der nun wieder am Ausspiel war, erklärte im Mailänder Dekret alle neutralen Schiffe, die sich von den Engländern derartig behandeln ließen, als gute Prise. Schon vorher hatte England einen neuen, für Amerika etwas günstigeren Handelsvertrag wieder dadurch illusorisch gemacht, daß es die Konzessionen nur unter der Bedingung gewährte, daß Amerika sich der Kontinentalsperre energisch widersetze. Die Vereinigten Staaten, die wie ein Fußball zwischen den beiden Mächten hin und her geschleudert wurden, sahen sich genötigt, energische Maßregeln zu ergreifen, zumal die Verordnungen de facto viel rigoroser gehandhabt wurden, als der Wortlaut es eigentlich vorschrieb. Die Frage, mit wem die Regierung der Republik anbinden sollte, wurde jedoch durch die Situation nicht beantwortet.

Jefferson hatte seine auswärtige Politik ein für allemal festgelegt: völlige Neutralität und keine militärischen, sondern nur kommerzielle Maßnahmen, falls Amerika genötigt sein sollte, seine Neutralität zu wahren. (Ähnliches dürfte auch Wilson vorgeschwebt haben, als der Lusitaniafall zu einem Bruch mit Deutschland zu führen drohte.) Diese Politik hat Jefferson in den acht Jahren seiner Präsidentschaft konsequent, aber erfolglos durchgeführt. Als Amerika sich genötigt sah, Maßnahmen gegen die englisch-französischen Übergriffe zu unternehmen, war die Stimmung entschieden gegen Napoleon; aber die Engländer sorgten selbst dafür, daß ihre Beliebtheit in Amerika nicht zu groß wurde. Neben dem Kapern von neutralen Schiffen, die irgendwie verdächtig waren, bestand die Haupttätigkeit der an der nordamerikanischen Küste herumlungernden britischen Kreuzer darin, Matrosen von amerikanischen Handelsschiffen in den englischen Marinedienst zu »pressen«. Mit größter Ungeniertheit holten die englischen Kriegsschiffkapitäne, mitunter im Bereich amerikanischer Häfen, nicht nur englische Deserteure, sondern naturalisierte, ja sogar geborene amerikanische Bürger von amerikanischen Schiffen. Die wachsende Erregung über diese englische Willkür erreichte ihren Höhepunkt, als im Hochsommer 1807 das englische Kriegsschiff »Leopard« die amerikanische Fregatte »Chesapeake«

kurzerhand zusammenschoß, nachdem diese sich geweigert hatte, eine Durchsuchung nach englischen Deserteuren zu gestatten. Die Beschießung Kopenhagens wenige Monate später trug nicht dazu bei, die antibritische Stimmung in Amerika zu besänftigen, und vielfach wurde ein Verlangen nach kriegerischen Maßnahmen bemerkbar. Aber Jefferson wollte auch jetzt den Krieg um jeden Preis vermeiden und verbannte nur die englischen Kriegsschiffe aus amerikanischen Gewässern. 1808 veranlaßte er dann als Maßregel gegen die englischen und französischen Verordnungen die Annahme des Embargoaktes, der amerikanischen Schiffen verbot, nach einem fremden Hafen zu segeln. In England verloren nur einige tausend Textilarbeiter durch die verminderte Baumwollzufuhr ihre Arbeit, im übrigen schadete der Akt dem englischen Handel gar nichts, dem französischen wenig. Dagegen war die amerikanische Regierung gezwungen, durch vier weitere Akte den Embargo zu erzwingen, denn die herrschenden Klassen waren schon damals nur dann patriotisch, wenn der geheiligte Profit keinen Schaden erlitt, und wandten daher alle möglichen Finten an, um den Akt zu umgehen. In den Neu-England-Staaten drohte sogar eine Sezession. Es war also kein Wunder, daß der Embargoakt im Frühjahr 1809, kurz nachdem James Madison, der trotz des Mißerfolges die Politik Jeffersons fortsetzte, Präsident geworden war, durch den »Non-intercourse«-Akt ersetzt wurde, der nur den direkten Warenverkehr mit England und Frankreich verbot. Auch dieser Akt wurde durch einen englisch-amerikanischen Vertrag wenige Monate später aufgehoben, nachdem England seine Verordnungen von 1807 rückgängig gemacht hatte. Napoleon folgte mit der Aufhebung des Mailänder Dekrets. Die Freude der Amerikaner währte auch diesmal nicht lange: kaum war der Vertrag unterzeichnet, als in Washington die Nachricht eintraf, daß England über alle holländischen, französischen und italienischen Häfen die Blockade verhängt und Napoleon daraufhin verfügt habe, daß alle amerikanischen Schiffe, die sich in den Häfen von Frankreich, Spanien, Italien oder Holland sehen ließen, gekapert werden würden. Aus diesem Dilemma versuchte sich die amerikanische Regierung durch ein eigenartiges Gesetz zu retten: sie hob alle Bestimmungen gegen den Handel der beiden Mächte auf; sobald jedoch entweder Frankreich oder England seine Verordnungen widerrufen würde, sollte gegen die andere Nation der Handelskrieg wieder einsetzen. Im nächsten Jahre verstand es Napoleon, eine geschickte Falle zu bauen. Er suggerierte der amerikanischen Regierung, daß er seine Maßnahmen gegen den amerikanischen Handel zurückziehe und daß die amerikanische Regierung daher den Handelskrieg gegen England wieder eröffnen müsse. In Wirklichkeit dachte Napoleon gar nicht daran, dem neutralen Handel irgendwelche Freiheit zu gewähren, und bemühte sich, besonders den aufblühenden Handel zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland zu zerstören, aber Madison fiel in die Falle. Er erklärte von neuem den »Non-intercourse«-Akt gegen England, und da die Toryregierung, gestützt von den Großgrundbesitzern und Schiffseigentümern, die durch die englische Politik profitierten, sich störrisch zeigte, verließ der amerikanische Botschafter London. Die neu aufgerollte Indianerfrage und das fortgesetzte »Pressen« amerikanischer Seeleute in den englischen Marinedienst häuften weiteren Zündstoff. Die englische Regierung, gedrängt durch die Krisis von 1810/11, versuchte im letzten Augenblick den bewaff-

neten Konflikt zu vermeiden, indem sie einige unsichere Zugeständnisse machte und versprach, die Blockade durch strikte Durchführung legal zu machen. (Die Vereinigten Staaten berufen sich bekanntlich auch heute England gegenüber auf die Tatsache, daß die Blockierung der deutschen Häfen der rechtlichen Grundlage entbehre, weil die englische Flotte dieselbe nicht effektiv durchführen kann.) Die Amerikaner trauten aber England nicht mehr, und außerdem war der Konflikt schon zu weit gediehen: 1812 begann der zweite blutige Waffengang zwischen England und den Vereinigten Staaten, der den letzteren endgültig die Unabhängigkeit vom Mutterland sicherte.

Die sozialen Gefahren des künstlichen Gliederersatzes.

Ein Mahnruf von F. Kniel.

In Friedenszeiten hat die Alltagsarbeit zahlreiche Krüppel geschaffen, bei denen leider nur selten der künstliche Gliederersatz angewendet worden ist. Der große Krieg aber schafft plötzlich ganze Armeen Verstümmelter, die ihrer natürlichen Glieder plötzlich beraubt werden. Für sie wird das Reich eintreten müssen und versuchen, künstliche Gliedmaßen zu liefern, damit das Schicksal dieser Unglücklichen gemildert und ihr Fortkommen erleichtert wird. Allenthalben sind auch die Konstrukteure am Werk, um diesen Gliederersatz so vollkommen zu gestalten wie nur irgend möglich. Man geht dabei von der richtigen Voraussetzung aus, daß es sehr wenig darauf ankommt, einen ästhetisch wirkenden Gliederersatz zu beschaffen, weil dieser niemals zum Arbeiten brauchbar sein kann. Wohl kann man Beine herstellen, die natürlich aussehen und einfaches Gehen gestatten. Die Hand und den Arm aber zu ersetzen so, daß er schön aussieht und zugleich alle die natürlichen Funktionen erlaubt, ist ganz ausgeschlossen. Die Mechanik eines solchen Armes oder einer solchen Hand würde so kompliziert ausfallen, daß sie unanwendbar wäre und dabei doch nur wenige Bewegungen und Funktionen erlauben würde, die sich mit denen der Hand nicht vergleichen lassen. So ist man drauf und dran, künstlichen Hand- und Armersatz zu schaffen, der allerlei Arbeitswert hat. Man konstruiert Arbeitsarme und Arbeitshände und will damit so viele Arme und Hände der Volkswirtschaft wieder nutzbar machen, wie es einigermaßen möglich ist. So sind Hunderte Konstruktionen entstanden, von denen manche für spezielle Zwecke sehr gut sind und schon zahlreichen Verstümmelten ein Stück Lebensfreude wiedergegeben haben.

Außer den rein mechanischen Konstruktionen aber entstehen zahlreiche andere. So gibt es schon eine magnetische Hand, eine künstliche Preßlufthand, und es steht zu erwarten, daß noch zahlreiche Krafthände auf dem Plan erscheinen werden. Der Artikel wird eine begehrenswerte Handelsware sein, viel Gewinn versprechen und ein nützliches Werkzeug von außerordentlicher volkswirtschaftlicher Bedeutung werden.

Damit treten aber ganz neue Probleme auf, an die man bisher noch gar nicht gedacht hat, nämlich neue Fesseln, die namentlich die Arbeiterschaft und besonders wieder die industrielle knechten können. Zwar besteht wohl die Verpflichtung des Reiches für den Ersatz von Gliedmaßen, und

man wird hoffen, daß sich das Reich dieser Verpflichtung nicht entziehen wird, aber alles wird seine Grenzen haben. Es wird kaum möglich sein, jedem Mann eine oder mehrere verschiedene mechanische Arbeitshände, Preßluft- und magnetische Hände zu geben, die er nach Belieben anlegen kann, je nach dem Beruf, den er gerade hat oder haben will, sondern die Sache wird eine andere Organisation bekommen müssen. Die Unternehmer werden genötigt sein, elektrische Zentralen oder Anschlüsse zu unterhalten, Preßluftanlagen einzurichten, damit ihre Arbeiter ihre künstlichen Arbeitsgliedmaßen daran anschließen können. Sofort tritt die Frage auf: Wer liefert die erforderlichen künstlichen Arme? Denn ein Arbeiter kann sich nicht einen magnetischen Arm für alle vorkommenden elektrischen Stromarten und Spannungen anschaffen oder die dazu erforderlichen Hilfsapparate und -werkzeuge; dazu gehört viel zu großes Kapital. Ähnlich ist es mit der Preßlufthand. Sie erfordert andere Werkzeuge als die magnetische und eine mechanische Arbeitshand. Wollte sich da ein Arbeiter voll ausstatten, so brauchte er tausende Mark, und damit fallen angesichts der zu erwartenden Steuerlasten alle schönen Pläne und guten Absichten zusammen.

Was soll da also werden? Soweit also Unternehmer verstümmelte Kriegsteilnehmer beschäftigen wollen — und sie werden es zum Teil tun müssen —, werden sie auch gezwungen sein, die Anschaffungskosten für die künstlichen Gliedmaßen selbst zu tragen. Diese Kosten auf ein Mindestmaß herabzusetzen, ist dann nur eine Frage der Organisation. Vielleicht schließen sich gleiche Industriezweige zu Sondergenossenschaften zusammen, die die künstlichen Arbeitsgliedmaßen untereinander austauschen, gemeinsam beschaffen und unterhalten usw. Und vielleicht nehmen die Berufsgenossenschaften die Angelegenheit in die Hand. Damit ist aber für die Kategorie der verstümmelten Arbeiter eine ganz neue Lage geschaffen, und zwar nicht bloß rechtlich, sondern auch sozial. Die schweren Schäden der Werkswohnungen sind zur Genüge bekannt. Diese Wohnungen sind in der Hand rücksichtsloser Unternehmer für die Arbeiterschaft schwere Geißeln geworden. Nicht anders ist es mit den Werksinvaliden und -versorgungskassen. Und nun tritt als neuer und schwerwiegender Faktor der Unternehmerbesitz künstlicher Arbeitsgliedmaßen hinzu! Während die bisherigen Faktoren: Wohnungen und Kassen den Arbeiter nur insofern binden, als er mit ihnen wohlerworbene Rechte verliert, die er zur Not verschmerzen kann, verliert er mit den künstlichen Arbeitsgliedmaßen auch seine Arbeitsfähigkeit. Im Falle eines Konflikts ist er also seinem Unternehmer auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, er verliert seine Verfügung über seinen Körper. Treten womöglich noch die üblen Kampfmittel der Schwarzen Liste und ähnliches hinzu, so kann sich ein verstümmelter Arbeiter einfach begraben lassen. Er wird auf das Votum eines Unternehmers hin seiner Arbeitskraft unbarmherzig beraubt, und das bedeutet seinen Ruin. Will er sich dem nicht aussetzen, so bleibt ihm nichts weiter übrig, als »williger« Arbeiter zu sein; er muß seine Kollegen bei Arbeitsstreitigkeiten im Stich lassen, muß ihnen auf Befehl in den Rücken fallen und seine Klassengenossen und Klasseninteressen verraten. Die künstlichen Arbeitsgliedmaßen werden so zu neuen Knebeln für die Arbeiterklasse werden. Und wie leicht sind Arbeitsstreitigkeiten geschaffen! Beliebt es dem Unternehmer, die

günstigen Zeiten der Konjunktur richtig auszunutzen, so kann er zu beliebiger Zeit jeden Arbeitsstreit vom Zaun brechen und den Kampf zu ihm genehmer Stunde aufnehmen. Er fängt mit den Verstümmelten an und geht aufs Ganze.

Wer den Wind gewittert hat, der nach dem Kriege wehen wird, wird von diesen Aussichten nicht sehr erbaut sein. Es gilt daher, beizeiten Vorsorge zu treffen. Aber wie ist das zu machen?

Meines Erachtens haben hier die Gewerkschaften ein großes und wichtiges neues Feld für ihre Tätigkeit. Es muß verhindert werden, daß die Unternehmer die künstlichen Gliedmaßen zur unbeschränkten Verfügung in die Hände bekommen. Denn damit wäre ihnen eine gefährliche Waffe in die Hände gespielt, die sich hart, schneidig und brutal gegen die Arbeiterschaft kehren würde. Denn wir wagen nicht zu hoffen, daß gesetzliche Maßnahmen erfolgen werden, die etwa die befürchtete Anwendung dieser Waffe verbieten und unter Strafe stellen, wie sich das für einen Staat gehören würde, der den breiten Volksmassen in dieser schweren Zeit alles verdankt. Für eine Sozialpolitik solchen Stils fehlt uns im Deutschen Reiche jede geschichtliche Erfahrung. Die Arbeiter werden auch hier zur Selbsthilfe greifen müssen.

Aber wie soll das geschehen? Man würde da wohl zuerst an eine Art Genossenschaft der Kriegsverstümmelten denken, etwa nach Berufen oder nach Bezirken, die gemeinsam an die Beschaffung solcher Arbeitsmittel gehen könnten. Diese Genossenschaften aber könnten die Lasten nicht ertragen, höchstens wenn sie staatliche oder kommunale Beihilfen bekämen, derart, daß diese nicht für jeden einzelnen Verstümmelten gegeben werden, sondern kollektiv. Solche Genossenschaften aber bestehen eigentlich bereits. Es sind die Gewerkschaften, die nicht bloß die Verstümmelten umfassen, sondern sämtliche Berufskollegen, soweit sie nicht zur indifferenten Masse der Unorganisierten gehören. Wie mit den Arbeitslosenunterstützungen nach dem Genter System könnten die Gewerkschaften auch mit der Verwaltung dieser Arbeitsmittel betraut werden. Das wäre zweifellos die beste Lösung. Daß es noch andere gibt, ist klar; aber die Diskussion über die hier auftretenden Fragen wird ja Klarheit schaffen.

Gegen die gemeinsame Beschaffung künstlicher Gliedmaßen scheint der Umstand zu sprechen, daß alle Verstümmelungen individuelle sind. Das trifft keineswegs zu, denn vom Arm sind eben ganz bestimmte Teile oder gar nichts als Stumpfe da, und die lassen sich immer durch wenige Typen erfassen, die zudem die Form des Werkzeugs gar nicht zu betreffen brauchen. Die eigentlichen Werkzeuge werden an den Arbeitsarm zumeist angesetzt. So werden sich für die künstlichen Gliedmaßen binnen kurzem Normalien herausstellen, wie das überall in der ganzen Technik der Fall ist. Damit werden die Herstellungskosten verringert und die Anschaffung erleichtert; es tritt ferner die Möglichkeit ein, einen Arm überall zu gebrauchen, jedes käufliche und zu dem Zwecke bestimmte Werkzeug an jedem beliebigen Arm anzusetzen, und anderes. Technisch sieht also die Sache nicht so bedenklich aus, wie es auf den ersten Anblick erscheinen möchte. Alles drängt in der Technik auf Normalisierung. Damit werden Fortschritte keineswegs unterbunden, denn es zeigt sich immer wieder, daß die bewährten Konstruktionen sich bald sehr ähnlich werden, daß die Unterschiede, wenn sie wirklich nicht

ganz grundlegender Art sind, gegenüber dem Zwecke klein sind. So ist es bei den Flugmaschinen, den Motoren usw.

Aber Erwägungen solcher Art ändern an der Hauptsache nichts und schaffen die Fragen, auf die hier aufmerksam gemacht wurde, nicht aus der Welt. Es dürfte sich daher empfehlen, diesen Problemen recht schnell näherzutreten und sie gründlich nach allen Richtungen hin zu diskutieren. Dann wird sich bald Klarheit über die Notwendigkeiten herausstellen, die sich zu klaren Forderungen und Anträgen verdichten würden. Bei den Gewerkschaften aber liegt die Aufgabe, diese Arbeit so schnell wie möglich in die Hand zu nehmen und das Ergebnis in der Form von Gesetzanträgen dem Reichstag und der Regierung vorzulegen. Nur so kann meines Erachtens verhindert werden, daß der Krieg zu den zahlreichen Waffen gegen die Arbeiterschaft auch noch diejenige schmiedet, die in dem Problem des künstlichen Ersatzes von Arbeitsgliedmaßen liegt.

Literarische Rundschau.

Dr. Johannes Pfitzner, **Die Panamerikanische Finanzkonferenz vom 24. bis 29. Mai 1915.** (Kriegswirtschaftliche Untersuchungen aus dem Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel, 2. Heft.) Jena 1915, Gustav Fischer.

Der Verfasser gibt nach einem kurzen Überblick über die geschichtliche Entwicklung des Panamerikanismus einen Auszug aus den Verhandlungen der vom 24. bis 29. Mai 1915 abgehaltenen Panamerikanischen Finanzkonferenz. Das Heft ist durch gute Übersicht interessant.

Die Vereinigten Staaten haben unter dem Ausbruch des Weltkriegs schwer gelitten. Der Schiffahrtsverkehr wurde behindert und erschwert, der Absatz vieler Produkte, zum Beispiel von Baumwolle, im Ausland stark verringert, private Schulden wurden von England eingefordert, und amerikanische Wertpapiere strömten in so großen Mengen an die New Yorker Börse zurück, daß sie geschlossen werden mußte. Der Sterlingkurs stieg so rapid, daß eilig große Goldverschiffungen nach England notwendig wurden. Die südamerikanischen Staaten behalfen sich mit Moratorien.

Diese bittere Erfahrung wies die amerikanischen Staaten auf das Streben nach wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit von Europa. Immer kehrt der Gedanke wieder: Emanzipation vom europäischen Geld. Der Sekretär des Schatzamts Mc Adso sagte: »Solange sie (die amerikanischen Staaten) zum großen Teil hinsichtlich ihrer inneren Entwicklung und der Erhaltung ihres wirtschaftlichen Gleichgewichts finanziell von Europa abhängig seien, so lange seien sie auch den Zufällen innerer Kämpfe und auswärtiger Kriege Europas ausgesetzt.« Der Handelssekretär Redfield: »Die amerikanischen Staaten befänden sich in der demütigenden Lage, ihren Auslandshandel nur mit Zustimmung fremder Völker betreiben zu können, welche die hierzu erforderlichen Schiffe besäßen.« Paul M. Warburg, Mitglied des Bundesreserveamts, ist der Meinung, daß die Vereinigten Staaten den Kampf »Los von Europa« führen müßten: »Ohne Zweifel würden nach Friedensschluß viele Völker bestrebt sein, sich in dieser Hinsicht von England zu emanzipieren, und er sei fest überzeugt, daß die Vereinigten Staaten dann eine sehr wichtige Rolle spielen würden.«

Die Finanzkonferenz beschäftigte sich mit einem Programm, das von dem geschilderten Streben bestimmt ist. Seine Hauptpunkte waren: Öffentliche Finanzen, Die Geldlage, Die Banklage, Die Finanzierung von öffentlichen Kulturarbeiten,

Die Finanzierung von privaten Unternehmungen, Die Ausdehnung der interamerikanischen Märkte, Handelsmarine und Verbesserung der Transportgelegenheiten.

Jeder dieser Punkte zerfiel in mehrere Unterabteilungen, die zeigen, daß es den Veranstaltern nicht um eine ins uferlos Allgemeine gehende Rederei, sondern um eingehende Beratung konkreter Fragen zu tun gewesen ist. So wurde unter dem Sammelnamen Finanzierung von privaten Unternehmungen abgehandelt: Der gegenwärtige Bedarf von Gesellschaften öffentlichen Nutzens, Der Bedarf der Kaufleute und Industriellen, Die Finanzierung der Ernten, Die Beratung von Vorschlägen über ausreichende Pfandunterlagen bei Warendarlehen, Die Möglichkeit einer größeren Vereinheitlichung der Gesetze betreffend den Handel, der Zollvorschriften und eines wirksamen Schutzes der Handelsmarken.

Die Berichte der Kommissionen, die mit zwei Ausnahmen nach Ländern, nicht nach Materien eingesetzt worden sind, bewegten sich trotz der Spezialisierung des Programms in Allgemeinheiten. Nur der Bericht der brasilianischen Gruppenkonferenz faßt Einzelprobleme resolut an.

Der praktische Erfolg der Finanzkonferenz ist gering. Ihre Bedeutung liegt darin, daß auf ihr wichtigste Probleme der amerikanischen Wirtschaft gestellt wurden. Da die Zeitumstände dem Panamerikanismus in die Hände arbeiten, so bedeutet die klare Erkenntnis dieser Lage durch Nord- und Südamerikaner die Möglichkeit einer bewußten politischen und wirtschaftlichen Ausnutzung der Verhältnisse. Je länger der Krieg dauert, desto vollkommener wird die Ablösung Europas durch die Vereinigten Staaten sein, so starke Fäden auch Europa mit Süd- und Mittelamerika verbinden und so wenig sich Handel und Verkehr improvisieren lassen. Das sichtbarste Zeichen der Loslösung der Neuen von der Alten Welt ist der Rückverkauf der in Europa placierten Papiere amerikanischer Staaten, die jetzt mehr als je in die Heimatländer zurückströmen. Die Vereinigten Staaten sind schon jetzt zum Teil aus Schuldnern Gläubiger Europas geworden [1] und versorgen

---

[1] Aus New York, 7. Januar 1916, schreibt der Korrespondent der »Frankfurter Zeitung«: »Bei Jahresschluß lassen sich die Anleihen und Kredite, die ausländische Regierungen direkt oder indirekt erhalten haben, wie folgt veranschlagen (in Millionen Dollar):

Englisch-Französische Anleihe	500	Dollar
Frankreich: einjährige Schatznoten	10	-
Bankkredit (März)	20	-
einjährige Schatznoten (April)	50	-
Rothschild-Anleihe (ein Jahr)	50	-
Exportkredit (August)	20	-
Handelskredit (November)	15	-
- (Dezember)	15	-
Kanada: Regierungsanleihe	45	-
Munizipalitäten	120	-
Deutschland: einjährige Schatzscheine	25	-
Italien: einjährige Noten	25	-
Schweiz: Noten	15	-
Schweden: Noten	5	-
Norwegen: Noten	3	-
Argentinien: Noten	15	-
fünfjährige Bonds	25	-
Panama, Bolivia, Kostarika	4,50	-
	962,50	Dollar

Es besteht daneben noch eine große Warenverschuldung neueren Datums, die 200 Millionen Dollar erreichen dürfte.«

Amerikanische Staaten nahmen also — nach Friedenskurs — ungefähr 900 Millionen Mark, europäische 3,4 Milliarden Mark auf, abgesehen von schweben-

auch die anderen amerikanischen Staaten mit Geld. In den kommenden Friedensjahren werden diese Erscheinungen wahrscheinlich noch sehr viel markanter auftreten. A. Hofrichter.

Bulletin der Studiengesellschaft für soziale Folgen des Krieges (Selskabet for Social Forsken af Krigens Folger). Kopenhagen (Österbrogade 56 c), März 1916. 1 Krone.

Das vorliegende Bulletin stellt sich die Aufgabe, die Kosten des Weltkrieges zu berechnen, soweit sie von den Staatsverwaltungen zu tragen sind. Es ist von äußerster Wichtigkeit, daß diese Aufgabe, soweit sie lösbar, heute schon gelöst wird. Leider wird die Verwendbarkeit des Bulletins sehr beeinträchtigt durch seine Anonymität. Es ist schon eine mißliche Sache, statistisches Material zu verwenden, von dem man nicht weiß, wie es zustande gebracht wurde, diese Mißlichkeit wird aber noch erheblich gesteigert, wenn uns das statistische Material vorgelegt wird, ohne daß eine Institution oder Persönlichkeit die Verantwortung dafür übernimmt. Eine völlig anonyme Statistik, die uns über ihre Quellen so gut wie nichts verrät, ist eine bedenkliche Sache.

Freilich nennt sich als Urheber der Statistik die »Studiengesellschaft für soziale Folgen des Krieges«, aber dieser Name ist noch ein Schleier, hinter dem sich etwas Unbekanntes birgt. Ein Anhang zum Bulletin gibt uns die Statuten der Studiengesellschaft. Danach ist sie das Ergebnis einer Stiftung. Sie wird verwaltet durch einen Verwaltungsrat, der aus zwei Delegierten der »wissenschaftlichen Mitarbeiter« und der Person des Stifters besteht. Die Beschlüsse müssen einstimmig gefaßt werden. Wie man wissenschaftlicher Mitarbeiter wird, ist aus den Statuten nicht ersichtlich. Wahrscheinlich werden sie durch den Stifter angestellt. Sicher von ihm bezahlt. Der Stifter dirigiert also das Ganze. Sein Name aber bleibt Geheimnis. Ein Meister der deutschen Sprache scheint er nicht zu sein, sonst hätte er seiner Gründung nicht ihren kuriosen Titel gegeben. Gemeint ist mit der »Studiengesellschaft für die sozialen Folgen des Krieges« eine Gesellschaft für die Erforschung der sozialen Folgen des Krieges.

Derartigen anonymen Gründungen gegenüber heißt es in Zeiten wie den jetzigen doppelt vorsichtig sein. Irgendeine tendenziöse Färbung tritt in dem vorliegenden Heft allerdings nicht zutage, wohl aber Fehler, die vor wissenschaftlicher Verwendung des Materials warnen.

So wird zum Beispiel in der Tabelle IV, S. 3 die Gesamtsumme der deutschen Kriegsanleihe am 1. Januar 1916 (lang- und kurzfristige zusammen) auf 26 700 Millionen Mark angegeben, auf S. 7 dagegen auf 25 700 Millionen. In der Tabelle V werden dann die Schulden des Deutschen Reiches vor dem Kriege richtig auf 5 Milliarden angegeben, am 1. Januar 1916 dagegen auf 32 500 Millionen. 32 500 weniger 5000 Millionen ergeben 27 500 Millionen. Für die Summe der deutschen Kriegsanleihen bis zum 1. Januar dieses Jahres werden uns also drei verschiedene Zahlen genannt: einmal 25 700, dann 26 700 und endlich 27 500 Millionen. Eine Statistik zur Auswahl.

Noch auffallender ist aber folgendes. Das Bulletin setzt die wahrscheinliche Höhe der deutschen Reichsschulden am Ende des zweiten Kriegsjahres auf 49 000 Millionen an und gibt dann in einer Tabelle die jährlichen Zinsen der Staatsschulden. Wir finden da folgende Zahlen in Millionen Mark für das Deutsche Reich:

	Vor dem Kriege	1. Januar 1916	1. August 1916
Staatsschulden	5000	32 500	49 000
Jährliche Zinsen	167	977	1 267

---

den Warenschulden. In welchem Maße andererseits die Verschuldung und die Zinshörigkeit der Vereinigten Staaten zurückgeht, erhellt daraus am besten, daß sich am 31. März 1,3 Millionen Dollar Steel Trust Commons im Ausland befanden, am 30. September 1915 aber nur 800 000, rund 40 Prozent weniger.

Daß die Verzinsung der Reichsschuld vor dem Kriege auf 167 angegeben wird statt auf 177 Millionen, ist noch kein ernstliches Versehen, sondern wahrscheinlich nur ein Druckfehler. Schlimmer steht es mit den zwei anderen Zahlen der Verzinsung. Danach wäre seit dem Kriegsausbruch der Zinsfuß für Staatsanleihen gefallen und hätte im vorigen Jahre nur noch 3 Prozent betragen! 977 Millionen machen nämlich 3 Prozent von 32 500 Millionen aus. Und noch wunderbarer! Das Bulletin berechnet, am kommenden 1. August würde die Reichsschuld auf 49 Milliarden gestiegen sein, die jährliche Zinssumme aber nur auf 1267 Millionen, das heißt der Zinsfuß der Kriegsanleihen werde bis dahin auf 2½ Prozent gesunken sein! Der unbekannte Stifter der Studiengesellschaft sollte wirklich an Stelle des Herrn Helfferich berufen werden!

Dabei wird auf S. 7 die Ziffer der zur Verzinsung der drei ersten Kriegsanleihen erheischten Summe mit 1288 Millionen angegeben. Das macht mit den 177 Millionen der Verzinsung der früheren Reichsschulden zusammen 1465 Millionen Mark und nicht 977, wie die Tabelle VI auf S. 3 angibt.

Diese Leistungen ermuntern nicht, jenen Angaben des Bulletins, die man zurzeit nicht nachprüfen kann, Vertrauen entgegenzubringen.

Schnurrig ist folgendes Verfahren. Das Bulletin berechnet für Deutschland die Kosten des ersten Kriegsjahres auf 17 700 Millionen Mark, die voraussichtlichen des zweiten Kriegsjahres auf 28 900 Millionen und vergleicht sie nun mit dem jährlichen Nationaleinkommen, das auf 40 Milliarden angenommen wird. Nun ist diese Vergleichung insofern verfehlt, als die letztere Ziffer die des Nationaleinkommens im Frieden ist. Im Kriege muß es erheblich geringer sein. Immerhin ist es ja nicht überflüssig, die Kriegskosten auch mit dem Nationaleinkommen im Frieden zu vergleichen. Das Bulletin findet, die Kriegskosten hätten im ersten Jahr 44 Prozent, im zweiten 72 Prozent des Nationaleinkommens ausgemacht. Nun will es noch wissen, wie groß das Verhältnis zwischen Kosten und Einkommen für beide Jahre zusammengenommen ist, und vergleicht zu diesem Zwecke die Summe der Kriegskosten beider Jahre mit dem Nationaleinkommen eines Jahres. Es findet, das Verhältnis der Kriegskosten beider Jahre zum Nationaleinkommen mache 44+72=116 Prozent aus! Das Resultat ist natürlich ein ganz sinnloses, denn man kann nicht Zahlen für verschieden lange Zeiträume einander gleichsetzen. Und dieses unsinnige Verfahren wird fortgesetzt für Österreich, für England und Frankreich.

Wir haben das Bulletin mit großen Erwartungen zur Hand genommen, denn seine Idee ist eine höchst glückliche und eine sorgfältige und sachkundige Zusammenstellung des statistischen Materials über die Wirkungen des Krieges in den verschiedenen Ländern ein dringendes Bedürfnis. Um so mehr haben wir es bedauert, daß sich die Arbeit in so vielen Punkten als unzuverlässig und unverwendbar herausgestellt hat.

K. K.

Kommentare zum Militärhinterbliebenengesetz. 1. Von Dr. Theodor v. Olshausen. Berlin 1915, Verlag von Franz Vahlen. 194 Seiten. Preis gebunden 3 Mark. 2. Von Heinrich Reh. Berlin 1915, Verlag J. Guttentag. Nr. 118 der Sammlung Deutscher Reichsgesetze. 152 Seiten. Preis gebunden 2,50 Mark.

Je länger der Weltkrieg wütet, je mehr wird leider das Militärhinterbliebenengesetz zu einem der wichtigsten und am meisten angewandten deutschen Gesetz. Wenn auch zum Privatgebrauch im allgemeinen die von verschiedenen parteigenössischen Verlagsbuchhandlungen herausgegebenen populären Übersichten genügen mögen, so wird doch derjenige, der über Fragen der Hinterbliebenenfürsorge öfters Auskunft zu geben hat, wie zum Beispiel Sekretäre oder Redakteure, der Hilfe einer kommentierten Gesetzesausgabe nicht entbehren können. Da das Gesetz bei Beginn des Krieges wichtige Ergänzungen erfahren hat, kommen allerdings

nur neue Ausgaben hierfür in Frage. Die beiden hier angezeigten kleinen Kommentare können für diesen Zweck bestens empfohlen werden. Außer dem Gesetz selbst enthalten beide Kommentare die wichtigsten daneben in Frage kommenden Gesetze und Verordnungen. Die Erläuterungen sind leicht verständlich. Der Vorzug unter beiden dürfte Olshausen verdienen, da seine Erläuterungen viel ausführlicher sind und seiner Ausgabe auch eine übersichtliche Einleitung vorausgeschickt ist.

Siegfried Weinberg.

Anzeigen.

Hermann Gorter, **Der Imperialismus, der Weltkrieg und die Sozialdemokratie.** Übersetzung aus dem Holländischen. Amsterdam 1915, herausgegeben von der Sozialdemokratischen Partei Hollands (S. D. P.). 152 Seiten. Preis 50 Pfennig. (Das holländische Original der Schrift erschien im Herbst 1914, die deutsche Übersetzung im Herbst 1915.)

Der Weltkrieg ist durch den Imperialismus verursacht. Dieser ist gleichbedeutend mit der Expansion des Kapitalismus, das heißt der höher entwickelten Arbeitsmethoden über die Erde; er ist die notwendige Form des Kapitalismus auf seiner höchsten und letzten Entwicklungsstufe. Aus der Kolonialpolitik zieht nicht nur die Hochfinanz ungeheure Gewinne, auch der Mittelstand profitiert von ihr, und selbst die Proletarier ziehen mancherlei unmittelbaren Vorteil aus ihr. Aber die Sozialdemokratie ist doch gegen die Kolonialpolitik, weil diese mittels Raub, Plünderung, Mord und der entsetzlichsten Ausbeutung geführt wird. Auf die Dauer verdirbt sie den Klassenkampf. Durch den Imperialismus steht jetzt »zum erstenmal in der Weltgeschichte, in Friedens- wie in Kriegszeiten, das ganze internationale Weltproletariat zusammen als ein Ganzes — in einem Kampf, der nur vom internationalen Proletariat gemeinschaftlich geführt werden kann — der internationalen Bourgeoisie gegenüber« (S. 14). Nur wer dies erkennt, kann die neue Zeit verstehen. Durch den Imperialismus wird der Klassenkampf, der früher national war, international.

Der Verfasser kritisiert dann ausführlich die Haltung der deutschen Sozialdemokratie und die Argumente, die für sie angeführt, aber auch die gegen sie vorgebracht werden. Besonders nachdrücklich wendet er sich gegen Cunow und Kautsky. Er bezeichnet beide als Bundesgenossen, als Sklaven des Imperialismus (S. 97).

Die Arbeiter, die nur direkte Vorteile begehren, müssen für Kolonialpolitik sein. Wer aber einsieht, daß sie das Proletariat zerspaltet und zerreißt, und nur er kann sich dem nationalen Imperialismus widersetzen, ungeachtet seiner Vorteile. Deshalb hat nicht nur der Reformismus, sondern auch der bisherige Radikalismus dem Kampf gegen den Imperialismus geschadet.

Daß der Imperialismus notwendig ist, besagt nicht, daß wir ihn nicht bekämpfen sollen. Im Gegenteil ist der Kampf gegen den Imperialismus ebenso notwendig wie dieser selbst. »Es ist eben der Kampf gegen das Notwendige, ... der uns stärker macht« (S. 90). Die Agitation für das Abrüsten ist verwerflich, denn der Krieg ist heute noch eine Notwendigkeit zur Schlichtung des Streites der nationalen Kapitalsinteressen. »Nie war der Krieg in solchem Maße das Mittel zur Entwicklung des Kapitalismus wie heute unter dem Imperialismus« (S. 128, 129). Die Agitation für die Abrüstung dient nur zur Entnervung des Proletariats und zu seiner Ablenkung vom Kampf gegen den Imperialismus. Dieser Kampf kann nur durch direkte Massenaktionen auf internationaler Stufenleiter geführt werden. Die neue Internationale soll die Aufgabe haben, diesen Kampf zu leiten.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 6 — Ausgegeben am 12. Mai 1916 — 34. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Irland — eine Lehre.

Von Ed. Bernstein.

Nach kurzem Aufflackern ist der am 24. April in Dublin und einigen Grafschaften Südirlands ausgebrochene irische Aufstand der Übermacht der Militärgewalt erlegen. Daß er sich verallgemeinern und zur Erhebung des ganzen nationalistisch gesinnten Irland gegen England auswachsen würde, war für jeden, der einigermaßen über die Dinge in Irland unterrichtet ist, ausgeschlossen. Vom protestantischen Irland ganz abgesehen, das auch jetzt im Kriege überenglisch ist, hat seit den Tagen von Is. Butts und Ch. Parnells die große Mehrheit der Irländer den Gedanken einer Loslösung Irlands von England völlig aufgegeben. Die nationalistischen irischen Abgeordneten im Haus der Gemeinen sind in zwei Fraktionen gespalten, die größere von John Redmond, die kleinere von Jim Healy geführt. Aber beide Fraktionen stehen in diesem Krieg auf der Seite Englands, die Healyiten fast noch entschiedener als die Redmonditen. Da man annehmen muß, daß den Leitern des Aufstandes dies sehr gut bekannt ist, ist nicht recht abzusehen, welche Zwecke ihre Aktion bestimmten. Die englischen Nachrichten darüber sind, soweit der Telegraph sie uns übermittelt, vorläufig noch sehr verworren. Nur so viel kann aus ihnen mit einiger Sicherheit entnommen werden, daß sehr verschiedenartige Elemente zusammengewirkt zu haben scheinen, diesen Aufstand vorzubereiten und ins Werk zu setzen.

Man spricht von Unterstützung oder sogar Anstiftung vom Ausland her, und in Amerika lebende Irländer haben aus ihrer Parteigängerschaft mit der Bewegung kein Hehl gemacht. Vermutungen, die an die Umstände anknüpfen, unter denen der vielgenannte Sir Roger Casement beim Versuch der Landung an der Westküste Irlands mit Begleitern gefangen genommen wurde, sind noch zu sehr Spekulation, um Beschäftigung mit ihnen angezeigt erscheinen zu lassen. Auch ist diese Frage für die Beurteilung dessen, was sich in Irland selbst vollzogen hat, nebensächlich. Mögen die eigentlichen Anstifter außerhalb Irlands sitzen, mögen sogar ein Teil der Waffen vom Ausland gekommen sein, so würde doch der Aufstand die Ausdehnung nicht erreicht haben, die er immerhin gehabt hat, wenn nicht Stoff zu ihm in Irland vorhanden gewesen wäre, der nur gewisser günstiger Bedingungen bedurfte, um aufzuflammen. Wo Rauch ist, ist stets auch Feuer, mag es offen lohen oder unter der Oberfläche glimmen.

Daß ein solches Feuer in Irland vorhanden war, daß neben der gesetzlich gewordenen Homerulebewegung eine radikalnationalistische Bewegung einherlief, die in der stimmberechtigten Bevölkerung nicht genug Anhang hatte, um für eigene Vertreter Mandate zu erobern, aber genug Lebenskraft besitzt, um in der einen oder anderen Form immer wieder an das Licht zu treten und sich unbequem zu machen, ist allgemein bekannt. Weniger

bekannt und sicher ist, woher sie im Lande selbst diese Lebenskraft zieht. Hier wirken offenbar verschiedenartige Elemente zusammen, ihr immer wieder neues Leben zuzuführen.

Die Agrarfrage, die in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts noch der irischen Bewegung den wirtschaftlichen Untergrund verlieh, ist seit längerer Zeit in den Hintergrund getreten. Die weitgreifenden Gesetze über Sicherung der Pächter gegen Heraufschraubung der Pachtsätze oder Austreibung und die Gewährung von Vorschüssen für den Landankauf zu schiedsrichterlich normierten Preisen (das Gesetz von 1903 setzte über eine Milliarde Mark für diesen Zweck fest, von denen bis Ende 1912 über 900 Millionen Mark in Vorschüssen bewilligt worden waren) scheinen ihr auf lange hinaus den Stachel ausgezogen zu haben. Dafür nehmen Fragen der Industrie heute einen größeren Raum ein, und zwar in zweierlei Gestalt: erstens in der Bewegung, möglichst viel Industrien in Irland zu entwickeln, und zweitens in der sozialistischen oder sozialrevolutionären Arbeiterbewegung.

Die Agitation für den erstbezeichneten Zweck erklärt sich dadurch, daß Irland in der Zeit, wo die englische Handelspolitik vom schutzzöllnerischen Merkantilismus beherrscht war, von England durch allerhand Verbote aufs brutalste daran verhindert wurde, größere Industrien zu entwickeln, und daß die Nachwirkungen dieser künstlichen Niederhaltung noch heute nicht überwunden sind. Wollten weiterblickende englische Staatsmänner diesem Unwesen ein Ende machen, so wußten die damaligen englischen Fabrikanten dies durch ihren Einfluß zu hintertreiben. So schreibt Gladstone von William Pitt dem Jüngeren, diesem Muster eines Staatsmannes von guten Absichten und schlechten Ausführungen:

Die Ansichten Pitts hinsichtlich Irlands, wie sie im Jahre 1784 in seiner Korrespondenz mit dem Herzog von Rutland, dem damaligen Vizekönig, niedergelegt sind, waren alles, was Billigkeit und Patriotismus anraten konnten. Er suchte ihnen durch seine handelspolitischen Vorschläge, die das irische Parlament annahm, einleitende Wirkung zu geben. Als sie aber, um den selbstsüchtigen Forderungen der englischen Fabrikanten zu begegnen, abgeändert und umgeformt wurden, wies Irland sie zurück, und diese Enttäuschung, die in Wirklichkeit entweder dem Minister selbst oder den englischen Fabrikanten zuzuschreiben war, scheint man dem irischen Parlament als eine Sünde angerechnet zu haben. (William Gladstone, Offene Worte über die Union mit Irland [„Plain speaking on the Irish Union“], Nineteenth Century, Juli 1889.)

Viel früher als Gladstone hatten Richard Cobden und andere liberale und radikale Engländer die handelspolitische Drangsalierung Irlands, für die wir in der neueren Geschichte ein Gegenstück in der agrarpolitischen Drangsalierung Serbiens erlebt haben, scharf gekennzeichnet und ihre Aufhebung verlangt. Irische Patrioten gingen weiter und stellten neben der Forderung der Aufhebung der Union mit England auch die Forderung: Schutzzölle gegen England auf ihr Programm. Eine Forderung, bei der es sich nicht um die Bevorrechtung schon vorhandener und kapitalkräftiger Industrien, sondern um die Möglichkeit der Aufzucht schwacher oder erst zu schaffender Industrien handelte, und für die sich aus diesem Grunde auch Karl Marx 1869 in einem Brief über die Bewegung der Fenier aussprach. Da Marx gern auf Grund von Aussprüchen, die sich nur

auf bestimmte Stufen in der Entwicklung von Nationen bezogen, als Anwalt von Maßnahmen zitiert wird, die er, wo jene Voraussetzung nicht bestand, sehr entschieden bekämpft hat — so nahm er um dieselbe Zeit, wo er jenen Brief schrieb, gegen die Schutzzollagitation deutscher Eisenindustrieller scharf Stellung —, sei beiläufig hinzugefügt, daß Marx im gleichen Schreiben von 1869 sogar den gegen die irischen Landlords gerichteten agrarpolitischen Bestrebungen der Fenier eine sozialistische Tendenz zuerkennt, obwohl es sich dabei um Schaffung einer Klasse von unabhängigen Klein- und Mittelbauern handelte. Der Sozialismus lag hier in der Geltendmachung des Rechtes der Allgemeinheit über das Eigentum an Grund und Boden, welches Recht in der später vom englischen Parlament geschaffenen Agrargesetzgebung für Irland unter verschiedenen Gesichtspunkten — Besitz, Veräußerung, Verpachtung — so weitgehende Anerkennung gefunden hat, daß die Berufung auf sie für jede einer vorgeschritteneren Stufe entsprechende direkt sozialistische Maßnahme ausreichen würde.

Von dem gleichen Gedankengang, der die Forderung besonderer irischer Schutzzölle diktierte, ist die Bewegung beherrscht, die unter dem Namen Sinn Fein seit einer Reihe von Jahren in Irland propagiert wird. Die Worte Sinn Fein sind der ehemaligen Landessprache Irlands entnommen, die im weitaus größten Teil Irlands dem Englischen gewichen ist und nur in einigen wenigen Grafschaften bezirksweise noch als Volkssprache lebt, sie bedeuten in dieser Sprache »wir selbst«. Ob das Wort Fein etymologisch mit dem legendären Namen Finn oder Fionu zusammenhängt, von dem der Name Fenian (Fenier) abgeleitet wird, mag dahingestellt bleiben. Der Sache nach kennzeichnet sich jedoch die Sinn-Fein-Bewegung als ein Ableger der fenischen Bewegung. Sie macht Anstrengungen, das alte Irische zu verbreiten, so daß es wieder zur besonderen Sprache Irlands werden kann, und sucht die Zwecke des alten Schutzzollprogramms, das nach dem Homerulegesetz für Irland ausgeschlossen ist, unter anderem durch verwandte Mittel, wie den Boykott englischer Waren, zu erreichen oder vorzubereiten. Daß man den Zweck der Aufzucht von Industrien auch durch andere Mittel als Schutzzölle erwirken kann, steht außer Zweifel, und für den Schreiber dieses sind die letzteren durchaus nicht das kleinere Übel. Aber der Boykott hat sich noch überall als für diesen Zweck untaugliches Mittel erwiesen, und ebenso ist die Wiederbelebung einer Sprache, die ein Volk schon seit Generationen verlernt hat, um so mehr ein utopistisches Unding, wenn sie, wie hier, mit einer Weltsprache in Konkurrenz treten soll. Übrigens hat sich auch ohne Schutzzölle und Sinn Fein unter der bloßen Wirkung des Wegfalls der Handelsbeschränkungen die Industrie Irlands so weit gehoben, daß jetzt vom Wert der Ausfuhr Irlands zwei Fünftel auf Industrieprodukte entfallen. Der Wert der Gesamtausfuhr Irlands setzte sich im Jahre 1911 wie folgt zusammen: Landwirtschaftsprodukte 52 Prozent, Rohstoffe 7 Prozent, Fabrikate 41 Prozent.

Etwa ein Fünftel der Bewohner Irlands, die das zehnte Lebensjahr zurückgelegt haben, gehören der Industrie an, so daß in bezug auf die Berufsgliederung Irland heute ungefähr auf derselben Stufe steht wie Deutschland um die Zeit der Lassalleschen Agitation. Es hat daher in verschiedenen Städten ein verhältnismäßig ansehnliches Industrieproletariat. Und dies führt zur zweiten Strömung, die in der neuesten Erhebung eine Rolle ge-

spielt zu haben scheint, nämlich zur syndikalistisch-revolutionär gerichteten Arbeiterbewegung.

In Irland hat die Arbeiterbewegung längere Zeit politisch nur als ein Anhängsel der Homerulebewegung dahinvegetiert. Das ist aber mit der Zunahme der industriellen Arbeiterschaft und dem Übergreifen der politischen Agitation nach der Grünen Insel anders geworden. Der Drang der Verselbständigung der Arbeiterklasse hat dahin geführt, daß sich hier der verbürgerlichten nationalistischen Bewegung eine viel schärfer zugespitzte Strömung in der Arbeiterschaft gegenüberstellte, als sie im allgemeinen in England zu finden ist. Man erinnere sich, daß in den Gewerkschaftskämpfen, die bis kurz vor Ausbruch des Krieges das britische Reich erschütterten, nirgends der Geist der Revolte sich schärfer äußerte als in Irland unter dem Einfluß von Jim (James) Larkin, James Conolly und Gleichgesinnten. Larkin, als der Abkömmling eines der drei Fenier, die im November 1867 in Manchester gehängt wurden, machte in seinen Reden kein Hehl daraus, daß ihn der Gedanke beseelte, für jene Hinrichtung Sühne zu nehmen, und seine vom leidenschaftlichsten revolutionären Geiste erfüllten Reden rissen in Dublin und anderen irischen Städten die Arbeiter zur äußersten Oppositionsstimmung hin. Es ist undenkbar, daß diese Stimmung durch den Krieg hätte zum völligen Erlöschen gebracht werden können.

Allerdings brachte der Krieg zunächst auch die revolutionären Irländer in eine Lage, die von jeder antienglischen Aktion abriet. Bis dahin war es ein Axiom nationalistischer Politik der Irländer gewesen, nach dem Motto »Englands Verlegenheit ist Irlands Gelegenheit« jeden Feind Englands als den Freund Irlands zu feiern und zu behandeln. Jetzt war aber eine Regierung Englands am Ruder, die immerhin unter den heftigsten Kämpfen mit ihren unionistischen Gegnern es durchgesetzt hatte, Homerule für Irland zum Gesetz zu erheben und dafür von den geschworenen Gegnern der Selbstregierung Irlands, den sogenannten Loyalisten oder Orangemen Nordirlands bis zuletzt auf das bitterste bekämpft worden war. Ihr in den Rücken zu fallen, mußte um so weniger angezeigt erscheinen, als gerade die Nation, die in Irland von jeher die größte Popularität genossen hatte, Frankreich, der Hauptverbündete Englands war. Die parlamentarischen Vertreter des nationalistischen Irland hatten sich unter diesen Umständen einmütig zugunsten der von England verfochtenen Sache erklärt, irische Patrioten, die noch beim Burenkrieg auf seiten der Buren gegen England gekämpft hatten, waren diesmal freiwillig ins englische Heer eingetreten, und der den Iren eigene Zug zur Ritterlichkeit verbot auch den intransigent gebliebenen Irländern eine Parteinahme für die Urheber jener Vergewaltigung. Weder die Sinn-Fein-Leute noch die revolutionären Syndikalisten machten Miene, irgend etwas Ernsthaftes gegen England zu unternehmen.

Unter der Wirkung der langen Dauer des Krieges und der vielen Mißgriffe der Kriegführung der Alliierten hat sich die Stimmung aber erheblich geändert. Die Aufwallung der ersten Monate ist verflogen, die Entwicklung der Dinge wird immer kritischeren Auges betrachtet, und der Wunsch, England als Sieger aus dem Kampfe hervorgehen zu sehen, kühlte sich in breiten Kreisen des irischen Volkes, die nicht schon durch Geschäftsinteressen mit England verbunden sind, um so mehr ab, je mehr es sich zeigte, daß der Krieg in England die Position der konservativ-unionistischen Partei gegen-

über den Liberalen erheblich gestärkt und damit die Verwirklichung von Homerule wieder zweifelhaft gemacht hat. Denn wenn auch Homerule ins Buch der Gesetze Englands aufgenommen ist, so haben die Liberalen doch in einen Aufschub der Ausführung des Gesetzes willigen müssen, und einer konservativ-unionistischen Regierung, welche die liberale ablöste, wäre so die Möglichkeit gegeben, die Ausführung ins Unbestimmte hinauszuschieben und inzwischen das Gesetz selbst zu »revidieren«. Die Umwandlung des liberalen Kabinetts in ein Koalitionskabinett aus Liberalen und Konservativen war für die nationalistischen Irländer aller Schattierung eine Mahnung, auf der Hut zu sein, mußte aber in den Kreisen der Intransigenten wie ein Signalschuß wirken und die Geister für die revolutionäre Literatur empfänglich machen, die von Amerika her, wo Jim Larkin agitierte, und noch von anderen Fabrikationsstätten nach Irland gesandt wurde.

Welche Einflüsterungen die irischen Revolutionäre in den Glauben versetzt haben, daß nun die Stunde zum Losschlagen für sie gekommen sei, muß vorerst dahingestellt bleiben, und unklar ist noch, was sie mit dem Losschlagen eigentlich bezweckten. Denn, wie eingangs schon bemerkt, an ein Ausbreiten der Bewegung über das ganze nationalistische Irland war nicht zu denken. Phantastik, die dem lebhaften Volke stets in so hohem Maße eigen war, scheint auch diesmal ihr Spiel getrieben zu haben. Es sind jedoch auch Zwecke denkbar, die über die gegenwärtige Erhebung hinausgreifen.

Mit der Niederschlagung des Aufstandes sind die Strömungen in den Geistern nicht beseitigt, die ihn möglich gemacht haben. Wie stark das Mißtrauen ist, das sich eines großen Teiles der Irländer bemächtigt hat, zeigt sich unter anderem bei den Verhandlungen der Gerichtshöfe, die das englische Parlament eingesetzt hat, um die Fälle zu prüfen, wo Leute, die nach dem Gesetz kriegsdienstpflichtig sind, um freizukommen, sich auf die im Gesetz vorgesehene Gewissensklausel berufen, die bestimmt, daß Personen, welche den Gerichtshof überzeugen, daß ihr Gewissen ihnen den Kriegsdienst verbietet, von diesem enthoben werden können. Irland selbst ist von den Gesetzen, welche bestimmte Kategorien der Bevölkerung dienstpflichtig machen, ausgenommen, man hat es nicht darauf ankommen lassen wollen und können, durch Ausdehnung dieses Gesetzes auf die Nachbarinsel dort Gegenbewegungen im großen Stil hervorzurufen. Aber in England und Wales oder Schottland wohnende Irländer fallen unter die dortigen Gesetze und sind, wenn sie den betreffenden Altersgrenzen angehören, dienstpflichtig. Nicht wenige von ihnen rufen die Gewissensklausel an. Und da ist es wiederholt vorgekommen, daß Irländer vor den Gerichtshöfen erklärten, solange Homerule für Irland nicht in Wirklichkeit getreten sei, statt erst nach dem Buchstaben im Gesetz zu stehen, verböte es ihnen ihr Gewissen, für das britische Reich in den Krieg zu gehen. Im Einzelfall mag der Gewissensdruck nicht sehr stark gewesen zu sein, aber auch dann beweist die Erhebung des Einwandes zum mindesten die Abwesenheit jedes stärkeren Interesses für das Wohl und Wehe des britischen Reiches. Und sicherlich hätte man nicht darauf verzichtet, die Kriegsdienstgesetze auf Irland auszudehnen, wenn man nicht bei der Mehrheit des irischen Volkes eine ähnliche Gleichgültigkeit voraussetzte.

In dieser Stimmung des irischen Volkes liegt eine große Lehre. Als Sir Edward Grey am 3. August 1914 im Hause der Gemeinen die große Rede

hielt, in der er darlegte, daß England am Vorabend des Krieges stehe, sagte er ziemlich am Schluß:

Der einzige freundliche Punkt in dieser fürchterlichen Situation ist Irland. Das allgemeine Empfinden in ganz Irland ist — und ich möchte, daß man dies im Ausland klar einsehe — von solcher Art, daß wir glauben, die irische Frage nicht in Betracht ziehen zu müssen.

Damals konnte er das mit gutem Gewissen sagen. Des unionistisch gesinnten Irlands war man für den Kriegsfall sicher, weil die Führer der konservativ-unionistischen Partei, die auf jenes den großen Einfluß ausüben, der Regierung im voraus erklärt hatten, sie seien von der Notwendigkeit für England, in den Krieg einzutreten, überzeugt und würden der Regierung in diesem Falle ihre volle Unterstützung leihen. Des nationalistischen Irland war die liberale Regierung nicht minder sicher, da sie durch ihre Kämpfe für Homerule das Vertrauen von dessen überwiegender Mehrheit erworben hatte. Wäre das letztere nicht der Fall gewesen, hätte die liberale Partei im Kampf um Homerule aus Schwäche oder Verräterei versagt, so würde von Anfang an das ganze nationalistische Irland, also gut zwei Drittel des irischen Volkes und wahrscheinlich das ganze irische Element in Amerika wie auf den englischen Kolonien gegen England Stellung genommen haben und Irland kein »freundlicher«, sondern ein sehr bedenklicher Punkt, ein Element der Schwäche für England gewesen sein. Das Stück Demokratie, das in dem Gesetz für die Selbstregierung Irlands Ausdruck gefunden hatte, machte sich für England sehr gut bezahlt. Und es würde noch viel mehr für England geleistet haben, wenn es früher gekommen wäre. Daß die jetzige Erhebung überhaupt möglich war, verdankt England den Konservativen, die das Zustandekommen des Homerulegesetzes immer von neuem verschleppt haben. Wie so oft schon, haben sich auch in diesem Falle gerade diejenigen Elemente, die sich mit besonderer Betonung als die »staatserhaltenden« bezeichnen, als die staatsgefährdenden herausgestellt.

Die von fabianischen Sozialisten herausgegebene Wochenschrift »The New Statesman« brachte jüngst einen eigenartigen Artikel unter dem Titel »Wenn Deutschland England eroberte«. Es ward darin ausgeführt, daß eine Beherrschung Englands durch Deutschland keineswegs zur Verarmung des englischen Volkes zu führen brauchte. Im Gegenteil könnten die Deutschen durch Verwaltungsreformen und andere Maßnahmen viele Verbesserungen im Leben der Nation zustande bringen und ihren Wohlstand erhöhen. Aber wenn diese Steigerung des Wohlstandes noch so groß wäre, würden sie darum doch als Herrscher ewig verhaßt bleiben, weil sich kein Volk, das eine eigene Geschichte und ein eigenes Nationalbewußtsein hat, von einem anderen beherrschen läßt, und wenn es ihm noch so viele Wohltaten bringe. Worauf das Blatt sofort eine Zuschrift von irischer Seite erhielt, in der es hieß: »Setzt in dem Artikel, wo Deutschland steht, dafür England, und wo England oder das englische Volk stehen, dafür Irland und das irische Volk, und ihr habt den Schlüssel zu unserem Empfinden England gegenüber.« Der Aufstand hat gezeigt, wieviel Richtiges daran war. Das irische Problem ist durch seine Niederschlagung noch nicht erledigt.

Um die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung.

Von R. H.

Die Spaltung in der sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Reichstags ist eine Phase in einem wichtigen und großen historischen Prozeß, und sie kann nur als solche richtig gewürdigt werden.

Der Krieg an sich ist keine Revolution. Schon die Erkenntnis des Krieges als eine Fortsetzung der Politik der herrschenden Klassen mit anderen Mitteln sollte vor solcher Gleichsetzung warnen. Aber beim Krieg mit seinen unberechenbaren Begleiterscheinungen und Ergebnissen macht sich noch mehr als bei anderen sozialen Geschehnissen das Gesetz von der Heterogenität der Zwecke geltend, demzufolge aus den geschichtlichen Ereignissen schließlich ganz andere Wirkungen entspringen, als die Handelnden gewollt und vorausgesehen haben. Und so können Kriege, statt die Politik der Herrschenden durchzusetzen und ihre Macht zu stärken, durch die mit ihnen verbundenen, aber durchaus nicht gewollten sozialen Wirkungen in letzter Instanz die Stellung der Herrschenden erschüttern, die der Beherrschten stärken, wenn die Beherrschten fähig und imstande sind, ihre besonderen Interessen zu erkennen, und entschlossen, sie durchzusetzen.

Wir Marxisten haben vorausgesehen, daß die kapitalistischen Gegensätze mit ihrer imperialistischen Politik der großen kriegerischen Katastrophe zutreiben, und haben deren Ursachen klargelegt. Aber wir haben auch vorausgesagt, daß dieser ungeheure Krieg eine Zeit heraufführen werde, die die schwersten und heftigsten Kämpfe, die tiefstgehenden sozialen und politischen Umwälzungen sehen werde. Nicht vom Kriege, sondern von seinen Folgen, nicht von den Kämpfen gegen die äußeren Feinde, sondern von den ihnen folgenden Kämpfen der Klassen erwarteten wir die Neugestaltung.

Und noch ein Drittes haben die Marxisten vorausgesagt, und hier haben vielleicht die Älteren noch schärfer gesehen als wir Jüngeren. Wenn Engels und Bebel einen europäischen Krieg so sehr fürchteten (nicht etwa wie manche Umlerner ihn als »Revolution« begrüßten), so fürchteten sie nicht nur das Elend und die Verwüstung, nicht nur die ungeheure Schwierigkeit der Aufgabe, aus den Ruinen der alten Welt des Kapitalismus das neue Leben des Sozialismus ersprießen zu lassen; sie fürchteten vor allem den Rückschlag der sozialistischen Bewegung infolge des Entstehens nationalistischer und militaristischer Gesinnung.

Die Befürchtung ist in allen Ländern eingetroffen. Aber nicht in der Form, daß die Massen die Partei verlassen, sich anderen Parteien zugewandt hätten; dafür ist nirgends ein Anzeichen. Wohl aber so, daß ein Teil der sozialdemokratischen Führerschaft selbst einer Politik zugänglich wurde, die immer mehr von den Prinzipien und der Taktik abwich, die bis zum Kriegsausbruch als sozialdemokratisch gegolten haben. Der Gegensatz, den Engels und Bebel als Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und bürgerlicher Welt gesehen hatten, wurde zum Gegensatz innerhalb der Sozialdemokratie.

Einmal gegeben, mußte sich aber dieser Gegensatz der historischen Not gehorchend stetig vertiefen. Indem die Führer in der alles andere überragenden Lebensfrage der bürgerlichen Gesellschaft sich in eine Reihe mit den bürgerlichen Parteien stellten, hatte der Opportunismus das Spiel gewonnen. Der bisher in Deutschland so scharfe Gegensatz zur Regierung und

den bürgerlichen Parteien war plötzlich außerordentlich vermindert. Die Haltung der Partei hatte in weiten Kreisen Freude und Genugtuung erregt, der Partei anscheinend neue Ausbreitungsgebiete erschlossen, den Widerstand der Gegner erschwert, eine Änderung der Stellung der Regierung zu ihrer Agitation und der Organisationsarbeit der Gewerkschaften in Aussicht gestellt. Nach Beendigung des Krieges, die man in kurzer Zeit erwartete, mußte die Position der Partei sich glänzender als je gestalten, da ja den Gegnern ihre wichtigsten Agitationswaffen aus der Hand geschlagen waren. Und den hochgespannten Erwartungen tat es zunächst keinen Eintrag, daß man darüber die Hauptsache vergaß: daß nämlich die Partei unterdessen in Gefahr geriet, ihr eigentliches Wesen zu verlieren, daß das erwartete Entgegenkommen eben nicht mehr der alten, sondern einer gewandelten Partei galt.

Diese Aussichten sollte man sich nun verderben und ruinieren lassen durch eine, wie es damals schien, ganz aussichtslose, allen populären Strömungen sich widersetzende Politik prinzipieller Opposition, die die Partei doch nur schwächen, ihre Anhängerzahl mindern, ihre Organisationen gefährden, kurz das Instrument der Politik gerade dann abstumpfen würde, wenn es gerade möglichst schneidig und wuchtig geführt werden sollte? Die Opposition gegen die Haltung der Partei erschien den Führern als eine arge Gefährdung der Parteiinteressen, die sie in der großen Krise so glänzend, wie sie glaubten, gewahrt hatten. Mit aller Macht wandte sich deshalb die Führung gegen die Opposition.

Auf der anderen Seite sah die Rechte der Partei, der konsequente Opportunismus, seine Zeit gekommen. Die Taktik, die er stets empfohlen hatte, die Ermöglichung eines dauernden politischen Zusammenarbeitens mit anderen Parteien, schien auf dem Wege. Jetzt hieß es, nur konsequent sein, mit der unfruchtbaren Demonstrationspolitik brechen, sich von den alten überlieferten Dogmen freimachen und praktische Reformpolitik treiben.

Und nicht allein um die Stellung zum Kriege handelte es sich mehr. Wollte man die Früchte dauernd sichern, so mußte alles in den Hintergrund treten, was späterhin das Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien erschweren, die Gegensätze aufs neue verschärfen konnte. Aus der Abstimmung des 4. August mußte die Politik des 4. August werden, aus dem Akt eines wirklichen oder vermeintlichen Notstandes der Ausgangspunkt einer neuen Taktik. Die ganze Stellung der Partei zu den grundlegenden Fragen der Politik wurde für erledigt erklärt. Für die Bewilligung des Militär- und Flottenetats, für Kolonial- und Schutzzollpolitik, ja sogar für indirekte Steuern wurde Propaganda gemacht, und wenn auch eine gewisse Arbeitsteilung zugegeben werden muß und nicht jedes Mitglied der Rechten jene Arbeitsvereinigung erreicht, wie sie uns in den Schriften von Kolb und Peus entgegentritt, so wirkten doch alle Anstrengungen in derselben Richtung einer Neuorientierung der Parteipolitik, der Umwandlung der Sozialdemokratie in eine reformistische Arbeitspartei.

Diese Bemühungen entsprachen jenen Anpassungstendenzen, die aus dem Emanzipationskampf der Arbeiterschaft selbst entspringen.[1]

[1] »Die geistige, moralische und materielle Hebung, die die Arbeiterbewegung der unterdrückten, in tiefstem Elend dahinvegetierenden Klasse gebracht hat, die Erhebung des Arbeiters aus dem ‚sprechenden Werkzeug' zum Menschen, hat den

Diese Tendenzen waren vor dem Kriege stärker als die Gegentendenzen, die hervorgerufen waren durch die wachsende Macht des kartellierten und organisierten Unternehmertums sowie durch die zunehmende Teuerung, die eine Verlangsamung des Aufstiegs der Arbeiterklasse oder bereits den Beginn einer Verschlechterung ihrer Lebenshaltung bedeutete, und eben politisch radikalisierend zu wirken begonnen hatten.

Auf diese Anpassungstendenzen hatte sich von jeher der Opportunismus gestützt, und ihr Vorhandensein erklärt auch seine praktische Stärke. Diese Tendenzen wirken nun aber auf die ganze Arbeiterschaft, ja auf jeden einzelnen Arbeiter ein, wenn auch auf einzelne gelernte, gutgelohnte und organisierte Arbeiterschichten stärker als auf andere. In einer nichtrevolutio-

---

Kapitalismus für die Arbeiterschaft zugleich erträglicher, diesen selbst erst so recht existenzfähig gemacht. Sie hat die Arbeiterschaft als solche geistig und physisch gekräftigt, sie kampffähiger und selbstbewußter als je eine unterdrückte Klasse gemacht, aber zugleich den unmittelbaren revolutionären Antrieb, die völlige Unerträglichkeit einer lebensunwürdigen Existenz gemildert. Aus dem Kapitalismus des Kindermords und Hungertods hat die Arbeiterbewegung in unablässigen politischen und gewerkschaftlichen Kämpfen einen Kapitalismus gemacht, dem die Verwirklichung seiner schlimmsten Verelendungstendenzen unmöglich wurde, und sie hat ihn so vor einer Revolution verzweifelter (aber auch tiefstehender und unkultivierter) Massen bewahrt. Um es paradox zu sagen: die konterrevolutionären Wirkungen der Arbeiterbewegung haben die revolutionären Tendenzen des Kapitalismus geschwächt.

Die neueste Phase der hochkapitalistischen Entwicklung erzeugt aus sich heraus noch andere konservierende Tendenzen. Die rapide Entwicklung des Weltkapitalismus seit der Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hat die Depressionsperioden verkürzt, die chronische Arbeitslosigkeit gemildert. Die entwickeltsten Länder des Kapitalismus — Deutschland und die Vereinigten Staaten — kennen seit dieser Zeit keine industrielle Reservearmee im alten Sinn, sie bedürfen für Landwirtschaft und Industrie fortwährend der Zufuhr fremder Arbeitskräfte, auf denen denn auch in erster Linie der Druck der Krisen lastet. Das Finanzkapital — die Beherrschung der monopolistisch organisierten Industrie durch die kleine Zahl der Großbanken — hat die Tendenz, die Anarchie der Produktion zu mildern, und enthält Keime zu einer Umwandlung der anarchisch-kapitalistischen in eine organisiert-kapitalistische Wirtschaftsordnung. Die ungeheure Stärkung der Staatsmacht, die das Finanzkapital und seine Politik erzeugt hat, wirkt in derselben Richtung. An Stelle des Sieges des Sozialismus erscheint eine Gesellschaft zwar organisierter, aber herrschaftlich, nicht demokratisch organisierter Wirtschaft möglich, an deren Spitze die vereinigten Mächte der kapitalistischen Monopole und des Staates stünden, unter denen die arbeitenden Massen in hierarchischer Gliederung als Beamte der Produktion tätig wären. An Stelle der Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft durch den Sozialismus träte die den unmittelbaren materiellen Bedürfnissen der Massen besser als bisher angepaßte Gesellschaft eines organisierten Kapitalismus.

Und die Kriegsereignisse können — wenn man von der demokratisch-proletarischen Gegenwirkung absieht — diese Tendenzen nur verstärken. Was man Kriegssozialismus nennt — und was in Wirklichkeit nur eine ungeheure Verstärkung des Kapitalismus durch die Macht seiner Organisierung ist —, wirkt in dieser Richtung. Und die gleichfalls durch den Krieg in ihrer Macht und vor allem in ihrem Selbstbewußtsein ungeheuer gesteigerte Staatsgewalt wird schon aus finanziellen Gründen (Staatsmonopole!) diese Tendenzen fördern.« (Hilferding, »Arbeitsgemeinschaft der Klassen«, »Kampf«, VIII, Nr. 10.)

nären Periode, wie es die vor dem Kriege war, ist die Erkenntnis von dem bloß vorübergehenden Charakter solcher Anpassungen an das kapitalistische System, von den diesem innewohnenden Schranken einer bloßen Reformtätigkeit wesentlich theoretischer Natur; sie bewegt das Denken, nicht aber unmittelbar das Handeln der Massen, und das erklärt uns zunächst den von den Opportunisten immer betonten Gegensatz zwischen der reinen Reformtätigkeit der Partei, ihrer wesentlich reformistischen Taktik, und ihrer Aufrechterhaltung der revolutionären Ideologie, ein Widerspruch, der nicht eine willkürliche Inkonsequenz der Führer war, sondern aus der Zwiespältigkeit der Situation, in der sich die Arbeiterbewegung befand, erwachsen ist und in der Tat je länger, je mehr eigentlich alle Richtungen in der Partei von deren Taktik unbefriedigt sein ließ.

Hält man sich nun auch vor Augen, daß diese Tendenzen eben auf alle Arbeiterschichten einwirken, so erklärt dies auch den Umstand, warum der Widerstreit zwischen Radikalen und Revisionisten so allgemein verbreitet ist, einen Gegensatz bildet, der sich nicht lokal auf einzelne Gegenden oder einzelne Arbeiterschichten beschränkt, sondern fast überall in der Arbeiterschaft in wechselnder Stärke und Intensität anzutreffen ist. Zugleich wird auch die große Rolle klar, die die ideologische Einwirkung, die prinzipielle Aufklärung in einer solchen Zeit des Widerstreits zwischen unmittelbaren Tagesinteressen und den dauernden Erfordernissen des proletarischen Emanzipationskampfes spielt. Eben weil diese letzteren gegenüber den Anpassungstendenzen nicht unmittelbar empfunden werden, sondern einen höheren Grad der Erkenntnis und Schulung voraussetzen, steigt der Einfluß und die Macht der Beeinflussung durch die Führer und die Presse, und wir sehen ja auch in der Tat oft, daß mit der Haltung ihres Abgeordneten oder ihres Parteiblatts sich die Stellung der Parteigenossen selbst unter mehr oder weniger großen Widerständen ändert.

Für denjenigen, der vor allem diese Anpassungstendenzen sieht und sie zur Richtschnur seiner Politik nimmt, schwindet aber der Sozialismus und seine Voraussetzung, die Eroberung der politischen Gewalt durch das klassenbewußte Proletariat, in weite Ferne, seine Politik ist naturgemäß auf die Erreichung von augenblicklichen Reformen eingestellt, und er will von ihr alles abhalten, das ihr unnötige Widerstände schafft, Widerstände, die durch die Betonung des grundsätzlich umwälzenden Zieles der Arbeiterbewegung, die sie in schroffen Gegensatz zur ganzen bürgerlichen Welt stellt, ausgelöst werden.

Der Krieg aber schien gerade die Erreichung des sozialistischen Endziels in weite Ferne zu rücken. Der Krieg, weit entfernt, auf Widerstand zu stoßen, löste Begeisterung aus, der Staat zeigte sich in seiner größten Macht, die Wirtschaft überwand, indem sie sich zur Kriegswirtschaft umwandelte, schnell die erste Krise. Das kapitalistische System erschien stärker als je. Da mochte es vielen einzige Realpolitik dünken, diese Tatsachen »anzuerkennen«, sich auf den Boden des kapitalistischen Staates und seiner imperialistischen Politik zu stellen, jeden Widerstreit gegen die Machtpolitik aufzugeben und gegen die Bereitwilligkeit, machtpolitischen Zielen sich nicht mehr entgegenzustellen, für die Arbeiterschaft an Reformen herauszuholen, was eben bei den dann erhofften geminderten politischen Widerstandsverhältnissen herauszuholen wäre. Dann mußte aber auch der Staat in der

großen Krise bedingungslos unterstützt werden, die Sozialdemokratie sich darauf beschränken, durch Anregung von Hilfsmaßnahmen das Elend zu lindern, im übrigen aber die Politik der Regierung, deren Durchsetzung der Heeresleitung zu überlassen. Und wer will leugnen, daß das die sozialistischen Parteien in weitestgehender Weise getan haben? Wurde die französische Partei durch ihre Minister mitregierende Partei, so in Deutschland die Sozialdemokratie vor allen anderen Parteien in der Kriegsfrage die unbedingteste Regierungspartei, sich vor aller Selbstbesinnung immer wieder in die naive Illusion rettend, daß ihre Friedensziele zugleich die des leitenden Mannes der deutschen Weltpolitik sein könnten, so lange, bis es sich schließlich herausstellte, daß sie auch in den Friedenszielen auf jede Selbständigkeit Verzicht geleistet hat und bereit ist, die Kriegsziele des Kanzlers zu akzeptieren.

* * *

Die politische Rechnung des Opportunismus schien zunächst unwiderleglich. Aber sie rechnete doch nur mit der augenblicklichen Situation und vergaß gerade das Entscheidende: die umwälzenden sozialen Wirkungen, die der Krieg erzeugen mußte. Vor lauter Umlernen vergaß man zu lernen, welch gewaltige Folgen der Krieg für die Stellung der Klassen, für die Vertiefung des Klassenkampfes zeitigen mußte, welch ungeheure, für den Kapitalismus nicht mehr lösbare soziale und innerpolitische Probleme er als seine Erbschaft hinterlassen würde, ja wie mit der Dauer des Krieges schon seine unmittelbaren Wirkungen eine ganz geänderte Stimmung der Massen, ein ganz anderes Bewußtsein ihrer wahren Interessen wachrufen mußten. An Stelle der Verherrlichung des Kriegssozialismus die Kritik der unzureichenden Nahrungsmittelfürsorge, an Stelle der einmütigen Opferwilligkeit der Kampf oder doch das Bedürfnis nach energischem Kampfe gegen Teuerung und Lebensmittelwucher und vor allem an Stelle der Kriegsbegeisterung die wachsende Friedenssehnsucht. Immer mehr trat so an Stelle der Frage: Wie stellt sich die Partei zum Kriege? die Frage in den Vordergrund: **Was tut die Partei für den Frieden?**

Von Anfang an hatte die Opposition die Parteiführung gewarnt, die Selbständigkeit ihrer Politik aufzugeben. Es war vergebens, und die Folgen stellten sich nur zu bald ein. Das Bekenntnis zum Burgfrieden machte jeden wirksamen Kampf gegen Belagerungszustand und Zensur unmöglich, erschwerte der Partei die richtige Orientierung ihrer Anhänger und ihrer politischen Vertreter, machte jede andere Einwirkung als die zugunsten der Regierung unmöglich und ließ praktisch allen imperialistischen Agitationen freie oder wenig gehemmte Bahn. Vor allem aber hatte die Politik der sozialistischen Parteien die notwendigste und unbedingteste Voraussetzung der Friedenspolitik, die gemeinsame internationale Aktion unmöglich gemacht. Die Furcht, durch ein Überhandnehmen der radikalen Strömungen um die Früchte ihrer Politik gebracht zu werden, verführte sodann die Führung, den größten Teil ihrer Energie gegen die Opposition einzusetzen, sich immer mehr mit der Regierungspolitik zu identifizieren und zugleich, um ihre Stellung nicht noch weiter zu schwächen, der Rechten der Partei freie Hand zu lassen, ihrer Auffassung sich immer mehr zu nähern, damit aber durch ihre Haltung in der Gegenwart auch der Haltung der Partei in der Zukunft immer stärker zu präjudizieren.

Für die Opposition aber handelte es sich in der Tat von Anfang an um die Zukunft der Arbeiterbewegung, um ihr sozialistisches Sein oder Nichtsein. Sie hält es für das Lebensinteresse des Proletariats, das Bewußtsein von der internationalen Solidarität seiner Interessen aufrechtzuerhalten, weil nur so die sozialistischen Ziele verwirklicht werden können. Sie hält daher jede Politik für fehlerhaft, welche nicht die Stärkung, sondern die Schwächung und Zerstörung dieses Bewußtseins zur Folge hat. Sie hält diese Politik für um so verderblicher, als sie auch die dringendste und nächste Aufgabe der proletarischen Politik unmöglich macht, die Aufgabe, für den Frieden zu wirken.

Aber so unendlich wichtig ihr diese Frage ist, noch Größeres steht in Frage. Der Krieg stellt die Gesellschaft vor ungeheure Probleme. Die Verhältnisse, die zum Kriege geführt haben, werden durch ihn nicht beseitigt. Die Lösungen, die die herrschenden Mächte finden können, werden die Ursachen kriegerischer Verwicklungen nicht beseitigen, sondern sie steigern. Bleiben wird der imperialistische Expansionsdrang der entwickelten Staaten und ihr Bestreben, ihre Ziele, wenn nicht anders, so mit den Mitteln der Gewalt durchzusetzen. Bleiben werden die nationalen Probleme der entstehenden kapitalistischen Staaten im Osten, und sie werden wahrscheinlich noch komplizierter und für den Frieden gefährlicher werden. Bleiben werden daher auch die Bestrebungen, die zum Wettrüsten zu Wasser und zu Lande geführt haben, und daher die stete Friedensgefährdung. Ungeheuer aber werden die Probleme der inneren Politik sein. Die Deckung der riesigen finanziellen Lasten wird die schwersten Kämpfe entfesseln. Auf den gewohnten Wegen der Besteuerung erscheint die Lösung kaum möglich. Die Gesellschaft wird sich vor die Frage tief einschneidender Eingriffe in die Produktion und Verteilung gestellt sehen. Dies zu einer Zeit, wo durch den Krieg eine weitgehende Änderung in den Besitzverhältnissen erfolgt ist, die Handelsbeziehungen unsicher geworden, die Teuerungstendenzen, die vorher bestanden, außerordentlich verschärft worden sind. *In diesen Kämpfen erst wird sich die Existenzfrage der bürgerlichen Welt entscheiden, die Frage, ob sich aus der Ära des Finanzkapitals mit seiner Banken- und Kartellherrschaft die Ära eines organisierten, hierarchisch gegliederten Staatskapitalismus mit einem in seiner Macht ungeheuer erhöhten Herrschaftsstaate entwickeln wird, oder ob diese Ära abgelöst wird von der einer sozialistischen Organisation der Gesellschaft und der ihr entsprechenden demokratischen Verwaltungsorganisation.*

Die Entscheidung dieser Fragen hängt ab von der Stellung und Kampffähigkeit, die das Proletariat nach dem Kriege einnehmen wird. Daß objektiv der Krieg selbst eine Reihe von Tendenzen auslösen wird, die in dem Proletariat stärksten politischen Willen, seine Ziele zu verfolgen, erwecken muß, unterliegt keinem Zweifel. Dann aber kann die proletarische Politik nur die eine Aufgabe haben, dafür zu sorgen, daß in dem Proletariat das subjektive Bewußtsein und die größte Klarheit über die ihm bevorstehenden Aufgaben erwachse, damit es erkenne, was komme, und bereit sei, das Nötige zu tun. Diese Aufgabe kann aber nur geleistet werden, wenn sie be-

reits während des Krieges in Angriff genommen wird, wenn verhütet wird, daß aus dem Kriege ein Proletariat hervorgehe, dessen Einsicht in die Bedingungen seines Emanzipationskampfes getrübt, dessen Wollen beschränkt ist auf Linderung seines Elends. *Der Kampf für den Frieden, den die Opposition verlangte, die Loslösung der Sozialdemokratie aus der Gefolgschaft der Regierung und der bürgerlichen Parteien war für sie so zugleich der notwendige, allein Erfolg versprechende Kampf um die Zukunft des Sozialismus.* Von diesem Bewußtsein erfüllt, konnte die Opposition nicht darauf verzichten, ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen, zum Proletariat zu sprechen.

Der Belagerungszustand aber schuf den Notstand, dort zu sprechen, wo allein noch zu sprechen halbwegs möglich, im Parlament. Daß dies in der Form eines »Disziplinbruchs« geschah, ist nicht Schuld der Opposition. Immer wieder war die Majorität darauf verwiesen worden, daß die Gegensätze innerhalb der Partei zur Aussprache kommen müßten. Die Majorität hat dies verhindert und damit die Einheit der Partei, der sie zu dienen behauptet, erst gefährdet. Sie hat dabei die Unterstützung des Parteivorstandes gefunden. War der Vorstand schon nicht imstande, die Politik der Partei nach dem 4. August in der Weise zu führen, daß die Gegensätze großer Teile der Partei gegen diese Politik nicht so intensiv und nachhaltig wurden, wie sie heute sind, so hätte er wenigstens diese Gegensätze nicht verschärfen dürfen, ihre Aussprache nicht verhindern, sondern umgekehrt fördern müssen. Denn nur das konnte die Partei selbst während des Krieges vor tiefer Erschütterung ihres Gefüges bewahren und den Parteitag zum entscheidenden Richter über die künftige Politik der Partei machen. Indem er sich selbst zum Werkzeug der einen, zum Gegner der anderen Richtung macht, verschärft er den Gegensatz innerhalb der Partei aufs äußerste und beraubt sich selbst der einigenden Funktion, die gerade in dieser Zeit sein Wesen sein sollte.

Seine Haltung ist kurzsichtig, weil sie vermeint, einen historischen Prozeß, der sich unentrinnbar nach dem Gebot sozialer Notwendigkeit vollzieht, mit Mitteln disziplinarer Unterdrückung meistern zu können. Was sich in Wirklichkeit vollzieht, ist jener Umbildungsprozeß, von dem alle Arbeiterparteien heute ergriffen worden sind, und der selbst nur ein Teil jenes revolutionierenden Gesamtprozesses ist, den der Krieg für die bürgerliche Welt bedeutet. Wenn die Wirkung des Krieges, wie wir meinen, die einer tiefgehenden sozialen Umwälzung sein wird, so muß naturgemäß vorerst der hauptsächliche Träger einer solchen Umwälzung, die sozialdemokratische Arbeiterschaft, davon ergriffen werden. Sie muß aus diesem Prozeß anders herauskommen, als sie in ihn hineingegangen ist, mit größerer Klarheit über ihre Aufgaben und vor allem mit größerer Tatbereitschaft. Diesem Umwandlungsprozeß zu dienen, das Neue, das kommen will, vorzubereiten, das ist die historische Aufgabe, die die Opposition zu erfüllen hat, während die, die so unaufhörlich sich ihres Umlernens brüsten, nur die konservativen Vertreter der alten taktischen Tendenzen und Anschauungen sind, die der Krieg der Vergangenheit überliefert hat.

Weil es sich aber um einen tiefen und fortschreitenden Prozeß handelt, so ist es ganz erklärlich, daß auch innerhalb der Opposition verschiedene An-

schauungen vorhanden sind. Es handelt sich eben um die geistige Loslösung von manchen überlieferten Vorstellungen und Formeln, die sich stets nur stufenweise vollzieht, individuell verschieden je nach Erkenntnisgrad und Temperament des einzelnen. Die Formeln, die da im einzelnen jetzt aufgestellt werden, in einer Zeit, wo sie kaum allgemein bekannt, geschweige erörtert und kritisiert werden können, dienen einem nützlichen Zweck, sobald sie die neuen Probleme umschreiben und zu vertiefter Untersuchung anregen. Daß sie aber eine Gefahr für die Einheitlichkeit der Aktion werden, braucht nicht gefürchtet zu werden. Es wäre ganz falsch, diese Unterschiede innerhalb der Opposition Gegensätzen aus der Zeit vor dem Kriege gleichzusetzen. Was damals die Radikalen veruneinte, war die Verschiedenheit der Auffassung über den Grad der Aktionsbereitschaft der Massen. Diese Frage hat der Krieg gegenstandslos gemacht, dessen Wirkung ja gerade die Erhöhung der Aktivität der Arbeitermassen sein muß. Deshalb lehnen wir es auch ab, uns als »marxistisches Zentrum«[2] konstruieren und in Gegensatz zu anderen oppositionellen Gruppen bringen zu lassen. Ist es doch eine Situation, in der das Wort von Marx gelten muß: Ein Schritt vorwärts ist wichtiger als ein Dutzend Programme.

Einen Schritt vorwärts erhoffen wir auch von jenen Genossen, die in den meisten Punkten die Oppositionsauffassung teilen, aber sich wegen der formalen Disziplinverletzung ihr nicht angeschlossen haben. Wir haben für ihre Motive volles Verständnis, waren es doch die Motive, die alle Fraktionsmitglieder am 4. August selbst bestimmt hatten. Die Frage ist aber, ob sie den Zweck, die Einheit der Partei zu schützen, mit ihrer Haltung am wirksamsten gefördert haben. Indem sie bei jenen blieben, deren Gegner sie innerhalb der Fraktion sind, und jene allein ließen, mit denen sie übereinstimmen, verhüllen sie die wahren Stärkeverhältnisse. Die anscheinende Schwäche der Opposition aber hat die Instanzen zu jenen Disziplinarmaßnahmen geführt, die durch die Erbitterung, die sie erregen müssen, eine wirkliche Gefahr für die Parteieinheit herbeiführen. Erkennen sie das, so wird vielleicht der Zug der Instanzen für sie nicht mehr des Schicksals Stimme

---

[2] Wir haben diesen Ausdruck stets für einen unglücklichen gehalten. Haben wir es doch immer als ebenso schwere und verantwortungsvolle wie ehrenvolle Pflicht der Marxisten betrachtet, der stolzen Worte würdig zu sein, die Marx und Engels von den Kommunisten sagen: »Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets die Interessen der Gesamtbewegung vertreten.

Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder, sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.«

Das hindert nicht, daß, wie Marx und Engels selbst es getan, wir Marxisten einzelnen Vorwärtstreibenden, aber die Situation anders Beurteilenden unter Umständen entgegentreten mußten. Aber der Funktion, das vorwärtstreibende Element zu sein, widerspricht allerdings eine dauernde Zentrumsstellung und nie mehr als in so stürmisch bewegten Zeiten wie den gegenwärtigen.

sein. Nicht die Schwächung, sondern die Stärkung der Opposition würde die Gefahr der Spaltung verringern und die Instanzen verhindern, eine Politik fortzusetzen, die der Partei dauernden Schaden zufügen müßte.

Die Opposition aber sieht der Zukunft, was immer sie bringen wird, festen Mutes und im stolzen Bewußtsein, ihre Pflicht zu erfüllen, entgegen. Sie hat die feste Überzeugung, daß sie das Werkzeug der historischen Entwicklung ist, die der Sache des Sozialismus den Sieg bringen wird. Die Geschichte und sie allein kann entscheiden, ob dieser Glaube, ob diese politische und wissenschaftliche Einsicht richtig gewesen. Aber wie immer diese Entscheidung lauten wird, das eine wird sie von der Opposition sagen müssen: Sie haben wahr gemacht, was sie immer gesagt haben. In der Stunde der Entscheidung ließen sie den Sozialismus nicht im Stich.

Zur Industrialisierung Ostasiens.

Von O. Jenssen.

(Schluß.)

2. China.

Japan ist heute China um Jahrzehnte voraus, aber der Stand der chinesischen Industrie und die Probleme ihrer Fortentwicklung bieten viele Berührungspunkte mit den Erfahrungen im Lande der aufgehenden Sonne. In seinem interessanten Buche »China. Die Republik der Mitte« [3] widmet Mackay der industriellen Zukunft Chinas ein anregendes Kapitel:

> Es steht außer Frage, daß die Entwicklung einer auftriebkräftigen Industrie für China eine Daseinsfrage ist aus doppeltem Grunde: sozial, um den Überschüssen der ländlichen Bevölkerung stark fließende Quellen für die Gewinnung auskömmlichen Lebensunterhalts aufzuschließen, volkswirtschaftlich, um das nationale Vermögen der Erzeugung von Handelswerten zu steigern und so allmählich die Passivität der nationalen Zahlungsbilanz zu mindern. Ebensowenig kann es zweifelhaft sein, daß das Reich der Mitte mit den natürlichen Reichtümern, die Voraussetzung der Entstehung industriellen Lebens sind, in aller Fülle und vielleicht mehr als irgendein anderes Land der Erde gesegnet ist. (S. 143.)

Trotz dieser günstigen materiellen Vorbedingung stellen sich dem Übergang zum industriellen Kapitalismus zahlreiche Hemmungen entgegen. Die Jagd der verschiedenen europäischen Kapitalistengruppen nach Eisenbahn- und Bergwerkskonzessionen hat die chinesische Regierung, besorgt um ihren politischen Einfluß, oft dazu benutzt, die Konkurrenten gegeneinander auszuspielen und die Unternehmungen auf diese Weise zu vereiteln; dazu kommt die Eifersucht des jungen chinesischen Nationalismus und das Gewinn-

[3] Freiherr v. Mackay: China. Die Republik der Mitte, ihre Probleme und Aussichten. Stuttgart und Berlin 1914, Verlag J. G. Cottasche Buchhandlung Nachf. 264 Seiten. Mackay gibt wichtiges Material, dessen Verarbeitung oft unter seiner mit naturwissenschaftlichen Bildern überreich geschmückten imperialistischen Geschichtsphilosophie leidet. Zur Ergänzung und Kritik seiner geschichtlichen Perspektiven sind mit Nutzen heranzuziehen die Aufsätze von Pawlowitsch: Die revolutionäre Bewegung in China (Neue Zeit, XXIX, 2, S. 37, 80) und Die große chinesische Revolution (Neue Zeit, XXX, 1, S. 372 ff.). Parvus: Ein neues China (Neue Zeit, XXVI, 1, S. 872 und 923). Besonders macht sich Mackay durch den verbissenen Haß gegen die südchinesischen Demokraten, die »Schwarmgeister«, das Verständnis der geschichtlichen Rolle dieser Partei unmöglich.

streben des chinesischen Kaufmannskapitals. Dieses ist zwar großkapitalistischen Unternehmungen nicht gewachsen, kann aber durch Scheingründungen den Europäern oft das Fell streitig machen, wie die Konzession der Gilden von Kanton für die Kwantungeisenbahn beweist. Diese Konzession hinderte bislang erfolgreich den Bau dieser Strecke. Überhaupt zeigt das chinesische Unternehmertum ähnliche Schwächen wie das japanische. Es liebt spekulative Gründergewinne, die allerdings das europäische Finanzkapital auch sehr gern einsteckt. Die Hauptschwierigkeit bildet aber auch hier die Arbeiterfrage, und die Ähnlichkeit mit den Verhältnissen in Japan ist in mancher Hinsicht überraschend. Man vergleiche die Charakteristik des chinesischen Arbeiters, wie sie Dr. Waldemar Koch gibt, mit den mitgeteilten Ausführungen Hebers:

Der Chinese ist als Arbeiter fleißig, willig und geschickt, aber denkfaul und oberflächlich. Er ist körperlich stark, großer Anstrengung und Ausdauer fähig, geduldig in der Verrichtung mühseliger Arbeit. Handelt es sich um einen ewig wiederkehrenden Handgriff, um die Herstellung von Stapelware, so ist er geschickt und rasch. Bei anderen Arbeiten, zum Beispiel der Montage maschineller Anlagen, versagt er in der Regel, auch im Wiederholungsfall.... Er ist nicht nur gedankenlos, er ist auch in seiner Art oberflächlich und gewissenlos an solchen Stellen, wo er glaubt, daß man ihn nicht überwachen wird.... Alles muß dem gering entwickelten chinesischen Denkvermögen und dessen uns oft verschlungen erscheinenden Pfaden angepaßt sein.... Der chinesische Arbeiter bildet ein sehr unruhiges Element. Er verlangt mehr Freiheiten, als bei uns üblich ist. Dagegen bleibt der Kuli auch so von der Arbeit fort, falls es ihm gerade paßt und er für einige Tage zu essen hat. ... Unangenehm ist auch der große Arbeiterwechsel. Aus den nichtigsten Gründen wird der Chinese seine Tätigkeit in einer Fabrik aufgeben, sei es, daß ihm eine Arbeit nicht paßt, daß er sich einmal etwas mehr anzustrengen hatte, daß man ihn auf schlechte Leistungen aufmerksam machte. Niemals gibt er den wahren Grund an. (Mackay, S. 145.)

Diese Eigenschaften der Kuli entspringen dem Gegensatz zwischen Hausgewerbe und Handwerk zur modernen Maschinenarbeit. Mackay schildert anschaulich eine chinesische »Sippenverbandswerkstätte« mit familiärer Arbeitsteilung, primitiver Technik und hohen künstlerischen Leistungen, denn die Werkzeuge leben, möchte man sagen, in jedes Arbeiters Hand, mit der sie in jahrhundertelanger Überlieferung und Anpassung engstens vertraut geworden sind. Arbeitsmethoden besonderer Art haben sich von den Grundlagen ältester Kultur herausgebildet, sind getreulich erhalten und spezialisierend weiter und weiter ausgebildet worden. Die Organisation ist in ihrer Zellenform bewundernswert wirtschaftlich entwickelt. Zugleich aber wird auch das reaktionäre, träge, fortschrittfeindliche Wesen dieser Betriebsformen deutlich. (S. 147.)

Trotzdem vermag dieses Hausgewerbe die Leistungen der Vergangenheit nicht mehr zu erreichen, da ihm jede technische und künstlerische Anregung aus der Gegenwart fehlt. Es gilt von diesen Handwerkern das Wort, mit dem Karl Marx die Technik der indischen Kunsthandweber kennzeichnet: »Es ist nur das von Generation auf Generation gehäufte und vom Vater auf den Sohn vererbte Sondergeschick, das dem Hindu wie der Spinne diese Virtuosität verleiht.«

Dem aus diesen Werkstätten hervorgegangenen chinesischen Fabrikarbeiter erscheint die Welt der Fabrik wie eine öde Steinwüste, er kann sich dem unpersönlichen Mechanismus des Maschinenbetriebs nicht einordnen. In der chinesischen Baumwollspinnerei finden wir zudem dieselbe

schamlose Frauen- und Kinderausbeutung wie in Japan, wie unter anderen Mackay und Wilbrandt [4] bestätigen.

Wir sahen in Shanghai Zustände jammervollen Elends, ganz wie in Europa vor hundert Jahren: eine rein chinesische Seidenspinnerei und eine europäisch geleitete Baumwollspinnerei, in beiden die Hauptmasse der Arbeitskräfte Kinder im Alter von 5 Jahren, Gestalten, wie sie Thomas Theodor Heine im Simplizissimus zeichnet, hier waren sie lebendig zu sehen, kleine Gerippe mit dem jammervollsten Ausdruck, in der Baumwollspinnerei täglich ohne Pause 13³/₄ Stunden an die Maschinen gestellt, in der Seidenspinnerei etwas kürzer, aber weit elender noch durch die heiße, feucht schwüle Luft und das heiße Wasser, in dem sie ununterbrochen zu hantieren haben — weitaus das entsetzlichste, was ich je gesehen; dabei das entsprechende Ergebnis: mangelhaft bediente, schlecht ausgenützte Maschinen, trotz aller Strenge stets nachlässige Arbeit.

»Ich muß hart, ich muß grausam sein,« rief der italienische Ingenieur, der die Baumwollspinnerei leitete, und in der Tat: die Kinder und Frauen sprangen, wenn er hereinkam, erst von den Sitzen auf, zu denen sie sich fern von den inzwischen leerlaufenden Maschinen heimlich weggestohlen hatten; aber warum? Weil kein starker Mann geschweige denn entkräftete Frauen und kleine Kinder eine solche Arbeitszeit aushalten können, weil niemand den mindesten guten Willen hat, wenn er nur wie ein Feind behandelt wird. 14 Prozent Dividende kamen zustande, aber mit welcher Ausbeutung und Qual! Es ist der bekannte verhängnisvolle Kreislauf: schlecht genährte, übermüdete Menschen, passiv widerstrebend durch nachlässige Arbeit, welche eine bessere automatische Maschinerie durch Vernachlässigung sofort verderben würde, und eben wegen dieser geringen Leistung um so länger abgearbeitet, um so schlechter bezahlt und behandelt. Eine Lage, der nur ein organisatorisches Erziehungsgenie wie Robert Owen einst gewachsen war. Für die Allgemeinheit löst diesen gordischen Knoten nur der Staat, der ihn zerhaut.

Auch in China macht sich vor allem der Mangel an gelernten Arbeitern fühlbar. Während ein Kuli etwa 35 Pfennig Taglohn erhält, schnellt der Mindestlohn eines gelernten Arbeiters, Maurer, Zimmerer oder Tischler, auf 80 bis 90 Pfennig empor, während ein Monteur 3 bis 4 Mark erhält, obgleich er nur die Hälfte der Leistung des europäischen Kollegen erreicht. Eine weitere Gefahr der Industrialisierung ist ihre Planlosigkeit. Die Kapitalisten der verschiedenen Länder und Industriezweige suchen ihre Erzeugnisse abzusetzen und ihre Industrien heimisch zu machen. Mackay hat daher sicher theoretisch recht, wenn er eine methodische Entwicklung des industriellen Überbaues verlangt.

Es wäre keine Lösung, sondern eine Verwirrung des Problems des wirtschaftlichen Übergangs und Systemwechsels, wenn nach dem Beispiel Japans wahllos und mit Hochdruck die Entwicklung irgendwelcher Fabrikationszweige mit Bevorzugung der Massengütererzeugung betrieben würde, die einem spekulativen Großkapitalisten- und Großunternehmertum besonders hohe Gewinne versprechen. Es gilt einen methodischen Stufenbau zu gründen, wie er sich den natürlichen Lebenskräften des Landes und den Gesetzen seiner sozialwirtschaftlichen Gesundung und nationalen Kraftgewinnung vernünftig anpaßt. Die Untermauerung eines solchen Baues kann nur eine »schwere Industrie« sein, die einerseits die mineralischen Reichtümer des chinesischen Bodens nutzbar macht, andererseits die Handhabe bietet, um aus nationalem Gut das Material zu schmieden, das ebensowohl dem Rüstzeug der vaterländischen Verteidigung wie den friedlichen Zwecken des Eisenbahn-, Hafen-, Brückenbaues, der Landwirtschaft und ähnlichen Aufgaben funda-

[4] Professor Robert Wilbrandt: Als Nationalökonom um die Welt. Jena, Eugen Diederichs.

mentaler Entwicklung eines modernen Wirtschaftsorganismus dienlich ist.... Was China vor allem braucht, ist ein Bergwerksgesetz, das Rechtssicherheit in den Erwerbs- und Betriebsverhältnissen schüfe und das Land vor dem heute üblichen Raubbau schützte. Im Mackayschen Vertrag von 1902 verpflichtete sich wohl Peking zum Erlaß einer solchen Verordnung, die Einlösung des Versprechens war aber -- echt chinesisch — der Entwurf eines Gesetzes gegen den Bergbau, wenigstens soweit irgendwie europäische Rechte und Ansprüche gewahrt werden sollten. Erst eine Abkehr von dieser engherzigen und gehässigen Politik könnte den gesicherten Rechtsboden schaffen, auf dem in freier Kraft und in großzügigen Formen die gebundenen Energien des Landes nutzbar gemacht und ein breiter, standfester Unterbau industrieller Entwicklung aufgerichtet werden könnte, auf dem sich alsdann folgerichtig allmählich die Stockwerke ständig sich veredelnder und verfeinernder Gewerbe auftürmten. (S. 156 ff.)

Leider verfährt die historische Entwicklung nicht so methodisch, obgleich zur chinesischen Schwerindustrie in einzelnen Bergwerken und den berühmten Eisenwerken in Hanjang gute Ansätze vorhanden sind. Der Kapitalmangel und die Kapitalzersplitterung im eigenen Lande, die Abhängigkeit industrieller Kapitalanlagen in China vom politischen Einfluß in Peking oder bei einflußreichen Provinzialbehörden, die Aussicht auf möglichst schnellen Profit und andere Umstände werden die Entwicklung sich mehr nach politischen und Profitrücksichten vollziehen lassen, als nach Gesichtspunkten allgemeiner wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit.

Die zweite Forderung, die Mackay erhebt, Schutz des Hausgewerbes, ist daher eine glatte Utopie. In China, wie überall, wird der sich steigernde Verkehr (vor allem die Eisenbahn) die bäuerliche Naturalwirtschaft, die für den Eigenbedarf produziert, zersetzen und in Produktion für den Markt verwandeln. Das Haushandwerk wird der Konkurrenz billiger Stapelware aus- oder inländischer Herkunft nicht gewachsen sein, und nur das hochqualifizierte Kunstgewerbe wird sich vielleicht, wie in Japan geschehen, den neuen Bedürfnissen des ausländischen Marktes anpassen können. Zwar hat sich auch hier bei der Herstellung gewöhnlicher Marktware Pfuscherei und Minderwertigkeit der Fabrikate gezeigt, aber bei Privatbestellung hat sich die alte künstlerische Vollendung erhalten, und die Zellenschmelzmalerei erlebte sogar eine neue Blüte und Weiterentwicklung. Es handelt sich hier allerdings nicht um Familienmanufaktur, sondern um Werkstätten mit künstlerisch hochqualifizierten Arbeitern, den Ateliers der Maler des europäischen Mittelalters vergleichbar.

Selbst wenn es gelingt, das chinesische Kunstgewerbe in ähnliche Bahnen zu leiten, so bildet dieses doch nur einen kleinen Teil der handwerksmäßigen Produktion, was Mackay vollständig übersieht, wenn er schreibt:

Über den Wahn, daß neben einer starken Industrie ein kraftvolles Handwerk nicht bestehen könne, hat ja längst die Einsicht gesiegt, daß beide sich zu ergänzen und gegenseitig zu stützen haben, daß jede der Wirtschaftsgruppen ihre besonderen Aufgaben erfüllen muß und daß, je freier jede schaffen kann, desto glücklicher das Zusammenwirken sein wird. (S. 159.)

Die Masse des chinesischen Handwerks wird durch die Maschine verdrängt oder zur elenden Hausindustrie als bäuerlicher Nebenerwerb herabgedrückt werden, wie es in Japan geschah.

Interessant ist dagegen der Gedanke, durch eine Anpassung des Kunsthandwerks an den Markt und eine Ausstattung mit modernen Hilfs-

maschinen die Erstarrung des Gewerbes zu brechen und es gleichzeitig zur Vorschule qualifizierter, leistungsfähiger chinesischer Industriearbeiter zu machen. Mackay sieht die Dinge auch hier zu einfach. Die Anwendung der Maschine ist zwar, wie Heber in eingehenden Ausführungen nachweist, in manchen Zweigen des Kunstgewerbes möglich und wird sogar durch die hohe künstlerische Begabung der ostasiatischen Kunsthandwerker erleichtert. Diese können auch als Teilarbeiter den Entwurf des Künstlers im Geiste seines Schöpfers ausführen. Die Mechanisierung des Kunsthandwerks vollzieht sich aber nicht so schnell, um besondere technische Schulung der Fabrikarbeiter (Lehrlingswesen und Fachbildung) unnötig zu machen, und es ist sehr fraglich, ob ein modernisiertes chinesisches Kunstgewerbe die nötigen Kräfte für die Industrie liefern wird. Die Schlußbetrachtungen Dr. Hebers über japanische Entwicklungstendenzen gelten auch im wesentlichen für China, dessen Massen eine weniger hohe künstlerische Durchbildung besitzen als das Volk von Nipon. Heber schreibt:

Es kann nicht ausbleiben, daß mit zunehmender Mechanisierung des japanischen Kunstgewerbes die Kluft, welche die industrielle von der künstlerischen Produktionsweise trennt, überbrückt werden wird. Es dürfte mit der Zeit mehr künstlerisch empfindendes Personal in die Industrie und mehr mechanisch geschultes ins Kunstgewerbe kommen. Es kann sich, zumal wenn das verkümmerte räumliche Gestaltungsvermögen der Japaner durch die moderne Technik neue Anregung empfängt, auf diese Weise ein Ausgleich vollziehen, und man darf vielleicht hoffen, daß die japanische Industrie dann Produkte erzeugen wird, die an sich vom technischen wie vom künstlerischen Standpunkt befriedigen, während heute die industriellen Erzeugnisse regelmäßig der Aufmachung (finish, Appretur), die kunstgewerblichen nicht selten der technischen Gediegenheit ermangeln.

Freilich werden viele Jahrzehnte, vielleicht sogar Jahrhunderte darüber hingehen, bis der japanische Künstler »das ganze modern-industrielle Produktionsverfahren so beherrscht, daß er sich seiner als künstlerischen Ausdrucksmittels mit Aussicht auf Erfolg bedienen kann. (S. 274.)

Eine ungelöste Frage ist es ferner, ob für die Produkte dieses Kunstgewerbes ein gesicherter Absatz zu erwarten ist. Es handelt sich um teure Luxusartikel, bei denen die Mode eine große Rolle spielt. Die Absatzmöglichkeiten für derartige Produkte sind daher äußerst schwankend.

* * *

Im engsten Zusammenhang mit der beginnenden Industrialisierung steht die Fortentwicklung der eigenartigen chinesischen Agrarverhältnisse. Die Terrassenkultur mit primitivem Werkzeug, viel Handarbeit, Kleinheit der Betriebe und handwerksmäßigem Charakter der Bodenflachkultur ist dem japanischen Ackerbau vielfach ähnlich, obgleich die Lößebenen Nordchinas den Anbau mannigfacher Getreidearten ermöglichen, die in Japan weniger gebaut werden. Die Bodenbesitzverhältnisse sind im heutigen China nach mannigfachen Wandlungen der Agrarverfassung etwa folgende:

Der nominelle Landbesitz des Staates ist erheblich und beträgt heute schätzungsweise 3,5 Millionen Hektar. Hierzu gehören, abgesehen von dem Apanagenland zur Unterhaltung des Hofes: 1. das Bannerland in der Umgebung von Peking, das dem Adel und den acht Bannern der Mandschus zugewiesen wurde und nur an Mandschus veräußert werden kann. 2. Das Soldatenland, überwiesen an Soldaten für hervorragende Kriegsdienste und nur an Standesgenossen verkäuflich. 3. Kirchen- und Schulland. 4. Land der

Wilden, Reservationen der Ureinwohner, der Lolo und der Miaotse. Ein weiteres Siebentel des nationalen Bodens ist unveräußerlich und theoretisch unverletzliches Erbgut der Bauernfamilien: gleichsam das Palladium des Ackerbaustandes, das vor der Latifundienbildung schützen sollte und sie tatsächlich unmöglich gemacht hat.

Alles übrige Land ist Volksland und steht der Parzellierung und freien Verfügung offen. Es kann hypothekarisch belastet, stückweise oder ganz verkauft oder auch verpachtet werden. Daher ist hier eine große Bodenzersplitterung eingetreten. Vorherrschend für das Durchschnittsbauerngut ist ein Umfang von 1 Hektar, zahlreich sind Zwergwirtschaften von $^1/_5$ bis $^1/_7$ Hektar. Die Wirkungen der Zersetzung der chinesischen Agrarwirtschaft, deren Betrieb noch heute durchweg auf der Großfamilie beruht, sind im einzelnen noch gar nicht abzusehen. Die Freisetzung großer Menschenmassen ist bei zunehmender Verkehrswirtschaft sicher zu erwarten. Daraus erklärt sich auch der zähe Kampf, den die chinesische Regierung um die Außenländer des Reiches führt. Die Mandschurei, Mongolei, Turkestan, ja selbst die unwirtlichen Gebiete von Tibet sind als Siedlungsgebiete für China von großer politischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Das Beispiel der Soldaten Scha-ör-fengs, die das Land bebauend langsam, aber unaufhaltsam in Tibet vordrangen, zeigt, was chinesische Kolonisten leisten können trotz der rückständigen Agrartechnik.

Die Anpassung der altgewohnten Arbeitsweise an die europäische Agrartechnik ist das schwierigste Problem der chinesischen Agrarreform. Bei dem zähen Konservativismus der Bauern ist nur ein allmählicher Übergang möglich, der durch praktische Beispiele wirksam gefördert werden kann, wie es die erfolgreiche Aufforstung des Lauschan-Gebirges bei Tsingtau durch die deutsche Forstverwaltung bietet. Dabei genügt es nicht, den Ackerbau zu verbessern, sondern es muß eine Rindvieh- und Pferdezucht nach modernen Grundsätzen erst geschaffen werden, auch von Forstwirtschaft kann man bei der radikalen Waldverwüstung kaum sprechen. Dabei sind große Flächen des Bodens dem Ackerbau zurückzugewinnen oder neu zu erschließen.

Mackay gibt eine ausführliche Beschreibung des »chinesischen Holland« in der Provinz Kiangtse und der großzügigen Entwässerungspläne des amerikanischen Ingenieurs Jameson. Bei Ausführung dieser Projekte, die vor allem eine Regulierung des Huangho und seiner Nebenflüsse bezwecken, würden große Landstrecken aus wüsten Wattenmeeren in fruchtbaren Ackerboden verwandelt werden. Natürlich erfordern solche Unternehmungen große Kapitalien und können nur von ausländischen Gesellschaften ausgeführt werden. Neben diesen agrartechnischen Reformen ist endlich eine Umbildung des chinesischen Steuerwesens zur Entlastung der Bauern notwendig. Das jetzige System ähnelt der französischen Steuerpachtung im achtzehnten Jahrhundert und führt zu Bestechungen und Erpressungen aller Art, während eine planmäßige, gerechte Einziehung der an sich nicht hohen Geld- und Naturalsteuern selbst bei Erhöhung der Geldabgaben eine Entlastung bedeuten und die Staatseinnahmen ganz erheblich steigern würde. Leider sind bei dem heutigen Charakter des chinesischen Staates und seiner Beamtenschaft die Aussichten für eine solche durchgreifende Umgestaltung gering.

Die Folgen der Umbildung der jetzigen Agrarverfassung werden im Agrarstaat China mit seiner außerordentlich dichten Bevölkerung ungeheuer

sein. Leider ist bei den verwickelten Verhältnissen die Entwicklung im einzelnen nicht zu erkennen. Man muß Mackay zustimmen, wenn er schreibt:

Chinas Zukunft muß daher in erster Linie davon abhängen, wie es die Lösung des Agrarproblems auf förderliche Bahnen zu bringen vermag. Theoretisch sehen wir heute nur in Tiefen und Weiten, deren Halbdunkel wohl vielerlei Wege und Ziele, aber kein zuverlässiges System des Fortschritts erkennen läßt. (S. 124.)

Eine Bauernbefreiung nach japanischem Muster würde eine Massenproletarisierung bringen, die bei dem Mangel einer hochentwickelten Industrie und trotz der großen Kolonisationsgebiete verhängnisvoll wirken müßte.

* * *

Die Unterwühlung der Grundlagen des chinesischen Wirtschaftslebens hat naturgemäß ein Schwanken der Fundamente der Geisteskultur Altchinas zur Folge. Die Revolutionäre des Südens führten aus politischen Gründen einen erbitterten Kampf gegen die Lehren Konfutses, des größten Moral- und Staatsphilosophen des Nordchinesentums. Die Schriften des Weisen von Lu wurden aus den Schulen verbannt, aber mit dem Siege des Nordens wieder in die Lehranstalten eingeführt. Mit dem Abflauen der Revolution setzte eine Hochflut des Konfutseanismus ein, aber die alte Lehre ließ sich nicht unverändert erhalten. Schon der Reformer Kangjuwai (1898) vertrat einen gereinigten Konfutseanismus, um seine modernen Bestrebungen als Fortsetzung alter Traditionen darzustellen. Seine Schüler und andere Gelehrte vertreten einen reformierten Konfutseanismus und suchen die Spruchweisheit des aristokratischen Beamten der ausgehenden Feudalzeit den jetzigen Bedürfnissen anzupassen.[5] Bei der Meisterschaft chinesischer Literaten im Auslegen und Umdeuten wird ihnen das sicherlich gelingen. Die neue Bewegung hat, sich auf mächtige Traditionen stützend, bei der politischen Vorherrschaft des Nordchinesentums gute Aussichten als Ideologie der »gemäßigten« Reformer.

Ihre Rivalen sind Christentum und Buddhismus. Die nach der Revolution nicht ungünstigen Aussichten der christlichen Religion sind durch den Weltkrieg sehr verschlechtert, da die Praxis der christlichen Völker in zu krassem Widerspruch steht zur Theorie der Missionare. Der Chinese ist zu sehr »Diesseiter«, um durch christlich-philosophische Metaphysik gefesselt zu werden. Der dem Urchristentum geistesverwandte Taoismus des Asketen und Mystikers Laotse konnte nur in starker Mischung mit der Volksreligion Fuß fassen und ist heute von geringer Bedeutung. Das Christentum hat große Anziehungskraft als Weg zur Kultur des Westens; aber durch

---

[5] Zur Beurteilung dieses Umbildungsprozesses gibt Mackay gutes Material, das er aber nicht zu durchleuchten versteht. Es kommt nicht darauf an, die Lehren Konfutses auf ihren »Karatgehalt« zu prüfen und nach »Goldblicken« zu durchstöbern, sondern zu ermitteln, welche Gedanken den Interessen einer neuen Schicht entsprechen und demgemäß hervorgehoben und interpretiert werden. Zur Korrektur der etwas gewaltsamen Auslegung der Lehre Laotses und zur Ergänzung und Kritik der Darstellung des Konfutseanismus verweise ich auf die klare Darstellung dieser chinesischen »Systeme« bei A. Conrady: China. Ullsteins Weltgeschichte, herausgegeben von Professor Dr. v. Pflugk-Hartung, 3. Band, S. 459 ff. Conrady gibt auch die wichtigsten geschichtlichen Entstehungsursachen des Konfutseanismus und des Taoismus.

die Errichtung religionsloser Schulen und Institute wird auch dieser Beweggrund zur Taufe hinfällig. Das Christentum ist heute nicht mehr, wie Mackay irrig behauptet, ein so wesentliches Element der modernen europäischen Geisteskultur, daß diese nicht ohne das Bekenntnis zu dieser Religion übernommen werden könnte.

Der durch die neuen Bewegungen aus seiner Lethargie geweckte Buddhismus hat wohl die geringsten Aussichten. Schon zu viele Reformversuche sind gescheitert zumeist an Verwahrlosung des buddhistischen Klerus. Der Neubuddhismus wird daher wohl eine »Sekte« bleiben. Nur die japanische Buddhistensekte der Hongwanghui hat aus politischen Gründen in China zahlreiche Anhänget geworben.

* * *

Die politischen Bedingungen der Entwicklung Ostasiens sind durch den Weltkrieg wesentlich verändert. Machtverschiebungen haben sich vollzogen und bereiten sich vor. Die Steigerung des japanischen Einflusses in China durch seinen letzten Vertrag mit der Republik der Mitte ist bekannt. Auch die Union wird trotz ihrer politischen Zurückhaltung während des Krieges sich nach Friedensschluß in einer äußerst günstigen ökonomischen und politischen Situation Ostasien gegenüber befinden. Die Industriestaaten Europas hingegen, wirtschaftlich geschwächt, werden selbst in Gruppen nicht mehr einen so starken Druck auf China ausüben können, dessen wirtschaftliche Stellung als Ausfuhrland von Rohstoffen bei deren erhöhten Preisen den europäischen Staaten gegenüber sich günstiger gestalten wird. Das energische Vorgehen Japans birgt außerdem die Möglichkeit einer Trübung der englisch-japanischen Beziehungen wegen der japanischen Ansprüche im Jangtsetal. Wie sehr die Japaner sich als Herren der Lage fühlen, beweisen die japanisch-russischen Bündnisbestrebungen. Japan hält Rußland für so ungefährlich als Konkurrent im fernen Osten, daß es mit ihm ein Bündnis eingehen oder doch auf freundschaftlichem Fuße leben kann.

Völlig ungeklärt ist die Stellung Deutschlands in China nach dem Kriege. Das Schicksal Tsingtaus und der Schantungbahn spielt dabei eine große Rolle. Die Bedeutung des Pachtgebiets für Deutschland wird gewöhnlich überschätzt. Das zeigt ein Rückblick, wie ihn Dr. Schrammeier in einer lesenswerten Broschüre gibt, bei deren Lektüre man sich jedoch erinnern muß, daß ihr Verfasser ein Vizeadmiral ist und an der Entwicklung der »Kolonie des Reichsmarineamts« tätigen Anteil nahm.[6] Im Gegensatz zum vielgehörten Schlagwort »Rache für Tsingtau« beurteilt der Kunsthistoriker Smidt die deutsch-japanischen Beziehungen sehr nüchtern, wenn er schreibt:[7]

---

[6] Dr. W. Schrammeier: Kiautschou, seine Entwicklung und Bedeutung. Schriften des Deutsch-Chinesischen Verbandes, 1. Heft. Berlin 1915, Verlag von K. Kurtius. 96 Seiten.

[7] H. Smidt: Japan im Weltkrieg und das Chinaproblem. Bremen 1915, Verlag Franz Leuwer. 61 Seiten. 1 Mark. Der nüchterne und sachkundige Standpunkt des Autors wird erst voll gewürdigt, wenn man seine Broschüre mit anderen Kriegsschriften über ein ähnliches Thema vergleicht. Als Beispiel sei erwähnt: Dr. W. Prenzel: Charakter und Politik des Japaners. Deutsche Kriegsschriften, 7. Heft. Bonn, Verlag A. Marcus. 56 Seiten. 80 Pfennig. Eine flotte Plauderei über Sitten und Anschauungen der japanischen Mittel- und Oberklasse, geschöpft aus der Tätigkeit des Verfassers als akademischer Lehrer in Japan. Der Autor versagt

Sicher muß unser Ziel sein, mit allen Kräften uns eine glänzende Stellung in China zu erringen, denn hier ist für unseren Handel und unsere Industrie ein unerschöpfliches Betätigungsfeld, und soweit in einem so ungeheuren Reiche von einer Volksstimmung gesprochen werden kann, ist diese Deutschland durchaus günstig, namentlich seit unseren Kriegserfolgen. Es ist mir aber zweifelhaft, ob wir dazu unbedingt einer eigenen Kolonie, des willkommenen Angriffspunktes unserer Feinde bedürfen. Arbeiten wir mit allen Kräften, um überall Handelsniederlassungen von der Wichtigkeit der deutschen in Hankau zu gründen, und schaffen wir noch zwanzigmal mehr Schulen und Hochschulen, als wir schon geschaffen haben, und wir werden vielleicht mehr Früchte ernten, als uns die schönste eigene Kolonie dort hinten reifen lassen könnte.

Wollen wir Erfolg haben, so sind verschiedene Bedingungen zu erfüllen. Die erste erscheint mir die leichteste: vertragen wir uns mit Japan! (S. 16.)

Auch Admiral Truppel warnt im »Vortrupp« davor, sich durch den Blick auf das Lauschan-Gebirge hypnotisieren zu lassen. In Japan ist eine starke Strömung für ein gutes politisches Verhältnis zu Deutschland, obgleich man nicht geneigt sein wird, Tsingtau wieder herauszugeben. Man bedarf aber deutscher Lehrer und vieler Erzeugnisse deutscher Industrie, und nicht zuletzt ist Deutschland politisch im fernen Osten der am wenigsten gefährliche Gegner.

In seiner geographischen Lage, in dem Fehlen größerer Ostasien benachbarter Kolonialgebiete, in dem Interesse an einem starken Export qualifizierter Industrieerzeugnisse und nicht in einer Kulturmission des deutschen Geistes ist die Besonderheit der deutschen Chinapolitik begründet, die Mackay, Wertheimer, Rohrbach und andere deutsche weltpolitische Schriftsteller von einer »deutschen Sendung« in China sprechen lassen. Die genannten Autoren verlangen zur Erfüllung dieser Aufgabe übereinstimmend eine Zentralisation und bessere Organisation des deutschen diplomatischen Chinadienstes und des Konsularwesens. Hierin kann man ihnen zustimmen, besonders in der Forderung einer besseren sinologischen Ausbildung der Diplomaten. Durch genaue Kenntnis der Kultur und Geschichte Chinas wird zu ihrem Teil einer unüberlegten Abenteurerpolitik gesteuert. Eine besonnene, auf Förderung des Handels und der kulturellen Beziehungen gerichtete deutsche ostasiatische Politik liegt aber im Interesse des ganzen Volkes.

Die Angestelltenbewegung während der Kriegszeit.

Von Fritz Ohlhof.

I.

Die Kämpfe um die Angestelltenversicherung haben zum erstenmal ein längeres Zusammenwirken der größeren Organisationen der verschiedenen Angestelltengruppen gebracht. In diesen Auseinandersetzungen schälten sich die Gegensätze zwischen den verschiedenen Richtungen in der Angestellten-

---

völlig auf politischem Gebiet, was zum Beispiel die Erklärung der großen Umwälzung von 1868 kraß zeigt. Vom Proletariat ist kaum die Rede. Noch belangloser und eine typische Veröffentlichung für den Tag ist die Schrift des ehemaligen deutschen Gesandten in Peking, des Wirklichen Geheimen Rats M. v. Brandt: China und Japan jetzt und später. Leipzig 1914, Verlag von S. Hirzel, Zwischen Krieg und Frieden, 9. Heft, 53 Seiten.

bewegung immer deutlicher heraus. Auf der einen Seite fanden sich die Verbände zusammen, die bei ihrer Arbeit den Interessengegensatz zwischen Unternehmern und Angestellten nicht als entscheidend für ihre Taktik ansehen und daher geneigt sind, wo es irgend geht, mit den Unternehmern Hand in Hand zu arbeiten. Diese Verbände lehnen dagegen ein engeres Zusammenwirken mit den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen ab, wenn sie auch nicht leugnen können, daß Arbeiter und Angestellte vielfach gleiche Interessen haben und sie deshalb gelegentlich auch zusammen vertreten müssen. Auf der anderen Seite wirkten die Verbände gemeinsam, die die Interessensolidarität aller Arbeitnehmer gegenüber den Unternehmern betonen und die auch mehr oder weniger gewillt sind, gewerkschaftliche Kampfmethoden anzuwenden.

Freilich war alles noch zu sehr im Flusse, so daß das Bild noch keineswegs klar war. Einige Organisationen pendelten zwischen beiden Gruppen hin und her. Die im »Hauptausschuß für die staatliche Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatangestellten« vereinigten Verbände waren durchaus nicht einheitlich in ihrem Wesen und ihrem Wollen. Ebensowenig allerdings traf dies in allen Punkten bei der »Freien Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten« zu. So tauchten nach dem vorläufigen Abschluß des Kampfes um die Angestelltenversicherung und nach den ersten Wahlen der Angestelltenvertreter im »Hauptausschuß« große Meinungsverschiedenheiten über neue Fragen auf, zum Beispiel über die Vereinheitlichung des Angestelltenrechts, so daß seine Weiterexistenz ernstlich gefährdet erschien. Und unter den beiden größten Vereinigungen, die der »Freien Vereinigung« angehören, entbrannte zeitweilig dadurch ein heftiger Kampf gegeneinander, daß der Bund der technisch-industriellen Beamten versuchte, auch unter den Handlungsgehilfen eine »neutral-gewerkschaftliche« Organisation ins Leben zu rufen, die im Gegensatz zum Zentralverband der Handlungsgehilfen den organisatorischen Anschluß an die freigewerkschaftliche Arbeiterbewegung ablehnte. Der Versuch scheiterte. Doch ganz hat der Bund der technisch-industriellen Beamten seine Hoffnungen noch nicht aufgegeben. Er unterstützte eine neugegründete Branchenvereinigung von kaufmännischen Angestellten. Nach anfänglichen Erfolgen begann aber auch die Entwicklung dieser Organisation zu stocken, schwieriger zu werden.

Neue Aufgaben drängten zur weiteren Verständigung der radikaleren Angestelltenverbände. Gelegentlich der Beratungen des neuen Konkurrenzklauselgesetzes, die sich von Ende 1912 bis in das Jahr 1914 hinein erstreckten, wirkten die inzwischen zum »Arbeitsausschuß für das einheitliche Angestelltenrecht« zusammengeschlossenen Angestelltenverbände bei der Abwehr von Kompromißvorschlägen zusammen, die die Gesellschaft für soziale Reform gemacht hatte und denen mehrere Angestelltenvereine zustimmten.

Im April 1914 kam es auf dem Kongreß für einheitliches Angestelltenrecht zu einer bedeutungsvollen gemeinsamen Kundgebung der gewerkschaftlich gerichteten Angestelltenverbände.

Die antigewerkschaftliche Richtung der Angestelltenbewegung findet ihre Hauptstütze in den älteren Handlungsgehilfenverbänden. Der gewerkschaftliche Zentralverband der Handlungsgehilfen befindet sich deshalb auch im stetigen scharfen Kampfe mit ihnen. So bedeutet die letzte Schrift dieses

Verbandes, die vor dem Kriege herausgekommen ist: »Die Ohnmacht der Handlungsgehilfenbewegung« eine scharfe Anklage gegen die Organisationen, die trotz aller schlechten Erfahrungen mit den gesetzgebenden Körperschaften auch weiterhin alles von der Gesetzgebung erwarten und die Selbsthilfe im Kampfe für Verbesserungen der Gehalts- und Arbeitsverhältnisse der Angestellten ablehnen. Daß bei dieser Gelegenheit auch versucht wird, die sonst der gewerkschaftlichen Angestelltenbewegung nahestehenden Verbände durch scharfe Kritik ihrer Halbheit weiter voran zu treiben, ist selbstverständlich.

Unter den Technikerorganisationen bildet der Deutsche Werkmeisterverband das reaktionäre Element. Im Deutschen Technikerverband rumort es. Bei Kriegsbeginn gehörte er neben dem Bund der technisch-industriellen Beamten zum »Arbeitsausschuß für das einheitliche Angestelltenrecht«. Von den kleineren Technikerorganisationen befand sich bei Kriegsausbruch der Steigerverband infolge des schärfsten Vorgehens der übermächtigen Bergherren, denen die Polizei treffliche Dienste leistete, in recht schwieriger Lage. Um ihn zu erhalten, griffen die gewerkschaftlichen Angestelltenverbände zum erstenmal zu einer gemeinsamen Hilfsaktion.

Unter den Bureauangestellten war die gewerkschaftliche Richtung durch den freigewerkschaftlichen Verband der Bureauangestellten vertreten, der sich bei Kriegsausbruch in guter Entwicklung befand.

II.

Der Kriegsausbruch stellte auch die Angestelltenverbände vor schwierige Probleme. Die scharf einsetzende große Arbeitslosigkeit unter den Angestellten brachte besonders die jüngeren Angestelltenverbände in eine schwierige Lage. Auch sie konnten nicht umhin, zum Teil ihre Unterstützungseinrichtungen einzuschränken. Im Gegensatz zu den Arbeitergewerkschaften, in denen die Kriegsmaßnahmen der Verbandsleitungen fast nirgends eine ernsthafte Opposition auslösten, kam es im Bund der technisch-industriellen Beamten zu heftigen inneren Auseinandersetzungen, die schließlich sogar zur Absplitterung eines Teiles der Mitglieder führten. Die Tatsache aber, daß die Absplitterung erfolgte, nachdem die gänzliche Aufhebung der Unterstützungseinrichtungen seitens der Bundesleitung durch die inzwischen stark verminderte Arbeitslosigkeit und durch die freiwilligen Unterstützungen faktisch nahezu bedeutungslos geworden war, läßt erkennen, daß noch andere Ursachen bei der Organisationsspaltung mitwirkten.

Die Ersatzkrankenkassen, die verschiedenen Handlungsgehilfenverbänden angegliedert sind, wurden durch den Krieg arg betroffen. Sie nahmen in der Regel nur männliche Mitglieder auf, von denen jetzt der größte Teil ins Feld ziehen mußte. Das bedeutete einen großen Ausfall an Einnahmen. Die Kassen versuchten, auf Grund von Satzungsbestimmungen den eingezogenen und binnen der ersten drei Wochen erkrankten oder verwundeten Angestellten keine Unterstützung zu gewähren. Doch die Gerichte entschieden, daß die Regelleistungen unter allen Umständen zu gewähren sind. Eine Weiterversicherung war bei den Ersatzkassen in der Regel bisher nicht möglich. Das machte viel böses Blut unter den Angestellten, die nun einsehen mußten, wie wertvoll ihre Versicherung bei den Ortskrankenkassen gewesen wäre. Eine Ersatzkasse — die Kasse des Verbandes der deutschen Versicherungs-

beamten — mußte sogar liquidieren. Da die Ersatzkassen von vielen Handlungsgehilfenverbänden von jeher als ein geschätztes Werbemittel angesehen wurden, so bedeutet das Versagen der Ersatzkassen während des Krieges einen empfindlichen Schlag für diese Verbände.

Dazu gesellten sich noch andere Schwierigkeiten. Die chaotischen Zustände auf dem Arbeitsmarkt nach dem Ausbruch des Krieges ließen den Mangel einer geordneten Stellenvermittlung für die kaufmännischen und technischen Angestellten doppelt fühlbar werden. Die sofort einsetzende Agitation für gemeinnützige städtische Stellennachweise, die hauptsächlich von dem freigewerkschaftlichen Zentralverband der Handlungsgehilfen, dem Bund der technisch-industriellen Beamten und dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband geführt wurde, erzielte an mehreren größeren Orten Erfolge. Das rückte für die vielen Handlungsgehilfenverbände, deren ganze Existenz sich zur Hauptsache auf ihre Stellenvermittlung gründete, die Gefahr nahe, diese wichtige Stütze zu verlieren. Sie setzten sich denn auch kräftig gegen die weitere Schaffung städtischer kaufmännischer Stellennachweise zur Wehr. Da sie jedoch immer mehr einsehen müssen, daß eine Änderung der kaufmännischen Stellenvermittlung unbedingt erfolgen muß, so versuchen sie jetzt durch Zusammenschluß der Verbandsstellenvermittlungen den Bestrebungen, öffentlich-rechtliche paritätische Stellenvermittlungen zu schaffen, die Spitze abzubrechen. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband hat sich denn auch schon geneigt gezeigt, seine Agitation für öffentlich-rechtliche Stellenvermittlungen einzustellen, wenn sich eine größere Zahl der bestehenden Verbandsstellennachweise zusammenschließt.

Mehrere kleine Angestelltenvereine sind durch den Krieg so hart betroffen worden, daß es fraglich erscheint, ob sie sich wieder erholen können. Der Steigerverband hat ebenso wie der Verband der Kunstgewerbezeichner seine Tätigkeit nahezu vollständig einstellen müssen.

Unter den Technikerverbänden konnten wir die Tatsache beobachten, daß der Deutsche Technikerverband sich während des Krieges wieder einmal von einem Angestelltenlager ins andere hinübermauserte. Er ist während des Krieges aus dem »Arbeitsausschuß für einheitliches Angestelltenrecht« ausgeschieden und hat jetzt mit dem Deutschen Werkmeisterverband unter Ausschluß des Bundes der technisch-industriellen Beamten ein neues Technikerkartell gebildet.

Der »Arbeitsausschuß für einheitliches Angestelltenrecht« hat während der Kriegszeit sein Arbeitsgebiet auf die Kriegsbeschädigtenfürsorge ausgedehnt.

Auch unter den alten Angestelltenorganisationen haben die Kriegswirkungen das Bedürfnis nach Zusammenarbeit mit gleichgearteten Verbänden gestärkt. So erwähnten wir schon ihr teilweises Zusammengehen in der Stellennachweisfrage. Der Verein für Handlungskommis von 1858 und der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband haben in einem Vertrag ferner vereinbart, daß die gegenseitige Bekämpfung unterbleiben soll. Diesem Vertrag sind noch andere Verbände beigetreten. Er soll nach einem seiner Urheber, dem Leiter des Vereins für Handlungskommis von 1858, einen ersten Schritt auf dem Wege zu weiterer gemeinsamer Arbeit darstellen.

III.

Wie wird sich die Angestelltenbewegung nun nach dem Kriege gestalten? Die Frage ist natürlich ebenso schwer eindeutig zu beantworten wie die Frage, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Friedensschluß sich entwickeln werden. So viel scheint aber doch festzustehen, daß nach einem so opferreichen Kriege das Los der Arbeitnehmer selbst bei einigermaßen guter Wirtschaftskonjunktur nicht leicht sein wird. Der Leiter des antigewerkschaftlichen Vereins für Handlungskommis von 1858, Herr Dr. Köhler, schildert in einer kürzlich im Verlag von A. Marcus & E. Weber (Dr. jur. Albert Ahn) in Bonn erschienenen Schrift »Die Privatbeamtenpolitik nach dem Kriege« die Lage der Angestellten nach dem Kriege in ziemlich düsteren Farben. Nachdem er ausführlich dargelegt hat, in welche Notlage die Angestellten während des Krieges gekommen sind und wie das eine Radikalisierung ihrer Anschauungen zur Folge hatte, die in den Feldpostbriefen an die Organisation zum Ausdruck kommt, sagt er, daß auch die wirtschaftlichen Aussichten nach dem Kriege nicht dazu angetan sind, ein schnelles Abflauen dieser Stimmung herbeizuführen. »Trotz der Voraussetzung, daß wir uns einen einigermaßen erfolgreichen Frieden erkämpfen können, wird doch zunächst mit der Fortdauer der ungünstigen Lage zu rechnen sein. Das Reich, die Einzelstaaten und die Gemeinden werden mit neuen Steuern kommen müssen, um die Kriegsausgaben auch nur verzinsen zu können. Eine Entspannung der Lebensmittelpreise wird äußerst langsam vor sich gehen; ja, es ist wohl zu befürchten, daß überhaupt der frühere, freilich an sich schon hohe Preisstand der Lebensmittel nicht wieder erreicht werden wird. Hinzu kommt — was wohl mit Sicherheit eintreffen dürfte — eine Verteuerung der Wohnungen.« Das Bild dürfte zweifellos im wesentlichen zutreffen. Es ist auch interessant, was nun Dr. Köhler aus dieser Situation folgert. Er glaubt, daß die Angestellten nach ihrer Rückkehr aus dem Kriege kein Verständnis mehr dafür haben werden, daß sich die verschiedenen Organisationen gegenseitig zerfleischen. Sie werden vielmehr Erfolge ihrer Organisationsarbeit sehen wollen und deshalb zu gemeinsamer Arbeit drängen. Insoweit hat Herr Dr. Köhler zweifellos recht.

Es ist demnach zu erwarten, daß aus dem Zusammenwirken während der Kriegszeit sich zum Teil ein dauerndes Zusammenarbeiten der Organisationen nach dem Kriege ergeben wird. Dr. Köhlers Programm geht jedoch dahin, bei dem allmählichen Zusammenfassen der Verbände die Angestelltenorganisationen auszuschließen, die »reine Arbeitnehmerpolitik im Anschluß an die organisierten Arbeiter« treiben wollen. Er lehnt nach wie vor die Anwendung gewerkschaftlicher Kampfmittel für die Angestellten entschieden ab, verrät aber auch nicht, wie die antigewerkschaftlichen Verbände ihre Taktik der radikaleren Stimmung der Angestellten anpassen wollen. Da wird der Zusammenschluß der Verbände allein ihre Anziehungskraft auf die Angestellten kaum erhöhen. Meint doch selbst die »Privatbeamten-Zeitung«, das Organ des Deutschen Privatbeamtenvereins, daß der »veraltete Hinweis auf die mittelständische Standespolitik auf wiederholte Warnungen vor Kampf und Streik« wenig helfen werde. »Wir bezweifeln, daß damit ein einheitliches Zusammengehen aller Angestellten hervorgezaubert werden kann, befürchten vielmehr, daß infolge der mißlichen Verhältnisse ... eine Radikalisierung der Angestelltenbewegung

zu erwarten sein wird, die im äußersten Falle vor einer gewaltsamen Erzwingung besserer Einkommensbedingungen, soweit es die eigenartige Natur der Angestelltenverhältnisse möglich erscheinen läßt, nicht zurückschreckt.«

Es ist nicht zu verkennen, daß viele Momente im gewerkschaftlichen Lager der Angestellten für eine Zusammenfassung der Kräfte sprechen, und es ist daher wohl zu erwarten, daß auch hier die losen Verbindungen der einzelnen Organisationen allmählich zu einem engeren und festeren Zusammenarbeiten führen werden. Dadurch werden sie besser wie bisher in der Lage sein, die ihnen zweifellos günstige Stimmung unter den Angestellten auch organisatorisch auszunutzen.

Literarische Rundschau.

Luise Zietz, **Zur Frage der Frauenerwerbsarbeit während des Krieges und nachher.** Sozialdemokratische Frauenbibliothek, 9. Heft. Berlin 1916, Verlagsbuchhandlung Vorwärts, Paul Singer G. m. b. H. 47 Seiten. Preis 50 Pfennig.

Unter den vielen Verschärfungen auf dem sozialen Kampffeld, die wir als Folgen des Krieges schon empfinden oder bald zu gewärtigen haben, erkennen wir am deutlichsten die wachsende Konkurrenz der Frauenerwerbsarbeit gegen die der Männer. Deutlich erkennt man schon heute die dem Unternehmertum aus der zunehmenden Frauenarbeit erwachsenden Vorteile und die sozialen und im besonderen auch gesundheitlichen Nachteile der heutigen Bedingungen für die Erwerbsarbeit der Frauen. Diese Frauenarbeit entwickelt sich in einem männerentleerten Wirtschaftsleben; sie wird aber keine umgekehrte Tendenz ihrer Entwicklung zeigen, wenn die Männer aus dem Felde zurückkehren werden. Dann wird erst die heute sichtbare Entwicklung der Frauenerwerbsarbeit zu verschärftem und gefährlichem Konkurrenzkampf auf allen Gebieten der Industrie, auf manchem der freien Berufe, vielleicht auch auf dem der niederen Beamtenstellen führen. Allen Organisationen der Arbeiterbewegung stehen hier große Aufgaben bevor. Um so schwieriger werden sie zu lösen sein, je geringer die Zugehörigkeit der nun zur Erwerbsarbeit strömenden Frauen zu unseren politischen und gewerkschaftlichen Organisationen ist. Die Organisierbarkeit der neuen Erwerbsmöglichkeiten zuströmenden Frauen und Mädchen scheint sehr gering zu sein. Jedenfalls sind die Organisationsverhältnisse der Frauen während des Krieges in hohem Maße unbefriedigend.

Es ist die höchste Zeit, diesen Problemen die gespannteste Aufmerksamkeit zu schenken und mit kräftiger Agitation für die Aufklärung und Organisierung der zu selbständigen Erwerberinnen gewordenen Frauen und Mädchen zu wirken. Ausgezeichnete Dienste kann hierbei die Schrift der Genossin Zietz leisten. Sie bringt, wenn auch nicht vollständiges, so doch sehr reiches und wertvolles Material, das sie unter verschiedenen Gesichtspunkten hell beleuchtet. Dadurch hat sie die Kriegsliteratur um eine sehr nützliche Schrift bereichert. Sie beginnt mit den Wirkungen des Krieges auf das Arbeitsverhältnis und mit der Darlegung der Gründe, die für die starke Heranziehung der Frauen wie auch für ihren starken Zuzug zum Erwerbsleben maßgebend waren. Im wesentlichen auf Grund von Mitteilungen der gewerkschaftlichen Organisationen bietet sie ein Bild der Entlohnung der Arbeiterinnen, von Zeitlöhnen und Akkordlöhnen der Frauen, zum Teil auch der Kinder. Diese Zusammenstellung allein würde die Schrift überaus wertvoll erscheinen lassen. Nicht minder nützlich ist die Zusammenstellung von ärztlichen Urteilen über die Wirkungen der Über- und der Nachtarbeit auf den Frauenorganismus. Auch

hier handelt es sich um Tatsachen aus der Kriegszeit, die zum ersten Male in dieser Schrift zusammengestellt sind. Die gewerkschaftlichen, sozialpolitischen, bevölkerungspolitischen, pädagogischen und politischen Fragen, die durch die Zunahme der Frauenarbeit aufgeworfen oder vertieft werden, behandelt die genaue Kennerin der proletarischen Frauenbewegung in klarer und durchsichtiger Weise. So erscheint diese Schrift als eine wirkliche Bereicherung unserer Parteiliteratur während des Krieges. Allen, die es als eine hohe Aufgabe betrachten, im Interesse der Partei wie in dem der Gewerkschaften für die Organisierung der Arbeiterinnen zu sorgen, kann kein besserer Wegweiser auf den Weg gegeben werden, als diese Schrift der Genossin Zietz. ad. br.

Karl Bittel, **Eduard Pfeiffer und die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung.** München und Leipzig 1915, Verlag von Duncker & Humblot. 172 Seiten. Preis 4,60 Mark.

Der Verfasser stellt sich die Aufgabe, einen um die Konsumvereinssache verdienten Mann und sein Werk der Vergessenheit zu entreißen. Tatsächlich ist das Buch Eduard Pfeiffers über Genossenschaftswesen, das im Jahre 1863 erschien, heute kaum mehr gekannt und in der neuzeitlichen Konsumvereinsliteratur selten und nur flüchtig erwähnt. Und doch hat es seinerzeit tiefen Eindruck gemacht, nachhaltige praktische Wirkungen und heftige Auseinandersetzungen zur Folge gehabt. Wenn man das, was Bittel über das eigenartige Buch mitteilt, in Vergleich stellt mit den Ansichten und Methoden, die heute in der sogenannten modernen Konsumvereinsbewegung richtunggebend sind, dann möchte man meinen, daß Pfeiffer ihr intellektueller Vater ist. Nur mit dem Unterschied, daß vor einem halben Jahrhundert diese Anschauungen immerhin ein starkes soziales Vorwärtsdrängen bedeuteten und mit bürgerlichen Anschauungen über die Arbeiterklasse und das Wesen der Genossenschaften nicht einig gingen. Pfeiffer vertrat — immer nach Bittel — eine Art Genossenschaftssozialismus. Er verlangte Reform der sozialen Verhältnisse im Interesse der Arbeiterklasse. In diesem Sinne wollte er die Konsumvereine ausgebaut wissen als das Mittel zur Selbsthilfe der Arbeiter. Bemerkenswert ist, daß er häufig nicht von Arbeitern, sondern von Proletariern spricht, wie überhaupt seine Ausdrucksweise erkennen läßt, daß ihm Marx und Engels nicht unbekannt waren. Man lese zum Beispiel folgenden Satz: Die Arbeiter haben gegen die ihnen entgegenstehenden Widerstände »für sich ihre Zahl, ... und um diese zur Geltung zu bringen, nur die Vereinigung, die größte Macht«, die »unwiderstehlich« ist. Von »Gewaltsamkeiten und Revolutionen« wollte Pfeiffer natürlich nichts wissen, die Proletarier sollten sich »friedlich vereinigen« — eben im Rahmen der Konsumvereine. Sobald ihn die Logik des Denkens darüber hinauszudrängen sucht, bleibt er stehen oder kehrt um. Er sagt ganz richtig, daß es ohne Arbeit keinen Wohlstand gibt; aber »das Privateigentum bleibt der mächtigste Ansporn zur Arbeit«. Die soziale Reform durch die Konsumvereine soll die Arbeiterklasse von »jedem Umsturz« abhalten. Das Resultat soll sein Klassenversöhnung, sozialer Friede, schöpferische soziale Arbeit. Die Forderungen der Arbeiter nach politischer Gleichberechtigung, nach Wahlrecht usw. werden deshalb nicht bestritten, aber sie sollen erfüllt werden als eine Folge der sozialen Reformen.

Schwelgt Pfeiffer also ganz in sozialen Utopien der Konsumvereinsgegenwart, so sind seine Bestrebungen, die Konsumvereine brauchbar für soziale Reformarbeit in diesem Sinne zu machen, für die damalige Zeit als entschieden radikal und fortschrittlich zu bezeichnen. Eingehende Studien in England befähigten ihn in hohem Maße dazu. Er vertrat den Standpunkt, daß die Dividende niedrig zu halten ist, damit die Vereine die Mittel zu weiterem Aus- und Aufbau erhalten. Er strebte eine Verbindung von Eigenproduktion mit der Warenverteilung an und forderte auch die Organisation des Großeinkaufs. Er trat sogar energisch für einen selbständigen deutschen Verband der Konsumvereine ein, versuchte auch die Gründung

eines solchen und geriet deshalb in scharfen Konflikt mit dem Allgemeinen Genossenschaftsverband. — Alle diese Bestrebungen, die heute Selbstverständlichkeiten sind, scheiterten damals. Da die Proletarier die Träger der Konsumvereinsbewegung sind, darf man sich darüber nicht wundern. Denn die politische und gewerkschaftliche Bewegung, besonders aber die politische, mußte zu jener Zeit die Arbeiter Deutschlands viel mehr anziehen als irgendeine andere. Und solange auf diesem Gebiet nicht sicherer Boden und die nötige Festigung da war, konnten die Arbeiter nicht daran denken, sich auch noch einer dritten Organisationsform energischer zu widmen. (Ich habe auf diesen offenbaren Zusammenhang wiederholt hingewiesen, wenn man den Vorwurf erhob, die deutschen Arbeiter hätten zu spät die Wichtigkeit der Konsumvereinsorganisation erkannt.) Das Bürgertum war aber nicht geneigt und auch nicht interessiert, die Konsumvereine in der von Pfeiffer gewollten Weise zu beeinflussen und vorwärts zu bringen. Eben weil die Konsumvereine viel mehr dem proletarischen als dem bürgerlichen Wirtschaftsinteresse entsprechen.

Das Werk Bittels führt uns speziell in die Anfänge der süddeutschen Genossenschaftsbewegung in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Pfeiffer war im Jahre 1864 einer der Gründer des Konsumvereins in Stuttgart. Auch dieser Verein zeigt in seiner Entwicklung, wie bedeutsam der Einfluß der Arbeiter ist. Nach zwanzig Jahren — 1884 — zählte er erst 2544 Mitglieder. Mitte der achtziger Jahre entstand in Deutschland die Arbeiterkonsumvereinsbewegung. 1894 hatte der Stuttgarter Verein 10 895 und 1914 rund 33 000 Mitglieder! — Die Wiedergabe alter wichtiger Dokumente aus jener Zeit erhöht den Wert des Buches noch außerordentlich, das eine bemerkenswerte Bereicherung der genossenschaftlichen Literatur bedeutet. H. Fleißner.

Kurt Flöricke, **Bulgarien und die Bulgaren.** Stuttgart 1916, Franckhsche Verlagshandlung. 96 Seiten. Preis geheftet 1 Mark.

Eine der bekannten Kosmosveröffentlichungen. Flöricke, dessen Feder eine Reihe populärer zoologischer Arbeiten entstammen, hat seine offenbar durch längeren Aufenthalt gewonnene Kenntnis von Land und Leuten zu dieser Schilderung Bulgariens und der Bulgaren verwandt. Es ist anzuerkennen, daß ein recht anschauliches und abgerundetes Bild herausgekommen ist, um so wertvoller, als der Verfasser nicht allein persönliches Erleben und persönliche Beobachtungen verarbeitet, sondern auch die neueste landeskundliche und anthropologische Literatur zu Rate gezogen hat. Für den Laien ist das Büchlein daher sehr wohl zur allgemeinen Orientierung zu empfehlen, wenn auch einzelne Abschnitte in der Darstellung etwas ungleichmäßig erscheinen. Die Bilder sind leider zum großen Teil recht schlecht. E. G.

Anzeigen.

Konrad Haenisch, **Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkrieg.** Kriegspolitische Einzelschriften, Heft 6/7. Berlin 1916, C. A. Schwetschke & Sohn. 171 Seiten. Preis 2,50 Mark.

Der Verfasser will hier einem vorwiegend bürgerlichen Publikum das Verständnis der jetzt im Schoße der deutschen Sozialdemokratie sich abspielenden Kämpfe und Gegensätze vermitteln. Er schildert zunächst die äußeren Vorgänge in der Partei bei Kriegsausbruch, die Haltung der Partei zu den Kriegsproblemen und die verschiedenen Richtungen, die sich dabei in der Partei gebildet haben.

Im zweiten Teil wird das »innere Erlebnis« des einzelnen Sozialdemokraten behandelt, insbesondere das Erwachen des nationalen Denkens und Fühlens, und es wird gezeigt, daß auch Lassalle und Schweitzer, Engels, Wilhelm Liebknecht und Bebel national fühlten. Die Stimmenthaltung Liebknechts und Bebels im

Jahre 1870 sei nicht aus sogenannten prinzipiellen Gründen erfolgt, sondern weil sie fürchteten, Bismarck wolle nicht ein Groß-Deutschland herstellen, sondern nur ein Klein-Deutschland. Ferner zeigt der Verfasser die Quellen der »antistaatlichen Strömung« in der deutschen Sozialdemokratie auf, aber auch, daß sie heute infolge des Krieges überwunden sei. Die Internationale habe sich schwächer, der Kapitalismus stärker erwiesen, als wir vorher geglaubt. Der Krieg bedeute eine viel größere und tiefergehende Revolution, als es die gewesen wäre, die die Radikalen in der Partei vorher anstrebten. Der Krieg habe bereits eine Reihe unserer Forderungen verwirklicht und uns überhaupt dem Sozialismus viel näher gebracht.

In Zukunft werde der Klassenkampf in milderen Formen geführt werden, die Arbeiter würden mehr Verständnis für den Staatsgedanken gewinnen, die Sozialdemokratie sich aus einer bloßen Arbeiterpartei in eine Kulturpartei verwandeln, deren Taktik nicht mehr durch Dogmen gebunden ist.

In einem Schlußkapitel bespricht der Autor die Spaltung der Fraktion am 21. März. Ein Anhang enthält eine Bibliographie der sozialistischen Kriegsliteratur.

Notizen.

Zur Entwicklung der Elektrizitätsindustrie in Deutschland. Nach einem Buche von Dr. Rudolf Fischer (Erfurt) über »Die Elektrizitätsversorgung, ihre volkswirtschaftliche Bedeutung und ihre Organisation« (Verlag der Deichertschen Buchhandlung, Leipzig 1916, 129 Seiten, Preis 3 Mark) sind die folgenden Angaben über die Entwicklung der deutschen Elektrizitätsindustrie zusammengestellt.[1]

Nach der zu Ende des achtzehnten Jahrhunderts erfolgten Entdeckung der Elektrizität als »neuer« Naturkraft blieb das galvanische Element lange Zeit ihre einzige Erzeugungsquelle. Diese Quelle spendete nur spärlichen Ertrag und war teuer und umständlich, ermöglichte aber doch schon den Betrieb von Telegraphen und Telephonen. Eine Erweiterung ihrer Verwendungsmöglichkeiten erfuhr die Elektrizität, als Werner Siemens 1867 die Dynamomaschine erfand. Lange Zeit aber blieb diese Erweiterung bloß Theorie. Erst 1882 gelang es Rathenau, mit Dynamos die Glühlampenbeleuchtung durchzuführen. Im selben Jahre war auf der Münchener Ausstellung auch schon ein durch eine 60 Kilometer lange Drahtleitung mit einer Dynamomaschine verbundener Elektromotor in Betrieb zu sehen. Das Problem der Verwendung der Elektrizität als bewegender Kraft und der Kraftübertragung war also schon damals technisch-praktisch gelöst. Wirtschaftlich brauchbar wurde diese Erfindung jedoch erst nach der Einführung des Wechselstroms und später des Drehstroms und der Stromtransformatoren.

1879 entstand das erste Fabrikunternehmen der Schwachstromindustrie zur Herstellung von Telegraphen- und Telephonapparaten usw. (Siemens). 1883 bezeichnet die Gründung der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft den Beginn des Aufstiegs der Starkstromindustrie. 1900 wurden in der deutschen Elektrizitätsindustrie 61 883, im Jahre 1911 schon 169 123 und 1914 etwa 250 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. In der Berufsgenossenschaft der Elektrotechnik betrug die Zunahme der Zahl der versicherten Personen von 1901 bis 1911 187 Prozent, die Zunahme des Lohnbetrags 266 Prozent. (Für die anderen Hauptindustrien sind die entsprechenden Zahlen 43 und 80 Prozent.) Es gab 1912/13 49 Aktiengesellschaften mit 527 Millionen Mark Aktienkapital, 72,6 Millionen Mark Reingewinn, einer Dividendensumme von 52,9 Millionen Mark und einer Durchschnittsdividende

---

[1] Vergl. hierzu die Notiz »Die Elektrizitätsindustrie in Deutschland« von sp. (Neue Zeit, Jahrgang 1913/14, 2. Band, S. 271) und die Angaben bei Braun, »Elektrizitätsmonopol« (Neue Zeit, Jahrgang 1914/15, 1. Band, S. 583 ff.).

von 10½ Prozent. (42 von den 49 Gesellschaften verteilten Dividende.) Die gesamte jährliche Produktion der Elektroindustrie wurde 1913 auf etwa 1,2 Milliarden Mark geschätzt, darunter befanden sich für 75 Millionen Mark Schwachstromerzeugnisse. Von der Gesamtfabrikation wurden 22 Prozent im Werte von 260 Millionen Mark exportiert, davon für 90 Millionen Mark nach außereuropäischen Ländern. Die Gesamtausfuhr von elektrotechnischen Fabrikaten betrug etwa 3¼ Prozent des gesamten Warenexports aus Deutschland. Die Produktion von Glühlampen erreichte 97¼ Millionen Stück. Zwei Drittel davon (61 Millionen Stück) gingen ins Ausland.

Die Aktiengesellschaften für Elektrizitätserzeugung arbeiteten 1912 mit einem Aktienkapital von 529 Millionen Mark; sie erzielten 50,3 Millionen Mark Reingewinn und eine Durchschnittsdividende von 7½ Prozent. Im Jahre 1891 gab es 30 Elektrizitätswerke mit 8000 Kilowatt Gesamtleistung, 1913 waren 4100 Werke mit einer Gesamtleistung von 2,1 Millionen Kilowatt vorhanden. Diese Werke verbrauchten jährlich für etwa 40 Millionen Mark Kohlen und zahlten etwa 48 Millionen Mark an Löhnen. Sie repräsentierten einen Wert von etwa 2¾ Milliarden Mark. Die Durchschnittsleistung eines Werkes betrug 1895 220 Kilowatt, 1913 512 Kilowatt. Die Spannung in den ersten Licht- und Kraftanlagen betrug zirka 100 Volt; heute sind Anlagen im Betrieb (zum Beispiel das Elektrizitätswerk Lauchhammer), die mit 110 000 Volt arbeiten. Zuerst war die Höchstleistung eines Werkes 300 Kilowatt, heute haben die Berliner Elektrizitätswerke eine Leistung von 193 000 Kilowatt. Die Stromerzeugungsanlagen haben ihren Aktionsradius immer weiter ausgedehnt. Sie sind zunächst Einzelanlagen gewesen und dann zu Häuserblockanlagen, Stadtanlagen und schließlich Überlandzentralen fortgeschritten. Die Überlandzentrale Gröba versorgt allein 814 Ortschaften mit Strom. Im ganzen wurden 1896 erst 8, 1913 aber schon 50 Millionen Einwohner, 1906 nur 2160, 1913 jedoch 17 500 Ortschaften erfaßt. Die gesamte jährliche Stromabgabe belief sich 1913 auf über 2 Milliarden Kilowattstunden, davon entfielen etwa 800 Millionen auf Lichtstrom und 1200 Millionen auf Kraftstrom. 1895 waren Motoren mit 6000 Pferdekräften an die bestehenden Elektrizitätswerke angeschlossen, 1913 Motoren mit zusammen 1 900 000 Pferdekräften. Insgesamt war 1914 eine Gesamtmotorenleistung von etwa 8 Millionen Pferdekräften zu verzeichnen. 1891 bezogen 450 000 Glühlampen den Strom von den vorhandenen Elektrizitätswerken, 1914 dagegen 75 Millionen Glühlampen und 1,8 Millionen Bogenlampen. (Demgegenüber beläuft sich die Zahl der im Gebrauch befindlichen Gasglühlichtlampen auf etwa 27 und die Zahl der Petroleumlampen auf 21 Millionen Stück.) Die Gesamtanlagekosten der Werke betrugen auf eine Kilowattmaschinenleistung berechnet im Durchschnitt: 1895 3300 Mark, 1911 nur noch 1650 Mark. Die Erzeugungskosten für eine nutzbar abgegebene Kilowattstunde waren im Durchschnitt: 1900 15¾ Pfennig, 1912 8½ Pfennig. Die mittleren Verkaufspreise waren (in Pfennig für die Kilowattstunde):

	Für Lichtstrom	Für Kraftstrom	Insgesamt
1900	52,4	20,9	34
1912	36,1	14,8	19,5

Einige große Überlandzentralen haben schon einen Strompreis von 5,8 Pfennig für die Kilowattstunde. (Und eben bietet die preußische Staatseisenbahnverwaltung der Provinz Brandenburg einen Stromlieferungsvertrag an, der — nach dem »Berliner Lokalanzeiger« vom 28. März 1916 — Strompreise von 2,05 Pfennig für die Kilowattstunde im ersten und zweiten Lieferungsjahre und gleichzeitig eine jährliche Ermäßigung von 0,05 Pfennig bis auf 1,65 Pfennig im siebzehnten Lieferungsjahr und eine Ermäßigung auf 1,5 Pfennig bei Abnahme von über 240 Millionen Kilowattstunden vorsieht.) -etz-

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 7 Ausgegeben am 19. Mai 1916 34. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Vom Marxismus zum Imperialismus.

Von Spectator.

I.

Bekanntlich leben wir in der Periode des Imperialismus, also in der Periode des Kampfes um geschlossene Wirtschaftsgebiete, »Weltreiche«. Der Kampf, der zwischen den führenden Staaten ausgefochten wird, ist folglich ein Kampf um die Erhaltung oder Erweiterung der »Weltreiche«. Trotzdem behaupten die Anwälte des Sozialimperialismus, der jetzige Krieg sei in erster Linie ein Handelskrieg. Man beachte nur den fundamentalen Unterschied: auch wir sagen, die Bourgeoisie führt den Krieg in ihrem Interesse, in erster Linie handelt es sich aber um »Weltreiche«, die der Industrie und dem Handel gewisser, sehr mächtiger Unternehmergruppen dienen, keineswegs aber unmittelbar um den Handel und die Industrie der kämpfenden Länder überhaupt. Die Bourgeoisie mag die Illusion hegen: wer keine Kolonien usw. besitzt, dessen Industrie sei dem Verfall preisgegeben. In diesem Sinne führt sie einen Handelskrieg. Wie stellt sich aber ein Marxist diesen Handelskrieg vor? Ist auch er der Ansicht, der Imperialismus liege im Interesse der gesamten Industrie des Landes?

Im gewerkschaftlichen »Kriegsbuch« wiederholt jeder von den sechzehn Mitarbeitern die stereotype Phrase, vom Ausgang des Krieges hänge das Schicksal der Industrie des Landes ab, ohne zu erklären, wie, in welcher Weise der Ausgang des Krieges dieses bestimmen und wie er nach dem Friedensschluß die Entwicklung der Industrie und des Handels mindern könnte. Führende Männer der Geschäftswelt erklären selbst, daß sie die Drohungen mit einem Handelskrieg nicht ernst nehmen. In der Tat ist Deutschland der zweitgrößte Käufer der Welt. Wer seine Waren nicht kaufen will, wird auch auf den Export nach Deutschland verzichten müssen. Werden das die russischen Agrarier tun? Werden das die englischen Fabrikanten tun? Die schweizerische »Metallarbeiterzeitung« kritisiert auch darum diese Kriegsillusionen deutscher Gewerkschafter.

Auch Genosse Renner spricht in seinen Artikeln im »Kampf« davon, daß der Krieg über das »Schicksal der Industrie des Landes« entscheide. Er »beruft« sich aber dabei nicht auf die Möglichkeiten eines Handelskrieges, sondern er sieht die Gefahr in der Bedrohung der Kapitalakkumulation. Sonderbare Geistesverwirrung: Sozialdemokraten haben jetzt nichts anderes zu tun, als die Geschäfte der Kapitalakkumulation zu besorgen; darum treten sie für indirekte Steuern oder für eine Politik ein, die eine Verlängerung des Krieges zur Folge haben muß; sie bemerken dabei nicht, daß im ersteren Falle die Kapitalakkumulation sich nur auf Kosten des Lohnes vollziehen würde, daß sie aber im zweiten Falle über-

haupt gar nicht zustande käme. Renner spricht von Kriegsentschädigungen, die die Kapitalakkumulation des Landes erschweren, und läßt dabei ganz außer acht, daß die Fortsetzung des Krieges viel größere Summen kostet, als jemals eine Kriegsentschädigung betragen könnte. Was Renner erst im zweiten Kriegsjahr uns vorbringt, haben beispielsweise die russischen Sozialpatrioten sofort nach dem Kriegsausbruch behauptet. Hätte aber Rußland damals Frieden geschlossen, so hätte es nie eine so schwere Last auf sich nehmen müssen, wie sie ihm der Krieg selbst aufgewälzt hat.

Vollends ist es aber heute sinnlos, noch von Kriegsentschädigungen zu sprechen. Genosse Renner bleibt auch hier selbst hinter einigen bürgerlichen Volkswirten zurück, die schon längst eingesehen haben, daß Kriegsentschädigungen einfach finanziell unmöglich sind. Allgemein bekannt ist es, daß der Kredit aller kriegführenden Staaten stark erschüttert, und daß ihr Geld bis aufs äußerste entwertet ist. Damit beispielsweise Rußland eine Entschädigung von 10 Milliarden effektiv zahle, müßte es eine neue Schuld von nominell 20 oder mehr Milliarden Rubel auf sich nehmen. Das würde aber eine so gewaltige Belastung und eine so starke Entwertung seines Geldes bedeuten, daß Rußland direkt zum Staatsbankrott getrieben würde, und daß dadurch seine wirtschaftlichen Verhältnisse mindestens auf ein Jahrzehnt hinaus in einen unheimlichen Zustand gebracht wären. Ähnliches träte auch bei fast allen anderen kriegführenden Staaten ein.

Nun wird man vielleicht sagen, was gehen die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Staates den andern an? Im Zeitalter der Handelskriege war der andere Staat in der Tat bloß Konkurrent, dessen Verschwinden den Monopolprofit des Siegers nur erhöhen konnte. Heute sind aber die wirtschaftlichen Verhältnisse der Staaten so eng miteinander verknüpft, daß die Verarmung eines Landes auch den benachbarten Staat aufs empfindlichste treffen muß. Wenn das Geld Rußlands um 50 bis 60 Prozent im Werte sinkt, hört selbstredend fast jeder Export dorthin auf. Der gewaltige russische Markt wird eben dann erst sicherer und fester als durch Zollmauern hermetisch abgeschlossen. Denn jeder reguläre Verkehr mit einem Lande, dessen Geldwesen sich in solchem Zustand befindet und die wildesten Börsenspekulationen zuläßt, ist beinahe unmöglich. Umgekehrt wird dadurch der russische Getreideexport geradezu gefördert, weil das ausländische Geld im Inland einen hohen Wert erlangt. Was werden dann die deutschen Agrarier zu der russischen Konkurrenz sagen? Dabei wollen wir davon absehen, daß viele Milliarden deutschen Kapitals in Rußland investiert sind, die schon infolge der Entwertung des russischen Geldes einfach fast verloren gehen, daß die weitere Kreditgewährung an russische Unternehmungen ebenfalls erschwert wird usw.

Wir haben an dem Beispiel Rußlands illustriert, wie die starke Entwertung des russischen Geldes infolge einer Kriegsentschädigung auch die anderen Länder schädigen muß. Im allgemeinen darf man aber dasselbe von Österreich-Ungarn und den anderen Ländern sagen, nur mit dem Unterschied, daß ein Industrieland, dessen Geld entwertet ist, um so mehr Anstrengungen machen wird, den Weltmarkt für seine Fabrikate zu gewinnen; seine Konkurrenz wird also dem Sieger dann erst recht empfindlich werden. Zeigte doch Frankreich nach dem Deutsch-Französischen Kriege einen sehr starken Aufschwung des Fabrikatenexports.

Die Wirkung einer auf viele Jahre verteilten Kriegsentschädigung wäre eine zwar nicht so plötzliche, aber um so dauerndere Geldentwertung im besiegten Lande, und das ökonomische Resultat wäre vielleicht noch verderblicher. Aus diesen Gründen hat Bloch in seinem Werke über den Krieg vorausgesagt, daß es im zukünftigen Kriege unmöglich sein werde, Kriegsentschädigungen zu erhalten. Der gleichen Meinung ist der ehemalige Ministerpräsident Ungarns, v. Wekerle, und bekanntlich auch Herr v. Zedlitz, die wohl ebenfalls einsehen, daß bei dem jetzigen Stande des zerrütteten Staatskredits eine neue hohe Last in der Form von Kriegsentschädigungen einfach unerträglich und für beide Seiten höchst schädigend ist.

In welcher Hinsicht sonst wirkt aber der Ausgang des Krieges auf das »Schicksal der Industrie des Landes«?

II.

Schienen diese Auslassungen Renners im Märzheft des »Kampf« auf den ersten Blick bloße Entgleisungen zu sein, so offenbaren uns die Verhandlungen auf der bekannten Berliner Konferenz vom 9. Januar über Mitteleuropa, daß Renners Gedankengänge sich tatsächlich im Kreise der imperialistischen Ideologie bewegen. Wer die Schrift des Professor Gerloff, die als 45. Heft der Flugschriftenserie »Der Deutsche Krieg« erschienen ist, gelesen hat, muß über die Ähnlichkeit staunen, welche die Gedankengänge Renners mit denen Gerloffs aufweisen. Beide gehen von der Tatsache aus, daß die Welt aufgeteilt werde, daß Riesenreiche entstünden, und daß darum auch die Zentralmächte sich bemühen müßten, das gleiche zu tun, um nicht ins Hintertreffen zu geraten. Beide schlagen auch das gleiche vor: eine gemeinsame Zollmauer und eine etwas niedrigere Mauer zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn,[1] und beide schauen nach dem Balkan und Vorderasien hinüber als auf das zukünftige Betätigungsfeld des Kapitals der Zentralmächte.

Marxistisch läßt sich die Notwendigkeit von »Riesenreichen« keinesfalls beweisen, wie schon Genosse K. Kautsky betont hat. In der Periode der Manufaktur lag die Bildung des nationalen Marktes und des nationalen Staates im Interesse des Kapitals im Gegensatz zum lokalen Gewerbe, das die Konkurrenz der Manufaktur fürchtete. Die Fabrikindustrie ist aber längst nicht nur dem Rahmen des nationalen Staates, sondern selbst dem der »Riesenreiche« entwachsen. Englands Absatz von Halb- und Ganzfabrikaten nach seinen Kolonien ist von 1904 bis 1913 um 75 auf 173,8 Millionen Pfund, der Fabrikatenexport nach den fremden Ländern aber um 93,2 auf 237,5 Millionen Pfund gestiegen. Für die Kartelle sind gesicherte Märkte ein Kampfmittel im Wettbewerb um den Weltmarkt; je größer das geschlossene Wirtschaftsgebiet, um so mächtiger die Gewalt der Kartelle. So beherrschen die Trusts das Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten mehr als irgendwo und werden bald die Herrschaft auf dem Weltmarkt an sich reißen. Die Verfeinerungsindustrie aber arbeitet, da sie spezialisiert sein muß, von Anfang an für den Weltmarkt und kann sich durchaus nicht auf geschlossene »Riesenreiche« beschränken. Was kann »Mitteleuropa« der deutschen Elektrizitäts-

[1] Renners Ansichten über die Zwischenzollinie gehen aus seinen Äußerungen allerdings durchaus nicht klar hervor. Man vergleiche zum Beispiel das Berliner Referat S. 19 und das Buch »Österreichs Erneuerung« S. 134 ff.

und chemischen Industrie bieten? Professor Eulenburg zeigt, daß der Industrieexport Deutschlands nach Österreich-Ungarn überhaupt nicht wesentlich gesteigert werden könnte.

Daß von Mitteleuropa so viel gesprochen wird, ist überhaupt nicht auf das Interesse der Industrie zurückzuführen, sondern, wie Rohrbach und viele andere offen zugeben, auf militärische und imperialistische Gesichtspunkte. Und da kommen wir auf die Grundfrage des ganzen Problems. Wie werden Riesenreiche gebildet? Renner wie Gerloff übersehen die inneren Triebkräfte der modernen Entwicklung. Die von ihnen angeführten Beispiele besagen nur, daß Industriestaaten streben, sich Agrarländer anzugliedern; aus welchen Gründen, soll hier nicht ausgeführt werden. Wo in aller Welt kann aber Renner ein Beispiel dafür anführen, daß sich entwickelte Industriestaaten vereinigen? Welchen Zweck verfolgt man mit der Bildung geschlossener Riesenreiche? Doch den, der Industrie des Mutterlandes Absatzmärkte zu verschaffen, während die Kolonien Agrarländer bleiben sollen. Welchen Zweck kann aber die Vereinigung zweier Industriestaaten haben? Soll sich die deutsche Industrie auf Kosten der österreichischen ausdehnen? Offenbar wünschen dies die österreichischen Industriellen nicht, auch unsere österreichischen Genossen nicht, wie die ungarischen Genossen nicht zugunsten »Mitteleuropas« die industrielle Entwicklung Ungarns opfern wollen. Darum schlägt man eben Zwischenzollinien vor, die doch nur dazu dienen sollen, um sowohl die österreichische wie die deutsche und eventuell auch die ungarische Industrie zu »schützen«. Da Österreich-Ungarn schon heute nur Spezialartikel, die in Deutschland gar nicht fabriziert werden, in anderen Ländern kauft und die eigenen Fabrikate eher nach anderen Ländern als nach Deutschland ausführt, obgleich Deutschland niedrigere Zölle hat als Österreich-Ungarn, so sehe ich absolut nicht ein, wie auf der vorgeschlagenen Basis von Zwischenzöllen — und an eine andere denkt keine maßgebende Person in beiden Ländern — die wirtschaftliche »Annäherung« vor sich gehen wird. Umgekehrt muß der wirtschaftliche Gegensatz je länger um so kräftiger werden, wie dies zwischen den Industriellen wirtschaftlich völlig selbständiger Staaten der Fall ist. Hätte Österreich-Ungarn eine ebenso hochqualifizierte Industrie wie Deutschland, oder wären die Zwischenzollmauern völlig niedergerissen, so würde wahrscheinlich nach einiger Zeit ein Differenzierungsprozeß eintreten. Die Industrie beider Länder würde Spezialfabrikate herstellen, und so würden sie einander ergänzen. Durch die Zwischenzollinie wird die Spezialisierung aber aufgehalten und so sicher nicht die Annäherung, sondern allein der wirtschaftliche Kampf vorbereitet.

Wie Renner die Tendenzen der Entwicklung nicht kennt, die zur Bildung von »Riesenreichen« führen, so übersieht er auch das Wesentliche in der Frage der Meistbegünstigung. Er meint: die anderen haben die Formel durchbrochen, wir müßten es ebenfalls tun. Nun darf sich ein Agrarland noch erlauben, die allgemeine Formel des modernen Wirtschaftsverkehrs zu mißachten, keinesfalls aber ein Industrieland. Kanada konnte den Wirtschaftskrieg mit Deutschland leicht ertragen, nicht aber Deutschland, das darunter schon so stark litt, daß es gegen die Bevorzugung Englands durch seine anderen Kolonien später nicht mehr protestierte. Agrarerzeugnisse sind eben heute ein sehr begehrter Artikel, und sie verschaffen sich rasch überall

Absatz. Der Export von Industriewaren kann unter Umständen schon bei einer geringen Bevorzugung des Konkurrenten leiden. Warum hat Bismarck seinerzeit im Vertrag mit Frankreich die Meistbegünstigungsklausel nur auf bestimmte Industrieländer ausgedehnt? Weil eben die Handelsbeziehungen der Agrarländer untereinander oder die zwischen einem Industrie- und einem Agrarland die wirtschaftlichen Interessen der Industrieländer wenig oder fast gar nicht berühren. Wenn aber die Industrieländer die Meistbegünstigung aufgeben sollten, so wird dies zu ewigen Reibungen, wenn nicht gar zu Handelskriegen führen.

Richtig ist, daß durch weitgehende Spezialisierung des Tarifs die Meistbegünstigung faktisch vielfach umgangen wird. Allein diese Spezialisierung läßt sich nur bei bestimmten Gegenständen sehr weit treiben. Wichtiger ist es, daß sie nur gegen Staaten ein Mittel ist, die ebenfalls eine ausgesprochen spezialisierte Industrie, wie Frankreich und zum Teil England, besitzen. Umgekehrt hat Deutschland mit seiner vielseitigen Industrie von der Meistbegünstigung sicher Nutzen gezogen. Die deutsche Verfeinerungsindustrie wird sich es darum wohl sehr, sehr überlegen, ehe sie sich für die »Durchlöcherung« der Meistbegünstigungsformel entscheidet.

Aus der Tatsache, daß diese Formel durch Spezialisation der einzelnen Tarifposten umgangen werden kann, folgt nur, daß es zwecklos ist, die Meistbegünstigung irgendeinem Lande aufzuzwingen, da es ihr doch die faktische Bedeutung nehmen kann. Mit dem Friedensvertrag dürfen darum keine Handelsfragen verknüpft sein. Die getroffenen Abmachungen würden doch nur von kurzer Dauer sein, wie dies ja einsichtige Volkswirte bereits bemerkten. Wirtschaftliche Verhältnisse der Staaten müssen auf Gegenseitigkeit beruhen, keineswegs auf Zwang; dürfen auch nicht ein für allemal festgelegt werden, da sich die wirtschaftlichen Beziehungen rasch ändern. Wenn die einmal gefaßte Form ihnen zu eng wird, führt das Festhalten an ihr nur zur Entfremdung, zum Kampf. Wer wird bestreiten, daß die erzwungene Meistbegünstigungsklausel des Frankfurter Vertrags zu der verkehrten Zollpolitik und Technik in Frankreich geführt und den Haß gegen Deutschland genährt hat? Gerade dieses Beispiel zeigt, wie gefährlich es ist, nicht nur einem Staate gewisse Verkehrsformen aufzuzwingen, sondern solche überhaupt für eine lange Zeit im voraus bestimmen zu wollen.

Es liegt also absolut kein Grund vor, sich von den anderen »Riesenreichen« blenden zu lassen. Mit gleichen Argumenten kommen ja die Imperialisten und fordern den Erwerb von Kolonien. Schon Müller-Holm antwortet ihnen darauf: »Sie sagen, Deutschland dürfe hinter den anderen nicht zurückstehen. Wenn andere Kolonien haben, müsse Deutschland auch welche haben. Doch das ist ein Grund für Knaben, nicht für ernste Männer. Weil andere einen verkehrten Weg eingeschlagen haben, müssen wir ihnen nachfolgen?« Deutschlands Industrie hat einen glänzenden Aufschwung genommen, trotzdem oder richtiger eben gerade darum, weil es kein »Riesenreich« ist und keinen gesicherten Markt in Kolonien besitzt. Mögen die anderen sich »Riesenreiche« schaffen; wird Deutschland eine wahre Kulturpolitik im Innern treiben, so wird es die Kolonialreiche durch seine Industrie und seinen Handel weit überflügeln.

Zur zweiten Zimmerwalder Konferenz.

Von Ernst Meyer.

Die erste Zimmerwalder Konferenz vom September vorigen Jahres hat dazu beigetragen, im Proletariat aller Länder das Gefühl der internationalen Solidarität zu stärken. In Frankreich haben Merrheim und Bourderon und das von ihnen gegründete sozialistische Aktionskomitee das erste Zimmerwalder Manifest in großen Auflagen verbreitet, und die zwischen der französischen und der deutschen Delegation gemeinsam abgefaßte Erklärung wurde für Frankreich ein wirksames Symbol der in beiden Bevölkerungen gleichmäßig vertretenen Stimmung. In Italien hat sich nicht nur die sozialistische Parlamentsfraktion zu Zimmerwald bekannt; selbst in den kommunalen Magistraten wurde das Manifest besprochen und in einzelnen Fällen sogar als Beschluß zu Protokoll gegeben. In Rußland und, wenn wir nicht irren, auch in England hat die sozialistische Parlamentsfraktion angesichts des Frohlockens der Bürgerlichen über den Zusammenbruch der Internationale ebenfalls auf den Zusammenschluß in Zimmerwald verwiesen. Nur in Deutschland sind die unmittelbaren Wirkungen geringer gewesen; so ist eine direkte Zustimmungserklärung im Reichs- und Landtag bisher nicht erfolgt. Aber mittelbar hat auch bei uns die Tatsache der Zimmerwalder Konferenz anregend gewirkt.

Die erste Zimmerwalder Konferenz erfüllte zunächst nur die Aufgabe, vor aller Welt zu beweisen, daß die auf dem Boden der »Opposition« stehenden Sozialisten aller Länder sich, im Gegensatz zu den Burgfrieden-Sozialisten, auch im Kriege zusammenfinden können. Die brüderliche Aussprache, das Manifest und die gemeinsame Erklärung der französischen und deutschen Delegation lieferten dafür den schlüssigen Beweis. Die in Zimmerwald geschaffene »Internationale Sozialistische Kommission« (J. S. K.) zu Bern erhielt die Aufgabe, die Beziehungen zwischen den mit der Zimmerwalder Arbeit einverstandenen Parteien aufrechtzuerhalten und zu festigen. Es ist bekannt, daß inzwischen etwa 17 Parteien und 12 Gruppen (lokale Organisationen, Gewerkschaftsverbände, Minderheitsgruppen usw.) ihre Zustimmung zur Zimmerwalder Aktion erteilt haben. Ein von der J. S. K. herausgegebenes »Bulletin« gibt laufend von den seit der ersten Konferenz erzielten Fortschritten in den einzelnen Ländern Kunde. Der weiteren Festigung der Beziehungen sollte die zweite internationale sozialistische Zimmerwalder Konferenz dienen, die Ende April stattfand. Aus äußeren Gründen (meist Paßschwierigkeiten) waren eine große Zahl von Delegierten vieler Länder verhindert, an den Beratungen teilzunehmen. So blieben bedauerlicherweise unvertreten die Unabhängige Arbeiterpartei Englands, die Britische Sozialistische Partei, die Minderheit Österreichs. Aus Frankreich waren für die von der französischen Regierung zurückgehaltenen Genossen Merrheim und Bourderon die drei Deputierten Blanc, Raffin-Dugens und Brizon erschienen.

Die Anwesenheit der französischen sozialistischen Abgeordneten führte, wie leicht verständlich, zu einer ausgiebigen Debatte über die französische Minderheit, das heißt vornehmlich über die Auffassungen und Motive der parlamentarischen Minderheit. Innerhalb der französischen Parlamentsfraktion haben bekanntlich einige dreißig Abgeordnete mehrfach

gegen die Kriegskredite gestimmt, ohne im Plenum dieselbe Haltung einzunehmen. Die Begründung, die dafür in der Konferenz gegeben wurde (nämlich Rücksicht auf die militärische Situation, die Einheit der Partei usw.) glich aufs Haar der, die wir aus Deutschland zur Genüge kennen und die ja heute noch bei uns für die Minderheit innerhalb der alten Fraktion maßgebend ist. Die Aussprache ließ die Hoffnung zu, daß die französischen Genossen in Zukunft die Rückwirkung ihrer Haltung auf die Internationale mehr in Betracht ziehen werden als bisher. In dem von einem der französischen Deputierten entworfenen Manifest werden in der endgültigen Fassung gerade an die sozialistischen Parlamentarier sehr bestimmte Forderungen (auch in bezug auf die Kreditabstimmung) erhoben, auf deren Erfüllung durch die französischen Teilnehmer der Konferenz man nun wohl rechnen kann.

Die Vertreter der Minderheit aus Deutschland erschienen infolge der Vorgänge in Deutschland in zwei verschiedene Gruppen getrennt. Schon auf der ersten Zimmerwalder Konferenz war die Meinungsverschiedenheit innerhalb der deutschen Opposition zutage getreten. Jetzt zeigte sie sich deutlich bei der Behandlung fast aller berührten Fragen, so bei der Frage der Beziehungen zum Haager Bureau, der strikten Forderung der Ablehnung von Kriegskrediten und ob die Bewilligung von Kriegssteuern für eine sozialistische Partei zulässig ist.

Die verschiedenartige Zusammensetzung (offizielle Parteien, Lokalorganisationen, Minderheitsgruppen) der Konferenz, auf der einige wichtige Parteien überhaupt nicht vertreten sein konnten, erschwerte naturgemäß die Arbeiten der Konferenz, die auch sachlich vor viel schwierigeren Aufgaben stand als die erste Zimmerwalder Zusammenkunft. Damals handelte es sich im wesentlichen darum, nach außen zu dokumentieren, daß der internationale Zusammenhang der Arbeiterschaft auch im Kriege nicht zerrissen werden kann, sofern die Arbeiter ihre spezifisch proletarischen, die sozialistischen Interessen voranstellen. Eine bloße Wiederholung dieser Manifestation hätte die Veranstaltung einer neuen Konferenz nicht völlig gerechtfertigt. Sie mußte versuchen, weitere Aufgaben zu lösen; und die Entwicklung seit September vorigen Jahres hat ja alle Parteien vor neue Fragen gestellt. In allen Parteien gärt es. Nicht nur in Deutschland ist es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen »Mehrheit« und »Minderheit« und innerhalb der »Minderheit« gekommen. In Schweden hat die von dem »Jugendverband« in Skandinavien (der keineswegs nur Jugendliche umfaßt, sondern eine besondere Organisation neben und in der Partei darstellt) empfohlene Politik zu einer heftigen Krise der ganzen schwedischen Partei geführt, und auch dort erfolgte eine Spaltung der Fraktion. In Holland ist durch den Krieg die Auseinandersetzung zwischen der großen Partei und den Minderheitsgruppen in ein neues Stadium getreten. In der Britischen Sozialistischen Partei gab es ebenfalls innere Kämpfe, die durch den Austritt Hyndmans vorläufig abgeschlossen sind. Das Organisationskomitee Rußlands, dessen parlamentarische Vertretung (Dumafraktion) und dessen auswärtiges Sekretariat den internationalistischen Standpunkt vertreten, ist in Rußland selbst so wenig einheitlich, daß viele seiner Anhänger die Spaltung als unvermeidlich ansehen. Kurz, in allen Ländern ist nicht nur die Stellung der Sozialisten zum Kriege überhaupt eine verschiedene; auch in

den »Oppositions«gruppen oder -parteien werden die im Kriege zu lösenden Fragen nicht überall einheitlich beantwortet. Über diese Tatsache hilft kein Klagen und keine noch so ehrlich gemeinte Ermahnung zur Einigkeit hinweg. Sie ist vielmehr aus der tiefen Krise heraus, in die der Weltkrieg den Sozialismus gestürzt hat, zu erklären. So verständlich es ist, daß die Mehrheit diese Meinungsdifferenzen für sich auszuschlachten sucht, so wenig lassen sie sich durch das bloße Zureden, die Austragung dieser Differenzen zu unterlassen, aus der Welt schaffen.

Die Debatten auf der Konferenz zeigten, daß infolge der regeren Betätigung der Zimmerwald angeschlossenen Parteien im Sinne des Stuttgarter Beschlusses eine Annäherung in den Auffassungen über Taktik und Theorie stattgefunden hat. Fragen, deren Erörterung noch im September vorigen Jahres wahrscheinlich zur Sprengung der ersten Konferenz geführt haben würde, fanden diesmal eine Lösung, die noch keine völlige Einheitlichkeit darstellte, aber doch für eine nicht zu weite Zukunft erhoffen ließ. Die Erfahrungen, die bei der politischen Betätigung im Gegensatz zu den Regierungen, bürgerlichen Parteien und sozialistischen »Mehrheiten« gemacht worden sind, haben überraschend schnell in dieser Richtung gewirkt.

Der Hauptteil der Verhandlungen wurde von den Debatten über die Stellung des Proletariats zu den Friedensfragen eingenommen. Es ist aus den bekannten Gründen unmöglich, hier auf den ganzen Komplex der Fragen einzugehen.

Die Thesen berühren einige der schwierigsten Fragen in der politischen Theorie und Praxis der Arbeiterklasse. Man würde ihnen unrecht tun, wenn man sie als eine vollkommene theoretische Lösung ansehen und beurteilen wollte. Das können und wollen sie nicht sein. Denn dann hätte, um nur eines herauszugreifen, zum Beispiel eine eingehendere Würdigung oder Kritik der pazifistischen Losungen als Kampfesmittel gegeben werden müssen. Das ist aber in den Thesen nur mit der Forderung der Demokratisierung der äußeren Politik angedeutet. Es heißt darüber: »Diese Kontrolle (der auswärtigen Politik) kann nur eine Waffe des Proletariats im Kampfe gegen den Imperialismus, in keiner Weise aber ein Mittel zur Umgestaltung der Diplomatie in ein Instrument des Friedens sein.«

Von großer praktischer Bedeutung für die internationalen Beziehungen der sozialistischen Parteien wird wahrscheinlich der Beschluß über das Verhalten des Internationalen Sozialistischen Bureaus zu Haag (I. S. B.) werden. Diese Resolution enthält eine scharfe Kritik des Exekutivkomitees des I. S. B., empfiehlt den Zimmerwald angeschlossenen Organisationen, »die Handlungen des Exekutivkomitees des I. S. B. mit der größten Aufmerksamkeit zu verfolgen« und bei einer Beteiligung an Veranstaltungen des I. S. B. dort den Standpunkt der internationalistischen Opposition rücksichtslos zu vertreten. Bei der offenbar im Haag bei Vandervelde und Huysmans herrschenden Empfindlichkeit können aus diesem Beschluß sehr leicht Spannungen und Reibungen entstehen, durch die die gegenwärtige Krise der ganzen Internationale noch deutlicher zutage treten würde. Um pessimistischen Gedanken entgegenzutreten, hat die Konferenz in dem gleichen Beschluß ihrer Überzeugung Ausdruck gegeben, daß »die Internationale in dem Maße als wirkliche politische Macht aus dem Zusammenbruch neu erstehen wird, als das Proletariat sich von den imperialistischen

Einflüssen freimachen und den Weg des Klassenkampfes ... wieder betreten wird«. In der Tat ist die Internationale ja nicht eine Frage von Personen und Instanzen, sondern der selbständigen Betätigung und des internationalen Bewußtseins der breiten Arbeiterschichten aller Länder. Auch die zweite Zimmerwalder Konferenz wird nur insoweit Bedeutung für die Zukunft haben, als ihre Beschlüsse und Beratungen der Ausdruck des tatsächlichen Standes der sozialistischen Bewegung in den einzelnen Ländern waren.

Die Konferenz hat sich schließlich wiederum in einem allgemein gehaltenen Manifest an die Bevölkerung der kriegführenden und neutralen Staaten gewandt, um alle Elemente zur sozialistischen Betätigung aufzurufen und zu sammeln. Auch über seinen Wert wird die Wirkung entscheiden, die es auszulösen imstande sein wird.

Das Jubiläum der Buchdrucker.

Von Adolf Braun.

I.

Zwei Zeitpunkte sind in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung Deutschlands als Ausgangspunkte ihrer Entwicklung von höchster Wichtigkeit gewesen: das Jahr 1868 und das Jahr, das der Aufhebung des Sozialistengesetzes gefolgt ist. In den letzten Monaten feierten eine Reihe deutscher Gewerkschaften die Vollendung eines Vierteljahrhunderts ihrer Wirksamkeit. Dieses Zusammentreffen in durchaus verschiedenen Berufen, zum Beispiel denen der Lithographen und Textilarbeiter, ist auf die Aufhebung des Ausnahmerechts, des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie zurückzuführen. Von da ab bis in unsere Tage hatten die deutschen Gewerkschaften trotz aller Versuche, sie auf Grund des gemeinen Rechtes zu bekämpfen und das Koalitionsrecht, so vor allem durch die Zuchthausvorlage, zu beschränken, eine ununterbrochene Entwicklung. Nur ganz wenige Gewerkschaften, unter denen die hervorragendste die der Buchdrucker ist, haben eine auch vom Sozialistengesetz nicht unterbrochene, wenn auch vielfach gestörte und in Frage gestellte Geschichte. Legt man nicht auf die Form der Organisation, sondern bloß auf die Tatsache, daß Arbeiter des gleichen Berufs zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zusammenstanden, das Gewicht, so wird die deutsche Arbeiterklasse nach zwei Jahren gar viele gewerkschaftliche Jubiläen in Erinnerung fünfzigjähriger, wenn auch nicht ununterbrochener Wirksamkeit feiern können. Erinnern wir uns, daß wir kurz vor Beginn des Krieges auf ein halbes Jahrhundert Parteigeschichte zurückgesehen haben, so wird uns ins Bewußtsein gerufen, daß die Partei älter ist als die Gewerkschaften innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung. Daß diese Tatsache neben der starken Unterbrechung der Gewerkschaftsbewegung durch das Sozialistengesetz sehr viele Aufklärung über die Stellung von Partei und Gewerkschaften in früheren Jahrzehnten gewährt, ist schon des öfteren hervorgehoben worden.

Sind die Jahre 1868 und 1891 für die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland von besonders hoher Bedeutung gewesen, so haben eine Reihe von Gewerkschaften auch über das Jahr 1868 zurück ihre Geschichte zu verfolgen. Freilich ist es heute oft nicht leicht, festzustellen, ob die

Vereine, die uns aus der Zeit vor 1868 oft nur dem Namen nach überliefert sind, Ausläufer der alten Gesellenbewegung oder erste Ansätze einer modernen Gewerkschaftsbewegung gewesen sind. Oft gehören sie auch wie die alten Vereine der »französischen Handschuhmacher« in Magdeburg und in anderen Orten keiner dieser beiden Gruppen an. Aus den 1860er Jahren werden uns nicht wenige Streiks gemeldet, von denen einzelne in Beziehungen mit lokalen Vereinen standen. Zwei große Zentralverbände, die beide ihrem eigentlichen Wesen nach mit den ursprünglich zünftigen Gewerben weniger gemein haben als die alten Handwerke der Schlosser oder Maurer, lassen sich weit hinter das Jahr 1868 zurückverfolgen, die Buchdrucker und die Tabakarbeiter. Um die Mitte der 1860er Jahre sind die Wurzeln der gegenwärtigen Organisation zu finden, beide Organisationen aber haben, freilich ohne sichtbare Verbindung mit den Ausgangspunkten 1865 und 1866, ein ruhmreiches Blatt ihrer Geschichte im Jahre 1848. Aber selbst hinter dieses Jahr, in dem zahlreiche Schranken gefallen sind und noch mehr zu fallen schienen, was einen starken Antrieb zur Organisation auslöste, lassen sich sowohl die Organisationen der Buchdrucker wie der Tabakarbeiter weit zurückverfolgen. Die der Buchdrucker hatte den eigenartigen Namen des Postulats.

Die Geschichte der Buchdrucker hätte auf die Wirtschaftshistoriker einen stärkeren Anreiz ausüben sollen. Wir wissen, wann dieses Gewerbe entstanden ist, und wir kennen ziemlich genau seine ganze technische Entwicklung. Wir haben da nicht wie bei anderen Gewerben mit einer dunklen, kaum jemals aufzuhellenden Vergangenheit zu rechnen, die weit länger sein dürfte als die Zeit, für die uns geschichtliche Ereignisse überliefert wurden. Die Erfindung der Buchdruckerkunst, diese revolutionärste aller Erfindungen, ist zeitlich ziemlich klar festgestellt, und für jedes Jahr ihrer Wirksamkeit haben wir Zeugnisse ihrer Produktion. Wir wissen auch, daß die Buchdruckergesellen bald mit hohem Selbstbewußtsein ihre soziale Stellung vertreten und hier und da uns heute etwas eigenartig erscheinende Ansprüche gestellt haben. Wir wissen auch, daß es an mancherlei Orten, zum Beispiel in Lyon im sechzehnten Jahrhundert, selbst blutige Auseinandersetzungen zwischen den Buchdruckern und den Behörden gegeben hat und daß besondere Gesetze nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Zensur, sondern auch in bezug auf die Stellung der Gesellen im Buchdruckergewerbe gegeben wurden. Aber trotzdem ist uns im allgemeinen wenig bekannt über die soziale Geschichte im deutschen Buchdruckergewerbe. Das Technische, Künstlerische, Geschäftliche, auch das Sprachliche ist viel stärker bearbeitet worden als das Soziale. Für Österreich hat der verstorbene Genosse Höger hier wichtige Arbeit geleistet. Für das in diesen Tagen stattfindende fünfzigjährige Jubiläum der deutschen Buchdruckergehilfenorganisation ist die Herausgabe eines ersten Bandes einer zweibändigen Geschichte angekündigt. Wir müssen uns vorbehalten, dieses Werk nach seinem Erscheinen zu besprechen, wir begnügen uns heute, in einigen großen Zügen die Geschichte der zwar an Mitgliederzahl nicht stärksten Gewerkschaft, aber an Einfluß sehr bedeutsamen Buchdruckerorganisation unter einigen charakteristischen Gesichtspunkten zu beleuchten.

Schon vor 70 Jahren (1846) gab es in Hannover einen Leseverein der Buchdrucker in Hannover, ähnliche neutrale Vereine in anderen Orten, in

Mittweida in Sachsen erschien von 1846 bis 1848 (Gründung des Gutenberg) das Wochenblatt »Typographia«, Organ für Buchdrucker, Schriftgießer, Xylographen.

Ein besonderes Ruhmesblatt der Buchdruckergehilfen sind ihre organisatorischen Bestrebungen im Jahre 1848. Bald nach den Märztagen haben die Buchdrucker ihre Berufsinteressen besprochen, Kongresse einberufen, Forderungen aufgestellt, den Deutschen Nationalbuchdruckerverein gegründet, ein Programm für die gewerkschaftliche Aktion beschlossen, das eines der bemerkenswertesten Aktenstücke für die Geschichte der gesamten Arbeiterbewegung in Deutschland ist. Es eilt der Zeit gewaltig voraus, und es rechnete doch mit allen tatsächlich vorhandenen, wenn auch noch nicht zur Reife gediehenen Verhältnissen und mit der ganzen Entwicklung. Was die Gewerkschaften heute hinsichtlich der Regelung des Arbeitsverhältnisses mit gewerkschaftlichen Kampfmitteln erstreben, ist in diesem 68 Jahre alten Programm mit einer mich immer wieder von neuem in Erstaunen setzenden Klarheit dargestellt. Freilich fehlte es den Buchdruckern des Jahres 1848 an den gewerkschaftlichen Erfahrungen, an der finanziellen Kraft zur Führung der Kämpfe, an dem Abwägen der Voraussetzungen eines Erfolges und der Machtverhältnisse der Unternehmer, der wirtschaftlichen Bedingungen und Kräfte innerhalb der Arbeiterschaft und beim Unternehmertum, wie an der Übersicht über den Bedarf an Druckerzeugnissen, um das Erreichbare vom Unerreichbaren unterscheiden zu können. So haben die Buchdrucker im Jahre 1848 eine Reihe unglücklicher, aber vom Standpunkt der Gewerkschaftsgeschichte überaus wichtiger Kämpfe geführt. Stephan Born, Spiegel, Fröhlich und der im Gefängnis gestorbene Franz Goerlitz waren die bekanntesten Buchdrucker.

Die Unternehmer erhielten bald Hilfe, ja Sicherung gegen weitere Angriffe der Arbeiterorganisation, die Reaktion, die bald Herrin der zerfahrenen revolutionären Bestrebungen wurde, wandte sich ebenso energisch gegen die wirtschaftlichen wie gegen die politischen Organisationen der Arbeiter. Mit außerordentlicher Zähigkeit suchten aber die Buchdrucker jede Stelle zu verteidigen, in der sich ihre Organisation festgesetzt hatte. Und selbst als alle ihre Vereine, auch die unter dem harmlosesten Namen, zerstört waren, Haussuchungen, Beschlagnahmen, Gefängnisstrafen und Ausweisungen jeden Trieb zur Organisation ersticken sollten, ließen sie noch ihr Fachblatt unter den allergrößten Schwierigkeiten bis Ende 1852 erscheinen, bis dieser »Gutenberg« in Trebnitz in Schlesien enden mußte. Die gegen den »Gutenberg« gegründeten »Mitteilungen für Buchdrucker und Schriftgießer« erschienen unregelmäßig, zuletzt im April 1857. Die Jahre der Reaktion ließen eine Organisation der Buchdrucker nicht aufkommen. Erst als der Kapitalismus die Niederwerfung der gewerbepolitischen Schranken seiner freien Entfaltung durchsetzte, als 1859 die Gewerbeordnung in Österreich dem wirtschaftlichen Liberalismus im Gebiet des Deutschen Bundes freie Bahn schuf, konnte man an die Möglichkeit denken, daß auch die zahlreichen, aus der Zeit des Konzessionszeitalters überkommenen, von Ortloff im Corpus juris opificiarii aufgezeichneten Beschränkungen der Arbeiterbewegung wegfallen würden. Das geschah zuerst in dem industriellsten Teile des Deutschen Bundes, im Königreich Sachsen, in dessen Gewerbeordnung die alten Koalitionsrechtsverbote nicht mehr aufgenommen wurden. Es ent-

standen Fortbildungsvereine und Unterstützungsvereine, so in Berlin, Halle, Weimar usw. Vor allem sproßte im Königreich Sachsen sowohl die politische wie die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung empor.

Die kommende Befreiung von den Fesseln der Koalitionsverbote wird gar nicht abgewartet, Anfang 1862 bildet sich in Leipzig der Fortbildungsverein der Buchdrucker, und am 1. Januar 1863 beginnt der »Correspondent, Wochenschrift für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer« zu erscheinen. Mit diesem Blatt ist die Geschichte des Verbandes aufs engste verknüpft. Heute erscheint es dreimal in der Woche, während es sonst kein Gewerkschaftsblatt in deutscher Sprache gibt, das öfter als einmal in der Woche erscheint. Ich glaube, daß auch außerhalb Deutschlands kein Gewerkschaftsblatt besteht, das dreimal wöchentlich erscheint und das in so strenger Weise die Grenzen des gewerkschaftlichen Charakters einhält, überaus selten über diese hinaus ins Politische oder ins Fachtechnische eingreift. In der ersten Zeit war es möglich, daß ein Redakteur des »Correspondent« in die »Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker« übertrat, ohne daß hierin etwas Anstößiges gefunden wurde. Im vierten Jahrzehnt seines Bestandes trat der »Correspondent« unter Gasch in schärfsten Gegensatz gegen die Leitung des Verbandes. Dann hatte das offizielle Fachblatt, das bald aus dem Besitz des Leipziger in den des Gesamtverbandes überging, zeitweise auch Blätter der Buchdruckergehilfen neben und gegen sich. Am Anfang fühlte sich das Blatt in seinen Kinderschuhen noch recht unsicher. Das merkt man sowohl aus der Ankündigung wie aus dem Programmartikel. Freilich soll man verstehen, daß unter den ganz unsicheren politischen Verhältnissen, unter den Schwierigkeiten, die die Verschiedenheit der Preßgesetze und ihre eigenwillige und eigensinnige Handhabung gewärtigen ließen, eine sehr große Vorsicht und eine nicht allzu große Offenheit begreiflich war. Dann darf man auch nicht übersehen, daß auf vollständig neuem Gebiet Bahnen gezogen werden sollten und daß den ersten Redakteuren des »Correspondenten« jede Erfahrung und jedes Vorbild fehlte. Es wäre ein gar billiges Vergnügen, an die ersten Nummern die Maßstäbe anzulegen, die wir heute gewonnen haben. Wir wollen deshalb nicht das Kleinliche und Unvollkommene und doch wenig Erstaunliche, sondern das bemerkenswert Gute hervorheben. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit einheimischen wie auswärtigen Kollegen, das Streben nach Fortschritt, nach sozialer und literarischer Ausbildung, nach Einigung sowie Kenntnis der sozialen Zustände auswärtiger Kunstgenossen wird betont:

Je weniger in den jetzigen Umständen uns Gebrauch von Versammlungs- und Vereinsrechten zu machen gestattet ist, um so mehr macht es sich notwendig, daß wir einen bestimmten Ort haben, wo wir, wenn auch nur im Geiste, miteinander bekannt werden, uns gegenseitig aussprechen, auch wohl einen Strauß ausfechten können.... Wir werden endlich vor allen Dingen in unseren Leitartikeln die Interessen der Kollegen in technischer wie in sozialer Beziehung vertreten und darin den unzählige Male ausgesprochenen Wünschen derselben nachzukommen uns bestreben. Außerdem werden wir auch die allgemeinen Arbeiterangelegenheiten zu keiner Zeit aus dem Auge verlieren und vorzugsweise über den nächstes Frühjahr in Leipzig stattfindenden Arbeiterkongreß berichten. Unser höchster Lohn würde es sein, wenn es uns gelänge, den Geist der Kollegen in einer Weise zu heben und zu kräftigen, daß dieselben, sowohl was das geschäftliche als das gesellschaftliche Leben anbelangt, dem hohen Ziele der Menschheit, der Entfaltung der Männer-

würde, die jetzt noch so schmerzlich vermißt wird, immer näher und näher gebracht werden.

Es heißt zwar in dem Artikel auch, daß das neue Blatt das Bestreben hat, den »Herren Prinzipalen wie Kollegen ein Organ zu schaffen«, aber das war wohl nur zu dem Zwecke geschrieben, um den Charakter des reinen Arbeiterblatts etwas zu verhüllen.

Der »Correspondent« hat schon vor drei Jahren sein fünfzigjähriges Jubiläum feiern können, aber er hat auch in diesem Jahre einen bedeutsamen Gedenktag. Im Hochsommer 1866 trat Richard Härtel als Redakteur in das Blatt, einer der besten Redakteure, die die ganze Gewerkschaftspresse gehabt hat, einer der begabtesten Organisatoren und Taktiker, einer der klügsten Köpfe, die die Gewerkschaftsbewegung aufzuweisen hatte. Sowohl Liebknecht wie Bebel, vor allem aber Liebknecht, sprachen mit höchster Anerkennung von Härtel, wenn er auch, wie ich glaube, niemals eingeschriebenes Mitglied der Partei war.

In zahlreichen Druckorten des deutschen Sprachgebiets wurde das Erscheinen des »Correspondenten« mit Begeisterung aufgenommen, jede Nummer lockerte den Boden, aus dem die Organisation sprießen sollte. Schon im Gründungsjahr des »Correspondenten« beantragte in einer Versammlung des Fortbildungsvereins für Buchdrucker zu Leipzig am 10. April 1863 nach einem Vortrag Roßmäßlers, der sich gegen Lassalle wandte und sich für die Fortschrittspartei einsetzte, der Schriftsetzer Didolph: »Es möge auf die baldtunlichste Abhaltung eines Allgemeinen Deutschen Buchdruckerkongresses Bedacht genommen werden.« Am 9. Juli stellte die auf Grund dieses Antrags gewählte Kommission ein Programm auf:

1. Versuch der Feststellung eines Normalsatzes für gleiche Verpflichtung und gleiche Berechtigung in den Unterstützungskassen sowie Hinweis auf die Nützlichkeit der Errichtung von Spar- und Vorschuß- und Anschluß an Lebensversicherungskassen;
2. Aufforderung zur Bildung von Lokal- und Gauvereinen und tunlichste Verbindung dieser Vereine untereinander;
3. Viatikumsangelegenheiten.

So viel Sympathie auch dieser Vorschlag fand, so wenig war er sofort durchführbar, es fehlte das Geld zur Abhaltung des Kongresses, und bestimmte Zusagen seiner Beschickung liefen nicht ein. Entscheidend wurde die Arbeitseinstellung der Leipziger Buchdrucker im Jahre 1865, die Bebel im ersten Bande seiner Lebenserinnerungen in überaus interessanter Weise geschildert hat (Aus meinem Leben, I, S. 101 bis 113). Die ganze Aufmerksamkeit der Buchdrucker war auf den Streik gerichtet und auf die Verurteilung der Tarifkommission zu Gefängnis wegen Verletzung der Streikparagraphen der Sächsischen Gewerbeordnung, ein Urteil, das aber von der höheren Instanz aufgehoben wurde. Zahlreiche Maßregelungen erfolgten, der Leipziger Lokalverein erhob zur Rückzahlung der Darlehen und zur Unterstützung der Gemaßregelten vierfach erhöhte Beiträge, und der Erfolg war, ganz abgesehen von den schweren Opfern, sehr gering. Trotzdem ist dieser Leipziger Buchdruckerstreik einer der folgenreichsten und erfolgreichsten der ganzen Gewerkschaftsbewegung. Überall weckte er die Geister, überall zeigte er die Notwendigkeit festgefügter und zielklarer Organisation. Um die Mitte des Jahres 1865 war der Streik be-

endet, am 20. Oktober beantragte der Vorstand des Leipziger Fortbildungsvereins, für Pfingsten 1866 einen Allgemeinen Deutschen Buchdruckerkongreß einzuberufen. Am 1. Dezember 1865 erschien der »Aufruf an die deutsche Kollegenschaft zur Beschickung des während der Pfingstfeiertage 1866 in Leipzig stattfindenden Ersten Vereinstags der Deutschen Buchdrucker«. Es wurde unter anderem vorgeschlagen die »Gründung von Vereinen zur Wahrung der materiellen Interessen des Buchdruckerstandes, Feststellung der speziellen Bedingungen, unter welchen Reise- und andere Unterstützungen zu verabreichen sind. Wie ist das Assoziationsprinzip, besonders die Produktivgenossenschaft zu unterstützen?« 85 Delegierte aus 34 Druckorten kamen am 20. Mai zu dreitägigen Verhandlungen zusammen. Gegründet wurde dort der Deutsche Buchdruckerverband, fünf Monate nachdem auf Fritzsches Anregung der Allgemeine Deutsche Zigarrenarbeiterverein gegründet worden war. Es war das noch nicht ein richtiger Zentralverband, mehr eine Verbindung von Vereinen mit Gegenseitigkeit der Unterstützungskassen und Freizügigkeit untereinander und mit einer ständigen Kommission. Erst der Zweite Buchdruckertag, der zu Ostern 1868 in Berlin von 43 Delegierten abgehalten wurde, schuf ein wirkliches Statut, beschloß die Errichtung von Unterstützungskassen, von Gauvereinen, einer Zentralinvalidenkasse. Er stellte die Forderung nach Abschaffung der Sonntagsarbeit und der Schaffung eines Lehrlingsregulativs auf und machte Härtel zum besoldeten Verbandspräsidenten.

Damit war Härtel als leitender Mann anerkannt. Sein Geist war es, der im ersten Vierteljahrhundert dem Buchdruckerverband die Richtung gab. In der Eröffnungsrede zum ersten Kongreß hatte er erklärt, daß

in erster Linie dafür zu sorgen sei, daß die Mitglieder in Fällen der Konditionslosigkeit usw. nicht dem Elend preisgegeben werden, daß sie sich vielmehr in möglichst allen Lebenslagen auf die Hilfe ihrer Vereinsgenossen verlassen können.... Wir haben dann weiter ein reiches Arbeitsfeld vor uns: Einrichtung, respektive Verbesserung der verschiedenen Unterstützungskassen, Regelung der Arbeitspreise, des Lehrlingswesens, der Arbeitszeit usw.... Es soll nicht ausgeschlossen sein, daß wir uns auch mit allgemeinen Arbeiterangelegenheiten beschäftigen, für diesmal mit dem Berliner Antrag, die Koalitionsfreiheit betreffend. Derartige Fragen in unser eigentliches Programm aufzunehmen, halten wir deshalb für unnötig, weil wir dazu keiner Organisation der Buchdrucker bedürfen, es genügt und ist überdies von weit größerem Nutzen, wenn sich unsere Kollegen den bestehenden allgemeinen Arbeitervereinen anschließen und dort mit den übrigen Arbeitern vereint die natürlich auch für uns unentbehrlichen Freiheiten auf politischem wie auf sozialem Gebiet zu erlangen suchen. Wir wollen also den Vorwurf, der uns so oft gemacht wird, als sonderten wir uns grundsätzlich von den übrigen Arbeitern ab, nicht noch verstärken helfen.

Im Oktober 1873 führte Richard Härtel in einer Versammlung der Berliner Buchdrucker aus: In meiner Eigenschaft als Verbandspräsident halte ich es für das beste, mich formell keiner Partei anzuschließen, im Geiste gehören wir jedoch der sozialdemokratischen Partei (Eisenacher Programm) an.

Wilhelm Liebknecht, der schon gleich nach seiner Rückkehr aus England im Berliner Buchdruckergehilfenverein über die Trade Unions

gesprochen und nach seiner Ausweisung aus Berlin im Leipziger Fortbildungsverein seine englischen Erfahrungen über die Gewerkschaften ausgenutzt hatte, gewann wohl einen sehr starken Einfluß auf Härtel und damit auch auf die erste Zeit der Buchdruckerbewegung. Aber der Gedanke, sie neutral zu erhalten, war Härtels und auch seiner Nachfolger dauerndes Streben, obgleich dies die Buchdruckerorganisation weder vor dem Hasse der Unternehmer noch vor den Verfolgungen der Behörden bewahrte. Unter dem Sozialistengesetz kam der peinlich neutrale Verband in die schwersten Gefahren, er hatte damals nur die Wahl, weiterzubestehen unter den schweren Bedingungen, die ihm das Berliner Polizeipräsidium stellte, oder das Schicksal fast aller deutschen Gewerkschaftsorganisationen, die Auflösung auf Grund des ausdrücklich gegen die Sozialdemokratie gerichteten Gesetzes über sich ergehen zu lassen. Man hat zu jener Zeit das Wort vom königlich preußischen Gewerkverein geprägt. Wir waren schon damals der Überzeugung, daß man damit dem Verband der Buchdrucker unrecht getan hat. Mancherlei Schwierigkeiten nicht nur in Preußen, sondern auch in Bayern und Sachsen hatte der Verband in jenen Jahren zu ertragen. Nach Aufhebung des Sozialistengesetzes hatte er neue Gestalt angenommen, im wesentlichen war aber der Geist während seines ganzen Bestandes der gleiche.

Stark wirkte das englische Muster und das Prinzip der politischen Neutralität, eng wurde das Band um die Berufsgenossen gezogen, fest der Verband gegen ungelernte Arbeiter und Arbeiterinnen abgeschlossen. Unter den großen Gewerkschaftsverbänden ist er nun der einzige, der nur gelernte Arbeiter aufnimmt. Aber diese gelernten Arbeiter hat er bis zu einem verschwindend geringen Bruchteil zusammenzufassen verstanden. Die Versuche der Unternehmer, durch Unterstützungskassen dem Buchdruckergehilfen die Zugehörigkeit zum Verband unnötig erscheinen zu lassen, haben sich als ein kostspieliges und vergebliches Bemühen erwiesen. Auch der Gutenbergbund, der sich nach vielem Schwanken dem Verband der christlichen Gewerkschaften angeschlossen hat, ist zu keiner ernsten Gefahr für den Verband geworden. Mancherlei innere Streitigkeiten, oft sehr tiefgehende, hat der Verband überstanden. Mit der modernen Arbeiterbewegung ist er in der Generalkommission und in den Gewerkschaftskartellen verbunden.

Die großen technischen Revolutionen, den Siegeszug der Rotationsmaschine und der Setzmaschine hat der Verband ohne die zu gewärtigenden Nachwirkungen überstanden. Gerade seine Politik des langfristigen Tarifvertrags, die im Gegensatz zu der sonstigen Auffassung der Arbeiter stand, hat die sprunghafte Durchsetzung der arbeitsparenden Maschinen gehemmt und einen langsamen Übergang veranlaßt. Dies und der Einfluß auf den Arbeitsmarkt, auf das Lehrlingswesen wie auf die Arbeitsvermittlung und auf die Arbeiterwanderung haben die Arbeitsverhältnisse und die gewerkschaftliche Organisation der Buchdrucker vor schweren Erschütterungen bewahrt.

So wichtig diese Leistungen für die ganze Buchdruckerarbeiterschaft waren, wenn die Bedeutung dieser Politik auch häufig innerhalb wie außerhalb des Verbandes nicht richtig gewertet wurde, so ist als weithin sichtbare Leistung, als allgemein gewürdigtes Beispiel und als Erziehungsmittel für die übrige Arbeiterschaft in den Vordergrund zu stellen die lange Zeit so heftig angefeindete und dann doch allgemein anerkannte Tarifpolitik

der Buchdrucker und die Organisation und Durchführung ihrer Streiks, die rasch über die lokale Begrenzung hinauswuchsen zu Bewegungen, die das ganze Gewerbe erfaßten. Von hier gehen die stärksten Einflüsse auf Gewerkschaftstaktik, Streikmethoden, gewerkschaftliche Diplomatie, Verhandlungsart mit den Unternehmern, kollektive Vertragschließung, Tarifsicherung, Abstufungen der Lohnsätze nach den Kosten der Lebenshaltung, Einfluß auf das Lehrlingswesen, die Arbeitsvermittlung, Schiedsgerichtsverfahren aus. War es in früheren Zeiten das Bewußtsein, »Künstler« zu sein, das die Buchdrucker von den übrigen Arbeitern fernhielt, so hat das Pochen auf die größere gewerkschaftliche Erfahrung die Buchdrucker ein starkes Selbstbewußtsein und manchmal einen lehrhaften Ton den anderen Arbeitern gegenüber annehmen lassen, was hier und da das Gefühl vollster Kameradschaftlichkeit nicht recht aufkommen ließ.

II.

Von den großen Gewerkschaftskämpfen der Buchdrucker seien in dieser Skizze die wichtigsten angeführt:

Der Gründung des Verbandes folgte eine Periode des wirtschaftlichen Aufschwunges mit vielfach nicht zu befriedigender Nachfrage an Arbeitskräften und automatischer Steigerung der Löhne. Knapp vor Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges kam der »Leipziger Tarif« zustande. Er befriedigte keine prinzipiell wichtigen Forderungen der Arbeiter, er war mehr theoretisch als praktisch ein Erfolg. Schon hier zeigte sich, daß die Unternehmer im Buchdruckergewerbe eine kraftvolle und lebendig wirkende Organisation hatten. Wie die gewerkschaftliche Verbindung der Arbeiter im Buchdruckergewerbe von höchster Bedeutung für die gesamte Lohnpolitik der Industriearbeiter geworden ist, obgleich die Buchdruckerorganisation nicht die älteste Gewerkschaft ist, so zeichnet auch in mancherlei Hinsicht trotz späterer starker Abweichungen die Unternehmerverbindung im Buckdruckergewerbe die Wege für die Organisation des Unternehmertums vor. Starke Solidarität und schroffer Herrenstandpunkt kennzeichnet zum Beispiel die Prinzipalskundgebung vom 3. Dezember 1872, in der es heißt:

Wenn in irgendeiner Stadt von seiten unter sich geeinigter Gehilfen eine Arbeitseinstellung mit oder ohne Kündigung erfolgt und fortbesteht, trotzdem die Kommission der Vertrauensmänner den Standpunkt der Prinzipale gerechtfertigt findet, so tritt der Gesamtverein zum Schutze der gefährdeten Vereinsmitglieder ein, indem an einem und demselben Tage im ganzen Gebiet des Deutschen Buchdruckervereins die Vereinsoffizinen allen Gehilfen kündigen, die einer Verbindung angehören, welche den betreffenden Streik veranlaßt hat oder unterstützt....

In dem Tone geht es weiter. Das war die Stimmung vor einem heftigen Zusammenstoß. Am 22. Januar 1873 legten die Leipziger Buchdrucker einen Tarifentwurf vor, der abgelehnt wurde, die Aussperrung sämtlicher Verbandsmitglieder und schärfere Maßregeln wurden angedroht, aber nach vierzehn Wochen kam es zum Frieden. Eine für die damalige Zeit in Deutschland fast ganz neue Kriegsmaßregel war von den Unternehmern geplant worden, der Prinzipalsverein forderte am 8. März 1873 die Aussperrung sämtlicher Verbandsmitglieder. In 300 Druckereien in 70 Orten wurden 2000 Verbandsmitglieder, also nur ein kleiner Bruch-

teil der in Betracht kommenden, ausgesperrt. 5000 Verbandsmitglieder blieben stehen, und damit war der Sieg gesichert. Die Unternehmer begannen die Verhandlungen, gewährten die lange geforderte Alphabetberechnung statt der die Arbeiter vor allem durch die betrügerischen Künsteleien der Schriftgießereien schädigenden n-Berechnung. Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhung, ein hoher Lokalaufschlag für Leipzig (16²/₃ Prozent), ein Lohnminimum von 19,50 Mark wurden bewilligt. Bis zum 1. Juli 1876 hatte der in Leipzig erkämpfte »allgemeine deutsche Buchdruckertarif« Geltung. Eine für die damalige Zeit ganz außerordentlich hohe Summe, 20 600 Taler wurden für Leipzig und Umgebung als Streikkosten gebucht. Erwägt man aber, daß diese Lohnbewegung für die Buchdruckereibesitzer Deutschlands entscheidend gewesen ist, so ist diese Summe unerheblich. Unerheblich freilich auch für die Maßstäbe, die wir nun gewöhnt sind. Für die gewerkschaftlichen Arbeiter jener Zeit war dies jedoch eine außerordentliche Leistung. Kaum dürften alle anderen Gewerkschaften zusammen in der Lage gewesen sein, für einen Streik eine derartige Summe gemeinsam aufzubringen.

Die schwere wirtschaftliche Krise, die nach dem Milliardensegen des Deutsch-Französischen Krieges auf Deutschland wuchtete, spiegelte sich auch in der Geschichte der Buchdrucker. Die Tarifverhandlungen von 1876 brachten ausschließlich Verschlechterungen des Tarifes von 1873. Die Lokalzuschläge wurden stark herabgemindert, wenn auch nicht in Leipzig, so doch in Berlin von 33¹/₃ auf 25 Prozent, ähnlich in anderen Orten, Zeitungssatz, fremdsprachlicher, mathematischer Satz wurden verschlechtert entlohnt. Die Mehrheit der Buchdruckergehilfen nahm trotzdem, in Erkenntnis der gedrückten wirtschaftlichen Lage, den Tarif fast mit Dreiviertelmehrheit an. In Berlin freilich wurde er bei 1643 abgegebenen Stimmen mit einer Mehrheit von 79 Stimmen verworfen, worauf gegen den Willen der Verbandsleitung in den Streik getreten wurde. 500 Streikbrecher entschieden ihn zugunsten der Unternehmer. Abgesehen von reichen Unterstützungen der Buchdrucker einzelner Orte kostete dieser Disziplinbruch die Verbandskasse 70 000 Mark Zuschuß. Mancherlei Wirren im Verband folgten diesem unglücklichen Streik, sie klangen noch nach in den Tarifverhandlungen 1878, in denen der Berliner Zuschlag neuerdings von 25 auf 20 Prozent, nun auch der Leipziger von 16²/₃ auf 10 Prozent herabgesetzt wurden, ja auch die Verminderung des Mindestlohnes auf 18 Mark war möglich, wodurch die Neuausgelernten der Willkür der Unternehmer bei der Entlohnung preisgegeben waren. Trotzdem erklärten sich von 3369 an der Urabstimmung beteiligten Gehilfen nur 537, also nicht ganz ein Sechstel, gegen die Annahme.

Mit diesem Tarif mußten die im Deutschen Buchdruckerverband vereinigten Gehilfen in die Ära des Sozialistengesetzes treten. Der Verband löste sich freiwillig auf und schuf sich neu am 21. November 1878 als Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker. Die Methoden der sächsischen Behörden führten dann zur Sitzverlegung von Leipzig nach Stuttgart; die sächsischen Gaue mußten sich nun, äußerlich wenigstens, gesondert organisieren, doch war die Vereinigung mit der Zentralorganisation im März 1881 wieder möglich, da das sächsische Ministerium erklärte, daß der Verein Leipziger Buchdruckergehilfen nach dem eingegangenen Gutachten

nicht mehr zu denjenigen gezählt werde, welche sich im Sinne des sächsischen Vereinsgesetzes mit öffentlichen Angelegenheiten befassen. Es begannen nun freilich infolge mancherlei Unstimmigkeiten Differenzen gerade mit den Leipziger Buchdruckern, die ein starkes Jahrzehnt nachwirkten, die aber wieder in Erinnerung zu bringen nicht not tut.

Gehen wir wieder zur Tarifgeschichte zurück. Schon 1883 waren Anregungen zu einer Tarifreform gemacht worden. Bedeutsam war die Resolution, die Prinzipale und Gehilfen in einer am 30. April 1886 in Leipzig abgehaltenen Buchdruckerversammlung faßten. Sie erkannte »ein striktes Zusammengehen in der Tariffrage und eine friedliche Lösung derselben als eine Notwendigkeit an, geboten im Interesse des dauernden Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wie auch im Interesse der Entwicklung des deutschen Buchdruckergewerbes«. Es kam nun tatsächlich zu einem Tarifvertrag, aber er brachte nicht die Verkürzung der Arbeitszeit, das Minimum wurde etwas erhöht, die tiefgedrückten Lokalzuschläge erholten sich etwas. Die Arbeiter der großen Druckstädte waren über das Ergebnis der Verhandlungen höchst unbefriedigt. Wieder erklärte sich eine gewaltige Mehrheit der Gehilfen für das neue Abkommen, eine starke Dreiviertelmehrheit stützte es, nur 1914 Gehilfen unter 7294 stimmten gegen den Tarif. Unter diesen war mehr als die Hälfte aus Leipzig. Aber auch die Unternehmer waren uneinig, einstimmig lehnten die rheinisch-westfälischen Unternehmer, die bis vor kurzem ihre Sonderstellung im Lager der Unternehmer stets unterstrichen haben und die auch heute nur widerwillig der Tarifpolitik der Unternehmer folgen, den Tarif ab. Es gab nun zahlreichen Streit und Differenzen wegen der Durchführung des Tarifs.

Die starke Mißstimmung im Verband wurde gesteigert durch die Verhandlungen, die der Berliner Gauvorsteher Döblin mit dem Berliner Polizeipräsidium im Auftrag des Hauptvorstandes führte, die Abänderung der Statuten, die Sitzverlegung nach Berlin und sonstige starke Einflüsse der Behörden zur Folge hatten. Noch mehr als durch die Tatsachen wurde durch die sich an sie knüpfenden Gerüchte die Stimmung ungünstig beeinflußt und dem im September 1888 zum Vorsitzenden des Unterstützungsvereins gewählten Döblin sein Amt in mancherlei Hinsicht erschwert. Das wurde nicht besser, als die bald folgenden Tarifverhandlungen nur unerhebliche Änderungen der Lokalzuschläge herbeiführten und der Entwurf einer Tarifgenossenschaft wegen des Widerstandes der Gehilfen zurückgezogen werden mußte. Nun kamen auf lange Zeit die Erörterungen über die Tarife nicht zur Ruhe, immer stärker wurde betont, daß ohne Verkürzung der Arbeitszeit für die Tarifgemeinschaft keine Zustimmung der Gehilfen zu gewärtigen sei. Das führte zum großen Buchdruckerstreik im Winter 1891/92! Ein Kampf höchster Zähigkeit, größter Opfer um den Neunstundentag, ein Kampf, in den eingetreten wurde, nachdem langwierige Tarifverhandlungen erfolglos gewesen waren. Man muß diese Zeit miterlebt haben, um die starke Aufregung zu begreifen, die nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch die ganze öffentliche Meinung ergriff. Die Buchdrucker brachten ganz gewaltige Mittel auf, Leipzig allein hatte 350 000 Mark für den Streik ausgegeben, die Gesamtkosten waren 2 741 119 Mark. Die Arbeiterschaft der anderen Berufe zeigte in einer für die damalige Zeit bedeutsamen Weise

ihre Solidarität, auch aus dem Ausland kamen damals Unterstützungen, die Kasse des Verbandes war vollständig erschöpft. Alle Versuche, zu vermitteln, lehnten die Unternehmer ab, die schwere Hand der Behörden bekamen die Gehilfen zu fühlen, nach zehn Wochen mußten die Buchdrucker geschlagen zur Arbeit zurückkehren. Die Unternehmer lösten die Tarifkommission einseitig auf, sie bedrohten den Verband mit gelben Organisationen, mit »Unterstützungskassen für arbeitslose Gehilfen und Invalidenzuschußkassen«.

Es begann nun eine Zeit der Neuorganisation des Verbandes. Der polizeilich erzwungene Unterstützungsverein wurde aufgelöst, und wieder erstand der »Verband der Deutschen Buchdrucker«. Wenn auch die empfohlene Anbahnung eines graphischen Kartells und eines großen Zentralverbandes der Reproduktionsgewerbe zu keinen Ergebnissen führte, so war doch der Deutsche Buchdruckerverband auf dem ersten allgemeinen Gewerkschaftskongreß nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes (13. bis 18. März 1892 in Halberstadt) vertreten und schloß sich der Generalkommission an.

Sowohl bei den Unternehmern wie bei den Gehilfen wurde der tariflose Zustand unangenehm empfunden. Am 11. März 1896 traten die Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter wieder zur gemeinsamen Beratung zur Anbahnung eines neuen Tarifs zusammen. Mehrfach wurden diese Verhandlungen in Frage gestellt, endlich kam aber der Tarif für das Jahrfünft bis 1. Juli 1901 zustande. Die Bedingung seines Bestandes war, daß in den ersten drei Jahren die Zahl der den Tarif anerkennenden Prinzipale und der nach demselben arbeitenden Gehilfen fortgesetzt größer werden muß. Ein Tarifausschuß und ein Tarifamt der deutschen Buchdrucker wie Schiedsgerichte wurden geschaffen. Die Arbeitsnachweise mußten sich verpflichten, nur tariftreue Gehilfen in tariftreuen Druckereien unterzubringen und auf Anweisung des Tarifamts in erster Linie den durch ihr Eintreten für tarifmäßige Bezahlung arbeitslos gewordenen Gehilfen Arbeit nachzuweisen. Das waren Bestimmungen, die aus dem Tarifabkommen zu einer sehr innigen Tarifgemeinschaft und zu einer scheinbar überstarken, aber doch sehr überschätzten Verknüpfung der Interessen von Unternehmern und Arbeitern führten. Jedenfalls war aber dieser Tarif in seinen Verfassungsbestimmungen die weitestgehende Ausbildung des Tarifwesens für einen großen Beruf auf dem europäischen Kontinent. Gerade deshalb knüpften sich viele, nicht immer sachlich und kameradschaftlich gepflogenen Erörterungen in Streitschriften, Zeitungen, Fachblättern und Versammlungen an diesen Tarifabschluß. Doch weder die Übertreibungen, die von einem beginnenden Reiche des sozialen Friedens faselten, noch die Schwarzmalerei einer Harmonieduselei wurden durch die tatsächliche Entwicklung bestätigt. Die für die einzelnen Mitglieder erreichten Errungenschaften, die Verkürzung der Arbeitszeit um täglich eine halbe Stunde und die Erhöhung der Löhne standen im wesentlichen außerhalb des harten Streites, der fast zu einer Sprengung des Verbandes zu führen drohte und das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Buchdruckerorganisation stark trübte.

Die Frage des Tarifvertrags war Gegenstand vielfacher prinzipieller und praktischer Erörterungen auf den Generalversammlungen, aber die Tarifgemeinschaft war fest eingewurzelt, und die Tarifverträge wurden immer wieder erneuert. In diesem Jubiläumsjahre des Verbandes hätten Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag stattfinden sollen, sie sind aber durch ein Abkommen, das Kriegsteuerungszulage in sichere Aussicht stellte, bis nach dem Friedensschluß vertagt worden.

Von einzelnen kleinen Streiks abgesehen, hat der Buchdruckerverband nun ein Vierteljahrhundert ohne Arbeitseinstellung gewirkt und dabei die gewerkschaftlichen Interessen mit allgemein anerkannter Entschiedenheit gegen das Unternehmertum vertreten. Hat auch der Krieg überaus schwere finanzielle Opfer von der deutschen Buchdruckerorganisation gefordert, so ist sie doch unter Rücksichtnahme auf die Mitgliederzahl der weitaus reichste Verband unter allen Gewerkschaftsorganisationen auf dem europäischen Kontinent, unter allen Buchdruckerorganisationen der ganzen Welt. Diese finanzielle Macht schafft eine außerordentlich starke Widerstandskraft der Gehilfen gegen das Unternehmertum und ist zu einem ganz besonderen eigenartigen Kampfmittel geworden. Die durchaus abweichende Stellung der Organisation der Buchdruckereibesitzer von den übrigen »Arbeitgeberverbänden« erklärt sich aus dieser finanziellen Stoßkraft, die turmhoch alle anderen Gewerkschaften überragt. Viel wird gestritten, ob diesen Machtverhältnissen auch die Erfolge der Buchdruckerorganisation entsprechen. Vielfach wird diese Frage zu einseitig behandelt, indem nur die ausgezeichnete Organisation der Arbeiter in Rechnung gestellt, nicht aber die der Unternehmer mit in Betracht gezogen wird, die noch vollkommener ist als die der Gehilfen, und deren finanzieller Rückhalt zwar nicht so zutage liegt wie bei den Gehilfen, aber gar nicht hoch genug gewertet werden kann.

Die Organisation der Buchdrucker ist straff-zentralistisch und doch feingegliedert durch Gauvorstände, Ortsvereine und auch sehr elastisch durch die selbständige Organisation der einzelnen Berufsgruppen innerhalb des Verbandes. Aber bei aller Berücksichtigung der Spezialinteressen gibt doch die Erziehung des Gemeingefühls den Ausschlag, und die Gewöhnung an große finanzielle Leistungen mit pünktlicher regelmäßiger Bezahlung steht ohne Beispiel da in der Entwicklung der deutschen Gewerkschaften, vor allem in ihren ersten Jahrzehnten. Sehr mannigfach sind die Verbindungen beruflicher Art mit den Unternehmern durch Einigungsämter, Schiedsgerichte und andere Tarifinstitutionen, und doch herrscht ein starkes Mißtrauen gegen das Unternehmertum und gegen jede neue Maßnahme, die das Arbeitsverhältnis betrifft, so daß ein starker und gesunder gewerkschaftlicher Geist bei den Buchdruckern herangezogen wird. Sicherlich sind sie mehr als eine andere Gruppe der Arbeiter kühl, nüchtern, »konservativ«, aber alle Versuche, sie für die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine zu gewinnen, waren doch durchaus vergeblich. Ist der Verband als solcher peinlichst neutral, so wird man nicht vergessen dürfen, daß die Buchdrucker der Sozialdemokratie sehr viele Kräfte geschenkt haben. Zu unseren Abgeordneten, Redakteuren, Parteibeamten haben die Buchdrucker insbesondere in früherer Zeit ein besonders starkes Kontingent gestellt. Unter den auf Grund des

kleinen Belagerungszustandes aus Leipzig Ausgewiesenen war der fünfte Teil Buchdrucker, und ebenso wurden aus Berlin und aus Hamburg auf Grund des Sozialistengesetzes zahlreiche Buchdrucker ausgewiesen.

In einer Zeit der vollständigen Revolutionierung des Buchdruckergewerbes hat die Buchdruckerorganisation die höchsten Leistungen für die Arbeiter aufzuweisen, ein ganz beträchtlicher Anteil an dem ökonomischen Nutzen aus dem Produktionsfortschritt ist den Gehilfen zuteil geworden, er konnte nicht ausschließlicher Gewinn der Unternehmer bleiben. Die Buchdrucker haben trotz der starken technischen Erschütterungen ihres Gewerbes ihre Geschlossenheit erhalten können und das Eindringen von lohndrückenden Elementen verhindert. Sie haben es zur höchsten beruflichen Konzentration der Arbeiter gebracht, und sie können auch den schweren Erschütterungen, mit denen das deutsche Wirtschaftsleben nach dem Kriege zu rechnen haben dürfte, mit ziemlicher Beruhigung und mit einer während des Krieges gesteigerten Wachsamkeit entgegensehen. In den verflossenen fünfzig Jahren hatten die Buchdrucker gelernt, sich als ein Teil der Arbeiterklasse zu fühlen, sie haben im wesentlichen ihren Berufsdünkel abgelegt, der aus ihrer Stellung zwischen Hand- und Kopfarbeit zu erklären war.

Die Frage drängt sich am Schlusse dieser Betrachtung auf: Warum haben die Buchdrucker so viele und so große Erfolge errungen, so alle Rückschläge überwunden, die sie wegen vielleicht verfrühter Forderungen früher ertragen mußten? Um die Frage zu beantworten, müßte man die ganzen Beziehungen von Produktionsprozeß und Gewerkschaft aufdecken. Man müßte vor allem feststellen, daß die Erfolge im Baugewerbe in mancherlei Hinsicht, vor allem auch mit Rücksicht auf die Vorbildung und das durchaus anders geartete persönliche und berufliche Leben der Bauarbeiter noch weit mehr bemerkenswert sind. Buchdrucker wie Bauarbeiter haben in der Arbeitseinstellung und auch schon in der bloßen Ankündigung der Arbeitseinstellung eine weit bedeutsamere Waffe als Tischler oder Maschinenbauer. Die bestellten Möbel und die angeforderte Lokomotive sollen natürlich auch rechtzeitig geliefert werden. Aber wenn ein Streik ausbricht, so werden sie ohne besondere Nachwirkung für den Unternehmer um einige Wochen später, eben um die Zeit später, die der Streik dauert, geliefert. Ganz anders im Baugewerbe. Dort geht ein nicht wieder einzubringender Teil der für die meisten Bauten durch Temperatur und sonstigen Witterungsbedingungen eingeschränkten Bauzeit durch rechtzeitig einsetzende Streiks verloren. Nicht um die Streikzeit später, sondern statt im Herbst im kommenden Früh- oder Spätsommer wird der durch den Streik unterbrochene Bau fertiggestellt. Deswegen ist für das Unternehmertum ein Streik der Maurer etwas durchaus anderes als ein Streik der Bleistiftarbeiter oder der Porzellandreher. Ganz ähnlich liegt es bei den Buchdruckern, ja noch schwieriger für das Unternehmertum. Trotz des Streiks werden genau ebensoviel Gebäude von den Bauunternehmern errichtet als in einer gleichen, wenn auch etwas kürzeren Zeitperiode ohne Lohnbewegung. Dem Buchdruckergewerbe gehen infolge von Streiks zahlreiche Arbeiten für immer verloren. All die Zeitungen, die während der Streikzeit hätten erscheinen sollen mit allen ihren Inse-

rateneinnahmen, sind unwiederbringlich verloren. Deshalb gab es nur ganz ausnahmsweise Streiks bei großen Zeitungen. Aber auch sonst schafft das Buchdruckergewerbe in ganz erheblichem Prozentsatz Arbeiten für den Tag oder Arbeiten für kurze Frist, die schnell wirken sollen und außerhalb der für sie bestimmten Zeit durchaus oder in starkem Maße überflüssig werden. Dazu gehören Theaterzettel, die Straßenreklame, zahlreiche Zirkulare und sonstige Geschäftspapiere, Eisenbahnfahrpläne, Kursbücher, Todes-, Verlobungs-, Heirats- und Geburtsanzeigen, politische Broschüren, Witzblätter, Zeitungskorrespondenzen und hunderterlei andere, das Buchdruckergewerbe sonst in Nahrung setzende Aufträge. Die Bedeutung dieser Verluste zwingt den Unternehmer zu einer ganz anderen Stellungnahme zum Lohnkampf und zur Gewerkschaft als die Unternehmer der Holz und Metall, der Ton und Erden verarbeitenden Gewerbe. Aber man darf nicht vergessen, daß die Buchdrucker diesen Charakter ihrer Produktion sehr wohl auszunutzen verstanden. Sie haben das Koalitionsrecht, das den Landarbeitern gerade wegen dieser Gunst des Produktionsprozesses versagt wird, in großartiger Weise als Waffe zu führen verstanden.

Wenn nun die Buchdrucker auf fünfzig Jahre schwerer Kämpfe, aber zuletzt großer Erfolge, starker Errungenschaften, großer Machtbildung und sozialer Anerkennung zurückblicken können, so gebührt ihnen nicht nur das Gefühl einer Genugtuung, sondern auch der starke Dank der Arbeiter der anderen Berufe. Man kann nicht hoch genug ermessen, was die Gewerkschaften von den Buchdruckern gelernt haben; von niemanden haben sie jedenfalls mehr Anregungen gewonnen bei der Ausbildung der Methoden der Organisation, der Verhinderung wie der Durchführung von Streiks und bei der Sicherung der Errungenschaften der Kämpfe wie bei der Schaffung und Ausbildung der Tarifverträge.

So darf man wohl annehmen, daß in den weitesten Kreisen der Arbeiterschaft das Jubelfest der Buchdrucker begleitet wird von dem Wunsche, daß sie fortschreiten zu neuen Erfolgen und zu größeren Errungenschaften ihrer Mitglieder, daß sie auszugleichen vermögen in der Zeit des Friedens all die Folgen und Wirkungen des Krieges.

Vom Wirtschaftsmarkt.

Die kommende Ära der Fusionen und Trusts.

Der Krieg als revolutionärer Faktor. — Neue Interessengegensätze. — Bankfinanz und großindustrielle Verschmelzungsgelüste. — Neuere Fusionen. — Die Interessengemeinschaft in der Farbenindustrie. — Die beiden alten Farbenkonzerne. — Die Stellung der deutschen Teerfarbenindustrie auf dem Weltmarkt. — Rüstung zum Konkurrenzkampf. — Bedeutung der neuen Interessengemeinschaft. — Gesamtkapital und Dividenden. — Die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Berlin, den 9. Mai 1916.

Wer nicht, durch eine naiv-pazifistische Theoretik in seinem Sehvermögen geschwächt, in dem jetzigen Kriege lediglich ein retardierendes Moment sieht, sondern offenen Blickes die mannigfachen Veränderungen des wirtschaftlichen Gesamtgetriebes betrachtet, der kann sich kaum der Erkenntnis entziehen, daß der Krieg sich als ein starker revolutionärer Faktor erweist, der Gestaltungen zum Durchbruch verhilft, die unter normalen Friedensverhältnissen Jahrzehnte zur Reifung gebraucht hätten. Der Krieg wird,

mag nun die eine oder andere Mächtegruppe besser abschneiden, nicht nur das wirtschaftliche Kräfteverhältnis der europäischen Staaten zueinander wesentlich verschieben, die Vereinigten Staaten von Amerika zum gefährlichsten Konkurrenten Englands machen, den Gegensatz zwischen den amerikanischen und japanischen Interessen im nördlichen Teile des Stillen Ozeans verschärfen, die kapitalistische Entwicklung des Orients beschleunigen, sondern auch im inneren Wirtschaftsleben der kriegführenden Großstaaten, sowohl Englands und Frankreichs als Deutschlands, Umwälzungen hervorbringen, die voraussichtlich auf das politische Leben von höchstem Einfluß sein werden. Schon heute sehen wir, wie in Deutschland der alte gemächliche städtische Mittelstand teilweise herabgedrückt wird und an seiner Stelle eine aus dem Kriegslieferanten- und -spekulantentum herausgewachsene neue Bourgeoisie tritt — mit allen widerlichen Eigenschaften des Emporkömmlingtums und der Selfmademanüberhebung, wie ferner die wirtschaftliche Lage des eigentlichen Mittel- und Großbauerntums infolge der Steigerung der Lebensmittelpreise zwar wesentlich günstiger geworden ist, sich damit aber auch zugleich sein Gegensatz zum Parzellenbauer und Landarbeiter wesentlich verschärft hat, wie weiter ein ansehnlicher Teil der sogenannten freien Berufe, verärgert durch die Lebensmittelpreistreiberei und in seiner patriotischen Ideologie durch die egoistische Plusmacherei verletzt, bereits eine wesentlich andere Stellung zur Geschäftsbourgeoisie einnimmt als vor dem Kriege. Superkluge Propheten aus unseren Reihen hatten herausgefunden, daß nach dem Kriege die ganze Bourgeoisie mit Einschluß der Agrarier, der gelehrten Berufe, der Angestellten usw. eine große patriotisch-reaktionäre Masse gegenüber der Arbeiterschaft bilden würden. Eine seltsame politische Psychologie, die, wie so vieles, was uns prophezeit wurde, bereits heute von den Ereignissen überholt ist. Nicht Ausgleichung, sondern schärfere Zuspitzung der Interessengegensätze innerhalb des Bürgertums wird die Folge des Krieges sein. Muß doch schon das deutliche Bestreben der deutschen Bankfinanz, in Kleinasien und auf dem Balkan nach Friedensschluß neue Kapitalanlagemärkte zu gewinnen und in Südrußland die dort bisher vom französischen und belgischen Kapital gespielte Rolle zu übernehmen, notwendig zu Konflikten zwischen dem Großagrariertum und der Bankwelt führen; denn die Pläne der letzteren lassen sich nur durchführen, wenn Bulgarien, Rumänien, der Türkei und Rußland die Möglichkeit geboten wird, in weit ausgedehnterem Maße als bisher ihre Bodenprodukte nach Deutschland zu liefern. Und ebenso werden sich aus der Absicht der Exportindustrien, besonders der Elektrizitätsindustrie, als Ersatz für verloren gegangene bisherige Absatzgebiete alsbald nach Beendigung des Krieges ihre Ausfuhr nach Rußland und der Levante zu forcieren, unzweifelhaft manche Interessendifferenzen zwischen ihnen und dem ländlichen Grundbesitz ergeben. Anstatt mit einer geschlossenen Front der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie ist vielmehr, sobald die wirtschaftliche Neuorientierung und die große Steuerreform beginnen, mit dem Hervortreten neuer scharfer Interessengegensätze zwischen den einzelnen bürgerlichen Schichten zu rechnen, zumal wenn die Sozialdemokratie dann versteht, ohne Rücksicht auf utopistische Theorien und ohne sich nach links oder rechts zu binden, energisch das Interesse der Arbeiterschaft wahrzunehmen. Wird der Krieg demnach nicht, wie so mancher bürgerliche Ideologe ge-

träumt hat, einen Ausgleich der wirtschaftlichen Interessen zur Folge haben, so wird er andererseits die Machtstellung der Bankfinanz und die industrielle Betriebskonzentration wesentlich vermehren, vor allem aber die Zusammenfassung nahe verwandter, einander ergänzender Betriebe zu großen Riesengesellschaften, Industriesyndikaten und privaten Monopolen unter finanztechnischer Leitung beschleunigen. Die großen Kreditbanken werden unzweifelhaft nach dem Kriege eine noch viel größere Rolle spielen als bisher. Zwar ist seit Kriegsbeginn in der Verkuppelung der kleineren Provinzbanken mit den großen D-Kreditbanken zunächst ein Rückgang eingetreten, aber niemand, der die letzten Geschäftsberichte dieser Banken nüchtern nachprüft (vergl. den Bericht über »Geldmarkt und Bankgeschäft im Jahre 1915«, Neue Zeit, XXXIV, 2, Nr. 3), wird bestreiten wollen, daß in der abgelaufenen Kriegszeit die Großbanken ein weiteres Übergewicht über die Mittel- und Kleinbanken erlangt und diesen wieder recht ansehnliche Stücke ihres Terrains abgegraben haben. Das Weitere wird erfolgen, wenn nach dem Kriege die Einzelstaaten und Gemeinden sich zu größeren Anleihen gezwungen sehen werden und zugleich die Großindustrie, voran die Montanindustrie, nach großen Kapitalien verlangt — zur Ausdehnung ihrer Betriebe und Ersetzung ihrer verbrauchten Einrichtungen.

Je mehr aber die Großindustrie unter die Obhut der Bankfinanz gelangt und mit dieser finanziell verquickt wird, desto mehr werden auch die finanziellen Rücksichten der Banken maßgebend für die Geschäftsführung der großindustriellen Unternehmungen. Die Bankfinanz hat durchaus kein Interesse daran, daß Werke, an denen sie in gleicher Weise beteiligt ist, sich gegenseitig Konkurrenz machen und ihre Profite herabdrücken. Für sie kommt nur die finanzielle Wirkung in Betracht. Und diese erfordert, daß hier konkurrierende Werke vereinigt, dort zur Stützung ein schwächeres Werk mit einem leistungsfähigeren verbunden oder einem Betrieb, der Roh- oder Halbfabrikate herstellt, andere Betriebe angegliedert werden, die dessen Produkte weiterverarbeiten. Wer die mannigfachen Fusionen, vornehmlich innerhalb der Eisenindustrie, sich in den Jahren vor dem Kriege näher angesehen hat, der weiß, daß sie meist nicht aus dem Entschluß der Geschäftsleitungen und der kleineren Aktionäre, sondern aus dem Wunsche der beteiligten Banken hervorgegangen sind, die finanziellen Erträge der betreffenden Betriebe zu steigern. Deshalb wird auch, wenn nach dem Kriege die Erweiterung der Industriebetriebe unter der Führung der Banken erfolgt, diese Erweiterung vielfach zugleich mit Fusionen aller Art verbunden werden. Mehr noch als bisher geht die Verfügung über die industrielle Großproduktion in die Hand weniger großer Kapitalassoziationen über, und gleichzeitig wird damit innerhalb solcher Industriezweige der selbständige Fabrikant, soweit er nicht in einzelnen Fällen als Direktor angestellt wird, ausgeschaltet und die Leitung der Produktion von dem Eigentum an den Produktionsmitteln getrennt.

Daß diese Einwirkung des Krieges auf die wirtschaftliche Entwicklung manchem bürgerlichen Ideologen nicht paßt, der zu Anfang des Krieges von einem Zurücktreten des Interessenegoismus hinter dem »Volksgeist«, dem germanischen »Volksideal« oder dergleichen schwärmte, ist begreiflich. Ethisch beurteilt, wird schwerlich jemand die durch den Krieg geförderte Wirtschaftsgestaltung sonderlich schön finden. Unbegreiflich ist nur, wenn

auch »marxistische« Entwicklungstheoretiker die revolutionäre Tendenz dieser Kriegswirkungen verkennen, die historische Bedingtheit und Notwendigkeit solcher »finanzkapitalistischen« Entwicklung als einer Vorstufe zum Sozialismus leugnen und von der Rückkehr zum wirtschaftlichen Status quo ante träumen. Ein Beweis dafür, wie stark noch immer utopistische Anschauungen in unserer Partei herrschen und wie wenig die marxistische Lehre begriffen wird, daß nicht durch bloßes Wünschen und Wollen, auch nicht durch Straßendemonstrationen und Aufstände gesellschaftliche Formationen herbeigeführt werden können, für die die geschichtlichen Vorbedingungen noch nicht herangereift sind.

Erst die Zeiten nach dem Kriege werden voll erkennen lassen, welche revolutionäre Bedeutung er für unsere Wirtschaftsentwicklung hat. Was sich heute im einzelnen zeigt, sind nur erst Ansätze. Immerhin ist es sehr interessant, zu beobachten, in welcher Weise die großen, von der Gunst des Krieges profitierenden Werke — erinnert sei hier nur an das jüngste Verfahren der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, der Ludwig-Löwe-Gesellschaft und der Daimler Motorenwerke — zur Rüstung für die kommenden Jahre große Beträge auf ihrem Inventar abschreiben, die Reservefonds auffüllen und zudem versteckte Reserven aufhäufen. Daneben tritt seit einigen Monaten eine offenbare Neigung zu sogenannten Fusionen hervor. Erst in den letzten Tagen wurden wieder einige solcher Verschmelzungen gemeldet, wie zum Beispiel die Vereinigung der Hüstener Gewerkschaft (Aktiengesellschaft), ein vornehmlich die Fabrikation von Blech, namentlich Weißblech, betreibendes Werk, mit der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft, der Maschinenfabrik Oskar Schimmel & Co., Aktiengesellschaft in Chemnitz, die hauptsächlich Spinnmaschinen fabriziert, mit der Lokomotiven und Dampfmaschinen bauenden Sächsischen Maschinenfabrik vormals Richard Hartmann, Aktiengesellschaft in Chemnitz, des Köln-Müsener Bergwerksvereins mit der Charlottenhütte-Aktiengesellschaft in Siegen usw.

Alle diese Fusionen werden jedoch an Wichtigkeit bei weitem übertroffen durch die in den letzten Tagen erfolgte Vereinigung der großen Anilinfarbenfabriken zu einer monopolartigen Interessengemeinschaft — schon deshalb, weil das Aktienkapital und die Reserven der sieben vereinigten Gesellschaften einen nominellen Wert von ungefähr 300 Millionen Mark repräsentieren.

Zur Ausnutzung der günstigen Konjunktur für den Absatz ihrer Fabrikate, die neben allerlei pharmazeutischen Präparaten vornehmlich in Teerfarben (Anilinfarben) bestehen, haben schon im Jahre 1905 drei der größten Werke dieses Industriezweiges sich zu einem Konzern vereinigt, nämlich die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen, die Elberfelder Farbenfabriken vormals Friedrich Bayer & Co. in Leverkusen a. Rh. und die Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation in Berlin-Treptow. Das Aktienkapital aller drei Gesellschaften betrug zunächst 51 Millionen Mark, wurde aber bald nach dem Zusammenschluß 1907/08 um 35 Millionen Mark und darauf 1914 nochmals um 41,8 Millionen Mark erhöht, so daß es sich jetzt auf 127,8 Millionen Mark beläuft.

Diese Fusion bewog einige andere große Anilinfarbenwerke, eine Gegenkoalition zu schließen: die Farbwerke vormals Meister, Lucius & Brünnig in Höchst, die Farbwerke Leopold Casella & Co. (G. m. b. H.) in Frank-

furt a. M. und die Aktiengesellschaft Kalle & Co. in Biebrich. Das Grundkapital dieser drei Gesellschaften (ohne Reserven und Anleihekapital) betrug bisher 86 Millionen Mark, wird sich aber, da die Höchster Farbwerke die Ausgabe von 4 Millionen Mark neuer Aktien und ihre Überlassung an die Gesellschaft Leopold Casella & Co. beschlossen haben, demnächst auf 90 Millionen Mark stellen.

In beiden Konzernen behielten die einzelnen Werke im wesentlichen ihre Selbständigkeit, doch wurde in dem 1905 von den Höchster Farbwerken mit der Casella-Gesellschaft abgeschlossenen Vertrag festgesetzt, daß die Rohmaterialien gemeinsam eingekauft, die Patente und Lizenzen ausgetauscht und neue Fabriken im Ausland nur gemeinschaftlich errichtet werden sollten. Die Gewinne sollten nach bestimmten Prozentsätzen verteilt werden. Für den erstgenannten Konzern wurde beispielsweise bestimmt, daß die Reingewinne nach gleichen Grundsätzen ermittelt und unter Berücksichtigung der verschiedenen Abschreibungen und Reservestellungen derart aufgeteilt werden sollten, daß die Badische Anilin- und Sodafabrik 43, die Bayerschen Farbenfabriken ebenfalls 43 und die Aktiengesellschaften für Anilinfabrikation 14 Anteile erhalten.

Da nur einige kleinere, nicht im gleichen Grade leistungsfähige Farbenfabriken außerhalb der beiden Vereinigungen blieben, gelang es diesen, bald nicht nur auf dem deutschen Inlands-, sondern auf dem ganzen Weltmarkt eine Art Monopolstellung zu erlangen. Die Versorgung der fremden Industrien mit deutschen Teerfarben wurde gewissermaßen zu einer deutschen Spezialität, die große Gewinne eintrug. Allein der Wert der deutschen Teerfarbenausfuhr, ohne andere Farbstoffe und Farbprodukte, hat im Jahre 1913 142 Millionen Mark betragen. Ein Erfolg, der vornehmlich der Gewandtheit zu verdanken ist, womit beide Koalitionen sofort die Ergebnisse der deutschen chemischen Forschungen für die Praxis nutzbar zu machen und industriell zu verwerten verstanden. Mehr noch als in irgendeinem anderen Industriezweig arbeiten in der chemischen Industrie Deutschlands Wissenschaft und Praxis Hand in Hand — freilich zumeist zum Vorteil des industriellen Profits.

Als der Krieg ausbrach, schien dieser beträchtliche Export zunächst stark gefährdet. Es war ziemlich sicher, daß die Staaten, die bisher von der deutschen Farbenindustrie abhängig waren (die Vereinigten Staaten erhielten 1913 für 28, Großbritannien für 22½, China für 19, Japan für 18½ und Britisch-Indien für 8 Millionen Mark deutsche Teerfarben), die Gelegenheit benutzen würden, innerhalb ihres Landes mit staatlicher Unterstützung eine eigene Anilinfarbenindustrie großzuziehen. Das ist denn auch geschehen. Man hat nicht nur, wie zum Beispiel in Kanada, Gesetze und Verordnungen eingeführt, die die deutsche Konkurrenz lahmlegen sollten, sondern man ist zugleich zur Gründung großer Farbenwerke übergegangen, für die die betreffenden Regierungen beträchtliche Subventionen bewilligten. So hat die englische Regierung zum Beispiel zur Errichtung von Teerfarbenfabriken ein Darlehen von 1½ Millionen Pfund Sterling zum Zinssatz von 4 Prozent bewilligt, das erst nach fünfundzwanzig Jahren zurückgezahlt zu werden braucht. Ferner hat in Japan sich der Staat mit mehreren Millionen Yen an der Errichtung von Teerfarbenfabriken beteiligt und diesen außerdem allerlei besondere Privilegien eingeräumt.

Bisher haben diese Versuche, die deutsche Teerfarbenindustrie vom Auslandsmarkt zu verdrängen, wenig Erfolg gehabt, doch ist darauf zu rechnen, daß nach dem Friedensschluß der Kampf um den Weltmarkt mit verstärkter Kraft einsetzen wird, und wenn auch bisher die ausländische Teerfarbenindustrie noch nicht genügende Leistungsfähigkeit besitzt, so haben doch einige andere chemische Branchen die Kriegszeit mit Erfolg zur Stärkung ihrer Position benutzt. Diesem zukünftigen Konkurrenzkampf zu begegnen, sich ihre frühere beherrschende Stellung auf dem internationalen Markt zu sichern und, wenn möglich, diese noch weiter auszudehnen, haben sich jetzt die beiden vorhin genannten konkurrierenden Gruppen zu einer großen monopolartigen Interessengemeinschaft vereinigt. Der Zweck ist, die gegenseitige Unterbietung aufzuheben und den Export einheitlich zu betreiben, das heißt, in ehrliches Deutsch übersetzt, auf jenen Auslandsmärkten, wo die fremde Konkurrenz nicht hinkommt, die Preise hochzuhalten, dagegen dort, wo eine scharfe Konkurrenz hervortritt, die Preise möglichst niedrig zu stellen und die Ausfälle, die durch diesen Konkurrenzkampf da und dort auf den Auslandsmärkten entstehen sollten, durch »entsprechende« Preisfestsetzungen auf dem Inlandsmarkt auszugleichen, damit die hohen Reingewinne der letzten Jahre weiter steigen.

Das letztere ist natürlich die Hauptsache, wie denn auch die neue Interessengemeinschaft sich im eigentlichsten Sinne als eine Finanz- und Gewinngemeinschaft darstellt. Die beiden Dreiverbände und ihre Werke bleiben, was ihre innere Betriebsregelung anbelangt, selbständig; auch steht es jedem Werke frei, neue Patente zu erwerben und zu neuen Fabrikationsmethoden überzugehen, nur sollen die technischen Erfahrungen und ebenso auch die Patente ausgetauscht werden, so daß kein Werk mehr allein einen bestimmten Spezialartikel anfertigt, sondern jeder solche Artikel mindestens in zwei Werken hergestellt wird. Vor allem aber soll der Export nach gemeinsam festgesetzten Maximen durchgeführt werden und zugleich der Einkauf von Rohstoffen usw. gemeinschaftlich erfolgen. Abnehmer wie Lieferanten stehen demnach künftig einem einheitlichen Willen gegenüber. Der Gewinn soll in ähnlicher Weise, wie dies bisher schon bei dem Konzern Ludwigshafen-Leverkusen-Treptow der Fall war, zusammengeworfen und nach bestimmten Quoten verteilt werden.

Die Fusion ist eine der größten, die bisher in Deutschland durchgeführt worden sind, beträgt doch ihre nominelle Kapitalbasis, wie schon erwähnt, ungefähr 300 Millionen Mark, der heutige wirkliche Kapitalwert der sämtlichen Unternehmungen aber fast 1000 Millionen Mark. Mit Hinzurechnung der von den Höchster Farbenfabriken der Casella-Gesellschaft überlassenen 4 Millionen Mark neuer Aktien und des Kapitals der sich der neuen Interessengemeinschaft anschließenden Chemischen Werke vormals Weiler ter Meer in Uerdingen ergibt sich folgendes Gesamtkapital:

	Kapital Mill. Mark	Reserven Mill. Mark	Anleihen Mill. Mark
Badische Anilin- und Sodafabrik	54	31,43	21,11
Farbenfabriken Bayer	54	25,32	25
Farbwerke Höchst	54	28,98	6,75
Leopold Casella & Co., G. m. b. H.	30	?	10
Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation	19,80	10,48	7,82
Kalle & Co., Biebrich	6	1,23	3,75
Chemische Fabrik Weiler ter Meer	8	2,61	2,56

An Dividenden haben in den letzten drei Jahren die obigen sechs Werke (ohne die Firma Leopold Casella & Co., die keine Aktiengesellschaft, sondern eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist) ausgeschüttet:

	1913 Prozent	1914 Prozent	1915 Prozent
Badische Anilin- und Sodafabrik . . .	28	19	20
Farbenfabriken Bayer	28	19	20
Farbwerke Höchst	30	20	20
Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation .	23	16	18
Kalle & Co.	?	9	10
Chemische Fabrik Weiler ter Meer . .	12	8	12

Danach könnte es scheinen, daß der Gewinn der Werke sich während der Kriegszeit beträchtlich vermindert hätte. Tatsächlich aber haben sie recht hohe Gewinne erzielt. Die niedrigeren Dividenden erklären sich zum größten Teil daraus, daß ungewöhnlich hohe Abschreibungen und Überweisungen an die Reservefonds vorgenommen wurden. So schreiben zum Beispiel die Badischen Anilin- und Sodafabriken für das letzte Geschäftsjahr 11,6 Millionen Mark ab, überweisen 3 Millionen dem außerordentlichen Reservefonds und außerdem noch 1 Million ihrem Kriegsfonds.

Ein recht netter Anfang auf dem Wege neuer Fusionierungen und Monopolisierungen. Weitere ähnliche Interessenkoalitionen werden folgen in der Industrie, im Bankgewerbe und höchstwahrscheinlich auch in der Schiffahrt. Wer die Bestrebungen auf letzterem Gebiet aufmerksam verfolgt, kann sich kaum darüber täuschen, daß schon heute in gewissen Interessentenkreisen auf das Zustandekommen eines großen Schiffahrttrusts unter Leitung der Hamburg-Amerika-Linie und mit Einschluß der österreichischen Triester Schiffahrtgesellschaften hingearbeitet wird. Und den neuen »Interessengemeinschaften« werden sich neue Kartelle und Syndikate anreihen. Aufgabe der Sozialdemokratie wäre es eigentlich, diese Entwicklung zu verfolgen, sich über ihre Tendenzen klar zu werden und sich darauf vorzubereiten, in den kommenden Interessenkämpfen energisch die Interessen der Arbeiterschaft wahrzunehmen. Statt dessen wird in der Sozialdemokratie der Spaltungsbazillus gepflegt und über die naivsten Zukunftsspekulationen und Utopistereien gestritten. Gegen die Verstaatlichung längst überreifer Industriezweige und den angeblich drohenden »Staatskapitalismus« werden theoretische Gladiatorenkämpfe ausgeführt — und unterdessen entstehen aus den neuen Verhältnissen heraus, ohne sich um die theoretischen Nachweise ihrer historischen Nichtberechtigung zu kümmern, die schönsten Privatmonopole und stellen uns für die Zukunft eine Preispolitik in Aussicht, wie sie niemals ein Staatsmonopol zu betreiben vermöchte, ganz abgesehen davon, daß die fetten Unternehmerprofite besser zur Deckung der durch den Krieg bewirkten Reichsverschuldung dienen könnten. Einen Teil der alten Kladderadatschillusionen und utopistischen Zukunftskonstruktionen hat ja der Krieg zerstört; aber immer noch ist eine so starke Dosis naiver Hoffnungsträume zurückgeblieben, daß noch weitere bittere Erfahrungen nach dem Kriege nötig zu sein scheinen, um allgemein in der deutschen Sozialdemokratie den Sinn für eine konsequent den Aufstieg der deutschen Arbeiterschaft erstrebende sozialistische Realpolitik zu wecken.

Heinrich Cunow.

Literarische Rundschau.

August Winnig, **Zur Neuorientierung der deutschen Sozialdemokratie.** Kriegsprobleme der Arbeiterklasse, 10. Heft. 19 Seiten. Berlin-Karlshorst, Internationale Korrespondenz.

Einer der Eifrigsten unter den »Neuorientierten«, August Winnig, trägt in dieser Flugschrift wieder einmal seine Meinung vor, daß man zur »Demokratisierung des öffentlichen Lebens« und zur »Sozialisierung des Wirtschaftsprozesses« einzig und allein durch Anwendung der parlamentarischen Methode des politischen Kampfes gelangen könne. Die revolutionäre Methode erachtet Winnig als durch die geschichtliche Entwicklung überholt und unanwendbar, nicht nur weil die Arbeiterschaft greifbare Erfolge des Organisationslebens haben will und mit »reiner Ideologie« nicht zufrieden ist, sondern hauptsächlich deshalb, weil die Staatsmacht gewaltig erstarkt ist. Der Autor sagt ungefähr: Der große Krieg hat gezeigt, daß nicht einmal Staatswesen, von denen man vordem glaubte, daß sie auf recht schwachen Füßen stehen, zusammengebrochen sind. So kann Deutschland erst recht nicht erschüttert werden, denn es »verfügt über die stärkste staatliche Organisation der Welt«.... »Ihr zur Seite steht die umfassende Organisation des Kapitals. Aber man darf von alledem absehen und braucht nur auf die Umwälzung der Waffentechnik hinzuweisen, die das Machtverhältnis zwischen den revolutionären und gegenrevolutionären Kräften derart zuungunsten der ersteren verschoben hat, daß nur noch politischer Wunderglaube einen revolutionären Erfolg erhoffen kann. Das sind antirevolutionäre Wirklichkeiten.... Die Schlußfolgerung ist... unentrinnbar gegeben: Offenes Bekenntnis zur parlamentarischen Methode.«

Was können wir nun durch Anwendung der parlamentarischen Methode alles erlangen? Unterschiedliche Reformen. Gewiß. Vielleicht auch vollständige politische Gleichberechtigung aller Staatsangehörigen. Aber es gibt jetzt schon Gemeinwesen, wo vollständige politische Demokratie, volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung besteht. Sind diese Gemeinwesen vielleicht mit der politischen Demokratie zum Sozialismus gekommen? Beileibe nicht, sie sind ebenso kapitalistisch wie Staaten, in denen die politische Gleichberechtigung nicht existiert. Ist ein demokratischer Staat klein, wie etwa die Schweiz oder Dänemark, so bietet er nicht viel Gelegenheit zur Anhäufung großer Reichtümer; in großen demokratischen Gemeinwesen, wie in den Vereinigten Staaten, sind die Klassengegensätze so kraß wie nur irgendwo. Die Demokratisierung ist eben auch nur eine der Reformen, die innerhalb des kapitalistischen Staates möglich sind. Die Sozialdemokratie verfolgte — mindestens bis zu dem historischen 4. August — ein höheres und weit schwerer erreichbares Ziel als die politische Demokratie. Ich glaube, mehr als zwanzig Jahre lang gehört zu haben, sie will die Beseitigung der Klassenherrschaft, die Einführung einer klassenlosen Gesellschaftsordnung. Davon spricht Winnig nichts, obzwar er, nach Bemerkungen auf S. 11 der Flugschrift zu schließen, ungefähr ebenso lange in der Arbeiterbewegung steht wie der Referent. Nur ganz zum Schluß vertröstet Winnig den geduldigen Leser mit der kurzen Bemerkung, der Sozialismus werde sich »als neue Geschichtsepoche durchsetzen«, wenn er »durch die ökonomischen Verhältnisse zur zwingenden Notwendigkeit geworden ist«. Also, wir müssen warten, bis der Sozialismus von selbst kommt! Was wir tun können, wäre demnach, nur auf Reformen innerhalb der bestehenden sozialen Ordnung auszugehen. Ich meine, damit werden nicht alle von uns einverstanden sein, sondern gar mancher möchte gern beitragen, das Kommen der klassenlosen Zeit zu beschleunigen, obwohl er sich der »antirevolutionären Wirklichkeiten«, auf die Winnig hinweist, ganz bewußt ist. Die, welche so denken, bezweifeln wohl auch, daß das Ziel lediglich durch parlamentarische Tätigkeit erreicht werden kann. Denn jene, die materielles Interesse am Klassenstaat haben, würden sich kaum gutwillig einem allfälligen Parlamentsbeschluß zur Beseitigung der Klassenvorrechte unterwerfen, sie würden vielmehr zu

dem Mittel greifen, das Winnig — auf S. 16 — als größtes Hindernis der Anwendung der »revolutionären« Methode andeutet, um die Ausführung eines derartigen Parlamentsbeschlusses zu vereiteln. Soll das Mittel gegen uns nicht anwendbar sein, so müssen wir eben trachten, die Dinge so zu gestalten, daß es versagt. Da ist Gelegenheit genug zu außerparlamentarischer Betätigung.

Die Wesenszüge, welche die Sozialdemokratie von anderen Parteien unterscheiden, sind nach Winnigs Auffassung »unsere Eigenschaft als Vertretung der jüngsten und darum am meisten von Not und Unfreiheit bedrückten Klasse, und weiter unser Gesellschaftsideal, das die Grundlage der bestehenden Gesellschaft, das Privateigentum an den Produktionsmitteln, grundsätzlich verneint«. Stark betont Winnig den Wesensunterschied gerade nicht. Doch das nur nebenbei. Auch der Übergang der Produktionsmittel vom Privat- in Gemeinschaftseigentum bedeutet nicht notwendigerweise das Aufhören von Klassenunterschieden, nicht notwendigerweise das Aufhören des Schaffens von Mehrwert. In einem Staat, der alle Produktionsmittel eignet, können noch ganz gut beträchtliche Klassenunterschiede weiterbestehen, vorausgesetzt, daß Vorrechte irgendwelcher Art existieren. Darum handelt es sich in der Hauptsache. Den »Neuorientierten« scheint aber die Hauptsache aus dem Gedächtnis gekommen zu sein. H. Fehlinger.

Genossenschaftliche Kultur. Eine Flugschriftensammlung. Herausgegeben von K. Bittel. Verlag von W. Langguth in Eßlingen. 54 Seiten. Preis 40 Pfennig.

Dieses kleine Heftchen enthält sieben verschiedene Aufsätze von mit der Sache vertrauten Verfassern über die Konsumvereine und ein entsprechendes Vorwort des Herausgebers. Alle diese Artikelchen sind von dem Bestreben diktiert, der Allgemeinheit klarzumachen, wie gerade der Krieg den Gedanken konsumgenossenschaftlicher Organisation in den Vordergrund des Wirtschaftslebens gestellt hat. Von dieser Strömung wünscht und erwartet man eine günstige positive Rückwirkung auf die Konsumvereine. Die Arbeiten haben also einen guten Sinn und Zweck, es läuft aber zum Teil recht Überschwengliches unter. So schreibt Professor Schür, ein alter Genossenschafter: »Ich glaube an die sieghafte Kraft der Organisation der Konsumenten, die größer ist als alle kapitalistischen Zusammenballungen in den Trusts, Ringen und Syndikaten.« Das ist allerdings ein starker Glaube, der es aber bekanntlich allein nicht tut. Trotzdem kann auch dieses Büchlein mit Nutzen gelesen werden, wenn man die nötigen kritischen Vorbehalte macht.

H. Fleißner.

Georg Irmer, **Völkerdämmerung im Stillen Ozean.** Leipzig 1915, Verlag S. Hirzel. 155 Seiten. Preis kartoniert 2,50 Mark.

Der Verfasser sagt von seinem Buche, es sei: »Eine in großen Zügen hingeworfene Skizze von der gegenwärtigen politischen Lage im Stillen Ozean, ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Ein Bild aus der Vogelperspektive, wie es sich vor dem Auge dessen malt, der fast die Hälfte seiner Mannesjahre damit zugebracht hat, den politischen Werdegang der Dinge im Stillen Ozean am Schauplatz da draußen selbst oder vom Fenster der Wilhelmstraße aus aufmerksam zu beobachten.«

Irmer schreibt zunächst über »Deutsche Kulturarbeit im fremden Land«, in Kalifornien, in der Südsee, in Australien und auf Neuseeland. Er sagt davon: »überall, wo das deutsche Volk auftrat, wurde es der Sauerteig des wirtschaftlichen Lebens«. Aber die Deutschen da unten haben sich nach seiner Meinung zu schnell assimiliert, sie sind »im englischen Meer unwiederbringlich verloren gegangen«. Nur in Kalifornien und in den benachbarten Küstengebieten und an einigen Stellen in Australien haben deutsche Sprache und deutsches Leben noch eine Stätte. Diese aber bleiben »starke Stützen des Deutschtums«, nur leider keine »politische Machtfaktoren im Interesse des Reiches«. Sie müßten »in dauernder Fühlung mit Deutschland er-

halten, richtig geleitet und geschickt benutzt werden«. Irmer klagt: »Mit den deutschen Auswanderern geht es uns wie mit den deutschen Prinzen und Prinzessinnen, die an das Ausland abgegeben werden.« »Der Absterbeprozeß des Deutschtums« läßt sie ganz und gar und schnell verwachsen mit ihrer neuen Umgebung. Deshalb fordert Irmer: »Mit diesem nationalen Elend muß es ein für allemal ein Ende haben nach dem Weltkrieg.« »Man sollte die Auswanderung nach englischem Lande in Zukunft wie Kriegskonterbande ansehen.« »Diese Art der Verschwendung der deutschen überschüssigen Volkskraft an England sollte in Zukunft einem Verrat am Vaterland gleichkommen!« Die Tatsache, »daß das Deutschtum im überseeischen Ausland als Mitfaktor in der Berechnung der deutschen Wehrkraft völlig versagt hat«, muß, so meint Irmer weiter, entsprechend gewertet werden.

»...Der Krieg hat mit eherner Faust dem Tanz um den Götzenaltar der Weltkultur schnell ein Ende gemacht. Wir sind heute darüber einig, daß unsere deutsche Jugend zum Kulturdünger für die Welt und insbesondere für die englische Nation zu gut ist, die Verbreitung des deutschen Gedankens in der Welt, darüber sind wir uns heute alle einig, kann nur dann im nationalen, staatlichen Sinne für den Reichsgedanken Wert haben, wenn er dauernd verknüpft ist mit der Reichsangehörigkeit.... Nicht der deutsche Gedanke in der Welt, nein, die deutsche Tat ist es, die wir sehen wollen, und die in der Wehrhaftigkeit für das Reich ihren sichtbaren Ausdruck findet.... Wir müssen eine neue Erde haben in der Welt; und wenn es irgend angeht, muß sie möglichst nahe vor den Toren des Deutschen Reiches liegen. Aber deutsch muß diese Erde sein.«

In einem weiteren Kapitel spricht Irmer über »die deutsche Erde im Stillen Ozean«. Er schreibt hier Kolonialgeschichte. Bismarck und Caprivi, so meint er, wurden beherrscht von dem »Glaubenssatz, daß die koloniale Mission Deutschlands sich nur im Schatten der englischen Freundschaft entwickeln könnte«. Bismarck »setzte ... in allen überseeischen Fragen eine starke Identität der deutschen und englischen Interessen voraus«. »Und Caprivi bewegte sein ganzes Leben nur der eine Gedanke des unvermeidlichen Krieges nach zwei Fronten, gegen Frankreich und Rußland.« Er sah in England den »einzigen natürlichen Bundesgenossen in diesem unabwendbaren, für die deutsche Zukunft entscheidenden Kampfe«. Irmer gibt zu: »Man ist in den Tagen Bismarcks und Caprivis in London unseren kolonialen Wünschen... unverkennbar entgegengekommen.« Aber mit dem »offenen Bekenntnis des deutschen Volkes zu seiner überseeischen, weltpolitischen Mission«, mit dem »Übergang der Reichsregierung von der bisherigen kontinentalen Politik zur überseeischen, zur Weltpolitik«, mit den Flottenvorlagen und der Erwerbung von Flottenstützpunkten (Kiautschou, Karolinen, Samoainseln) verschwand in England die »friedenssichere (!!) Stimmung«: »mit der Freundschaft Englands war es vorläufig vorbei«.

Irmer erinnert an den Karolinenstreit mit Spanien 1885. Er gibt von der Beilegung desselben eine neue, interessante Darstellung. Er sagt darüber:

»Bismarck hat viele Jahre später einmal geäußert, daß er um die Karolinen niemals einen Krieg begonnen hätte. Das mag sein. Aber etwas anders liegen die Dinge denn doch. Wenn sich später einmal die Archivschätze des Auswärtigen Amtes öffnen, wird man aus seinen eigenen Aufzeichnungen ersehen, daß es sein großer Kaiser war, der damals aus Rücksicht auf die gefährdete Lage der spanischen Monarchie der republikanischen Bewegung gegenüber ein Weiterspinnen des Karolinenstreits ausdrücklich untersagte.«

Irmer nennt das: »ehrenwerte Rücksichtnahme auf die Solidarität des monarchischen Gedankens«.

Den Abschnitt über »die deutsche Erde im Stillen Ozean« schließt Irmer mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der »Konzentration der gesamten deutschen kolo-

nialen Arbeit«. »Für koloniale Pygmäenkämpfe haben wir keine Zeit mehr... »Unsere koloniale Zukunft wird in Nähe von Europa liege müssen, zunächst in Afrika. Wenn sie und die Rücksicht auf die Stärkun deutscher Wehrkraft jenseits des Meeres Opfer im Stillen Ozean forder sollten..., dann müssen sie ohne Murren auf dem Altar des Vaterlandes gebrac werden.«

Neben diesen Ausführungen sind die Kapitel über »das Völkererwachen i Stillen Ozean und die Renaissance im fernen Osten« und über »das englische Wel erbe im Stillen Ozean« von minderer Wichtigkeit. Irmer meint: »Über dem E stehen neuer Staaten und der Wiedergeburt von alten Kulturvölkern zu moderne Mächten ist die englische Weltherrschaft im Stillen Ozean kampflos beiseite ge schoben worden.« »Schon fischen die Japaner ungescheut nach dem Strandgut au dem Schiffbruch der englischen Herrschaft im Stillen Ozean.... Mißtrauisch un unschlüssig sehen die Amerikaner dem gefährlichen Treiben der gelben, festge schlossenen Nation zu.« »Wer wird der Erbe sein der englischen Flagge im Große Ozean, die dort vor unseren Augen jetzt niedergezogen wird? Die weiße Rasse i Amerika oder die gelbe?« -etz

Anzeigen.

Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, herausge geben von Dr. Karl Grünberg. Leipzig, C. L. Hirschfeld.

Das Archiv enthält in seinem jetzt abgeschlossenen 6. Jahrgang verschieden Beiträge von aktuell-politischem Interesse.

Das erste Heft enthält einen Artikel »Einiges aus der Utopienliteratur de letzten Jahre«, in dem Professor Ballod die Frage untersucht, wie die Wirtschaf Europas nach dem Kriege wird weitergeführt werden können und wie weit di Utopien besonders von Atlanticus und Lynkeus den Anforderungen dieser kom menden Zeit entsprechen. N. Rjasanoff teilt eine Reihe von Reden, Artikeln un Briefen von Marx und Engels über die Polenfrage mit und beleuchtet die histo rischen Umstände, unter denen sie abgefaßt wurden. Schließlich bringt das Heft de ersten Teil einer Bibliographie über die Internationale und den Weltkrieg, in di nicht nur selbständige Schriften, sondern auch wichtigere Zeitschriftenartikel auf genommen sind.

Das zweite Heft enthält unter anderem ein Sammelreferat von Professo van Blom über 15 Schriften niederländischer Sozialisten über den Krieg und di Fortsetzung der Bibliographie über die Internationale und den Weltkrieg.

Das dritte Heft (S. 374 bis 541) enthält die erste Abteilung einer Urkunden sammlung »Die Internationale und der Weltkrieg, Materialien, gesammelt vo Karl Grünberg«. Die erste Abteilung umfaßt die Zeit vor dem Kriege und wäh rend der ersten Kriegswochen. Im vorliegenden Hefte werden die Internationale Deutschland, Österreich-Ungarn, Frankreich und Belgien behandelt. Die Samm lung enthält nicht nur die offiziellen Kundgebungen der Internationale und de einzelnen Parteien und Gewerkschaftszentralen zum Kriege, sondern auch historisc wichtige Aufrufe, Flugblätter, Reden und Zeitungsartikel. Die Urkunden werde größtenteils in der Originalsprache veröffentlicht, die Beschlüsse der International französisch. Den französischen und italienischen Texten ist keine Übersetzung bei gefügt, wohl aber den polnischen. Die ungarischen Urkunden sind, soweit sie nich schon ursprünglich in französischer oder deutscher Sprache erschienen sind, nur i deutscher Übersetzung gegeben, desgleichen die kroatischen. Die Kundgebungen de tschechischen, ukrainischen und der südslawischen Sozialdemokratie in Österreic sollen noch nachgetragen werden.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 8 | Ausgegeben am 26. Mai 1916 | 34. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Die wahren Anstifter der irischen Erhebung.

Von Ed. Bernstein.

Man sieht in der irischen Sache jetzt klar genug, um mit Sicherheit das aussprechen zu können, was in der Nummer der Neuen Zeit vom 12. Mai dieses Jahres im Artikel »Irland — eine Lehre« nur erst vermutungsweise geäußert worden war. Nämlich daß der am 24. April in Dublin ausgebrochene und auf verschiedene andere Gebiete Irlands alsbald fortgepflanzte Aufstand nur in einem geringen Maße auf die vom Ausland her betriebenen Agitationen zurückgeführt werden kann, seine Hauptquelle oder Hauptquellen vielmehr in Irland selbst zu suchen sind. Und das Kapitel seines heimischen Ursprungs ist mindestens ebenso interessant wie die in späterer Zeit zu behandelnde Geschichte seiner Speisung aus dem Ausland.

Er führt nämlich direkt auf die Agitationen und Ränke derjenigen Partei und ihrer Verbündeten in England zurück, die sich mit besonderer Betonung als die getreuesten Stützen der Herrschaft Englands in Irland bezeichnen. Es sind die irischen Loyalisten, wie sie sich selbst nennen, und ein Teil der berufenen Hüter von Gesetz und Ordnung, denen die größte Verantwortung dafür zufällt, daß es diesmal zum bewaffneten Aufstand in Irland gekommen ist.

Unzweifelhaft hat es in Irland lange schon eine Fraktion von radikalen Nationalisten gegeben, denen das Stück nationaler Selbstregierung nicht genügte, wie es unter dem Namen Homerule von der großen irischen Nationalpartei gefordert ward und vom jetzigen Parlament zum Gesetz erhoben worden ist. Es hätte sonderbar zugehen müssen, wenn sich in einem Lande mit so starken Erinnerungen an heroische Rebellenkämpfe, die in den patriotischen Liedern des Volkes fortleben, wie das in Irland der Fall ist, nicht auch Elemente gefunden hätten, die ihr politisches Ideal unmittelbar aus den radikalsten Überlieferungen ihres Landes geschöpft hätten, Leute, denen jeder Kompromiß mit der verhaßten angelsächsischen Herrschernation widerstrebte — mit den »Sassenach« (Sachsen), wie die keltischen Bergschotten zur Zeit ihrer Kämpfe die Engländer nannten — und die ein in jeder Hinsicht von England unabhängiges Irland auf ihre Fahne schrieben. Aber diese Fraktion, wenn man sie so nennen darf, war allmählich zur Unbedeutendheit zusammengeschrumpft; ihr Ideal war reine Ideologie geworden, seit die umwälzenden Agrarreformen ihr die ergänzende Klassenbewegung entzogen hatten. Wie sehr letzteres der Fall ist, hat die in der Geschichte der irischen Aufstände unerhörte Tatsache gezeigt, daß die diesmalige Erhebung, die über bewaffnete und einexerzierte Truppen verfügte und für einen Augenblick einen immerhin beträchtlichen Teil des Zentrums der Hauptstadt Dublin in ihre Hände brachte, keinerlei auch nur nennenswerte agrarische

Rebellion ausgelöst hat. Wenngleich der revolutionäre Syndikalismus eines Teils der organisierten Lohnarbeiter Irlands in ihr eine Rolle gespielt hat, kann sie doch nur als eine rein politische Erhebung bezeichnet werden. Denn nicht als Klasse mit eigenen Zielen traten die Arbeiterelemente in ihr auf, sondern lediglich als radikaldemokratische Nationalisten. Vollständig atmet dieser Geist das »Manifest an das irische Volk«, welches das als »provisorische Regierung der irischen Republik« konstituierte zentrale Revolutionskomitee am ersten Tage der Erhebung öffentlich anschlagen ließ. Dieses Manifest darf als geschichtliches Dokument Wiedergabe an dieser Stelle beanspruchen. Es lautet:

Irländer und Irländerinnen.

Im Namen Gottes und der verstorbenen Generationen, von denen es seine alten Überlieferungen als Nation empfing, ruft Irland durch uns seine Kinder unter seine Fahne und schlägt es sich für seine Freiheit.

Nachdem es durch seine geheime revolutionäre Organisation, die Irische republikanische Brüderschaft, und durch seine öffentlichen militärischen Organisationen, die Irischen Freiwilligen und die Irische Bürgerwehr, seine Männerschaft organisiert und eingeübt, seine Disziplin geduldig vervollkommnet und entschlossen den richtigen Zeitpunkt für seine Selbstbekundung abgewartet hat, ergreift es nun diesen Zeitpunkt und schlägt es los, von seinen exilierten Kindern in Amerika und tapferen Verbündeten in Europa unterstützt, aber in erster Linie auf seine eigene Kraft sich verlassend, in voller Zuversicht auf den Sieg.

Wir erklären das Recht des Volkes von Irland auf das Eigentum an Irland und auf die uneingeschränkte Verfügung über Irlands Geschick für souverän und unantastbar.

Die lange Usurpation dieses Rechtes durch ein fremdes Volk und eine fremde Regierung hat das Recht nicht ausgelöscht, noch kann es je ausgelöscht werden, außer durch die Vernichtung des irischen Volkes.

In jeder Generation hat das irische Volk sein Recht auf nationale Freiheit und Souveränität bekräftigt; im Laufe der letzten 300 Jahre hat es sie sechsmal in Waffen bekräftigt.

Die Verfassung.

Auf dieses Grundrecht gestützt und indem wir es von neuem im Angesicht der Welt mit den Waffen bekräftigen, proklamieren wir hiermit die Irische Republik als einen souveränen unabhängigen Staat und verpfänden wir unser Leben und das Leben unserer Waffengenossen der Sache seiner Freiheit, seiner Wohlfahrt und seiner Erhöhung unter den Nationen.

Die Irische Republik hat und erhebt hiermit Anspruch auf die Ergebenheit aller Irländer und Irländerinnen. Die Republik verbürgt allen ihren Bürgern religiöse und bürgerliche Freiheit, gleiches Recht und gleiche Möglichkeiten und verkündet ihre Entschlossenheit, das Glück und den Wohlstand der ganzen Nation zu betreiben, indem sie alle Kinder der Nation gleichmäßig und mit Vergessen all der von einer ausländischen Regierung sorgfältig genährten Differenzen liebt, die in der Vergangenheit eine Minderheit von der Mehrheit getrennt haben.

Bis unsere Waffen den passenden Zeitpunkt für die Einsetzung einer das ganze Volk von Irland vertretenden und durch das Stimmrecht aller seiner Männer und Frauen gewählten dauernden nationalen Regierung herbeigeführt haben, wird die hiermit konstituierte provisorische Regierung die bürgerlichen und militärischen Angelegenheiten der Republik als Sachwalterin des Volkes verwalten.

Wir stellen die Sache der Irischen Republik unter den Schutz des allerhöchsten Gottes, dessen Segen wir für unsere Waffen anrufen, und wir beten, daß nicht einer von denen, die dieser Sache dienen, sie durch Feigheit, Unmenschlichkeit oder Raub entehren werde. In dieser höchsten Stunde muß die Irische Nation durch ihre

Tapferkeit und Disziplin sowie durch die Bereitwilligkeit ihrer Kinder, alles für das gemeinsame Wohl hinzugeben, sich des hohen Geschicks wert zeigen, zu dem sie berufen ist.

Gezeichnet für die Provisorische Regierung:
Thomas J. Clarke. Sean Mac Diarmada. Thomas Mac Donagh. J. H. Pearse.
James Conolly. Eamon Ceaunt. Joseph Plunkett.

Selbstverständlich haben wir Sozialdemokraten dieses Manifest nicht zu kritisieren, soweit es das Selbstbestimmungsrecht der Nation anruft. Wohl aber untersteht es und die Bewegung, der es Ausdruck gab, auch der sozialdemokratischen Kritik unter dem Gesichtspunkt seiner Möglichkeit. Unmögliches wollen, seine Mitbürger also zu einem von vornherein als aussichtslos zu erkennenden Aufstand aufrufen, soll niemand, der als politisch zurechnungsfähig gelten will. Dies kann als politisches Axiom betrachtet werden, wobei indes zu bemerken ist, daß ein als Aufstand im vorstehenden Sinne unmögliches Unternehmen noch weiteren Zwecken dienen kann und alsdann zugleich im Hinblick auf diese zu beurteilen ist; daß man aus ihnen also unter Umständen doch eine Berechtigung des Unternehmens herleiten oder mindestens dessen Vernunft erweisen kann.

Nun ist es nicht nur durch den tatsächlichen Zusammenbruch des Aufstandes bewiesen, daß er als Erhebung für die unabhängige irische Republik aussichtslos war. Die Übermacht der bewaffneten Gewalt, die den Aufständischen gegenüberstand, war wohl die Ursache ihrer schnellen Niederlage, aber nicht die Ursache des raschen moralischen Zusammenbruchs des Aufstandes. Diese letztere Ursache besteht darin, daß zur militärischen Aussichtslosigkeit sich die politische Aussichtslosigkeit der Erhebung für die Republik gesellte. Es ist außer Zweifel, daß sie die große Mehrheit des irischen Volkes gegen sich hatte. Zwar sind alle Revolutionen, die siegreichen wie die unterlegenen, von Minderheiten ausgegangen. Aber hier war ein Drittel der Nation fanatischer Gegner der Erhebung und selbst unter Waffen, mindestens ein zweites Drittel stand ihr ablehnend gegenüber; sie wäre selbst bei zeitweiligem Siege über die englischen Waffen verurteilt gewesen, Minderheitsbewegung zu bleiben und hätte sich an einem Bürgerkrieg verblutet, wie er erbitterter kaum gedacht werden konnte. So spricht denn auch George Bernard Shaw in einem Artikel im »New Statesman« vom 6. Mai, worin er die Aufständischen gegen die Bezeichnung als Hochverräter in Schutz nimmt, von der »dicken Unwissenheit und romantischen Narrheit, welche die unglückseligen Sinn Feiner ein Stück hoffnungsloser Unheilstiftung irrtümlich für einen patriotischen Freiheitsakt ansehen ließ, jenem gleich, den Shelley besang und für den Byron zu den Waffen griff«. Aber wenn die Masse des Gefolges der Sinn Feiner den unwissenden Bevölkerungsschichten entstammte, so trifft das sicherlich nicht von den Führern der Erhebung zu, die zumeist der Klasse der Intellektuellen angehörten, während der Vertreter der Arbeiter unter ihnen, James Conolly, gerade im Gegensatz zu dem hitzigen James Larkin, dessen rechte Hand er seinerzeit bei den großen Dubliner Hafenarbeiterstreiks war, als ein wohlüberlegender Organisator geschildert wird. So heißt es in einer Dubliner Korrespondenz des »Daily Chronicle« vom 1. Mai von Larkin und Conolly: »Der eine (Larkin), ein hysterischer, halbwahnsinniger Schwärmer, lieferte die Theoretik und die Erregung, der andere (Conolly) lieferte die wunderbare sozialpolitische Or-

ganisation, die ihr Hauptquartier in Liberty Hall hat.« Und in einem zweiten aus irischer Feder herrührenden Artikel des »New Statesman« wird Conolly als »ein Mann von wahrhaft den Führer kennzeichnenden Fähigkeiten geschildert sowie von ihm erzählt, daß er der Verfasser eines interessanten Buches über die Arbeiterklasse in der irischen Geschichte sei, einer »Kritik des bürgerlichen Nationalismus, worin die Ideale der Redmonditen wie die der Sinn-Fein-Leute gleichmäßig verurteilt werden«. Von den bürgerlichen Führern der Erhebung waren mindestens die Hälfte Männer in vorgerücktem Alter, die auf ein erfahrungsreiches Leben zurückblickten. Es war daher von vornherein unwahrscheinlich, daß diese Leute bloß um einer phantastischen Eingebung willen oder auf Grund einer sinnlosen Einschätzung des Verhältnisses der ihnen und der Regierung zu Gebote stehenden Machtmittel den Aufstand sollten ins Werk gesetzt haben. Und in der Tat geht aus den uns nun vorliegenden Berichten hervor, daß die Vermutung vollauf berechtigt war, die in dem vorerwähnten Artikel Ausdruck fand. Nicht als ein Akt tollkühner Überschätzung der eigenen Kraft stellt sich der Aufstand danach dar, sondern als ein Akt der Verzweiflung, bei dem unverantwortliche Einflüsse Außenstehender den Antreiber gemacht haben.

Um das zu verstehen, muß man sich an die Vorgänge erinnern, die sich in Irland in den letzten Jahren vor Ausbruch des Krieges abspielten. Den Anstoß gaben die sogenannten Loyalisten der Provinz Ulster, die unter der Leitung des konservativen Sir Edward Carson den bewaffneten Widerstand gegen die Durchführung des vom Parlament nach langjährigen Kämpfen beschlossenen Homerulegesetzes planten, um dieses unmöglich zu machen.

Wenn es jemals Vorbereitung zum Hochverrat gegeben hat, so war es diese Organisierung des Aufstandes in Ulster. In aller Öffentlichkeit und mit Aufgebot der heftigsten Aufreizungen in Zeitungen, Flugschriften und Anschlägen wurden Freiwilligenkorps organisiert und einexerziert, mit Waffen versehen und wurden schließlich sogar größere Geschütze für sie beschafft. Der Ausspruch des Vaters von Winston Churchill, des verstorbenen Randolph Churchill, ebenso wie sein Sohn ein begabter Draufgänger: „Ulster will fight and Ulster will be right“ — Ulster will fechten, und das mit Rechten — war das ewig wiederholte Losungswort dieser Vorbereitung des Aufstandes, für den es um so weniger eine Entschuldigung gab, als das Homerulegesetz die weitestgehenden Sicherheitsbestimmungen gegen Vergewaltigungen Ulsters durch das zu schaffende irische Parlament enthielt.

So offenbar gesetzwidrig diese Bewegung war, so konnte sich doch die liberale Regierung nicht entschließen, ernsthaft gegen sie einzuschreiten. Einmal widersprach es Grundsätzen des englischen Liberalismus, Volksbewegungen gewaltsam zu unterdrücken, solange sie nicht selbst zur tatsächlichen Gewaltanwendung übergehen. Dann aber stand hinter den Ulsterleuten die große Mehrheit der Aristokratie und Bourgeoisie Englands und deren Gefolge in Kleinbürgertum und Arbeiterschaft, sowie ein erheblicher Teil wenn nicht die Mehrheit der Armee, deren Widerstand jeden ernsten Schritt zur Niederhaltung der Ulsterleute zu lähmen drohte. So halfen sich die Liberalen damit, daß sie die Bewegung von Ulster durch Spott zu diskreditieren suchten, sie als bloßes Drohmanöver hinstellten, das zusammenbrechen werde, wenn nach Verkündigung des Gesetzes der Zeitpunkt käme, Ernst zu machen.

Anders sah ein Teil der nationalistischen Irländer die Sache an. Sie witterten Verrat von seiten der Liberalen — wenn nicht aus mangelnder Ehrlichkeit in Sachen Homerules, so aus mangelnder Entschlossenheit und Tatkraft.

Und ganz unbegründet war dieser Verdacht sicherlich nicht. Jedenfalls ist es verständlich, wenn nun die radikaleren Nationalisten dazu übergingen, als Gegenmacht gegen die Freiwilligenkorps von Ulster nationalistische Freiwilligenkorps zu organisieren. In dieser Bewegung, die zunächst in keinen Gegensatz zur parlamentarischen Vertretung der irischen Nationalisten — zur Partei Redmond — trat, finden wir auch den nun zur Berühmtheit gelangten Sir Roger Casement. Ihr schlossen sich fast alle Sinn-Fein-Leute an, denen sie schon deshalb willkommen war, weil das ursprüngliche Programm des Sinn Fein — der wirtschaftliche und Sprachenkampf — sich als verfehlt herausgestellt hatte. Um so unangenehmer war die Bewegung der parlamentarischen Partei. Deren taktisches Programm war es gewesen, der ungesetzlichen Bewegung Ulsters die strengste Gesetzlichkeit des nationalistischen Irland entgegenzustellen, so daß sich die Rollen gegen früher vertauschten: rüsteten sich die protestantischen Iren Ulsters zur Rebellion, so waren die überwiegend katholischen Nationalisten Irlands nunmehr die Loyalisten geworden. John Redmond und seine Leute kannten aber ihre erregbaren Landsleute zu gut, um sich nicht zu sagen, daß sie, einmal zum bewaffneten Kampfe organisiert, sich nicht leicht in die Schranken eines Verhaltens würden eindämmen lassen, wie es die geschilderte Taktik für geboten erscheinen ließ. Nur mit Widerstreben gaben sie der Bewegung dadurch eine Art Legitimität, daß sie nach einiger Zeit ihr beitraten. Sie glaubten sie auf diese Weise im Notfall zügeln zu können. Worin sie sich aber getäuscht haben.

Da kam der Krieg und brachte zunächst auch in Irland etwas wie Burgfrieden. Er wurde aber, wie schon im vorigen Artikel bemerkt, zuerst durch das Verschieben der Verkündung von Homerule, das die englischen Liberalen sich von den Konservativen als Kaufpreis für deren Unterstützung abpressen ließen, und dann durch die Bildung des liberal-konservativen Koalitionsministeriums ernstlich erschüttert. Wie fast überall sonst, haben auch in England die Konservativen zuerst es verstanden, den Krieg ihren Interessen dienstbar zu machen. Und das sehr natürlicherweise. Der Krieg ist seinem Wesen nach antidemokratisch, nur vorübergehend konnte in Frankreich die levée en masse von 1792/93 revolutionäre Wirkungen auslösen, und ähnlich ist es in Deutschland mit dem Landwehraufgebot von 1813 gegangen. Immer stärker wuchs das Mißtrauen in den Reihen der Nationalisten, und als Redmond mit einem Teil seiner Kollegen die Anwerbung von Kriegsfreiwilligen in Irland aktiv unterstützte, kam es zur Spaltung der Nationalistischen Freiwilligen Korps in die Redmondistischen National Volunteers und die radikalen, nun von den Sinn-Fein-Leuten geleiteten Irish-Volunteers. Auch die Reste der alten fenischen Bewegung, der Irischen republikanischen Brüderschaft, die bis dahin als keiner Beachtung wertes Überbleibsel im stillen dahinvegetiert hatten, bekamen nun neuen Zuzug und verstanden es, namentlich die Jugend zu beeinflussen. Und schließlich gewann die Bewegung einen Verbündeten in der proletarischen Bürgerwehr — „citizen army“ —, die Larkin, Conolly und Genossen in Dublin schon vorher unter

Ausnutzung des Vorgehens der Ulsterleute zur Beschützung der syndikalistischen Gewerkschaften gegen Polizei und Militär organisiert hatten.

Die ganze heutige Organisation Irlands für den Bürgerkrieg ist auf die von den Konservativen organisierte Aufstandsbewegung in Ulster zurückzuführen. Es würde zu viel Raum in Anspruch nehmen, die Ausschreitungen in Sprache und Handlungen näher zu beschreiben, die von den Ulsterleuten, auch Orangisten genannt, die ganze Zeit über begangen worden sind. Es ist eine alte Erfahrung, daß herrschende Klassen, wenn sie zur Rebellion übergehen, sich viel rücksichtsloser aufführen als die aufstrebenden unteren Klassen. Der weiße Schrecken ist noch stets gewalttätiger und blutiger gewesen als der rote Schrecken. Genau zwei Jahre vor Ausbruch des jetzigen Aufstandes haben Ulster-Freiwillige in Larne an der Nordostküste Irlands die Eisenbahnstation besetzt, die Telegraphendrähte zerschnitten, Polizisten und Zollbeamte gefangen genommen, um ungehindert Geschütze landen zu können, die für die Rebellion bestimmt waren. In den großen Schiffswerkstätten Belfasts wurden die katholischen Arbeiter von den dort die große Mehrheit bildenden und von der Ulsterpartei verhetzten protestantischen Arbeitern so vielen Belästigungen und Mißhandlungen unterworfen, daß sie in großer Zahl die Arbeit aufgeben mußten. Und wenn die revolutionären Nationalisten in Flugschriften und Aufrufen Deutschland als ihren Befreier verherrlichten, so sind ihnen auch darin die Ulsterleute vorangegangen. Orangistische Abgeordnete, wie zum Beispiel der Vertreter von Süd-Belfast, James Chambers, erklärten rundheraus, daß sie, wenn Homerule Gesetz würde, England die Treue brechen und sich an seinen Nöten ergötzen würden. Auf Ehrenpforten, die beim Einmarsch von Ulster-Freiwilligen errichtet wurden, prangte vielfach ein Gruß an den Deutschen Kaiser als den Mann, der Ulster beistehen werde. Mag das auch zum größten Teil Bluff gewesen sein, so war doch der Ton angeschlagen für das, was nun auf radikal-nationalistischer Seite geschehen ist.

Wieviel von dem auf Wahrheit beruht, was englische Blätter jetzt über die Unterstützung der irischen revolutionären Bewegung durch deutsches Geld schreiben, entzieht sich unserer Beurteilung. Daß zu den Beiträgen, die ihr aus Amerika zugeflossen sind, auch dortige Deutsche beigesteuert haben, ist wahrscheinlich genug. Da Casement jetzt in englischer Gefangenschaft ist und unter einer Anklage wegen Hochverrats steht, verbietet sich jedes vorgefaßte Urteil über seine Schritte. Außer allem Zweifel ist, daß er zu ihnen lediglich durch politische Gründe veranlaßt wurde. Seine englischen Freunde behaupten, daß er, der stets irischer Patriot war, zu seiner extremen Haltung erst durch die Umtriebe der Unionisten gegen das Inkrafttreten von Homerule getrieben worden sei, eine Auffassung, die dadurch unterstützt wird, daß Casement vorher in den englischen diplomatischen Dienst getreten war, von der liberalen Regierung den Freiherrntitel annahm und bis zuletzt eine nicht unerhebliche Pension bezog, während die Führer der nationalistischen Bewegung Irlands bis heute noch an dem seinerzeit von Parnell aufgestellten Grundsatz festhalten, kein bezahltes Amt von der Regierung anzunehmen, bis nicht Homerule verwirklicht ist.

Wie immer aber es sich mit der dem Aufstand von außen gewordenen Anregung und Unterstützung verhalten mag, so ist ihre Wirkung kaum eine andere gewesen als die ähnlichen Freundesdienste, welche den Irländern in

der Zeit der Jakobiner- und Napoleonischen Kriege von französischer Seite geleistet wurden. Nicht die Feinde, die Freunde von Irlands Befreiung verwünschen sie.

Man wird das verstehen, wenn man die nachfolgenden Sätze aus einem Warnungsbrief liest, den der jetzt erschossene Journalist F. Sheehy Skeffington am 7. April an englische Blätter sandte, den aber keines dieser zu drucken für opportun hielt und den nunmehr der »New Statesman« vom 6. Mai zur Veröffentlichung bringt.

Der Brief beginnt mit folgenden Sätzen:

Die Lage in Irland ist äußerst ernst. Dank dem Schweigen der Tagespresse verfolgen die militärischen Behörden ihre preußischen Pläne in Irland unbeobachtet vom britischen Publikum, und wenn die von ihnen provozierte Explosion eintritt, werden sie versuchen, das britische Publikum darüber zu täuschen, wo die Verantwortungen liegen. Ich schreibe in der Hoffnung, daß trotz des Kriegsfiebers noch genug Urteilsfähigkeit und gesunder Menschenverstand vorhanden ist, die Militaristen zurückzuhalten, solange es noch Zeit ist.

Es folgt ein kurzer Hinweis auf die oben geschilderten Vorgänge, die zu der Verschärfung der Gegensätze in Irland geführt haben, und die Feststellung, daß systematische Maßregelungen von Mitgliedern der nationalistischen Freiwilligenkorps die Erbitterung in den Kreisen der Nationalisten und der Arbeiterschaft auf die Spitze getrieben haben. Die Anwerbung für die britische Armee sei tot, für die Irischen Freiwilligen würden wöchentlich bis zu tausend Mann geworben. Jeder Versuch, die Irischen Freiwilligen und die Bürgerwehr der Arbeiter zu entwaffnen, würde von ihnen mit bewaffnetem Widerstand beantwortet werden. Daß diese Erklärungen kein bloßer Bluff seien, habe sich dadurch gezeigt, daß der bloße Versuch, ein kleines Freiwilligenkorps in Tullamore aufzulösen, von ihnen mit Revolverschüssen beantwortet worden sei, und daß, als in Dublin am 24. März das Gerücht umlief, ein Gewaltstreich stehe gegen das Arbeiterblatt »The Workers Republic« (»Die Republik des Arbeiters«) bevor, die Irische Bürgerwehr Tag und Nacht in Liberty Hall Wache hielt, »bewaffnet und entschlossen, ihr Leben teuer zu verkaufen«. Viele Arbeiter hätten ihre Stellen sofort aufgegeben, um dem Mobilisierungsbefehl schnellstens Folge zu leisten. Wenn mit Kenntnis dieser Lage General Friend (der Oberbefehlshaber der Garnison in Irland) und seine ihm untergebenen Militaristen wirklich dazu übergingen, die Freiwilligen zu entwaffnen oder in die Räume der Arbeiterpresse einzudringen, so könne das nur geschehen, weil sie Blutvergießen wollen, weil sie ein neues 1798 provozieren wollen, das ihnen eine Ausrede für ein Gemetzel mit Maschinengewehren liefert.

Dann heißt es:

Irische Pazifisten, welche die Lage aus der Nähe beobachten, sind überzeugt, daß dies gerade das ist, was die Militaristen wünschen. Die jungen englischen Offiziere in Dublin machen kein Geheimnis aus ihrem Verlangen, »den Sinn Feiners eins zu versetzen«, sie haben mehr Lust, gegen diese zu kämpfen, als gegen die Deutschen. Sie werden dazu angestachelt durch die Northcliffe-Carson-Zwangsaushebungsclique in London. Am 5. April forderte die »Morning Post« heftig die Unterdrückung der »Workers Republic«, am 6. April wurde eine Frage im Hause der Gemeinen gestellt, die Mr. Birrell aufforderte, die Irischen Freiwilligen zu entwaffnen. Diese Leute kennen genau die Punkte, wo ein Pogrom am leichtesten ins Werk gesetzt werden kann.

Zweimal sei General Friend nahe daran gewesen, Irland in Flammen zu setzen. Beide Male sei Mr. Birrell (der liberale Staatssekretär für Irland) rechtzeitig eingeschritten und habe durch sein Veto die Pläne der Militaristen durchkreuzt. »Aber eines Tages mag Mr. Birrell übergangen werden oder zu spät einschreiten.« Wer könne, wenn dann einmal Blutvergießen in Irland seinen Anfang genommen hat, voraussagen, wo es enden wird?

Inmitten der weltumfassenden Schlächterei mag Blutvergießen auf unserer kleinen Insel als Kleinigkeit erscheinen. Das Vernichten aller irisch-nationalistischen und Arbeiter-Freiwilligen möchte kaum so viel Schlachtopfer kosten als die einzige Schlacht bei Loos. Zweifelsohne ist das die Kalkulation der Militaristen — daß in einer Welt von Verbrechen ihr Verbrechen übersehen werden mag. Je näher der Friede kommt, um so eifriger werden sie darauf bedacht sein, einen Konflikt zu erzwingen, bevor ihre Aussichten dahinschwinden. Ist in Großbritannien genug wahre Sympathie für kleine Nationalitäten, genug aufrichtiger Haß gegen den Militarismus vorhanden, um diese Pogromverschwörung britisch-militaristischen Junkertums zu vereiteln?

Mit dieser Frage schließt der, — wohlgemerkt, zwei Wochen vor Ausbruch des Aufstandes geschriebene Brief. Er mag die Dinge zu einseitig darstellen, — daß er sie in der Hauptsache richtig gesehen, hat der Aufstand und sein Verlauf gezeigt. Er läßt erkennen, wie geladen die Atmosphäre war, als die Entladung erfolgte. Unzweifelhaft gab es auch auf der anderen Seite Hitzköpfe, die, vielleicht angestachelt durch übertriebene Berichte betreffs von außen kommender Hilfe, die Kunde des Losschlagens nicht erwarten konnten. Die letzten Tage vor der Landung Sir Roger Casements zirkulierte in den nationalistischen Kreisen Dublins ein Schriftstück, das als die Wiedergabe einer in Chiffern abgefaßten Geheimorder an die Militärbehörden in Irland ausgegeben wurde. Dieses, ebenfalls vom »New Statesman« in der Nummer vom 6. Mai zum Abdruck gebrachte Schriftstück beginnt mit den Worten:

Die folgenden Vorsichtsmaßregeln sind vom Irischen Amt auf die Empfehlung des Oberkommandanten der Truppen in Irland genehmigt worden. Alle Vorbereitungen werden getroffen werden, diese Maßnahmen werden sofort nach Empfang eines aus dem Hauptsekretariat Dublin Castle ergangenen und vom Unterstaatssekretär und dem kommandierenden General der Truppen in Irland gezeichneten Erlasses ins Werk gesetzt werden.

Es folgt eine sehr ins einzelne gehende Aufzählung der zu verhaftenden Personen und Komitees, der zu besetzenden und zu isolierenden Gebäude und ähnlicher Maßnahmen mehr — ein richtiger Armeebefehl vor einer in Aussicht genommenen Kriegsoperation. Das Schriftstück ist von den maßgebenden Zivilbehörden, so namentlich von dem Unterstaatssekretär für Irland, T. W. Russell, als eine Fälschung erklärt worden, und Mr. Russell, dessen ganze Vergangenheit für seine aufrichtige Anhängerschaft an Homerule spricht, dürfte es auch wirklich nicht gekannt haben. Damit ist aber seine Falschheit noch nicht erwiesen. Es kann ein von militärischer Seite ausgearbeiteter Entwurf gewesen sein, zu dem der Zivilregierung im gegebenen Zeitpunkt die Zustimmung abgenötigt werden sollte. Gleichviel aber, ob es echt oder gefälscht war, sobald das Schriftstück im Lager der Nationalisten und Arbeiter für Wahrheit genommen wurde, ist hinreichende Er-

klärung dafür gegeben, warum man auf dieser Seite zum Aufstand überging. Nur, daß er alsdann nicht als ein Stück tollkühnen Übermuts zu bezeichnen ist, sondern sich — und dies ist meine Überzeugung — eher als eine Maßnahme der Verzweiflung darstellt.

Wenn Leute militärisch zum Widerstand eingerichtet und ausgerüstet sind, dann gibt es für sie kein Zurückweichen und kaum einen Stillstand. Solche Bewegungen treiben stets über sich hinaus, sie vertragen keine Ruhe, sie leben von der Erregung. So war es in Ulster, und Ulster hat dem übrigen Irland das Signal gegeben. Ulster hatte eben nur scheinbar abgerüstet. Unterderhand ging trotz Burgfrieden die Agitation gegen Homerule weiter und wagte sich nach Bildung des Koalitionskabinetts immer unverhüllter hervor. Mochte der Krieg nach außen diese Bildung rechtfertigen, für die heimische Politik war sie vom demokratischen Standpunkt aus Gift. Sie hat nur dazu beigetragen, die ohnehin geschwächte Position der entschieden liberalen Elemente in der Regierung noch zu verschlimmern. Mit Bezug auf die vorliegende Frage bestand die Schwäche darin, daß die Liberalen im Heer und in der oberen Beamtenschaft ihre heftigsten Gegner sitzen hatten. Mr. Augustine Birrell, der liberale Staatssekretär für Irland, dem das ganze demokratische England einmütig das Zeugnis ausstellt, daß er es ehrlich mit Homerule meinte, hat sein Amt niedergelegt. Offiziell mit der Begründung, daß er sich schuldig fühle, die Gefahr des Aufstands unterschätzt zu haben. Aber nicht die irischen Nationalisten, die Gegner der Demokratie in Irland, haben ihn außer Amt gejagt. In ihren Reihen sind die wahren Urheber des Aufstands zu suchen.

Die deutschamerikanische „Kulturgemeinschaft" und das Deutschtum in Amerika.

Von **Erwin Gudde** (San Francisco).

Als im August 1914 der Weltkrieg ausbrach und Deutschland sich ringsum von Feinden umgeben sah, da war es ganz natürlich, daß das deutsche Volk sich nach einem Freund umschaute, der mit der deutschen Sache sympathisiere. Die Blicke vieler richteten sich nach Amerika, und die Hoffnung war verbreitet, in den Vereinigten Staaten werde sich der Freund in der Not finden, der zum mindesten ideell auf die deutsche Seite treten würde. Hatte nicht Deutschland Millionen seiner Söhne und Töchter über den Atlantik gesandt, um die amerikanische Nation aufbauen zu helfen? Hatten sich die Deutschen in den Vereinigten Staaten nicht zu einem gewaltigen, einflußreichen Bunde zusammengeschlossen? So fragten patriotische Blätter. Und predigten nicht tatsächlich seit einer Reihe von Jahren Apostel hüben und drüben von dem gewaltigen Einfluß, den die eingewanderten Deutschen auf das politische, kulturelle und wirtschaftliche Leben der Union ausgeübt hätten, und von einer deutschamerikanischen Kulturgemeinschaft, die die beiden großen Nationen zu dauernder Freundschaft verbinde? Hatte nicht Amerika seine Unabhängigkeit von der englischen Tyrannei in zwei blutigen Kriegen erkämpfen müssen?

Die schöne Illusion dauerte nicht lange. Nach wenigen Wochen wurden die Deutschen, die von einer deutschamerikanischen Kulturgemeinschaft

träumten, gewahr, daß die öffentliche Meinung in Amerika ins Lager der Alliierten abgeschwenkt ist. Jetzt änderte sich der Ton im deutschen Blätterwald. Die Idee der Kulturgemeinschaft wurde nicht fallen gelassen, aber die Amerikaner wurden der Undankbarkeit geziehen, weil sie das Gute, das Deutschland der Republik erwiesen hatte, nicht mit Gutem vergalten. Auch viele, die nicht in das gleiche Horn stießen, dürfte die Stellungnahme der Gelehrten, der Presse und des Volkes der Vereinigten Staaten gegen Deutschland überrascht haben.

Wie ist es aber in Wirklichkeit um diese angebliche Kulturgemeinschaft bestellt? Der Gedanke an sie ist völlig neu, noch vor wenigen Jahrzehnten wußte niemand etwas davon. Erst als deutscher Einfluß infolge der überraschenden kulturellen und industriellen Entwicklung des Deutschen Reiches in der ganzen Welt fühlbar wurde, kamen die Deutschamerikaner auf den Gedanken, daß die deutschen Einwanderer einen ungeheuren Einfluß auf die Bildung der amerikanischen Nation ausgeübt hätten und daß sie selbst verpflichtet seien, eine Kulturmission in der Neuen Welt zu erfüllen. Aus dieser Stimmung heraus sind in den letzten Jahren eine ganze Anzahl Schriften erschienen, die dieses Thema behandeln, darunter zwei umfangreiche Werke, die sich mit der Geschichte der Deutschen und ihrem Einfluß in Amerika beschäftigen.[1] Beide stehen auf dem Standpunkt, daß die Deutschamerikaner einen großen, ja entscheidenden Anteil an dem Aufbau der Vereinigten Staaten gehabt haben; während aber das Werk des deutschamerikanischen Schriftstellers Rudolf Cronau ein literarisch völlig, historisch fast völlig wertloses Machwerk ist, sind die beiden Bände des Cornellprofessors Albert Faust eine streng wissenschaftliche, unparteiische Arbeit. Wenn wir trotzdem im Laufe dieses Artikels wiederholt auf das Cronausche Werk zurückkommen, so geschieht es, weil dasselbe in deutscher Sprache erschien und — ebenso wie sein Schreiber — für das heutige Deutschamerikanertum typisch ist.

Wollen wir nun den deutschen Einfluß in Amerika analysieren, so müssen wir sorgfältig unterscheiden zwischen dem Einfluß, der von Deutschland direkt kam, und dem Einfluß, den die eingewanderten Deutschen ausübten. Über den direkten Einfluß können wir mit wenigen Worten hinweggehen. In angewandten Wissenschaften ist Deutschland nicht allein für Amerika, sondern für alle Kulturnationen vorbildlich geworden. Professoren hat Amerika auch mit anderen Ländern ausgetauscht, einen politischen Einfluß Deutschlands auf Amerika hat es nie gegeben, und im Erziehungswesen erstreckt sich derselbe auf den Kindergarten und das höhere Universitätsstudium, in dem der deutsche philosophische Doktor den englischen Magister Artium als höchste akademische Würde ersetzt hat. Wie wenig die Amerikaner, die an deutschen Universitäten studierten, von deutschen Sympathien beherrscht sind, zeigt die Stellungnahme der amerikanischen Gelehrtenwelt zu dem Kriege. Von einschneidender Bedeutung ist deutscher Einfluß nirgends geworden; die englischen Einrichtungen haben sich bis heute erhalten, und das öffentliche Leben Amerikas hat sich auch seit der politischen Unabhängigkeit englischem Einfluß in weit größerem Maßstab zugänglich gezeigt als

[1] Rudolf Cronau, Drei Jahrhunderte deutschen Lebens in Amerika. Berlin 1909, Verlag Dietrich Reimer. Albert B. Faust, The German Element in the United States. Boston und New York 1909, Houghton Mifflin Co.

deutschem oder irgendeinem anderen. Und wenn Professor Ludwig Stein in seinem Artikel »Die Neutralen und der Weltkrieg« [2] schreibt: »Der Amerikaner fühlt sich wie von seinen Verwandten, so von seinen wissenschaftlich-künstlerischen Beziehungen zu Deutschland, dem Stammsitz der Kultur, gewaltsam abgeschnitten«, so ist das grundfalsch, wenn es auch nicht der größte Unsinn ist, den dieser Herr in dem genannten Artikel über Amerika zusammenphantasiert.

Was haben nun aber die Deutschamerikaner für die Fortpflanzung deutscher Kultur in Amerika getan? Cronau stellt in dem Vorwort zu seinem Werke die groteske Behauptung auf, daß es eine »durchaus falsche Vorstellung ist«, wenn man glaubt, »daß dieselben (die eingewanderten Deutschen) für ihr Vaterland wie für das deutsche Volkstum verloren seien«. Es ist zwecklos, eine solche Behauptung ausführlich zu widerlegen. Die Deutschen in Amerika sind nicht nur für das deutsche Volkstum endgültig und für alle Zeiten verloren, sie haben nicht einmal verstanden, ihr Deutschtum auf ihre nächste Generation zu vererben oder gar dem amerikanischen Volkskörper ein wenig von der Lymphe deutscher Kultur und deutscher Einrichtungen einzuimpfen. Brutal sagt es ihnen der verstorbene Karl Lamprecht ins Gesicht:

> Bang und bitter muß es ausgesprochen werden: der Deutsche (in Amerika) als Deutscher versagt. Es ist nicht einmal an dem, daß er der bekannte Völkerdünger wäre. Er steht geistig keineswegs besonders hoch; schreiben und lesen kann heute am Ende jeder bessere Neger, und an Energie des Denkens, die zunächst in Amerika verlangt wird, übertrifft ihn der Engländer gewiß, vermutlich auch der Slawe. ... Eine Bevölkerung, die solche Lokale (Biergärten mit Rummelplätzen) besucht und in naivster Weise schätzt, ist nicht dazu geeignet, in Amerika geistig zu konkurrieren.... Aber sie sind einer Beteiligung an der Politik einfach nicht fähig. Und damit haben sie das obere Niveau moralischer Gemeinempfindungen verloren, das sie allein aus der Misere ihrer Isoliertheit hätte herausheben und zu ernsten Wettbewerbern um amerikanische Größe machen können.[3]

Das sind bittere Wahrheiten.

Es wäre jedoch verfehlt, dem deutschen Element ohne weiteres das Brandmal geistigen Tiefstandes und politischer Impotenz auf die Stirn zu drücken, ohne ein Wort der Erklärung für diese merkwürdige Tatsache zu finden. Um die Deutschamerikaner — nicht die von heute, sondern die, welche während der letzten drei Jahrhunderte vom Angloamerikanertum absorbiert wurden — zu verstehen, müssen wir uns nicht nur die Geschichte Amerikas, sondern auch die deutsche und englische Geschichte vor Augen halten. Die ersten Ansiedler, die bis in die neueste Zeit hinein als die typischen Vertreter der Amerikaner galten, waren die Puritaner, die die Intoleranz der Kirche von England im Anfang des siebzehnten Jahrhunderts aus ihrem Vaterland vertrieb. England hatte zu jener Zeit die Feudal- und Religionskämpfe zum größten Teil hinter sich, die das alte Deutsche Reich noch für Jahrhunderte zu einer »Vogelscheuche unter den europäischen Völkern« machen sollten, wie Mehring sich ausdrückt. Die Engländer besaßen schon damals ein stark ausgeprägtes Nationalbewußtsein, die englischen Kolonisten sind denn auch stets bemüht gewesen, englische Prinzipien und Ideale vor

[2] Nord und Süd, Januarheft 1915, S. 14.
[3] Karl Lamprecht, Americana, S. 25.

fremdem Einfluß zu bewahren und die Einwanderer anderer Nationalität so schnell wie möglich zu Engländern zu machen, was ihnen ausnahmslos gelungen ist. Als Deutsche sich in größerer Zahl in Pennsylvanien niederließen, wurde allgemein die Befürchtung laut, die Deutschen würden versuchen, deutsche Sprache und Sitten zu behalten. (Benjamin Franklin war später einer der größten Schreier.) Die Befürchtungen waren indes grundlos. Abgesehen von einigen abgelegenen Distrikten, in denen sich ein schauderhaftes Deutsch-Englisch (das sogenannte Pennsylvania-Dutch) noch lange erhielt, assimilierten sich die Deutschen merkwürdig schnell. Allerdings hatten sie ja auch, abgesehen von ihren guten Charaktereigenschaften, nichts mitgebracht, was wert war, behalten oder gar dem englischen Element aufgepfropft zu werden. »Unsere jammervolle nationale Geschichte vom sechzehnten bis zum neunzehnten Jahrhundert,« sagt Lamprecht, »soweit es sich um amerikanische, und das heißt wirtschaftliche, sozialpolitische Entwicklung handelt, entschuldigt die Deutschen auf amerikanischem Boden.«[4] Als Ackerbauer und Handwerker, die einen gesunden Mittelstand gründeten, wurden die Deutschen von den Engländern willkommen geheißen, nachdem sie sahen, daß die Einwanderer keine Sonderbestrebungen verfolgten; trotzdem sah der Engländer immer mit einer gewissen Verachtung auf den »Dutchman« herab. Bezeichnend ist übrigens, daß die Deutschen ihre erste deutsche Siedlung nicht »Deutschenstadt«, sondern »Germantown« tauften.

Von Cronau und anderen ist versucht worden, den Deutschamerikanern einen hervorragenden Anteil am Unabhängigkeitskrieg und eine große Begeisterung für die Abschüttelung der englischen Herrschaft zuzuschreiben. Es soll unbestritten bleiben, daß die Deutschamerikaner mit größter Tapferkeit fochten und eine Anzahl hervorragender Offiziere lieferten; von einer Begeisterung war aber weder unter den Engländern noch unter den Deutschen viel zu verspüren. Daß »eine ungeheure Bewegung das Land durchbrauste, um das englische Joch abzuschütteln«, wird heute nur noch in amerikanischen Kinderschulen gelehrt. Aber selbst wenn wir zugeben, daß die Deutschen in Amerika tatsächlich einen hervorragenden Anteil an der Revolution nahmen, so beweist das nur, daß sie dem Einfluß englischer Ideale schon völlig zugänglich geworden waren. Die Revolution von 1776 bis 1781 war zunächst weiter nichts als ein Bürgerkrieg zwischen Engländern, bei dem die Engländer in Amerika für das alte englische — oder wie gewöhnlich gesagt wird, angelsächsische — Prinzip: »Keine Besteuerung ohne Vertretung im Parlament« eintraten, das die englische Toryregierung verletzt hatte. (Diesem Ideal lagen natürlich ganz reale wirtschaftliche Interessen zugrunde.) Den besten Beweis für die Tatsache, daß die Deutschen bereits anglisiert waren, finden wir in dem Eintreten der Deutschen für das genannte Prinzip. In einer Resolution der Deutschen des Valley of Virginia heißt es unter anderem: »Daß es das ererbte Recht der britischen Untertanen ist, nur von selbstgewählten Vertretern regiert und besteuert zu werden, und daß jeder Akt des englischen Parlaments, der die innere Politik Amerikas betrifft, ein gefährlicher und unkonstitutioneller Eingriff in unsere Rechte und Privilegien ist.« Im übrigen wird die Begeisterung der Deutschen für amerikanische Freiheit schon dadurch illusorisch gemacht, daß sich auch unter den Anhängern der englischen Regierung in den Kolonien

[4] Karl Lamprecht, Americana, S. 26.

zahlreiche Deutsche befanden und daß gerade die deutschen Fürsten ihre Landeskinder an Georg III. verkauften. Unter den Unterzeichnern der Unabhängigkeitserklärung und unter den leitenden Geistern der Konstitutionsberatungen befand sich kein Deutscher. Alle öffentlichen Einrichtungen und das Erziehungswesen blieben englisch, und die Verfassung wurde ganz nach englischem Muster geformt, wenn auch selbstverständlich den veränderten Verhältnissen Rechnung getragen werden mußte. Nachdem aber das junge Staatswesen erst einmal fest begründet war und den ersten Stürmen standgehalten hatte, war es für einen deutschen Einfluß zu spät, selbst wenn ein solcher damals vorhanden gewesen wäre. Die Versuche, in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts deutschsprachige Staaten innerhalb der Union zu gründen, mußten deshalb scheitern, und von den »Achtundvierzigern« brachten es nur die zu etwas, die rasch Angloamerikaner wurden, wie Karl Schurz und andere. Die Radikalen, die versuchten, ihre besonderen deutschfreiheitlichen Ideale über den Ozean zu verpflanzen, verschwanden bald in der Versenkung. An dem Kriege gegen die Sklavenstaaten nahmen die Deutschen zweifellos einen ganz hervorragenden Anteil, woraus man aber nicht den Schluß ziehen darf, daß der Haß gegen die Sklavenhalter eine deutsche Eigenart war, denn zahlreiche Deutsche kämpften auf Seite der Südstaaten für die Sklaverei.

Nur in einem Falle läßt sich behaupten, daß es deutscher Einfluß war, der nach Amerika etwas Neues brachte und es zu behaupten wußte. Es waren deutsche Einwanderer, die den Marxismus nach der Neuen Welt verpflanzten und die sozialistische Partei begründeten, die heute schon ein bedeutender, wenn auch noch kein bestimmender Faktor im politischen Leben der Vereinigten Staaten geworden ist. Es ist nun interessant, zu beobachten, wie Cronau mit kindischer Ängstlichkeit um das Wort Sozialismus herumgeht. Wenn er am Schlusse seines Werkes sagt, daß »die Geschichte des Deutschamerikanertums nirgendwo ein Blatt enthält, dessen es sich schämen müßte, das ihm zur Unzierde gereicht«, so scheint das doch nicht ganz zu stimmen, denn da Cronau die deutschen Sozialisten nicht einmal erwähnt, müssen sie wohl ein ungeheurer Schandfleck in der Geschichte des Deutschamerikanertums sein. Auch daß es in der Mehrzahl deutsche Anarchisten waren, an denen der schwerste Justizmord in Amerika verübt wurde, und daß es gerade ein Deutscher, der Gouverneur Altgeld, war, der den schönen Mut hatte, diesen Justizmord aufzudecken, wird schamhaft verschwiegen.

Die Deutschamerikaner von gestern sind spurlos im Angloamerikanertum aufgegangen. Wie verhält es sich nun mit den Deutschamerikanern von heute und mit dem großmächtigen Deutschamerikanischen Nationalbund? Drei Ziele hat sich der Bund im wesentlichen gesteckt: erstens die geistige Hebung der eigenen Landsleute, die Bewahrung deutscher Sprache und Ideale unter ihnen, zweitens die Förderung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten und drittens die Übertragung deutscher Einrichtungen, soweit sie zweckmäßig sind, und bei Vermeidung parteipolitischer Einseitigkeit. Gegen solche Ziele dürfte kaum etwas einzuwenden sein, ebenso wie es unbestritten bleiben soll, daß ein Teil, aber auch nur ein Teil der geistigen Führer dieses Bundes das ernste Bestreben haben, diese Ziele zu erreichen. Aber die Herren vergessen ganz und gar, was für Material ihnen dazu zur Verfügung steht. Was von

früheren Generationen der Deutschamerikaner galt, das gilt auch noch für die heutige: die Deutschamerikaner versagen auch heute gänzlich. Jeder erachtet es zwar als seine heilige Pflicht, drei bis vier deutschen Vereinen anzugehören,[5] aber ihre Kinder können kaum ein paar deutsche Worte im Zusammenhang sprechen und haben englische Vornamen. (Der Präsident des Nationalbundes heißt nicht etwa Karl Hans, sondern Charles John Hexamer.) Die Umgangssprache des Deutschamerikaners ist mit englischen Ausdrücken gespickt, und über seine Presse sagt v. d. Leyen in einem Artikel »Eindrücke aus Amerika«:[6] »... ihr Deutsch kann man erst verstehen, wenn man es sich ins Englische zurückübersetzt.« Dies letztere ist, wenigstens soweit die großen Blätter in Betracht kommen, ganz gewiß übertrieben; aber im Prinzip hat v. d. Leyen recht, und wenn ein Amerikaner, der Deutsch lesen kann, eines der vielen kleinen deutschen Wochenblätter zu lesen kriegt, so muß er einen eigenartigen Begriff von deutscher Kultur bekommen. Wie sollten aber Leute, die die einfachsten nationalen Pflichten ihren Kindern und sich selbst gegenüber vernachlässigen, fähig sein, im politischen Leben deutschen Einfluß geltend zu machen, selbst wenn sie an politischem Verstehen dem Anglo- und Irischamerikaner nicht so weit nachstünden?!

Welchen Erfolg die Deutschamerikaner mit ihren Bemühungen hatten, eine freundschaftliche Allianz zwischen Deutschland und Amerika herzustellen, lehrt ja der jetzige Krieg. Auch der Versuch, nach Kriegsausbruch der antideutschen Stimmung des amerikanischen Volkes eine andere Richtung zu geben, schlug fehl. Ein Literaturausschuß überschwemmte zwar das Land mit Flugblättern und Broschüren, die den deutschen Standpunkt darlegten und „fair play" verlangten, aber die Schriftsteller und Gelehrten, die diese Literatur verfaßten, folgten zu sehr dem Rezept der 93 deutschen Gelehrten und Künstler, und damit richteten sie nun bei den Amerikanern gar nichts aus.[7] Auch fehlt es hier an fähigen Männern, die die europäischen Verhältnisse genau kennen und das amerikanische Fühlen und Denken genug verstehen, um als Anwälte für Deutschlands Sache aufzutreten. Viele hofften, daß der bekannte Harvarder Psychologe Hugo Münsterberg der rettende Engel werden würde, aber dieser hat furchtbar enttäuscht, obgleich er sich selbst einbildet, daß auf seinen Ruf Deutsche, Juden, Iren usw. zusammengeströmt sind, um die deutsche Sache zu vertreten. Ob der Herr Professor wirklich glaubt, die Amerikaner auf deutsche Seite zu ziehen, wenn er mit lächerlichem Pathos ausruft:

---

[5] Daraus erklärt es sich, daß der Nationalbund angeblich 2½ Millionen Mitglieder hat, denn er setzt sich nicht aus Einzelmitgliedern, sondern aus Vereinen zusammen.

[6] Deutsche Rundschau, August 1915.

[7] Die deutschsprachige Presse selbst kann im allgemeinen nur mit den ärgsten Scharfmacherblättern der kriegführenden Staaten verglichen werden. Als aber Wilson nach dem Lusitaniafall Deutschland gegenüber äußerst scharfe Töne anschlug und ein Krieg nicht unmöglich erschien, beeilten sich die führenden Blätter, zu versichern, daß die Deutschamerikaner mit der ganzen Nation hinter Wilson stehen. Der Vorsitzende eines deutschen Kriegerbundes erklärte sogar, die Deutschamerikaner werden Freiwilligenregimenter bilden, um Amerika gegen Deutschland zu verteidigen.

Die deutschamerikanischen Massen werden diese antideutsche Agitation niederbrechen; sie werden jeden Versuch bestrafen, den Adern des amerikanischen politischen Körpers Haß gegen Deutschland einzuspritzen. Ihr deutschamerikanischer Nationalbund mit zweieinhalb Millionen Wählern als Mitglieder (sic!), ihre intellektuellen Führer und ihre wirtschaftlichen Kapitäne des Handels und der Industrie, ihre Bauern und Arbeiter, alt und jung, Männer und Frauen, erste Generation und zweite und dritte (sic!), jede religiöse Sekte, Norddeutsche und Süddeutsche, Österreicher und Schweizer — sie werden vereinigt sein und werden eine vernichtende Kraft (crushing power) zeigen, von der die unbesonnenen Fackelträger des Deutschenhasses nichts träumten.[8]

Münsterberg hat seit nahezu zwei Jahrzehnten — und das ehrliche Bemühen soll ihm sicher nicht abgesprochen werden — an der deutschamerikanischen Kulturgemeinschaft herumgebastelt; man kann daher verstehen, daß er sich mit solchen Illusionen über die Erfolglosigkeit seiner Arbeit hinwegzutäuschen sucht, nachdem der erste stärkere Wind sein Kartenhaus über den Haufen warf.

Weniger optimistisch drückt sich ein anderer Universitätsprofessor, Heinrich Keidel, der zurzeit an der Ohio-Staatsuniversität lehrt, in seinem Artikel »Die großen Illusionen des amerikanischen Volkes« aus.[9] Er glaubt, daß »England in Amerika eine verlorene Provinz wiedergefunden hat« und daß »Amerika Englands Fastenspeise geworden ist«, und fährt dann fort:

Die tragische Figur aber dieses historischen Schauspiels ist der Deutsch-Amerikaner, denn sein jetziger Kampf ist nicht ein Kampf gegen England für Deutschland, sondern in ehrlicher Loyalität für Amerika. Sie kämpfen tatsächlich für nationale Unabhängigkeit. Vielleicht geht das grausame Rad der Entwicklung über den Kopf des Deutschamerikaners hinweg, vielleicht aber hält er noch dem Ansturm stand und dreht das Schiff zurück. Jedenfalls hat der Krieg ihm seine Mission aufs deutlichste gezeigt, und wenn in unserer Generation Amerika sich seiner eigenen nationalen Persönlichkeit wieder bewußt wird, so liegt das Verdienst bei dem Deutschamerikaner, der dann im edelsten und vornehmsten Sinne der Träger der deutschen Kultur der Gegenwart sein wird.

Die Voraussetzung ist ebenso falsch wie der Schluß. Kulturell ist Amerika eigentlich nie von England getrennt gewesen; wirtschaftlich und politisch wird es nach dem Kriege ebenso unabhängig sein wie vorher, und die unvernünftige Stimmung gegen Deutschland wird in dem Augenblick aufhören, in dem sich auf dem Kriegsschauplatz die Waffen senken werden. Nicht aber der Deutschamerikaner, sondern der gesunde Menschenverstand und materielle Interessen werden die zerrissenen Fäden neu knüpfen.

Die spanischen Sozialisten und der Krieg.

Von **Edmondo Peluso**.

Die Majorität der spanischen Sozialistischen Partei mit ihrem Führer Pablo Iglesias an der Spitze ist aliadophil. In Spanien werden jene, die sich auf die Seite der Alliierten gestellt haben, die »Aliadophilen« (die Alliiertenfreunde) genannt. Diese Anhänglichkeit der spanischen Partei an die französischen Sozialisten ist ebensowenig von Überlegungen abhängig wie die Liebe eines Sohnes zu seinem Vater; denn die spanische Sozialistische Partei

[8] Hugo Münsterberg, The War and America, S. 55.
[9] Preußische Jahrbücher, August 1915.

ist gewissermaßen das Werk der französischen Sozialisten. In der Tat hat Paul Lafargue im Auftrag von Karl Marx und der Internationale mit Mora und anderen die spanische Sozialistische Partei begründet. Ferner glauben die Sozialistische Partei und die demokratischen Parteien in Spanien an den Mythus vom Liberalismus der französischen Bourgeoisie und an die Prinzipien der Menschenrechte vom Jahre 1789. Dazu kommt endlich noch der Opportunismus in der inneren Politik Spaniens, der, wenn die reaktionären Parteien deutschfreundlich sind — und sie sind es —, von der sogenannten Demokratie verlangt, daß sie gerade das Gegenteil, also deutschfeindlich sei — und sie ist es.

Als der brudermörderische Krieg ausbrach, erklärte Pablo Iglesias, der ehrwürdige Altmeister der spanischen Sozialistischen Partei, der zu gleicher Zeit im Parlament ihr einziger Vertreter war, im Namen der Partei, sich auf die Seite der Alliierten zu stellen. Dieser Akt wurde aber keineswegs von allen spanischen Sozialisten gebilligt. Die erste Meinungsverschiedenheit zeigte sich durch die Demission des Chefredakteurs des »Socialista«, des Genossen Mariano Garcia Cortes. Cortes zog es vor, zu gehen, da seine sehr würdige, unbeirrte internationalistische Haltung seit Beginn des Krieges dem leitenden Vorstand der Partei nicht zu gefallen schien. Aber erst beim Parteikongreß, der im Oktober 1915 — also mehr als ein Jahr nach Beginn der Feindseligkeiten — stattfand, zeigten sich die großen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem leitenden Vorstand und den »aliadophilen« Führern der Partei auf der einen Seite und der aus den wahren Internationalisten zusammengesetzten Oppositionsgruppe auf der anderen Seite.

Es wurde eine Kommission zur Abfassung eines Berichts und von Resolutionen über die Stellungnahme der Partei gegenüber dem Krieg gewählt. Die »aliadophile« Majorität übertrug die Redaktion dieses Berichts den Genossen Dr. Vera und Dr. Madinabeitia und dem neuen Chefredakteur des »Socialista« Torralva Beci.

Schließlich übernahm es Dr. Jaime Vera, ein der spanischen Partei angehörender Philanthrop und Gelehrter, eine Art »aliadophile« Verteidigung auszuarbeiten. Sein Bericht wurde eine sehr gelehrte Abhandlung über den deutschen Imperialismus. Die Beurteilung des französischen und des englischen Imperialismus ließ Vera, ob mit oder ohne Absicht, vollständig beiseite.

Prüfen wir nun, was der Bericht im wesentlichen sagt. Die Kriege Deutschlands im neunzehnten Jahrhundert waren Eroberungs- und Expansionskriege. Der Krieg gegen Dänemark bezweckte die Beherrschung der Nord- und der Ostsee, der Krieg gegen Österreich die Feststellung der preußischen Oberherrschaft in Deutschland; der Feldzug gegen Napoleon III. sollte die deutsche Einheit besiegeln, und der gegenwärtige Krieg endlich, der sich als Vorspiel zu dem entscheidenden Angriff gegen England zuerst nur gegen Frankreich und Rußland richtete, soll Deutschland die Beherrschung der Kontinente der Alten Welt sichern.

Trotzdem ein kaum glaubliches Anwachsen von Handel und Industrie und eine große Vermehrung der Bevölkerung zu dem Aufschwung des Reiches beigetragen haben, hat das Reich dem Wunsche der Demokratie nicht entsprochen: es hat die Demokratie nicht an der Regierung des Landes teilnehmen lassen wollen.

Nach Dr. Vera ist die einzige Entschuldigung, die Deutschland dafür in Anspruch nehmen kann, seine politische Rückständigkeit in der geschichtlichen Entwicklung.

»Weil Deutschland«, sagt Dr. Vera, »viel zu spät zu politischer Einheit gelangt ist, haben die erlangte Macht und die geographische Position seine nationalen Ideale, seine Staatsnotwendigkeiten und seine Bestrebungen in einen Angriff gegen die Menschheit verwandelt.... Die deutschen Machthaber haben das kapitalistische Regime zu höchster Vollendung gebracht, aber unter autoritären Formen.«

Dr. Vera billigt aber die Neutralität Spaniens und findet sie notwendig, denn, sagt er, »Spanien könnte nur aus einstimmigen oder doch sehr allgemein gefühlten und gebilligten Gründen Krieg führen«. Wenig logisch beeilt er sich indessen hinzuzufügen, daß die Sozialisten in diesem Kampfe nicht neutral bleiben können.

Wir müssen in dem gegenwärtigen Krieg einen ungeheuren Angriff auf das revolutionäre Prinzip und einen furchtbaren Schlag gegen den demokratischen Sozialismus innerhalb und außerhalb Deutschlands erblicken.... Man hat das Volk schon oft zum Erwerb von Gebietserweiterungen oder geographischen Vorteilen an die Grenze geschleppt, um die Kräfte des Volkes zum Kampfe auf dem Wege der Entwicklung oder auf dem der Revolution für die Vervollkommnung des Lebens zu schwächen oder abzulenken....

... Die zerstörenden Wirkungen des Krieges auf die deutsche Sozialdemokratie liegen offen da. Der deutsche Cäsarismus hat bewirkt, daß das deutsche Proletariat von seinem Wege abgewichen ist. Und wenn in jedem Lande die Bourgeoisie und die Macht, die sich auf sie stützt, die Feinde der Sozialisten sind, müssen die nichtdeutschen Sozialisten als ihren schlimmsten Feind die deutsche Bourgeoisie ansehen, ihre imperialistische und militärische Macht, die, nicht damit zufrieden, die Arbeiterklasse ihres Landes auszubeuten, auch die benachbarten Nationen wie eine zerstörende Lawine überfällt, ihnen ihre Herrschaft aufzwingt, um in dem besiegten Lande neue Gebiete und neue Arbeitermassen auszubeuten, die mit ihrem Schweiß die den Siegern zu zahlenden Kriegsentschädigungen hervorbringen müssen.

Aus diesen Gründen hat der Bericht des Dr. Vera — dem sich die Doktoren Madinabeitia und Torralva Beci anschlossen — von der spanischen Partei verlangt, sich auf die Seite der Alliierten zu stellen.

Und er fügt hinzu:

Der Sieg der Mittelmächte wird die Welt aus der industriellen Periode, in der sie sich befindet, in eine kriegerische, unzivilisierte Periode zurückwerfen. Der Sieg der Alliierten hingegen wird zu einer ruhig fortschreitenden Durchtränkung der Regierungen mit demokratischem Geiste führen bis zu ihrer allmählichen Aufsaugung.

Die Vorliebe Dr. Veras für die Regierungen der Alliierten hat ihn vielleicht vergessen lassen, daß die dem deutschen Imperialismus eigentümlichen Erscheinungen zum größten Teil auch beim französischen und in noch höherem Grade beim englischen Imperialismus zu finden sind.

Diese Erklärung — die mit einem glühenden Wunsche für den Sieg der Alliierten schließt, »weil dieser Sieg für die fortschreitende menschliche Entwicklung und besonders für die soziale Umwandlung, an der wir arbeiten, sehr vorteilhaft sein würde« — wurde mit 4090 Stimmen von dem Kongreß angenommen.

Die Genossen Besteira, Araquistain und andere mehr, die eine in der Form abweichende, inhaltlich aber gleichbedeutende Resolution eingebracht hatten, schlossen sich dem Antrag Veras an.

Genosse Manuel Vigil schlug eine Resolution vor, in der er zwar alle kriegführenden Länder für den gegenwärtigen Krieg verantwortlich macht, aber den Mittelmächten etwas mehr Verantwortung zumißt. Vor allen Dingen muß man aber, heißt es in diesem Antrag, dahin streben, daß es so bald als möglich zum Frieden kommt.

Um Dr. Verdes Montenegro, den glänzenden Professor an der Universität von Alicante, einen gelehrten Marxisten von festen Grundsätzen, gruppiert sich die Opposition der spanischen Partei.

Seine Resolution, die sich mit den Bestrebungen der Minorität deckt, ist kurz, klar und bestimmt. Sie besagt im wesentlichen:

Nicht der Militarismus oder die Willkür der gekrönten oder ungekrönten Regierungen der verschiedenen Länder haben den gegenwärtigen Krieg verursacht, sondern das kapitalistische Regime, das augenblicklich herrscht.

Die Sozialistische Partei hat sich, solange ihr Urteil nicht durch die Leidenschaften getrübt war, die die Leiden der Gegenwart hervorrufen, allezeit gegen den Krieg erklärt und immer betont, daß es im Falle eines nicht zu vermeidenden Krieges ihre Pflicht wäre, den Frieden so schnell als möglich herbeizuführen.

Die spanische Sozialistische Partei wird infolgedessen aufgefordert, ihre bisherigen Anschauungen über die Ursachen des Krieges überhaupt und demgemäß auch des gegenwärtigen Krieges zu bestätigen und bei Wahrung ihrer Unparteilichkeit sich an die sozialistischen Parteien aller kriegführenden Länder zu wenden mit der Aufforderung, der Internationale gegenüber ihre Pflicht zu tun.

Es ist bedauerlich, daß diese Resolution nur ungefähr halb so viel Stimmen erhalten hat als der Antrag der »Aliadophilen«.

Aber ist es nicht bezeichnend, daß sich um diesen wahrhaft internationalen Antrag Männer scharen wie der Vorsitzende der spanischen sozialistischen Jugend Andrès Saborit, wie der junge Propagandist und talentvolle Journalist Gomez de Fabian und weiter noch eine Reihe der Besten des spanischen Proletariats?

Gomez de Fabian zeigt sich vor allen als Bannerträger der Verbreitung dieser Anschauungen und wird unterstützt von »La Justicia Social«, dem sozialistischen Organ von Reùs (Katalonien), da das Zentralorgan »El Socialista« ganz für die Sache der »Aliadophilen« gewonnen ist.

»Wir sind weder Franzosen- noch Deutschfreunde,« sagt Gomez de Fabian; »wir begnügen uns damit, Sozialisten und eifrige Anhänger des Friedens und der Internationale zu sein. Für die Sozialisten kann es nur einen Krieg geben: den Klassenkampf, und wir, die Internationalisten, wir haben ihn nicht aufgegeben!«

Nach bekanntem Rezept.

Von **Heinrich Cunow.**

Eine Polemik mit Karl Kautsky ist eine Beschäftigung, von der ich weder behaupten möchte, daß sie zu den Annehmlichkeiten der Schriftstellerei gehört, noch daß sie geistigen Gewinn bringe; denn Kautsky hat eine ganz besondere Spezialmethode der Debattierkunst geschaffen. Man kommt mit ihm nicht weiter. Widerlegt man seine Behauptungen, läßt er sie einfach mit der gleichgültigsten Miene, als ginge ihn die ganze Wider-

legung gar nichts an, unter den Tisch fallen und schiebt irgendeine Nebenfrage in den Vordergrund. Und wird auch diese abgetan, hat er wieder eine andere Frage zur Hand. So wird die Sache von einem Terrain auf das andere hinübergespielt, während zwischendurch schnell einige falsche Interpretationen und Insinuationen zur Deckung in die entstandenen Lücken eingeschoben werden. Zum Schluß kommt dann die große Pauke: der Gegner hat das »Prinzip« verletzt, seine Auffassung ist »grundsatzlos« usw.

Wer seit Jahr und Tag Kautskys Polemiken verfolgt hat, kennt diese schönen Tricks. Ich bin denn auch durchaus nicht überrascht gewesen, sie in Kautskys Artikel »Grundsatzlose Steuerpolitik« (Nr. 4 der Neuen Zeit) wiederzufinden — genau nach altem Rezept. Sie gehören eben zum eisernen Bestand seiner Kunst. Nur sollte Kautsky wissen, daß allzu häufige Anwendung desselben Verfahrens schließlich doch auch manchen weniger scharfsinnigen Leser auf die Spur seiner »Methodik« lenkt.

Ich habe in Nr. 2 der Neuen Zeit die Unterschiede unserer Auffassung in bezug auf die sozialdemokratische Steuerpolitik näher dargelegt und die Verschiedenheit unseres Standpunktes damit erklärt, daß Kautsky von unterlegten Voraussetzungen, Begriffen und Thesen aus auf dem Wege der Deduktion zu allgemeinen steuerpolitischen Verhaltungsmaßnahmen »an sich« zu gelangen suche. Selbst wenn alle seine Voraussetzungen und Deduktionen völlig richtig wären (was keineswegs der Fall sei), bestände das Ergebnis nur in einer Anzahl ganz allgemeiner Regeln oder Leitsätze, die für den ganzen Komplex der kapitalistischen Wirtschaft gleich gut und gleich schlecht passen. Für den einzelnen praktischen Steuerfall wäre mit solchen Allgemeinregeln noch nichts gewonnen, denn dort handle es sich nicht um die kapitalistische Wirtschaft im allgemeinen, sondern im besonderen, nämlich um den Entwicklungsstand desjenigen Landes, in das eine bestimmte Steuer eingeführt werden solle — folglich müßten solche Leitsätze erst »aus dem Allgemeinen ins Spezielle übersetzt«, das heißt den gegebenen Wirtschaftsverhältnissen angepaßt werden.

Das soll nach Kautskys Auffassung beweisen, daß ich eine »grundsatzlose« Steuerpolitik befürworte. Stolz auf seine Grundsatzfestigkeit entgegnet er:

> Sehr schön. Aber um das zu tun, muß das Allgemeine doch erst da sein! Wie soll das Allgemeine ins Spezielle übersetzt werden können, wenn gar nichts Allgemeines vorhanden ist! Cunow leugnet die Möglichkeit des Allgemeinen und verlangt in einem Atem seine Übersetzung ins Spezielle. Das ist ganz auf der Höhe jener Kritiker, die Marx vorwarfen, daß er im ersten Bande des »Kapital« mit so allgemeinen Begriffen wie dem Mehrwert hantiere, statt sich gleich mit Zins, Unternehmergewinn, Grundrente und anderen »gegebenen Wirtschaftsverhältnissen« zu befassen.

Ich soll demnach die Möglichkeit des »Allgemeinen« (soll heißen: allgemeiner Regeln oder Tendenzen) leugnen. Ich denke gar nicht daran, wie ich denn auch das Marxsche Wert-, Mehrwert-, Akkumulations-, Grundrentengesetz usw. durchaus nicht bestreite; aber ich weiß auch, daß diese Gesetze oder Tendenzen nicht in allen Ländern und unter allen Umständen ganz gleich wirken, daß zum Beispiel nicht überall in allen kapitalistischen Staaten ohne Unterschied die Mehrwertrate, Grundrente, Akkumulation dieselbe ist, sondern, um mit Marx zu sprechen, die genannten Ge-

setze in ihrer »*Verwirklichung durch mannigfache Umständ* *modifiziert*« werden. Eben deshalb fordere ich ja die Anpassung de Steuernormen an den verschiedenen Entwicklungsstand der einzelnen Länder

Daß man kein Allgemeines in ein Spezielles übersetzen kann, wenn ma gar kein Allgemeines hat, weiß ich auch; aber Kautsky irrt, wenn er mein das, was ihm als ein Allgemeines gilt, müsse auch anderen als solches gelten Wenn Kautsky aus irgendeinem unterlegten marxistischen Satz, vielleich aus dem Zusammenhang herausgelöst, eine Folgerung herausdeduziert, s ist das noch lange nicht ohne weiteres eine allgemeine Regel im Sinne na tionalökonomischer Wissenschaft. Das Allgemeine, von dem bei der Steuer politik auszugehen ist, das ist nicht irgendein Lehrsatz oder ein beliebige Postulat, sondern die kapitalistische Wirtschaftsweise im ganzen, und wa daraus deduktiv (selbst bei präzisester, fehlerfreier Ableitung) gewonne werden kann, sind lediglich ganz allgemeine Steuerregeln — aber keine, di ohne weiteres für jeden Steuerfall passen, ohne Rücksicht auf »*die man nigfachen Umstände*«, durch die sie »modifiziert« werden.

Ich möchte mir erlauben, das an einem Beispiel näher zu erläutern. Au dem Wege der Ableitung, indem sie von der menschlichen Natur als solch ausgeht, gelangt die medizinische Wissenschaft zum Ergebnis, daß der Mensc auf diese oder jene Medikamente in bestimmter Weise reagiert. Damit is jedoch noch lange nicht gesagt, daß nun jeder Mensch, ein Säugling, ein schwächliche Frau, ein kräftiger Mann oder ein ausgemergelter Greis di gleiche Dosis verträgt und diese bei allen in genau gleicher Weise wirkt Nach meiner Ansicht hat der Arzt, um nochmals mit Marx zu reden, di »mannigfachen Umstände« zu berücksichtigen und seine Patienten nich »prinzipiell« nach Schema F zu behandeln. Ich würde das wenigstens vo meinem Arzt verlangen, und wenn er mir sagte, seine Grundsatzfestigkei oder seine Prinzipien ließen eine individuelle Behandlungsweise nicht zu würde ich ihm kurz erklären, ich müsse auf seinen Beistand verzichten. Di Beteuerung seiner Grundsatzfestigkeit würde mir genau so viel oder wenig imponieren wie diejenige Kautskys.

Wie hier im allgemeinen, verfährt Kautsky im einzelnen. Ein niedliche Beispiel dafür bieten seine Ausführungen über das Kohlenmonopol.

In seinem ersten Kapitel über »Sozialdemokratische Steuerpolitik« (Neu Zeit, S. 779) beschäftigt sich Kautsky auch mit meiner Bemerkung im »Vor wärts«, daß nach der Verstaatlichung der Gewinn aus den Bergwerks betrieben zwar den Händen der Kapitalisten entschwände, aber deshalb nich in Dunst aufgehe, sondern an den Staat falle. Er antwortet darauf:

> Betrachten wir zunächst das zweite dieser Argumente. Durch die Verstaat lichung geht der Gewinn aus dem Bergwerksbetrieb aus den Händen des Kap talisten in die des Staates über. Das ist richtig in dem Falle, wenn die Kohlen gruben *konfisziert*, falsch, wenn sie *zu ihrem Werte* gekauft werden Das letztere nimmt aber Cunow an; denn er spricht davon, daß die Zechenbesitze nach der Verstaatlichung ihre Kapitalien in anderen Unternehmungen anlegen Das sollte der alte Marxist Cunow doch wissen, daß aus dem Austausch *gleiche* *Werte* kein neuer Mehrwert entspringen kann.

Darauf wies ich durch wörtliche Wiedergabe meiner Ausführunge (siehe Neue Zeit, S. 50) nach, daß ich *weder eine Konfiskatio* *noch einen Ankauf der Gruben* zu ihrem Werte gefordert hätte

sondern nur einen Ankauf der Grubenproduktion, und zwar unter ihrem Werte. Freilich wolle ich eine spätere Ablösung des privaten Grubenbesitzes gegen Ratenzahlungen nicht ausgeschlossen wissen, aber in keinem Falle solle diese Ablösung zum vollen Werte der Gruben erfolgen.

Gegenüber diesem Nachweis durch einfache Zitierung des Wortlauts meiner »Vorwärts«-Ausführungen läßt sich Kautskys Behauptung nun nicht mehr aufrechterhalten. Anstatt aber das offen zuzugeben, tut Kautsky so, als sei seine frühere Nörgelei über den angeblichen Ankauf der Gruben zu ihrem Werte ganz nebensächlich gewesen, als handle es sich eigentlich um ganz etwas anderes. Nun heißt es plötzlich bei Kautsky (S. 110):

Alle Achtung vor der Gewandtheit, mit der Cunow sich hier aus der Schlinge zu ziehen sucht. Aber die Vorsicht, mit der er den wirklichen Sachverhalt umgeht, beweist deutlich, wie weh ihm dieser getan hat. Wer nämlich die »zwei Seiten« — in Wirklichkeit sind es mehr als drei — nachliest, die ich Cunow in der Frage des Kohlenmonopols widme, wird finden, daß nur eine Zeile davon nebenbei die Frage streift, ob Cunow die Kohlengruben konfiszieren wolle. Die ganzen drei Seiten gelten aber seiner Behauptung, die er im »Vorwärts« verfocht, daß wohl eine hohe Einkommensteuer die ökonomische Entwicklung hemme, dagegen könne man ohne jeden Schaden die gleiche Steuersumme dadurch gewinnen, daß man »einen Industriezweig, zum Beispiel den Kohlenbergbau, völlig verstaatlicht«.

Ich soll demnach gesagt haben, man könne »ohne jeden Schaden« die gleiche Steuersumme dadurch gewinnen, daß man »einen Industriezweig, zum Beispiel den Kohlenbergbau, völlig verstaatlicht«. Leider gibt Kautsky nicht an, wo ich das gesagt haben soll. Aus einem leicht erklärlichen Grunde. Beide Stellen existieren nämlich nur in seiner Phantasie, nicht in meinen Artikeln. Nirgends habe ich behauptet, aus Verstaatlichungen könne man »ohne jeden Schaden« Steuersummen ziehen. Jeder Steuerentzug schadet schließlich mehr oder weniger dem privaten Gesamtkapital. Wohl aber habe ich behauptet, daß es günstiger für die Arbeiter sei, wenn die erforderliche Steuersumme durch Staatsmonopolgewinne als durch neue Steuern aufgebracht werde. In meinem Artikel »Staatsmonopole oder neue Steuern?« (»Vorwärts« Nr. 41; vergl. auch den Abdruck dieses Artikels in meiner Broschüre »Praktische Steuerpolitik oder Steuerdogmatik?«, S. 28 und 29) heißt es klar und deutlich:

Es kann also demnach auch gar nicht bezweifelt werden, daß der Staat, der Monopole betreibt, ebenso ein Mehrwerts- oder Profitaneigner ist wie der Privatunternehmer — nur noch in größerem Maßstab. Aber daraus, daß dem so ist, folgt noch keineswegs, daß ein Staatsmonopol (wenn auch vielleicht nicht im Interesse der »Allgemeinheit«, denn diese sogenannte Allgemeinheit besteht im heutigen Staat nun mal aus Bevölkerungsschichten und Klassen mit verschiedenen Interessen) nicht doch im Interesse bestimmter Schichten liegen kann, auch der Arbeiterschaft — und zwar nicht »an sich«, sondern im Vergleich zu anderen Arten der staatlichen Einnahmebeschaffung, also im Vergleich zur Vermehrung bestimmter Steuern, Zölle, Abgaben usw.

Und weiterhin heißt es:

So liegt die Frage gar nicht. Sie lautet: Was liegt mehr im Interesse der Arbeiterschaft (nicht irgendeiner vagen Allgemeinheit, denn wir sind eine Arbeiterpartei, die insbesondere die Arbeiterinteressen zu vertreten hat), die Einführung neuer Steuern und Abgaben bestimmter Art oder aber

die Einführung bestimmter Monopole, durch die die Profite, die bisher eine Anzahl größerer oder kleinerer Kapitalisten einsteckten, künftig in die Reichskasse geleitet werden? Es handelt sich eben einfach um eine Wahl — in gewissem Sinne kann man von einer Notwahl sprechen — zwischen verschiedenen durch die Gesamtlage gegebenen Alternativen, und da kommt für die sozialdemokratische Partei in allererster Reihe in Betracht, was für die Arbeiterschaft verhältnismäßig am vorteilhaftesten ist.

Damit ist schon gesagt, daß es für unsere Partei eine für alle Fälle gültige sogenannte prinzipielle Entscheidung für oder gegen Staatsmonopole gar nicht gibt! Es kommt auf die Umstände an: auf die jeweiligen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, vor allem auf die Art des geforderten Monopols.

Also davon, daß man beliebig Monopole »ohne jeden Schaden« einführen könne, steht in meinem Artikel nichts, rein gar nichts. Zwar habe ich im Artikel »Steuerdogmatik und Steuermöglichkeiten!« (»Vorwärts«, Nr. 55) erklärt, daß im Falle der Einführung des vorgeschlagenen Kohlenmonopols keine Hemmung der wirtschaftlichen Entwicklung eintreten würde; aber das ist etwas ganz anderes und gilt natürlich überdies keineswegs ohne weiteres auch von jedem anderen beliebigen Monopol, das mit dem vorgeschlagenen Kohlenmonopol gar nichts zu tun hat.

Nebenbei bemerkt, sucht Kautsky wiederum den Anschein zu erwecken, als hätte ich doch für eine völlige Verstaatlichung plädiert, indem er im obigen Zitat die Worte in Anführungszeichen setzt: »einen Industriezweig, zum Beispiel den Kohlenbergbau, völlig verstaatlicht«. Ein allerliebster Trick. In Wirklichkeit stehen — ich bitte den Leser, das im »Vorwärts« Nr. 55, Hauptblatt, zweite Spalte, oder S. 43 meiner Steuerbroschüre nachzuprüfen — diese Worte gar nicht im Zusammenhang mit den von Kautsky angeführten Sätzen, sondern an einer ganz anderen Stelle, wo ich gegen die Auffassung des »Vorwärts« polemisiere, es sei gehüpft wie gesprungen, ob der Staat auf dem Wege der direkten Besteuerung oder der Verstaatlichung privater Unternehmungen sich die nötigen Einnahmemittel verschaffe, denn in beiden Fällen werde die Neubildung von Kapital eingeschränkt. Auf diese Weisheit entgegne ich spöttisch: »Gewiß, wenn ein Industriezweig, zum Beispiel der Kohlenbergbau, völlig verstaatlicht wird, so können in ihm von den früheren Zechenbesitzern keine Unternehmerprofite mehr gemacht und daraus keine neuen Kapitalien mehr angesammelt werden.« Aus diesem Satze hat Kautsky einfach die unterstrichenen acht Worte herausgenommen und in einen anderen Satz mit ganz anderem Sinne eingeschoben. Eine Leistung, die sich sehen lassen kann!

Und noch eine andere Unterstellung leistet sich Kautsky S. 110. Wieder kommt er — da er in seinem Herzensdrang, mich »marxistisch« zu vernichten, noch immer nicht die Zeit gefunden hat, meine Steuerartikel genau nachzulesen, mit der alten kuriosen Behauptung, ich sei der »lächerlichen« Anschauung, »daß bei einem Austausch gleich großer Kapitalien beide Teile gewinnen, der eine den Profit, der andere das Kapital«. Es mag ja richtig sein, beim Austausch gleich großer Kapitalien gewinnt keiner; aber ich schlage ja vor, daß, wenn der Staat zur Ablösung der Kohlengruben schreitet, er durchaus nicht den

vollen Kapitalwert ersetzt, sondern eine auf Grund der staatlich reduzierten Zechenpreise festgesetzte niedrigere Summe zahlt, also die Zechen unter ihrem Werte kauft. Und da ist allerdings meine Ansicht, daß der Racker Staat dabei profitiert. Wenn jemand, sei es der Staat oder eine Privatperson, eine Zeche, die einen wirklichen Wert von 4 Millionen Mark hat, infolge eines künstlichen Preisdrucks plötzlich für 3 Millionen kaufen kann, macht er nach meiner Rechnung eben dabei einen Vorteil von einer Million Mark.

Noch ein anderes Beispiel für Kautskys polemische Methode.

In seinem Artikel »Sozialdemokratische Steuerpolitik« (Neue Zeit, S. 744) hatte Kautsky behauptet, Engels hätte sich gar nicht gegen die Forderung einer einzigen Einkommensteuer an sich gewandt, sondern nur gemeint, durch sie wären die Kleinbauern nicht zu gewinnen. Nachdem ich die Absurdität dieser Behauptung in der Neuen Zeit, 2. Heft, S. 46 und 47 unter Beibringung des vollen Wortlauts der Engelsschen Kritik nachgewiesen habe, läßt jetzt Kautsky seine Behauptung fallen und beschuldigt nun Engels, »sich hier in erstaunlicher Weise geirrt zu haben«. Zugestanden ist damit, daß Engels sich gegen die einzige Einkommensteuer ausgesprochen hat. Ob er sich in seinem Hinweis auf das englische Budget geirrt hat, ist nebensächlich.

Jedenfalls gibt Kautsky damit jetzt zu, daß Engels sich gegen die Forderung einer einzigen Einkommensteuer gewendet hat. In seinem genannten Artikel, S. 477, hatte er noch behauptet, wenn Engels das wirklich getan hätte, »dann wäre er in Konflikt gekommen mit niemand anderem als Karl Marx«. Deshalb habe ich (Neue Zeit, 2. Heft, S. 47) darauf hingewiesen, daß Marx sich nirgends für die Deckung der Staatsausgaben durch eine einzige Einkommensteuer ausgesprochen hätte, daß er aber sehr wohl in seiner Kritik des Gothaer Programmentwurfs diese Forderung abgelehnt habe.

Jetzt läßt Kautsky auch die Behauptung fallen, Marx sei für die einzige Einkommensteuer eingetreten; aber abgelehnt, meint er, hätte Marx doch die Forderung auch nicht. Das ist insoweit richtig, als Marx diese Steuerforderung freilich nicht direkt von der Hand gewiesen hat; er hat sie nur als Bourgeoisforderung, als Spezialforderung der Financial Reformers von Liverpool verspottet. Ist aber daraus auf keine Ablehnung zu schließen, so sicherlich noch weniger auf eine Anerkennung im Sinne Kautskys.

Der schönste Teil der Kautskyschen Leistung folgt jedoch noch. S. 47 der Neuen Zeit hatte ich die Frage aufgeworfen: Warum lehnte Marx 1875 die Gothaer Programmforderung ab? Ich antwortete unter Hinweis auf den bekannten Brief von Marx an Bracke: »Nun, weil sie nach seiner Meinung nur in einer demokratischen Republik (wie die Schweiz) einen gewissen Sinn habe, nicht aber in Deutschland und Preußen.« Obgleich diese Ansicht durch Marxens Brief selbst als richtig erwiesen wird, könnte ich immerhin unrecht haben, und ich würde deshalb auch nichts darin gefunden haben, wenn Kautsky gründlich nachzuweisen versucht hätte, ich sei auf ganz falscher Fährte. Aber das paßt nicht in sein Rezept. Er unterstellt einfach, Marxens Ansicht über die einzige Einkommensteuer sei meine eigene, und nachdem er sich diese Unterstellung geleistet hat, folgert er lustig weiter, ich hätte die Absicht, das sozialdemokratische Steuerprogramm entsprechend den

Widerständen der Monarchie, eigentlich der Militärmonarchie, einzuschränken usw. usw.

Mich gegen solche Unterschiebung zu verteidigen, lehne ich ab. In allen meinen Artikeln ist auch nicht eine einzige Stelle, die sich so deuten läßt, als wollte ich unsere Steuerpolitik den Wünschen der Krone, der Konservativen, Liberalen oder der Regierung anpassen, nur die besondere Wirtschaftslage der Länder und das Interesse der Arbeiterschaft will ich überall berücksichtigt wissen — und zwar auch gegenüber der liberalen Steuertheoretik (sowohl jener der Financial Reformers von Liverpool als ihrer Geistesverwandten von Berlin), die noch vielfach in unseren Reihen spukt.

Noch ein Wort zur Steuerpolitik.

Es ist Cunow gelungen, aus der Erörterung über die heute so wichtige Steuerfrage, die ich in meiner Artikelserie über »Sozialdemokratische Steuerpolitik« rein sachlich begonnen, schließlich alles Sachliche auszuscheiden und sie zu einer Diskussion rein persönlicher Rechthaberei herabzudrücken, die, wie immer sie ausgehen mag, uns keinerlei neue Einsicht mehr zu erschließen verspricht. Ich halte es nicht für angezeigt, einer Diskussion dieser Art noch viel Raum und Zeit zu opfern, und verzichte darauf, die Cunowschen Ausfälle eingehend zurückzuweisen. Ich möchte nur noch kurz den Ausgangspunkt der Polemik feststellen.

Cunow hatte eine Hemmung der Kapitalakkumulation befürchtet, wenn die neuen Milliarden, die der Staat brauche, durch hohe Einkommen- und Besitzsteuern aufgebracht würden, und er schlug daher Verkehrssteuern und staatliche Monopole vor. Dem war im »Vorwärts« entgegengehalten worden, daß die Aufbringung der Steuer durch ein Staatsmonopol ebenfalls eine Verkürzung des Kapitalprofits bedeute, geradeso wie die Einkommensteuer, »es also gehüpft wie gesprungen« sei.

Diesem Einwand begegnete Cunow mit folgender theoretischer Erwägung:

> »Gewiß, wenn ein Industriezweig, zum Beispiel der Kohlenbergbau, *völlig verstaatlicht* wird, so können in ihm von den früheren Zechenbesitzern keine Unternehmerprofite mehr gemacht und daraus keine neuen Kapitalien mehr angesammelt werden. Aber während bei einer Hemmung der Kapitalakkumulation durch direkte Steuern die wirtschaftliche Entwicklung zurückgehalten würde, *wird sie es in solchem Falle nicht*, denn es besteht kein Grund, warum nicht der Staat die Kohlenproduktion entsprechend dem gesteigerten Bedarf ausdehnen sollte! Zudem hindert auch niemand die enteigneten Zechenbesitzer, ihre Kapitalien nun in anderen privaten Unternehmungen anzulegen und dadurch deren Ausdehnung zu fördern.
>
> Es tritt also keine Hemmung der wirtschaftlichen Entwicklung ein, sondern eher eine Förderung. Das ist der erste Unterschied, den der Kritikus des ‚Vorwärts' übersieht. Zweitens aber entschwindet nach der Verstaatlichung der Gewinn aus dem Bergwerksbetrieb zwar den Händen der Kapitalisten, aber er geht deshalb nicht in Dunst auf, sondern fällt an den Staat.« (Cunow, Praktische Steuerpolitik, S. 43.)

Dieser Passus und *dieser allein* ist es, den ich kritisierte. Diese ganze Auseinandersetzung Cunows geht aus von der Voraussetzung einer *völligen Verstaatlichung*. Das ist nicht ein »Trick« von mir, nicht eine »Leistung« von mir, »die sich sehen lassen kann«, sondern das, was Cunow geschrieben.

Daß er an einem anderen Orte, in einem anderen Artikel den Vorschlag eines Kohlenhandelsmonopols als Übergang zum vollständigen Kohlenmonopol machte, wobei der Staat den Zechenbesitzern ihre Produkte unter ihrem Werte abkaufen und dadurch Hunderte von Millionen profitieren solle, hat mit der hier gegebenen theoretischen Erörterung nicht *das mindeste zu tun*.

Ja, es wäre geradezu sinnlos, jenen Vorschlag mit dieser Theorie in Zusammenhang zu bringen, denn Cunow will ja gegenüber dem »Kritikus des Vorwärts« beweisen, daß die Kapitalistenklasse nur durch eine Einkommensteuer, nicht aber durch eine Verstaatlichung des Kohlenbergbaues an Profit verkürzt werde. Er konnte also in dem oben zitierten Passus unmöglich einen Vorschlag im Auge haben, der den Gewinn des Staates durch eine Herabdrückung des Profits der betroffenen Kapitalisten erzielen will. Denn wenn man den Zechenbesitzern für die Produkte der Kohlengruben etwa eine Milliarde weniger zahlte, als sie wert sind, bedeutete das ebenso eine Verminderung ihres Profits und eine Hemmung der Kapitalakkumulation, als wenn man der Kapitalistenklasse die Milliarde durch eine Einkommensteuer abnimmt. Der Unterschied läge bloß darin, daß die Last in dem einen Falle allein die Grubenbesitzer, im anderen Falle die gesamte Kapitalistenklasse trifft.

Der Vorschlag Cunows hat also gar nichts mit seiner Theorie zu tun, daß die Aufbringung der Steuer durch eine völlige Verstaatlichung des Kohlenbergbaues keine »Hemmung der wirtschaftlichen Entwicklung« herbeiführt, sondern »eher eine Förderung«, da die enteigneten Zechenbesitzer ihre Kapitalien in anderen Unternehmungen anlegen und diese dadurch vergrößern, indes dem Staat der Gewinn aus den Bergwerksbetrieben zufällt und er diese auch noch erweitert.

Diese Theorie, daß bei der Verstaatlichung der Staat gewinnt, ohne daß die enteigneten Kapitalisten etwas verlieren, sie ist es und sie allein, gegen die ich mich wendete. Daß Cunow jetzt immer wieder krampfhafte Versuche macht, sie hinter seinem Vorschlag eines Kohlenhandelsmonopols verschwinden zu lassen, von dem ich gar nicht sprach, ist zwar völlig unsachlich, aber sehr begreiflich, denn meiner Kritik über seine Theorie hat er kein Wort entgegenzusetzen gewußt. Nicht einmal den Versuch einer Widerlegung hat er unternommen. Er weiß, warum. Es müssen schon sehr naive Gemüter sein, die sich über dieses völlige Versagen durch sein Gezeter über meine polemischen Manieren täuschen lassen.

K. Kautsky.

Die Gewerkschaften und die Lage der schwerhörigen Arbeiter.

Von H. Beyschwang.

Wie groß der günstige Einfluß der Sozialpolitik auf die Gesundung und Kräftigung des gesamten Volkes ist, wird jetzt während des Krieges selbst in Kreisen, die der Sozialpolitik früher kühl oder gar ablehnend gegenüberstanden, in allen Tonarten verkündet. Der durch den Krieg gewonnenen Einsicht in der kommenden Friedenszeit im Interesse der Allgemeinheit praktischen Ausdruck zu verleihen, ist eine unabweisbare Pflicht der bürgerlichen Gesellschaft. Den Gewerkschaften müssen die früher notgedrungen übernommenen Aufgaben auf sozialem Gebiet von seiten des Reiches, der Staaten und der Gemeinden durch weiteren Ausbau der Sozialversicherung erleichtert werden. Dieses Verlangen ist um so gerechtfertigter, als die Gewerkschaften ungeheure Summen für die Kriegsfürsorge verausgabt haben, die nicht im geringsten in das Bereich ihrer Aufgaben als wirtschaftliche Organisationen der Arbeiterklasse fallen.

Wie dringend notwendig die Fortführung der Sozialpolitik ist, zeigt sich aber auch unter anderem in der Rückständigkeit der sozialen Fürsorge für schwerhörige Arbeiter. Es sind nicht alle Fälle von Schwerhörigkeit heilbar, und für die unheilbar Schwerhörigen ist das Leben in geistiger und körperlicher Hinsicht eine tägliche Qual der Entbehrung. Das Leiden gebietet diesen Kranken, sich im persönlichen Verkehr mit ihren Mitmenschen die größten Einschränkungen aufzuerlegen. Doch ist es der Wissenschaft gelungen, die zu vielem berufene Elektrizität dem Dienste der Schwerhörigen nutzbar zu machen. Es werden Hörapparate in Gestalt eines

kleinen elektrischen Taschentelephons hergestellt, deren praktische Anwendung ergeben hat, daß sie ein gutes Hilfsmittel darstellen, dem Schwerhörigen den teilweisen Verlust des Gehörs zu ersetzen. Auch auf pädagogischem Gebiet sind seit einigen Jahren Ansätze vorhanden, um den Schwerhörigen über ihre Leiden hinwegzuhelfen. Die Charité-Ohrenklinik (Berlin) unterhält in ihren Räumen einen für Unbemittelte kostenlosen Absehkursus, in dem gelehrt wird, das gesprochene Wort den Mundbewegungen des Sprechenden abzulesen. Für die schwerhörig gewordenen Kriegsteilnehmer erteilen auch bereits einige öffentliche Taubstummenschulen Absehunterricht.[1] Beide Hilfsmittel stellen nach ärztlichen und pädagogischen Gutachten wesentliche Faktoren zur Erhaltung der Erwerbsfähigkeit der Schwerhörigen dar.

Die Krankenkassen lehnen aber zurzeit noch jede Fürsorge, die über die eigentliche ärztliche Heilbehandlung hinausgeht, für ihre schwerhörigen Mitglieder ab. Die Allgemeine Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe in Berlin lehnte selbst einen Antrag ab, der nur eine Beihilfe zu den Kosten eines Hörapparats forderte. Auch den Absehunterricht für Schwerhörige haben die Krankenkassen noch nicht in Erwägung gezogen.

Im Hinblick auf diese Rückständigkeit in der Sozialversicherung wurde vor einigen Jahren in Berlin unter dem Namen »Schutzverband der Schwerhörigen« ein Verein gegründet, der sich die Förderung der Interessen der Schwerhörigen ohne Unterschied des Standes zur Aufgabe gemacht hat. Ortsgruppen wurden inzwischen eingerichtet in Hamburg, Hannover, Leipzig, Magdeburg und München. Der Verein kann aber nicht als eine Einrichtung angesprochen werden, die in objektiver Weise auch die Sache der schwerhörigen Arbeiter wahrzunehmen vermag. In den Satzungen des Verbandes heißt es:

> § 2. Der Zweck des Verbandes ist Förderung der Interessen der Schwerhörigen durch: 1. Herausgabe der periodisch erscheinenden »Zeitschrift für Schwerhörige«, die allen Mitgliedern unentgeltlich zugestellt wird. 2. Herbeiführung einer sozialen Fürsorge für Schwerhörige durch eine Beratungsstelle für Berufswahl, Schaffung einer Rechtsauskunftstelle, Stellennachweis, Anschluß an bestehende Arbeitsnachweise. Anstrebung von Absehkursen, einer Übergangsrente und Beihilfe bei Beschaffung von Hörapparaten und sonstiger Hilfsmittel zur Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit durch die Krankenkassen. 3. Statistische Erhebungen über die Zahl der Schwerhörigen und darauf fußende systematische Bekämpfung der durch die Schwerhörigkeit entstehenden Schäden. 4. Beseitigung der den Schwerhörigen im Privat-, Staats- und Gemeindedienst erwachsenden Nachteile. 5. Berücksichtigung der Schwerhörigkeit insbesondere vor Gericht und im Verkehr mit Behörden. 6. Forderung besonderer Schulen für schwerhörige Kinder. 7. Errichtung unentgeltlicher Ablesekurse. 8. Vergünstigung bei Beschaffung brauchbarer Hörapparate. 9. Beschaffung eines Unterstützungsfonds, einer Kranken-, Unfall- und Lebensversicherung. 10. Beschaffung besonders günstiger Plätze in Theatern, Konzerten, Vorträgen und bei Gottesdiensten. 11. Anbahnung einer besonderen Berücksichtigung der Schwerhörigen auf Reisen und in Hotels. 12. Pflege der Geselligkeit. 13. Politische und religiöse Erörterungen sind ausgeschlossen.

Über die Wahl des Vorstandes heißt es im § 3 der Satzungen:

> Die Wahl des Vorstandes erfolgt auf dem alljährlich stattfindenden Verbandstag, zu dem drei Monate vorher durch die Verbandszeitschrift Bekannt-

---

[1] In Nr. 3 des »Reichsarbeitsblatts« wird berichtet: »Für die ertaubten oder schwerhörig gewordenen Kriegsteilnehmer findet bei den öffentlichen Taubstummenanstalten Unterricht im Absehen der Worte vom Munde der Sprechenden statt, so in der brandenburgischen Provinzialtaubstummenanstalt Wriezen, der ostpreußischen in Königsberg, bei der Schwerhörigenschule in Hamburg und bei der Königlichen Taubstummenanstalt in Leipzig.«

machungen zu erlassen sind. Die Wahl erfolgt durch Stimmzettel; wenn kein Widerspruch erfolgt, kann die Wahl auch durch Zuruf erfolgen. Zweidrittelmehrheit entscheidet.

Der § 6 der Satzungen lautet:

1. Ordentliches stimmberechtigtes Mitglied kann jede unbescholtene schwerhörige Person ohne Rücksicht auf Geschlecht, Stand und Konfession werden, die ein Eintrittsgeld von 2 Mark und einen Mindestmonatsbeitrag von 50 Pfennig entrichtet. Höhere Beiträge sind im Interesse der idealen Ziele des Verbandes dringend notwendig. 2. Außerordentliches Mitglied kann jede auch nicht schwerhörige Person werden, die sich für die Ziele des Verbandes interessiert. Vereine, welche gleiche oder ähnliche Bestrebungen verfolgen, können als Korporationsmitglieder aufgenommen werden. Der Mindestjahresbeitrag ist 5 Mark. Zwecks Erreichung der uns gesteckten Ziele sind höhere Beitragszeichnungen jedoch sehr erwünscht. 3. Durch Entrichtung eines einmaligen Beitrags von 100 Mark wird die lebenslängliche Mitgliedschaft erworben.

Der Verband ist zurzeit bemüht, auch unter den heimkehrenden schwerhörigen Kriegsteilnehmern Mitglieder zu werben. Um diesen Kriegsteilnehmern nach dem Kriege geeignete Erwerbsmöglichkeiten zu erschließen, beabsichtigt er, an alle öffentlichen Stellennachweise das Ersuchen zu richten, die im Kriege schwerhörig Gewordenen besonders zu berücksichtigen. Daß aber ein Verein, dessen Mitglieder sich aus allen Schichten der Bevölkerung rekrutieren, eine Interessenvertretung der schwerhörigen Arbeiter nicht darstellen kann, versteht sich wohl von selbst. Auch die Zulassung der Wiederwahl des Vorstandes durch bloßen Zuruf und die Klassifizierung der Mitglieder in ordentliche und außerordentliche entspricht nicht dem demokratischen Prinzip in der Arbeiterklasse. Der Einkauf der Mitgliedschaft auf Lebenszeit ist ein Privileg für bessersituierte Mitglieder, das zum Personenkultus zu führen geeignet ist. Der Verband ist seiner ganzen Aufmachung nach ein rein privater Wohltätigkeitsverein mit stark religiösem Einschlag, der weder die soziale noch die wirtschaftliche Lage der schwerhörigen Arbeiter zu bessern vermag.

Der Schwerhörige ist — bedrückt durch sein Gebrechen — ein überaus williger Arbeiter; dem Arbeitgeber bietet er aber deshalb nicht nur eine willige, sondern auch oft eine billige Arbeitskraft, die dieser leicht zu Lohndruckzwecken gegen die guthörenden Arbeiter ausspielen kann. Das zeigt sich zum Beispiel auch darin, daß der Durchschnitt der schwerhörigen Arbeiter in der Entlohnung noch schlechter gestellt ist als der gesunde. Die niederdrückende seelische Verfassung und die schlechtere Entlohnung bildet bei diesen Leidenden im Laufe der Zeit eine Abstumpfung heraus, die den Umgang mit ihnen oft sehr schwierig, ja fast unerträglich macht. Sie fühlen sich stets benachteiligt und hegen vor allem Mißtrauen gegen ihre guthörenden Arbeitskollegen. Aus alledem ergibt sich eine immer schärfer in Erscheinung tretende Entfremdung zwischen der guthörenden und der schwerhörenden Arbeiterschaft, die im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung zu bedauern ist.

Dieser seelischen Verfassung und der sozialen Lage der schwerhörigen Arbeiter haben die Gewerkschaften noch wenig Beachtung zuteil werden lassen, und doch ist diese für die Zusammenschließung aller Arbeiter in den Gewerkschaften von großer Bedeutung. Gerade die schwerhörigen Arbeiter stellen einen großen Prozentsatz der gewerkschaftlich und politisch gleichgültigen Arbeiter. Solange die Schwerhörigkeit noch keinen hohen Grad erreicht hatte, waren sie oft Mitglieder ihrer Organisationen und an der Besserung ihrer Lage beteiligt. Mit der Zunahme des Leidens nahm aber das Interesse an der Organisation bei ihnen immer mehr ab; ja, sie kehrten der Organisation ganz den Rücken in der Annahme, von nun ab einzig

auf das Wohlwollen der Unternehmer alle Hoffnungen auf Besserung und Festigung ihrer Lage setzen zu müssen. Der Appell an das Gemeinschaftsbewußtsein wird bei den schwerhörigen Arbeitern nur selten von Erfolg sein. Um die Organisierbarkeit der schwerhörigen Arbeiter zu fördern, wäre es nötig, daß die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in allen größeren Städten eine »Zentralstelle für schwerhörige Arbeiter aller Berufsarten« einrichtet, die die Aufgabe hätte, sich in erster Linie die seit einigen Jahren in den Handel gebrachten elektrischen Gruppenhörer für Schwerhörige zu Versammlungs- und Bildungszwecken dienstbar zu machen, um auch den schwerhörigen Arbeitern das gesprochene Wort zu Gehör zu bringen. Die Versammlungen und bildenden Veranstaltungen müßten gesondert von denen der guthörenden Arbeiter stattfinden, was jede Animosität unter den Teilnehmern ausschließen würde. Der Versammlungsraum muß den schwerhörigen Arbeitern an den freien Abenden gleichzeitig zu zwanglosen Zusammenkünften und als Leseraum offenstehen. Das Lesebedürfnis ist bei dem Durchschnitt der schwerhörigen Arbeiter nicht geringer, sondern eher größer als bei den guthörenden. Die Anschaffung einer eigenen Ausleihbibliothek wäre vorderhand von untergeordneter Bedeutung, weil den organisierten Arbeitern die Entlehnung von Büchern aus den Bibliotheken ihrer Berufsorganisationen freisteht. Dagegen müssen Tageszeitungen und periodisch erscheinende Zeitschriften politischen, sozialen und naturwissenschaftlichen Inhalts ausgelegt werden. Auch die Anlegung einer archivalischen Sammlung aller Veröffentlichungen, die in die Gebiete der Ohrenheilkunde und der sozialen Fürsorge eingreifen, wäre ratsam. Weiter muß dem in hoher Blüte stehenden Heilmittelschwindel für Ohrenleidende entgegengewirkt werden, um die schwerhörigen Arbeiter vor der schmutzigen Reklame jener gewissenlosen Menschen zu schützen, die sich ihr Tätigkeitsfeld mit Vorliebe unter der leidenden Menschheit wählen. Die Partei- und Gewerkschaftspresse dürfte ihre Spalten zu diesem Zweck der Zentralstelle gern zur Verfügung stellen.

Im Anschluß an diese prinzipiellen Aufgaben muß die Zentralstelle ihren ganzen Einfluß auf die gesetzgebenden Körperschaften im Reich, Staat und in der Gemeinde dahin geltend machen, daß die sozialen Einrichtungen der Arbeiterfürsorge mehr als bisher auch auf die schwerhörigen Arbeiter Anwendung finden. Daß es den Krankenkassen an Mitteln fehlt, um die soziale Lage der Schwerhörigen einer Besserung zuzuführen, ist kaum anzunehmen; beziffert sich doch ihr Vermögen nach den letzten amtlichen Rechnungsergebnissen für das Jahr 1913 auf 310 867 936 Mark. Dazu kommt noch ein Reservefonds von 285 915 198 Mark. Den Krankenkassen muß das Recht eingeräumt werden, Absehkurse für Schwerhörige obligatorisch einführen und die Kosten oder mindestens eine Beihilfe zu den Kosten bei Anschaffung von Hörapparaten ihren schwerhörigen Mitgliedern bewilligen zu dürfen. Die Mehrausgaben hierfür würden durch Ersparnis an Ärztehonoraren reichlich ausgeglichen werden; läuft doch der unheilbar Schwerhörige trotz der Aussichtslosigkeit auf Besserung seines Leidens immer und immer wieder zum Arzt und sind die Kosten, die den Kassen dadurch entstehen, meist zwecklos.

Den Gewerkschaften fiele ein großes moralisches Verdienst um die Schwerhörigen zu, wenn sie auf Grund dieser Unterlagen dazu beitragen, daß die soziale Fürsorge für schwerhörige Arbeiter von den Trägern der Sozialversicherung recht bald in die Wege geleitet wird. Dies ist um so dringender nötig, weil auch unzählige, durch die heftigen Artilleriekämpfe und insbesondere durch Infektionskrankheiten an ihrem Hörorgan geschädigte Kriegsteilnehmer aus dem Felde zurückkehren werden, die ihren früheren Beruf infolge von Schwerhörigkeit werden aufgeben müssen. Die Fürsorge für diese Kriegsteilnehmer, die sich der Schutzverband der Schwerhörigen zur Aufgabe gemacht hat, kann nur einen Tropfen auf einen heißen Stein ergeben, der die

Lage dieser Bedauernswerten nicht durchgreifend zu bessern vermag.[2] Die wenigen öffentlichen sozialen Einrichtungen für Schwerhörige reichen aber nicht aus, um den vielen Tausenden von Schwerhörigen (auch Nichtkriegsteilnehmern) zugänglich zu sein.

Die geschäftliche Leitung der Zentralstelle und die Wahrnehmung der Interessen der schwerhörigen Arbeiter muß von organisierten, guthörenden Arbeitern ausgeübt werden, die von den schwerhörenden Mitgliedern zu wählen sind. Vorschläge zur Wahl der Geschäftsleitung können aus den Reihen der Schwerhörigen und von der Generalkommission der Gewerkschaften gemacht werden; wahlberechtigt dagegen dürfen nur die schwerhörigen Mitglieder sein. Als gewählt ist derjenige zu betrachten, auf den die absolute Stimmenmehrheit entfällt.

Nun könnte mir entgegengehalten werden, daß neue gewerkschaftliche Aufgaben auch neue Mittel erheischen, die nicht gut den schwerhörigen Arbeitern auferlegt werden können. Das erstere ist richtig, das letztere aber eine irrige Einwendung. Auch der genannte Verband erhebt ein Eintrittsgeld von 2 Mark und einen Mindestmonatsbeitrag von 50 Pfennig. Ein mäßiges Einschreibegeld und einen monatlichen Extrabeitrag würden die schwerhörigen Arbeiter gern leisten, wenn es gilt, ihre wirtschaftliche und soziale Lage zu bessern. Bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern könnte das Einschreibegeld fortfallen; *selbstverständlich darf der Beitritt zu der Zentralstelle die Zugehörigkeit zu der einschlägigen Berufsorganisation nicht aufheben, sondern muß sie zur Bedingung machen.*

Entschließen sich die Gewerkschaften, diesen Anregungen zu folgen, dann können sie des Zuspruchs der schwerhörigen Arbeiter sicher sein. Die Einrichtung selbst dürfte auf keine besonderen Schwierigkeiten stoßen, aber viel neue Lebenslust und Stärkung des Selbstbewußtseins bei den schwerhörigen Arbeitern auslösen. *Auch die Kampfespositionen der Gewerkschaften würden hierdurch eine wesentliche Stärkung erfahren.* Die Zentralstelle würde in kurzer Zeit Tausende von Mitgliedern aufweisen, die auch für die einschlägigen Berufsorganisationen gewonnen sind, denen sie meist nur aus Scham oder Mißtrauen auf Grund ihres Leidens heute noch fernstehen.

---

[2] In der »Deutschen Medizinischen Wochenschrift« Nr. 2 des laufenden Jahres schreibt Stabsarzt Dr. Alfred Peyser:

»Nach Meldungen ausländischer Zeitungen aus dem Kriege 1914/15 haben bei den Belgiern 60 Prozent der Verwundungen das Ohr betroffen. Für die deutschen Verhältnisse ist letztere Zahl entschieden viel zu hoch. Immerhin sind Trommelfell- und Labyrinthverletzungen in beträchtlicher Zahl aufgetreten. Bei der genau geführten Statistik eines Bataillons konnte festgestellt werden, daß Gehörverletzungen 12 Prozent der Gesamtverluste bildeten, und zwar Trommelfellverletzungen 6,4 Prozent, Labyrinthverletzungen 5,6 Prozent.«

Und in Nr. 5 derselben Wochenschrift schreibt Stabsarzt Dr. Ernst Lehmann:

»Das hervorstechendste Symptom aller Trommelfellzerreißungen durch Detonationen ist die Herabsetzung der Hörfähigkeit, die in allen Graden festgestellt werden konnte.«

Durch rechtzeitige ärztliche Behandlung sind aber Gehörverletzungen und die auf ihnen beruhende Schwerhörigkeit zum größten Teil heilbar. Ganz anders verhält es sich in den Fällen von Schwerhörigkeit, die auf Otosklerose (Verkalkung der Gehörwerkzeuge) beruht, die ihrerseits wieder als Folgeerscheinung von sogenannten Erkältungskrankheiten auftritt. In diesen Fällen beginnt die Schwerhörigkeit ohne jeden Schmerz mit einer kaum wahrnehmbaren Abschwächung des Gehörs, verläuft schleichend in ihrer Zunahme und erreicht erst nach Jahren einen hohen Grad. Die Krankheit ist unheilbar; die ärztliche Kunst steht ihr noch völlig hilflos gegenüber. Der Einfluß des Krieges auf die »unheilbare Schwerhörigkeit« wird deshalb erst in späteren Jahren voll in Erscheinung treten.

Literarische Rundschau.

Harry Isay, Liberalismus und Arbeiterfrage in Belgien (1830 bis 1852). Münchener Volkswirtschaftliche Studien, herausgegeben von Lujo Brentano und Walter Lotz. 135. Stück. Stuttgart und Berlin 1915, J. G. Cottasche Buchhandlung Nachfolger. XVI und 102 Seiten. Preis 3 Mark.

Belgien, nach Marx »das Paradies des kontinentalen Liberalismus«, hat sich stets durch die maßlose Ausbeutung seiner Arbeitskräfte ausgezeichnet. Erst in den letzten Jahrzehnten erstarkte eine selbständige Arbeiterbewegung; Gewerkschaften, Genossenschaften und die politische Partei des Proletariats hoben dessen Lage und Selbstbewußtsein. Dann brach der Krieg über das Land herein....

Isay gibt aus der Geschichte des belgischen Proletariats einen interessanten Ausschnitt. Er behandelt, wie er in der Einleitung schreibt, »die Epoche, die charakterisiert ist durch die vollkommene Einflußlosigkeit der arbeitenden Klassen auf die Gestaltung ihrer sozialen Lage, sodann durch die Ausnutzung dieser Situation seitens der Bourgeoisie und schließlich durch die Abneigung der liberalen Partei gegen jegliche Intervention des Staates«.

Was aber dieser Epoche, die ja in der Geschichte der Arbeiterschaft so ziemlich jedes Landes eine große Rolle spielt, für Belgien besonderes Interesse verleiht, ist nicht nur ihre ungewöhnliche Dauer, da in diesem industriell so hoch entwickelten Lande erst so spät eine selbständige Arbeiterbewegung aufkam, sondern auch der Umstand, daß zwei revolutionäre Bewegungen in diese Epoche hineinfallen.

Mit der Losreißung der südlichen Provinzen von Holland im Jahre 1830, also mit einem revolutionären Akt, beginnt die Geschichte Belgiens als eines selbständigen Staates. Der gemeinsame Kampf gegen den früheren Herrscher zwang die beiden damals einzig in Betracht kommenden Parteien, die Liberalen in den Städten und die Klerikalen auf dem Lande, zusammen, und sobald sich diese in ihrer Herrschaft einigermaßen sicher fühlen, wälzen sie gemeinsam die Lasten auf die arbeitenden Volksmassen, während sie sich selbst gegenseitig Industrie- und Agrarzölle gewähren und die geringen freiheitlichen Errungenschaften der Revolution alsbald in der Versenkung verschwinden lassen. Zwar spaltete sich von der liberalen Partei ein radikalerer Flügel ab, der eine leise Demokratisierung von Regierung und Verwaltung anstrebte, aber die im Besitz der Macht befindlichen Altliberalen ließen die »radikalen Schwärmer« reden und kümmerten sich nicht um sie. Seit 1839 beschäftigte sie der Kampf gegen die Klerikalen um »Geistesfreiheit«. Demokratie und die Not der arbeitenden Klassen waren ihnen gleichgültig.

Da platzte die Nachricht von der Februarrevolution 1848 in die beschauliche Ruhe, in der sich die liberale Regierung ihres 1847 bei den Parlamentswahlen über die Klerikalen errungenen Sieges freute. Welche Illusionen die Begeisterung über die ersten Erfolge der Revolution weckte, dafür ist ein Brief ungemein bezeichnend, den der Fourierist Viktor Considérant noch unter dem frischen Eindruck der Ereignisse an den liberalen Ministerpäsidenten Rogier schrieb:

> »Mein Freund, mein Freund, noch einmal sage ich es, die Welt von morgen ist nicht mehr die von gestern: ein Wind hat sich erhoben, mächtiger als die Stürme der Tropen, der die Kronen fallen läßt wie trockenes Laub im Herbst.... Das Wunder ist geschehen, die Folgen sind offenbar. Der ganze Süden und Westen Europas werden, ehe ein Monat vorüber ist, eine Föderativrepublik sein, und vielleicht wird sogar Nikolaus in seinem Lande bezwungen oder wenigstens nach Moskau zurückgeführt werden. Die Völker werden vielleicht ohne einen einzigen europäischen Krieg sich in Gruppen zusammenschließen, entsprechend den natürlichen Tendenzen ihrer Nationalitäten, und die Republik wird die Regierungsform in Europa werden, wie sie es bereits in Amerika ist.«

Aber der kühle Realpolitiker Rogier faßte die Dinge ganz anders auf als sein sozialistischer Freund, der sich als echter Gefühlspolitiker von den Stimmungen des Augenblicks fortreißen ließ und glaubte, die Politik sei von ihnen abhängig und nicht

von den realen Machtverhältnissen und Klasseninteressen. Rogier schließt sofort mit der katholischen Partei seinen Burgfrieden, er macht dem unzufriedenen Bürgertum einige kleine demokratische Konzessionen, den Arbeitern einige unverbindliche Versprechungen, und damit bewährt er sich als der Retter der Gesellschaft, des Königtums und des Geldsacks. Und nun kann er sich, gestützt auf das Vertrauen der geeinten herrschenden Klassen, schon nach Monatsfrist der Niederknüppelung der demokratischen Opposition widmen, und die im Juni vorgenommenen Neuwahlen führen zu einem glänzenden Sieg der Regierung und zu einer völligen Niederlage der Demokratie.

Allerdings gelang es in den nächsten Jahren dennoch der eifrigen Agitation der demokratischen Opposition, Einfluß auf die Bevölkerung zu gewinnen und sogar die liberale Partei zu zwingen, sich etwas volksfreundlicher zu gebärden. Aber an der inneren Politik des Landes änderte dies gar nichts. Denn, wie Isay bei Besprechung dieses Zeitpunktes bemerkt, »die Wirkung der außerparlamentarischen Parteiorganisationen ist gering und nimmt immer mehr ab. Der unbestrittene Sieg der Regierung bei den Juniwahlen des Jahres 1848 hat ihr eine große Autorität gesichert, die so lange anhält, als die Bourgeoisie in ihr die wesentliche Schutzwehr gegen revolutionäre Bestrebungen erblickt: bis zum Frühjahr 1849. Danach aber beginnen die Elemente der hohen Bourgeoisie ihren Einfluß auf die Politik — unter Ausschaltung der außerparlamentarischen Organisationen — mehr und mehr wiederherzustellen, bis ihnen der Untergang der zweiten französischen Republik auch in Belgien wieder völlig freie Hand gibt.«

An schönen Worten gegenüber der Arbeiterschaft hat es der Regierung freilich auch weiterhin nicht gefehlt, und in sehr bescheidenen Grenzen sogar zeitweilig auch nicht am guten Willen zu gewissen Reformen. Aber Isay zeigt, wie dieser schwache Wille der Regierung an dem zähen Widerstand der herrschenden Klassen, die sich in ihren ökonomischen Interessen bedroht fühlten, scheiterte und so nur ein paar äußerst dürftige Scheinreformen ins Leben gerufen wurden, die absolut ungeeignet waren, das Los der arbeitenden Klassen zu bessern.

Einer ziemlich ausführlichen Wiedergabe der in den Parlamentsdiskussionen von den verschiedenen Seiten vorgebrachten Argumente ist ein erheblicher Teil der Schrift Isays gewidmet, die als ein wichtiger Beitrag zur Geschichte bürgerlicher Sozialpolitik gewertet werden muß. G. Eckstein.

Anzeigen.

Heinrich Cunow, **Praktische Steuerpolitik oder Steuerdogmatik?** Neun Artikel über Steuer- und Monopolfragen. Berlin 1916, Buchhandlung Vorwärts. 48 Seiten. Preis 50 Pfennig.

Die Broschüre, die neun schon in der Tagespresse veröffentlichte Artikel zusammenfaßt, ist als »gemeinverständliche Einführung in die Aufgaben der Steuer- und Finanzreform nach dem Kriege« gedacht, »deren Einführung die sozialdemokratische Partei keinesfalls allein den bürgerlichen Parteien überlassen dürfe«.

Der Krieg wird uns vor eine neue bedeutsame wirtschaftliche Entwicklungsperiode und damit auch vor neue politische Situationen stellen. Es wird sich darum handeln, durch Ausnutzung der Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien die künftige Gestaltung Deutschlands zu beeinflussen. Sich nur auf die Kritik beschränken, hieße die wichtigsten Arbeiterinteressen preisgeben. Das gilt besonders von der Steuerpolitik, in der wir uns nicht in eine Oppositionsstellung gegenüber allen Vorschlägen der Regierung hineintreiben lassen dürfen.

Vor allem dürfen wir uns nicht durch die Bezeichnung einer Steuer als einer indirekten schrecken lassen, sondern müssen stets untersuchen, wen die Steuer belastet. Die Einkommensteuer belastet jene Kreise, die von fixem Einkommen leben, viel stärker als die Kreise der Industrie, der Landwirtschaft und des Handels, die die Steuer häufig abwälzen oder sich ihr entziehen können. In dieser Hinsicht steht

es mit vielen Verkehrssteuern ebenso, doch sind manche von diesen, wie zum Bei-
spiel die Konnossementsteuer, schwer oder gar nicht abwälzbar, sind daher gerad
im Interesse der Arbeiter vorzuziehen.

Da die enormen Beträge nach dem Kriege durch direkte und indirekte Steuern nicht aufzubringen sein werden, wird man in weitem Umfang zu Staatsmonopolen greifen müssen, die unter Umständen empfehlenswert sind. Um die Untersuchung dieser Frage handelt es sich im einzelnen Fall. Während durch direkte Steuern die Kapitalakkumulation gehemmt wird, braucht das bei der Einführung von Monopolen nicht zu geschehen, da der Staat seine Produktion ausdehnen kann, während zugleich die enteigneten Kapitalisten die ihnen gewährten Entschädigungen in anderen privaten Unternehmungen anlegen und dadurch deren Ausdehnung fördern können.

Hermann Wendel, **Elsaß-Lothringen und die Sozialdemokratie.** Berlin 1916, Buchhandlung Vorwärts. 30 Seiten. Preis der Vereinsausgabe 40 Pfennig.

Wendel führt aus: Während die deutsche Sozialdemokratie auf dem Standpunkt der bloßen Landesverteidigung steht, gehen die Ziele der französischen Partei weit darüber hinaus nach der Rückeroberung Elsaß-Lothringens. Die Bewohner des Elsaß sind dem Stamme nach Deutsche. Erst die große Revolution brachte ihnen französische Staatsgesinnung bei. Trotzdem aber wurden die Elsässer, oder doch sicherlich die bäuerlichen und proletarischen Schichten, nicht in die französische Kulturgemeinschaft einbezogen.

Die deutsche Sozialdemokratie war von Anfang an gegen die Annexion und protestierte stets gegen alle Versuche, die Elsässer gewaltsam »einzudeutschen«. Sie anerkannte die historische Tatsache der Einverleibung der Reichslande, verlangte aber für sie volle Autonomie im Rahmen des Deutschen Reiches.

Wenn heute noch die französischen Sozialisten Elsaß-Lothringen als französisches Land ansprechen, stellen sie sich mit den Tatsachen in schärfsten Widerspruch. Die Bevölkerung ist weit überwiegend deutsch, besonders die Bauern und Arbeiter. Dazu hat auch der politische Kampf beigetragen, besonders die Agitation der Sozialdemokratie. Ebenso ist das Land wirtschaftlich aufs engste mit Deutschland verknüpft. Eine Vereinigung mit Frankreich wäre für den elsässischen Weinbau, insbesondere aber für die Industrie des Landes und dessen Bergbau höchst verderblich.

Vor dem Kriege war auch in Frankreich der Revanchegedanke und das Streben nach Rückgewinnung der Reichslande schon sehr im Abflauen. Bürgerliche Pazifisten verlangten die Anerkennung des Frankfurter Friedens. Die französischen Sozialisten konnten sich lange Zeit nicht zu einem vollen Verzicht auf Elsaß-Lothringen verstehen. Sie erwarteten eine Lösung der Frage von der Demokratie, durch die Verwirklichung des Sozialismus, manche wie Hervé auch von einem Austausch der Reichslande gegen französische Kolonien. Die Lösung der Frage durch das Schwert verwarfen alle. Gerade in den letzten Jahren rang sich aber immer mehr eine Strömung durch, die rückhaltlose Anerkennung des Frankfurter Friedens verlangte. Darin trafen sie sich mit der Bevölkerung Elsaß-Lothringens selbst, die nicht mehr Lostrennung von Deutschland verlangte, sondern Autonomie innerhalb des Reiches.

Adolf Hepner, **Josef Dietzgens Philosophische Lehren.** Mit einem Porträt von Josef Dietzgen. Stuttgart 1916, J. H. W. Dietz Nachf. 186 Seiten. Preis broschiert 2 Mark, gebunden 2,60 Mark.

Hepner stellt die Lehren Dietzgens volkstümlich dar, indem er der Reihe nach den wesentlichen Inhalt der Schriften angibt, die in der von Eugen Dietzgen veranstalteten Gesamtausgabe der Werke seines Vaters vereinigt sind. Hepner hält sich dabei möglichst genau an das Original, das er stellenweise ausführlich zitiert.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 9 | Ausgegeben am 2. Juni 1916 | 34. Jahrgang

Geographische Streiflichter zum Adriaproblem.

Von Georg Engelbert Graf.

Jedem Geschichtskenner ist es schon aufgefallen, wie gewisse Probleme im Laufe der Zeit immer wieder auftauchen. Wie häufig begegnen wir zum Beispiel Parallelen zwischen der Gegenwart und der Blütezeit des Mittelalters! Von Äußerlichkeiten und Zufälligkeiten ganz abgesehen, so erinnern doch Strömungen, die an der Oberfläche und am Grunde des damaligen historischen Geschehens sich verfolgen lassen, politische und wirtschaftliche, nationale und soziale Fragen an das, was unsere Zeit bewegt. Hoffnungen, die längst begraben und vermodert schienen, feiern ihre Wiederauferstehung, Pläne, die verstaubt und vergessen waren, kommen wieder ans Tageslicht, und häufig genug mag es den oberflächlichen Beschauer wie eine bloße Wiederholung des alten Spiels anmuten. Ist es nicht eigenartig, daß Mitteleuropa wieder wie im Mittelalter den Landweg nach Indien sucht und in seine Gewalt zu bringen trachtet? Noch dazu auf einer Linie, die die Kreuzfahrer bereits vorgezeichnet? Scheint nicht Italien die Levantepolitik wieder aufzunehmen, die die Renaissancestaaten der Apenninenhalbinsel bereits verfolgten?

Anzunehmen, daß die sogenannten führenden Männer der Gegenwart diese Ideen aus der mittelalterlichen Requisitenkammer wieder hervorgeholt und zu den ihrigen gemacht hätten — an sich würde das ja nur eine Konsequenz der ideologischen Geschichtsauffassung sein —, wäre selbstverständlich absurd. Für derartige Parallelismen der Geschichte die gleichen ökonomischen und sozialen Triebfedern verantwortlich zu machen, geht gleichfalls nicht an; wir stehen heute in einer ganz anderen Zeit mit anderen wirtschaftlichen Kräften und sozialen Tendenzen, als sie im Mittelalter herrschend waren. Das Rätsel löst sich, wenn wir das materiellste Moment historischen Geschehens zur Erklärung heranziehen, das geographische Milieu.

Historischer Materialismus ohne Berücksichtigung des geographischen Unterbaues der Geschichte ist ein Unding; wäre erst dann möglich, wenn der Mensch souverän die ganze Natur beherrschte, sich über alle durch die Natur der Erdoberfläche bedingten Schranken hinwegsetzen könnte. Und so weit wird es nie kommen. Solange aber die geographische Umwelt die Geschichte der Völker und Staaten mitbestimmt, solange sie auf die Entwicklungshöhe der Technik und damit auf die Kultur von unmittelbarem und mittelbarem Einfluß ist, wird sie bei der Erklärung historischer Vorgänge mit herangezogen werden müssen.

Wenn sich zurzeit, zumal in den imperialistischen Ideengängen und Zielen unserer Tage, soweit sie das Mittelmeer und den Orient betreffen, eine mehr oder weniger enge Anknüpfung an das Mittelalter herstellen

läßt, so liegt das daran, daß Mittelmeer und Orient geographisch heute i ähnlicher Weise wirken wie vor 400 bis 600 Jahren, daß sie zu den Gegen wartsproblemen ähnlich gelagert sind wie damals.

Im Altertum war das Mittelmeer das Zentrum der Kulturwelt; i Mittelalter wurde es zum Randgebiet der angrenzenden großen Reiche, di auf ihm miteinander in Beziehung traten; zumal in seinem östlichen Teil suchten Land- und Seeverkehr innigsten Anschluß mit dem Orient.

Dieser Grenzsaumcharakter des Mittelmeeres ist auch bezeichnend fü die Gegenwart. Nachdem das Mittelländische Meer durch die Entdeckunge jenseits der großen Ozeane in seiner Bedeutung überhaupt ausgeschalte worden war und seine Randgebiete vom siebzehnten bis ins neunzehnt Jahrhundert hinein für die geschichtliche Gesamtentwicklung kaum in Be tracht kamen, hat das vergangene Jahrhundert es aus seinem Weltschla wieder aufgerüttelt. Wieder münden die Interessen verschiedener euro päischer Großmächte und Mächtegruppen ins Mittelmeer, nur daß sein Stellung gegenüber der im Mittelalter insofern modifiziert erscheint, als e infolge der Eröffnung des Suezkanals aus einem geschlossenen Meer z einer Meerstraße größten Stils, zum wichtigsten Durchgangsgebiet de Weltverkehrs geworden ist. Der Kampf um das Mittelmeer ist heute nich allein ein Kampf um den Zugang zum Mittelmeer selbst, sondern auch u den Anschluß an die Weltwirtschaftsstraße vom Atlantischen zum Indische Ozean geworden, in den östlichen Teilen kombiniert mit einem Kampf u die Landverbindung von Europa über Westasien nach Indien, demselbe Kampf, dem einst die Kreuzzüge gegolten. Man sieht, die Linien, auf die si die politischen Anziehungskräfte in erster Reihe konzentrieren, haben i Mittelmeergebiet im Mittelalter und in der Gegenwart ungefähr de gleichen Verlauf. Diese geographischen Ähnlichkeiten bedingen die histo rischen.

Bei der reichen Gliederung des Mittelmeeres birgt natürlich jeder seine Teile seine besonderen Probleme, das Ligurische sowohl wie das Tyr rhenische Meer, das Adriatische und Jonische, das Ägäische und da Schwarze Meer. Diese Probleme treffen in erster Linie die angrenzende Staaten; aber da sie alle in stärkerem oder schwächerem Maße zur welt politischen Stellung des Mittelmeeres als Ganzem in Beziehung stehen sind sie auch weit davon entfernt, nur lokale Bedeutung zu besitzen. Da Problem des westlichen Mittelmeeres, eingeschlossen von Spanien un Italien, Frankreich und Nordafrika, ist zurzeit nicht akut. Dieser Teil de Mittelmeeres ist am wenigsten gegliedert. Die hier zusammenlaufenden ode sich begegnenden Interessen haben viel mehr Spielraum und befinden si daher so ziemlich in der Gleichgewichtslage.

Anders im östlichen Mittelmeer. Hier sind sowohl die Schwarze-Meer wie die Ägäis-Frage noch völlig ungelöst; sie erscheinen durchaus verworre und sozusagen fast unzugänglich; wie die Katzen um den heißen Brei gehe die interessierten Staaten um sie herum.

Bei weitem durchsichtiger ist das Adriaproblem. In gewissem Sinne i es auch aktueller und liegt uns rein geographisch näher. Der Weltkrieg be gann mittelbar unter seinem Einfluß. Der Kampf zwischen Österreich Ungarn und Serbien war der Kampf um die Adria. Und mit logischer Kon sequenz führte diese Rivalität Italien auf den Kampfplan. Die österreichisch

Mittelmeerpolitik — und sie war in letzter Zeit offensichtlich nur eine Adriapolitik — ließ die Kriegsfackel sich gerade an dieser Örtlichkeit entzünden. Hierzu kommt schließlich, daß das Adriaproblem auf dem besten Wege ist, auch ein mitteleuropäisches Problem zu werden, insofern als die Fühl- und Greifarme des amöbengleichen deutschen Imperialismus sich auch nach dieser Richtung ausstrecken mit Zielen, die vorläufig für die große Masse noch ziemlich unklar und verschleiert erscheinen.

Fürs nächste spitzt sich der Kampf um die Adria nach der Ausschaltung Serbiens und Montenegros zu einem Entscheidungskampf zwischen Österreich und Italien zu. Es ist das derselbe offene Gegensatz wie der weiter südlich im Ionischen Meer zwischen Griechenland und Italien, nur daß dieser letztere Gegensatz heute noch mehr latent ist.

Es soll nun natürlich durchaus nicht versucht werden, auf geographischer Grundlage das Adriaproblem zu lösen. Das ergäbe ein völlig schiefes Bild. Es kann sich nur darum handeln, das geographische Material zu sammeln und zu sichten, soweit es zum Verständnis beizutragen vermag, die natürlichen Bedingungen darzulegen, unter denen sich die Dinge an der Adria entwickelt haben. Das wird dann von selbst Wege zeigen, die von der Vergangenheit und Gegenwart in die Zukunft hineinführen.

Die Bedeutung des Adriatischen Meeres liegt zunächst in seiner Lage und in seinen natürlichen Beziehungen zum Mittelländischen Meer. An sich ist es nur ein Seitenarm des Mittelmeeres, ein Mittelmeer im Mittelmeer, durch die knapp 100 Kilometer breite Straße von Otranto vom Mittelländischen Meer und dadurch von dessen westöstlicher Längsverkehrslinie geschieden. Es ist kein Durchgangsgebiet, sondern eine Sackgasse, deren Bedeutung durch die angrenzenden Küstengebiete und ihr breites Hinterland bestimmt wird. Rein äußerlich betrachtet, gleicht es in dieser Beziehung der Ostsee. Für seine Einflußgebiete ist es der Zugang zu den Pforten der Straße von Gibraltar und des Suezkanals, die in das offene Meer hinausführen und den Weg nach dem Atlantischen und dem Indischen und Großen Ozean eröffnen. Dieser Gesichtspunkt gilt zwar auch für die übrigen Ausbuchtungen des Mittelmeers. Aber beim Adriatischen Meer kommt noch hinzu, daß es der mittelste der drei großen Meeresvorsprünge des Mittelmeers nach Norden hin ist, daß es also am ehesten zur Beherrschung des gesamten Mittelmeers geeignet erscheint und daß es am weitesten nach Norden hin in den Kontinentalrumpf Europas eingeschnitten ist. Dadurch wird es von vornherein zu einem Sammel- und Ausstrahlungsgebiet für den Seeverkehr vorausbestimmt. Allerdings ergibt ein Blick auf die Landkarte, daß diese Ideallage durch die Richtung, in der die Adria sich erstreckt, eine Einschränkung erleidet. Die Längsausdehnung verläuft von Nordwesten in südöstlicher Richtung, also abgewendet vom westlichen Teil des Mittelländischen Meeres, von dem es überdies durch die Sperre Kalabrien-Sizilien-Malta getrennt ist. Insofern ist die Lage des Ligurischen Meeres erheblich günstiger, da von hier aus der Verkehr, zu beiden Seiten von Korsika und Sardinien abgleitend, sich sowohl der Meerenge von Gibraltar als durch das Tyrrhenische Meer dem Osten zuwenden kann.

Von wesentlich höherem Einfluß ist aber das Verhältnis eines Meeres zu seinen Küsten und zu dem Hinterland. An und für sich betrachtet, ist ja das Meer als unbewohnbares Gebiet für den Menschen durchaus indifferent,

ebenso wie etwa die Eisflächen der Polarregionen oder die Wüsten, die dem Leben keinen Raum gewähren. Es erhält eine Bedeutung erst durch das Land. Je mehr Fäden von einem Landgebiet auf ein Meer hinauszulaufen vermögen, um so wichtiger ist es. Das Land ist eine Ziffer, das Meer für sich eine Null; an die Ziffer angefügt, ergibt sie ein Vielfaches. Im Verhältnis zum Meer muß man beim Festland die Küste vom Hinterland scheiden. Die Küste ist das Mittel, durch das das Hinterland mit dem Meer und über das Meer mit einer anderen Küste und einem anderen Hinterland in Verbindung tritt. Schlechte Küsten scheiden ihre Hinterländer eher, als daß sie sie verbinden, und ein bedeutungsloses Hinterland macht den Wert der besten Küste illusorisch.

Schon die Entfernung der Küsten eines Meeres voneinander spielt eine Rolle. Das Adriatische Meer ist gewissermaßen ein nicht allzu breiter, ziemlich langer Korridor zwischen Balkan und Apenninenhalbinsel; seine Länge verhält sich zur durchschnittlichen Breite etwa wie 4:1. Diese Gestalt bewirkt, daß die Längsküsten sich in bedeutender Ausdehnung recht nahe und ziemlich parallel einander gegenüber liegen. Daraus können sich je nachdem enge Beziehungen zwischen beiden Küstengebieten oder auch scharfe Konkurrenzkämpfe ergeben. Vor allem besteht bei einem derartig geformten Meeresteil stets die Gefahr, daß ein einziger Staat ihn völlig zu umklammern oder wenigstens völlig unter seinen Einfluß zu bringen suchen wird, weil sonst die eine Küste ständig eine Bedrohung für die gegenüberliegende bilden kann. Das Streben nach Beherrschung der Gegenküste kehrt ständig in der Geschichte der seefahrenden Nationen wieder. Das Venedig des Mittelalters hatte sich in den Häfen Dalmatiens festgesetzt, und das Streben italienischer Imperialisten läuft darauf hinaus, aus dem Adriatischen Meer ein „mare nostro“, ein rein italienisches Meer zu machen. Ein nationaler Vorwand läßt sich ja immer gar leicht konstruieren, wie aus den ähnlichen Bestrebungen zum Beispiel Schwedens nach Finnland, Griechenlands nach Kleinasien hin deutlich zu ersehen ist.

Kommt die Lage der Meeresküsten zueinander in der Politik mehr zum Ausdruck, so äußern sich die Eigenschaften der Küsten vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht. Sie bestimmen die Möglichkeit und den Umfang der unmittelbaren Produktion — die aber über den Verkehr mit den Nachbarküsten hinaus nur geringe Bedeutung gewinnt —; in dieser Hinsicht erheischt die vertikale Gliederung des Küstengebiets unsere Aufmerksamkeit. Die horizontale Gliederung ist ausschlaggebend für die Anzahl und die Güte der Häfen, und muß daher als natürliche Grundlage für den Seeverkehr gewertet werden.

Die natürlichen Eigenschaften einer Küste ergeben sich aus der geologischen Entwicklungsgeschichte des Meeres, das von ihr begrenzt wird. Ein anderes Bild ergibt sich, wenn das Meer gegen eine Tiefebene Boden gewinnt und Land und Wasser allmählich ineinander übergehen wie im Nordseegebiet, als da, wo eine riesige Landscholle entlang steilen Bruchrändern in die Tiefe gesunken ist und die scharf abgeschnittene Küste schroff in den Meeresspiegel hinabtaucht wie im Tyrrhenischen Meer zwischen Italien, Korsika, Sardinien und Sizilien. Das Mittelmeer besteht aus nacheinander und verschieden tief eingesunkenen Becken von meist ozeanischer Tiefe. Eine Ausnahme bildet das Adriatische Meer. Nur in seinem süd-

lichsten Teile reicht es bis in größere Tiefen als tausend Meter hinab, sonst wird fast nirgends die 200-Meter-Tiefenzone erreicht. Im wesentlichen ist es ein übergroßes Längstal, eine Muldeneinsenkung zwischen aufgerichteten, aufgefalteten Gebirgszügen, von der das Meer, von Süden nach Norden vorschreitend, allmählich Besitz ergriffen hat. Diese Mulde, die sich, nach Westen umgebogen, in der nur wenig den Meeresspiegel überragenden Poebene fortsetzt, wird allmählich, wie eben dieselbe Poebene zeigt, von dem Gebirgsschutt, den die Flüsse herzu tragen, wieder angefüllt und ausgeflacht.

Daher ist die Schwemmküste mit den verwilderten Deltamündungen des Po und anderer kleiner Flüsse bezeichnend für den nordwestlichen Teil der Adriaküste von der Isonzomündung bis Ravenna. Diese Küste ist wirtschaftlich sowohl wie verkehrstechnisch nur von sehr problematischem Wert. Die starke Geröllführung bewirkt eine erhebliche Erhöhung des Flußbettes über das Umland im Mündungsgebiet der Flüsse, und ist somit die Ursache für alljährliche gewaltige Überschwemmungen, die den Längs- und Querverkehr erschweren, einen geregelten Anbau und größere Ansiedlungen unmöglich machen. Die Annäherung vom Meere her wird gleichfalls durch die ständigen Strömungsverlagerungen und den Mangel gesicherter Ankerplätze unterbunden, während die Fahrt flußaufwärts je nach der Jahreszeit durch allzu starke Strömung oder durch Wassermangel gehindert wird. Adria, Ravenna, Aquileja sind Hafenstädte nur kurze Zeit gewesen, und Venedig hat seinen, auch heute noch trotz aller technischen Vorkehrungen stark bedrohten Hafen nur dadurch halten können, daß die Brenta, deren Schlamm und Geröll die Lagune zu verschütten drohte, in einem künstlichen Bett südlich von Chioggia ins Meer geleitet wurde.

Diese eigentliche Querküste des Adriatischen Meeres wird vornehmlich vom Lande her — durch die Flüsse — gebildet und verändert, die Längsküsten sind dagegen mehr ein Werk des Meeres; und zwar durch die jeweilige Art der Intensität der Strandverschiebung. Küstengebiete und Meeresboden befinden sich nur scheinbar im Ruhezustand; in Wirklichkeit haben Hebungen hier und Senkungen dort nie aufgehört, und diese Hebungen und Senkungen bestimmen den Charakter der Küste. In der Hebungszone wird in einem Überspülungsmeer wie dem Adriatischen ein flacher Strandsaum die Küste bilden, während da, wo das Land allmählich unter den Meeresspiegel hinabtaucht, das Meer zunächst von den Tälern Besitz ergreift und so in Buchten und Fjorden tief ins Land einzuschneiden vermag. Die Verhältnisse liegen im Adriatischen Meer nun insofern kompliziert, als an derselben Küste Hebungs- und Senkungsgebiete, noch dazu von verschiedener Intensität miteinander wechseln. Im nördlichen Teil, zwischen dem 42. und 46. Breitegrad, also von einer Linie Monte Gargano-Dulcigno nordwärts, findet auf der italienischen Seite eine langsame Hebung, auf der istrisch-dalmatinischen Seite eine recht erhebliche Senkung, das heißt positive Strandverschiebung statt; im südlichen Teil ist es umgekehrt, nur daß da sowohl Hebung an der albanischen wie Senkung an der italienischen Küste sich in geringerem Maße bemerkbar machen.

Dadurch erklärt sich die überreiche Küstengliederung von Istrien und Dalmatien mit ihrem Überfluß an geschützten, tief ins Land einspringenden Buchten und der Unzahl vorgelagerter Inseln. Hier sind eben die südwestlichsten Ketten der Dinarischen Alpen, die ungefähr parallel mit der Küste

streichen, ins Meer gesunken; ihre höchsten Kämme ragen noch als Inseln aus dem Wasser, während das Meer die gesamten Längstäler überflutet und von ehemaligen Pässen und niedrigen Quertälern Besitz ergriffen hat. Selbst für den Nichtgeographen ist es ein leichtes, auf einer beliebigen Landkarte so den ehemaligen Verlauf der Küste vom Kap Promontore bis zu den Bocche di Cattaro zu rekonstruieren. Anders auf der gegenüberliegenden italienischen Seite. Abgesehen von Ancona, wo durch einen ins Meer vorspringenden Berg eine kleine Bucht gebildet wird, weist die Küste von der Pomündung bis zum Spornvorsprung des Monte Gargano keinen einzigen Hafen auf. Erst weiter südlich, im Senkungsgebiet, treffen wir als untergetauchte Flußtäler von allerdings nur geringem Ausmaß die Häfen von Manfredonia, Bari und Brindisi. Die albanische Küste zeigt wieder ähnliche Verhältnisse wie in der Hebungszone auf der italienischen Seite, mangelnde Gliederung, Buchtenlosigkeit, Aufschüttungsarbeit der Flüsse verbunden mit Lagunenbildung und ausgesprochene Hafenarmut.

In bezug auf die Verkehrsbedeutung der Küste müssen aber außer diesen morphologischen Faktoren noch eine Reihe anderer berücksichtigt werden. Gerade für die Häfen sind auch meteorologische Gesichtspunkte maßgebend. Was nützt die schönste Meeresbucht, wenn Stürme durch ihre Öffnung ungehinderten Zugang erhalten? Besonders gefürchtet ist im Adriatischen Meer die Bora, ein überaus heftiger Fallwind, der sich von Norden her mit großer Gewalt aufs Meer stürzt. Ihm wirksam zu begegnen, erfordert in vielen Häfen, zum Beispiel in Triest, kostspielige Schutzmaßnahmen. In den überwiegend nördlichen Winden hat auch die nach Süden gerichtete Hauptströmung im Adriatischen Meer ihren Ursprung, die den durch die Flüsse aus den Alpen und Apenninen eingeschwemmten Sand immer weiter an der Küste entlang nach Süden verfrachtet und die spärlichen Ankerplätze auf der italienischen Seite versanden läßt.

Nicht unerwähnt mögen auch die kulturgeographischen Einflüsse bleiben, die bei der Hafenanlage mitsprechen, und ebenso beim Verschwinden von Häfen im Laufe der Zeit; die Höhe der Schiffsbautechnik und die politischen Verhältnisse der jeweiligen Zeit. In Zeiten der Unsicherheit wird die günstige Hafenanlage der geschützten geopfert — vergleiche Gründung von Venedig —, und Städte entstehen dann nicht unmittelbar an der Küste, sondern weiter binnenwärts, eine Erscheinung, die gerade an den italienischen Küsten, wo die dalmatischen Seeräuber in so bedrohlicher Nähe hausten, besonders häufig zu beobachten ist. Die moderne Schiffstechnik erfordert schließlich ganz andere Häfen, als die Segelschiffahrt des Mittelalters oder die Ruderbarken des Altertums das taten. Die Fahrzeuge aus den Zeiten der Küstenschiffahrt bevorzugten, da sie nachts und im Winter aufs Land gezogen wurden, einen offenen Sandstrand. Die späteren Segelschiffe, die ihre Fahrten fast nur im Sommer machten, wollten in den Häfen gegen den Nordwind geschützt sein. Je größere Strecken sie zurückzulegen vermochten, um so geringer wurde die Anzahl der Häfen, deren sie bedurften. Noch höhere Ansprüche stellt die Schiffahrt unserer Zeit. Gewiß, auch sie wählt die Häfen nach ihrer natürlichen Eignung; aber die moderne Technik hat es doch verstanden, sich von der Natur innerhalb gewisser Grenzen unabhängig zu machen, Häfen zu verbessern und, wo nötig, neue gleichsam aus dem Nichts zu schaffen. Für die Häfen der Gegenwart — und für die Be-

deutung von Meeren und Meeresteilen — gibt den Ausschlag das Hinterland, das Einzugsgebiet.

Den Wert eines Meeres für ein Wirtschaftsgebiet, die rückwirkende Kraft, die dieses Wirtschaftsgebiet auf ein Meer und seine Küsten auszuüben vermag, zeigt innerhalb des Mittelländischen Meeres die Adria besonders deutlich.

Die Natur hat es dem Adriatischen Meer nicht leicht gemacht, mit seinem Hinterland in Verbindung zu treten. Mit Ausnahme der Poebene — und auch da ist, wie oben gezeigt, durch die Deltamündung des Po der Zugang aufs äußerste erschwert — schließt eine hohe Gebirgsbarrikade die Küste von dem Hinterland ab, die Apenninen, die Alpen, die Höhen des Karst, die Ketten der Dinarischen Alpen und die albanischen Gebirge. Am ungünstigsten liegen die Dinge auf der östlichen Seite der Adria. Albanien ist heute noch das unbekannteste, unerforschteste Gebiet in ganz Europa: vom Meere her ist die Annäherung recht schwierig und, abgesehen von der Via Egnatia, der alten Römerstraße, die Dyrrhachium-Durazzo mit Saloniki verband, ist bisher kaum ein Versuch gemacht worden, das Innere des Landes durch Straßen zu erschließen; auch die Verbindung vom Drintal nach Serbien hinein ist nur ein Saumpfad und für den Handelsverkehr von keiner Bedeutung. Ein ähnliches Bild zeigt Montenegro. Und die auffallende Schmalheit von Dalmatien liegt in der Natur der Küste begründet, die durch das nordwest-südoststreichende, der Pässe ermangelnde Gebirge vom Hinterland fast hermetisch abgeschlossen ist; Bosnien steht mit Ungarn in leichterer Verbindung als mit Dalmatien. Nur da, wo die Buchten von Triest und Fiume die tiefste Bresche in den Karst gelegt haben und wo von der Binnenseite die Täler der Save und ihres Nebenflusses, der Kulpa, sich am meisten der Adriaküste nähern, konnte Innereuropa dem Adriameer die Hand reichen. Trotzdem an der dalmatischen Küste bei weitem bessere natürliche Häfen sich vorfinden, sind nur Triest und Fiume die ausschlaggebenden Häfen Österreich-Ungarns geworden, einmal, weil allein von hier aus, wenn auch mit Überwindung zahlreicher Schwierigkeiten, eine ausreichende Verbindung mit dem Hinterland hergestellt werden konnte, und ferner, weil nur an diesen Stellen die Küste genügend Raum zur Entwicklung von Hafenstädten und Hafenanlagen bot.

Der Aufschwung dieser beiden Städte war aber erst in der Gegenwart möglich, war bedingt durch die moderne Verkehrstechnik, vor allem durch die Eisenbahn, und ging Hand in Hand mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Gebiets der mittleren Donau. Vorher war trotz größerer Höhe und beträchtlicherer Breite der Alpen Venedig die gegebene Vermittlerin des Adriahandels mit Innereuropa. Die Alpen sind ja ein verhältnismäßig sehr leicht zugängliches und früh aufgeschlossenes Gebirge; die wichtigsten Pässe sind niedrig und nicht allzu schwer zu überschreiten, vor allem laufen sie förmlich radial vom Norden und Westen her auf die Poebene zu, in der sich daher frühzeitig Stapelplätze, Handels- und Gewerbestädte konzentrieren konnten. Erst die Eisenbahn hat dieses Gebiet dezentralisiert, es in mehrere Verkehrsgebiete zerlegt, so daß die Straßen vom Rheintal, teilweise auch vom oberen Rhônetal her über Genua den Ausgang zum Mittelmeer suchen und auch von Osten her das Einzugsgebiet von Venedig stark eingeschränkt wurde.

Trotz ihrer durchschnittlich bedeutenderen Höhe sind die Apenninen bei weitem zugänglicher als die Dinarischen Alpen. Durch eine Unzahl von mittleren und kleinen Querflüssen sind sie derartig aufgeschlossen, daß an sich diese Schranke, zumal in unserer Zeit, nur ein geringes Verkehrshindernis bedeuten würde. Aber fast die gesamte Ostküste Italiens ist, da das Gebirge bis nahe ans Meer sich herandrängt, zu schmal, als daß sie für sich einen größeren Verkehr beanspruchte; und das Hinterland jenseits des Gebirges, die reichen Landschaften von Toskana, Latium, Kampanien, hat zur Ostküste so gut wie gar keine Beziehungen, es wendet sein Gesicht dem Tyrrhenischen Meere zu. Um aber für zwei Meere die nötige wirtschaftliche Einzugssphäre zu bieten, dazu ist die Apennineninsel nicht breit genug.

Rechnen wir selbst die gesamte Ostküste zum Einflußgebiet von Venedig, so ist dieses Gebiet doch schon rein flächenmäßig bedeutend kleiner als das von Triest und Fiume. Im Westen reicht es selbst in der Poebene nur bis Cremona (Piacenza und Mailand gehören schon zum Hinterland von Genua) und im Norden, zumal seit der Eröffnung der Tauernbahn, nicht über den oberen Inn hinaus. Das Hinterland von Triest aber erstreckt sich von Ulm bis Preßburg und von Salzburg bis zum Karpathenrand, das von Fiume umfaßt Ungarn und die südlichen Kronländer der Monarchie.

Natürlich sind der Ausdehnung der Einflußsphären dieser drei Adriahäfen nach Norden hin nur schwer überschreitbare Schranken gezogen. Der Einfluß der Nord- und Ostseehäfen erstreckt sich verhältnismäßig viel weiter nach Süden; Basel, Nürnberg, Prag und Krakau bezeichnen die südlichen Punkte dieses Einflusses. Die Ursache ist nicht schwer zu ergründen. Die Nord- und Ostseehäfen können mit den billigen Fluß- und Kanalfrachten nach Süden vordringen, mindestens so weit als Flüsse und Kanäle dies erlauben. Diese günstige Chance kommt bei den Adriahäfen in Wegfall. Sie sind für ihren Verkehr ins Binnenland auf die Eisenbahn angewiesen. Diese mag mit Vorzugstarifen und anderen Vergünstigungen dem Verkehr vom Hafen ins Innere noch so sehr entgegenkommen, einmal wird doch der Zeitpunkt eintreten, wo die Frachteinnahmen die Selbstkosten des Transports nicht mehr decken. Und daß dieser Zeitpunkt bei der Eisenbahn eher eintritt als bei der billigen Flußschiffahrt, leuchtet ein. Daher wird zum Beispiel das hochindustrielle Böhmen stets über Hamburg seinen Weg nach dem Meere suchen und nicht über Triest oder Venedig.

Für die Richtung und Intensität des Seeverkehrs auf dem Adriatischen Meere sind die Verhältnisse im Hinterland maßgebend. Der Querverkehr ist wenig lebhaft, so sehr den Italienern in den letzten Jahren daran gelegen sein mußte, ihre Beziehungen zum Balkan aufzubauschen. Da beide Längsküsten so ziemlich das gleiche produzieren, ist der Anreiz zum Austausch der Güter nicht sehr groß. Nennenswerten Export hat auf der italienischen Seite nur Bari, von wo die Produkte der fruchtbaren Apulischen Ebene verschickt werden; abgesehen von Venedig ist es auch die einzige Stadt an der italienischen Ostküste, die mehr als 100 000 Einwohner hat. In Albanien sind nur zwei einigermaßen günstige Landungsstellen zu nennen, Valona und Durazzo, aber auch sie haben für große moderne Dampfer nur den Wert einer offenen Reede. San Giovanni di Medua dürfte, falls die alte Römerstraße nach Üsküb wieder aufgenommen wird, als Hafen für Skutari und das Dringebiet an Bedeutung gewinnen. Weiter nördlich in Dalmatien

haben trotz des Überreichtums an Häfen nur einige wenige Plätze sich einen Namen gemacht, soweit von ihnen aus über die trennende Gebirgsschranke hinweg das Hinterland zu erreichen war: Ragusa, der Hafen der bosnischen Staatsbahn, wichtig für den Export von Erzen und Holz, und Spalato, das mit Westbosnien zu verbinden der modernen Eisenbahntechnik trotz entgegenstehender Schwierigkeiten gelingen dürfte.

Der Weltverkehr in der Adria ist ausschließlich Längsverkehr, und für ihn kommen nur die an die äußerste Nordküste der Adria gerückten Häfen in Frage, Venedig, Triest und Fiume. Sie verkörpern in gewissem Sinne nationale Interessen und Gegensätze: Italien, Österreich, Ungarn nebst den südslawischen Ländern. Das erklärt ihr Nebeneinander, ihre Rivalität, und in der Konkurrenz der Häfen spricht sich die Konkurrenz ihrer Einzugsgebiete aus. Am ungünstigsten steht Venedig da, seine Einflußsphäre ist von Osten, Westen und Norden her stark beschnitten worden. Trotzdem wäre es sehr voreilig, den Niedergang dieser ehemaligen Seerepublik zu prophezeien. In bezug auf den Schiffsverkehr steht es in Italien an dritter Stelle hinter Genua und Neapel, sein Warenverkehr übertrifft sogar den von Neapel und hat sich in den letzten fünfzehn Jahren unter dem Einfluß der in der Poebene von Westen nach Osten sich vorschiebenden Industrie verdoppelt.

Den Wettstreit mit Triest und Fiume wird Venedig allerdings nicht aushalten können. Triest und Fiume sind, das muß immer berücksichtigt werden, die einzigen Weltverkehrshäfen ihres Hinterlandes, in ihnen muß sich der ganze Verkehr konzentrieren. Je mehr ihr Einzugsgebiet industrialisiert wird, um so bedeutungsvoller ihre Stellung im Weltverkehr. Venedigs Bevölkerung betrug Anfang 1914 165 000 Einwohner, diejenige Fiumes 1910 nur 50 000; aber sie war zu dieser Höhe von 39 000 ein Jahrzehnt zuvor gewachsen; und Triests Einwohnerzahl betrug 1900 179 000, 1910 229 000, Mitte 1914 246 000. Besonders Triest hat sich ganz rapid entwickelt. Während die Bevölkerung ganz Österreichs in dem Jahrzehnt 1901 bis 1910 um 9,26 Prozent sich vermehrte, betrug der Zuwachs Triests in dem gleichen Zeitraum 28,5 Prozent (in den beiden vorangegangenen Jahrzehnten 8,7 beziehungsweise 13,43 Prozent).

Wie groß der Verkehr in den drei Häfen vor Ausbruch des Krieges war, mag die nachstehende Tabelle veranschaulichen:

	Einlaufende Schiffe		Auslaufende Schiffe	
	Anzahl	Registertonnen	Anzahl	Registertonnen
Venedig (1913) . . .	4078	2307554	3999	2295229
Triest (1912)	12606	4572588	12614	4591000
Fiume (1912)	16513	3184624	16520	3199171

Zum Vergleich mögen die entsprechenden Zahlen für Marseille (1912) dienen:

	Einlaufende Schiffe		Auslaufende Schiffe	
	Anzahl	Registertonnen	Anzahl	Registertonnen
Marseille (1912) . . .	4464	7850221	3958	6898507

Im Jahre 1912 betrug der gesamte Fernverkehr aller europäischen Küsten rund 300 Millionen Registertonnen; davon kamen auf die Nordwestküste zwischen Cherbourg und Hamburg allein 142 Millionen Tonnen, auf die europäischen Mittelmeerküsten 85 Millionen Tonnen. Danach entfällt fast ein Zehntel des Mittelmeerfernverkehrs auf Triest und Fiume. Triest allein

hat im Jahrfünft 1905 bis 1909 eine Steigerung des Schiffahrtverkehrs um 38,3 Prozent des Raumgehalts aufzuweisen, während die entsprechende Zahl für Antwerpen 20 Prozent, für Hamburg 17,3 Prozent, ebensoviel für Marseille und für Genua 12 Prozent beträgt.

Bei diesem Verkehr muß immerhin, wenigstens was Venedig und Triest anlangt, berücksichtigt werden, daß ihre Lage, zum Beispiel gegenüber der von Genua und Marseille, insofern ungünstig ist, als sie viel mehr auf den Import als auf den Export angewiesen sind. Sie sind besonders wichtig für die Einfuhr von Produkten und sonstigen Gütern, die aus dem Mittelmeergebiet und vom Suezkanal her möglichst rasch dem Hinterland zugeführt werden sollen. Nach Genua ist es von Alexandrien 143, von Odessa 115 Seemeilen weiter als nach Triest. Andererseits stehen im Vordergrund der Einfuhr besonders hochwertige Artikel; denn größeren Raum einnehmende, billige Massengüter würden die unter schwierigen Verhältnissen angelegten, daher teuren Bahnen unrentabel machen. Die Einfuhr von Triest betrug im Jahre 1910 2 095 000 Tonnen, die Ausfuhr dagegen nur 814 000 Tonnen; in Venedig ist die Ausfuhr gar noch um die Hälfte geringer. Nicht so ungünstig ist das Verhältnis, wenigstens für Triest, wenn man vom Wert des Imports und Exports ausgeht. Die gesamte Ausfuhr Triests im Jahre 1910 bezifferte sich auf 648 800 000 Kronen, die Einfuhr betrug 716 700 000 Kronen. Der geringe Export bewirkt selbstverständlich wieder höhere Frachtsätze; denn die Schiffe müssen mit längerer Wartezeit in den Häfen und mit geringerer Ausnutzung ihres Schiffsraums für die Ausfahrt rechnen.

Eine Ausnahme macht Fiume, bei dem Import und Export sich ungefähr die Wagschale halten, zeitweise sogar der Export überwiegt. Vor allem werden große Mengen Zucker, Holz und Mehl ausgeführt. Triest und Fiume sind übrigens viel weniger Rivalen, als bei oberflächlicher Betrachtung der Karte scheinen mag. Ihre Einflußsphären sind wirtschaftlich ganz verschieden geartet, und ihre Beziehungen nach außerhalb streben auch nach verschiedenen Richtungen auseinander. Triest steht in der Hauptsache in Verbindung mit den östlichen Mittelmeerländern, Ägypten, Indien und dem übrigen Asien; erst seit einem Jahrzehnt hat sich auch ein lebhafterer Verkehr mit Amerika herausgebildet. Ungarns und damit Fiumes Handel hat hauptsächlich nach Westen hin in Italien, Frankreich und Spanien Anschluß gesucht; auch den nicht unbedeutenden Auswandererstrom hat Fiume eher in seinen Hafen gelenkt als Triest.

Noch ein besonderer Umstand hat mit dazu beigetragen, die österreichischen Häfen gegenüber Venedig in Vorteil zu setzen: der Vorsprung, den Österreich-Ungarn im Bau von Dampfern und in der Einrichtung großer Weltdampferlinien besaß. Bis Mitte des vorigen Jahrhunderts wurde der Levantehandel, an dem Italien immerhin stark beteiligt war, ausschließlich durch Segelschiffe bestritten. In dieser Zeit begann die Dampfschiffahrt im östlichen Mittelmeer, zumal im Anschluß an das Suezkanalobjekt, an Bedeutung zu gewinnen; Dampfer konnten trotz der höheren Kosten wegen ihrer Schnelligkeit und Pünktlichkeit viel rationeller arbeiten. Aber die ökonomische Lage Italiens war damals derart, daß es den Übergang zur Dampfschiffahrt aus Mangel an Kapitalien nicht mitmachen konnte — teilweise auch in starrem Festhalten am Althergebrachten nicht mitmachen wollte. Als die Verhältnisse sich geändert hatten, waren andere Nationen,

speziell auch Österreich-Ungarn, bereits auf dem Plane erschienen und waren in ihrem Vorsprung nicht mehr einzuholen, um so weniger, als die italienischen Häfen an der Adria sich nur wenig für den Dampferverkehr eigneten. Übrig blieb Italien damals der Überseeverkehr nach dem Westen, besonders der Reisendenverkehr. Es folgte der Ausbau des Hafens von Genua, der die Bedeutung von Venedig nur noch mehr schmälerte.

Der Personenverkehr West- und Mitteleuropas hat überhaupt Italien bevorzugt, einmal Genua als Ausgangspunkt nach Südamerika, dann aber vor allem Brindisi als Einschiffungshafen für den Post- und Personenverkehr nach Ägypten, Indien und Ostasien. Zwar ist die kürzeste Entfernung von London ans Mittelmeer über Paris-Lyon nach Marseille oder Genua, aber man gewinnt erhebliche Zeit, wenn man von Dijon aus die Simplonbahn, dann die Uferbahn an der Adria entlang benutzt und erst in Brindisi den Dampfer besteigt. Auf diese Weise kann die Strecke London-Brindisi (2340 Kilometer) in 45 Stunden zurückgelegt werden. Ähnlich günstige Verhältnisse bestehen weder für die österreichisch-ungarischen, noch für irgendeinen Hafen der Balkanhalbinsel. Allerdings droht Brindisi eine andere Konkurrenz: die Bagdadbahn, die, vorausgesetzt, daß sie entsprechend ausgebaut wird, den Schnellverkehr nach Asien sowohl für Post wie für kleinere Eilgüter wie für eilige Reisende an sich ziehen wird.

Überblickt man die geographischen Verhältnisse, die um die Adria obwalten, so erscheint die Adriapolitik Italiens als Verlegenheitspolitik des Zuspätgekommenen. Gerade weil seine kapitalistische Entwicklung erst verhältnismäßig spät eingesetzt hat, sind andere Staaten ihm zuvorgekommen. Es hat in seiner imperialistischen Politik bisher immer den richtigen Zeitpunkt verpaßt. Die Sehnsucht der Italiener geht nach einem „mare nostro“; das durch seine ganze geographische Lage, seine ganze wirtschaftliche Bedeutung gegebene „mare nostro“ wäre das Tyrrhenische Meer, aber Korsika ist französisch, und Tunis fiel in die Hände von Frankreich, von Malta ganz zu schweigen. Nun soll das Adriatische Meer mit Tripolis zusammen eine italienische Levante inaugurieren. Aber nichts wäre unnatürlicher, als etwa Triest, Fiume und die Häfen der östlichen Adriaküste in italienischen Händen. Damit soll aber nicht etwa die österreichische Adriapolitik gerechtfertigt sein. Gewiß wird und muß Triest seinem Hinterland erhalten bleiben. Wie sich aber südlich davon die Dinge entwickeln werden, das zu erörtern geht jetzt noch nicht an. Wie notwendig der Zugang zum Meere für ein aufstrebendes Land ist, das zeigten Montenegro und Serbien in ihrem zungenartigen Vordringen gegen das Meer hin. Die Balkansozialisten vertreten das Ideal einer föderativen Republik, die die gesamten Nationen der Balkanhalbinsel zu einer Einheit zusammenfassen soll. In diesem Falle würde sich eine gewisse Parallelität zur Ostsee ergeben, wo in der Hauptsache die beiden Längsküsten im Besitz von Schweden und Deutschland sind, während ein weiterer Teil der Küste in der Hand des im übrigen fast völlig binnenländischen Rußland sich befindet.

Aus der Geschichte des Kampfes gegen die Sklaverei.

Zur Erinnerung an den 22. Mai 1856.[1]

Von N. R.

I.

»Alt und historisch ist die Lehre« — sagt einmal Marx —, »daß überlebte gesellschaftliche Mächte, nominell noch im Besitz aller Attribute der Gewalt, nachdem ihr Daseinsgrund längst unter ihren Füßen weggemodert, fortvegetieren, weil unter den Erben schon Hader über den Antritt der Hinterlassenschaft ausgebrochen, bevor der Totenzettel gedruckt und das Testament eröffnet ist, sich vor dem letzten Todeskampf noch einmal zusammenfassen, aus der Defensive in die Offensive übergehen, herausfordern statt auszuweichen und extremste Schlüsse aus Prämissen zu ziehen suchen, die nicht nur in Frage gestellt, sondern schon verurteilt sind.«

Das konnte man auch in der Geschichte des Kampfes der nordamerikanischen Sklavenhalter um ihre Privilegien beobachten.

Während der ersten Jahre der Republik der Vereinigten Staaten spielte die Frage der Sklaverei noch keine entscheidende Rolle. Im Vordergrund stand die Befreiung vom Mutterland und die Befestigung der Unabhängigkeit. Die Aufrechterhaltung der soeben gewonnenen Union schien ein zu kostbares Gut, um sie aufs Spiel wegen der Negersklaven zu setzen. Man begnügte sich damit, daß man die Sklaverei von allen Territorien (das heißt Gebieten, die noch nicht jene Bevölkerungszahl erreicht hatten, die erforderlich war, um einen vollberechtigten Staat der Union zu bilden) der Republik im Nordwesten vom Ohio gesetzlich ausschloß. Die Zahl der Sklaven war auch in den Sklavenstaaten nicht sehr bedeutend, und man hoffte, daß diese Anomalie schnell verschwinden werde.

Aber die rapide Entwicklung der Großindustrie in England änderte von Grund aus die Situation. Die Revolution in der Baumwollindustrie führte notwendig zu der Vermehrung der Baumwollproduktion. Die wachsende Ausfuhr von Baumwolle machte aus der Negersklaverei eine reiche Quelle des Profits. Die Erfindung des Cottongin[2] schuf die Bedingungen für die Verwandlung der handwerksmäßigen Baumwollproduktion in eine auf großem Maßstab arbeitende Plantagenwirtschaft, die das für die Großindustrie unentbehrliche Rohmaterial in kolossalen Quantitäten liefern konnte. Erst jetzt wuchs die Zahl der Sklaven mit jedem Jahre, und die Einfuhr von Negern wurde ein wichtiger Zweig des ganzen Außenhandels. Einige Staaten verwandelten sich in sklavenzüchtende Staaten, um die Nachfrage nach Arbeitskräften zu befriedigen. Die Sklaverei verbreitete sich auch territorial, und die südlichen Staaten erzwangen durch den Missourikompromiß (1820) eine weitere Verschiebung der geographischen Grenzen der Sklaverei. Seit 1828 gehörte die Unionsregierung fast ununterbrochen der sklavereifreundlichen Partei, die sich den Namen »Demokraten« beilegte.

Unter dem Einfluß der Julirevolution entwickelte sich in den Vereinigten Staaten eine neue Bewegung, die abolitionistische, die, unter der Führung von W. C. Garrison, die Abschaffung der Sklaverei auf ihre Fahne schrieb.

---

[1] Der Artikel war uns aus dem Ausland zugegangen und kam erst am 21. Mai in unsere Hände. Die Redaktion.

[2] Cottongin, eine Maschine zur Entfernung des Samens aus der Baumwolle.

So leidenschaftlich aber die Abolitionisten auch auf diese schreckliche Schande, auf dieses Brandmal, das dem Sternenbanner der Republik aufgedrückt war, hinweisen mochten, sie blieben trotzdem jahrelang politisch ganz machtlos. Einen ernsten Kampf mieden sie ebenso ängstlich wie ein Bündnis mit der jungen amerikanischen Arbeiterbewegung, die sich nach der Julirevolution in den nördlichen Staaten zu entwickeln begann. Die Übertreibungen der Abolitionisten führten umgekehrt zu einer Reaktion unter den Arbeitern, die der bloßen Abschaffung der Negersklaverei die Abschaffung der Sklaverei in jeder Form gegenüberstellten und ihrerseits in ein anderes Extrem verfielen.

Die Sklavenstaaten wurden mit jedem Jahre aggressiver. Fortwährende Ausdehnung des der Sklaverei erschlossenen Gebiets und fortwährende Verbreitung der Sklaverei war für sie ein Lebensgesetz. Um Argumente, die die nackten Interessen der Sklavenhalter ideologisch und politisch verhüllen sollten, waren die Demokraten nicht verlegen. Ist nicht Nordamerika das einzige Land in der ganzen Welt, in dem die weiße Rasse alle Freiheiten genießt? Ist nicht die Sklaverei der Angelpunkt des ganzen Wohlstandes, die »sicherste und festeste Basis der Demokratie in der ganzen Welt«?

Es galt somit, diese Basis noch mehr zu stärken und noch breiter zu machen. Dieses Ziel konnte durch Eroberung von fremden Ländern erreicht werden. Man schuf daher eine eigene Theorie, um die Expansionsbestrebungen des Südens als eine nationale Aufgabe hinzustellen. Panamerikanismus, Verbreitung der Zivilisation in den barbarischen zentralamerikanischen Staaten, Verwandlung des Stillen Ozeans in eine amerikanische Domäne — das war die „manifest destiny", die »offenbare Mission« der jungen amerikanischen Nation. Man annektierte Texas, man unterstützte heimlich und offen die piratischen Expeditionen der Flibustier gegen die zentralamerikanischen Staaten, man stellte die Eroberung von Kuba als Lebensfrage hin und versuchte die europäischen Verwicklungen während des Krimkriegs auszunutzen, um diese Annexion durchzuführen.

Man verfolgte aber dasselbe Ziel auch auf einem anderen Wege — durch die Verwandlung von Territorien in Sklavenstaaten. Bewaffnet mit demokratischen Argumenten, zum Beispiel dem der Volkssouveränität, beschönigten die Sklavenhalter alle Maßnahmen, die die Aufhebung aller geographischen und gesetzlichen Schranken der Sklaverei bezweckten, mit den klingenden Worten der Einheitlichkeit und des Patriotismus. Im Jahre 1850 führte die demokratische Regierung ein Gesetz zur Anlieferung von flüchtigen Sklaven durch, die in Staaten geflüchtet waren, in denen die Sklaverei ausgeschlossen war. Dadurch wurden für die Sklavenjäger auch die nördlichen Staaten zu ihrer Domäne. Man vereitelte alle Vorschläge, die neuen Ansiedlern in den Territorien ein bestimmtes Areal unbebauter Staatsländereien unentgeltlich sichern sollten, und wo das gesetzlich schwer durchzuführen war, traf man alle Vorkehrungen, um solchen Ansiedlern den Weg in die Territorien zu versperren. Durch die sogenannte Kansas-Nebraska-Bill von 1854 hob man die geographischen Grenzen der Sklaverei auf, die durch den Missourikompromiß gezogen waren, und öffnete somit der weiteren Ausbreitung der Sklaverei alle Türen. Man brauchte nur die Majorität der Ansiedler in einem Territorium zu gewinnen, um dort durch das »souveräne Volk« die Sklaverei zu legitimieren. Die Vermehrung der

Sklavenstaaten wird jetzt die Parole. Sie war auch das beste Mittel, die politische Macht in den Händen der Sklavenhalter zu erhalten. Wohl konnten die Demokraten im Repräsentantenhaus nur mit großer Mühe ihre Mehrheit aufrechterhalten, denn dort diente die Bevölkerungszahl als Grundlage für die Zahl der Vertreter, und die Bevölkerung der freien Staaten vermehrte sich weit rascher als die der Sklavenstaaten. Um so mehr konzentrierten die Sklavenhalter alle ihre Kräfte im Senat, wo jeder Staat durch zwei Senatoren vertreten war, unabhängig davon, wie groß seine Bevölkerungszahl. Daher der erbittertste Kampf in den neuen Territorien.

Im Jahre 1855/56 wurde der Schauplatz dieses Kampfes das Territorium Kansas. Mit Hilfe der Zentralregierung in Washington organisierte man zahllose Banden der sogenannten Border Ruffians (Grenzgesindel), die die Ansiedler durch die scheußlichsten Greueltaten aus den von ihnen kolonisierten Ländereien zu verjagen versuchten. Es wurden regelrechte Schlachten geliefert, Städte wurden belagert und zerstört. Im Norden bildete man Hilfsorganisationen, um die Ansiedler von Kansas mit Waffen, Geld und Leuten zu unterstützen. Zum ersten Male tauchte der Name des unerbittlichen Feindes der Sklaverei, John Brown auf. Im »blutenden Kansas« haben wir das Vorspiel des kommenden Bürgerkriegs.

II.

Es waren diese Ereignisse, die den Senator Charles Sumner veranlaßten, am 19. und 20. Mai 1856 im Senat eine Rede über »das Verbrechen gegen Kansas« zu halten. Der Redner gehörte zu der äußersten Linken der amerikanischen Whigs und zog sich schon durch seine heftige Opposition gegen das Sklavenjagdgesetz den grimmigen Haß der Sklavenhalter zu. Und jetzt ging er in der Hochburg der Sklavenhalter, dort, wo sie sich am sichersten fühlten, gegen sie in einer furchtbaren Anklagerede vor, wie sie bis dahin noch niemand ihnen ins Gesicht zu schleudern gewagt hatte. Aus einem lokalen Konflikt wurde ein nationaler Kampf. Alles, was man verheimlichen und vertuschen wollte, was man mit Berufung auf das heilige Gesetz der Verfassung für unverletzlich erklärte, wurde jetzt, entblößt von allem konventionellen Brimborium, in seiner ganzen abscheulichen Nacktheit vor dem Forum der ganzen Nation und der zivilisierten Menschheit angeklagt und mit dem richtigen Namen gebrandmarkt. Schwindel, sagte Sumner, ist die einzige entsprechende Bezeichnung für die Vereinigung von Gemeinheit und Ruchlosigkeit, die den Namen der Kansas-Nebraska-Bill trägt. Was als Schwindel geplant worden, wird jetzt als Verbrechen in der Praxis ausgeführt. Um die Beute für sich zu behalten, wird der ertappte Schleichdieb zum Mörder. Der zum Verbrechen ausgewachsene Schwindel ist die legitime Frucht der Hure (harlot) Sklaverei.

»Die letzte Hoffnung des nach Freiheit ringenden Menschengeschlechts, wie der Amerikaner so gern sein Land nannte,« sagt der nichts weniger als radikale Geschichtschreiber der amerikanischen Demokratie, Professor v. Holst, »mußte ein Gegenstand des Spottes, des Mitleids und der Verachtung werden, wenn die Faust nicht abgeschüttelt ward, unter deren eisernem Griff in Kansas schon das Blut hervorzuquellen begann, und das konnte nicht durch Schöntun und Beschwörungen geschehen. Ein Schlag ins Antlitz der Vergewaltiger, der sie taumeln machte, war das Mittel, das er versuchen

wollte. Sie sollten die ganze Wahrheit hören, unabgeschwächt durch Konventionalitäten, in den passendsten, das heißt in den drastischsten Ausdrücken. Ihr eigenes und ihrer Meisterin Spiegelbild wollte er ihnen zeigen, wie es vor seinem geistigen Auge stand; je mehr sie vor Wut beim Anblick des abschreckenden Fratzengesichtes erbebten, desto besser. Die ganze Rede ist von dem Gedanken getragen, daß es seine heilige Pflicht als Patriot und als Mensch sei, schonungslos mit ihnen ins Gericht zu gehen.« Schonungslos geißelte Sumner den Senator Butler, den Führer des südlichen Sklavenstaats, und den Senator Douglas, den Führer der nördlichen Demokraten und den geistigen Vater der Kansas-Nebraska-Bill. Mit beißendem Spott schilderte er den ersteren als den Don Quichotte und den zweiten als den Sancho Pansa der Sklaverei.

Nach seiner Rede, die keine Einmischung des Präsidenten des Senats, keinen Ordnungsruf herbeiführte, folgte eine kurze, aber sehr heftige Debatte. Mason und Douglas überschütteten Sumner mit Schmähungen und Schimpfworten. Eine deutliche Drohung konnte man aus der Frage heraushören, die Douglas an Sumner richtete, ob sein Zweck nicht etwa der gewesen sei, jemand zu provozieren, ihm wie einem Hund auf der Straße einen Fußtritt zu versetzen, um durch die gerechte Züchtigung Mitleid zu erwecken.

Sumners Freunde rieten ihm, auf der Hut zu sein. Er achtete aber auf diese Warnungen nicht. Am 22. Mai 1856 blieb er im Senatszimmer, wo er sich gewiß ganz sicher fühlte, und schrieb an seinem Pult. Da schlich sich an ihn ein Mann heran — es war Preston J. Brooks, Deputierter von South Carolina und Neffe Butlers — und gab ihm mit einem starken Guttaperchastock einen furchtbaren Schlag über den Kopf. Sumner richtete sich auf, aber eingekeilt zwischen seinem Sitz und dem Schreibpult konnte er sich nicht schnell zur Wehr setzen. Sein Gegner ließ weiter die Schläge auf Gesicht und Schädel mit außerordentlicher Schnelligkeit niedersausen, bis Sumner stark blutend zusammenbrach. Die Hure Sklaverei fand einen würdigen Zuhälter und Verteidiger. Zwei andere Deputierte, die in den Plan eingeweiht waren, hielten Wache, und die Senatoren Douglas, Slidell, Iverson, Toombs saßen ruhig im Nebenzimmer und schauten mit größtem Behagen zu.

Am 23. Mai beantragte Seward die Einsetzung einer Kommission. Der Antrag wurde gebilligt, aber keinem Parteifreund Sumners wurde eine Vertretung in der Kommission gewährt. Ohne ein Urteil abzugeben, begnügte sie sich mit der Feststellung, daß der Senat nicht zuständig sei. So kam die Angelegenheit an das Haus der Repräsentanten. Der Antrag, Brooks auszuschließen, wurde abgelehnt, aber der Meuchelheld kündigte seine freiwillige Demission an, um, wie er sagte, seinen Wählern die Möglichkeit zu geben, ihr Urteil über ihn zu fällen. Der unbeschreibliche Jubel, mit dem in den Sklavenstaaten seine Heldentat begrüßt wurde, ließ erwarten, daß seine Wiederwahl gesichert sei. Und das war tatsächlich der Fall.

Sumner, dem seine Gegner noch vorgeworfen haben, daß er mit seiner Krankheit nur eine Komödie spielte, mußte für einige Jahre auf jede politische Tätigkeit verzichten. Nur seiner außergewöhnlich starken Konstitution verdankte er es, daß er mit dem Leben davonkam. Die Folgen des ruchlosen Attentats hat er aber nie vollständig überwunden.

Die Rede Sumners bildet einen Wendepunkt in dem Kampfe gegen die Sklaverei. Sie war im besten Sinne des Wortes eine historische Tat. Sie riß allen offenen und verhüllten Verteidigern der Sklaverei die Maske vom Gesicht, und Brooks machte auch denen, die sich ängstlich hinter die Notwendigkeit, die Union aufrechtzuerhalten, versteckten, sonnenklar, daß der Zusammenstoß wirklich unvermeidlich geworden sei und daß diese Union nur durch einen rücksichtslosen Kampf gegen die Sklavenhalter gesichert werden könne. Mit Recht sagte Seward im Kongreß, daß die Schläge, die auf Sumners Haupt fielen, für die Freiheit der Territorien mehr getan hätten als alle Reden, die je im Kongreß gehalten wurden. Diese Bedeutung tritt grell zutage schon während der Präsidentschaftswahlen von 1856, die den Gegnern der Sklaverei, der neuen republikanischen Partei, zwar noch nicht den Sieg, aber doch eine unerwartet große Stimmenzahl brachten.

Der Staat, dessen Vertreter im Senat Sumner war, Massachusetts, sorgte dafür, daß der Tag vom 22. Mai nicht vergessen werden konnte. Er wählte keinen neuen Senator und wartete einige Jahre, bis die hergestellte Gesundheit seinem Vertreter erlaubte, den alten Sitz einzunehmen. Diese Demonstration erwies sich als höchst wirksam.

»Der leere Sessel erzählte in jeder Sitzung dem Senat und dem Lande aufs neue die Geschichte, wie südstaatliche Senatoren mit Überlegung zugeschaut und sich nicht von ihren Sitzen gerührt hatten, als ein Repräsentant von South Carolina einen Senator von Massachusetts wegen einer Rede über die Sklavenfrage, die weder der Präsident des Senats noch ein Senator durch einen Ordnungsruf unterbrachen, überfallen und wie einen Hund in der Gasse geprügelt hatte, bis er blutüberströmt und besinnungslos zu seinen Füßen lag.«

Ende 1859 erschien Sumner wieder im Senat, und die erste Rede, die der trotzige Senator hielt, war die Rede über die Barbarei der Sklaverei. Am 6. November 1860 wurde Lincoln, der Sumner »sein Gewissen« nannte, zum Präsidenten erwählt. Die Sklavenstaaten proklamierten sofort die Sezession. So begann der Amerikanische Bürgerkrieg. Und am 1. Januar 1863 wurde die Sklaverei in den Vereinigten Staaten abgeschafft. Seit dem »niederschmetternden« Siege der Sklavenhalter und dem feigen Attentat gegen die Redefreiheit waren kaum sieben Jahre verflossen, und die in der Verfassung verbriefte, durch die »Naturgesetze« sanktionierte »Basis der Freiheit« gehörte der Vergangenheit an!

Nochmals die Frage der Dampfersubvention.

Von **K. Kautsky.**

Mein Artikel in Nr. 3 der Neuen Zeit über die »mahnende Erinnerung« an den Parteikonflikt des Jahres 1885 hat von verschiedenen Seiten Widerspruch hervorgerufen. So von seiten meines Freundes Dietz in Nr. 5 unserer Zeitschrift, so von seiten Molkenbuhrs und Frohmes im »Hamburger Echo«. Molkenbuhr habe ich dort geantwortet, auf die anderen Entgegnungen wollte ich anfangs gar nicht eingehen, denn eine Feststellung aller Details der Affäre drohte zu viel von unserem Raum für parteigeschichtliche Erörterungen in Anspruch zu nehmen, die bloß akademischen Charakter

haben und augenblicklich nicht auf genügendes Interesse rechnen dürfen. Der Punkt, auf den es mir ankam und der mir von aktueller Bedeutung erschien, wurde von keiner Kritik in Frage gestellt: die Tatsache, daß die Opposition gegen die Mehrheit der Fraktion 1885 weit entschiedener auftrat als heute, um eines unendlich geringeren Konfliktstoffs willen, und daß ein drohender Erlaß der Parteileitung gegen das Zentralorgan den Konflikt nicht dämpfte, sondern schürte. Daß dieser sein Ende fand durch die Ablehnung der geforderten Subventionen und durch die gütliche Einigung der Parteileitung mit der Redaktion des Zentralorgans. Nicht als abschreckendes Beispiel, sondern als Mahnung zur Nachahmung hatte ich diese letzteren Vorgänge der heutigen Mehrheit vorgehalten.

Da die Mahnung durch die Entgegnungen nicht an Gewicht verlor, glaubte ich, es dabei bewenden lassen und von einer nochmaligen Erörterung absehen zu dürfen und auch eine Reihe von Feststellungen, die mir von verschiedenen Seiten zugingen, nicht mitteilen zu müssen.

Nun veranlaßt mich eine Mitteilung des Genossen Georg Schumacher, Solingen, doch noch einmal auf die Frage zurückzukommen. Schumacher (geboren 1844 zu Köln), war 1884 in den Reichstag gewählt worden und gehörte zur Mehrheit der Fraktion, die der Regierungsvorlage über die Dampfersubventionen freundlich gegenüberstand. Der Engelssche Brief, den ich zitierte, auf den sich Liebknecht im »Sozialdemokrat« berief, war an Schumacher gerichtet gewesen. Die Gelegenheit, über diesen Brief Authentisches zu erfahren, kehrt vielleicht nicht mehr wieder, daher sei hier veröffentlicht, was Genosse Schumacher uns »zur Entstehungsgeschichte der Engelsschen Intervention« mitteilt. Er schreibt:

Ich war mit Marx und Engels seit 1872 persönlich bekannt, habe auch einen Winter hindurch in London gearbeitet, währenddem ich mehrere Male von den Genannten Einladungen erhielt, um ihnen nähere Auskunft zu geben über verschiedene ihrer damals noch lebenden Freunde und Gegner aus der Zeit der »Neuen Rheinischen Zeitung« und der Periode des Kölner Kommunistenprozesses, der mir durch den Besitz des einzigen umfangreichen Verhandlungsberichts bis in alle Einzelheiten bekannt war. Überhaupt waren die Kölner und Solinger Genossen in London sowieso gut angeschrieben, weil sie, im Gegensatz zu Barmen-Elberfeld und Düsseldorf, sofort nach Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation in dieselbe eintraten und immer mit London Fühlung hielten. Im Jahre 1873, als Bebel und Liebknecht auf Hubertusburg interniert waren, unterbreiteten Hamburger Genossen dem damaligen Parteikongreß in Eisenach einen Antrag, der lautete: »Diejenigen sozialdemokratischen Blätter Deutschlands, welche gleich dem ‚Volksstaat' das Parteiprogramm vertreten, haben sich in persönlichen und taktischen Parteifragen den Parteibehörden unterzuordnen; im Weigerungsfall ist ihnen jede moralische und materielle Unterstützung seitens der Partei zu entziehen.« Da wandten sich die Londoner an die rheinischen Delegierten, damit sie gegen die versuchte »Einbürgerung des Gamaschengeistes« in die Partei ganz energisch Front machen sollten.

Auf dem Kongreß wurde der Antrag zurückgezogen zugunsten eines ähnlichen von Augsburg eingebrachten, der dann Ablehnung fand. Ebenso interessierten sich die beiden Alten später für die »Kölner Freie Presse«, in der ein junger Jurist in Fachkreisen Aufsehen erregende Interpretationen über die »Marxsche Werttheorie« veröffentlichte, die sowohl dem Meister selbst wie Engels im höchsten Grade imponierten. Diese und noch andere wichtige Vorgänge im Parteileben, die jedoch hier nicht in Betracht kommen, hatten meine Bekanntschaft mit Engels vor meinem

Eintritt in den Reichstag erneuert und gefestigt, worauf wohl mit zurückzuführen ist, warum nicht ein erfahreneres Mitglied des Reichstags mit dem mehr als ein Dutzend Briefseiten umfassenden Schreiben unseres Altmeisters bedacht wurde. Vorab schrieb er mir jedoch — ich weiß bis heute nicht bestimmt, wer ihn gegen mich mobil gemacht hatte —, er habe gehört, daß ich in der Fraktion leidenschaftlich für die Gewährung von Dampfersubventionen eingetreten sei, ich solle ihm doch mitteilen, warum? Seiner Auffassung nach befinde ich mich diesmal auf dem Holzweg usw. Ich habe ihm darauf über die Beweggründe der von ihm gerügten Stellungnahme der Majorität der Fraktion zweimal eingehende Eröffnungen an der Hand der Vorlage gemacht....

Darauf erhielt ich fast postwendend den mehr als ein Dutzend Seiten umfassenden Brief, den ich Liebknecht auf seinen Wunsch zur Benutzung für den »Sozialdemokrat« einhändigte. Engels sagte einleitend, daß es allerdings bei der von mir geschilderten Lage der Dinge nicht ratsam erscheine, die Subventionen glatt abzulehnen. Die Vorlage werde aber wohl auch ohne unsere Stimmen zur Annahme, wenn auch nicht in unserem Sinne, gelangen. Wir müßten daher für unsere Mitwirkung uns nicht bloß mit der Voraussetzung begnügen, daß bei etwaigem Einlauf größerer Aufträge aus den so mit uns in erleichterten Verkehr getretenen Absatzgebieten für die beteiligten Arbeiter ebenfalls der standard of life gehoben werde, sondern nur dann unsere Einwilligung geben, wenn wie hier der Bourgeoisie auch den Arbeitern direkte Staatshilfe zuteil werde. Es hieß dann wörtlich, wie der »Sozialdemokrat« richtig zitierte und auch von Kautsky hervorgehoben wird:

> Gebt ihr (die Regierung) uns 4 bis 5 Millionen jährlich für Arbeitergenossenschaften (nicht Vorschuß, sondern Schenkung, wie für die Reeder), dann lassen wir mit uns reden. Gebt ihr uns Garantien, daß in Preußen die Domänen statt an Großpächter oder an Bauern, die ohne Taglöhnerarbeit existenzunfähig sind, an Arbeitergenossenschaften ausgepachtet werden sollen, daß öffentliche Arbeiten an Arbeitergenossenschaften statt an Kapitalisten verdungen werden, gut, wir wollen ein übriges tun. Wenn nicht, nicht. Wenn die Fraktion solche Vorschläge macht, wofür natürlich die richtige Form gefunden werden muß, dann wird niemand den sozialdemokratischen Abgeordneten vorwerfen können, sie vernachlässigten über der Zukunft die gegenwärtigen Bedürfnisse der Arbeiter.

Engels hatte dabei jedoch tatsächlich, wie Kautsky richtig vermutet, nicht erwartet, daß sein Vorschlag hinsichtlich der Staatshilfe für Genossenschaften, wenn von uns formuliert, von der Regierung oder den bürgerlichen Parteien akzeptiert werden würde, was er ausdrücklich hervorgehoben hatte, was jedoch aus sehr naheliegenden Gründen von Liebknecht nicht veröffentlicht wurde. Liebknecht wollte selbst von dem im »Sozialdemokrat« als »beachtenswert« und »sehr praktisch« bezeichneten Vorschlag in der Fraktion nichts wissen....

Am Schlusse noch einige Worte über das Schicksal der Zuschrift von Friedrich Engels. Bei einer Hausdurchsuchung fiel dieselbe in die Hände der Polizei, die dieselbe mir jedoch, da sie nichts Gravierendes darin zu entdecken vermochte, bevor sie die anderen Fundobjekte zum Untersuchungsrichter schickte, wieder einhändigte. Um das kostbare Dokument nicht noch einmal einer etwaigen Beschlagnahme auszusetzen, wurde es in einer Flasche geborgen in die Erde begraben, in der es, weil die Glashülse nicht genügend verkorkt, durch Wasser zugrunde gegangen ist.

So viel darüber. Im übrigen, meint Schumacher, ebenso wie Dietz, die Opposition sei nicht sehr bedeutend gewesen, ein Sturm im Glase Wasser.

Da wir nun die Frage noch einmal aufgerollt haben, sei auch aus den andern uns zugesandten Mitteilungen einiges erwähnt. Genosse Adolf

Geck macht uns auf einen Brief Liebknechts aufmerksam, der in der »Züricher Post«, Mai 1885, erschien. Liebknecht entschuldigte dort den Erlaß der Fraktion gegen das Zentralorgan, fügte aber hinzu, es lasse sich über die Zweckmäßigkeit des Erlasses streiten. Er selbst gehöre zu den entschiedensten Gegnern der Dampfersubventionsvorlage und habe auch nicht für den Erlaß gestimmt. Trotzdem hat Genosse Molkenbuhr von mir jüngst frischweg behauptet, ich hätte die Liebknechtsche Opposition erfunden, weil ich sie brauchte.

Endlich sei noch eines alten Genossen gedacht, der Bebel sehr nahe stand. Er wendet sich gegen die Behauptung, die Opposition gegen die Dampfersubvention sei zum großen Teil der emsigen Agitation Bebels gegen die Fraktion zuzuschreiben gewesen. Dieser habe vielmehr, trotz seiner leidenschaftlichen Opposition, auffallende Zurückhaltung geübt. Der betreffende Genosse bemerkt:

> Ich selbst habe erlebt, daß Bebel bei zufälliger Anwesenheit (auf einer Geschäftsreise) in Frankfurt a. M. es ausdrücklich ablehnte, an einer Versammlung teilzunehmen, weil die Dampfersubvention beraten werden sollte.

Dem seien einige Richtigstellungen hinzugefügt, die ich für meine Person zu machen hätte.

Freund Dietz schreibt:

»Die Erregung der Minderheit vor 31 Jahren findet ihre Erklärung in dem damals herrschenden Sozialistengesetz, unter dem alle gleichmäßig litten, und — in dem heiligen Gral in Zürich, dessen Ritter, Bernstein und Kautsky voran, auf dem Kopf standen, als sie die Mär von der Reise nach Ostasien und Australien vernahmen.«

Ich will durchaus nicht in Abrede stellen, daß ich damals zu jener akrobatischen Übung fähig und geneigt gewesen wäre. Aber ich fand keine Gelegenheit dazu, denn unmittelbar vor dem Ausbruch des Konflikts, im November 1884, hatte ich Zürich und seinem »Gral« den Rücken gekehrt und mich nach Wien begeben. Von dort reiste ich im Januar 1885 nach London über Berlin, wo ich Bebel und Liebknecht sprach. Von ihnen, dann aus den Briefen Bernsteins und endlich von Engels wurde ich über die Interna der Affäre unterrichtet. Engels, der aus den verschiedensten Teilen Deutschlands informiert wurde, schätzte die Opposition nicht so geringfügig ein, wie es jetzt Dietz und Schumacher tun.

In seinem Brief an Sorge vom 3. Juni 1885 schrieb er über die Dampfersubvention:

> Es kam fast zur Spaltung, was jetzt, solange das Sozialistengesetz dauert, nicht wünschenswert.

Wie in bezug auf mich, irrt Dietz auch darin, daß er Bernstein als die Haupttriebfeder des damaligen Konflikts nennt. Als Redakteur des Zentralorgans hatte dieser allerdings mehr damit zu tun als ich, aber nicht vom Zentralorgan, sondern von der Mitgliedschaft Zürich wurde die Fahne der Rebellion gegen die Fraktionsmehrheit erhoben. Nicht Bernstein war dabei das treibende Element, sondern, soweit es auf einzelne Persönlichkeiten ankam, Motteler, der rote Postmeister, und Richard Fischer.

Darin jedoch stimme ich Dietz vollständig zu, daß die Frage der Dampfersubvention an sich viel zu unbedeutend war, ausreichenden Anlaß zu einer

Spaltung zu geben. Wenn sie an manchen Stellen so leidenschaftliche Opposition hervorrief, lag das an der damaligen Atmosphäre. Trotzdem gab es keinen unter uns, der nicht befreit und befriedigt aufatmete, als der Konfliktstoff verschwand und die Einheit der Partei gesichert war. Das aber, ich wiederhole es, gelang durch die Einmütigkeit der Opposition gegen die Regierung und nicht durch strafende Erlasse gegen das Zentralorgan.

Vom Wirtschaftsmarkt.

Ernteaussichten und Lebensmittelversorgung.

Stand der Saaten in Deutschland. — Getreideanbau hinter der Front. — Die Futtermittelfrage. — Die Fleischnot. — Verminderung des Viehbestandes. — Organisation der Viehverteilung. — Ein bayerisches Muster für die Kartoffelversorgung. — Saatenstand in Österreich-Ungarn und Rumänien. — Rumäniens Getreidevorräte. — Englands und Frankreichs Ernteaussichten. — Weizen- und Kartoffelpreise in London.

Berlin, 23. Mai 1916.

Das Wetter scheint sich in diesem Jahre auf die Seite der Mittelmächte schlagen zu wollen. Fast aus allen Gauen Deutschlands lauten die Meldungen über den Stand der Getreidesaaten wie über das Aussehen der Wiesen, Weiden und Kleefelder gleich günstig, so daß die Ernte dieses Mal eine weit bessere als im vorigen Jahre zu werden verspricht. Die Wintersaaten, besonders der Roggen, sind vielfach in einer Üppigkeit durch den verhältnismäßig milden Winter in die Frühjahrszeit hineingekommen, wie seit Jahren nicht mehr. Und auch die Sommerung läßt im ganzen wenig zu wünschen übrig. Die Trockenheit in der zweiten Hälfte des April und den ersten beiden Wochen im Mai hat nichts geschadet, da der Winter meist reichliche Nässe hinterlassen hatte; und als auf leichterem Ackerboden die Trockenheit gefährlich zu werden drohte, setzte der Regen ein. Die jetzige kühlere Temperatur mit abwechselnden Regenfällen ist durchaus nach dem Wunsche der Landleute. Auch die befürchteten Rückschläge durch verspätete Nachtfröste sind, abgesehen von einigen wenigen kleinen Landstrichen, ausgeblieben.

Und nicht nur die Getreidesaaten stehen gut, auch die Wiesen und Weiden tragen reichen üppigen Graswuchs, so daß in diesem Jahre viel früher als sonst mit dem Weidebetrieb und dem ersten Grasschnitt begonnen werden konnte. Und ebenso ist die Obstblüte günstig verlaufen. Die Bäume haben gut abgeblüht und zeigen reichlichen Fruchtansatz. Zwar ist nicht ausgeschlossen, daß noch spätere Witterungsunbilden die Hoffnung auf reiche Ernteerträge schmälern. War es auch im vorigen Frühjahr um die Wintersaaten weit schwächlicher bestellt als dieses Mal, so wurde doch der mittelmäßige Ernteausfall vor allem durch die andauernde Trockenheit im Juni und Juli verursacht. Möglich wäre also immerhin, daß auch in diesem Jahre noch hinterher durch Witterungseinflüsse das Ernteergebnis stark beeinträchtigt wird; doch müßten schon recht abnorme Wetterverhältnisse eintreten, wenn die Ernte das gleich geringe Resultat liefern sollte wie im Jahre 1915, da die Saaten diesmal viel entwickelter sind.

Dazu kommt, daß im vorigen Frühjahr der östliche Teil Ostpreußens, da er bisher vom Feinde besetzt gewesen war, nur in geringem Umfang mit

Sommersaaten bestellt werden konnte, während in Galizien infolge des dort im Mai einsetzenden Wiedereroberungskampfes der größte Teil des Getreides völlig verloren ging. In diesem Jahre reifen dagegen wieder Winter- und Sommersaaten auf den blutgedüngten Ackerfluren und tragen ihren Teil zur Ernährung bei. Und nicht nur dort, auch in den einzelnen eroberten weiten Gebieten Kurlands, Litauens, Polens, Wolhyniens sind hinter den Fronten auf Betreiben der deutschen Verwaltungen die zerstörten Felder wieder angebaut worden. Vielfach haben im Osten stehende, vom Front- und Etappendienst beurlaubte Mannschaften sie bebaut. Und ebenso ist in Belgien und den hinter der Kampfzone liegenden Teilen Nordfrankreichs darauf gehalten worden, die verwüsteten Fluren nicht brach liegen zu lassen.

Wenn auch nicht mit völliger Sicherheit, so ist demnach doch mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit darauf zu rechnen, daß nach der Ernte im Herbst sich die Ernährungsmöglichkeiten für die deutsche Bevölkerung wesentlich verbessern werden, nicht nur was Brotgetreide, Obst und einige Gemüsearten anbetrifft, sondern auch was die Futtermittel für das Vieh anbelangt. Heu und Klee werden reichere Erträge bringen, und daneben wird auch dem Vieh voraussichtlich wieder in größerem Maße Körnerfutter zugeteilt werden können. Vielleicht kann auch die jetzige starke Ausmahlung des Roggens und Weizens etwas herabgesetzt werden, so daß das zum Brotgebäck verwandte Mehl verbessert wird und zugleich ein größerer Kleieertrag für das Nutzvieh abfällt.

Auf dem Futtermittelmarkt machen sich bereits die Folgen dieser günstigen Verhältnisse bemerkbar. Da das Vieh jetzt teilweise Grünfutter erhält, ist die Nachfrage nach sogenannten Winterfuttermitteln beträchtlich zurückgegangen. Spreumehl ist im Preise gefallen, und Mais ist kein so begehrter Artikel mehr wie noch vor einigen Wochen. Vielmehr beginnen sich bereits ansehnliche Mengen dieses Körnerfutters anzusammeln.

Damit ist auch die Möglichkeit gegeben, den Viehbestand besser zu nähren und ihn wenigstens teilweise wieder aufzufüttern, also auch die Produktion von Fleisch, Milch, Butter besser zu gestalten; ist doch, abgesehen von einigen anderen Dingen, an der Butternot in erster Linie die schlechte Ernährung der Milchkühe und die daraus resultierende geringe Milchergiebigkeit schuld. Vorbedingung wäre freilich, daß endlich eine bessere Regelung des Futtermittelvertriebs erfolgt und nicht eine Ernährungspolitik fortgesetzt wird, die der einfachen Frage ausweicht, was unter den heutigen Kriegsverhältnissen am besten der Volksernährung dient, und vor allem die sogenannten berechtigten Gewinninteressen bestimmter einflußreicher ländlicher Produzentenkreise schonen möchte.

Freilich, solange der Krieg dauert, ist selbst bei der besten Organisation an die Rückkehr sogenannter »normaler Fleisch-, Milch- und Butterverhältnisse« nicht zu denken, mag auch immer wieder von kritiklosen Optimisten das Gegenteil behauptet werden; denn erstens hat Deutschland in den letzten Jahren vor dem Kriege durchschnittlich jährlich an 8 Millionen Tonnen Futtermittel eingeführt, und den Wegfall dieser Einfuhr vermag auch eine reichliche Futtermittelernte nicht auszugleichen; zweitens ist nicht nur der jetzige Viehstand kleiner wie vor dem Kriege, er ist auch zu einem starken Teil unterernährt; und drittens geht ein großer Teil der Fleischproduktion an die Truppen im Felde — sicherlich von Rechts wegen.

Immerhin ließe sich wenigstens eine teilweise Beseitigung der jetzt in manchen Gegenden bestehenden Fleischnot erreichen, wenn im ganzen Reich eine einheitliche Organisation für die Futterverteilung durchgeführt und der Viehstand einigermaßen der vorhandenen Futtermenge angepaßt, das heißt entsprechend dem zur Verfügung stehenden Quantum reduziert würde. Heute besteht allgemein bei den Behörden das Bestreben, die Viehbestände möglichst auf der Höhe zu halten und durch die jetzige kritische Zeit zu bringen, damit nach dem Kriege möglichst wenig zu ergänzen bleibt. Es ist gewissermaßen die schöne Theorie vom Status quo ante auf den Viehstand übertragen. Begreiflich ist dieses Streben sicherlich, ob aber auch in Anbetracht der heutigen Umstände rationell, das ist eine andere Frage. Die Folge ist nämlich, daß der Viehbestand zwar einigermaßen auf der Höhe bleibt, daß aber andererseits ein großer Teil des Viehes sich geradezu durchhungern muß und infolge der ungenügenden Fütterung mehr und mehr an Qualität verliert. Besonders gilt das von den Milchkühen: eine Tatsache, aus der sich zum großen Teil die beträchtliche Abnahme der Milch- und Butterproduktion erklärt.

Volkswirtschaftlich richtiger, wenn auch vielleicht nicht für den einzelnen Viehhalter nützlicher, wäre es jedenfalls, wenn der Viehstand entsprechend der Futtermittelmenge vermindert worden wäre, dafür aber das zur Aufzucht bestimmte Vieh eine nutzbringende Fütterung erhielte, die wenigstens im letzten halben Jahre zum großen Teil ausgeschlossen war. Wäre dabei darauf Rücksicht genommen, daß ganz besonders das Milchvieh geschont und gut gefüttert worden wäre, dann würde nicht nur die jetzige Milch- und Butterproduktion eine beträchtlichere sein, sondern wir hätten auch mehr Fleisch und Fett.

Mir scheint in dieser Hinsicht ein Vorschlag des Oberamtmanns Rabbethke in Kleinwanzleben höchst beachtenswert, den dieser in einigen mit reichlichem Zahlenmaterial ausgestatteten Denkschriften an den Reichstag gerichtet hat. Der Genannte führt darin aus, wenn der Schweinebestand um ungefähr 50 Prozent, der Rindviehbestand um ungefähr 10 Prozent herabgesetzt würde, so könnte der dann übrigbleibende Rest ausreichend ernährt werden, ohne daß irgendwelches Brotgetreide zur Fütterung herangezogen werden müßte. So heißt es zum Beispiel in seiner letzten Denkschrift (vom 9. Mai 1916): »Vom Oktober etwa an wird die sichere Wirkung sein: weniger Fleisch als im Frieden (etwa 60 Prozent der Friedensmenge), aber mehr Fleisch als im Frühjahr 1916, gleichmäßig auf das ganze Volk verteilt, zur Hälfte der jetzigen Preise. Sehr viel Fett mehr als die letzten sechs Monate zum selben Preise. Ferner Mehl, Mehlprodukte und Brot mehr wie ausreichend zum Sattwerden. Kartoffeln sehr reichlich. Brot und Kartoffeln zu etwa gleichem Preise, aber in viel größeren Mengen als dieses Jahr. Unabhängigkeit von teurer Einfuhr.«

Das mag vielleicht optimistisch gefärbt erscheinen; unzweifelhaft liegt aber viel Richtiges in dieser Auffassung. Ergänzt müßte freilich diese Herabsetzung des Viehbestandes durch eine Reichszentrale für Viehverteilung werden, die auf Grund der zur Verfügung stehenden Viehmengen nach Abzug des Heeresbedarfs die ungefähr auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Fleischmenge fest-

stellt und den Gemeindeverbänden und Städten eine bestimmte Anzahl Kreise zuweist, aus denen sie regelmäßig die ihnen zukommende Viehmenge beziehen können. Die Gemeindebehörden hätten dann Fleischkarten nach Vorschrift auszugeben und den in der Gemeinde wohnenden Schlächtern eine entsprechende Menge des abgeschlachteten Viehes zum Verkauf gegen solche Fleischkarten zuzuteilen oder eigene Fleischverkaufshallen einzurichten. Selbstverständlich müßten bei dieser Viehverteilung der Reichszentrale die von manchen wohlhabenden Städten eingehamsterten enormen Fleischmengen (in den Kühlhäusern Frankfurts a. M. lagern zum Beispiel an 5 Millionen Pfund Rind- und Schweinefleisch) mit berücksichtigt und die Lebensmittelspekulanten zur Auslieferung der von ihnen zurückgehaltenen Würste, Schinken, Fleischkonserven usw. zu bestimmten, festgesetzten Preisen gezwungen werden.

Solche Verteilungsorganisation zustande zu bringen, muß eine der ersten Aufgaben des neuerrichteten »Kriegsernährungsamts« sein. Daneben müßte endlich die Kartoffelbeschaffung dem privaten Handel entzogen und gleichmäßig geregelt werden, damit sich nach der nächsten Kartoffelernte nicht die Vorfälle wiederholen, unter denen im vorigen und zu Anfang dieses Jahres die Versorgung vieler Stadtgemeinden mit Kartoffeln litt. Ein gutes Schema für diese Organisation liefert die Einrichtung der Landeskartoffelzentrale in Bayern, die bisher im ganzen gut funktioniert hat.

Auch die Berichte über den Saatenstand in Österreich-Ungarn lauten befriedigend, wenn auch nicht ganz so günstig wie aus den meisten deutschen Landesteilen. Die ungarische Tiefebene hatte den Meldungen nach teilweise unter zu lange andauerndem Regen zu leiden. Dadurch soll auf den Weizenfeldern verschiedentlich Blattrost angesetzt haben; auch soll nach vorläufigen Schätzungen die mit Sommersaaten bestellte Fläche etwas kleiner sein als in den Jahren vor dem Kriege.

Für die Versorgung der Mittelmächte mit Weizen, Futtergerste, Futtermais und Hülsenfrüchten spielt unter den heutigen Kriegsverhältnissen, nachdem die rumänische Regierung ihre Politik der Verhinderung des Getreideexports nach Mitteleuropa aufgegeben hat, Rumänien die erste Rolle, zumal es endlich so ziemlich gelungen ist, für genügendes Eisenbahnwagenmaterial zum Abtransport zu sorgen. Auch dort ist, wenn auch nicht gerade, wie im Vorjahr, auf eine Rekordernte, so doch auf eine reichliche Mittelernte zu rechnen. *Zudem sind noch große Massen der alten Vorräte vorhanden.* Nach der Angabe des Statistischen Bureaus des rumänischen Finanzministeriums sind im Jahre 1915 an Getreide und Saat nur 691 929 Tonnen ausgeführt worden, hingegen 1914 1 955 387, 1913 2 809 890 und 1912 gar 2 841 630 Tonnen. Infolge dieses verhältnismäßig geringen Exports im letzten Jahre betrugen nach der amtlichen Aufnahme am 1. Februar dieses Jahres die Vorräte noch 3 552 624 Tonnen gegen 1 894 117 Tonnen am 1. Februar 1915. Zum weitaus größten Teil bestand dieser Vorrat aus Mais (1 461 458 Tonnen), Weizen (1 201 681 Tonnen) und Gerste (488 367 Tonnen).

Viel ungünstiger stellen sich die Aussichten für die Länder des Vierverbandes. Nach englischen Blättern kann England ebenfalls auf eine gute Weizenernte rechnen, aber das kommt für dieses Land viel weniger in Betracht, da England den größten Teil seines Weizenbedarfs importiert,

durchschnittlich 6 bis 7 Millionen Tonnen. Seit der letzten Ernte (das neue Erntejahr beginnt mit dem 1. September) bis zum 1. Mai dieses Jahres hat es trotz einer guten Ernte rund 3,8 Millionen Tonnen importiert gegen 3,6 Millionen im selben Zeitraum des vorigen Erntejahres.

Viel ungünstiger liegen die Verhältnisse in Frankreich. Der letzte französische Saatenbestandsbericht beziffert den Stand für Winterweizen mit 69, für Roggen mit 70, für Mischfrucht mit 71. Da ein sehr guter Saatenstand mit 100, ein guter mit 80, ein ziemlich guter mit 60 bezeichnet wird, bedeuten die obigen Ziffern eine gute Mittelernte; aber da es im vorigen Herbst an Arbeitskräften fehlte und Beurlaubungen der im Felde stehenden Landleute nur in geringer Zahl erfolgt sind, hat sich die mit Wintersaaten bestellte Fläche sehr verringert. Teilweise hätte ein stärkerer Anbau von Sommerweizen diese Abnahme des Wintersaatenareals auszugleichen vermocht; während der Saatzeit herrschte aber vielfach in den südlichen Gegenden eine derartig ungünstige Witterung, daß die erhoffte Ausdehnung des Anbaues unterblieben ist.

Ähnliches wird aus Italien gemeldet. Der Saatenstand soll zwar durchweg ein recht guter sein, die Anbaufläche hat aber wiederum abgenommen.

Die Folge kann nur sein, daß England, Frankreich, Italien im kommenden Jahre noch viel größere Zuschüsse aus den Vereinigten Staaten, Kanada, Argentinien gebrauchen werden als bisher. Weder in Kanada noch in der nordamerikanischen Union ist aber auf eine auch nur annähernd gleich gute Weizenernte zu rechnen wie im vorigen Jahre, in dem die Vereinigten Staaten den höchsten Weizenertrag einzuernten vermochten, den sie je erreicht haben. Blieb diesmal schon die Anbaufläche des Winterweizens um ungefähr 4 Millionen Acres hinter der vorjährigen zurück, so haben die Winterfröste in den Weststaaten ein übriges getan. Nun war zwar im vorigen Jahre die große Weizenernte weit mehr als der Wintersaat dem ausgedehnten Anbau von Sommerweizen zu danken, aber nach den übereinstimmenden Nachrichten scheint auch die Frühjahrsbestellung hinter der vorjährigen weit zurückgeblieben zu sein.

Das sind schlechte Aussichten für England und seine Verbündeten, denn an ein Sinken der hohen Schiffsfrachtsätze ist während der Kriegszeit nicht zu denken. Schon jetzt stehen dort die Weizenpreise höher als in Deutschland. Selbst London hat um 6 bis 10 Prozent höhere Weizenpreise als Berlin, und doch standen im Februar und März die englischen Preise noch um 12 bis 15 Prozent höher als jetzt. Guter nordamerikanischer Weizen kostete zum Beispiel in der ersten Maiwoche in London 60 bis 62 Schilling pro Quarter, argentinischer Weizen 54 bis 56 Schilling, während letzterer vor dem Kriege nur 24 bis 26 Schilling kostete. Noch mehr sind die Preise für Kartoffeln emporgeschnellt, die zwar in England nicht in gleichem Maße ein Volksnahrungsmittel sind wie in Deutschland, jetzt aber dort ebenfalls mehr gekauft werden als früher. Der Kleinverkaufspreis in London beträgt zurzeit $1^1/_2$ bis $1^3/_4$ Pence pro englisches Pfund (9 deutsche sind ungefähr 10 englische Pfund), ein deutsches Pfund würde also 14 bis 16 Pfennig kosten. Heinrich Cunow.

Das Bevölkerungsproblem nach dem Kriege.

Von **Otto Meier** (Berlin).

Das Problem der Bevölkerungspolitik dürfte nach dem Kriege eines der wichtigsten vom Standpunkt des Volkswirtschaftlers werden. In Anerkennung dieser Tatsache haben weite bürgerliche Kreise bereits Vorsorge getroffen, die durch den Krieg dezimierten Menschenmassen wieder zu ergänzen, indem sie Organisationen gegründet haben, welche mit allen Mitteln Propaganda für Bevölkerungspolitik betreiben sollen. Die Triebkräfte dieser Propaganda sind weder ethischer noch moralischer Natur, sie entspringen dem natürlichsten Bedürfnis jener Kreise auf rein militärischem und wirtschaftlichem Gebiet. Offenbar sind jene Kreise nicht so optimistisch wie Genosse Mattutat, der in seinem Artikel »Bevölkerungspolitik und Frauenarbeit« (Neue Zeit, XXXIV, 2, S. 58 ff.) das Folgende sagt:

»Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß mit dem Ende des Krieges eine erhebliche Zunahme der Eheschließungen und damit der Geburten eintreten wird. Eine ähnliche Zunahme läßt sich für die Zeit nach dem Kriege von 1870/71 konstatieren.«

Soweit sich die Verhältnisse bis jetzt übersehen lassen, können die des siebziger Krieges nicht nur, wie Mattutat weiter meint, »nicht uneingeschränkt« mit denen des jetzigen Völkerkriegs in Vergleich gezogen werden, sondern sie kommen für die Beurteilung der gegenwärtigen überhaupt nicht in Frage.

Gerade die durch den Krieg immens gesteigerte gewerbliche Frauenarbeit ist die Klippe, an der aller Voraussicht nach die Propaganda der bürgerlichen Vereinigungen und die Hoffnung Mattutats scheitern werden. Diese Behauptung aufstellen heischt sie auch beweisen.

Die Erfahrungen, die der Kapitalismus während des Krieges mit der gewerblichen Arbeit williger und billiger Frauen gemacht hat, zeitigen sicher Nachwirkungen in der Form, daß nach dem Kriege die Nachfrage nach der Frauenarbeit bedeutend höher sein wird als vorher. Und die Nachfrage wird um so mehr auf ein williges Angebot stoßen, als zahlreiche, vor dem Kriege nicht erwerbstätig gewesene Frauen und Mädchen ihre Ernährer verloren haben und solchermaßen gezwungen sind, den Lebensunterhalt für sich und ihre Angehörigen selbst zu suchen. Bis jetzt hat aber die Erfahrung gelehrt, daß die gewerbliche Arbeit unverheirateter Mädchen Grund genug war, diese von der Verheiratung und damit von der Fortpflanzung abzuhalten. Es ist unter den heutigen Zuständen bis zu einem gewissen Grade begreiflich, daß die Durchschnittsarbeiterin ihre Freiheit und Selbständigkeit nicht gerne mit den vielerlei Sorgen und Pflichten der Familie und des Hausstandes vertauschen will. Soll aber die Produktion auf ihrer ursprünglichen Höhe gehalten werden, so wird das Unternehmertum angesichts des offenbaren Mangels an männlichen Arbeitskräften nach dem Kriege ohnehin nicht anders können, als zum Ersatz weibliche Arbeitskräfte heranzuziehen.

Es kommt noch eine Reihe weiterer Momente hinzu, die im Gegensatz zum siebziger Kriege die Zahl der Eheschließungen ungünstig beeinflussen werden.

Die Tatsache, daß in dem jetzigen Kriege Millionenheere, wie sie die Weltgeschichte nie zuvor gesehen hat, gegeneinander geführt werden, bedingt die enorm hohe Zahl der Todesopfer auf allen Seiten. Es leuchtet ein, daß diese Unglücklichen gerade die sind, welche für die Fortpflanzung am ehesten in Betracht kommen. Es sind, wie Professor Paul Natorp in seinem Artikel[1] »Die Wiedergeburt unseres Volkes nach dem Kriege« sagt:

»... die für die Fortpflanzung der Nation leiblich, geistig und sittlich entscheidenden Jahrgänge, deren Reihen am grausamsten gelichtet werden....«

Bestand schon vor dem Kriege ein erheblicher Frauenüberschuß in den *höheren* Altersklassen, so werden wir nach dem Kriege zweifellos mit einem erheblichen Frauenüberschuß in den *jüngeren* Jahresklassen rechnen müssen.

[1] Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland, S. 197, Leipzig 1915.

Schon hieran dürfte die Absicht alter und neugegründeter bürgerlicher Vereinigungen, durch frühe Heiraten den zu erwartenden Ausfall an Nachwuchs wenigstens zum Teil auszugleichen, kläglich scheitern. Zudem besteht die Befürchtung daß die als dauernde Krüppel oder als zeitlebens krank Zurückkehrenden sich aus Verantwortlichkeitsgefühl hüten werden, zu heiraten und Nachkommen zu erzeugen, für deren Existenz und Erziehung sie keine Gewähr übernehmen können

Das Verantwortlichkeitsgefühl war schon vor dem Kriege derjenige Faktor der die Einschränkung der Kinderzahl in den Ehen förderte, und er wird es nach dem Kriege in steigendem Maße bleiben. Seltsamerweise begründet Professor Natorp im oben erwähnten Aufsatz diese Einschränkung als »atemlose Jagd nach Besitz, Reichtum und Genuß«. Diese Begründung bedarf angesichts der traurigen Verhältnisse der Arbeiter keiner Widerlegung. Man braucht kein Pessimist zu sein, um angesichts dieser Tatsachen die Hoffnung auf Vermehrung der Eheschließungen und der Geburten in das Reich der Träume zu verbannen.

Auch Genosse Mattutat gibt zu, daß nach dem Kriege eine allzu weitgehende Einschränkung der Frauenerwerbsarbeit nicht zu erwarten ist, und folgert daraus mit Recht schwere gesundheitliche Schäden, die letzten Endes nicht ohne Einfluß auf die Gebärfähigkeit der Frauen bleiben können; man kann sich daher seinen Forderungen auf gesetzmäßige Beschränkung der Frauenarbeit, auf eine Förderung der Wöchnerinnen- und Säuglingsfürsorge nur anschließen. Besonders das letzte sollte für alle Bevölkerungspolitiker mit das Wichtigste sein.

Es ist eine unbestreitbare, traurige Tatsache, daß die Kindersterblichkeit in Deutschland erschreckend hoch ist. Allerdings muß zugegeben werden, daß Deutschland hierin noch von Rußland, Österreich und den Balkanländern übertroffen wird. Aber einer Säuglingssterblichkeit in Deutschland von 15,1 Prozent im Jahre 1913 standen gegenüber in Belgien 12 Prozent, in England 9,5 Prozent, in Schweden 7,2 und in Norwegen nur 6,8 Prozent. 277 000 Kinder starben 1913 bei uns im ersten Lebensjahr. Wie weit die Kindersterblichkeit herabgedrückt werden kann, wenn alle Voraussetzungen für eine rationelle Kinderaufzucht gegeben sind, beweist Professor Schloßmann in den »Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik« in einem lesenswerten Aufsatz über »Die Kindersterblichkeit in den deutschen Fürstenhäusern«. Diese ist von 13,3 Prozent in den Jahren 1800 bis 1809 auf 3 Prozent in den letzten Jahrzehnten gesunken. Ein äußerst geringer Prozentsatz, wenn man annimmt, daß die rein physischen Bedingungen dieselben sind wie durchschnittlich im Volke.

Es ist unter den heutigen und zukünftigen Bedingungen ein Naturgesetz, daß die Säuglingssterblichkeit in dem Grade zunimmt, als die Geburtenziffer steigt. Von dieser Voraussetzung aus ist es grundfalsch, nach Art der ins Leben gerufenen Vereinigungen auf eine Hebung der Geburtenziffer hinzuwirken, solange man nicht ernstlich das Bestreben hat, eine durchgreifende Änderung der sozialen Lage herbeizuführen. Rationelle Bevölkerungspolitik betreiben, heißt angesichts der enorm hohen Säuglingssterblichkeit nichts anderes, als darauf hinzuarbeiten, die jungen Weltbürger am Leben zu erhalten. Solange man hier nur mit Palliativmittelchen kommt, muß jede Propaganda für Hebung der Geburtenziffer als unmoralisch bezeichnet werden.

Die Pflicht fordert, scharf zuzupacken. Die während des Krieges der ehernen Not gehorchend ins Leben gerufenen Einrichtungen müssen nicht nur erhalten, sondern noch ausgebaut werden. Hier hat der Gesetzgeber einzugreifen. Die Mutterschaftsversicherung, die Hebammenbeihilfe muß obligatorisch gemacht werden. Alles das, was der Reichstag im Jahre 1911 bei Beratung der Reichsversicherungsordnung versäumte, muß nachgeholt werden. Es heißt unter den heutigen Umständen nicht einer Volksvermehrung das Wort zu reden, sondern der Bevölkerungserhaltung.



Ein Epos aus dem Leben des Kapitals.

Von Franz Diederich.

Eine Dichtung, die das Wesen des Finanzkapitals packt, wäre ein heißer Strahl aus der Brennmitte der wirtschaftlich vulkanisierten Gegenwart. Hilferding hat die Phase des Finanzkapitals in ihrer höchsten Entwicklung klar und scharf abgestempelt als die »Diktatur der Kapitalsmagnaten«, und die Novelle, die der rheinländische Dichter Josef Winckler unter dem Titel »Der Fenriswolf, Eine Finanznovelle« veröffentlichte (in Eugen Diederichs Verlag, Jena), berührt die wirtschaftliche und politische Aktivität dieser Diktatur historisch und psychologisch im Grundriß. Das Buch nennt den Namen seines Dichters nicht; er war auch bei der ersten Veröffentlichung der Novelle in der Zeitschrift »Quadriga« noch nicht genannt, diesem Organ, das nach einem Programmsatz auf eine »Synthese von Imperialismus und Kultur, Industrie und Kunst, modernem Wirtschaftsleben und Freiheit« hinstrebte und in dem junge Geister zunächst einmal durch Arbeiten ihr Anrecht auf ein Bekanntgeben ihrer Namen erproben wollten. Die Finanznovelle kam dort vor zwei, drei Jahren in einigen der ersten Hefte heraus unter dem Titel: »Ein Epos aus dem Leben des Kapitals«. Ein Epos! Aber keines von der Art, wie der Amerikaner Frank Morris es eben unter der Feder und teils schon vollendet hatte. Vielleicht hatte der »Quadriga«-Autor geradezu die Absicht, den sich nun ankündigenden Dichtungen aus der Welt der größten Kapitalsmacht die neue Form zu zeigen, die sie dem Wesen ihres Themas gemäß haben müßten. Daß das breit ausgewölbte Morrissche »Epos des Weizens« bei seinem Plan eine Rolle gespielt habe, läßt sich natürlich nicht behaupten, immerhin aber berührt sich dessen Ersteilitel »Der Oktopus« einigermaßen mit dem Titel, den die Finanznovelle für den Buchabdruck erhielt. Inzwischen hat ihr Autor die literarische Anonymität abgetan. Mit der kürzlich geschehenen dritten Buchveröffentlichung, dem lyrischen Werke des Inselverlags »Mitten im Weltkrieg«, das in ekstatischem Erleben Bilder der Krieganfangzeit hinschleudert, wurde sie aufgegeben, so daß nun auch bei der Finanznovelle Wincklers Name genannt werden mag.

Die Novelle nimmt aus der Welt, von der sie zeugt, einen einzelnen Fall. Hat das Bild typische Kraft, so wird aus ihm das Wesen des Ganzen lebendig. Winckler zeichnet die finanzkapitalistische Eroberung des Rechtes auf Ausbeutung der norwegischen Wasserkräfte. Eine Berliner Bank für Industrie und Handel bringt auf einen Wink aus Norwegen hin die Aktion in Fluß, hält und strafft und lenkt ihre Fäden, macht sich zum Generalshirn und Munitionsturm der internationalen Kampagne. Der Plan einer Bewegung gegen das ausländische Kapital veranlaßt den Kampf; aus Abwehr wird schneller Angriff, und der internationale Trustriese, der das Feld mit weitem Beherrschen überschaut und in raschem Erfassen aller Vorteile bespringt, schlägt das nationale Zwergkapital auf der ganzen Linie, erst wirtschaftlich, dann auch politisch. Mit seinem besten Besitz an Produktionsmitteln, den unermeßlich großen Wasserkräften, die für den Kopf der Be-

völkerung mehr als drei Pferdekräfte spenden könnten, verfällt das Land dem internationalen Finanzkapital, dem Fenriswolf, wie das sozialdemokratische Blatt sagt, »dem gefräßigen Ungeheuer, das unsichtbar wie ein Alp über den Völkern lastet, das nicht lieben und hassen, das nur schlingen kann in grauenvoller Selbstzweckheit«.

Dies Ereignis rollt sich in harter Deutlichkeit ab, ein Dokument der Gegenwart, ein Kampfstück ökonomischen Lebens. Wie Finanzmächte arbeiten, das vollzieht sich nicht am hellen Tage breiter Öffentlichkeit und enthüllt sich nur wenigen Menschen. Hier aber sind an einem lebendigen Beispiel die Kulissen von den Vorgängen weggerückt, so daß die Arbeit sich im einzelnen und im Zusammenhang ihres Verlaufs zeigt, in ihrer Schlagkraft, ihrer Überlegenheit, ihrem Wagemut, ihrer Geriebenheit, ihrer Moral. Das Bild baut sich ganz und gar aus einer Folge von Geschäftsbriefen, Geschäftsberichten, Telegrammen, Verhandlungsskizzen, Preßstimmen. Jeder erzählende, deutende, beleuchtende Zwischentext ist vermieden. Das Zusammenfassen und Bewerten fällt durchaus dem Leser zu, nur daß es ihm durch die Art der Folge und des Schreibstils, die einprägsam wirkt, leicht gemacht ist. Wer also sein Wissen von den Kräften, Schritten, Schlichen des Finanzkapitals mehren will, dem bietet sich hier zum theoretischen Erkennen so etwas wie ein praktischer Gang ins volle Leben der im verborgenen ringenden, die Welt tyrannisierenden Finanzgewalten. Die deskriptive Nationalökonomie, die in Deutschland mit dem Buche von Engels über die Lage der arbeitenden Klasse in England begann, kann eine lange Reihe starker dichterischer Werke in ihren Kreis einbeziehen. Durch ihre eigenartigen Mittel, das Leben der Wirklichkeit zu greifen und auszudrücken, wird die soziale Dichtung zur wesentlichen Ergänzung der sozialen Forschung. Denn ihr ist es gegeben, die Psyche des Menschen, wie sie sich unter der Einwirkung wirtschaftlicher, sozialer Zustände und Bewegungen gibt und gestaltet, bis ins Innerste aufzuschließen und zum Nacherleben festzuhalten. Den in solcher Weise wertvollen Werken dieser Dichtung wäre nun der »Fenriswolf« anzufügen, wohl als ein erstes Stück Spiegelung der letzten und folgenschwersten Phase kapitalistischer Entwicklung.

Dieser Wert — mag er auch unter der äußersten Höhe bleiben — wird nicht bestritten werden können. Aber es hat der Arbeit Wincklers doch nicht an einem Anzweifeln des Anspruchs gefehlt, sich Novelle zu nennen. Es hieß da, der Dichter habe nur den Rohstoff gegeben, aus dem nun erst ein Dichterwerk geschaffen werden müsse. Gewiß läßt der Stoff sich zu erzählten Vorgängen verarbeitet denken. Aber das novellistisch Wesentliche hängt nicht an dieser Form. Paul Heyse, der in der Form der Novelle für seine Zeit ein Meister war, forderte, »daß sie uns ein bedeutsames Menschenschicksal, einen seelischen, geistigen oder sittlichen Kampf vorführe, uns durch einen nicht alltäglichen Vorgang eine neue Seite der Menschennatur offenbare«. Diese Forderung besteht, und ganz entschieden geht Winckler auf solch ein Ziel aus. Und seine Arbeit hält auch den weiteren Satz Heyses aus: »daß dieser Fall in kleinem Rahmen energisch abgegrenzt ist, wie der Chemiker die Wirkung gewisser Elemente, ihren Kampf und das endliche Ergebnis ‚isolieren' muß, um ein Naturgesetz zur Anschauung zu bringen, macht den eigenartigen Reiz dieser Kunstform aus.« In der Tat, wie Winckler den gewählten Fall vorgetragen hat, das ist der Stil straff ab

grenzender Energie, den eben unsere Tage herauszwingen, und gerade diese Form bewirkt, daß Milieu und Charaktere in scharfer Strichführung ohne jede Verschwommenheit deutlich werden. Die Vorteile der Briefform für die Charakterzeichnung hat die Novellendichtung seit langem verwertet, aber die Briefform hat auch Gefahren, insofern sie dichterischem Stimmungsgelüst allzu willig Tor und Raum öffnet und so die Schärfe des Ausdrucks stören kann. Gegen diese Gefahr wollte nun Winckler sich gerade durch die Wahl dieser Form sichern; er wollte sich, wie er in einigen vorwörtlichen Sätzen sagt, wahren vor jeder »romantisierenden Zerflüchtigung des Wesentlichen«, vor jeder »Stimmungsmalerei«, vor aller Sensationsdrapierung, wie etwa Kellermann sie in finanzkapitalistischen Szenen seines Tunnel-Romans beliebte, worauf Winckler (ohne Werk und Autor zu nennen) hinweist. In dem Treiben der Männer, die in der Finanznovelle brieflich miteinander planen und verhandeln, will Winckler »die Struktur seiner Zeit in vibrierender, jagender, allumfassender Bewegung« sichtbar machen. »Zeigt uns«, ruft er programmatisch aus, »die ungeheure Dynamik des gegenwärtigen Daseins ohne Sentimentalität und Mätzchen in seinen eigensten Formen und Wirkungen!«

Zola formte sein riesiges Wissen von der Wirklichkeit erzählerisch in umfangreichen Bänden aus, und Winckler wird zu den vielen der jüngsten bürgerlichen Schriftstellergeneration gehören, die seine Form ablehnen. Aber sonst wird er sich in Wichtigem ihm nahe fühlen: in der von Zola geforderten experimentellen Natur der schriftstellerischen Arbeit, die, auf Tatsachen der Forschung, des beobachtenden Erlebens fußend, unter der Überzeugung geschehen sollte: »Der metaphysische Mensch ist tot.« Ganz auf ein Bewegen aus greifbarster Wirklichkeit gerichtet, fühlt Winckler seine Arbeit als wohl zum ersten Male gewagten Versuch, »einen umfassenden wirtschaftlichen Stoff in konstruktiver Kühle kongruent in Form zu zwingen, ihn aus sich selber seine Sprache bilden zu lassen«. Die führenden Menschen der Finanznovelle sind zur psychischen Einheit mit ihrer Aufgabe ausgeformt, so daß diese als ihr persönlichstes Geben lebt. Sie sind Aktionsmenschen, mit dem Bewußtsein, Cäsare und Napoleone ihres Feldes zu sein, und sind zugleich Organe, die das Gesetz ihres Bewegens empfangen aus dem Werke, dem sie gebieten. »Wir planen alle viel und müssen doch der Wucht des Augenblicks gehorchen,« schreibt einmal der Berliner Bankmann H. Böhle, das geistige Oberhaupt der Finanzaktion, die in der Novelle abrollt. Anders als das industrielle Einzelkapital fordert das Finanzkapital den Einsatz der Eigenschaften starker Persönlichkeiten, aber wie stark sie sein mögen, der eigenmächtige Wille des Finanzkapitals bleibt stärker. Und zur Kraft der Persönlichkeit des Finanzkapitalisten gehört, diesen Willen zu erkennen, gelten zu lassen und auszuführen. Ihr Leben wird das Leben des Kapitals, ihr individuell Menschliches wird aus dieser Sphäre abgeschieden. Und weil es vor dem Geschäftlichen bedeutungslos wird — »eine neue Seite der Menschennatur«, um Heyses Wort anzuwenden —, schlug der Dichter mit der von ihm gewählten Form der Novelle den rechten Weg ein: er formte »kongruent«.

Aus den gewichtigen »Eisernen Sonetten«, die vor ein paar Jahren in der Zeitschrift »Quadriga«, dann im Inselverlag als Buch erschienen, weiß man, wie stark die Gestalten auf Winckler wirken, die nicht nur Besitzer

kapitalistischer Riesenbetriebe, sondern auch deren Leiter sind. Die freien Unternehmer solcher Art sind ihm Könige, er verherrlicht ihre weltumfassende Kraft. Sie sind ihm die führenden Geister fortschreitender, vorwärtsdrängender Kultur, und er möchte, daß alle Schichten der Arbeit um des gemeinsam geleisteten Werkes willen ihnen huldigten, in ihrer Bedeutung aufgingen. Von diesem Anschauen und Empfinden hat natürlich auch die Handlung der Finanznovelle Elemente. Man darf sich nun aber nicht durch die Anziehungskraft täuschen lassen, die Böhles wuchtige Entschlossenheit auf Winckler ausübt. Nur die persönliche Art wird ihn gereizt haben, nicht die wirtschaftliche Tendenz dieses Mannes. In Böhle ist der soziale Typ verritterlicht, den das mit nie gestilltem Expansivdrang zugreifende internationale Finanzkapital formt, dessen Tätigkeit losgelöst ist von der Arbeit des Industriellen oder Kaufmanns, an der Wincklers Begeisterung hängt; in einem Dr. Vaermland steht gegen ihn das nationalkapitalistische Element, das für ein gemächlicheres Schreiten ist, weil es nur so darauf rechnen kann, die im Lande vorhandenen Kraftquellen für sich zu erobern. Der Dichter läßt beide befreundet sein; aber es kommt für sie der Tag, wo national sich gegen international stellen muß, Einzelvolkskapital gegen Weltkapitalsmacht. In diesem Kampfe kennt das Weltkapital kein halbes Entscheiden, es weist ein Kompromiß ab, geht aufs Ganze. Böhle und Vaermland wechseln Briefe vor der Schlacht, und da zeichnet dieser die »besondere Art des Kapitalismus«, die in Böhle ihren Kopf hat: »Ein Kapitalismus, der eine riesenhaft wuchtige Maschine von kunstvollster Konstruktion ist, die bald stillzustehen scheint, bald in sprunghaft plötzlichen Sätzen ihre walzenschweren Riesenräder vorwärtsschnellt und ihren Weg nimmt über Menschen- und Völkerschicksal hinweg. Die genialen Menschen, die diese Maschine zu bedienen verstehen, haben verlernt, sie zu zügeln, wenn ihre kraftvollen Glieder plötzlich mit Explosionskraft zu arbeiten beginnen. Und diese M a s c h i n e, die zum Segen des Wirtschaftslebens konstruiert wurde, ist ein l e b e n d i g e s W e s e n geworden, voll tückischen Wollens, aber ohne Herz. Das Mittel ward sich selbst Zweck.« So starrt mit grausendem Erschauern das industrielle Kapital, das an eine engere Wirkungssphäre gebunden ist, auf den übermächtig gewordenen Artgenossen, der wie ein Vampir aus seinem Blute lebt und von dem es wieder, um leben zu können, Blut annehmen muß. Das Finanzkapital ist zu einer bloßen »Form« wirtschaftlicher Organisation geworden; verloren ging ihm das Zweckbewußtsein, eine Organisation für das Leben eines Volkes, von Völkern, von Menschen zu verkörpern, worauf das Industriekapital, das Handelskapital sich noch mit nationalem Blutwallen berufen zu dürfen meint und jedenfalls beruft. Da aber Wincklers Ideal wirtschaftlich nationalkapitalistisch, politisch radikalliberal gerichtet ist, muß Vaermland seinem Wünschen näher stehen als Böhle, der nichts als geldmachender Geschäftsgeist ist.

Dieser Vaermland aber stellt sich wiederum nicht als ein Kämpfer dar, der für das, was er fordert, durchs letzte Feuer schreiten wird. Er will »die Allgemeinheit als Unternehmer und sonst niemand«, nämlich die Allgemeinheit der Kapitalisten seines Landes, keineswegs eine sozialistisch wirtschaftende Allgemeinheit. Diese Forderung stellt Vaermland nur als ideales Ziel, ohne den großen Glauben an ihre Erreichbarkeit. Vor der Gewalt des Kapitalismus, der keine nationalen Beschränkungen seines Wollens und

Müssens dulden kann, klammert er sich an die vage Hoffnung, daß ein Kompromiß möglich sei, durch das dem Unternehmertum der weniger entwickelten Stufe die Selbständigkeit gegenüber dem trustenden Finanzkapital gesichert wird. Winckler weiß, daß die Diktatur der Kapitalsmagnaten solche Hoffnungen ausschließt, und er stellt das im Ausgang seiner Novelle dar: Vaermland will schließlich über seine Sache den Wahlzettel entscheiden lassen, er treibt es zur Auflösung des Parlaments; aber die Regierung beugt sich vor dem Finanzkapital der Welt, und bei den Wahlen »erarbeitet« sich dieses eine sichere Majorität. Daß Winckler diesen Gang der Entwicklung, der sich überall vollzieht, nicht feiert, als ob es seine Sache wäre, läßt sich ablesen aus dem Namen, für den er sich bei der Wahl des Titels für seine Novelle entschied.

Aber wer den Fenriswolf fällen will, kann sich nicht stellen wie der Dichter, dem es freilich nur darum zu tun war, die »gewaltige Schicksalsstunde« der heute ringenden Kapitalsträger und ganzer Volksmassen fühlbar zu machen, womit er also den Triumph des internationalen Finanzkapitals in der Entwicklung des Kapitalismus meint, der historisch notwendig war und uns als das letzte Stadium dieser Entwicklung erscheint. Uns! Der Dichter steht abseits unserer Überzeugung, daß das soziale Ideal einer allgemein segensreichen Erzeugung und Verteilung der Güter, das dem Kapitalismus entgleiten mußte, nur durch das sozialistische Ziel der arbeitenden Massen zu retten und zu vollenden ist. Seine Kapitalsherren hören wohl auch die Stimmen der Sozialdemokratie, aber es kommt einstweilen nicht so weit, daß ihre Rechnungen und Kreise durch sie gestört und bedroht werden. Sie verhallen in ihrer Welt als Stimmen in der Wüste. Nur ein Wort haftet und wird seine Bestimmung haben: der Fenriswolf. Das bedeutet einen Entwicklungsabschluß, dem der Umschlag in einen neuen Anfang notwendig folgen muß.

Literarische Rundschau.

Adolf Braun, **Die Arbeitslosenversicherung in Deutschland während des Krieges.** Sonderabdruck aus der Österreichischen Zeitschrift für öffentliche und private Versicherung. 42 Seiten.

Braun ist einer der ersten gewesen, die sich den mit der Arbeitslosigkeit zusammenhängenden Problemen zuwandten. Schon 1892 lenkte er im Sozialpolitischen Zentralblatt die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Probleme. Bezeichnenderweise wird in dem 1890 erschienenen ersten Bande des großen »Handwörterbuchs der Staatswissenschaften« die »Arbeitslosigkeit« überhaupt nicht behandelt, und erst in dem 1895 erschienenen Nachtragsband geschieht dies. Was Braun sagt, verdient immer Beachtung, und wie er das hier in Betracht kommende Gebiet behandelt, ist für jeden lesenswert. Braun geht von der Tatsache aus, daß das ganze große Gebäude der deutschen Arbeiterversicherung sich in der ungeheuren Erschütterung der Staaten und der Wirtschaften durch den Krieg als überaus kräftig und widerstandsfähig gezeigt hat, und gibt nach einem überaus instruktiven geschichtlichen Überblick über die gewerkschaftlichen Versicherungseinrichtungen eine Schilderung der sich aus diesen Einrichtungen für die Gewerkschaften beim Ausbruch des Krieges ergebenden Situation. Er ist auch ein zu guter Kenner der deutschen Gewerkschaftsbewegung, um nicht die Notwendigkeit für die Gewerkschaften einzusehen, während des Krieges mit Rücksicht auf die gleich nach Ausbruch desselben

einsetzende außerordentlich große Arbeitslosigkeit — Braun bezeichnet sie als v niederdrückender Größe — entsprechend den vorhandenen Mitteln die Unte stützungseinrichtungen auf die Arbeitslosenunterstützung zu verdichten und alle a deren Unterstützungseinrichtungen für die Kriegszeit oder bis auf weiteres einz schränken oder gar einzustellen. Er schildert dann die Bestrebungen der Gewer schaften zur Beschaffung von Arbeit und ihr Verlangen nach Einführung ein öffentlichen Arbeitslosenunterstützung und würdigt eingehend die Wirkung der t sächlichen Verhältnisse auf die Finanzen der Gewerkschaften. Auch die im Fried gemachten Versuche, zu einer öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenversicherung zu g langen, und die Widerstände dagegen werden behandelt. Trotz voller Anerkennu der Notwendigkeit einer Arbeitslosenfürsorge in der Kriegszeit sei doch die Furc es könnten irgendwelche Kriegsmaßnahmen zu einer festen Einrichtung in d Friedenszeit werden, oft ein starkes Hemmnis für viele Entschließungen der R gierungen gewesen und erkläre manche Verspätung wichtiger Maßnahmen. D Maßnahmen der Regierungen zur Unterstützung der Gemeinden in der Durchfü rung einer kommunalen Arbeitslosenunterstützung werden eingehend gewürdi Braun meint, daß wenn auch diesen kommunalen Einrichtungen in hohem Ma die Einheitlichkeit fehle, doch gerade in der Mannigfaltigkeit der Einrichtungen m Rücksicht auf eine spätere Regelung dieses in künftiger Zeit dringlichsten Arbeit versicherungsproblems unzweifelhafte Vorteile geboten seien. Eine reiche Fü von Erfahrungen mit den verschiedensten Methoden habe sich gesammelt. Je könne man auch nicht mehr von einem Sprung ins Dunkle reden, wennschon d versicherungsmathematisch wichtigste Problem, das der Wahrscheinlichkeit des Ei tritts des Versicherungsfalles, durch die ganz außergewöhnlichen Verhältnisse d Weltkrieges in keiner Weise erhellt werden könne. Braun hält die Arbeitslose versicherung gerade in der Zeit des kommenden Friedens für dringend notwend und meint:

»Wir würden irregehen, wollten wir für absehbare Zeit, für die Zeit des Fr dens, die Notwendigkeit einer Arbeitslosenversicherung bestreiten. Ich glaube Gegenteil, niemals wird sie notwendiger empfunden werden als gerade in der Z des kommenden Friedens. So sehnsüchtig ihn jeder erwartet, so wenig wollen w uns Illusionen hingeben über die wirtschaftlichen Bedingungen in der Zeit d kommenden Friedens. Die ganze Welt ist ärmer geworden durch den Krieg, u erhöhte Bedürfnislosigkeit ist uns allen anerzogen worden. Würdigen wir di Tatsachen rein wirtschaftlich, so ergibt sich für die nahe Zukunft ein geringer Bedarf an Waren, eine verminderte Nachfrage nach Arbeitskraft, eine größe Wahrscheinlichkeit der Arbeitslosigkeit für viele industriell tätige Männer u Frauen. Es wird lange währen, bis die wirtschaftlichen Kriegswirkungen v schmerzt sein werden, bis die Last der Verzinsung der Kriegsschulden, der Versc gung der Kriegsinvaliden, der Verpflichtungen für die Witwen und Waisen d Kriegsopfer nicht mehr im Mittelpunkt jeder staatswirtschaftlichen Betrachtu stehen wird. Solange das aber der Fall sein wird, werden wir mit diesen Wi kungen des Krieges auch hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit der Arbeitslosigkeit rechnen haben.«

Im weiteren Ausblick auf die Arbeitslosenversicherung im Frieden mei Braun, daß heute kein Problem der sozialen Versicherung von höherer Dringli keit und größerer Notwendigkeit sei als das der Einführung der Arbeitslosenve sicherung. Die weiteren von Braun im Schlußabschnitt gestreiften Fragen werd wir in anderem Zusammenhang noch in der Neuen Zeit erwähnen.

Als kurzgefaßter Abriß der mit der Arbeitslosigkeit während des Krieges z sammenhängenden Fragen sind die Darlegungen Brauns mit ihren Quellenangab überaus wertvoll. R. Wissel

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 10 Ausgegeben am 9. Juni 1916 34. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Demokratie.

Von Ed. Bernstein.

Die Bezeichnung Sozialdemokratie für die Partei des modernen, vom Klassenkampf des Proletariats in der kapitalistischen Gesellschaft ausgehenden Sozialismus ist nicht von dessen Begründern selbst geprägt worden. Sie ist die deutsche Übersetzung des Namens Democratie socialiste, den sich im Jahre 1848/49 in Frankreich eine Kompromißpartei von kleinbürgerlichen Demokraten und sozialistisch denkenden Arbeitern beilegte, deren Programm auf die Herstellung der Harmonie von Kapital und Arbeit hinauslief, welcher Name, wie eben verdeutscht, alsdann von Leuten ähnlicher Denkweise nach Deutschland verpflanzt wurde. Parteiname für die Befreiungsbewegung der Arbeiterklasse wurde er dagegen erst fünfzehn Jahre später in der Lassalleschen Agitation, als jene ursprüngliche Bedeutung schon halb in Vergessenheit geraten war. Marx und Engels, die sich ihrer noch erinnerten, haben daher sich recht abfällig geäußert, als sie erfuhren, daß das Organ der neuen Bewegung »Der Sozialdemokrat« genannt werden sollte. Es ist indes bei dem Namen geblieben, und die Bezeichnung Sozialdemokratie ist so sehr das Wort für den Begriff der Partei des modernen Proletariats geworden, daß es schließlich in dieser Auslegung nach Frankreich zurückgewandert ist, wo man nun öfters von der Partei der Arbeiter gleichfalls als La Socialdemocratie spricht.

Was der Bezeichnung bei uns und in anderen Ländern ihre Beliebtheit verschafft hat, ist der Umstand, daß sie die Begriffe Demokratie und Sozialismus zu einem untrennbaren Ganzen verbindet, wie dies der Ideologie der kämpfenden Arbeiterschaft entspricht. Der eine der beiden Begriffe gibt für sie dem anderen erst seine Bestimmtheit, und es ist schwer zu sagen, auf welchen von ihnen der sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter unserer Tage das größere Gewicht legt. Nach meinen Erfahrungen liegen die Begriffe Demokrat und demokratisch seinem Denken näher als die Begriffe Sozialist und sozialistisch, die meist noch ziemlich abstrakt als Gefühlssache aufgefaßt oder ausschließlich auf Wirtschaftsfragen bezogen werden, während mit den ersteren Begriffen ein Rechtsgrundsatz verbunden wird, der Gegenwarts- und Zukunftsgeltung beansprucht und für die verschiedensten Beziehungen in Anwendung kommt. Daher die Erscheinung, die jeder Beobachter feststellen kann, daß man in der Arbeiterbewegung sich öfter auf das demokratische als auf das sozialistische Empfinden beruft. In der Vorstellung vieler umfaßt das erstere auch das letztere, aber das letztere noch keineswegs immer das erstere.

Daß diese Bewertung des Begriffs Demokratie möglich wurde, hatte zur Vorbedingung eine geschichtliche Entwicklung, im Laufe deren das Wort selbst eine ganze Begriffswandlung durchgemacht hat.

In Griechenland, woher das Wort stammt, bezeichnete Demokratie lediglich ein Herrschaftsverhältnis. Sein politischer Sinn entsprach seiner grammatikalischen Ableitung: Herrschaft des Demos oder vielmehr der Demen, die aber keineswegs die ganze Unterschicht der Gesellschaft umfaßten. Denn hinter den Gesellschaftsklassen, welche in den örtlichen oder Bezirkskörperschaften Stimmrecht hatten, die Demen genannt wurden, gab es noch als Unterschichten Hörige und Sklaven, die keinerlei politische Rechte hatten. Die Stimmberechtigten des Demos, das Volk der freien Staatsbürger, waren selbst schon privilegierte Klassen, ebenso wie dies im alten Rom das Plebejertum war und in unserem Zeitalter die besitzlosen Weißen in den Ländern mit einer Negerbevölkerung sind, wo diese letztere aus dem politischen Recht ausgeschlossen ist.

Daß sich die politische Herrschaft des antiken Demos nicht sehr vorteilhaft erwiesen hat, wird man als unbestreitbar anerkennen müssen. Denn wenn auch reichlich Ursache gegeben ist, nicht allem zu glauben, was die alten Historiker in dieser Hinsicht erzählen, da diese fast ausnahmslos den antidemokratischen Klassen angehörten oder in deren Solde standen, so weisen aus der kontrollierbaren neueren Geschichte diejenigen Länder, die bei ähnlicher Klassengliederung politische Verfassungszustände hatten, die denen der alten Republiken unter der Herrschaft des Demos entsprachen, während der Dauer dieser Verhältnisse kein wesentlich günstigeres Bild auf, als es uns von jenen überliefert ist. Die Demokratie verbürgt dort weder die Freiheit, noch bewährt sie sich als schöpferische Kraft. Eine besitzlose Volksschicht, die nicht von dem Gedanken durchdrungen ist, daß sie die Trägerin des gesellschaftlichen Gebäudes und dazu berufen ist, diesem eine neue Form und neuen Gehalt zu geben, wird, wenn sie politische Rechte hat, mit ihnen nichts Rechtes anzufangen wissen und immer geneigt sein, mit ihrer Ausübung Handel zu treiben. In fast allen Sklavenstaaten sind die freien Habenichtse politisch verlumpt, und ebenso ist an der Schwelle der Ära des Kapitalismus in allen Ländern das im Entstehen begriffene Proletariat, wie auch gewöhnlich Kleinbauern und Handwerker, eine politisch käufliche Masse und wächst sich die Demokratie, wo sie versucht wird, regelmäßig zur demokratisch verbrämten Herrschaft irgendwelcher Oligarchie, wenn nicht Despotie aus.

Es ist dies einer der Gründe, weshalb fast alle Frühsozialisten, obwohl sie bei der Schilderung ihrer Idealstaaten mit Vorliebe demokratische Einrichtungen ausmalten, in der Praxis von der Demokratie wenig wissen wollten, manche sogar sie bekämpften. Weil sie eine sozial und kulturell unreife Arbeiterklasse vor sich sahen, versprachen sie sich auch nichts von ihr als politischer Macht. Noch Robert Owen riet den Arbeitern wiederholt von der Beteiligung am politischen Kampf, Wahlrechtsbewegung und dergleichen ab. Ebenso Fourier und verschiedene seiner Schüler in Frankreich, Rodbertus in Deutschland und andere mehr. Aber auch die Begründer des modernen, vom Klassenkampf des Proletariats ausgehenden Sozialismus stehen der Demokratie kühl gegenüber. Doch ist ihr Urteil hinsichtlich ihrer kein gleichmäßiges. Sie lassen sie als Mittel gelten, das unter bestimmten Umständen für bestimmte Zwecke von Wert sei, drücken sich aber dann wieder sehr geringschätzig über sie als Ziel aus und beschäftigen sich nirgends mit ihr als einem organischen Prinzip. Wir können bei Marx und Engels

auf äußerst wegwerfende und auf sehr lobpreisende Bemerkungen über Demokratie und demokratisches Wesen stoßen.

Zwar ist der Widerspruch bei unseren Lehrern in den meisten Fällen nur scheinbar. Es wird nämlich zu verschiedenen Zeiten bei ihnen etwas anderes unter Demokratie gemeint; bald eine undefinierte Partei, bald ein Gesellschaftszustand, bald eine gesellschaftliche Kraft und bald die eine oder andere Einrichtung, und so muß in jedem dieser Fälle das Urteil naturgemäß etwas anders lauten. Indes ist mit Feststellung dieser Tatsache nicht jeder uns begegnende Widerspruch hinwegerklärt. Eine weitere Ursache ist, daß der politische Kampf, der für die Verfasser des Kommunistischen Manifests und die revolutionären Sozialisten ihrer Zeit in Betracht kam, die Demokratie als Problem überhaupt noch nicht kannte.

Im Altertum und auch im Mittelalter und Spätmittelalter hatten die Demokratien ständischen Charakter: abgegrenzte Stände der niederen Volksklasse kämpften mit solchen der oberen Klassen um die Herrschaft und änderten, wenn sie die Herrschaft erkämpften, nichts Grundsätzliches an der Gliederung der Gesellschaft nach Besitz- und Berufsständen. Der Gedanke, ein Staatswesen von überhaupt Gleichen zu gründen, spielt noch keine Rolle. Die Werbung von individuellen Mitkämpfern findet nur im Hinblick auf unmittelbar zu führende Kämpfe statt. Dauernde politische Parteiung auf anderer als ständischer Grundlage gibt es noch nicht. Die aus persönlichen Anhängern zusammengesetzte dauernde Partei ist das Geschöpf der neueren Geschichte, sie konnte sich erst bilden, als der Kapitalismus die alten Stände gesprengt hatte und ein verfassungsmäßiges politisches Leben einsetzte, das ein regelmäßig arbeitendes, auf Wahlen allgemeiner Natur beruhendes gesetzgebendes Parlament zur Grundlage hat. Die moderne politische Partei ist das Kind des modernen Parlamentarismus, wie dieser aus ihr seine Befruchtung zieht. Die eine Institution kann da ohne die andere nicht leben und sich entwickeln.

Nun waren jedoch die Parlamente zunächst noch lange Zeit die Vertretung bevorrechteter Klassen, das Wahlrecht zu ihnen an Vorschriften über Eigenschaften und Leistungen geknüpft, welche die besitzlosen Volksklassen entweder ganz ausschlossen oder ihnen doch keine eigene Vertretung ermöglichten. Wo und solange das der Fall ist, können sich daher noch keine regelrecht arbeitenden Parteien der Demokratie entwickeln. Das war aber noch bis in die zweite Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts hinein in allen Großstaaten der vorherrschende Zustand. Aus ihm erklärt es sich unter anderem, warum das Mutterland des modernen Parlamentarismus, England, nicht auch das Mutterland der modernen, demokratisch konstituierten politischen Partei der Arbeiterklasse geworden ist. Denn der englische Parlamentarismus ist lange Zeit ein Bastardgebilde halb ständischer und halb plutokratischer Natur geblieben, in dem die Demokratie keine Stätte fand.

Die große demokratische Volksbewegung Englands im neunzehnten Jahrhundert, der Chartismus, bringt es daher nicht über stoßweise arbeitende Ansätze zur Bildung einer konstituierten Partei hinaus. Infolgedessen konnten die Probleme der Demokratie wohl sich elementar in ihr zeigen, aber noch keine nennenswerte Lösung durch sie erfahren. Wesentliches auf dem Gebiet der organischen Demokratie hat in England vielmehr zuerst die

Gewerkschaftsbewegung geleistet, ist aber wegen der ihr anhaftenden ökonomischen, dem Ständewesen verwandten Tendenzen halbwegs stecken geblieben. Nicht viel anders als der Chartismus gestalten sich auf dem Festland die sozialistischen Arbeiterbewegungen, solange die Arbeiter von dem politischen Wahlrecht ausgeschlossen sind. Wo sie sich unter Anknüpfung an die Überlieferungen der großen französischen Revolution weitergehende Ziele stellen als der Chartismus, beschäftigen sie sich noch weniger als er mit den organischen Fragen der Demokratie.

Wie Friedrich Engels in einer Note zur Neuausgabe der »Enthüllungen über den Kölner Kommunistenprozeß« festgestellt hat, stand man damals unter dem Einfluß gefälschter Darstellung der französischen Revolution, nach der diese nur durch den strengsten Verwaltungszentralismus ihr Werk habe vollbringen können. Daher solche, fast antidemokratischen Sätze in dem Rundschreiben der Londoner Zentralbehörde des Kommunistenbundes vom März 1850, wo es unter Berufung auf den rückständigen Partikularismus in Deutschland heißt:

Die Demokraten werden ferner entweder direkt auf die Föderativrepublik hinarbeiten oder wenigstens, wenn sie die eine und unteilbare Republik nicht umgehen können, die Zentralregierung durch möglichste Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Gemeinden und Provinzen zu lähmen suchen. Die Arbeiter müssen diesem Plane gegenüber nicht nur auf die eine und unteilbare Republik, sondern auch in ihr auf die entschiedenste Zentralisation der Gewalt in die Hände der Staatsmacht hinwirken. Sie dürfen sich durch das demokratische Gerede von Freiheit der Gemeinden, von Selbstregierung usw. nicht irremachen lassen.... Wie in Frankreich 1793, ist heute in Deutschland die Durchführung der strengsten Zentralisation die Aufgabe der wirklich revolutionären Partei.

Nur wenige Jahre später schrieb in Frankreich von ähnlichen Gedankengängen aus der Ex-Blanquist Hippolyte Castille in seiner Geschichte der zweiten französischen Republik:

Was man so politische Freiheiten nennt, ist nur ein schöner Name, um die berechtigte Tyrannei der Zahl auszuschmücken. Die politischen Freiheiten sind nur die Opferung einer Anzahl individueller Freiheiten an den despotischen Gott der menschlichen Gesellschaften, an die soziale Vernunft, an den Kontrakt.

Von der Epoche des roten Schreckens an (Oktober 1793 bis April 1794), wo nacheinander Girondisten, Hebertisten und Dantonisten geköpft wurden, datiere in Wahrheit »die Wiedergeburt des Prinzips der Autorität«, dieser »ewigen Schutzwehr menschlicher Gesellschaften«.

Daß der enttäuschte Revolutionär, der so argumentierte, beim Bonapartismus landete, kann nicht wundernehmen. Erleben wir es doch auch in unseren Tagen wieder, wie leicht übermäßige Betonung bestimmter antifreiheitlicher sozialer Kräfte aus Revolutionären freiwillige Schleppträger des Imperialismus macht. So wenig wie der administrative Zentralismus ist die Vergötterung des Staates eine preußische Erfindung. Die Engländer, die sie von Hegel und Treitschke ableiten, sind da völlig im Irrtum. Aber soweit sie in der revolutionären Literatur Frankreichs eine Rolle spielt und das Denken der Sozialrevolutionäre beeinflußt, beruht sie, wie bemerkt, auf falscher Lesart geschichtlicher Vorgänge. In seiner Fußnote zu der oben

zitierten Stelle aus dem Rundschreiben von 1850 schreibt Friedrich Engels im Jahre 1885:

Es ist heute zu erinnern, daß jene Stelle auf einem Mißverständnis beruht. Damals (1850) galt es als ausgemacht, daß die französische zentralisierte Verwaltungsmaschine durch die große Revolution eingeführt und namentlich vom Konvent als unumgängliche und entscheidende Macht bei Besiegung der royalistischen und föderalistischen Reaktion und des auswärtigen Feindes gehandhabt worden sei. Es ist jetzt aber eine bekannte Tatsache, daß während der ganzen Revolution bis zum 18. Brumaire[1] die gesamte Verwaltung der Departements, Arrondissements und Gemeinden aus von den Verwalteten selbst gewählten Behörden bestand, die innerhalb der allgemeinen Staatsgesetze sich mit vollkommener Freiheit bewegten; daß diese der amerikanischen ähnliche provinzielle und lokale Selbstregierung gerade der allerstärkste Hebel der Revolution wurde, und zwar in dem Maße, daß Napoleon unmittelbar nach seinem Staatsstreich vom 18. Brumaire sich beeilte, sie durch die noch (1885) bestehende Präfektenwirtschaft zu ersetzen, die also ein reines Reaktionswerkzeug war.

Die Erkenntnis, die in diesen Sätzen niedergelegt ist, hatte offenbar schon die Stellen in Marx' Ansprache des Generalrats der Internationale über den Bürgerkrieg in Frankreich von 1871 diktiert, wo die freie Kommune als grundlegendes Organ der Befreiung der Gesellschaft von der Beherrschung und Ausbeutung durch eine über ihr stehende Staatsmacht bezeichnet wird, sowie die Stelle im Vorwort zur 1872 veröffentlichten Neuausgabe des Kommunistischen Manifests, wo Marx und Engels sagen: »Namentlich hat die (Pariser) Kommune den Beweis geliefert, daß die Arbeiterklasse nicht die Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann.«

Wenngleich damit zunächst nur der Gedanke der Durchführung der Diktatur des Proletariats durch eine revolutionäre Zentralgewalt verabschiedet wird, schließen diese Sätze doch auch eine neue Auffassung der Demokratie ein: eine organische Verbindung von Staat und Gemeinden, wobei dem ersteren hauptsächlich nur die allgemeine Gesetzgebung und die Überwachung der Durchführung der Gesetze, das Schwergewicht der Verwaltung aber den örtlichen Selbstverwaltungskörpern (Provinzen, Kreise, Gemeinden) zufällt. Die neuere Entwicklung hat neben den letzteren den freien Selbstverwaltungskörpern, von denen für die Arbeiterklasse in erster Reihe die Gewerkschaften und die Einkaufsgenossenschaften in Betracht kommen, sowie solchen Wirtschaftsinstituten halbstaatlicher Natur, wie die großen Zweige der Arbeiterversicherung auf der einen Seite und die gemischtwirtschaftlichen Fabrikationsunternehmungen auf der anderen Seite, zunehmende Bedeutung verliehen, und dies macht die von der Partei der Arbeiter zu lösenden Aufgaben noch verwickelter und eine viel spezialisiertere Tätigkeit in allen öffentlichen Vertretungskörpern notwendig.

Wenn nicht auch aus anderen Gründen, so mußte schon deshalb die Partei der Arbeiterklasse allmählich andere Züge annehmen, als sie ihren Gründern vorschwebten. Marx und Engels wie auch Lassalle hatten die Idee bekämpft und in Deutschland geradezu ausgerottet, den kapitalistischen Staat auf konspirativem Wege zu erobern. Sie erstrebten eine Partei des Proletariats, die, ohne die Reformforderungen der Arbeiter zu vernach-

[1] Der 9. November 1799, der Tag des Staatsstreichs Napoleons I.

lässigen, doch ihr Hauptaugenmerk auf die Eroberung der politischen Macht des Staates gerichtet hielt und ihre Propaganda durch diesen Zweck so bestimmen ließ, daß er nie aufhörte, der Regulator ihrer Tätigkeit zu bleiben. Je intensiver aber die Arbeiterpartei auf den beständig sich weiter ausdehnenden Gebieten der Gesetzgebung und Verwaltung sich betätigte, um so mehr mußte nach einem sehr einfachen Gesetz der Dynamik des seelischen Lebens jener vorgenannte Zweck an regulierender Kraft einbüßen. Mit welchen Gefahren dies bei den einzelnen für das politische Denken verbunden sein kann, sehen wir heute an vielen Beispielen mit nicht zu verkennender Deutlichkeit vor uns. Indes ist dies und die Frage, wie diesen Gefahren begegnet werden kann, ein Punkt, der, so sehr er der Untersuchung wert ist, uns hier nicht beschäftigen soll. Unsere vorliegende Betrachtung hat es mit der Feststellung der Entwicklung der Arbeiterpartei zu tun, wie sie auf deren Beziehungen zur Demokratie im Staat und in ihrem eigenen Verfassungsleben zurückwirkt und die Auffassung von der Demokratie beeinflußt. Da werden wir nun uns der Erkenntnis nicht verschließen können, daß die geschilderte Wandlung im Gewichtsverhältnis der Zwecke, nach denen die Arbeiterpartei ihre Politik und Propaganda bestimmt, eine der Tendenz nach unvermeidliche Tatsache ist. In ihren Hauptzügen ist sie denn auch eine internationale Erscheinung.

* * *

In dem Maße aber, als diese Wandlung sich vollzieht, erhalten die demokratischen Rechte eine erhöhte Bedeutung für die Arbeiterpartei, wie sie ihrerseits wieder selbst das Mittel sind, ihr wachsende Gebiete der Betätigung zu erschließen. Im Jahre 1884 konnte Friedrich Engels noch schreiben: »Das allgemeine Wahlrecht ist so der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staate.« (Fr. Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. Erste Züricher Ausgabe, S. 139, Ausgabe Dietz, Stuttgart, S. 182.) Das zu sagen war aber schon 1895 nicht mehr möglich, als Engels am Vorabend seines Todes sein Vorwort zu Marx' »Klassenkämpfe in Frankreich« schrieb. Und Engels stellt denn auch dort fest, daß das allgemeine Wahlrecht »noch viel mehr getan« hat. Er schildert, mit wie großem Erfolg für die sozialistische Propaganda es von der Sozialdemokratie ausgenutzt worden sei, und fährt dann fort:

Mit dieser erfolgreichen Benutzung des allgemeinen Stimmrechts war aber eine ganz neue Kampfweise des Proletariats in Wirksamkeit getreten, und diese bildete sich rasch weiter aus. Man fand, daß die Staatseinrichtungen, in denen die Herrschaft der Bourgeoisie sich organisiert, noch weitere Handhaben bieten, vermittels deren die Arbeiterklasse diese selben Staatseinrichtungen bekämpfen kann. Man beteiligte sich an den Wahlen für Einzellandtage, Gemeinderäte, Gewerbegerichte, man machte der Bourgeoisie jeden Posten streitig, bei dessen Besetzung ein genügender Teil des Proletariats mitsprach.

Aber auch das ist noch nicht das Bild, das wir heute vor uns sehen. Nicht zur Bekämpfung jener Staatseinrichtungen wird das allgemeine Wahlrecht nun ausgenutzt, sondern zum Eindringen in sie und zur Erkämpfung von Änderungen an ihnen, die sie den Interessen der Arbeiterklasse dienstbar machen sollen. Wiederum ein zweiseitiger Prozeß; man paßt die Einrichtungen sich, damit aber auch bis zu einem gewissen Grade sich den Einrichtungen an.

Alles das kann jedoch nicht vor sich gehen, wo der Staat zentralistisch-bureaukratisch regiert wird. Demokratie in der Gemeinde wie im Staat, und Selbstverwaltung der demokratischen Gemeinden, Kreise und Provinzen ist nun unmittelbares Bedürfnis der Arbeiterklasse geworden. War es damit schon gegeben, daß man sich eingehender als vordem mit den Fragen der Demokratie beschäftigte, zu dieser in ein positiveres Verhältnis trat, so führte die innere Entwicklung der Arbeiterpartei selbst zum gleichen Resultat. Um sich in der geschilderten Weise nennenswert betätigen zu können, muß die Arbeiterpartei eine gewisse zahlenmäßige Größe haben und müssen ihre Mitglieder in zunehmender Zahl die Eigenschaften von Gesetzgebern und Verwaltern erwerben und bewähren. Ein wachsender Teil der Parteiarbeit entfällt auf die Ortsmitgliedschaften, und diese brauchen größere Bewegungsfreiheit, ein höheres Maß von Unabhängigkeit gegenüber der Zentralleitung, der obendrein die Aufgabe der Oberleitung der Ortsmitgliedschaften über den Kopf wachsen würde. Wo die Arbeiterpartei nicht von vornherein auf föderalistischer Grundlage aufgebaut worden war, wird daher die Umwandlung ihres Unterbaues in föderativer Richtung zur unabweisbaren Notwendigkeit. Die Geschichte des Organisationsstatuts der deutschen Sozialdemokratie ist lange Zeit durch das beengende staatliche Vereinsgesetz so stark beeinflußt worden, daß man sie nicht ohne weiteres als Beispiel für die aus eigenen Gesetzen der Bewegung sich vollziehende Entwicklung gelten lassen kann. Aber die Tendenz der Entwicklung von einer streng zentralistischen zu einer föderativen Demokratie zeigt sich auch bei ihr sehr klar. Jedesmal, wenn eine Schranke des Vereinsgesetzes fällt, wird sofort das Statut in der Richtung zum Föderalismus abgeändert, bis es heute den Parteikörper als einen Staat erscheinen läßt, bei dem gesetzgebende und vollziehende Zentralinstanz streng getrennt sind und die letztere über die örtlichen Verwaltungen nur noch eine streng abgegrenzte Überwachung ausübt.

Wie im Staate, so wird auch in der Partei der Arbeiter die Demokratie nicht als Herrschaftsform, sondern als *Organisation der Freiheit* aufgefaßt und zu verwirklichen versucht. Die Freiheitsforderungen, welche die Arbeiterbewegung aus den vom bürgerlichen Liberalismus übernommenen Grundforderungen der Menschenrechte — Recht des Menschen auf seine Persönlichkeit, Gleichheit vor dem Gesetz usw. — ableitete, werden nunmehr zu organischen Bestandteilen der Demokratie, wie die Arbeiterparteien sie unmittelbar bei sich und im Staat zu verwirklichen suchen.

* * *

Es war das nicht immer so. Zwar ist die Verwirklichung des höchsten Grades möglicher Freiheit des Menschen das Ziel alles echten Sozialismus. Aber der Weg zu diesem Ziel wird, wie wir gesehen haben, auch hinsichtlich dieser Frage verschieden begriffen. Der konspirativ-revolutionäre Sozialismus, dessen nächstes Ziel die Eroberung des Staates durch Gewalt ist, ist schon deshalb gegen die staatsbürgerlichen Freiheiten ziemlich gleichgültig. Aber ich erinnere mich noch sehr gut, wie in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts auch deutsche Sozialdemokraten von mehr als Durchschnittsintelligenz sich sehr geringschätzig über alle, den Tagesgebrauch der Arbeiterbewegung überschreitenden Freiheitsforderungen äußerten. Solche Frei-

heitsforderungen waren in ihren Augen »Liberalismus«, der selbst wieder als politisch gleichbedeutend mit Bourgeoistendenzen aufgefaßt wurde. In den Reihen der Lassalleschen Sozialisten spielte dabei der Ausspruch Lassalles eine Rolle, daß der »nörgelnde Individualismus« eine spezifische und verwerfliche Eigenheit der Bourgeoisie sei. Und dieser Auslegung kam von der Seite der aufkommenden Gewerkschaften her die Erkenntnis entgegen von der Notwendigkeit der unbedingten Unterwerfung der Minderheiten unter Mehrheitsbeschlüsse im unmittelbaren Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit. Erst als die Erfahrung zeigte, daß ohne die Freiheit des »Nörgelns« ein gesundes Parteileben unmöglich sich entfalten könne, und daß die entwickelte Gewerkschaft den Absolutismus einfacher Mehrheitsbeschlüsse nicht vertrage, begriff man, daß hier Grenzfragen liegen, die mit so simplistischen Deutungen nicht zu lösen sind. Man erkannte, daß im Gegenteil das Problem der Demokratie in rechtlicher Hinsicht gerade darin besteht, ihren Grundgedanken, die Entscheidung durch Mehrheitsbeschlüsse gleichberechtigter Bürger des Gemeinwesens mit den Grundforderungen der persönlichen Freiheit in Einklang zu bringen.

Die Entwicklung der Demokratie in der Neuzeit kann nicht Aufhebung der Entscheidung gemäß Mehrheitsbeschluß heißen. Denn dann würde sie entweder auf Schaffung neuer Herrschaft von Minderheiten oder auf Anarchie im Sinne von Auflösung hinauslaufen. Sie heißt aber Begrenzung des Rahmens der Mehrheitsherrschaft, Regelung ihrer Formen in Übereinstimmung mit den Rechten der freien Persönlichkeit, Schaffung der materiellen und rechtlichen Voraussetzungen gründlicher, in unbegrenzter Freiheit sich vollziehender Beratung der zu entscheidenden Fragen, Festlegung von Bestimmungen, wonach Änderungen, die tief in das Gesellschaftsleben eingreifen, nicht durch einfachen Mehrheitsbeschluß und in Übereile zum Gesetz erhoben werden dürfen. Ohne diese Vorbedingungen wäre die Mehrheitsherrschaft allerdings, wie Castille schrieb, Despotie der Zahl. Das hat die Geschichte an unzähligen Beispielen bewiesen. Um so schwerer wird man dagegen Beispiele dafür finden, daß die Ergebnisse dieser Art Mehrheitsherrschaft, um auf die Wendungen Castilles zurückzugreifen, der sozialen Vernunft nahe kamen.

Die Entscheidung durch Mehrheitsbeschluß ist nur dadurch untrennbar mit der Demokratie verbunden, weil jede andere Entscheidung dem Grundgedanken dieser widersprechen würde, der in dem modernen Staatswesen Gleichheit der Rechte, Abwesenheit aller Vorrechte heißt. Sie macht aber nicht das Wesen der Demokratie aus, wie diese heute zu verstehen ist. Wesentlich für die Demokratie in der Gegenwart ist die Selbstbestimmung bei gleichem Recht und freiem Wort. Jede Beeinträchtigung des freien Wortes ist Beeinträchtigung der Demokratie.

Demokratie heißt ferner nicht Verschwinden jedes Unterdrückens. Die Demokratie der Gegenwart hat sehr vieles zu unterdrücken. Aber sie heißt Verschwinden jeder Unterwerfung von Personen und Gruppen unter den Willen anderer, die nicht Unterwerfung unter das für alle gleichmäßig geltende und durch freie Abstimmung von Gleichen zustande gekommene Gesetz oder diesem entsprechende Beschlüsse ist. Sie ist daher auch unvereinbar mit der Beherrschung eines Volkes durch ein anderes. Solange eine Nation anderen Nationen, die Selbständigkeit erstreben, oder erhebliche Volksteile,

die sich anderen Nationen zugehörig fühlen und mit diesen vereint sein wollen, gewaltsam an sich kettet, wird sie es niemals dazu bringen, eine wahrhafte Demokratie auszubilden. Ob sie ein Klassenwahlsystem oder das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht bei sich einführt, macht unter diesem Gesichtspunkt keinen großen Unterschied. Der Geist ihrer Politik wird dann immer imperialistische Züge tragen. »Ich habe lange geglaubt,« schreibt Karl Marx am 10. Dezember 1869 an Friedrich Engels, »es sei möglich, das irische Regime (die Beherrschung Irlands durch England) durch den Einfluß der englischen Arbeiterklasse zu stürzen. Ich habe stets diese Ansicht in der New York Tribüne vertreten. Tieferes Studium hat mich nun vom Gegenteil überzeugt. Die englische Arbeiterklasse wird nie etwas ausrichten, bevor sie nicht Irland losgeworden ist.« (Briefwechsel, 4. Band, S. 225, 226.) Die irische Frage hat durch die Aufnahme der Homerulebewegung von seiten der Irländer und die großen irischen Agrarreformen inzwischen ein etwas anderes Gesicht bekommen. Aber in der Grundidee ist es das alte Verhältnis geblieben. Solange den Irländern Homerule vorenthalten bleibt, trifft auch für die Arbeiterklasse Englands das Wort: home rule blockes the Way — die Homerulefrage verlegt den Weg. Nämlich den Weg zur vollen Demokratisierung der englischen Politik. Die englischen Sozialdemokraten haben sich denn auch nie durch solche Schlagworte wie nationale Unversehrtheit des britischen Reiches davon abhalten lassen, die revolutionären Bewegungen der Irländer für die Erkämpfung der Selbständigkeit ihres Landes zu unterstützen.

Hinter den Schlagworten, mit denen man die auf Gewalt gestützte Herrschaft einer Nation über andere Nationen als das Lebensinteresse der ersteren zu begründen sucht, wird eine nähere Prüfung stets das Interesse bestimmter bevorrechteter Klassen oder Kasten entdecken. Ein Volk als Ganzes hat nie einen Vorteil davon, daß es ein anderes Volk im Joch hält. »Selbst unser Imperium, auf den ersten Blick das prosperierendste, das die Welt gekannt hat,« schreibt der demokratische englische Soziologe John A. Hobson in einem höchst lesenswerten Aufsatz über die Politik der offenen Tür, »würde bei vollständiger Aufstellung seiner Soll- und Haben-Rechnung sich aller Wahrscheinlichkeit nach als kein profitables Geschäft herausstellen.« Nur für bestimmte finanzielle, kommerzielle und industrielle Interessen im Schoße der Nation sei die imperialistische Politik ein gutes Geschäft. Ihre militärischen und politischen K o s t e n aber »fallen auf die Nation als ein Ganzes«.[2] Auf die Nation als ein Ganzes entfallen aber auch die seelischen Rückwirkungen imperialistischer Gewaltpolitik.

Demokratie heißt also nicht schlechthin Herrschaft der Massen. Sie heißt vielmehr Selbstregierung des Volkes unter Bedingungen und in Formen, die jede Klassenherrschaft und jeden von einer Volksschicht über eine andere ausgeübten Willenszwang ausschließen. Sie heißt nicht Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit, sondern Sicherung der Mehrheit gegen Beherrschung durch Minderheiten. Sie ist nur dort vorhanden, wo den Minderheiten die freie Entfaltung gesichert ist, die es ihnen möglich macht, selbst

[2] John A. Hobson, Artikel »The open Door« in der Sammelschrift »Tewards a lasting settlement«, herausgegeben von Charles Roden Buxton. London 1915, George Allen, Unwin limited.

Mehrheit zu werden. Dauernde Herrschaft einer Gesellschaftsschicht über andere ist ohne Korruption der ersteren undenkbar. Gesundes demokratisches Leben braucht einen Wechsel der Mehrheiten in ihrer Zusammensetzung. Es ist daher ohne ein weitgehendes politisches Recht der Minderheiten undenkbar.

Der Außenhandel der Vereinigten Staaten 1914/15.

Von -etz-

Die Beschäftigung mit den Ergebnissen des Außenhandels besonders der neutralen Staaten läßt sich gerade im Kriege nicht allein durch das wissenschaftliche Interesse rechtfertigen. In erster Linie ist es die politische Ausmünzung, die diese Ergebnisse jetzt oft erfahren, die es notwendig macht, sich mit ihnen zu befassen. Das gilt in besonderem Maße von dem Außenhandel der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Die Grundlage solcher Beschäftigung sollte immer ein durchaus einwandfreies Zahlenmaterial sein. Zutreffende politische Schlüsse sind nur auf solcher Grundlage möglich. Und auch unsere Wissenschaft von den wirtschaftlichen Kriegswirkungen kann nur dann wirklich bereichert werden. Es ist deshalb sehr dankenswert, daß im dritten Heft der von Professor Harms herausgegebenen »Kriegswirtschaftlichen Untersuchungen aus dem Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel«[1] das Zahlenmaterial über den Außenhandel des wichtigsten neutralen Staates im ersten Kriegsjahr (das Fiskaljahr geht in den Vereinigten Staaten vom 1. Juli bis 30. Juni und fällt also beinahe mit dem Kriegsjahr zusammen) in einwandfreier Weise der weiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist. Auf diese Veröffentlichung, die fast nur das reine Zahlenmaterial gibt, stützen sich die nachstehenden Ausführungen und Zahlenangaben.

1. Der Gesamtaußenhandel.

Ich gebe zunächst eine Zusammenstellung der Gesamtzahlen des Ausfuhr- und Einfuhrhandels, um dann diese »Generalzahlen« zu zerlegen und zu zergliedern. Es betrug (Wert in Dollar):

	1913/14	1914/15	Gegen 1913/14 + oder —	
			absolut	in Prozent
Gesamtausfuhr . . .	2364579148	2768589340	+ 404010192	+ 17,1
Gesamteinfuhr . . .	1893925657	1674169740	— 219755917	— 11,6
Ausfuhrüberschuß . .	470653491	1094419600	+ 623766109	+132,5

Während also die Einfuhr um 11,6 Prozent zurückgegangen ist, ist der Wert der Ausfuhr um 17,1 Prozent gestiegen. Der Ausfuhrüberschuß hat sich infolgedessen mehr als verdoppelt: er erhöhte sich um 132,5 Prozent und betrug 1914/15 65,4 Prozent der ganzen Einfuhr (1913/14 nur 24,9 Prozent).

2. Die Struktur.

Diese Gesamtzahlen sind nun zunächst nach fünf verschiedenen Warengruppen zerlegt. Sie umfassen: 1. Rohmaterial für die Industrie, 2. Nahrungs-

[1] Ludwig W. Schmidt (New York), Die Entwicklung der Außenhandelsbeziehungen der Vereinigten Staaten von Amerika während des ersten Kriegsjahres 1914/15, Jena 1915. Der Verfasser bemerkt einleitend: Das statistische Material dieser Abhandlung ist dem monatlich erscheinenden „Monthly Summary of the Foreign Commerce of the United States, Series 1914—1915“ entnommen.

mittel im Rohzustand und Tiere, 3. Nahrungsmittel, teils oder ganz bearbeitet, 4. halbfertige Fabrikate, 5. ganzfertige Fabrikate. Die Verteilung auf diese fünf Warengruppen ergibt folgendes Bild (Angaben in 1000 Dollar):

	1913/14	1914/15	Gegen 1913/14 + oder — absolut	Gegen 1913/14 + oder — in Proz.
Einfuhr:				
Rohmaterial für die Industrie . . .	632865,9	575143,1	— 57722,8	— 9,1
Nahrungsmittel im Rohzustand u. Tiere	247947,6	223787,2	— 24160,4	— 9,7
Nahrungsmittel, teils od. ganz bearb.	227644,3	248970,3	+ 21326	+ 9,4
Halbfertige Fabrikate	319275,5	237946,3	— 81329,2	— 25,5
Ganzfertige Fabrikate	449318,2	336263,5	—113054,7	— 25,2
Ausfuhr:				
Rohmaterial für die Industrie . . .	792716,1	509436,3	—283279,8	— 35,7
Nahrungsmittel im Rohzustand u. Tiere	137495,1	507064,6	+369569,5	+268,8
Nahrungsmittel, teils od. ganz bearb.	293218,3	452767,7	+159549,4	+ 54,4
Halbfertige Fabrikate	374224,2	357459,3	— 16764,9	— 4,5
Ganzfertige Fabrikate	724908	808634,4	+ 83726,4	+ 11,5

Von dem oben festgestellten Rückgang der Einfuhr und der Zunahme der Ausfuhr sind, wie die vorstehende Zusammenstellung zeigt, nicht alle Warengattungen und vor allem nicht in gleicher Weise betroffen worden. Während zum Beispiel die Einfuhr von Rohmaterial und Nahrungsmitteln im Rohzustand nur um fast ein Zehntel zurückgegangen ist, beträgt dieser Rückgang in der Einfuhr von Halb- und Ganzfabrikaten stark ein Viertel. Dagegen ist die Einfuhr »bearbeiteter« Nahrungsmittel um fast 10 Prozent gestiegen. Noch stärker sind die Unterschiede unter den einzelnen Gruppen der Ausfuhr. Einem Rückgang der Ausfuhr von Rohmaterial um 35,7 Prozent und der Ausfuhr von Halbfabrikaten um 4,5 Prozent steht eine Steigerung der Ausfuhr von Nahrungsmitteln im Rohzustand und Tieren um nicht weniger als 268,8 Prozent, der Ausfuhr von »bearbeiteten« Nahrungsmitteln um 54,4 Prozent und der Ausfuhr von Ganzfabrikaten um 11,5 Prozent gegenüber.

Ein noch klareres Bild der in den angeführten Zahlen liegenden Veränderungen und Verschiebungen in der Zusammensetzung der Einfuhr und Ausfuhr ergibt sich, wenn man die einzelnen Posten der Einfuhr und Ausfuhr zueinander entsprechend in Verhältnis bringt. Dann erkennt man folgendes Bild der Struktur des Außenhandels. Der Anteil der einzelnen Warengruppen betrug:

	Einfuhr 1913/14	Einfuhr 1914/15	Ausfuhr 1913/14	Ausfuhr 1914/15
Rohmaterial für die Industrie	33,7	35,5	34,2	19,3
Nahrungsmittel im Rohzustand und Tiere .	13,2	13,8	5,9	19,2
Nahrungsmittel, teils oder ganz bearbeitet .	12,1	15,3	12,6	17,2
Halbfertige Fabrikate	17	14,7	16,1	13,6
Ganzfertige Fabrikate	24	20,7	31,2	30,7

Die Verschiebung in den Anteilen der einzelnen Warengruppen ist vor allem in der Ausfuhr sehr bedeutend. Zusammenfassend kann man darüber sagen: die Ausfuhr von Lebensmitteln ist im Kriegsjahr dem Werte nach[2] sehr bedeutend ge-

[2] G. E., der seinerzeit in der Neuen Zeit (Jahrgang 1914/15, 1. Band, S. 761) die Zahlen für die ersten vier Kriegsmonate mitteilte, bemerkte dazu: »Die allgemeine Teuerung sowohl in den kriegführenden als in den neutralen Staaten bewirkt, daß die Preise rascher gestiegen sind als die Warenmengen, eine Tatsache,

stiegen, dagegen ist die Ausfuhr von ganzfertigen Fabrikaten im ersten Kriegsjahr nur geringfügig vermehrt worden, in weit geringerem Verhältnis als die Gesamtausfuhr. Andererseits ist die Ausfuhr von Rohmaterial für die Industrie bedeutend zurückgegangen.

Die wichtigsten Einfuhrwaren erreichten folgende Werte (in 1000 Dollar):

Waren, deren Einfuhrwert gestiegen ist:

	1913/14	1914/15
Zucker	101649,4	173992
Kautschuk	71219,9	83030,2
Rinderhäute	52181,9	61177,8
Wolle	30681,8	52008,5
Kakao	20797,8	22893,2

Waren, deren Einfuhrwert gefallen ist:

	1913/14	1914/15
Kaffee	110725,4	106765,6
Seide	97828,2	80531,8
Spielzeuge	90840,2	8085,4
Sackleinen	42421	27791,9
Kupfer	40624,6	20358,2
Tabak	35029,7	27156,7
Baumwollspitzen	33865,8	20800,3
Schuhe	25087,2	20171,2
Kalbshäute	23382	10718,8
Ziegenfelle	22191,3	16189,5

Unter diesen Waren ragen durch sehr starke Veränderungen besonders hervor: in der ersten Gruppe Zucker und Wolle, in der zweiten Gruppe Spielzeuge und Kupfer. Von anderen wichtigen Einfuhrwaren haben Wertsteigerungen erzielt: Baumwolle, frisches Fleisch und Tee. Wertverminderungen haben erfahren: Rindvieh, Kupfererz, Baumwollenstoffe, Ton- und Porzellanwaren,[3] Leinwand, Schaffelle, Molkereiprodukte, Seidenwaren und Wollenstoffe.

Die wichtigsten Ausfuhrwaren erreichten folgende Werte (in 1000 Dollar):

Waren, deren Ausfuhrwert gestiegen ist:

	1913/14	1914/15
Fleisch und Molkereiprodukte	146227,8	220653
Weizen	87953,5	333552,2
Weizenmehl	54454,2	94869,3
Leder und gegerbte Häute	36668,9	65229,1
Obst, Früchte und Nüsse	31850,4	34933,1
Schmieröl	27853	28499,8
Chemikalien	27079,1	46381
Pferde	3388,8	64046,5
Hafer	757,5	57480
Mais	7008	39339,1
Transportautomobile	1181,6	39140,7
Werkzeugmaschinen	14611,4	28163
Pflanzenöle	16251,5	25831,7
Zucker	1840	25615

---

die bei der Beurteilung der Aus- und Einfuhrzahlen überhaupt nicht außer acht gelassen werden darf. Die Warenmengen können sogar zurückgegangen sein, während die Gesamtpreise stiegen.«

[3] Schmidt sagt hierzu (a. a. O., S. 7): »Man hatte in dieser Warengruppe eine starke Zunahme der Einfuhr japanischer Porzellan- und Tonwaren zum Ersatz der ausbleibenden deutschen Lieferung erwartet, sie ist aber nicht eingetroffen.«

Waren, deren Ausfuhrwert gefallen ist:

	1913/14	1914/15
Baumwolle	610475,3	376218
Kupfer	144895,5	96238,8
Ungereinigtes Mineralöl	74500,2	53607,1
Kohle	58921	55906,1
Holzplanken	57574,5	25121,6
Tabak	53963,7	44493,8
Landwirtschaftliche Maschinen	31965,8	10305
Baumwollenstoffe	28844,6	28682,5
Personenautomobile	25393	21114
Elektrizitätsmaschinen	25060,8	19771,8
Gasolin	21699,5	17603,3

Starke Veränderungen der Wertsumme haben von diesen Waren die folgenden erfahren: in der ersten Gruppe fast sämtliche, in der zweiten Gruppe Baumwolle, Kupfer, Mineralöl, Holzplanken und landwirtschaftliche Maschinen. Von anderen wichtigen Ausfuhrwaren haben Wertsteigerungen erzielt: Maultiere, Eisen in Barren usw., Nickel, Gerste, Roggen, baumwollene Wirkwaren, Männerschuhe und Geschirre und Sättel. Wertverminderungen haben erfahren: Werkzeuge und Pelze und Pelzwaren.

Auf Kriegsbedarf[4] sind außer der starken Steigerung der Ausfuhr von Lebensmitteln die Steigerungen der Wertsummen folgender Waren zurückzuführen: Leder und gegerbte Häute, Pferde, Transportautomobile, Werkzeugmaschinen, Maultiere, Männerschuhe, Geschirre und Sättel, Messing, Flugzeuge, Instrumente, Draht, Stacheldraht und Waffen und Munition.

Die Ausfuhr von Waffen und Munition steigerte sich wie folgt (Wert in 1000 Dollar):

	1913/14	1914/15
Feuerwaffen	3442,3	9474,9
Patronen	3521,5	17714,2
Dynamit	1587,2	924,1
Pulver	247,2	5091,5
Explosivstoffe insgesamt[5]	6272,2	41476,2

Zu der Verteilung der Wertmengen des Außenhandels auf die einzelnen Monate ist zu bemerken: Die Einfuhr von Rohmaterial war im Juli, Oktober und Juni höher, in den übrigen Monaten niedriger als im Vorjahr. (Tiefstand im Dezember, Höchststand im April.) Die Einfuhr von Nahrungsmitteln im Rohzustand und von Tieren war im Juli-August und im April höher, in den übrigen Monaten niedriger als im Vorjahr. (Tiefstand im Mai, Höchststand im April.) Die Einfuhr bearbeiteter Nahrungsmittel war

[4] Schmidt weist (a. a. O., S. 9) auf die ursprünglichen Gründe für die amerikanischen Kriegslieferungen hin. Er schreibt: »Als der Krieg ausbrach, zeigte sich im Verhältnis Amerikas zu Europa ein schweres Defizit auf seiten des ersteren, ganz besonders hervorgerufen durch die Verschuldung an England. Der plötzliche Zusammenbruch aller Lieferungsmöglichkeiten machte es außerordentlich schwierig, dieses Defizit auf dem üblichen Wege auszugleichen, und die englische Regierung, die sich selber um Geld gedrängt sah, schien zunächst keine Neigung zu zeigen, dieses Defizit anders als durch die Zahlung baren Geldes ausgleichen lassen zu wollen. Bei den eigentümlichen Wirtschaftsverhältnissen der Vereinigten Staaten war ein solcher Schritt jedoch absolut unmöglich, und die Regierung sah sich durch den Druck der öffentlichen Meinung gezwungen, andere Schritte vorzuschlagen.« Der Ausweg, der aus dem Dilemma schließlich herausführte: das waren die »Kriegslieferungen«.

[5] Wie diese Zahlen ermittelt sind und wie sie sich zusammensetzen, wird von Schmidt nicht mitgeteilt.

nur im November-Dezember niedriger, in allen anderen Monaten höher als im Vorjahr. (Tiefstand im November, Höchststand im April.) Die Einfuhr von Halbfabrikaten war in allen Monaten niedriger als im Vorjahr. (Tiefstand im Dezember, Höchststand im Juli.) Die Einfuhr von Fertigfabrikaten war nur im Juli höher als im Vorjahr. (Tiefstand im Mai, Höchststand im Juli.) Die monatliche Entwicklung der Einfuhr bietet keine Anhaltspunkte für eine Prognose ihrer künftigen Gestaltung. Bei den Posten der Ausfuhr ist die Bewegung viel einheitlicher. Die Ausfuhr von Rohmaterial war von Juli bis Januar und im Juni niedriger, von Februar bis Mai höher als im Vorjahr. Nach dem Tiefstand im August stieg sie bis Februar unaufhaltsam und fiel dann ohne Unterbrechung wieder bis Juni. Die Ausfuhr von Nahrungsmitteln im Rohzustand und Tieren war in allen Monaten höher als im Vorjahr. Die Linie der monatlichen Entwicklung geht aber im Zickzack. (Tiefstand im Juni, Höchststand im April.) Die Ausfuhr von bearbeiteten Nahrungsmitteln war in den Monaten Juli-August niedriger, in der übrigen Zeit des Jahres höher als im Vorjahr. Nach dem Tiefstand im Juli stieg sie mit einer geringen Unterbrechung im November auf den Höchststand im März. Im Mai ist sie wieder gefallen und im Juni wieder gestiegen. Die Ausfuhr von Halbfabrikaten war in den ersten sechs Monaten niedriger, in den letzten sechs Monaten höher als im Vorjahr. Sie ist mit geringen Unterbrechungen vom August (Tiefstand) auf den Höchststand im Juni gelangt. Genau dieselbe Entwicklung nahm die Ausfuhr von Fertigwaren. Es ist also anzunehmen, daß die beiden Gruppen Halbfabrikate und Fertigfabrikate im zweiten Kriegsjahr steigende Bedeutung erlangen werden.

3. Die territoriale Differenzierung.

Von besonderem Interesse ist auch die territoriale Differenzierung des Außenhandels. Um dieselbe übersichtlicher zu gestalten, sind die Ein- und Ausfuhrländer zu sechs Gruppen zusammengefaßt worden. Diese umschließen: 1. Europa, 2. Nord- und Mittelamerika, 3. Südamerika, 4. Asien, 5. Australien, 6. Afrika. Auf diese Ländergruppen verteilt sich der Außenhandel wie folgt. Es betrug die Einfuhr bezw. Ausfuhr in 1000 Dollar:

	1913/14	1914/15	Gegen 1913/14 + oder —	
			absolut	in Proz.
Einfuhr:				
Europa	895602,9	614354,6	—281248,3	—31,4
Nord- und Mittelamerika	427399,4	473679,8	+ 46280,4	+10,8
Südamerika	222677,1	261489,6	+ 38812,5	+17,4
Asien	268952,5	247770,1	— 21182,4	— 8
Australien	42144,4	52522,6	+ 10378,2	+24,6
Afrika	19149,5	24953,1	+ 5803,6	+30,3
Ausfuhr:				
Europa	1486498,7	1971432,2	+484933,5	+33,4
Nord- und Mittelamerika	528645	477081,3	— 51563,7	— 9,8
Südamerika	124539,9	99324	— 25215,9	—20,2
Asien	113425,6	114467,5	+ 1041,9	+ 1
Australien	83568,4	77764,7	— 5803,7	— 7
Afrika	27901,5	28519,7	+ 618,2	+ 2,2

Eine entscheidende Veränderung hat der Handel der Vereinigten Staaten mit Europa erfahren. Während der Wert der Einfuhr aus Europa um 31,4 Prozent gefallen ist, ist die Ausfuhr nach Europa um 33,4 Prozent gestiegen. Im ganzen ist die Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach Europa mehr als dreimal so groß wie die Einfuhr aus Europa. Außer der europäischen ist auch noch die asiatische Einfuhr

nach den Vereinigten Staaten zurückgegangen (um 8 Prozent). Dagegen ist die Einfuhr aus Afrika um 30,3 Prozent, aus Australien um 24,6, aus Südamerika um 17,4 und aus Nord- und Mittelamerika um 10,8 Prozent gestiegen. Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten hat außer im Verkehr mit Europa auch noch im Verkehr mit Asien und Afrika zugenommen, abgenommen dagegen im Verkehr mit Südamerika, Nord- und Mittelamerika und Australien. Die Stärke der Abnahme der Ausfuhr nach Südamerika (20,2 Prozent) wirft auf das Gerede von der »Eroberung des südamerikanischen Marktes« ein bezeichnendes Licht. Einen Ausfuhrüberschuß haben die Vereinigten Staaten im Handel mit Europa, Nord- und Mittelamerika, Australien und Afrika. Einen Einfuhrüberschuß haben Südamerika und Asien.

Die oben besprochenen starken Veränderungen kommen natürlich auch in dem prozentualen Verhältnis der Handelswerte der einzelnen Ländergruppen zueinander zum Ausdruck. Die folgende Tabelle gibt darüber Aufschluß. An der Ein- und Ausfuhr der Vereinigten Staaten waren beteiligt mit:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1913/14 Prozent	1914/15 Prozent	1913/14 Prozent	1914/15 Prozent
Europa	47,8	36,7	62,8	71,2
Nord- und Mittelamerika	22,8	28,3	22,4	17,2
Südamerika	11,8	15,6	5,3	3,6
Asien	14,3	14,8	5	4,1
Australien	2,3	3,1	3,4	2,8
Afrika	1	1,5	1,1	1,1

Auch innerhalb der einzelnen Ländergruppen sind große Verschiebungen eingetreten. In der Einfuhr nach den Vereinigten Staaten haben, abgesehen von kleineren Lieferanten, Kuba, Argentinien, China, Chile und die Philippinen ein Plus erzielen können. (Kuba erhöhte seine Einfuhr nach den Vereinigten Staaten von 131,3 auf 185,7 Millionen Dollar, Argentinien von 4,5 auf 73,8 Millionen Dollar.) Kanada, Brasilien, Japan, Italien und andere hielten ihre Einfuhr ungefähr auf dem alten Stand. Dagegen haben die stärksten Einbußen außer Mexiko und Indien die kriegführenden europäischen Staaten erlitten. Es bewertete sich die Einfuhr auf (Angaben in 1000 Dollar):

	1913/14	1914/15
Aus England	293661,3	256351,7
- Deutschland	189919,1	91372,7
- Frankreich	141446,3	77158,7
- Belgien	41025,5	10222,9
- Österreich-Ungarn	20110,8	9794,4
- Europäisches Rußland	20831,2	2512,4

Verhältnismäßig am stärksten ist die Einfuhr aus dem Europäischen Rußland zurückgegangen. Dann folgt Belgien. Der Einfuhrhandel aus Österreich-Ungarn, Frankreich und Deutschland hat ungefähr in gleichem Maße gelitten. Am wenigsten der englische.

An der Steigerung der Ausfuhr nach Europa sind fast alle europäischen Staaten mit Ausnahme der Zentralmächte beteiligt. Besonders bemerkenswerte Veränderungen im Ausfuhrhandel nach außereuropäischen Ländern sind: Kanada Verminderung von 344,7 auf 300,7 Millionen Dollar, Argentinien Verminderung von 45,2 auf 32,5 Millionen Dollar, Chile Verminderung von 17,4 auf 11,4 Millionen Dollar, China Verminderung von 24,7 auf 16,4 Millionen Dollar, Asiatisches Rußland Erhöhung

von 1,2 auf 23,4 Millionen Dollar. (Hier macht sich offenbar der Umstand geltend, daß die sibirischen Bahnen heute fast der einzige offene Weg nach Rußland sind.) Die Ausfuhr nach den wichtigeren europäischen Ländern betrug (in 1000 Dollar):

	1913/14	1914/15
England	594271,9	911792,5
Frankreich	159818,9	369397,1
Niederlande	112215,7	143267
Italien	74235	184819,7
Dänemark	15670,1	79824,5
Schweden	14644,2	78273,8
Norwegen	9066,6	39074,7
Spanien	30387,6	38113
Europäisches Rußland	30088,6	37474,4
Griechenland	1123,5	23499,6
Deutschland	344794,3	28863,4
Belgien	61219,9	20662,3
Österreich-Ungarn	22718,3	1240,2

Die Verschiebungen sind ganz außerordentlich. Während Deutschland fast ganz ausgeschaltet ist, erhalten England und Frankreich und die neutralen Länder bedeutende Mehrmengen. Ob und welche Teile davon nach Deutschland gelangt sind, ist nicht bekannt.

Versuchen wir nun noch, aus der monatlichen Bewegung der Außenhandelsziffern Tendenzen der weiteren Entwicklung zu erkennen. Der Einfuhrhandel hat seinen Tiefstand im Dezember erreicht, von da ab ist er bis zum Ende des Rechnungsjahres fast ohne Unterbrechung den Ergebnissen des Vorjahres näher gerückt, im Juni hat er sie (außerdem auch im Juli und Oktober) sogar überschritten. An dieser Erholung ist Europa gar nicht beteiligt. Der Einfuhrhandel von dorther hat sich seit Dezember ungefähr auf gleicher Stufe gehalten. Dagegen sind alle anderen Ländergruppen an dem Aufstieg beteiligt, vergleichsweise am stärksten Südamerika. — Die monatlichen Nachweisungen über den Ausfuhrhandel zeigen ein anderes Bild. Der Ausfuhrhandel ist von August bis Februar ständig gestiegen, dann bis April auf dem Februarstand stehen geblieben und im Mai und Juni stark zurückgegangen. Der Ausfuhrhandel nach Europa gestaltete sich ähnlich: Steigen von August bis Februar, beharren bis März, dann allmähliches und ununterbrochenes Sinken der Werksumme. Die entgegengesetzte Bewegung zeigt der Ausfuhrhandel nach den außereuropäischen Erdteilen. So ist die Ausfuhr nach Nord- und Mittelamerika von dem Tiefstand im Januar bis zum Juni stark gestiegen, nach Südamerika von dem Tiefstand im November zunächst langsam und dann schneller höher geworden, nach Asien (unter dem Einfluß der Lieferungen an das Asiatische Rußland) sprunghaft höher und niedriger, gegen das Jahresende aber immer höher gewesen und nach Australien und Afrika langsam angestiegen.

Resümieren wir kurz: Der Rückgang der Ausfuhr nach Europa in den letzten Monaten war bedingt durch den geringeren europäischen Bedarf an Nahrungsmitteln. An der gleichzeitigen Ausfuhrsteigerung von Halb- und Fertigfabrikaten sind nicht nur die europäischen Kriegslieferungen, sondern auch die Friedensbedürfnisse vor allem der außereuropäischen Neutralen beteiligt. Da sich die Vereinigten Staaten der Befriedigung der Bedürfnisse der außereuropäischen Länder (wie oben gezeigt) allmählich wieder stärker angenommen haben, wird im zweiten Kriegsjahr der Anteil der Fertigfabrikate an der Gesamtausfuhr höher sein. Wahrscheinlich wird auch der Anteil der außereuropäischen Ländergruppen an der Ausfuhr erheblich steigen und wieder den alten Stand erreichen. Eine ernstliche Bedrohung der europäischen Handelsinteressen ist aber nicht zu erwarten.

Ostjudenfrage, Zionismus und Grenzschluß.

Von L. Rosenmann.

Große Schichten des Mittelstandes, der Kleinbürger wurden infolge der Handelsstockung, die gleich mit Ausbruch des Krieges einsetzte, infolge der kolossalen Lebensmittelteuerung proletarisiert, der Brotkorb wurde so hoch gehängt, daß viele, um ihn zu erreichen, in die Fabrik zur Arbeit mußten, viele zur Heimarbeit griffen. Die Kriegsindustrie und die Kriegslieferungen konnten diese ganze große Nachfrage nach Arbeit verhältnismäßig befriedigen, zumal die Männer im Felde standen und daher das Angebot ihrer Arbeit ausblieb. Dieser Prozeß vollzog sich in erster Reihe unter den Städtern, den Konsumenten, die die Handelsstockung und die Lebensmittelteuerung in erster Linie trafen. Die Arbeiterschaft hat also nach Beendigung des Krieges mit einem viel höheren Angebot von Arbeitskraft zu rechnen: einerseits die vermehrte Frauen- und Kinderarbeit, andererseits das Angebot von Arbeit seitens dieser proletarisierten Mittelstandsmassen. Zwar wird ein großer Prozentsatz dieser Deklassierten zurückstreben nach der früheren Gesellschaftsstufe, allein ein sehr großer Teil verbleibt für immer im Proletariat; wenn auch sehr viele die Arbeitsstätte in der Fabrik verlassen werden, so werden doch viele von ihnen sich der Heimarbeit zuwenden, was für die Arbeiterschaft eine sehr große Gefahr bedeutet. Dieser Proletarisierungsprozeß hat aber am meisten die Bevölkerung des Kriegsgebiets und hauptsächlich der Städte getroffen, Tausende und aber Tausende sind über Nacht allen Gutes beraubt, zu Bettlern und »Luftmenschen« geworden, wie man im Osten die Leute nennt, die von der Hand in den Mund leben; ich meine da die Bevölkerung Russisch-Polens wie auch Galiziens. Diese Leute, die in die niedrigste Gesellschaftsstufe hinabgestoßen wurden, suchen alle nach Arbeit und wollen alle auswandern; sie sind, weil sie früher der Arbeiterklasse nicht angehörten, von der Organisation nicht erfaßt, besitzen keine proletarische Psychologie und keinen proletarischen Instinkt und sind daher für die Arbeiterschaft eine sehr große Gefahr.

Ein besonders großes Kontingent von Auswanderern liefern die Juden Russisch-Polens, die während dieses Krieges besonders arg mitgenommen worden sind; die eigentlichen jüdischen Siedlungsgebiete sind vom Kriege heimgesucht worden, einigemal wälzten sich die Heere über Russisch-Polen hin und zurück, Hab und Gut der dort wohnenden Juden vernichtend, die außerdem politisch vom Zarismus verfolgt und den Anfeindungen anderer Nationen ausgesetzt waren. Die früher im Judentum so häufigen »Luftmenschen« haben einen beträchtlichen Zuwachs bekommen, und sie werden sich — um Arbeit zu finden — in größeren Auswanderungsströmen als früher nach dem Ausland ergießen, da ihnen das vom Kriege heimgesuchte und zertrümmerte Heimatland noch weniger wird Arbeit geben können als früher, und da ist die Gefahr für Deutschland und die deutsche Arbeiterschaft sehr groß.

Mit dieser Frage beschäftigen sich der Kaiserl. Geh. Regierungsrat Georg Fritz in seinem Büchlein »Ostjudenfrage, Zionismus und Grenzschluß«[1] und Paphnutius in seinen zwei Aufsätzen über die Judenfrage

[1] Kaiserl. Geh. Regierungsrat Georg Fritz, Ostjudenfrage, Zionismus und Grenzschluß, München 1915, J. F. Lehmanns Verlag.

nach dem Kriege.[2] Beide sehen die Auswanderungsströme der Ostjuden sich nach Deutschland als dem industriellen Staat ergießen und fordern, daß dem im Interesse Deutschlands vorgebeugt werde.

»Wir Deutsche haben an diesen zionistischen Bestrebungen lebendigen Anteil,« sagt Fritz im Kapitel »Grenzschluß«. »Amerika, Australien, England verschließen sich immer mehr dem ostjüdischen Wanderstrom, der nun unser Vaterland zu überschwemmen droht als eine gelbe Flut zwar anderer, aber nicht minder gefährlicher Art als die mongolische; bedenklich vor allem auch für unser innerlich fast überwundenes und eingeschmolzenes Deutschjudentum, dem es immer von neuem ‚Gettoluft' zuführt und damit alle Gegensätze neu belebt.«

»Den Juden«, schreibt wieder Paphnutius, »wird ihr Heimatland, in dem sie sich infolge ihrer Zusammendrängung gegenseitig behindern, bald zu eng sein. Sie werden in Scharen auswandern, aber nicht nach dem wenig entwickelten, vom Kriege ausgesogenen und ihnen wahrscheinlich noch immer verschlossenen Osten, sondern zu uns.«

In der Tat ist mit einer großen Auswanderung der Ostjuden nach Deutschland zu rechnen. Um so mehr, als im amerikanischen Repräsentantenhaus am 5. Februar 1914 ein Gesetz angenommen wurde, das sich speziell gegen die russischen Juden wendet, das Gesetz über die Bildungsprüfung der Einwanderer, das Einwanderungsverbot für die Analphabeten.[3] Nun rekrutieren sich ja die jüdischen Auswanderer Rußlands aus den gesellschaftlich niedrigststehenden Schichten, die des Lesens und Schreibens in lateinischer oder russischer Schrift unkundig sind. Zwar wurde dieses Gesetz vom Senat noch nicht angenommen, da die Großkapitalisten, die gegen dieses Gesetz sind, großen Einfluß ausüben und diese Einwanderer ihnen als billige Arbeitskraft nur lieb sind; aber die Zeit scheint nicht ferne zu sein, wo das Einwanderungsverbot Gesetz wird und die russischen Juden am empfindlichsten trifft. Die Gefahr der großen Auswanderung nach Deutschland ist also sehr groß. Diese Frage ist insbesondere für das deutsche Proletariat von eminenter Wichtigkeit.

Was aber soll mit diesen immensen elenden Massen geschehen?

»Glücklicherweise ist das Heilmittel vom Judentum selbst gefunden worden,« sagt Paphnutius, »und das ist der Zionismus, das letzte und merkwürdige Glied in dem großen Aufschwung der nationalen Bewegungen in Europa. Wir sind geneigt, die Kraft dieser ebenso praktischen wie idealen Bewegung zu unterschätzen, weil wir sie nach den Vorgängen im deutschen Judentum beurteilen. Aber bei uns fehlt dem Zionismus zur Verfolgung seines vornehmsten Zieles die Grundlage, *ein breites jüdisches Proletariat*.«[4]

Als ob das jüdische Proletariat der Träger des Zionismus wäre!

* * *

Der Antisemitismus hat den Zionismus gezeugt, der Antisemitismus als soziale Erscheinung, der seine Ursachen in den wirtschaftlichen Verhältnissen jener Länder hat, wo Juden mit Nichtjuden zusammenwohnen. Er ist der Ausfluß der zunehmenden Umwandlung der Volkswirtschaft in eine kapitalistische, des gesteigerten Konkurrenzkampfes zwischen dem aufblühenden Kapital und dem verdrängten Kleinbürgertum. Mit der Industrialisie-

[2] Paphnutius, Die Judenfrage nach dem Kriege, Die Grenzboten Nr. 39.

[3] Siehe hierzu Paul Kampffmeyer: Die internationalen Verbindungen der Gewerkschaften, Sozialistische Monatshefte, 21. Jahrgang, 3. Band, 23. Heft.

[4] Vom Autor des Artikels unterstrichen.

rung und Kapitalisierung der Volkswirtschaft wird das Kleinbürgertum aufgesaugt, dasselbe sträubt sich dagegen, will seinen Platz behaupten, aber wie? Dadurch, daß es diesen notwendigen geschichtlichen Prozeß von sich auf das Kleinbürgertum einer anderen Konfession oder Nation zu überwälzen sucht; das Arbeitsfeld der Kleinkrämer und Kleinbürger verengt sich, und da muß ein Teil dieser Klasse das Feld räumen, um dem anderen für eine gewisse Zeitspanne das Leben zu ermöglichen, bis auch der unter den Mühlstein des geschichtlichen Prozesses gerät.

So entwickelte sich der Kampf zwischen dem jüdischen und dem nichtjüdischen Kleinbürgertum. Die Juden, sagt der Antisemitismus, und nicht die wirtschaftlichen Verhältnisse sind schuld daran, daß der nichtjüdische Kleinbürger und späterhin auch der nichtjüdische Zwergbauer verkümmern, darum weg mit den Juden! Ihnen entgegnet der Zionismus, die Christen, die den Juden als Juden verdrängen wollen, sind schuld an diesem unermeßlichen Elend der Juden, daher weg — wennschon nicht mit den Christen, das wäre zu absurd —, so doch von den Christen, in ein eigenes Land, in den Judenstaat. Sowohl der Antisemitismus wie auch der Zionismus waren und sind die Ideologien des Kleinbürgertums, das dem geschichtlich notwendigen Prozeß entrinnen und auf diese Weise die Geschichte verfälschen und beschwindeln will. Wie es in solchen Fällen fast immer geschieht, mußten höhere Ideen herhalten, man berief sich auf das Christentum und die Rassentheorien, auf die Nation und deren Bestimmung. Der Zionismus war aber und blieb die Ideologie des jüdischen Kleinbürgers und hat weder in der jüdischen Kapitalistenklasse und Intelligenz noch in der jüdischen Arbeitermasse, im Proletariat fester Wurzel gefaßt.

Unterstützt wurde diese Ideologie vom Zarismus — auch in Rumänien — durch die von ihm betriebene Politik, die die Juden zum Verhetzungsinstrument der übrigen Nationen machte und die Juden als die allein Schuldigen brandmarkte. Auf diese Weise wollte die zarische Regierung die Schuld von sich abwälzen und die Aufmerksamkeit der Massen vom wirklichen Übel ablenken. So kamen die planvoll von oben inszenierten Massaker und Pogrome und die vom Zarismus finanzierten »Schwarzhundert«-organisationen, insbesondere nach der blutigen Niederringung der Revolution, wo jede Hoffnung auf die Beseitigung des Zarismus schwand. Das tägliche Leben beweise es ja, daß ein Zusammenleben der Juden mit den Nichtjuden unmöglich ist, darum das Auskunftsmittel die Separierung der Juden in einem besonderen Judenstaat.

Was lag da näher als das Zurückgreifen auf den einmal bestandenen Judenstaat in Palästina? Das stark bei den Juden entwickelte religiöse Gefühl [5] wurde ausgespielt, es handelt sich ja um ein Land, wo früher einmal der heilige Gottestempel stand, wo das Grab der Mutter Rahel sich befindet, also zurück nach dem heiligen Zion! Die schauderhaften Judenverfolgungen während dieses Krieges, diese unmenschlichen, an den Juden in Massen verübten Greueltaten und Metzeleien, der vollständige Ruin des jüdischen Kleinbürgertums haben diese Ideologie aufs neue unterstützt, der jüdische Kleinbürger ist in Gefahr, er muß gerettet werden! Also zurück nach Jerusalem, zurück!

---

[5] Siehe darüber Karl Kautsky, Der Ursprung des Christentums, und Max Adler, Karl Kautskys »Urchristentum«, »Kampf« 1908/09, 2. Band, S. 176.

Dieses Lied intonieren auch Fritz und Paphnutius.

»Voraussetzung einer selbständigen Entwicklung ist allerdings,« schreibt Fritz, »daß das Judentum in dem erweiterten Palästina nicht etwa wie seither in der Zerstreuung sich auf einzelne Erwerbsarten zweiter Ordnung, auf Händler- und Maklertum und auf die geschäftliche Ausbeutung wissenschaftlicher Berufe beschränkt, sondern daß es in einem auch wirtschaftlich ausgeglichenen Gemeinwesen alle Stufen, vor allem auch die landwirtschaftliche und gewerbliche Gütererzeugung selbst ausfüllt. Denn nur aus der zeugenden Arbeit, aus dem schaffenden Werben um die Gaben der Scholle erwächst Bodenständigkeit und Vaterlandsliebe. Das ,völkische' Bewußtsein bedarf der Ergänzung durch die Heimatliebe, um zum ,nationalen', staatsbürgerlichen zu werden, und nur auf dem Wurzelboden einer Heimat kann Volkstum und Kultur gedeihen. Als Händlerschicht auf einem fremden, landwirtschaftenden Stamme sitzend, würde das Judentum auch im eigenen ,Lande der Väter' landfremd bleiben wie seither, ein ruheloser Ahasver, innerlich zerrissen und haltlos. Ein solches Staatswesen hätte so wenig Bestand wie das der Karthager, und so wenig wie bei diesen könnte sich eine eigene, dauernde Kultur entfalten. Wiederum würden sie in die Fremde wandern usw.«

Trifft aber diese Voraussetzung zu? Die Zwangsmittel, die Fritz zur Verwirklichung dieser Voraussetzung vorschlägt, sind verfehlt, wie »Beschränkung der Freizügigkeit und der Berufswahl«. Den wirtschaftlichen Zuständen kann man keine Gewalt antun.

Skeptischer als Fritz ist Paphnutius.

In dem rein Herzlschen Sinne, als eine Rückkehr der Juden nach Palästina, wird sich der Zionismus allerdings nicht durchführen lassen, denn Palästina ist ein kleines und leidlich kultiviertes Land, dessen Boden in festen Händen ist. Außerdem nehmen die christlichen und mohammedanischen Völker so viel Interesse an diesem Fleckchen Erde, daß sie nicht den Juden werden Platz machen wollen. Hat die türkische Regierung doch bereits Gesetze zur Beschränkung der jüdischen Einwanderung erlassen. Palästina oder Jerusalem kann deshalb den Juden nicht mehr werden als ein kulturelles Zentrum, eine heilige Stätte wie Mekka. Ein Land, das eine Heimatstätte der Juden werden kann, muß möglichst brach und dünn bevölkert sein und doch auf hohe Fruchtbarkeit gebracht werden können, es muß groß genug sein, nicht nur das jüdische Proletariat Europas aufzunehmen, sondern auch für einige Generationen der natürlichen Volksvermehrung. Wenn es eine hinreichende Anziehung ausüben soll, so soll es auch den alten Wohnstätten der Juden nahe liegen und selbst mit ihren geschichtlichen Erinnerungen verknüpft sein. Ein Land erfüllt diese Bedingungen in geradezu idealer Weise: Mesopotamien.

»Auf biblische Erinnerungen kann man eine Industrie nicht begründen,« sagt Kautsky,[6] trotz der Nachbarschaft Mesopotamiens mit der Halbinsel Sinai, wo die Juden ihre Thora erhielten. Aber was ist mit dem jüdischen Bauernstand?

Man hat behauptet, es sei unmöglich, ein Volk, das durch Jahrtausende vom Handel gelebt habe, zur Scholle zurückzuführen, aber die zionistischen Kolonien in Palästina, in der Cyrenaika, in Amerika widerlegen diese Behauptung. In Galizien, wo die Juden durch Gesetze nicht eingeengt sind, aber dem russischen Zustand noch näher stehen, soll das Streben der kleinen jüdischen Händler vor allem auf Landbesitz gerichtet sein und soll der Kaftanjude hinter dem Pflug eine ganz gewohnte Erscheinung sein.

»Soll«! Der Kaftanjude hinter dem Pflug ist nicht nur keine gewohnte Erscheinung, sondern eine große Seltenheit. Ich zum Beispiel habe in Ga-

[6] Karl Kautsky, Rasse und Judentum, Ergänzungshefte zur Neuen Zeit, Nr. 20.

lizien gelebt, aber noch keinen zu sehen bekommen, und was das Streben der kleinen jüdischen Händler auf Landbesitz anbetrifft, so ist es kein Landhunger und Liebe zur Scholle, sondern die Jagd nach Profit, nach der Bodenrente, die in den letzten Jahrzehnten in Galizien gestiegen ist, und der kleine jüdische Händler kauft den Boden, um ihn gleich wieder weiterzuverkaufen. Die Parzellierungswut in Galizien! Was aber die Erfahrungen in den zionistischen Kolonien in Palästina anbetrifft, das kann man des näheren bei Nawratzki [7] nachlesen wie auch bei Kautsky.[8] Wie gedenken Fritz und Paphnutius die Auswanderung nach Palästina oder Mesopotamien zu lenken? Hat doch die Erfahrung gelehrt, daß alle diese Bestrebungen, mit großen Geldmitteln unterstützt, mißlungen sind, bringt doch allein Fritz genügend statistisches Material, welches das beweist. In der Zeit von 1881 bis 1908 sind 2 Millionen Juden aus Rußland, Österreich und Rumänien ausgewandert, von diesen aber 1 600 000 nach Amerika, fast 300 000 nach Westeuropa und nur 26 000 nach Palästina![9] Es ist begreiflich, daß sowohl Fritz wie Paphnutius der großen Einwanderung nach Deutschland vorbeugen wollen,[10] es geht aber nicht an, als Rettungsmittel Zionismus und Grenzschluß anzugeben, weil der Grenzschluß zwar leicht durchführbar und dekretierbar ist, der Zionismus aber oder der Mesopotamismus um so schwerer zu realisieren — das wirtschaftliche Leben kümmert sich um keine kleinbürgerlich-wirtschaftlichen und religiösen Träumereien, es muß das Übel bei der Wurzel gefaßt werden, und dieses Übel ist der Kapitalismus und seine Begleiterscheinungen.

* * *

Die Judenfrage kann nur in den Ländern gelöst werden, in denen die Juden wohnen; was das Schicksal der Ostjuden, insbesondere derjenigen Rußlands anbetrifft, so ist es davon abhängig, ob Russisch-Polen bei Deutschland und Österreich verbleiben wird oder ob es Rußland zurückbekommt. Es bleibt nur die eine Tatsache jedenfalls bestehen, daß der Zionismus die Lösung der Judenfrage nicht bringen wird, weil er sie nicht bringen kann. Das deutsche Proletariat hat ein Interesse daran, daß das Proletariat Rußlands und in demselben auch das jüdische sich kulturell und wirtschaftlich hebe. Der aus rassentheoretischen Gründen geforderte unbedingte Grenzschluß ist aber vom Proletariat abzulehnen.

»Der soziale Fortschritt der Proletarier jeder Nation ist also durch den sozialen Fortschritt der Proletarier aller anderen Nationen bedingt,« [11] schreibt Genosse Bauer. »Die Arbeiter jedes Volkes haben an dem Wohlstand und der kulturellen Entwicklung des Proletariats aller anderen Nationen ein eigenes Interesse. Diese ökonomische Tatsache nennen wir die internationale Solidarität des Proletariats.«

Auch dem jüdischen Proletariat des Ostens gegenüber werden wir uns an die Grundsätze halten müssen, die der Internationale Kongreß von Stuttgart für die Frage der Einwanderung überhaupt aufgestellt hat.

---

[7] Dr. Kurt Nawratzki, Die jüdische Kolonisation Palästinas, München 1914, Reinhard.

[8] Karl Kautsky, Rasse und Judentum. [9] Ebenda.

[10] Siehe dazu Wlad. W. Kaplun Kogan, Der Krieg eine Schicksalsstunde des jüdischen Volkes, Bonn 1915, Verlag Marcus & Weber, und Dr. Cohn, Zukunftsfragen des deutschen Judentums, »Allgemeine Zeitung des Judentums«, Nr. 48.

[11] Otto Bauer, Proletarische Wanderungen, Neue Zeit, XXV, 2, S. 476.

Bedeutet die Einheitsschule eine Gleichheitsschule?

Von Hugo Jacobi.

Die Gegner einer grundsätzlichen Schulreform haben einen neuen Schlager gegen die Einheitsschule parat: Einheitsschule sei gleichbedeutend mit Gleichheitsschule. Als Schulorganisationsform der Zukunft sei sie wegen der dieser innewohnenden reaktionären Tendenz zu verwerfen, denn sie trage den weit differenzierten Bildungsinteressen und -bedürfnissen nicht Rechnung, sondern setze an Stelle der Mannigfaltigkeit der zu vermittelnden geistigen Kulturgüter eine Uniformität des Bildungsstoffs und damit der Geister. Aus diesem Grunde liege die Einheitsschule nicht in der Richtung des Bildungsfortschritts analog der sich immer mehr fortsetzenden Arbeitsteilung, sondern sei ein bedenklicher Schritt rückwärts in der Volksbildung. Zum ersten Male fiel unseres Wissens dies neue Schlagwort in der »Vossischen Zeitung« im Anschluß an den Vortrag eines Einheitsschulgegners, Professor Dr. Schmidt. Für den Preußischen Landtag war damit ein neuer Grund für die Ablehnung moderner Forderungen gegeben. Sogar ein Mann der kirchlich-liberalen Richtung, D. Traub, brachte es nicht über sich, den Standpunkt der sozialdemokratischen Antragsteller in dieser Frage sich zu eigen zu machen.

Die deutsche Lehrerschaft hat auf verschiedenen Tagungen die Einheitsschule zum Gegenstand gründlicher Untersuchungen und Besprechungen gemacht und ist jedesmal mit überwältigender Mehrheit für ihre Einführung eingetreten. Der deutsche Lehrerverein hat diese Forderung zu einem seiner wichtigsten Programmpunkte erklärt und sie durch die wiederholte Behandlung vor Verjährung geschützt. Die pädagogischen Klassiker aller Zeiten von Comenius über Pestalozzi bis zu Natorp, Ziegler und Rein haben in der Einheitsschule das wissenschaftliche Ideal einer Schulorganisation gesehen. Daraus erwächst die Verpflichtung der Nachprüfung des neuerhobenen Einwandes gegen diese Organisation auf seine Stichhaltigkeit.

Einheitsschule soll Gleichheitsschule bedeuten! Aber sie ist es geradesowenig wie die Grundlage, der sie entspringt, die Demokratie, die wahllose Gleichmacherei und Uniformität ist. Die Einheitsschule will vielmehr gerade diejenige Schulorganisation, die am gründlichsten die Geister sieben wird, um nur den Tüchtigsten zur letzten Höhe kommen zu lassen. Mit ihrer Durchführung wird gerade der Differenzierung in weitestem Maße Rechnung getragen, sowohl nach der Seite der menschlichen Natur als nach den Bedürfnissen des modernen Lebens. Bei der Einheitsschule handelt es sich durchaus nicht um eine neuzuschaffende, gleichartige Schulanstalt für alle Kinder des Volkes, sondern um eine natürlichere und darum gesündere Organisation der jetzt schon bestehenden Schularten, also um einen anderen Aufbau des gesamten Bildungswesens. Während heute die verschiedensten Schulanstalten in völliger Isoliertheit die nach ihrer Eigenart ihnen zugewiesenen Aufgaben erfüllen ohne Rücksicht auf das danebenliegende Nachbarhaus, soll durch die Einheitsschule Plan und Ordnung in das Bildungswesen gebracht, aus dem zusammenhanglosen Nebeneinander der Anstalten ein einheitlicher Organismus geschaffen werden. Dadurch soll nicht nur die heute herrschende Isoliertheit beseitigt, sondern auch die Mannigfaltigkeit der einzelnen Lehr-

ziele auf eine gemeinsame Grundlage gestellt und miteinander in enge Verbindung gebracht werden. Es handelt sich also um eine Neuorganisation des Aufbaues der Bildung. Durch die gemeinsame Grundlage, auf der dann alle Unterrichtsanstalten stehen, und durch die streng gewahrte Parallelität gemeinsamer Fächer und Lehrziele wird bei sich herausstellender Ungeeignetheit des einen Schülers für die eine Anstalt der Zögling ohne Zeit zu verlieren in die andere, seinen Fähigkeiten und Neigungen besser entsprechende wechseln können. Wer einmal als Lehrer die Nöte und Klagen von Eltern vernommen hat, die unter den jetzigen Umständen Umschulungen vornehmen mußten, der wird begreifen, welche Wohltat schon für diese in der Neuorganisation liegt. Wer aber weiß, daß aus Furcht vor Zeit- und Geldverlusten in sehr vielen Fällen, wo mit Rücksicht auf die Eigenart des Kindes eine Umschulung vorgenommen werden müßte, diese unterbleibt, zum Schaden der Entwicklung des jungen Menschen, der wird auch ein Verdienst um die Jugend sich erwerben, wenn er für die Einheitsschule eintritt und die Individualität des einzelnen schützen hilft.

Die neuesten Untersuchungen der physiologischen Psychologie haben das Material zutage gefördert, mit Hilfe dessen die Mannigfaltigkeit der Begabungen und Fähigkeiten sowie der Willenskraft festgestellt werden kann. Zur Sichtung und Verwaltung dieses charakteristischen Materials aber bedarf es langer und gründlicher Beobachtungen, wie sie nur gesammelt werden können in einer auf einheitlicher Grundlage ruhenden Schulorganisation. Die Einheitsschule wird darum vermöge ihrer sicheren Unterlagen viel gründlicher und besser die eigenartigen, in jedem Zögling schlummernden Keime und Kräfte in der Lage sein zu entdecken und sie ihrer Eigenart entsprechend zu entwickeln. Gerade durch die Arbeiten auf dem Gebiet der experimentellen Psychologie sind wir um die Erkenntnis bereichert worden, daß gewisse Anlagen typisch auf Menschen verteilt sind und daß die Veranlagung, die der eine hat, bei dem anderen fehlt oder nur kümmerlich vorhanden ist; beispielsweise sind mathematische und künstlerische Begabung selten gemeinsam bei den einzelnen Menschen vorhanden, ebenso wie naturwissenschaftliche und sprachliche. Die meisten Menschen sind im Gegenteil nur einseitig hervorragend begabt. Die Aufgabe der Erziehung besteht darin, diese Anlagen zu entdecken, und ihre Kunst darin, sie zur Entfaltung und Blüte zu bringen. Das vermag, wie bereits gesagt, die einheitlich organisierte »Einheitsschule« oder richtiger der einheitlich organisierte Schulaufbau besser als ein unorganisiertes Bildungswesen.

In der Praxis, die heute im Schwange ist, spielt bei der Auswahl der Schulanstalt für einen Zögling die Veranlagung des Kindes meist überhaupt keine Rolle, und zwar aus zwei Gründen: erstens, weil der vorausbestimmte künftige Beruf entscheidend ist für Auswahl der Bildungsanstalt, und diese Auswahl wird bestimmt zumeist durch das gesellschaftliche Interesse oder die soziale Stellung der Eltern, jedenfalls nicht durch das geistige Wachstumsinteresse des Kindes. Und zweitens, weil sich in jenen Jahren, in denen heute bereits die Auswahl der Schulanstalt getroffen werden muß, die Eigenart der Begabung und die Neigung des Kindes absolut noch nicht mit Sicherheit feststellen läßt. Wie spät zeigen sich oft erst die wahren Anlagen der Kinder! Aber heute müssen die Eltern schon, wenn das Kind neun Jahre alt ist, bestimmen, ob es ein

humanistisches Gymnasium, eine Oberrealschule, ein Realgymnasium oder eine Realschule besucht mit Rücksicht auf den künftigen Beruf oder unter Berücksichtigung der zufällig am Orte bestehenden Anstalt oder Anstalten, jedenfalls ohne die leiseste Rücksicht auf die geistige Leistungsfähigkeit und die individuelle Veranlagung des Kindes. In den Staaten und Orten, wo die aus pädagogischen Gründen noch verwerflicheren Vorschulen bestehen, da wird die für die Entwicklung und das Lebensglück der Kinder so eminent wichtige Entscheidung gar schon in das sechste Lebensjahr verlegt, da soll schon gewußt sein, ob das Kind künstlerische oder mathematische Begabungen hat.

Allerdings, etwas Gemeinsames für alle Kinder der Volksgenossen hat die Verwirklichung der Einheitsschulidee zur Voraussetzung, und das scheint das Fürchterliche zu sein, was den Gegnern solches Grauen einflößt: das ist der gemeinsame fünfjährige Unterbau, den man gewöhnlich mit dem Namen der »allgemeinen Volksschule« belegt. Hier sollen — analog dem der allgemeinen Wehrpflicht zugrunde liegenden Gedanken — die Kinder unseres Volkes eine gemeinsame Bildungsgrundlage erhalten. Diese allgemeine Volksschule ist die logische Folge aus dem vom Staate proklamierten Schul- und Bildungszwang, die Erfüllung des staatsrechtlichen Grundsatzes von der Gleichheit aller Staatsangehörigen vor dem Gesetz. Diese Gleichheit begreift auch in sich die Möglichkeit der Befriedigung der Bildungsbedürfnisse für alle Staatsbürger. Der Staat muß sich mit dem Vorwurf der Ungerechtigkeit belasten, wenn er in der Begabung gleiche Staatsangehörige zu ungleichartiger Ausbildung verurteilt. Die heutigen »Bürgerschulen« und »Vorschulen« sind Reste und Nachklänge jener glücklicherweise überwundenen ständischen Gliederung der Feudal- und Zunftzeit. Tews bezeichnet diese schulischen Veranstaltungen in seinen »Schulkämpfen der Gegenwart« als ein »Instrument, nicht zur Ausbildung der Volksintelligenz, sondern zur Aufrechterhaltung der augenblicklichen Verteilung von Besitz, Stellen und Würden, als eine Versicherungsanstalt für soziale Sonderinteressen«.

Die von den Gegnern der allgemeinen Volksschule so gern und häufig vorgebrachte Einwendung, daß der Einfluß der sogenannten »guten Kinderstube«, den die Kinder der bessersituierten Eltern vor ihrer Schulzeit empfangen, ihnen durch den mehrjährigen Umgang mit den Kindern ärmerer Kreise verloren ginge, erweist sich ebenfalls als nicht begründet, wie die Erfahrung lehrt. Wohl mögen in jenen Familien die Kinder zu besseren und gefälligeren äußeren Manieren erzogen werden, aber sie haben keine höhere Sittlichkeit. Es trifft auch nicht zu, was der Hygieniker Max v. Gruber sagt: »Es kommt in den unteren Ständen allerdings auch vor, daß ein besonders tüchtiger Mensch aus ihnen hervorgeht. Aber gerade die oberen Klassen müssen die erworbenen Eigenschaften weitervererben, sonst kommen wir zu einer Ausmerzung der Talente. Nichts ist für ein Volk wichtiger als ein genügender Nachwuchs von Personen, die zur Führerschaft geeignet sind.« Demnach wäre das größere geistige Vermögen an den größeren materiellen Besitz gebunden. Richard Ballerstädt, einer der glänzendsten Verteidiger der von uns geforderten Einheitsschule, nennt es eine »Binsenwahrheit, daß der Adelsbrief der Begabung nicht an vornehme Herkunft und an äußere Güter gebunden ist. In der Strohhütte kann in derselben

Minute ein Genie geboren werden, in der im Fürstenschloß vielleicht ein Idiot das Licht der Welt erblickt.« So steht es im Lichte der Tatsachen mit den behaupteten vererbten geistigen Vorzügen der höhergestellten Klassen, und nicht minder so ist es mit der Willenskraft bestellt. Gerade bei den Kindern aus begüterten Kreisen zeigt sich oft verminderte Energie gegenüber den Kindern ärmerer Familien, die schon durch das Triebrad ökonomischer Notwendigkeit zu größerer Anspannung ihrer Willenskraft und zu frühzeitiger Selbständigkeit gezwungen werden. Allerdings gab auch Herr v. d. Osten im Preußischen Landtag zu, es kämen Fälle von Begabungen auch in den untersten Schichten vor! Diesen will er, und er hatte dabei die Zustimmung seiner Parteifreunde, seine väterliche Fürsorge durch den Staat angedeihen lassen. Sie sollen durch Freistellen und Stipendien den Weg zur besseren Bildung finden. Es ist zunächst die Frage erlaubt: Wer bestimmt die Zahl dieser außerordentlich Begabten? Wer findet sie bei dem heutigen System mit Sicherheit heraus? Und wenn! Ist es nicht empörend, diese durch Almosen und Geldsacks Gnaden zur Höhe zu führen, wo ihnen das natürliche Menschenrecht ein Recht auf Bildung gibt?

Den Unterbau der allgemeinen Volksschule benötigen wir außerdem aus gewichtigen pädagogischen Gründen. Die Eltern sind in den meisten Fällen gar nicht in der Lage, ein sicheres Urteil über die Art und ganz besonders über den Grad der Befähigung ihrer Kinder abzugeben, einesteils aus Mangel an pädagogischer Einsicht, anderenteils aus persönlicher Parteilichkeit. Auch noch so erfahrene und befähigte Pädagogen und Psychologen können bei einem neunjährigen, geschweige denn bei einem sechsjährigen Kinde kein abschließendes Urteil über die eigenartige Veranlagung eines Kindes fällen. Denn gerade die neueste experimentelle Forschung weist nach, daß selbst die begabtesten Menschen nur in einer ganz bestimmten Richtung veranlagt sind, sprachlich, künstlerisch, mathematisch oder naturwissenschaftlich, und daß gerade die eigenartige Begabung des einzelnen oft erst recht spät entdeckt wird. Aus der ungenügenden Beobachtung in dieser Richtung datieren eine große Menge von Klagen der Schüler über mangelhaftes Verständnis ihrer Eigenart durch die Schule; Klagen, die in der psychologisch hochinteressanten Sammlung von Alfred Graf »Schülerjahre« (Buchverlag der Hilfe, Schöneberg) ihren beredten Anwalt finden. Aber auch die Nöte der Erzieher über fehlendes Interesse und Unaufmerksamkeit der Schüler. Verlegen wir durch Einführung der fünfjährigen allgemeinen Volksschule den Zeitpunkt für die Differenzierung nach Begabungen auf einen späteren Termin: wir werden viel Jugendglück und viel Lehrerfreude der Schulzeit wieder schenken.

Literarische Rundschau.

Deutsche Wehrordnung in der Fassung vom 4. August 1914. Textausgabe mit Kennworten, Inhaltsverzeichnis und ausführlichem alphabetischem Register. Bearbeitet von M. Hahn, Erster Staatsanwalt in München. Gießen, Verlag von Emil Roth. 256 Seiten. Geheftet 2,40 Mark, gebunden in Leinwand 3 Mark.

Bei der entsetzlich langen Dauer des Weltkrieges hat es sich als ein großer Übelstand erwiesen, daß eine brauchbare, dem gegenwärtigen Stand der Gesetzgebung entsprechende Sammlung der auf das Heerwesen bezüglichen Gesetze und

Verordnungen fehlt. Die Hue de Graissche sowie die im Verlag von Beck erschienene handliche Sammlung sind längst veraltet. Eine neue Auflage dieser Werke wäre eine dringende Notwendigkeit. Bis zum Erscheinen einer solchen muß man sich mit Einzelausgaben der in Frage kommenden Gesetze begnügen. Vor veralteten Ausgaben dieser Gesetze muß jedoch dringend gewarnt werden. Ohne Deckblätter sind dieselben jetzt wertlos und mit Deckblättern wegen der Fülle der Nachträge unübersichtlich. Es ist deshalb begrüßenswert, daß in der bekannten Rothschen Sammlung deutscher Reichsgesetze die hier angezeigte neue Ausgabe der deutschen Wehrordnung unter Berücksichtigung aller bis zum Kriegsbeginn erschienenen Nachträge und Ergänzungen erschienen ist. Der Druck ist gut.

Siegfried Weinberg.

Dr. Deumer, **Kriegsinvalidengesellschaften.** Ein neues Genossenschaftsprogramm. Duncker & Humblot. 50 Seiten. Preis 60 Pfennig.

Das eigenartige Büchlein entspringt der bangen Sorge um »die wirtschaftliche Versorgung der Kriegsinvaliden auf gewerblichem und industriellem Gebiet«. Der Verfasser hat wenig Zutrauen zur Reichs- und Staatsfürsorge dieser Art und meint, man dürfe nicht optimistisch über die Versorgungsmöglichkeiten (!) denken, sonst werde man Enttäuschungen erleben. Das Mitleid werde bald schwinden, weil die Häufigkeit der Fälle die Erscheinung zu einer Massenerscheinung mache, an die man sich schnell gewöhne. Auch bei den Invaliden, die wieder arbeitsfähig werden, befürchtet er das. Die Unternehmer würden bald »Schwierigkeiten« machen und lieber vollwertige Arbeitskräfte beschäftigen. In Zeiten wirtschaftlicher Krisen werde das besonders stark in Erscheinung treten. Die wichtigste Seite des Problems werde infolgedessen die sein, in erster Linie ausreichende und sichere Beschäftigung für arbeitsfähige Invaliden zu schaffen. Es müsse sozusagen nach einer Möglichkeit des Rechtes auf Arbeit mit ausreichender Löhnung gesucht werden. Der Verfasser glaubt nun, eine Organisation entdeckt zu haben, durch die »der Ausfall an objektiver Arbeitsmöglichkeit geweckt« werden kann. Eben die Kriegsinvalidengesellschaften, die unabhängig von allem Mitleid und jeder Willkür die nötige Arbeitsgelegenheit schaffen sollen. Er denkt sich die Sache etwa folgendermaßen: es werden Gesellschaften für bestimmte Erwerbszweige geschaffen, denen je 200 bis 300 arbeitsfähige Invaliden angehören. Also eine Art Produktivgenossenschaften, in Organisation und Verwaltung aber abweichend von den üblichen, von denen jedoch »manches übernommen« werden könne. Richtiger vielleicht: Betriebswerkstätten durch Selbsthilfe unter Beteiligung des Staates. Das wichtigste dabei ist natürlich die finanzielle Grundlage. Die denkt sich der Verfasser äußerst originell. Die Invaliden bekommen bekanntlich Rente vom Reich. Davon wird ihnen monatlich ein bestimmter kleiner Betrag abgezogen. Die Gesamtsumme dieser Abzüge wird zu 5 Prozent kapitalisiert. Das Kapital gibt das Reich oder der Staat her, die Verzinsung wird durch die Rentenabzüge sichergestellt. Hier kommen aber schon Bedenken. Die Renten sind nicht absolut und auf alle Zeit sicher, deshalb müssen sie »stabiler« gemacht werden, da ja das Reich an sich die Verpflichtung der Fürsorge hat. Die zweite wichtige Frage ist der Absatz der Produkte dieser Gesellschaften. Auch hier wird in erster Linie damit gerechnet, daß Staat und Gemeinden Abnehmer werden. Die »etwa billigere Konkurrenz der Privatindustrie habe der Staat zurückzuweisen«. Eventuell sind sogar Monopole zu schaffen mit dem Zwecke, die Invalidengesellschaften zu beschäftigen. Drittens entsteht die Frage, ob denn immer genug Arbeiter da sein werden, da keinerlei Zwang ausgeübt werden kann. Die Invaliden können ebenso leicht austreten wie beitreten. Doch da es genug Invaliden gibt, würde eher ein Überangebot als ein Mangel an Gesellschaftern vorhanden sein. Die Verwaltung wäre mehr autoritativ als demokratisch zu gestalten, um größere Einheitlichkeit und Beweg-

lichkeit zu erzielen und den Streitereien von vornherein vorzubeugen, die den Produktivgenossenschaften häufig so schädlich würden.

Die Sache sieht viel einfacher aus, als sie ist. Theorie und Praxis sind in diesem Falle zwei recht verschiedene Dinge. Man bedenke nur, welches Riesenkapital dazu gehört, um einen derartigen Plan im ganzen Reiche zu verwirklichen. Und die in Aussicht genommene Verzinsung des Kapitals ist ebenso problematisch wie seine Sicherstellung, die doch bestimmt verlangt würde. Schon dazu wäre eine wichtige und einschneidende Gesetzesbestimmung nötig: »Mit Rücksicht auf die Gefahren der Rentenpsychose und der Angst vor der sogenannten Rentenquetsche müßte das Mannschaftsversorgungsgesetz vom 31. Mai dahingehend abgeändert werden, daß die Rente, welche jedem Mann zugesprochen ist, lebenslänglich unbeschadet dem Grade seiner Erwerbsfähigkeit konstant bliebe.« (!) Der Verfasser, dessen gute Absichten nicht in Frage stehen, stellt sich die Sache viel zu leicht und zu mechanisch vor. Solche Gesellschaften oder Genossenschaften sind keine Automaten, die man nach Belieben schaffen kann. Und der Grund, auf den hier gebaut werden soll, scheint doch ein recht schwankender zu sein. H. Fleißner.

Leopold v. Wiese, **Gedanken über Menschlichkeit.** München und Leipzig 1915, Duncker & Humblot. 126 Seiten. Preis gebunden 3 Mark.

Eine Schrift, die angesichts all der geistigen Verflachung, die den größten Teil der »Kriegsliteratur« kennzeichnet, sympathisch berühren muß, weil ihr Verfasser, erschreckt durch die unterdrückende und nivellierende Macht der öffentlichen Meinung und durch die Tatsache, daß der Staat seine Machtmittel selbst zur Regulierung der Gedanken seiner Bürger in Bewegung setzt, sich die Frage vorlegt und bejaht, ob denn noch die individuelle Vernunft das Recht habe, sich gegen die Übertreibungen des Tages aufzulehnen und sich gegenüber den verblödenden und kulturschädlichen Wirkungen eines extremen Nationalismus und den von dem Zeitgeist diktierten Forderungen des Tages an das Dauernde und Allgemein-Menschliche hinzugeben. Aber dabei doch wieder eine sehr unerquickliche Lektüre, weil der Verfasser ohne feste Richtlinie für eine klare, eindeutige Stellungnahme zu den Problemen, die der Krieg in den Vordergrund gerückt hat, von diesen selbst hin und her gezerrt wird und trotz aller Ablehnung eines extremen Chauvinismus und Nationalismus und der von diesem aufgestellten Kriegsziele, trotz allen Kampfes gegen die Staatsallmacht und ihren Zwangscharakter auch in geistigen Dingen schließlich in faulen Kompromissen hängen bleibt, und weil er — nach der philosophischen Seite hin — von der gänzlich unzureichenden Grundproblemstellung: »Hie staatliche Organisation — hie Individuum« ausgeht und sich damit von vornherein den Weg zu einer wirklichen Lösung aller ihn quälenden Fragen versperrt.

Den deutschen Geist seit Kriegsausbruch charakterisiert der Verfasser durch die siegreich gewordenen Prinzipien des Nationalismus und des Pflichtidealismus; das konkrete Ziel der neudeutschen Ethik dieses nationalen Pflichtidealismus sei die Förderung der Wehrhaftigkeit des Deutschen Reiches, wie ihre Stellung zum Kriege darin zu suchen sei, daß sie ihn auffasse als einen großen Reinigungsprozeß von Ich-Kultur und Eudämonismus, als einen Triumph der militärischen Organisation, als den Lehrer der dauernden Überlegenheit des Deutschen. Die ganze Richtung ergebe sich folgerichtig aus der bisherigen staatsphilosophisch-ethischen Entwicklung (Fichte!), aber sie bedinge, wie der Krieg selbst, eine Rückkehr zum Primitiven und Atavistischen. Als diese stelle sich in erster Linie der absolute Nationalismus mit seinem Streben nach Absonderung von allem Nichtdeutschen heraus. Bei den Kriegszielen des extremen Nationalismus fallen einem Grillparzers Worte ein: »Von der Humanität über Nationalität zur Bestialität.« Nur dadurch könne sich ja der fanatische Nationalismus das schlechte Gewissen vom Leibe halten, daß er an eine gottgewollte, unvergleichliche Überlegenheit des Deutschen auf allen Gebieten wie an

den allein durch die Ausbreitung deutscher Zwangsmacht zu bewerkstelligende wahren Kulturfortschritt glaube. Dieses verdummende Streben nach Macht um de Macht willen sei abzulehnen und ihm der relative Nationalismus ent gegenzustellen, der sich als Vorstufe des allmählich entstehenden Europäertums un als Träger der Menschlichkeit fühlt: »Wir sind Deutsche und Weltbürger zugleich. Allerdings dürfe der Wille der Nation zum Siege nicht aufgehalten, abschwächend und ablenkende Gedanken dürfen nicht geäußert werden.

Weiter aber bedeute der Krieg einen Rückfall in die Ideen der Frühkultur m ihrem blinden, vernunftlosen Gehorsam. Hatte alle bisherige Kultur in höherer Sinne das Ziel, den Menschengeist über diesen blinden Gehorsam zu erheben, s betrachte der Staat jetzt alle Glieder nur als Mittel und Werkzeuge der Krieg führung, er werde jetzt zum alles beherrschenden Selbstzweck. Zwar solle die Ste gerung des Ichs, die aus der organisierten Gesamtleistung in ihrer höchsten Poten (dem Kriege) hervorgeht, nicht geleugnet werden, aber es bestehe die große Gefah daß durch die Überschätzung des Staates alles Persönliche unterschätzt und innerli unterdrückt werde; denn einmal könne alle Staatsethik — an sich viel roher un unentwickelter als das ethische Streben des Einzelmenschen — nichts als Egois mus sein, dann aber bestehe der Hauptzweck der modernen Staaten, soviel Kultur funktionen sie im Frieden auch übernommen hätten, in der Dienstbarmachung vo Menschen und in der Raumgewinnung.

Werde also in der neudeutschen Ethik Staatsgefühl und Pflicht idealismus in ihrer Vereinigung als deutscher Geist aufgefaßt, so müsse ma demgegenüber die Frage stellen, ob die Zielsetzung des Lebens auf Pflicht allei aufrechtzuerhalten, ob die Spannung von Pflicht und Glück ewig sei. Und da um schließe denn die Idee der Menschlichkeit neben Glücksverlangen auc veredelte Triebhaftigkeit und das Künstlerische, und die Zukunft de deutschen Menschen beruhe auf der Versöhnung von nationalem Pflich idealismus und Menschlichkeit. Dieser Standpunkt bedeute aber nicht Beseitigun staatlicher Organisation und pflichtloses Behagen, Wehrlosmachung des eigene Volkes und Völkerverbrüderung, wohl aber neben der Aussöhnung von Geistigke und Triebhaftigkeit, Opferbereitschaft und starker Individualität, Genußverfein rung und Pflichterfüllung weiterhin: Demokratie und doch Auslese, Reichtums mehrung ohne Ausbeutung, Erwerbswirtschaft mit freiem Wettbewerb, Unter nehmergewinn und zugleich Sozialpolitik, Weltwirtschaft und Weltpolitik ohn Imperialismus, Europäertum auf der Grundlage des Deutschtums.

Ein sehr reichhaltiges Programm, wie man sieht, das der relative Nationalis mus und Pflichtidealismus und das auf sein richtiges Maß zurückgeschraubt Staatsgefühl, kurz: der Menschlichkeitsstandpunkt dem Furor Teu tonicus entgegensetzen will. Nur fehlt jeder Hinweis auf die Mittel und Weg die zu seiner Verwirklichung führen sollen. Hätte der Verfasser sich hierum etwa bemüht, so wäre er ganz von selbst zu einem einheitlicheren, nicht derart i den philosophischen Wolken schwebenden Programm gekommen. Dazu wäre freilic einmal der Mut notwendig gewesen, sich da und dort in schroffen Gegensatz z dem Geiste der Zeiten zu stellen, dann aber hätte der Verfasser gründlich zu de sozialistischen Ideenkreis, zu dem sozialistischen Menschlichkeitsprogramm Stellun nehmen müssen. C. Notte

---

Dr. Fritz Mender, **Das moderne Zollschutzsystem.** Zürich 1916, Verlag Artist sches Institut Orell Füßli. 232 Seiten. Preis 4,20 Franken.

Dr. Hans Signer, **Die treibenden Kräfte der schweizerischen Handelspoliti** Zürich und Leipzig 1914, Verlag Gebrüder Leemann & Co. 269 Seiten. Pre 5,10 Franken.

Die Fragen der Handelspolitik begannen schon kurz vor dem Kriegsausbru die Öffentlichkeit intensiv zu beschäftigen, da die Erneuerung der Handelsverträg

or der Tür stand. Der Kampf der Parteien setzte ein. Eine Rückschau auf die verlossenen zollpolitischen Auseinandersetzungen in der früheren Zeit ist darum höchst geboten und muß gute Dienste leisten. Eine solche Rückschau liefern eben die angeührten Schriften. Die Arbeit des Genossen Mender bringt die theoretische Kontroerse über den Schutzzoll in Deutschland ausführlich zur Darstellung, während Signer die Kämpfe der Parteien in der Schweiz schildert. Da die Argumente hie und da dieselben sind, so ergänzen sich auch beide Werke in ausgezeichneter Weise.

Mender gibt den Streit um »Industriestaat — Agrarstaat«, um den Zusammenhang zwischen dem Schutzzoll und dem Bevölkerungsproblem wieder, während Signer die Wandlungen der zollpolitischen Anschauungen im Laufe von sechzig Jahren geradezu musterhaft schildert. Auf theoretische Untersuchungen läßt sich Signer fast gar nicht ein, dafür vermag er in wenigen Worten das tatsächliche Resultat der Tarifänderungen stellenweise gut zu kennzeichnen. Wer die handelspolitischen Kämpfe der Gegenwart näher kennen lernen will, dem mögen beide angeführte Schriften empfohlen werden. Aus beiden kann man reichlich Waffen für die kommende Auseinandersetzung erhalten.

Was den Standpunkt der Autoren selbst betrifft, so urteilt Mender vom sozialistisch-marxistischen Gesichtspunkt aus, während Signer anscheinend die Interessen der verarbeitenden Industrie vertritt, ohne die Bedürfnisse der breiten Volksschichten aus dem Auge zu lassen. Er spricht sich gegen Zollverschärfungen aus, da die Schweiz immer mehr in das Gewebe der Weltwirtschaft verflochten wird. Er will der Wirkung der Produzentenverbände viel Gutes zuerkennen, da sie das Vertrauen in nationale Arbeit gehoben haben; er übersieht aber nicht, daß diese Verbände gefährlich zu werden beginnen, da sie danach trachten, sich nur Vorteile zu erobern und rücksichtslos das Wohl der Gesamtheit ihrem eigenen Gedeihen zum Opfer zu bringen. Er endigt dann mit folgenden gerade heute sehr beherzigenswerten Worten:

»Wer, um die bleibende Vorherrschaft dieser oder jener Klasse zu sichern, der damit unverträglichen Nutzbarmachung aller technischen und ökonomischen Fortschritte in der Beschaffung der Lebensbedürfnisse Hindernisse bereitet, handelt, mag er sein Vorgehen mit noch so patriotischen Worten beschönigen, im Interesse der Rivalen seines Vaterlandes und gegen dessen fortschreitenden Reichtum, fortschreitende Bevölkerung und Machtstellung im Kreise der Nationen.« So kommt auch Signer zum Schlusse, daß eigentlich nur die sozialistische Organisation der Produktion die einzig wirkliche nationale Wirtschafts- und Weltpolitik ist.

Mender beschränkt sich nicht auf eine einfache Wiedergabe der handelswirtschaftlichen Kontroversen, sondern versucht sie auch vom marxistischen Standpunkt aus zu kritisieren. Dabei finden wir hier allerdings keine tiefgehende Analyse des Problems der Marktbildung und des Einflusses der Grundrente auf die Agrikultur. Sehr richtig bemerkt er, daß das wirtschaftliche Ideal des modernen Schutzzöllners die kapitalistische Entwicklung auf ein engeres Territorium übertragen, für die Akkumulation des Kapitals eine engere Basis schaffen, das heißt die Geschichte von neuem anfangen will. Demgegenüber verweist er auf die Expansionsnotwendigkeit des Kapitals, die Mender wie folgt erklärt: »Da die Ausbeutung der Volksmassen eine Grenze der intensiven Ausnützung des nationalen Marktes setzt, muß das Streben nach größerem Profit zur extensiven Ausbreitung des Marktes greifen.« Meint Mender damit die Theorie der Genossin Rosa Luxemburg von der absoluten Notwendigkeit der kapitalistischen Expansion nach Agrarländern? Im folgenden Satze erklärt er schon die Sucht nach Absatzmärkten aus den stets auftretenden Überproduktionskrisen. Man sieht, der Autor hat dieses Problem nicht tief genug durchdacht.

Noch sonderbarer wirkt seine Erklärung der steigenden Getreidepreise. Die landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse scheinen ihm nicht klar vor den Augen zu stehen. Er meint denn auch, daß nicht die Entwicklung der Agrikulturtechnik auf

dem Lande eine Übervölkerung schafft und einen Teil davon in die Industrie ver jagt, sondern daß die Industrie die Arbeiter an sich ziehe und Arbeiternot auf den platten Lande verursache, während doch schon die Tatsache, daß auf dem Land die Reallöhne niedriger als in der Industrie sind, zeigt, daß gerade in de Landwirtschaft eine ewige Reservearmee besteht. Abgesehen davon ist die Er klärung der steigenden Getreidepreise als Folge des Arbeitermangels rech sonderbar.

»Ist«, sagt Mender, »die Größe der Bevölkerung eines Landes, in dem sic eine selbständige Industrie eingebürgert hat, unverändert geblieben, und geht zum Beispiel die Hälfte der Bevölkerung zur Industrie über, so muß nun die ander Hälfte jetzt mehr Agrarprodukte erzeugen. Für das gleiche Getreidequantum stehe jetzt weniger Arbeitskräfte zur Verfügung.« Wie sollen sie nun dieses Quantum Getreide schaffen? Entweder, meint er, können sie die Arbeit intensive gestalten und die gleiche Fläche bearbeiten, oder sie können die Intensivitä der Landeskultur steigern (?) und die Fläche ... reduzieren, oder aber ein Kombination der beiden Möglichkeiten anwenden. Auf jeden Fall ergibt sich ein Steigerung der Produktionskosten und infolgedessen auch der Getreidepreis (S. 45, 46.) Wieso steigen aber die Produktionskosten, wenn die Hälfte de früheren Arbeiterzahl das gleiche Quantum Getreide produziert? Stehe denn die Produktionskosten in umgekehrtem Verhältnis zum Arbeitswert des Ge treides?

Trotz dieser Unklarheit ist das Werk dennoch als kurze Zusammenfassung eine sehr reichen Materials über den Streit um die Zollprobleme recht lesenswert. Ma findet hier so gut wie sämtliche Argumente für und gegen die Zölle, die di bürgerliche Literatur enthält, wiedergegeben. Sp

---

Ausgewählte Kapitel aus der Geologie. 9. Heft: Hilfsbücher für Volksunterrichts kurse, herausgegeben vom Sekretariat Sozialer Studentenarbeit. München-Glad bach 1914, Volksvereinsverlag. 32 Seiten. Preis 30 Pfennig.

Der Name des Verfassers der Broschüre sei absichtlich verschwiegen, da sic die folgende Besprechung nicht an seine Adresse wendet. Hätte er seine Arbeit fü sich allein auf dem Büchermarkt erscheinen lassen, er kann sicher sein, ihrer wär hier nicht einmal Erwähnung getan worden. Aber die »Ausgewählten Kapitel au der Geologie« sind als 9. Heft der Hilfsbücher für Volksunterrichtskurse vom Se kretariat Sozialer Studentenarbeit im Volksvereinsverlag zu München-Gladbac herausgegeben. Und das Sekretariat Sozialer Studentenarbeit, eine der vielen be kannten klerikalen Gründungen, genießt hier und da noch den Ruf, daß es sic ehrlich Mühe gibt, Volksbildungsarbeit zu leisten. Welcher Art klerikale Volks bildungsarbeit ist, welchen Zwecken sie dient, das braucht hier nicht weiter aus geführt zu werden. Aber wie die popularisierte Wissenschaft der Marke München Gladbach aussieht, das läßt ein Blick in diese volkstümliche Geologie erkennen Es ist bezeichnend, was darin dem Volke an Bildungsstoff geboten wird. Gan absehen wollen wir von dem Stil, dem in der Sekunda die Zensur »mangelhaft sicher wäre, und von der oberflächlich-liederlichen Disposition; aber der Wust vo Unsinnigkeiten und Unrichtigkeiten, von dem buchstäblich jede Seite der doch wahr lich nicht allzu umfangreichen Broschüre strotzt, spottet jeder Beschreibung. Aufs Geratewohl seien einzelne Kostproben hier serviert: »Die Höhe, von wo ab imme Schnee liegt, nennt man Schneegrenze. Nach der Lage kann sie höher oder niedrige liegen.« (S. 19.) »Trotz der Abwärtsbewegung bleibt das Ende des Gletscher immer in gleicher Höhe.« (S. 20.) »Die Schuttanhäufungen am Fuße der Gletsche heißen Moränen. Man kennt Seiten-, Mittel-, End- oder Stirn- und Grund moränen. Erstere sind der Gesteinsschutt an den Rändern der Gletscher. — Di Stirnmoränen bilden einen nach vorn erhabenen Bogen am Ende der Gletscher

Es ist der Schutt, den die Mittelmoränen absetzen.« (S. 21.) »Da Fremdstoffe sich m Meerwasser besonders schnell absetzen (etwa fünfzehnmal so schnell wie im üßen Wasser), ist es leicht erklärlich, daß Ablagerungen an der Küste stärker entwickelt sind als in tieferen Meeresbecken.« (S. 23.) »Ist das Material feiner gewesen (etwa aufgelöster Ton), so ist eine feinere Schichtung zu beobachten, die man uch Schieferung nennt (Dachschiefer).« (S. 23.) »Die Flußstreifen (Fluidalstruktur) önnen auch gesetzmäßig auftreten und so zur säuligen Absonderung des Gesteins ühren (Basaltsäulen).« (S. 26.) »Die terrestrischen Gesteine sind meist an den Rändern des Karbonmeeres gebildet worden. Es sind Konglomerate (durch ein Bindemittel gefestigtes Ufergeröll), Sandsteine und Tonschiefer. — Eng verknüpft mit iesen Schichten sind in manchen Gegenden reine Festlandsablagerungen, was man araus erkennt, daß Steinkohlen im Gebirge eingelagert sind.« (S. 27.) »Besonders beliebt scheint der Unterkiefer des Höhlenbären gewesen zu sein, dessen spitzer Eckzahn als Axt diente.« (S. 30.) — Und noch einige »Wiederholungsfragen«, die einem instruierenden Unteroffizier alle Ehre machen würden: »Welche Aufgabe ist dem Wasser gestellt? Wie wird es dieser Aufgabe gerecht? Wo zerstört es und wo bildet es?« (S. 22.)

Wenn das gedruckte und in voller Öffentlichkeit erscheinende Bildungsmaterial des Sekretariats für Soziale Studentenarbeit schon so stümperhaft ist, wie muß dann erst der klerikal-studentische Unterricht selbst beschaffen sein! Vor einer derartigen Volksbildung können die Arbeiter gar nicht genug gewarnt werden.

Gg. Engelbert Graf.

Anzeigen.

(Besprechungen hier angezeigter Schriften behält sich die Redaktion vor.)

Adolf Braun, **Gewerkschaften.** Betrachtungen und Überlegungen während des Weltkriegs. Leipzig 1915, Verlag der Leipziger Buchdruckerei-Aktiengesellschaft. 168 Seiten. Preis 1,50 Mark.

Das Buch faßt 14 Artikel zusammen, die der Verfasser seit Beginn des Krieges über gewerkschaftliche Probleme insbesondere mit Bezug auf die durch den Krieg geschaffene Situation geschrieben und hauptsächlich in der Neuen Zeit und im »Kampf« veröffentlicht hat. Zur Herausgabe in Buchform hat sich der Verfasser, wie er im Vorwort bemerkt, entschlossen, weil er »die jetzt von so manchem vernachlässigte wirtschaftliche Betrachtung seinen Gedankengängen zugrunde gelegt habe und weil er glaube, wagen zu dürfen, diese nüchternen Auseinandersetzungen der Nachprüfung in der Zeit nach dem Kriege auszusetzen«.

Ausführliche Sach-, Orts-, Berufs- und Namensregister erleichtern die Benutzung des Buches auch als Nachschlagewerk.

Notizen.

Die Studiengesellschaft für soziale Folgen des Krieges. Im 5. Heft der Neuen Zeit S. 158 hatte ich das erste Bulletin der Gesellschaft besprochen. Genosse Aug. Mai, von uns als Mitarbeiter geschätzt, hat daraufhin eine Zuschrift an mich gerichtet, in der er sich als Mitglied der Studiengesellschaft vorstellt und Einwände gegen meine Kritik erhebt.

Er sendet mir einen Zettel, der schon im April gedruckt wurde und in dem der Herausgeber des Bulletins die von mir gerügten Fehler der Tabelle IV richtigstellte. Die Kritik, die ich an dieser übte, wird aber damit doch nicht widerlegt, sondern vielmehr anerkannt. Ihre Fehler sind jedoch nicht die einzigen, die ich am Bulletin gerügt hatte. Im Interesse des Ansehens und der Verwendbarkeit des

Bulletins ist sicher zu wünschen, daß seine Angaben schon vor dem Druck und nic erst hinterdrein aufs sorgfältigste geprüft werden.

Ferner bemerkt der Genosse Mai gegen mich:

»Anonym ist die Gesellschaft nicht. Wir haben nie ein Hehl daraus gemach daß Parvus der Gründer der Gesellschaft ist und daß er das wissenschaftlic Unternehmen finanziert.... Dies ist ja nicht nur in Parteikreisen bekannt...

Daß Parvus der Gründer sei, war auch mir schon gerüchtweise zu Ohren g kommen. Aber das ersetzt doch nicht eine öffentliche Feststellung. Wie viele G rüchte haben wir nicht seit einem Jahre über Parvus gehört in Verbindung m seinem sprunghaften Wandel während der Kriegszeit, der ebenso ein ideeller w ein materieller war, und der uns ebenso überraschte, wie es etwa die deutsche Sozialdemokraten von 1869 überrascht hätte, wenn Wilhelm Liebknecht eine Tages als Rothschild oder als J. B. v. Schweitzer aufgewacht wäre. Diese Gerüch auf ihre Richtigkeit zu prüfen, ist mir unmöglich, auch nicht sehr wichtig. Ab gerade, daß mir die Gründung der Studiengesellschaft durch Parvus nur als G rücht bekannt wurde, indes in der Publikation der Gesellschaft selbst die Nennun seines Namens ängstlich vermieden wird, machte mich stutzig. Denn zur Parvu schen Eigenart gehörte es bisher nicht, daß er sein Licht unter den Scheffel stell Er zog es vor, seine Leistungen an die große Glocke zu hängen.

Nun sucht Genosse Mai meine Bedenken dadurch zu zerstreuen, daß er da auf hinweist, die Gesellschaft diene nicht der Tagespolitik, sondern rein nur d Wissenschaft. Er schließt mit den Worten:

»Wir haben nun verschiedene Arbeiten vor uns. Wir werden vor allem e Bücherverzeichnis der Kriegsliteratur und dann ein Bulletin über die Mensche verluste im Kriege herausgeben. Eine weitere Arbeit, die jetzt erst in Angriff g nommen wird, bezieht sich auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse i Kriege. Wir werden dabei ganz besonders auf die Hilfe unserer Genossen ang wiesen sein, da wir nicht nur Material schaffen müssen, sondern wahrscheinli ganze Arbeiten darüber brauchen. Sie werden wohl zugeben, daß die Frag enorm wichtig sind und daß irgendeine politische Tendenz dabei ausgeschlossen i

Ob wir aber jetzt, nachdem Ihre Besprechung erschienen ist, Hilfe und Ve ständnis in allen sozialistischen Kreisen begegnen, ist sehr zweifelhaft. Ich glau daher, daß es Ihre sozialistische Pflicht ist, den Eindruck zu zerstreuen, den Ih Besprechung, die doch zum Teil auf Mißverständnis beruht, hervorgerufen hat

Ich muß leider bemerken, daß die Mitteilungen des Genossen Mai mich e Mißverständnis von meiner Seite nicht erkennen lassen und mir keinen Anl geben, mein Urteil zu ändern. Ich weise ihn darauf hin, daß ich ausdrücklich ko statiere, in dem ersten Bulletin trete eine tendenziöse Färbung nicht zutage, u daß ich die Aufgabe der Studiengesellschaft für eine äußerst glückliche und wichti erkläre. Ich möchte hinzufügen, daß es mir auch nicht bedenklich erscheint, die A beiten der Studiengesellschaft durch tatsächliche Mitteilungen zu fördern. Die I stitutionen unserer Partei haben stets selbst Gegnern ihre Archive zu wissenscha licher Verarbeitung gern geöffnet, soweit es sich nicht um die Bloßlegung intim Vorgänge handelte.

Eine andere Frage aber ist die, ob wir den Publikationen der Parvussch Gründung als Leser ohne weiteres volles Vertrauen entgegenbringen sollen, u da bleibe ich dabei, sie hat dies Vertrauen erst zu erobern. Einstweilen ist größ Vorsicht ihr gegenüber geboten, wie gegenüber jedem Unternehmen, das sich an d sozialistische Arbeiterschaft wendet, ohne sich der Kontrolle einer anerkannt Parteiorganisation zu unterwerfen oder durch die Persönlichkeit seines Gründe und Leiters von vornherein eine solche Kontrolle überflüssig erscheinen zu lass

K. Kautsk

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

. Band Nr. 11 Ausgegeben am 16. Juni 1916 34. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Zur Geschichte des Zentralorgans der Partei.

Von K. Kautsky.

1. Der »Vorwärts«-Konflikt«.

Kein prinzipieller oder taktischer Gegensatz im politischen Leben, mag r noch so tief gehen, nimmt die Form eines ausschließlichen Kampfes um ie einander widerstrebenden Auffassungen an. Stets entwickelt er persön-che Zwistigkeiten und Streitigkeiten über formale Verstöße, und man muß 1 jedem derartigen Falle froh sein, wenn dies kleinliche Beiwerk den roßen Gegensatz von historischer Bedeutung nicht in einem Grade über-uchert, daß man schließlich den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sieht nd über den kleinen Konsequenzen des Zwistes seine große Grundursache us den Augen verliert.

Nie war diese Gefahr größer als heute bei dem Gegensatz, der in der 5cheidung zwischen alter sozialdemokratischer Fraktion und Sozialdemo-ratischer Arbeitsgemeinschaft zutage getreten ist. Den sachlichen Urgrund ieser Scheidung ganz unzweideutig bloßzulegen, wird gerade durch jenen riegszustand schwer gemacht, der den Gegensatz herbeiführte und die ormen bestimmte, in denen er sich äußerte.

Indessen, ob wir wollen oder nicht, wir müssen unsere Differenzen unter en Bedingungen ausfechten, die durch die historische Situation gegeben nd und die wir nicht willkürlich bestimmen können.

Unter den vielen kleineren Streitfragen, die der große Gegensatz zwi-chen nationaler und internationaler Auffassung, Burgfrieden und Klassen-ampf, Niederwerfungs- und Verständigungspolitik mit sich gebracht hat, t wohl die eigenartigste diejenige, die unser Zentralorgan, den »Vorwärts« etrifft.

Diese Streitfrage selbst ist wieder zurzeit eine sehr komplizierte, aus iner Reihe von Problemen zusammengesetzte. Eines darunter ist die Frage er Rechte und Pflichten des Redakteurs eines Parteiorgans gegenüber er Organisation, die ihn als ihren Vertrauensmann zur Wahrung ihrer nteressen und zur Verfechtung ihrer Ziele auf seinen Posten berufen hat. 5o wichtig diese Frage ist, sie gestaltet sich für den »Vorwärts« nicht anders ls für jedes andere Parteiorgan, wir sehen hier daher von ihr ab. Nicht urch sie erhält der jetzige »Vorwärts«-Konflikt seine Eigenart, sondern urch die besondere Stellung, die unser Zentralorgan in der Parteipresse adurch einnimmt, daß es von zwei einander beigeordneten Instanzen ab-ängt, weil es zwei verschiedene Funktionen ausübt. Es ist Berliner Lokal-rgan ebenso wie Zentralorgan der Partei. Seine Angelegenheiten werden on der Berliner Preßkommission ebenso entschieden wie vom Parteivor-and. Nach dem bestehenden Organisationsstatut haben beide Behörden

»gemeinsam« diese Angelegenheiten zu regeln. Wie aber, wenn sie sich ein mal nicht einigen können? Dann entscheidet die Kontrollkommission. Abe o Pech! diese kann sich diesmal auch nicht einigen, sondern zerfällt in zw Flügel, von denen jeder gleichviel Stimmen aufweist. Und an einen Partei tag zu appellieren ist nicht immer gleich möglich, unter den gegebenen Ve hältnissen ausgeschlossen.

Man sieht, die Stellung unseres Zentralorgans ist eine recht verzwickt Wie so manches andere, wird auch dieser Zustand nur dann vollkomme begreiflich, wenn man weiß, wie er entstanden ist. Gerade jetzt dürfte dahe ein kurzer Rückblick auf die Geschichte der Zentralorgane unserer Part am Platze sein.

2. Der »Sozialdemokrat« Schweitzers.

Im Unterschied vom antiken und mittelalterlichen Staat vollzieht si das politische Leben des modernen Staates unter Bedingungen, die es eine an die Massen appellierenden Partei unmöglich machen, sich auf die münd liche Agitation zu beschränken. Von der Zeit der Reformation an spiele Flugblätter und Broschüren eine große Rolle in der populären Agitatio Seit der französischen Revolution reichen diese gelegentlichen Mittel nich mehr aus. Eine Partei kann ohne ein Parteiorgan, eine regelmäßig e scheinende Zeitung, nicht bestehen.

Doch zeigt sich dabei ein wesentlicher Unterschied zwischen bürgerliche und proletarischen Parteien. Die ersteren suchen die Volksmasse nicht z organisieren, sondern nur zu benutzen. Ihre Parteien sind, ehe nicht di Konkurrenz einer starken proletarischen Partei Wandel schafft, nur klein Klüngel, die weder die Mittel noch den Willen haben, große Zeitunge herauszugeben. Die bürgerlichen Zeitungen bleiben Privatunternehmunge die sich in den Dienst der einzelnen Parteien stellen, wenn es ihren Unte nehmern aus irgendwelchen materiellen oder ideellen Gründen paßt.

Die Sozialdemokratie ist dagegen die Partei der Volksmasse selbs Deren Organisierung zu selbständiger Politik ist eine ihrer wichtigsten prak tischen Aufgaben. Dazu gehört auch die Unabhängigkeit von einer fremde Presse, die Verfügung über die Presse selbst. Daher von Anfang an da Streben der Partei, die für sie wichtigen Organe selbst zu besitzen.

Aber proletarische Parteien sind in ihren Anfängen äußerst schwac Sie stellen nicht die zahlreichen Abnehmer, die eine Zeitung braucht, u ihre Kosten aufzubringen, und besitzen nicht die Geldmittel, das Defizit z decken.

Die ersten sozialistischen Zeitungen werden daher in der Regel von ein zelnen Personen gegründet, die über die nötigen Geldmittel verfügen. Ger überläßt man ihnen in diesem Stadium das Privateigentum an der Zei tung. Sie ist da erst nur ein Mittel, Geld loszuwerden, nicht Geld zu ge winnen.

Das wurde die »Neue Rheinische Zeitung« 1848/49 für Marx, da wurde der »Sozialdemokrat«, den J. B. v. Schweitzer und v. Hofstetten End 1864 gründeten, für den letzteren. Für Schweitzer die Ursache einer schwere Schuldenlast.

Der »Allgemeine Deutsche Arbeiterverein« konnte daher gar nich daran denken, dies Blatt zu erwerben, obwohl er dringend eines Partei organs bedurfte. Dabei war er jedoch aufs strammste zentralisiert, all

Macht in den Händen seines Präsidenten konzentriert. Nicht die Partei bekam ein Organ, sondern der Präsident. Im Organisationsstatut des Vereins stand kein Wort über das Parteiorgan. Dessen Stellung wurde bestimmt durch einen privaten Vertrag, den der Präsident B. Becker am 30. März 1865 mit Hofstetten und Schweitzer abschloß. Es hieß darin:

Art. I. ... Die Zeitung soll das offizielle Organ des Vereins sein. Jede andere Zeitung, welche sich als offizielles Organ benimmt, soll, solange die Herren v. Schweitzer und Hofstetten die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrags erfüllen, desavouiert werden. Art. II. In der genannten Zeitung sind alle für die Öffentlichkeit bestimmten Aktenstücke des Präsidiums zu veröffentlichen. In betreff ihrer verpflichtet sich der Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, sie der Zeitung regelmäßig aus erster Hand zu liefern, während die Herren v. Hofstetten und Schweitzer sich verpflichten, sie schnellstens abzudrucken. Art. III. Das Präsidium empfiehlt nachdrücklich die Zeitung den Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zum Abonnement und zur Verbreitung. Das Präsidium hat die Bevollmächtigten der größeren Gemeinden anzuweisen, die Zeitung regelmäßig, und die der kleineren Gemeinden, die Zeitung über wichtige Fälle mit Berichten zu versorgen. Alle wichtigen Vereinskorrespondenzen, die von den Bevollmächtigten, Vorstandsmitgliedern oder den einfachen Mitgliedern des Vereins der Redaktion des Blattes zugeschickt werden, sollen dem Wesen nach, wo nicht ganz mitgeteilt werden. Art. IV. Die Herren v. Hofstetten und J. B. v. Schweitzer werden die ganze politische und soziale Richtung ihres Blattes derjenigen des Vereins im wesentlichen anpassen und sich hierüber immer mit Herrn Becker zu verständigen haben. Sie werden dem Präsidium gegenüber stets selbst und nur allein die Verantwortlichkeit für den Inhalt der Zeitung tragen.... Art. VI. Das Präsidium behandelt die Zeitung als oberstes Parteiorgan, solange die Haltung des Blattes mit der Haltung des Präsidiums im wesentlichen übereinstimmt. Hört diese Übereinstimmung auf und ist keine Verständigung möglich, so haben die Herren v. Schweitzer und v. Hofstetten auf das Verlangen des Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins den Titel: »Organ des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins« sogleich aufzugeben und eine Erklärung des Präsidiums, welche dies den Lesern bekannt macht, auf der ersten Seite des Blattes in fetter Schrift abzudrucken.

In diesem Schriftstück sind die Funktionen des Parteiorgans genau bezeichnet. Es soll einmal die Erlasse des Parteivorstandes, das heißt des Präsidiums, veröffentlichen. Das war damals wichtig, wo dem Verein kein anderes Organ zur Verfügung stand. Nur durch den »Sozialdemokrat« konnte die Welt erfahren, was das Präsidium ihr mitzuteilen hatte.

Nicht minder wichtig war die Veröffentlichung der Berichte über das Parteileben in den verschiedenen Gemeinden. Der Verein war noch in keinem Vertretungskörper, keinem Parlament, keinem Gemeinderat vertreten, die bürgerliche Presse nahm nicht Notiz von ihm. Wenn nicht das Parteiorgan die Genossen jedes Ortes regelmäßig darüber unterrichtete, was die Partei in anderen Orten tat und schuf, wäre Einheitlichkeit und innerer Zusammenhalt nicht aufrechtzuhalten gewesen.

Endlich als dritte Aufgabe des Parteiorgans wurde bezeichnet die Anpassung an die politische und soziale Richtung des Vereins und die Verständigung darüber mit dem Präsidenten.

Daß das Vereinsorgan als solches nur wirken konnte, wenn es in derselben Richtung marschierte wie der Verein selbst, ist ohne weiteres klar. Daß aber der Verein dann identifiziert wurde mit »Herrn Becker«, ist eine

Folge der diktatorischen Befugnisse, die Lassalle, allerdings nur für sic
dem Präsidenten des Vereins zugewiesen hatte. In seiner Rede über »di
Agitation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins« finden wir bekann
lich das Verlangen danach in die Worte zusammengefaßt:

Wir müssen unsrer aller Willen in einen einzigen Hammer zusamme
schmieden und diesen Hammer in die Hände eines Mannes legen, zu dessen I
telligenz, Charakter und gutem Willen wir das nötige Zutrauen haben, damit
aufschlagen kann mit diesem Hammer! ... Nur durch die Diktatur der Ein
sicht, nicht durch die Krankheit des individuellen Meinens und Nörgelns sind d
großen, gewaltigen Übergangsarbeiten der Gesellschaft zu bewerkstelligen.

Gegenüber dieser Forderung der »Diktatur der Einsicht« war die Fo
derung der Verständigung der Herren v. Schweitzer und v. Hofstetten m
Herrn Becker noch milde gefaßt. Aber auch diese Verständigung gelan
Becker nicht. Was ein Lassalle einer Masse von Neulingen gegenüber b
anspruchen konnte, vermochte ein Becker einem Schweitzer gegenüber nic
durchzusetzen. Der Redakteur des Zentralorgans rebellierte bald gegen de
Parteivorstand und erwies sich dabei als der Überlegene.

Zwischen dem Präsidenten, Bernhard Becker, und der Redaktion des »S
zialdemokrat« stellten sich alsbald erhebliche Differenzen ein, die schließlich i
einen öffentlichen Skandal ausarteten, der die Auflösung des Vereins unfehlb
zur Folge gehabt hätte, wenn nicht die Vereinsmitglieder energisch eingeschritte
wären, namentlich der jetzige Vereinspräsident, Herr Hasenclever und ic
(C. W. Tölcke, Zweck, Mittel und Organisation des Allgemeinen Deutschen A
beitervereins, Berlin 1873.)

Becker legte das Präsidium im November 1865 nieder, als der wir
liche leitende Kopf im Verein erwies sich Schweitzer, der nach mannigfache
Irrungen und Wirrungen auch zum Präsidenten gewählt wurde (1867).

Damit war die »Diktatur der Einsicht« tatsächlich erreicht, alle Mach
mittel der Partei in den Händen eines Mannes konzentriert: der R
dakteur des einzigen Organs der Partei gleichzeitig auch ihr Präsident. Ei
Parteivorstand, der das Zentralorgan als einziges Parteiorgan selbst r
digiert: eine stärkere Bürgschaft der Einheit der Partei sollte nicht denkb
sein. Zunächst nahm der Verein auch einen gewaltigen Aufschwung, un
doch trug gerade die Diktatur der Einsicht den Keim des Verderbens in sic

Nach der bereits zitierten Schrift Tölckes betrug die Zahl der Mi
glieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 1865 9421. Infolge de
inneren Zwistigkeiten sank sie bis 1867 auf 2508. Dann stieg sie rasch a
12 035 im Jahre 1869. Von da an setzte rascher, unaufhaltsamer Niede
gang ein. 1871 zählte der Verein nur noch 5356. Gleichzeitig schwanden di
Abonnenten des Parteiorgans. Sie betrugen nach derselben Quelle im M
1871 nur noch 2700. Unter solchen Umständen war es nicht länger zu halte
Schweitzer legte das Präsidium nieder und stellte das Erscheinen des »So
zialdemokrat« ein. An Stelle des abtretenden Präsidenten wurde Hase
clever berufen. Und gleichzeitig ein neues Parteiorgan gegründet. Es führt
den Titel: »Der Neue Sozialdemokrat. Organ und Eigentum des Al
gemeinen Deutschen Arbeitervereins«. Nun erst hatte der Verein ein wir
liches Organ, eines, das nicht bloß für ihn schrieb, sondern auch eines, da
ihm selbst gehörte. Redakteure wurden Hasselmann und Hasenclever. Re
daktion des Parteiorgans und Präsidium waren also abermals wenigsten

teilweise vereinigt. Doch kam es zu keiner Diktatur mehr und auch zu keinen inneren Konflikten: Hasenclever war keine so überragende Persönlichkeit wie Schweitzer. Überdies eine versöhnliche Natur. Er vertrug sich sogar mit dem eifersüchtigen und herrschsüchtigen Hasselmann. Aber der Mangel an Konflikt wurde erkauft durch einen anderen, weniger erfreulichen Mangel. Hasselmann hinderte das Aufkommen jeder schriftstellerischen Kraft neben der seinen im »Neuen Sozialdemokrat«, und der blieb das einzige Parteiorgan. Tölcke erklärte mit Stolz 1873 in der schon mehrfach zitierten Schrift:

Der »Neue Sozialdemokrat« ist in Deutschland das einzige Arbeiterblatt im wahren Sinne des Wortes, welches die Interessen der Arbeiterklasse in jeder Beziehung kräftig vertritt. (2. Teil, S. 99.)

Er war sich dessen gar nicht bewußt, welches Armutszeugnis er seiner Partei damit ausstellte.

So wenig wie in Beziehung auf die Form der Organisation ist in Beziehung auf die Gestaltung der Preßverhältnisse der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein für unsere Partei vorbildlich geworden, trotz der bedeutenden Leistungen seiner Redner und Organisatoren.

3. Der »Volksstaat«.

Mehrere Jahre, ehe Tölcke den »Neuen Sozialdemokrat« das einzige Arbeiterblatt Deutschlands nannte, zu einer Zeit, als noch der Schweitzersche »Sozialdemokrat« bestand, hatte sich schon neben dem »Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein« eine »Sozialdemokratische Arbeiterpartei« gebildet, auf dem Eisenacher Kongreß 1869, die von Anfang an ein eigenes Parteiorgan hatte, den von Liebknecht redigierten »Volksstaat«, dessen Vorläufer das »Demokratische Wochenblatt« war, das der Ausschuß der Volkspartei in Sachsen, Liebknecht, Bebel, Freytag seit 1868 herausgaben.

Der Kern dieser Partei war über die kleinbürgerliche Demokratie zum Sozialismus gekommen. Ihr proletarisches Klassenbewußtsein äußerte sich weniger schroff als im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, sie predigten nicht das Evangelium der »schwieligen Arbeiterfaust«, die Zahl der Akademiker, damit auch der schriftstellerisch befähigten Leute unter ihnen war größer. Die Lebensbedingungen des Proletariats entwickeln eher die rednerischen und organisatorischen Fähigkeiten als die schriftstellerischen.

Theoretisch standen die Eisenacher auf demselben Boden wie die Lassalleaner, aber sie unterlagen nicht dem Einfluß der Persönlichkeit Lassalles und des mit ihr getriebenen Kultus. Und das demokratische Bewußtsein war bei ihnen stärker entwickelt. Im Gegensatz zur streng zentralistischen Organisation, die auf die Persönlichkeit Lassalles zugeschnitten war, gaben sie sich eine losere demokratische Organisation, die sich bewährt und die Partei bis heute zusammengehalten hat, während die Überspannung des Einheits- und Disziplingedankens im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein jede ernsthafte Opposition gegen die Parteileitung zur Meuterei stempelte und damit das sich immer wieder erneuernde Auftreten von Meutereien und Spaltungen unvermeidlich machte.

Die Parteipresse gedieh unter den Bedingungen der Eisenacher weit besser als unter denen der Lassalleaner. Die größere Zahl wissenschaftlich gebildeter Mitglieder verlieh nicht nur dem »Volksstaat« weit mehr Man-

nigfaltigkeit und hob ihn auf ein höheres Niveau, als der »Neue Sozial
demokrat« erreichte. Sie führte auch im Verein mit der größeren Selb
ständigkeit der lokalen Organisationen dazu, daß neben dem ursprüngliche
Parteiorgan bald eine Reihe von Lokalblättern erstand. Trotzdem di
Eisenacher an Zahl und Geldmitteln stets schwächer waren als die Las
salleaner, verfügten sie bald über eine stärkere Broschürenliteratur un
periodische Presse.

Bereits 1870 gründete Karl Hirsch in Krimmitschau den »Bürger- un
Bauernfreund«, das erste täglich erscheinende Lokalblatt der Partei. In
nächsten Jahre gesellten sich dazu der »Dresdener Volksbote«, die »Chem
nitzer Freie Presse«, der »Braunschweiger Volksfreund«, das »Fürthe
Demokratische Wochenblatt«. Ihnen folgten 1873 die »Hofer Zeitung«, de
»Geraer Volksfreund«, der »Thüringer Volksbote« in Eisenach, die »Süd
deutsche Volksstimme« in Mainz, der »Zeitgeist« in München.

Durch das Auftreten dieser lokalen Presse ward erst das Parteiorgan
»Der Volksstaat«, zum Zentralorgan. Diesen Charakter erhält es durc
seinen Unterschied vom Lokalblatt. Daraus, daß beide für einen verschie
denen Kreis wirken, ergeben sich sehr verschiedene Funktionen. Das Lokal
blatt erscheint gleichzeitig mit der bürgerlichen Nachrichtenpresse seines Be
zirkes. Es hat die Aufgabe und ist auch mehr oder weniger imstande, j
nach den ihm zur Verfügung stehenden Kräften die bürgerliche Presse i
proletarischen und sozialistischen Kreisen zu ersetzen und zu verdrängen. E
darf daher nicht bloß Parteinachrichten bringen, sondern soll über all
Weltbegebenheiten berichten, die von allgemeinem Interesse sind, ebenso wi
über alle lokalen Vorkommnisse, die seinen Leserkreis berühren können.

Das Zentralorgan ist das Organ nicht eines beschränkten Bezirkes, son
dern der Gesamtpartei im ganzen Reich. Schon das schließt lokale Bericht
erstattung aus. Bei diesem Charakter kann es aber auch in der Bericht
erstattung über die Weltbegebenheiten nicht mit der lokalen Presse kon
kurrieren, denn selbst wenn es täglich erschienen wäre, was damals nich
der Fall war, hätte es außerhalb seines Herstellungsgebiets überall späte
in die Hände der Leser kommen müssen als die lokale Presse. Das Zentral
organ war daher auch über die Weltbegebenheiten kein Nachrichtenblatt. E
verdrängte die Lokalpresse nicht, sondern setzte sie voraus — also die Lek
türe der bürgerlichen Presse dort, wo keine sozialistische Lokalpresse bestand
Es lieferte den Kommentar zu ihren Nachrichten.

Als Organ, das sich, im Gegensatz zu den lokalen Blättern, an die ge
samte Partei wendete, wurde das Zentralorgan auch vor jenen von alle
schriftstellerisch befähigten Kräften der Partei für Publikationen von all
gemeinem Interesse bevorzugt. Es wurde der Sammelpunkt der wissen
schaftlichen Arbeiten der Partei, soweit sie für die periodische Press
paßten. Es war aber auch das einzige Blatt der Partei, das für solche Ar
beiten einen breiteren Leserkreis erwarten ließ. Das lokale Blatt wende
sich nicht bloß an die geschulten Parteigenossen. Die würden nicht aus
reichen, es zu erhalten, und es soll ja auch die noch nicht für uns gewon
nenen Elemente der proletarischen Massen für uns interessieren. Schwer
wissenschaftliche Kost würde diese abschrecken. Das Zentralorgan dagege
wurde von der Elite der Partei gelesen, von Arbeitern, bei denen man scho
einiges Wissen, und bei denen man vor allem einen starken Drang nac

Wissen voraussetzen durfte. Daher wurde das Zentralorgan naturgemäß auch zum wissenschaftlichen Organ der Partei.

Dabei war es aber auch Nachrichtenblatt in einem gewissen Sinne. Es veröffentlichte die für die Gesamtpartei wichtigen Nachrichten, die die bürgerliche Presse nicht brachte und auch die lokale Parteipresse nicht immer bringen konnte, weil sie nur für einen geringen Teil ihrer Leser von Interesse waren. Es publizierte die Erlasse des Parteivorstandes, daneben aber auch regelmäßige Berichte über die Parteitätigkeit an den einzelnen größeren Orten des Reiches sowie über die wichtigsten Vorkommnisse der sozialistischen und proletarischen Bewegungen des Auslandes. So gewann daraus ein jeder ein Bild der Gesamttätigkeit der Partei und der Internationale.

Diese letzteren Funktionen des Zentralorgans deckten sich mit jenen, die in den Artikeln II und III des Vertrags festgestellt werden, den 1865 Bernhard Becker mit Schweitzer und Hofstetten abschloß. Aber die Artikel IV und VI jenes Vertrags finden kein Gegenstück in der Stellung des Zentralorgans der Eisenacher. Dort war verlangt worden, daß die Redaktion sich stets mit dem Präsidenten über die Haltung des Blattes verständigen solle und daß es aufhöre, Parteiorgan zu sein, wenn die Verständigung nicht gelinge und die Haltung des Organs mit der des Präsidenten nicht übereinstimme. Von alledem ist bei der demokratischen Verfassung der Eisenacher keine Rede. Das Zentralorgan unterscheidet sich von der Lokalpresse nicht dadurch, daß es Organ des Parteivorstandes, sondern dadurch, daß es das Organ der gesamten Partei ist. Da diese keine juristische Person war, wurde es formell Eigentum einer Genossenschaft.

Der Artikel XVIII der Statuten der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die der Eisenacher Kongreß beschloß, lautete:

Die Partei gründet eine Zeitung als Organ unter dem Namen »Der Volksstaat«, Organ der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Das Organ erscheint in Leipzig und ist Eigentum der Partei. Personen und Gehalt des Redaktions- und Expeditionspersonals, des Druckers, Preis des Blattes wird durch den Ausschuß (Parteivorstand) bestimmt. Streitigkeiten hierüber entscheidet die Kontrollkommission, in letzter Instanz der Parteikongreß. *Die Haltung des Blattes ist streng dem Parteiprogramm anzupassen.* Einsendungen von Parteigenossen, die demselben (dem Parteiprogramm) entsprechen, sind — soweit der Raum des Blattes ausreicht — unentgeltlich aufzunehmen. Beschwerden über Nichtaufnahme oder tendenziöse Färbung der Einsendungen sind bei dem Ausschuß, in zweiter Instanz bei der Kontrollkommission anzubringen, der die endgültige Entscheidung zusteht.

Von einer Verständigung mit dem Parteivorstand, wie in dem Becker-Schweitzerschen Vertrag, ist hier keine Rede. Der »Volksstaat« ging auch stets seinen eigenen Weg, war nie das Organ des Parteivorstandes, stand mitunter in sehr scharfem Gegensatz zu diesem, so nach dem Ausbruch des Krieges von 1870. Der Vorstand hütete sich wohl vor jedem Versuch, die Redaktion deshalb disziplinieren oder gar einer Zensur unterwerfen zu wollen. Sie wäre bei Wilhelm Liebknecht sowie bei Bebel, dem eifrigsten Mitarbeiter Liebknechts, dabei schön angekommen!

Diese Selbständigkeit der Redaktion ist für ein Zentralorgan noch notwendiger als für eine lokale Zeitung. Im Gegensatz zu dieser soll es von leitender Bedeutung für die Gesamtpartei werden. Natürlich hat es nicht als

Leithammel zu fungieren, dem die anderen ohne Überlegen nachlaufen, sondern es muß zu seinen Redakteuren und Mitarbeitern die hervorragendsten Köpfe der Partei zählen, die durch ihre Informationen, ihre Erfahrungen, ihre Schulung imstande sind, stets den Parteigenossen Einsichten zu vermitteln, die allseitige Beachtung finden.

Männer von so überragender Bedeutung gewinnt man nur dann zu Redakteuren, wenn man ihnen völlige Freiheit der Meinungsäußerung sichert. Nur unbedeutende oder charakterlose Leute begeben sich in geistige Abhängigkeit von anderen. Die offiziöse Journalistik ist nie hochgeschätzt worden.

Natürlich soll dabei das Parteiorgan Organ der Partei bleiben, nicht Privateigentum des Redakteurs werden. Das erreicht man aber nicht dadurch, daß die Organisationsleitung dem Redakteur seine Richtung vorschreibt, sondern nur dadurch, daß der Organisation stets das Recht gewahrt bleiben muß, den Redakteur abzusetzen, sobald er ihr Vertrauen nicht mehr genießt. Das juristische Recht zur Absetzung hat sie natürlich jederzeit, das moralische schon dann, wenn sie eine Persönlichkeit weiß, die dem augenblicklichen Redakteur überlegen ist. Noch mehr natürlich dann, wenn dieser sich als unfähig erweist, ebenso aber auch in dem Falle, wenn die Organisation eine tiefgehende Wandlung ihrer Anschauungen durchmacht, bei der der Redakteur nicht mitgeht oder umgekehrt.

Natürlich ist die Absetzung eines bisher anerkannten Vorkämpfers stets eine peinliche Operation. Ob sie das Ansehen derjenigen hebt, die sie vornehmen, hängt ab nicht nur von dem Grade des Ansehens, das sich der Abgesetzte zu wahren wußte, sondern auch von dem Ansehen seines Nachfolgers. Die Verbesserung einer Redaktion durch eine Veränderung der Personen der Redakteure wird stets allgemeinen Beifall finden und gerechtfertigt sein, auch wenn sie einzelne noch so hart trifft. Von Maßregelung darf man in diesem Falle nicht reden.

Das Parteiorgan ist der Partei und nicht der Redakteure wegen da.

4. Der »Vorwärts« vor dem Sozialistengesetz.

Sechs Jahre lang dauerte der Bruderkampf der Lassalleaner und Eisenacher, dann nahm er ein Ende, wie so mancher unserer inneren Kämpfe nicht dadurch, daß der eine Teil den anderen überwand, sondern dadurch, daß der Streitgegenstand aufhörte zu existieren, so daß die Fortführung des Zwistes sinnlos und ein Zusammenarbeiten möglich, ja notwendig wurde, ohne daß es Sieger und Besiegte gab.

Eine Hauptursache der Spaltung hatte die deutsche Frage gebildet. Noch im Jahre 1868 hatte das »Demokratische Wochenblatt« in seinem Programmartikel (4. Januar) darüber geschrieben:

> Was die deutsche Frage betrifft, so erstreben wir den einen deutschen Volksstaat (das heißt eine Republik), der alle Stämme des großen Vaterlandes (selbstverständlich auch die Deutschösterreicher) unter dem gemeinsamen Banner der Freiheit vereinigt, und werden Krieg auf Leben und Tod führen gegen jene verderbliche Politik, deren Endziel die Vergrößerung Preußens und die Verkleinerung Deutschlands ist.

Das richtete sich auch gegen Schweitzer. Dieses Streitobjekt wurde aber durch die Ereignisse des Jahres 1870 wenigstens für absehbare Zeit aus der

Welt geschafft. Gleichzeitig verschwand auch die andere, damit eng zusammenhängende Frage des Verhältnisses der Arbeiterbewegung zur preußischen Regierung. Auch der vertrauensseligste Arbeiter erwartete nichts mehr von Bismarck. Gerade gegen den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein wendeten sich nun die preußischen Polizisten und Staatsanwälte mit besonderer Schärfe. Damit wurde endlich das dritte Streitobjekt weggeräumt, der Gegensatz zwischen der straff zentralisierten lassalleanischen Organisationsform und dem losen Föderalismus der Eisenacher. Er stand der Einigung noch im Wege, nachdem die Abgeordneten der beiden Richtungen im Reichstag und die Mitglieder der beiden Organisationen hier und da in der Kleinarbeit sich schon näher gekommen waren. Da löste Tessendorf den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein auf. Damit war das letzte Hindernis der Einigung gefallen. In theoretischer Erkenntnis gab es zwischen den beiden Richtungen keinen Unterschied. In der Beziehung waren beide noch lassalleanisch.

So kam es 1875 auf dem Gothaer Kongreß zur Einigung. Sie vollzog sich ziemlich schmerzlos. Doch vor den Zentralorganen machte sie halt. Es gelang nicht ebenso leicht, die bisher getrennten Organisationen unter den Hut eines Zentralorgans zu bringen, wie unter den Hut des einen Parteivorstandes. Auch das beweist, daß die Hauptorgane ihre besondere, von der des Parteivorstandes unabhängige Bewegung hatten. Der »Neue Sozialdemokrat« und der »Volksstaat« blieben vorläufig nebeneinander bestehen, was schon dadurch ermöglicht wurde, daß sie in verschiedenen Orten erschienen, jener in Berlin, dieser in Leipzig. Auch im Personal der Redaktionen trat keine Änderung ein.

Zentralorgane konnte man die beiden Blätter nicht nennen. Es gibt für jeden Kreis nur ein Zentrum. Eher könnte man das Bild der beiden Brennpunkte einer Ellipse gebrauchen. Und sie waren in der Tat die Brennpunkte des geistigen Lebens der Partei und nicht das Mundstück einer zentralen Behörde.

Liebknecht fand sogar, obwohl er ein einziges Zentralorgan vorzog, in dem Bestehen der beiden Blätter einen gewissen Vorzug. Er sagte auf dem Kongreß:

> Er sei ein entschiedener Freund eines einzigen offiziellen Organs. Hierüber sei auch keine Meinungsverschiedenheit in der ganzen Partei. Es handelt sich nur darum, wann und wie das offizielle Organ herzustellen sei. Jetzt ist's noch unmöglich. Jedenfalls darf es nicht auf Kosten der schon vorhandenen Organe gegründet werden. Das Projekt, eines der beiden Blätter zu zerstören, sei ein vandalisches. Wir brauchen beide Blätter und mehr. Die Partei auf ein einziges Blatt beschränken, hieße sie zum geistigen Tode verurteilen. Bei zwei Blättern hört die Gefahr der (von einigen Rednern gefürchteten) »Gedankenfabrik« auf. (Protokoll, S. 67.)

Trotzdem kam es schon im nächsten Jahre zur Verschmelzung der beiden Blätter. Schon ihr finanzieller Notstand zwang dazu. Die Entwicklung der Lokalpresse machte seit der Einigung rasch weitere Fortschritte, nun auch in den bis dahin vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein beherrschten Gebieten. Am 1. Januar 1876 erschien die »Berliner Freie Presse«. Die Gründung des »Hamburg-Altonaer Volksblatt« wurde geplant und im November 1876 auch durchgeführt. In seinem Bericht vor dem Gothaer Kon-

greß dieses Jahres konnte Auer ein glänzendes Bild der Entwicklung de Partei seit der Einigung vorführen. Unter anderem war seitdem die Zah ihrer politischen Blätter um 12 neue vermehrt worden, so daß sie nun in ganzen 23 politische Organe zählte, darunter 8 tägliche. Aber diese Entwick lung hatte für die beiden offiziellen Organe ihre dunkle Kehrseite: sie nah men an Abonnenten stetig ab. Die Masse der Parteigenossen fand in den Lokalblättern bereits alles, was sie brauchte. Zum großen Teil konnte da offizielle Organ nur hinterdrein mit etwas anderen Worten dasselbe sagen was die Leser schon vorher in ihrem Lokalblatt gelesen hatten. Auf ein Zentralorgan völlig zu verzichten, ging aber noch nicht an, dazu war di lokale Presse doch nicht entwickelt genug. Ihr Eingehen hätte die Genossen der Orte ohne Lokalblatt jedes Parteiorgans beraubt. Man suchte den beiden Hauptorganen dadurch aufzuhelfen, daß man sie zu einem einzigen verschmolz. So sagte auf dem Kongreß Heyer (Altona):

Vom »Neuen Sozialdemokrat« haben wir schon 11 000 Abonnenten verloren Wir sind es der Partei schuldig, das Zentralorgan so bald als möglich erscheinen zu lassen.

Und Hadlich (Leipzig):

Es liegt im Interesse der Partei, daß das Zentralorgan geschaffen werde Beide Blätter haben Abonnenten verloren und stehen auf 600 respektive 5500 Abonnenten. Sie werfen also für die Partei wenig, respektiv nichts ab. Ein Zentralorgan wird aber mindestens 8000 Abonnenten erreichen un so schon bedeutende Überschüsse erzielen.

Die Vereinigung der beiden Blätter wurde beschlossen, die Partei hatt wieder ein Zentralorgan, den »Vorwärts«.

Bemerkenswert ist, daß seine Redakteure nicht vom Parteivorstand sondern vom Parteitag gewählt wurden. Sie wurden damit dem Vorstand nicht untergeordnet, sondern beigeordnet.

Schon der Kongreß von 1875 hatte in den Statuten der Partei bestimmt

§ 15. Die Redakteure, die ständigen Mitarbeiter und die Expedienten der in § 14 genannten Organe (der beiden »offiziellen Organe«) werden, soweit dieses nicht der Kongreß dem Vorstand überweist, auf dem Kongreß gewählt.

Der § 16 wies dem Vorstand die »Überwachung der geschäftlichen Leitung der in § 14 genannten Parteiorgane« zu. Der § 17 endlich sagte: »Der Vorstand ist berechtigt, bei Pflichtverletzung die Redakteure und Expedienten ihres Amtes zu entheben.« Diesen stand Berufung an Kontrollkommission und Parteitag zu. Eine andere Einwirkung auf die »offiziellen Organe« durch die Parteileitung setzte das Parteistatut nicht fest.

Auf dem Kongreß 1876 wurde es nun wirklich notwendig, die Redakteure für das neue Zentralorgan zu wählen. Neben Liebknecht schlug man Hasselmann vor, der aber mit Liebknecht nicht zusammenarbeiten wollte und Ausflüchte machte. An seiner Stelle wurde dann Hasenclever gewählt, der mit Liebknecht vortrefflich auskam. Doch sollte der Aufstieg, den die Verschmelzung dem Zentralorgan brachte, nicht lange dauern.

Das Jahr 1877 brachte eine Arbeitsteilung in der Parteipresse, durch die das Wirkungsgebiet des Zentralorgans von neuem, wenn auch nicht in so hohem Grade wie durch die Lokalpresse, eingeengt wurde: der Kongreß dieses Jahres beschloß die Herausgabe einer wissenschaftlichen Zeitschrift.

Es war die Halbmonatsschrift »Zukunft«, herausgegeben von Karl Höchberg, der sie nicht bloß redigierte, sondern auch ihr Defizit deckte.

Am meisten aber setzte dem Zentralorgan die Lokalpresse zu. Auer machte darüber mehrfache Äußerungen auf dem Hallenser Parteitag von 1890, als dort über das Zentralorgan verhandelt wurde. So sagte er zum Beispiel:

In demselben Hamburg, das einen relativ gut genährten und bezahlten Arbeiterstand hat, wo die Arbeiter auch wirklich etwas für ihre Partei hingeben, das 22 000 Abonnenten für sein Lokalblatt hatte, wo die Genossen stets auf der Zentralisation und der Notwendigkeit eines Zentralorgans bestanden, in diesem Hamburg hatte der »Vorwärts« in den zwei Jahren vor dem Sozialistengesetz fortgesetzten Rückgang. (Protokoll, S. 155.)

Und früher schon:

Wo Lokalblätter entstanden, ging der »Vorwärts« zurück. Dazu kam die Konkurrenz der »Berliner Freien Presse«. Man sagte sich in der Provinz, der »Vorwärts« bringt alles zwei bis drei Tage später als die »Freie Presse«. Die »Freie Presse« nahm an Abonnenten fortwährend zu, der »Vorwärts« ging zurück.

Selbst als Publikationsorgan des Vorstandes kam der dreimal in der Woche erscheinende »Vorwärts« nicht immer zurecht. In dringenden Fällen zog der Vorstand das täglich erscheinende Berliner Lokalblatt vor.

So kam es dahin, daß der »Vorwärts«, der nach der Verschmelzung der beiden früheren offiziellen Organe eine Auflage von 12 000 erreicht hatte, binnen kurzem auf 7000 herabsank. Eine Krisis, eine Neuordnung der Verhältnisse des Zentralorgans schien unvermeidlich. Da kam die größere Krisis: das Sozialistengesetz und schuf neue Bedingungen für ein Zentralorgan. (Schluß folgt.)

Zur Arbeitsbeschaffung nach dem Kriege.

Von Rudolf Wissell.

Noch können wir die ersten Lichtblicke des kommenden Friedens nicht sehen. Noch wissen wir nicht, wann er den ungeduldig harrenden Völkern beschert werden wird, und doch harren unserer überaus dringliche Aufgaben im Innern, die der Zeit des Friedens dienen sollen.

Wie werden sich die Verhältnisse gestalten, wenn der Friede wiedergekehrt sein wird, wenn all die Millionen, die heute der volkswirtschaftlichen Arbeit entzogen sind, zurückkehren, bereit, die Arbeit des bürgerlichen Lebens wieder aufzunehmen? Eine Frage, die man weit und eng fassen kann, die in beiden Fällen überaus schwer zu beantworten ist und die vielleicht gerade deshalb noch kaum angeschnitten, geschweige denn beantwortet ist. Was ist in dieser Hinsicht zugunsten derer, die im Sturm und Grauen des Krieges gestanden haben, geschehen, was muß zu ihren Gunsten geschehen?

Für die im Krieg Beschädigten sind überall Kräfte am Werke, sie möglichst vollständig wieder zu brauchbaren und dienstwilligen Gliedern unseres volkswirtschaftlichen Lebens zu machen. Nicht nur auf dem rein chirurgisch-medizinischen Gebiet. Die bürgerliche Kriegsbeschädigtenfürsorge müht sich um sie. Das »Bürgerliche« im Sinne volkswirtschaftlicher Betätigung auf-

gefaßt. Unter Anteilnahme der Arbeiterschaft aller Parteistellungen. Einmal, um dem Beschädigten die Möglichkeit zu geben, die ihm verbliebene Arbeitskraft zu seinem wirtschaftlichen Nutzen nach Möglichkeit zu verwerten, dann, um ihm einen Lebensinhalt wiederzugeben, ihn vor dem Schlimmsten zu bewahren, das einem Menschen geschehen kann, ohne Lebensaufgabe dahinzuleben, weil er sich des kostbarsten Gutes, das den Menschen gegeben ist, der Arbeit, noch erfreuen soll. Und schließlich auch, um der Volkswirtschaft zu nützen, um die in den Kriegsbeschädigten noch steckende Kraft nicht nutzlos brachliegen zu lassen. Diesen Zielen dient die Berufsberatung, die Arbeitsbeschaffung, dienen die in Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften getroffenen Vereinbarungen, durch die verhindert werden soll, daß der Rentenbezug des Kriegsbeschädigten ein Mittel des Lohndrucks wird, und durch die erreicht werden soll, daß die Kriegsbeschädigten vollwertig nach ihrer Arbeitsleistung entlohnt werden.

Aber diese Arbeitsfürsorge ist nicht die wesentlichste, so wichtig sie auch ist, so sehr sie als elementare Pflicht des Volkes denen gegenüber, die im Sturm und Feuer gestanden, gelten muß. Auch denen gegenüber gilt's, Pflichten zu erfüllen, die äußerlich gesund aus dem Felde heimkehren. Wenn sie nach dem Friedensschluß zurückkommen, darf nicht die Not und das Grauen der Arbeitslosigkeit, der Existenzlosigkeit sie umfangen, dann müssen sie im grauen Alltagsleben des bürgerlichen Berufs ihren Platz sofort wieder finden und ausfüllen können. Nicht dann erst muß versucht werden, mittels Improvisationen den Bedürfnissen der Zeit gerecht zu werden. Dann muß schon ein festumrissener, in allen seinen Einzelheiten klar durchdachter Plan vorliegen, nach dem die Unterbringung der heimgekehrten Soldaten in den früheren Beruf erfolgt. Dem Demobilisationsplan der Heeresverwaltung muß der Mobilisationsplan für die Umrangierung unserer ganzen Volkswirtschaft vom Kriegs- auf den Friedensfuß ergänzend zur Seite treten. Es darf nicht so kommen, wie beim Ausbruch des Krieges, wo wohl der Mobilisationsplan der Heeresverwaltung vorlag und in allen seinen Einzelheiten geklappt hat, wo aber der wirtschaftliche Mobilisationsplan ganz fehlte und wo mittels Improvisationen das Vergessene nachzuholen versucht wurde. Vielleicht ist das Fehlen dieses Planes ein Beweis mit dafür, daß Deutschland nicht an einen Krieg gedacht oder ihn doch nicht gewollt hat! Und dieser Mobilisationsplan muß auch vorsehen, daß die Umstellung des Wirtschaftslebens sich rasch vollziehe, daß nicht die Heeresverwaltung zur Entlassung bereitstehende Mannschaften zurückhalten muß, damit das innere Leben nicht gar zu schweren Erschütterungen ausgesetzt wird. Dann darf die Arbeitskraft der Heimkehrenden nach der Erholung von den durchgemachten Strapazen nicht unnütz brachliegen, dann muß sofortige Arbeitsmöglichkeit für sie gegeben sein.

Was durch mangelnde Vorsorge an Arbeitskraft der Volkswirtschaft verloren geht, ist ein nicht zu verantwortender Verlust, der um so schwerer wiegt, als der Werte schaffenden Arbeit in der dem Kriege folgenden Zeit ein so überaus großes Feld der Betätigung zum Ersatz des im Kriege Vernichteten offensteht. Rein tatsächlich, volkswirtschaftlich betrachtet.

Wenn der Heimkehrende nur Monate oder auch nur Wochen brachliegen müßte, so ist der daraus entspringende volkswirtschaftliche Verlust so groß, daß er in gar keinem Verhältnis steht zu dem volkswirtschaftlichen

Gewinn, der aus der erstrebten Arbeit der Kriegsbeschädigten erwachsen soll. Und welcher Vorbereitungen und Arbeit hat es bedurft, um diesen kleinen — relativ genommen — Gewinn zu sichern.

Wenn ich die volkswirtschaftlichen Interessen an die Spitze meiner Ausführungen gestellt habe, so nicht, weil ich etwa den ethischen und sozialen eine mindere Bedeutung beimesse. Sie drängen sich ja von selbst auf.

Der Zusammenhang wirtschaftlicher Verhältnisse mit den sozialen — ich nenne nur Alkoholismus und Kriminalität — ist zu bekannt, als daß ich nur darauf hinzuweisen brauchte.

Die sozialen Wirren, die eine Zeit millionenfacher Arbeitslosigkeit mit ihrer Not und ihrem Elend und nicht gekannten Preisen der wichtigsten Lebensmittel und sonstigen Lebensbedürfnisse mit Naturnotwendigkeit mit sich bringen müßte, lassen sich gar nicht ausdenken. Es fehlt jeder Maßstab, an den man sich halten könnte, um hier ein zutreffendes Bild zu zeichnen. Das eine nur dürfte sicher sein, daß diejenigen, die die Flügel des Todes mehr wie einmal über sich sahen, sich nicht willenlos in das Schicksal ergeben werden. Das Recht auf Arbeit, auf lohnende Arbeit, würden sie und es würde sich selbst mit elementarer Gewalt geltend machen.

Riesengroß und drohend erheben sich hier Aufgaben, die sofortige Inangriffnahme erfordern. Wer sich auf dem Gebiet der Kriegsbeschädigtenfürsorge umgesehen hat, wer da weiß, wie überaus schwer es gewesen ist, zu einer einheitlichen Handhabung und Leitung zu gelangen, all die Kräfte im ganzen Reiche auf den gleichen Weg zu bringen, wer den überaus großen Apparat kennt, der hier in Funktion getreten ist, um aus ethischen, sozialen und volkswirtschaftlichen Gründen den Kriegsbeschädigten die Arbeitsmöglichkeit wieder zu gewährleisten, der erkennt die ungeheuren Schwierigkeiten, die hier obwalten, die gewaltige Größe der zu bewältigenden Aufgabe. Der erkennt aber auch, wie dringend notwendig es ist, die Aufgaben sofort in Angriff zu nehmen.

In meinen bisherigen Darlegungen liegt die unausgesprochene Befürchtung, daß die Umstellung des Wirtschaftslebens sich nicht so schnell und rasch vollziehe, wie es beim Ausbruch des Krieges, trotz all der riesengroßen Arbeitslosigkeit, die eintrat, der Fall war. Keiner kann wissen, wie die Verhältnisse beim Kriegsende sein werden. Nur Vermutungen kann man hegen. Sie können zutreffen und können irrig sein. Man hat keine Vergleichsmöglichkeit in den Verhältnissen nach 1870/71. Damals war der Krieg relativ kurz; damals war die Zahl der Kriegsteilnehmer im Verhältnis zur Einwohnerzahl nur ein Bruchteil der heutigen; damals war nicht das ganze Volk von ihm so erfaßt und durcheinander geschüttelt wie heute. Damals war die Landwirtschaft noch die Hauptbeschäftigung des Volkes. Damals waren die wirtschaftlichen Hilfsquellen des Landes nicht so in Anspruch genommen und die Zufuhr nicht unterbunden. Damals floß ein Milliardensegen über das Land. Kurz, damals waren die Verhältnisse ganz andere wie heute. Wir haben auch keine Vergleichsmöglichkeit in den Verhältnissen nach den Balkankriegen 1912/13, ganz abgesehen davon, daß darüber noch viel zu wenig bekanntgeworden ist.

G. Eckstein meint in seiner Abhandlung »Der Krieg und der Sozialismus«,[1] daß die heutige Lage Deutschlands und Österreichs noch die meiste

[1] Siehe Neue Zeit, XXXIV, 1, S. 334.

Ähnlichkeit mit der Englands während des mehr als zwei Jahrzehnte dauernden Krieges gegen die französische Republik und dann gegen Napoleon biete, und er scheint das auch für die Zeit nach dem Friedensschluß gelten lassen zu wollen. Dann aber werden die Verhältnisse sehr trübe sein.

Wie sich die Verhältnisse beim Friedensschluß gestalten werden, liegt jedenfalls ganz im dunkeln.

Die Frage hat kein Präzedens, hat fast gar keine Literatur. Unsere junge Wissenschaft, die Sozialpolitik, hat noch keine Gelegenheit gehabt, sich mit der Frage zu beschäftigen, was zu geschehen habe, damit die heimkehrenden Krieger möglichst glatt und rasch wieder in das friedliche Geleise des bürgerlichen Lebens geraten, möglichst bald wieder zu Beschäftigung, Verdienst und Brot kommen.

Die Erörterung des Problems ist schon darum schwierig, weil jede statistische Grundlage fehlt. Wir wissen nicht, wie viele von den Abgerückten heil zurückkehren und wie sie sich nach den verschiedenen Produktionszweigen und Berufen verteilen werden. Auch können wir uns nur in Voraussetzungen in der Hinsicht einlassen, wie sich die Verhältnisse unmittelbar nach dem Ende des Krieges und in den nächsten folgenden Jahren ausgestalten würden.

So sagt Dr. E. Somogyi in seinem überaus lesenswerten Buche: »Der Arbeitsmarkt nach dem Kriege«,[2] auf das ich im weiteren noch mehrfach zurückgreifen werde.

Somogyi hat im engeren Kreise seiner Bekannten, die im wirtschaftlichen Leben tätig sind, herumgefragt, wie sie sich auf Grund der ihnen zur Verfügung stehenden Daten die Ausgestaltung der Verhältnisse nach Kriegsschluß vorstellen. Die meisten fassen die Ausgestaltung der Verhältnisse nach dem Kriege sehr optimistisch auf und beurteilen fast ausnahmslos die Lage als günstig. Sie glauben, bei Kriegsschluß werde der Arbeitsmarkt die vielen zurückströmenden Arbeitskräfte rasch aufsaugen, es werde keine größeren Erschütterungen absetzen, jeder Angestellte werde wieder seine verlassene Stellung antreten. Es wird darauf verwiesen, daß infolge Arbeitermangel während des Krieges ein Teil der Felder überhaupt nicht bestellt worden sei. Die Landwirte meinen, daß es überflüssig sei, sich mit der Frage der Arbeitsbeschaffung zu befassen, denn der Arbeiterbedarf werde so groß sein, daß nicht nur keine Arbeitslosigkeit zu befürchten sei, sondern sich im Gegenteil Arbeitermangel zeigen werde. Es wird darauf verwiesen, daß das Kapital in den dem Kriege vorangegangenen Jahren lange Zeit infolge der ungewissen außerpolitischen Lage sich vor Gründung neuer und Ausdehnung älterer Unternehmungen und vor Investitionen scheute, und daß nach Klärung der Situation auf dem Gebiet der Industrie und des Handels eine ungeheure Aktivität zu erwarten stehe. Die Optimisten verkünden, daß die Warenlager geleert worden seien, daß selbst die sogenannten Ladenhüter Käufer gefunden haben, Material und Halbfabrikate ausgegangen seien und daß so vieles Vernichtetes ersetzt werden müsse. Sie vertrauen darauf, daß der zurzeit zurückgedrängte Konsumbedarf mit elementarer Gewalt hervorbrechen werde. Sie wiegen sich in der Hoffnung, es würden sich die ausländischen Märkte eröffnen, und sie rechnen mit neuer Ausfuhrmöglichkeit. Große Konjunkturen erwarten nach dem Kriege auch die vielartigen Industriezweige, die in den Bereich der Eisen- und Metallindustrie gehören. Der Ersatz der vielen zugrunde gegangenen Eisenbahnschienen, Brücken und Ma-

[2] Wien 1916, Verlag von Moritz Perles.

schinen, der vielen gänzlich ruinierten Lokomotiven und Waggons, die notwendig werdenden Bauten bedeuten ansehnliche Bestellungen. — Handelt es sich in diesen Äußerungen auch um österreichische Hoffnungen, so geht man doch nicht fehl, wenn man annimmt, daß sie in manchen Kreisen Deutschlands auch geteilt werden. Immerhin mag sich in diesen Hoffnungen auch ein gut Teil des sanguinischen optimistischen österreichischen Temperaments aussprechen. Der nüchterneren deutschen Auffassung erscheinen die Dinge doch in anderem Lichte. An anderer Stelle der Neuen Zeit erwähnten wir schon die Mahnung Adolf Brauns, sich keinen Illusionen über die wirtschaftlichen Bedingungen in der Zeit des kommenden Friedens hinzugeben. Die Welt sei ärmer geworden, die Wahrscheinlichkeit größerer Arbeitslosigkeit für viele industriell tätige Männer und Frauen sei gegeben, es werde lange währen, bis die wirtschaftlichen Kriegswirkungen verschmerzt seien. Auch Jaffé [3] meint, daß die kommende Friedenszeit eine solche sein werde, in der wir unsere besten Eigenschaften, Fleiß, Sparsamkeit, Zähigkeit und Organisationsfähigkeit betätigen müßten, daß zweifellos wenigstens vorübergehend eine Abdrängung Deutschlands von dem Hauptgebiet kapitalistischer Expansion und eine Zurückweisung auf die Entwicklung seiner inneren Kräfte kommen werde und damit die Notwendigkeit, gerade diese inneren Kräfte bis aufs letzte aktionsfähig zu machen durch vollkommenste Durchorganisierung, durch möglichste Vermeidung jeder überflüssigen Reibung und Kraftverschwendung, durch Heranziehung aller zur Mitarbeit. Professor Waldemar Zimmermann [4] sieht ebenfalls die Verhältnisse in trübem Lichte. Wenn auch niemand zu sagen vermöge, wie sich die deutsche Volkswirtschaft und ihre weltwirtschaftlichen Beziehungen nach dem Kriege gestalten würden, so sei doch vorauszusehen, daß der Krieg uns eine gewaltige Teuerung als schmerzliches Erbe hinterlassen werde, zumal eine Verteuerung alles Massenbedarfs und der Lebensmittelversorgung. Die Teuerung werde sich für breite Schichten des Volkes um so fühlbarer machen, als Produktions- und Handelskrisen mancher Wirtschaftszweige den Arbeitsmarkt mindestens stellenweise ungünstig beeinflussen und unvermeidbare öffentliche Aufwandssteigerungen und Steuerbürden schwerer noch als vor dem Kriege das Erwerbsleben belasten würden.

Vor allem aber beurteilt G. Eckstein in seiner schon oben erwähnten Abhandlung namentlich im 5. Abschnitt: »Die Wirtschaft nach dem Kriege« die Sachlage überaus ungünstig. Da diese Abhandlung in der Neuen Zeit erschienen ist, bedarf es an dieser Stelle nur des Hinweises darauf.

Aber in diesen Äußerungen werden immer doch in der Hauptsache die gewissermaßen chronischen Nachwirkungen des Krieges besprochen. Die müssen wir zu trennen suchen von den akuten Wirkungen des Krieges gleich nach Friedensschluß. So rechnet zum Beispiel Braun [5] neben der chronischen Krankheit der Arbeitslosigkeit als Nachwirkung des Krieges auch mit einer akuten Krankheit des sozialen Körpers:

Millionen Kriegsteilnehmer werden zurückkehren, die Kriegsindustrien werden dann von dem Höchststand ihres Beschäftigungsgrads zurückgeschraubt werden auf

[3] Jaffé, Volkswirtschaft und Krieg, Tübingen 1915.

[4] Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland, Leipzig 1915, S. Hirzel: Verbrauchswirtschaft und Arbeiterbewegung nach dem Kriege, S. 131.

[5] Die Arbeitslosenversicherung in Deutschland während des Krieges.

einen vermutlich unternormalen Stand wegen der überreichen Vorräte, die vorhanden sein dürften, vielleicht auch wegen der Prüfung der Erfahrungen des Krieges, die zu anderen Mitteln der Kriegführung gelangt sein könnten. Jedenfalls werden die Kriegsindustrien für die Zurückkehrenden keine Beschäftigung haben, ja viele erwerbslos machen, die sich während des Krieges betätigten. Der Mangel an Rohstoffen wird am Ausgangspunkt der Kriegszeit seinen Kulminationspunkt erreicht haben, es wird Monate dauern, bis Rohmaterial und Halbfabrikat in ausreichender Menge vorhanden sein werden, um einen normalen Beschäftigungsgrad zu sichern.

Diese akute Krankheit werde nur durch die Fortführung und durch den Ausbau der öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenunterstützung, wie sie die Kriegszeit notwendig gemacht habe, bekämpft werden können. Auch Paul Umbreit ist dieser gleichen Meinung:[6]

Wenn die Millionen der Kriegsteilnehmer in das Erwerbsleben zurückströmen, dann wird der Arbeitsmarkt monatelang von Arbeitskräften derart überfüllt sein, daß es ohne schwere Störungen nicht abgeht. Auch die Anpassung der Industrie an das friedliche Wirtschaftsgebiet wird längere Zeit erfordern. Eine umfassende Organisation des Arbeitsnachweises entsprechend den Forderungen aller Gewerkschaften, denen auch der Reichstag in seiner dritten Kriegstagung zugestimmt hat, wird für die Unterbringung der Arbeitslosen Sorge tragen müssen. Auch für öffentliche Arbeiten (Bauten, Ersatz der verbrauchten Heeres- und Flottenausrüstung, Wiederherstellung der zerstörten Landesteile) sollte rechtzeitig gesorgt und die nötigen Mittel bewilligt werden. Aber auch die öffentliche Unterstützung derer, die nicht sogleich in Beschäftigung gebracht werden können, ist nicht zu entbehren. Wiederum werden Reich, Staat und Gemeinden bedeutende Summen aufwenden müssen, um für die Kriegsteilnehmer den Übergang vom Krieg zum Frieden so schmerzlos als möglich zu gestalten. Was läge näher, als diese Arbeitslosenfürsorge für die Angehörigen der Krieger reichseinheitlich möglichst frühzeitig zu regeln, um so Unbilligkeiten und Streitigkeiten, die wegen der verschiedenen Stellung und Einrichtungen der Gemeinden vorauszusehen sind, zu vermeiden.

Und Robert Schmidt ist der Meinung:[7]

Die Millionen Arbeiter, die nach Friedensschluß zurückfluten, um Arbeit zu suchen, werden nicht sofort Beschäftigung finden, da in vielen Industrien nur langsam die Rückkehr zu normalen Verhältnissen sich vollziehen wird. Unmöglich kann man die Heimkehrenden dann ohne Hilfe sich selbst überlassen.

Und schließlich, um noch einen zu nennen, hält es auch Somogyi in seiner schon erwähnten Schrift für unzweifelhaft, daß nach Friedensschluß das jähe Zurückströmen von vielen hunderttausenden Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt übergangsweise Schwierigkeiten verursachen werde. Infolge dieser Wirren und Störungen müßten wir damit rechnen, daß eine Zeitlang auf dem Arbeitsmarkt in einzelnen Branchen die Anfrage nach Arbeit größer sein werde als das Arbeitsangebot, und umgekehrt. Daher müsse unbedingt für eine Ausgleichung von Nachfrage und Angebot gesorgt werden, und es müsse eine Organisation geschaffen werden, die den ganzen Arbeitsmarkt übersehe, Nachfrage und Angebot genau und eingehend verfolge und die Ausgleichung planmäßig fördere.

---

[6] Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland: Die Arbeitslosenfürsorge und der Krieg, S. 193.

[7] A. a. O.: Neue Wege in der Sozialpolitik, S. 164.

Neben den in diesen Äußerungen gemachten Vorschlägen für die Zeit nach Beendigung des Krieges sind in letzter Zeit noch eine Reihe anderer gemacht worden, deren Ziel es ebenfalls ist, die Übergangsschwierigkeiten beim Friedensschluß nach Möglichkeit zu vermindern. Sie kommen aus den Kreisen der Handlungsgehilfen und Privatangestellten und knüpfen an eine österreichische Verordnung vom 29. Februar 1916 an. Diese Verordnung schreibt für die unter das österreichische Handlungsgehilfengesetz fallenden Angestellten, die am 25. Juli 1914 schon einen Monat im Dienst gestanden haben und während dieses Dienstverhältnisses zum militärischen Dienst eingezogen sind, die Unkündbarkeit des Vertragsverhältnisses vor. Die Verordnung hat rückwirkende Kraft. Die Unkündbarkeit des Dienstvertrags besteht sowohl für die Angestellten wie für ihre Arbeitgeber. Die Vorschriften der Verordnung finden keine Anwendung, wenn der Arbeitgeber nach dem 25. Juli 1914 den Betrieb seines Unternehmens ganz oder zum größten Teil infolge der kriegerischen Verhältnisse eingestellt hat und wenn dieser Zustand an dem Tage andauert, an dem der Angestellte den Dienst wieder antreten soll. Im Einklang mit dieser Verordnung fordert der Zentralverband der Handlungsgehilfen in einer Eingabe an den Reichstag folgendes:

Die Dienstverträge der einberufenen Angestellten, die mindestens einen Monat vor Kriegsausbruch abgeschlossen worden sind, sind während der Kriegsdienstleistung des Angestellten unkündbar. Diese Bestimmung hat rückwirkende Kraft bis zum Kriegsausbruch. Die bereits ausgesprochenen Kündigungen sind daher hinfällig.

Erreicht ein befristeter Dienstvertrag während der Kriegsdienstzeit des Angestellten sein Ende, so gilt er auf unbestimmte Zeit mit sechswöchiger Kündigungsfrist auf den Schluß eines Kalenderjahres verlängert.

Es wird dann in der Eingabe noch gefordert, daß auch die Dienstverträge derjenigen Angestellten unkündbar sind, die erst im weiteren Verlauf des Krieges einberufen werden. Die Unkündbarkeit soll am Musterungstag, an dem die Dienstlauglichkeit des Angestellten festgestellt wird, beginnen. Diese Bestimmung gilt aber nur für solche Verträge, die bereits einen Monat vor Beginn des Krieges bestanden haben.

Das Kündigungsrecht soll erst nach einer Beschäftigungsdauer von drei Monaten nach Wiedereinstellung in Kraft treten. Kriegsbeschädigten Angestellten, die nicht in der Lage sind, die vereinbarten oder ähnliche im Betrieb vorkommende Arbeiten zu verrichten, kann jederzeit unter Einhaltung der vereinbarten Kündigungsfrist gekündigt werden. Aus dem Heeresdienst entlassenen Angestellten, die infolge unverschuldeten Unglücks (Kranksein usw.) nicht in der Lage sind, in der angegebenen Frist die Tätigkeit aufzunehmen, soll ein Anspruch auf Gehalt für sechs Wochen zustehen. Krankengeld oder Rente darf nicht angerechnet werden.

Das Dienstverhältnis gilt als aufgelöst, wenn der Angestellte sich innerhalb vierzehn Tagen nach der Entlassung zur Wiederaufnahme seiner Tätigkeit nicht meldet.

Diese vorgeschlagenen Vorschriften sollen für diejenigen Unternehmer nicht gelten, die ihren Betrieb infolge des Krieges einstellen mußten, und wenn dieser Zustand an dem Tage noch andauert, an dem der Angestellte den Dienst wieder antreten soll.

Der Bund Technisch-Industrieller Beamten geht in einer Denkschrift über soziale Demobilisationsmaßnahmen in seinen Forderungen darüber noch hinaus und fordert für die entlassenen Privatangestellten auf Antrag Dar-

lehen aus öffentlichen Mitteln, die Fortzahlung der staatlichen und gemeindlichen Familienunterstützung für einen Monat nach der Entlassung, die Einführung halbmonatlicher Gehaltszahlungsfristen, die Festhaltung der pfändungsfreien Gehaltsgrenze auf 2000 Mark, öffentliche zentralisierte Stellenvermittlung für Privatangestellte und eine Reichsarbeitslosenunterstützung für Arbeiter und Angestellte bis 5000 Mark Jahreseinkommen.

In einer im wesentlichen zustimmenden Besprechung dieser Forderungen im Korrespondenzblatt der Generalkommission[8] wirft dieses auch das Problem des gesetzlichen Kündigungsausschlusses für die Arbeiter unter den Kriegsteilnehmern auf. Wenn die Möglichkeit der Durchführung für die Arbeiter so einfach und leicht wäre wie bei den Privatangestellten, würde die Arbeitsvermittlung nach dem Kriegsabschluß ganz wesentlich vereinfacht sein. Das werde jedoch nicht so leicht sein. Wohl aber könnte ein solches Recht auf Wiedereinstellung in den früheren Betrieb unter gewissen Beschränkungen auch den Arbeitern zugeteilt werden, nämlich den älteren Arbeitern, die der Krieg aus ihren langjährigen Stellen gerissen habe, und die nach dem Kriege ihres Alters wegen nicht so leicht wieder eingestellt würden. Es liege eine grausame Härte darin, daß Arbeiter, die für den Dienst des Vaterlandes keineswegs zu schwach und alt befunden worden seien, nach dem Kriege von Betrieb zu Betrieb laufen müßten und vergebens nach Arbeit anfrügen. Das Korrespondenzblatt spricht sich für das Recht auf Wiedereinstellung in den Betrieb aus, wenn es sich um Landsturmleute handelt, die das 39. Lebensjahr überschritten haben, wenn sie mindestens ein Jahr lang vor Eintritt in den Heeresdienst in dem betreffenden Betrieb beschäftigt waren, wenn sie für die fragliche Beschäftigung noch tauglich sind und wenn es sich um Betriebe handelt, die mindestens zehn Arbeiter beschäftigen. —

Die Reichsregierung hat sich offenbar mit all diesen beim Friedensschluß brennend werdenden Fragen der Umrangierung unseres Wirtschaftslebens noch nicht befaßt. Wenigstens ist davon nichts in die Öffentlichkeit gedrungen. Ohne die Inanspruchnahme der weitesten Kreise wird aber ein durchgreifender Erfolg nicht erzielt werden können. Hier könnte die Regierung auch auf dem Gebiet der inneren Verwaltung den vielgerühmten deutschen Organisationsgeist sich betätigen lassen, hier könnte sie wirklich regieren, das heißt Mittel und Ziele zur Hebung der Volkswohlfahrt in Einklang bringen und halten. Mit Improvisationen ist auf dem Gebiet der Sozialpolitik nichts zu erreichen, hier bedarf es Vorbereitungen von langer Hand. Aber es scheint, als wenn die Regierung auch hier von der Hand in den Mund leben und die Dinge an sich herantreten lassen wollte. Haben sich doch die Reichsregierung und ihr folgend die Landesregierungen bisher selbst gegen eine reichsgesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises während des Krieges ausgesprochen.

Mit Rücksicht auf die eben erwähnte Tatsache und um wenigstens zu erreichen, daß nicht auf diesem Gebiet im Verwaltungsweg eine tiefgreifende einzelstaatliche Ungleichheit geschaffen wird, die eine später ja doch unerläßliche reichsgesetzliche Regelung erschwert, haben die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, der Gesamtverband christlicher Gewerkschaften, der Verband der deutschen Gewerkvereine und die Polnische Berufsvereinigung eine Eingabe an die Behörden gerichtet, die folgende

[8] Nr. 17 vom 22. April 1916.

Mindestforderungen an eine vorläufige Regelung des Arbeitsnachweiswesens aufstellt:

In allen gewerbereichen Orten, zumindest in den Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern ist ein gemeindlicher Arbeitsnachweis zu errichten; gemeindlich unterstützte Arbeitsnachweise können unter gewissen Voraussetzungen als ausreichend erklärt werden. Diesen Nachweisen ist die Errichtung von Fachabteilungen für die wichtigsten Berufszweige und die Bildung besonderer Männer- und Frauenabteilungen nach Maßgabe des voraussichtlichen Geschäftsumfanges aufzugeben. Sie stehen unter einem paritätischen Verwaltungsausschuß, der die Vermittlungsgrundsätze festzusetzen, die Anstellung mit den Berufsverhältnissen vertrauter Arbeitsvermittler, die Entscheidung von Beschwerden gegen die Geschäftsführung des Nachweises und die Ausgestaltung des Nachweises vorzunehmen hat. Für größere Gebiete sind Zentralauskunftstellen zu schaffen. Zur Durchführung dieser Bestimmungen ist in jedem Bundesstaat oder zu diesem Zwecke von mehreren Staaten begründetem Verband eine Landeszentrale für Arbeitsvermittlung zu schaffen. Die Landeszentralen haben der »Reichszentrale der Arbeitsnachweise« regelmäßig Bericht zu erstatten, um diese in den Stand zu setzen, durch Hinweise und Vorschläge ein einheitliches und wirksames Arbeiten der Arbeitsnachweise im ganzen Reiche herbeizuführen.

Die vier oben genannten Körperschaften und die Gesellschaft für soziale Reform, die sich der Eingabe angeschlossen hat, halten eine Regelung der Arbeitsvermittlung in der bezeichneten Weise für um so notwendiger, als die Überleitung der Kriegswirtschaft in den Friedenszustand das Arbeitsnachweiswesen vor ganz neue und besonders geartete Aufgaben stellen wird, die nur durch ein Zusammenarbeiten der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden sowie der militärischen Stellen untereinander und mit den Organen der Arbeitgeber- und Arbeiterschaft gelöst werden können.

Wenn Eingaben dieser Art gemacht werden müssen, die Dinge verlangen, deren Selbstverständlichkeit sich aus der ganzen Situation ergibt, dann kann man ermessen, wie weit wir noch von den dringend notwendigen Vorarbeiten zur Unterbringung der heimkehrenden Soldaten entfernt sind. Es handelt sich hier um Aufgaben, die sehr kompliziert und schwer zu lösen sind. Eine Reihe von Faktoren, die eine wesentliche Rolle spielen, sind zunächst unbekannt. Wir wissen nur, daß wir beim Friedensschluß Millionen von Arbeitskräften der bürgerlichen Berufstätigkeit wieder zuführen müssen, wir wissen ferner, die Erfahrungen beim Kriegsausbruch haben es uns gezeigt, daß die Umrangierung unserer Volkswirtschaft mit außerordentlichen Störungen verbunden ist. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden diese Störungen um so größer sein, als die Milliardenaufträge der Heeresverwaltung fehlen werden, die beim Kriegsausbruch unser Wirtschaftsleben im Fluß erhalten haben. Wir wissen aber nicht, wann der Frieden und in welcher Jahreszeit er kommen wird. Wie sich die Lage des Arbeitsmarktes gestalten wird, hängt wesentlich mit davon ab, in welcher Jahreszeit der Krieg beendet wird. Somogyi weist darauf hin, daß das von erheblicher Bedeutung ist. Wird der Krieg im Winter beendet, so wird die Unterbringung und Beschäftigung der landwirtschaftlichen Arbeiter größere Sorge verursachen; kehren wieder die Krieger zur Sommerzeit zurück, so wird sich Gelegenheit zur Arbeit und Verdienst in reicherem Maße bieten. Auch im Baugewerbe wird es schwer halten, mitten im Winter Arbeiter in größerer Zahl zu placieren usw. Es müssen also die verschiedensten Möglichkeiten in Betracht gezogen und im

neuen wirtschaftlichen Mobilisationsplan berücksichtigt werden. Das kompliziert einen solchen Plan noch mehr, als es an sich die vielen unbekannten Größen schon tun.

Für einen einzelnen ist es überhaupt unmöglich, einen solchen Plan auszudenken und durchzugestalten. Unsere Volkswirtschaft ist zu vielgestaltig, als daß ein einzelner die Verhältnisse in ihr alle überschauen könnte. Dazu bedarf es des Scharfsinns der Besten und Klügsten unseres Volkes. Sie müssen ihre Spitze finden in einem »Reichsausschuß für die Unterbringung unserer heimkehrenden Krieger« — der Name spielt keine Rolle —, der sich aus Vertretern der Regierung, aller politischen Parteien — der bereitzustellenden Mittel wegen —, aus Vertretern der hauptsächlichsten Industrie- und Berufszweige und Vertretern der Arbeiterschaft zusammenzusetzen haben wird. Es wird mancher Besprechungen und Sitzungen bedürfen, ehe er die richtigen Wege für die Lösung dieser hoffentlich schon recht nahen Zukunftsaufgabe unserer inneren Politik gefunden haben wird. Wie der Reichsausschuß für die Kriegsbeschädigtenfürsorge in mühsamen Vorarbeiten zu festen Richtlinien der Tätigkeit gekommen ist, wie er sich stützt auf die Mitarbeit und Mithilfe von Ausschüssen in allen Landesteilen, so wird auch dieser Ausschuß zu festen Richtlinien und klarem Plane kommen, wird auch er auf solche Mitarbeit von Ausschüssen in allen Landesteilen angewiesen sein.

Tropische Gebiete und Arbeiterpolitik.

Von J. Köttgen (New York).

In einem Aufsatz über »Die treibenden Kräfte des Weltkriegs«, der in der Neuen Zeit (XXXIV, 1, Nr. 3) veröffentlicht wurde, schreibt Ludwig Quessel unter anderem:

> Von der Aussperrung der deutschen Industrie in den tropischen Gebieten der Erde, soweit es sich um Kapitalanlagen für Erschließungsunternehmungen handelt, wird allerdings in erster Linie das deutsche Kapital betroffen, dem dadurch lukrative Verwertungsmöglichkeiten genommen werden. In zweiter Linie leidet darunter aber auch das ganze Proletariat. Wenn die Betriebe unserer Großindustrie nur zu 70 oder 80 Prozent ihrer technischen Leistungsfähigkeit wegen mangelnden Absatzes ausgenutzt werden können, bleibt ein erheblicher Bruchteil des industriellen Proletariats ohne Arbeit. Dessen Arbeitslosigkeit drückt aber wieder auf alle anderen Industriezweige. Unter solchen Umständen kann die Zunahme der Ausfuhr mit dem Bevölkerungszuwachs nicht mehr Schritt halten, wodurch auch unsere Zufuhren relativ geringer werden müssen. Mir scheint es nun ein unbestreitbares Recht jeder Nation, sich gegen ökonomische Aussperrungen, die ihre Existenz bedrohen, zu wehren. Eine wichtige Aufgabe der Internationale nach dem Kriege wird es sein, für einen der Billigkeit entsprechenden Ausgleich der nationalen Interessen auf diesem wichtigen Gebiet ihre Stimme zu erheben. Heute freilich, wo der Donner der Kanonen die Stimme der Gerechtigkeit übertönt, wo alle Bande zwischen den Nationen zerrissen sind, wäre es sehr bedenklich, wenn das deutsche Proletariat sich dem Glauben hingeben wollte, daß es sich in dieser furchtbaren Völkertragödie *nur* um kapitalistische Interessen und nicht auch zu einem guten Teil um seine eigene Sache handelt.

Die Darlegung würde überzeugender wirken, wenn Genosse Quessel etliche Ziffern gebracht hätte, die die Wichtigkeit der tropischen Gebiete für

die deutsche Arbeiterschaft veranschaulicht hätten. Er hätte zum Beispiel versuchen können, zu zeigen, welche Wichtigkeit die gewaltigen tropischen Gebiete des britischen Imperiums für die englische Arbeiterklasse haben. Wenn gezeigt werden kann, daß die englischen Arbeiter in den tropischen Gebieten des britischen Weltreichs ein wertvolles Besitztum haben, für dessen Erhaltung sie sogar in den Krieg ziehen würden, so müßte auch der größte Zweifler zugeben, daß an der Sache, die Genosse Quessel hier vorträgt, etwas Wahres ist.

Ich bin freilich der Ansicht, daß der Beweis kaum gelingen dürfte. Sollte er gelingen, so würde niemand mehr erstaunt sein als die englischen Sozialisten und Sozialreformer, die auf Grund umfangreicher statistischer Angaben gerade das Gegenteil bewiesen haben. Im Interesse der Klärung dürfte es wohl angebracht sein, gerade auf diesen Punkt etwas näher einzugehen.

Im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts hat England ungeheure tropische Gebiete seinem Weltreich einverleibt. J. A. Hobson schätzt das einverleibte Gebiet auf 4 754 000 englische Quadratmeilen mit einer Bevölkerung von 88 Millionen Menschen. Dieser Zuwachs fand zwischen den Jahren 1870 und 1900 statt. Das Gebiet umfaßte ein Drittel des damaligen Reiches und ein Viertel der gesamten Bevölkerung des Reiches. Der verstorbene Sir Robert Giffen schätzte den Zuwachs auf 4 204 690 Quadratmeilen zwischen den Jahren 1870 und 1898. Es waren durchweg tropische oder subtropische Länder, die Großbritannien in seiner modernen imperialistischen Epoche unter irgendeiner Form annektierte.

Man sollte nun meinen, daß diese riesige Gebietserweiterung und der Volkszuwachs, der die Bevölkerung Großbritanniens und Irlands um das Doppelte übertrifft, der englischen Industrie einen mächtigen Antrieb verliehen hätten. Forscht man aber der Sache nach, so findet man, daß nichts dergleichen geschehen ist. J. A. Hobson beschäftigt sich in seinem im Jahre 1902 erschienenen Werke „Imperialism“ recht eingehend mit der wirtschaftlichen Bedeutung der tropischen Gebiete für die englische Industrie und kommt zu folgendem allgemeinen Urteil:

Wenn wir unser ganzes Imperium betrachten, so kommen wir, wenn wir unseren Handel mit Indien ausnehmen, zum Schluß, daß der kleinste, der wenigst wertvolle und der unbeständigste Handel der ist, der mit unseren tropischen Besitztümern betrieben wird, und besonders mit denen, die seit dem Jahre 1870 unter die Herrschaft des Reiches gekommen sind. Die einzige beträchtliche Zunahme unseres Einfuhrhandels seit dem Jahre 1884 ist die aus unseren echten Kolonien in Australasien, Nordamerika und am Kap; der Handel mit Indien ist stehen geblieben, während der mit unseren tropischen Kolonien in Afrika und Westindien in den meisten Fällen unregelmäßig war und abnahm. Unser Ausfuhrhandel weist denselben allgemeinen Charakter auf, nur daß Australien und Kanada den wachsenden Entschluß zeigen, sich aus der Abhängigkeit von den britischen Industrien zu befreien; der Handel mit den tropischen Kolonien ist, obwohl er etwas zunimmt, sehr klein und sehr schwankend.

Was die unter dem neuen Imperialismus erworbenen Gebiete anbelangt, so ist mit einer Ausnahme kein Versuch möglich, sie als befriedigende Geschäftsaktiva zu betrachten. Nur Ägypten trägt uns einen Handel von einiger Größe ein; von den anderen Besitzungen sind es nur drei — Lagos, das Protektorat am Niger und Nordborneo —, die erwiesenermaßen mit Großbritannien einen Handel trei-

ben, der im Werte eine Million Pfund Sterling übersteigt. Wenn man Ägypten ausnimmt, so beläuft sich in der Tat der gesamte Handel, soweit er offiziell verzeichnet ist, auf keine 10 Millionen Pfund; und obwohl der tatsächliche Handel zweifelsohne mehr beträgt als diese Summe, so bildet er doch einen unendlich kleinen Zuschuß zu den kommerziellen Hilfsquellen unserer Nation. Abgesehen von der Menge, ist die Qualität des neuen tropischen Ausfuhrhandels von der niedrigsten Sorte, sie besteht meist, wie die Analyse des Kolonialamts nachweist, aus den billigsten Textilwaren Lancashires, den billigsten Metallwaren Birminghams und Sheffields und großen Mengen von Schießpulver, geistigen Getränken und Tabak.

In diesem Bestreben, tropische Gebiete aufzusaugen, sieht Hobson die Politik des »neuen Imperialismus«. An einer anderen Stelle seines erwähnten Werkes sagt dieser in England hochgeschätzte Volkswirtschaftler:

Er (der Imperialismus) ist weit vernünftiger, als es auf den ersten Blick aussieht. Unvernünftig vom Standpunkt der ganzen Nation, ist er vernünftig genug vom Standpunkt gewisser Klassen in der Nation aus gesehen. Ein vollständig sozialistischer Staat, der seine Bücher gut führte und regelmäßige Rechnungsabschlüsse über Ausgaben und Aktiva präsentierte, würde bald den Imperialismus aufgeben; eine intelligente Laissez-faire-Demokratie, die in ihrer Politik allen wirtschaftlichen Interessen gleichmäßig das ihnen gebührende verhältnismäßige Gewicht beilegte, würde dasselbe tun. Aber ein Staat, in dem gewisse gut organisierte Geschäftsinteressen das schwache, zerstreute Interesse des Gemeinwesens überbieten können, muß eine Politik verfolgen, die mit dem Druck der ersten Interessen im Einklang steht.

Wie wenig die Erwerbung der riesigen tropischen Gebiete die englische Ein- und Ausfuhr beeinflußt hat, geht aus folgender Tabelle hervor, wobei beachtet werden muß, daß der größte Teil der Ein- und Ausfuhr nach und aus den britischen Besitzungen den Handel mit den selbstregierenden nichttropischen Kolonien darstellt:

Prozentsatz der Gesamtwerte.

Jährlicher Durchschnitt	Einfuhr nach Großbritannien aus		Ausfuhr von Großbritannien nach	
	dem Ausland	britischem Besitz	dem Ausland	britischem Besitz
1855 bis 1859 . . .	76,5	23,5	68,5	31,5
1860 - 1864 . . .	71,2	28,8	66,6	33,4
1865 - 1869 . . .	76,0	24,0	72,4	27,6
1870 - 1874 . . .	78,0	22,0	74,4	25,6
1875 - 1879 . . .	77,9	22,1	66,9	33,1
1880 - 1884 . . .	76,5	23,5	65,5	34,5
1885 - 1889 . . .	77,1	22,9	65,0	35,0
1890 - 1894 . . .	77,1	22,9	67,6	34,4
1895 - 1898 . . .	78,6	21,4	66,0	34,0

Man wird aus der obigen Aufstellung sehen, daß die beispiellose Ausdehnung des britischen Weltreichs in tropischen Gebieten keinerlei Verschiebung im Gesamthandel Großbritanniens verursacht hat. Auch die späteren Ziffern lassen eine derartige Verschiebung nicht erkennen. Nach Hazells Annual betrug der Prozentsatz des britischen Einfuhrhandels aus dem Ausland und den britischen Besitzungen (letztere in Klammern) im

Jahre 1892: 76,9 (23,1); 1902: 79,6 (20,4); 1912: 75,1 (24,9), der Prozentsatz des britischen Ausfuhrhandels nach dem Ausland und den britischen Besitzungen (letztere in Klammern) im Jahre 1892: 71,3 (28,7); 1902: 66,5 (33,5); 1912: 68,5 (31,5).

Welche wirtschaftliche Bedeutung die im letzten halben Jahrhundert erworbenen tropischen Gebiete für Großbritannien haben, läßt sich genau schwer feststellen. Aber Hobsons Urteil kann auch heute kaum erschüttert werden, wenn er sich auch in einzelnen Fällen geirrt haben mag. Um den Anteil der großen tropischen Gebiete des britischen Imperiums am Gesamthandel Großbritanniens ungefähr feststellen zu können, müßte man von den obigen Ziffern den Anteil der selbstregierenden Kolonien und Indiens abziehen. Die selbstregierenden Kolonien, die ihre eigene Handelspolitik treiben und selbst Kolonien besitzen, können nicht als tropische Gebiete in Betracht kommen, und Indien ist alter kolonialer Besitz. Danach entwickelte sich die Einfuhr aus den tropischen Gebieten (zu denen der Einfachheit halber noch alle anderen älteren tropischen Besitzungen Großbritanniens zugerechnet sind) und die Ausfuhr nach diesen Gebieten in den Jahren 1892 — 1902 — 1912 wie folgt: Einfuhr (Prozentsatz der Gesamteinfuhr Großbritanniens) 4 — 3,7 — 5,1; Ausfuhr (Prozentsatz der Gesamtausfuhr Großbritanniens) 4,9 — 4,6 — 5. Wie man sieht, ist die Ausfuhr nach den tropischen Gebieten im Vergleich mit der Gesamtausfuhr des Landes sehr gering. Wenn man dazu bedenkt, daß die Gesamtausfuhr Großbritanniens nur ein Teil der Gesamtproduktion des Landes ist, so wird die Bedeutung der Ausfuhr nach den tropischen Besitzungen so winzig, daß man den englischen Arbeitern kaum ernsthaft zutrauen könnte, sich in bezug auf ihre Politik nach dieser Ausfuhr zu orientieren. Betrachtet man den gesamten tropischen Besitz Großbritanniens, Indien eingeschlossen, so wird man finden, daß die Ausfuhr nach diesen Ländern im Verhältnis zur Gesamtausfuhr vom Jahre 1892 bis zum Jahre 1912 zurückging, nämlich von 15 Prozent im Jahre 1892 auf 14,5 im Jahre 1902 und auf 14,9 Prozent im Jahre 1912.

Die nüchternen Ziffern reden eine andere Sprache als die durch die Gedanken an die Tropen angefeuerte Phantasie.

In England ist es noch keinem Politiker eingefallen, bei der Arbeiterschaft durch den Hinweis auf die vitale Notwendigkeit tropischer Absatzgebiete Zukunftsträume zu erwecken. Imperialistische Politiker wie Disraeli und Chamberlain stellten die Größe und Macht des Imperiums oder die Nützlichkeit eines engen wirtschaftlichen Zusammenschlusses mit den selbstregierenden Kolonien in den Vordergrund ihrer Propaganda. Man wäre bei den englischen Arbeitern auch schlecht angekommen, wenn man ihnen von der großen Bedeutung der tropischen Gebiete erzählt hätte. Sie hätten etwa erwidert: »Ja, wie kommt es denn, daß wir, die wir mehr tropische Gebiete haben, als wir entwickeln können, meist mehr von der Arbeitslosigkeit geplagt werden als unsere deutschen Kollegen, denen man sagt, daß ihre Industrie in den tropischen Gebieten ausgesperrt wird? Und wie kommt es, daß unsere Kameraden bei all unserem tropischen Reichtum jährlich zu Hunderttausenden auswandern müssen, während die Deutschen die Auswanderung kaum kennen?«

Die deutschen Arbeiter können von den englischen Arbeitern, die das Imperium fix und fertig haben, in dieser Beziehung manches lernen.

Eine Arbeiterschicht gibt es jedoch in England, die für tropische Gebiete, den tropischen Landbau tätiges Interesse bekundet. Die organisierten Textilarbeiter arbeiten mit den organisierten Unternehmern an der Ausdehnung der Baumwollkultur. Sie sind finanziell an der British Cotton Growing Association interessiert, die im Jahre 1902 gegründet wurde und den Anbau von Baumwolle in tropischen Gebieten unternimmt und fördert. Die Bestrebungen dieser Gesellschaft sind alt. Schon vor dem amerikanischen Bürgerkrieg machten sich die Baumwollfabrikanten Lancashires Sorgen wegen der Rohstoffzufuhr, die damals schon hauptsächlich aus den Vereinigten Staaten kam. Die Agitation gegen die Sklaverei ließ sie das kommende Unheil ahnen. Sie gründeten daher im Jahre 1857 die Cotton Supply Association, die aber nach wenigen Jahren einging. Spätere Versuche der britischen Regierung, die Baumwollkultur zu fördern, zeitigten keinen großen Erfolg, bis schließlich die British Cotton Growing Association gegründet wurde, die die Sache planmäßig in die Hand nahm. Das Hauptmotiv bei der Gründung war, der Gefahr vorzubeugen, die zum Beispiel durch eine Mißernte in den Vereinigten Staaten der ganzen Baumwollindustrie droht.

Für die Masse des englischen Proletariats sind die tropischen Gebiete bisher von sehr geringer Bedeutung gewesen. Bedeutung haben sie nur für gewisse Händler und Spekulanten aller Art gehabt sowie für die Sprossen der herrschenden Klasse. Die tropischen Besitzungen Großbritanniens bilden noch heute eine große Unterstützungseinrichtung für bedürftige Aristokraten. Offiziere finden dort einen billigen Ruhm in Kriegen mit den Eingeborenen, und Bureaukraten und ihre gut besoldeten Schreiber können dort die Politik verfolgen, die eine englische Beobachterin als »die Schlafsucht mit gelegentlichen Anfällen« bezeichnet hat.

Daß, um mit dem Genossen Quessel zu reden, es »eine wichtige Aufgabe der Internationale nach dem Kriege sein wird, für einen der Billigkeit entsprechenden Ausgleich der nationalen Interessen auf diesem wichtigen Gebiet ihre Stimme zu erheben«, ist mir nicht recht klar. Er drückt sich auch reichlich unklar aus. In englischen und deutschen tropischen Gegenden werden die Waren des Auslandes zu denselben Bedingungen ins Land gelassen wie die des Heimatlandes. Denkt er an die Verallgemeinerung dieses Zustandes? Oder soll die Internationale für die gleiche Ausbeutungsfreiheit für alle nationalen Kapitale in den tropischen Gebieten eintreten? Oder will er den Freihandel in den tropischen Gebieten proklamiert wissen? Wenn er das letzte im Auge hat, weshalb dann nicht den Freihandel zwischen den großen Kulturnationen der gemäßigten Zonen anstreben, die wirtschaftlich aufeinander weit mehr angewiesen sind als auf tropische Gebiete — die auch entwicklungsfähiger und deren Märkte weit ausdehnungsfähiger sind?

Das Proletariat hat jedoch nicht nur wirtschaftliche Interessen. Es vertritt auch die Demokratie und das demokratische Selbstbestimmungsrecht der Völker. Soll die Internationale über »einen der Billigkeit entsprechenden Ausgleich der nationalen Interessen« in den tropischen Gebieten beraten, so hätte sie sich zunächst darüber klar zu werden, ob die in den Tropen wohnenden Völker als Besitztum der weißen Rasse oder als Menschenbrüder zu betrachten sind, die dieselben Rechte haben, die wir für uns beanspruchen. An dieser Frage wird sie nicht vorbeischlüpfen können, am allerwenigsten

mit der oft gehörten billigen Entschuldigung, daß die Völker der Tropen für die demokratische Selbstverwaltung noch nicht reif seien.[1] Würde sich das Proletariat diese Argumentation zu eigen machen, so könnte es sicher sein, gelehrige Schüler in der eigenen Heimat zu finden, die den Knüppel umdrehen würden. Erklärt es sich, seinen Prinzipien und Interessen getreu, auch für das demokratische Selbstbestimmungsrecht der Völker in den tropischen Gebieten, so weist es damit den Gedanken an eine Kolonialpolitik zurück, deren Zweck und Richtung von den Interessen der weißen Völker diktiert werden.

Die deutschen Arbeiter sollten sich auch nicht über die politischen Rückwirkungen der Expansion in den tropischen Gebieten täuschen. Auch in diesem Punkte könnten sie von den englischen Arbeitern viel lernen. Die englischen Liberalen liebten es früher, vor aller Welt zu erklären, daß der englischen Flagge überall die Freiheit auf dem Fuße gefolgt sei. Sie hatten dabei die selbstregierenden Kolonien im Auge, deren Bewohner sich die Freiheit einfach genommen haben. In den tropischen Gebieten ist der englischen Flagge nicht die Freiheit, sondern die Autokratie auf dem Fuße gefolgt. Ja, die Besetzung der tropischen Gebiete kann als eine gewaltige Ausdehnung der Autokratie in der Welt bezeichnet werden. Der Gouverneur solcher Gebiete schaltet und waltet, wie er will, und steht ihm auch in einzelnen Gebieten eine beratende Körperschaft zur Seite, so muß diese Körperschaft, wenn sie beachtet werden will, doch immer so raten, wie der Gouverneur denkt. Das hat in England eine Klasse Menschen geschaffen, die zu allen reaktionären und gewalttätigen Handlungen bereit sind. Die klügsten von ihnen heucheln zu Hause demokratische Ansichten. Die weniger klugen raten bei Streiks zu Gewalttaten gegen die Arbeiter. Während des allgemeinen Ausstandes der Eisenbahner und Bergarbeiter in den vergangenen Jahren konnte man in der reaktionären Presse Englands häufig Zuschriften lesen, in denen zur gewaltsamen Unterdrückung der Streiks aufgefordert wurde. Sie stammten fast durchweg von Leuten, die sich in Indien, Ägypten oder anderen tropischen und subtropischen Gebieten die autokratische Weltanschauung angeeignet hatten.

Das Proletariat kann nicht ungestraft ein anderes Volk als das Besitztum seiner Nation betrachten oder behandeln. Genosse Quessel regt sich in seinem Aufsatz mit Recht über den brutalen Ausspruch des Lord Roberts auf. Wer war Lord Roberts? Ein in Indien geborener englischer Soldat, der den größten Teil seines Lebens in tropischen Gebieten zubrachte. Fast alle englischen Reaktionäre sind durch die tropische Schule gegangen.

---

[1] Wie heuchlerisch das Gerede von der Unmündigkeit kolonialer Völkerschaften ist, beweist das Verhalten des amerikanischen Senats, der kürzlich eine Vorlage angenommen hat, die den Bewohnern der Philippinen in vier Jahren die absolute Selbständigkeit geben soll. Bis jetzt waren diese Menschen unmündig; nun auf einmal, da die Amerikaner der Philippinen überdrüssig geworden sind, sind die Bewohner dieser Inseln mündig geworden!

Entwicklung und Aussichten der Getreideversorgung.

Von Spectator.

I.

Die populäre Auffassung glaubt die Notwendigkeit von Kolonien folgendermaßen begründen zu können: die Bevölkerung der Industrieländer wächst rasch an, die europäische Landwirtschaft ist aber außerstande, sie zu ernähren, mindestens aber sie zu bekleiden; darum müssen die europäischen Völker in außereuropäischen Staaten Nahrungsmittel und Rohstoffe kaufen und dafür mit ihren Fabrikaten zahlen. Ohne die außereuropäische Landwirtschaft würden die Völker Europas verhungern, mindestens nackt gehen müssen. Ohne den außereuropäischen Markt würden die Industrieländer für ihre Waren keinen Absatz finden, ihre Industrie müßte verkümmern, die europäische Kultur, die durch diesen Krieg gerettet werden soll, würde untergehen. Sehen wir darum zu, wie sich die Entwicklung der europäischen und die der außereuropäischen Landwirtschaft in der Wirklichkeit gestaltet hat, ob und inwieweit sie die pessimistischen Urteile der »Kolonialtheoretiker« in der Tat rechtfertigt und inwiefern »Kolonien«, das heißt die noch politisch unselbständigen agrarischen Länder dieser Gefahr des Verhungerns Europas steuern können.

Bevor ich aber zu meiner statistischen Darstellung übergehe, sei hier noch folgende Bemerkung eingeschaltet. Ich war und bin noch jetzt der Ansicht, daß die Aufgabe solcher statistischer Untersuchungen die Aufdeckung gewisser Entwicklungstendenzen ist, keineswegs aber eine Schilderung der Methoden und des Wertes der offiziellen oder privaten statistischen Publikationen. Die Mängel dieser, ihre beschränkte Brauchbarkeit sind mir natürlich nicht unbekannt: von ihnen weiß ja jedes Lehrbuch Berge zu erzählen. Ich benutze darum die statistischen Daten nur zum Vergleich der einzelnen Jahre, indem ich annehme, daß sich die Methoden der statistischen Erhebungen inzwischen nicht wesentlich geändert haben und daher eine Gegenüberstellung der gewonnenen Resultate gestatten. Dabei bin ich mir wohl bewußt, daß ein wissenschaftlich völlig unanfechtbares Resultat trotzdem nicht zu erhalten ist. Da aber das Ergebnis meiner Untersuchungen unsere theoretischen Grundsätze nur bestätigt, so glaube ich mich berechtigt, die Behauptung aufzustellen, daß die Statistik trotz ihrer Mängel ein sehr beachtenswertes Resultat ergeben hat, und werde an der Richtigkeit dieses Ergebnisses so lange festhalten, bis man mir es nicht durch andere, genauere Tatsachen widerlegt. Diese Bemerkung über die früher selbstverständliche Auffassung der statistischen Beweise ist jetzt notwendig geworden, weil man versucht hat, durch eine Kritik der statistischen Erhebungsmethoden das daraus gewonnene Ergebnis zu bestreiten, ohne sich die Mühe zu geben, selbst andere Angaben anzuführen. Diese Art von »Kritik«, das soll von vornherein bemerkt werden, läßt mich völlig unberührt: mögen die Leser sich selbst sagen, ob grundlose Behauptungen oder statistische Beweise überzeugender sind, wie mangelhaft die Methoden der statistischen Erhebungen auch sein mögen. Unter allen statistischen Erhebungen sind vielleicht die Ernteschätzungen am anfechtbarsten. Trotzdem ergeben auch sie, als Vergleichszahlen einander gegenübergestellt, die Möglichkeit, sich über die Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft klar zu werden.

Zunächst muß nun festgestellt werden, daß die Getreideproduktion weit rascher zunimmt als die Bevölkerung. »The Statesman's Yearbook« schätzte die Bevölkerung der Welt für 1890 auf 1467,6 Millionen; die Bevölkerung von 1910 betrug nach Ballod 1722 Millionen, nach dem »Annuaire international de statistique agricole« 1913/14 etwa 1753,56 Millionen. Die Zunahme in 23 Jahren beträgt also etwa 19 Prozent. Auf Grund der Angaben des Departments of agriculture der Vereinigten Staaten in seinem Yearbook habe ich berechnet, daß die Menge der geernteten fünf Hauptgetreidearten (Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, Mais) von 1895/98 bis 1910/13 um mehr als 50 Prozent gestiegen ist.[1] Damit ist zunächst bewiesen, daß von einem absoluten Rückgang der Versorgung der Bevölkerung nicht gesprochen werden darf und die steigenden Getreidepreise auf keinen Fall durch absoluten Mangel an Getreide erklärt werden können.

In den früheren Jahrzehnten wurde die Getreideproduktion im allgemeinen am stärksten in Amerika gefördert. Von 1894 bis 1913 ist die Weizenernte der Welt um 1466,5 Millionen Bushel angewachsen; davon in Europa um 561,2, in Nordamerika um 486,68, in Argentinien, Chile und Uruguay um 111,5 Millionen Bushel, so daß die Produktionssteigerung in den übrigen Weltteilen nur noch etwas über 300 Millionen Bushel beträgt.

Ein anderes Bild erhalten wir, wenn wir bloß die Produktion des verflossenen Jahrzehnts betrachten, nämlich die Zeit von 1905 (bezw. 1905/06) bis 1914 (bezw. 1914/15). Nach dem schon erwähnten Jahrbuch des »Institut International d'Agriculture« betrug die Ernte in Millionen Doppelzentnern in Europa (Deutschland, Österreich-Ungarn, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Spanien, Frankreich, England, Italien, Luxemburg, Norwegen, Holland, Rumänien, Europäisches Rußland, Serbien, Schweden, die Schweiz), Nordamerika (Kanada, Vereinigte Staaten), Asien (Russisch-Asien), Afrika (Algerien), Südamerika (Argentinien und Chile), Ozeanien (Australien und Neuseeland) wie folgt:

	Weizen		Roggen		Gerste		Hafer		Mais	
	1905 bis 1909	1910 bis 1914	1905 bis 1909	1910 bis 1914	1905 bis 1909	1910 bis 1914	1905 bis 1909	1910 bis 1914	1905 bis 1909	1910 bis 1914
Europa . . .	472,16	529,20	378,26	418,71	202,74	225,89	362,35	382,42	128,19	156,05
Nordamerika	222,83	253,13	8,30	10,09	47,10	51,20	171,26	221,07	720,07	727,51
Asien	118,73	146,61	8,24	8,69	27,71	29,73	14,96	16,90	5,34	4,92
Afrika	19,30	20,34	0,01	0,01	12,90	13,68	1,92	2,41	17,95	18,19
Südamerika .	49,11	49,55	0,02	0,03	0,90	0,94	3,89	9,37	39,99	59,16
Ozeanien . . .	20,04	22,81	0,05	0,04	0,81	0,93	4,80	4,95	2,49	2,60
Überhaupt . .	902,17	1021,64	394,88	437,57	292,16	322,37	559,18	637,12	914,03	968,43

[1] Nach der Publikation »Das Getreide im Weltverkehr« des österreichischen Ackerbauministeriums stand in den Jahren 1893 bis 1897 und 1903 bis 1906 der Bevölkerung zur Verfügung (in Kilogramm pro Kopf) in Europa an Weizen 116,1 und 134,0 Kilo, an Roggen 91,9 und 96,2, an Gerste 45,2 und 49,3, an Hafer 75,6 und 85,2 und an Mais 34,9 und 36,3 Kilo. Der Bedarf war also reichlich gedeckt. In den Vereinigten Staaten kamen auf den Kopf der Bevölkerung in der entsprechenden Zeit: Weizen 115,6 und 182,5, Roggen 7,8 und 8,9, Gerste 19,7 und 35,7, Hafer 141,5 und 155,7 und Mais gar 625,4 und 770,3 Kilogramm.

Die Weizenproduktion der Welt ist somit von 902,17 auf 1021,64 oder um 119,47 Millionen Doppelzentner gleich 13,2 Prozent gestiegen. Die Zunahme in Europa beträgt 57,04 Millionen Doppelzentner, also fast die Hälfte der gesamten Menge, und macht 12 Prozent aus, das heißt die europäische Ernte hat sich fast ebenso rasch erhöht wie die der übrigen Welt, auf jeden Fall bedeutend rascher als die europäische Bevölkerung in dieser Zeit. Die Ernte sämtlicher fünf Getreidearten betrug überhaupt 3062,42 und 3387,13 Millionen Doppelzentner, stieg somit um 324,71 Millionen (rund 10,6 Prozent); die Europas stellte sich auf 1543,7 und 1712,27, das heißt nahm um 168,57 Millionen oder um rund 10,9 Prozent zu. Die Getreideproduktion Europas vermochte somit mit der der außereuropäischen Länder gleichen Schritt zu halten.

Die Weizenfläche Europas ist in dieser Zeit nur wenig ausgedehnt worden, um 2,54 Millionen Hektar, was in der Hauptsache auf das Europäische Rußland entfällt, wo die Weizenfläche um 2,3 Millionen Hektar vergrößert wurde. Der Weizenertrag ist aber in Rußland bloß um 28,5 Millionen Doppelzentner gestiegen; die übrigen 28,5 Millionen Doppelzentner hat Europa durch Intensivierung des Betriebs erhalten. Ebenso ist die Gesamtfläche der fünf Getreidearten nur von 152,1 auf 157,24 Millionen Hektar, die im Europäischen Rußland aber von 79,42 auf 84,05 Hektar vergrößert worden. Der Ertrag stieg in Rußland um 94,57 auf 644,94 Millionen Doppelzentner oder um 18 Prozent. Das übrige Europa hat in der Hauptsache durch Intensivierung des Betriebs 74 Millionen Doppelzentner mehr erhalten, was eine Zunahme von über 6 Prozent ausmacht.

Es ist kein besonders großer Fortschritt; immerhin läßt er auch keine pessimistischen Schlüsse in bezug auf die weitere Ernährung Europas zu, insbesondere wenn man bedenkt, welche Hindernisse die landwirtschaftliche Kultur in der jetzigen Gesellschaft überwinden muß: die noch halbfeudalen sozialen Verhältnisse auf dem platten Lande in Galizien, Ungarn, Rumänien usw., die Bodenzersplitterung, die schweren Steuern und die Zölle, die die Entwicklung der Technik in der Bauernwirtschaft hemmen usw. Wichtig ist es aber, zu unterstreichen, daß diese Zunahme nicht etwa, wie Quessel meint, auf Kosten der Handelspflanzen erreicht worden ist, sondern fast ausschließlich durch Intensivierung des Betriebs. Die Anbaufläche ist im großen ganzen unverändert geblieben, der Ertrag konnte aber trotzdem gesteigert werden, zwar nicht so rasch wie in Ländern, wo die Anbaufläche ausgedehnt wurde, aber sicherlich ebenso rasch, wie die Bevölkerung zugenommen hat.

Immerhin ist es eine Tatsache, daß die mit Handelspflanzen bestellte Fläche in Europa abgenommen hat. So ist die mit Flachs bestellte Fläche in der Zeit von 1905/09 bis 1910/14 von 1,63 auf 1,55 Millionen Hektar, die Hanffläche von 0,90 auf 0,82 Millionen, die mit Raps bebaute Fläche von 0,22 auf 0,20 Millionen usw. eingeschränkt worden.

An Stelle dieser Pflanzen ist in Europa der Anbau von Rüben getreten, die 1905/09 und 1910/14 1,83 und 2,19 Millionen Hektar einnahmen, und von Kartoffeln, deren Fläche von 12,20 auf 12,59 Millionen Hektar angestiegen ist. Die europäischen Landwirte ziehen es vor, Rüben und Kartoffeln anzubauen, die sie in Zucker und Spiritus verwandeln und dann zum Teil sogar nach außereuropäischen Ländern ausführen. Damit sei natürlich

nicht gesagt, daß die europäische Landwirtschaft alle Bedürfnisse hätte decken können. Von den tropischen Produkten abgesehen, die sie überhaupt nicht hervorbringen kann (wie Baumwolle, Kaffee usw.), würde sie in eine niedrigere Stufe der Bodenausnutzung zurücksinken, wenn sie auf diese Arbeitsteilung mit den außereuropäischen Ländern verzichtet hätte. Übrigens ist der Verbrauch doch noch rascher gestiegen als die Produktion, so daß die europäischen Länder bedeutende Mengen einführen mußten.

Es standen nämlich für den einheimischen Konsum zur Verfügung (in Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung):

	Weizen	Roggen	Zusammen	Weizen	Roggen	Zusammen
	1904/05 bis 1908/09			1909/10 bis 1913/14		
Deutschland	86,1	143,9	230,0	86,0	145,4	231,4
Österreich-Ungarn	107,8	65,4	173,2	114,7	71,9	186,6
Frankreich	209,7	30,9	240,6	223,5	29,7	253,3
England	160,1	—	160,1	162,5	—	162,5
Italien	149,5	—	149,5	167,4	3,8	171,2
Europäisches Rußland	66,8	94,1	160,9	83,1	111,1	194,2
Kanada	221,2	—	221,2	312,0	6,8	228,0
Vereinigte Staaten	150,5	7,8	158,3	146,4	8,2	166,5
Indien	23,7	—	23,7	26,0	—	26,0
Algerien	133,0	—	133,0	145,3	—	145,3
Argentinien	145,6	—	145,6	171,7	5,1	176,8
Australien	134,9	—	134,9	179,0	0,8	179,8
Neuseeland	197,0	—	197,0	163,4	—	163,4

In den angeführten sechs europäischen Ländern ist aber der Verbrauch von Brotgetreide pro Kopf der Bevölkerung um 7,6 Prozent gestiegen (der absolute Verbrauch von Weizen hat sich gar um 16 Prozent erhöht). Da in den noch dünnbevölkerten außereuropäischen Ländern die Produktion pro Kopf der Bevölkerung höher ist als in den europäischen Ländern, so führt Europa aus diesen Ländern Getreide ein. Solcher Länder gibt es aber heute nur noch wenige. Die Bevölkerung und Weizenproduktion einiger außereuropäischer Länder war:

	Bevölkerung in Millionen Einwohner	Ernte in Millionen Doppelzentner	
		1910 bis 1914	Doppelzentner pro Kopf
Kanada	7,21	53,35	7,4
Vereinigte Staaten	98,78	198,19	2,0
Argentinien	7,99	42,55	5,3
Chile	3,50	5,39	1,5
China	430,00	?	?
Indien	315,06	97,19	0,3
Japan	53,60	6,54	0,12
		(1910/11)	
Asiatische Türkei	18,71	38,22	2,0
		1910 bis 1914	
Algerien	5,56	9,47	1,7
Ägypten	12,35	9,41	0,76
Australien	4,73	21,06	4,4

Daraus ergibt sich, daß eigentlich nur Kanada, Argentinien und Australien bedeutende Überschüsse produzieren, daß die Vereinigten Staaten sehr bald nicht viel werden ausführen können. In der übrigen Welt gibt es fast kein Land, das unter normalen Verhältnissen hätte ausführen können. Europa wird also nichts anderes übrigbleiben, als durch Intensivierung des eigenen Betriebs seinen Bedarf zu decken. Daraus folgt auch, daß die Getreidepreise noch weiter steigen werden. (Schluß folgt.)

Literarische Rundschau.

Albrecht Penck, **Die österreichische Alpengrenze.** Stuttgart 1916, J. Engelhorns Nachfolger. 74 Seiten.

Mehr als je ist es jetzt von größter Wichtigkeit, geographische Werke zu lesen, die die gegenwärtig einander jagenden Probleme vom geographischen Standpunkt aus zu erfassen suchen. Vermögen doch eingehende geographische Darstellungen die inneren Zusammenhänge der Ereignisse am ehesten aufzuhellen; und sind doch die geographischen Tatsachen der festeste Untergrund, auf dem sich die Diskussionen über die weltpolitischen Fragen der nächsten Zukunft bewegen können. Natürlich Geographie nicht im Sinne der schulmäßigen Topographie gedacht. Darüber sind wir denn doch hinaus. Die heutige Geographie will mehr; sie untersucht die Erde als Wohnplatz des Menschen und befaßt sich mit den Beziehungen, die mittelbar und unmittelbar zwischen der Erde und den jeweils darauf befindlichen Menschen, ihrer Kultur und ihrem Wirtschaftsleben bestehen; damit ist sie der Unterbau für die Wissenschaft von der Vergangenheit, die Geschichte, und für die von der Gegenwart und Zukunft, für die Nationalökonomie. Daher ist es auch begreiflich, daß die Kriegsliteratur eine ganze Reihe von Schriften aus der Feder unserer hervorragendsten Fachgeographen aufweist. Meist sind es Teilgebiete, die behandelt werden; dadurch ist eine vage Oberflächlichkeit, wie man sie sonst in vielen Publikationen unserer Allerweltspolitiker findet, ausgeschlossen, die Ausführungen sind sachlicher und gründlicher und vermögen, vorausgesetzt, daß eine Karte zu Hilfe genommen wird, zum Verständnis schwebender Fragen ganz erheblich beizutragen.

Aus der Reihe erschienener Bücher verdient Pencks Arbeit über die österreichische Alpengrenze besonders hervorgehoben zu werden. Einmal, weil das Thema aktuell ist, vor allem aber, weil aus der Behandlung des Einzelproblems sich eine ganze Reihe von Fragen allgemeiner Natur ergibt, deren Lösung vom geographischen Standpunkt aus das Interesse des Politikers in Anspruch nehmen dürfte. Von Chauvinismus und irgendwelcher Parteilichkeit ist in dem Buche nichts zu finden, das sollte eigentlich bei einer wissenschaftlichen Arbeit selbstverständlich sein, verdient aber in unseren Tagen besonders registriert zu werden.

Penck beschäftigt sich zunächst eingehend mit dem Problem der Grenze überhaupt, sicherlich einem der schwierigsten auf dem Gebiet der politischen Geographie. Sehr treffend erscheint uns seine Unterscheidung zwischen »natürlichen, das heißt durch Naturbeobachtung ohne Vermarkung auffindbaren Grenzlinien und zwischen Naturgrenzen, welche natürliche Lebensräume trennen. Die Naturgrenze von Staaten steht der historischen manchmal, aber nicht immer gegensätzlich gegenüber. Jede historische Grenze lehnt sich in ihrem Verlauf tunlichst an natürliche Grenzlinien an, aber braucht dabei durchaus nicht Naturgrenze zu sein. Die natürliche Grenzlinie ist gewöhnlich ein schmaler, die Naturgrenze in der Regel ein ziemlich breiter Streifen, und ein Staat mit sehr guten Naturgrenzen kann oft recht schlechte natürliche Grenzlinien haben.« (S. 10.)

Vor allem — und das ist der Übergang auf das eigentliche Thema — kann man nicht die Wasserscheide beziehungsweise den Hauptkamm eines Hochgebirges an sich als natürliche Grenze ansprechen. Nur dann, wenn das Gebirge sehr schmal ist. Das ist bei den Alpen nicht der Fall. Zwar beansprucht der italienische Imperialismus den Hauptkamm der Alpen entlang der adriatischen Wasserscheide als Grenze nach Norden; Giovanni Marinelli, einer der bekanntesten italienischen Geographen, zieht in seinem Werke »La Terra« die natürlichen Grenzen Italiens von Nizza bis südlich Fiume, und schlägt den Südostzipfel Frankreichs, den Süden der Schweiz und Tirols, Görz, Triest und Istrien zu Italien. Aber Penck weist darauf hin, daß das eine rein äußerliche Konstruktion ist, daß Italien nicht jenseits im Süden des Hauptalpenkamms beginnt. Vielmehr bilden die Gebiete innerhalb eines so breiten Hochgebirges, wie es die Alpen sind, politische Individuen für sich, Paßstaaten, die an den Abdachungen des Gebirges ihre Naturgrenzen, bisweilen auch da natürliche Grenzen haben: »Es kann keine bloße Zufälligkeit sein, wenn seit Jahrhunderten immer aufs neue Paßländer in den Alpen zur Entwicklung gekommen sind und sich bis in die Gegenwart hinein erhalten haben. Hier müssen natürliche und nicht bloß historische Ursachen wirken. Wir finden sie einerseits in der verbindenden Kraft der Pässe: diese locken den Verkehr in bestimmte Linien und bringen Talschaften beiderseits des Gebirges in engere Beziehungen zueinander, als oft zwischen zwei benachbarten Talgebieten auf derselben Seite des Gebirges vorhanden sind. Dazu kommt, daß die gebirgige Natur der Länder beiderseits der Pässe diese in Gegensatz bringt zu den angrenzenden ebenen Vorländern. Die Lebensweise der Gebirgler ist eine andere als die der Ebenenbewohner.... So stark ist die einende Kraft der Pässe, daß in diesen Paßstaaten verschiedene Völker zusammengefaßt werden.« (S. 14 f.) Auf diese Weise erklärt sich nicht allein die selbständige Stellung der Schweiz, sondern auch die Tirols, und die natürlichen Grenzpunkte dieser beiden Länder nach Norden und Süden sieht Penck in den Engpässen, die am Rande des Gebirges liegen, und die obendrein noch meist durch große Seen besonders abgeschlossen sind. Durchaus mit Recht; denn diese Engen bilden für den Verkehr ein größeres Hindernis als die Pässe der Alpenkämme. Zudem wäre die adriatische Wasserscheide, wie sie Italien beansprucht, auch vom ethnographischen Gesichtspunkt aus betrachtet durchaus unnatürlich, da sie dann ein erhebliches nicht italienisches Volkselement einschließen und eine deutsche »Irredenta« auf italienischem Boden großziehen müßte. Im allgemeinen hält Penck gerade vom geographischen Standpunkt aus, wie sich aus der beigegebenen Karte ergibt, den heutigen Verlauf der österreichischen Alpengrenze für natürlich — abgesehen von dem gesamten Veltlin, das er seiner Natur nach als zur Schweiz gehörig betrachtet —, höchstens daß die grenzbildenden Talengen von der Palagruppe bis zu den Julischen Alpen ein wenig südlicher liegen, als heute die österreichische Grenze entlang zieht. Es ist allerdings selbstverständlich, daß die geographischen Momente nicht allein und meist nicht einmal in erster Linie bestimmend sind oder sein können für die politischen Gestaltungen und Abgrenzungen der Staaten. Nationale, wirtschaftliche und historische Rücksichten behaupten vielfach vor ihnen den Vorrang. Gg. Engelbert Graf.

Notizen.

Statistisches zur Sprachenfrage in Belgien. Die letzte, im April 1914 erschienene Nummer des vom belgischen Ministerium des Innern herausgegebenen »Bulletin trimestriel« brachte interessantes statistisches Material zur Sprachenfrage in Belgien, das gegenwärtig, wo der Schutz der flämischen Sprache und des flämischen Volkes zu einer politischen Aufgabe der deutschen Reichsregierung erklärt worden ist, erhöhte Bedeutung haben dürfte.

Die folgende Tabelle zeigt, wie sich die Bevölkerung Belgiens auf die verschiedenen Sprachen, die in Belgien gesprochen werden, verteilt:

	Bevölkerung ohne Altersunterschied	15 und mehr Jahre alt	21 und mehr Jahre alt
Nur Französisch sprechend	2833334	2132957	1823825
- Flämisch -	3220662	2129185	1760656
- Deutsch -	31415	19654	16479
Französisch und Flämisch	871283	746140	628703
- - Deutsch	74993	65637	56681
Flämisch und Deutsch	8652	7237	6441
Französisch, Flämisch und Deutsch	52547	49300	42404
Keine dieser drei Sprachen	330893	6645	5688
Zusammen	7423779	5156755	4340877

Von den Personen der Bevölkerung, die mehrere Sprachen sprechen, bedienen sich hauptsächlich

	Ohne Altersunterschied	15 und mehr Jahre alt	21 und mehr Jahre alt
des Französischen	349969	299589	259594
- Flämischen	611531	529851	441667
- Deutschen	45980	38874	32968

Unter den Belgiern, die mehrere Sprachen sprechen, sind demnach 34,75 Prozent, die hauptsächlich das Französische bevorzugen im täglichen Verkehr, 60,70 Prozent, die das Flämische hauptsächlich reden, und 4,55 Prozent, die hauptsächlich Deutsch sprechen.

Besonders auffallend ist es, daß unter den Französisch sprechenden der Prozentsatz derer, die auch der deutschen Sprache mächtig sind, ungleich größer ist als unter der flämischen Bevölkerung. Rechnet man zu den Personen, die nur Französisch, Flämisch oder Deutsch sprechen, jene Personen hinzu, die eine dieser Sprachen als ihre hauptsächlichste Verkehrssprache erklärt haben, so ergibt sich:

Personen, die ausschließlich oder hauptsächlich sprechen	Ohne Altersunterschied	Prozent	15 und mehr Jahre	Prozent
Französisch	3183303	= 42,88	2432546	= 47,17
Flämisch	3832693	= 51,62	2659036	= 51,56
Deutsch	77395	= 1,04	58528	= 1,14
keine dieser drei Sprachen	330893	= 4,46	6645	= 0,13

Zu den Personen, die weder Französisch noch Deutsch oder Flämisch sprechen, sind die Kinder unter zwei Jahren gezählt und jene Fremden, die ihre Muttersprache reden, ohne Französisch, Flämisch oder Deutsch zu verstehen und zu sprechen.

Die Schwankungen in der sprachlichen Zugehörigkeit der Bevölkerung Belgiens sind gering. Ein Vergleich mit den Verhältniszahlen des Jahres 1900 zeigt eine leichte Abnahme der Französisch Sprechenden und eine etwas stärkere Zunahme der Flämisch Sprechenden.

Auf je 100 Personen sprachen	Ohne Altersunterschied 1900	1910	15 und mehr Jahre alt 1900	1910
nur Französisch	38,47	38,17	41,48	41,36
- Flämisch	42,17	43,38	41,01	41,29
- Deutsch	0,42	0,42	0,40	0,38
Französisch und Flämisch	11,97	11,74	14,74	14,47
- - Deutsch	0,99	1,01	1,25	1,27
Flämisch und Deutsch	0,11	0,12	0,14	0,14
Französisch, Flämisch und Deutsch	0,64	0,71	0,87	0,96
keine dieser drei Sprachen	5,22	4,45	0,11	0,13

So.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 12 | Ausgegeben am 23. Juni 1916 | 34. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Zur Geschichte des Zentralorgans der Partei.

Von K. Kautsky.

(Schluß.)

5. Der Züricher »Sozialdemokrat«.

Das Sozialistengesetz fegte 1878 mit einem Schlage fast die gesamte Parteiliteratur weg, periodische und nichtperiodische, wissenschaftliche wie politische, Lokalblätter und zentrale Organe. Eine Zeitlang schlugen alle Versuche fehl, an Stelle der verbotenen Zeitungen andere, harmlosere zu setzen. Das Erscheinen eines wirklich sozialistischen Blattes war im Deutschen Reiche für Jahre hinaus unmöglich geworden.

Die Parteigenossen verlangten aber dringend nach einem Parteiorgan, und da es im Inland nicht erscheinen konnte, sollte es ihnen aus dem Ausland zugeführt werden.

Die Parteileitung, die damals nach der Auflösung der Organisation an die Reichstagsfraktion überging, konnte sich lange nicht entschließen, ein Blatt im Ausland herauszugeben. Doch mußte sie am Ende die Notwendigkeit eines solchen anerkennen, namentlich angesichts des Anklanges, den die von Karl Hirsch in Brüssel herausgegebene »Laterne« seit Dezember 1878 und noch mehr die von Most in London herausgegebene »Freiheit« seit Januar 1879 fanden. Sie willigte in die Gründung eines Wochenblatts ein, des »Sozialdemokrat«, der seit September 1879 in Zürich erschien, zuerst von Vollmar, später von Bernstein redigiert. Die »Laterne« war schon vorher eingegangen, die »Freiheit« geriet immer mehr ins Fahrwasser des Anarchismus. Auf dem Wydener Kongreß im August 1880 wurde Most aus der Partei ausgeschlossen und einstimmig der »Sozialdemokrat zum einzigen offiziellen Organ der Partei« erklärt.

Er war aber damals nicht nur das einzige offizielle, sondern überhaupt das einzige Organ der Partei, ebenso wie es sein Vorgänger gleichen Namens im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gewesen.

Als neben ihm allmählich wieder eine sozialistische Lokalpresse in Deutschland aufzuleben begann, machte sie ihm keineswegs die Konkurrenz, die sie dem »Vorwärts« gemacht. Denn zwischen ihr und dem »Sozialdemokrat« bestand nicht nur der Unterschied zwischen lokalem und allgemeinem Parteiorgan, sondern auch der zwischen dem farblosen Nachrichtenblatt und dem Kampforgan. Nur außerhalb des Bereichs des Sozialistengesetzes konnte ein solches bestehen. Die Redaktion des »Sozialdemokrat« wußte ihre Freiheit mit vollem Verständnis und größter Rücksicht für die Bedürfnisse und Bedingungen der Partei in Deutschland zu verbinden. So erlangte das Zentralorgan ein Ansehen und eine Bedeutung gegenüber der Lokalpresse, die in der Geschichte der Partei einzig dastand. Dabei erreichte der Absatz des »Sozialdemokrat« bald eine Höhe, die

ihn finanziell vollkommen auf eigene Füße stellte und jeden Zuschuß unnötig machte.

Das verlieh der Redaktion eine feste Stellung gegenüber der Parteileitung.

Die blieb ihr, nachdem die Rechtsprechung der Gerichte die Fraktion gezwungen hatte, die Verantwortung für den »Sozialdemokrat« abzulehnen, da schon das bloße Anhören eines Berichts über den Stand des »Sozialdemokrat« genügte, eine Verurteilung wegen Geheimbündelei herbeizuführen. In Nr. 43 des »Sozialdemokrat« von 1886 erschien eine Erklärung der Fraktion, in der es hieß:

Als zunächst Beteiligte gezwungen, die Konsequenzen der reichsgerichtlichen Entscheidung zu ziehen, haben wir beschlossen:

1. den Charakter des »Sozialdemokrat« als offizielles Organ der Partei aufzuheben;

2. die Vollmachten, die seinerzeit die Eigentümer des Blattes der jeweiligen sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags einräumten, in deren Hände zurückzugeben.

Im übrigen überlassen wir es jedem einzelnen, wie er sich zum »Sozialdemokrat« stellen will, der dank dem Vorgehen unserer Gegner sicher seinen großen Leserkreis nicht nur behalten, sondern noch erweitern wird.

In dem Verhältnis der Parteigenossen zum »Sozialdemokrat« trat dadurch kein Wandel ein. Er blieb für sie das zentrale Organ. Die Berliner Genossen veröffentlichten dort (Nr. 48) folgende Resolution:[1]

Im Gegensatz zur Erklärung unserer Fraktion in Nr. 43 dieses Blattes erklären die Berliner Parteigenossen:

Daß sie den »Sozialdemokrat« nach wie vor als alleiniges offizielles Parteiorgan betrachten und ihre Kundgebungen nach wie vor durch dasselbe veröffentlichen werden.

Gleichzeitig erwarten die Berliner Parteigenossen von der Redaktion des »Sozialdemokrat«, daß sie die schmählichen Zustände des Militär- und Knutenstaats Deutschland, die am drückendsten in Berlin empfunden werden, in kräftiger und schonungsloser Sprache geißelt und durch ihre zielbewußte Haltung den Genossen aller Orte ein Vorbild charaktervoller revolutionärer Gesinnung gibt.

In dieser Haltung wird sich die Redaktion, das ist die bestimmte Erwartung der Berliner Parteigenossen, durch keinerlei äußere Einflüsse beirren lassen, und sie wird dann des Dankes und der Anerkennung der Berliner Genossen sicher sein.

---

[1] Ich bleibe bei dem Worte Resolution, da ich mich nicht entschließen kann, die Sprache, die wir bisher gesprochen, durch das neudeutsche Kauderwelsch zu ersetzen, das unbefugte Sprachverhunzer während des Krieges geschaffen haben. Auch darin sollten wir bleiben, was wir waren, und die Jagd auf alles Ausländische den Umlernern überlassen. Die Übersetzung des Wortes »Resolution« durch das Wort »Entschließung« ist wohl auf Schlegels Hamletübersetzung zurückzuführen. Im berühmten Monolog Hamlets heißt es:

And thus the native hue of resolution
is sicklied o'er with the pale cast of thought.

Zu deutsch:

Der angebornen Farbe der Entschließung
wird des Gedankens Blässe angekränkelt.

Hamlet spricht hier freilich von dem entschlossenen, dem resoluten Wollen eines Individuums und nicht von dem Beschluß einer Versammlung, aber unsere Sprachumlerner meinen offenbar, es gehöre zum Wesen einer Resolution, daß sie von Blässe angekränkelt und deshalb mit dem Wort »Entschließung« gemeint sei. Ihre Blässe braucht freilich nicht von übertriebenem Nachdenken herzurühren.

Im Anschluß hieran sprechen die Berliner Parteigenossen ihre Meinung dahin aus, daß die Verlegenheitssituation, die durch den Erlaß des Sozialistengesetzes geschaffen worden ist, endlich beseitigt, das heißt, daß die Parteileitung nicht mehr ausschließlich durch die Fraktion, respektive den Fraktionsvorstand gehandhabt wird. Das bisherige Verhältnis hat mannigfache Übelstände mit sich gebracht, die dem demokratischen Charakter der sozialdemokratischen Partei nicht entsprechen.

Die Übelstände der »Verlegenheitssituation« waren unleugbar, aber völlig zu beseitigen erst nach dem Falle des Sozialistengesetzes.

Sobald dieser eintrat, verschwand indes nicht bloß die Leitung der Partei durch die Fraktion, sondern auch der »Sozialdemokrat«, der nun ebenfalls seinen Daseinsgrund verlor.

Damit hörte die letzte Form des Zentralorgans auf, in der es von allen Parteigenossen als Notwendigkeit empfunden wurde.

In seiner letzten Nummer hielt ihm Friedrich Engels folgenden Nachruf:

Von der Bühne verschwinden muß der »Sozialdemokrat«. Nicht nur, weil dies so oft den anderen Parteien gegenüber erklärt worden ist. Weit mehr noch, weil der »Sozialdemokrat« unter den veränderten Verhältnissen selbst notwendig ein anderer würde.... Und ein Blatt, das eine so bestimmte geschichtliche Rolle gespielt, ein Blatt, dessen Eigentümlichkeit war, daß in seinen Spalten und nur dort die zwölf entscheidendsten Jahre im Leben der deutschen Arbeiterpartei sich widerspiegeln — ein solches Blatt kann und darf sich nicht verändern. Es bleibe, was es war, oder es höre auf, zu sein....

Das Blatt war der Mühen und Gefahren wert, die seine Verbreitung kostete. Es war unbedingt das beste Blatt, das die Partei je besessen. Und zwar nicht bloß, weil es, allein von allen, volle Preßfreiheit genoß. Die Grundsätze der Partei wurden mit seltener Klarheit und Bestimmtheit dargelegt und festgehalten, und die Taktik der Redaktion war fast ausnahmslos die richtige....

Dabei war der »Sozialdemokrat« alles, nur kein bloßes Mundstück der Fraktion. Als die Majorität der Fraktion 1885 der Dampfersubvention zuneigte, vertrat das Blatt entschieden die entgegengesetzte Meinung und behauptete sein Recht dazu auch noch, als diese Majorität in einem Tagesbefehl, der ihr heute wohl selbst unbegreiflich ist, ihm dies verbot. Der Kampf dauerte gerade vier Wochen, während deren die Redaktion von den Parteigenossen Deutschlands und des Auslands kräftig unterstützt wurde. Am 2. April erschien das Verbot; am 30. brachte der »Sozialdemokrat« eine zwischen Fraktion und Redaktion vereinbarte Erklärung, woraus hervorging, daß die Fraktion ihren Befehl zurücknahm.

Der Fall des Sozialistengesetzes brachte der Partei die Bedingungen glänzendsten Aufschwungs. Aber in der Frage des Zentralorgans brachte er ihr nur Verlegenheiten.

6. Das zentrale Lokalorgan.

Die Schwierigkeiten, die das Zentralorgan schon vor dem Sozialistengesetz bedrängt hatten und die durch dieses beseitigt worden waren, erstanden jetzt von neuem und in erhöhtem Maße. Wenig kam dabei in Betracht, daß schon 1883 wieder ein wissenschaftliches Organ erstanden war, die Neue Zeit, obwohl es dem Zentralorgan eine seiner wichtigsten Funktionen abnahm. Entscheidend dagegen wurde der Aufschwung, den die Lokalpresse noch in den letzten Jahren des Sozialistengesetzes genommen hatte. Nicht nur in bezug auf die Zahl ihrer Wähler, sondern auch in bezug auf die ihrer Organe stand die Partei am Ende des Sozialistengesetzes stärker da als vor ihm. Zur Zeit seines Erlasses zählte die Partei 42, zur

Zeit seines Verschwindens 60 politische Organe. Darunter waren 1878 13, 1890 19 tägliche Blätter. Die Zahl der größeren Orte im Reiche, die nicht von dem einen oder anderen Lokalblatt erreicht wurden und daher nach einem Zentralorgan verlangten, war nur noch gering und in raschem Schwinden. Und dabei waren einzelne der lokalen Blätter so umfangreich und gut redigiert, daß sie die bisherigen Funktionen des Zentralorgans vollständig übernehmen konnten und tatsächlich besorgten. Der einzige Unterschied, die größere Freiheit der Aussprache im Zentralorgan, verschwand, sobald die Notwendigkeit aufhörte, dieses im Ausland herauszugeben.

Liebknecht wollte den »Vorwärts« wieder in alter Weise als dreimal in der Woche erscheinendes Blatt in Leipzig herausgeben: aber mit dieser Idee blieb er allein. Auer fand allgemeine Zustimmung, als er auf dem Kongreß zu Halle erklärte:

Wir können das Zentralorgan nicht wieder herstellen nach früherer Weise, es sei denn, daß wir einen großen Teil unserer Parteigelder zur Deckung des Defizits verwenden wollen.... Wollen Sie ein neues Zentralorgan, das etwas anderes ist als die Wochenblätter, die wir schon besitzen, wollen Sie etwas Gediegenes und nur halbwegs den Wünschen der Genossen Entsprechendes — und wir dürfen doch keinen Schofel herausgeben —, dann kostet uns ein derartiges Organ solche Summen, daß Sie im nächsten Jahre, wenn wir die Rechnung vorlegen, sagen werden: Um Gottes willen, bringt das Zentralorgan wieder beiseite.

Das erfüllte sich bald buchstäblich. Denn eine Reihe Genossen, namentlich im Ausland, waren von der Regelung der Frage des Zentralorgans, die in Halle beschlossen wurde und von der wir gleich ausführlicher handeln werden, nicht befriedigt und verlangten ein politisches Parteiwochenblatt. Der Kölner Parteitag 1893 gab ihrem Drängen nach und beschloß auf Antrag des Deutschen Sozialdemokratischen Leseklubs in Paris die Gründung eines solchen offiziellen Wochenblatts, das »einen Überblick in dem jedesmaligen politischen Fortschritt der Partei, übersichtliche und wissenschaftliche Artikel und die wichtigsten Korrespondenzen vom In- und Ausland bringt«.

Es erhielt den bereits so ehrenvoll gewordenen Namen des »Sozialdemokrat« und wurde von Max Schippel redigiert. Aber schon der Breslauer Parteitag 1895 beschloß auf Antrag des Parteivorstandes, das Blatt wieder eingehen zu lassen, dessen Abonnentenstand rasch zusammenschrumpfte und das in einem Jahre über 14 000 Mark Zuschuß aus der Parteikasse erforderlich gemacht hatte, ohne zu einem Bedürfnis für die Parteigenossen geworden zu sein.

Der Versuch wurde nicht wieder erneuert.

Die dauernde Regelung der Frage des Zentralorgans erfolgte in Halle in anderer Weise. Man übernahm ganz einfach das größte und bestredigierte der damals bestehenden Lokalblätter in das Eigentum der Gesamtpartei, gab ihm einen neuen Titel mit dem Untertitel »Zentralorgan«, änderte aber nicht das geringste an seinen Funktionen, fügte zu seinen bisherigen keine hinzu. Denn die Bestimmung im Parteistatut: »Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teiles zu veröffentlichen« unterschied praktisch nicht im mindesten das neue zentrale Lokalblatt von den übrigen Lokalblättern der Partei, die ja jene Bekanntmachungen ebenfalls brachten.

Die früheren Zentralorgane der Partei hatten sich dadurch von den Lokalorganen unterschieden, daß sie für die Gesamtheit der Parteigenossen im Reiche bestimmt waren. Das galt so sehr, daß im Organisationsstatut der Eisenacher festgesetzt wurde, das Abonnement auf das Zentralorgan sei gleichbedeutend mit der Entrichtung des Parteibeitrags: »Die Parteigenossen, welche auf das Parteiorgan abonnieren und dies glaubhaft nachweisen, sind während der Dauer des Abonnements ihrer Beitragspflicht enthoben.«

Das neue Zentralorgan konnte dagegen von vornherein nicht darauf rechnen, außerhalb seines Erscheinungsbezirks einen großen Leserkreis zu gewinnen. Es war nicht mehr für die Masse der Parteigenossen, sondern außerhalb seines Bezirks nur noch für die Vertrauensmänner und Redaktionen bestimmt. Für sein ökonomisches Gedeihen blieb es vollständig abhängig von den Genossen am Orte seines Erscheinens, auch wenn sie zunächst in seine Verhältnisse und sein Wirken nichts dreinzureden hatten.

Zum Zentralorgan wurde das Organ der Berliner Genossen ausersehen, das 1884 gegründete »Berliner Volksblatt«. Bebel teilte darüber auf dem Jenaer Parteitag von 1905 folgendes mit:

Liebknecht vertrat damals noch den Standpunkt, daß man wieder ein dreimal wöchentlich erscheinendes Zentralorgan in Leipzig schaffen solle. Alle anderen waren dagegen, und Liebknecht ließ sich überzeugen. Wir waren der Meinung, daß das Zentralorgan nach Berlin kommen und täglich erscheinen müsse. Es ist aber ganz selbstverständlich, daß wir den Berlinern ihr Blatt nicht »nehmen« konnten, sondern sie um ihre Einwilligung fragen mußten. Da konstatiere ich nun, daß die Berliner Vertrauensmänner, die damals die Frage zu entscheiden hatten, uns mit der größten Bereitwilligkeit entgegengekommen sind.

Vom 1. Januar 1891 an führte die Zeitung den Titel »Vorwärts, Berliner Volksblatt, Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands«.

Dieser Titel und die schon mitgeteilte Verpflichtung zum Abdruck der Kundgebungen des Parteivorstandes waren alles, was der einzige vom Zentralorgan handelnde § 17 des in Halle beschlossenen Parteistatuts aussagte.

Der Referent über das Organisationsstatut, Auer, erkannte ausdrücklich den lokalen Charakter des neuen Zentralorgans an. Er sagte:

Dieses Blatt darf seinen lokalen Charakter nicht verlieren. Das schadet auch nichts. Wer den lokalen Teil nicht lesen will, für den bringt der politische Teil immer noch mehr als das größte und bestredigierte Wochenblatt. Soll das »Berliner Volksblatt« überhaupt seine Aufgabe erfüllen, dann muß es das Organ besonders der Berliner Genossen bleiben. Dies zu ihrer Beruhigung. Für draußen wird es nur das Zentralblatt der Partei sein, das in Berlin erscheint und in einzelnen Orten in einzelnen Exemplaren gelesen wird. An eine Massenverbreitung, wie mit dem »Neuen Sozialdemokrat«, ist natürlich bei einem wöchentlich sechsmal erscheinenden Blatte nicht zu denken. (Protokoll, S. 128.)

Wie aber trotz dieses ausgesprochenen lokalen Charakters dem Blatte die zentrale Stellung geben, die es einnehmen sollte? Als das Hauptmittel dazu wurde die Wahl des leitenden Redakteurs betrachtet. Man erwartete, Wilhelm Liebknechts Persönlichkeit werde das Blatt über jedes an-

dere Organ der Partei hinausheben. Diese Wahl wurde besonders eindringlich dadurch gemacht, daß nicht der Parteivorstand, sondern der Parteitag sie vornahm, wie das schon beim ersten »Vorwärts« der Fall gewesen war. Doch man ging noch weiter. Grillenberger äußerte sich in Halle zur Wahl des Chefredakteurs des neugebildeten Zentralorgans in folgender Weise:

Es ist von jeher Gebrauch gewesen, daß der Redakteur des offiziellen Parteiorgans nicht zu gleicher Zeit Mitglied des Parteivorstandes sein kann; dies war unter der alten Organisation sogar statutarisch verboten. Von diesem Grundsatz ausgehend, ist davon abgesehen worden, Liebknecht (für den Parteivorstand) mit in Vorschlag zu bringen. Es ist aber doch ein kleiner Lapsus insofern unterlaufen, als man es unterlassen hat, die Wahl des Chefredakteurs des offiziellen Parteiorgans dem Parteitag zu übertragen. Liebknecht gehört zwar seit dem 1. Oktober der Redaktion des nunmehr zum leitenden Parteiorgan in Deutschland ernannten Blattes an, aber ich meine, es ist Pflicht des Parteitags, diese Wahl zum Chefredakteur des offiziellen Organs auch offiziell zu sanktionieren. Es gehört sich, daß dieser Chefredakteur dem Parteivorstand in allen Dingen koordiniert ist. Der Parteivorstand hat eine gewisse Aufsicht über das Blatt zu üben, aber der Chefredakteur des Zentralblatts muß in allen Dingen Aufschluß haben über das, was in der Partei vorgeht. Er muß in ununterbrochenem Kontakt mit dem Parteivorstand stehen, und deshalb ist es selbstverständlich, daß dieser Redakteur ebenso als Parteibeamter betrachtet wird wie die Mitglieder des Vorstandes, daß er an allen Sitzungen desselben teilnimmt und beratende Stimme hat. Er kann nicht als Bediensteter des Parteivorstandes betrachtet werden.

Auch aus einem Akt des Vertrauens und der Dankbarkeit für unseren altbewährten Parteigenossen Liebknecht, der seit mehr als vierzig Jahren für unsere Prinzipien kämpft und auch auf diesem Parteitag bewies, wie nahezu unersetzlich er für uns ist, beantrage ich, der Parteitag wolle beschließen: Liebknecht wird als Chefredakteur des offiziellen Parteiorgans bestätigt und ist als solcher gleichberechtigt mit dem Parteivorstand. (Protokoll, S. 264.)

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Er bot die würdigste Form, das lokale Blatt zum Organ der Gesamtpartei zu machen, ohne es als bloßes Werkzeug des Parteivorstandes, als offiziöses Blatt der Parteiregierung erscheinen zu lassen. Dazu hätte sich Liebknecht nie hergegeben. Auf dem Gothaer Parteitag 1896 erklärte er:

Ich meine, die Partei hat, als sie mir diese Stelle gab, auch erwartet, daß ich mir die nötige Unabhängigkeit wahren werde. Ich würde es für ein großes Unglück halten, wenn der »Vorwärts« ein sozialdemokratisches Reptilblatt wäre. Ich habe seinerzeit ein offiziöses Regierungsblatt verlassen, ich würde auch keinen Augenblick in einem offiziösen Parteiregierungsblatt verbleiben. Denn ich kann bloß da sein, wo ich vollständig meiner Überzeugung folgen kann. (Protokoll, S. 115.)

Soweit war alles sehr schön und gut. Trotzdem gelang es dem »Vorwärts« nie, jene überragende Stellung zu gewinnen, die die früheren Zentralorgane gehabt. Liebknecht war ein großer Führer, ein unerschrockener und unermüdlicher Kämpfer, ein glänzender, hinreißender Schriftsteller, aber kein Tagesjournalist. Den »Vorwärts« als Zeitung gut zu gestalten, glückte ihm nicht. Die übrige tägliche Parteipresse unter der Führung der »Leipziger Volkszeitung« entwickelte sich rascher als der »Vorwärts«. Daneben übte auch der Gegensatz zwischen den Aufgaben eines zentralen und

eines lokalen Blattes lähmende Wirkungen aus. Die Redakteure glaubten oft, als Vertreter der Gesamtpartei, Rücksichten nehmen zu müssen, an die ein Lokalblatt nicht gebunden war. So rissen die Klagen über den »Vorwärts« nicht ab, wer immer seine Redakteure sein mochten, und ebenso häufig waren die Hinweise der letzteren auf den unheilvollen Dualismus von Lokal- und Zentralorgan, der die Schuld trage, »die unglückliche Doppelnatur des Vorwärts«, wie sich Liebknecht auf dem Stuttgarter Parteitag 1898 ausdrückte. Er sagte dort auch:

Der »Vorwärts« ist ein Doppelorgan: Zentralorgan und Lokalorgan zugleich. Das sind zwei nicht gut miteinander vereinbare Eigenschaften.

7. Das Werden der Berliner Preßkommission.

Die Sache wurde nicht vereinfacht dadurch, daß die Berliner Genossen es bald müde wurden, minderen Rechtes zu sein als ihre Kameraden an anderen Orten, und Einfluß auf ihr Organ forderten, dessen ökonomische Träger doch sie allein waren. So ungern der Parteivorstand ihnen nachgab, so sehr er sich sträubte, den lokalen Charakter des Blattes immer mehr betont zu sehen, er konnte sich der Logik der Tatsachen auf die Dauer nicht verschließen.

Schon ein Jahr nach dem Hallenser Parteitag, in Erfurt, beantragten die Genossen des ersten Berliner Wahlkreises, der »Vorwärts« solle in zwei Teile zerlegt werden, einen zentralen, der unter der Kontrolle des Parteivorstandes bleibe, und einen lokalen, der dem Einfluß der Berliner Genossen unterworfen werde. In dieser Form wurde der Antrag von Bebel bekämpft, der dafür folgendes vorschlug:

Der Parteitag erklärt sich damit einverstanden, daß die Berliner Genossen eine Kommission von neun Mitgliedern wählen, die in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand die Kontrolle des lokalen Teiles des »Vorwärts« zu übernehmen haben. (Protokoll, S. 230.)

Der Antrag wurde angenommen und damit die Grundlage zur jetzigen Preßkommission gelegt, allerdings noch in sehr bescheidener Form. Sie genügte auf die Dauer nicht. Die Kommission erweiterte immer mehr ihr Tätigkeitsgebiet, unterstützt von den Berliner Genossen und unter schweigender Zustimmung des Vorstandes. Diesen Zustand zu sanktionieren, wurde der Hamburger Parteitag 1897 aufgefordert. Fünf Berliner Wahlkreise brachten den Antrag ein:

Zur fortlaufenden Kontrolle des Zentralorgans in lokaler und finanzieller Beziehung wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, welche aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden der beteiligten Reichstagswahlkreise bestehen darf. Diese Preßkommission hat bei allen Dingen finanzieller Natur, bei allen Anstellungen in Redaktion und Expedition mit zu entscheiden.

Der Parteivorstand konnte sich noch nicht in diese Schmälerung seiner Befugnisse hineinfinden. Es gelang ihm, sich mit den Berliner Genossen auf folgenden Kompromißantrag zu einigen, der dann als § 17a des Organisationsstatuts angenommen wurde:

Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, welche aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden be-

teiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf. Einwände der Preßkommission sind dem Parteivorstand zur Erwägung zu unterbreiten. Von Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition ist der Preßkommission vor der Entscheidung Mitteilung zu machen und ihre Ansicht einzuholen.

Die Preßkommission blieb also eine bloß beratende und anregende Körperschaft. Allerdings war jetzt anerkannt, daß sie sich um das gesamte Zentralorgan, nicht bloß um seinen lokalen Teil zu kümmern habe. Doch blieb das eine Halbheit, die nicht befriedigte. Schon nach zwei Jahren, auf dem Kongreß von Hannover 1899, verlangten die Berliner abermals, nicht bloß beratend, sondern entscheidend auf die Angelegenheiten des Zentralorgans, das ihr Lokalorgan ist, einwirken zu können. Adolf Hoffmann und Genossen beantragten, den Schluß des § 17a des Statuts folgendermaßen zu fassen:

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand über alle Angelegenheiten des Parteiorgans, insbesondere über Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Über etwaige Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheiden die Kontrolleure, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art zu gleichen Rechten, daß jedes dieser Organe je eine Stimme hat.

Der Antrag wurde von Ewald hauptsächlich mit dem Hinweis darauf begründet, daß von den 53 000 Abonnenten, die der »Vorwärts« damals hatte, 50 000 auf Berlin kämen und nur 3000 nach außen gingen. »Sie werden mir zugeben, daß wir da auch ein gewisses Recht auf Mitwirkung beim Zentralorgan haben.«

Diesmal widersprach der Parteivorstand nicht, der Antrag wurde angenommen und damit der Zustand geschaffen, der im wesentlichen bis heute besteht.

Dasselbe Jahr, in dem der Parteitag von Hannover stattfand, brachte das neue Vereinsgesetz, das sofort zu einer Umwandlung der Parteiorganisation Veranlassung gab. Schon 1900, auf dem Parteitag in Mainz, wurde eine neue Organisation beschlossen und damit auch die Frage des Verhältnisses der Rechte der Berliner Genossen gegenüber dem Parteivorstand, die aus der Eigenart des lokalen Zentralorgans hervorging, wieder aufs Tapet gebracht, jedoch keine Änderung beantragt.

Die beiden Paragraphen 17 und 17a des alten Statuts, die vom Zentralorgan handelten, wurden in das neue Statut unverändert hinübergenommen, zusammengefaßt zu dem § 18. Auer, der Referent über die Organisationsfrage, sagte darüber: [2]

---

[2] Neben diesem Passus dürfte heute aus dem Referat noch jener interessieren, der von der Zugehörigkeit zur Partei handelt. Nach dem vorgelegten Entwurf sollte über die Zugehörigkeit zur Partei, wenn sie bei einem Mitglied bestritten sei, der Parteivorstand entscheiden. Dagegen wurde eingewendet, daß dies dem Parteivorstand zu viele Rechte und die Macht gäbe, eine ihm unbequeme Opposition aus der Partei auszuschließen. Auer verhöhnte diese Warnungen:

»Wir wollen doch nicht hoffen, daß einmal ein so schlechter Vorstand kommt, daß er diese Bestimmung mißbrauchen könnte. Was wurde nicht alles in Versammlungen und der Presse gesagt! Da hieß es, der Parteivorstand könnte einmal zunächst zwei seiner Mitglieder ausschließen (er bestand damals aus fünf Personen), dann schließt er aus der Kontrolle alle diejenigen aus, die ihm nicht füg-

Der vom Zentralorgan handelnde § 18 ist eine Verschmelzung der früheren §§ 17 und 17a. Sachlich ist daran nichts geändert, es ist nur der im vorigen Jahre in Hannover angenommene Antrag in bezug auf die Erweiterung der Berliner Preßkommission berücksichtigt worden. Es ist kein Geheimnis, daß ich persönlich jenem Antrag durchaus abgeneigt war; ich habe von jeher den Standpunkt vertreten: der »Vorwärts« ist Zentralorgan, solange die Berliner damit einverstanden sind. Aber in dem Moment, wo die Berliner dies Opfer der Gesamtpartei nicht mehr bringen, haben sie das Recht, das Blatt als ihr Lokalblatt zu betrachten. Die politische Bedeutung des »Vorwärts« liegt darin, daß er am Ort des politischen Lebens erscheint, und er wird unter allen Umständen das politisch einflußreichste Blatt der Partei bleiben, gleichviel, ob er Zentralorgan ist oder nicht. Das Recht der Berliner, über ihr Blatt selbständig zu verfügen, habe ich nicht bestritten. Früher war es bei uns Gesetz, daß das Recht den Berlinern nicht zusteht, weil der »Vorwärts« Zentralorgan ist. Daraus sind Differenzen entstanden, einzelne Genossen wollten dem geschriebenen Recht gegenüber ihr Naturrecht geltend machen. Ich aber als Bureaukrat stellte mich auf den Boden des geschriebenen Rechtes. In Hannover hat man dann ein Kompromiß geschaffen, das, wie die meisten Kompromisse, nichts taugt. In der Praxis haben die Berliner jetzt erreicht, was sie wollen. (Protokoll, S. 140, 141.)

Auer hielt also den 1899 geschaffenen Zustand für genügend, die selbständige Einwirkung der Berliner auf ihr Organ zu sichern. Die Berliner selbst meinten jedoch nach Auers eigenem Wort, daß ein Kompromiß nichts taugt, und strebten nach einer klareren Lösung: der Gedanke kam auf, der »unglücklichen Doppelnatur« des »Vorwärts« ein Ende zu machen, das Lokalorgan vom Zentralorgan gänzlich loszulösen. Glaubte der Vorstand, noch ein besonderes Zentralorgan, ein »Regierungsorgan« zu brauchen, dann war die Partei reich genug geworden, ein solches zu erhalten.

Die Gelegenheit, einen Antrag in diesem Sinne zu stellen, bot der Parteitag zu Jena 1905, der abermals ein neues Organisationsstatut zu beraten hatte. In den Entwurf der Kommission war der § 18, der vom Zentralorgan handelt, unverändert aus dem alten Statut mit herübergenommen, geteilt in zwei Paragraphen, 28 und 29. Fünf Berliner Wahlkreise beantragten, diese Paragraphen einfach zu streichen und an deren Stelle zu setzen:

Die Bekanntmachungen des Parteivorstandes sind den offiziellen Parteiorganen zuzustellen, und diese sind verpflichtet, sie wortgetreu an hervorragender Stelle des redaktionellen Teiles zu veröffentlichen.

---

am sind, dann schließt er alle Delegierten des Parteitags aus, die ihm nicht genehm sind, und dann kommt die Diktatur, der Terrorismus und der Himmel weiß sonst was. ... Es gehört die ganze Unkenntnis vom Wesen der Partei dazu, eine solche Möglichkeit überhaupt anzunehmen. Was bliebe dann einem solchen Dreimännerkollegium überhaupt noch übrig? Ich möchte den Parteitag erleben, den diese drei Männer einberufen; da käme vielleicht Schillers Wort zur Geltung: Nehmet Holz vom Fichtenstamme, doch recht trocken laßt es sein.« (Große Heiterkeit.)

Auer konnte sich einen Parteivorstand nicht vorstellen, der eines seiner Mitglieder aus seiner Mitte ausschloß oder einem Mitglied der Kontrollkommission die Zugehörigkeit zur Partei aberkannte. Indes lehnte er doch einen Vermittlungsvorschlag nicht ab, der den Ausschluß aus der Partei vom Spruch eines Schiedsgerichts abhängig machte. So wurde auch im Parteistatut bestimmt.

Damit wollte man den Grund beseitigen, der allein für die Notwendig keit eines Zentralorgans noch festgesetzt war; denn diesem war im Statu keine andere Aufgabe zugewiesen als die Veröffentlichung der offizielle Kundgebungen der Partei. Nichts hätte mehr gehindert, den »Vorwärts nun zum ausschließlichen Organ der Berliner zu machen.

Vertreten wurde der Berliner Antrag von Wels. Er sagte unte anderem:

Wir wollen ein eigenes Organ haben, in dem die Meinung der Berliner Ge nossen ihren unverfälschten Ausdruck findet. In den jüngsten Preßdebatten ist vo verschiedenen Seiten betont worden, daß ein Zentralorgan überhaupt nicht no wendig sei. Es kann auch nicht abgestritten werden, daß ein Zentralorgan nic mehr denselben Einfluß wie vor dreißig Jahren haben kann und seine Existenz fähigkeit nur deshalb findet, weil es Zentralorgan ist. Der Leipziger »Vorwärts ging zurück, sobald die Berliner und Hamburger Lokalorgane gegründet wurde und gerade deshalb hat man ja dem jetzigen »Vorwärts« seinen Doppelcharakte als Zentral- und Lokalorgan gegeben. Aber diese Doppelnatur führt eben zu un leidlichen Zuständen.... Kein Geringerer als Wilhelm Liebknecht war es, d 1898 in Stuttgart sagte, daß die Unzuträglichkeiten, die aus der »unglückliche Doppelnatur« des »Vorwärts« hervorgingen, geradezu enorm wären.... In diese Worten ist die Hauptursache unseres Antrags bereits angegeben....

Im gleichen Sinne wie Wels sprach Heinrich Schulz, der unte anderem bemerkte:

Wenn die Polemiken durch den von uns unterstützten Berliner Antrag au nicht beseitigt werden, so werden sie doch vermindert. Über den »Vorwärts« i wegen seiner Zwitterstellung auf allen möglichen Parteitagen schon geklagt wo den. Wenn der »Vorwärts« ein Organ der Berliner Genossen ist, werden in de Tat die Polemiken an Schärfe verlieren, denn dann richten sich die Angriffe nu gegen das Berliner Organ, nicht mehr gegen das Zentralorgan der Gesamtparte (S. 101.)

Nicht nur auf dem linken, auch auf dem rechten Flügel der Partei fa den sich Befürworter der »Degradierung« des »Vorwärts« zum bloße Lokalorgan. Schon auf dem Mainzer Parteitag hatte Südekum in de Debatte über die Parteiorganisation erklärt:

Es wird die beste Lösung sein, daß man das Zentralorgan überhaupt aufgi und den Berlinern ihr Organ einfach überläßt, dann können sie und ihre Pre kommission natürlich auch mit der taktischen und prinzipiellen Haltung des »Vo wärts« zunächst machen, was sie wollen, aber jedenfalls ist ihnen doch nicht ein Art Oberkontrollrecht über die Haltung des Zentralorgans der Partei eingeräum (Beifall.) (S. 148.)

Doch so radikal wie Südekum dachten nicht alle Genossen. Der Part ihr bisheriges Zentralorgan völlig zu nehmen, war ein so schroffer Bru des Herkommens, daß nur zwingende Not die Mehrheit dazu hätte dränge können. Ein solcher Notstand existierte nicht, wie Bebel dartat, der si entschieden gegen den Vorschlag wendete. Er führte aus, daß unter den ge gebenen Bedingungen der bestehende Zustand ganz zufriedenstellend sei.

Zu diesen Bedingungen gehörte, daß der Vorstand bei Meinungsve schiedenheiten davon absah, der Redaktion ihre Haltung vorzuschreiben:

Die Mehrheit des Parteivorstandes war (im Gegensatz zu den Berlinern) fü die Beteiligung (an den preußischen Landtagswahlen), der Parteivorstand hat abe

niemals den geringsten Versuch gemacht, die Stellungnahme des »Vorwärts« in dieser Frage zu beeinflussen. Ebensowenig wie in der Agrarfrage.

Zu diesen Bedingungen gehörte weiter, daß die Berliner Genossen in der Entscheidung über die Angelegenheiten des »Vorwärts« mit dem Parteivorstand gleichberechtigt seien und in Streitfällen an die Kontrollkommission appellieren könnten.

Diese Regelung hat sich nach der Ansicht des Parteivorstandes und der Kontrollkommission ausgezeichnet bewährt. Die Berliner Genossen haben danach volle Anteilnahme an der Verwaltung des Blattes, an der Zusammensetzung der Redaktion und der Haltung des Blattes. In acht Jahren ist es zweimal zu Differenzen gekommen, die der Kontrollkommission unterbreitet wurden. Das eine Mal handelte es sich um Anstellung eines Expeditionsbeamten.... Das andere Mal um die Erhöhung eines Redaktionsgehalts. Beide Male entschied die Kontrollkommission gegen den Parteivorstand.

Was die technische Verwaltung des »Vorwärts« anlangt, so ist es mit Ausnahme des Falles, den ich eben angeführt habe, niemals zu Differenzen gekommen. Wir haben hier regelmäßig den Berlinern das Recht des Vorschlags überlassen und diese Vorschläge einfach akzeptiert, weil wir sagten, daß die Berliner die Verhältnisse in dieser Beziehung am besten kennen. In bezug auf die Haltung des »Vorwärts« in taktischer und prinzipieller Beziehung kann ich ebenfalls *eine volle Harmonie zwischen den Berliner Parteigenossen und dem Vorstand konstatieren.* (S. 186, 187.)

Wenn die Berliner mit dem »Vorwärts« unzufrieden seien, sei das auf Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Redaktion, nicht auf Differenzen zwischen Preßkommission und Parteivorstand zurückzuführen.

Diese Darlegungen wirkten entscheidend. Es blieb bei dem alten Zustand, und man kann sagen, daß »diese Regelung« sich noch fast ein volles Jahrzehnt lang »ausgezeichnet bewährt« hat.

Da kam der Krieg und legte Bresche in die Bedingungen, unter denen »diese ausgezeichnete Bewährung« möglich geworden war.

8. Der heutige Konflikt.

Sollte der schwerfällige Apparat des »Vorwärts«, der »Kompromiß«, der, nach Auer, »wie die meisten Kompromisse nichts taugt«, tadellos funktionieren, dann war die Grundbedingung die Übereinstimmung der beiden gleichberechtigten Faktoren, Parteivorstand und Preßkommission, in den entscheidenden taktischen und prinzipiellen Fragen. Solange die Meinungen bloß über die Person eines Expedienten oder die Höhe eines Redaktionsgehalts auseinandergingen, war's nicht schlimm. Da war der Streitgegenstand leicht durch die Kontrollkommission zu beseitigen, wenn die ersten Instanzen sich nicht zu einigen vermochten. Dagegen wuchsen die Schwierigkeiten rapid, sobald sich tiefgehende, dauernde Gegensätze auftaten, die jeden Tag von neuem ihren Ausdruck im Blatte fanden. Die überkommene Regelung hörte nun auf, sich »ausgezeichnet zu bewähren«.

Wie sich unter diesen Umständen das Verhältnis des Parteivorstandes zur Redaktion sowie zur Berliner Preßkommission des »Vorwärts« gestaltete, das zu schildern fällt nicht in den Rahmen der vorliegenden historischen Arbeit. Ich darf annehmen, daß meinen Lesern diese unerfreulichen Dinge bekannt genug sind. Ich hätte zu dem, was im »Vorwärts« selbst darüber veröffentlicht wurde, nichts hinzuzufügen.

Nur einige Gesichtspunkte seien kurz angedeutet, die sich aus der Anwendung der bisherigen historischen Erfahrungen mit dem Zentralorgan auf die heutige Situation ergeben.

Wir haben gesehen, wie Bebel in Jena 1905 zeigte, das bestehende Verhältnis zwischen »Vorwärts« und Parteivorstand sei unter anderem dadurch zu einem haltbaren gemacht worden, daß der Vorstand in den großen Streitfragen der Partei »niemals den geringsten Versuch gemacht hat, die Stellungnahme des ‚Vorwärts' zu beeinflussen«, und daß die Berliner Genossen »volle Anteilnahme an der Verwaltung des Blattes, an der Zusammensetzung der Redaktion und der Haltung des Blattes« hätten.

Man sollte annehmen, daß dies in der jetzigen heiklen Situation mehr als je hätte die Richtschnur des Parteivorstandes bilden müssen. Die Haltung und Stellungnahme des »Vorwärts« im Kriege mochte dem jetzigen Vorstand noch so unbequem sein; jeder Versuch, Redaktion und Preßkommission durch andere Mittel als die der Überredung und gütlicher Vorstellungen zu beeinflussen; jeder Versuch, eine Änderung durch Gewaltmittel zu erzwingen, mußte sofort zu völlig unhaltbaren Zuständen führen, die schlimmer wurden als das Übel, das nach der Ansicht des Vorstandes die Haltung des »Vorwärts« darstellte.

Gewiß verzichtet keine Behörde, auch keine demokratische, gern auf ein Machtmittel. Auch die Auer und Bebel hätten den »Vorwärts« am liebsten als ausschließliches Organ der Gesamtpartei, damit auch des Parteivorstandes, gesehen. Und sie hätten bei dem Streben, diesen Zustand zu erhalten, auf die große Mehrheit der Gesamtpartei zählen können, für die die lokalen Bedürfnisse der Berliner Genossen nicht entscheidend waren. Trotzdem haben sie diesen im Laufe eines Jahrzehnts immer mehr Einfluß auf das Zentralorgan, ja schließlich völlige Gleichberechtigung mit dem Parteivorstand eingeräumt. Das erklärt sich nicht aus der übergroßen Schwächlichkeit des früheren Vorstandes, sondern aus seiner klaren Erkenntnis der Dinge. Er wußte, daß die materielle Grundlage des »Vorwärts« nicht aus seiner Eigenschaft als Zentralorgan, sondern aus der als Lokalorgan herrührte, daß das Gedeihen des Blattes abhing von dem Interesse, das die Berliner Organisation dafür hatte.

Er wußte aber auch, daß die Berliner seit dem Aufhören des Sozialistengesetzes dem Parteivorstand gegenüber nie so einig waren wie dann, wenn es sich um die Rechte auf den »Vorwärts« handelte. Wohl fanden sich die Differenzen, die innerhalb der Partei bestanden, auch in Berlin. Und die Mehrheit der Berliner Genossen neigte seit dem Niedergang der Bewegung der »Jungen« bis in die letzten Jahre in den meisten Fällen zum Parteivorstand. Trotzdem stellten sich die Berliner stets, auch in den Zeiten größter Übereinstimmung mit ihm, geschlossen oder in der überwiegenden Mehrheit in Gegensatz zu ihm, sobald es galt, die Rechte ihrer Preßkommission zu wahren.

Der frühere Vorstand wußte also sehr wohl, was er tat, wenn er auch in den Zeiten seines größten Ansehens in der Partei es nie darauf ankommen ließ, den Berliner Genossen in Sachen des »Vorwärts« seinen Willen aufzuzwingen. Er zog es stets vor, sich mit ihnen zu verständigen. Jede andere Art des Vorgehens hätte entweder scheitern oder der Partei den schwersten Schaden zufügen müssen.

Der jetzige Parteivorstand hat, indem er anders handelte, etwas unternommen, was die Auer, Bebel, Singer nie gewagt hätten. Und dabei hat er seinen Kampf gegen die Opposition in Berlin auf jenes Gebiet verlegt, auf dem sie am stärksten ist.

Liegt dem Vorgehen des Vorstandes der bestimmte Plan einer Neuregelung zugrunde, der er so sieghafte Kraft zutraut, daß er glaubte, den Konflikt trotz aller Schwierigkeiten riskieren zu dürfen? Will der Vorstand dem »Vorwärts« den Charakter des Zentralorgans nehmen?

Wir haben gesehen, daß Ähnliches sich schon einmal ereignete. Unter dem Sozialistengesetz war durch den Wydener Kongreß 1880 der »Sozialdemokrat« zum offiziellen Parteiorgan erklärt worden, die Fraktion und Parteileitung hatte ihm 1886 diesen Charakter aberkannt, ohne einen Parteitag zu befragen. Aber dafür waren nicht politische Gründe maßgebend gewesen, sondern zwingende juristische, die heute fehlen. Auch diejenigen, die eine solche Regelung wünschen, können sich nicht einfach über einen Parteitagsbeschluß hinwegsetzen. Sollte der Vorstand sie doch für geboten und gerechtfertigt erachten, würde er aber damit kaum die Berliner Genossen sehr erschrecken, die eine derartige Regelung schon lange für zweckmäßig hielten. Die Redaktion, ihre Frische und Freudigkeit und damit das Blatt, seine Lebhaftigkeit und Aktualität sowie sein Leserkreis würden dabei gewinnen. Wären redaktionelle Erwägungen allein entscheidend, dann hätte die »unglückliche Doppelnatur« schon längst ein Ende nehmen müssen.

Aber es ist nicht wahrscheinlich, daß der Vorstand diese Lösung sucht.

Was aber dann? Hat der Vorstand vielleicht die entgegengesetzte Lösung ins Auge gefaßt, die ausschließliche Verfügung über das Blatt zu erringen, den Berliner Genossen eine Redaktion nach seinem Herzen aufzuzwingen? Damit würde er nichts gewinnen! Der »Vorwärts« ist nur lebensfähig durch die Berliner Genossen und nicht als Organ des Kampfes gegen sie. Siegte der Vorstand bei seinem Streben nach Eroberung des »Vorwärts«, so geriete er in die Lage des Mannes, der in einem Prozeß um ein Gut am Meere Hunderttausende verausgabte, um, nachdem er ihn gewonnen, zu entdecken, daß das Streitobjekt von einer Sturmflut hinweggeschwemmt worden sei.

Wir können nicht annehmen, daß der Parteivorstand eine derartige Politik plant.

Aber andererseits muß er sich doch sagen, daß der augenblickliche Zustand unhaltbar ist. Je länger er dauert, desto mehr bedroht er die Partei mit den schlimmsten Gefahren, indem er Wasser auf die Mühle derjenigen treibt, die an der Partei in ihrer jetzigen Form verzweifeln und daher Parteiflucht und Spaltung propagieren. Man erinnere sich daran, daß die inneren Konflikte und Spaltungen im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein fortdauerten, solange Schweitzer die Einheit erzwingen wollte.

Nicht die Spaltung der Fraktion, sondern der »Vorwärts«-Konflikt birgt die schlimmsten Gefahren für den organisatorischen Zusammenschluß der Partei in sich.

Der Teerfarbentrust.

Von H. Schneider.

In der Wirtschaftlichen Rundschau des 7. Heftes der Neuen Zeit bespricht Genosse Cunow die industriellen Zentralisationen unter besonderer Hervorhebung der neuen Zusammenschlüsse in der Teerfarbenindustrie. Er knüpft daran den Satz: »Aufgabe der Sozialdemokratie wäre es eigentlich, diese Entwicklung zu verfolgen, sich über ihre Tendenzen klar zu werden und sich darauf vorzubereiten, in den kommenden Interessenkämpfen energisch die Interessen der Arbeiterschaft wahrzunehmen.« Ich nehme diesen Satz trotz der bissigen Bemerkungen, die ihm voraufgehen und folgen, mehr als eine Mahnung denn als eine Kritik und will versuchen, durch einige Mitteilungen über die Vorgänge in der Teerfarbenindustrie zu einer Klärung der Auffassungen über die allgemeinen Tendenzen dieser Entwicklung beizutragen.

* * *

Die Industrie der Teerfarben ist die Hauptstütze für die Weltstellung der chemischen Industrie Deutschlands. Kein anderer Zweig der chemischen Industrie hat so viel zur Vertiefung der chemischen Wissenschaft und zur Fortbildung der chemischen Technik beigetragen, kein anderer sich aber auch eine so weitgehende Beherrschung des Weltmarktes sichern können. Die deutsche Teerfarbenindustrie hat fast ein Weltmonopol. Etwa vier Fünftel — nach anderen Schätzungen sogar sechs Siebentel — der in der Welt verbrauchten Teerfarbstoffe wurden vor dem Kriege in Deutschland hergestellt. Ein erheblicher Teil der Teerfarbenerzeugung des Auslandes steht überdies unter deutscher Kontrolle und Leitung oder ist gar völlig im Besitz deutscher Unternehmungen.

Die Zahl der Betriebe, die Teerfarben in nennenswertem Umfang herstellen, ist jedoch nur klein. Die Gewerbezählung gibt für 1907 nur 23, die Berufsgenossenschaft für dasselbe Jahr 27 an; private Angaben gehen gar herunter auf 11. Die Angaben schwanken deshalb, weil sich die Teerfarbenfabrikation von den übrigen Gruppen der chemischen Industrie nicht scharf trennen läßt. Kein einziger Betrieb erzeugt nämlich nur Teerfarben, alle fallen mit irgendwelchen Erzeugnissen noch unter andere Gruppen der chemischen Industrie. Die Abgrenzung beziehungsweise Einteilung ist also bei manchen Betrieben rein willkürlich. Praktisch ist das deshalb bedeutungslos, weil tatsächlich nicht 27 oder 23, sondern nur etwa 7 bis 8 Betriebe beziehungsweise Unternehmungen die eigentliche Teerfarbenindustrie darstellen. Der Rest fällt gar nicht ins Gewicht.

Auch die Arbeiterzahl ist nicht erheblich. Im Jahre 1907 waren es nach den Angaben der Berufsgenossenschaft 23 428. Bei Kriegsausbruch dürften es vielleicht 30 000 gewesen sein gegen etwa 20 000 im Jahre 1901 und 10 000 im Jahre 1891.

Viel schneller als die Arbeiterzahl stieg die Produktion. Zwar gibt es über Menge und Wert der Erzeugnisse der Teerfarbenindustrie keine allgemeinen und zuverlässigen Zusammenstellungen,[1] jedoch läßt sich gerade für

[1] In einem vom Handelsdepartement der Vereinigten Staaten dem Senat im Vorjahr erstatteten Bericht über die Versorgung der amerikanischen Industrie mit Teerfarben wird der Gesamtwert der erzeugten Teerfarben für 1914 auf

diese Industrie aus der Entwicklung der Ausfuhrzahlen ein Rückschluß auf die Entwicklung der Produktion ziehen. Von den Erzeugnissen der Teerfarbenindustrie werden nämlich etwa 75 Prozent ausgeführt. Da eine wesentliche Verschiebung des Inlandsverbrauchs im Verhältnis zum Auslandsabsatz in den letzten Jahrzehnten kaum stattgefunden hat, dürfte die folgende Tabelle zur Beleuchtung der Entwicklungstendenzen in der Teerfarbenindustrie beitragen.

Jahr	Arbeiterzahl	Ausfuhr von Erzeugnissen der Teerfarbenindustrie		Ausfuhrwert pro Tonne	Ausfuhrmenge pro Arbeiter (Tonnen)
		Menge in Tonnen	Wert in Mark		
1886	7441	11929	49249000	4130 Mk.	1,6
1892	10904	23062	70976000	3070 -	2,1
1897	16095	35510	90896000	2560 -	2,2
1902	20772	59862	138582000	2320 -	2,9
1907	23482	79215	186515000	2350 -	3,4
1912	?	93671	209166000	2230 -	?

Die Tabelle zeigt zunächst, daß von 1886 bis 1907 die Ausfuhr sehr viel schneller gestiegen ist als die Arbeiterzahl. Während diese sich nur verdreifachte, hat jene sich mehr als verfünffacht. Da, wie schon bemerkt, diese Steigerung nicht durch Verschiebungen des inländischen Verbrauchs herbeigeführt sein kann, muß sie auf eine entsprechende Steigerung der Produktivität der Arbeit zurückgeführt werden. Dabei kann es in diesem Zusammenhang unerörtert bleiben, ob diese Steigerung durch Verbesserung der Technik, also vermehrte Ausnutzung der maschinellen, oder durch verbesserte betriebswirtschaftliche Organisation unter verschärfter Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft erreicht wurde. Bestehen bleibt die Tatsache, daß die Industrie der Teerfarbstoffe mit einer schnell steigenden Arbeitsergiebigkeit, also mit schnell sinkenden Erzeugungskosten zu rechnen hat. Diese wieder ermöglichen oder erleichtern doch die Anhäufung und Ausschüttung ganz abnorm hoher Gewinne.

Die chemische Industrie ist bekanntlich der weitaus rentabelste Zweig der deutschen Industrie. Innerhalb der chemischen Industrie wiederum steht die Gruppe der Teerfarben weit obenan. Die Durchschnittsdividende der Teerfarbenfabrik-Aktiengesellschaften ist seit 1890 noch nie unter 20 Prozent gesunken. Kein Wunder, daß man selbst in den Kreisen

92 150 000 Dollar, der Wert der in Deutschland erzeugten auf 68 300 000 Dollar beziffert. Danach deckte Deutschland rund 74 Prozent des Weltverbrauchs. In weitem Abstand folgt die Schweiz, die für etwa 6½ Millionen, dann England, das für 6, Frankreich, das für 5, und die Vereinigten Staaten, die für 3 Millionen Dollar erzeugten. Alle übrigen Länder erzeugten 1914 zusammen nur für etwa 3 Millionen Dollar Teerfarben.

Die Schätzung für Deutschland deckt sich ungefähr mit einer älteren, in welcher der Wert der in Deutschland im Jahre 1912 erzeugten Teerfarben auf 250 Millionen Mark angegeben wird. (Siehe Redlich, »Die volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Teerfarbenindustrie«, Leipzig 1914, Verlag Duncker & Humblot, S. 45.) Auf Zuverlässigkeit können solche Schätzungen jedoch, trotz der Übereinstimmung, keinen Anspruch erheben; sie geben nur das ungefähre Verhältnis wieder.

der an hohe Gewinne gewöhnten chemischen Kapitalisten die Teerfarben industrie den »stolzesten Zweig am Baume der chemischen Industrie« nennt Wie berechtigt, vom Standpunkt des Kapitalisten aus gesehen, dieser Stol ist, zeigt die folgende Zusammenstellung der Dividenden, die von den füh renden Gesellschaften seit 1900 gezahlt wurden.

		1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914	1915	190 bi 191 %
Elberfelder Farbwerke . . .	Akt.-Kap. (Mill. Mk.)	12	12	14	14	14	21	21	21	36	36	36	36	36	36	54	54	
	Dividende in Prozent	18	20	22	25	30	33	36	26	24	24	25	25	28	28	19	20	403
Bad. Anilin- und Sodafabrik . .	Akt.-Kap. (Mill. Mk.)	21	21	21	21	21	21	21	21	36	36	36	36	36	36	54	54	
	Dividende in Prozent	24	24	26	26	24	27	30	30	22	24	25	25	28	28	19	20	503
A.-G. f. Anilinfbr. (Treptow) . .	Akt.-Kap. (Mill. Mk.)	7	7	7	9	9	9	9	9	14	14	14	14	14	14	19,8	19,8	
	Dividende in Prozent	15	15	16	16	22	22	22	22	18	18	20	20	23	23	18	16	306
Höchster Farbwerke . . .	Akt.-Kap. (Mill. Mk.)	17	17	17	17	17	25,5	25,5	25,5	25,5	36	36	36	36	36	50	50	
	Dividende in Prozent	20	20	20	20	20	24	30	30	27	27	27	30	30	30	20	20	395

Eine der bedeutendsten Firmen, L. Casella & Co., Fechenheim, is in der Tabelle nicht verzeichnet, weil sie keine Aktiengesellschaft, sonder eine G. m. b. H. ist und als solche ihre Bilanzen nicht laufend veröffentlicht Als dieses Unternehmen im Jahre 1904 mit den Höchster Farbwerken ein Interessengemeinschaft einging, wurde bekannt gegeben, daß es damals 3 bis 35 Prozent des investierten Kapitals (20 Millionen Aktien- und 10 Millionen Leihkapital) als Gewinn erzielt hätte. Die chemische Fabrik Griesheim, die der neuen Interessengemeinschaft beigetreten ist, erzeugt Teerfarben nur in dem von ihr übernommenen, früher Oehlerschen Unternehme in Offenbach.

Die aus der Tabelle ersichtliche häufige und sehr ausgiebige Steigerun des Aktienkapitals entsprang durchaus nicht immer dem Bedürfnis nac neuen Betriebsmitteln. Vielfach handelte es sich vielmehr um reine Kapitalverwässerung, vorgenommen zu dem Zwecke, ein allzu starkes Anschwelle des Dividendensatzes zu verhindern. Dieser Zweck ergibt sich deutlich au den Bedingungen, unter denen mehrfach solche Kapitalvermehrungen stattfanden. Dafür hier nur ein Beispiel: Die Elberfelder Farbwerke erhöhte 1907 ihr Aktienkapital von 21 auf 36 Millionen Mark. Die alten Aktie hatten zur Zeit der Ausgabe einen Börsenkurs von etwa 600 Prozent; di neuen hätten also zu etwa 500 auf den Markt gebracht werden können Statt dessen wurden sie den alten Aktionären zum Kurse von 105 zur Verfügung gestellt, also fast geschenkt. Ferner wurde, um den Aktionären »de Bezug zu erleichtern«, neben der regulären Dividende von 36 Prozent noc eine dem Reservefonds 2 entnommene Extradividende von 20 Prozent ausgezahlt. Es wurden also rund 12 Millionen Mark Dividende ausgezahl und 15 Millionen Mark als Kapital neu hereingenommen. Zwei Jahr später aber wurden, diesmal zur »Ausgleichung der Betriebsmittel« mit de verbündeten Badischen Anilin- und Sodafabrik, aus dem Reservefond noch einmal $7\frac{1}{2}$ Millionen Mark als Extravergütun an die Aktionäre ausgeschüttet. Dieser Vorgang, der durchau nicht ohne Beispiel in der Teerfarbenindustrie dasteht, dürfte klar beweisen daß es den Unternehmungen bei ihren Kapitalerhöhungen nicht immer um eine Vermehrung der Betriebsmittel, sondern oft nur um die Herabdrückun der Dividendensätze zu tun ist. Damit ist gesagt, daß die tatsächliche Renta-

bilität der Teerfarbenindustrie weder in den Dividendensätzen noch in den als Dividende gezahlten Summen voll zum Ausdruck kommt.

Oben wurde gesagt, daß diese abnorm hohen Gewinne in erster Linie zurückzuführen sind auf die fortwährende Verbesserung der Produktionsmethoden und die damit verbundene Herabminderung der Produktionskosten. Man kann sie aber auch zurückführen auf das unleugbare Geschick, mit dem die Unternehmer dieser Industrie es verstanden haben, jede Anpassung der Preise an die Erzeugungskosten zu verhindern oder doch zu erschweren. Im gewöhnlichen Gange der kapitalistischen Wirtschaft gleicht die Konkurrenz die Preise den Erzeugungskosten an. In der Teerfarbenindustrie hat man es verstanden, die Konkurrenz so einzudämmen, daß ihre preisausgleichende Wirkung fast aufgehoben ist. Nicht, als ob es hier keine Konkurrenz gäbe! Es gibt sie sehr wohl, und sie äußert sich zuweilen mit einer Rücksichtslosigkeit, die kaum Beispiele findet. So, wenn es gilt, ein neues Unternehmen totzumachen oder eine Auslandsfirma vom Markte zu verdrängen. Doch das ist dann nicht die dauernde Konkurrenz aller gegen alle, die einen Preisausgleich zur Folge, sondern es ist die organisierte Konkurrenz aller gegen einen oder der vielen gegen wenige, die die Hochhaltung der Preise zum Zwecke hat. Zwar gelingt diese Hochhaltung nicht immer absolut, aber sie gelingt doch in einem Umfang, der die Anhäufung geradezu märchenhafter Gewinne ermöglicht. Sie gelingt, weil die Unternehmer der preisdrückenden Wirkung wissenschaftlicher und technischer Fortschritte die preishaltende Wirkung der monopolistischen Organisation entgegensetzen. In demselben Maße, in dem durch die Vertiefung der wissenschaftlichen Forschungen und die Verbesserung der technischen Einrichtungen die Erzeugnisse entwertet und die Kämpfe der einzelnen Produktionsmethoden auf dem Markte entfesselt wurden, steigerten die Unternehmer ihre Bemühungen, solche Kämpfe durch Verständigung zu verhindern.

Erleichtert wurde die Verständigung dadurch, daß die Zahl der Unternehmungen, die sich zu verständigen haben, recht gering ist; erschwert wurde sie durch die Vielseitigkeit und Unbeständigkeit der Fabrikation. Die üblichen Konventionen und Kartelle erwiesen sich als unzureichend. Es gab wohl eine Alizarinkonvention, ein Indigokartell, einen Kongoring, aber es gelang nicht, für die Hunderte von Farbstoffen, deren Herstellungsart sich immerfort änderte, deren Zusammensetzung nicht gleich blieb, die verbessert oder verwässert, die heute so und morgen anders genannt wurden, eine auch nur halbwegs kontrollfeste Preisorganisation zu schaffen. Eine engere Verknüpfung erwies sich als notwendig. Die etwas ursprüngliche Methode, Konkurrenten, die man nicht totkonkurrieren konnte, aufzukaufen, ließ sich nicht mehr durchführen, als sich nur noch große oder sonst besonders leistungsfähige Unternehmungen gegenüberstanden. Man fand den Ausweg der »Interessengemeinschaften«, das heißt der engen und dauernden Verknüpfung der gegenseitigen Interessen.

Den Anfang damit machte im Jahre 1904 das Höchster Farbwerk, das mit dem Farbwerk Casella & Co. einen Vertrag einging, in dem sich die beiden Kontrahenten zur gemeinsamen Vertretung ihrer Interessen den Lieferanten wie den Abnehmern gegenüber sowie zum Austausch aller Lizenzen und Erfahrungen und zur Errichtung gemeinsamer Erzeugungsstätten im Ausland verpflichteten. Diesem Vertrag trat später die Aktiengesellschaft

Kalle & Co. in Biebrich bei. Kurze Zeit darauf wurde eine fast noch engere Gemeinschaft geschlossen zwischen der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen (BASF) und den Elberfelder Farbwerken vormals Bayer & Co. Diese beiden Unternehmungen vereinbarten nicht nur die gemeinsame Vertretung ihrer Interessen, sondern auch die gemeinsame Verteilung der erzielten Gewinne. Einige Wochen nach dem vorläufigen Abschluß trat die Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation (Berlin-Treptow), kurz »Agfa« genannt, diesem Abkommen bei. (Cunow irrt mit der Annahme, der Konzern Höchst-Casella-Kalle sei als Abwehr gegen die Gemeinschaft BASF-Elberfeld gegründet. Eher ist das Gegenteil richtig; der zuletzt genannte Konzern wurde nicht nur zeitlich später gebildet, sondern die Bildung wurde auch ausdrücklich mit dem Hinweis auf den Zusammenschluß Höchst-Casella mitbegründet.)

Die Erfahrungen, die beide Gruppen mit ihrem Zusammenschluß machten, werden allgemein als gut bezeichnet. Der Austausch von Erfahrungen und Lizenzen führte zu Verbesserungen und Ersparnissen im Betrieb, die gemeinsame Vertretung im Ausland verringerte die Ausgaben beträchtlich. Bei dem Konzern Höchst-Casella sollen sich die Ausgaben für Reisende und Reklame schon nach zweijährigem Bestehen auf die Hälfte verringert haben. Der Hauptwert der Vereinbarungen liegt jedoch in der Beeinflussung des Absatzmarktes und der Absatzbedingungen, vor allem durch die Verminderung der Konkurrenz.

Ganz soll allerdings die Konkurrenz durch die abgeschlossenen Verträge nicht ausgeschaltet werden. Der Besitzstand an Kunden soll respektiert und die Schlußbriefe sollen ausgetauscht werden, aber es ist erlaubt, mit besseren Erzeugnissen zu konkurrieren. Ja, selbst mit Preisunterbietungen darf gegen ein verbündetes Werk konkurriert werden; allerdings nur dann, wenn ein Außenseiter mit Preisunterbietungen vorgeht. Im allgemeinen vollzieht sich jedoch der Konkurrenzkampf innerhalb der Interessengemeinschaften in sehr entgegenkommenden Formen und ohne preisdrückende Wirkung.

Auch die Konkurrenz der beiden Interessengemeinschaften gegeneinander war immer von dem Bestreben getragen, sich das »Geschäft« nicht gegenseitig zu verderben. Sie äußerte sich weniger in Preisunterbietungen als in Qualitätsüberbietungen. Über einige Erzeugnisse bestanden sogar Vereinbarungen zwischen den beiden Konzernen. In den Kreisen der Farbenverbraucher wird behauptet, daß sogar allgemeine Verabredungen für die ganze Dauer der Interessengemeinschaften (50 Jahre) bestanden haben. Jedenfalls stiegen nach der Gründung der Interessengemeinschaften die Preise für zahlreiche Teerfarbstoffe erheblich an; der Indigopreis stieg um mehr als 20 Prozent. Bei anderen Farbstoffen wurde die Preissenkung, deren natürliche Ursachen oben kurz dargelegt wurden, aufgehalten oder doch verlangsamt. Auch die Auslandspreise zogen nach den Zusammenschlüssen stark an. Später flauten sie zwar wieder ab, aber doch viel langsamer als vorher. Das läßt sich, wenn auch mit allen Vorbehalten, die bei einer Sammelstatistik notwendig sind, aus der Gestaltung der Ausfuhrwerte der Teerfarbenerzeugnisse ersehen. Nachstehend ein Auszug daraus.

Es betrug der Ausfuhrwert der Erzeugnisse der Teerfarbenindustrie pro Tonne (abgerundet):

Jahr	Vor dem Inkrafttreten der Interessengemeinschaft	Jahr	Nach dem Inkrafttreten der Interessengemeinschaft
1901	2390 Mk.	1906	2370 Mk.
1902	2320 -	1907	2350 -
1903	2290 -	1908	2350 -
1904	2220 -	1909	2300 -

Im Jahre 1905, dem Jahre, in dem die Interessengemeinschaften in Kraft traten, betrug der Ausfuhrwert 2170 Mark. Es setzte also eine geradezu sprunghafte Steigerung ein, der ein allmähliches Abflauen folgte. Im Jahrfünft vor der Gründung der Interessengemeinschaften sank der Ausfuhrwert pro Tonne um 170 Mark; im Jahrfünft nach der Gründung nur um 70 Mark. Auf diese Preisgestaltung mögen noch andere Faktoren mit eingewirkt haben, in der Hauptsache dürfte sie eine Folge des Zusammenschlusses der Industrie sein.

Die Rückwirkung der willkürlichen Preisbildung auf die Gewinne blieb natürlich nicht aus. Vergleicht man allerdings nur die Dividendensätze der Gesellschaften, so zeigt sich eine Wirkung nur in geringem Maße. Das Bild ändert sich jedoch, wenn nicht die Dividendensätze, sondern die als Dividende ausgeschütteten Summen verglichen werden. Es fanden eben, wie oben schon erwähnt und in einer Tabelle gezeigt wurde, nach dem Zusammenschluß umfangreiche Kapitalerhöhungen statt, die, wenigstens zum großen Teil, nur Verwässerungen darstellten. Die folgende Tabelle gibt eine Zusammenstellung der von den vier führenden Gesellschaften als Dividende ausgezahlten Summen für die Jahre 1900 bis 1910.

	Vor der Gründung				
	1900 Mark	1901 Mark	1902 Mark	1903 Mark	1904 Mark
Elberfelder Farbwerke	2160000	2400000	3080000	3500000	5250000
Badische Anilin- und Sodafabrik	5040000	5040000	5460000	5460000	5040000
Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation (Berlin-Treptow) . . .	1050000	1050000	1120000	1440000	1980000
Höchster Farbwerke	3400000	3400000	3400000	3400000	4800000
Summa	11650000	11890000	13060000	13800000	17070000
	67470000 Mk.				

		Nach der Gründung				
	1905 Mark	1906 Mark	1907 Mark	1908 Mark	1909 Mark	1910 Mark
Elberfelder Farbwerke	6930000	7560000	7560000	8640000	8640000	9000000
Badische Anilin- und Sodafabrik	5670000	6300000	6300000	6270000	8640000	9000000
Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation (Berlin-Treptow) . . .	1980000	1980000	7980000	2070000	2520000	2800000
Höchster Farbwerke	6120000	7650000	7650000	7617375	9720000	9720000
Summa	20700000	23490000	29490000	24597375	29520000	30520000
		131617375 Mk.				

Das Jahrfünft vor der Gründung brachte den vier Gesellschaften »nur« 67 470 000 Mark, das der Gründung folgende Jahrfünft aber 131 617 375 Mark als Dividende ausgeschütteten Gewinn. Die beiden Jahrfünfte zusammen brachten rund 200 Millionen Mark, mit 1905 sogar 220 Millionen Mark Dividende. Dabei sind die Sonderausschüttungen, die allein bei den Elberfelder Farbwerken mehr als 10 Millionen Mark betragen, nicht miteingerechnet. Das sind gewiß Gewinne,

die märchenhaft genannt werden dürfen, und die nur erzielt werden konnten von einer Industrie, die vermöge ihrer Weltstellung und ihrer inneren Organisation jede ernstliche Konkurrenz auf dem Markte ausschließen und damit jede Ausgleichung der Profitrate verhindern kann.

Der Krieg hat nun, darüber besteht heute in den Kreisen der Beteiligten kein Zweifel mehr, diese Weltstellung der Teerfarbenindustrie ernstlich gefährdet. In England, in Rußland, in Frankreich und in Italien, in Japan und vor allem in den Vereinigten Staaten, überall sind Konkurrenzunternehmungen gegen die deutsche Teerfarbenindustrie gegründet worden. Ich habe über diese Bestrebungen des Auslandes an dieser Stelle schon im Vorjahr (siehe Neue Zeit, XXXIII, S. 257 ff.) kurz berichtet und kann heute nur mitteilen, daß sie inzwischen an Umfang zugenommen und an Kraft gewonnen haben. Es wurden zum Beispiel, nach einem Bericht des New Yorker »Journal of Commerce« vom 10. November 1915, in den ersten Monaten des Jahres 1915 allein in den Vereinigten Staaten 58 Unternehmungen der chemischen Industrie als Aktiengesellschaften gegründet mit einem Aktienkapital von zusammen 54 Millionen Dollar. Dabei sind Gesellschaften mit weniger als 100 000 Dollar nicht mitgezählt.

Je länger nun der Krieg dauert, um so mehr werden solche Unternehmungen gekräftigt, um so besser werden ihre Verbindungen, um so mehr sind sie gerüstet, den Konkurrenzkampf mit der chemischen Industrie Deutschlands nach dem Kriege aufzunehmen. Ganz abgesehen noch davon, ob und in welchem Umfang das Ausland versuchen wird, die in und aus der Not des Krieges geschaffene Industrie mit staatlicher Hilfe zu erhalten. Jedenfalls wird auch die deutsche Teerfarbenindustrie nach dem Kriege mit sehr schwierigen Verhältnissen auf dem ausländischen Markte zu rechnen haben. Das ist aber für eine Industrie, die drei Viertel ihrer Erzeugnisse im Ausland absetzen muß, ein mehr als ausreichender Grund zu Friedensrüstungen.

Eine solche Friedensrüstung, zu der allerdings nicht nur die Vorläufer, sondern auch die Anfänge schon vor dem Kriege da waren, stellt der neue Zusammenschluß der beiden Interessengemeinschaften unter Einbeziehung der Aktiengesellschaft ter Meer und der »Elektron«-Griesheim dar. Die ungeheure Kapitalkraft dieser Interessengemeinschaft hat Cunow in seinem Aufsatz schon hervorgehoben. Inzwischen ist sie durch den Beitritt von Griesheim noch erheblich gestiegen. Die acht Gesellschaften, die jetzt zusammengeschlossen werden sollen, haben zusammen (einschließlich der von Höchst geplanten Kapitalerhöhung um 4 Millionen Mark) ein Aktienkapital von 241,8 Millionen. Die sichtbaren Reserven betragen 111,65 Millionen und die Anleihen 85,76 Millionen Mark. Das Gesamtkapital beziffert sich danach auf rund 440 Millionen Mark. Tatsächlich ist die Kapitalkraft der acht Unternehmungen weit stärker; denn sie besitzen durchweg versteckte Reserven aller Art in ganz erheblichem Umfang. Überdies halten sie zahlreiche andere Unternehmungen unter ihrem Einfluß und unter ihrer Kontrolle.

Die Verknüpfung der acht Gesellschaften ist ziemlich eng. Zwar wird öffentlich betont, daß die Unternehmungen selbständig bleiben und der Wettbewerb nicht ganz ausgeschlossen werden soll, die Form der neuen Interessengemeinschaft sieht jedoch einer direkten Fusion recht ähnlich. Die Ka-

pitalien der einzelnen Gesellschaften bleiben formell gesondert, die Gewinne werden jedoch zusammengeworfen und — wie bisher bei dem Konzern Ludwigshafen-Elberfeld-Treptow — nach einem bestimmten Schlüssel geteilt. Die drei großen Unternehmungen erhalten für die ersten zehn Jahre je 24,82, dann 25,02 Prozent des Gesamtgewinns. Die »Agfa« erhält 8,08 Prozent, Casella voraussichtlich 10 und Weiler ter Meer sowie Elektron-Griesheim zusammen etwa 7,5 Prozent. Die Verteilung der Gewinne ist wieder Sache jeder einzelnen Gesellschaft. Die Stickstoffwerke der Badischen Anilin- und Sodafabrik werden nicht in das Abkommen einbezogen; bei den Höchster Farbwerken scheiden die Sondergewinne aus Kalziumkarbid, Kalkstickstoff und einigen Erzeugnissen daraus aus. Es ist jedoch in Aussicht genommen, nach einer Übergangszeit auch diese Zweige in die Interessengemeinschaft einzubeziehen.

Ohne Frage wird eine so kapitalstarke und einflußreiche Organisation wie die neue Interessengemeinschaft, die in der deutschen Industrie kein Beispiel hat, die Macht der Teerfarbenindustrie dem Ausland gegenüber sehr stärken. Nicht nur die unvermeidlichen Ausfälle, die bei den umfangreichen Auslandsgeschäften dieser Industrie eintreten werden, lassen sich so leichter tragen, auch der Kampf um den Absatzmarkt und um die Preise läßt sich um so leichter führen, je enger der Zusammenschluß der Unternehmungen ist.

Der Zusammenschluß, der zwar nicht formell, aber doch der Wirkung nach die völlige Vertrustung der deutschen Teerfarbenfabrikation herbeiführen wird, stärkt aber auch die Stellung dieser Industrie den inländischen Abnehmern gegenüber noch bedeutend. Ob das für die Entwicklung der Farben verbrauchenden Industrien, vor allem der Textilindustrie, von Vorteil sein wird, ist mindestens fraglich. Es ist nicht nur denkbar, sondern es wäre nur die Fortsetzung einer an bösen Beispielen reichen Kartellpolitik, wenn der Trust den Versuch machen würde, die niedrigen Konkurrenzpreise auf dem Auslandsmarkt auszugleichen durch entsprechende Preiserhöhungen für die inländischen Verbraucher. Genosse Cunow nimmt das auch schon als ein Ziel der neuen Verbindung an. Dabei läßt er durchblicken, daß die Verstaatlichung der Industrie nicht nur eine solche Preispolitik verhindern, sondern auch »die fetten Unternehmerprofite besser zur Deckung der durch den Krieg bewirkten Reichsverschuldung« verwenden könnte. Ohne auf die Frage der Verstaatlichung irgendwie einzugehen, will ich nur nebenher bemerken, daß meines Erachtens die Verstaatlichungen nicht beginnen können bei einer Industrie, die ihr Hauptabsatzgebiet im Ausland hat. Wer die Formen und Bedingungen, in und unter denen um den Auslandsmarkt gerungen wird, kennt, wird zugeben müssen, daß der Staat da vielleicht mit kann, wenn er ein natürliches Monopol vertritt (wie beispielsweise die Kaliindustrie), aber nichts, wenn er ein mit allen Mitteln kapitalistischer Rücksichtslosigkeit geschaffenes, also künstliches Monopol übernimmt. Unter den jetzt obwaltenden Verhältnissen wäre für die Teerfarbenindustrie die Verstaatlichung der sichere Ruin. Es müßte also auf andere Weise versucht werden, die zweifelsohne ganz besonders fetten Unternehmerprofite der Teerfarbenindustrie zur Deckung der Reichsschulden heranzuziehen. Wege dazu würden sich gewiß leicht finden lassen.

Entwicklung und Aussichten der Getreideversorgung.

Von Spectator.

(Schluß.)

II.

Gibt es vielleicht noch Ausdehnungsmöglichkeiten der landwirtschaftlichen Produktion? Gewiß, aber dazu werden jetzt zunächst die Menschen fehlen, die die neuen Felder in Bebauung nehmen könnten, und die Schiffe fehlen, die das Getreide nach Europa bringen sollten. Vor allem muß aber der Konsum vieler Länder doch noch stark steigen. So beispielsweise der Indiens! Ob die Produktion den Konsum noch überholen wird, ist recht zweifelhaft. Auf keinen Fall sind es aber »herrenlose« Länder, die Europa im politischen Sinn als Kolonien dienen, die es mit Getreide versorgen könnten.

Auch eine Verbindung Berlin-Bagdad könnte in dieser Hinsicht speziell für Deutschland nicht die Lage günstiger gestalten, am allerwenigsten die Getreidepreise herabdrücken.

In dem bei Duncker & Humblot erschienenen Sammelwerke »Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reich und seinen Verbündeten« wird auch die Frage der Getreideversorgung Deutschlands auf diesem Wege geprüft und — verneint. So meint Spiethoff:

> Die landwirtschaftliche Ausfuhr Österreich-Ungarns genügt entfernt nicht dem deutschen Einfuhrbedarf, und dies bleibt bestehen, auch wenn der Zollverband im Balkan- und kleinasiatischen Gebiet vergrößert würde. Das gilt wohl für alle absehbare Zeit, denn in dem Maße, wie die landwirtschaftliche Überschußerzeugung dieser Gebiete wächst, nimmt auch die Bevölkerung und der Verbrauch auf den Kopf in den Bedarfsgebieten zu.

Er folgert daraus, daß die inneren Marktpreise auch in der Zukunft auf der Grundlage der zum höchsten Zoll eingeführten Teilmenge gebildet werden.

Und Professor J. Eßlen meint im selben Sammelwerk, daß die deutschen Landwirte eine Konkurrenz Österreich-Ungarns gar nicht zu befürchten haben. Denn

> wenn die österreichisch-ungarische Landwirtschaft überhaupt ihre Getreideerzeugung in absehbarer Zukunft so wird vermehren können, daß sie davon wieder beträchtliche Mengen nach dem Deutschen Reiche auszuführen vermag, so wird es jedenfalls nicht zu Preisen geschehen, die irgendwie hinter den deutschen zurückstehen. Hat doch neuerdings Wien Brotgetreidepreise, die hinter denen von München oder Berlin nicht zurückbleiben, sondern sie sogar in manchen Jahren übertreffen.

So standen die Weizenpreise 1909 bis 1913 in Berlin auf 211, in München auf 226 und in Wien auf 223 Mark pro Tonne.

> Sogar der Budapester Weizenpreis, der sich im Durchschnitt der Jahre 1904 bis 1908 um 25 Mark unter dem Berliner Durchschnitt gehalten hatte, näherte sich diesem 1909 bis 1913 bis auf 4 Mark an.... Tatsächlich ist denn auch an die Stelle der überwiegenden Einfuhr an Brotgetreide aus Österreich-Ungarn in den letzten Jahren eine überwiegende Ausfuhr dorthin aus dem Deutschen Reiche getreten, begünstigt durch die bei der Ausfuhr gewährten deutschen Einfuhrscheine.

Ezlen geht dann noch auf die Frage ein, inwieweit sich die Ernteerträge in Österreich-Ungarn heben lassen, und kommt auch in dieser Hinsicht zu recht pessimistischen Schlußfolgerungen. Er verweist auf die ungünstige Agrarverfassung, die dort noch halbfeudalen Charakter trägt, auf die mangelhafte Volksbildung (16,5 Prozent der über 10 Jahre alten Bevölkerung Österreichs konnten weder lesen noch schreiben); falls diese Momente schließlich überwunden werden sollten, was naturgemäß sehr langer Zeit bedarf, müsse sich aber gleichzeitig auch der Bedarf der Bevölkerung vergrößern, der heute, insbesondere in Galizien und Ungarn, sehr gering ist. »Die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter in Ungarn, Galizien usw. ist heute höchst elend.« Schließlich meint er, daß die klimatischen Verhältnisse einer Ertragsteigerung in Ungarn im Wege stehen. So kommt er zum Ergebnis, »daß der handelspolitische Anschluß Österreich-Ungarns keine Verbilligung und keine Sicherung unserer Volksernährung herbeizuführen geeignet wäre«.

Die Schlußfolgerung, die wir aus diesen Angaben ziehen müssen, besteht also darin, daß allein die soziale Befreiung des Grund und Bodens von halbfeudalen und halbkapitalistischen Fesseln und die rationelle Organisierung der Getreideproduktion der Preissteigerung entgegenwirken könnten. Die Lösung der Ernährungsfrage liegt eben nicht außerhalb der Kulturländer, sondern auf ihrem eigenen Boden, in ihrem eigenen Lande. Nicht der Imperialismus kann die Widersprüche der heutigen Wirtschaftsorganisation lösen, sondern allein der Sozialismus.

Oder soll etwa die Türkei die zukünftige Kornkammer Europas werden? Wir lassen wiederum das Wort deutschen Forschern und Freunden der türkisch-deutschen Annäherung. Und was erfahren wir von ihnen? Da sagt Kurt Wiedenfeld im schon angeführten Sammelwerk, daß das Klima in Vorderasien den Getreideanbau im allgemeinen hindert, daß er in Kleinasien und Nordmesopotamien nur auf den schmalen Tälern der Flüsse und auf den Ebenen an den Strommündungen gedeihen kann. Günstiger liegen die Verhältnisse in Südmesopotamien. Darüber läßt sich in der »Geographischen Zeitschrift« (1. Heft, 22. Jahrgang) F. Frech aus. Er konstatiert zunächst, daß das Gebiet zwischen Karna und der Mündung des Schat el Arab für die Kulturentwicklung und den Ackerbau ausgesprochen ungünstig ist. Bleibt das eigentliche Babylonien, dessen nördlicher Teil heute nur oasenhaft bestellt wird.

> Obwohl der Boden von der Natur nicht stiefmütterlich bedacht und obwohl auch das Klima nicht ungünstig ist, ist der Betrieb der mesopotamischen Landwirtschaft recht unentwickelt. Der Bauer will von Verbesserungen nichts wissen, immerwährende Blutfehden, das Umherschweifen arabischer und kurdischer Stämme und der Mangel an Verkehrsstraßen lassen keinen Aufschwung zu. (S. 9.)

Ähnlich schildern andere Kenner der asiatischen Verhältnisse die Lage der dortigen Landwirtschaft. So beispielsweise Professor A. Philippson im »Berliner Tageblatt« vom 29. Januar 1916. Alle künftigen Hoffnungen auf eine Belebung der Landwirtschaft in der Türkei gehen von den künftigen Bewässerungen aus. Durch diese sollen die alten Kulturstätten belebt werden. Indes dazu sei zunächst ein Kapital von 550 Millionen Mark notwendig, Erst dann erhofft man eine Menge von $1^1/_2$ Millionen Tonnen

Korn und 1 Million Baumwollenballen (etwa $1^1/_2$ Millionen Doppelzentner) zu erlangen. Daß diese Bewässerungsanlagen nicht sofort nach dem Kriege zur Ausführung gelangen könnten, ist ohne weiteres klar.

Mehr als die ungünstigen Naturverhältnisse hindern aber die Entwicklung der Agrikultur in der Türkei die sozialen Verhältnisse, worauf K. Wiedenfeld besonders ausführlich eingeht. In der Türkei herrschen nämlich noch die feudalen Verhältnisse des Mittelalters, der Latifundienbesitz, verbunden mit Teilpacht der naturalwirtschaftenden Bauern.

»Eine nachhaltige Agrarreform«, sagt K. Wiedenfeld, »muß daher für die Türkei genau so als unentbehrliche Voraussetzung jeder wirklich nennenswerten Produktionssteigerung bezeichnet werden, wie überall sonst die Bauernbefreiung am Anfang der modernen wirtschaftlichen Entwicklung gestanden hat und steht.«

Wird aber die Türkei, die sich jetzt im Kriege eben auf diese Feudalherren stützt, nach dem Kriege eine Agrarreform durchführen können?

Und dann bleibt die äußerst drückende Steuerlast, die jegliche Aufbesserung des Betriebs kaum denkbar macht. C. A. Schäfer (»Deutsch-türkische Freundschaft«, Stuttgart-Berlin 1915) sagt, daß dem Bauer nach Abzug aller offiziellen und inoffiziellen Abgaben oft nur noch 30 Prozent und weniger der Ernte übrigbleiben. Wie soll da noch eine Intensivierung des Betriebs möglich sein? Aber vielleicht läßt sich auch eine Steuerreform durchführen? Das Osmanenreich ist aber, nach Wiedenfeld, zu anderen als Realsteuern (das heißt in der Hauptsache Grundsteuern) weder staatlich-sozial noch wirtschaftlich reif. Der Krieg wird dazu noch die Steuerlast ungeheuerlich steigern.

Ferner berührt K. Wiedenfeld die Frage der persönlichen Sicherheit, die Grundlage der Wirtschaft. Bekanntlich ließen vor dem Kriege die Verhältnisse in der Türkei gerade in dieser Beziehung vieles zu wünschen übrig. Wiedenfeld meint:

Jetzt ist dort (in der Asiatischen Türkei) das wirtschaftliche Leben zum großen Teil gerade für die landwirtschaftliche Bevölkerung ins völlig Ungewisse gestellt. Sie weiß nie, inwieweit sie wird ernten können, was sie gesät hat. Mehr zu säen, als dem notwendigsten Bedürfnis entspricht, und dadurch etwa Gelegenheiten zu Ersparnissen zu bekommen, ist für sie geradezu gefährlich.... Hierin Abhilfe zu schaffen, wird der Türkei in Zukunft durch die Eisenbahnen ganz wesentlich erleichtert werden.

Sicher, aber die Bahnen kommen ja nicht von heute auf morgen. Schließlich sind die Bahnen auch kein Allheilmittel.

»Auf absehbare Zeit«, sagt Wiedenfeld weiterhin, »wird wohl nicht daran gedacht werden können, die räuberischen Nomadenstämme etwa durch Seßhaftmachung von ihrem Handwerk abzubringen. Das würde eine völlige Entwaffnung zur ersten Voraussetzung haben und außerdem eine so tiefgehende Umwälzung im Gefühlsleben der betreffenden Bevölkerung bedeuten, daß der Übergang zu neuen Wirtschaftsformen, wenn überhaupt, so jedenfalls nur außerordentlich langsam sich vollziehen kann. Das Verlockende einer wirtschaftlichen Besserstellung, wie sie durch die Eisenbahn in Aussicht genommen werden kann, darf nach dieser Richtung nicht überschätzt werden....«

Schließlich behandelt Wiedenfeld noch den wundesten Punkt der ganzen Frage — den Mangel an Arbeitskräften. Die Bevölkerung der Türkei nimmt zusehends ab, ist, insbesondere in Kleinasien, stark verseucht.

Der Menschheitsseuche, der Syphilis, hier Herr zu werden, ist eine wahre Herkulesarbeit und jedenfalls so lange eine kaum lösbare Aufgabe, als nicht ein dichteres Eisenbahnnetz die wirksamsten modernen Heilmethoden auszubreiten erlaubt.

Vor allem müssen aber dazu Mittel vorhanden sein, an denen es schon vor dem Kriege stark gemangelt hat. Von den Gesamtausgaben der Türkei 1911/12 kamen für die Departements für Handel, öffentliche Arbeiten, Landwirtschaft, Bergbau und Forsten sowie für Erziehung und Unterricht nur $9^7/_{10}$ Prozent! Was wird nach den drei Kriegen für Kulturausgaben noch übrigbleiben?!

Aber vielleicht könnte eine fremde Einwanderung Abhilfe schaffen? Der völlige Bankrott der jüdischen Kolonisation Palästinas zeigt indes, daß darauf ebenfalls keine Hoffnungen zu setzen sind, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil aus verschiedenen Ursachen die Bodenpreise der kulturfähigen Flächen dort sehr hoch sind. Als Einwanderungsland kann aber nur ein solches dienen, das niedrige Bodenpreise hat. Die jüdische Kolonisation erforderte darum »ungeheure Summen, da die Ansiedlung eines jeden Kolonisten bis zu 15 000 Mark und sogar noch mehr kostet« (A. Ruppin, »Die Juden der Gegenwart«, Köln und Leipzig 1911, S. 254), und müßte schon aus diesem Grunde fehlgehen.

Professor Philippson bestreitet ebenfalls die Möglichkeit der Kolonisation der Asiatischen Türkei. In dem schon erwähnten Artikel im »Berliner Tageblatt« sagt er, daß sich die Wirtschaftsmethoden in der Türkei verbessern lassen, aber »das kann nur durch allmähliche, viele Jahrzehnte beanspruchende Entwicklung von innen heraus geschehen, durch kulturelle Hebung der ganzen Bevölkerung, bessere Verkehrswege, politische Reformen usw., es ist aber unmöglich zu erreichen durch kurzfristige Verpflanzung ungeübter Leute aus der Fremde, die selbst erst lernen sollen, in die unvollkommenen, äußerst schwierigen und dabei sehr konservativen wirtschaftlichen Verhältnisse des Orients hineinzukommen. Speziell ist eine Besiedlung Babyloniens und Obermesopotamiens durch Ackerbauern, die an ein nördliches Klima gewöhnt sind, unmöglich. »Ganz Mesopotamien gehört zu den sommerheißesten Ländern der Erde!«

Überhaupt sieht Philippson die Schwierigkeiten der Kultivierung Mesopotamiens klarer als viele andere ein.

Die Wasserbauten, welche die Ebenen Babyloniens wieder anbaufähig machen sollen, bilden ein ungeheures Werk, weit schwieriger als die Berieselung Ägyptens, und erfordern solche gewaltige Kapitalien, daß man sich vergeblich fragen muß, woher diese Kapitalien nach dem furchtbaren Weltkrieg kommen sollen. Auf alle Fälle wird das Riesenwerk lange Jahre bis zur Vollendung erfordern....

Und darauf kommt es in diesem Zusammenhang auch an. Denn eben dieser Umstand schließt es schon aus, daß Mesopotamien den Getreidebedarf Zentraleuropas in den folgenden Jahrzehnten würde decken können, davon ganz abgesehen, daß die Getreideproduktion in einem Lande mit hohen Bodenpreisen doch nur zu hohen Preisen möglich ist. Auch Wiedenfeld erwartet darum nicht, daß die Türkei jemals größere Getreidemengen werde ausführen können. Sicherlich werden die alten Kulturländer zu neuem Leben auferstehen, aber dazu bedarf es noch Zeit, lange Zeit, und dann werden diese Gegenden sich kaum selbst ernähren können.

Bleibt also noch Zentralafrika, auf das manche Träumer Hoff-nungen setzen. Genaue Angaben über dieses Gebiet haben wir nicht; allein das wissen wir, daß diese Gebiete für den Getreidebau (vielleicht mit Aus-nahme von Mais) sich nicht eignen. Über einige Teile Zentralafrikas schreibt Rohrbach in seiner Schrift »Unsere koloniale Zukunftsarbeit« (Stuttgart 1915), daß man sich keine übertriebenen Vorstellungen vom Werte des belgischen Kongo machen darf. Das Land ist zwar ungeheuer groß, aber schwach bevölkert. Ausgedehnte Teile sind vollkommen mit Ur-wald bedeckt, und der Urwald des tropischen Afrika ist fast so lebensfeindlich wie die wasserarmen Steppen oder Wüsten des Erdteils. (S. 13.) Er wirft dann den Belgiern vor, sie hätten die furchtbare Schlafkrankheit sich aus-breiten lassen. »In manchen Gebieten ist die Hälfte, in manchen sind drei Viertel, anderswo neun Zehntel der Bevölkerung fortgestorben.« (S. 14.)

Größere Hoffnungen setzt er auf Angola, eine portugiesische Kolonie. Dort, glaubt er, könnte »in Zukunft einmal vielleicht eine wirkliche deutsche Massensiedlung stattfinden, das heißt was man in Afrika ‚Massensiedlung' nennt, wobei der eigentliche Landarbeiter doch der Schwarze sein und bleiben muß«. Und Angola ist schon das beste Stück Land Afrikas. Dagegen sei das französische Äquatorialafrika wenig wert. Selbst wenn man noch die umliegenden englischen Besitzungen, abgesehen von Südafrika, Sudan und Ägypten, hinzunimmt, hat man noch immer kein Land, das Getreide bauen und als Ansiedlungsland passen könnte. Kurz, alle Träume von einer neuen Kornkammer in irgendeiner Kolonie bleiben eben, was sie sind, imperialistische Illusionen, die bei der ersten Bekanntschaft mit den Tatsachen wie ein Dunst zerflattern.

Literarische Rundschau.

Bischof v. Faulhaber, **Waffen des Lichtes.** Freiburg i. B., Herdersche Ver-lagshandlung. 181 Seiten. Preis 1,60 Mark.

An der großen Fülle von Druckerzeugnissen, die der Krieg über die Mensch-heit gebracht hat, sind die Katholiken stark beteiligt. Die Rührigkeit, die gerade die deutschen Katholiken bei allen Anlässen des öffentlichen Lebens in Wort und Schrift zeigen, bewährt sich auch hier. Freilich steht's mit dem inneren Werte dieser Erzeugnisse auf katholischer Seite nicht besser als mit der Kriegsliteratur im allge-meinen. Weder das Vaterland noch die Literatur würde etwas eingebüßt haben, wenn neun Zehntel dessen, was eifrigen Federn entflossen, ungeschrieben geblieben wäre. Ein guter Teil der katholischen Kriegsliteratur besteht aus Predigten und Reden, die angesehene Kanzel- oder Laienredner einzeln oder gesammelt heraus-gegeben haben. Auch Bischof Faulhaber von Speyer, der als Redner mit Recht einen großen Ruf genießt, hat ein Dutzend seiner Predigten im Druck erscheinen lassen. Die meisten sind erbaulicher Art. Zwei beschäftigen sich mit der Frage, wie Krieg und Christentum miteinander zu vereinbaren sind. In einer von diesen beiden Reden, »Weltkrieg und Weltfriede« betitelt, sagt Faulhaber: Im Buche der Bücher werde der Weltfriede und die allgemeine Waffenruhe als Mitgift des neuen Gottesreiches in Aussicht gestellt — also Erbteil der Zukunft! Die Stellen in der Bibel, die auf den Weltfrieden Bezug haben, nennt er biblische Gedichte, Schein-

---

[2] Statistical abstract for the several british self-governing dominions, colonies, possessions and protectorates, 1899—1913. London 1915.

werfer in die Zukunft des Gottesreiches. Nach Faulhaber werden Kriege also sein, »solange Disteln und Dornen auf Erden wachsen und Schlangen im Staube kriechen«, und »solange Wolf und Lamm nicht Frieden schließen, werden auch von Zeit zu Zeit immer wieder Völker wie Kampfhähne einander gegenüberstehen, ohne das Bibelwort vom Völkerfrieden Lügen zu strafen«.

In der zweiten dieser Predigten: »Das Schwert auf der Wage des Evangeliums« nennt Faulhaber den gegenwärtigen Krieg das »Schulbeispiel eines gerechten Krieges« — ein Urteil, dem seine bischöflichen Amtsbrüder in England, Frankreich, Italien und Belgien einhellig zustimmen werden. Faulhaber unterscheidet zwei einseitige Auffassungen: den Martialismus, die grundsätzliche Lust am Kriege, die Auffassung des Krieges als gesunde und normale Weltlage, und den Sabbatismus, die grundsätzliche Ablehnung eines jeden Krieges, auch um den Einsatz unveräußerlicher Werte im Leben eines Volkes. Weder der Martialismus noch der Sabbatismus findet nach Faulhaber im Evangelium eine Stütze. Und wenn im Evangelium auch dem Frieden das relative Vorrecht zugesprochen wird, so ist damit der Krieg noch nicht in absolutes Unrecht gesetzt. Von Bedeutung ist, daß das Evangelium den Krieg als geschichtliche Tatsache des christlichen Zeitlaufs anerkennt. Das bedeutet nun noch keine Anerkennung als rechtliche Tatsache. Eine solche findet sich auch im Evangelium nicht. Aber: wo im Evangelium der Wehrstand auftritt, da findet er sich durchweg in edlen und ehrwürdigen Gestalten vertreten. Und könnte das Evangelium kriegerfreundlich und kriegsfeindlich sein? Nein! Und weiter: Im Evangelium findet sich zweimal das Gebot: Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist! Das Heilandswort hat den Ton eines militärisch gemessenen Befehls und erging in einer Zeit, in der es mehr als heute des Kaisers war, Kriege zu erklären und zu führen. Also! Und drittens: In den Gleichnisreden kommt das Evangelium dreimal auf den Krieg zu sprechen. Das erstemal wird der Ausmarsch ins Feld mit dem Gang in Gottes Reich verglichen; das zweitemal wird der Krieg als Zuchtrute in der Hand Gottes bezeichnet; in einer dritten Gleichnisrede — lassen wir Herrn Faulhaber jetzt wörtlich reden — »erscheint Christus selber in der Uniform eines Kämpfers, und damit vollendet sich der Beweis für den Rechtscharakter des Krieges in der Welt des Evangeliums«.

Man sieht, was man bei einigem guten Willen aus der Bibel alles beweisen kann. Es wäre unrecht, wenn man nicht anerkennen wollte, daß der Speyrer Oberhirte in einigen Sätzen der Übel gedenkt, die der Krieg mit sich bringt. Aber an viel mehr Stellen noch, mit viel mehr Worten und mit viel größerem Eifer schildert er das Gute, Erhebende und Erziehliche, das seiner Ansicht nach der Krieg in Gegenwart und Zukunft der Menschheit beschert. Ein »Sabbatist« ist Herr v. Faulhaber ganz gewiß nicht. Erdmann.

Dr. Joseph Schumpeter, **Vergangenheit und Zukunft der Sozialwissenschaften.** (Schriften des Sozialwissenschaftlichen Akademischen Vereins in Czernowitz, 7. Heft.) München, Leipzig 1915, Duncker & Humblot. 140 Seiten. Preis 3 Mark.

Die Sozialwissenschaften entstanden, so führt der geschichtliche Überblick aus, erst im achtzehnten Jahrhundert, wo die »industrielle Revolution« sich als gewaltiger sozialer Prozeß ankündigte, und wo der Zwiespalt zwischen den wirtschaftlichen Verhältnissen und den sich nicht so schnell ändernden sozialen und rechtlichen Institutionen auch das Denken revolutionierte. Es wurde die Gesellschaft selbst zum Problem, und die Fragen nach dem Wesen des Staates und dem des Rechtes tauchten auf; es begann der Versuch, das soziale Geschehen kausal zu begreifen.

In dem begleitenden wissenschaftlichen Prozeß, der auf den verschiedenen wissenschaftlichen Gebieten (Ethik, Psychologie usw.) wesentliche Umwälzungen hervorbrachte, bekam das Naturrecht spezielle Bedeutung für das sozial-

wissenschaftliche Geistesleben, indem das Problem des Rechtes als eines natürlichen und sozialen Phänomens besonders bei Francis Hutcheson, dem Lehrer von Adam Smith, selbständige Bedeutung gewann, auf eigene Füße gestellt wurde. Bei aller Uneinheitlichkeit der Rechtstheorie des Naturrechts basierte doch auf seinem positiv-induktiven Charakter das Soziabilitätsprinzip der Gegner der utilitaristischen Richtung; und in diesem Prinzip verbarg sich die Tatsache der sozialen Wechselbeziehung, die Entdeckung des Phänomens »Gesellschaft«, im Gegensatz zu den Utilitariern, die nur den einzelnen kannten und in der Gesellschaft nur eine Anhäufung von selbständigen einzelnen erblickten. Von der Literatur des Naturrechts aus ist dann auch der Begriff »Gesellschaft« in die Nationalökonomie eingedrungen.

Die Zeit des Naturrechts war auch eine Blütezeit der Geschichtsforschung, wo jetzt zum ersten Male der Gedanke ausgesprochen wird, daß das geschichtliche Material erst dann in das Reich des wissenschaftlichen Gedankens eintritt, wenn es zum Objekt der Anwendung sozialwissenschaftlicher Resultate und wenn der geschichtliche Rohstoff zur Basis von Abstraktionen wird, wenn sich aus ihm Regelmäßigkeiten ergeben, die sich mehr oder minder allgemein formulieren lassen; wo jetzt das Prinzip aufgestellt wird, daß ein jeder historische Zustand aus dem vorhergehenden begriffen werden müsse, und dann bei Vico (1721) der Gedanke des Parallelismus der Geschichte der einzelnen Völker auftaucht, um alle diese Ansätze bei Adam Smith 1785 in dem Gedanken einer philosophischen Geschichte, das heißt einer Universaltheorie vom Menschen und seiner Gesellschaft gipfeln zu lassen. Obwohl sich bald in den wissenschaftlichen Kern dieser Erfahrungstheorie, wie bei Kant, metaphysische Elemente einschlichen neben jenem Geiste des Finalismus mit seinem Gerede von Endzwecken und von der stetigen Vervollkommnung des Menschen, war diese Konzeption des Begriffs »wissenschaftliches Gesetz« für das Gebiet des sozialen Geschehens die größte Geistestat der Menschheit.

Von da ab Abbrechen und Rückschritt in der Entwicklung der Sozialwissenschaften: es kam die populäre Reaktion gegen die Aufklärungsphilosophie und den politischen Liberalismus, in denen man die »Geistesrichtung« des achtzehnten Jahrhunderts verkörpert sah; und einer großen Zahl von Leuten wurden vor allem die Sozialwissenschaften unsympathisch, weil sie sich durch die soziale Analyse in den Grundlagen ihrer sozialen Existenz geniert und bedroht fühlten. Und diese Reaktion gewann an Stärke durch die Erschöpfung in den Napoleonischen Kriegen vor allem als Gegenbewegung gegen die kapitalistische Entwicklung: das Erbe der Universalsozialwissenschaft gerät jetzt in hölzerne Hände, und das Naturrecht wird zu einer verachteten juristischen Spezialdisziplin; neben einem Carlyle und der Romantik mit ihrem Gerede vom »Volksgeist«, neben der trotz allem positivistischen Gebaren in ihrer Grundstruktur metaphysisch orientierten »Positiven Philosophie« von A. Comte tritt die historische Schule auf mit ihrem Ziele der Historisierung der Sozialwissenschaften, vor allem der Rechts- und Wirtschaftswissenschaft, die aber mit der Proklamierung der historischen Detailarbeit als wissenschaftlicher Methode sich außerhalb der methodologisch-wissenschaftlichen Arbeit stellt.

Der heutige Zustand der Sozialwissenschaften stellt sich für den Verfasser so dar: Gegenüber der historischen Rechtsschule gilt heute alle Aufmerksamkeit der soziologischen Jurisprudenz, dem »lebenden Recht«, der Rechtspsychologie und Rechtsfindung; man will damit zum Verständnis des Rechtsphänomens aus dem Wesen der Gesellschaft, zum Erfassen seiner sozialen Bildungsgesetze vordringen. Und auch auf dem Gebiet der Nationalökonomie trotz allen Historismus die Fortführung der Wissenschaft unter Anknüpfung an das achtzehnte Jahrhundert: bis in die siebziger Jahre hält sich die ältere Theorie, erstehen die großen Leistungen der Thünen, Herrmann, Rodbertus und Marx, und jetzt erfolgt die Wiedergeburt der älteren Theorie in vollkommenerer Form aus dem Schoße

der sogenannten »österreichischen Schule« (Menger, Böhm-Bawerk, Wieser). *Ethik, Psychologie* und *Soziologie* leben im Sinne des achtzehnten Jahrhunderts fort, das *Naturrecht* erhält neues Lebensblut aus der Soziologie, die nichts anderes ist als eine Weiterbildung des alten Ansatzes zu einer Theorie der Gesellschaft, genährt und gefördert durch neues Material und neue Methoden.

So ist in der Entwicklung der Sozialwissenschaften trotz aller Regellosigkeit eine gewisse Gesetzmäßigkeit festzustellen: ein Abreißen der Fäden zwar, bedingt im wesentlichen durch einen Wechsel der Anschauungen, hervorgerufen durch das Aufsteigen neuer politischer Faktoren zur Macht, aber doch der Eindruck eines einheitlichen Zuges, weil bei dem Gleichbleiben von Welt und Denkapparat, das heißt von Gegenstand und Werkzeug der Wissenschaft auch die Probleme sich gleich bleiben und sich schließlich die »Logik der Dinge oder Tatsachen« auch hier durchsetzt.

Sind auch heute unsere sozialwissenschaftlichen Resultate noch dürftig und unsere Methoden noch primitiv, und machen sich auch in der Sozialwissenschaft, besonders der Geschichts- und Kulturtheorie, philosophisch-erkenntnistheoretische Übergriffe breit, hauptsächlich durch das Nichtloskommen der Diskussion von dem, *was sein soll*, so ist diese Wissenschaft doch auf dem Wege ihrer Verwandlung in eine *Theorie*; wenn auch für sie noch große Schwierigkeiten zu überwinden sind in dem Erstreben des *Zieles strikter Berechenbarkeit* vieler Dinge im Völkerschicksal, wo unter anderem die scharfe quantitative Spitze bei der reinen Ökonomie erst in weiter Ferne aufblitzt.

Wir stehen intellektuell in einer konstruktiven Epoche, die in ihrer Tendenz ausgeht auf das Begreifen von Recht, Religion, Kunst, Politik, Wirtschaft, ja selbst Logik und Psychologie aus der Soziologie heraus. In vielen Dingen *wissen* wir, wo das achtzehnte Jahrhundert nur vermuten konnte, und es liegt an uns, die Epoche der »*Kulturtheorie*« so groß zu machen, wie die des Naturrechts — ihre leibliche Mutter — war.

Soweit der Verfasser, auf dessen geschichtlichen Überblick kritisch einzugehen wir uns versagen müssen. Aber *eine* Tatsache muß dafür um so gründlicher ans Licht gezogen werden: daß er nämlich Karl Marx zwar kennt als Nationalökonomen, der — anknüpfend an die Ökonomie der Smith und Ricardo — sich mit seiner ökonomischen Analyse und mit seiner Wertlehre, vor allem aber mit seiner ganzen Methodologie turmhoch über diese seine Vorläufer erhebt, daß er aber die *sozialwissenschaftliche Gesamtleistung* von Marx, von der doch seine ökonomische Analyse nur Teilstück und Anwendung ist, glattweg ignoriert. Gerade in der Gesamtleistung von Marx hätte er das schon erarbeitet vorgefunden, was er als *künftige* Aufgabe der Sozialwissenschaft hinstellt, und wenn hier die offizielle Wissenschaft vorerst mit »primitiven Methoden« nur »dürftige Resultate« erzielen kann, so trägt daran das bewußte Ignorieren von Marx in erster Reihe die Schuld. Für das Gesamtgebiet der Sozialwissenschaft ist, was ihre Methodik und begriffliche Erfassung des sozialen Geschehens anlangt, Karl Marx der Fortsetzer und Vollender der Ansätze des achtzehnten Jahrhunderts, wie auch der Überwinder seiner Irrtümer. Bei ihm ist mit aller Strenge die Kausalerklärung zum Prinzip der Erforschung der sozialen Gesetzmäßigkeit erhoben, diese Gesetzmäßigkeit selbst aber als der Leitgedanke jeglicher Sozialtheorie herausgestellt.

Und die *geschichts-materialistische Methode* hätte vor allem der offiziellen Wissenschaft einen klaren und scharfabgegrenzten Begriff der »*Gesellschaft*« und der *Soziologie* als der Wissenschaft vom sozialen Leben, seiner Zusammenhänge und seines gesetzmäßigen Ablaufs liefern können, wo gerade die Verschwommenheit und Unsicherheit dieser Grundbegriffe auch in dem vorliegenden Werke so peinlich wirkt. Damit wäre auch die Möglichkeit gegeben gewesen, die Zusammenhänge und Abhängigkeit der Teilgebiete des sozialen Lebens zu erfassen und dem Gedanken des Geschichtlich-Gewordenseins auch in der begrifflichen

Bearbeitung, in der Gestaltung der ihr Verständnis erschließenden wissenschaftlichen Grundkategorien Ausdruck zu geben.

Hat uns nicht Marx — um nur dies eine Beispiel herauszugreifen — das Verständnis des Rechtsphänomens aus dem Wesen der Gesellschaft in vollem Umfange erschlossen? Aber die offizielle Wissenschaft muß erst noch zu diesem Verständnis vordringen, weil sie ihrem innersten, sozial-bedingten Wesen nach an Marx vorübergehen muß, welches »muß« wir ebenfalls in seiner gesellschaftlichen Bedingtheit sehr gut zu verstehen mögen.

Und durch die einheitliche sozialwissenschaftliche Methode, die es ermöglicht, an Stelle der isolierten begrifflichen Erfassung der Teilgebiete des gesellschaftlichen Lebens (Ethik, Recht, Wirtschaft, Politik usw.) ihre Analyse als eines gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs zu setzen, hat Marx dem Zustand ein Ende gemacht, den Schumpeter als charakteristisch für die heutige Sozialwissenschaft hinstellt: daß sie kein organisches, architektonisches Ganze, sondern ein Konglomerat von einzelnen Bausteinen darstellt. C. Notter.

Ensis, **Wojna i germanskaja Social-Demokratija** (Der Krieg und die deutsche Sozialdemokratie). Moskau 1916.

Die ruhige und objektive Art, in der das vorgenannte Büchlein geschrieben ist, macht die Darstellung der Vorgänge, die in der deutschen Partei seit dem Kriegsbeginn stattgefunden haben, wirklich eindrucksvoll und belehrend.

Der Verfasser steht keineswegs auf dem Boden der Mehrheitspolitik, die er gelegentlich einer nicht gerade milden Kritik unterzieht. Diese Kritik stützt sich aber nicht auf den Grundsatz: was dem einen recht, ist dem anderen nicht billig — welches Prinzip heutzutage in der Parteiliteratur nur allzu oft seine Anwendung findet. Die Kritik, die Genosse Ensis an der »Neuorientierung« der deutschen Sozialdemokratie übt, gilt vielmehr dem Sozialpatriotismus überhaupt, wo dieser auch seinen Sitz haben mag.

Wenn er zum Beispiel die Erklärung des 4. August dadurch kennzeichnet, daß er ihren »ausschließlich und völlig nationalen Standpunkt« hervorhebt, und sie aus dem Grunde verurteilt, daß in ihr »die Augenblicksmotive die Motive der allgemeineren Tragweite überwiegen« — so ist es klar, daß er diese nationale Beschränktheit innerhalb der sozialistischen Bewegung auch dann bekämpft, wenn sie sich in den Reihen der Ententesozialisten geltend macht. Auch das, was er über einen »ausschließlichen Verteidigungskrieg« oder über die Einschätzung des »vorteilhaftesten Kriegsergebnisses« sagt, hat eine ganz allgemeine Bedeutung.

Übrigens geht der eigene Standpunkt des Verfassers nirgends ganz klar und unzweideutig hervor. Es lassen sich vielleicht bei ihm gewisse Schwankungen feststellen. Der Hauptwert des Büchleins liegt jedenfalls nicht in den prinzipiellen Betrachtungen, sondern in der, wie gesagt, objektiven und sachlichen Darstellung der Haltung, die die deutsche Sozialdemokratie im Kriege eingenommen hat. Diese Darstellung wird sicherlich den Lesern der Abhandlung gegen die Lügen helfen, die die bürgerliche Presse über die internationale Sozialdemokratie verbreitet. G.Tsch-ky.

Karl Peters, **Afrikanische Köpfe.** Charakterskizzen aus der neueren Geschichte Afrikas. Berlin-Wien 1915, Ullstein & Co. 260 Seiten. Preis 1 Mk.

Nicht nur die Kämpfe um die einzelnen deutschen Kolonien in Afrika lenken heute die allgemeine Aufmerksamkeit immer wieder nach diesem Erdteil, sondern vor allem ist es die sich immer mehr durchsetzende Erkenntnis, daß es sich in diesem Kriege in erster Linie um die Stärkung oder Schwächung des »Einflusses« der europäischen Mächte auf die außereuropäischen Agrarländer handelt. Unter diesen steht aber neben Vorderasien Afrika im Vordergrund des allgemeinen Interesses, der einst dunkle, das heißt unbekannte Erdteil, um dessen wirkliche und angebliche Schätze seit etwa zwanzig Jahren der heiße Wettstreit der kapitalistischen Großmächte geht.

In vielen Zügen erinnert die imperialistische Altersphase des Kapitalismus an seine merkantilistische Kindheit, ja an jene Zeiten »ursprünglicher Akkumulation«, zu deutsch systematischen Raubes, denen der Kapitalismus überhaupt erst seine Grundlegung dankt. Besonders auffallend ist die Übereinstimmung zwischen der Eroberung Amerikas durch die Spanier und der jetzigen Aneignung Afrikas durch die verschiedenen europäischen Staaten.

Gerade die Gegenüberstellung der bestimmenden Charakterköpfe von einst und jetzt zeigt aufs deutlichste, daß das Motto, das Peters seinem Buche vorangestellt hat, ein Irrtum ist: »Nicht die Zeiten machen die Männer; sondern die Männer gestalten die Zeiten.« Und ein näheres Eingehen auf seine eigene Darstellung bestätigt dies durchaus.

Peters will nicht eine Geschichte der Eroberung Afrikas geben, noch auch etwa eine Beschreibung ihrer Methoden. Er zeichnet vor uns in markanten Zügen die Porträts etlicher Charakterköpfe, die er offenbar als besonders bemerkenswert ansieht: Paul Krüger, Cecil Rhodes, Kaiser Menelik II. von Abessinien, Emin-Pascha und Leopold II. Dem Autor kommt bei diesen Schilderungen nicht nur seine Vertrautheit mit den afrikanischen Verhältnissen und seine persönliche Bekanntschaft mit den dargestellten Personen zustatten, sondern auch eine ausgesprochene Gabe anschaulicher und lebendiger Darstellung. Die vorgeführten Köpfe erwecken nicht den Eindruck eines Wachsfigurenkabinetts, sondern es pulsiert frisches Blut in ihnen. Am ehesten läßt wohl die Charakterisierung Emin-Paschas dieses innere Leben vermissen.

Die Zusammenstellung der genannten fünf Namen wirkt im ersten Augenblick etwas befremdend; sie ist aber innerlich wohl begründet. In Leopold II. und Cecil Rhodes zeigt uns der Verfasser zwei charakteristische Typen des imperialistischen Erorberertums; den mehr primitiven, der an die Zeiten erinnert, als die indische Handelskompanie Indien, und als die Spanier Mexiko und Peru eroberten, um diese Länder einfach auszuplündern, und den eigentlich modernen, der Waffengewalt anwendet, nicht um zu rauben, sondern um das eroberte Land kapitalistisch zu entwickeln und auf diese Weise auszubeuten. Während aber die Geschichte jener Eroberungen uns die markanten Gestalten eines Warren Hastings, eines Cortez oder Pizarro bewahrt hat und über die ziemlich nichtssagenden Figuren der reichen englischen Handelsherren und der spanischen Könige hinweggegangen ist, hat Peters mit Recht jene Männer in den Vordergrund gestellt, die ihre Hände nie mit dem Blut von Afrikanern befleckten, sondern von ihrem Kontor aus die Beamten lenkten, denen sie die Eroberung jener Länder zugewiesen hatten.

Nur eine Figur eines solchen Beauftragten führt uns Peters vor, die des deutschen Arztes und Naturforschers Eduard Schnitzer, bekannter unter dem Namen Emin-Pascha. Sicherlich ist das Schicksal dieses merkwürdigen Mannes nichts Alltägliches, und seine Begabung, die in ihm den Forscher mit dem Abenteurer, den Arzt mit dem Verwaltungsorganisator vereinigte, gehört sicherlich zu den Ausnahmen. Aber in Emins Person ist nur all das vereinigt, was der imperialistische Eroberungsdrang bei seinen Organen im einzelnen braucht und voraussetzt. Auch hier wird der Charakterkopf zum Typus.

Einen wirkungsvollen Gegensatz zu diesen Vertretern des europäischen Erobererwillens bilden die beiden Bauernköpfe Krüger und Menelik, die Verteidiger des afrikanischen Bodens gegen die Eindringlinge. Den Rassengläubigen wäre die Lektüre gerade dieser beiden Abschnitte in Peters' Buch dringend zu empfehlen. Wollte man ein Musterbeispiel für den Satz suchen, daß im historischen Sinne die Zeiten, das heißt die äußeren Umstände, den Mann bilden und nicht die innere Veranlagung, die Abstammung, man könnte kaum etwas Treffenderes finden als den Vergleich zwischen dem Präsidenten der Burenrepublik Krüger und dem abessinischen Kaiser Menelik. Die Notwendigkeit der Abwehr europäischer Übergriffe und die Ähnlichkeit der ihnen zur Verfügung stehenden Abwehrmittel haben aus diesen scheinbar so grundverschiedenen Persönlichkeiten einen einheitlichen Typus

geschaffen. Natürlich haben nicht erst die äußeren Umstände diese Charaktere sel gebildet; aber sie haben bewirkt, daß nur Männer dieses Gepräges die Führer ihr Volkes sein konnten.

Aber Peters' Darstellung zeigt nicht nur selbst, wie unrichtig sein Leitsatz sondern auch wie gefährlich er für das Verständnis der Wirklichkeit werden kan Das tritt zum Beispiel deutlich in der ungeheuer übertriebenen Bedeutung zuta die Peters dem Telegramm des Deutschen Kaisers an Krüger beimißt. Nach Pete ist dieses Telegramm nicht nur schuld am Burenkrieg, sondern indirekt sogar jetzigen Kriege. Denn England habe in diesem Telegramm eine Bedrohung sein südafrikanischen Interessensphäre erkannt, während andererseits die Buren d über enttäuscht gewesen seien, daß die ihnen in Aussicht gestellte Hilfe Deuts lands ausblieb. Es ist dabei bemerkenswert, daß Peters dieses Telegramm ni als einzelne Äußerung einer bestimmten politischen Richtung wertet, sondern individuellen Akt.

Auch sonst spart der Autor übrigens nicht mit oft recht scharfer Kritik, z Beispiel der deutschen Kolonialverwaltung (S. 64, 65); sie macht aber auch vor krönten Häuptern nicht halt. So sagt er zum Beispiel bei der allgemeinen Chara kterisierung König Leopolds, dessen gerissener Schlauheit er anerkennende Bewu derung zollt: »Er konnte auch ein offenes Wort vertragen, und wenn man erwä wie viele Pinsel auf europäischen Thronen sitzen, so mußte man überrascht und freut sein, endlich einmal mit einem nüchternen Manne in dieser hohen Stellung tun zu haben, zu dem man sprechen konnte wie zu einem anderen Menschen, u dem daran lag, sich wirklich belehren zu lassen.«

Sympathisch wird einem der Verfasser des Buches trotz dessen Vorzügen sich lich nicht. Besonders seine Urteile über die Schwarzen und die Behandlung, der zu unterwerfen sind, zeichnen sich durch Brutalität aus, aber sie sind wenigstens e lich, sie suchen nicht die Häßlichkeit der Dinge unter der deckenden Hülle huma tärer Phrasen zu verdecken.

So bildet das Büchlein für den, der mit dem Begriff des Imperialismus lebe dige Anschauungen verknüpfen will, eine anregende Lektüre. G. Eckstei

---

Anzeigen.

Gustav Hoch, **Neue Steuern während des Krieges?** 147 Seiten. Preis 1 Mar Vereinsausgabe 60 Pfennig. Inhalt: 1. Sind neue Einnahmen des Reiches wä rend des Krieges notwendig? 2. Die Einnahmen des Reiches. 3. Verbrauch steuern und Einkommensteuern. 4. Erwerbseinkünfte. 5. Gebühren. 6. Beitr der Einzelstaaten. 7. Der Steuerplan. 8. Die Steuern und die wirtschaftliche En wicklung. 9. Verteilung der Steuern zwischen Reich, Einzelstaaten und Gemei den. 10. Notgesetze während des Krieges. 11. Die Kriegssteuerentwürfe der R gierungen. 12. Erhöhung der Tabakabgaben. 13. Die Verkehrssteuern. 14. D Kriegsgewinnsteuer. 15. Der Reichsbeitrag. 16. Die Erhöhung der Erbschaft steuer. 17. Vor der Entscheidung.

Die Schrift, die nach der ersten Beratung der Steuergesetzentwürfe geschrieb wurde, gibt einen Rückblick über die finanzielle Lage des Reiches, seine bisherig Steuereinnahmen sowie die der Einzelstaaten und Gemeinden, schildert die Wi kung der Verbrauchssteuern und kritisiert dann die von der Regierung eing brachten Steuervorlagen im einzelnen. Zum Schluß spricht der Verfasser die E wartung aus, »daß die eingehende Beratung der Steuerfrage zur Ablehnung d Verbrauchs- und Verkehrssteuern und zur Deckung des geforderten Betrags dur Einkommen- und Erbschaftssteuer führen werde«, was bekanntlich nicht eingetret ist. Die theoretische Seite der Steuerfrage wird in der Schrift nicht behandelt.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 13 | Ausgegeben am 30. Juni 1916 | 34. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Sozialdemokratie und Kapitalabfindungsgesetz.

Von Karl Marchionini.

Der Reichstag hat vor kurzem das Kapitalabfindungsgesetz angenommen. Nach diesem Gesetz können Kriegsbeschädigte und Witwen von Kriegsteilnehmern eine Kapitalabfindung vom Reich erhalten. Dafür müssen sie auf einen Teil ihrer Renten verzichten, und das Kapital muß zum Erwerb oder zur wirtschaftlichen Stärkung eigenen Grundbesitzes verwendet werden. Dann kann die Kapitalabfindung auch noch ausgezahlt werden, wenn Versorgungsberechtigte zum Erwerb eigenen Grundbesitzes einem gemeinnützigen Bau- oder Siedlungsunternehmen beitreten wollen.

Für dieses Gesetz hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gestimmt, während die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft es abgelehnt hat.

In der »Chemnitzer Volksstimme« (Nr. 129) wird die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion gerechtfertigt; es heißt dort:

> Die Arbeitsgemeinschaft verwarf das ganze Gesetz, weil sie es für schädlich hält, daß Arbeiter durch einen Grundbesitz eine gewisse Beeinträchtigung ihrer Bewegungsfreiheit erfahren. Hier handelt es sich aber um *Witwen* und *Kriegsbeschädigte*, die bei weitem nicht in dem Maße wie voll erwerbsfähige Arbeiter geneigt sein können, öfter den Wohnsitz zu wechseln. Aber auch sonst haben die Sozialdemokraten, die sich mit praktischer Arbeit befassen, längst nicht mehr nach der früher öfter geäußerten Anschauung gehandelt, daß es für den Arbeiter von Schaden sei, wenn er auf *eigenem Grund* sitze....

Witwen und Kriegsbeschädigte brauchen, wenn sie Lohnarbeit leisten müssen, erst recht Bewegungsfreiheit. Denn wenn sie an die Scholle gebunden sind, so können sie sich gegen Lohndrückereien noch weniger wehren als voll erwerbsfähige Arbeiter. Durch das Kapitalabfindungsgesetz sollen vor allem eine Reihe *kleiner ländlicher Betriebe* geschaffen werden. Das Kriegsministerium sagt: Die Abfindung kann bewilligt werden zur Ansiedlung und Seßhaftmachung *durch Erwerb eines Grundstücks*; es macht dabei keinen Unterschied, ob es sich um *landwirtschaftliche oder gärtnerische Betriebe*, um Handwerker- oder Arbeiterstellen oder um städtische Heimstätten handelt. Es fragt sich jetzt, ob wir Sozialdemokraten uns grundsätzlich damit einverstanden erklären können, daß eine Menge kleiner Betriebe geschaffen werden. Wir sind doch für eine möglichste Steigerung der Produktivität der Arbeit und für Betriebsformen, die technisch auf der höchsten Stufe stehen! Unser Programm beginnt mit dem Satz:

»Die *ökonomische Entwicklung* der bürgerlichen Gesellschaft *führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebs*....«

Es wird dann von der Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe du kolossale Großbetriebe, von der Entwicklung des Werkzeugs zur Maschi von dem riesenhaften Wachstum der Produktivität der menschlichen Arb gesprochen, und dann heißt es:

»Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalist und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat u die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Druck der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.«

Kann derjenige, der auf dem Boden dieses Programms davon überzeu ist, daß die Entwicklung zum Untergang der Kleinbetriebe führt, für die E richtung von Kleinbetrieben sein, die auf besonders schwachen Füßen stehe Können wir in einem Zeitalter, in dem die Technik auch in der Landwi schaft schnelle und große Fortschritte macht, für die Schaffung von Zwer wirtschaften eintreten, in denen die Inhaber mit veralteten Produktion mitteln dem Boden mühsam das abringen müssen, was sie zum Lebensunte halt brauchen? Daß es sich um schwache Existenzen handelt, wird man wo zugeben, denn es sollen Kriegsbeschädigte und Witwen angesiedelt werde Und eine Reihe dieser Betriebe werden so klein sein — und sollen es au daß die Besitzer gezwungen sein werden, auf dem Lande oder in den Städt Erwerbsarbeit zu leisten. Daneben haben sie dann noch mit Weib und Ki auf ihrem »Besitz« zu arbeiten. Der »Segen« des Kleinbetriebs besteht vermehrter Arbeit für Mann, Frau und Kind. Man will ja auch vor alle Personen haben, die eine große Arbeitslast auf sich nehmen. Der ers Direktor der Siedlungsgesellschaft Sachsenland Halle a. d. S. hat unter anderem folgenden Grundsatz aufgestel

»Die Auswahl der Bewerber muß sehr vorsichtig getroffen werden. N Personen, die Gewähr bieten, daß sie nicht in die Kneipen laufen, sor dern treu und fleißig arbeiten, sind heranzuziehen.«

Der Direktor weiß, daß sich ein Ansiedler nur behaupten kann, wen er mit seiner Familie hart arbeitet. Es war bisher das Ideal aller S zialdemokraten, eine möglichst kurze Arbeitszeit für die Arbeiter zu e streben. Was nutzt schließlich einem Ansiedler der Neunstundentag in d Industrie, wenn er nach Feierabend auf seiner Scholle noch tätig sein mu Und der angesiedelte Landarbeiter ist erst recht übel dran, wenn er na vollbrachter Tagesarbeit auf dem Gute, die reichlich lang ist, noch auf sein Stelle arbeiten muß. Und nun denke man, daß diese vermehrte Tätigke Witwen und Kriegsbeschädigte leisten sollen! Da werden dan die schulpflichtigen Kinder ganz außerordentlich belastet, was gewiß au kein Segen für sie und die Gesellschaft ist.

Die »Chemnitzer Volksstimme« spricht davon, daß zurzeit das Inter esse für das Problem der Ansiedlung ein außerordentlich rege ist. Gewiß! Aber nicht in Arbeiterkreisen! Für die Ansiedlung interessiere sich vor allem Angehörige der bürgerlichen Klassen, die ein Interesse dara haben, daß möglichst viele kleine abhängige Existenzen auf der ländliche Scholle angesiedelt und dort festgehalten werden. Von einem regen Inter esse unter den Kriegsbeschädigten oder Landarbeitern ist bisher nicht da mindeste bemerkt worden. Von Thüringen teilt die Geschäftsstelle für da Ansiedlungswesen mit (es wird über das Jahr 1915 berichtet), daß bishe

nur einer der Kriegsbeschädigten, ein Bäcker, der seinen Beruf nicht mehr ausüben könnte, den Wunsch geäußert habe, eine Ausbildung zu erhalten, die es ihm ermögliche, später selbständig Landwirtschaft zu betreiben. Dann glaubt man, daß die Witwen der gefallenen Landarbeiter auf dem Lande bleiben und sich hier ansiedeln werden. Sie fliehen aber schon jetzt vom Lande, und die Behörden sinnen nach Mitteln, um dieser Landflucht während des Krieges zu begegnen. Wie sind denn die Zustände jetzt auf dem Lande? Der »Landarbeiter«, das Organ des Deutschen Landarbeiterverbandes, führte in der diesjährigen Märznummer aus, viele Arbeiterhaushalte auf dem Lande seien derart aus dem Gleichgewicht geraten, daß sie auch beim besten Willen nicht mehr durchkommen. Das bare Geld, selbst das durch Barablösung der Korndeputate vermehrte, reiche nicht mehr hin und her. Wörtlich wird dann gesagt:

Dazu kommt ein weiterer Umstand, der vielen Landarbeitern allmählich die Lust nimmt, länger auf dem Lande zu bleiben. Es ist dies die Unsicherheit im Arbeitsverhältnis, wie sie sich in den letzten Monaten herausgebildet hat. Viele Landwirte treten seit Monaten immer schroffer gegen ihre Landarbeiter auf. Bei der geringsten Auseinandersetzung müssen diese gleich die Bemerkung hören: Scher dich vom Hof, ich lasse mir Kriegsgefangene kommen, die stehen mich billiger. Diese uns schon hundert und aber hundert Male mitgeteilte Redensart verbittert Tausenden auf dem Lande die Arbeitsfreude und raubt ihnen die Zuversicht auf die Dauerhaftigkeit ihrer Arbeitsverhältnisse.

Vor dem Kriege standen der Landwirtschaft Hunderttausende ausländische Arbeiter zur Verfügung, außerdem erhielt sie reichlich Soldaten zur Erntearbeit, was beides nicht dazu beitrug, daß die Landarbeiter besser behandelt wurden. Daß deshalb die Lust zur Ansiedlung auf dem Lande unter der Arbeiterbevölkerung nicht groß ist, dürfte einleuchtend sein. Durch das Kapitalabfindungsgesetz sollen aber der Landwirtschaft billige und willige Arbeitskräfte zugeführt und erhalten werden! Amtliche Kundgebungen zur Ansiedlungsfrage haben sich darüber sehr deutlich geäußert. Darüber nur ein Beispiel: Dem Sächsischen Landtag ging in diesem Jahre der Entwurf eines Gesetzes über die Ansiedlung von Kriegteilnehmern zu, und in der Begründung des Gesetzentwurfs wurde ausgeführt:

»Wird die ländliche Kleinsiedlung — so verstanden — in größerem Umfang durchgeführt, so wird sie der Volksernährung und Volksgesundheit, der Volksvermehrung und Wehrkraft wichtige Dienste leisten, auch dazu beitragen können, daß der Landwirtschaft der nach dem Krieg voraussichtlich sehr empfindliche Mangel an Arbeitskräften einigermaßen ersetzt wird.«

Das ist es, was erstrebt wird. Die vielen kleinen Existenzen sollen der Landwirtschaft billiges Arbeitsmaterial liefern! Selbstverständlich muß die Landwirtschaft die nötigen Arbeitskräfte haben. Und sie stehen ihr zur Verfügung, wenn sie ihnen günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen bietet. Darüber ist man sich auch in landwirtschaftlichen Kreisen durchaus im klaren. Anfangs dieses Jahres wurde in der 84. Delegiertenversammlung des Landwirtschaftlichen Zentralvereins Königsberg über die Frage verhandelt, wie nach Friedensschluß dem ohnehin schon zu befürchtenden Arbeitermangel zu begegnen sei. Bei dieser Gelegenheit führte der Präsident der

Landwirtschaftskammer für Ostpreußen, Dr. Brande nach den übereinstimmenden Berichten der Tageszeitungen aus, daß d Arbeiterfrage im wesentlichen eine Lohnfrage sei! U die Arbeiter auf dem Lande zu halten, sei es erforderlich, die Lan arbeiter nicht nur ebenso gut, sondern besser zu stelle als die Industriearbeiter und ihnen nach Möglichke die Annehmlichkeiten der Stadt auch auf dem Lande z bieten!

Man weiß also in jenen Kreisen recht gut, wie man den Landarbeite mangel erfolgreich bekämpfen kann! Dieser Weg wird aber nicht beschritte sondern man greift zu allen möglichen untauglichen und reaktionären M teln! In erster Linie müßten die Landarbeiter rechtlich den Industri arbeitern gleichgestellt werden. Doch alle Versuche in den Parl menten, dies Ziel zu erreichen, sind auch während des Krieges glatt g scheitert. Und doch sind moderne Arbeiterrechtsverhältnisse auf dem Lan vor allem anderen nötig. Jetzt sollen die Familien der Kriegsbeschädigt und der gefallenen Landarbeiter angesiedelt werden, damit die Landwi Arbeitskräfte bekommen. Die Landarbeiter unterstehen aber, sobald sie ein dauerndes Arbeitsverhältnis treten, den bekannten Ausnahmebestim mungen und Gesindeordnungen. Vor der Lösung der Ansie lungsfrage hätte also vor allem ein besserer Rechts boden für die ländliche Arbeiterbevölkerung gescha fen werden müssen! Und da Regierung wie Reichstagsmehrheit d für nicht zu haben waren, so hätte schon aus diesem Grunde d sozialdemokratische Fraktion zu den Ansiedlungsbestrebungen eine ande Stellung einnehmen müssen.

Dann aber gewährt das Gesetz keinen Anspruch auf die Kapitala findung! Es geht natürlich auch nicht, jedem Kriegsbeschädigten, jed Kriegerwitwe einen Teil ihrer Renten als Kapital auf einmal auszuzahle Sehr viele würden sich nach kurzer Zeit, wenn ihre neugegründete »sel ständige Existenz« verkracht ist, mit leeren Taschen wieder melden, und d Reich oder die kommunale Armenpflege müßten eintreten, um die Leu vor dem schlimmsten Elend zu bewahren. Aber nach dem neuen Gesetz s die oberste Militärverwaltungsbehörde nachprüfen, ob sie eine nützliche Ve wendung des Geldes für gewährleistet hält. Die Behörde allei entscheidet, wer das Kapital erhält! Es ist im Reichstag darauf hi gewiesen worden, daß früher Polen und bekannte Sozialdemokraten nic angesiedelt worden sind. Die Regierung hat jetzt freilich eine korrekte A wendung des Gesetzes versprochen; aus politischen oder nationalen Grü den solle niemand zurückgewiesen werden. Welcher Politiker kann ab solche Versicherungen für genügend erachten? Diese Regierung mag de besten Willen haben, ihre Versprechungen zu erfüllen — aber wer wei denn, ob sie auch noch im nächsten Jahre am Ruder ist? Ganz andere Män ner, völlig veränderte Verhältnisse können dann maßgebend sein!

Bei dem Kapitalabfindungsgesetz ist allein der Wille der Mi litärbehörde maßgebend, und die Bestimmung, daß dem Antrag steller vor der Entscheidung Kenntnis von den Gründen gegeben werde soll, wenn er das Kapital nicht erhalten soll, ist vollkommen wertlos. De Antragsteller erhält wohl Gelegenheit, sich zu den Gründen zu äußern, da

mit jedoch ist die Sache dann meist abgetan. Überzeugt er die oberste Militärverwaltungsbehörde nicht, so bleibt es eben bei der ersten Entscheidung. Allein maßgebend ist, was die Behörde beschließt. Derartige Vollmachten durfte man nicht geben — zum mindesten hätten die Vertreter der Kriegsbeschädigten und Witwen ein Mitbestimmungsrecht erhalten müssen.

Das Gesetz sieht dann vor, daß die Kapitalabfindung gezahlt werden kann, wenn Versorgungsberechtigte zum Erwerb eigenen Grundbesitzes einem gemeinnützigen Bau- oder Siedlungsunternehmen beitreten wollen; Erbpacht und Erbbaurecht sind zugelassen. Nun liegt gewiß die Förderung der gemeinnützigen Baugenossenschaften durchaus im Interesse der Arbeiter. Die jetzigen Wohnungsverhältnisse sind unhaltbar, und Baugenossenschaften können zur Linderung des Wohnungselends beitragen. Die Reform des Wohnungswesens brennt der bürgerlichen Gesellschaft auf den Nägeln; sie ist besonders durch den Krieg in den Vordergrund gerückt. Die jetzige Anhäufung riesiger Menschenmassen in den Großstädten ist ein völlig ungesunder Zustand, und bereits Friedrich Engels hat im Anti-Dühring ausgeführt, daß die Zivilisation uns in den Großstädten eine Erbschaft hinterlassen habe, die zu beseitigen viel Zeit und Mühe kosten würde; aber sie müßte und würde beseitigt werden, möge es auch ein langwieriger Prozeß sein. Anfänge nach dieser Richtung machen sich bemerkbar, und gemeinnützige Baugenossenschaften leisten dabei nützliche Arbeit.

Andererseits werden jedoch durch Eigenheime die Arbeiterfamilien auch an die Scholle gebunden! Der Arbeiter aber muß vor allem auf die Erhaltung seiner Freizügigkeit bedacht sein!

Nun können der Kriegsbeschädigte, die Witwe Mitglieder von Baugenossenschaften werden, ohne daß sie Eigenheime erwerben oder pachten. Es genügt, wenn sie ihren Anteil entweder auf einmal zahlen oder allmählich einzahlen und eine Genossenschaftswohnung mieten; dann ist das Verhältnis leichter zu lösen. Im Interesse der meisten Familien liegt jedoch auch hier das Mietverhältnis. Der Kriegsbeschädigte, die Witwe mit einer zahlreichen Kinderschar brauchen vor allem gesunde Wohnungen; die sollten ihnen vom Staat, von den Gemeinden und von Genossenschaften hergestellt und zu einem Mietpreis, der die Selbstkosten nicht übersteigt, zur Verfügung gestellt werden. Das ist vorläufig in erster Linie zu erstreben.

Die Förderung des Baugenossenschaftswesens durch das Kapitalabfindungsgesetz ist wieder völlig abhängig von dem Willen der obersten Militärbehörde. Wie so manche andere Bestimmung ist auch die Bestimmung, daß zum Zwecke des Beitritts zu einem gemeinnützigen Bau- oder Siedlungsunternehmen ein Kapital gegeben werden kann, erst im Reichstag auf Antrag in den Entwurf aufgenommen und Gesetz geworden. Die Regierung wollte vor allem ländliche Siedlungen zur Vermehrung der Arbeiterbevölkerung auf dem Lande schaffen, und nach diesem Grundgedanken des Gesetzes wird wohl auch vor allem gehandelt werden. Davon hat die Landwirtschaft keinen Nutzen, wenn in der Nähe der Städte auf genossenschaftlichem Wege gute Arbeiterwohnungen gebaut werden. Im Gegenteil! Je mehr soziale Fürsorge in den Städten, desto größer wird die Landflucht und die Abneigung gegen das Land, wenn die Zustände hier nicht besser werden. Klagte doch Frau Geheimrat Paasche in

der »Vossischen Zeitung« vom 29. März: »Leider sorgen die Großstädt durch ihre öffentliche und private Unterstützung der Bedürftigen ohn Gegenleistung selbst dafür, daß keiner heraus will aus der Stadt....« Wi in der Regel, so wird man auch mit dem Kapitalabfindungs gesetz vor allem der Landwirtschaft helfen wollen, un das wird um so leichter sein, da ja darüber, wer mit einem Kapital abge funden wird, allein die oberste Militärbehörde entscheidet. Es wird sich j bald herausstellen, ob viele Kriegsbeschädigte das Geld zum Beitritt eine Baugenossenschaft erhalten werden.

Alles in allem ist das Gesetz derart, daß es bei der gesamten Sozialdemo kratie auf Ablehnung hätte stoßen müssen. Gegen die Ansiedlungspoliti hat sich früher die Sozialdemokratie wiederholt ausgelassen. Es sei hie nur verwiesen auf die Beschlüsse der einzelnen Provinzialparteitage, die a Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen und gegen die sich früher auc nur vereinzelte Stimmen erhoben, von denen man aber wußte, daß si allein dastanden. Damals rechnete man stets mit der Ansiedlung gesunde Arbeiter, die im Vollbesitz ihrer Kräfte sind. Bei dem Kapitalabfindungs gesetz handelt es sich um die Seßhaftmachung von Krüppeln und Witwen und der Willkür der Behörden bei der Auswahl der Ansiedler ist völli freier Spielraum gelassen worden. Wie Bebel über die Existenz der seß haft gemachten Arbeiter urteilte, geht aus einem Artikel hervor, den di »Volkswacht« in Danzig von ihm brachte, als sie am 25. September 1910 zum ersten Male erschien. Bebel wandte sich an die Arbeiter und Arbeite rinnen Westpreußens. Er erinnerte an die Zeiten der Sklaverei und Leib eigenschaft und schrieb dann:

> Dagegen genießt der »freie« Arbeiter von heute die Freiheit, sich Arbeit zu suchen, wo er sie findet, aber er ist dafür allen Wechselfällen des Arbeitsmarktes preisgegeben. Er wird gezwungen, heimatlos umherzuirren oder, wenn an di Scholle gebunden, die Bitternisse seiner Existenzlosigkeit bis zur Erschöpfung zu kosten.

Auch Bebel hat damit zum Ausdruck gebracht, daß ein solcher Arbeiter schlechter daran ist als derjenige, der keinen eigenen Grund und Boden be sitzt. Das war auch die allgemeine Ansicht in der Partei bis zum Kriege. Genosse Robert Schmidt (Berlin), Mitglied des Reichstags, beweist nun im »Hamburger Echo« (Nr. 140), daß durch das Kapitalabfindungs gesetz ja niemand gezwungen sei, ein solches Verhältnis einzugehen. Gewiß — aber auch früher fand kein Zwang statt, und doch hat die Sozial demokratie sich gegen die Seßhaftmachung von Arbeitern gewendet, und so weit mir bekannt ist, hat Genosse Schmidt diese Politik früher nicht gemiß billigt. Er führt dann aus, daß der Kriegsbeschädigte nicht dauernd an den Besitz gebunden sei, er könne ihn veräußern, und er erhalte nach Rückgabe des ihm übergebenen Kapitals seine volle Rente wieder.

Sehr schön! In der Praxis spielt sich das nur nicht so einfach ab. Die Ansiedler erhalten nicht das Kapital, damit sie auf dem Lande Gastrollen geben können, sondern sie sollen auf ihrer Scholle bleiben. Ist der Ansiedler erst einmal auf seinem Besitz, hat er das Kapital, das er vom Reiche er halten hat, und vielleicht auch noch seine Ersparnisse in das Grundstück hineingesteckt, so kommt er nur sehr schwer wieder von ihm los. Die Mi litärbehörde sorgt durch Maßnahmen (Eintragung einer Sicherheits-

hypothek und dergleichen) dafür, daß das Grundstück nicht alsbald wieder veräußert wird. Und wenn der Ansiedler sich auf seiner Scholle nicht halten kann oder wenn die Erwerbsverhältnisse in seiner Gegend überaus ungünstig sind — wird er dann einen Nachfolger finden, der ihm das Grundstück abkauft? Er kann es zur Erlangung einer anderen Erwerbsmöglichkeit veräußern, das ist aber nicht überall leicht. Und die freiwillige Rückzahlung der Abfindungssumme zur Erlangung der vollen Rente ist ohne die ausdrückliche Genehmigung der obersten Militärverwaltungsbehörde nicht möglich. Überall ist der Wille der Behörde maßgebend. Auch Schmidt ist der Ansicht, daß für die Siedlungen vor allem ländliche Arbeiter in Frage kommen. Auch der eigentliche Zweck des Gesetzes ist es, die Arbeiterbevölkerung auf dem Lande seßhaft zu machen und zu vermehren. Aber diese Zwergbetriebe werden der fortschreitenden Entwicklung sehr bald im Wege stehen, und dann wird sie über jene hinwegschreiten, wobei die Ansiedler bittere Enttäuschungen erleben müssen. Bewahren wir vor diesem Schicksal die Witwen und Kriegsbeschädigten!

Zum Führerproblem in der Organisation.

Von R. R.

In einer kürzlich erschienenen Artikelserie in der Neuen Zeit über »Bureaukratie und Politik« hat der Verfasser mehrfach eines Buches Erwähnung getan, das allerdings, und zwar in weit stärkerem Maße, als vermutlich bisher geschehen, verdient, aus der Versenkung hervorgezogen zu werden. Wissenschaftlich geschrieben und leider von wissenschaftlichen Fremdwörtern gespickt, wie das Buch sich dem Laien darbietet, trägt es auch einen so wissenschaftlichen Titel, daß mancher Demokrat, den das Buch recht viel anginge, achtlos an ihm vorübergeht. »Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie« von Robert Michels. Wer vermutet dahinter eine tiefgründige Behandlung einer der brennendsten Fragen unserer Zeit, des »Führerproblems«, des Problems der inneren Organisationsdemokratie? Gerade in der Tatsache, dieses Problem als ein solches anerkannt zu haben, das eine fast 400 Seiten umfassende prinzipielle Behandlung verlangt, liegt das Hauptverdienst des Verfassers. Dabei verschlägt es auch nichts, daß dieses Werk ausschließlich der Kritik der Demokratie gewidmet ist, daß der Verfasser nach eigenem Geständnis darauf verzichtet, ein neues System vorzuschlagen, welches imstande wäre, die aufgedeckten Schäden zu heilen. Wer Demokrat sein will, muß sich auch über die Schattenseiten der Demokratie, über ihre Durchführungsgrenzen völlig im klaren sein; erst wenn er diese Kehrseiten gegen die Schäden der Autokratie abgewogen hat und dann zu einem für die Demokratie günstigen Urteil gelangt ist, erst dann wird er davor bewahrt bleiben, in prinzipiell autokratische Gedankengänge zurückzuverfallen, sobald sich einmal eine der üblen Seiten der Demokratie offenbart. Gehört es doch gerade zu den Kampfmethoden bewußter Autokraten, die natürlichen Unzulänglichkeiten der Demokratie künstlich zu vergrößern, so daß diese nicht einmal in dem Maße durchgeführt wird, wie es an sich, bei richtiger und williger Anwendung der vorhandenen technischen Hilfsmittel, möglich wäre.

Es ist daher durchaus wertvoll, alle Einwände gegen die restlose Durc führbarkeit der Demokratie beieinander zu haben, auch wenn die erstmali Lektüre eines solchen Werkes selbst diejenigen pessimistisch stimmen kan die dem Stadium demokratischer Schwärmerei durch praktische Erfahrunge und Selbstkritik längst entwachsen sind. Auch für einen Demokraten, de vor dem ehernen Felsen der Wirklichkeit nicht die Augen zu verschließe gewohnt ist, wirkt es niederschmetternd, wenn er kalt und trocken die The aufgestellt sieht: »Der Anfang der Bildung eines berufsmäßigen Führe tums bedeutet aber den Anfang vom Ende der Demokratie« (S. 36) ode »Demokratie ist mit Schlagfertigkeit schlechterdings unvereinbar« (S. 42 Aber Gott sei Dank sind auch diese Wahrheiten keine hundertprozentigen un berechtigen deshalb nicht zur Resignation. Wohl muß die Demokratie de Cäsarentum weichen, wenn man ihre Daseinsberechtigung lediglich unte dem Gesichtswinkel der Schlagfertigkeit im Kampfe betrachtet, aber de Absolutismus trägt andere Fäulniserreger in sich, die sich eine halbweg gesunde Demokratie vom Halse zu halten weiß. Die Demokratie ist ja auc kein Kampfes*mittel*, sondern ein Kampfesziel;[1] als Mittel kommt s nur in Frage, um den Kämpfenden die Innehaltung des Zieles, der Rich tung seitens ihrer Führer zu gewährleisten und ihnen die gerechte Verte lung des Gewinnes zu sichern. Käme es nur auf den Sieg einer Organisa tion als solcher, gewissermaßen als Firma, als juristische Person an, so wär nichts angebrachter, als den Hemmschuh der Demokratie in der eigene Organisation so schnell als möglich über Bord zu werfen und militärisch Disziplin mit einer Geheimdiplomatie an ihre Stelle treten zu lassen. Di Aussicht auf Sieg wäre tausendfach leichter — aber wem würde die Fruch des Sieges zufallen, in welchen Personen würde sich die siegende Organi sation repräsentieren? In den Mitgliedern schwerlich.

Für eine Organisation, welche nicht bloß für ein bestimmtes Ziel ein tritt, sondern welche auch um ihre bloße Daseinsberechtigung zu kämpfe hat, ist die Demokratie ein arges Hemmnis, das sie aber in Kauf nehme muß, um ihren Zweck nicht zu verfehlen. Umgekehrt folgt daraus, daß i einer solchen Organisation, welche sich andauernd mit der Polizei herum zuplagen hat, die Demokratie nur sehr unvollkommene Formen annehme kann, Unvollkommenheiten, die allerdings — und da liegt eine der große Sünden — aus Tradition und Führerinteresse auch dann noch beibehalte und mit entsprechend geänderten Gründen verteidigt werden, wenn di Gefahr, welche sie erzeugt hatte, zum größten Teil geschwunden ist. Gan unwillkürlich wird hier staatliche Unduldsamkeit zum Bundesgenossen de Führerinteressen gegen die Interessen der Masse.

Wie leicht übrigens eine Interessenübereinstimmung zwischen den Gegnern einer Organisation und ihren Führern entstehen kann, zeigt Michels an einem treffenden Beispiel, das schon deswegen die Beachtung seitens der Gewerkschaftsmitglieder verdient, weil es sehr bald wieder aktuell werden kann. Michels schreibt in einer Anmerkung auf S. 140 seines Buches:

Vor einiger Zeit ging durch die sozialistische Presse Deutschlands eine Notiz mit der Überschrift »Wie Unternehmer über Gewerkschaftsbeamte urteilen«, die in hohem Grade charakteristisch ist. In ihr heißt es: »Das Kartell der Arbeitgeberverbände im Baugewerbe Groß-Berlin ist gegen die Einrichtung von Arbeits-

[1] Vergl. übrigens hierzu S. 86, Zeile 3 des Buches.

kammern, hat jedoch für den Fall der Annahme des Gesetzes einen beachtenswerten Vorschlag gemacht. Die Unternehmer verlangen nämlich, daß in diesem Falle durch das Gesetz bestimmt wird, daß als Vertreter auch die Angestellten der Berufsvereine der Arbeitgeber und Arbeiter wählbar sind. Als Grund dafür wird angegeben, daß es viel leichter und fruchtbringender sei, mit geschulten Gewerkschaftsbeamten zu verhandeln, als mit Arbeitern, die noch in der Arbeit stehen und denen die nötige Geschicklichkeit und Unabhängigkeit fehlt.« (»Fränkische Tagespost«, 26. Februar 1909.) Aus dieser Notiz resultiert zweierlei: 1. Daß der Gewerkschaftsbeamte nach Ansicht der intelligenteren unter den Unternehmern unabhängig ist von der Gewerkschaft, mit anderen Worten sie führt, sowie 2. daß die Unabhängigkeit bereits einen so hohen Grad erreicht hat, daß die Führer kein Bedenken tragen, diese Ansicht den Geführten nicht nur offen als Tatsache zuzugestehen, sondern sich auch noch mit ihr zu brüsten.

Praktisch ist hieraus zunächst zu lernen, daß jede Verhandlung von Führer zu Führer, welche sich in Abwesenheit der noch berufstätigen Mitglieder einer Organisation oder gar in voller Abgeschlossenheit von der Öffentlichkeit vollzieht, von einem gewissen Zeitpunkt ab eine ernste Gefahr werden kann.

Das Ziel, welches Michels sich in seinem Buche gesteckt hat, ist der Nachweis vom Vorhandensein eines »ehernen Gesetzes der Oligarchie«. In einer zeichnerischen Darstellung am Ende der Beweisführung (S. 382) versucht er, einen Überblick über die Ursachen zu geben, aus welchen sich naturnotwendig eine Oligarchie, eine Führerherrschaft entwickelt.

Die Steigerung der Herrschaftsgelüste, welche durch das Bewußtsein vom eigenen Wert und durch die Bildung der Bureaukratie bei den Führern erzeugt wird, bildet die eine, die Ständigkeit der Führer die zweite unmittelbare Entstehungsursache der Gruppenherrschaft. Diese Ständigkeit wird einerseits zurückgeführt auf Ursachen, welche in der Psychologie der Massen selbst ruhen, auf die hieraus resultierenden Wirkungen der Tradition, das Führungs- und Verehrungsbedürfnis der Massen, auf ihr Dankbarkeitsgefühl gegen erprobte Führer, die so allmählich trotz formeller Wahl ihr Amt auf Lebenszeit ausüben und dieses Amtes auch ziemlich sicher sein dürfen. Andererseits entspringt die Stetigkeit, welche den Führern gegenüber den ewig sich erneuernden Massen einen so ungeheuren Vorsprung gibt, aus der Berufsmäßigkeit des Führertums. Diese ausschließliche tagtägliche Beschäftigung mit den Organisationsfragen verschafft den Führern jene »Routine«, verschafft ihnen auch, da sie an der Quelle sitzen, jenes »Kultur- und Bildungsübergewicht«, durch welches sie den Massen so unersetzlich erscheinen, daß ihre Wiederwahl sich wie eine naturgegebene Selbstverständlichkeit vollzieht.

Das Führertum selbst wird, abgesehen von der erforderlichen »Rednergabe, Intelligenz usw.«, durch die Notwendigkeit der Organisation an sich bedingt. Diese verlangt, um überhaupt ordnungsgemäß funktionieren zu können, mit steigendem Wachstum einen verzweigten Apparat mit eingehender »Spezialisierung und Arbeitsteilung«, verlangt damit auch eine längere Schulung der Führenden, bis sie dieses ganze Getriebe überschauen können und sich die nötigen Kenntnisse aneignen, und verlangt damit eben jene Stetigkeit im Amte, welche mit zur Bildung der Oligarchie, das heißt zur Untergrabung der Demokratie durch ihre eigenen, ihr unentbehrlichen Hilfsmittel führt.

Ein besonderes Kapitel ist der übrigens schon in dem Kautskyschen Buche über »Parlamentarismus und Demokratie« eingehend behandelten »mechanischen und technischen Unmöglichkeit direkter Massenherrschaft« gewidmet (S. 23 ff.). Hier liegt in der Tat eine der Hauptquellen der Oligarchie, aber hier ist auch für den Optimisten einer der Hebel, an welchem er ansetzen kann, um sich aus der scheinbaren Hoffnungslosigkeit der Michelschen Kritik wieder emporzuarbeiten.

Gewiß bedarf es nicht vieler Einsicht, um eine direkte Ausarbeitung von Gesetzen durch eine vieltausendköpfige Mitgliedschaft oder ein millionenköpfiges Volk, wie es der »rheinische Demokrat Moritz Rittinghausen« einst vorgeschlagen hat,[2] für unausführbar zu erklären, ebenso wie man eine Regelung aller Fragen durch Urabstimmung nicht für möglich erklären kann. Aber hier scheint doch auch Michels etwas in den Fehler zu verfallen, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Es kommt eben darauf an, solche unendlich wichtigen Sicherheitsmittel und Grundrechte, wie die Urabstimmung eines ist, auf das technisch mögliche Maß zu begrenzen und diese Grenze von Zeit zu Zeit und je nach ihrem Anwendungsgebiet auf ihre Erweiterungsfähigkeit zu prüfen. Und vor allem kommt es darauf an, daß eine Organisation sich solche Einrichtung, auch wenn sie nicht der Mitgliedervermehrung oder ähnlichen direkt »positiven« Erfolgen dient, etwas kosten läßt, vor allem, daß die Führer, die Verwalter des technischen Apparats, angehalten werden, sich die Überwindung solcher technischer Schwierigkeiten genau so viel Mühe und Nachdenken kosten zu lassen wie zum Beispiel die Einziehung von Beitragsrückständen. Tritt in dem Werbeerfolg der Organisation eine Stockung ein, so zerbrechen sich die Führer folgerichtig den Kopf darüber, welche Fehler in dem bisherigen Werbesystem vorhanden und wie sie zu beseitigen oder doch zu vermindern sind. Erweist sich aber eine Urabstimmungseinrichtung als fehlerhaft, als wenig benutzt von den Mitgliedern usw., so ist dies dann der Anlaß, darüber nachzudenken, wie man das lästige Kontrollrecht der Masse, um dessen Einführung vielleicht jahrelang gekämpft wurde, auf schnellstem Wege beseitigen kann.

Genau so ist es mit der Bildung von Vertretersystemen, Ausschüssen, Vorständen. Die unabänderlichen Fehler, die hierdurch in die Demokratie hineinkommen, das Schwinden des Mitgliedereinflusses sind dem denkenden Demokraten nur zu gut bekannt, aber das Maß, bis zu welchem der Einfluß sich vermindern muß, ist keineswegs feststehend. Es hängt von zwei Kräften ab, einer selbsttätig wirkenden, natürlichen, allerdings von den Führern meist künstlich gesteigerten, und einer zweiten, von unten her auszuübenden, aber bisher vielfach vernachlässigten Kraft. Hier muß der Hebel einsetzen. Genau so wie es unter den ehrenamtlichen, noch in der Masse selbst stehenden Mitgliedern Spezialisten für Werbetätigkeit, für Bildungstätigkeit, für Wahlschlepperei usw. gibt, so muß es auch Mitglieder geben, die sich die Wahrung und Ausdehnung von Mitgliederrechten zum Spezialgebiet machen, die die Hindernisse der Demokratie studieren. Dabei müssen sie nicht bloß das Augenmerk auf Statutenverbesserung, Sicherung der Meinungsfreiheit in der Presse usw. richten, sondern sie müssen sich auch der mühevollen Arbeit unter-

---

[2] Ausführliches hierüber in Kautskys »Parlamentarismus und Demokratie«.

ziehen, in den Organisationsapparat, in die Verbandshäuser und Geschäftsstellen selbst hineinzudringen, sie zu studieren, am besten durch praktische ehrenamtliche Mitarbeit. Bisher haben die Demokraten innerhalb der Organisation meist nur um die Erreichung von Paragraphen gestritten, während in Wirklichkeit die besten Statuten, die natürlich Voraussetzung für eine dauernde Demokratie sind, durch den bureaukratischen Apparat praktisch geradezu außer Wirksamkeit gesetzt werden können. Nicht der Verwaltungsmechanismus an sich ist der eigentliche Schaden, nur die autokratisch zugeschnittene, nach rein geschäftlich-technischen Gesichtspunkten orientierte Verwaltung bildet das Übel, sie erst ist Bureaukratie im üblen Sinne. Im Grunde genommen bedeutet ja Bureaukratie nur Ordnung, und Ordnung ist das wichtigste Erfordernis für die Demokratie, ohne das sie nicht leben kann. Darum muß der Demokrat zwar auch nach möglichster, sogar peinlichster Vereinfachung des Verwaltungsapparats streben, aber dieses Streben darf nicht — und darin liegt der Unterschied zum rein autokratischen Zentralismus — auf Kosten des Mitgliedereinflusses gehen; den Mitgliedern muß die Verbindung untereinander — ohne Führervormundschaft — ermöglicht, es muß ihnen Einblick in den Verwaltungsapparat, in die Kassengeschäfte usw. gegeben werden. Dies kann bis zu einem gewissen Grade kompliziertere Verwaltungseinrichtungen gerade aus demokratischen Rücksichten erforderlich machen.

Die Art dieser Einrichtungen ist keineswegs belanglos. Selbst bei verwaltungstechnischen Einzelheiten (zum Beispiel Formularentwürfen, Kassenübersichten, Protokollbüchereinrichtungen und anderes mehr) zeigen sich reichlich Gelegenheiten, einerseits demokratisch oder andererseits autokratisch zu wirken, je nachdem man sich dabei mehr in die Lage des Laien, des Mitglieds, des ehrenamtlichen Funktionärs oder bloß in die Lage des eingeübten Bureaukraten setzt. Eine große Anzahl von Abkürzungen in Büchern und Kartotheken, die nur einem oder wenigen Beamten geläufig und nur in ihrem Kopf notiert sind, können ebenso einen Baustein zur Autokratie bilden wie irgendein Beamtenstimmrecht auf einem Delegiertentag.

Schwierig sind diese Verhältnisse, auch zum Teil unlösbar, aber zum großen Teil auch nicht. Und was verschlägt's denn, wenn man ein Ziel nicht ganz erreichen kann, es trotzdem sich zur Richtschnur dienen zu lassen, um wenigstens ihm so nahe wie möglich zu kommen. Das demokratische Endideal, wenn man so will die demokratische Utopie bildet auf alle Fälle den einzig brauchbaren Kompaß für den praktischen Demokraten. Und dieser Kompaß besagt: Verstärkung des Mitgliedereinflusses in jeder Beziehung.

Auch die Bemerkungen Michels über das Einnisten der indirekten Wahl im Organisationsleben (S. 33) sollten uns als Warnung dienen; es gilt auch hier immer und immer wieder abzuwägen zwischen drei Faktoren: Führerinteresse, technische Unzulänglichkeit und Masseninteresse.

Es kann nicht in dem Sinne dieses Artikels liegen, eine auch nur annähernde Inhaltsangabe des Michelschen Buches zu bieten, es genügt, auch dem demokratischen Leser klarzumachen, daß er in diesem Buche Probleme behandelt findet, die ihm in der praktischen Organisationsarbeit schon oft auf der Seele gebrannt haben. Das Buch gibt uns Fingerzeige, den Zusammenhang der Dinge zu verstehen und damit auf ihre Besserung zu sinnen, nicht aber sinnlos auf die Führer zu schimpfen.

Eckstein verwies[3] uns zur Lösung der Frage in der Partei auf die Bildungsbestrebungen. Aber wird und kann gerade in dieser Bildungsarbeit der Teil der Aufklärung, der uns hier beschäftigt, einen gebührenden Platz finden: die Wappnung der Laien gegenüber ihren eigenen Führern? Zum mindesten wird es eindringlicher und immerwährender Betonung dieser Notwendigkeit bedürfen, um ihr Anerkennung zu verschaffen.

Jedenfalls wird mit dem Problem der Organisationsdemokratie — darüber wollen wir uns nicht täuschen — die große Frage angeschnitten: Haben wir nur zwischen Kapitalisten- und Führerherrschaft zu wählen oder haben wir gar als Resultat der Organisationsarbeit eine Herrschaft beider über uns zu gewärtigen. Nur wenn wir dieses Problem bitter ernst nehmen, können wir auf eine optimistische Lösung hoffen.

Arbeiter — Führer — Kapitalist, alles ist Fleisch vom gleichen Stamme, keiner an sich besser oder schlechter, demokratischer oder herrschsüchtiger als der andere; nur ihre Stellung im Partei-, Gewerkschafts- und Wirtschaftsorganismus macht sie zu dem, was sie sind. Lehren uns also unsere Führer mit Recht Mißtrauen gegen den Kapitalisten, nicht weil er mit schlechter Veranlagung geboren ist oder weil er von einem Kapitalisten abstammt, sondern wegen seiner kapitalistischen Funktion, die er ausübt, so sollten wir uns mit gleicher Logik nicht in gedankenlosem Vertrauen zu unseren Führern wiegen, bloß weil sie Idealisten sind oder bloß weil sie Arbeiter, weil sie unsere Kollegen waren oder weil sie sich uns geopfert haben. Dankbarkeit darf sich nie in Verleihung von Vorrechten und in Kritiklosigkeit ausdrücken, auch dem Märtyrer gegenüber nicht.

Mißtrauen, natürlich sachlich demokratisches Mißtrauen, bleibt die oberste Tugend der Demokratie und kann neben dem Vertrauen in die vertretene Sache sehr gut gedeihen, ohne das Zusammenwirken von Mitgliedschaft und ernstlich wollendem Führer zu gefährden.

Friedrich Engels und das heutige Irland.

Eine Vorhersage.

Von Ed. Bernstein.

Beim Durchblättern des Jahrgangs 1882 des Züricher »Sozialdemokrat« bin ich auf einen Brief von Friedrich Engels über die damals brennend gewordene irische Frage gestoßen, der mir in hohem Grade des Wiederabdrucks wert erscheint.

Der Brief war von Engels nicht zum Zwecke der Veröffentlichung geschrieben worden. Er sollte nur zu meiner persönlichen Information dienen. So wäre er denn auch ungedruckt geblieben, wenn nicht, kurz nachdem ich ihn erhalten, Wilhelm Liebknecht zum Besuch nach Zürich gekommen wäre. Als ich diesem den Brief zeigte, meinte er sofort: »Den müssen wir abdrucken« und schlug meinen Einwand, daß dazu doch erst die Einwilligung Engels' eingeholt werden müsse, mit der Erklärung zurück, er werde als alter Freund von Engels diesem gegenüber die Sache verantworten. Er versah den Brief mit einer kurzen Einleitung und längerem Nachwort, worauf das Ganze im »Sozialdemokrat« vom 13. und 20. Juli 1882 ver-

[3] Bureaukratie und Politik, Neue Zeit, XXXIV, 1, S. 481 ff.

öffentlicht wurde. Zum nicht geringen Verdruß von Engels, muß ich hinzufügen, an den ich sofort geschrieben und ihn um Indemnität ersucht hatte. Und es lag auch für ihn nicht nur ein formaler Anlaß zur Beschwerde vor. Indes das gehört der Vergangenheit an, heute aber kann man sich freuen, daß der Brief damals gedruckt wurde. So summarisch er gehalten ist, so meisterhaft zeichnet er in seinen kurzen Sätzen das irische Problem, das Engels, wie wir aus seinen Briefen wissen, durch eingehende geschichtliche Forschungen und wiederholte Reisen in Irland gründlich studiert hatte. Mit Ausmerzung einiger damals unterlaufener Druckfehler und Fortlassung einer Bemerkung am Schlusse, die nicht mehr das Sachliche der Frage betrifft, lasse ich ihn hier wortgetreu folgen.

Er lautet:

»In Irland gibt es zwei Strömungen in der Bewegung. Die erste, ursprünglichste, ist die agrarische, die sich vom organisierten und von den Bauern unterstützten Brigantentum der von den Engländern depossedierten Clanchefs und größeren katholischen Grundeigentümer (im siebzehnten Jahrhundert — diese Briganten hießen Tories, und von ihnen leiten die heutigen Tories in direkter Linie ihre Namen) allmählich in den nach Lokalitäten und Provinzen organisierten naturwüchsigen Widerstand der Bauern gegen die eingedrungenen englischen Gutsherren weiterentwickelt hat. Die Namen — Ribbonmen (Bandmänner), Whiteboys (Weiße Buben), Captain Rock, Captain Moonlight (Mondschein) usw. — haben gewechselt, die Form des Widerstandes — Erschießen nicht nur verhaßter Landlords und Agenten (Einnehmer der Landlords), sondern auch solcher Bauern, die eine Farm nehmen, von der ein anderer gewaltsam vertrieben — Boycotting, Drohbriefe, nächtliche Überfälle mit Bedrohung usw. —, alles das ist so alt wie der jetzige englische Grundbesitz in Irland, also spätestens seit Ende des siebzehnten Jahrhunderts. Diese Form des Widerstandes ist ununterdrückbar, die Gewalt kann ihr nichts anhaben, und nur mit ihren Ursachen verschwindet sie. Aber sie ist ihrer Natur nach lokal, vereinzelt, kann nie eine allgemeine Form des politischen Kampfes werden.

Bald nach der Union (1800, Vereinigung Irlands mit Großbritannien unter Aufhebung des irischen Parlaments) begann die liberal-nationale Opposition der Städtebürger, die, wie in jedem Bauernland mit verschwindenden Städtchen (zum Beispiel Dänemark), in den Advokaten ihre geborenen Führer findet. Diese haben die Bauern auch nötig; sie mußten also Schlagwörter finden, die bei den Bauern ziehen. So fand O'Connell ein solches erst in der katholischen Emanzipation, dann in der Abschaffung der Union. Diese Richtung hat neuerdings, durch die Infamien der Grundbesitzer genötigt, einen anderen Weg eingeschlagen, während die Landliga auf sozialem Gebiet revolutionärere (und hier erreichbare) Ziele verfolgt: totale Beseitigung der eingedrungenen Landlords, tritt sie politisch eher zahm auf und verlangt nur Homerule, das heißt ein irisches Lokalparlament neben und unter dem gemeinsamen Reichsparlament. Auch dies ist auf konstitutionellem Wege wieder zu erreichen. Die geängstigten Grundherren schreien bereits (die Tories selbst schlagen es vor) nach schnellmöglichster Ablösung des Bauernlandes, um zu retten, was noch zu retten ist. Andererseits erklärt Gladstone größere Selbstregierung Irlands für durchaus zulässig.

Zwischen diese beiden Strömungen schob sich nach dem amerikanischen Bürgerkrieg der **Fenianismus**. Die Hunderttausende irischer Soldaten und Offiziere, die den Krieg mitgemacht, taten es mit dem Hintergedanken, eine Armee zur Befreiung Irlands vorzubereiten. Die Streitigkeiten Amerikas mit England nach dem Kriege wurden der Haupthebel der Fenier. Kam es zum Kriege, so war Irland in wenigen Monaten Glied der Vereinigten Staaten oder doch Republik unter ihrem Schutze. Die Summe, die England im Alabamahandel mit dem Genfer Schiedsurteil so bereitwillig auf sich nahm und abzahlte, war der **Preis**, womit die **amerikanische Intervention in Irland** abgekauft wurde.

Von diesem Augenblick an war die Hauptgefahr beseitigt. Die Polizei genügte, um mit den Feniern fertig zu werden. Der in jeder Konspiration unvermeidliche Verrat half mit dazu, und doch waren es nur **Führer**, die verrieten und dann direkte Spione und falsche Zeugen wurden. Die nach Amerika entkommenen Führer trieben dort Emigrationsrevolution und verlumpten großenteils, wie O'Donovan Rossa. Wer die europäische Emigration 1849 bis 1852 hier gesehen hat, dem kommt das alles bekannt vor — nur natürlich auf amerikanisch übertriebener Stufenleiter.

Jetzt sind zweifellos wieder viele Fenier herübergekommen und haben die alte bewaffnete Organisation erneuert. Sie bilden ein wichtiges Moment in der Bewegung und zwingen die Liberalen zu entschiedenerem Auftreten. Aber sonst richten sie nichts aus, außer dem John Bull Angst zu machen. Dieser wird zwar an der Peripherie seines Reiches zusehends schwächer, ist aber so nah zu Hause immer noch imstande, jede irische Revolte leicht zu unterdrücken. In Irland stehen erstens 14 000 Mann »Constabulary«, Gendarmerie, bewaffnet mit Büchse und Bajonett, militärisch geübt. Dann an 30 000 Linientruppen, die leicht noch um dieselbe Zahl Linie und englische Miliz verstärkt werden können. Dazu die Flotte. Und in der Unterdrückung von Aufständen ist John Bull von einer Brutalität sondergleichen. **Ohne Krieg oder Kriegsgefahr von außen** hat ein irischer Aufstand **nicht die geringsten Aussichten**; und **nur zwei Mächte** können hier gefährlich werden: **Frankreich** und noch weit mehr die **Vereinigten Staaten**. Frankreich ist außer Frage. In Amerika kokettieren die Parteien mit der irischen Stimmkraft, versprechen manches, aber halten nichts. Sie denken nicht daran, sich wegen Irland in einen Krieg zu verwickeln. Sie haben sogar ein Interesse daran, daß in Irland Zustände herrschen, die eine starke irische Einwanderung nach Amerika bedingen. Und es ist begreiflich, daß ein Land, das in zwanzig Jahren das volkreichste, reichste und mächtigste der Welt sein wird, keine große Lust hat, sich in Abenteuer zu stürzen, die seine riesige innere Entwicklung stören können und müssen. Nach zwanzig Jahren spricht es ganz anders mit.

Käme aber Kriegsgefahr mit Amerika, so bewilligt England den Irländern alles, was sie verlangen, mit offenen Händen — nur nicht vollständige Unabhängigkeit, **die bei der geographischen Lage gar nicht zu wünschen ist**.

Hiernach bleibt den Irländern nur der konstitutionelle Weg allmählicher Eroberung einer Position nach der anderen; wobei indes der geheimnisvolle Hintergrund fenischer bewaffneter Verschwörung ein sehr wirksames Element bleiben kann. Aber diese Fenier selbst werden immer mehr in eine

Art Bakunismus hineingetrieben: die Ermordung von Burke und Cavendish konnte nur den Zweck haben, den Kompromiß der Landliga mit Gladstone unmöglich zu machen. Dieser Kompromiß war aber das Beste, was für Irland unter den Verhältnissen geschehen konnte. Die Landlords treiben die Pächter zu Zehntausenden von Haus und Hof wegen rückständiger Pacht, und zwar unter militärischem Schutze. Dieser systematischen Entvölkerung Irlands (die Vertriebenen verhungern entweder oder müssen nach Amerika) zu steuern, ist erstes Bedürfnis des Augenblicks. Gladstone ist bereit, die Bill einzubringen, wonach die Rückstände gezahlt werden, wie 1848 die Ablösung der Feudallasten in Österreich erfolgte: ein Dritteil zahlt der Bauer, ein Dritteil der Staat, ein Dritteil verliert der Landlord. Das ist der Vorschlag der Landliga selbst. So erscheint die ‚Heldentat vom Phönixpark' wo nicht als bloße Dummheit, doch als pure bakunistische, renommistische, zwecklose ‚propagande par le fait' (Propaganda durch die Tat). Wenn sie nicht die ähnlichen Folgen hatte wie die ähnlichen Dummheiten von Hödel und Nobiling, so kommt das daher, daß Irland doch nicht ganz in Preußen liegt. Man muß es also den Bakunisten und Phrasenrevolutionären überlassen, solche Kindereien mit der Hinrichtung Alexanders II. auf gleiche Linie zu stellen und mit einer ‚irischen Revolution' zu drohen, die nicht kommt — — —«

* * *

So Engels im Jahre 1882. Seine Kritik richtet sich zum Teil gegen Artikel aus meiner Feder im »Sozialdemokrat« vom 11. und 18. Mai 1882 über das Attentat vom 6. Mai 1882 im Phönixpark von Dublin, wo der damalige liberale Staatssekretär Lord Cavendish und dessen Unterstaatssekretär Burke von zunächst unbekannt gebliebenen Personen ermordet wurden. Ich habe an die Besprechung dieses Attentats Betrachtungen hinsichtlich der Aussichten einer revolutionären Bewegung in Irland geknüpft, die Engels nun widerlegt. Es ist sehr interessant, seine Bemerkungen über die Unwahrscheinlichkeit der Befreiung Irlands durch eine revolutionäre Erhebung und die Möglichkeiten einer konstitutionellen Bewegung mit dem Manifest zu vergleichen, das die irischen Homeruler jetzt aus Anlaß der Erhebung vom Ostermontag dieses Jahres veröffentlicht haben. Dieser unter anderem im »Vorwärts« vom 30. Mai dieses Jahres wiedergegebene Aufruf liefert eine Art Beweisschrift für die Richtigkeit der Engelsschen Voraussage. Nur daß die Homeruler hier stillschweigend über den auch von mir im Nachsatz zu der deutschen Übertragung ihres Manifests hervorgehobenen Umstand hinweggehen, daß ihrer konstitutionellen Bewegung die im Hintergrund wirkenden revolutionären Bewegungen wiederholt fördernd zugute gekommen sind.

Bemerkenswert ist ferner, daß Engels die völlige Trennung Irlands von England für weder erreichbar noch wünschenswert erklärt. Ich habe in dem Artikel »Demokratie« (Heft 10 der Neuen Zeit) den Brief von Marx an Engels vom 10. Dezember 1869 zitiert, wo Marx schreibt, er sei von der Ansicht zurückgekommen, daß es möglich sei, das Regime Englands in Irland durch den Einfluß der englischen Arbeiterklasse zu stürzen, die letztere werde vielmehr nie etwas ausrichten, bevor sie nicht Irland losgeworden sei (a. a. O., S. 297). Die geschichtliche Entwicklung hat durch das parallele Wirken beider Kräfte, der irischen wie der erwachten Arbeiterbewegung,

für eine Lösung gearbeitet, die zwischen den Extremen liegt, und der Druck einer auswärtigen Gefahr, die 1882 noch außer Berechnung stand, mag die Wirkung haben, die letzten Hindernisse verschwinden zu machen, die dieser Lösung noch im Wege standen. Wer Irländern vorgaukelte, daß er mehr vermöchte, hat mit ihnen frevelhaftes Spiel getrieben, dessen Folgen nur deshalb nicht mit der vollen Schwere auf die irregeleiteten Aufständischen niedergefallen sind, weil die Demokratisierung Englands inzwischen doch Fortschritte gemacht hat und selbst die Partei der starken Faust darauf Rücksicht zu nehmen hat, daß, worauf Engels gleichfalls hinweist, die Stimme Amerikas heute sehr viel mehr bedeutet als 1882 und trotz — oder auch dank — der Bassermann, Reventlow, Westarp und Genossen mit jedem weiteren Monat dieses Krieges größeres Gewicht in der Welt erhält.

Die deutsche Presse und der Nachrichtendienst nach dem Kriege.

Von Eugen Prager.

In den vielen Schriften und Artikeln, in denen den Ursachen des Weltkriegs nachgeforscht wird, kehrt unzählige Male die Behauptung wieder, daß der der Entente zur Verfügung stehende Nachrichtendienst der Bureaus Reuter und Havas an der Einkreisung Deutschlands mit Schuld trage und daß es ihnen zu danken, wenn die deutsche Politik im Ausland so wenig beliebt sei. Seit dem Ausbruch des Krieges hat man sich nun bemüht, im neutralen Ausland durch geeignet erscheinende Maßnahmen den Reuter- und Havasnachrichten entgegenzuwirken, wobei freilich zu viel des Guten getan und das Gegenteil des Gewollten erzielt worden ist.

In einigen Schriften wird diese Frage eingehender erörtert; ihre Verfasser untersuchen den geistigen Stand der deutschen Presse, machen Vorschläge zu deren Hebung und fordern vor allem, daß nach dem Kriege der Nachrichtendienst der deutschen Presse im Ausland ausgebaut werde. Zwei dieser Schriften sind besonders beachtenswert. Die eine von dem bekannten Leipziger Nationalökonomen Professor Bücher[1] enthält drei Aufsätze, die vornehmlich dem Zeitungswesen gewidmet sind. Bücher war vor fast vier Jahrzehnten selbst Redakteur, von daher hat er sich noch eine Liebe zu dem ehemaligen Beruf bewahrt. In dem zweiten Aufsatz gibt er eine kurze Darstellung des Korrespondenz- und Nachrichtenwesens und schildert die Veränderungen, die der Krieg in der Presse hervorgerufen hat. Beachtenswert ist seine Kritik der deutschen Presse. Bücher gefällt nicht deren jetzige äußere Aufmachung, er tadelt die sensationellen Überschriften in Fettbuchstaben, die oft über Artikeln von zehn und weniger Zeilen stehen und die in längeren Artikeln oft den fortlaufenden Text dadurch unterbrechen, daß sie zwischen dessen Zeilen gesetzt werden. Die Presse wolle dadurch zwar dem Bedürfnis nach Zeitersparnis entgegenkommen, aber es sei nicht zu leugnen, daß damit die Aufregung des neuigkeitsdurstigen Publikums außerordentlich gesteigert werde und daß die Aufmerksamkeit und Nachdrücklichkeit der Zeitungsleser dabei nichts ge-

[1] Karl Bücher, Unsere Sache und die Tagespresse, Tübingen 1915.

winnen. Dieser Tadel gilt auch für die sozialdemokratische Presse. Auch heute noch, wo doch das Verlangen nach Neuigkeiten um jeden Preis gar nicht mehr besteht, wird in einigen Parteiblättern diese üble Methode in zu großem Umfang geübt. Womit nicht verlangt werden soll, daß die Textanordnung so geschehe, daß der Eindruck des Bedeutungsvollen verloren gehe. Aber es war von jeher das Streben der sozialdemokratischen Presse, nicht nur unterhaltend zu wirken und die Leser mit Neuigkeiten zu versorgen; vielmehr soll die Zeitung auch deren Erzieherin sein. Und das muß man an ihrem äußeren Zuschnitt erkennen können.

Auch das Verhalten der deutschen Tagespresse zu den Kriegsereignissen wird von Bücher nicht durchweg gebilligt. Er findet zwar, daß sie sich, verglichen mit England, Frankreich, Belgien und Rußland, im ganzen würdig halte, aber es gebe Blätter, die an Verhetzung und Herabsetzung unserer Gegner so Unglaubliches geleistet hätten, daß die Krieger an der Front sich ernstlich gegen diesen Ton verwahrt hätten. Dagegen sagt er von der sozialdemokratischen Presse:

> Vielleicht gehört es zu den erfreulichsten Erscheinungen dieser großen Zeit, daß gerade die Presse derjenigen Partei, die seither so oft durch ihren Ton unser Mißfallen erregt hat, in ihrer Mehrzahl durch die kritische Ruhe und Objektivität, mit denen sie die Kriegsereignisse behandelt, sich auszeichnet. Das soll ihr, wenn uns der Friede wieder geschenkt wird, ebensowenig vergessen werden wie die Reichstagssitzung vom 4. August.

Als Sozialdemokrat muß man diese Anerkennung leider dahin einschränken, daß sich auch eine gar nicht kleine Zahl sozialdemokratischer Blätter zu nationalistischen Ausschreitungen hat hinreißen lassen. Inzwischen haben sie sich allerdings wieder ernüchtert, und darum kann in diesem Zusammenhang darüber hinweggegangen werden.

Die wichtigsten Teile in der Bücherschen Schrift sind die beiden letzten Abschnitte, worin er eine besondere Berufsvorbereitung des Nachwuchses für die Presse befürwortet. Für die sozialdemokratische Presse haben seine Vorschläge kein unmittelbares Interesse insofern, als wir unseren journalistischen Nachwuchs fast ausschließlich aus proletarischen Kreisen holen, für die der akademische Lehrgang, den Bücher im Auge hat, vorläufig undurchführbar ist. Gewiß ist es wünschenswert, wenn die sozialdemokratischen Redakteure neben ihrer praktischen Erfahrung in der Arbeiterbewegung auch einen gehörigen Fundus an abstrakter Wissenschaft mitbrächten. Aber der umgekehrte Weg, den Bücher im Auge hat: akademische Bildung der für den journalistischen Beruf in Frage kommenden Personen und dahinter erst die praktische Tätigkeit in der Presse, ist für unseren Nachwuchs aus leicht begreiflichen Gründen nicht gangbar. Es sei aber bemerkt, daß Bücher seinen Plan bereits verwirklichen konnte. Der Besitzer der »Leipziger Neuesten Nachrichten« hat eine Stiftung für journalistische Lehreinrichtungen an der Universität Leipzig gemacht; als letzten Abschnitt enthält die Schrift einen Studienplan zur berufsmäßigen Ausbildung in der Zeitungskunde an dieser Universität. Es wird später auch für uns notwendig sein, der gründlicheren Ausbildung unserer Parteiredakteure unser Augenmerk zuzuwenden. Ohne ihre durchschnittlichen Leistungen irgendwie herabsetzen zu wollen, muß doch gesagt werden, daß noch vieles gebessert werden könnte. Gegen Büchers Pläne hat sich in Nr. 132 der

»Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse« vom 6. März 1915 ausführlich Genosse Adolf Braun gewandt; übrigens sind auch aus den Fachkreisen der bürgerlichen Presse Einwendungen erhoben worden. Stoffers, der Vorsitzende des Verbandes der rheinisch-westfälischen Presse, wandte sich in einer besonderen Broschüre gegen ihn; auch ein Redakteur der »Kölnischen Zeitung«, Prosper Müllendorff, sprach sich gegen die akademische Berufsbildung der Journalisten aus.

Viel weiter ausgreifende Pläne entwirft Alois Meister, Geschichtsprofessor an der Universität Münster.[2] Sie haben nicht nur ein berufliches, sondern ein sehr erhebliches politisches Interesse, und da sie alle Aussicht auf Verwirklichung besitzen, ja zum Teil während des Krieges schon verwirklicht worden sind, so ist es notwendig, daß wir uns eingehender mit ihnen befassen.

Auch Meister hat ein Lob für die sozialdemokratische Presse, das mancher unter uns allerdings nicht gerade schmeichelhaft finden dürfte:

Wir haben während des Krieges... in demokratischen und sozialdemokratischen Zeitungen Darlegungen gefunden, die sich in der Gesinnung von denen des Grafen Reventlow in der »Deutschen Tageszeitung« kaum unterscheiden.

Dieses Urteil fand ja seine Bestätigung durch den Genossen Konrad Hänisch, der in seinem Buche »Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Kriege« bekennt, daß er, wenn im Preußischen Abgeordnetenhaus Kriegsfragen behandelt wurden, »innerlich sich den Weinhausen und Pachnicke, den Campe und Friedberg, ja sogar weiter rechtsstehenden Gegnern im Grunde weit mehr verbunden fühlte als den Liebknecht und Ströbel, den Adolf Hoffmann und Hofer«.

Meister schließt seine Schrift mit diesem Satz:

Diese geschlossene Front nach außen zu bewahren und über den Friedensschluß hinaus den Einheitsgedanken zu pflegen und weiterzuentwickeln, das sei die schönste Aufgabe für eine vaterländisch gesinnte deutsche Presse.

Wie diese Aufgabe gelöst werden soll, das legt Meister ausführlich dar. Ihm ist die Presse nicht ein Ausdruck der die Öffentlichkeit bewegenden Strömungen, sondern sie ist umgekehrt deren Leiterin: »Der naive Zeitungsleser wird eingefangen in das Netz von Anschauungen und Urteilen, das von der Schriftleitung seiner täglichen Lektüre unmerklich über ihn gebreitet wird« (S. 10). Die Pressefreiheit habe die Möglichkeit geschaffen, die innerstaatlichen Dinge in der Öffentlichkeit zu besprechen; in auswärtigen Angelegenheiten dagegen tappte die Meinung der Presse noch im dunkeln, »weil die Fühlung zwischen der Regierung und den Lenkmitteln in der Volksmeinung fehlte«. Um eine Besserung darin herbeizuführen, hält der Verfasser die Fortsetzung der Besprechungen, die jetzt regelmäßig zwischen den Vertretern der größeren Zeitungen sowie den Vertretern der Presseorganisationen und den Beauftragten des Kriegsministeriums und anderer Behörden stattfinden, auch für den Frieden für vortrefflich geeignet!

Nach zwei Richtungen erscheint dem Verfasser der Ausbau des Auslandsdienstes der deutschen Presse als verbesserungsbedürftig. Sie soll auf

[2] Al. Meister, Die deutsche Presse im Kriege und später, Münster 1916.

der einen Seite die Mitteilungen über die Vorgänge im Ausland nicht wie bisher fast ausschließlich durch Reuter und Havas beziehen. Wobei eingeschaltet werden mag, daß bis zum Ausbruch des Krieges die großen Depeschenagenturen eine Interessengemeinschaft mit abgegrenzten Tätigkeitsgebieten bildeten; Reuter hatte darin den Löwenanteil, ihm folgte die französische Agence Havas, und erst in weitem Abstand kam das deutsche Wolffbureau. Auf der anderen Seite soll das Ausland nicht mehr wie bisher ausschließlich durch Reuter und Havas über die Ereignisse in Deutschland unterrichtet werden, sondern ein eigener deutscher Nachrichtendienst soll eingerichtet und in großzügiger Weise ausgebaut werden.

Schon vor dem Kriege waren derartige Wünsche geäußert, einige Anläufe zu einer Umgestaltung des Nachrichtendienstes der deutschen Presse unternommen worden. In der im Jahre 1906 erschienenen Schrift »Die Presse und die Weltpolitik«, die unter dem Pseudonym eines »Auslandsdeutschen« erschien, wurde die Einrichtung eines großen, unabhängigen (von Reuter und Havas unabhängig) Pressebureaus gefordert, weil der »unbestreitbare Mißerfolg« der deutschen auswärtigen Politik Frankreich und England gegenüber »in der ungenügenden Fühlung mit der die Volksmasse bearbeitenden dortigen Presse« zu erblicken sei. Zu derselben Zeit verlangten die »Kreuzzeitung« und andere bürgerliche Blätter eine Umgestaltung der Organisation des Nachrichten- und Pressedienstes Deutschlands. Sechs Jahre lang war dann davon keine Rede mehr. Erst im Jahre 1912 wieder forderte der »Zeitungsverlag«, das Organ der Zeitungsverleger, in einem O. St. gezeichneten Artikel die deutsche Presse auf, Einrichtungen zu treffen, wodurch sie auf schnellstem Wege alles erfahre, »was in nationalem Interesse wissenswert ist«. Im Juni 1914 faßte der Reichsverband der deutschen Presse, eine Organisation bürgerlicher Redakteure und Journalisten, auf seiner Tagung in Leipzig folgenden Beschluß:

Der Reichsverband der deutschen Presse erachtet den Ausbau des ausländischen Nachrichtendienstes durch eine selbständige, reine deutsche Organisation für eine dringende Notwendigkeit. Bei der Verwirklichung dieser Forderung ist die Zuziehung des Reichsverbandes der deutschen Presse, des Vereins deutscher Zeitungsverleger sowie der Leiter des Wolffschen Telegraphenbureaus unbedingtes Erfordernis, wenn die in Frage kommenden Interessen wirksam und sachgemäß wahrgenommen werden sollen.

Der zweite Satz dieser Resolution hat eine Spitze gegen die inzwischen vorgenommene Gründung der deutschen Kabeltelegrammgesellschaft; sie sollte sich aber auch gegen einige großindustrielle Kreise richten, die kurz vorher ein Syndikat für den Auslandsnachrichtendienst ohne die Mitwirkung der Presse gegründet hatten, das während des Krieges die Bezeichnung »Transozean« angenommen hat.

Von den Befürwortern der Umgestaltung des Nachrichtendienstes der deutschen Presse wird der deutschen Regierung zum Vorwurf gemacht, daß sie dafür bis zum Kriegsausbruch zu wenig Interesse gezeigt und daß sie auch zur Beeinflussung der Öffentlichkeit im Ausland zu wenig getan habe. Wie weit dieser Vorwurf berechtigt ist, können wir nicht nachprüfen, da uns die Einzelheiten darüber nicht bekannt sind, in welcher Weise die den

diplomatischen Vertretungen des Deutschen Reiches im Ausland zur Verfügung gestellten Gelder für solche Zwecke verwendet wurden. Seit Kriegsausbruch ist darin zweifellos mehr geschehen. So wurde im August 1915 von der »New York World« behauptet, daß die deutsche Regierung große Summen für Presseagitation in den Vereinigten Staaten aufwende. Meister hofft, daß dieser Behauptung »ein Krümchen Wahrheit« zugrunde liege, und die »Frankfurter Zeitung« schrieb damals: »Wir wären Narren, wenn wir in dem Kriege, in dem unsere Feinde mit allen Mitteln gegen uns arbeiten, an der Keuschheit zugrunde gehen wollten.«

Professor Meister genügt eine solche Erweiterung einer Dienststelle des Auswärtigen Amtes nicht. Sie möge für den Augenblicksbedarf inmitten des Krieges genügen, sei aber im Grunde ein Notbehelf. Es müsse ganze Arbeit gemacht werden, und zwar in dieser Weise:

Die Presse ist in Zukunft ganz anders in den Dienst des Staates einzustellen, als das bisher geschehen ist. Sie ist auch viel mehr zu unterstützen durch Ermäßigung der Gebührensätze für Zeitungstelegramme und Telephongespräche der Zeitungsberichterstatter und ähnliche notwendige Erleichterungen. Die neuen Aufgaben, die wir der Presse zugeteilt sehen möchten, bedingen aber ein vermehrtes Zusammenarbeiten von Reichsregierung und Presseleitungen. Beide haben davon Vorteile. Die Presse erfährt von der Regierung zuverlässige Orientierung über die offizielle Politik, und umgekehrt kann Regierung und Diplomatie wertvolle Dienste von der Presse empfangen. Es gibt eine ganze Menge Dinge, die nicht zuerst durch den offiziellen Apparat aufgedeckt, sondern die leichter durch die Presse aufgestöbert werden. Sie ist für den Staat zuzeiten geradezu eine unbeabsichtigte Geheimpolizei. Eine besondere Rolle spielt dabei der Börsenredakteur.

Diese gegenseitigen Beziehungen, die auf eine gute Information und Hilfeleistung hinauslaufen, lebhafter zu pflegen: das wird eine Aufgabe der Zukunft sein. Das lesende Publikum wird dann eine viel bessere politische Bildung erhalten als bisher, wenn ihnen die Dinge immer wieder vorgeführt werden, die es von der großen Politik wissen muß. Auch auf die Art dieser Vorführung muß dabei sorgfältig Wert gelegt werden. An die Presse sowohl wie an die Reichszentrale treten dadurch neue Anforderungen heran. Sie werden vielleicht der Art sein, daß wir zu einem förmlichen »Reichsamt der Presse« einmal gelangen müssen. (S. 63, 64.)

In Übereinstimmung mit dem Reichsverband der deutschen Presse wünscht Meister, daß den diplomatischen Vertretungen des Deutschen Reiches im Ausland journalistisch vorgebildete Presseattachés beigegeben werden, die die Presse des Landes und ihre Hintergründe studieren, sich über den Leserkreis und die Eigenart der hauptsächlichsten Organe genau unterrichten und die Interessenkreise studieren sollen, denen sie dienen. Wörtlich sagt Meister dann:

Er muß wissen, ob ein Einfluß auf die einzelnen Blätter zu gewinnen ist, ob Anteile erworben werden können. Er wird mit den Schriftstellern und Journalisten persönliche Beziehungen pflegen, er wird die Persönlichkeiten, die auf Zeitungen Einfluß haben, Bildung und Charakter der Herausgeber und Mitinhaber zu ergründen haben und überhaupt möglichst vielseitige Verbindungen mit schriftstellernden Kreisen und literarischen Zirkeln anknüpfen. (S. 65.)

Das so gesammelte Material soll dem Auswärtigen Amt oder dem künftigen »Reichsamt der Presse« übermittelt werden. Neuigkeiten zu sammeln und an die heimische Presse weiterzugeben, soll nicht Aufgabe der Presseattachés sein. Unabhängig von diesen Einrichtungen, aber in Fühlung mit ihnen müßte dann die eigentliche Organisation zur Vermittlung der Nachrichten erfolgen. Man müsse dabei auf eine allen Völkern zugängliche Nachrichtenanstalt hinauskommen, bei der möglichst jedermann ungehindert abonnieren könne. Über die Finanzierung dieser Organisation sagt Meister:

Eine so ausgedehnte Institution müßte ungeheure Mittel zur Verfügung haben, wollte sie allein auf eigenen Füßen stehen. So kapitalkräftig ist die deutsche Presse nicht, daß sie etwa aus sich heraus derartige über die ganze Welt verbreitete Einrichtungen finanzieren könnte. Es wäre demnach sehr erwünscht, daß die großen Summen, die Handel und Industrie bereits vor dem Kriege aufzuwenden entschlossen waren, dieser Sache dienstbar gemacht würden. Dann müßten natürlich auch die wirtschaftlichen Ziele, die den Vertretern dieser Kreise vorschwebten, zu erfüllen gesucht werden: Ausbreitung des wirtschaftlichen Ansehens der Deutschen, Unterstützung im weltwirtschaftlichen Ringen.

Aber auch die deutsche Weltpolitik kann aus einer solchen Einrichtung Nutzen ziehen und muß daher sich ihrer bedienen können. Deshalb ist auch ein Regierungszuschuß gerechtfertigt, wie ja auch bei den Vorberatungen des Industrieprojekts ein solcher von jährlich 250 000 Mark in Anschlag gebracht wurde. Der dritte Spender müßte der Zeitungsverlag sein.

Im übrigen scheinen die bisher genannten Summen zu gering zu sein. Wenn etwas Gutes geleistet werden soll, kann man nicht großzügig genug sein. Manche überflüssige Ausgabe wäre uns im Kriege erspart worden, wenn vorher eine gut fundierte Einrichtung bestanden hätte. (S. 69, 70.)

Ehe diese Organisation ihre Wirkung ausüben kann, soll die Selbsthilfe einsetzen. An allen Weltplätzen sollen Korrespondenten sitzen, die »deutsche Nachrichten in der richtigen Form« verbreiten und für Dementis und Richtigstellungen in der ausländischen Presse sorgen. Die Großfirmen werden aufgefordert, ihre gutbezahlten Anzeigen künftig nur an solche Blätter im Ausland zu vergeben, die Zuschriften im deutschen Sinn aufnehmen. Vor allem aber sollten möglichst viele Zeitungen in die Lage gesetzt werden, sich gute Auslandsberichterstatter an den wichtigeren Weltplätzen zu halten. Zu diesem Zwecke fordert Meister die Schaffung eines Reichsfonds, »um einer bestimmten Anzahl von Blättern Zuwendungen zu machen zum Zwecke der Kostenbestreitung für Auslandskorrespondenten«.

Wir brauchen das Wesen dieser Forderungen nicht näher zu kennzeichnen. Sie haben als Voraussetzung, daß das deutsche Volk sich bedingungslos nicht allein für die Auslandspolitik der deutschen Regierung, auf die sie nur geringen Einfluß hat, begeistert, sondern auch die weltpolitischen Pläne bestimmter großindustrieller und anderer einflußreicher Kreise unterstützt! Herr Meister wünscht, daß die »Freie Vaterländische Vereinigung« und die »Deutsche Gesellschaft 1914« (in deren Klubsesseln auch einige prominente Sozialdemokraten Platz genommen haben) diese Voraussetzung schaffen. Das wird diesen beiden Gesellschaften ebensowenig wie anderen Faktoren gelingen. Erinnern wir uns doch nur daran, daß selbst unter dem Zwange des Krieges auch solche Kreise, die am ehesten für die ausländische Politik der deutschen Regierung sich einzusetzen

alle Ursache hatten, sie bei manchen Anlässen in offener und versteckter Weise aufs heftigste bekämpften!

Aus politischen Gründen, die jetzt nicht näher erläutert werden können, muß sich die Sozialdemokratie gegenüber solchen Projekten ablehnend verhalten. Es dürfte wohl selbstverständlich sein, daß kein sozialdemokratischer Abgeordneter die Mittel für eine solche journalistische Vertretung des Deutschen Reiches im Ausland bewilligen wird.

Aus manchen Zeichen kann geschlossen werden, daß die Pläne des Professors Meister ihre Verwirklichung in einer seinen Vorschlägen ähnlichen Form finden werden. Wird sich die sozialdemokratische Presse dieser Einrichtungen bedenkenlos bedienen können? Unter den Blättern, die Zuwendungen zur Unterhaltung von Auslandskorrespondenten erhalten sollen, dürften sozialdemokratische nicht zu finden sein. Selbst wenn heute die Kriegspolitik der deutschen Regierung in einem Teile der Parteipresse weitgehende Unterstützung findet, so ist damit zu rechnen, daß wieder die Zeit kommen wird, wo die sozialdemokratischen Blätter sich eine selbständige Prüfung der deutschen Auslandspolitik vorbehalten. Der Unterstützung durch die Regierung werden sich aber nur solche Zeitungen zu erfreuen haben, die sich dazu verpflichten, im Sinne des Auswärtigen Amtes zu schreiben.

Sollte es gelingen, neben den Bureaus Reuter und Havas ein deutsches Nachrichtenunternehmen von gleicher Größe der Organisation zu schaffen, das vollständig unabhängig von ihnen ist, das mit eigenen Kabeln und Radiostationen, mit großen Bureaus und Presseattachés, mit eigenen Vertretern und Berichterstattern an allen Plätzen der Welt von einiger Bedeutung arbeitet, so wird die sozialdemokratische Presse das von diesem Bureau vorgelegte Material genau so kritisch zu sichten und zu bearbeiten haben, wie das bei der bisherigen Nachrichtenübermittlung schon ihre Pflicht war.

Schon vor dem Kriege (Neue Zeit, XXXII, 1, S. 462) habe ich auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die sozialdemokratische Presse sich einen eigenen ausländischen Nachrichtendienst schaffe. Er muß aus zwei Teilen bestehen: aus der Übermittlung von zuverlässigen Nachrichten aus der internationalen Arbeiterbewegung möglichst auf telegraphischem Wege, über Vorgänge im inneren Leben der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften, über deren Tätigkeit in der Politik und im Wirtschaftsleben ihrer Länder. Selbstverständlich könnte diese schnelle Berichterstattung nur kurz gehalten sein, sie muß wegen der großen Kosten zentralisiert werden und darf nicht etwa nur einer Richtung in der Arbeiterbewegung Rechnung tragen. Daneben müssen die größeren Blätter nach Möglichkeit einen eigenen Stab von gut unterrichteten Korrespondenten an den größeren Plätzen der Welt unterhalten, denen durch anständige Honorierung die Möglichkeit gegeben wird, ihre Selbständigkeit gegenüber den offiziellen Unternehmungen durchaus zu bewahren.

Ganz gleich aber, was wir in Zukunft aus eigener Kraft zu tun vermögen, in jedem Falle haben wir die Entwicklung, die der Ausbau des Nachrichtendienstes im Ausland nehmen wird, mit der größten Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Vom Wirtschaftsmarkt.

Fortschritte der Wirtschaftskonzentration.

»Frankfurter Zeitung« und »Weserzeitung« über die heutigen Konzentrationserscheinungen. — Die Aufhäufung von Reservefonds durch die großen Aktiengesellschaften. — Vorbereitung zum industriellen Konkurrenzkampf. — Verflechtung von Industrie- und Bankkapital. — Die stille Konzentration im Bankbetrieb. — Ursachen der Konzentrationsbestrebungen. — Wirkung der Kriegslieferungen auf die Fabrikationstechnik. — Übergang zum amerikanischen System der Fabrikation auf Vorrat. — Antriebe zur industriellen Betriebskonzentration. — Die kommende Ära der Finanz- und Industriemonopole.

Berlin, den 20. Juni 1916.

Im Wirtschaftsleben fast aller am Kriege beteiligten Staaten vollzieht sich eine derartige Verschiebung der Produktions- und Handelsverhältnisse, daß selbst den Blättern des Industrie- und Finanzkapitalismus ob des stürmischen Tempos ängstlich wird. So brachte vor einigen Tagen (am 11. Juni) die »Frankfurter Zeitung« einen Artikel über den Krieg als Ursache der Wirtschaftskonzentration, der es für hoch an der Zeit erklärt, daß »die Öffentlichkeit sich mit allen diesen Konzentrationserscheinungen ernstlich beschäftigt, da uns sonst die Ereignisse in sozialer Beziehung leicht über den Kopf wachsen könnten«. Und noch viel dunkler findet die »Weserzeitung« in einem »Zunehmendes Drängen nach Konzentration im Unternehmertum« überschriebenen Artikel (vom 16. Juni) den wirtschaftlichen Horizont bewölkt. Wenn, meint sie, das Auffressen der Kleinen durch die Großen und die private Monopolisierung der Industriezweige in gleicher Weise fortginge wie in letzter Zeit, »so werden in Masse die Vorkämpfer des freien Betriebs zu Anhängern des Staatsbetriebs werden«.

Ähnliche Besorgnisse tauchen in der englischen und französischen Presse auf, auch in der sozialistischen. Paul Louis, den Lesern der Neuen Zeit durch verschiedene Beiträge als französischer Geschichtschreiber des Sozialismus und Gewerkschaftswesens bekannt, kommt zum Beispiel in einem Artikel des »Populaire« zu folgender Ansicht über die wirtschaftlichen Folgen des Krieges:

> Die Verteilung der Reichtümer wird infolge dieses kostspieligen und langen Krieges eine weitgehende und tiefgreifende Veränderung erlitten haben. Seit der Periode der großen Revolution und des ersten Kaiserreichs ist keine Veränderung vorgekommen, die dieser gleicht. Militärische Lieferungen bilden immer in der Geschichte ergiebige Quellen privater Vermögen. Sie gehen in die Dutzende von Milliarden. Allgemein gesprochen, werden dadurch die Reichen reicher und die Armen ärmer. Die Erscheinungen unserer Kriegsperiode bestätigen einen der fundamentalsten Sätze der sozialistischen Lehre, den Satz von der Konzentration des Kapitals....

Der Aufsaugungs- und Konzentrationsprozeß tritt eben so deutlich hervor, daß er selbst von den liberalen Handelsblättern nicht mehr ignoriert werden kann. Wundern kann man sich nur, daß diese Erkenntnis der wirtschaftlich-revolutionären Folgen des Krieges erst jetzt zum Durchbruch gelangt, obgleich sich schon im Frühjahr 1915 mannigfache Ansätze solcher Konzentrationsbewegung zeigten. Freilich der Übergang zum Galopptempo ist erst in den letzten Monaten erfolgt. Mühelos ließe sich eine lange Liste der verschiedenen Verschmelzungen und Werksübernahmen aufstellen, die

allein in den verschiedenen Zweigen der Metallindustrie während de letzten Monate erfolgt sind. Doch solche Registratur muß dem Handelste der großen kapitalistischen Blätter überlassen bleiben. Sie hat hier um weniger Zweck, als sich die Zahl von Woche zu Woche beträchtlich mehr und die Liste bereits überholt wäre, wenn sie den Lesern der Neuen Zeit z Gesicht käme. Überdies befinden wir uns erst im Anfang der Konzentra tionsbewegung. Das eigentliche Konzentrationsfieber wird voraussichtlic erst einsetzen, wenn der Krieg vorüber ist und nach einer gewissen Umschal tungsperiode die Industrietätigkeit für den in- und ausländischen Mark wieder mit verstärkter Kraft einsetzt. Was heute geschieht, ist im ganze nur Vorbereitung auf das Kommende. Noch läßt sich in vielen Industrie zweigen zu wenig übersehen, wie sich die Marktlage nach dem Kriege ge stalten wird, weiß man doch noch immer nicht, welche Überraschungen de Friedensschluß noch bringen könnte, und so verlegen sich die meisten de großen Aktiengesellschaften, die durch ihre direkte oder indirekte Beteili gung an Kriegslieferungen enorme Gewinne eingeheimst haben, vorläufi darauf, offene und geheime Reservefonds anzuhäufen, das heißt für di Zeit nach dem Kriege Kampffonds anzusammeln, um, wenn später de große Wettstreit mit der in- und ausländischen Konkurrenz beginnt, mög lichst gerüstet zu sein. — Daneben befolgt man, wie die Abrechnunger zeigen, die Praxis, große Abschreibungen auf die alten Fabrikeinrichtunger vorzunehmen, so daß diese vielfach nur noch mit einer unter den wirklicher Wert tief herabgehenden Summe zu Buch stehen. Zum Teil geschieht das sicherlich, um die zu zahlenden Steuern, besonders die Kriegssteuer, niedrig zu halten, nicht weniger aber aus dem Grunde, um in der Lage zu sein, nach dem Kriege größere Neuanschaffungen vornehmen und die Werke mit neuem leistungsfähigerem Inventar ausstatten zu können. Es ist ganz zweifellos, daß wenn einerseits der Krieg in den Kampfgebieten zur Zerstörung so mancher künstlerischen und technischen Werke geführt hat, er andererseits, und zwar vor allem in Deutschland, den Anstoß zu technischen Erfindungen und Verbesserungen, zu einer Intension des Produktionsprozesses gegeben hat, deren Bedeutung erst dann voll hervortreten wird, wenn die auf den Kriegsbedarf eingestellte gleichförmige Produktion aufhört und die Kräfte sich wieder auf dem internationalen Warenmarkt zu messen beginnen.

Dazu kommt, daß nach dem Kriege der Einfluß der großen Kreditbanken sich wieder in größerem Maße im industriellen Konzentrations- und Verschmelzungsprozeß geltend machen wird. Während in den Jahren vor dem Kriege die Banken gewöhnlich Paten bei den industriellen Fusionen standen, oft sogar direkt den Anstoß zur Verschmelzung gaben, hatten sie bei den jüngsten Verschmelzungen und Interessengemeinschaftsbildungen nur in einigen wenigen Fällen die Hand im Spiel. Die neueren Fusionsprojekte sind durchweg aus den betreffenden Industriezweigen selbst hervorgegangen und verfolgen zunächst weniger den Zweck der Steigerung des finanziellen Ertrags als den einer gewissen industriellen Arrondierung, einer Rüstungsergänzung — ein Zweck, der allerdings schließlich auch auf eine Gewinnsteigerung hinausläuft. Nicht daß die enge Verflechtung von Industrie- und Finanzkapital, wie sie gerade in Deutschland vor dem Kriege bestand, aufgehört hätte; aber die Großindustrie ist heute infolge ihrer Kriegslieferungen

entschieden unabhängiger von den Banken geworden, als sie es vordem war. Nicht nur sind die Kriegsgewinne vielfach größer, es bezahlt auch der Staat seine Lieferungen prompter, als das früher im privaten Zahlungsverkehr der Fall war. Nur zu oft mußten große Summen lange gestundet werden. Mit dem Staat, respektive der Heeresverwaltung wickelt sich heute das Geschäft viel glatter ab. Außerdem haben die Rohstofflager vieler industrieller Betriebe sich beträchtlich vermindert, oder es erfolgt doch die Umwandlung der immer wieder zugeführten Rohmaterialien in Fertigfabrikate weit schneller als früher. Während sonst große Teile der Betriebskapitalien in Rohstoff- und Warenvorräten stecken blieben, sind sie heute als Barmittel vorhanden. Die Großindustriellen sind also, um im kaufmännischen Jargon zu reden, »geldlich gesättigt« und deshalb weniger auf Bankkredit angewiesen. Daher auch die merkwürdige Erscheinung, daß in den letzten Abrechnungen verschiedener großer Aktiengesellschaften trotz ihrer hohen Zeichnungen auf die Kriegsanleihen die Bankschulden niedriger, die Bankeinlagen höher sind als früher. Infolge der durch den Krieg bewirkten Verschiebung der wirtschaftlichen Verhältnisse ist eben heute nicht mehr ein so großes Warenkapital zur Aufrechterhaltung der stetigen Reproduktion erforderlich wie vordem, und überdies schlägt dieses Kapital schneller um.

Das ist natürlich nur eine vorübergehende Erscheinung. Mit dem Aufhören der Kriegslieferungen, der Anhäufung neuer Rohstoffvorräte nach dem Kriege, der Neueinrichtung und Wiederumschaltung der Werke, der Verlangsamung des Umschlagsprozesses werden auch die Anforderungen an das Bankkapital wieder zunehmen und damit zugleich der Einfluß der Banken auf die Konzentrationsbewegung.

Inzwischen vollzieht sich, wie ich schon jüngst in dem Artikel »Geldmarkt und Bankgeschäft im Jahre 1915«, Neue Zeit, 3. Heft, dargelegt habe, im stillen innerhalb des Bankwesens selbst eine wirtschaftsgeschichtlich höchst interessante Konzentration, die neuerdings durch die Neuregelung des Devisenverkehrs zu dem Zweck, den Markkurs zu erhöhen, eine nicht unwesentliche Förderung erfährt. Sollte der Zweck einer Aufbesserung unserer Valutaverhältnisse zu den neutralen Ländern erreicht werden, dann ließ sich die Bevorzugung bestimmter Börsenplätze und bestimmter großer Bankinstitute kaum vermeiden. Die natürliche Folge ist aber, daß wieder die mittleren und kleineren Banken aus dem Geschäft herausgedrängt und ihnen ein Stück ihres Erwerbsterrains abgegraben wird. Doch das sind ebenfalls alles erst Vorbereitungen auf den großen Verschmelzungsprozeß, der sich aller Voraussicht nach im Bankbetrieb vollziehen wird, wenn nach dem Kriege das große Anleihe- und Emissionsgeschäft wieder einsetzt, Industrie- und Bankkapital sich noch enger miteinander verflechten und zugleich in den dann wieder mehr Geld gebrauchenden Geschäftskreisen eine Abstoßung der Kriegsanleihewerte beginnt.

Gewöhnlich wird in der kapitalistischen Presse diese immer schärfer hervortretende Konzentrationstendenz kurzweg auf die durch die hohen Kriegsgewinne aufgepeitschte Begierde nach höheren Unternehmerprofiten erklärt, manchmal auch aus dem Bestreben, die unter dem Druck des Krieges erlittenen Verluste nach Friedensschluß möglichst wieder auszugleichen. Die »Weserzeitung« meint zum Beispiel in dem vorhin erwähnten Artikel:

Die Begierde nach Gewinnung vollständiger Gewalt über alle Beteiligte eines Erwerbszweigs wird durch auffallende Erfolge des Trustwesens in den Ve einigten Staaten, des Syndikatwesens in Deutschland geradezu aufgepeitscht, a meisten natürlich bei denen, die durch den Krieg oder aus sonstigen Gründen i eine üble Lage geraten sind.

Was das Bremer Blatt damit bietet, ist nur eine Variante der von ver schiedenen Kartelltheoretikern gepredigten Lehre, die Kartelle und Syndi kate wären »Kinder der Not«; eine Lehre, die mit den Tatsachen in grellsten Widerspruch steht, denn die meisten solcher Unternehmerverbänd sind nachweislich gar nicht in Zeiten der Not entstanden, sondern in Pro speritätsperioden — zum Zwecke besserer Ausnutzung der günstigen Kon junktur. Gegenüber solcher halben Entschuldigung verdient immerhin noc jene Motivierung den Vorzug, die den Grund der Konzentrationsbestre bungen in dem Triebe nach Gewinnsteigerung erblickt. Allerdings erfaß auch sie nur die Außenseite der Sache. Dieser Trieb war auch zu anderen Zeiten vorhanden; wenn er trotzdem nicht in gleichem Maße zur Konzen tration und Monopolisierung führte wie jetzt, so deshalb nicht, weil einer seits die industrielle Entwicklung inzwischen das Bedürfnis nach einer größeren Betriebszusammenfassung und Erweiterung der Massenfabrika tion geweckt, andererseits weitere Vorbedingungen für die Durchführung des Konzentrationsprozesses geliefert hat.

Ein Teil der für den Heeresbedarf arbeitenden Werke sah sich gezwungen, die Fabrikation ganz neuer Artikel, zum Beispiel Granaten, Zünder, Patronenhülsen, aufzunehmen und sich darauf einzurichten, ein anderer Teil blieb zwar innerhalb seiner Branche beschäftigt, fand sich aber genötigt, jetzt das Hauptgewicht auf die Herstellung besonderer Spezialartikel zu legen. Eine Automobilfabrik, die zum Beispiel bisher vorwiegend Personenkraftwagen gebaut hatte, mußte nun die Anfertigung von Kranken-, Last- oder Panzerautomobilen übernehmen, eine Treibriemenfabrik die Herstellung von Pferdegeschirren, Satteltaschen oder dergleichen. Diese sogenannte Umschaltung der Produktion war aber meist nur möglich durch Umänderung der Fabrikationseinrichtungen, Umbau oder Neuanschaffung von Maschinen, einstweilige Außerbetriebsetzung alter technischer Einrichtungen. Und da es sich meist um Massenaufträge handelte, war eine weitere Spezialisierung der Fabrikation nötig, denn die früher häufig nebeneinander angefertigten verschiedenartigen Artikel konnten nun nicht mehr zugleich hergestellt werden. Man mußte sich notwendig auf die Anfertigung bestimmter Spezialfabrikate beschränken und versuchen, in diesen das Verfahren auf die höchste erreichbare technische Stufe zu bringen, um so mehr, als die Verteuerung der Rohmaterialien, die Lohnsteigerungen und die Ansprüche der Heeresverwaltung zu intensivster Ausnutzung der Fabrikationsmittel nötigten.

Dadurch haben viele Unternehmungen eine Schule moderner Massenfabrikation durchgemacht. Die Werke sind heute größtenteils fabrikationstechnisch weit mehr auf die Massenproduktion zugeschnitten als vor dem Kriege: die Betriebsanlagen sind vergrößert, neue Maschinen sind eingeführt, die Arbeitsintensität ist gesteigert worden. Zudem aber hat man gelernt, mit den Rohstoffen sparsamer zu wirtschaften und an Stelle mancher teurer Materialien billigere Ersatzstoffe zu verwenden.

Welche Rückwirkungen diese Änderungen auf die Gesamtproduktion haben werden, läßt sich heute noch kaum in allen Einzelheiten übersehen; als sicher kann aber gelten, daß die Massenerzeugung für den großen Markt, die Produktion auf Vorrat, wie sie sich in Amerika und teilweise auch in England durchgesetzt hat, auch in Deutschland einen großen Aufschwung nehmen und die Arbeit auf Bestellung, die sogenannte »Kundenarbeit«, weiter zurückdrängen wird. Bisher spielte diese Art der Fabrikation noch immer eine große Rolle in Deutschland. Der Maschinenfabrikant fertigte beispielsweise nur bestimmte, oft begehrte Modelle auf Vorrat oder, wie es gewöhnlich heißt, auf Lager an, die anderen Arten wurden erst angefertigt, wenn darauf Bestellungen einliefen. Diese Arbeit auf Bestellung hatte ihre Vorteile, denn es konnten dabei besondere Wünsche und Ansprüche der Auftraggeber berücksichtigt werden. Vornehmlich hat diese Art der Fabrikation dazu beigetragen, daß Deutschland überall auf den ausländischen Exportmärkten festen Fuß zu fassen vermochte, da sie den besonderen lokalen Geschmacksrichtungen und Bedürfnissen weit leichter Rechnung zu tragen vermag als die Massenfabrikation auf Vorrat. Andererseits hat aber auch die Arbeit auf Bestellung ihre schweren Nachteile. Sie vor allem hat dabei mitgewirkt, daß der Vertrieb amerikanischer Maschinen in Deutschland noch immer eine große Rolle spielt; denn der Fabrikant, der eine Maschine braucht, will nicht erst drei, vier, sechs Monate auf ihre Lieferung warten, von der er überdies noch nicht weiß, wie sie ausfallen wird; er will sie gleich haben, sie vor sich sehen, womöglich in Tätigkeit.

Selbstverständlich wird nun nicht in allen Industriezweigen die Fabrikation auf Bestellung einfach aufhören. Die Textilindustrie, deren wichtigste Zweige stets mit dem Modewechsel zu rechnen haben, produziert beispielsweise unter ganz anderen Bedingungen wie die Walzwerk- oder Maschinenindustrie; aber daß in verschiedenen der wichtigsten Industriezweige, vor allem der Metallindustrie, ein beschleunigter Übergang zum amerikanischen System erfolgen wird, scheint mir durchaus sicher.

Das Bedürfnis, die vergrößerten Betriebsanlagen auszunutzen und die Massenproduktion zu forcieren, bewirkt aber natürlicherweise, daß die großen Unternehmer die kleineren Konkurrenten auszuschalten und sich deren Betriebe, soweit diese brauchbar sind, anzugliedern trachten, während sie mit den größeren Konkurrenten zu einer Verständigung über Fabrikation und Absatz, zur Bildung von Kartellen, Syndikaten oder sogenannten Interessengemeinschaften zu gelangen suchen. Dazu trägt in einzelnen Industriezweigen, besonders der Eisenindustrie, die durch den Krieg geförderte Erkenntnis bei, wie förderlich es für den ganzen Betrieb ist, wenn dieser nicht in dem Bezug von Rohmaterialien und Halbfabrikaten von den wechselnden Marktverhältnissen und dem Belieben anderer Unternehmungen abhängt, sondern mit Werken vereinigt ist, die ihn in jedem Falle rechtzeitig mit den benötigten Roh- und Hilfsstoffen versorgen.

Außerdem kommt in Betracht, daß in der Bergwerks- und Hüttenindustrie die Gewinnung der sogenannten Nebenprodukte, wie Kohlenteer, Benzol, Gas, Gaskoks, Schwefelsäure, Thomasmehl usw. usw. eine immer größere Bedeutung gewonnen hat. Viele dieser Nebenprodukte wie auch die bei ihrer Herstellung verbleibenden Rückstände lassen sich jedoch nur dann profitabel verwerten, wenn solche Bergwerks- oder Hüttenbetriebe

mit entsprechenden Nebenanlagen versehen oder anderen Betrieben, d derartige Nebenanlagen besitzen, angegliedert sind. Erst das Handinhan arbeiten garantiert eine sichere Ausnutzung.

Das sind in der Hauptsache die Faktoren, die zu weiterer Konzentratio drängen. Mag immerhin der Krieg die Entfaltung einzelner Industri zweige stören und andere wirtschaftlich vernichten, im ganzen wird er d wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands mit Macht vorantreiben — hinei in eine neue Entwicklungsära: in eine Periode der großen Finanz- un Industriemonopole, die uns erst die organisatorischen Vorbedingunge liefern wird, die zur Durchführung einer sozialistischen Wirtschaftswei notwendig sind. Wer freilich noch immer trotz aller Lebenszähigkeit, die d kapitalistische Wirtschaftsweise beweist, der Auffassung ist, eigentlich hät diese sich längst überlebt, mag diesen Übergang zu einer neuen kapitalist schen Entwicklungsphase für recht überflüssig halten; aber die Wirtschaft entwicklung dürfte ebensowenig wie bisher darauf Rücksicht nehmen, o man ihre weiteren Fortschritte für überflüssig oder historisch nicht notwendi hält; sie wird sich rücksichtslos gemäß den gegebenen kausalen Bedingunge durchsetzen.

Heinrich Cunow

Literarische Rundschau.

Dr. R. Kjellen, **Die politischen Probleme des Weltkriegs.** Übersetzt vo Dr. Fr. Stieke. Leipzig und Berlin 1916, Verlag B. G. Teubner. 142 Seite Preis 2,40 Mark.

Wenn wir nicht irren, ist Kjellen am meisten durch seine Schrift »Die Groß mächte der Gegenwart« bekannt geworden, die im gleichen Verlag 191 erschienen ist (jüngst in elfter Auflage, 208 Seiten, 2,40 Mark) und die eine ge drängte geographisch-politische Charakteristik der Großmächte, ihrer innerpoliti schen und Expansionsprobleme vom Standpunkt eines schwedisch-deutschen Im perialismus gibt. Im Gegensatz zu seiner früheren Arbeit, die immerhin objekti gehalten und darum durchaus lesenswert ist, nimmt die soeben erschienene Schrift »Die politischen Probleme des Weltkriegs« von vornherein und offen einseiti Stellung und ist auch eine Parteischrift, die ebensogut von Rohrbach, Ruedorffe oder einem anderen deutschen Imperialisten der »mitteleuropäischen Richtung unterzeichnet werden könnte. Im Grunde genommen, ist diese Schrift nur eine Zu sammenfassung der in deutschen Kriegsschriften und speziell im großen Sammel werk »Deutschland und der Weltkrieg« geäußerten Ansichten. Kjellen hat diese systematisiert und nach gewissen Gesichtspunkten geordnet. Darin liegt auch de Wert dieser Arbeit: man erhält aus ihr einen Überblick über die Probleme des Weltkriegs, wenn man auch die Beleuchtung, die der Autor ihnen gibt, als ein seitig und parteiisch ablehnen muß.

Nach einer allgemeinen Einleitung über Krieg und Staatswissenschaft, in der Kjellen den Staat als eine »selbständige, überindividuelle Persönlichkeit« pro klamiert und daraus die Notwendigkeit der Kriege als eines »Entwicklungswerk zeugs« ableitet, geht er zur Darstellung der geographisch-militärischen (»geopoliti schen«) Nationalitäts- und Rassenprobleme, der wirtschaftlichen Kämpfe und der Kultur- und Verfassungsfragen über, von denen jetzt so viel geredet wird. Das Kapitel über Rassenprobleme enthält nichts weiter als die Proklamierung des Kampfes zwischen Europa und dem Panslawismus; tiefer wird das Nationalitäten problem behandelt; eine Lösung gibt aber Kjellen nicht, er zeigt nur seinen Zusammen hang mit dem Ausgangspunkt des Krieges. Oberflächlich und durchaus schief ist die Beurteilung der englischen Verfassung, die mit der russischen auf gleiche Stufe ge-

stellt wird, während die Verfassung Deutschlands und die Behandlung der Nationalitäten in Österreich-Ungarn als musterhaft gepriesen werden. Von wirklichem Interesse ist nur das erste Kapitel, wo Kjellen die imperialistischen Ziele der kämpfenden Staaten vom geographisch-militärischen Standpunkt aus kennzeichnet.

Nach einem Vortrag des Afrikaforschers Harry Johnston gibt Kjellen den Inhalt eines Abkommens wieder, das Deutschland und England vor dem Kriege über Zentralafrika und Vorderasien abgeschlossen haben sollen. Danach sollte Deutschland den französischen Kongostaat gegen Abtretung Lothringens an Frankreich, das innere Belgisch-Kongo im Austausch gegen Luxemburg (das aus der Zollvereinigung ausgeschieden wäre) und das südliche Angola gegen Geldentschädigung an Portugal erhalten. Ebenso fiel ganz Türkisch-Asien bis Basra mit Ausnahme einer französischen Halbenklave in Syrien in die Einflußsphäre Deutschlands. Es ist schwer zu sagen, wie sich die öffentliche Meinung in Deutschland zu diesem Abkommen verhalten hätte. Kjellen meint, daß Deutschland auch damit nicht hätte zufrieden sein können, weil seine afrikanischen Besitzungen ohne Verbindung mit den asiatischen geblieben wären. Will man die deutsche Macht endgültig von aller Abhängigkeit befreien, sagt er, so muß das Programm Elbe-Euphrat zu einem Elbe-Äquator erweitert werden, das heißt Ägypten, der Sudan bis einschließlich Zentralafrika müssen zu Vorderasien hinzukommen, um das Weltreich als geschlossenes Ganzes zu besitzen. Gleichzeitig meint aber Kjellen mit Rohrbach und vielen anderen Imperialisten, daß Englands Weltherrschaft und speziell der Besitz Indiens mit der Aufrechterhaltung der englischen Herrschaft über Ägypten unzertrennlich verbunden ist. England strebt darum, eine Landbrücke über Arabien zwischen Ägypten und Indien zu schaffen. Hier kreuzen sich also die imperialistischen Bestrebungen beider Mächte.

Es ist natürlich nicht die Aufgabe des vorliegenden Referats, eine Kritik dieser imperialistischen Ziele zu geben; es sei hier nur bemerkt, daß derartige weitschweifende Pläne auf jeden Fall für die praktische Politik vorläufig so gut wie belanglos sind, da sonst das Übereinkommen zwischen England und Deutschland von 1914 unmöglich gewesen wäre. Unrichtig ist es auch, daß die Rivalität zwischen England und Rußland in Asien nach dem Abkommen von 1907 aufgehört hat. Wir werden darauf noch bei einer anderen Gelegenheit zu sprechen kommen und beweisen, daß dies keineswegs der Fall war und daß umgekehrt England Deutschland auch in Vorderasien als Bollwerk gegen Rußlands Vordringen nötig hatte.

Man muß nicht nur die Einseitigkeit der imperialistischen Geschichtschreibung immer wieder korrigieren, sondern auch ihre absolute, rein metaphysische Betrachtungsweise überhaupt ablehnen. Sie kennt nur unversöhnliche Gegensätze und sieht keinen anderen Ausweg als den Krieg. So meint Kjellen, daß nicht allein zwischen Deutschland und England ein unversöhnlicher Gegensatz in Vorderasien bis Suez bestand, sondern auch, daß selbst für Serbien und Österreich-Ungarn »die Erde zu eng geworden war«! (S. 63.) Hier haben wir den Kriegsfatalismus, dem leider auch viele Genossen als dem »echten Marxismus« huldigen.... Solche unversöhnbare Gegensätze lassen sich überhaupt sehr leicht konstruieren, indem man mit Ruedorffer annimmt, daß jede Nation danach strebt, Weltnation zu werden, daß jede die Welt beherrschen will. Dann gibt es überall unversöhnliche Gegensätze zwischen den Staaten, nicht allein am Suezkanal und auf dem Balkan usw.

Ebensowenig wie man eine militärisch-geographische Notwendigkeit für die Weltherrschaft anführen kann, ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit zur Schaffung von geschlossenen Handelsstaaten nachzuweisen. Kjellen findet dieses wirtschaftliche Motiv des Imperialismus hauptsächlich auf seiten Deutschlands, während Englands Kriegsziel in der Erhaltung des Freihandels bestehen sollte. Außerdem sieht er den wirtschaftlichen Zweck des Krieges für England ... in der militärischen Herrschaft über die Meere, über die »von alters her der Weg zu den Märkten und Ländern geht«. Welche Bedeutung hat aber die Freiheit der

Meere für den wirtschaftlichen Wettbewerb in Friedenszeiten? Kjelle gibt zu, daß England in der Gegenwart keinen Grund hatte, mit seiner Lage u zufrieden zu sein, es wollte aber den zukünftigen Konkurrenten beseitigen. Dar mußte es sich doch in erster Linie gegen Amerika wenden! Und wie könnte au Deutschlands Wettbewerb für alle Zukunft unmöglich gemacht werden? Kjelle sagt: »Der levantische Zusammenhang würde Deutschlands Konkurrenzkraft w sentlich stärken; daher muß es England am Herzen liegen, das zu verhindern Daß der »levantische Zusammenhang« Deutschlands Konkurrenzkampf stärke würde, bestreiten selbst bedeutende Vertreter des deutschen Wirtschaftslebens, wi der Generaldirektor der »Phönix«, W. Benkenberg (»Neue Freie Presse vom 23. April 1916). Abgesehen davon, vergißt Kjellen, daß England vor der Kriege gewillt war, Vorderasien als Deutschlands Einflußsphäre zu betrachten Wie dem aber auch sei, eines ist klar, daß der »Weltwirtschaftskrieg von dem jetzt so viel gesprochen wird, auch nach Kjellens Erläuterung sich als nicht anderes als ein Weltkolonialkrieg erweist, der in Wirklichkeit mit de Wirtschaft und dem Handel des Landes nichts zu tun hat.

Beachtenswert ist es, daß Kjellen offen zugibt, der Krieg sei überall als Mitte angesehen worden, um den inneren sozialen Krieg zu vermeiden. Wenn er abe mit Übersberger meint, daß in England nicht die sozialen, sondern die natio nalen Gegensätze zum Kriege getrieben haben, daß man dort auf diesem Weg den irländischen Konflikt lösen wollte, so kennt er die Geschichte dieses Konfliktes sehr wenig, die England umgekehrt warnen mußte, durch einen Krieg die Leiden schaften in Irland aufflammen zu lassen, wie auch der letzte Aufstand in Irland bewiesen hat.

Zum Schlusse möge noch bemerkt werden, daß Kjellen keinen Unterschied zwi schen Angriffs- und Verteidigungskriegen machen will und dem »Triumph der verketzerten deutschen Diplomatie« volle Anerkennung zollt, die es verstanden hat »beim Ausbruch des Krieges das eigene Volk in dem Gefühl, daß es jetzt Not wehr und nichts anderes gelte, zusammenzuschließen«.

Man sieht, die ganze Schrift ist eine Zusammenfassung deutscher imperiali stischer Gedankengänge, ohne selbständige historisch-kritische Analyse, und darum auch nicht frei von vielen Widersprüchen. Als solche Arbeit verdient sie auch gelesen zu werden. Sp.

Notizen.

Der Außenhandel Rußlands im Jahre 1915. Nach der »Torgowa Promyschlennaja Gazeta« teilen die amtlichen »Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft« (Nr. 33, 1916) ein reichhaltiges Zahlenmaterial über den russischen Außenhandel im Jahre 1915 mit. Danach wurden folgende Wertmengen erreicht. Es betrug in Millionen Rubel:

	1913	1914	1915
Die Ausfuhr	1520,1	956,1	397,2
- Einfuhr	1374	1098	1114
Der Gesamtaußenhandel . .	2894,1	2054,1	1511,2

Im Vergleich mit dem Jahre 1913 ist der Gesamthandel 1915 auf 52 Prozent zurückgegangen. Der Rückgang hat aber Ausfuhr und Einfuhr nicht gleichmäßig getroffen. Während nämlich der Wert der Ausfuhr auf 26 Prozent zurückging, erlitt die Einfuhr nur einen Rückgang auf 81 Prozent. Infolgedessen verwandelte sich der Ausfuhrüberschuß, den Rußland früher fast ständig aufzuweisen hatte, 1914 und 1915 in einen Einfuhrüberschuß. Der Ausfuhrüberschuß betrug in dem Jahrfünft 1909 bis 1913 im Jahresdurchschnitt 362 Millionen Rubel (1913 nur 146 Millionen Rubel), 1914 ergab sich ein Einfuhrüberschuß von 142 Millionen Rubel, der 1915 auf 717 Millionen stieg.

Der russische Außenhandel hat aber auch andere Wege einschlagen müssen unter dem Einfluß des Krieges. Es stellte sich nämlich die Ausfuhr

Rußlands über die verschiedenen Grenzen in den drei letzten Jahren wie folgt (Zahlenangaben in Millionen Rubel):

	1913	1914	1915
über die europäische Grenze . . .	1232,8	706,1	181,3
- - kaukasische und Schwarzemeergrenze	132,9	104,3	—
- - asiatische Grenze	99,2	90	83,3
Im Handel mit Finnland	55,3	55,7	132,6

Am stärksten ins Gewicht fallend ist der Rückgang der Ausfuhr über die europäische Grenze, für die fast nur der Hafen von Archangelsk in Betracht kam. (Außerdem die Durchfuhr über Schweden und Finnland.) Die Ausfuhr über die kaukasische und Schwarzmeergrenze hat ganz aufgehört. Dagegen ist die Ausfuhr über die asiatische Grenze nur wenig gesunken, die Ausfuhr nach Finnland sogar beträchtlich gestiegen. Doch sind im Durchgangsverkehr über Finnland nur verhältnismäßig geringe Warenmengen ausgeführt worden. (Nach England für 4,8 und nach Schweden für 3,7 Millionen Rubel.)

Auf die wichtigsten Bestimmungsländer verteilte sich die Ausfuhr (ohne die Ausfuhr über die asiatische Grenze) wie folgt (Angaben in Millionen Rubel):

	Jahresdurchschnitt 1908 bis 1913	1914	1915
Deutschland	434,9	248,8	—
England	306,9	188,5	150,5
Holland	181,1	94,7	—
Frankreich	94,5	55,6	16,6
Italien	64,4	40,6	0,2
Österreich-Ungarn . . .	63,3	38,9	—

Die größte Bedeutung als Markt für die russischen Waren hatte vor dem Kriege Deutschland: die Ausfuhr dahin betrug im Jahresdurchschnitt 1904 bis 1908 27,4 Prozent und im Jahresdurchschnitt 1909 bis 1913 30,6 Prozent der Gesamtausfuhr. An zweiter Stelle stand England, und gleich hinterher folgte Holland, das zweifellos in hohem Maße Durchgangsland für die indirekte Ausfuhr nach Deutschland gewesen ist.

Nach Warengruppen verteilte sich die Ausfuhr (ohne die Ausfuhr über die asiatische Grenze) wie folgt (Angaben in Millionen Rubel):

	Jahresdurchschnitt 1904 bis 1908	Jahresdurchschnitt 1909 bis 1913	1914	1915
Lebensmittel	599,1	879,6	492,1	169,1
Rohstoffe und Halbfabrikate	338,7	490	339,1	130,6
Tiere	17,1	26,3	12,9	—
Fabrikate	26,2	26,9	22	14,1

In den beiden Jahrfünften vor dem Kriege hat die Ausfuhr von Lebensmitteln dem Werte nach 61 bis 62 Prozent der gesamten Ausfuhr betragen, die von Rohstoffen und Halbfabrikaten 34 bis 35 Prozent, und diejenige der übrigen Waren überstieg nicht 4 Prozent. Im Jahre 1915 hat die Ausfuhr von Lebensmitteln vergleichsweise (abgesehen von der geringfügigen Ausfuhr von Tieren) den stärksten Rückgang erfahren. Weniger schwer wurde die Gruppe der Rohstoffe und Halbfabrikate betroffen. Verhältnismäßig am wenigsten ist die Ausfuhr von Fabrikaten zurückgegangen. An der Ausfuhr von Lebensmitteln war im Jahresdurchschnitt der beiden letzten Jahrfünfte die Getreideausfuhr mit 78 bezw. 76 Prozent beteiligt, im Jahre 1915 nur noch mit 40 Prozent; die größte Bedeutung hatte 1915 die Ausfuhr von Butter, Eiern und Zucker.

Andere Wege als der Ausfuhrhandel hat 1915 der Einfuhrhandel beschritten. Es wurden nämlich über die verschiedenen Grenzen eingeführt Waren im Werte von (Angaben in Millionen Rubel):

	1913	1914	1915
Über die europäische Grenze . . .	1146,3	854,3	429,1
- - kaukasische und Schwarzemeergrenze	18,3	22,4	1,4
- - asiatische Grenze	153,5	158,9	439,8
Im Handel mit Finnland	56	62,4	243,7

Es ist also der Einfuhrhandel über die europäische Grenze (Archangelsk Schweden) bedeutend zurückgegangen. Ebenso der Einfuhrhandel über die kau sische und Schwarzmeergrenze. Dagegen hat die Einfuhr über die asiatische Gre (über Wladiwostok) und aus Finnland sich fast verdreifacht und verfünffacht. W rend die Ausfuhr hauptsächlich den Weg über die europäische Grenze und n Finnland nahm, kamen die Einfuhrwaren in erster Linie über die asiatische erst in zweiter Linie über die europäische Grenze. Im Durchgangsverkehr ü Finnland wurden 1915 ausländische Waren im Werte von 152 Millionen Ru eingeführt.

Als wichtigste Herkunftsländer kommen die folgenden in Betr (Einfuhrwertmengen in Millionen Rubel):

	Jahresdurchschnitt 1909 bis 1913	1914	1915
Deutschland	487,3	417,8	23,7
England	149	167,4	227,8
Vereinigte Staaten . .	78,5	77	151
Frankreich	55,2	42,9	28,8
Finnland	40,5	53,7	91,8
Österreich-Ungarn . . .	32,3	23,5	1,4
Ostindien	22,4	24,5	7,5
Holland	19,1	19,4	8,3
Italien	15,7	15	8,2
China	13,5	18,3	22,4
Türkei	12,1	9,5	0,6
Schweden	10,4	11,1	54,2

Abgenommen hat demnach die Einfuhr aus Deutschland, Frankreich, Öst reich-Ungarn, Ostindien, Holland, Italien und aus der Türkei. Zugenommen hat Einfuhr aus England, den Vereinigten Staaten, Finnland, China und Schwed Leider umfassen diese Angaben nicht die Einfuhr über die asiatische Grenze, so d die wirkliche Einfuhr zum Beispiel aus den Vereinigten Staaten, China und Jap noch nicht festgestellt werden kann.

Nach Warengruppen verteilte sich die Einfuhr (ohne die Einfuhr ü die asiatische Grenze) wie folgt (Angaben in Millionen Rubel):

	Jahresdurchschnitt 1904 bis 1908	Jahresdurchschnitt 1909 bis 1913	1914	1915
Lebensmittel	107,4	135,1	120,9	75,6
Rohstoffe und Halbfabrikate	352,5	516,7	472	297,3
Tiere	1,3	2,8	2,4	0,9
Fabrikate	184,4	349,1	343,8	300,4

Vor dem Kriege stand die Gruppe der Rohstoffe und Halbfabrikate an ers Stelle. Im Jahre 1915 hat sie diesen Platz an die Gruppe der Fabrikate abget müssen. Diese Gruppe hat auch den geringsten Rückgang zu verzeichnen. Die h vorragendste Stelle unter den Fabrikaten aus Metall nahmen 1915 Maschin ein. Die verhältnismäßig größte Steigerung hat in dieser Gruppe die Einfuhr v Fahrzeugen erfahren. Einen außerordentlichen Umfang hat im Jahre 1915 die E fuhr von Stacheldraht und Drahtnägeln erreicht. Leider fehlen aber auch hier Angaben für die Einfuhr über die asiatische Grenze, die das Bild erst vollstän machen würden.

-e

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

.Band Nr. 14 Ausgegeben am 7. Juli 1916 34. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Gewerkschaften und Produktionsprozeß.

Von Adolf Braun.

I.

So klar die kapitalistische Entwicklung vorgezeichnet und so geradnig ihr Weg ist, so selten Rückschläge aus dem Fabriksystem — wenn wir on der Hausindustrie absehen, die doch dezentralisierte Fabrikindustrie t — in zurückgebliebene Betriebsformen zu beobachten sind, so ungleich t doch der erreichte Grad kapitalistischer Entwicklung in den verschiedenen ändern. Wir sehen die Überholung der großbritannischen Fabrikindustrie urch die deutsche, wir staunen über die kurze Frist, in der sich die Industrie er Vereinigten Staaten auf höchster Stufenleiter bis zu einer in Europa nbekannten Konzentration entwickelt hat. Wir erkennen einerseits die ehr oder minder starke Zurückgebliebenheit großer, innerhalb der Weltirtschaft liegender Gebiete wie Italiens, Österreich-Ungarns, Rußlands nd finden andererseits innerhalb dieser Gebiete wie ja auch in Deutschland nd in den anderen höchstentwickelten Industrieländern mannigfache Abufungen industrieller Entwicklung. Wir erkennen diese Tatsachen, haben ir sie mancherlei Gründe, allgemein-geographische, wirtschaftlich bedingte tandortfragen, doch sind diese überaus bedeutsamen wirtschaftsgeographihen Probleme viel zu wenig untersucht, um ausreichende, für jeden Fall ültige Erklärungen zu geben.

Die Verschiedenheit der Industrieentwicklung und des erreichten Standes dustrieller Herrschaft, aber auch industrieller Methoden wirkt natürlich auf e Arbeitsbedingungen, auf den Stand der Arbeiterorganisation, auf ihre Nethoden, auf die Zusammenführung der Unternehmer zu Arbeitgeberveründen, auf Form und Art der Tarifverträge, auf all das, was mit der Geerkschaft zusammenhängt. Weit weniger, aber doch nicht unbeträchtlich ermag auch die Gewerkschaft hemmend oder treibend auf die industrielle ntwicklung einzuwirken. Treibend, indem sie den Unternehmer oder die nternehmerorganisation zu technischen Fortschritten reizen kann, ihn wider ren Willen veranlaßt, sich von dem Einfluß der Arbeiterkoalition zu beeien. Er sucht dann nach technischen Methoden, die den organisierten gernten Arbeiter in immer höherem Maße überflüssig machen und seine rsetzung durch ungelernte Arbeiter, fremde Arbeiter, Frauen und Kinder möglichen. Andererseits kann auch die Macht umfassender gewerkschaftcher Organisation zu einer Versteifung und Konservierung der angeandten technischen Methoden, zur Erhaltung alter Produktionsform und amit zur Hintertreibung der dem Unternehmer wohl bekannten, aber inlge des Widerstandes der Arbeiter nicht durchführbaren höheren Proiktionsmethoden führen. Die Arbeiter können endlich ohne irgendwelchen atalismus die Macht des Produktionsfortschritts bei ihren gewerkschaft-

lichen Erwägungen in Rechnung stellen und diesen Produktionsfortsch der übrigens nicht unbedingt ein technischer sein muß, der auch ein fab organisatorischer sein kann, nicht hemmen, wohl aber suchen, ihn zugun der Arbeiter auszunutzen, und damit verhindern, daß er ausschließlich Unternehmer zum Vorteil ausschlage.

Wer Gelegenheit hatte, die industrielle Entwicklung und die para damit gehende gewerkschaftliche Entfaltung in einer Reihe von Länd zu verfolgen, der wird für diese drei Haupttypen, zwischen denen natür zahlreiche Übergänge bestehen, Beispiele anführen können, und zwar spiele aus jedem Lande. Trotzdem wird es möglich sein, ein besonde Hervortreten der einzelnen Typen in bestimmten Ländern festzustellen, w rend wieder in anderen Ländern die verschiedenen Typen ziemlich gl stark nebeneinander beobachtet werden dürften. Warum die Arbeitersch des einzelnen Landes mehr den einen oder den anderen Typus heraus arbeitet hat, wäre einer gründlichen Untersuchung wert und würde uns einer mehr oberflächlichen, aber heute herrschenden Erklärung der beiterbewegung der einzelnen Länder zu tieferem Eindringen ihrer Na und ihres Wesens und der in ihr ringenden Kräfte führen. Vielleicht einige wenige Andeutungen möglich.

Wenn sich gerade die deutsche Arbeiterbewegung — von wohlbekann Ausnahmen abgesehen — dem Produktionsfortschritt nicht entgegengest sondern im Laufe der Zeit immer bewußten Anteil an dem wirtschaftlic Vorteil verbesserter Produktionsmethoden gefordert hat, so dankt sie unzweifelhaft nicht zuletzt mittelbar ihrer Schulung durch Marx u Engels, unmittelbar einer jahrzehntelangen Aufklärung durch die sozi demokratische Presse, die in Deutschland die Arbeiter mehr als in irge einem anderen Lande auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge und auf mit der kapitalistischen Produktionsweise unzerreißbar verknüpften E wicklungstendenzen immer wieder aufmerksam gemacht hat. Die Arbeit schaft keines Landes ist so systematisch ferngehalten worden von einer Unt schätzung der Kräfte, die innerhalb des Kapitalismus wirken, wie von ku sichtigen Utopien und wie auch von einer Überschätzung des innerhalb kapitalistischen Wirtschaftsordnung und innerhalb des Arbeitsverhältnis Erreichbaren. Hat einmal Marx gesagt, daß die Gewerkschaften die Schul für den Sozialismus sind, so kann man auch sagen, daß der Sozialism und zwar gerade der durch die Lehren von Karl Marx bestimmte Soziali mus eine außerordentlich wichtige Schule für die Gewerkschaften war, und bleibt. Wohl hat sich immer wieder, auch in Deutschland, unter d Gewerkschaften Feindschaft gegen die Lehren von Marx vorgedrängt. A beiden Seiten liegt eine Schuld, auf der mancher Ausleger von Marx wie a der Seite derer, die die Lehren von Marx nur in verzerrter Form gekan und sie deshalb für ein Unglück für die gewerkschaftliche Bewegung g halten haben. Sowenig die Marxsche Lehre zugunsten der Arbeiter im a gemeinen ausgeschöpft ist, so notwendig wird in ruhigeren Zeiten ei gründliche Untersuchung des freilich leider zumeist nicht unmittelbaren Ei flusses der Marxschen Lehren auf die Richtlinien der deutschen Gewer schaftsbewegung sein. Nicht zum wenigsten verdankt sie das, was sie no vor der französischen und englischen Gewerkschaftsbewegung in so hohe Maße auszeichnet, der Durchdringung der deutschen politischen Arbeite

ewegung und ihrer Presse mit den freilich oft nur in übertragener Form zum Ausdruck gebrachten Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels. Die Stellung zur ungelernten Arbeit, zur Frauen- und Kinderarbeit, zur kapitalistischen Produktionsweise und zu den in dieser auf Grund eines geschichtlichen Gesetzes wirkenden Kräften wurde für die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland in außerordentlich hohem Maße durch das »Kapital« von Marx bestimmt. So ist die deutsche Gewerkschaftsbewegung bei aller ihrer Gegensätzlichkeit zu den Interessen der Kapitalisten niemals blind gewesen für die Kräfte, die dem Wesen des Kapitalismus entspringen, die die Arbeiter zu hemmen zu schwach sind und die nicht ausleben zu lassen auf die Dauer nicht in ihrem Interesse liegen kann. Die Entwicklung der deutschen Industrie, die Überflügelung der englischen auf zahlreichen Gebieten des Produktionsprozesses hängen in nicht unerheblichem Maße mit dieser Erkenntnis der deutschen Arbeiterschaft zusammen. Ganz anders liegen diese Verhältnisse in England.

Trotz des Vorsprunges von fast einem Jahrhundert, trotz der mannigfachen, überaus günstigen geographischen, geologischen, geschichtlichen und gesetzlichen Voraussetzungen höchster Industrieentwicklung mußte England nicht nur auf seine Monopolstellung als Fabrik der Welt verzichten, der verlangsamte Gang seines zwar ununterbrochenen kapitalistischen Fortschritts ermöglichte es Deutschland, England seine Vorrangstellung streitig zu machen. Daß an diesem relativen Zurückbleiben der englischen Industrie die Trade Unions in nicht unerheblichem Maße mitschuldig sind, bedarf keiner Auseinandersetzung. Die englischen Unternehmer sahen sich so starken Koalitionen der gelernten Arbeiter und einem so eisernen Willen bei der Verteidigung ihrer alten Arbeitsbräuche und Arbeitsgewohnheiten gegenüber, daß sie vielfach bekannte Produktionsmethoden der Ausbeutung durch ihre kontinentale Konkurrenz überlassen mußten, ohne sie selbst anwenden zu können. Hieraus ergab sich auch eine starke Hemmung des Triebes nach Ausbildung der Technik, nach Erprobung der in der Literatur bekannten Methoden und auch nach Vervollkommnung der Ausbildung der Techniker, Chemiker, der Angestellten von den höchsten Leitern des Unternehmens bis zu den Werkmeistern hinunter. Die unübertrefflichen Voraussetzungen zur höchsten Entfaltung der machtvollen kapitalistischen Kräfte im Vereinigten Königreich wurden so in ganz außerordentlich hohem Maße gelähmt.

Deutschland wurde das klassische Land für die Anwendung der Naturwissenschaften in der Industrie, während die starken Ansätze im Vaterland einer langen Reihe großer Chemiker von Robert Boyle bis Ramsay, im Land, in dem Schorlemmer, A. W. Hofmann und andere berühmte deutsche Chemiker neben Roscoe und vielen anderen englischen Größen wirkten, in der Heimat Newtons, Faradays, Davys, Maxwells die Industrie auch nicht im entferntesten so befruchtet, nachhaltig angeregt und mit einem Armeekorps von Technikern und Chemikern versehen haben, wie das in Deutschland der Fall war.

Dazu kommt, daß sich in Deutschland, wenn man von den Buchdruckern absieht, die Arbeiterschaft gewerkschaftlich fast stets als eine Einheit fühlte. Die meisten Gewerkschaften organisierten schon am Anfang, während die wenigen Ausnahmen zumeist bald verschwanden, gelernte und ungelernte Arbeiter, auch die Frauen, zuletzt auch die jugendlichen Arbeiter in der

gleichen Gewerkschaft. Sie umgehen die Schwierigkeiten, die sich bei sta-kem Drängen der ungelernten Arbeiterschaft und der Frauen in die Org-nisation ergeben, durch Staffelung der Beiträge und der Leistungen, wob im allgemeinen weite Gesichtspunkte walten.

Wie ganz anders in England. Da gab es lange Zeit — von den Ve-suchen, die Landarbeiter zu organisieren, abgesehen — eigentlich nur O-ganisationen der gelernten Arbeiter. Die gelernten Arbeiter waren vielen Berufen fast ausnahmslos organisiert, ein von den Unternehmer wenn auch widerwillig, anerkannter Organisationszwang erwies sich se stark. Neben diesen in relativ günstiger Lage befindlichen Arbeitern g es die große Masse der ungelernten und im wesentlichen unorganisierte Arbeiter und Arbeiterinnen. Die organisierten Arbeiter bildeten eine G-schlossenheit, eine Aristokratie, geistig wenig bestimmt durch die Gewer-schaften, aber von ihnen durch Tarifverträge gesichert. Selten wurden s zur Aktivität aufgerufen. Sie hatten keine Veranlassung zum Zusamme-wirken, zur geistigen Betätigung. Die Trade Unions sorgten durch ih Leitung und durch deren ununterbrochene Beziehungen mit den Unte-nehmern für eine Ordnung der Arbeitsbedingungen. Erst der Sozialism wandte sich an die Massen der ungelernten Arbeiter. Unvergeßlich blei trotz aller späteren Irrwege, was John Burns für die Organisierung d Dockarbeiter und nachher anderer ungelernter Arbeiter, für die Schaffun der Neuen Unionen geleistet hat. Zur alten Gewerkschaftstheorie kam ei neue, aber die alten Organisationen waren innerlich, vor allem finanzie und dann nach ihrer Stellung gegenüber dem Unternehmertum und nic zuletzt infolge der langjährigen Erfahrung der Leiter, aber auch wegen d Ständigkeit des Arbeitsverhältnisses ihrer Mitglieder festgefügt, im w-sentlichen zufrieden und fremden Einflüssen wenig zugänglich, mochten die auch auf dem allgemeinen Gewerkschaftskongreß nach machtvollem Ausdru-ringen. Überaus ungünstig blieben die organisatorischen Bedingungen d ungelernten Arbeiter. Es fehlte ihnen an Führern, an Erfahrung, an Gel an festem Arbeitsverhältnis ihrer Mitglieder, es war eine fluktuierend ungebildete, ungeschulte Masse. Sie sah sich nicht nur dem Unternehme-tum, sondern auch oft den gelernten Arbeitern gegenüber. Es fehlte diese Organisationen an Tradition, an Ansehen und auch an Erfolgen. Abe trotzdem hieße es diese Bewegung unterschätzen, wollte man nicht zu-gestehen, daß sie vor allem Bresche geschlagen hat in den konservative Bergarbeiterverband, daß die hohen Löhne der englischen Bergarbeiter de Aktivität der neuen Kräfte, die in enger Fühlung mit der Unabhängige Arbeiterpartei gestanden sind, zu danken waren und nicht den Männern au der alten Schule. Aber es fehlte den neuen Kräften die Einheitlichkeit de Wirkens und Strebens, doch waren sie überzeugt von der Greisenhaftigkei und von der Unanpaßbarkeit der alten Trade Unions an die Verhältnisse de ungelernten Arbeiter. Immer neue, oft, aber nicht immer fälschlich al syndikalistisch gekennzeichnete Erscheinungen in der englischen Gewerkschaf lenkten die Aufmerksamkeit auf sich, so bei den Seeleuten, bei den Eisen-bahnern, Hafenarbeitern usw. Aber große und mächtige Gruppen der eng-lischen Arbeiterschaft blieben im wesentlichen unberührt von diesen neue Strömungen. Die Verbände der Maschinenbauer und Schiffsbauer, ander Metallarbeiterverbände, Textilarbeiter hielten an ihren alten Arbeits-

regeln und vor allem an der Ausschließlichkeit ihrer Organisationen für die gelernten Arbeiter fest. So fehlte England in seinen bedeutendsten Industriezweigen eine Anpassung der Gewerkschaftsorganisation an die Bedürfnisse der modernen Produktion. Hieraus ergab sich eine oft verspätete Anwendung des technischen Fortschritts, eine zu teure Produktion, eine zu langsame Warenherstellung und eine zu geringe Anpassung der Produktion an die Bedürfnisse des Marktes. Das gestattete der deutschen Maschinenindustrie, insbesondere der Elektrotechnik, Eroberungen auf dem englischen Markte zu machen. In einem Lande hochentwickelter Großindustrie hemmte ein Teil der Arbeiterbewegung die Entwicklung zur höchsten Entfaltung der Produktionskräfte.

Blieb das gewerbliche Leben Englands trotz dieser Verlangsamung seiner industriellen Entwicklung noch immer durch seine hochentwickelte Großindustrie gekennzeichnet, so ist Frankreich zur Durchsetzung des Kapitalismus nur in einem Teile seiner gewerblichen Produktion gelangt. Das große Zentrum wirtschaftlichen Lebens, Paris, ist noch immer berühmt durch ein künstlerisch vielfach bestimmtes Kleingewerbe, und selbst in der Lyoner Seidenindustrie herrschen vielfach sehr eigentümliche, aber zurückgebliebene Betriebsformen. Wenn man von einigen Zentren der Waffen- und Glasindustrie im Innern Frankreichs absieht, so ist die Großindustrie eigentlich nur in Nordfrankreich fest eingewurzelt, vor allem in dem heute von den Deutschen besetzten Gebiet. Handwerk, Hausindustrie, Fabriken mit weit kleinerer Arbeiterzahl als die meisten ähnlichen in Deutschland und England kennzeichnen die französische Industrie. Ihrer Entwicklung fehlte infolge der französischen Anlagemethoden der Ersparnisse und Geschäftsgewinne der ununterbrochene Kapitalzufluß der deutschen Industrie, die immer wieder den größten Teil ihrer Überschüsse auf die Erweiterung der industriellen Anlagen verwendete, während gleichzeitig ununterbrochen durch Fusionierung und andere Konzentrationsmethoden höchste Leistungsfähigkeit erstrebt und vielfach erzielt wurde. Die enge Fühlung von wissenschaftlicher Technik und Chemie mit der Industrie und das Streben nach ausgebildeter Fabrikorganisation kennzeichnen die deutsche Industrie in ebenso starkem Maße, wie sie der französischen Industrie abgehen. Scheidet die französische Arbeiterbewegung nicht bewußt und systematisch wie die englische die gelernten von den ungelernten Arbeitern, so zeigen sich doch ähnliche Tendenzen, vor allem das Beharren bei den altgewohnten Arbeitsprozessen, der Gegensatz gegen die Maschine, gegen neue Arbeitsmethoden, gegen jede Arbeitsersparnis, ein Streben nach gemächlicher, beschaulicher, eine oft an das Künstlerische grenzende, aber die höchste Leistungsfähigkeit nicht ins Auge fassende Arbeitsart. Viele Konflikte zwischen Arbeitern, organisierten und nichtorganisierten, aber von den Grundsätzen des Syndikalismus bestimmten sind trotz aller revolutionären Worte auf diesen konservativen Sinn zurückzuführen. Die französischen Syndikate erachten das Nebenihnenbestehen einer politischen Arbeiterbewegung als nicht notwendig, sie glauben, die sozialistische Gesellschaftsordnung mit gewerkschaftlichen Mitteln herbeiführen zu können, aber sie sind aufs ernstlichste bemüht, zu hintertreiben, was wir als die notwendige Voraussetzung der sozialistischen Überwindung des Kapitalismus betrachten, seine höchste Entwicklung.

II.

Diese in rohen Strichen gezeichneten tiefen Unterschiede der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, Großbritannien und Frankreich erklären nicht zuletzt die Schwierigkeiten, die sich einer lebendigen internationalen Verbindung der Gewerkschaften gerade von englischer und französische Seite entgegengestellt haben. Sie erklären das Mißtrauen gegen di deutschen Gewerkschaftsmethoden und das starre Festhalten an ihren eigenen obgleich sich diese in den letzten Jahrzehnten immer weniger wirksam er wiesen haben. So merkwürdig es ist, so hat doch dieser Krieg, der angeblic die Internationale der Arbeiter zu den Toten geworfen hat, zum Teil di Hemmungen für eine lebendige Wirksamkeit der internationalen Verbin dung der Gewerkschaften beseitigt.

Der Krieg hat so viele Notwendigkeiten ergeben, so viele auch den Kriegs leitern ungeahnte Aufgaben gestellt, daß bloß die allerhöchste Anspannun der Kräfte und bloß die bewährtesten Produktionsmethoden ermöglichten den in das Riesenhafte gesteigerten Aufgaben zu genügen. Es ist ein offene Geheimnis, daß die kriegführenden Staaten durch ihre Friedensvorberei tungen alle Anforderungen an Munition und Kriegsbedarf gedeckt glaub ten. Die Intensität der Kriegführung und die Länge des Krieges haben zu erstaunlich rascher Erschöpfung der Vorräte und damit zur Notwendig keit geführt, während der Dauer des Krieges ganz ungeheure Massen von Kriegsbedarf, vor allem von Munition und von Waffen herzustellen. Es ist bekannt, daß es am schnellsten und am leichtesten und ohne jeden Wider stand der Arbeiter in Deutschland gelang, diesen Aufgaben gerecht zu werden. Die deutsche Industrie hatte im höchsten Maße alle Möglichkeiten, maschinelle und fabrikorganisatorische, um die Umschaltung der Friedens industrien zu Kriegsindustrien ebenso leicht wie schnell durchzuführen. Auch die Arbeiterverhältnisse hemmten nicht die Erfüllung dieser Aufgaben. Die Anlernung der ungelernten Arbeiter und der Frauen war durch keinerlei Gewerkschaftsregel und auch sonst nicht erschwert.

Ganz anders in England und in Frankreich. Alle Versuche, die engli schen Metallarbeiter und auch Arbeiter anderer Berufe zur Aufgabe oder auch nur zur Abschwächung ihrer Gewerkschaftsregeln zu veranlassen, um eine rasche und reiche Bereitstellung von Munition und anderem Kriegs bedarf zu ermöglichen, scheiterten an dem Widerstreit der Gewerkschaften. Wohl gelang es, die Führer der Gewerkschaften zu den von der Regie rung gewünschten Zugeständnissen zu bewegen, aber die Autorität der Ge werkschaftsführer war nicht stark genug, um bei ihren Mitgliedern die Ein haltung ihrer Versprechungen durchzusetzen. Die englische Regierung schuf ein eigenes Munitionsministerium, und ihren besten Minister, den im Schatzamt während des Krieges außerordentlich schwer zu entbehrenden Lloyd George, betraute sie mit der Verwaltung dieses neuen Amtes. Er wurde gewählt, weil er bei den Arbeitern der populärste aller englischen Staatsmänner war, weil er sich durch eine Reihe von sozialpolitischen Ge setzen, vor allem durch die Versicherung gegen die Wirkung der Arbeits losigkeit, höchstes Ansehen und weitestes Vertrauen in den breitesten Ar beitermassen erworben hat, weil seine volkstümliche Art, zu sprechen und auf den Ton und die Stimmungen des Volkes einzugehen, als unübertreff bar galt. Aber auch er versagte. Stärker als alle Sympathien wirkten die

ewerkschaftsregeln, das starre Festhalten an den Methoden, die die Ge-
erkschaften den Arbeitern zur zweiten Natur gemacht hatten. Die Per-
nlichkeit von Lloyd George genügte nicht, es wurde ein Munitionsgesetz
eschaffen mit sehr starken Machtbefugnissen der Behörden, mit schweren
trafandrohungen, Aufhebungen der Freizügigkeit und des Streikrechts,
it der Möglichkeit, ungelernte Arbeiter zu beschäftigen, wo sonst gelernte
rbeiter tätig waren. Mit großen Schwierigkeiten hatte die Durchführung
ieses Gesetzes zu rechnen. Immer wieder wurde es übertreten, immer neue
chwierigkeiten ergaben sich für die Regierung, immer schärfere, auch poli-
sche Gegensätze regten sich bei den Arbeitern, man kam ihren Lohnforde-
ungen sehr weit entgegen, doch gab es Unterbrechungen der Arbeit, auch
treiks. Die Strenge des Gesetzes wurde zuletzt angewandt, obgleich die
egierung darauf gerne verzichtet hätte. Zuletzt mußten sich die Arbeiter
igen, Munition und anderer Kriegsbedarf wird nur unter Außeracht-
ssung der in Friedenszeiten geltenden Regeln der Gewerkschaften und
ethoden der Produktion durchgeführt. Die für die englische Industrie so
arakteristischen Hemmungen des Produktionsganges scheinen überwunden
sein. Wohl hat man den englischen Gewerkschaften das feste Versprechen
egeben, daß die ihnen lieben Gewerkschaftsmethoden nach dem Kriege
ieder zu ihrem vollen Rechte kommen werden und daß man aus der auf
rund des neuen Munitionsgesetzes erzwungenen Arbeitsmethode keinerlei
olgerungen für den Gang der Industrie im Frieden ziehen werde; auch
ieses Versprechen war eine Kriegsnotwendigkeit, aber es erscheint voll-
ändig ausgeschlossen, daß es gehalten werden kann.

Die vielen Tausende nun angelernter Arbeiter und Arbeiterinnen, die
iele Arbeiten während des Krieges ebenso gut auszuführen gelernt haben
ie die gelernten Arbeiter, wird man nach dem Kriege nicht einfach bei-
ite schieben und in der Fabrikhierarchie degradieren können. Die engli-
hen Trade Unions würden den Ast absägen, auf dem sie sitzen, wenn sie
as erzwingen wollten. Würden sich doch bald Fabriken bilden, die diese
ngelernten Arbeiter produzieren ließen und die damit den gelernten Ar-
eitern den gefährlichsten Wettbewerb machen würden. Die Tatsache des
rieges, daß sich viele Zehntausende ungelernter Arbeiter und Arbeite-
nnen bei bisher ausschließlich von gelernten Arbeitern ausgeführter Arbeit
raktisch bewährten, läßt sich aus der industriellen und sozialen Geschichte
nglands nicht mehr streichen. Das ist die schwerste Erschütterung der eng-
schen Gewerkschaften in den letzten vier Jahrzehnten. Es wird den alten
rade Unions nichts anderes übrigbleiben, als sich diesen neuen Formen
es Produktionsprozesses anzupassen, allen Arbeitern und Arbeiterinnen,
e die gleiche Arbeit wie ihre Mitglieder zu leisten, diesen somit Konkur-
enz zu machen vermögen, den Eintritt zu ermöglichen und ihre Statuten
iesen neuen Tatsachen anzupassen. Unterlassen sie das, so setzen sie sich auf
n Aussterbeetat. Das werden sie wohl einsehen. Es kann da nicht fehlen,
aß ihnen das Beispiel der deutschen Gewerkschaften zum Muster dienen
ird bei der in nicht so ferner Zeit notwendig werdenden Umwandlung der
erknöcherten englischen Gewerkschaften zu in der kapitalistischen Produk-
onsweise lebendigen Körpern, die alle Vorteile des Produktionsprozesses
uszunutzen bemüht ist und denen sich die Arbeiterorganisationen, wenn auch
iderwillig und wenn auch spät, anzupassen genötigt sein werden.

So verschieden von der englischen, wie wir gezeigt haben, die franzö-sische Industrie organisiert ist, so ähnlich ist die Entwicklung während de Krieges gewesen. Auch hier der starke Widerstand der Syndikate gegen di Voraussetzungen massenhafter und rascher Produktion des Kriegsmaterial Auch hier die Einsetzung eines bei den Arbeitern sehr populären Manne der nicht wie die Generale und die Techniker und die Fabrikanten eine Abstand von ihnen kannte.

Ein freundlicher, liebenswürdiger, aus zahlreichen Versammlungen be-kannter Vertrauensmann der Arbeiter, ein sozialistischer Abgeordnete dem die Unterscheidung verschiedener Drehbänke vielleicht noch Schwierig-keiten bereitet, Albert Thomas, wurde zum Unterstaatssekretär im Kriegs-ministerium berufen, um dem Munitionswesen vorzustehen. Er hat es treff-lich verstanden, die Organisation der Industrie herbeizuführen, und da e nicht mit so starken und finanziell mächtigen Organisationen wie mit de alten Trade Unions, sondern mit den schwachen Syndikaten und mit de großen Masse der unorganisierten Arbeiter zu rechnen hatte, so überwan er rascher als der ihn weit überragende Lloyd George den Widerstand de Arbeiter. Der Krieg hat somit auch in Frankreich den erprobten Methode des Industriekapitalismus breite Bahn gebrochen und im Laufe eine Jahres einen Produktionsfortschritt erzielt, zu dem Frankreich sonst vie-leicht in einem Menschenalter nicht gekommen wäre. Im Frieden wir dieser Fortschritt in der Anwendung von Maschinerie und in der Organi-sation der Betriebe auch aus der französischen Welt nicht mehr zu schaffe sein. Haben die französischen Syndikate schon bei der zurückgebliebene Form der französischen Industrie in der Friedenszeit keine Kraft äußer können, so werden sie nach der Revolutionierung der französischen Industri infolge des Krieges völlig außerstande sein, den neuen Gestaltungen gewachse zu sein. Da die französischen Gewerkschaften nach dem Kriege zahlreiche Auf-gaben vor sich sehen werden, so werden sie sich diesen anzupassen haben, si werden sich nicht ausschalten wollen und können, sie werden wirken müssen In der alten Gestalt — das werden Führer und Massen bald erfahren — wird das nicht möglich sein, sie werden sich auf neuer Grundlage organi-sieren müssen. Das wird nur möglich sein auf Grund der Erfahrungen de deutschen Gewerkschaften, denn Verhältnisse ähnlich denen der deutsche Industrie werden in Frankreich zur Herrschaft gelangen. Die Anpassungs-fähigkeit der deutschen Gewerkschaften an die Entwicklung der Produktio ist eine ihrer großen Leistungen, sie wird in Frankreich auch notwendi werden und manchen inneren Widerstand in den französischen Syndikaten überwinden.

III.

Der Krieg wird im Frieden nachwirken auf die Arbeitsbedingungen und auf die Taktik der Arbeiterorganisationen, ja auf ihr ganzes inneres Wesen und auf ihren Bau. Im Gegensatz zu vielen Äußerungen und Ver-mutungen bin ich der Meinung, daß die im engsten Sinne des Wortes fach-gewerblichen Aufgaben die Gewerkschaften Deutschlands wie aller anderen Länder nach dem Kriege vollauf in Anspruch nehmen werden. Der Stand-punkt der deutschen Gewerkschaften bis zum Kriegsausbruch, dem ich unter Zustimmung aller Gewerkschaften in meinem vom Deutschen Holzarbeiter-verband herausgegebenen Schriftchen »Gewerkschaften und Sozialdemo-

ratie« Ausdruck gab, wird sich erst recht nach dem Krieg als eine Notwendigeit ergeben: die Arbeitsteilung zwischen sozialdemokratischer Partei und ewerkschaften bei breiter Personalunion zwischen den Gewerkschaften nd der Partei, aber doch bei reinlicher Scheidung der beiden Arbeitsebiete, die jede ihre besondere Pflege und ihre besonderen Bearbeiter mit öchster Spezialisierung ihrer Tätigkeit notwendig haben. Wie weit dieses ystem und wie bald dieses System in Deutschland wieder herrschen wird, t abzuwarten. Manche begraben es für ewige Zeiten, da es ihrer Meiung nach durch den Krieg überwunden ist und da sie meinen, daß man im riege feste Fundamente für künftige Friedensarbeit legen kann.

Daß auf dem wirtschaftlichen Gebiet die tiefsten Erschütterungen Platz egriffen haben, kann keinem Zweifel unterliegen. Sprunghaft kamen zahliche zurückgebliebene Betriebe sowohl in Frankreich wie in England ohne de Rücksicht auf alte Gewohnheiten und Gewerkschaftsregeln mit Hinegschiebung vielen »alten Eisens« ungeeigneter Produktionsmittel zu einer ationalisierung der Produktion. Vorläufig ist dies im wesentlichen eine chnische Entwicklung, die von der Kriegsnotwendigkeit abgezwungen wurde. ber wird der Krieg zu Ende sein, so dürfte diese technische Revolutionierung r Betriebe, wenn nicht alles täuscht, zum Ausgangspunkt einer neuen wirthaftlichen Entwicklung werden. Im Handumdrehen ist vieles Veraltete ausemerzt worden, der organisierte Widerstand gegen den forcierten Betrieb urde einfach weggeschoben. Zahlreiche technologische Fortschritte, die in eutschland Gemeingut der großen Industrie im Frieden geworden sind, urden infolge der Bedürfnisse des Krieges der französischen und der engschen Industrie aufgenötigt. Damit wurde aber auch weiteren Fortschritten n Ausgangspunkt geschaffen: der Selbststeigerung des Fortschritts wurde n starker Antrieb gegeben. Es ist richtig, was Waldemar Zimmermann gt, daß während des Krieges die Gesetze internationaler Wirtschaftsrallelität nicht schweigen, da dieselben Konjunkturen und Notlagen sich allen kriegführenden und in den benachbarten neutralen Staaten auf m Waren-, Geld-, Transport- und Arbeitsmarkt, wenn auch in verschieener Gradstärke, zeigen und selbst Amerika sich nicht ganz dem Drucke s internationalen Wirtschaftserdbebens entziehen kann. So ist zu erarten, daß die Reaktion nach dem Kriege die Volkswirtschaften aller taaten in der Hauptsache doch wieder in die weltwirtschaftlichen Bahnen, ıs denen sie herausgerissen sind, zurückschnellen lassen wird, vermöge eines ternationalen Homogenitätsgesetzes, das auf eine wirtschaftlich auseichende Kraft- und Massenverteilung unter den Völkern trotz ihrer ıtionalpolitischen Gegensätze drängt. Mögen die Bahnen und ihre notenpunkte sich gegen früher hier und da verschoben haben, international euzen und verflechten müssen sie sich nach wie vor.[1]

Die Frage, welche Probleme der Krieg den Volkswirtschaften zu lösen geben hat, scheint auch in England die Ökonomen sehr ernsthaft zu beschäfjen. In der Section of Economic Science and Statistics of the British ssociation for the Advancement of Science (Abteilung für Wirtschafts-

[1] »Sozialer Internationalismus« im Weltwirtschaftlichen Archiv, Zeitschrift r allgemeine industrielle Weltwirtschaftslehre, herausgegeben von B. Harms, Band, 2. Heft (April 1916), S. 324.

wissenschaft und Statistik des britischen Verbandes für den Fortschritt d Wissenschaft) in Manchester wurde über die Probleme verhandelt, die d Krieg den Volkswirtschaften zu lösen gegeben hat. In einem Bande v 268 Seiten sind die dabei gehaltenen Vorträge und Diskussionen unter de Titel „Credit, Industry and the War“ (Kredit, Industrie und der Krie gesammelt und in London bei Pitman & Sons Ltd. erschienen. Leider lie mir nicht das Buch, sondern nur eine Besprechung von Dr. Wingen in Ki vor. Dort wird folgende Stelle aus dem von Professor W. Scott verfaßte einleitenden Kapitel: »Das Wirtschaftsleben in Krieg und Frieden« a geführt:

»Die Aufgabe der nach Beendigung der Feindseligkeiten wieder z ihrem Rechte gelangenden Friedenswirtschaft wird sein müssen, durch ‚ve mehrte Produktion und größte Sparsamkeit ... unterstützt von verbesserte Produktionsmethoden‘ die Kriegsschäden auszubessern.«

Im zweiten Kapitel wird festgestellt, daß der Friede zwischen Kapit und Arbeit, nach gewissen Symptomen bei der englischen Arbeiterschaft z urteilen, stark gefährdet zu sein scheint. Im dritten, dem umfangreichste Kapitel wird in der Hauptsache die Frage nach der Ersetzung der Männe durch Frauenarbeit erörtert.[2]

Endlich sei noch auf einen letzten Parallelismus hingewiesen, auf di fast vollständig gleiche Entwicklung der Arbeitslosenkurven während de Krieges im Vereinigten Königreich und in Deutschland. Das gleiche Hir aufschnellen bei Kriegsbeginn und das ununterbrochene Sinken nach Er ledigung der ersten Mobilisierung und das Fallen der Kurve unter die Lin der Prosperitätszeiten, ihre höchste Annäherung an den Nullpunkt. Tat sächliche Erscheinungen des Mangels an qualifizierter Arbeit trotz viel facher Überstunden, starke Heranziehung der Frauen und Mädchen zu Ar beiten, auch zu solchen, die früher ausschließlich von Männern verrichte wurden, rasche Anlernung ungelernter Arbeiter für Betätigungen, di früher nur von gelernten Arbeitern ausgeführt wurden. In England mi dem Freiwilligensystem, das freilich heute nur noch dem Namen nach be steht, die gleiche Wirkung der Einberufungen wie in dem Lande der allge meinen Wehrpflicht, im Deutschen Reiche; in beiden Ländern auch di schwere Sorge um die Eingliederung der zurückkehrenden Arbeiter und fü die Auseinandersetzung dieser mit den in die Industrie hineingeströmte Arbeiterinnen und ungelernten Arbeitern.

Die Gleichheit der Probleme für die Arbeiterschaft der sich heute be kriegenden Länder nach dem Kriege, die starke Ausgleichung der ihr Zu sammenwirken hemmenden Unterschiede ihrer Arbeits- und Lebensbedin gungen dürften, wenn die Erinnerung an manche Bitternisse dieser Tage geschwunden sein wird, für die Annäherung und für das internationale Zu sammenwirken der Arbeiterorganisationen sehr wesentliche neue oder doch zum mindesten stark verbesserte Bedingungen schaffen. Zu den Hemmnissen des internationalen Zusammenwirkens mehr als formaler Art zwischen deutschen und französischen und englischen Gewerkschaften gehört ja auch in vielleicht zu wenig beachteter Weise die weitgehende Zersplitterung der französischen und englischen, übrigens auch der amerikanischen Gewerk-

---

[2] Weltwirtschaftliches Archiv, 7. Band, 2. Heft, S. 483 ff.

schaften. Das Rivalisieren der Gewerkschaften in jedem dieser Länder, die Gegensätzlichkeiten, die sie immer wieder auszutragen hatten und die ihre gemeinsame Aktion hinderten, erklären nur zu häufig die Nichtdurchführung selbst einfacher Abmachungen auf internationalem Boden. Was in Deutschland an Grenzstreitigkeiten zwischen den Gewerkschaften zu beklagen war und was noch zu regeln bleibt, ist ein Kinderspiel gegenüber diesen die beste Kraft der französischen, englischen und amerikanischen Gewerkschaften nur zu oft verbrauchenden Differenzen. Das Prinzip des closed shop (geschlossene Betriebe) ist durchaus nicht nur gegen die Unternehmer gerichtet, die gezwungen wurden, nur organisierte Arbeiter zu beschäftigen, es wandte sich nicht selten auch sehr ernsthaft gegen andere Gewerkschaften, die man nicht in die besetzten Betriebe dringen lassen wollte, durchaus nicht gegen Verbände einer anderen Richtung. Das war oft eine Produktionshemmung, weil geeignete Arbeiter von der für sie passenden Beschäftigung ferngehalten wurden, es war auch die Ursache vieler Streitigkeiten der Gewerkschaften, die sich über die Abgrenzung ihrer Arbeitsgebiete nur zu häufig nicht einigen konnten oder wollten und die bei manchem Produktionsfortschritt vor schwierige Aufgaben gestellt waren.

Die Notwendigkeiten des Krieges haben mit vielen dieser Zwistigkeiten aufgeräumt, wenn auch unter fortwährendem Widerstand und Protest der dabei beteiligten Arbeiter. Man kann kaum annehmen, daß nach dem Kriege die unzweifelhaften wirtschaftlichen Vorteile, die auf Grund des Munitionsgesetzes erzielt wurden, der englischen Industrie nicht zugute kommen könnten. Daß die größte Nutzwirkung mit den geringsten Mitteln erreicht werden soll, ist für die Engländer eine ebenso große Selbstverständlichkeit wie für die Unternehmer in Deutschland. Wenn es nun auch infolge eines unseligen Krieges erreicht wurde, daß die Hemmungen für die Durchsetzung dieses wichtigsten privatwirtschaftlichen Prinzips überwunden werden, so wird der englische Kapitalismus auf diesen, vielleicht den einzigen Gewinn des Krieges für das Unternehmertum als Klasse doch im Frieden nicht verzichten wollen. Auch in Frankreich hat die Kriegserschütterung zur Einführung weitreichender technischer Neuerungen und zur Erweiterung des Horizonts des Kapitals geführt.

Die Zurückschraubung auf die Organisationsbedingungen der Industrie, wie sie in Frankreich und England während des Friedens herrschten, erscheint um so unwahrscheinlicher und um so weniger möglich, als sich nach dem Kriege auf dem ganzen Weltmarkt eine auf das äußerste gesteigerte Konkurrenz einstellen wird, die zu schärfster Intensifizierung der ganzen Wirtschaften führen dürfte. Überall wird man auf der höchsten Stufenleiter zu arbeiten suchen, überall wird man bemüht sein, Kraftverschwendungen auszuschalten, das Arbeitstempo zu steigern, jede Bewegung wirksam auszunutzen, jeden Vorsprung eines anderen Landes hinsichtlich der Maschinerie, der Organisierung, der Betriebe, der Absatzmöglichkeiten auszugleichen. Mögen auch nach dem Kriege Organisationswirkungen aus der Kriegszeit, Monopolisierungen, Verringerungen und Ausschaltung der Konkurrenz auf den inneren Märkten eintreten, so wird stärker als jemals der Wettbewerb sein, den die Volkswirtschaften als Gesamtheiten in der anbrechenden Periode angespanntester Entwicklung des Kapitalismus gegeneinander führen werden.

Dieser Wettbewerb wird in allen Ländern die Arbeitsbedingungen i hohem Maße beeinflussen, überall wird das Unternehmertum streben, di Kosten der Warenproduktion herabzusetzen. Ein Sparen beim Kapital wir nicht möglich sein wegen des hohen Zinsfußes, wegen der zahlreich no wendig gewordenen Neueinrichtungen und Verbesserungen der Betrieb wegen der infolge der Geldwertminderung notwendig verteuerten Koste vor allem der aus dem Ausland zu beziehenden Rohmaterialien, Hal fabrikate und Hilfsstoffe. So wird überall das Streben sein, beim Produk tionsfaktor Arbeit zu sparen. Das kann geschehen durch Ersetzung hoc entlohnter gelernter Arbeiter durch niedriggelohnte ungelernte, durch E setzung der Männerarbeit durch Frauenarbeit und durch Arbeit de Jugendlichen und der Kinder. Diese Beweggründe werden bestimmen de deutschen Unternehmer und vielleicht in noch höherem Maße den franzö sischen und den englischen, weil der deutsche Fabrikant einen Teil diese Arbeit schon im Frieden geleistet hat. Überall wird aber auch die Arbeite schaft zur Gegensätzlichkeit gegen diese Tendenzen genötigt sein. Die ge steigerte Ähnlichkeit dieser Abwehr wird eine ausgleichende Tendenz i Erscheinung treten lassen, die eine innigere internationale Verbindung de Arbeiter nach dem Krieg als vor dem Krieg anbahnen dürfte.

Wir werden in Frankreich und in England und wenn auch nicht sofort nac dem Krieg, so doch wohl wenige Jahre nach ihm ausgebildetere, zentral or ganisierte, innerlich gefestigtere und elastischere Gewerkschaften zu beob achten haben als vor dem Krieg. Man wird nicht mehr mit der englische Arbeiteraristokratie, sondern mit der englischen Arbeiterklasse zu rechne haben, auch der französische Syndikalismus wird aus dem Krieg ganz an dere Entwicklungstendenzen in die Friedenszeit hinübernehmen. Hat un zweifelhaft auch die deutsche Gewerkschaftsbewegung nach dem Krieg um zulernen und manches zu bessern, so wird sie doch, gerade weil die techni schen und wirtschaftlichen Bedingungen Englands und Frankreichs sic denen Deutschlands annähern dürften, in sehr vielen Beziehungen und i hohem Maße und in praktischer Weise das Vorbild für die Reorganisie rung der englischen Gewerkschaften und für die Neufundamentierung de französischen Gewerkschaften werden können. Wie durch den Krieg di wirtschaftlichen Bedingungen der einzelnen Länder einander näher gebrach wurden, so werden auch die Gewerkschaften der sich heute aufs heftigst bekriegenden Länder durch den Krieg in jeder Hinsicht, die mit dem wirt schaftlichen Leben enge zusammenhängt, einander näher gebracht werden So läßt sich erwarten, daß die größte Völkerentzweiung der Welt trot allem, was dieser Krieg gezeitigt hat, die Arbeiterklasse der verschiedene Länder einander näher bringen und zu innigerer Verflechtung vorbereite wird.

Mit diesen Möglichkeiten wird man aber bloß dann rechnen dürfen, wenn sich nicht des englischen Munitionsministers Wort, als er noch Schatz kanzler von Großbritannien und Irland war, erfüllen wird, daß diese Krieg bis zur letzten silbernen Kugel geführt werden soll. Geschieht das, wird dieser Krieg so lange in die Länge gezogen, bis die letzte silberne Kugel, sei es Deutschlands, sei es Englands, verschossen wird, dann kann die Arbeiterbewegung dieses Weltteils ihr Testament machen. Doch wir wollen an diesen Fragen nicht rühren, wir wollen uns genug sein lassen mit der

Tatsache, daß nur dann für die Entwicklung der Gewerkschaften Grundlage und Betätigungsgebiet vorhanden sein kann, wenn der Krieg nicht zur vollen Erschöpfung Europas führt. Wird ein arbeitsfähiges Europa in den Frieden hinübergerettet, dann brauchen wir nicht zu verzweifeln an der Zukunft der internationalen Verbindung der Gewerkschaften.

Aus den sozialen und wirtschaftlichen Kämpfen in Litauen.

Von **Janulaitis.**

1. Zur Zeit der Leibeigenschaft.

Abgesehen von einem kleinen Zipfelchen ist das alte, engere Litauen nun von den Deutschen besetzt. Die in diesem Gebiet wohnende litauische Bevölkerung kann man auf ungefähr 4 Millionen Köpfe schätzen. Litauen macht im allgemeinen, im Vergleich mit Polen und vor allem mit Kurland, den rückständigsten Eindruck. Kurland mit seiner höheren Agrarkultur, seinen besseren Wegeverhältnissen, seinem wenn auch noch mangelhaften Schulwesen, seinen hübschen, sauberen Städtchen, seinem verhältnismäßig regen geistigen Leben läßt Litauen weit hinter sich. Und auch Polen kann auf entwickeltere wirtschaftliche Verhältnisse und auf eine zwar nur engere Kreise berührende, jedoch alte Kultur verweisen. Außer in dem dazu noch polonisierten Wilna hat Litauen nicht viel Kultur- und Geistesleben nachzuweisen. Von einem systematischen Schulwesen kann man hier überhaupt nicht sprechen. Trotzdem wäre es falsch, Litauen als geschichtslos und kulturunfähig zu betrachten.

Die Rückständigkeit Litauens ist das Werk doppelter Unterdrückung. Nicht nur Rußlands furchtbarer, volksfeindlicher Druck lastete auf Litauen, vielleicht schwerer noch als des Zaren Regiment fühlte man die Herrschaft des polnischen Agrariertums.

Seine Kenntnis über Litauen zog Deutschland bisher fast restlos aus russischen und polnischen Quellen. Gesehen mit den Augen der nicht litauischen Ökonomen, Diplomaten und was sich sonst mit dem Geschichtemachen befaßte, erschien Litauen geographisch, ethnographisch, ökonomisch und politisch als ein zu Polen oder Rußland gehörendes Anhängsel. Schon aus diesem Grunde dürfte es sich empfehlen, einmal die im nachfolgenden wiedergegebenen Ansichten eines seit Jahrzehnten in der litauischen Bewegung hervorragend tätigen Genossen zu vernehmen.

Das moderne Litauen umfaßt annähernd das gleiche Gebiet, das bereits vor fünf Jahrhunderten, zur Zeit der politischen Selbständigkeit des Landes, als Kleinlitauen bekannt war. Die Litauer wohnen jetzt vorwiegend in den Gouvernements Kowno, Suwalki und Wilna. Als ein geringerer Volksbestandteil leben Litauer noch in Grodno und in Kurland.

In den erwähnten Gouvernements befinden sich Polen, Juden, Weißruthenen und Russen in der Minorität. In den Städten jedoch bilden die Juden, dank der von antisemitischen und antilitauischen Beweggründen getragenen russischen Politik, die Mehrheit. Die Polen in Litauen gehören überwiegend der Schicht der Großgrundbesitzer an, zum kleineren Teil der Bauernschaft. Die östlich von Wilna wohnenden Weißruthenen leben fast

restlos als Bauern oder Kolonisten. Die Russen, soweit sie nicht als Beamt herrschen, sind ebenfalls Kleinbesitzer oder Pächter.

Das nur wenig mit Kleinindustrie durchsetzte Litauen wurde dem russi schen Reich vor mehr als einem Jahrhundert einverleibt. Damit kan das Land unter den verderblichen Druck zaristischer Unterdrückung un Ausbeutung. Was an Kultur vorhanden war, wurde zerstört und nieder gerissen, jeder Neuaufbau nach Möglichkeit verhindert. Es sollte kein selb ständiges, geistiges Leben sich entwickeln, damit nicht eine Strömung er starke, die an den Ketten rüttle, die Litauen an Rußland fesselten. Die Ent wicklung des Verkehrswesens, der Industrie, ja selbst der Agrarkultu wurde künstlich verhindert, und alle Ansätze zu Bildungsbestrebungen er stickte die brutale russische Faust im Keime. Die Begünstigung Kernrußland in Verkehrsfragen war eines der bewußten Mittel, das wirtschaftliche Auf blühen Litauens zu hemmen.

Trotz aller Bedrückung blieben die Ideen der Unabhängigkeit in Litauen lebendig, und stets waren Strömungen bemerkbar, die zu solchem Ziele drängten. Einen stärkeren Schwung bekam die Unabhängigkeitsbestrebung zur Zeit der Napoleonischen Züge. Die aufgespeicherte Zündmasse explo dierte dann später in Aufständen — 1831 und 1863. Die eigenen Kräfte der Litauer reichten jedoch zur Abschüttlung des verhaßten Joches nicht aus, fremde Hilfe blieb Litauen versagt. Jeden mißglückten Aufstand be antwortete Rußland mit ärgeren Bedrückungen und gesteigerter Verfolgung »unruhiger« Elemente.

Die Träger der damaligen Bewegung und Unabhängigkeitsideen waren Gutsbesitzer und die aus ihren Reihen hervorgegangenen Intellektuellen sowie ein kleiner Teil des zu jener Zeit noch sehr schwachen Bürgertums. Diese Schichten erhofften von einer Unabhängigkeit Litauens ein Wachs tum eigenen Einflusses, größere Macht und wirtschaftliches Erstarken. Von solchen Interessen und Voraussetzungen waren die politischen Bestrebungen der herrschenden Schichten stets bestimmt und geleitet. Auf die Bauern konnten sie sich damals mit ihrem nationalen Unabhängigkeitsziel nicht stützen, denn das Landvolk schmachtete noch in der Leibeigenschaft. Aus der Rechtlosigkeit befreit zu werden, war der Unterdrückten stärkstes Sehnen. Das Klasseninteresse der Gutsbesitzer erwies sich jedoch stärker als ihr Un abhängigkeitsgedanke. Sobald sie merkten, daß die Bauern ihre eigenen Forderungen erhoben, warf man die nationalistischen Pläne über Bord, stürzte sich bedingungslos in die rettenden Arme der zarischen Regierung, lieferte sogar eine Anzahl nationalistischer Enthusiasten dem russischen Henker aus. So schaufelte das Emanzipationsstreben der Bauern der von den Grundbesitzern entfachten Unabhängigkeitsbewegung jener Zeit das Grab. Um die Kette der Leibeigenschaft ihrer Bauern nicht zerreißen zu lassen, steckten die Agrarier ihre »nationale« Begeisterung in den Sack der eigenen Klasseninteressen. In den Aufständen verbluteten und zermürbten die besten Kräfte aus den Agrarschichten Litauens. Das Überbleibsel und die aus ihm entsprossene parasitische Generation dachte nie mehr an einen ernsthaften Kampf gegen den Zarismus. Man söhnte sich aus mit den Zu ständen, die den Grundbesitzern sicheres Genießen und die Herrschaft über die eigenen Volksgenossen garantierten. Willig unterwarf sich diese Gesell schaft jedem nationalen, religiösen, kulturellen und ökonomischen Aus-

[N]ahmegesetz aus der russischen Faust gegen Litauen. Jene Elemente des Volkes, denen das Gefühl für ihre historische Aufgabe nicht gänzlich geschwunden war oder die doch wenigstens der schimpflichen Behandlung sich entziehen wollten, verließen Litauen, sobald sie von der Scholle sich lösen konnten. Man ging ins Ausland. Ein kleiner Teil wanderte nach Rußland hinein und wurde russisch in jeder Form. In Litauen selbst blieb es der Grundbesitzer größte Sorge, jede selbständige Regung im Volke nach Möglichkeit zu unterbinden.

Die Herrschaft der polnischen Grundbesitzer machte Litauen zu einem Musterland der Unkultur und Mißwirtschaft. Zwar ist ein Teil der Grundherren litauischer Abstammung, aber er zieht mit den Polen an einem Strange, er hat mit dem litauischen Volke weder kulturelle noch nationale Berührungspunkte, sein Klasseninteresse hat ihn polonisiert.

Selbst die Juden waren in der Hand der Herrschenden ehemals ein Werkzeug der Unterdrückung des Litauer Volkes. Nach ihrer ersten Einwanderung in Litauen genossen die Juden das Wohlwollen der Gutsbesitzer und der Schlachta. Um kein litauisches Bürgertum erstarken zu lassen, dem man demokratische Gelüste zutraute, bevorzugte und begünstigte man die Juden als Händler und Industrielle. Alle kommerzielle und gewerbliche Macht war schnell in jüdischen Händen vereinigt. Maßnahmen der russischen Regierung verschlimmerten die Zustände. Aus dem Innern Rußlands wurden die Juden ferngehalten, nur in Städten der westlichen Gouvernements durften sie ihr Domizil aufschlagen. Daraus entsprang eine Übervölkerung, die auch den Juden selbst zum Verderben wurde. Ihre Konkurrenz hatte vorher das litauische Bürgertum erstickt; die Quelle des Handels und der Industrie floß jedoch nicht so reichlich, um alle Juden die Stufen zum Tempel des Besitzes hinaufsteigen zu lassen. Ein sehr großer Teil des gewerblichen Proletariats in den Städten besteht aus Juden; manche Gewerbe haben sie fast vollständig als Lohnarbeiter oder als Selbständige kümmerlicher Handwerker- und Händlerbetriebe besetzt. Nur das jüdische Proletariat nimmt an den Bestrebungen und Kämpfen gegen russische Despotie und für die politische Befreiung ernsthaften Anteil. Wie die anderen Teile der herrschenden Schichten, überläßt auch das jüdische Bürgertum den Kampf für Freiheit und Kultur der Arbeiterklasse. Aus der jüdischen Intelligenz erstanden dem Zarismus sogar Helfer bei seinen Russifizierungsbestrebungen. Mancher Jude erlernte die russische Sprache, lebte sich in die russischen Gedankengänge und Gewohnheiten hinein, gab damit ein Beispiel, das selbst bei den Glaubensgenossen Mißtrauen erweckte. Rußland jedoch wurde nicht versöhnt. Die Beziehungen zwischen der russischen Beamtenschaft und den Juden gewannen an Feindseligkeit, und seit dem Kriege zeigen die Judenverfolgungen in Rußland in erschreckender Deutlichkeit, mit welcher Brutalität der Zar »seine lieben Juden« beschützt.

2. Nach der Bauernbefreiung.

Die Bauernbefreiung im Jahre 1861 erlangte schnell politische Bedeutung. Der neuen sozialen Schicht erwuchsen Kräfte, die Einfluß auf die Geschicke Litauens zu gewinnen suchten. Der Aufstand im Jahre 1863 brachte den Bauern sogar einige Vorteile gegenüber ihren Klassengenossen in Rußland. In der Gründung ökonomischer und kultureller Organisationen kam

das langsam sich entwickelnde Klassenbewußtsein der Bauern zum Aus-druck. Sie übernahmen auch die von den Grundbesitzern preisgegebene Ideen einer nationalen Selbständigmachung Litauens. Doch die junge Be-wegung war zu schwach, um den Gegendruck auszuhalten, den ihr de Henker Litauens Murawjew und sein Nachfolger Kaufmann rücksichtslo entgegensetzte. Alles, was als Ausdruck litauischen Nationalgedankens gal wurde unterdrückt und im Jahre 1864 sogar förmlich verboten. Alle geistige Bedürfnisse mußten auf nicht erlaubten Wegen befriedigt werden. Zun Teil begnügte man sich, wenn auch nur ungern, mit der polnischen Lite-ratur. So trug Murawjew mit seiner Antilitauerpolitik selbst wesentlic zur Förderung des Polonismus bei, den er mit Stumpf und Stiel ausrotten wollte. Die Litauer, denen es unabweisbares Bedürfnis war, ihre geistig Nahrung in der Muttersprache zu genießen, erreichten dies Ziel in beschei-denem Umfang durch geheime Kanäle aus Preußen. Von dorther, au Tilsit, wurden mit anderen Schmuggelwaren Elementar- und Gebetbüche in litauischer Sprache über die Grenze geholt. Auf diesem Wege erhielten die Litauer auch ihre Tageslektüre. Im Jahre 1883 wurde in Preußen di erste litauische Zeitung gedruckt. In schweren Existenzkämpfen entwickelt sich das litauische Zeitungswesen nur sehr langsam. Die litauische Literatur konnte nur demokratisch-oppositionell sein. Darum wurde sie von dem Trio russische Polizei, russisches Agrariertum und polnischer Klerus in der wütend-sten Weise gehaßt und verfolgt. Je mehr man empfand, daß der bis vor kurzem noch leibeigene Bauer sich der Bevormundung durch Adel und Geist-lichkeit gänzlich zu entziehen suchte, um so eifriger wurde von dieser Seite das Bestreben, ihn durch harten Druck in der alten Botmäßigkeit zu er-halten. Man denunzierte die litauische Bewegung sogar als Russenwerk, um sie beim eigenen Volk zu verdächtigen, und Rußland warf die Träger und Leiter der litauischen Selbständigkeitsbestrebungen in die Kerker, ver-bannte sie nach Sibirien. Wiederum wanderten Litauer massenhaft aus. Ein Strom ergoß sich nach Amerika. Hier entstand schnell eine große litauische Kolonie, in der die alten Ideale weitergepflegt wurden. Agita-torisch und durch Hergabe von Geldmitteln leisteten die Ausgewanderten den Kämpfern in der Heimat anerkennenswerte Hilfe.

Der zum Teil polonisierte Klerus, der zunächst auf die Seite der immer noch herrschenden Agrarier sich gestellt hatte, merkte bald, daß zwischen ihm und dem litauischen Volke die Beziehungen kühler und fremder wur-den. Er versuchte dann, sozusagen auf zwei Schultern tragend, zwischen den beiden Parteien seine eigene Stellung zu behaupten.

Allmählich entwickelte sich aus der anscheinend von einem Impuls be-wegten, sozial gänzlich unklaren litauischen Bewegung die nach Klassen-interessen scheidende Parteigruppierung mit besonderen Programmen und Forderungen. Als erste bewußte Klassenpartei in Litauen trat im Jahre 1896 die Sozialdemokratie auf die politische Schaubühne. Ihr folgten die Demokraten, Klerikalen und Nationalisten. Etwas war allen Parteien ge-meinsam: der Haß und die Verfolgung, womit der Zarismus sie bedachte. Dieser Umstand ließ die Klassengegensätze und ihre Formulierung nicht so scharf heraustreten, wie das ohne das Gemeinsame wohl damals schon der Fall gewesen wäre. Die litauische Sozialdemokratie forderte in ihrem Pro-gramm eine Loslösung der westlichen nichtrussischen Länder, die dem Zaren-

reich durch Gewalt einverleibt worden waren. Die loszulösenden Länder sollten als politisch selbständige Gebilde zu einer föderativen Republik sich zusammenschließen. Für Litauen war als Hauptstadt Wilna ausersehen, woselbst der auf einem freien demokratischen Wahlrecht beruhende Landtag die Geschicke des Volkes leiten sollte.

Bei den bürgerlichen Parteien fand diese Forderung zunächst wenig Anklang. Ganz bescheiden wollte man sich mit Ansprüchen begnügen, deren Verwirklichung Litauen rechtlich mit Kernrußland gleichgestellt haben würde. Doch Rußlands brutale Politik leitete — als Kraft, die Böses wollte und Gutes schaffte — die ganze litauische Bewegung mehr und mehr in revolutionäre Bahnen. Ihren stärksten Ausdruck fand die allgemeine Stimmung im Revolutionsjahr 1905. Die ganze russische Beamtenschaft und alle russischen Lehrer vertrieb der Geist der Opposition aus Litauen. Eine von Delegierten aus allen Teilen des Landes beschickte Versammlung in Wilna proklamierte die Autonomie Litauens, womit sich nachher sämtliche Parteien einverstanden erklärten. So kräftig kam die Bewegung zum Ausdruck, daß Rußland gut zu tun glaubte, wenn es wenigstens zu einigen Konzessionen sich bereit erklärte. Litauen wurde den anderen Nationen unter zarischem Zepter gleichgestellt. Manches, das bisher verboten war, konnte nun als legales Recht ausgeübt werden. Die litauische Sprache ward gestattet, nationale Zusammenschlüsse aller Art wurden möglich. Damit erwuchsen neue Aufgaben. Es galt nun, in möglichst kurzer Zeit das mit illegalen Mitteln Erreichte organisatorisch zusammenzufassen, ferner die immer noch nicht ganz klar und scharf umrissenen Programme der verschiedenen Parteien und Gruppen als Ausdruck der Klasseninteressen und Klassengegensätze prägnant zu formulieren, um die Arbeiter vor Irrtümern und Irrwegen zu bewahren.

3. Die herrschende Oberschicht.

Die Großgrundbesitzer litauischer Abstammung sind Vertreter einer polnischnationalen Bewegung, die eine starke Freundschaft für Rußland nicht ausschließt. Die Zahl der litauischen Grundbesitzer mit national-litauischen Tendenzen war verschwindend klein; in den letzten Jahren ist sie etwas gewachsen. Die polnischen Agrarier besitzen zwar großen Reichtum an Grund und Boden, doch sind sie bei ihrer Kreditgeberin, der russischen Regierung, stark verschuldet. Das metallische Band hat sie an Rußland gefesselt. Sie sind geblieben, was sie zur Zeit der Leibeigenschaft waren: Schlachtschitzen, die durch Unterdrückung der Bauern ihre Herrschaft zu behaupten suchen. Aber trotz aller Erschwerung bei dem Erwerb von Grund und Boden durch die Bauern dringt diese Schicht zwar langsam, aber siegreich vor.

Eine gewisse Selbständigkeit errangen die Bauern alsbald in Westlitauen. Mit höherer Kultur ausgestattet, als ihren Klassengenossen in Ostlitauen eigen ist, verbinden sie eine entschiedene Kampfeslust gegen den Großgrundbesitzer und dessen Privilegien. Aber auch die alte Herrschaft fand hier neue Kräfte. Die Schicht der Großgrundbesitzer gebar eine Gruppe, die ihre Interessen in den Städten in nachdrücklichster Weise vertrat. Es sind Angehörige der freien Berufe, die zum Teil selbst noch Grundbesitzer oder mit diesen durch ganz enge verwandtschaftliche Bande verbunden, ihren Ein-

fluß im öffentlichen Leben, in der Presse, in den kommunalen Vertretungen, in der Kirche, in den Banken und sonstigen Kreditinstituten zum Vorteil der Agrarier einsetzten. Jedoch eine Stütze der Grundbesitzer, der Klerus, beginnt bedenklich zu wanken.

Nach der Revolution im Jahre 1905 tauchte im Schoße der russischen Regierung der Plan auf, demokratische Wahlen zu den in Aussicht genommenen ländlichen Lokalverwaltungen auf dem Lande einzuführen, um auf diesem Wege der Herrschaft der polnischen Magnaten ein Ende zu bereiten. Aber der Plan war nur ein Schreckschuß. Ernsthaft konnte der Zarismus gar nicht daran denken, dem übrigen Lande gerade in Litauen das Beispiel eines demokratischen Wahlsystems zu bieten, selbst nicht um den Preis, dafür die übermütigen polnischen Magnaten etwas zu ducken. Das leise Drohen mit der Fuchtel eines demokratischen Wahlsystems genügte ja auch, um die polnischen Agrarier zu vollends gefügigen Werkzeugen zarischer Gelüste zu machen. In der letzten Zeit treten jedoch in den gänzlich polonisierten Kreisen der litauischen Agrarier einige oppositionelle Strömungen zutage, die aber keinerlei demokratische Tendenzen erkennen lassen. Eine Gruppe nennt sich Realisten, eine andere Nationale, und dann gibt es noch eine dritte Gruppe, die Klerikalen. Innerhalb dieser Gruppen bestehen keine Interessengegensätze. Sie sind einig im Kampfe gegen die Bauern und gegen die Arbeiterschaft. Arm in Arm mit dem Zaren ziehen sie aus, um das Ungeheuer Demokratie zu überwinden. Jede Gruppe will als die einzig wahre Vertreterin des Volkes, mindestens als Anwalt des polnischen Volksteils gelten, aber sie sind ausgesprochen antidemokratisch und antilitauisch. Positive politische Forderungen erheben sie nicht, dagegen liegen sie in Kampfbereitschaft gegen alles, was der Idee einer litauischen Autonomie förderlich erscheint. Sie wissen, ein irgendwie selbständiges Litauen, das nicht anders als demokratisch sein könnte, würde mit den Privilegien der Grundherren aufräumen. Daher wünschen die Agrarier ein staatsrechtliches Verhältnis, das Litauen in Abhängigkeit von Polen brächte, wodurch sie ihre Vorrechte am besten und dauerhaftesten geschützt glauben. Das Verbleiben unter russischer Herrschaft ziehen sie einem freien Litauen unbedenklich vor.

Nun gibt es allerdings noch eine Gruppe von Agrariern, die mit den erwähnten nicht sympathisiert, die jene sogar bekämpft. Es sind die modernen, großzügigeren Menschen, die aus den bisherigen rückständigen Agrarzuständen heraus wollen, weil sie für größere, dem Weltverkehr angepaßte Entwicklungsmöglichkeiten Ellenbogenfreiheit erstreben. Bei den jetzigen Beschränkungen im wirtschaftlichen Ausleben, vor allem durch den Mangel an Verkehrsmitteln können sie nicht den Reichtum erlangen, zu dem im Lande sonst die Voraussetzungen vorhanden sind. Darum machen sie sich sogar mit dem Gedanken an gewaltsame Umwälzungen in der bestehenden Ordnung vertraut. Sie möchten auf irgendeine Weise zu den Bedingungen gelangen, die ihnen die Entfaltung der bisher gebundenen wirtschaftlichen Kräfte des Landes gestatten. Aus wohlverstandenem Interesse macht daher diese Gruppe den Demokraten jetzt gewisse Konzessionen. Ist das erstrebte Ziel erreicht, dann werden auch diese Agrarier sich wohl wieder zu ihren konservativen und antidemokratischen Überzeugungen zurückorientieren.

Das Kleinbürgertum hat sich in Litauen noch nicht zu einem wirtschaftspolitisch einflußreichen Faktor entwickeln können. Gegen die Konkurrenz der Juden, die in der städtischen Bevölkerung überwiegen und fast den gesamten Handel beherrschen, konnten sich die Litauer und Polen bisher nicht erfolgreich durchsetzen. In den letzten Jahren jedoch machte sich ein stärkeres Eindringen von Litauern und Polen in alle Zweige der kommerziellen und gewerblichen Erwerbstätigkeit bemerkbar. Trotzdem dürfte noch eine geraume Zeit vergehen, ehe ein litauisches Bürgertum mit nationalen Tendenzen von bewegender Kraft heranreift. (Schluß folgt.)

Probleme des Weltkrieges.

Von Spectator.

I.

Je länger der Krieg dauert, um so tiefer forscht der Gedanke seinen Ursachen und Folgen nach. Das tritt schon äußerlich darin zutage, daß während zu Beginn des Krieges sich eine Flut von Flugschriften über uns ergoß, jetzt dickleibige Bücher auf dem Markt erscheinen, wie Sammelwerke, an denen zahlreiche Gelehrte und Politiker teilnehmen. Hat man sich zunächst mit agitatorischen Schlagworten begnügt, so sucht man jetzt durch wissenschaftliche Arbeiten den vertretenen Gedanken zu begründen. Sachlichkeit tritt immer mehr an Stelle der agitatorischen Phrase. Leider kann man aber noch immer nicht sagen, daß sich diese wissenschaftlichen Arbeiten auch durch eine wenigstens gewisse Objektivität auszeichnen. Selbst die »Frankfurter Zeitung«, die doch ebenfalls in sehr vieler Hinsicht »umgelernt« hat, beginnt jetzt Verwahrung gegen die neue Art »Kriegswissenschaft« einzulegen. »Eine neue, aus dem Kriege geborene Gelehrsamkeit entsteht und macht sich an die Arbeit, das ganze frühere Weltbild nach den Erfahrungen der letzten fünfzehn Monate umzupinseln,« schreibt ihr früherer Londoner Korrespondent, B. Guttmann, in der Nummer 316 (drittes Morgenblatt), in der er das Machwerk Ed. Meyers über England mit Recht verurteilt. Diese neue Art Gelehrsamkeit blüht nicht allein in Deutschland, sondern in allen kriegführenden Ländern.

Vor uns liegen zwei Sammelwerke, die sich mit den Problemen des Krieges beschäftigen. Das eine, die Probleme des Weltkrieges betitelt, ist unter der Redaktion von Tugan-Baranowsky kürzlich in Petersburg erschienen und umfaßt 675 Seiten. An ihm nahmen 25 Gelehrte, meist Professoren, teil. Das zweite Sammelwerk, Deutschland und der Weltkrieg (Verlag von B. G. Teubner, Berlin-Leipzig), enthält Beiträge von 20 Mitarbeitern, umfaßt 686 Seiten und kostet 7 Mark. Beide stellen eine Frucht der neugebackenen Kriegswissenschaft dar. Während aber die russischen Professoren, immer noch unter dem Einfluß des, wenn auch völlig falsch verstandenen historischen Materialismus, die Notwendigkeit, ja die Unabwendbarkeit des Zusammenstoßes der Großmächte als Folge des Gegensatzes ihrer imperialistischen Bestrebungen darzulegen suchen, verfolgen die deutschen Gelehrten und Politiker den Zweck, die Angriffe der Gegner Deutschlands auf seine Kultur und Politik ab- und die Schuld der Gegner, vor allem Englands, am Kriege nachzuweisen. Von insgesamt 675 Seiten des Tuganschen Sammelwerkes nimmt die Erörterung wirtschaftlicher Probleme 260 Seiten ein. Mukoßjeew behandelt die wirtschaftlichen Ursachen des Krieges, Tugan-Baranowsky seinen Einfluß auf die Wirtschaft Rußlands, Englands und Deutschlands, Tschuprow die Frage der Volksernährung in Deutschland, Friedmann die Kriegsfinanzen Rußlands, Bogoljepow das Geldproblem im Kriege, Twerdochljebow die Gemeindefinanzen und Noworußky den Einfluß des Krieges auf die russische Wirtschaft. In dem Sammelwerk Deutschland

und der Weltkrieg finden wir dagegen bloß einen einzigen wirtschaftlichen Artikel über »Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft« von H. Schumacher, in dem aber nicht nur nichts Neues, sondern überhaupt nichts Beachtenswertes zu lesen ist. Die deutschen Professoren beschäftigen sich dagegen ausführlich mit historischen Fragen. O. Hintze beginnt das Werk mit einer Abhandlung über »Deutschland und das Weltstaatensystem« und schließt es mit einer Untersuchung über den »Sinn des Krieges«. H. Oncken behandelt die »Vorgeschichte« und den »Ausbruch« des Krieges. E. Marcks erörtert die Machtpolitik Englands, P. Darmstädter die Machtpolitik Frankreichs; H. Übersberger beschäftigt sich mit Rußland und Serbien und Franke mit der Stellung der Großmächte in Ostasien. Über Belgien schreiben Hampke und W. Schoenborn, über Österreich-Ungarn Tenzer und O. Weber, und über die Türkei schreibt C. Becker. In Tugans Sammelwerk finden sich nur knappe historische und politische Untersuchungen. E. D. Grimm legt den Sinn des Krieges in einem Artikel: Der Krieg der Völker dar; Professor Karjeew skizziert die Geschichte des Dreiverbandes und der Entente, Butenko den Kampf der Großmächte um Belgien; dann behandeln kurz Karjeew und Nolde die polnische Frage, Tarle das elsaß-lothringische Problem und Jastrebow das Problem »Groß-Serbien«. Die staatsrechtlichen Fragen behandeln W. Hessen und Korff (im deutschen Sammelwerk Schoenborn und Zitelmann), M. Kowalewsky behandelt das Problem des Imperialismus, C. Hessen die Idee der Nation, dann Miljukow die »Neutralisation« der Meerengen. Charakteristisch ist es aber, daß im deutschen Sammelwerk sehr viel Raum von den Fragen der Kultur und des Militarismus eingenommen wird. Troeltsch schreibt hier über den Geist der deutschen Kultur, W. Solf über die Kolonialpolitik, H. Delbrück über das militärische System, G. Schmoller über die Entwicklung der deutschen Institutionen, Luther über die Selbstverwaltung, schließlich Meinecke über »Kultur, Machtpolitik und Militarismus«. Die russischen Professoren berühren diese Probleme dagegen nur in einem Artikel — über Deutschlands Militarismus. Über die innere Politik Rußlands schweigen sie sich verschämt aus.... Das Sammelwerk Tugans bringt noch drei militärische Artikel und einen von Bechterew über den Einfluß des Krieges auf die psychischen Erkrankungen.

Es kann sich hier nicht darum handeln, den ganzen Inhalt dieser Sammelwerke kritisch zu beleuchten. Zum Teil ist dies aus bekannten Gründen gar nicht möglich. Ich lasse vor allem die Fragen der inneren Politik und der allgemeinen Kultur unberücksichtigt, schon weil für unsere Leser die Fragen des Militarismus und Imperialismus eine ganz andere Bedeutung haben als für die Professoren. Eine Auseinandersetzung darüber mit ihnen ist völlig belanglos. Ebenso übergehe ich die staatsrechtlichen Probleme wie auch die »ökonomische Begründung« der Unvermeidlichkeit des Weltkrieges, die die russischen Volkswirte zu geben bemüht sind: auf diese letztere Frage kommen wir noch bei anderer Gelegenheit zurück, wenn wir die Entwicklungstendenzen der Weltwirtschaft nächstens behandeln werden. Worauf es uns jetzt ankommt, ist, den politischen Zusammenhang herauszufinden, inwieweit er den Ausbruch des Krieges wenigstens einigermaßen erklärt und die Bestrebungen der Mächte beleuchtet. Dies zu wissen ist nicht allein von historischem Werte, sondern von größter praktischer Bedeutung für die Frage der Kriegsdauer. Denn schon Clausewitz hat festgestellt, daß der politische Zweck des Krieges seine Dauer bestimmt.

II.

Das wichtigste Problem der äußeren Politik Deutschlands und wohl auch die wichtigste internationale Frage Europas war das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich. Dieses Verhältnis hat die kontinentale Politik Bismarcks wie die Weltpolitik Bülows beherrscht. Die offiziellen Leiter der deutschen Politik rechneten stets mit der Feindschaft Frankreichs. Die elsaß-lothringische Frage

wurde somit zum Zentralproblem der Weltpolitik. Immerhin hat im Laufe der Jahre dieses Problem eine andere Gestalt angenommen. Das französisch-russische Bündnis, meint P. Darmstädter, sollte zur Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens führen, keineswegs aber des ganzen linken Ufers des Rheins, wie David behauptet. Die französischen Kolonialpolitiker sahen in diesem Bündnis aber auch eine Stütze gegen England. »Je nach den Abwandlungen des Verhältnisses Frankreichs und Rußlands zu England sind denn auch ihre Beziehungen zu Deutschland bald bessere, bald schlechtere geworden« (S. 327). Darin liegt ein wahrer Kern. Seit Mitte der neunziger Jahre beginnen kolonialpolitische Probleme die auswärtige Politik der Staaten stark zu beeinflussen. Damals waren die Reibungen zwischen Frankreich und England noch zahlreich, während Deutschland und Frankreich zusammentrafen. So in der Kongofrage und in der Stellungnahme zugunsten Chinas gegen Japan. Dann kam der bekannte Faschodakonflikt zwischen Frankreich und England, in dem Frankreich nicht durch Rußland und noch weniger durch Deutschland unterstützt wurde und England gegenüber auf seine Ansprüche auf das Gebiet des oberen Nils verzichten mußte. Darmstädter, Oncken und viele andere sehen darin einen Beweis, daß Frankreich auf eine selbständige Kolonialpolitik zugunsten seiner Revanchepolitik verzichtet hat. Das trifft durchaus nicht zu. Gerade dieses Abkommen war in kolonialer Beziehung für Frankreich vorteilhaft. England machte Frankreich auf diesem Gebiet große Zugeständnisse. In England begann man nämlich zu dieser Zeit mit der Gegnerschaft Deutschlands ernsthaft zu rechnen. Um diese Zeit setzte ja die Flottenagitation in Deutschland ein und wurden die ersten Grundlagen einer starken Kriegsflotte gelegt. England suchte darum mit Frankreich Frieden zu schließen und bereitete das große koloniale Abkommen vor, nach dem Frankreich für immer auf Ägypten usw. verzichtete, dafür aber von England das Zugeständnis der freien Hand in Marokko erhielt. So wurden die »geschichtlichen Feinde« zu Verbündeten, indem sie ihre kolonialen Pläne regulierten. Die kolonialen Fragen haben beide zusammengeführt, wie sie sie früher getrennt hatten.

Daß das gleiche Resultat nicht auch nach dem Marokkoabkommen zwischen Deutschland und Frankreich erzielt wurde, ist darauf zurückzuführen, daß Deutschland als Kompensation einen Teil des französischen Kongo beanspruchte, was die französischen Kolonialpolitiker auf die Beine brachte. Gewöhnlich werden die kolonialpolitischen Abmachungen der Großmächte auf Kosten der Besitzer der anderen, nicht ihres eigenen Kolonialbesitzes getroffen.

Bismarck hat bekanntlich die Kolonialpolitik Frankreichs unterstützt, um es anderweitig zu beschäftigen. Darmstädter meint nun, daß die Hoffnungen, die Bismarck daran geknüpft hatte, sich in keiner Weise erfüllt hätten. Der Revanchegedanke sei gerade in den letzten Jahren hervorgetreten, was andere Beurteiler Frankreichs bestreiten. Darmstädter meint, daß nicht allein die Lösung des Marokkoproblems, die »einen Stachel im Gefühl vieler Franzosen zurückgelassen hat«, die Schuld daran ist, sondern auch die Tatsache, daß Frankreich keine weiteren Kolonien zu erwerben Aussicht gehabt und deshalb die Gelegenheit zu verpassen gefürchtet hat, mit Hilfe Englands die verlorenen Provinzen zurückzugewinnen. Das trifft schon darum nicht zu, weil man in Frankreich sich gerade in der letzten Zeit für Syrien energisch zu interessieren begonnen hat, wie eine Reihe von Eisenbahnkonzessionen, die es kurz vor dem Kriege von der Türkei erlangt hat, zeigt. Es will uns daher scheinen, daß ein Ausgleich mit Frankreich auf kolonialem Gebiet auch die elsaß-lothringische Frage aus der Welt geschafft hätte. Denn für die französischen Imperialisten war diese nur ein populäres Schlagwort. Sie nutzten die nationale Leidenschaft des Volkes, um koloniale Geschäfte zu machen. M. Kowalewsky, der ebenfalls plötzlich umgelernt hat und, trotzdem er noch kurz vor dem Kriege nirgends in Rußland eine Feindschaft gegen die Deutschen entdecken konnte, jetzt diese »Urfeinde« der Slawen nennt, meint, daß der Imperialismus dem

nationalen Prinzip zum Siege verhelfen wird; in der Tat verhält es sich aber gerade umgekehrt: die imperialistischen und kolonialen Bestrebungen der herrschenden Klassen veranlassen sie oft, ihre früheren nationalen Bestrebungen fallen zu lassen.

III.

Einer der besten Artikel des deutschen Sammelwerks ist Übersbergers Abhandlung über Rußland und den Panslawismus. Übersberger beherrscht das Thema und bringt interessantes geschichtliches Material. Da aber auch er der allgemeinen Tendenz folgt, die Schuld an dem Kriege England aufzubürden, so schließt er mit einem Zitat aus einem russischen Artikel, das die Vermutung ausspricht, England werde einen Weltkrieg beginnen, um aus den innerpolitischen Schwierigkeiten, in die es durch die irländische Frage geraten war, herauszukommen. Ein kaum zurechnungsfähiger russischer Schriftsteller als Prophet! Durch diese Entgleisung verliert der ganze Artikel Übersbergers seinen Sinn. Übrigens überschätzt Übersberger stark die panslawistische Gefahr, wie die jetzigen Ereignisse geradezu augenfälligst beweisen. Worauf es aber hier ankommt, ist die Frage, ob die Gegensätze zwischen Rußland und Deutschland solcher Art sind, daß eine Verständigung unmöglich ist.

Die russischen wie einige deutsche Imperialisten bejahen diese Frage. So der gewesene »Genosse« Mukoßjeew, der in der Ausdehnung des deutschen Einflusses in Vorderasien eine Gefahr für die wirtschaftliche Selbständigkeit Rußlands sieht; umgekehrt sieht Wolfgang Heine in dem Drang Rußlands nach Ausdehnung eine Gefahr für Deutschlands Existenz, darin wiederum nur Rohrbach folgend. Rußlands Expansion ging indes nach der Richtung von dünn bevölkerten Ländern, wo der bäuerliche Überschuß »freien« Boden gewinnen konnte. Indem sich aber heute in Rußland selbst eine Industrie entwickelt, wird der Zuwachs der Bevölkerung von ihr beschäftigt. Heine denkt, daß selbst eine Demokratie an diesem Expansionsdrang Rußlands nichts ändern werde. Er hat wohl dabei das Beispiel vor Augen, das uns die vom imperialistischen Geiste verseuchten modernen »Demokraten« zeigen. Allein man darf umgekehrt annehmen, die politische Freiheit werde einen so starken Aufschwung der Industrie bringen, daß die Auswanderung auch aus Rußland gering werden wird. Daß aber die »russische Rasse« jede andere Betätigung des Ausdehnungstriebes als kriegerische Eroberung ausschließe, ist Heines Entdeckung, von der Übersberger gar nichts weiß, und er kennt doch Rußland sicherlich besser als Wolfgang Heine!

In Wirklichkeit liegen die Ursachen der zweifelsohne scharfen aggressiven Politik Rußlands in den letzten Jahren in dem Siege der Gegenrevolution. Wie stets in der Geschichte, so mußte auch in Rußland die gegenrevolutionäre Politik ihre Stütze in kriegerischen Abenteuern suchen. Schon um die Großbourgeoisie für den wenig entwicklungsfähigen inneren Markt durch Ausdehnung des auswärtigen Marktes zu entschädigen. Wer weiß, ob die starke Welle der Arbeiterbewegung, die kurz vor dem Kriege eingesetzt hat, nicht zu einer inneren Umwälzung geführt und dadurch den Ausbruch des Krieges verhindert hätte, wenn der Krieg nicht schon 1914 gekommen wäre. Auf jeden Fall sehen wir nicht ein, was einer künftigen Verständigung zwischen Rußland und Deutschland im Wege stehen könnte, falls der Krieg selbst nicht eine solche unübersteigliche Schranke errichtet und falls die freie Durchfahrt von Handelsschiffen durch die Meerengen gesichert wird. Gewiß, was P. Miljukoff wünscht, die freie Durchfahrt durch diese Engen für alle Kriegsschiffe, außer die russischen, zu sperren, diesen dagegen volle Freiheit der Durchfahrt zu gewähren, das kann weder die Türkei noch irgendeine andere Mittelmeermacht erlauben. Sicher hat gerade dieses Streben Rußlands nach dem Besitz von Konstantinopel der Sache der Entente viel geschadet, und selbst England wird schließlich damit zufrieden sein, daß Rußland doch nicht an den Dardanellen sitzt. Aber ein demokratisches Rußland wird sich von diesen Welteroberungsplänen Rußlands leicht lossagen können und damit das wichtigste Hindernis zu einem friedlichen Zusammengehen mit den Zentralmächten wegräumen.

IV.

Am meisten beschäftigt sich das Teubnersche Sammelwerk mit dem Verhältnis zwischen Deutschland und England. Selbstredend suchen alle seine Mitarbeiter die Schuld Englands am Kriege zu beweisen. Nun kann man einen Beweis in strittigen Fragen entweder durch Anführung neuer geschichtlicher Tatsachen oder durch Aufdeckung des ursächlichen Zusammenhangs liefern. Neue Tatsachen finden wir im ganzen Werke nicht. Oncken will absichtlich sich nur bekannter Tatsachen bedienen. Seine Gruppierung der Tatsachen darf auch nicht als geschickt bezeichnet werden. So wenn er die erste Flottenvorlage von 1898 als Folge des Burenkrieges von 1901 und die letzte Militärvorlage als Folge der Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich hinstellt. Seine ganze sehr ausgedehnte Arbeit ist übrigens von der »Frankfurter Zeitung« als apologetisch bezeichnet worden.

Werden also keine neuen Tatsachen angeführt, die ein helles Licht auf den geschichtlichen Vorgang werfen könnten, wodurch wird dann die Schuld Englands am Kriege bewiesen? An zwei Stellen dieses Werkes finden wir den Hinweis auf ein Zitat aus einer englischen Zeitschrift »Saturday Review«, ein Zitat, das beinahe in allen Schriften gegen England angeführt wird, obgleich es aus dem Jahre 1897 stammt, in einer Zeitschrift gedruckt wurde, die notorisch im Solde der südafrikanischen Minenbesitzer stand und zur Zeit der Spannung zwischen Deutschland und England eben wegen Südafrika geschrieben wurde. Selbst Fürst v. Bülow gibt in seinem Werke »La Politique Allemande« (Paris 1915), zu, daß die Stimmung sich in England inzwischen geändert hat. Auch Oncken muß zugeben, daß »das Argument der Handelsrivalität im Laufe des letzten Jahrzehnts vor dem Kriege wieder an Geltung verloren hatte« (S. 474); noch mehr: gerade in der regierenden liberalen Partei, in den Finanz- und Industriekreisen wuchs nach dem Marokkokonflikt die Stimmung für ein Abkommen mit Deutschland (S. 519). Wie kann man also noch behaupten, daß gerade die Handelsrivalität die Ursache dieses Krieges sei oder gar den Krieg unvermeidlich gemacht habe, wie einige überkluge »Materialisten« beweisen wollen?

Viel klarer sieht schon Hintze, daß England um seine Weltstellung besorgt war. Die Engländer, sagt er, »schieben uns die Absicht unter, wir wollten den Kontinent unter unsere Botmäßigkeit bringen, um dann England niederwerfen zu können« (S. 677). Die Verfasser des Sammelwerks scheinen zu denen zu gehören, die gegen Eroberungen auf dem Kontinent, aber für die Ausdehnung des kolonialen Besitzes sind. So schreibt O. Hintze, indem er sich gegen diese Anschuldigungen der Engländer verteidigt:

> »Unter der Weltmacht verstehen wir nicht eine überragende, der Welt das Gesetz gebende Macht, nicht ein neues Rom, das keine andere gleichberechtigte Macht neben sich duldet, sondern eine Großmacht im Rahmen des neuen Weltstaatensystems.... Wir wollen als eine Weltmacht neben anderen Weltmächten in der zukünftigen Staatengesellschaft stehen, wie wir als eine Großmacht neben anderen Großmächten in dem bisherigen europäischen Staatensystem gestanden haben.«

Und deshalb wünscht Hintze an Stelle des europäischen Gleichgewichtssystems »das wahre Gleichgewicht der Macht im Weltstaatensystem«, das heißt im System der großen Kolonialmächte, das aber zur Voraussetzung hat, daß England seinen Anspruch auf die absolute Seeherrschaft aufgibt.

Hintze gibt selbst zu, daß »das sehr schwer durchzusetzen sein wird. Die ganze wirtschaftliche Struktur des modernen England hängt so eng mit seiner Alleinherrschaft zur See zusammen, daß deren Aufhebung die verhängnisvollsten Folgen mit sich bringen könnte.« Doch Hintze hat einen Ausweg. Er meint, daß mit der Abschaffung des Seebeuterechts das Problem gelöst werden könne. »Wir wollen die Freiheit der Meere und ein humanes Seekriegsrecht erkämpfen, wie es die

Londoner Erklärung von 1909 formuliert hat« (S. 661). Die »Freiheit der Meere« fällt also mit der Abschaffung des Seebeuterechts für Hintze nicht ganz zusammen. Was versteht er also darunter sonst? Darauf finden wir keine Antwort. Und doch wäre dies im Interesse der Verständigung geboten. Von der Internationalisierung der Weltrouten, speziell der Meerengen wird hier nicht gesprochen; andererseits verlangt Miljukoff nur die freie Durchfahrt für russische Kriegsschiffe durch die Meerengen. Eine wirkliche Lösung dieser Fragen ist auch nur auf der Basis der allgemeinen Verständigung möglich, wozu nicht allein die Abschaffung des Seebeuterechts, sondern auch Schiedsgerichte und Rüstungseinschränkung gehören.

V.

Fordern die deutschen Imperialisten die Freiheit der Meere, so die Imperialisten der Ententemächte die Freiheit der Nationen. Daß ein sonst so tüchtiger Kopf wie M. Kowalewsky von einem Siege Rußlands die Befreiung der Nationen erwarten kann, wäre schier unbegreiflich, wenn man nicht wüßte, welche Verwirrung der unselige Krieg in so vielen Köpfen angerichtet hat. M. Kowalewsky stellt die imperialistische Idee der nationalen entgegen. Das trifft nur in gewissem Sinn zu. Die Ausbreitung des Kapitalismus in Asien und Afrika wird sicherlich auch zum Erwachen des nationalen Lebens in diesen Weltgegenden führen. Hintze hat wohl nicht unrecht, wenn er meint, daß »die Ära der Kolonialherrschaft in Asien und an den Nordküsten von Afrika bald ebenso ihr Ende erreichen wird wie in Amerika und Australien; der frühere Traum von der Beherrschung der Erde durch die weiße Rasse ist durch die Erhebung Japans zerstört worden, und wer weiß, wie bald es vom Osten her klingen mag: Asien für die Asiaten!« Sicher wird der Krieg diese Entwicklung beschleunigen, nicht nur, indem er Japans Stellung in Ostasien befestigt, sondern vor allem, indem er Indien zum Range eines selbständigen Staates früher oder später erheben wird. Hintze meint, daß gerade der englische und der russische Imperialismus die Entwicklung der kleinen und noch rückständigen Völker gehindert hätte. Ganz anders das imperialistische Ideal Hintzes.

»Wenn«, sagt er, »die Notwendigkeiten der Weltwirtschaft und Weltpolitik eine Zusammenfassung größerer politischer Räume verlangen, so denken wir an eine Interessengemeinschaft freier, selbständiger Staaten.... Wir wollen keine Art Weltherrschaft, sondern den Grundsatz der Freiheit und Gleichberechtigung aller Völker der Erde.«

Ein schönes Ideal, das aber im Widerspruch steht zu den Tendenzen der heutigen kapitalistischen Welt. Hintze macht selbst eine Einschränkung: »soweit sie das erforderliche Maß von Gesittung erreicht haben«; wer soll das aber beurteilen? Haben sich nicht alle Autokraten und Despoten darauf berufen, daß die Unterdrückten für die Freiheit »noch nicht reif« seien?

Wie dem aber auch sei, sicher ist, daß der Prozeß der geschichtlichen Entwicklung keineswegs bloß zur Unterdrückung der kleinen Völker führt, vielmehr zur Schaffung von höheren Einheiten, die den kleinen Völkern ihre Selbständigkeit gewähren. Diese ist aber nur im Kampfe gegen die Unterdrückungstendenzen des Kapitalismus zu erreichen. Nicht der Imperialismus, von welcher Art er auch sein mag, wird diese Freiheit und Selbständigkeit der Nationen bringen, sondern der Sozialismus wird dieses Ideal, wie auch die Freiheit der Persönlichkeit, die Freiheit der Meere usw. verwirklichen.

Vergleicht man die Bedeutung beider hier angeführter Sammelwerke, so ist die Arbeit der russischen Professoren sicher gründlicher, die der deutschen aber an Ideen reicher und anregender. Aber erst das Studium der Werke aus verschiedenen Ländern gibt die Möglichkeit, sich durch Vergleichung ein möglichst objektives Urteil zu bilden. In dieser Hinsicht sind sie beide beachtenswert.

1789—1914.

Von O. Blum.

»Mit Worten läßt sich trefflich streiten, mit Worten ein System bereiten«: dieses altbewährte Rezept scheint auch Herrn Dr. Johann Plenge, ordentlicher Professor an der Universität Münster i. W., verführt zu haben. Er hat kürzlich eine historisch-philosophische Abhandlung über die Probleme des Weltkriegs erscheinen lassen, die mit gutem Fuge als eine wahrhaftige Orgie wortreichster Gedankenverwirrung bezeichnet werden kann.[1] Wie heutzutage das üppigste ideologische Unkraut aus den Bedürfnissen des vorherrschenden Zeitwillens emporschießt, kann man an dieser Schrift mit ziemlicher Genauigkeit studieren. Das Denken besorgt die Rechtfertigung — ja selbst die Heiligsprechung! — des Seins mit einer Bereitwilligkeit, die sogar vor dem furchtbaren Odium der Lächerlichkeit nicht zurückschrecken läßt. Herr Dr. Plenge gehört zu der großen, nicht alle werdenden Schar derer, die den gegenwärtigen Weltkrieg als das unmittelbare Vorspiel eines goldenen Zeitalters betrachtet wissen wollen und ihn daher in allen Tonarten lobpreisen. Und so will denn auch unser Verfasser künftiglich in den Erinnerungen der dankbaren Nachkommenschaft als der Erfinder — oder zumindest doch als der Entdecker — der »Ideen von 1914« fortleben. Es sind dieses natürlich ganz eigenartige und unvergleichliche Ideen, und erst in ihrem Lichte bekommt die Weltgeschichte ihre wahrhafte, sozusagen endgültige Begründung. Um diese bahnbrechende und epochemachende Bedeutung der »Ideen von 1914« besonders scharf hervorzuheben, stellt sie Plenge einem anderen weltgeschichtlichen Ideenkomplex gegenüber: dem von 1789. Die beiden »symbolischen Jahre in der Geschichte des menschlichen Geistes« kennzeichnen nach ihm zwei prinzipiell verschiedene Perioden der sozialen Geschichte der Menschheit. Daher sind sie schlechterdings entgegengesetzt und bilden sozusagen zwei grundverschiedene Momente in der Entwicklung der modernen, das ist der bürgerlichen Gesellschaft.

1914 bedeutet die gänzliche Überwindung von 1789. Ein neues weltgeschichtliches Prinzip bricht heran. »Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit, und neues Leben blüht aus den Ruinen....« Welches ist aber dieses neue Prinzip? Worin besteht diese neue »Idee«, deren Realisierung dem Jahre 1914 beschieden sein soll? Plenge antwortet darauf ganz schlicht und bieder: es ist der Sozialismus! Jawohl: der Weltkrieg ist nach Plenge nichts anderes als die erste Kundgebung einer neuen sozialistischen Lebensgestaltung, die nunmehr reif ist und ihrer Verwirklichung harrt. 1789 war Individualismus, 1914 bedeutet Sozialismus: so ungefähr könnte man schematisch den letzten Schluß von Plenges geschichtsphilosophischer Weisheit zusammenfassen. Oder, um mit seinen eigenen Worten zu sprechen: »Das Jahr 1914 bedeutet einen in der Geschichte aller bisherigen Ideenbildungen ganz unvergleichlichen radikalen Szenenwechsel in dem Verhältnis der sozialistischen Idee zur Wirklichkeit.... Gewiß ist unsere Kriegswirtschaft nur ein vorübergehender Lebenszustand unseres Volkes.... Aber sie ist trotzdem die erste wirklich gewordene ‚sozialistische' Gesellschaft, und ihr Geist ist das

[1] 1789 und 1914, Die symbolischen Jahre in der Geschichte der Menschheit. Von Dr. Johann Plenge, ordentlicher Professor an der Universität Münster i. W. Berlin 1916, Verlag von Julius Springer. 175 Seiten.

erste wirklich tätige, nicht bloß unklar fordernde Auftreten sozialistischen Geistes.... So gebar die Selbstbehauptung unserer Nation für die Menschheit die neue Idee von 1914, die Idee der deutschen Organisation, der Volksgenossenschaft, des nationalen Sozialismus.« (S. 82.) Das klingt wahrlich vielverheißend! Schon sind wir bereit, über die kanonendonnernde Wirklichkeit unsere Arme segnend auszubreiten und dem sieghaften Einzug des Sozialismus zuzujubeln; schon begreifen wir die wegwerfende Gebärde unseres Verfassers, der die alten »Ideen von 1789« in die Rumpelkammer der Geschichte als längst überholte Postulate der »individualistischen Epoche« wirft, als es uns — glücklicherweise noch rechtzeitig! — einfällt, sich zu erkundigen, was denn der gelehrte Verfasser eigentlich unter »Sozialismus« verstehe? Bemerkt er doch selbst sehr richtig auf S. 85 seiner Schrift: »Was heißt ‚Sozialismus'? Ein vieldeutiges Wort!« Das ist es in der Tat! Und so wollen wir denn auch, bevor wir den Offenbarungen des Plengeschen »Sozialismus« weiter lauschen, uns über die »Deutung«, die ihm Plenge gibt, noch rasch die erforderliche Klarheit verschaffen. Hier erwartet uns keine gelinde Überraschung! Von allen Merkmalen, die man doch sonst mit dem »Begriff« des Sozialismus zu verbinden pflegt, übernimmt Plenge nur ein einziges: das Moment der Organisation. Alles andere: Aufhebung der Klassenherrschaft, Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln, durchgreifende Demokratisierung des Staates usw. ist ihm, mit Verlaub zu sagen, Wurst. Er setzt den Sozialismus als gleichbedeutend mit dem Zustand einer möglichst weitgehenden Reglementierung des sozialen Daseins. Die bloße Tatsache, daß die staatliche Gewalt zur Erlangung gewisser gesellschaftlicher Vorteile und zur Erreichung bestimmter sozialer Ziele das Leben des einzelnen auf eine genau bedingte Bahn zu lenken vermag, genügt Plenge, um von einem sozialistischen Zustand reden zu dürfen. So billig kam die Geschichte noch nie zum Sozialismus!

Plenge umschreibt die »Ideen von 1914« so: »Das lebenskräftige Ganze von Staat und Wirtschaft, das den einzelnen mit seiner freiwilligen Arbeit ganz in sich aufnimmt und ihm die Eingliederung in das größere Leben, in dem er als mitwirkender Teil zur Geltung kommt, zu seiner eigenen Lust und Freude macht: das ist die Idee von 1914.« (S. 89.) Und dann wieder: »Die innere Idee von 1914 heißt ...: erkenne dich als Glied des Ganzen! Handle aus dem Ganzen! Denn die Organisation ist das geistige Gliederungsganze!« (S. 89.) Wenn es aber mit den Ideen von 1914 wirklich keine andere Bewandtnis hat, so hat es sich wahrhaftig nicht gelohnt, sie noch mit sozialistischem Weihwasser zu besprengen! Das obige Postulat der Angliederung ans Ganze läßt sich wohl ebensogut wie mit dem Sozialismus mit der ersten besten autoritativen Staatsform vereinigen, die zielbewußt darauf ausgeht, die eigene Daseinsberechtigung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu bekräftigen, und der es an der notwendigen Macht nicht gebricht, um das einzelne Individuum zur Unterordnung innerhalb ihres Wirkungskreises zu zwingen. Es wäre ein leichtes, nachzuweisen, daß der Plengesche »Sozialismus« keineswegs irgendein besonders eigenartiges Erzeugnis von »1914« ist, sondern daß er vielmehr stets dort mit einer gewissen automatischen Promptheit in Erscheinung tritt, wo die Gesellschaft sich zur Bekämpfung einer von auswärts drohenden Gefahr zusammentun muß und wo die herrschende Staatsgewalt dazu noch kräftig und lebens-

fähig genug ist, um aus dieser Not eine Tugend machen zu können. Oder, um es kürzer und einleuchtender auszudrücken: der Plengesche »Sozialismus« ist im Grunde genommen nichts anderes als eine stets eintretende Begleiterscheinung des sieghaften Militarismus. Und um bei der geschichtlichen Periode zu bleiben, deren Schatten Plenge selbst heraufbeschwor, wäre zu fragen, ob denn »1789« — das zum Symbol des krassesten Individualismus gemacht wird — nicht ebensogut seine Augenblicke der freudigen »Angliederung ans Ganze«, der opferwilligen »Handlung aus dem Ganzen« gehabt hat wie »1914«? Wann kamen diese »sozialistischen« Augenblicke zur Geltung? Als das Vaterland bedroht ward! Mit anderen Worten: als die Not der Zeit die Menschen zwang — ungeachtet aller grundlegenden Widersprüche und Kontroversen ihres sozialen Zusammenlebens —, ein notdürftig zusammengeleimtes »Ganzes« herzustellen. Den Gegensatz von 1789 und 1914 auf diesem Gebiet konstruieren wollen, heißt also zumindest den geschichtlichen Tatsachen ins Gesicht schlagen. Denn gerade derjenige Umstand, den Plenge als ein besonderes Kennzeichen des »Sozialismus« von 1914 gelten lassen möchte: die »freudige« Eingliederung des »Teil-Ich« ins »Ganze«, ist eines der prägnantesten Merkmale von 1789. Allerdings hat sich inzwischen manches geändert, und was Anno dazumal mehr der Ausdruck eines spontanen Selbsterhaltungstriebs gewesen, ist inzwischen zur wohlberechneten Wirkung des fest zusammengefügten staatlichen Mechanismus geworden. Ob man aber gerade hierin einen besonderen Fortschritt der Idee des »Sozialismus« erblicken kann, ist eine Frage, die keiner weiteren Erörterung bedarf....

Die Plengeschen »Ideen von 1914« wären bestenfalls ein trauriges Wortspiel, und man könnte über seinen »Sozialismus« nach Anführung seines eigenen Geständnisses, daß »die unermüdlichen Apostel der Sozialpolitik und des Staatssozialismus, wie A. Wagner, allen Anspruch haben, unter den Begründern unseres neuen Geistes besonders genannt zu werden« (S. 111), zur Tagesordnung übergehen, wenn es sich dabei nicht noch um eine andere Tendenz gehandelt hätte, deren möglichen praktischen Wirkungen jetzt schon mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten ist. »Es muß in den harten Jahren, die auf den Krieg folgen werden,« schreibt Plenge, »durch die klare Einsicht und durch die Selbstzucht aller Beteiligten langsam und sicher erprobt und gefestigt werden« (S. 122), nämlich das Folgende: »wie alle Teile unseres öffentlichen Lebens sich selbst nach dem Kriege ihren berechtigten Platz zu nehmen und sich gleichzeitig auf ihren angemessenen Platz zu beschränken wissen« (ebenda). Das eben ist des Pudels Kern. Der »Sozialismus« Plenges ins Politische übersetzt ergibt eine Entbehrungspredigt und -lehre, die über die »harten Jahre nach dem Kriege« hinweghelfen und hinwegtäuschen sollen. Das schöne Lied von der bereitwilligen Eingliederung ins »Ganze« (»Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an!«) hat keine andere Bedeutung als diejenige eines mageren Trostes, der die etwaigen Enttäuschungen, die auf eine künftige Bilanz der weltgeschichtlichen Begebenheiten von 1914 kommen dürften, zu versüßen hat. Plenge schweigt sich allerdings vollständig darüber aus, welcher denn der »angemessene Platz« sei, auf den sich zum Beispiel die Arbeiterklasse in seinem »Sozialismus« zu »beschränken« habe. Aber dies läßt sich unschwer erraten. Man bedenke

nur, was er unter »sozialistischen« Errungenschaften des Weltkriegs versteht: »Der Staat mußte tiefer in das Wirtschaftsleben eingreifen und dabei manchen wirtschaftlichen Zusammenhang tiefer erfassen. Die großen Interessen des Wirtschaftslebens, Organisationen der Industriellen, der Landwirte; der Verbände der Arbeiter mußten zu gemeinsamer Arbeit näher an die leitende Stelle herantreten.« (S. 120.) Diese Verquickung der duseligsten Harmonieträume des seligen Bastiat mit den neuesten staatspolizeilichen Erfahrungen spricht beredt genug. Ein »Sozialismus« solcher Art wird dem Arbeiter keine andere Zukunft bieten können als die eines lammfrommen Werkzeugs der staatserhaltenden und profitbringenden Macht. Fügt er sich willig drein: wohlan, dann werden die Ideologen von 1914 seine staatsmännische Klugheit in allen Tonarten preisen. Lehnt er sich aber dagegen auf, nun, dann wird die ganze sozialistische Herrlichkeit der Herren Plenge und Konsorten zum Teufel gehen. Was in beiden Fällen herauskommt, wird wohl eine ebenso grausame Ironie auf die Versprechungen der neuzeitlichen Ideologen des Bürgertums darstellen, wie es vor etlichen hundert Jahren mit den pompösen Verkündungen der damaligen Ideologen des Bürgertums der Fall gewesen ist. Jener Sozialismus, dem seinerzeit Adolf Wagner Pate gestanden hat und den jetzt Plenge zur Konfirmation führen möchte, fällt somit in sich selbst zusammen und bleibt nach wie vor dasselbe, was er stets gewesen: ein Versuch mit unzulänglichen Mitteln, die kapitalistische Produktionsweise dadurch zu verewigen, daß man den Staat theoretisch über die Klassen stellt, ihn aber praktisch um so mehr zum Instrument der »aufgeklärten« Klassenherrschaft macht.[2]

Und nun ist schließlich noch eines der Erwähnung wert. Plenge vertritt die Meinung, daß die »Ideen von 1914« sich mit dem Schlagwort »Organisation« kennzeichnen lassen und daß gerade in diesem Schlagwort die Einzigartigkeit von 1914 bestehe. Dies ist aber eine offensichtliche Täuschung. Die Idee der Organisation ist seit 1789 die Richtungslinie des modernen sozialpolitischen Denkens. Seit den Utopisten gab es schlechterdings keinen einzigen Versuch, die bürgerliche Wirklichkeit zu überwinden, der das Organisationsproblem übersehen hätte. Dieses Problem zum besonderen Merkmal des deutschen Geistes von 1914 machen zu wollen, heißt der Geschichte Gewalt antun. Das Jahr 1789 entstand bereits im Zeichen des Willens zur Organisation, und was die Zukunftspläne seiner Wortführer und Epigonen wie ein roter Faden durchzieht, ist nichts anderes als ein stets wachsender Horror vor der Anarchie der bürgerlichen Produktionsweise. Muß man da noch die Namen Fouriers, Owens, Saint-Simons anführen, um diese unbestreitbare Tatsache zu erhärten? Allen jenen Organisationsbestrebungen ging aber jedes Verständnis für den Klassencharakter der zu lösenden Aufgabe vollständig ab. Sie scheiterten an dem Unvermögen, den Organisationsgedanken in ein richtiges Kausalverhältnis zu den objektiven Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Produktionsweise und zu

[2] Es wäre lehrreich, nachzuweisen, welch tiefe prinzipielle Verwandtschaft zwischen dem Staatssozialismus und dem aufgeklärten Absolutismus besteht, insofern man diese beiden verschiedenen Epochen angehörenden Gebilde als demselben Bestreben entsprungen betrachtet: dem Bestreben, durch machtpolitische Mittel die entschwundene wirtschaftliche Daseinsberechtigung zu ersetzen. Dafür ist hier natürlich nicht der richtige Ort. Es soll dies an anderer Stelle geschehen.

der revolutionären Rolle des Proletariats zu bringen. Wenn dem aber so ist, so muß man erkennen, daß der Plengesche Organisationsgedanke an demselben Gebrechen leidet. Auch bei Plenge wird die »Organisation« nicht als Aufhebung des Klassenstaats, sondern nur als seine Konsolidierung gedacht. Damit sind die »Ideen von 1914« genügend gekennzeichnet. Sie sind nicht nur nicht eine Überwindung der »Ideen von 1789«, wie Plenge es zu dekretieren beliebt, sondern einfach ihre modernisierte und preußisch übertünchte Nachgeburt.

Literarische Rundschau.

Paul Herre, **Weltpolitik und Weltkatastrophe 1890 bis 1915.** Berlin 1916, Ullstein & Co. 271 Seiten. Preis 1 Mark.

Sicherlich ist heute noch nicht die Zeit gekommen, die unmittelbare Vorgeschichte des jetzigen Krieges mit wissenschaftlicher Ruhe und Genauigkeit zu erforschen und darzustellen. Dazu fehlt eine Reihe wichtigster Quellen, dazu fehlt die Freiheit der Forschung und Darstellung, aber auch die Möglichkeit, diesen Ereignissen schon heute mit leidenschaftsloser Voreingenommenheit gegenüberzutreten. Nun mag mancher vielleicht die Ansicht verfechten, daß während der Dauer eines Krieges in den kriegführenden Ländern auch gar kein Bedürfnis nach einer objektiven Darstellung der unmittelbaren politischen Vergangenheit besteht, sondern lediglich das Bedürfnis nach Rechtfertigung des eigenen Standpunktes und Vorgehens. Ist man aber dieser Ansicht, dann ist es nur recht und billig, daß man ihr auch offen Ausdruck gibt und nicht wie Professor Herre das Plädoyer des Sachwalters als das Ergebnis der wissenschaftlichen Forschung hinstellt.

Denn diese populär geschriebene und mit sehr viel historischem Material ausgestattete Schrift Herres ist doch in der Tat nichts anderes als der Versuch einer Rechtfertigung der deutschen Politik. Wie weit ihr dieses Ziel in der Darstellung der Ereignisse und Verhandlungen unmittelbar vor dem Kriegsausbruch und in seinen ersten Stadien gelungen ist, läßt sich heute nicht eingehender erörtern. Doch verhehlt der Verfasser in seiner ganzen Auffassung der Dinge, Personen und Ereignisse keinen Augenblick, welcher Seite seine starken Sympathien gehören. Trotzdem verfällt er, freilich nur an wenigen Stellen, in jenen wüsten Hetzton, der besonders eine Zeitlang gegenüber der englischen Regierung in manchen Kreisen Mode war, doch bemüht er sich, der Persönlichkeit Sir Edward Greys Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, zu zeigen, daß der englische Staatsmann in den kritischen Tagen ehrlich bemüht war, den Frieden aufrechtzuerhalten. Nach Herres Darstellung wären es die kriegslüsternen Elemente in Rußland und Frankreich gewesen, die alle Versuche vereitelten, den Krieg noch zu verhindern. Für Rußland, Frankreich, England und Italien unterscheidet nämlich Professor Herre zwischen den offiziellen Politikern, die immerhin sich vor den Verantwortlichkeiten eines Weltkriegs scheuten, und den gewissenlosen Kriegshetzern, die hinter den Kulissen arbeiteten. Wie gesagt, ist eine Erörterung über diese Ereignisse der jüngsten Vergangenheit und über die Verantwortlichkeiten, die sich aus ihnen ergeben, heute noch nicht möglich; sie ist aber Herre gegenüber auch vielleicht weniger nötig, weil gerade hier die Einseitigkeit seines Standpunktes, wenn auch nicht so stark wie zum Beispiel bei David, aber doch noch immer mit genügender Deutlichkeit überall hervortritt.

Aber auch in der Darstellung der vorausgegangenen politischen und diplomatischen Ereignisse kann Herre nicht beanspruchen, als unparteiischer Forscher betrachtet zu werden. Noch klarer als in seiner Schilderung der deutsch-englischen Beziehungen macht sich dies in der Behandlung der Orient-, besonders der Balkan-

fragen geltend. So weiß er für die gespannten Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien keine andere Begründung anzuführen als russische Verhetzung, »Züchtung einer großserbischen Bewegung« durch Rußland. Von der Bedeutung handelspolitischer und überhaupt wirtschaftlicher Fragen scheint Herre gar nichts zu ahnen. Ist ihm doch zum Beispiel der Imperialismus das jedem Großstaat eigentümliche Bestreben, »zu einem politisch-wirtschaftlichen Körper emporzuwachsen, der seinen mannigfaltigen Bedürfnissen in einem möglichst hohen Maße selbst zu genügen imstande ist«. Das ist ungefähr ebenso weise, wie wenn jemand etwa die Charaktereigentümlichkeiten der heutigen Franzosen aus den Rassenmerkmalen der alten Gallier zu Cäsars Zeiten ableiten will.

Als bezeichnend dafür, wie ungescheut Herre mit zweierlei Maß mißt, sei angeführt, daß er zum Beispiel (S. 89) das österreichische Projekt der Sandschakbahn nach Saloniki als den Versuch »einer wirtschaftlichen Verbindung der Donauländer mit dem ägäischen Küstengebiet« bezeichnet, hingegen das Gegenprojekt einer Verbindung Serbiens mit der Adria als einen Bahnbau, der Rußland »gestattet hätte, unter Benutzung eines Schienenwegs militärisch bis ans Mittelmeer vorzustoßen«.

Es ist zu bedauern, daß die reiche Materialsammlung, die dem Büchlein zugrunde liegt, nicht eine Bearbeitung gefunden hat, die den primitivsten Anforderungen historischer Forschung und Darstellung besser entspricht. G. Eckstein.

Gewerbliche Einzelvorträge. Gehalten in der Aula der Handelshochschule Berlins, herausgegeben von den Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin. Neunte Reihe. Berlin 1915, Druck und Verlag von Georg Reimer. 167 Seiten.

Seit zehn Jahren finden in der Berliner Handelshochschule Vorträge von Fachleuten über die so mannigfachen Zweige der Wirtschaft statt. Wie nicht zu verwundern, sind die Vorträge nicht gleichmäßig gut, lassen gelegentlich die gleichmäßige Erfassung und Darstellung des Allgemeinen und Wesentlichen, was die eigentliche Aufgabe der Theorie ist, vermissen, unterrichten aber in der Regel ganz ausgezeichnet sowohl über die gewerbliche Technik wie über die Bedeutung des Gewerbes in der Volkswirtschaft. Wertvolle Nachweise des einschlägigen Schrifttums vom Büchereiverwalter Dr. Reiche ergänzen die Vorträge, die in jedem Jahre gesammelt erscheinen. Den Arbeiterbüchereien kann die Anschaffung dieser Büchlein warm empfohlen werden, die eine leichtfaßliche und anschauliche Einführung in eine so sehr auf Erfahrung und Tatsachen aufgebaute Wissenschaft wie die Volkswirtschaftslehre bieten.

In der jetzt erschienenen neunten Reihe der Einzelvorträge behandelt Dr. Eberstadt »Wohnungswesen und Städtebau in der neuzeitlichen Großstadt«, Heinrich Grünfeld »Deutschlands Leinenindustrie«, Fritz Berliner »Das Papier, seine Entstehung und sein Verbrauch«, Hermann Hausen »Die Organisation und volkswirtschaftliche Bedeutung des Eierhandels«, Richard Knoblauch »Die Entwicklung des Brauereigewerbes« und schließlich Leonhard Neumann »Die Getreideversorgung in Krieg und Frieden«.

Gerügt sei die schon in der Form lächerliche Propaganda des Brauereidirektors Knoblauch in seinem Vortrag über die Entwicklung des Brauereigewerbes für den Alkoholgenuß. Kant, Goethe, Bismarck und der alte Tacitus werden als Schwurzeugen für seine Unschädlichkeit bemüht. »Es wird wohl niemand die erhöhte Lebensfreudigkeit abstreiten, zu der uns der Genuß eines Glases guten Bieres führt. Unser Kraftgefühl wächst und unser Selbstvertrauen wird gesteigert. Wenn man uns heute im Kriege den Genuß von Bier oder Wein wehren wollte, das Miesmachertum stände in höchster Blüte.« Es wäre keine Schmeichelei, wenn man behaupten wollte, daß die stürmische Tatkraft der guten Leute, die nicht als Miesmacher verschrien sein wollen, vom Genuß von Bier oder Wein abhängt. A. Hofrichter.

Max Haushofer, **Das Volk und sein Staat.** Politik aus dem Nachlaß. Herausgegeben von Artur Cohen, mit einer Einführung von Richard Graf Du Moulin Eckart. München, Verlag von Ernst Reinhardt. Preis 3,50 Mark, gebunden 4,50 Mark.

Dem Verfasser des vorliegenden Buches war es nicht vergönnt, seine Schrift zu vollenden. Der Tod hat ihm die Feder aus der Hand genommen. Das, was nun vorliegt, ist eine sehr elementare Darstellung der politischen Grundbegriffe und tatsachen, etwa geeignet, einem mit politischen Kenntnissen noch nicht belasteten höheren Schüler oder jungen Studenten in die Hand gegeben zu werden, damit dieser mit etwas besserem Verständnis den politischen Teil seiner Zeitung lesen kann.

Als ein Hauptmangel des Buches erscheint es uns, daß die Wechselwirkungen zwischen den Erscheinungen des wirtschaftlichen und des politischen Lebens fast völlig vernachlässigt sind. Was kann dabei herauskommen, wenn man, wie das der Verfasser tut, über die Bedeutung des Rassebewußtseins, der Imponderabilien, des Herdentriebs usw. auf das politische Leben redet, ohne daß man dabei eingehend untersucht, wie weit die genannten Erscheinungen auf wirtschaftliche Ursachen zurückzuführen sind und in welchem Maße sie wieder ihrerseits auf das Wirtschaftsleben und damit auch wieder indirekt auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse wirken? Auch wer nicht Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung ist, müßte doch eigentlich einsehen, daß ein tieferer Einblick in die Tatsachen des politischen Lebens nicht möglich ist, ohne daß der Einfluß der wirtschaftlichen Verhältnisse eingehend geprüft wird.

Soweit sich die Gelegenheit dazu bietet, kommt in dem Buche die gemäßigtliberale Grundanschauung des Verfassers zum Ausdruck. Bemerkenswert sind die Ausführungen, die Haushofer gegen den ja auch jetzt sehr beliebten Gebrauch des lieben Gottes zu Kriegszwecken richtet. Er gibt der allerdings zurzeit vielleicht nicht gerade sehr modernen Anschauung Ausdruck, daß ein Gebet um den Sieg eine Gotteslästerung sei. »Kann denn«, so fragt er, »ein Gott, der menschliche Gebete zu hören vermöchte, so grausam sein, Krieg zwischen Menschen und Menschen zuzulassen?« Nur zustimmen kann man dem Verfasser, wenn er auf den verhängnisvollen Einfluß hinweist, den unsere chauvinistische Presse auf die Beziehungen der Völker ausübt. Die Folgen dieser Hetzarbeit bekommen die Völker jetzt empfindlich genug zu spüren. M. Sachs.

Notizen.

Die Getreidebilanz von »Mitteleuropa«. Nach dem Willen unserer »Berlin-Bagdad«-Enthusiasten soll in der Geschichte des Welthandels mit diesem Kriege ein neuer Abschnitt beginnen. Sie wollen den Balkan und sein kleinasiatisches »Hinterland« zu dem Reservoir machen, aus dem Deutschland und Österreich-Ungarn die Mengen von Nahrungs- und Genußmitteln (und Rohstoffen) zufließen sollen, die die Landwirtschaft dieser beiden Länder nicht oder nicht in genügendem Maße erzeugen kann. Damit soll für den Kriegsfall Vorsorge geschaffen werden, und deshalb soll nicht nur das Reservoir selbst, deshalb sollen auch die Leitungen zu den Verbrauchsorten — die Verkehrswege — »geschützt« sein. Da bietet aus bekannten Gründen der Seeweg nicht genügend Sicherheit, und darum soll dieser Handel auf den teureren, umständlicheren und weniger leistungsfähigen Weg der Eisenbahnen und Binnengewässer geleitet werden. Wie man das machen will, ohne die Verbraucher mit den Mehrkosten zu belasten, ist nicht zu erkennen. Aber vor allem ist es eine noch viel zu wenig geklärte Frage, ob die Länder des nahen Orients denn überhaupt in der Lage sein werden, als Reservoir zu dienen. Was man darüber im allgemeinen hört, das ist meist Zukunftsmusik. Wie steht's jedoch

in der Gegenwart mit der Leistungsfähigkeit der als Reservoir auserkorenen G
biete?

In der internationalen Agrarstatistik sind unter den wichtigeren Getreid
produzenten von den hier in Betracht kommenden Staaten nur Deutschland, Öste
reich-Ungarn, Rumänien und Bulgarien (außerdem noch Serbien) aufgefüh
Diese vier Staaten hatten im Durchschnitt der Jahre 1909 bis 1913 unter Berü
sichtigung der Mehl-Ein- und Ausfuhr zur Deckung des Bedarfs, beziehungswei
zur Verwertung des Überflusses einen Einfuhr- beziehungsweise Ausfuhrübersch
notwendig von:[1]

	Weizen Tonnen	Roggen Tonnen	Hafer Tonnen	Gerste Tonnen	Mais Tonnen
Einfuhrüberschuß:					
Deutschland	1859900	—	67100	3245700	81200
Österreich-Ungarn . . .	287000	36900	—	—	58030
Ausfuhrüberschuß:					
Deutschland	—	671200	—	—	—
Österreich-Ungarn . . .	—	—	31700	167200	—
Bulgarien.	287300	53400	3100	40800	21010
Rumänien	1462100	75300	151300	365400	118460

Deutschland mußte demnach zur Deckung seines Bedarfs erhebliche Meng
Weizen, Gerste und Mais und geringere Mengen Hafer einführen. Dageg
konnte es Roggen ausführen. Österreich-Ungarn bedurfte der Einfuhr vergleich
weise unwesentlicher Mengen Weizen, Roggen und Mais. Es konnte Gerste u
Hafer ausführen. Bulgarien und Rumänien erzeugten von allen fünf Getreid
arten mehr als den eigenen Bedarf. Die Bilanz sieht nun so aus:

	Einfuhr-überschuß	Ausfuhr-überschuß	+ oder —
Weizen	2146900	1749400	— 397500
Roggen	36900	799900	+ 763000
Hafer	67100	186100	+ 119000
Gerste	3245700	573400	— 2672300
Mais	1392300	1394700	+ 2400

Die vier Länder als einheitliches Getreideversorgungsgebiet gedacht erzeug
also mehr Roggen und Hafer, als sie selbst verbrauchen. Dagegen deckt die Pr
duktion von Mais gerade den Bedarf, während die Produktion von Gerste u
Weizen nicht ausreicht. Wollte man den fehlenden Weizen durch den überschüs
gen Roggen und einen Teil der fehlenden Gerste durch den nach Deckung d
Weizenmankos verbleibenden Roggen- und Haferüberschuß decken, so würd
schließlich doch noch 2187800 Tonnen Gerste fehlen.

Dies ist eine Idealbilanz. In der Wirklichkeit haben Rumänien und Bulgari
den größten Teil ihrer Überschüsse an andere Staaten abgesetzt als an die »Ze
tralstaaten«, und diese — besonders Deutschland — sind mit allen Handels- u
Verkehrseinrichtungen auf die Seezufuhren von Getreide eingerichtet. -et

[1] Die Zahlen sind der Arbeit von Dr. A. Schulte im Hofe über »Die We
erzeugung von Lebensmitteln und Rohstoffen und die Versorgung Deutschlands
der Vergangenheit und Zukunft« im Beiheft 1/2 zum »Tropenpflanzer«, Febru
1916, entnommen. (Auch separat bei E. S. Mittler & Sohn, Berlin, V und 1
Seiten, Preis 3,50 Mark.)

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 15 Ausgegeben am 14. Juli 1916 34. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Die Juden im Weltkriege.

Von Jakob Pistiner (Czernowitz).

Ein anderes Gesicht hat der Weltkrieg im Westen, ein anderes im Osten: dort Mittel und Ausdruck unverfälschten Imperialismus, rollt er hier gleichzeitig all die nationalen Fragen auf. Die kriegführenden Staaten haben denn auch diesen Umständen Rechnung getragen, indem sie den Wünschen der Nationen nachzukommen versprachen, um diese für ihre Sache zu gewinnen. Dies hat auch auf die Stellung der Juden im Weltkrieg eingewirkt.

I.

Die Judenfrage ist wohl zweitausend Jahre alt. Nicht sie bildet den Gegenstand dieses Artikels, sondern die Judensache: nicht die theoretische Erörterung, sondern die Schilderung der Wirklichkeit. Der Juden sind gar viele. Da gibt es vor allem solche, die — keine sind. Sie stammen offiziell — wie es damit in Wirklichkeit bestellt ist, wieviel es mit der Rassenreinheit auf sich hat, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden — von jenen ab, die unter dem Namen der Juden zusammengefaßt wurden, haben manche von deren Sitten und Gewohnheiten bewahrt, zum Teil auch gewisse äußerliche religiöse Bräuche, aber im Grunde haben sie längst jüdische Kultur und Sprache abgelegt. Ihre Helden sind nicht die Makkabäer, vielmehr träumten sie in Frankreich von der Revanche und sangen in Deutschland die Wacht am Rhein. Die Juden des Westens und zuweilen auch Juden des Ostens sind national assimiliert. Ihr völliges Aufgehen in die Nachbarnationen ist nur eine Frage der Zeit. Sie für eine jüdische Nation reklamieren wollen, ist lächerlich. Sie sind zum Beispiel ebenso gute und vielleicht auch ebenso rassenreine Deutsche wie so mancher Schreier im alldeutschen Blätterwald. Anders im Osten. Haben sich früher die anderen Nationen vor den Juden abgeschlossen, schließen sich diese heute ohne jene zusammen. Mögen sie auch vielfach die fränkische Kleidung tragen, ihre Besonderheiten und religiösen Eigenheiten längst abgelegt haben, ist es doch ihnen und ihren Nachbarnationen selbstverständlich, daß sie anders sind als diese. Ich will, da ich nur Tatsachen anführe, auf die Gründe hier nicht eingehen. Auf diesem Boden bildeten sich nun verschiedene jüdische Parteien. Außerhalb des Staates standen die Zionisten, die Partei der Kleinbürger und Intellektuellen. Es kann nicht die Aufgabe dieser Abhandlung sein, auf das Wesen dieser Partei hier einzugehen, die wirtschaftliche Forderungen in das Gewand religiöser Erinnerungen kleidete und die nicht einmal eine geschlossene Partei mit einheitlichen wirtschaftlichen Anschauungen war, ja von tiefreligiösen Schichten unter den Juden im Namen der Religion bekämpft wurde — die Rückkehr der Juden nach Palästina dürfe nicht Menschenwerk sein, sondern sei dem Messias vorbehalten. Es sei nur auf

die zahlreichen Abhandlungen in der Neuen Zeit und zuletzt den Artik von L. Rosenmann: »Ostjudenfrage, Zionismus und Grenzschluß« hing wiesen und hier nur folgendes bemerkt: Vom Boden der heutigen Wir schaftsordnung ausgehend und im Grunde konservativ, konnten sich d Kleinbürger und Zionisten keine andere Lösung der Judenfrage in Ruß land vorstellen als die Auswanderung. Statt den Kampf gegen das reakti näre Herrschaftssystem Rußlands aufzunehmen, erklärten sie de russischen Boden den Krieg. Ohne Erfolg, da trotz aller Schwierigkeit weit mehr Juden nach Nordamerika allein auswanderten als bei aller Fö derung nach Palästina. Dieser Umstand und die Notwendigkeit, im Land zu arbeiten, haben eine deutliche Wandlung in der zionistischen Partei b wirkt, sie ist zur jüdisch-nationalen Partei, das ist der des jüdischen Bürge tums geworden und sucht die Mittel des Staates nicht mehr für die Ide logien des Zionismus, sondern für die Bedürfnisse des jüdischen Bürge tums in Bewegung zu setzen. In den nationalen Forderungen nähert s sich merklich denen der Partei des jüdischen Proletariats, dem »Bund« i Rußland und der »Jüdisch«-sozialdemokratischen Partei in Galizien und d Bukowina! Diese steht auf dem Boden des Wiener Programms und i nationaler Beziehung des Brünner und verlangt analoge Anwendung d Forderung nach nationaler Autonomie auf die Juden. Wie diese heute z religiösen Zwecken in Kultusgemeinden vereint werden, sollen sie zur Or nung der nationalen Verhältnisse, das sind Schule, Kunst und dergleich mehr, vereinigt werden. Wobei für die Schule die Sprache der jüdisch Masse, das Jiddisch, Unterrichtssprache sein soll. Tatsächlich gibt es i dieser Sprache bereits eine reiche Literatur, die vielfach ins Deutsche übe setzt ist.

Nun — diese Forderung ist es, welche für die jüdische Nation die en scheidende ist. Wohl gibt es verschiedene Nationen, die *eine* Sprac reden, aber deren staatliche Sonderung auch eine nationale bedingt hat. B den Juden trifft dieser Umstand nicht zu. Von ihnen wird gesagt, sie wäre eine absterbende Nation, die sich nur in Gegenden auf frühkapitalistisch Stufe erhalten kann. Eine absterbende Nation kann keine neue Sprac schaffen, klammert sich an die alte; preist die Helden ihrer Blüte, lebt i deren Geschichte usw. Tatsächlich sprechen die Juden nicht Hebräisch, so dern Jiddisch. Die Masse kennt weder die großen Propheten noch die He den der hebräischen Geschichte. Ihre Überlieferungen sind vielmehr d Getto, die Pogrome, wie man aus den Volksliedern, den Sagen und viele anderen erkennt. Sie haben mit den Hebräern nicht mehr gemeinsam a die Deutschen mit den Germanen; noch weniger, da sie nicht einmal de selben Boden bewohnen und jahrhundertelang im buntesten Völkergemis lebten. Wäre nicht die Besonderheit ihrer Religion und das Getto, s wären längst assimiliert. Aber so wirkten diese beiden Umstände ähnli wie die Abgeschlossenheit des Landvolkes bei den anderen geschichtslo Nationen. Dieses erhält und bildet nationale Besonderheiten aus, bis d fortschreitende Entwicklung und Industrialisierung sie zu Trägern der g schichtlich gewordenen Nation macht. Auch bei den Juden erwachte das n tionale Bewußtsein erst mit der Industrialisierung. Der Gettojude ist nu religiöser Jude, der Proletarier ist es national. Die Juden sind also ein *werdende Nation*.

Was abstirbt, das ist der Gettojude. Er kann nur auf frühkapitalistischer Stufe sich erhalten, er lebt von der Rückständigkeit und — so seltsam es klingen mag — von der Armut seiner Umgebung. Er ist in der Regel bettelarm und unwissend. Die Juden, welche Handel treiben und daneben sich in Gelehrsamkeit üben, sind längst nur Kinofiguren. Ihre Schriftsprache ist ein Kauderwelsch von schlechtem Hebräisch, noch schlechterem Jiddisch und mißverstandenen Worten der Umgebung. In Wahrheit gibt es unter ihnen weit mehr Analphabeten — wenn man von diesem Begriff nicht etwa alle ausscheidet, die bloß einige Buchstaben zeichnen können —, als man annimmt. Diese Gettojuden, die noch einen erheblichen Prozentsatz unter den Juden des Ostens bilden, verlieren mit der kapitalistischen Entwicklung jeden Halt und Erwerb. Aus ihnen werden Bettler, Schnorrer, Zuhälter, aber auch Proletarier neben kümmerlichen Gewerbetreibenden. Sie der wirtschaftlichen Entwicklung anzupassen, das heißt zu Arbeitern zu machen, das ist die Judenfrage, zumal diese Verelendung rascher vor sich geht als die Industrialisierung des Ostens. Inwieweit dieser Prozeß durch den Krieg noch beschleunigt wird, ist in dem bereits angeführten Artikel »Ostjuden« angedeutet.

So sah es also unter den Juden vor dem Kriege aus. Geteilt in die westrussischen Provinzen und Galizien, begannen unter ihnen die Parteien sich zu entwickeln, dabei immer im Kampfe gegen vermeintliche und wirkliche antisemitische Exzesse, als der Weltkrieg sie mit einem Male vor ein neues Fragezeichen stellte.

II.

Wie der Weltkrieg ausbrach, war die erste Empfindung der Juden in Galizien und der Bukowina, es geht gegen das Rußland der Pogrome, der Unterdrückung und Rechtlosigkeit der Juden. Nicht nur, daß dieses Rußland nicht siegen darf, weil sonst auch sie, die bisher, wenn auch nicht faktisch, so doch nach dem Gesetz in jeder Hinsicht gleichberechtigt waren, rechtlos werden müßten — es mußte besiegt werden, um den Nationsgenossen in Rußland zu helfen. Aus diesem Gedankengang heraus dachte man auch an die Bildung eigener Hilfskorps nach dem Muster der polnischen Legionen. Diese Absicht mußte scheitern, die polnischen Legionen waren bei Ausbruch des Krieges schon da, seit 1908 bestanden sie in Form von Schützenvereinen und Turnerorganisationen, die jüdischen hätten erst aus dem Boden gestampft werden müssen. Die polnischen Legionen hatten ein großes Rekrutierungsgebiet, den jüdischen war es mit dem Eindringen der Russen in Ostgalizien genommen. So blieb die Idee eine solche. Der tiefere Grund des Scheiterns der Idee war aber ein anderer; es genügt keineswegs, ein Ziel *gegen etwas* zu haben, man muß auch wissen, *wofür* man kämpft. Die polnischen Legionen kämpften nicht nur gegen Rußland, sondern auch für ein unabhängiges Polen. Die jüdischen hatten kein solches Ziel, denn ihres, das der Demokratie und der nationalen Autonomie, ist in den bestehenden Staaten und im Kampfe gegen die Herrschaftsformen in diesen zu erreichen. Das Ziel der Verteidigung des Vaterlandes war aber in den staatlichen Landsturmformationen ebenso zu verfolgen.

Mit einer Legende wieder räumte die Zeit bald auf, mit der, daß die Juden in Rußland nichts sehnlicher wünschen als die Lostrennung der von ihnen bewohnten Gebiete von Rußland. Die Juden in Rußland sind jedoch

keine homogene Masse. Nicht nur daß die Klassengegensätze unter ihnen sehr stark ausgeprägt sind, sind sie auch nach den Gegenden, die sie bewohnen, verschieden. Im allgemeinen kann man sagen, daß die besitzenden Juden bei Rußland bleiben wollen. Es ist dieselbe Erscheinung wie bei den Polen. Ihnen geht es wirtschaftlich sehr gut, gegen die gesetzliche Rechtlosigkeit hilft ihnen die Bestechung, nationale Bedürfnisse haben sie nicht. So hörte ich wiederholt von den jüdischen Kaufleuten, die in österreichische Gefangenschaft geraten waren, wir hätten die Rechte, sie aber das Geld, und das sei mehr. Bezeichnend ist zum Beispiel, daß, als nach der zweiten Invasion in Czernowitz jüdische Kaufleute aus Kaminiec Podolski, ja Kischinew herkamen, diese die Juden hier wegen der Besetzung der Stadt verhöhnten. Anders die ärmeren Schichten. Unter ihnen gibt es solche, die bei Rußland bleiben wollen, jedoch eine Niederlage Rußlands wünschen, weil sie von dieser eine Verfassungsreform erhoffen: wieder andere, die von der Niederlage Rußlands auch eine Verschlechterung ihrer Lage fürchten — ihrer sind wenige, und wieder solche, die verdrossen in den Kampf ziehen, jedoch in allem und jedem ihre Pflicht tun. Allerdings ist es richtig, daß viele — meist waren es die Gettojuden — sich sehr rasch dem Sieger anbiederten. Daß dem so ist, hat die russische Regierung noch im Kriege selbst durch ihre systematische Verfolgung der Juden, ihre Verdächtigung bewirkt. Wie sie denn auch in den besetzten Gebieten die Juden schrecklich drangsalierte. Insbesondere in den kleinen ostgalizischen Städtchen, wo der Kommandant schrankenlos schalten und walten konnte, ging es scheußlich zu. Aber im großen und ganzen muß man sagen, daß auch bei den Juden das Staatsgefühl sich stärker erwies als das nationale. All die Geschichten von den Massendesertionen jüdischer Soldaten aus der russischen Armee, der allgemeinen Spionage der russischen Juden zu unseren Gunsten sind samt und sonders erfunden. Abgesehen davon, daß dazu keine Gelegenheit war, konnte es auch gar nicht geschehen, weil das Bewußtsein der Zugehörigkeit zum russischen Reiche überwog. Wahr ist, daß unsere Truppen von den russischen Juden, soweit solche noch in diesen Gegenden vorhanden waren, warm begrüßt wurden. Dies, weil diese nunmehr wohl wußten, daß sie nicht mehr von der Scholle vertrieben werden und daß sie während der Dauer des Krieges eine gewisse Sicherheit genießen würden. Über die Wünsche für die Zeit nach dem Kriege besagt dies gar nichts. Dazu kommt, daß nunmehr auch all die rechtlichen Schranken fielen, durch die sie bisher von allen Ämtern ferngehalten worden waren, und daß sie dank der Ähnlichkeit der jiddischen Sprache mit der deutschen die natürlichen Vermittler zwischen den Siegern und den Landesbewohnern werden mußten. Wenn nun überdies die Sieger die jiddische Sprache in der Art anerkannten, daß sie amtliche Bekanntmachungen in dieser Sprache erließen, mußten sie sich auch die Sympathie der national bewußten Juden erwerben. So während des Krieges.

III.

Die Ordnung nach dem Kriege macht den jüdischen Parteien selbstverständlich das meiste Nachdenken. Wie wird es, wie soll es werden? Für sie ist die Frage entschieden, daß sie eine Nation sind. Demgemäß verlangen sie für sich, mag die politische Gestaltung wie immer wer-

den, im Rahmen eines jeden Staates die Anerkennung als Nation. Das ist die nationale Autonomie, ist das Recht und die Pflicht, alle nationalkulturellen Angelegenheiten selbständig und wohl auch auf eigene Kosten zu regeln. Ob und in welchem Maße dies möglich sein wird, läßt sich heute noch nicht sagen, zumal man ja noch nicht weiß, wie sich das Schicksal der westrussischen Gebiete gestalten wird. Hier und in den österreichischen Provinzen Galizien und Bukowina wohnen die Ostjuden. Im kleinsten dieser Länder, in der Bukowina, hat die österreichische Regierung die Juden de facto als Nation anerkannt. Bei der Wahl in den Landtag werden die Wähler nach Nationen gesondert. Nun sind wohl Juden und Deutsche in einem Kataster vereinigt, jedoch wählt dieser Kataster einen Mehrheits- und Minderheitsabgeordneten. Diese Regelung ist eine Halbheit und verfehlt auch den Zweck, da es vorkommt, daß die Juden beide Mandate besetzen, aber auch diese Halbheit ist eine Anerkennung des Prinzips.

Wohl herrscht noch Streit darüber, ob die Juden eine Nation sind. Nach den heutigen Voraussetzungen der Wissenschaft kann dieser Streit gewiß nicht entschieden werden, die Erfahrungen der Zukunft werden ihn lösen. Die jüdischen Parteien wollen nationale Rechte. Sind sie eine Nation, dann werden sie diese ausgestalten können; sind sie es nicht, dann werden die Rechte von selber absterben. Für jeden Fall — und das muß immer betont werden — bedeutet die nationale Autonomie keine Lösung der Judenfrage, da diese sozialer Art ist. Wenn Rosenmann sagt, die Judenfrage könne nur in den Ländern gelöst werden, in denen die Juden wohnen, und das Schicksal der Ostjuden sei von der staatsrechtlichen Regelung der westrussischen Provinzen abhängig, ist meiner Meinung nach die Judenfrage von dem Industrialisierungsprozeß im Osten abhängig. Geht dieser Prozeß rascher vor sich als die Proletarisierung der Bauern, dann bringt er den Juden aus kapitalistischen Bedürfnissen heraus auch in Rußland Freizügigkeit, um Arbeiter zu gewinnen. Und das wird — Prophezeien ist allerdings eine mißliche Sache — wohl der Fall sein, da einerseits die steigenden Lebensmittelpreise die Verelendung des Bauernstandes aufhalten werden, andererseits Rußland große Entwicklungsmöglichkeiten für den Kapitalismus bietet. Vielleicht wird das französische Kapital vom amerikanischen, gewiß teilweise vom einheimischen, den angehäuften Reichtümern der Großgrundbesitzer, abgelöst werden. In jedem Falle hängt das soziale Schicksal der Ostjuden mit dem der Ostvölker überhaupt zusammen, und in dem Sinne ist es richtig, daß es nur in den Ländern gelöst werden kann, in denen die Juden wohnen. Wird der Osten nicht industrialisiert, dann werden nicht nur Juden, sondern alle Ostvölker den Westen überschwemmen. Wenn nun auch in einer Forderung die jüdischen Parteien mit der gesamten Demokratie einig sind, in der nach bürgerlicher und politischer Gleichstellung der Juden in Rußland und Rumänien, ist es nach dem Gesagten klar, daß die politische Gleichstellung — gerade die Geschichte Rumäniens beweist es — Folge sozialer Umwälzungen und der wirtschaftlichen Entwicklung sein kann. Kriege sind wohl Lokomotiven der Weltgeschichte, aber nur dann, wenn die durch sie hervorgerufenen Erschütterungen im Klassenkampf zu erheblichen Umwälzungen ausgenutzt werden, denn letzten Endes können Fortschritte nur im Kampfe der Klassen erzielt werden. Darum können die

jüdischen Sozialdemokraten vom Kriege keine Lösung der Judenfrage e warten; ihr Ziel kann nur sein, daß bei der Neuregelung der staatlich Verhältnisse auch sie von Staats wegen als Nation anerkannt werde Jedes andere Ziel kann nur im Kampfe der Klassen erreicht werden; d der Demokratie zum Beispiel im Kampfe gegen die sehr selbstbewuß jüdische Bourgeoisie.

Elektrizitätsversorgungsmonopol?

Von -etz-

Vor einiger Zeit hat an dieser Stelle Genosse Adolf Braun über die Mö lichkeit eines Elektrizitätsmonopols gesprochen. (Neue Zeit, XXXIII, 1, S. 583 und S. 620 ff.) Er hat festgestellt, »daß die deutsche Elektrotechnik und Elektrizitä versorgung auf höchster Stufenleiter der Konzentration angelangt ist und d meisten anderen Industrien auf niederen Sprossen der Leiter zurückgelassen ha Trotzdem meinte er, es sprächen »eine Reihe sehr bedeutsamer Einwendungen geg die Monopolisierung der elektrischen Fabrikationsindustrie, die wir, wenn au nicht für immer maßgebend, doch für den Augenblick als Hemmungen sehr bedeu samer Art betrachten müssen«. Dagegen erkannte er »ein großes Gebiet der Ele trizität — nicht die Fabrikation, wohl aber die Anwendung der Elektrizität od richtiger gesagt die Zuführung der elektrischen Kraft und des elektrischen Lichts« - als »durchaus monopolreif«. Das Elektrizitätsversorgungsmonopol würde na seiner Ansicht »einen großen technischen Fortschritt, gewaltige Kostenersparni und damit ohne oder nur mit geringfügigen Tariferhöhungen sehr ansehnliche E träge für die Reichskasse schaffen können«.

Genosse Braun hat damit die Frage einer besseren Organisatio der Elektrizitätsversorgung im Zusammenhang mit den Finanzinte essen des Staates zur Debatte gestellt und so ein wichtiges volkswirtschaftlich Problem angeschnitten. Eben diesem Problem ist eine jüngst erschienene Arbe von Dr. Rudolf Fischer in Erfurt — »Die Elektrizitätsversorgung, ihre volk wirtschaftliche Bedeutung und ihre Organisation«[1] — gewidmet. Fischer besprid in dem Hauptteil seines Buches die »Organisation der Elektrizitätsversorgung Ausgangspunkt ist für ihn die Grundauffassung:

> »Die Organisation der Elektrizitätsversorgung muß eine sichere Gewähr d für bieten, daß einem jeden die Befriedigung des Bedürfnisses nach Elektrizi möglich ist; zu dem Zweck ist es eine Notwendigkeit, daß die elektrische Kraft billig wie möglich erzeugt, und daß sie überall, allen Einzelwirtschaften, allen en legenen Gegenden, soweit sie dieser Kraft bedürfen, gesichert und billig zug führt wird.« (S. 62.)

Fischer weist nach, daß dieses Ziel noch lange nicht erreicht ist. Er stellt fe »daß die technischen Fortschritte auf dem Gebiet der Elektrizitätserzeugung u -verteilung eine technische Konzentration in Großwerke un Großnetze verlangen«. Die Stromerzeugung wird heute noch hauptsächlich ve teuert durch den geringen Ausnutzungsfaktor, den die meisten Werke au weisen. (»Ausnutzungsfaktor ist das Verhältnis der wirklich erzeugten Kilowat stunden zu der Zahl der Kilowattstunden, die im Jahre maximal hätten erzeu werden können.«) »Er beträgt im Durchschnitt 15 bis 20 Prozent, im höchsten Fa 48,3 Prozent und geht bei manchen Werken herab bis auf 2,9 Prozent.« Da die Folge davon, »daß der Gesamtkonsum in den Netzen zu gewissen Tageszeit und zu gewissen Jahreszeiten besonders groß und zu anderen Zeiten besonders g

---

[1] Leipzig 1916, A. Deichertsche Verlagsbuchhandlung Nachf. VIII und 129 Preis 3 Mark.

ing ist, daß also die Kurve der Werkbelastung erhebliche Schwankungen aufweist, nämlich ein tägliches Maximum gegen Abend und ein jährliches Maximum m Winter. Diesen sogenannten Spitzenbelastungen muß die maschinelle Anlage des Elektrizitätswerkes mindestens genügen, sie muß sogar noch einen gewissen Prozentsatz Leistung für außergewöhnlichen Bedarf mehr entwickeln können, weil sich die elektrische Energie erst im Augenblick des Bedarfs erzeugen und iefern läßt und nicht, oder bei manchen Stromsystemen (zum Beispiel bei Gleichstrom) nur mit hohen Kosten, auf Vorrat produziert und nach Bedarf abgegeben werden kann.« »Welche Rolle die Spitzenbelastung und die Frage ihrer Abflachung für die Elektrizitätswerke spielt, möge folgende Zusammenstellung zeigen, ie aus einer Belastungskurve eines Großkraftwerkes entommen ist: die Maximalbelastung sei gleich 100 gesetzt, dann ist die Belastung:

	Maximum	Minimum
Für Licht im Sommer	32	3
- Licht im Winter	100	8
- Kraft, im Sommer und im Winter gleich	100	8
- elektrische Bahn, im Sommer und im Winter gleich	100	7

Die Differenz zwischen Maximalbelastung und Minimalbelastung ist also außerrdentlich groß.« Große Werke können sie leichter vermindern wie kleine, weil sie her die Möglichkeit haben, verschiedenartige Konsumentenkreise an ihr Netz anschließen. Wie gewaltig die Selbstkosten durch die größere oder geringere Ausutzung beeinflußt werden, zeigen die folgenden Zahlenangaben.

Wenn pro Jahr auf je ein angeschlossenes Kilowatt abgegeben werden	Dann betragen die Selbstkosten für eine Kilowattstunde
500 Kilowattstunden	45 Pfennig
1000 -	17 -
2000 -	8 -
3000 -	7 -
4000 -	6 -
5000 -	5 -
6000 -	4,5 -
7000 -	4 -
8000 -	3,5 -

»Einen Haupteinfluß auf die Ökonomie haben ferner die Anlage- und ie Betriebskosten des Elektrizitätswerkes samt dem zugehörigen Stromersorgungsnetz.« Auch hier sind die großen Werke am vorteilhaftesten gestellt. Für kleinere Werke belaufen sich die Gesamtanlagekosten, auf 1 Kilowatt Mainenleistung berechnet, auf 1000 bis 1500 Mark, für größere Werke dagegen nur f 500 bis 800 Mark.« Die Kosten des Verteilungsnetzes sind bei großen Werken enfalls relativ geringer als bei kleinen.

Mit der Erweiterung des Aktionsradius der Elektrizitätswerke durch die ochspannungsfernleitungen ist eine neue Möglichkeit der Stromverbilligung entnden. Man kann jetzt das Elektrizitätswerk, also die Stromerzeugungsanlage, eiter vom Stromverbrauchsort entfernen und »die Punkte für seine Niederlassung rücksichtigen, wo ihm die Rohstoffe zum Antrieb der Maschinen am billigsten zuеßen oder wo es natürliche Kräfte findet, die zur Energieerzeugung mit herangezogen werden können«. Das wäre also in der Nähe von Bergwerken, Moorgenden und Wasserkräften. Die Vorteile dieses technischen Fortschritts können er nur große Werke sich zunutze machen, denn die »modernen Hochspannungen d nur durch groß dimensionierte und besonders leistungsfähige Maschinenanlagen erzielen und sind nur für Großnetze verwertbar«.

Ist nun dieser technische Drang zum Großbetrieb entsprechend zur Geltung gemmen? Die Antwort auf diese Frage mag die folgende Zusammenstellung der Zahl

der Werke nach Größenklassen geben. Es betrug die Zahl der Elektrizitätswerke:

	1903	1913	Zunahme	
			absolut	in Prozent
Werke bis 500 Kilowatt	814	3108	2294	282
- von 500 bis 1000 Kilowatt	55	159	104	189
- - 1000 - 2000 -	27	96	69	255
- - 2000 - 5000 -	26	88	62	238
- über 5000 Kilowatt . . .	17	103	86	506
Werke insgesamt	939	3554	2615	278

Während also die durchschnittliche Steigerung der Zahl der Werke 278 Prozen betrug, ist die Zahl der großen Werke mit einer Leistung von über 5000 Kilowat um 506 Prozent gestiegen. Diese Zunahme der großen Werke kommt auch dari zum Ausdruck, daß die durchschnittliche Größe der Werke in dem angegebene Zeitraum von 410 auf 512 Kilowatt gestiegen ist. Das Übergewicht de großen Werke ist aber in Wirklichkeit viel bedeutender, als es so erschein Es wird am besten gekennzeichnet durch die folgenden Zahlen: In den 103 Werke mit je über 5000 Kilowatt Leistung waren 1913 von den insgesamt 2,1 Millione Kilowatt Maschinenleistung 1,56 Millionen Kilowatt installiert. Weniger al 3 Prozent der Werke umfaßten also 1913 rund 75 Prozent der Gesamtmaschinen leistung. Eine Folge dieses Fortschritts ist eine bedeutende Ermäßigung de Erzeugungskosten. Diese betrugen für eine nutzbar abgegebene Kilowatt stunde: 1900 15,75, 1903 12,5, 1906 12, 1909 9,3, 1912 8,5 Pfennig. »Der Aus nutzungsfaktor der Elektrizitätswerke hat sich allein von 1911 auf 1912 von 18, auf 19,1 Prozent verbessert.« Von den Gesamtanlagekosten sind 1910 19,4 Prozent 1912 21,5 Prozent als Gesamteinnahme erzielt worden. Natürlich sind diese Er folge auch in der Preisgestaltung bemerkbar geworden. Die mittleren Ver kaufspreise der Elektrizitätswerke Deutschlands betrugen für die Kilowatt stunde in Pfennig:

	Für Lichtstrom	Für Kraftstrom	Insgesamt
1900	52,4	20,9	34
1903	46,2	19,5	31,4
1906	39,1	17,6	26,5
1909	38,8	17,8	23,8
1912	36,1	14,8	19,5

Die bisher erzielten Fortschritte sind also recht erheblich. Fischer ist aber mi ihnen durchaus noch nicht zufrieden. Er teilt mit, daß von Elektrizitätswerken, di alle Vorteile des Großbetriebs ausnutzen konnten, eine Ermäßigung der Erzeu gungskosten auf folgende Sätze pro Kilowattstunde erzielt worden ist:

Oberschlesisches Elektrizitätswerk	1,85 Pfg.
Westfälisches Elektrizitätswerk in Dortmund . . .	3,2 -
Elektrizitätswerk Mark in Hagen (Westfalen) . . .	3,29 -
- Duisburg	3,6 -
- Waldenburg (Schlesien)	3,82 -

»Einige große Überlandzentralen haben einen Strompreis von 5,8 Pfennig andere von 8 Pfennig für die Kilowattstunde festgesetzt.« Von diesen Mindest erzeugungskosten und Mindestpreisen ist der oben angegebene tatsächliche Durch schnitt noch weit entfernt.

Trotz aller Fortschritte ist es auch erst 17 500 Ortschaften gleich 21 Prozent aller in Deutschland vorhandenen möglich gewesen, Anschluß an die Stromversorgung zu erhalten.

Vor allem beklagt Fischer die unwirtschaftliche Gründung kleiner Werke, die immer noch erfolgt, und die bestehende Zersplitterung der Elektrizitätserzeugung. Er meint: »Hinsichtlich der Konzentration der Elektrizitätserzeugung in Großzentralen sind wir noch weit von dem wünschenswerten Zustand entfernt.« Den gegenwärtigen Zustand macht er unter anderem an folgendem interessanten Zahlenbeispiel klar. Von den deutschen Elektrizitätswerken werden hauptsächlich folgende Spannungen verwendet:

Für Licht		Für Kraft		Für Fortleitung	
Volt	Sie werden verwendet von ... Werken	Volt	Sie werden verwendet von ... Werken	Volt	Sie werden verwendet von ... Werken
110	737	110	301	2000	45
120	247	120	71	3000	156
125	43	150	50	5000	159
127	63	210	96	6000	67
150	42	220	1372	10000	134
220	1443	240	49	15000	89
		380	181	20000	29
		440	347	110000	1
		500	40		

Insgesamt gibt es zwischen 65 und 550 Volt 42 verschiedene Spannungen für Licht, zwischen 65 und 5000 Volt 56 verschiedene Spannungen für Kraft und zwischen 1000 und 10 000 Volt 59 verschiedene Fortleitungsspannungen.

»Privatunternehmer hatten 1911 1590 öffentliche Elektrizitätswerke oder 63,1 Prozent aller öffentlichen Werke im Betrieb. Darunter befinden sich viele kleine und kleinste Werke, aber auch wieder die größten Werke mit den ausgedehntesten Netzen.« Genossenschaftliche Elektrizitätswerke gab es 1911 171, das sind 6,8 Prozent. Kommunale Werke gab es 1911 518 von Stadtgemeinden und 185 von Landgemeinden betriebene, also 20,5 Prozent und 7,9 Prozent. Kommunale Verbandswerke bestanden 1911 22 oder 0,9 Prozent und staatliche Werke 34 gleich 1,4 Prozent.

Sein Urteil über die gegenwärtigen Zustände faßt Fischer (S. 104) in die Worte zusammen:

»Kurz, die Organisation der Elektrizitätsversorgung befindet sich heute in einem geradezu anarchischen Zustand, der sich mit der Gründung eines jeden neuen Werkes und mit jeder Erweiterung nur verschlimmert, der die Erzeugung und Verwertung der Elektrizität unnötig verteuert und nicht die erstrebte allgemeine Verbreitung und Billigkeit gewährleistet.«

* * *

Fischer schließt dies Kapitel mit den Worten: »Dieser Zustand bedarf einer durchgreifenden systematischen Änderung; je länger damit gezögert wird, desto schwieriger und kostspieliger wird es sein, eine Besserung herbeizuführen.« Im Interesse der notwendigen technischen Konzentration der Stromerzeugung und der Verbilligung der Elektrizitätsversorgung begrüßt er die Ausdehnung der Tätigkeit der monopolisierten Elektroindustrie auf dieses Gebiet. Er meint: »Auf diese Weise können kleine Elektrizitätswerke mit geringer Rentabilität nach Bedarf stillgelegt und ihre Netze an vorhandene größere und leistungsfähigere Werke angeschlossen oder als Unterstationen oder Reserveanlagen einem Großnetz angegliedert werden.« »Das ökonomische Prinzip findet mit dieser technischen und wirtschaftlichen Konzentration eine immer vollkommenere Verwirklichung.« Fischer übersieht aber durchaus nicht die Gefahren des wachsenden Einflusses der Elektrokonzerne. Er sagt darüber:

»Die zunehmende wirtschaftliche Konzentration in der Elektroindustrie mac sich ... auch in der Elektrizitätsversorgung bereits geltend, und es haben heu die beiden Elektrizitätsgroßkonzerne, der Siemens-Schuckertkonzern und de A. E. G.-Konzern, bereits einen beträchtlichen Teil der Privatunternehmunge in der Elektrizitätsversorgung in ihre Hände oder unter ihre Kontrolle gebrach Vor allem haben sie gerade in den größten derartigen Unternehmungen eine entscheidenden Einfluß gewonnen. Dieser Einfluß dehnt sich von Jahr zu Ja weiter aus. Das Ziel kann nur die ausschließliche Beherrschung der Krafterze gung und der Kraftverteilung sein, und wenn die Entwicklung in der gleich Richtung fortfährt, ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit ein faktische privatwirtschaftliches Monopol. Bei der großen allgemeinen B deutung der Elektrizitätsversorgung, die eine möglichst billige und weit verbreite Stromlieferung an die Volkswirtschaft verlangt, wird ein solches Mono pol zu einer großen Gefahr; denn der Eigennutz ist das Hauptleitmot aller privatkapitalistischen Unternehmungen, und je weniger diese Unterne mungen in der Befolgung ihrer Tendenzen gehindert werden, desto rücksicht loser kann sich der Eigennutz betätigen und desto höher werden die Gewinne g schraubt, die aus der gesamten Volkswirtschaft herausgezogen werden. . . (S. 81.)

Die genossenschaftliche Form der Elektrizitätsversorgung leh Fischer ab. Einen Fortschritt sieht er nur in den Leitungsgenossenschaften u Ortskonsumgenossenschaften, die als Besitzer des örtlichen Verteilungsnetzes u durch die Zusammenschließung als Großkonsumenten bedeutende Vorteile erziel können.

Fischer ist auch kein Freund der kommunalen Elektrizitätswerk Sie sind »im Durchschnitt nur von mittlerem und kleinem Umfang«. »Ihnen haft daher mehr oder weniger auch alle die technischen und ökonomischen Nachtei der Kleinerzeugungsstationen an.« »Wenn die Städte trotz der Zersplitterung u trotz der Kleinheit ihrer Werke oft noch eine günstige Rentabilität ihrer Wer erzielen, so kann das nur auf Kosten der Stromkonsumenten dadurch mögli sein, daß die Preise in entsprechender Höhe gehalten werden, daß also die Ko sumenten höhere Aufwendungen machen müssen, als es nach Lage des technisch Entwicklungsstandes notwendig wäre.«

»Die Elektrizitätsversorgung ist eben über den enge Kreis der Stadtwirtschaft hinausgewachsen, sie verlangt Gro zentralen und große Verteilungsgebiete.« »Keine wesentliche Verbesserung b deutet es, wenn sich mehrere Gemeinden zum Zweck der Einrichtung und B treibung eines gemeinsamen kommunalen Elektrizitätswerkes zu Verbänden z sammenschließen.« Auch die Form der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung ist nicht ohne Mängel. Vor allem ist in ihnen schwierig »die Ausbalancierung d beiderseitigen, der privaten und der öffentlichen Interessen«. »Die Vertreter d privaten Interessen werden ausschließlich Fachleute sein und werden in der Ve folgung ihres Zieles, der möglichsten Gewinnsteigerung, gemeinsam und einheitl vorgehen.« Dagegen »werden die Vertreter der öffentlichen Interessen ... ni immer einen einheitlichen Faktor bilden ..., sondern es wird die Gefahr besteh daß eine größere oder geringere Zersplitterung unter ihnen eintritt«. »Zwe mäßiger und dem Allgemeininteresse dienlicher würde es wohl sein, wenn die Ve tretung der öffentlichen Interessen statt durch zahllose Gemeinden u Kreise durch eine Organisation größerer Ordnung mit einhe lichen Zielen und Maßnahmen sowie mit sachkundigen und erfahrenen Vertrete erfolgt, welche die Gesamtinteressen des ganzen Volkes zu kennen und zu wahr in der Lage sind:«

»Seiner Natur nach ist das Reich wohl am besten geeignet, in der Ele trizitätsversorgungsfrage die Gesamtinteressen zu erkennen und zu fördern, son

die gemeinwirtschaftlichen Prinzipien zur Geltung zu bringen und die einheitliche und gleichmäßige Versorgung des ganzen Landes in großem Umfang durchzuführen.«

Das Eingreifen des Reiches denkt Fischer sich zunächst so: »Vor allen Dingen muß in sachkundiger Weise und unter Berücksichtigung der Gemeininteressen ein allgemeiner Elektrizitätsversorgungsplan für das ganze Reich ausgearbeitet werden. Dabei ist zu ermitteln, an welchen Orten die Erzeugungskosten der Elektrizität am niedrigsten sein werden.... Die Erzeugungsanlage muß möglichst groß angelegt und mit möglichst leistungsfähigen und ökonomisch arbeitenden Maschinen ausgerüstet werden. Dann bedarf die Anlage der von den Zentralen ausgehenden Hochspannungslinien einer planmäßigen Durcharbeitung; eine gradlinige Führung nach den Hauptbedarfszentren unter Berücksichtigung eines leichten Anschlusses abseitsliegender Gemeinden und Gebietsteile ist dabei anzustreben.« »Benachbarte Netze sind an bestimmten Punkten miteinander zu verbinden, damit eine gegenseitige Aushilfe in Störungsfällen und bei Überlastung erfolgen kann.« »Ein nach solchen Gesichtspunkten aufgestellter theoretischer Elektrizitätsversorgungsplan ist schließlich noch daraufhin zu prüfen, welche der schon vorhandenen Werke und Netze sich in diesen Plan einfügen lassen und welche Teile davon sich für den Gesamtversorgungsplan ausnützen oder ausbauen lassen. Im Interesse der Herabminderung der Kosten für die Durchführung der planmäßigen Versorgung ist auf solche verwertbaren Anlagen möglichst Rücksicht zu nehmen.« »Nun kann der Gesamtplan die Grundlage für die Beurteilung jedes Projekts einer Neugründung und einer Erweiterung von Elektrizitätsanlagen bilden.« »Es muß Handhaben geben, um Projekte..., die in den Versorgungsplan nicht hineinpassen..., zu unterdrücken..., und es muß auch dahin gestrebt werden, daß die schon vorhandenen... ungeeigneten Werke und Anlagen in den zu schaffenden Großanlagen allmählich aufgehen.« Eine solche Handhabe würde der gesetzliche Konzessionierungszwang darbieten.

Zunächst hält Fischer ein Reichsmonopol nicht für das beste Mittel, um diese Aufgaben zu erfüllen. Er kommt zu dem Ergebnis, »daß ein solches Monopol als zukünftiges Ziel wohl anzustreben ist, daß aber der Übergang in den Regiebetrieb allmählich vor sich gehen muß....« »Ein geeignetes Mittel« bietet vorläufig »die Schaffung gemischt-wirtschaftlicher Unternehmungen«. »Indessen soll hier an Stelle der zahlreichen öffentlichen Korporationen (Gemeinden, Kreise) das Reich oder der Staat als einziges und einheitliches öffentliches Mitglied neben die Privatteilhaber treten....«

* * *

Das ist in großen Zügen der Inhalt des sehr materialreichen Buches. Den elektrischen Strom so billig wie möglich und wirklich in jeden — auch den entlegensten — Winkel zu bringen, der seiner bedarf, das ist die Aufgabe, deren Lösung Fischer als die Aufgabe seiner Schrift bezeichnet. Nicht der Frage: Kommunal- oder Privatbetrieb?, die die öffentliche Diskussion seinerzeit beherrschte, gelten seine Ausführungen. Welches ist die beste Art der Elektrizitätsversorgung? Das ist seine Fragestellung.

Und allein von diesem Gedanken, nicht aber von den Finanzbedürfnissen des Reiches, darf sich die Sozialdemokratie leiten lassen, wenn sie einst vor die Entscheidung gestellt wird: Reichs-Elektrizitätsversorgungsmonopol? [2]

[2] Ich verweise hierzu nachdrücklich auf das, was Genosse Kautsky, anknüpfend an die Arbeit des Genossen Braun, im Jahrgang 1914/15, 1, S. 682 und 683 in dem Artikel »Zur Frage der Steuern und Monopole« ausgeführt hat.

Die Kämpfe um Knappschaftsreformen.

Von Linus Scheibe (Bochum).

I.

Mit dem 1. Juli dieses Jahres ist für die Knappschaftliche Rückversicherungsanstalt a. G. in Charlottenburg eine neue Satzung in Kraft getreten, da durch den Krieg eine Reihe kleinerer Kassen direkt gezwungen wurden, sich Rückhalt zu suchen und die größeren Vereine die Notwendigkeit einer Rückversicherung einsehen mußten. Der Vertrag, der bis 1923 unkündbar ist, soll den Vereinen für die nach den Gesetzen zu zahlenden Pensionskassenleistungen, das sind Invaliden-, Witwen- und Waisengelder, Rückversicherung schaffen. Auf Grund besonderer Berechnungen haben die Knappschaftsvereine durch Beiträge Kapital sicherzustellen für die Rückdeckung. Kassen mit mindestens 10 000 Mitgliedern und 400 Mark Vermögen pro Kopf sind auf ihren Antrag davon zu befreien — das ist jedoch nur eine kleine Anzahl, wie wir auf Grund des Vermögensstandes der Knappschaftsvereine sehen werden.

Für die meisten Knappschaftskassen brachte der Krieg eine wesentliche Verschlechterung ihrer Vermögenslage, so daß selbst in Unternehmerkreisen ernste Bedenken über die weitere Entwicklung laut wurden. Mit um so größerer Sorge müssen aber die Arbeiter dieser Entwicklung entgegensehen. Die Möglichkeit einer sehr ernsten Krise ist nicht ausgeschlossen — trotz des Rückversicherungsvertrags. Die Bergarbeiterorganisationen haben sich daher während der Kriegszeit wiederholt mit der Frage befaßt. Ebenso die Arbeitervertreter in den Knappschaften, die Knappschaftsältesten und vorigen Herbst in München die Vorstände der Kassen.

Es gibt in Deutschland noch 111 Knappschaftsvereine mit 1 009 615 Mitgliedern, wovon allein auf Preußen 62 Vereine mit 904 817 Mitgliedern entfallen. Der kleinste Verein (Gottesgabener Knappschaftsverein) hatte 7 (sieben) Pensionsmitglieder, der größte (Allgemeiner Knappschaftsverein Bochum) 357 505 Mitglieder. Nach einer Statistik von Dr. Zimmermann vom Allgemeinen Knappschaftsverein Bochum gab es Ende 1913 zehn Vereine mit noch nicht 50 Mitgliedern.

Beinahe noch schlimmer wie in Preußen ist es in den übrigen Bundesstaaten, wie die amtlichen Statistiken zeigen. Es waren demnach 1913 vorhanden:

	Vereine	Mitglieder
in Sachsen	3	33897
in Bayern	22	13561
in Württemberg	3	2431
im Großherzogtum Hessen	5	2913
im Herzogtum Braunschweig	3	4527
im Herzogtum Sachsen-Meiningen	1	65
im Herzogtum Sachsen-Altenburg	1	4071
im Herzogtum Anhalt	1	5120
im Fürstentum Waldeck	1	114
im Fürstentum Schwarzburg	1	75
in Elsaß-Lothringen	8	38024

Die meisten dieser Vereine sind natürlich infolge der geringen Mitgliederzahl nicht leistungsfähig.

Die ungeheure Zerrissenheit im Knappschaftswesen zeigte folgende Statistik Dr. Zimmermanns, wonach 1913 in Preußen vorhanden waren:

11 Vereine mit mehr als 10 000 Mitgliedern, 9 Vereine mit 5000 bis 10 000 Mitgliedern, 14 Vereine mit 1001 bis 5000 Mitgliedern, 8 Vereine mit 501 bis 1000 Mitgliedern, 9 Vereine mit 101 bis 500 Mitgliedern, 11 Vereine bis zu 100 Mitgliedern.

Dabei muß noch darauf hingewiesen werden, daß die Zahl der Knappschaftsvereine, denen nur wenige Werke angeschlossen sind, oder die sich auf die Arbeiter eines Werkes beschränken, sogar recht groß ist. In Preußen gab es zum Beispiel am Schlusse des Jahres 1912:

5 Vereine mit mehr als 100 Vereinswerken, 7 Vereine mit 51 bis 100 Vereinswerken, 12 Vereine mit 11 bis 50 Vereinswerken, 4 Vereine mit 6 bis 10 Vereinswerken, 4 Vereine mit 5 Vereinswerken, 2 Vereine mit 4 Vereinswerken, 3 Vereine mit 3 Vereinswerken, 2 Vereine mit 2 Vereinswerken, 22 Vereine mit 1 Vereinswerk.

In Bayern waren im Jahre 1913 im Bereich der 22 Knappschaftsvereine nur 45 Werke. Ähnlich ist es in den anderen Bundesstaaten.

Daß die aus dieser Zersplitterung resultierenden Mißstände beseitigt werden, fordern die Bergarbeiterorganisationen aller Richtungen. So wird sich beim nächsten Zusammentreten der Reichstag mit einer Eingabe der vier Verbände (Alter, Christlicher, Polnischer und Hirsch-Dunckerscher Verband) zu befassen haben, in der die baldige Schaffung eines Reichsknappschaftsgesetzes gefordert wird. In mühsamer langjähriger, aber zäher Arbeit hat namentlich der Deutsche Bergarbeiterverband (»Alter Verband« genannt) das Ziel einer Vereinheitlichung des Knappschaftswesens verfolgt. In einem soeben erschienenen Buche[1] zeigt der Verfasser die von den Organisationen bisher unternommenen Schritte in der Richtung der Zentralisierung und weist die Unhaltbarkeit des jetzigen Zustandes nach.

II.

Als Mitte Januar 1905 der Riesenstreik der Ruhrbergleute ausbrach, staunte alle Welt über die Schnelligkeit, mit der der Kampf um sich griff. Die Versuche, ihn auf das Konto »gewerbsmäßiger Hetzer« zu schreiben, mißlangen bald; deutlich zeigte sich, daß tiefliegende Ursachen die Triebfedern bildeten. Eine derselben waren die Mißstände im Knappschaftswesen. Sie schienen allerdings eine nur untergeordnete Rolle zu spielen; wer jedoch länger in Bergarbeiterkreisen täglich verkehrte, der hatte den Groll aufsteigen sehen, welcher durch die sozialpolitischen Mängel immer größer wurde. Das Knappschaftswesen ist bisher Sache der Gesetzgebung in den einzelnen Landtagen. Wie da die Wahlgesetze auf deren Zusammensetzung einwirken, zeigt sich dann wiederum bei den Fragen der sozialen Fürsorge. Je schlechter das Wahlgesetz, desto rückständiger die Sozialgesetzgebung, so daß selbst bei der »Reform« des Allgemeinen Berggesetzes 1905/06 der christliche »Bergknappe« sagte: »Der Preußische Landtag hat den Bergarbeitern Steine statt Brot gegeben.« Das ist bisher nicht anders geworden. Jeder Zoll Boden mußte den Landtagen in harten Kämpfen abgerungen werden. Und wo einige Verbesserungen geschaffen wurden, sind sie den Klassenwahlparlamenten durch Reichsgesetze aufgezwungen

[1] Die Forderungen der Bergarbeiter auf Reformierung des Knappschaftswesens. Herausgegeben im Auftrag des Vorstandes des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands von Georg Wißmann (Bochum). Bochum, Verlag Hansmann & Co. 104 Seiten. Preis 1 Mark.

worden. Dabei sind aber so viel Hintertüren gelassen, daß heute die Bergarbeiter in ihren sozialpolitischen Bestrebungen samt und sonders kein Vertrauen mehr zu der Landesgesetzgebung haben, sondern ihre einzige Hoffnung nur noch auf den aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Reichstag setzen.

Das Knappschaftswesen umfaßt heute die Kranken- und Sterbeversicherung, die Invaliden- und Pensionskassen, Witwen- und Waisenunterstützung. Kranken- und Pensionskasse sind getrennt zu führen. Mitglied de ersteren müssen alle auf dem Werke Beschäftigten sein, während für di Mitgliedschaft bei der letzteren die Voraussetzungen in bezug auf Geschlech Alter und Gesundheitszustand erfüllt sein müssen, die in den verschiedene Kassen verschieden sind. Das aber führt zu ständigen Reibungen. Hinz kommt die ständige Unsicherheit der Kassen wegen Erfüllung der Pflichte und die mangelhaften Leistungen neben tiefeingewurzelten Ungerechtigkeiten. An Zündstoff fehlt es also nicht, trotzdem die Kassen sich de Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung anpassen mußten. Leider i bei der Handhabung der Pensionsbestimmungen den Kassen viel zu vi Spielraum nach landesgesetzlichen Bestimmungen gelassen, so daß unter de Bergarbeitern eine tiefe Unzufriedenheit besteht.

* * *

In sozialpolitischer Beziehung sind die Bergarbeiter in den Bundesstaaten viel zu lange benachteiligt worden. Das hat die sächsische Regierun in ihrem 21. Dekret vom Jahre 1907 zum Entwurf zur Abänderung un Ergänzung des Allgemeinen Berggesetzes selbst zugestanden, indem sie (S. 6 schrieb:

> Am dringlichsten erscheint .... eine umfassende Revisio des sozialpolitischen Teils der sächsischen Berggesetzgebung ... sow über das Knappschaftswesen. Denn auf diesem Gebiet, auf dem Gerechtigkeit un Staatsklugheit ein Zurückbleiben gebieterisch untersagen, ist das heutige sächsisc Recht ... neuerdings durch die Reichsgesetzgebung ... überholt worden. D kein Grund mehr vorliegt, den sächsischen Bergarbeitern die Schutzvo schriften ... länger vorzuenthalten, ist es an der Zeit, die bereits a verschiedenen Landtagen gegebenen Zusagen ... jetzt einzulösen.

Damit gibt diese Regierung zu, daß die Bergarbeiter durch die Landesgesetze schwer geschädigt sind, und gesteht ferner ein, daß durch die Reichsgesetze das Landrecht betreffend Knappschaftswesen »in einer Weis durchbrochen ist, daß es in vielen, höchst wichtigen Beziehungen selbst den Eingeweihten unmöglich wird, mi Sicherheit zu entscheiden, ob das ältere Landrecht ode das neuere Reichsgesetz gilt«. Dabei ist das sächsische Berggese für die Arbeiter noch fortschrittlicher gewesen, als es das preußische od bayerische war.

III.

In Preußen wurde das Knappschaftswesen erstmalig durch Gese vom 3. April 1854 in völlig ungenügender Weise geregelt. Vorher hatten di Bergwerksbesitzer für erkrankte oder verunglückte Bergleute bis zu eine gewissen Grade aufzukommen. Im übrigen bestanden die »Büchsenkasse der Bergknappen, in die erst freiwillige, später regelmäßige Beiträge flosse ebenso auch Geschenke. Die Unternehmer unterlagen einem staatliche

Zwang, und die Arbeiter besaßen ziemlich viel Bewegungsfreiheit, wie Hue [2] ausführlich nachweist. Mit dem Gesetz vom Jahre 1854 erlangten in Preußen die Unternehmer die Bergfreiheit und damit die völlige Macht über Ausbeute und die Arbeiter. Sie bemächtigten sich auch der Knappschaftskassen, und an Stelle der vollen Entschädigungen zahlten sie jetzt nur ein »entsprechendes« Krankengeld für die Dauer der Krankheit. Die Zahl der früher »ständigen« Arbeiter wurde zugunsten der »unständigen« herabgedrückt, wodurch die Unternehmer die Arbeiter weiter in Abhängigkeit brachten. Durch das Allgemeine Preußische Berggesetz von 1865 wurde das Verhältnis immer schlimmer.

Vor dem Inkrafttreten der Reichskrankenversicherung gab es Knappschaftskassen mit vier, sechs oder acht Wochen Krankengeld, das sehr niedrig bemessen war, beispielsweise bei der Wurmknappschaft täglich nur 1,64 Mark betrug! Die Belastung der kleinen Kassen durch die hohen Unfallziffern machte diese noch leistungsunfähiger, und zu den Klagen der Bergarbeiter über zu niedrige Krankenunterstützung gesellten sich nunmehr auch solche über zu niedrige Pensionen, die oft bis auf 6 oder 7 Mark monatlich herabgedrückt wurden, ferner über die völlige Rechtlosigkeit der Arbeiter in den Verwaltungen, trotzdem die Arbeiter mehr — oft bis zu zwei Drittel — Beiträge als die Werkbesitzer leisteten, dann die Schwierigkeit der Pensionierung und die Bevorzugung der Beamten, die vielfach jahrelang und bis auf unsere Tage durch den Werksterror und die öffentliche Stimmenabgabe bei den Ältestenwahlen »Arbeitervertreter« wurden. Auch war die Freizügigkeit ganz unterbunden. Wer von einem Werk oder Revier zum andern ziehen und arbeiten wollte, verlor seine Rechte und die eingezahlten Beiträge bei der alten Kasse und erlangte erst nach jahrelanger Wartezeit, die heute noch meist 250 Wochen beträgt, bei der anderen Pensionskasse wieder das Recht auf Ansprüche.

Dabei jammerten die Unternehmer fortgesetzt über die hohen Belastungen durch die Arbeiterversicherung und erreichten auch in der Tat, daß durch eine Änderung des Preußischen Berggesetzes 1883 die Aufhebung der zweiprozentigen Bergwerkssteuer im Jahre 1895, die zum Beispiel 1904 bei einer Förderung von Kohlen im Werte von 556 Millionen Mark im Ruhrgebiet allein den Unternehmern ein Geschenk von 11 060 000 Mark brachte und seitdem ständig gestiegen ist.

Jahrzehnte haben die Bergarbeiter manchen Leidenskelch bis zur Neige leeren müssen, und diese Mißstände waren es, die schon 1889 mit zu jener gewaltigen Erhebung der Ruhrbergleute führten, dem größten Streik, den bis dahin Deutschland gesehen hatte.

IV.

Wer aber glaubt, daß nunmehr das preußische Dreiklassenparlament sich zu Reformen hätte aufschwingen können, der irrt. Selbst das Inkrafttreten der reichsgesetzlichen Invaliden- und Altersversicherung von 1891 änderte daran nichts, so daß 1892 selbst ein nationalliberaler Abgeordneter, der Werkbesitzer Hammacher, bei der Beratung der Preußischen Berggesetznovelle klagte:

---

[2] Otto Hue, Geschichte der Bergarbeiter. 2 Bände. Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf.

Zu meinem und aller Freunde des Knappschaftswesens lebhaftem Bedauer hat die Gesetzgebung und Verwaltung unseres Landes De zennien lang versäumt, die zur Herstellung eines guten freundschaftliche Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer so überaus geeignete Knappschaftseinrichtungen fortzubilden und fortzuentwickeln.

Die Übermacht der Werksbesitzer im Gegensatz zu ihren Leistungen die ungenügenden Leistungen für kranke und invalide Arbeiter, die Ein schränkung der Freizügigkeit und Rechtlosigkeit der Mitglieder in de Knappschaftsvereinen blieben bestehen. Von »Unständigen« wurden Bei träge erhoben, sie hatten aber keine Anrechte auf Pensionen. Dabei war di Zahl der »Unständigen« oft größer als die der »Ständigen«. Daher wen deten sich diese nun an die Parteien im Reichstag und forderten auf ihre Zusammenkünften die reichsgesetzliche Regelung. Eingehend beschäftigte sic der erste deutsche Berg- und Hüttenarbeiterkongreß vom 10. bis 12. Apri 1898 mit den traurigen Zuständen im Knappschaftswesen. Er verlangte al zeitgemäße Reform die Vereinheitlichung, erhöhte Leistungen, Beseitigun der Anrechnung anderer Renten, Festsetzung eines Dienstalters von fünf undzwanzig Jahren zur Erlangung der Pension, Gleichberechtigung, ge heimes Stimmrecht und Selbstverwaltung. Die Verbandstage der Arbeiter organisationen forderten gleiche Reformen Jahr für Jahr. In Petitionen a Reichs- und Landtage machten die Vorstände die Vertreter auf die Miß stände aufmerksam. Die sozialdemokratischen Fraktionen stellten Anträge um endlich Reformen zu erreichen. Selbst bürgerliche Vertreter schlossen sic an; Bergrechtslehrer wie Arndt, Westhoff und andere und mit ihnen de deutsche Anwaltstag 1899 forderten ein reichsgesetzliches Eingreifen — abe alles half nichts. Am 2. Dezember 1904 vertrat Genosse Sachse nochmal im Reichstag die Reformforderungen der Arbeiterorganisationen eindring lich. Umsonst, alles scheiterte an den bundesrätlichen Beschlüssen. Sechs Wochen später loderten die Flammen im Ruhrgebiet empor, und als Punkt 8 der Arbeiterforderungen finden wir wieder die Forderungen nach Reform des Knappschaftswesens, gemäß dem Programm der Arbeiterorganisationen.

Nach dem Streik verhandelte der Bergarbeiterdelegiertentag vom 28. bis 30. März 1905 in Berlin eingehend auch über die Knappschaftsfrage. Dann kam die versprochene Knappschaftsnovelle. Mit ihr be schäftigte sich am 11. und 12. Februar 1906 in Essen ein zweiter Delegierten tag und stellte dazu in einer 24 Punkte umfassenden Resolution Abände rungsanträge.[3]

Im Laufe der Jahre hatte sich noch ein anderer bedeutender Mißstand herausgebildet. Die Beamten gehören nach den Satzungen den Knapp schaften an, zahlen verhältnismäßig niedrige Beiträge, beziehen höhere Pen sionen, und der Umstand, daß ihre Pensionierung leichter als die der Arbeiter möglich, ihre Reaktivierung dagegen schwerer und ihre Pensionsdauer länger ist, bringt ihre Beitragszahlung zum Rentenbezug in ein schreiendes Mißverhältnis.

Auf dem genannten Delegiertentag hatte ein Delegierter berechnet, daß im Allgemeinen Knappschaftsverein Bochum in den vier Jahren von 1902 bis 1906 nach dem Voranschlag an die beiden Beamtenabteilungen 2770300

[3] Näheres siehe Protokolle der Tagungen. Bochum, Verlag Hansmann & Co. Ferner im selben Verlag: Otto Hue, Mehr Bergarbeiterschutz.

Mark mehr ausgezahlt wie eingenommen wurden. Dabei betragen die Pensionen der Knappschaftsinvaliden in den Arbeiterklassen der Knappschaftsvereine von:

	5 Jahren Mk.	10 Jahren Mk.	20 Jahren Mk.	30 Jahren Mk.
Bochum	114,40	228,80	384,80	481
Niederschlesien	72,—	144,—	276,—	396
Saarbrücken	91,—	182,—	296,40	483
Oberschlesien 5 Klassen .	33 bis 105	66 bis 210	132 bis 420	198 bis 630

Die Witwenpensionen betragen nach 30jähriger Dienstzeit des Mannes durchschnittlich 260 bis 290 Mark. Außerordentlich geschädigt werden durch die Wartezeiten diejenigen Arbeiter, die bei mehrmaligem Arbeitswechsel von einem Revier zum anderen, oft auch beim Wechsel von Werk zu Werk die Wartezeiten noch nicht erfüllt haben. Die Zeit wird ihnen nicht angerechnet bei der Pensionierung. Solcher Wandermitglieder zählten 1913 in 43 preußische Knappschaftsvereine übernommene 28 805 und überwiesene Mitglieder 30 409. Für sie sind die Beiträge meist verloren.

Deshalb traten nunmehr die Arbeitervertreter energisch für eine einheitliche Knappschaftsorganisation und bis zur Durchführung derselben für die Schaffung von Gegenseitigkeitsverträgen ein, um den Bergarbeitern die nach dem Gesetz geschaffene Freizügigkeit ohne Schaden wirklich zu garantieren. Der Mangel daran ist der Grund, warum jeder ernste Reformversuch bisher gescheitert ist. Die Unternehmer haben mit ihren eigenen Kassen die Arbeiter in der Hand! Wer nicht großen Schaden erleiden will, wechselt die Arbeit nicht. Je älter der Arbeiter wird, je länger er auf einem Werk beschäftigt ist, desto größer wird der Schaden für ihn bei Verlust der Arbeitsstelle. Er muß sich Übergriffe der Unternehmer, geringe Löhne, schlechte Behandlung usw. ruhig gefallen lassen. Vom Koalitionsrecht oder der Waffe des Streiks kann er ohne Schaden kaum Gebrauch machen. Er ist jeder Willkür preisgegeben und in ein noch schlimmeres Abhängigkeitsverhältnis geraten wie durch die Werkswohnungen. —

Weder die Knappschaftsnovelle von 1906/07, die 1908 Gesetz in Preußen wurde, noch die Reichsversicherungsordnung von 1913, die am 1. Januar 1914 in Kraft trat, hat entscheidende Wendungen gebracht. Alle Bemühungen der sozialdemokratischen Fraktion, die Wünsche der Bergarbeiter, die sich auf dem außerordentlichen (siebten) Gewerkschaftskongreß 1910 in Berlin, der sich ausschließlich mit der Vorlage zur Reichsversicherungsordnung beschäftigte, zum Antrag Husemann verdichteten,[4] scheiterten an den Widersprüchen der Vertreter der Bundesstaaten mit Preußen an der Spitze. Es haben sich die Krankenkassen in den Knappschaftsvereinen der Reichsgesetzgebung anpassen müssen, so bezüglich der Regelleistung der Krankengeldzahlung, geheime Wahlen usw., aber in den Pensionskassen ist es geblieben wie es war. Dort wird fortgewurstelt, dem Abgrund entgegen, obgleich der Bergarbeiterkongreß 1909 in Berlin noch einmal mahnend hervortrat und das Warnungssignal für den Streik 1912 hißte. (Schluß folgt.)

[4] Siehe Protokoll der Verhandlungen, S. 26, 106 ff. Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Von unserem Bildungswesen nach dem Kriege.

Von Richard Seidel (Berlin).

Die Katastrophe des Weltkriegs läßt nichts Bestehendes unberührt. Leben und Denken des Einzelmenschen sowie Bestehen und Wirken aller gesellschaftlichen Erscheinungen erleben die heftigsten Erschütterungen. Täglich entfaltet der Gang der übermächtigen Weltkrise neue Probleme des geistigen und materiellen Lebens der Völker Europas nach dem Kriege.

Gewaltige Störungen trug der Krieg in das Triebwerk der sozialistischen Internationale. Und nirgends ist das Schürfen und Forschen nach neuem, festerem Grunde, nach neuen Quellen der Kraft und Mitteln des Kampfes notwendiger denn hier.

Obwohl wir den Umlernern vom 4. August und später nicht auf ihrem schiefen abseits vom Sozialismus führenden Wege folgen können, sind wir doch nicht im Zweifel darüber, daß eine ernste kritische Prüfung aller Bestände unserer früheren agitatorischen und organisatorischen Arbeit und politischen Taktik ein dringendes Erfordernis ist.

Für unser Bildungswesen hat Adolf Braun mit dieser Arbeit des kritischen Sichtens den Anfang gemacht mit einer verdienstvollen Abhandlung über »Bildungsprobleme in der Arbeiterbewegung«, die im »Kampf« vom 1. Juni 191 zum ersten Male erschien. Seinem Buche »Gewerkschaften. Betrachtungen und Überlegungen während des Weltkriegs« (Leipzig 1915, Leipziger Buchdruckerei A.-G.) hat er neben vielen anderen wichtigen Arbeiten auch diesen Artikel eingefügt.

Es dürfte kaum daran zu zweifeln sein, daß die proletarische Bildungsarbeit nach dem Kriege neue, erhöhte Bedeutung erlangen muß. Nicht minder sicher ist aber, daß sie von neuem mit starken Widerständen und vielseitigen Schwierigkeiten zu kämpfen haben wird.

Die Erziehung der Arbeiterklasse zu politischem Denken im Geiste des Sozialismus ist weiter zurück, als wir alle glaubten. Die völlige Verwirrung und Ratlosigkeit der Massen zu Anfang des Krieges war noch der geringste Beweis dafür. Jedem, der im Felde war und dort den häufigen Gesprächen der Soldaten über den Krieg und die Politik der Großmächte beiwohnte, wurde der Nachweis für die Richtigkeit des obigen Satzes täglich von neuem und eindringlicher gegeben. Braun hat schon recht, wenn er sagt, daß die Volksschule, die Erziehung durch den Militärdienst und die Dürftigkeiten der bürgerlichen Presse die Quellen sind, aus denen die Massen des arbeitenden Volkes ihr politisches Wissen schöpfen. Und wie tief die daraus gewonnenen Anschauungen, verstärkt durch den unmittelbaren Eindruck der Zeitereignisse, in den Köpfen der Massen wurzeln, zeigt sich auch wieder dem mit erschreckender Deutlichkeit, der das geistige Leben in den Millionenheeren zu beobachten Gelegenheit hatte, vielleicht der Vertraute vieler Kameraden gewesen ist oder noch ist.

Die Massen sind der Sozialdemokratie rein instinktmäßig gefolgt. Nicht einmal das Gefühl der Solidarität war weit über seine primitivste Erscheinungsform, die Solidarität unter den Berufsgenossen in der Gewerkschaft, hinaus entwickelt, denn sonst hätte der Gedanke der Völkersolidarität nie so jammervoll versagen können.

Diese ganz politische Unreife und die in ihr ruhende Gefahr einer neuen Überrumpelung des Verstandes durch Stimmungen und Gefühlsmomente kann nur durch die energische Verbreitung tief angelegter sozialistisch-wissenschaftlicher Erkenntnis gebannt werden. Weg zu diesem Ziel war unsere Bildungsarbeit; diesen Weg müssen wir weiterverfolgen, nachdem wir seine Beschaffenheit sorgsam geprüft haben. Wir müssen daher bedauern, daß die Arbeit Adolf Brauns bisher die einzige Stimme zu diesem Thema war. Wir haben es hier mit schwierigen Pro

blemen zu tun, die, wie Braun nachweist, durch unsere bisherige Arbeit noch lange nicht als gelöst gelten können.

Dagegen irrt Braun, wenn er meint, daß die Probleme unseres Bildungswesens noch nicht einmal von den an diesem Teil unserer Gesamtarbeit in erster Linie beteiligten Genossen erkannt worden sind. Literarische Äußerungen darüber liegen allerdings nur in ganz bescheidenem Umfang vor; eine erschöpfende literarische Behandlung der Fragen hat noch niemand gewagt. Wir können Braun jedoch versichern, daß die von ihm berührten Probleme in Sitzungen und Konferenzen der mit der Sorge um das Bildungswesen betrauten Körperschaften oft erwogen worden sind.

Die Buntheit der Programme vieler Bildungsausschüsse ist mehr das äußere Zeichen dafür als ein Ausfluß hilflosen Suchens und Tastens nach dem rechten Wege, wofür Braun sie ausschließlich zu halten scheint.

Braun betont selbst die Ungleichheit der Vorbildung und geistigen Aufnahmefähigkeit der lernbegierigen Arbeiter. In den Massen der in unsere Vortragsabende gehenden Arbeiter und Arbeiterinnen sind tausend Nuancen der Vorbereitung, des Aufnahmevermögens und der geistigen Regsamkeit vorhanden. Im Ringen unserer Vortragenden mit diesem Hemmnis für einen Unterrichtserfolg liegt, wie Adolf Braun richtig hervorhebt, der Kern des Problems unserer Bildungsarbeit.

Die vielgestaltigen Wünsche der Arbeiter ergeben sich aber nicht nur aus dem unklaren Drange nach einer nebelhaften Allgemeinbildung, wie es nach Brauns Darstellung erscheint. Wir haben in der Tat unter den Arbeitern besonders der Großstädte schon eine stattliche Anzahl, die sich in den Elementen sozialistischen Wissens bereits so sicher fühlt, daß sie ein Recht zu haben glaubt, nach fernerliegenden Stoffen zu greifen.

Dazu kommt ein anderes Moment. Jeder geistig regsame Mensch bedarf der Abwechslung in der geistigen Kost. Auch der Arbeiter, der das tägliche Brot einer besonderen Klassenbildung noch sehr nötig haben mag, lechzt nach monatelangem Umgang mit den sozialistischen Theorien einmal nach einer Gaumenreizung. Und wir erblicken darin nicht nur ein begreifliches Bedürfnis, sondern auch eine Notwendigkeit. Eine gelegentliche Abschweifung gleicht einer Gymnastik des Geistes. Wir haben oft beobachtet, wie sich die Arbeiter nach einer solchen immer wieder dem eigentlichen Mutterboden ihres Wissens mit erhöhtem Interesse zuwenden. Auf diesen Seitenwegen ruhen sie aus und schöpfen neue Kraft.

Die Bildungsprogramme unserer Organisationen in den Großstädten sollen diesem bunten geistigen Verlangen einer großen Masse Rechnung tragen. Danach streben die betreffenden Körperschaften, und von diesem Mühen werden sie auch niemals abgehen dürfen. Selbstverständlich ist aber, daß das eigentliche sozialistische Wissen, das Braun klar umgrenzt hat, immer wieder in den Vordergrund unserer Arbeit gestellt werden muß. Wir werden bemüht sein müssen, jedem Hörer das Seine zu bieten. Und das Problem besteht darin, jeden Arbeiter auch dem Seinen zuzuführen, ihn zu veranlassen, daß er die rechte Diät des Geistes einhalte.

Das wird nicht leicht sein und niemals ganz gelingen. Einen Weg zum Ziele müssen wir aber suchen.

So können wir in unseren Vortragskursen eine Stufenfolge zur dauernden Einrichtung machen, die sich verschiedenen Höhengraden der geistigen Vorbereitung und des Aufnahmevermögens der Arbeiterschaft anzupassen sucht. Bestimmte Kurse müssen sich als sozialistische Elementarschulen ständig wiederholen, andere Zyklen können als für fortgeschrittene Hörer bestimmt gekennzeichnet werden, und für eine weitere Stufe sollten wir in geeigneter Form einen gewissen Befähigungsnachweis verlangen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen aber müssen durch

geeignete Aufsätze in der Presse und durch Vorträge über das Wesen der sozialistischen Bildungsarbeit dazu erzogen werden, ihren Bildungsweg nach diesen Anweisungen der Bildungsprogramme zu gehen. Dieses Mittel ist keineswegs neu kam aber bisher nicht in genügendem Maße zur Anwendung.

Stoff und Umfang unserer Bildungsarbeit nach dem Kriege werden aber nich nur durch unser Wollen und Wünschen, sondern auch von den Zeitbedürfnissen un von der Stimmung und wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse bestimmt werden

Der aus dem Felde zurückgekehrte Arbeiter wird eine gewisse Zeit gebrauchen um sich wieder in den Lebensformen des Friedens zurechtzufinden. Die Intensitä der Fabrikarbeit wird seinen von Strapazen und Entbehrungen geschwächte Körper zunächst mehr als früher anstrengen. Seine wirtschaftliche Lage wird ih aber sehr bald zwingen, aller Ermüdung und dem größten Ruhebedürfnis zum Trotz neben der Berufsarbeit auch noch die Anstrengungen des gewerkschaftliche Vereinslebens auf sich zu nehmen. Gewerkschaftliche Kämpfe werden ihn stark i Anspruch nehmen.

Auch auf dem politischen Kampfboden wird die Arbeiterklasse ihren Man stehen müssen. Der Arbeiter wird ein stark umworbenes politisches Objekt sein denn die Demagogen des Imperialismus wittern seit Kriegsausbruch Morgenluf Um tausend Fragen wird ein heißer Kampf entbrennen. Mithin wird auch da politische Organisationsgetriebe starke Anforderungen an die freie Zeit und di geistige Kraft des Arbeiters stellen.[1]

Das wird ihn zwar um so schneller in sein altes geistiges Milieu zurückführen kann ihn aber auch der eigentlichen Bildungsarbeit für eine gewisse Zeit fern halten. Das müssen wir zu verhüten suchen, indem wir in unseren Arbeitspläne auf die brennenden politischen und wirtschaftlichen Fragen, die der Friedensschlu noch mehr als der Krieg selber aufrollen dürfte, eingehen. Wir brauchen nicht z fürchten, daß wir damit einer verwerflichen Freude am Sensationellen Vorschul leisten, ein Vorwurf, der einem Teil der Bildungsarbeit während des Krieges leider gemacht werden muß. Es liegt vielmehr im Interesse einer zielklare sozialistischen Politik, wenn wir in unseren Vortragsabenden den Fragen der Zei nachgehen.

Der Geist des Arbeiters wird noch stark unter den verwirrenden Einflüsse des Krieges und des Soldatenlebens stehen. Allerlei unklare Empfindungen, di der Krieg im Arbeiter lebendig gemacht hat, können wir nur durch energische Erziehung zu wissenschaftlich-sozialistischem Denken eindämmen. Diese Arbeit dürfe wir uns nicht leicht vorstellen, denn wir haben lange schweigen müssen, und Tausende von Arbeitern haben verlernt, unseren Ideen zu folgen.

Die politischen Kämpfe der ersten Friedensjahre werden aber von einschneidender Bedeutung für das Leben der Völker in Jahrzehnten sein. Will die Sozialdemokratie das Ohr der Arbeiter wiedergewinnen, will sie nicht darauf verzichten, das Völkerschicksal in ihrem Sinne zu beeinflussen, dann muß sie die politischen Zeitprobleme mit dem Lichte wissenschaftlich-sozialistischer Kritik durchleuchten. Ein großer Teil dieser Arbeit kann durch bildende Vorträge verrichtet werden. Hier dient die Bildungsarbeit unmittelbar den Interessen der Gegenwartspolitik.

Aber woher werden wir die Lehrkräfte für diese Arbeit nehmen? Auch diese Frage streift Braun. Er erklärt den Mangel an theoretisch und pädagogisch geschulten Kräften für ein Schwächezeugnis unserer früheren Bildungsarbeit. Wir können ihm darin nicht folgen. Die Ursache für diese sicher unangenehme Erscheinung erblicken wir in der Inanspruchnahme der Fähigsten durch die organisatorische und Verwaltungsarbeit in der Partei, der Gewerkschaft, den Arbeiter-

[1] Braun stellt in anderen Kapiteln seines Buches vortreffliche Betrachtungen über die Psyche des Arbeiters nach dem Kriege an. Sie sollten von den am Bildungswesen mitarbeitenden Genossen mit Aufmerksamkeit gelesen werden.

kretariaten, sowie durch die Tätigkeit im Reichstag und in den zahlreichen Land-gs- und Stadthausfraktionen. Der tägliche Umgang mit dem praktischen Klein-am der Bewegung und die mit solchen Posten meist verbundene große Verant-ortung rauben die Zeit und töten die Freude am theoretischen Denken.

Aus demselben Grunde treffen wir in unseren Reihen so viele Gegner der eoretischen Diskussion und der Diskussion überhaupt, worüber Braun ebenfalls agt.

Auch das vergleichsweise ruhige politische Leben vor dem Kriege hat diese istige Trägheit in unserer Bewegung züchten helfen. Große einschneidende Pro-eme stellte es selten. Für den Hausgebrauch des politischen Alltags aber kamen r mit unserem Wissen aus. Und die Mitglieder- und Wählerzahlen stiegen und egen von Jahr zu Jahr. Wir fanden alles in schönster Ordnung, wir glaubten rtig zu sein.

Auch wir verurteilen mit Braun das Eindämmen der Freude am theoretischen edankenaustausch in der Diskussion. Aber wir möchten doch leugnen, daß im ildungswesen die Diskussion schlechtweg gut und immer notwendig ist. Wenn r die Diskussion in ihrem Werte als Bildungsmittel prüfen ollen, müssen wir ihre verschiedenen Methoden genauer ansehen.

Die meistgeübte, aber weniger gute Art zu diskutieren besteht darin, daß der hrer nach beendetem Vortrag die Hörer auffordert, über seine Ausführungen diskutieren. Dann steht meist ein größerer Komplex von Fragen gleichzeitig r Debatte, und der Lehrer wird es selten verhüten können, daß die Erörte-ngen ins Uferlose zerfließen. Eine solche Debatte bringt mehr Ermüdung als istigen Gewinn.

Ein anderes ist es dagegen, wenn der Vortragende in seine Rede Fragen ein-eut, um dadurch eine Aussprache zu erzielen. Dann behält er sie in der Hand, nn sie lenken und schließen, indem er im geeigneten Augenblick seinen Vortrag rtsetzt. Dazu gehört jedoch große pädagogische Schulung.

Wer sie nicht besitzt, sollte sich damit begnügen, nach dem Vortrag von den rern Fragen stellen zu lassen. Taucht dabei eine interessante Einzelfrage f, dann kann er diese zur Debatte stellen und die Diskussion abbrechen, wenn n der betreffende Punkt genügend erörtert erscheint.

So wichtig die Diskussion ist, was wir Braun gern zugestehen, so notwendig nn auch ihre kluge Begrenzung sein, wenn sie als Lehrmittel dienen soll.

Wenn wir manche von Braun getadelte Erscheinung unserer Bildungsarbeit Schutz nehmen, so wollen wir unser Bildungswesen damit nicht als vollendet d makellos hinstellen. Wir sind uns der Mängel wohl bewußt und wissen, daß r seine Methoden gründlich durchdenken müssen, bevor wir die Arbeit mit ge-igerter Kraft wieder aufnehmen. Aber wir glauben doch, daß unsere bisherigen istungen immerhin einen glücklichen Anfang darstellen, der als Grundlage für ten Ausbau sehr wohl geeignet ist.

Literarische Rundschau.

ustavus Myers, **Geschichte der großen amerikanischen Vermögen.** Berlin, S. Fischer. 2 Bände. XL, 800 Seiten.

Die amerikanische Ausgabe dieses großen, grundlegenden Werkes wurde in Neuen Zeit schon vor vier Jahren ausführlich besprochen. (Fritz Kummer, Die schichte der großen amerikanischen Vermögen, Neue Zeit, XXX, 2, S. 37 ff. d S. 167 ff.) Es ist sehr dankenswert, daß diese bedeutende Arbeit nun auch dem itschen Publikum zugänglich gemacht wird. Leider erfahren wir aus dem Buche ht, wer die Übersetzung gemacht hat, und keine Vorrede teilt uns mit, von lchen Grundsätzen sich der Übersetzer leiten ließ. Das wäre schon deshalb nötig

gewesen, weil die deutsche Ausgabe nicht eine bloße Wiedergabe der amerikan schen ist, sondern einige Änderungen aufweist. So wurden zum Beispiel d Quellenangaben weggelassen, nicht zum Vorteil der wissenschaftlichen Benutzba keit des Werkes. Es ist richtig, daß die neueste Mode der Buchabfassung Fu noten verpönt, aber derartige ästhetische Bedenken sollten für eine wissenscha liche Arbeit nicht entscheidend sein. Die wird doch anders gelesen als ein Roma und nicht bloß gelesen, sondern zu weiteren Arbeiten benutzt, und da sind Quelle angaben sehr wertvoll.

Doch wurden in der deutschen Ausgabe nicht bloß Auslassungen vorgenomme sondern auch Hinzufügungen. Die zwei letzten Kapitel finden sich nicht im amerik nischen Original, eine Darstellung der Laufbahn Carnegies und eine Übersicht d Lage des amerikanischen Proletariats. Eine Andeutung auf S. 676 läßt dara schließen, daß Myers diese wertvollen Kapitel speziell für die deutsche Ausgabe g schrieben hat.

Beiläufig bemerkt, enthält das letzte dieser beiden Kapitel einen statistisch Schnitzer, den der Übersetzer wohl hätte beseitigen können, da er einem deutsch Publikum nicht vorgelegt werden durfte.

Auf S. 745 heißt es:

»Das gesamte jährliche Einkommen von Großbritannien beträgt 950 Million Dollar, das der Vereinigten Staaten 900 Millionen, das **Deutschlands** 1,8 Millionen.«

Danach hätten die 65 Millionen Bewohner Deutschlands ein ebenso groß Einkommen wie die 140 Millionen Großbritanniens und der Vereinigten Staat zusammengenommen, das heißt das Durchschnittseinkommen eines Deutschen wä mehr als doppelt so groß wie das eines Engländers und Amerikaners!

Überdies scheinen hier einige Druck- oder Schreibfehler vorzuliegen. Einzel Zahlen werden richtig, wenn man ihnen eine Null zusetzt, zum Beispiel das jäh liche Einkommen Großbritanniens auf 9500, nicht 950 Millionen Dollar angi Die für Deutschland angegebenen 1800 Millionen würden ungefähr stimmen, we sie nicht Dollar (rund 4 Mark) bedeuteten, sondern Pfund Sterling (rund 20 Mar

Da uns das englische Original der zwei letzten Kapitel nicht zur Verfügu steht, können wir nicht feststellen, ob dem Autor oder dem Übersetzer die Schuld den Versehen zufällt.

Das Erstaunlichste hat sich aber der ungenannte Übersetzer oder der Hera geber in folgendem geleistet. Nicht nur, daß er selbst es unterließ, den Leser einer Vorrede über das Original und die daran vorgenommenen Veränderung zu unterrichten, er ließ auch die Vorrede des Autors selbst fort, die an der Spi der amerikanischen Ausgabe stand, und ersetzte sie durch eine Einleitung aus d Feder Max Schippels.

Myers hatte in seiner Vorrede auf den sozialistischen Charakter seines Werk hingewiesen. Es sollte die »auf die Spitze getriebenen Wirkungen eines Syste zeigen, das auf den Einrichtungen des Privateigentums und der Lohnarbeit b ruht« (S. VI des 1. Bandes der „History of the Great American Fortunes

Schippel versteht es in seiner Einleitung, diesen sozialistischen Charakter einen nationalistischen zu verwandeln. Was bei Myers als eine Kennzeichnung d **Kapitalismus** erscheint, bezeichnet für Schippel nur eine Kennzeichnung d »Besonderheiten der **amerikanischen** Wirtschaftsentwicklung« (S. XVI der deutschen Ausgabe). Und er betont besonders, daß in Europa der »hervo stechendste Reichtum viel weniger mit Schmutz und Korruption besudelt erschein (S. XXXIX).

Dieser für Europa so wohlwollende Optimismus wird bei einem früheren S zialisten erklärlich nur dadurch, daß er entweder vergessen hat, was er wußte, od daß er auf die Unwissenheit seiner Leser rechnet. Der Unterschied zwischen d großen kapitalistischen Vermögen in Amerika und in Europa ist vor allem der, d

re Grundlegung sich bei uns in früheren Zeiten vollzog als in dem jungen Ameka, so daß der Schmutz und die Korruption, mit denen besudelt sie erstanden, ils vergessen sind, teils die Ehrwürdigkeit des Alters erreicht haben. Schippel je wieder einmal nach, was Marx über die ursprüngliche Akkumulation des pitals ausführt. Jene Darstellung schließt mit den Worten:

»Wenn das Geld, nach Augier, mit natürlichen Blutflecken auf einer Backe r Welt kommt, so das Kapital von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut- und mutztriefend.«

Das sagt Marx vom Ursprung der »großen Vermögen« Europas.

Man weise uns aber nicht etwa darauf hin, daß das »olle Kamellen« seien, n denen wir hochstehenden Europäer uns für immer frei gemacht hätten. Wo s Kapital kann, entwickelt es immer wieder die gleichen Tendenzen. Große iege bilden für das Aufkommen und Wachsen großer Vermögen stets einen ır günstigen Boden. Was Europa eben jetzt auf diesem Gebiet erlebt, berechtigt s Europäer durchaus nicht zu pharisäischem Herabblicken auf das korrupte Amea. Wird nach dem Kriege erst einmal eine Geschichte der großen europäischen iegsgewinne geschrieben, so wird sie ein würdiges Seitenstück zum Myersschen uche werden, wenn sie ebenso rücksichtslos abgefaßt ist wie dieses. K. Kautsky.

:. Siegmund Schilder, **Entwicklungstendenzen der Weltwirtschaft.** 1. Band: Planmäßige Einwirkungen auf die Weltwirtschaft. 1912. 393 Seiten groß Oktav. Preis 9 Mark. — 2. Band: Naturfaktoren und soziale Vorgänge in der Weltwirtschaft. 1915. 736 Seiten groß Oktav. Preis 17 Mark. Beide bei Franz Siemenroth in Berlin.

Die angeführte gewaltige Arbeit eines mit den Vorgängen der weltwirtschafthen Entwicklung gut vertrauten Autors, des Sekretärs des österreichischen ındelsmuseums, bietet zweifelsohne viel lehrreiches Material, aber keine theolische Vertiefung der Probleme der Weltwirtschaft. Insbesondere enttäuscht in eser Beziehung der zweite Band, dessen Untertitel seinen Inhalt gar nicht wiederot. Weder die Naturfaktoren noch weniger die sozialen Vorgänge in der Weltrtschaft werden hier behandelt. Es wird hier die Rolle der Rohstoffe und speziell r Tropenwirtschaften im Weltverkehr, sowie die der Monokulturen und einzelner fälliger Momente (»Improvisa«) erörtert. Den weitaus größten Teil des dicken andes machen Anlagen aus, die fast 480 Seiten einnehmen. Das sind einzelne rze Artikel über die verschiedensten Probleme, die nur lose miteinander vernden sind.

Der Hauptgedanke des Autors ist der Beweis der zunehmenden Verflechtung r handelswirtschaftlichen Beziehungen der einzelnen Länder untereinander. Da hilder keine Analyse der treibenden Kräfte der wirtschaftlichen ıtwicklung gibt, sondern bloß die tatsächlichen Vorgänge darstellt, so ist sein Werk geheuerlich groß (ein dritter Ergänzungsband über die Mineralgewinıngen in der Weltwirtschaft folgt noch!), ohne im Grunde genommen nügend überzeugend zu wirken. Es ist richtig, daß er die Argumente der »Skeper hinsichtlich der Weltmarktsentwicklung« im ersten Bande scharf widerlegt d die tatsächliche Ausdehnung der Weltwirtschaft konstatiert —, insofern ist der te Band an Gedanken auch reichhaltiger als der zweite. Solange aber die Urchen und Zusammenhänge dieser Entwicklung nicht zur Darstellung gegen, bleibt die Menge der einzelnen Fälle ohne wirkliche Beweiskraft.

Es ist naturgemäß ausgeschlossen, im Rahmen einer kurzen Buchbesprechung : in zwei Bänden von solchem Umfang behandelten Fragen auch nur kurz zu eisen. Auf ein Beispiel möge hier indes hingewiesen werden, das uns die Art d Weise, wie Schilder seine Thesen verficht, gut beleuchtet. Die Schutzzöllner beupten häufig, der Export nach ausländischen selbständigen Staaten geschehe auf sten der Preise und der Löhne der Arbeiter. Was antwortet ihnen Schilder? Er

verweist auf die Rolle der Banken beim Export, die den Schuldnerstaaten Bed gungen auch beim Bezug der Waren stellen können. Sicherlich eine häufige E scheinung im Welthandel, die aber doch nicht verallgemeinert werden darf. Hä Schilder die Wirkung der Zölle, die fortschreitende Spezialisierung der Indust usw. untersucht, so könnte er leicht beweisen, daß die Zölle nicht von dem au führenden Produzenten, sondern von dem einführenden Konsumenten getrag werden. Aber selbst der sogenannte Schleuderexport der Kartelle drückt keineswe den Profit oder den Lohn, sondern ermöglicht vielmehr die Ausdehnung der Produ tion und erhöht dadurch gerade umgekehrt wenigstens den Profit, mitunter a den Lohn. Wir sehen auch, daß die Dividenden der deutschen Aktiengesellschaf ziemlich hoch sind, höher als beispielsweise in der Schweiz, daß die Kartelle s rasch und mächtig entwickeln, was gar nicht der Fall sein könnte, wenn der Au landsexports (der beim Stahlwerksverband 25 bis 46 Prozent des Gesamtabsat ausmacht) unrentabel wäre.

Im allgemeinen sucht Schilder den Beweis zu erbringen, daß die Zeit des Ho schutzes vorüber sei, und daß die Entwicklung in der Richtung des »wehrhaft Freihandels oder gemäßigten Schutzzolles« verläuft, womit auch recht haben dürfte. Wenn er aber als Ursache der angeblich besonders krie rischen Expansionspolitik Englands dessen unwehrhaften Freihandel darstellt, vergißt er die von ihm selber so betonte Rolle des Expansionskapitals im We bewerb um den Weltmarkt. Die englischen Bankbeziehungen in aller Herr Ländern waren die besten Stützen seines Welthandels.

Im allgemeinen kann man sagen, daß das von Schilder zusammengebrac Material äußerst wertvoll ist, seine volle Verwertung aber erst durch eine weit Verarbeitung erhalten wird.

Anzeigen.

Heinrich Schulz, **Arbeiterkultur und Krieg.** Berlin, Buchhandlung Vorwär 32 Seiten. Preis 25 Pfennig.

Der Verfasser will untersuchen, wie die besonderen Kulturinteressen d deutschen Arbeiter durch den Krieg beeinflußt werden. Er erörtert den Begr Kultur und die Beziehungen der Arbeiter und des Klassenkampfes zu ihr, auch nationale und internationale Kultur, wobei er ausführt, daß »sowohl im Intere der deutschen Kultur als auch im Interesse des internationalen Kulturwettstre die deutsche Sozialdemokratie verpflichtet war, am 4. August 1914 durch die B willigung der Kriegskredite ihr Land gegen die von links und rechts here brechenden Gefahren zu schützen«. Die deutschen Arbeiter waren dazu »in beso derem Maße verpflichtet, weil in der deutschen Kultur schon unzählige und u ersetzliche Werte des eigenen sozialistischen Kulturstrebens der Arbeiter vorhand sind und wirken«. Er schildert die Organisation als Kulturmittel des Sozialism und untersucht dann die Frage, wie der Krieg in seinem Verlauf auf die Kul zurückwirkt; in dem Abschnitt »Klassengegensatz und Klassenkampf nach d Kriege« kommt er zu dem Schlusse, daß in besonderen Kulturaufgaben der A beiter nicht im Wesen, wohl aber in der Art und Weise vielleicht hier und da ei Veränderung zeigen werde. Da, wie er annimmt, die Arbeiterklasse »noch a lange Zeit hinaus im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft wirken muß«, zieht er in dem Abschnitt »Praktische Arbeit als Kulturbetätigung« Schlußfol rungen für die unmittelbare politische Tätigkeit, »ohne uns von der Furcht lähm zu lassen, wir könnten dabei vielleicht gegen alte Überlieferungen, gegen Ges und Rechte verstoßen, die sich leider auch in der Arbeiterbewegung wie eine ew Krankheit forterben«. Zum Schlusse behandelt er die Schulreform als Helferin d Arbeiterkultur und die Arbeiterbildung als Kulturmittel.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 16 Ausgegeben am 21. Juli 1916 34. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Von Radek zu Bethmann.

Von K. Kautsky.

1. Der Klassenkampf gegen England.

Von den verschiedenen Richtungen, die unserer augenblicklichen Fraktionsmehrheit anhängen, ist wohl die kleinste die jener Genossen, die im August 1914 gegen die Bewilligung und im Dezember des gleichen Jahres gegen die Ablehnung der Kriegskredite tobten. Diese Wandlung ist noch niemand verständlich geworden. Der auffallendste, wenn auch nicht bedeutendste unter den Vertretern dieser Richtung hat es jetzt unternommen, in einem besonderen Buche darzutun, warum es taktisch geboten war, am 4. August 1914 die Kriegskredite abzulehnen, und warum das, was damals Vernunft war, nicht erst für die Enkel, sondern schon am 2. Dezember 1914 Unsinn ward.

Mit diesen Darlegungen in seinem neuesten Buche, das den sonderbaren Titel trägt: »Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück«,[1] hat Lensch jedoch gar kein Glück, denn selbst der Kreis seiner Freunde lehnt seine Argumente ab und erklärt sie nicht für beweiskräftig. Sie verheißen nicht, irgendeine Wirkung auszuüben, wir können uns daher in der jetzigen Zeit der Papierknappheit es ersparen, sie näher zu beleuchten.

Es genügt, zu konstatieren, daß Lensch die Bewilligung am 4. August durchaus nicht als selbstverständlich, sondern vielmehr als einen Bruch mit der »bisherigen tatsächlichen Haltung der Partei« betrachtet; daß er weiter findet, durch die Ablehnung hätte unsere Partei das Ansehen des deutschen Namens in der Welt ungemein gefördert, ohne der Verteidigung irgendwie Abbruch zu tun. Wir hätten uns durch die Ablehnung als »die einzige soziale Demokratie erwiesen, die sich treu geblieben ist« (die Russen und Serben existieren für Lensch nicht!), »und dadurch die sozialdemokratischen Parteien Englands und Frankreichs, die die Kredite bewilligten, tief beschämt« (S. 67).

Aber merkwürdigerweise erklärt er sofort darauf, es sei unumgänglich notwendig geworden, uns nicht »treu zu bleiben« und dies »tief beschämende« Verhalten nachzuahmen. Denn »Internationalität beruht auf Gegenseitigkeit«. Diese Gegenseitigkeit verbietet es offenbar, daß die Sozialdemokraten einer Nation den anderen mit gutem Beispiel vorangehen. Sie verbietet es auch, daß die einen ein gutes Beispiel der anderen befolgen, zum Beispiel das der russischen Sozialdemokraten. Die »Gegenseitigkeit« ist bloß ein zwingender Grund für uns, das nachzumachen, was nach Lensch für die Engländer und Franzosen »tief beschämend« ist!

[1] Leipzig, S. Hirzel. XII, 218 Seiten. Preis 2,50 Mark.

Es ist einleuchtend, daß diese Motivierung seines Gesinnungsumschlags nicht einmal den Freunden Lenschs plausibel erscheint.

Doch die Frage der Kriegskredite hat für Lensch noch eine andere Seite. Vom taktischen Standpunkt aus, erklärt er, mußten wir am 4. August die Kredite ablehnen, vom strategischen aus sie bewilligen, gerade deshalb, weil sie einen Bruch mit unseren bisherigen Anschauungen bedeutete. Dieser Bruch war notwendig geworden, um unsere Partei auf eine neue, höhere Basis zu stellen.

So will sein Buch unseren Umlernern die theoretische Begründung geben, die ihnen bisher mangelte.

Die Notwendigkeit des Umlernens soll gegeben sein durch die Fülle neuartiger Tatsachen, die uns der Krieg gebracht hat und die unvereinbar seien mit unseren bisherigen Anschauungen. Wenn man aber diese neuartigen Tatsachen zu wissen verlangt, so erfährt man zu seinem Erstaunen, daß es recht »olle Kamellen« sind, Tatsachen, die vor dem Kriege schon bekannt waren und zum Teil schon Jahrhunderte alt sind, sowie Behauptungen, die vor dem Kriege schon als Tatsachen ausgegeben wurden von den Peus und Kolb und den Schippel und Hildebrand, von Rohrbach und Jaeckh usw. Neu sind bloß die Etiketten, die unsere Umlerner diesen Ladenhütern aufkleben, um sie als eben erst frisch produzierte Ware erscheinen zu lassen.

Nichts weniger als neu sind zum Beispiel die Behauptungen, daß Englands Flotte die See beherrscht, daß es das größte Kolonialreich umfaßt, daß Englands Industrie jeder anderen überlegen sei. Diese Erkenntnisse kamen sicher nicht erst durch den Krieg ans Tageslicht, sie galten eher vor hundert Jahren noch weit mehr als jetzt. Neu aber ist die Etikette, die diesen Verhältnissen gegeben wird: Lensch nennt sie eine »Klassenherrschaft über die Welt«!

Welchen anderen Inhalt hat nun dieser Krieg als den, die englische Klassenherrschaft über die Welt zu stürzen? In diesem Kampfe fühlt sich das ganze englische Volk als die herrschende Klasse der Welt solidarisch. (S. 114.)

Die selbstverständliche Voraussetzung ihrer (der englischen Gewerkschafter) Politik war die Aufrechthaltung der englischen Weltherrschaft, war die Tributzahlung der Welt an England.... Das war der Zustand vor dem Kriege, der in seiner Schroffheit teils unerkannt blieb, teils bemäntelt, vertuscht oder bestritten wurde ... Und in dieser geschichtlichen Situation liegt, vom internationalen Standpunkt aus, die objektive Rechtfertigung für die Haltung der deutschen Sozialdemokratie am 4. August. (S. 116, 117.)

Am 4. August wurden die Kredite für den Krieg gegen Rußland und Frankreich bewilligt, nicht für den gegen England. Wie konnte da dessen »Klassenherrschaft über die Welt« die »objektive Rechtfertigung« für die Haltung der deutschen Sozialdemokratie liefern?

Und dann das »Bemänteln« und »Vertuschen« dieser »Klassenherrschaft«! Mit dem Vorwurf des Bemäntelns ist Lensch auch sonst schnell bei der Hand. Auf S. 22 wirft er unserer Parteipresse unverblümt vor, sie habe in den Jahrzehnten vor dem Kriege die Genossen über das Ausland systematisch »aus Rücksichten der Agitation« falsch unterrichtet (vergl. auch S. 17).

In Wirklichkeit konnte man das, was das Körnchen Wahrheit der Auffassungen Lenschs bildet, schon lange vor dem Kriege in der Parteipresse

ſen. Es war weder unerkannt, noch wurde es bemäntelt. Erſt durch unſere arteipreſſe kam Lenſch auf ſeinen Gedankengang. Er entlehnt ihn einem rtikel, den Engels 1885 in der Neuen Zeit veröffentlichte. Dort hieß es:

Solange Englands Induſtriemonopol dauert, hat die engliſche Arbeiterklaſſe s zu einem gewiſſen Grade teilgenommen an den Vorteilen des Monopols. Dieſe orteile wurden ſehr ungleich unter ſie verteilt; die privilegierte Minderheit ſackte n größten Teil ein, aber ſelbſt die große Maſſe hatte wenigſtens dann und wann rübergehend ihr Teil.[2]

Hier haben wir die Quelle, aus der Lenſch ſchöpfte. Er ſagt dort, wo er n den Vorteilen des engliſchen Induſtriemonopols für die Arbeiter Eng-nds ſpricht:

Ihre privilegierte Minderheit, das heißt die Gewerkſchaftswelt, ſteckte den ößten Teil ein, aber auch die große unorganiſierte Maſſe hatte dann und wann rübergehend ihr Teil. (S. 114.)

Dennoch beſteht ein kleiner Unterſchied zwiſchen Lenſch und Engels. ieſem wäre nicht eingefallen, von einer »Klaſſenherrſchaft Englands über e Welt« zu ſprechen. Um das zu können, muß Lenſch die Engelsſchen usführungen lächerlich übertreiben. Vor allem aber erklärte Engels 85 ſchon:

Das Induſtriemonopol, das England beinahe ein Jahrhundert beſeſſen hat, iſt wiederbringlich gebrochen.

Wollte Lenſch das wiederholen, ſo wäre ſeine ganze feine Argumen-tion ins Waſſer gefallen. Leugnen kann er aber die Tatſache nicht, ſo be-üht er ſich wenigſtens, ſie abzuſchwächen. Er bemerkt widerſtrebend, das duſtriemonopol Englands ſei »in den letzten Jahrzehnten nicht mehr llig unerſchüttert«, aber es iſt ihm noch ſtark genug, daß er meint, »die volutionäre Bedeutung des Weltkriegs« beſtehe in der Erſchütterung der gliſchen »Klaſſenherrſchaft über die Welt« (S. 124).

Tatſächlich hat dagegen Engels 1885 noch weit mehr recht gehabt, als geglaubt. Englands Monopol war damals ſchon in höherem Maße ge-ochen, als er annahm. Es iſt ſeit Jahrzehnten nicht nur verſchwunden, ndern hat zeitweiſe ſogar einem Zuſtand induſtrieller Inferiorität Platz macht — ſo ſehr, daß manche Beobachter vermeinen, England ſei in den ieg getreten, um ſich der überlegenen deutſchen Induſtrie gewaltſam zu vehren. Das engliſche Induſtriemonopol wurde gebrochen ohne jeglichen ieg, gerade in einer Zeit ſteter Ausdehnung des engliſchen Kolonial-chs, ohne jegliche Minderung der engliſchen Überlegenheit zur See — ein utliches Zeichen, daß nicht auf dieſen Faktoren die Blüte der Induſtrie d das Gedeihen der Arbeiterſchaft beruht.

Die »geſchichtliche Situation«, in der Lenſch die »objektive Rechtferti-ng für die Haltung der deutſchen Sozialdemokratie am 4. Auguſt« ſieht, alſo nur ein Produkt ſeiner Phantaſie.

2. Der Individualismus.

Doch Lenſch iſt nicht zufrieden damit, den Krieg zwiſchen Deutſchland d England in einen Klaſſenkampf zu verwandeln, er bringt noch mehr

[2] England 1845 und 1885, Neue Zeit, III, S. 245.

fertig. Er macht aus ihm den Kampf zweier Prinzipien, einen Kampf zw schen dem **Individualismus**, dem Prinzip der Bourgeoisie, das En land vertritt, und der **Organisation**, dem Prinzip der Arbeiterkla (S. VII), das Deutschland vertritt oder, genauer gesagt, Preußen.

In England fand der Individualismus die dauernde Stätte bereitet zur Lösu seiner welthistorischen Aufgabe. »Diese bestand in dem Herausarbeiten eines neu Menschentypus: des freien Einzelmenschen.« Das bedeutete die »Überwindung d Mittelalters.... An die Stelle des **alten Sozialismus** (!) trat der neuze liche Individualismus. Diese Änderung kam naturgemäß dort am klarsten zu Ausdruck, wo die bürgerliche Klasse und der Kapitalismus am frühesten und u beschränkt zur Herrschaft kam: in England.« (S. 167, 168.)

Hat das Bürgertum als Klasse nur in die Höhe kommen können durch Au lösung der alten, sozialen Organisationen und Proklamierung des Individual mus, so kann das Proletariat als Klasse nur in die Höhe kommen durch Schaffu neuer sozialer Organisationen und Proklamierung des Sozialismus. Es verst sich aber, daß der Herausarbeitung dieses neuen, sozialen Prinzips ganz and Schwierigkeiten im Wege stehen in England und Frankreich, wo der Individual mus voll zur Herrschaft gelangt ist und seine reichen Erfolge in allen Farben spie lassen kann, als in Deutschland, wo er niemals unbestritten geherrscht hat, wo Regierung auch heute noch, wenigstens formell, über den Parteien schwebt[3] u wo das Prinzip der Organisation die Grundlage der Staatsentwicklung seit Ja hunderten gewesen ist. (S. 192.)

In seiner »einzigartigen Gesellschaftsverfassung« liegt die »Quelle d einzigartigen Kraft«, die Deutschland heute England gegenüber entwick (S. 142).

Wir sind anders als die anderen Völker. (S. 138.)

Nun steht das individualistische Gesellschaftssystem an den Marken seiner Ta Eine neue Zeit und mit ihr ein neues soziales Ideal zieht herauf: die sozialisie Gesellschaft. **Ihr Degen aber ist Deutschland.** (S. 175.)

Die Sache der Demokratie und des Sozialismus ist unlösbar mit dem Gesch Deutschlands verbunden. Deshalb stimmen wir für die Kredite. (S. 135.)

Dies die neuesten Erkenntnisse, die für Lensch der Krieg eröffnet h Auch hier finden wir aber keine neuen Tatsachen. Es sind vielmehr Tatsachen der letzten Jahrhunderte, auf die er sich bezieht, um den in vidualistischen Beruf Englands und den sozialistischen Deutschlands zu weisen. Neu sind abermals nur seine Etiketten für unsere »einzigartige G sellschaftsverfassung«. Den Mut zu diesen Etiketten brachte ihm erst d Krieg.

Marxistisch ist die Gegenüberstellung von Individualismus und Soz lismus gerade nicht. Man wird sie vergeblich bei Marx suchen. Er verm sie aus guten Gründen. Denn beide sind miteinander nicht vergleichbar. D Sozialismus war für Marx eine neue Produktionsweise. Nicht dem In vidualismus, sondern der kapitalistischen Produktionsweise setzte er ihn e gegen. Der Individualismus bedeutet nichts weniger als eine besond Produktionsweise. Er ist eine recht nebelhafte Vorstellung. Und Len macht sie nicht greifbarer. Einmal bezeichnet er als Individualismus

---

[3] Weniger verschämt heißt es auf S. VIII des Vorworts: »Es **gelang** Preußen der Staatsverwaltung, im Gegensatz zu Frankreich und England, e über den Klassen schwebende Stellung zu bewahren.«

Herausarbeitung des freien Einzelmenschen« (S. 167), dann die »Herrschaft des Einzelmenschen« (S. 191), endlich »die Ungebundenheit der Einzelerson« (S. 207).

Die Herausarbeitung des freien Einzelmenschen bedeutet, daß der einelne sich in seinem Denken auf eigene Füße stellt, daß er aufhört, wie der rimitive Mensch sich bloß durch Instinkte und Gewohnheiten leiten zu ıssen, daß er an deren Stelle die eigene Prüfung setzt. Diese Herausarbeiıng kennzeichnet aber doch nicht gerade das kapitalistische England im bendderen. Sie kennzeichnet einen jeden gesellschaftlichen Zustand, in dem eue, unerhörte Einsichten oder Verhältnisse auftauchen, die unvereinbar sind ıit dem Herkommen. In diesem Sinne ist jede revolutionäre Klasse indiidualistisch, auch das Proletariat.

Mit »Ungebundenheit der Einzelperson« hat das nichts zu tun. Der einelne mag noch so frei und selbständig denken, er bleibt ein soziales Wesen, as nicht für sich allein, sondern nur im Verein mit anderen leben und wiren kann. Einen Individualismus im Sinne der Ungebundenheit der Einzelerson hat es als Gesellschaftszustand nie gegeben und wird es nicht geben. as kapitalistische England ist nichts weniger als ein individualistisches Land ı diesem Sinne.

Endlich aber »die Herrschaft des Einzelmenschen«! Jede Herrschaft setzt ne Knechtschaft voraus! In diesem Sinne ist der Kapitalismus wohl »Inividualismus«, denn er bedeutet die Herrschaft des kapitalistischen Einzelenschen über seine Lohnarbeiter. Doch ist das nicht der erste und einzige Individualismus« in der Welt. Im absolutistischen Rußland finden wir ıch die »Herrschaft des Einzelmenschen« und mitunter recht kräftiger Inividuen, wie Peter I. und Katharina II. Aber diesen Individualismus ıeint Lensch wohl nicht.

Man kann unter Individualismus auch einen Gesellschaftszustand verehen, der nicht nur den Einzelmenschen zu selbständigem Denken veranßt, sondern ihn auch von jeder Abhängigkeit von anderen Einzelpersonen efreit. In diesem Sinne ist jedoch der Individualismus nicht ein Kennichen des Kapitalismus, sondern vielmehr des Sozialismus, der allein ihn ir alle reifen Individuen der Gesellschaft zur Wahrheit machen kann.

So sagt das Kommunistische Manifest von der sozialistischen Produkonsweise:

> An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines eden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.

Es ist demnach nichts verkehrter, als den Individualismus für das 'rinzip des Kapitalismus zu erklären und ihn in Gegensatz zum Sozialisus zu bringen. Dahinter versteckt sich nichts als die Verwechslung von ıdividualismus und freier Konkurrenz der Unternehmer und Händler. Das aber nicht die Ungebundenheit in der ganzen Gesellschaft, sondern ır die auf dem Markt, beim Kaufen und Verkaufen, und ist nicht die reiheit von Individuen, sondern von Unternehmungen, von Orgaisationen. Es ist eine Freiheit, die auf Verhältnissen starker ökonoischer Abhängigkeit beruht. Endlich ist es eine Ungebundenheit, die nicht en gesamten Kapitalismus, sondern nur eine seiner Phasen kennzeichnet.

Der fortschreitende Kapitalismus drängt die freie Konkurrenz immer me zurück, setzt an ihre Stelle immer mehr die Organisation des Marktes, nun neben die Organisation der Unternehmung tritt, die den industriell Kapitalismus seit jeher kennzeichnet. An seinen Ausbeutungsverhältnis mindert sich dadurch nichts. Man sieht, die Etikettierung des Gegensatzes v Kapitalismus und Sozialismus als Gegensatz von Individualismus und ganisation bringt uns nicht neue Erkenntnis, sondern heillose Konfusi Aber freilich, was würde aus Lenschs schönen Konstruktionen ohne di Konfusion?

3. Die Organisation.

Nicht besser wie mit dem Individualismus als Prinzip der Bourgeoi steht es mit der Organisation als Prinzip der Arbeiterklasse. Sicher deutet der Sozialismus Organisation. Nur durch Organisation kann das Proletariat befreien. Aber das besagt doch nicht, daß jede Organisati eine Befreiung des Proletariats bedeutet!

Eine jede größere Menschenmenge kann auf die Dauer nur zusamme wirken und kann planmäßige Wirkungen nur dann erzielen, wenn sie ganisiert ist. Die Wirkungen einer unorganisierten Masse können un Umständen ungeheuer groß sein, aber sie sind unberechenbar und vorüb gehend, wenn nicht eine Organisation sie leitet.

Das gilt für jedes Wirken einer größeren Menschenmenge. Es ma dabei keinen Unterschied, ob sie ihren eigenen Zwecken dient oder fremd Nicht nur die Befreiung, sondern auch die Ausbeutung des P letariats kann ohne Organisation nicht stattfinden. Gerade der Kapitalism als Methode der Massenproduktion beruht nicht auf dem »Individual mus«, auf der Selbständigkeit der Produzenten, sondern auf ihrer Organi tion. Er organisiert die Arbeiter in den Großbetrieben, er organisiert Kapitalien durch Banken, Aktiengesellschaften und Unternehmerverbän

Eines der frühesten, vielleicht das früheste Zusammentreten groß Menschenmassen zu planmäßigem Wirken vollzieht sich im Kriege. D Kriegswesen beruht von vornherein auf der Organisation, und zwar straffster Organisation mit eiserner Disziplin, denn es geht dabei um Leb und Tod. Das Kriegswesen bildet den schroffsten Gegensatz zum »Individu lismus«.

Wenn Lensch den Beruf Deutschlands oder vielmehr Preußens für Organisation verkündet, so leitet er ihn auch ab von der Bedeutung, die d Kriegswesen dort erlangt hat.

Die Eigenart Preußens besteht darin, daß seine geographische Lage u seine Geschichte seinen Lenkern das Bedürfnis, als Großmacht aufzutrete früher eingaben, ehe es eine war. Das preußische Staatswesen fühlte s daher gedrängt, im Verhältnis zur Ausdehnung seines Landes eine w größere Armee aufzustellen als die anerkannten Großmächte. Um dies m seiner armen, geringfügigen Bevölkerung leisten zu können, mußte es a anderen Aufgaben hinter denen der Armee zurückstehen lassen, wurde d ganze Staatsleben, das ganze Trachten und Sinnen der Bevölkerung, weit es vom Staate beeinflußt wurde, auf das Kriegswesen konzentrie Dadurch, durch seinen Militarismus, wurde Preußen das auserwähl Volk der Organisation. Das erkennt auch Lensch an:

Die gleiche Ursache, die aus Preußen den »Militärstaat« machte, machte ihn auch zum »Staate der Organisation«. (S. 150.)

Das ist nun freilich keine neue Erkenntnis. Neu ist aber, daß Lensch die Höhe der militärischen Organisation zum Maßstab macht, mit dem er die Höhe der ganzen sozialen Organisation und damit auch gleich der gesellschaftlichen Entwicklung mißt. Dieser famose Gedankengang ist der ihm eigentümliche, aber auch für ihn entscheidende. So erzählt er uns, wie in Preußen und unter seiner Führung in Deutschland durch den Einfluß des Militarismus der kapitalistische Individualismus gehemmt und überwunden wurde. In England siegte dieser dagegen und blieb bestehen und mit ihm die »individualistische« Militärverfassung, die nicht auf dem Zwang, der Wehrpflicht, sondern auf der freiwilligen Anwerbung beruhte:

Als der Weltkrieg begann, trat für viele überraschend die militärische Rückständigkeit Englands offen zutage: in den größten aller Kriege, in dem Millionenarmeen aufeinanderprallten, trat die größte Weltmacht dieses Planeten ein mit einer regulären Armee von 180 000 Mann.

Nun ist aber die Militärverfassung der sicherste Prüfstein für den Charakter eines Landes, und in der Tat ging aus nichts die inzwischen eingetretene Rückständigkeit der englischen Sozialverfassung so deutlich hervor wie aus der Rückständigkeit seiner Militärverfassung. (S. 172, 173.)

Wie rückständig muß aber erst das Hundertmillionenvolk sein, das die Vereinigten Staaten bewohnt und das zur Zeit des jüngsten Kriegsausbruchs gar nur über eine Armee von 100 000 Mann verfügte!

Wie viel höher steht dagegen die »Sozialverfassung« Rußlands, das schon im siebzehnten Jahrhundert, unter Peter I. dem »Individualismus« im Heerwesen entsagte und an Stelle des Werbesystems den Wehrzwang setzte, dabei damals schon der Armee eine größere Ausdehnung gab, als sie die englische 1914 besaß! Und das moderne System der allgemeinen Wehrpflicht nach preußischem Muster wurde in Rußland schon 1874 eingeführt und dort das größte Massenheer der Welt geschaffen, dessen Friedensstand schließlich 1 300 000 erreichte. Wie hoch steht doch, an diesem »sichersten Prüfstein« geprüft, die russische »Sozialverfassung« über der rückständigen Englands und Amerikas!

Nachdem so durch die Etikette der Organisation Militarismus und Sozialismus in engste Verwandtschaft miteinander gebracht sind, ist der letzte Schritt leicht: Wer für den Sozialismus arbeiten will, muß für den Militarismus arbeiten. Der Sieg der deutschen Armeen ist nun ein Sieg des Sozialismus, ist eine soziale Revolution, oder vielmehr ist *die* soziale Revolution, ist jene soziale Revolution, die das Kommunistische Manifest ankündigte. Wer das nicht einsieht, ist eben »festgefahren in bestimmten, überlieferten Gedankengängen«, huldigt »verstaubter Dogmengläubigkeit«, wie Cunow im »Hamburger Echo« in zwei langen Verherrlichungen des Lenschschen Buches auseinandersetzt, des »besten«, wie er versichert, das über die Bedeutung des Weltkriegs für die deutsche Sozialdemokratie geschrieben worden.

In der Tat, konnte man diese Bedeutung besser und freier von aller »verstaubten Dogmengläubigkeit« kundtun als in dem Vorwort des Buches? Dort heißt es:

In diesem Kriege vollzieht sich die deutsche Revolution ... An der Spitze der deutschen Revolution steht Bethmann-Hollweg. (S. IV.)

Das klingt wie der Gipfel der Narrheit und scheint mir doch das ehrlichste Wort im ganzen Buche zu sein. Denn der Satz: »An der Spitze der deutschen Revolution steht Bethmann-Hollweg« bekommt einen Sinn nur als eine Umschreibung des Satzes: »Im Lager Bethmann-Hollwegs steht Lensch, der sich noch immer als Revolutionär gebärdet.« Und wenn er in diesem Lager als Sozialdemokrat sein Ende findet und sein Glück erwartet, dann ist auch das Rätsel des Titels gelöst.

Die Verzwicktheit aller dieser Äußerungen Lenschs über einen sehr einfachen Sachverhalt erklärt sich einfach daraus, daß er die Phraseologie noch nicht losgeworden ist, die er sich in der Zeit angewöhnte, als er noch im Radekschen Lager stand.

»Alles fließt im politischen Leben — auch die Prinzipien,« versichert uns Cunow. Es gibt aber Leute, deren Prinzipien so rasch fließen, daß die zähflüssige Phraseologie ihnen nicht nachkommen kann. Wenn sie Bücher schreiben, gibt's dann solche wie das hier besprochene.

Welthandel nach dem Kriege.

Von Adolf Braun.

Träumt ihr den Friedenstag?
Träume, wer träumen mag.
Krieg ist das Losungswort!
Sieg! so klingt es fort.

Nach diesen poetischen Worten Euphorions im zweiten Teil des Goetheschen »Faust« ist es freilich prosaisch, von Ballin zu reden. Und doch ist Ballin aktueller als Goethe, er redet heute verständlicher als Euphorion. Wenn auch die Schiffe des Herrn Ballin, soweit sie nicht als Hilfskreuzer verwendet werden, in neutralen und deutschen Häfen rasten, so ist Herr Ballin während des Krieges noch ein weit mächtigerer Mann geworden als in der Zeit vor dem Ausbruch des Krieges. Damals war er der fast unumschränkte Herrscher der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktiengesellschaft, der mächtigsten deutschen Schiffahrtsgesellschaft, eine der größten Gesellschaften der Welt. In der internationalen Kombination der Schiffahrtsgesellschaften war er einer der leitenden Geister, in zahlreichen Bank- und Industrieunternehmungen wußte oder vermutete man seinen Einfluß. Er hat während des Krieges nicht gerastet wie seine Schiffe, er hat den alten und unüberbrückbar scheinenden Streit mit dem Norddeutschen Lloyd ausgelöscht und eine Interessengemeinschaft herbeigeführt, er hat die Wörmannlinie als selbständiges Unternehmen ausgeschaltet, er hat das machtvolle Haus Thyssen mit den Interessen seiner Gesellschaften auf das innigste verknüpft. Er ist heute der erste Repräsentant der deutschen Handelsschiffahrt, ein ganz gewaltiger Abstand trennt die nächsten Vertreter der Handelsmarine Deutschlands von ihm. Für einen sehr bedeutungsvollen Teil des deutschen Großkapitals trägt er die Verantwortung, sein Rat wird gehört, sein Wort fällt ins Gewicht, seine Entschließungen erfolgen unter großer Verantwortlichkeit den Großaktionären und Großbanken gegenüber, deren Geschäfte

er in der H. A. P. A. G. zu führen hat. Es ist deshalb bedeutungsvoll, wenn er dem Vertreter des Kopenhagener Blattes »Berlingske Tidende« versichert, der Friede kann nicht mehr lange auf sich warten lassen. Wichtiger aber als diese ja auch von vielen anderen geteilte und oft genarrte Meinung war die Mitteilung Ballins, daß die Hamburg-Amerika-Linie gegenwärtig das größte Schiff der Welt, den 56 000 Tonnen-Dampfer »Bismarck« baut. Ein Schiff, von dem wir vermuten, daß es nicht für den mitteleuropäischen Verkehr zwischen Linz und Passau gebaut ist. Das gilt wohl auch nicht von dem Turbinenschiff »Tirpitz« mit 30 000 Tonnen, von den drei anderen Schiffen mit je 22 000 Tonnen und den neun weiteren Schiffen, die die größten Frachtdampfer der Welt werden sollen. Und mit diesem Schiffbaueifer in einer Zeit mangelnder Arbeitskräfte, teurer Materialpreise und schwerer Beschaffbarkeit mancher Rohstoffe steht die Hapag nicht allein. Daneben lassen auch die Hamburg-Südamerika-Linie, der Norddeutsche Lloyd, die Afrika-, die Hansa-, die Kosmos-Linie zahlreiche Dampfer mit einem Gehalt von 9000 bis 35 000 Tonnen bauen. Diese Schiffsbauten beweisen nicht nur, daß sich der deutsche Kapitalismus von der Weltwirtschaft nicht ausschalten lassen will, sondern, was viel wichtiger ist, daß er überzeugt ist, es sei unmöglich, den deutschen Handel und die deutsche Industrie und den deutschen Verkehr auf den Meeren aus der Weltwirtschaft zu drängen. Diese gewaltigen Kapitalanlagen zur Verstärkung der deutschen Reederei wären niemals von den Großbanken, die in den Aufsichtsräten der Schiffahrtsgesellschaften vertreten sind, gebilligt worden, wenn der Dilettantismus des Pastors Naumann von jenen maßgebenden Kreisen so als prophetisch gewürdigt worden wäre wie von manchem hervorragenden Politiker.

Die Mitteilungen Ballins über die Schiffbauten sind besonders bedeutungsvoll, weil sie gleich nach dem Bekanntwerden der Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz gemacht wurden. Ballin deutet mit seiner Erklärung an, daß er das, was in Paris beschlossen wurde, als Bluff bewertet, daß es sich dabei bloß um politische, aber wirtschaftlich bedeutungslose Drohungen handelt, die den deutschen Großkapitalismus nicht irre machen können und seine Vorbereitungen für den Frieden nicht aufhalten werden.

Wir glauben auch, daß manche Zeitungen in Deutschland den Beschlüssen dieser Pariser Konferenz viel mehr Aufmerksamkeit schenken, als sie verdienen. Dabei wollen wir durchaus nicht bestreiten, daß es sehr ernst ist, was die Pariser Konferenz über die wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Deutschland während der Kriegszeit programmatisch fordert. Aber es ist des füglich nichts Neues, wenn nun auch die letzten Folgerungen aus der Politik Englands gezogen werden sollen, Deutschland zu schwächen durch das Abschneiden jeder Einfuhr über unsere Grenzen und über die unserer Verbündeten. Die Aufhebung der Londoner Deklaration und der Abbruch der schweizerischen Verhandlungen in Paris in Sachen der Kompensationen für die Einfuhr aus Deutschland beweisen den Ernst dieser Maßnahmen. Sie beweisen auch, daß die Beschlüsse der Kriegführenden, die sofort ausgeführt werden sollen, nicht leicht genommen werden dürfen.

Je später aber der Fälligkeitstermin der Abmachungen der Pariser Handelskonferenz ist, desto verschwommener, unsicherer, unverbindlicher,

anklarer erweisen sie sich. Damit ist schon gesagt, daß wir für die Fortdaue des Krieges nur mit seiner Verschärfung auch bei der Aushungerungspoliti Englands und seiner Verbündeten zu rechnen haben, daß wir aber uns nich verblüffen lassen sollen durch die Drohungen, die für die Zeit nach den Kriege gegen Deutschland gerichtet werden. Ebensowenig würde sich di Vermutung empfehlen, daß sich die gegen Deutschland und Österreich-Ungar verbündeten Staaten ihre wirtschaftliche Zukunft nach den Richtlinien ein richten, die auf der Pariser Konferenz für die wirtschaftliche Zukunft ge zogen worden sind. Da wir hier über die Stellung Deutschlands im Wel handel nach dem Kriege handeln wollen, so sehen wir von der Besprechun der Maßnahmen für die Kriegszeit ab, die die in Paris vom 14. bis 17. Ju 1916 unter dem Vorsitz des französischen Handelsministers Clementel ver sammelten Vertreter der verbündeten Regierungen in Fortsetzung de Pariser Konferenz vom 18. März dieses Jahres beschlossen haben. Unte den außergewöhnlichen Verhältnissen des Krieges kann man wohl an nehmen, daß die kriegführenden Staaten, von keinem anderen Interesse al dem der Abwehr und Niederwerfung Deutschlands geleitet, alles tun wer den, um gemeinsam unsere Volkswirtschaft und Volksernährung auf da tiefste zu schädigen. Selbst wenn man die absolute Übereinstimmung und di Ausnahmslosigkeit der Beachtung dieser Richtschnur annehmen wollte, wa nicht unbedingt notwendig ist, dann wäre aber noch immer nicht eine vol ständige wirtschaftliche Interessengemeinschaft dieser Staaten gegeben. S würde sich eben nur auf die Maßnahmen erstrecken, die Deutschland un seine Verbündeten schädigen sollen. Daß aber sonst holde Eintracht un brüderliche Aushilfe, ja auch nur anständige Preisfestsetzungen und Ve rechnungen zwischen den Alliierten bestehen, darf man wohl bezweifel Der englische Verfrachter, Kohlenwerksbesitzer und Kohlenagent hat grün lich andere Interessen als der italienische Kohlenimporteur, Kohlenhändl und Kohlenverbraucher. Auch der italienische Gemüse-, Blumen-, Obs exporteur hat andere Interessen als die des Londoner Marktes. So sin auch die wirtschaftlichen Interessen Rußlands und Frankreichs nicht d gleichen. Aber heute werden durch die gemeinsame Not des Krieges un durch die Leichtigkeit, mit der im Kriege über Milliarden verfügt wird, vie sonst wirtschaftlich unerträgliche Verhältnisse schmackhaft gemacht. Al Rücksichten der Konkurrenz, alle sonst maßgebenden Antriebe des Handel alle Besorgnisse um alte Absatzgebiete und Standortverhältnisse werden den Hintergrund gedrängt durch die tatsächlichen oder behaupteten No wendigkeiten des Krieges. Er ist heute die große, alles beherrschende Ta sache, die jede volkswirtschaftliche Erwägung zum Schweigen zwingt.

Ist einmal der Krieg zu Ende, so werden bei denen, die heute in Par so leicht die großspurigen Sätze niederschreiben, seine Wirkungen nicht n empfunden, sondern auch vor dem eigenen Bürger nicht mehr verheimlic dann werden ganz andere Erwägungen Platz greifen als unter dem Wide hall der Kämpfe um Verdun.

Zu einer rein wirtschaftspolitischen Betrachtung gelangen wir also e für die Zeit nach der Beendigung des Krieges. Die Alliierten sind sehr vo sichtig gewesen bei der Feststellung der nicht sofort zu verwirklichenden E gebnisse der Konferenz. Sie haben geschieden zwischen den Übergangsma nahmen für die Periode der kommerziellen, industriellen, landwirtscha

lichen und maritimen Rekonstitution der verbündeten Länder und zwischen den permanenten Maßnahmen der gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit zwischen den Verbündeten. Bevor wir auf diese Maßnahmen das kritische Auge lenken, möchten wir bemerken, daß für alle diese Maßnahmen die Voraussetzungen, insbesondere im mächtigsten Lande der Allianz, in Großbritannien, fehlen. Dort hat diese Konferenz das größte Mißtrauen hervorgerufen. Der Premierminister Asquith, der wie selbst einige unionistische Mitglieder des Kabinetts auf dem Boden des Freihandels verharrt, hat die besorgten Fragesteller im Unterhaus dahin beruhigt, daß die englischen Vertreter auf der Pariser Wirtschaftskonferenz kein Mandat hatten, irgendwie die englische Regierung und das englische Parlament festzulegen und Abmachungen zu treffen. Auf die weitere neugierige Frage, ob diese Einschränkungen auch für die Vertreter der anderen Regierungen gelten, bemerkte der Chef des Kabinetts, daß er hierüber keine Auskunft erteilen könne. In der Regierungserklärung Bosellis im italienischen Parlament wurde zwar das vollkommene Einverständnis Italiens und seiner Verbündeten in der Aktion der wirtschaftlichen Verteidigung gegen den Feind betont, aber über das Zukunftsprogramm in der Konferenz mit einigen verwaschenen Worten hinweggegangen. Bevor die Konferenz zusammengetreten war, hatte ein russischer Minister die Wichtigkeit des deutschen Marktes für Rußlands landwirtschaftlichen Überfluß und für seinen industriellen Bedarf rückhaltlos betont. Auch aus den französischen Zeitungen, natürlich nicht aus den Pariser Hetzblättern, vermag man zu erkennen, daß Frankreich alle Beschlüsse der Wirtschaftskonferenz geringer werten muß als die Erhaltung des Freihandels in England. Dieser Freihandel entspricht unzweifelhaft den meisten Lebensinteressen Englands. Gerade deshalb ist die Freihandelslehre in England vielfach zu einer Sache des Glaubens geworden, den auch der Weltkrieg nicht erschüttern konnte. Im Jahre 1892 nannte Lord Farrar den Zweifel am Freihandel a criminal folly (eine verbrecherische Verrücktheit). Mit diesem Freihandel ist die Durchführung der Beschlüsse der Wirtschaftskonferenz nicht gut möglich. Die Wirtschaftskonferenz ist, so ernst die von ihr für die Kriegszeit geplanten Maßregeln sein mögen, im übrigen kaum etwas anderes als eine ungefährliche »Vergeltungsmaßregel« für die auch nicht allzu gefährlichen mitteleuropäischen Pläne oder ein bloßer Einschüchterungsversuch.

Prüfen wir kurz, was mit den Beschlüssen der Konferenz gedroht werden soll und was von diesen Drohungen, wenn man sie nicht in kriegerischer Stimmung, sondern in ruhiger wirtschaftlicher Erwägung betrachtet, zu halten ist. Wir sehen ganz ab von all dem, was sich in den Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz nicht unbedingt auf die künftige Stellung Deutschlands im Welthandel bezieht.

Es heißt in diesen Beschlüssen:

2. Die Alliierten stellen fest, daß der Krieg allen Handelsverträgen, die sie mit den feindlichen Mächten verbanden, ein Ende gemacht hat, und sind der Ansicht, es sei von großem Interesse, daß in der Periode der wirtschaftlichen Rekonstitution, die dem Ende der Feindseligkeiten folgen wird, die Freiheit keines der Verbündeten durch den Anspruch beeinträchtigt wird, den die feindlichen Mächte darauf erheben könnten, die Behandlung der meistbegünstigten Nation zu fordern; sie kommen darum überein, daß diese Behandlung diesen Mächten während einer

Zahl von Jahren nicht gewährt werden kann, die auf dem Wege der Verständigung der Verbündeten unter sich bestimmt wird. Die Alliierten verpflichten sich, sich gegenseitig während dieser Zahl von Jahren soviel als möglich kompensatorische Absatzgebiete zu sichern für den Fall, daß aus der Anwendung der vorstehenden Paragraphen für ihren Handel nachteilige Folgen resultieren sollten.

3. Die Alliierten erklären sich einig, während der ganzen Periode der kommerziellen, industriellen, landwirtschaftlichen und maritimen Restauration ihre natürlichen Hilfsmittel für die verbündeten Länder vor allen anderen vorzubehalten, und verpflichten sich, Spezialübereinkommen aufzustellen, die den Austausch dieser Hilfsmittel erleichtern.

4. Um ihren Handel, ihre Industrie, ihre Landwirtschaft und ihre Schiffahrt gegen einen wirtschaftlichen Angriff sicherzustellen, der aus „dumping" (dem Schleudern) oder jedem anderen illoyalen Konkurrenzverfahren hervorgehen könnte, beschließen die Alliierten, sich für die Festlegung einer Zeitperiode zu verständigen, während welcher der Handel der feindlichen Mächte besonderen Regeln unterworfen wird und während der die Waren, die von diesen Mächten stammen, entweder verboten werden oder einem wirksamen Spezialregime unterliegen. Die Alliierten werden sich auf diplomatischem Wege über die Spezialreglemente einigen, die während der oben bezeichneten Periode den Schiffen der feindlichen Mächte aufzuerlegen sind.

5. Die Alliierten werden nach gemeinsamen oder besonderen Maßnahmen forschen, die zu ergreifen sind, um auf ihrem Gebiet die Ausübung gewisser Industrien oder Berufe, die die Landesverteidigung oder die wirtschaftliche Unabhängigkeit interessieren, durch feindliche Untertanen zu verhindern.

Damit, daß die Alliierten alle Handelsverträge durch den Krieg für aufgehoben bezeichnen, erklären sie doch, daß nach seiner Beendigung die künftigen Handelsbeziehungen durch neue Handelsverträge geregelt werden müssen. Es ist aber völlig ausgeschlossen, heute die Bedingungen, die der Friedensschluß in bezug auf den Handel bringt, so zu umschreiben, wie es in den vorstehend mitgeteilten Beschlüssen der Konferenz geschehen ist. Dabei darf man nicht übersehen, daß es sich hier weit mehr um Negationen handelt als um positive Feststellungen und daß sich gewisse Ähnlichkeiten zwischen den Drohworten der mitteleuropäischen Planentwerfer und denen der Pariser Wirtschaftskonferenz leichthin erweisen ließen. Auch hier ist wieder erwiesen, daß während des Krieges die Gesetze internationaler Wirtschaftsparallelität nicht schweigen, wie wir das ja auch aus dem so überaus merkwürdigen Gleichlauf von Kriegsmaßnahmen, Kriegsfinanzen, Kriegsgesetzen, Kriegsverordnungen in den sich bekriegenden Staaten zu beobachten haben. Mitteleuropäer und Pariser sind einig, daß man den Gegnern im Weltkrieg die Meistbegünstigung des Handels für die Zeit des Friedens nicht zugestehen darf. Nun wissen wir aber aus der merkwürdigen Geschichte der Meistbegünstigungsklausel des Frankfurter Friedens, daß die Abschaffung dieser Klausel auch an dem französischen Widerstand gescheitert war. Deutsche wie Feinde Deutschlands werden, wenn der Friede den Krieg abgelöst haben wird, das lebhafte Interesse haben, daß die vor dem Kriege so starken Handelsbeziehungen wieder angeknüpft werden. Das wird ein starkes volkswirtschaftliches, aber auch ein vielfach zum Ausdruck kommendes privatwirtschaftliches Interesse sein, das nach Anerkennung ringen wird. Alle starken wirtschaftlichen Interessen, die während des Krieges zum Schweigen verurteilt sind, werden sich desto stärker durchzusetzen suchen, wenn der Krieg beendet sein wird. Wir werden dann vielfach leere Lager haben, die

wir nicht während des Krieges und deshalb erst recht nicht gleich nach dem Kriege aus den Volkswirtschaften der mit uns verbündeten Staaten auffüllen können. Wir werden dann auch nicht mit der Einfuhr aus den neutralen Wirtschaftszonen befriedigt werden können, wir werden naturgemäß das Bedürfnis empfinden, uns aus den Gebieten unserer Feinde und aus deren kolonialem Besitz zu versorgen. Genau so, wie wir dieses starke Interesse sofort nach der Herstellung auch nur einigermaßen normaler Verkehrsbeziehungen wirken lassen werden, so werden die uns heute bekriegenden Staaten die überaus starke Notwendigkeit empfinden, in Deutschland zu kaufen, so Medikamente, Farbstoffe, Kalisalze, um nur einige Beispiele anzuführen, die für alle Deutschland bekriegenden Staaten in Betracht kommen. Rußland wird Erzeugnisse der deutschen Elektroindustrie, landwirtschaftliche Maschinen und Werkzeuge, Belgien und Frankreich werden Steinkohlen, Koks, Steinpreß- und Braunpreßkohlen, Roheisen und einfache Eisenwaren, Werkzeugmaschinen von uns beziehen wollen. Und ebenso wird Italien Kohlen, Eisen und Eisenwaren, Metallbearbeitungsmaschinen, elektrische Vorrichtungen an Maschinen von uns kaufen müssen. Japan wird bei uns nach Kabeln, Eisenblechen, schmiedbarem Eisen und Eisendraht usw. anfragen. Es wird ein Wettlauf aller heute gegen uns Verbündeten um die bei uns während des Krieges nicht exportierbaren und in Vorräten angesammelten Waren eintreten. All die schönen Beschlüsse in Paris werden vergessen sein, sobald die dort vertretenen Volkswirtschaften wissen werden, daß und wieviel Deutschland aufgestapelt und zum Verkauf bereitstehen hat. Man wird nicht nur nach den Waren streben, die vorrätig sind, man wird sich auch die Waren sichern wollen, die in der nächsten Zeit hergestellt werden können. Ein Heißhunger nach fremder Ware wird die Wochen und Monate nach dem Friedensschluß volkswirtschaftlich kennzeichnen. Unter diesen Eindrücken dürfte die Regelung der künftigen Handelsbeziehungen mit Deutschland und auch mit seinen Verbündeten im Lager der Pariser Konferenzmächte beurteilt werden. Die Eigenart deutscher Produktion, ihr Vorsprung bei mannigfacher Warenherstellung und die ihren Vorzug bildende leichte Anpassung an den fremden Bedarf und Geschmack auch hinsichtlich der Verpackung, Liefer- und Zahlungsfristen und sonstiger fremder Handelsusancen werden den Ausschlag geben und sich — unserer Vermutung nach — stärker erweisen als alle Boykottpläne.

Es hat auch vor dem Kriege nicht an lebhaftem Eifer und offenen und geheimen Bemühungen gefehlt, die deutsche Ausfuhr zu verdrängen, aber das Gegenteil hat sich durchgesetzt, die deutsche Ausfuhr wurde stärker, sie hat sich in immer weiteren Gebieten durchgesetzt, und sie hat die Deutschland unfreundliche Stimmung überwunden. Die Einräumung der Meistbegünstigung ist nicht, wie »Pariser« und »Mitteleuropäer« in harmonischem Einklang behaupten, nur ein Vorteil für den anderen vertragschließenden Teil. Bei der engen Handelsverflechtung zwischen den Staaten, die die Meistbegünstigung in ihren Handelsverträgen festgesetzt haben, war der Vorteil auf beiden Seiten. Es wird kaum jemals eine auch nur einigermaßen klare Rechnung herzustellen sein, welchem von zwei Vertragschließenden die Meistbegünstigungsklausel mehr Vorteile gewährt hat. Nun ist aber in den oben zum Abdruck gebrachten Bestimmungen eigentlich nur e i n e klar und faßbar, nämlich die, daß die Meistbegünstigung Deutschland, Österreich-

Ungarn und der Türkei künftig nicht eingeräumt werden soll. Gerade diese Bestimmung erscheint weder bei den Mitteleuropäern noch bei den Parisern allzu genau überlegt.

Alles übrige, was von der Pariser Konferenz als die künftige Aufgabe sofort nach Friedensschluß angeführt wurde, bewegt sich in möglichst unklar umschriebenen Allgemeinheiten. So die Sicherung der kompensatorischen Absatzgebiete, so die Verpflichtung zum Austausch von Spezialübereinkommen, so das Versprechen, sich gegen deutsche Schleuderkonkurrenz gegenseitig zu sichern, so die Androhung besonderer Maßregeln gegen die Schiffsfrachten der feindlichen Mächte und des Ausschlusses Deutscher, Österreicher usw. von der Ausübung gewisser Industrien oder Berufe. All diese Bestimmungen geben den miteinander Verbündeten keine Möglichkeit, sich auf sie zu berufen. Und alle Erfahrung bei früheren Friedensschlüssen, bei denen Freizügigkeit, Niederlassungsverträge, Rechtsgleichheit der Fremden mit den Einheimischen festgelegt wurden, machen es sehr wahrscheinlich, daß von diesen Beschlüssen nichts, rein gar nichts zu praktischer Bedeutung gedeihen wird. Wir glauben weit mehr, daß man trotz allen Schmollens und Murrens nach dem Kriege sehr froh sein wird, wenn sich die Möglichkeit eines reichen Warenaustausches zwischen den sich heute so hart bekriegenden Staaten ergeben wird.

Kaum anders wird es sein mit den permanenten Maßnahmen der gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit zwischen den Verbündeten. Hier werden die Abmachungen noch verschwommener. Hier wird eine Politik in wenig straffen Zügen vorgezeichnet, die nach den Methoden des alten Merkantilismus durch Subventionen, Vorschüsse und dergleichen, dann durch Zölle und Einfuhrverbote die Volkswirtschaften der Pariser Konferenzmächte von der deutschen Warenausfuhr unabhängig machen soll. Selbst wenn diese Methoden des Merkantilismus irgend etwas in unserer schnellebigen Zeit versprechen dürften, müßte man doch gegen sie einwenden, daß der ungeheure Vorsprung gerade der meistbeneideten deutschen Industrien, so des weiten Gebiets der chemischen und der elektrotechnischen Industrien, des so hochentwickelten Maschinenbaues, der keramischen Industrien, auf diesem Wege nicht eingeholt werden dürfte. Aber selbst wenn diese Möglichkeit zuzugeben wäre, so würde sie doch so viele Zeit erfordern, daß bis dahin der während des Krieges reichlich angesammelte Haß in hohem Maße nüchternen wirtschaftlichen Erwägungen gewichen sein dürfte. Zur Zeit Colberts waren Gedanken, wie sie die Pariser Konferenz gefaßt hat, weit begreiflicher als in der Gegenwart, wo sich festgewurzelte, aus der Wirtschaftsentwicklung erwachsene Standorte der bedeutsamen Industrien nicht mehr in kurzer Zeit verrücken lassen. Um so weniger ist das möglich, als die beschränkten Verkehrsbedingungen zur Zeit Colberts dem Merkantilismus weit mehr Aussichten eröffneten als heute, wo die Frachtkosten aus fremdem Lande im Warenpreis nur den geringen Bruchteil dessen ausmachen, was sie vor einem Vierteljahrtausend betrugen. Wohl haben die Alliierten auch die Einrichtung direkter Nachrichten- und Transportdienste zu Land und zu Wasser zum reduzierten Tarif in Aussicht genommen. Dem stehen freilich eine Reihe internationaler Verträge, wie der Post- und Telegraphenvertrag, entgegen, aber auch das Interesse der großen englischen Handelsmarine und die nach dem Kriege erst recht stark empfundene Notwendigkeit, die zweit-

wichtigste Handelsmarine der Welt, die deutsche, im Interesse des Weltverkehrs auszunutzen. Das ununterbrochene Seufzen über den Mangel an Tonnage während des Krieges läßt es mit Sicherheit erwarten, daß man zurückgreifen wird auf die deutschen Handelsschiffe, sobald sie den Volkswirtschaften der Pariser Handelskonferenz zur Verfügung stehen könnten. Die Bestimmungen, die eine Solidarität zwischen den heute kriegführenden Staaten auf dem Gebiet des Warenbedarfs und der auswärtigen Handelsbeziehungen schaffen sollen, verlangen weiter die möglichste Vereinheitlichung ihrer Gesetzgebung über Erfindungspatente, Fabrik- und Handelsmarken, wobei festzustellen ist, daß man auf diesem Gebiet einer großen Einheitlichkeit schon vor dem Kriege nahegekommen ist und daß diese Einheitlichkeit auch zwischen den sich heute bekriegenden Staaten angebahnt wurde. Auch hier werden mehr Worte gemacht als ernste Taten vorbereitet. Es ist auch keine Bedeutung der Drohung beizumessen, daß die Alliierten gegenüber den Erfindungen, den Fabrik- und Handelsmarken, den literarischen und artistischen Werken, die während des Krieges in feindlichen Ländern geschaffen wurden, ein möglichst einheitliches Regime annehmen, das sofort nach Schluß der Feindseligkeiten anwendbar ist. Auch dieser guten Absicht stehen einige internationale Verträge entgegen, bei deren Abschluß auch neutrale Staaten beteiligt waren, die also einfach in der Friedenszeit nach Belieben wegzuschieben nicht möglich sein wird. Es wird für die »Pariser« auch nicht wünschenswert sein, weil es doch selbstverständlich eine Reihe von Repressalien zum Schaden der Volkswirtschaften der gegen Deutschland alliierten Mächte zur Folge hätte. Diese Pariser Konferenz, soweit sich ihre Beschlüsse nicht auf aktuelle Maßnahmen beziehen, ist nichts anderes als ein großer Bluff, als ein besonderes Kapitel des grausam geführten Tintenfaßkampfes, der den Weltkrieg begleitet.

Wer die Geschichte der Kämpfe um die Handelsverträge der letzten dreißig Jahre kennt, der weiß, daß die durch den Krieg erzwungene Einheit der sich bekriegenden Mächte sofort dem Widerstreit der wirtschaftlichen Interessen weichen wird, sobald die Fessel des Krieges gefallen ist. Wer erinnert sich nicht an den langwierigen Zollkrieg zwischen Frankreich und Italien wegen der Frage der Behandlung der Weine? Wer weiß nicht, daß Großbritannien in direkt entgegengesetzte Bahnen seine Handelspolitik umleiten müßte, wenn die Beschlüsse der Pariser Konferenz lebendig werden sollten? Kaum ein Franzose oder ein Engländer gibt sich dem Glauben hin, daß Rußland seine Hochschutzzölle, die doch nicht nur unentbehrliche Finanzzölle für das ausgesogene Land, sondern auch dort sehr hochgewertete Erziehungszölle und für manche junge Industriepflanze als Schutzzölle eine Lebensfrage sind, aufgeben würde im Interesse einer Differenzierung zum Schaden Deutschlands und zugunsten Frankreichs und Englands. Wer glaubt in Frankreich, daß die russische Landwirtschaft auf das deutsche Absatzgebiet, daß die russische Volkswirtschaft auf Deutschland als Bezugsland verzichten könnte? Der mit Südfrüchten, Frühgemüsen und Obst übersetzte Pariser und Londoner Markt kann den Italienern den Verzicht auf den ausgezeichneten Absatz in Deutschland nicht nahelegen. Eine kleine Tabelle, die uns den Handel der uns jetzt bekriegenden Länder mit Deutschland im letzten vollen Friedensjahr, im Jahre 1913 zeigt, wird uns klarstellen, wie schwierig es für England wie Rußland, für Frankreich wie

Italien usw. ist, auf die Pflege der Handelsbeziehungen mit Deutschland zu verzichten.

Länder der Herkunft und Bestimmung	Einfuhr		Ausfuhr	
	in Millionen Mark	Prozent der Gesamteinfuhr	in Millionen Mark	Prozent der Gesamtausfuhr
Rußland	1425	13,2	880	8,7
Britisches Weltreich	2091	19,4	1849	18,3
Frankreich und Kolonien	661	6,2	805	8,0
Belgien	355	3,3	554	5,6
Italien	318	3,0	395	3,9
Portugal	46	0,4	59	0,7
Serbien	11	0,1	19	0,2
Montenegro	0,01	—	0,15	—
Japan	47	0,5	124	1,2

Die auf der Pariser Konferenz vertretenen Staaten hatten also im letzten Friedensjahr nach Deutschland Waren im Werte von 4954 Millionen Mark eingeführt, 46,1 Prozent unserer gesamten Einfuhr. Sie haben von uns bezogen Waren im Werte von 4685 Millionen Mark, 46,6 Prozent unserer gesamten Ausfuhr. Sie hatten demnach eine aktive Handelsbilanz mit uns, was aber sicher weniger bedeutungsvoll ist als die Tatsache, daß es sich um Handelsbeziehungen im Werte von alljährlich $9^1/_2$ Milliarden Mark gehandelt hat. Auf diese zu verzichten, daran können die durch den Krieg schwer leidenden Wirtschaftskörper im Ernste gar nicht denken. Rußland kann doch nicht darauf verzichten, daß Deutschland alljährlich um anderthalb Milliarden, das britische Weltreich nicht darauf, daß Deutschland um mehr als zwei Milliarden von ihm bezieht. Diese Zahlen sagen weit mehr als alle die Artikel, die über die Pariser Handelskonferenz geschrieben wurden. Man soll sicher nicht unterschätzen das Wort, das Sartorius v. Waltershausen in einer Betrachtung über Weltwirtschaft und Weltkrieg geschrieben hat, daß keine Epoche in der neueren Geschichte der Völker der Massensuggestion in dem Maße unterworfen ist als diejenige eines Krieges. »Die nationale Leidenschaft ist«, so fährt er dort fort, »stark erregt, optimistische und pessimistische Stimmungen schwanken ins Extrem, und niemals ist die falsche Verallgemeinerung einzelner gemachter Erfahrungen mehr im Schwunge.... Macht geht vor Recht, wird als der Weisheit letzter Schluß ausgesprochen, und viele Menschen scheinen der Meinung zu sein, daß man sich in der internationalen Zukunft ausschließlich ihr gemäß einrichten müsse.«

Es wird aber nicht so werden. Kommt einmal der Friede, dann wird man nirgends Sehnsucht haben, diesem fürchterlichsten aller Kriege einen grausamen und nicht endenden Handelskrieg folgen zu lassen. Trotz der Pariser Konferenz wird gelten der Chor, der Euphorion antwortet auf die Anfangsverse, die wir diesem Artikel vorangesetzt haben:

Wer im Frieden
Wünschet sich Krieg zurück,
Der ist geschieden
Vom Hoffnungsglück.

Massenspeisung.

Theoretische Bemerkungen zu einer praktischen Frage.

Von O. Jenssen.

»Konsequentes Denken ist eine seltene Naturerscheinung!« An dieses Wort von Ernst Haeckel wird man erinnert bei dem Bericht von einer »Tagung über praktische Durchführung von Massenspeisungen«, die kürzlich unter Beteiligung von Behörden und verschiedenen Vereinen in Berlin stattfand. Wenn man bedenkt, welche ethischen Einwände, welche Reden über Zerstörung der Familie, welche Lobpreisungen des »individuellen Koteletts« und der hausfraulich zubereiteten Mittagsmahlzeit man vor dem Kriege zu hören bekam, wenn man dem Einküchenhaus oder anderen Einrichtungen zur Zentralisierung der Nahrungsbereitung das Wort redete, muß man mit Ironie feststellen, daß auf der Konferenz über all diese »Bedenken« einfach zur Tagesordnung übergegangen wurde und man ausschließlich die an verschiedenen Orten gemachten Erfahrungen, die Schwierigkeiten und die Möglichkeiten der Massenspeisung besprach.

Der Krieg hat eben bestätigt, was jeder wußte, der die Einrichtungen der Hauswirtschaft t h e o r e t i s c h betrachtete. Heute werden die Worte des Soziologen Dr. Müller-Lyer nicht mehr ernsthaft bestritten, die er in den »Phasen der Kultur« [1] über den genossenschaftlichen Großhaushalt als technische Weiterbildung der heutigen Hauswirtschaft schrieb:

> Unser Haushalt hat den Charakter des Kleinbetriebs im extremsten Sinn des Wortes bis auf den heutigen Tag zäh festgehalten. In 60 dieser Kleinbetriebe sind 60 Hausfrauen notwendig, um auf dem Markt einzukaufen, um in 60 Herden Feuer zu entzünden, um die Speisen in mehreren Hunderten von kleinen Töpfen und Tiegeln zuzubereiten, um dann alle diese Geschirre wieder rein zu spülen usw., und zwar alles durch mühselige Handarbeit, denn Maschinen lassen sich in einem solchen Zwergbetrieb nicht einführen. — In einer organisierten Haushaltungsgenossenschaft dagegen würde der zehnte Teil der Frauen hinreichen, um alle diese Arbeiten besser, billiger und müheloser zu bewältigen. Denken wir uns die 60 Kleinbetriebe organisch verbunden, so könnte eine einzige große Zentralküche, der ein wirklicher Künstler der Kochkunst vorstünde, eine reichlichere und mehr abwechselnde Nahrung mit weit weniger Kosten herstellen.... In diesen Großbetrieb könnten nun auch die arbeitsparenden Haushaltsmaschinen, die alle längst erfunden, aber unbenutzt bleiben mußten, ihren Einzug halten: eine Spülmaschine reinigt in wenigen Minuten Hunderte von Tellern und Töpfen, Zentralheizung erspart die Beschäftigung mit der Kohle und Asche, ein Vakuumreiniger stäubt die Wohnung aus, eine Stiefelputzmaschine, Gasherd, elektrische Beleuchtung, Badeeinrichtung, Kalt- und Warmwasserleitung, eine Dampfwäscherei usw. nehmen der Frau alle jene elenden und kleinlichen Tätigkeiten ab, unter denen sie jetzt zu seufzen hat....

Aber Müller-Lyer weiß auch die Schwierigkeiten dieser technischen Umwandlung zu würdigen, und es ist gerade jetzt interessant und lehrreich, wie

---

[1] Dr. F. Müller-Lyer, Phasen der Kultur. 2. Auflage. München 1915, Verlag Albert Langen. S. 240 ff. Die in diesem Werke enthaltenen soziologischen Betrachtungen der Entwicklungsgeschichte der Kleidung und der Nahrung sind jetzt besonders aktuell. Die Ausführungen über Modetracht sind mehr wert als das ganze Gerede von der deutschen Mode und lassen die Zusammenhänge zwischen Mode und Wirtschaft, Tracht und Kultur ebenso klar erkennen, wie die Darlegungen über die Nahrung die gesellschaftliche Bedingtheit der Erzeugung und Verteilung der Nahrungsstoffe auf den einzelnen Wirtschaftsstufen aufhellen.

er als Freund und eifriger Befürworter des Großhaushalts über die Zukunftsaussichten der neuen Organisationsform dachte:

Die Entstehung einer solchen Organisation dürfte aber noch in weiter Ferne liegen. Auf der einen Seite besteht allerdings bei den differenzierten Frauen in der Stadt schon jetzt ein unleugbares Bedürfnis danach, auch müssen die unermeßlichen Vorteile der Organisation, namentlich bei der beredten Sprache, die in allen menschlichen Dingen der Geldpunkt redet, mit der Zeit gewiß zum Durchbruch kommen. Ferner liegt die Umwandlung der häuslichen Zwergbetriebe in einen genossenschaftlichen Großbetrieb sicherlich in der Richtung des Prozesses der Arbeitsvergesellschaftung und unserer ganzen Entwicklung.... Sogar würden nicht einmal große bauliche Veränderungen nötig sein; schon stehen in den Städten die vierstöckigen Häuserreihen, alle Nachteile des Zusammenwohnens, ohne einen einzigen Vorteil davon in sich schließend, da, als wären sie für organisiertes Leben gebaut worden. — Aber auf der anderen Seite ist nicht zu leugnen, daß Ansätze zu einer solchen Organisation (als welche man doch höchstens die genossenschaftlichen Großbetriebe und jene amerikanischen Hotels, in denen wohlhabende Familien, durch Dienstbotennot gedrängt, ihr Heim aufschlagen, betrachten kann) bis jetzt kaum im Keime vorhanden sind; und ferner ist nicht zu verkennen, daß der Entwicklung der Haushaltsorganisation ungeheure Hindernisse entgegenstehen, Hindernisse, die durch Imponderabilien von nicht ökonomischer Natur bedingt sind und die — wie die gewaltige Macht der Gewohnheit, des Herkommens und der Sitte, die ausgesprochene Gegnerschaft der nichtdifferenzierten und der antisoziale Sinn der Frau überhaupt, dann unser durch die tausendfache Zerteilung in Klassen und Unterklassen nervös gewordenes Sozialempfinden, dann der in jedem Familienverband liegende Hang nach Abgeschlossenheit usw. — Gegenmotive von so schwerwiegender Bedeutung abgeben, daß die Gründung des ersten genossenschaftlichen Großhaushalts, auf die schon der geniale Fourier wartete, wohl erst einer späten Zukunft gelingen dürfte.

Der Krieg hat die ökonomische Verschwendung des Einzelhaushalts kraß geoffenbart, seine Unzulänglichkeit durch die Schwierigkeiten der Lebensmittelbeschaffung vergrößert (Teuerung und Butterpolonaise). Die wirtschaftliche Anspannung aller Kräfte warf die Frau massenweise in die Industrie, zeigte weit mehr als bisher ihre wirtschaftliche Verwendbarkeit und vervielfachte jene unsäglichen Mühseligkeiten und Beschwerden, die in der Vereinigung von Hauswirtschaft und Erwerbsarbeit liegen. Die Entwicklung schritt aber nicht fort zur allgemein höheren Organisation des Haushalts, sie bescherte uns nicht das Genossenschaftsheim,[3] sondern es kam die Kriegsvolksküche, und jetzt beginnt, getrieben durch die allgemeine Lebensmittelknappheit und das Versagen der bisherigen Verteilungsart, die »kriegssozialistische« Ära der Massenspeisung.

---

[3] In Sinclairs wenig beachtetem Buche »In zehn Jahren« (Hannover, Verlag von Adolf Sponholz) erzählt der Verfasser des »Sumpf« im Schlußkapitel »Das Genossenschaftsheim« Entstehung, Glück und Ende der leider niedergebrannten Heimkolonie Helicon Hall bei New York. Die anschauliche Schilderung der Schwierigkeiten der Errichtung dieses großen Einküchenhauses für geistige Arbeiter, die praktische Widerlegung der vielseitigen Einwände durch das Bestehen und gute Funktionieren dieser Kolonie, die leider einem Brande zum Opfer fiel, ist gerade jetzt äußerst aktuell. Die Darstellung ist so lebendig und überzeugend, daß sie verdiente, ganz oder teilweise im Feuilleton der Arbeiterpresse nachgedruckt zu werden; so besonders die Bilder aus dem Alltagsleben der Kolonisten.

Es sollen hier nicht alle die verschiedenen Vorschläge, die mannigfaltigen Systeme der Abfertigung der die Speise abholenden Frauen, die technische Einrichtung der Küchen und andere Einzelheiten behandelt werden; nur einige leitende Gesichtspunkte seien angedeutet.

Die Massenspeisung muß zum Ziele haben den Speisezwang, wie er in gewisser Hinsicht schon in der »Einheitsküche« in der kleinen Stadt Stade verwirklicht sein soll. In einer Sitzung der dort ehrenamtlich tätigen 54 Frauen führte die Vorsitzende Frau Bürgermeister Dr. Frommhold unter anderem aus:

Der Preis für die Portion in der Einheitsküche betrage 25 Pfennig, weil dadurch die Gesamtkosten der Herstellung gedeckt werden müßten. Im Kriegsspeisehaus könne für Bedürftige die Mahlzeit für 10 Pfennig ausgegeben werden, weil dazu erhebliche Zuschüsse geleistet würden. Die Qualität des Essens sei in beiden Speiseanstalten gleich. Es sei absichtlich davon Abstand genommen worden, das Essen in der Einheitsküche für die Allgemeinheit kostspieliger zu kochen als im Kriegsspeisehaus für Bedürftige. Dies sei geschehen, weil der Lebensmittelvorrat das ganz allgemein nicht zulasse und die Kriegszeit am allerwenigsten geeignet sei, in der Ernährung verschiedener Bevölkerungsklassen einen Unterschied zu machen. Wenn es möglich sei, kräftigere Nahrung einem Teil der Bevölkerung zu verabreichen, so müsse diese der schwerarbeitenden Bevölkerung zugute kommen. Der Zweck der Einheitsküche sei, daß in Stade jeder für billiges Geld sein warmes Mittagessen kaufen könne und niemand Hunger zu leiden brauche.

Dieses Ziel der Einheitsküche ist natürlich nur zu erreichen, wenn die Lebensmittelvorräte, die sicher in zahlreichen Häusern auch der Großstadt noch in größeren Mengen vorhanden sind, in weitem Umfang für die Allgemeinheit nutzbar gemacht werden. Die Schwierigkeiten der Durchführung der Einheitsküche sind nicht zu verkennen, und sie wird nur stufenweise zu verwirklichen sein. Die Massenspeisung teilt eben das Schicksal aller Kriegsmaßnahmen auf dem Gebiet des Ernährungswesens, daß sie reichlich spät kommt und daher nur zu oft eine halbe Maßregel bleibt. Die an sich bedeutenden wirtschaftlichen und auch ideologischen Hindernisse werden durch die Verschleppung leicht derart vergrößert, daß die Maßnahme zum Fehlschlag wird und dadurch eine an sich fortschrittliche Einrichtung bei der Allgemeinheit diskreditiert, alte Vorurteile stärkt und dadurch die Unzulänglichkeiten des »Kriegssozialismus« einer Institution aufbürdet, deren Weiterführung und Ausbau gerade auch im Frieden aus den mannigfaltigsten Gründen sozialpolitischer, gewerkschaftlicher und kultureller Natur von der Arbeiterschaft erstrebt, gefördert und eventuell erkämpft werden muß.

Bei der großen örtlichen Verschiedenheit der bisher geübten Lebensmittelverteilung, der vorhandenen Vorräte und Bezugsmöglichkeiten, der sozialen Gliederung der Bevölkerung, lokaler Ernährungsgewohnheiten usw. usw. kann natürlich ein einheitlicher Typus der Zentralküche nicht aufgestellt werden. Bei der technischen Einrichtung ist vor allem die soziale Stellung der zu Speisenden zu berücksichtigen: heimarbeitende Kriegerfrauen, in der Fabrik beschäftigte verheiratete Frauen, die Familie zu Hause haben, junge Arbeiterinnen und ledige jugendliche Arbeiter, kaufmännische Angestellte usw. usw. Die Formen der Massenspeisung haben sich nach Beschäftigungsweise, örtlichen Entfernungen, nach den vorhandenen Geldmitteln, den zur Verfügung stehenden Räumen usw. zu richten: Zentralküche mit Speisesaal, Kriegsküche mit Speisenausgabestelle, Fabrik-

küche, endlich die vielumstrittene Fahrküche (Gulaschkanone). Hier kann nur bei genauer Kenntnis der örtlichen Gewohnheiten, der verschiedenen Bevölkerungsschichten eine praktische Entscheidung getroffen werden.

Für die Verwaltung ergeben sich auch nur einige leitende Gesichtspunkte: vor allem Übernahme der Speisung durch die Kommune oder durch bewährte Vereine (keine Wohltätigkeitsvereine), die aber einer strengen Kontrolle der städtischen Behörden unterstehen und für deren Maßnahmen und Leistungen die kommunalen Behörden die volle Verantwortung tragen. Das bedingt in vielen Fällen direkt oder indirekt bedeutende kommunale Zuschüsse, ohne die ein schmackhaftes Essen zu billigem Preise unter den heutigen Verhältnissen meist nicht herzustellen ist. Ein Musterbeispiel hierfür ist Hamburg, dessen finanzielle und eigenartige bundesstaatliche Verhältnisse eine besonders gute Versorgung ermöglichen.

Das Überwuchern ehrenamtlicher Tätigkeit, so nützlich und anerkennenswert diese sein kann, wenn sie von geschulten Kräften geleistet wird, ist zu verhindern, dagegen sind hinreichend viele gut ausgebildete technische Leiter anzustellen und auch die mechanischen Arbeiten entsprechend zu bezahlen. Vor allem muß alles vermieden werden, was der Massenspeisung den Charakter der Armenunterstützung und der Bettelsuppe verleiht, auch ist die Einrichtung von »Klassenküchen« (Volksküche — Mittelstandsküche) zu verwerfen. Die Mittelstandsküchen werden zwar in Berlin riesig besucht; es ist aber die Gefahr vorhanden, daß diese Institute zu Paradepferden werden und daß auf Kosten der Volksküchen die Verpflegung in diesen besseren Speiseanstalten über Gebühr gut und billig ist.

Auf die mancherlei Klagen über die bisherigen Leistungen der Massenspeisung und auf die Einwände praktischer Natur, die von manchen Kommunalbeamten gegen die weitere Ausdehnung der Speisung über die Kreise der »Minderbemittelten« hinaus erhoben werden, kann hier nicht eingegangen werden. Dies ist Sache einer besonderen Behandlung der Einzelfragen.

Die politische Haltung der Arbeiterorganisationen zur Frage der Massenspeisung ist in den Worten gekennzeichnet: Übernahme durch die Kommunen und gebührende Rechte der Arbeiterschaft bei ihrer Durchführung. Wir haben allen Anlaß, die kleinbürgerlichen Vorurteile gegen Weiterbildung der rückständigen Hauswirtschaft zu bekämpfen und ihre Nichtigkeit angesichts der Kriegserfahrungen mit aller Schärfe zu betonen. Wir haben aber auch die Aufgabe, den Unterschied zwischen genossenschaftlichem Großhaushalt und kriegssozialistischer Massenspeisung klarzustellen und durch die Kritik unzweckmäßiger und halber Maßnahmen die Mängel der heutigen Einrichtungen nach Möglichkeit zu mildern. Wir haben ferner nach dem Kriege die wichtige unabweisliche Pflicht, für eine technische Fortentwicklung und gesellschaftliche Umbildung der heute unter dem Zwange der Not eingeführten zentralisierten Nahrungsbereitung einzutreten. Nur bei der Trennung von Hauswirtschaft und Beruf ist an eine umfangreichere und festere gewerkschaftliche Organisierung der großen Massen der Industriearbeiterinnen zu denken. Reform der Erziehung, Bevölkerungsproblem, Stärkung der sozialen Triebe der Frau, Schaffung neuer Gemeinschaftsmittelpunkte und viele andere Fragen hängen mit dieser wenig beachteten und vor dem Kriege auch in Arbeiterkreisen oft bespöttelten Haus-

virtschaftsreform zusammen. Die »häusliche Mythologie«, die Charlotte Perkins so sachkundig kritisiert hat,[3] muß mehr und mehr verschwinden.

Das Ergebnis dieser theoretischen Untersuchungen für die praktisch-politische Stellung der Arbeiterschaft zur Augenblicksfrage der Kriegsspeisung hat die »Bremer Bürgerzeitung« anläßlich der Berliner Tagung treffend charakterisiert:

Die Berliner Tagung hat auch ergeben, daß wieder jene Kreise sich um die Massenspeisung bemühen, zu denen die Arbeiter erfahrungsgemäß das wenigste Vertrauen haben können. Das gilt besonders von dem Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen. Dadurch bekommt die Einrichtung unfehlbar das Odium der Wohltätigkeit aufgehalst. Nicht Baronessen und Ministern a. D., sondern den kommunalen Verwaltungskörperschaften muß direkt die Regelung der Frage überantwortet werden. Alles andere führt zu Halbheiten, Verschleierungen und Mißständen, für die die organisierte Arbeiterschaft keinerlei Verantwortung übernehmen kann, denen sie hinsichtlich ihrer Mitarbeit nicht nur mit größter Reserve, sondern scharf kritisch gegenüberstehen muß. Über Verlegenheiten hinwegzuhelfen, die sie nicht im mindesten verschuldet hat, hat sie nur dann ein Interesse, wenn man ihr die ihr gebührenden Rechte zugesteht. Jeder Verzicht auf solche Rechte muß sich früher oder später schwer an der Arbeiterbewegung rächen.

Aus den sozialen und wirtschaftlichen Kämpfen in Litauen.

Von Janulaitis.

(Schluß.)

4. Klerus und Demokratie.

Der katholische Klerus in Litauen bildet eine besondere Klasse, die über stramme Organisationen verfügt. In einzelnen Teilen Litauens übt der Klerus auf die politischen Strömungen immer noch einen entscheidenden Einfluß aus. Jedoch ist er vielfach nicht der Dränger, sondern der Geschobene, der sich auf die stärkere soziale Schicht stützt und sie unterstützt, um dadurch selbst die Zügel der Macht in den Händen zu behalten. Daraus erklärt es sich, daß der Klerus, je nach den lokalen Verhältnissen, bald die Interessen der Agrarier, bald die der nationaldemokratischen Bauern vertritt. Nirgends jedoch unterstützt er die Arbeiter.

Die Organisation des Klerus umspannt nicht einheitlich ganz Litauen. Sie ist vielmehr nach den drei Bistümern: Sameiten (Kowno und Kurland),

[3] Charlotte Perkins-Gilman, Unser Heim. Dresden, Verlag von H. Minden. Dieses vor einiger Zeit von Marie Stritt übersetzte, schon 1903 geschriebene Buch der bekannten amerikanischen Frauenrechtlerin behandelt in einer Reihe zusammenhängender Essays nicht nur die Frage der Zentralküche, sondern untersucht vor allem die Wirkungen unseres häuslichen Lebens auf den Geist von Mann und Frau, auf die Beziehungen der Geschlechter, der Eltern zu den Kindern und umgekehrt, die heutige Geselligkeit usw. Leider beschränkt sich die Verfasserin in ihrer soziologisch orientierten Polemik auf den bürgerlichen Haushalt. Sie übt eine durch Gegenüberstellung der herrschenden Vorstellungen über das Heim mit der tatsächlichen Wirklichkeit frappierende Kritik, die aber auch die Entwicklungsreihen aufzeigt und nicht in blendender Geistreichelei verpufft. Die echt englische häufige Wiederholung gleicher Tatsachen und Erscheinungen, allerdings unter wechselnden Gesichtspunkten, ist gegenüber der tief eingewurzelten »Heimmythologie« kein Fehler. Und dieses Buch verdient gerade jetzt die regste Aufmerksamkeit proletarischer Leser.

Wilna (Wilna und Grodno) sowie Seiny (Suwalki und Lomza) gegliedert. Vor einigen Jahren erwog die russische Regierung den Plan, die drei Bistümer zu einem Erzbistum zu verschmelzen. Die polnischen Agrarier in Polen und Litauen steckten sich hinter die russische Bureaukratie und den Vatikan, um den Plan zu vereiteln, sie fürchteten, daß die Schaffung einer geschlossenen nationalen kirchlichen Organisation in Litauen ihre herrschende Stellung in der Kirche untergraben könne. Der Einspruch und die Intrigen der Agrarier hatten den gewünschten Erfolg. Überall, wo es sich um ihre Vorrechte und Klasseninteressen handelt, erweisen die Agrarier sich als Gegner des litauischen Volkes und der nationalen Bestrebungen.

Die nationale und soziale Politik in den einzelnen Bistümern ist stets eine Ausstrahlung der vorherrschenden politischen Strömung und sozialen Volksschicht. Im Gouvernement Suwalki (Bistum Seiny) lebt die polnische und litauische Bevölkerung örtlich nicht gemischt, sondern ziemlich getrennt. Hier ist von nationalen Kämpfen und Gegensätzen wenig zu spüren. Die litauischen Geistlichen im litauischen Teil des Gouvernements sowohl wie die polnischen Klerikalen im polnischen Gebietsteil eifern und streiken gegen die demokratischen Strömungen. Der polnische Agrarier ist in Suwalki ziemlich einflußlos. Litauer mit großbäuerlichem Besitz haben hier das Heft der politischen und wirtschaftlichen Macht in den Händen. Aber diese Bauern sind nicht mehr demokratisch gesinnt; sie stehen vielmehr in Kampfstellung gegen die hier ziemlich stark vertretenen liberalen und sozialdemokratischen Elemente, die bereits vor dem Kriege gute und kräftige Organisationen ausgebaut hatten. Hier war der Klerus an der Seite des mächtigen Bauerntums antidemokratisch. Seine eigenen und der Bauern Interessen brachten ihn sogar in die Bundesgenossenschaft zu der russischen Regierung, litauischnationale Bestrebungen lagen ihm fern. Das hinderte ihn jedoch nicht, sich gelegentlich ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen, um auch über den nichtagrarischen Volksteil die Macht nicht zu verlieren. Trotz der Liebesdienste, die der Klerus der russischen Regierung leistete, traute diese ihm wohl nicht vollständig. Als die Russen vor den anrückenden Deutschen flohen, mußte der Bischof von Seiny die Fliehenden nach dem Innern Rußlands begleiten. In Sameiten (Gouvernement Kowno) tobten vor einigen Jahren in der kirchlichen Welt heftige Kämpfe. Sie drehten sich um die Besetzung des freien Bischofsstuhls. Die polnischen Agrarier verlangten, daß ein Pole mit der Bischofswürde bedacht werde. Die Litauer demonstrierten für einen Litauer. Damals entschied die russische Regierung für die litauischen Ansprüche. Seit Beginn des Krieges wendet die russische Regierung ihre Aufmerksamkeit jedoch wieder den polnischen Agrariern zu, und der Bischof von zarischen Gnaden mußte seine Herde unfreiwillig verlassen. Man zwang ihn, sich nach Rußland zurückzuziehen. Wollte der Klerus in Sameiten als politischer Faktor sich nicht selbst morden, wollte er die Kirche nicht gänzlich isolieren, dann mußte er den Freunden des Zarismus Verdruß bereiten, nämlich die demokratische Strömung nicht nur dulden, sondern ihr mindestens theoretisch Sympathie bekunden. So kam es, daß sich bei den Dumawahlen die Juden, Klerikalen und Demokraten gegen die Agrarier verbanden. Man trat geschlossen auf, denn nur so war es möglich, mit einer ganz geringen Majorität den Wahlsieg zu erringen. Trotz wütender Kämpfe, obwohl die Agrarier alle Minen ihres Einflusses

springen ließen, konnten sie dem Block den Erfolg nicht streitig machen. Die Gewählten waren Demokraten und Liberale. Das nicht allein. Unter den Liberalen befand sich sogar ein Nichtkatholik, ein Reformierter. Dieses schreckliche Ereignis störte auch die Ruhe des Papstes. Die polnischen Agrarier schreckten ihn mit der Denunziation, der litauische Klerus sei abtrünnig, denn er habe die Wahl eines Ketzers gefördert und durchdrücken helfen. Das Anschwärzen konnte nichts nutzen; der Klerus mußte doch demokratisch sein und bleiben. Er, mit dem Bischof an der Spitze, hatte die Wahl, entweder die litauischdemokratische Strömung anzuerkennen und auf die breitere Schicht der Bauern sich zu stützen oder aber die Partei der Agrarier zu ergreifen, damit sich selbst den ganzen Einfluß auf dem Lande zu unterbinden und die Stellung der Kirche zu erschüttern. Die Verhältnisse lagen ziemlich klar, und sie konnten in ihrer Bedeutung kaum verkannt werden. Darum war es gewissermaßen selbstverständlich, daß der Klerus in Sameiten die Bahn betrat, die ihm das Übelwollen der Grundherren und der russischen Regierung zuzog.

Dagegen genießt der katholische Klerus in Wilna das volle Vertrauen der polnischen Magnaten und der zarischen Mächte. Alle Spitzen der Kirche sind polnisch. Polnische Grundbesitzer herrschen ferner in der Stadt Wilna und auf dem Lande. Im Bunde mit der russischen Bureaukratie unterdrückten sie alles Litauische, soweit das nur in ihrer Macht lag. Die Wahl der Mittel bereitete keine moralischen Bedenken. Brachte man es doch fertig, den Litauern sogar den Gebrauch ihrer Muttersprache in der Kirche verwehren zu wollen. Selbst vor der Kirchenschändung schreckten polnische Fanatiker nicht zurück. Man drang während gottesdienstlicher Handlungen in die katholische litauische Kirche ein, verhinderte den Geistlichen mit Gewalt daran, litauisch zu predigen, die Gläubigen, litauisch zu beten. Gebetbücher wurden fortgenommen, Fahnen heruntergerissen. In einer umfangreichen Denkschrift hat die litauische Geistlichkeit dem Papst über diese Art des Polonismus dokumentarische Belege in reichlicher Fülle unterbreitet. Jedoch wo die wirtschaftlichen Interessen gebieten, da reicht auch des Papstes Macht nicht aus, den Lauf der Dinge rückwärts zu kehren. Die polnischen Agrarier kämpfen auch in der Kirche um ihre Vorrechte, um ihre politische, soziale und wirtschaftliche Herrschaft. Und wo um solcher Interessenwahrnehmung willen der Friede in der Kirche gestört werden muß, da kann kein noch so bewegliches Mahnen und Flehen des Heiligen Vaters solches Ärgernis verhindern.

Vor einem Jahrzehnt setzte auch in Wilna eine litauische Bewegung ein, die bald ziemlich kräftig anwuchs. Die mit den polnischen Granden verbundenen Kirchenhäupter traten gegen die litauischnationalistische Propaganda genau so auf den Kampfplatz wie gegen die sozialistische Bewegung. Einer der agrarischen Führer erklärte beide Strömungen schlechthin als identisch. Zuweilen mischte sich in den Kampf zwischen den Litauern und der polnischen Laien- und Kirchenaristokratie die russische Bureaukratie. Sie unterstützte nach bekanntem Rezept bald die eine, bald die andere Partei. Nicht selten wurde gegen die groben Übergriffe der Kirchenspitzen polizeiliche und gerichtliche Hilfe in Anspruch genommen. Schwere Vergewaltigungen gegen Litauer, wobei die geistlichen Streiter so kräftig mit Fäusten und Werkzeugen argumentierten, daß selbst Blut floß, störten die öffent-

liche Ruhe und Ordnung, veranlaßten Strafprozesse gegen die polnischen Hetzer, wobei sich herausstellte, daß Metzeleien sogar planmäßig organisiert worden waren, nachdem polnische Zeitungen die polnische Bevölkerung genügend aufgepeitscht und religiös fanatisiert hatten. Fanatismus ließ Katholiken andere Katholiken wie Teufel und Todfeinde behandeln!

Besonders heftig und erbittert gestalteten sich die Kämpfe an der Grenze, wo die Sprachgebiete der Litauer und Weißruthenen sich scheiden. Auch die Weißruthenen fühlen sich bedrückt durch die über sie herrschende Schicht polnischer Agrarier, die aus Weißrußland sowohl wie aus Litauen ein rein polnisches Gebiet machen möchten, in dem nur eine Sprache erlaubt ist, die polnische, in der nur die polnische katholische Kirche regiert, und zwar als Instrument agrarischer Herrschaft. Das Ausdrucksmittel der weißruthenischen Strömung ist bisher fast ausschließlich der Kampf für und um ihre Muttersprache. Ob die Strömung noch in bewußte nationale Energie und in nationalistischen Kampfwillen umgesetzt werden kann, das läßt sich heute noch nicht beurteilen. Die zukünftige und wirtschaftliche Entwicklung des Landes ist dabei von ausschlaggebender Bedeutung. Nach der Schilderung des Verhaltens der polnischen Geistlichkeit in Wilna kann es nicht verwundern, daß sie nicht das Schicksal der Kirchenhäupter in Sameiten und Seiny teilt, sondern von den Russen unbelästigt dieselbe Luft mit den Deutschen atmen darf, die Wilna besetzt halten.

Des polnischen Klerus in Litauen glaubt die russische Regierung sicher sein zu können. Aus den umrissenen sozialen und wirtschaftlichen Gründen muß der litauische Klerus, wenn er sich behaupten will, negativ antirussisch, positiv litauisch-demokratisch gestimmt sein. Auch durch die Politik der Kirche in Litauen zieht sich wie ein roter Faden die bewegende Kraft der wirtschaftlichen Interessen- und Klassengegensätze.

5. Unter den Kriegswirren.

Seit Beginn des Krieges, vornehmlich seit der Besetzung Litauens durch die Deutschen, ist das politische Leben gelähmt, zum Teil vollständig unterbunden. Der Krieg hat die politischen Probleme kompliziert, einzelne aus dem Zustand der theoretischen Diskussion in das Stadium der Aktualität geschoben. Aber die bisherigen Voraussetzungen sind in gewissem Umfang hinfällig geworden; wir stehen vor Verhältnissen, die vor dem Kriege kaum in den Kreis der Erörterung gezogen worden waren. Noch ist ungewiß, an welche Adresse die politischen Forderungen Litauens in Zukunft gerichtet und wie sie formuliert werden müssen. Der Wille und die Absichten des endgültigen Siegers in diesem furchtbaren welterschütternden Waffengang sind naturgemäß bei der Entscheidung und der Stellungnahme der Litauer von ausschlaggebender Bedeutung. Mit unabänderlichen Tatsachen muß man sich abfinden, was jedoch nicht heißen kann, auf die grundsätzlichen Forderungen verzichten. Es kommt darauf an, sich zu orientieren, die Möglichkeiten des Erreichbaren und Zweckdienlichen abzuwägen und auf der gefundenen Grundlage eine Verständigung herbeizuführen. Vorläufig ist noch alles unklar. Die Verhältnisse gestatten es noch nicht, ein festes Urteil darüber zu gewinnen, auf welche Weise Litauen am zweckdienlichsten seine politische Forderung auf Selbständigkeit verwirklichen kann und welches die beste Grundlage seiner politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kultu-

llen Entwicklung zu werden verspricht. In dieser Beziehung muß Litauen zusagen mit gebundenen Händen abwarten, vor welche Tatsachen und ragen es der Abschluß des Krieges stellt.

Die litauische Sozialdemokratie ist der russischen Gesamtpartei nicht an-schlossen, weil diese die separatistischen Bestrebungen nicht gutheißen und rdern wollte. Im Jahre 1907 einigte man sich jedoch auf die Forderung r politischen Autonomie Litauens.

In ihrem sozialen Programm unterscheidet sich die Sozialdemokratie tauens in keiner Weise von den sozialistischen Parteien der Westmächte. er Krieg hat die Tätigkeit der Partei in Litauen noch mehr gestört als in n kriegführenden Ländern selbst. Eine Hauptschwierigkeit liegt darin, daß tauen nicht nur Operationsgebiet war, sondern jetzt auch noch besetztes ebiet und gleichzeitig Kampfobjekt ist. Hier drückt nicht nur ein Burg-iede, sondern das politische Leben kann sich nicht einmal in den Grenzen twickeln, die durch einen Burgfrieden mit mehr oder weniger niedrigen lauern und mit kleinen oder größeren Löchern im einengenden Zaun zogen werden. War auch früher kein freies öffentliches politisches Leben r die Sozialdemokratie gestattet, so doch eine rege Tätigkeit möglich. Man itte gelernt, das Mittel der geheimen Organisationen so zu handhaben, ß der Mangel einer öffentlichen Bewegungsmöglichkeit nur noch wenig ıpfunden wurde.

Der Krieg hat nun aber auch die geheime Organisation in erheblichem laße gestört. Die verbindenden Fäden zwischen den einzelnen Orten sind rrissen. Aus militärischen Gründen ist der Verkehr von Ort zu Ort ganz ßerordentlich erschwert worden. Vielfach fehlt es an Personen, die die forderliche Arbeit leisten können. Ein großer Teil der Bevölkerung ist rtrieben worden oder geflohen. Der Krieg hat weite Strecken des Landes rödet, sie in Wüsten verwandelt. Die Mehrzahl der zurückgebliebenen rbeiter findet keine Beschäftigung, keinen Erwerb. Es fehlt an Geld und erständigungsmöglichkeiten. Überdies ist die Arbeiterschaft erst zu einem eil zum Bewußtsein ihrer Klassenstellung und ihrer Klasseninteressen ge-ngt. Viele Arbeiter lassen sich ohne eigene politische Meinung von den erikalen leiten, andere, wenn auch nicht in erheblicher Zahl, schwimmen nationalistischem Fahrwasser.

Viel besser als auf dem Lande haben sich die Arbeiterorganisationen in n Städten entwickelt. Das hier vielfach dominierende jüdische Proletariat rd vorwiegend durch den Jüdischen Arbeiterbund organisiert. Die Füh-rin des nichtjüdischen klassenbewußten Arbeiters ist die Sozialdemokratie tauens, der auch die politisch erwachten Landarbeiter angehören. Sozia-listische Organisationen bestanden in Wilna, Grodno, Kowno, Smorgon, haulen, Ponewitsch, Libau und Riga. Wilna war das Zentrum. In ihrer aktischen Arbeit benutzte die Partei die litauische und polnische Sprache, nn besonders in Ostlitauen ist die Bevölkerung sprachlich sehr stark ge-ischt.

Der Einfluß der Partei reicht über die Arbeiterklasse hinaus; er er-eckt sich auf fast alle politisch unzufriedenen Elemente, die nicht im Sozia-mus ein Ziel erkämpfen wollen, die vielmehr die sozialistische Partei rn als Mittel zur Erreichung ihrer eigenen nächsten Ziele benutzen. Das igte sich während der Revolutionszeit. Die Partei und die von ihr ge-

tragene Bewegung erstarkte. Nachdem die russische Regierung einige Forderungen der nationalistischen Litauer zugestanden hatte, zogen sich die Befriedigten wieder zurück. Die Sozialdemokratie gibt den Bürgerlichen bei einem Zusammenarbeiten stets mehr, als sie für die Arbeiterklasse von ihnen empfangen kann.

Was von den sozialistischen Organisationen noch vorhanden ist, wie sie die noch in Aussicht stehenden nationalistischen Auseinandersetzungen überstehen werden, darüber liegen sichere Anhaltspunkte noch nicht vor.

Vom Wirtschaftsmarkt.

Die deutsche Seeschiffahrt nach dem Kriege.

Verluste der deutschen Schiffahrtsgesellschaften. — Die Aufgabe der deutschen Handelsflotte nach dem Kriege. — Reederkapital und Arbeiterheer. — Kriegsprofite des englischen Reederkapitals. — Steigerung der Schiffslöhne und Unkosten in England. — Beziehungen der deutschen Schiffahrtsgesellschaften zu den Großbanken und der rheinisch-westfälischen Großindustrie. — Herr Hugo Stinnes. — Leistungsfähigkeit der deutschen und englischen Handelsmarine. — Neue Schiffsbauten. — Gerüstet zum Konkurrenzkampf. — Neue Routen und Bahnen. — Kartellierungs- und Vertrustungsbestrebungen im Schiffahrtsbetrieb.

Berlin, 11. Juli 1916

Der andauernde Krieg hat die deutsche transatlantische Schiffahrt brach gelegt; nur zwischen Deutschland und den skandinavischen Ländern hat sich trotz aller Versuche Englands, ihn gewaltsam zu verhindern, bisher ein gewisser Verkehr durch deutsche Schiffe aufrechterhalten lassen. Zu dem Schaden, der daraus der deutschen Seeschiffahrt erwächst, gesellt sich der beträchtliche Verlust, den die deutsche Kauffahrteiflotte durch Vernichtung, Kaperung und Beschlagnahme deutschen Schiffseigentums auf offener See und in den Häfen der Entente erlitten hat, sowie die enormen Ausgaben, die für die in deutschen oder fremden Häfen liegenden Schiffe an Erhaltungs- und Reparaturkosten, an Unterhaltung von Dock-, Brücken- und Kaianlagen, an Hafen- und Liegegebühren, Gehältern, Löhnen, Kriegsunterstützungen usw. aufzubringen sind. Ganz beträchtliche Lasten. Zudem vermögen selbst die sorgfältigsten Abtakelungen, Maschinendemontagen und Erhaltungsmaßnahmen nicht zu verhüten, daß auch die stilliegenden Fahrzeuge wesentlich abnutzen.

Die Frage, wie es nach dem Kriege um die deutsche Handelsmarine bestellt sein wird, ob sie den Konkurrenzkampf gegen die übermächtige englische Handelsflotte dann wieder mit Erfolg aufzunehmen vermag, hat daher für unser ganzes Wirtschaftsleben die höchste Bedeutung, hängt doch von der Möglichkeit der deutschen Kauffahrteiflotte, alsbald nach Friedensschluß wieder die Versorgung Deutschlands mit fremden Lebensmitteln, vor allem mit den zur Neige gegangenen Rohstoffen übernehmen zu können, nicht zum wenigsten die schnelle Überwindung der neuen Umschaltungszwischenperiode ab — um so mehr, als es als sicher gelten kann, daß der Krieg, wenn auch die auf der Pariser Wirtschaftskonferenz ausgeheckten wirtschaftlichen Vernichtungspläne der Entente nur zum kleinsten Teil zur Ausführung gelangen dürften, doch eine scharfe Spannung zwischen Deutschland und England zurücklassen wird.

Jedenfalls wird England nichts dazu beitragen, was irgendwie die wirtschaftliche Erholung des deutschen Konkurrenten beschleunigen könnte.

Ganz abgesehen von dieser Bedeutung der Schiffahrt für die Wiederaufnahme des wirtschaftlichen Gesamtbetriebs kommt ferner in Betracht, daß die deutsche Seeschiffahrt sich in den letzten Jahrzehnten zu einem der wichtigsten Erwerbszweige des deutschen Wirtschaftslebens gestaltet hat, in dem schon vor Kriegsbeginn ein Reederkapital von ungefähr 800 bis 850 Millionen Mark investiert war, während die Besatzung der deutschen Handelsschiffe sich auf nahezu 70000 Mann bezifferte. Und zu diesem Kapital kommen die großen in Hafen-, Kai-, Werften-, Speicheranlagen usw. steckenden Werte und das in allen diesen Anlagen beschäftigte große Arbeiterheer hinzu, dessen Wohl und Wehe ebenfalls eng mit dem Wiederaufblühen der deutschen Seeschiffahrt zusammenhängt.

Vielfach findet man in der Presse, vornehmlich der englischen, die Ansicht vertreten, die deutsche Handelsschiffahrt hätte durch die Versenkungen und Beschlagnahme deutscher Schiffe, die Brachlegung ihrer Betriebe und die beträchtlichen Kapitalverluste eine so starke Schwächung erlitten, daß sie wenigstens zunächst nach dem Kriege kaum imstande sein werde, den Konkurrenzkampf wieder in größerem Umfang aufzunehmen — vielleicht auf einigen Routen, wie zum Beispiel nach der Ostküste der Vereinigten Staaten von Amerika, keineswegs aber auf dem bisherigen Gesamtgebiet. Hoffnungsvoller denkt man — vorausgesetzt, daß es Deutschland gelingt, einen günstigen Frieden abzuschließen — über die Aussichten in den deutschen Reederkreisen. Die zuversichtliche Weise, in der sich jüngst Herr Albert Ballin, der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, in der Generalversammlung der Woermann-Linie und einem Korrespondenten der Kopenhagener »Berlingske Tidende« gegenüber über die voraussichtliche Lage der deutschen Handelsschiffahrt nach dem Kriege geäußert hat, zeugt von nichts weniger als von Entmutigung. Und diese zukunftssichere Stimmung wird von den meisten übrigen Leitern der großen Schiffahrtsgesellschaften geteilt, wie deutlich die von ihnen mit einer gewissen Hast betriebenen Vergrößerungspläne und die Masse der in Bau gegebenen großen Frachtdampfer beweisen.

Die Kapitalkraft der großen deutschen Schiffahrtsgesellschaften ist allerdings durch den Krieg sehr geschwächt, obgleich sie meist seit Jahren dem Beispiel der englischen Schiffahrtsunternehmungen gefolgt sind, für den Fall zukünftiger Schiffsverluste, Konjunkturschwankungen oder Vertrustungskämpfe allerlei Fonds anzusammeln und reichliche Inventarabschreibungen vorzunehmen. Aber in dieser Ansammlung von Massenreserven hatten immerhin noch manche englischen Gesellschaften einen gewissen Vorsprung, und dazu kommt, daß, während die deutschen Gesellschaften seit Kriegsbeginn von ihren Kapitalien zehren, die englischen Konkurrenzgesellschaften neue Reserven und Gewinne aufzuhäufen vermochten, da der Krieg bekanntlich die Frachtsätze enorm gesteigert hat, für manche Routen sogar zeitweilig auf das Acht-, Neun- und Zehnfache. Man braucht nur die Liste der letzten Jahresabrechnungen mit denen der Jahre 1914 und 1913 zu vergleichen, um sofort zu erkennen, wie einträglich sich das englische Reedergeschäft unter den Wirkungen des Krieges gestaltet hat. So

haben zum Beispiel in den drei letzten Jahren nach einer jüngst vom »Manchester Guardian« gemachten Aufstellung die nachbenannten zehn Gesellschaften folgende Gewinne erzielt:

	1915 Pfund Sterling	1914 Pfund Sterling	1913 Pfund Sterling
White Star-Linie	1968285	887548	1121268
Leyland-Linie	1441690	620839	589810
Cunard-Linie	1579170	1286948	1187831
Royal Mail-Linie	808731	98232	436470
London & Northern-Linie	586299	118419	135541
Pool-Linie	601338	118000	—
Elder, Dempster & Co.	349444	326122	307605
China Mutual-Linie	591005	286725	381729
Lamport & Holt	332897	149108	200691
Booth-Linie	328127	225267	154828

Das sind recht hohe Gewinnsteigerungen; immerhin veranschaulichen sie nur zum Teil den eingesteckten Profit, da man sich durchweg bei den Verrechnungen und Inventarabschreibungen bemüht hat, die Gewinnsummen niedrig erscheinen zu lassen, schon um an Kriegssteuern zu sparen. Außerdem kommt in Betracht, daß seit der letzten Abrechnung die Frachtraten weiter gestiegen sind.

Freilich, der enormen Erhöhung der Schiffsfrachten scheint dennoch die obige Gewinnzunahme noch immer nicht zu entsprechen. Es darf aber nicht vergessen werden, daß den höheren Frachtraten andererseits auch weit höhere Ausgaben der Reedereien entgegenstehen: höhere Heuer (Schiffslöhnung), höhere Verpflegungskosten, höhere Lade- und Löschkosten, höhere Versicherungsprämien, höhere Abgaben usw. Außerdem haben englische Reedereien der englischen Admiralität gezwungenermaßen mehr als ein Drittel ihres Schiffsparks für den Regierungstransportdienst und als Hilfskreuzer überlassen müssen, für diese requirierten Schiffe aber meist weit niedrigere Entschädigungen erhalten, als den inzwischen gestiegenen Frachtraten entsprechen. Als Ersatz dafür haben die englischen Reeder vielfach fremde, besonders skandinavische Schiffe gechartert, teils in Voll-, teils in Raumcharterung, müssen aber dafür unverhältnismäßig hohe Zeit- und Raumfrachten zahlen, so daß ihnen beim Chartevertrag oft nur ein mäßiger Nutzen bleibt. Tatsächlich sind denn auch die Gewinne der fremden, besonders der norwegischen Reedereien noch weit größer als die der englischen.

Sir Walter Runciman, der Direktor der englischen Moor-Linie (die allerdings in den letzten beiden Jahren keine besonders guten Geschäfte machte und ihren Gewinn von 254 000 Pfund Sterling im Jahre 1913 nur auf 335 349 Pfund Sterling im Jahre 1915 zu erhöhen vermochte), hatte daher keineswegs ganz unrecht, als er im vorigen Monat in einem durch englische Handelsblätter gehenden Interview erklärte:

Die britischen Reeder werden verurteilt, weil sie während des Krieges Geld verdienen. Es sind die Neutralen, die die Haupternte halten und der britischen Schiffahrt dadurch gefährlich werden. Die Neutralen erzielen höhere Frachtraten und haben obendrein den Vorteil der offenen Märkte, Schiff für Schiff erhalten sie höhere Frachtraten als die britischen Schiffsinhaber. Außerdem dürfen sie, außer Dänemark, ihre ganzen Profite behalten, während die britischen Schiffsbesitzer eine Einkommensteuer und außerdem 50 Prozent ihrer Kriegsprofite bezahlen müssen. Von jedem 100 Pfund Sterling erhält die Regierung 67 bis 70 Pfund.

Auch können die Neutralen ihre sämtlichen Schiffe für den Handel verwenden, während die britischen Besitzer nur 30 bis 40 Prozent ihrer Schiffe zu Marktraten verdingen können. Der Rest ist von der Admiralität requiriert.

Immerhin werden unzweifelhaft die englischen Großreedereien den deutschen nach Schluß des Krieges entschieden kapitalkräftiger gegenüberstehen. Indessen rechnen, wie es scheint, die deutschen Schiffahrtsgesellschaften auf ein engeres Zusammenarbeiten mit der Bankfinanz; und überdies wird, wenn nicht alle Anzeichen trügen, der Reichstag sich mit Vorlagen über Kriegsentschädigungen und Subventionierungen solcher Linien zu beschäftigen haben, denen durch den Krieg große Verluste erwachsen sind oder denen inzwischen auf ihren Routen eine schwer zurückzudrängende Konkurrenz durch englische Linien entstanden ist, wie zum Beispiel nach Ostasien und Ozeanien.

Auch zu der Großindustrie sucht man in der Großreederei engere Beziehungen herzustellen. Es hat vor zwei Monaten sehr überrascht, als die Zeitungen plötzlich zu melden wußten, die Woermann-Linie, der übrigens inzwischen durch eine Personalunion ihres Vorstandes zugleich die Deutsch-Ostafrika-Linie angegliedert worden ist, werde durch Erwerbung der Aktienmajorität in den gemeinsamen Besitz der Hamburg-Amerika-Linie, des Norddeutschen Lloyd und des bekannten rheinischen Großindustriellen Hugo Stinnes übergehen. In Anbetracht der Bestrebungen der Großreedereikreise, in engere Beziehungen zur rheinisch-westfälischen Großindustrie und zu den großen Bankgruppen zu kommen, hat diese Aktion jedoch durchaus nichts Erstaunliches. Bekanntlich ist Herr Hugo Stinnes auch nicht nur in den Aufsichtsrat der Woermann-Linie, sondern mit Ballin und Heineken, dem Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd, zusammen in den geschäftsführenden Dreimännerausschuß des Unternehmens gewählt worden. Außerdem wurde in den Aufsichtsrat noch der bekannte Vertrauensmann des Zentralverbandes deutscher Industrieller, der Essener Syndikus, Reichs- und Landtagsabgeordneter Dr. Wilhelm Hirsch, sowie Herr Max Schinckel aufgenommen, Gesellschafter der Berliner Diskontogesellschaft und der Norddeutschen Bank in Hamburg, deren 60 Millionen Aktien sich bekanntlich im Besitz der Diskontogesellschaft befinden.

Sind daher die finanziellen Mittel zur Wiederaufnahme des Konkurrenzkampfes gesichert, so tritt keineswegs der deutsche Schiffahrtsbetrieb unter ungünstigen Bedingungen in diesen Kampf ein. Die Gesamttonnage der englischen Handelsflotte hat durch den Krieg sehr gelitten. Bis Ende April betrug der Verlust infolge der Versenkungen durch deutsche Unterseeboote, Minenexplosionen und allerlei Unglücksfälle insgesamt fast 1,60 Millionen Registertonnen, jetzt vielleicht 1,70 Millionen, während der Neuersatz sich noch nicht auf ein Drittel dieser Summe stellt, da die Schiffsbauwerften größtenteils für die Admiralität beschäftigt und ihnen überdies zahlreiche Arbeitskräfte durch den Kriegsdienst und die forcierte Munitionsfabrikation entzogen sind. Das ist selbst in Anbetracht der Größe der englischen Handelsmarine, die Anfang des Jahres 1913 nach der englischen Statistik 11,88 Millionen Nettoregistertonnen umfaßte und sich infolge großer Neubauten bis zu Beginn des Krieges auf ungefähr 12½ Millionen Tonnen vermehrt haben dürfte, ein recht ansehnlicher Verlust. Überdies ist von dem Drittel der Gesamttonnage, das die Admiralität für Kriegszwecke

requiriert hat, ein großer Teil dermaßen abgenutzt und entwertet, daß er ohne umständliche Reparaturen kaum mehr als verwendbar gelten kann. Ferner hat die große Nachfrage nach Schiffsraum in England nicht nur, wie schon erwähnt, zu einer beträchtlichen Erhöhung der Schiffsfrachten, sondern auch der Schiffslöhne und Verpflegungskosten geführt; und diese werden voraussichtlich auch nach dem Kriege nicht sofort erheblich fallen. Es ist vielmehr wahrscheinlich, daß, wenn die englischen Schiffahrtsgesellschaften versuchen sollten, nach dem Kriege die Lohnsätze schnell herabzudrücken, dies zu energischem Widerstand der englischen Seeleute und Dockarbeiter führen wird, die recht gut wissen, welche großen Profite ihre Reedereien während der Kriegszeit eingesteckt haben.

Andererseits hat die deutsche Schiffahrt zwar ebenfalls einen großen Teil ihres früheren Schiffsbestandes durch den Krieg verloren; aber dieser Verlust wird bis zum Schlusse des laufenden Jahres mehr als reichlich ersetzt sein, zumal wenn man in Betracht zieht, daß anstatt der verlorenen kleinen veralteten Dampfer meist größere, mit allen neuen Mitteln der Technik ausgerüstete Schnelldampfer in Bau gegeben worden sind. Schon seit Jahr und Tag wird auf den deutschen Schiffswerften mit aller Kraft daran gearbeitet, die Verluste auszugleichen. Es ist eine recht ansehnliche Zahl von Riesenschiffen, die allein einige der größten deutschen Schiffsgesellschaften bauen lassen. Nach einer jüngst von der »Berlingske Tidende« mitgeteilten Aussage des Generaldirektors Ballin baut die Hamburg-Amerika-Linie außer dem Riesenluxusdampfer »Bismarck« (56 000 Tonnen) und dem Riesenturbinendampfer »Tirpitz« (32 000 Tonnen) drei große Dampfer von ungefähr je 22 000 Tonnen, vier Dampfer von je 18 000 Tonnen und zwölf Dampfer von 12 000 bis 17 000 Tonnen Tragfähigkeit. Der Norddeutsche Lloyd baut außer den beiden Riesendampfern »Kolumbus« und »Hindenburg« von je 35 000 Tonnen die beiden Schnelldampfer »Zeppelin« und »München« von 16 000 Tonnen und zwölf Frachtdampfer von 12 000 bis 13 000 Tonnen. Die Bremer Hansa-Dampfschiffahrtsgesellschaft baut acht, die Bremen-Hamburger Afrika-Linie sechs, die Hamburger Kosmos-Linie zehn größere Dampfer, meist zwischen 9000 bis 13 000 Tonnen. Selbst die kleineren Reedergesellschaften vermehren in starkem Maße ihren Schiffsbestand.

Überall bereitet man sich auf den großen Konkurrenzkampf nach dem Kriege vor. Zwar stellen sich, da sich auch in Deutschland die Baukosten wesentlich erhöht haben, diese neuen Schiffe jetzt beträchtlich teurer als noch vor wenigen Jahren, und zudem wird auch die deutsche Handelsschiffahrt zunächst mit höheren Gehältern, Löhnen, Verpflegungskosten usw. zu rechnen haben; aber dafür ist andererseits in den nächsten zwei, drei Jahren nach Friedensschluß auch ein Zurücksinken der Frachtraten auf ihren früheren Stand kaum anzunehmen oder höchstenfalls nur auf einzelnen heiß umstrittenen Konkurrenzlinien. Was allerdings später geschieht, ist noch eine große Frage, besonders wenn das Schiffsvermehrungsfieber anhält, das nicht nur die deutschen Reederkreise, sondern auch verschiedene neutrale Staaten ergriffen hat. Schließlich muß doch die riesig gesteigerte Tonnage wieder zu starkem Druck auf die Frachtsätze führen. Wie auch in den skandinavischen Ländern gebaut wird, zeigt die Tatsache, daß auf der Ende Juni in Christiania abgehaltenen Jahresversammlung des Nordischen

Schiffsreedervereins konstatiert wurde, die Gesamttonnage der dem Verein angeschlossenen Reedereien hätte sich auf 3 055 060 Tonnen erhöht, in fünf Jahren um fast eine Million Tonnen; noch weit mehr aber sei die Leistungsfähigkeit gewachsen, da auch hier veraltete Schiffe durch schnellere, größere und technisch besser ausgestattete ersetzt worden sind.

Die Lage der deutschen Schiffahrt nach dem Kriege stellt sich also trotz der großen Schiffs- und Kapitalverluste und trotz der Anstrengungen, die eine Wiederanknüpfung alter Beziehungen erfordern wird, keineswegs als so ungünstig dar, wie oft angenommen wird, zumal die technische Leistungsfähigkeit der deutschen Handelsflotte die aller anderen Länder übertrifft — auch der englischen. Die englische Handelsflotte ist zwar beträchtlich größer als die deutsche, die 1913 erst 3 153 724 Nettoregistertonnen zählte, während die englische (mit Einschluß der irischen) bereits 11 878 807 Registertonnen umfaßte;[1] aber die deutsche enthält im ganzen viel mehr große Schnelldampfer. Das ergibt sich schon statistisch daraus, daß im Durchschnitt auf einen Seedampfer der englischen Handelsmarine nur ein Raumgehalt von 810 Nettotonnen kommt, auf einen deutschen Seedampfer aber 1265 Nettotonnen. Im Durchschnitt sind also die deutschen Seedampfer um mehr als 50 Prozent größer.

Was die einzelnen Routen anbetrifft, so wird freilich der Krieg mancherlei Veränderungen und Verschiebungen zur Folge haben. Daß die großen nach Amerika fahrenden Riesenschnelldampfer deutscher Linien im gleichen Maße wie bisher Southampton oder Plymouth anlaufen, um dort englische Passagiere aufzunehmen, ist höchst unwahrscheinlich. Überhaupt wird voraussichtlich der Schiffsverkehr zwischen Deutschland und England zunächst eine beträchtliche Einschränkung erfahren. Dafür werden von den größeren deutschen Linien in weit stärkerem Maße die holländischen und belgischen Häfen aufgesucht werden. Auch die Schiffahrt nach Australien und Ostasien gedenkt man, soweit sich aus der bisherigen Tätigkeit der Firmen, die hauptsächlich auf Vermehrung ihres Schiffsbestandes bedacht sind, und aus der Eigenart ihrer Bauaufträge ergibt, vorerst ziemlich links liegen lassen zu wollen. Dagegen soll die Schiffahrt nach den Vereinigten Staaten von Amerika, nach Mittel- und Südamerika, und zwar sowohl nach den Häfen der Ost- wie der Westküste, mit aller Kraft wieder aufgenommen werden, in Verbindung mit der Triester Austro-Americana auch von Triest aus. Und ferner gedenkt man allem Anschein nach, ebenfalls im Zusammenwirken mit Triester Gesellschaften, den Verkehr mit dem Mittelmeer, besonders mit der Levante, und mit der Ostküste Afrikas auszudehnen. Auch eine Verstärkung des Schnellverkehrs auf der Ostsee nach den schwedischen und russischen Häfen scheint auf dem Programm einiger Firmen zu stehen.

Mit den Vorbereitungen auf einen großzügigen Konkurrenzkampf haben zugleich die Kartellierungs- und Vertrustungsbestrebungen wieder eingesetzt, die bereits kurz vor dem Krieg auf deutscher wie auf englischer Seite zur Anbahnung von sogenannten Konventionen und Interessengemeinschaften

[1] Nebenbei bemerkt, sind diese Größen nicht ohne weiteres vergleichbar, denn die deutsche Schiffahrtsstatistik beginnt erst bei einer Schiffsgröße von mehr als 17,65 Bruttotonnen, die englische schon bei 15 Bruttotonnen, außerdem sind in der englischen Statistik auch Fluß- und Küstenfahrzeuge mitenthalten, die in Deutschland zu den Binnenfahrzeugen gerechnet werden.

geführt hatten — in Deutschland zur Einigung der Hamburg-Amerika-Linie mit dem Norddeutschen Lloyd und ihrem beiderseitigen Anhang, der Kosmos-Linie, der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft, der Bremer Hansa-Linie und der Hamburg-Bremer Afrika-Linie, während in England die Peninsular and Oriental Company und die British India Company sich zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen hatten. Die damals gesponnenen Fäden sind inzwischen fester verknüpft worden; doch entziehen sich die einzelnen Abmachungen noch so sehr der öffentlichen Kenntnis, daß es für den, der nicht Gelegenheit hat, hinter die Kulissen blicken zu können, sehr schwer hält, den heutigen Stand der Vereinbarungen zu beurteilen. Ich gedenke, später auf diese Bestrebungen zurückzukommen. Heinrich Cunow.

Notizen.

Genosse Schippel ersucht uns um Veröffentlichung folgender Zuschrift:

Myers, Geschichte der großen amerikanischen Vermögen. Einige Bemerkungen in Nr. 15 der Neuen Zeit könnten zu irrigen Auffassungen verleiten. Deshalb möchte ich das Folgende feststellen:

Das Verdienst, durch eine Übersetzung das brillante Myerssche Werk der deutschen Leserwelt erschlossen zu haben, gebührt ausschließlich dem Verlag und den (wie häufig: nicht ausdrücklich genannten) Übersetzern, daneben noch dem Genossen Myers für seine Umarbeitungen und wichtigen Ergänzungen. Ich selber fand die Übersetzung abgeschlossen und sogar schon nach Buchseiten umbrochen vor, so daß ich mich darauf beschränken konnte und mußte, einige Stellen, die eine genauere Kenntnis der amerikanischen Parteiausdrucksweise und ähnliches voraussetzen, nach Sinn und Wortlaut bestimmter dem Myersschen Original anzupassen.

Dagegen erklärte ich mich wegen der unbestreitbaren Bedeutung des Myersschen Werkes gern bereit, das einführende Geleitwort für die deutsche Ausgabe zu schreiben.

Berlin, 14. Juli 1916. Max Schippel.

Die Einfuhr in Wladiwostok. Der Weltkrieg, der den Handel auf dem Atlantischen Ozean und dem Mittelmeer so sehr einschränkt, hat den des Stillen Ozeans sehr gefördert. Eines der Symptome dafür sind die Zahlen der Einfuhr nach Rußland, die über seinen mandschurischen Hafen Wladiwostok ging. Man führte dort ein Waren im Werte von:

	Millionen Rubel 1914	Millionen Rubel 1915
Baumwolle	0,1	41,4
Textilwaren	1,3	28,1
Schuhzeug und Lederwaren	0,3	21,9
Gummi	—	9,1
Kupfer	2,5	35,6
Blei	—	14,3
Nickel	—	4,5
Zinn	0,1	7,9
Zink	0,1	6,2
Antimon	0,6	6,2
Stahl und Eisen	0,3	10,1
Stahldraht	0,9	12,2
Maschinen	1,1	7,0
Automobile	0,1	3,1

Zum größten Teil spiegelt sich in diesen Zahlen nur der Einfluß des Kriegsbedarfs und der Abschneidung der europäischen Häfen Rußlands vom Weltverkehr wider. Aber zum Teil sind sie Vorboten der wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung, die durch den Krieg die Länder am Stillen Ozean gewinnen werden.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Die Neue Zeit
Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie
2. Band Nr. 17 Ausgegeben am 28. Juli 1916 34. Jahrgang
Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Die Länder am Stillen Ozean.

Von K. Kautsky.

Die Vereinigten Staaten, Japan, China sind die Gebiete, die voraussichtlich die lachenden Erben nach dem europäischen Selbstmord sein werden.

Schon im Jahre 1850 hatte Marx auf die große ökonomische Bedeutung hingewiesen, welche die um den Stillen Ozean herumliegenden Gebiete erlangen müßten. In der »Neuen Rheinischen Revue« schrieb er:

> Dank dem kalifornischen Gold und der unermüdlichen Energie der Yankees werden beide Küsten des Stillen Meeres bald ebenso bevölkert, ebenso offen für den Handel, ebenso industriell sein, wie es jetzt die Küste von Boston bis New Orleans ist. Dann wird der Stille Ozean dieselbe Rolle spielen wie jetzt das Atlantische und im Mittelalter das Mittelländische Meer.

Was von so mancher anderen Marxschen Prognose gilt, ist auch von dieser zu sagen. Marx hat richtig gesehen, aber der Gedanke wandert schneller als die Wirklichkeit. So bald, wie er es erwartete, kam die von ihm erwartete Verlegung des ökonomischen Schwerpunktes der Welt nicht. Und als sie sich endlich anbahnte, geschah das weit mehr auf der asiatischen als auf der amerikanischen Seite des Stillen Ozeans. Kalifornien ist immer noch ein reines Agrarland, indes Japan und China rasch zu gewaltigen Industriestaaten werden. Rückwirkend muß deren Aufschwung freilich auf die Westküste Amerikas belebend wirken, indes vielleicht noch mehr auf seine Ostküste, die durch den Panamakanal Ostasien um so viel näher gerückt ist.

Daß der Weltkrieg, der Europas Kapitalien und geschulte Arbeitskräfte dezimiert, gleichzeitig Amerikas Industrie und Landwirtschaft mächtig befruchten mußte, lag schon zu Beginn des Krieges klar zutage. Heute wissen wir, daß auch Japans Industrie sehr durch ihn gewinnt. China wird durch den Krieg der Fesseln entledigt, die ihm europäische Mächte anlegen wollten. Endlich ist auch Sibirien zu den Gebieten zu zählen, die durch den Krieg gewinnen. Im allgemeinen bedeutet er zunehmende Belastung der Industrie zugunsten der Landwirtschaft. Doch wird diese in den kämpfenden Staaten ebenfalls geschädigt, natürlich direkt in den Gegenden des Kriegsschauplatzes, allenthalben aber durch Verminderung der ihr zu Gebote stehenden Arbeitskräfte. Vor dem Kriege litt schon die Landwirtschaft mehr an Arbeitermangel als die Industrie. Sibirien dagegen liegt nicht nur fern von jedem Kriegsschauplatz, gewinnt nicht nur als Lieferant von Agrarprodukten, sondern auch durch Zustrom von Arbeitskräften. Von den Millionen, die aus den westlichen Gebieten des russischen Reiches vor der feindlichen Invasion flohen, haben viele ihre Zuflucht in Sibirien gesucht, die nach dem Kriege es vorziehen werden, dort zu bleiben, statt nach ihren verwüsteten Heimstätten zurückzukehren. Unter allen Gebieten der kriegführenden

Staaten wird Sibirien das einzige sein, das während des Krieges und durch ihn an erwachsenen, geschulten männlichen Arbeitskräften gewinnt.

Das Verhältnis, in dem die großen Gebiete am Stillen Ozean zueinander stehen, ist ein ganz eigenartiges, verschieden von dem der Gebiete am Mittelmeer sowie am Atlantischen Ozean.

Als die Völker am Mittelmeer im Altertum in nähere Beziehungen zueinander kamen, waren die meisten von ihnen in bezug auf Kulturhöhe nicht sehr voneinander verschieden. Auf der einen Seite stand eine Zivilisation, die von der Barbarei noch nicht weit entfernt war; auf der anderen Barbaren, die sich der Schwelle der Zivilisation genähert hatten. Unter günstigen Bedingungen vermochten diese die Zivilisation jener leicht aufzunehmen und weiterzuführen, ja die dadurch erlangte militärische Kraft zur Überwindung ihrer Lehrmeister zu benutzen. Die Zivilisation wanderte dort von Mesopotamien nach Osten, von Ägypten nach Norden. Die Griechen überwanden Vorderasien und Ägypten, um ihrerseits von den Römern besiegt zu werden. Dann wurde die romanisierte Mittelmeerwelt von den Germanen, die hellenisierte von den Arabern niedergeworfen, worauf Germanen und Araber sowie ihre Nachfolger, die als »Franken« bezeichneten Europäer und die Türken, sich das Mittelmeer streitig machten, bis die an den Gestaden des Atlantischen Ozeans wohnenden Völker Europas die Technik der Seefahrt so weit entwickelt hatten, daß sie es wagen konnten, das Weltmeer zu durchqueren.

Dort fanden sie eine ganz andere Situation vor als im Mittelmeer. Die Völker Europas, die nun das Zeitalter der Entdeckungen inaugurierten, hatten eine Höhe der Technik und der Zivilisation erreicht, die bis dahin in der gesellschaftlichen Entwicklung nicht erhört war. Sie trafen an den Küsten Afrikas und Amerikas auf völlig rückständige Völker, die sich noch im Zustand der Wildheit befanden. Wir haben allen Grund, anzunehmen, daß auch sie imstande gewesen wären, die Zivilisation der europäischen Eindringlinge anzunehmen, aber Jahrhunderte liebevoller Sorgfalt hätten dazu gehört. Diese wurde ihnen nicht zuteil. In den gemäßigten Klimaten der neu entdeckten Gebiete, wo Europäer schwere Arbeit zu leisten vermochten, wurden die Eingeborenen von Kolonisten ausgerottet. In den heißen Gegenden, wo Europäer bei harter Arbeit zugrunde gingen, wurden die Eingeborenen versklavt.

Am Stillen Ozean dagegen trifft nicht Wildheit oder Barbarei mit der Zivilisation zusammen, sondern stoßen zwei hohe Zivilisationen aufeinander, von denen jede sich völlig unabhängig von der anderen entwickelt hat und die die schroffsten Gegensätze darstellen.

In China die älteste bodenständige Zivilisation der Welt, in Amerika die jüngste frisch eingewanderte Zivilisation. Die amerikanische rein kapitalistisch, ohne die geringste feudale Tradition, ohne »verfallene Schlösser und Basalte«; die ostasiatische noch in ihrem Empfinden, wenn auch nicht mehr in ihren Geschäften, ganz in den feudalen Überlieferungen befangen. Die Amerikaner, als Parvenüs bar jedes verfeinerten Geschmacks; bei den Ostasiaten auch in den unkultivierten Klassen ein starkes künstlerisches Empfinden. In Amerika Überfluß an Boden und Bodenprodukten und daher extensiver Raubbau, dagegen Mangel an menschlichen Arbeitskräften und daher weitestgehende Anwendung von Maschinen. In China auf weiten

Flächen jedes Bodenstückchen seit Jahrhunderten besetzt und aufs ängstlichste benutzt, intensivste Bodenkultur, aber nur, soweit sie ohne Maschinen möglich; neben Mangel an Boden Überfluß an Menschen, daher rücksichtslose Verwüstung von Arbeitskraft. In Amerika die höchsten, in Ostasien die niedrigsten Löhne der Welt. Hier ständige Masseneinwanderung, dort ständige Massenauswanderung, so daß am Stillen Ozean das Wanderungsproblem und die daraus erwachsenden Gegensätze ihre schroffsten und gewaltigsten Formen finden. Dabei sind die beiden großen entscheidenden Reiche einander darin völlig ebenbürtig, daß sie alle Bedingungen umschließen, die stärkste ökonomische Macht zu entwickeln. Sie verfügen über die größten Kohlen- und Eisenlager der Welt, jede von ihnen bedeutet einen inneren Markt von einer Ausdehnung, der in der übrigen Welt seinesgleichen nicht findet. Wohl zählt Indien ebenso wie Rußland mehr Einwohner als die Vereinigten Staaten, aber um wie viel übertrifft die durchschnittliche Kaufkraft eines der 100 Millionen Nordamerikaner die eines der 160 Millionen Rußlands oder der 300 Millionen Indiens! Andererseits umfaßt das britische Gesamtreich wohl ebenso viele Einwohner wie China, vielleicht noch mehr,[1] aber sie bewohnen nicht ein räumlich zusammenhängendes Gebiet, sondern sind über verschiedene Erdteile verstreut, bilden nicht einen geschlossenen inneren Markt.

Endlich stehen China wie die Vereinigten Staaten darin einzig da, daß sie die verschiedensten Klimate umfassen.

Alle kapitalistische Großindustrie hat sich bisher in den Gebieten gemäßigter Zone entwickelt, die für energische industrielle Arbeit die besten Bedingungen bietet. Eine Reihe ihrer wichtigsten Rohstoffe aber bezieht sie aus Gebieten der heißen Zone.

In Europa hat der industrielle Kapitalismus sich zuerst entwickelt, dort aber ist er durch ausgedehnte Meere von den Ländern der heißen Zone getrennt. Im Gegensatz zu den kapitalistischen Staaten Europas erstrecken sich die Vereinigten Staaten wie China von der gemäßigten bis in die heiße Zone. Innerhalb ihrer Landesgrenzen finden sie ebenso die Bedingungen intensiver industrieller Arbeit wie mannigfaltigster Rohstoffproduktion. Nur Rußland nähert sich ihnen darin einigermaßen. Doch ist die Produktivkraft seiner heißen Gebiete gering.

Kein Staat ist in dieser Beziehung so gut daran wie China. Es erstreckt sich vom 53. Grad bis zum 18. Grad nördlicher Breite, die Vereinigten Staaten vom 49. bis zum 24. Grad. Das russische Reich in Asien geht südlich nur bis zum 34. Grad nördlicher Breite. Der südlichste Punkt Europas liegt auf dem 36. Grad.

Südlich von China liegt noch Indochina, ehemals ein Vasallenstaat des chinesischen Reiches, dann von Frankreich in Besitz genommen. Es ist sehr fraglich, ob nach dem Kriege Frankreich die Kraft haben wird, seine chinesische Kolonie noch zu behaupten, namentlich wenn sich Japan mit China verbündet. Gelingt es diesem, wieder seine frühere Ausdehnung zu gewinnen, dann umfaßt es ein Gebiet, das sich von der geographischen Breite der

[1] Eine genaue Zählung der Einwohnerzahl Chinas gibt es nicht. Die Angaben darüber gehen ungeheuer auseinander. Das »Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich« gibt sie auf 438 Millionen an, dagegen »Statesman's Yearbook« nur auf 320 Millionen!

Nordsee bis zu der Abessiniens erstreckt. Dabei ist es ausgedehnter als ganz Europa.[2] Wenn irgendein Staat, wäre dieser imstande, jenes sich selbst genügende Gemeinwesen darzustellen, von dem die neueste Schule imperialistischer Sozialisten und sonstiger Konfusionsräte träumt. Er war es in vorkapitalistischer Zeit. Unter kapitalistischen Produktionsbedingungen könnte selbst dieses ausgedehnte China sich nicht selbst genügen. Wohl aber bietet seiner Industrie dies Gebiet den ungeheuersten inneren Markt und damit die stärkste ökonomische Basis, die für eine kapitalistische Industrie denkbar ist.

Auch in vorkapitalistischer Zeit war Chinas ökonomische Unabhängigkeit von jeglicher Beziehung mit dem Ausland nicht frei von schweren Nachteilen. Nach dem Westen zu von schwer zu durchquerenden Wüsten und furchtbaren Hochgebirgen begrenzt, nach Osten von einem Meere, das nicht zur Seefahrt verlockte, stellte es dem Verkehr der Chinesen mit dem Ausland große natürliche Hindernisse entgegen, zu deren Überwindung sie der stärksten Antriebe bedurft hätten. Die blieben aus, da bei der reichen Mannigfaltigkeit der Produkte des ungeheuren Reiches auf vorkapitalistischer Basis kein Bedürfnis aufkam, das es nicht selbst zu befriedigen vermocht hätte.

Wüsten und Steppen bilden allerdings kein Hindernis des auswärtigen Handels, sie fördern ihn eher unter primitiven Verhältnissen, da sie eine seßhafte Bevölkerung nicht zu ernähren vermögen. Ihre nomadischen Bewohner, die unstet von Ort zu Ort ziehen, sind sehr dazu geeignet, Handelsverbindungen zwischen den verschiedenen an die Wüste oder Steppe grenzenden Gebieten herzustellen. Dazu gehört aber, daß die Gebiete hüben und drüben sich etwas zu senden haben. Die Syrisch-Arabische Wüste grenzte im Osten an Babylonien, im Westen stand sie durch Palästina und Phönizien mit Ägypten und Griechenland in Verbindung. Das ergab einen lebhaften Handelsverkehr durch die Wüste. Die Chinesen dagegen fanden jenseits der Wüste, die ihr Reich begrenzte, nur dürftige Jägervölker, von denen nichts zu holen war.

Vom Ausland abgeschlossen, erfreute sich China zumeist der Segnungen des Friedens, und insofern war seine Kulturentwicklung sehr begünstigt. Aber sie blieb stehen an der Schwelle der kapitalistischen Industrie. Es fehlten ihm die kraftvollen Anregungen und Anstöße, die durch Wanderungen und den Weltverkehr den Völkern Europas zuteil wurden.

Jetzt aber erfährt es solche Anregungen und Anstöße in reichlichstem Maße auf sehr unsanfte Weise; seine Selbständigkeit wird durch die Fremden ernstlich bedroht. Da beeilt es sich mit verblüffender Schnelligkeit, das Versäumte nachzuholen. Trotzdem oder vielmehr gerade dadurch drohte ihm die Gefahr, in die finanzielle Knechtschaft Europas zu gelangen. Diese Gefahr hat der Weltkrieg so gut wie völlig beseitigt. Für lange hinaus wird Europa sein eigenes akkumuliertes Kapital und auch den eventuellen Überschuß daran, den Amerika über seinen eigenen Bedarf hinaus produziert, selbst verbrauchen. China wird seinen wirtschaftlichen Aufstieg auf das europäische Niveau aus eigener Kraft, mit eigenen Mitteln vollziehen. Weniger

[2] Europa umfaßt nicht ganz 10, das heutige China über 11 Millionen Quadratkilometer. Es ist zehnmal so groß wie das ersehnte Mitteleuropa.

klar als seine wirtschaftliche ist seine politische Zukunft. Aber auch da kommen als Mächte, die sich auf seine Kosten vergrößern könnten, nicht mehr die Staaten des Atlantischen, sondern nur noch die des Stillen Ozeans in Betracht. Die Eifersucht zwischen Amerika und Japan dürfte dabei dafür sorgen, daß letzteres die chinesische Entwicklung nicht zu empfindlich stört.

Amerika aber tritt hinfort in den Mittelpunkt der kapitalistischen Welt, wird die Zentralmacht, um die sich Europa wie China drehen.

Die Anregung zu diesen Gedanken gab mir das jüngste Büchlein des Tübinger Professors Robert Wilbrandt, einer der sympathischsten Erscheinungen der jüngeren Generation bürgerlicher Ökonomen. Er legt darin die Eindrücke einer Reise um die Welt nieder, die er kurz vor dem Kriege unternahm, und skizziert die soziale Struktur der Vereinigten Staaten, Japans und Chinas.[3] Es sind nichts als anspruchslose Feuilletons, die er uns gibt, aber sie enthalten eine Fülle wichtiger Beobachtungen und Gedanken eines Mannes, der ökonomisch sehen und forschen gelernt hat und der den bestehenden Zuständen sehr kritisch gegenübersteht.

Unseren Imperialisten spricht er durchaus nicht nach dem Munde. Diese hatten bekanntlich davon geträumt, der Feldzug, den sie 1900 gegen die Chinesen unternahmen, werde diese durch seine rücksichtslose Energie so einschüchtern, daß jahrhundertelang kein Chinese einen Europäer scheel anzusehen wagen und damit die dauernde Garantie der Unterwürfigkeit Chinas gegeben sein werde. Wilbrandt konstatiert, daß gerade dieser Feldzug, der militärisch für China verloren ging, seinen Aufstieg gewaltig beschleunigt habe. Er geniert sich auch nicht, das damalige Kriegstreiben bei seinem wahren Namen zu nennen. Er sagt:

> An sich unverzeihlich, aber für die Chinesen ernüchternd wie ein kalter Wasserstrahl war das brutale Rauben und Morden der Europäer im Jahre 1900, wie es uns jetzt von unverdächtigen Augenzeugen geschildert wurde. (S. 58.)

Er sieht auch deutlich die Tendenz der Kolonialpolitik, die auf der einen Seite die Eingeborenen proletarisiert und in den Klassenkampf gegen die Europäer treibt, damit die »Emanzipation vom Europäer als Problem erstehen«, und auf der anderen Seite die Europäer tiefer sinken läßt:

> Die Europäer da draußen sind dabei in der Gefahr aller vom Zufall allzu hoch gehobenen Existenzen: wie die verwöhnte amerikanische Frau innerlich ärmer wird, wie einst der Adel im Verhältnis zum Bürgertum, jetzt die Bourgeoisie im Verhältnis zum Proletariat gerade durch die Herrenstellung um so leichter degeneriert, so auch draußen die Europäer. Sie bekommen, wie gezeigt, ein ungewohnt nobles Leben, freuen sich, fühlen sich, langweilen sich, trinken, kurz, werden menschlich in ihrer Entwicklung ärmer, während die verachteten Eingeborenen sich nun entwickeln — der typische Keim zur Umwälzung, wie schon von Plato in seinem »Staat als regelmäßiger Kreislauf« geschildert. (S. 74.)

Sehr vorteilhaft sticht da der bürgerliche Ökonom von jenen modernsten »Marxisten« ab, die glauben, die dringendste Pflicht der Sozialdemokratie gegenüber dem Proletariat bestehe im Eintreten für Erweiterung des Kolonialreichs, das heißt für Vermehrung der ihre Inhaber degradierenden Herrenstellungen.

---

[3] Robert Wilbrandt, Als Nationalökonom um die Welt. Jena, Eugen Diederichs. 83 Seiten. Preis 2 Mark.

Der »historische Materialismus« unserer jüngsten Marxistenschule läuft eben auf bloße Förderung der gegebenen »materiellen Grundlage«, der kapitalistischen Produktionsweise hinaus, während Wilbrandt auf Schritt und Tritt über sie hinaussieht.

Ein Sozialdemokrat ist freilich Wilbrandt nicht und sein ökonomisches Ziel nicht ganz klar. Er sagt:

Unsere politische Ökonomie hat das Erringen materieller Mittel zum Objekt ihrer Betrachtung gemacht, statt des Wirtschaftens selbst, das auf seine eigenen Grundgesetze hätte führen müssen. Auf denselben Weg hat Europa nun Ostasien gedrängt. Und hätte doch Ursache, lieber seinerseits von der ostasiatischen Ökonomie zu lernen, um neben der glänzend entfalteten Ökonomie der Produktion auch die verlorene Ökonomie der Konsumtion zurückzugewinnen. (S. 75, 76.)

Das klingt verzweifelt dunkel, wird jedoch vom Verfasser dann erläutert. Unter dem unglücklichen Namen »Ökonomie der Konsumtion« versteht er die sich selbst versorgende Eigenwirtschaft. Unter ihrem Regime arbeitet der Arbeiter für sich selbst, sein Streben nach Befriedigung seiner Bedürfnisse wird eingeengt durch das Streben nach Muße, die auch Reichtum ist, und zwar der größte Reichtum. Die Tendenz dieser Produktionsweise geht daher wohl nach reichlicher Befriedigung der physischen und geistigen, zum Beispiel künstlerischen Bedürfnisse, aber nach Maßhalten in allem, was physischen Luxus bedeutet. Ihr Charakteristikum ist die Einfachheit. Das nennt Wilbrandt die Ökonomie der Konsumtion. Es ist sehr irreführend, diese Ökonomie die »ostasiatische Ökonomie« zu nennen, denn er gebraucht hier das Wort Ökonomie in zwei ganz verschiedenen Bedeutungen: das eine Mal versteht er darunter Sparsamkeit und das andere Mal Produktionsweise.

Jener Ökonomie, der der Eigenwirtschaft, setzt er entgegen die »kapitalistisch erstarkte und vollendete Tauschwirtschaft«. Sie führt zur Geldwirtschaft. Für Geld kann man alle Bedürfnisse befriedigen; der Drang nach Gewinnung und Ansammlung von Geld hat daher die Tendenz, maßlos zu werden. Diese Tendenz wird von den stärksten Gegentendenzen befreit, die sie zunächst einengen, sobald der Arbeiter vom Produktionsmittel getrennt und der Besitzer der Produktionsmittel zum Leiter der Produktion und in diesem Sinne zum Produzenten wird. Das Gegengewicht gegen die Steigerung der materiellen Bedürfnisse, der Drang des Arbeiters nach Muße, besteht nicht für den Besitzer der Produktionsmittel, den Kapitalisten. Sein Drang nach Vermehrung seiner Bedürfnisse und seines Einkommens wird maßlos. Damit aber auch der Drang nach Vermehrung seiner Ausbeutung. Die Ausbeutung des einzelnen Arbeiters findet ihre physischen und sozialen Grenzen; je enger diese, desto lebhafter der Drang nach Vermehrung der Ausbeutung durch Vermehrung der Zahl der Ausgebeuteten, der Arbeiter. Daher der Drang nach steter Vergrößerung und Vermehrung der Betriebe, den andere Momente noch verstärken. Daher der Drang nach steter Vergrößerung der Produktion von Produkten, die zu ihrem Absatz wieder einer Ausdehnung des Marktes und der Vermehrung der Bedürfnisse bedürfen.

Wilbrandt zeichnet diese Entwicklung nicht so, wie hier geschehen, sondern mehr psychologisch und weniger ökonomisch, und kommt zu dem Resultat:

Das ist es, was uns auf den Weg des rastlosen Erwerbens und Genießens getrieben hat: der verhängnisvolle Kreislauf, daß um des notwendigen Erwerbes willen, schon zur Daseinsfristung nötig, fremde Bedürfnisse geahnt, geweckt, gesteigert werden müssen, und daß das, was so dann allgemein unentbehrlich geworden ist, wieder um so mehr Gelderwerb nötig macht. (S. 77.)

Es gehört in der Tat zu den inneren Widersprüchen des industriellen Kapitalismus, daß er gleichzeitig auf stete Erweiterung wie auf stete Beschränkung der Bedürfnisse hindrängt. Schon Marx weist im »Kapital« auf die zwei Seelen im Kapitalisten hin, die eine der Kapitalakkumulation, die ihn drängt, zu »entsagen«, zu sparen, und die andere, die nach steigendem Genuß, wachsender Verschwendung verlangt. Aber auch den Ausgebeuteten gegenüber, seien es heimische Proletarier oder Kolonialvölker, zeigt das Kapital das gleiche widerspruchsvolle Streben. Es sucht ihre Ausbeutung möglichst zu steigern, ihre Löhne und Einkommen herabzudrücken, und doch drängt es ihnen immer wieder neue Bedürfnisse auf, um den Massenkonsum seiner Produkte zu heben. Es setzt bei den Naturvölkern an Stelle klassischer Nacktheit die ordinären Hosen und Kittel europäischer Konfektion, sucht dem Proletariat Europas Alkohol, Schundromane, Kinos und ähnliche Kulturmittel unentbehrlich zu machen.

So empfand ich heimkehrend mehr denn je, wie man eine Unsumme von »Bedürfnissen« uns angewöhnt hat, die uns nur belästigen und Zeit kosten, angebliche »Zivilisation«, und wie der voranleuchtende Luxus des Reichtums, allgemein nachgeahmt, bei uns eine Masse unbefriedigter Bedürfnisse züchtet, »glänzendes Elend« und ewig sorgende Knappheit, statt heiterer Einfachheit im Osten. (S. 78.)

Der Vergleich der ostasiatischen mit der kapitalistischen Welt schärft unserem Nationalökonomen das Auge für die Erkenntnis der Schäden des Kapitalismus. Aber er ist kein Reaktionär. Er bedauert die Verdrängung der »ruhigen Farbigkeit des nahen und fernen Ostens« durch die »öde Geschmacklosigkeit« und die aufreibende Unruhe des »Geschäftsgeistes« unserer Umwelt, doch sucht er die Rettung nicht in der Rückkehr zur Vergangenheit, sondern ihn »treibt die Erkenntnis dessen, was verloren wurde, das Neue zu suchen in einer den Tausch überwindenden höheren Entwicklung«, einer »frei aufzubauenden neuen Gemeinwirtschaft«. (S. 80.)

Das ist aber nichts anderes als die sozialistische Gesellschaft.

Gewiß haben die vorwiegend ästhetischen Motive Wilbrandts nicht die Kraft, die Widerstände zu überwinden, die sich der Durchsetzung des Sozialismus entgegenstemmen. Diese Kraft kann nur das Klasseninteresse des Proletariats liefern. Aber das mindert weder die Bedeutung der Kritik, die Wilbrandt übt, noch die Bedeutung des Zieles, das er aufstellt. In der Tat kann die Befreiung des Proletariats nur unter Bedingungen vor sich gehen, die eine Befreiung der gesamten Menschheit, auch der Besitzenden, auch der großen Ausbeuter von den Qualen ewigen Hetzens und Jagens nach neuen Schätzen, neuen Genüssen, von den Qualen steter Beunruhigung und Bedrohung durch Krisen, Kriege und andere Katastrophen bedeuten.

Die Befreiung des Proletariats kann nur sein eigenes Werk sein. Es befreit aber mit sich selbst auch seine Gegner im Kampfe gegen ihren eigenen erbitterten Widerstand.

Unseren Umlernern ist die Fähigkeit verloren gegangen, über den Kapitalismus hinauszusehen. Das Bedürfnis nach seiner steten Ausdehnung,

nicht nach seiner Überwindung beseelt ihr praktisches Wirken. Die vom Kapitalismus noch nicht erfaßten Gebiete betrachten sie mit den Augen des Kolonialpolitikers und Imperialisten. Um wie viel höher steht der bürgerliche Ökonom, den sein Einblick in jene Gebiete von der Kolonialpolitik und dem Imperialismus wegführt zum Sozialismus!

Die Überschätzung der wirtschaftlichen Bedeutung des Kapitalexports und des Imperialismus.[1]

Von E. Varga.

In tausenden Artikeln und Büchern wurde es verkündet, daß Westeuropa »die Stadt«, »die industrielle Werkstätte der Welt« ist. In seinem Buche »Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriesozialismus« schildert Georg Hildebrand in den düstersten Farben das schreckliche Elend, welches auf das industrielle Proletariat Westeuropas wartet, wenn sich die Industrialisierung Amerikas, Asiens und Australiens vollzogen haben wird. Ja er geht so weit, sogar den Zeitpunkt der Krise festzusetzen. Fast alle Schriftsteller des Sozialismus scheinen darin vollständig einig zu sein, daß der wirtschaftliche Imperialismus, das Übergreifen der nationalen Wirtschaft in die Weltwirtschaft eine notwendige Entwicklungsstufe des Kapitalismus ist, eine »historische Kategorie«; notwendig in dem Sinne, daß ohne ihn die kapitalistische Wirtschaft der europäischen Westmächte nicht bestehen könnte; notwendig in dem weiteren Sinne, daß der Imperialismus zu der Entwicklung der Produktivkräfte unerläßlich, daher eine unumgängliche Vorstufe des Sozialismus sei!

Trotz der allgemeinen Verbreitung dieser Lehrmeinung wage ich, ihre Richtigkeit in Zweifel zu ziehen: die nachfolgenden Ausführungen sollen beweisen, daß die Bedeutung des Imperialismus für das Wirtschaftsleben zumindest weit überschätzt wurde!

Bevor wir jedoch mit unserer Beweisführung beginnen, wollen wir darauf hinweisen, warum diese ganze Untersuchung gerade jetzt dringend aktuell ist. Deswegen, weil unserer Ansicht nach die Stellungnahme, welche die Mehrheit der sozialdemokratischen Parteien der Westmächte zu dem Kriegsproblem genommen hat, in erster Linie auf der Überschätzung der wirtschaftlichen Bedeutung des Imperialismus für die Entwicklung der Volkswirtschaft und für die Lage der industriellen Arbeiterschaft im besonderen beruht.

Diese Überschätzung ist eine doppelte. Auf der einen Seite wird die Bedeutung des Warenexports, auf der anderen die des Kapitalexports überschätzt. Ich behalte mir vor, die erstere Frage später ausführlicher zu erörtern. Diesmal sei nur die Bedeutung des Kapitalexports untersucht.

---

[1] Die vorliegenden Ausführungen bilden einen Ausschnitt aus einer größeren Arbeit, die uns der Verfasser sendet. Mit Rücksicht auf unsere beengten Raumverhältnisse gestattet er uns, dies Stück für sich allein abzudrucken. Die Redaktion.

Unter Kapitalexport verstehen wir die Ausfuhr von Werten nach irgendeinem fremden Lande nicht zum Zwecke von Absatz, sondern gewinnbringender Verwertung. Der Ertrag des im Ausland angelegten Kapitals kommt Bürgern des Kapital ausführenden Staates zugute. Nur wo dies zutrifft, sprechen wir von Kapitalexport; wandern aber mit dem Kapital zugleich auch seine Besitzer in das betreffende Land aus, so pflegen wir von Kapitalabwanderung zu sprechen. Der Kapitalexport zeigt zwei Hauptformen. Er kann stattfinden in Form von Leihkapital: Staaten, Städte, Bahnen nehmen im Ausland Anleihen auf, für die sie feste Zinsen zahlen; die Kapitalisten, welche die Anleihe zeichnen, erhalten ihre vereinbarten Zinsen, haben aber keinerlei unmittelbaren Einfluß im Wirtschaftsleben des borgenden Landes. Bei Anleihen dieser Art wirkt die imperialistische Politik eher schädlich als nützlich: die Staaten werden lieber Schuldner eines politisch und militärisch weniger starken Landes als die einer großen Macht. Deshalb kommen bei der Aufnahme von Anleihen die Machtgesichtspunkte nur wenig zur Geltung.

Die zweite, wichtigere Form des Kapitalexports liegt vor, wenn Kapital nicht in Form von Leihkapital, sondern von Produktivkapital schlechthin auswärts angelegt wird; man baut damit Bahnen, Häfen, Wasserwerke, erschließt Bodenschätze, legt Pflanzungen an. Damit nun ausländisches Kapital in irgendeinem Lande eine Untersuchung ins Leben rufen könne, ist das Einverständnis der lokalen Regierung erforderlich, und von ihr hängt es daher ab, welche von konkurrierenden fremden Kapitalistengruppen zu solchen Unternehmungen zugelassen wird. Die außenpolitischen Reibungen zwischen den kapitalistischen Staaten entstehen vor allem aus dem Wettbewerb ihrer Kapitalisten um die Vorrechte der Kapitalanlage in einem nichtkapitalistischen Lande. So ward der scharfe Marokkokonflikt zwischen Deutschland und Frankreich sogleich beigelegt, als die französischen Kapitalisten die Ausbeutung gewisser marokkanischer Gruben dem deutschen Kapital überließen. Auch die deutsch-englische Spannung hatte ein wesentliches Element in der Bagdadbahnfrage. Während beim Warenabsatz die politische Macht gar keine Rolle spielt, haben auf die Möglichkeit der Kapitalanlage die Rüstungen und die imperialistische Außenpolitik zweifellos großen Einfluß, denn schwache exotische Staaten sind einfach gezwungen, jener Kapitalistengruppe die Konzession für ihre Investitionen zu erteilen, hinter der die dort mächtigste und einflußreichste Staatsgewalt steht. Die großen Kapitalisten haben in diesem Punkte in der Tat ein unmittelbares Interesse an der Entwicklung der imperialistischen und militaristischen Politik ihres Landes.

Dieses Interesse ist ein doppeltes; einerseits geben die auf fremdem Staatsgebiet errichteten Unternehmungen höhere Profitraten. Eben dies ist die treibende Kraft des Kapitalexports. Andererseits hemmt die Ausfuhr des akkumulierten Inlandskapitals die Vermehrung der Produktionsbetriebe im Inland und erleichtert so den Kartellen das Festhalten an den hohen Vereinbarungspreisen im Inland. Deshalb machen wir auch allenthalben die Erfahrung, daß unter den Kapitalisten der sogenannten schweren Industrie der Exportkapitalismus und der Militarismus die lautesten Befürworter findet. Aber wie groß die Bedeutung der Kapitalausfuhr für einzelne Kategorien des Großkapitals auch sein mag, das Gesamteinkommen, das aus

den im Ausland angelegten Kapitalien ins Inland zurückfließt, ist im Verhältnis zum gesamten Nationaleinkommen sehr gering. Vom Standpunkt der Kapitalausfuhr kommen nur drei imperialistische Staaten in Betracht: England, Frankreich und Deutschland. Von diesen ist England der älteste Kapital exportierende Staat, und bei ihm spielt der Ertrag der im Ausland angelegten Kapitalien die größte Rolle im Nationaleinkommen. Eigentlich müßte hier stark in Rechnung gezogen werden, daß die englischen Kolonien in Wirklichkeit Englands überseeische Gebietsteile sind und daß mitsamt dem ausgeführten Kapital auch ein Teil der Kapitalbesitzer in die Kolonien wandert; wir wollen das aber, obgleich es unsere Beweisführung nur stützen kann, außer acht lassen.

Die folgenden drei Tabellen zeigen die Bedeutung des aus Kapitalexport fließenden Einkommens im Verhältnis zur gesamten nationalen Ausfuhr:

Summe des im Ausland angelegten englischen Kapitals.

	Millionen Pfd. St.
Nach Giffens Schätzung 1900[2]	2500
- Paish' Berechnungen 1906/07[2]	2700
- Speyer 1911[3]	3500
- Sartorius 1914[4]	3192
Ertrag des im Ausland angelegten Kapitals:	
Nach Paish 1906/07 bei 5,2 Prozent Jahresverzinsung[2]	140
Englands jährliches Gesamteinkommen:	
Nach Giffen 1900[5]	1740
- Chiozza-Money 1908[5]	1840

Der Ertrag des im Ausland angelegten Kapitals macht also vom Gesamteinkommen nur rund 7,5 Prozent aus.

Die Schätzungen zeigen zwar einige Schwankungen; aber wir haben eben darum die Ansichten verschiedener Gelehrter nebeneinandergestellt, um das Maß der Abweichungen sichtbar zu machen. Wir bemerken nur noch, daß wir von den Ertragsschätzungen des im Ausland fruchttragenden Kapitals die höchste angeführt haben, obgleich es für unsere Beweisführung sicherlich günstiger gewesen wäre, eine der niedrigeren Schätzungen aufzunehmen. Sartorius zum Beispiel veranschlagt für 1902 Englands Einkünfte aus dem Ertrag seiner Auslandskapitalien auf nur 90 Millionen Pfund Sterling.[6]

Summe des im Ausland angelegten französischen Kapitals.

	Milliarden Franken
Amtliche Schätzung 1900[7]	30
Leroy-Beaulieu 1900[7]	34
Sartorius 1906[7]	40
Arndt 1914[8]	60

[2] Siehe Hilferding, Das Finanzkapital, S. 409.

[3] Sartorius v. Waltershausen, Deutsche und englische Volkswirtschaft usw. in Zeitschrift für Politik, 1915, 1./2. Heft, S. 67.

[4] Ebenda.

[5] Kunfi, Az angol világbirodalom (Das englische Weltreich), S. 36.

[6] Sartorius v. Waltershausen, Kapitalanlage im Ausland, Berlin 1907, S. 93.

[7] Ebenda, S. 98.

[8] Sartorius v. Waltershausen, Das Auslandskapital während des Weltkriegs, S. 48.

	Milliarden Franken
Ertrag des im Ausland angelegten Kapitals:	
Nach Sartorius' Schätzung 1905 bei 4½ Prozent Verzinsung[7]	1,8
Frankreichs gesamtes Nationaleinkommen:	
Nach Leroy-Beaulieu von 1900	24
Gegenwärtig etwa	35

Der Ertrag des im Ausland angelegten französischen Kapitals macht daher vom Gesamteinkommen nur rund 5 Prozent.

Da Frankreichs Kapital im Ausland zumeist als Leihkapital mit niedrigem Zinsfuß untergebracht ist, muß eine niedrigere Durchschnittsverzinsung angenommen werden als bei England.

Summe des im Ausland angelegten deutschen Kapitals.

	Milliarden Mark	
Schmollers Schätzung 1892[9]	10	
Sartorius' Schätzung 1906[10]	26	
Ertrag des Auslandkapitals:		
10 Milliarden zu 4 Prozent, 16 Milliarden zu 6 Prozent, zusammen[10]		1,24
Deutschlands reines Jahreseinkommen:		
Nach Schmoller[11]	25	
- Ballod[11]	35	
- Helfferich[12]	40	

Der Ertrag des im Ausland angelegten deutschen Kapitals macht also vom Gesamteinkommen nur rund 4 Prozent.

Wir wissen wohl, daß alle diese Zahlen nur annähernde Genauigkeit besitzen können; aber so viel erhellt dennoch aus ihnen, daß die im Ausland angelegten Kapitalien, so rasch auch ihre Größe in den letzten Jahrzehnten gestiegen sein mag, im Verhältnis zu den Einkünften aus der Inlandsproduktion der Länder immer noch eine sehr kleine Rolle spielen. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß manche Beträge hier doppelt erscheinen. Deutschland war ständig durch viele Baranleihen Frankreichs Schuldner, während es sein eigenes Kapital mit größerem Profit in Form von Produktionskapital im Ausland unterzubringen bestrebt war.

Der Kapitalexport schädigt die Arbeiterschaft.

Die treibende Kraft beim Kapitalexport ist die im Ausland erzielte höhere Profitrate. Die Auswanderung von Kapital bedeutet nur, daß im Inland weniger Kapital produktive Anlage findet. Das hat zur nächsten Folge, daß weniger Arbeitsgelegenheit für die Arbeiterklasse geschaffen wird, was auf die Arbeitslöhne übel einwirkt. Was die Arbeiterschaft an der durch die imperialistische Politik vielleicht geförderten Warenausfuhr verdienen mag, büßt sie vervielfacht dadurch wieder ein, daß Kapital außer Landes geht. Während die Ausfuhr von Industrieartikeln nur einen relativ kleinen Bruchteil des Inlandverbrauchs ausmacht, führt der Kapitalexport einen sehr großen Teil, oft mehr als die Hälfte, des neuakkumulierten Kapitals aus dem Lande. So betrug der Gesamtwert der im Jahrzehnt 1904 bis 1913 an den 19 Börsen Deutschlands neunotierten Werte:[13]

---

[9] Hilferding, l. c., S. 409.
[10] Sartorius v. Waltershausen, Kapitalanlage usw., S. 103.
[11] Kunsi, l. c., S. 35.
[12] Helfferich, Deutschlands Volkswohlstand, S. 99.
[13] Sartorius v. Waltershausen, Das Auslandskapital usw., S. 42.

	Milliarden Mark
An Inlandswerten	28,06
An Auslandswerten	15,75

Das heißt mit anderen Worten, daß mehr als ein Drittel des neuakkumulierten Gesamtkapitals das Land verließ.

Noch größer ist dieses Verhältnis in England. 1910 bis 1912 wurden im ganzen 666,9 Millionen Pfund Sterling ausgegeben. Davon wurden angelegt: [14]

	Millionen Pfd. St.
Im Inland	129
In britischen Kolonien	229,8
In anderen Ländern	308,1

Hier ist also das ins Ausland wandernde Kapital dreimal so groß wie das im Inland neuangelegte. So ist es kein Wunder mehr, daß 1912 468 000 Menschen aus England ausgewandert sind. Die Abwanderung des Kapitals verringert die Arbeitsgelegenheit, schraubt die Löhne hinunter, drückt den Standard der Arbeiterschaft, verringert die Verbrauchskraft des Inlandsmarktes und schädigt damit auch das Einkommen der ganzen sogenannten Mittelklasse. Der Kapitalexport ist also ausschließlich für das Großkapital von Nutzen, da er ihm zu höherem Profit verhilft und den Bestand der Kartelle sichert, die Regelung der Produktion für das Inland. Das Aufhören des Kapitalexports würde zwar die Einkünfte der großen Kapitalisten etwas schmälern, wäre aber von günstiger Wirkung für die Lebenshaltung der gesamten arbeitenden Klassen. Nicht nur die Arbeitsgelegenheit wäre vermehrt, sondern die Neugründungen im Inland würden auch die Binnenkonkurrenz verschärfen und den planmäßigen Wucher der Kartelle erschweren.

Hier könnte der Einwand kommen, daß so große Kapitalsmengen im Inland überhaupt nicht placiert werden könnten. Dieser Einwand hält nicht stand. Der Kapitalismus hat die Produktivkräfte zwar großartig entwickelt, ist aber noch weit entfernt, darin die Grenze erreicht zu haben. Um nur einige Beispiele dafür zu erwähnen, so gibt es in Deutschland noch immer Hunderttausende von Morgen Sumpflandes, das durch Meliorationen zu fruchtbarem Boden gemacht werden könnte; Deutschlands Wasserkräfte liegen noch zum größten Teil unbenutzt; in Kanal- und Verkehrsbauten könnten ungezählte Milliarden investiert, die Ertragfähigkeit der Landwirtschaft könnte noch mächtig gesteigert werden. Wie sehr in Deutschland noch wichtige Produktivkräfte brachliegen, sei nur durch ein einziges Beispiel dargetan. Wenn Deutschland alle seine Kohle, die in Kohlenform verfeuert wird, vorher zu Koks brennen und in Form von Gas und Koks verheizen, die Nebenprodukte aber verwerten würde, so brächte dies alljährlich nicht weniger als 1,8 Milliarden Mehrertrag, der bei der heutigen Verfeuerungsweise völlig verloren geht.[15] Es ist bekannt, daß zahllose Erfindungen un-

---

[14] Sartorius v. Waltershausen, Das Auslandskapital usw., S. 31.

[15] Heinrich Lux, Die Regelung der Kohlenverbrennung, Sozialistische Monatshefte, 1915, Nr. 17, S. 890. Ist der Preis einer Tonne Steinkohle 10 Mark, sagt er, so der des Koks daraus 12,55, des Leuchtgases 6,50, des Teers 1, des Ammoniaks 2,43, des Benzols 0,88, zusammen 23,36 Mark. Da nun in Deutschland 1913 140 Millionen Tonnen Steinkohle ohne Koksbereitung verfeuert wurden, ergibt sich leicht der oben erwähnte Betrag.

ausgenützt bleiben, eben deshalb, weil das Kapital im Ausland bessere Anlage findet....

Der andere, ernstere Einwand lautet, daß der Kapitalexport deshalb notwendig sei, weil mit Hilfe des aus Europa ausgeführten Kapitals in fremden Ländern die Herstellung mancher Rohstoffe gesichert werde, die für die Industrie Europas unentbehrlich sind. Solche sind der Kautschuk, verschiedene Erze und Textilrohstoffe. Auch die imperialistische Aufrüstungs- und Eroberungspolitik pflegt man damit zu begründen, daß in den fremden Weltteilen nur produziert werden kann, wenn dort europäische Rechtsverhältnisse bestehen. Darin steckt zweifellos ein richtiger Kern. Wenn wir aber die Einfuhrstatistik jedes beliebigen europäischen Staates überblicken, so sehen wir, daß die Einfuhr aus den exotischen Ländern — also solchen, wo keine europäischen Rechtsverhältnisse bestehen — verschwindend gering ist; weiter daß auch hiervon ein Teil durch friedlichen Tauschhandel erworben werden kann und daß hierzu keine gewaltsame Kolonisierung nötig ist. Endlich könnte bei dem heute erreichten Stand der Technik die geringe Menge von Rohstoffen, die aus solchen Ländern importiert werden, etwas teurer zwar, aber doch auch auf dem Gebiet der zivilisierten Staaten erzeugt werden. Der Nutzen, der aus den durch erobernde Kolonialpolitik gewonnenen Rohstoffen stammt, wiegt vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft keineswegs auch nur einen Teil der Lasten des bewaffneten Imperialismus auf.

All das zeigt uns also, daß der Kapitalexport auch nicht annähernd die volkswirtschaftliche Bedeutung besitzt, die ihm zugeschrieben wird, und daß er völlig außerstande ist, den bewaffneten Imperialismus wirtschaftlich zu rechtfertigen. Wenn wir dem allen zum Trotz das rasche Steigen der imperialistischen Rüstungen nicht nur vor, sondern auch nach dem Kriegsausbruch beobachten müssen — Japan hat ein großes Flottenprogramm aufgestellt, das zwischen 1917 und 1922 durchgeführt werden soll; die Vereinigten Staaten bereiten die großzügige Entwicklung ihres Militarismus vor —, so muß man die wirklichen Ursachen dieser Erscheinung zu erforschen suchen, denn wir können es als bewiesen ansehen, daß das wirtschaftliche Interesse der Länder sie überhaupt nicht notwendig macht. Zur Enthüllung der wirklichen Triebkräfte des bewaffneten Imperialismus ist jetzt kein geeigneter Zeitpunkt. Wir wollen nur andeuten, daß zum Teil überkommene, ihrer wirtschaftlichen Grundlagen nunmehr schon beraubte Ideologien, zum Teil das Profitinteresse kleiner, aber mächtiger Gruppen, hauptsächlich aber innere Notwendigkeiten, die aus der Klassengliederung des modernen Kapitalismus fließen, das heutige System des bewaffneten Imperialismus erhalten und stark machen.

Die Kämpfe um Knappschaftsreformen.

Von **Linus Scheibe** (Bochum).

(Schluß.)

V.

Wie sah es nun bis kurz vor Kriegsbeginn aus?

Nach der Statistik Dr. Zimmermanns vom 29. Mai 1915 waren bei folgenden preußischen Knappschaftsvereinen die Vermögensdeckungen der laufenden Pensionen von 1908 bis 1913 gesunken:

Halberger von 10 auf 7, Ibbenbürener 6 auf 5, Kottenheimer 6 auf 3, Müsener 10 auf 8, Niederschlesische 5 auf 3, Quinter 2 auf 1, Unterharzer von 10 auf 6 Jahre.

Nicht oder wenig gebessert hatten sich die Verhältnisse im gleichen Zeitraum bei folgenden Vereinen:

Briloner von 1 auf 2, Deutzer von 3 auf 6, Haller 3 auf 5, Hostenbacher 4 auf 5, Lahn 3 auf 4, Lauchhammer 4 auf 6, Mansfelder 4 auf 6, Neunkirchener 5 auf 6, Oberschlesische 7 auf 8, Rheinböllerhütte 3 auf 5, Rheinische 5 auf 6, Rudersdorfer 2 auf 5, Saarbrückener 3 auf 4, Tangerhütter 4 zu 4, Wernigeroder 0,9 auf 1,4, Wittgensteiner 6 zu 6 Jahre. Beim Arnsberger Knappschaftsverein, wo die Rücklagendeckung von 3 auf 7, Siegener von 1 auf 5 und Wurmverein von 2 auf 7 Jahre gestiegen ist, deckt das Vermögen die laufenden Pensionen; bei den übrigen vorgenannten Vereinen nicht.

Wie verschieden aber die geldliche Lage der übrigen 36 Vereine ist, bei denen Ende 1913 das Kapitaldeckungsverfahren bereits durchgeführt war, wollen wir durch folgende Statistik zeigen.

Im Durchschnitt hatten diese die vorhandenen Pensionen gedeckt 1908 für $14^{1}/_{2}$, 1913 für 19 Jahre mit 409 Mark Deckungsmittel für ein Pensionsmitglied. Bei den einzelnen Kassen zeigen sich gewaltige Unterschiede. Wir wollen den 10 niedrigsten Pensionen die 10 höchsten gegenüberstellen. Es hatten 1913 die 10 niedrigsten:

Knappschaftsverein	Vermögensdeckung der laufenden Pensionen 1908 für Jahre	Vermögensdeckung der laufenden Pensionen 1913 für Jahre	Für ein Pensionsmitglied Mk.
Bochum	4	11	72
Plessischer	3	9	43
Georg-Marienhütte	5	8	38
Ilseder	11	9	32
Stolberger	5	9	29
Mariahütter	2	10	23
Thüringischer	9	8	19
Olper	6	9	18
Niedermendiger	8	6	9
Mayener	9	9	1
Dagegen die 10 höchsten:			
Saline Halle	26	26	3836
Rothenfelder	84	61	3115
Werler	22	26	1669
Sassendorfer	22	30	515
Theodorshaller	9	25	474
Rheinpreußener	14	62	413
Minden-Ravensberger	41	32	397
Münster am Stein	18	17	344
Hallescher	6	17	330
Hohenzollernlande	8	11	322

Das war vor dem Kriege. Nicht mit eingerechnet sind hier die Wandermitglieder und Zahler der Anerkennungsgebühr; es ist demnach die auf Deckung der Anwartschaften entfallende Summe noch kleiner. An Ausfall im ersten Kriegsjahr hatten die preußischen Vereine allein rund 60 Millionen Mark, wovon allein die Hälfte auf den Allgemeinen Knappschaftsverein Bochum entfällt. Der Krieg hat die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Zersplitterung im Knappschaftswesen erwiesen. Und das trotz der teilweise

sehr niedrigen Leistungen. Auf dem zweiten preußischen Bergarbeitertag wies schon der Referent über das Knappschaftswesen, Brinke (Oberhausen), darauf hin.

Es beträgt im Allgemeinen Knappschaftsverein Bochum, wo das höchste Krankengeld gezahlt wird, die Durchschnittssumme für Gesundheitspflege pro Mitglied 33,56 Mark pro Kopf im Jahre, die Krankfeierzeit 16 Tage, im Saarbrückener Knappschaftsverein 28,13 Mark bezw. 17 Tage, im Halleschen Knappschaftsverein 31,20 Mark bezw. 16 Tage, im Knappschaftsverein St. Goar 19,71 Mark bezw. 25,6 Tage, Knappschaftsverein Holzappel 18,82 Mark bezw. 24,7 Tage, und Knappschaftsverein zu Salzkotten mit 22 Mark Ausgaben für Gesundheitspflege hatte die höchste Krankfeierzeit mit 35,6 Tagen.

Wegen des Abhängigkeitsverhältnisses der Ärzte von den Unternehmern in den Knappschaftsvereinen ist für die Mitglieder die freie Arztwahl, wenn auch etwas eingeschränkt, unerläßlich. Darum und um erhöhte Leistungen sind 1907/08 so heftige Kämpfe in den Knappschaftsvereinen geführt worden, daß zum Beispiel im Knappschaftsverein Bochum das Oberbergamt Zwangssatzungen einführen mußte, um die Fortführung der Geschäfte zu ermöglichen. Fallen doch im Bergbau auf die Mitglieder rund 60 Prozent Erkrankungen, wovon rund 8000 jährlich Invaliden werden! Das Durchschnittslebensalter der Invaliden ist 40 Jahre, das Durchschnittsdienstalter 18 Jahre und bei den weiblichen Mitgliedern gar nur 4 Jahre! Bei vierundzwanzigjähriger Grubenarbeit ist der Mann »bergfertig«, die Frau nach vier Jahren! Die Durchschnittspensionsdauer beträgt bei ersteren 10,7, bei letzteren 16,1 Jahre. Das Durchschnittsalter der Invaliden sinkt ständig, was eine Folge der intensiven Ausbeutung ist. 1861 trat die Invalidität durchschnittlich im 55. Lebensjahr, 1904 im 46. ein. Heute ist sie auf 43 heruntergesunken. Da die Invaliden sich meist von der Krankenversicherungspflicht befreien lassen müssen, wenn sie auf einem Vereinswerk arbeiten wollen, leben sie in der ständigen Gefahr, den Armenbehörden zur Last zu fallen. Das waren zu Beginn 1914 rund 16 000 männliche Invaliden. Ein Übelstand ist, daß durch die Reichsversicherungsordnung die besonderen Krankenkassen für die buntscheckigen Knappschaftsvereine und bei diesen selbst die Aufrechnung von Renten auf die Pensionen zugelassen sind. In den Verwaltungen sitzen die Unternehmer zur Hälfte, der Vorsitzende muß Arbeitgeber sein. Erlangt ein Beschluß nicht die Mehrheit, sondern, was bei wichtigen Anträgen der Arbeitervertreter immer eintritt, Stimmengleichheit, wo wirkliche Arbeitervertreter sitzen, dann bedeutet das Ablehnung. Erfolgt nach einer weiteren Abstimmung wieder Stimmengleichheit, dann entscheiden die Bergbehörden. Wie, ist bekannt.

Welche Arbeitermassen da in Frage kommen, allein in Preußen, zeigt kurz folgender Überblick.

Die 62 Knappschaftsvereine umfaßten vor Kriegsbeginn 1828 Werke mit 964 110 Personen, an Vereinsmitgliedern waren aber 968 160 (inklusive 12 276 weiblichen) und Pensionskassenmitgliedern der Arbeiterabteilungen 757 160 (6826 weibliche) und der Beamtenabteilungen 25 291 (175 weibliche) vorhanden, in Summa 782 451. Keiner Pensionskasse angehörende Krankenkassenmitglieder gab es (ausschließlich der unter 16 Jahre alten) 132 022. Anerkennungsgebühr zur Pensionskasse zahlten 10 850, um ihr Recht aufrechtzuerhalten, von rund 180 000 Ausscheidenden, die ihre Beiträge für die — Kassen geleistet haben. An Einnahmen

hatten 1913 die Krankenkassen $47\frac{1}{2}$ Millionen Mark und die Pensionskassen $81\frac{1}{5}$ Millionen Mark.

An Vermögen war vorhanden rund 350 Millionen Mark, bei dessen Anlage die Werksvertreter natürlich auch versuchen, möglichst Nutzen zu ziehen, zum Beispiel billiges Baukapital für Werkskolonien zu erhalten. Die Unternehmer wissen schon, weshalb sie sich gegen die Machtverschiebungen zugunsten der Arbeiter mit Händen und Füßen sträuben.

* * *

Besser wie in Preußen ist es natürlich in den anderen Bundesstaaten auch nicht, die sich meist nach preußischem Muster richten. Den größten Bergbau treibt nach Preußen Sachsen.

Dort ist allerdings schon 1890 die Landespensionskasse gegründet worden, die Ende 1913 32 750 Mitglieder zählte. Außerdem besteht die Brückenberger mit 2550 und die v. Arnimsche Kasse mit 700 Mitgliedern, die folgende Vermögen aufwiesen:

Allgemeine Knappschaftspensionskasse . . .	28 800 000 Mk.,	pro Kopf 881 Mk
Brückenberger Knappschaftspensionskasse . .	2 400 000 -	- - 1064 -
v. Arnimsche Knappschaftspensionskasse. . .	1 000 000 -	- - 1430 -

Diese hohen Vermögen sind entstanden, da die Kassen mit Ausnahme der Brückenberger die Reichsrente auf die Pension aufrechnen. So entstehen lächerlich geringe Renten. Zwei Beispiele mögen das zeigen:

Ein Invalide mit 1040 Wochenbeiträgen (20 Jahre) zu dem allgemein üblichen Verhältnis in der dritten, vierten und fünften Klasse würde 248,08 Mark Knappschaftspension erhalten, dazu die Reichsrente von 239,84 Mark, in Summa 487,92 Mark, die ihm aber bei der Allgemeinen Knappschaftspensionskasse nur in Höhe von 298,08 Mark ausgezahlt werden, da sie die Reichsrente ohne Reichszuschuß aufrechnet, ebenso auch die Kinderrente. In der v. Arnimschen Kasse wird bei 20jähriger Mitgliedschaft im günstigsten Verhältnis 346,80 Mark Knappschaftspension gezahlt, dazu die 239,84 Mark Reichsrente, die ihm aber aufgerechnet wird, so daß die wirklich aus der Knappschaftskasse gezahlte Pension 106,96 Mark beträgt.

Da braucht man sich über die hohen Vermögen der Kassen nicht zu wundern. Die v. Arnimschen Werke gehen ihrer Auflösung entgegen, da sie ausgebeutet sind. Was wird dann mit den Arbeitern und dem Kassenvermögen werden?

Das durchschnittliche Pensionierungsalter betrug 1913 bei den Berufsinvaliden 48,2 Jahre, Krankenrentnern 41,2, Invalidenrentnern 53,6, berufs- und reichsgesetzliche Invaliden zusammen 51,7 Jahre, das Durchschnittsdienstalter der letzteren 29,3, Sterbealter 64,8, während das der Aktiven 42,4 und der Kassenmitglieder überhaupt 59,9 Jahre betrug. Die Dauer des Rentenbezugs ist 10,6 Jahre.

Um den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen in etwas Rechnung zu tragen, ist am 23. Juni dieses Jahres in der Außerordentlichen Generalversammlung sächsischer Knappschaftskassen beschlossen worden, daß auf ihren Antrag hin den Invaliden, die aus det knappschaftlichen Abteilung oder aus beiden Abteilungen der Kasse Pension oder Rente beziehen, eine Teuerungszulage gewährt wird, die monatlich 6 Mark beträgt. Die Zulage soll nur Invaliden gewährt werden, deren Einkommen einschließlich der Knappschafts-, Unfall-, Militär- und sonstigen Pensionen und Renten im letzten Vierteljahr vor Stellung des Antrags den Betrag von 150 Mark nicht übersteigen

hat. Als Einkommen gelten auch Zinsen, Mietserträgnisse, Einnahmen aus eigenem oder erpachtetem Grundbesitz, Verdienste aus Arbeit für eigene oder fremde Rechnung usw. Hat der Invalide außer seiner Frau noch mehrere Angehörige, für die er unterhaltungspflichtig ist, so kann das Einkommen für jeden Kopf 30 Mark höher sein. Die Teuerungszulage fällt weg, wenn ein Vierteljahr lang das Einkommen 150 Mark betragen hat. Die Beiträge sind erhöht worden. Warum bei den Angehörigen des Invaliden die Frau ausgeschaltet werden soll, ist uns unverständlich. Hier liegt ja gerade das Unrecht, daß in den ursprünglichen Bestimmungen der alleinstehende Invalide ebenso behandelt werden sollte wie der, welcher Frau und vielleicht auch noch Kinder zu ernähren hat. Das sollte durch den Antrag der organisierten Ältesten, welcher forderte, daß das Einkommen für jeden Kopf 30 Mark höher sein kann, für welchen der Antragsteller unterhaltungspflichtig ist, beseitigt werden. Zu der vorübergehenden Beitragserhöhung wurde von einigen Ältesten darauf hingewiesen, ob denn diese geringe Zulage nicht ohne die Beitragserhöhung möglich gewesen wäre, die große Notlage der Invaliden sei eine Folge des Krieges, und da wäre es Pflicht des Staates, helfend einzugreifen. Das Reich, welches die Kriegskosten trägt, müßte auch die notwendigen Mittel aufbringen, um den Invaliden über diese schwere Zeit hinwegzuhelfen.

Der Vertreter des königlichen Werkes in Zauckerode, Herr Geheimrat Georgi, stellte den Antrag, daß an sämtliche Invaliden die Teuerungszulage gezahlt werden sollte. Der Antrag wurde abgelehnt.

* * *

Schwieriger gestalten sich die Verhältnisse in Bayern. Dort sind 14180 Mitglieder in 26 Vereinen zersplittert. Auf 100 Mitglieder fallen 12 Invaliden, 10 Witwen, 7 Waisen mit einer durchschnittlichen Invalidendauer von 7, bei den Witwen von 16 Jahren und einem Lebensalter von 50 beziehungsweise 45 Jahren. An Vermögen hatten die Kassen $11^1/_2$ Millionen Mark aufzuweisen. Hier ist eine Karenzzeit von fünf Jahren vorgesehen. Die privaten Kassen — für die Staatswerke existieren 10 Vereine — hatten bei ihren Kassenverpflichtungen von $16^1/_4$ Millionen Mark einen Fehlbetrag von $4^1/_4$ Millionen Mark, die wohl aufgebracht wurden, wenn normale Zeiten und alle Werke im Betrieb waren. Das hat jetzt aufgehört. Und so stehen die bayerischen Knappschaftskassen wirklich nicht rosig da. Sie haben sich bereits gezwungen gesehen, jetzt einen Landesverein zur Rückdeckung zu bilden. Erhebliche Schwierigkeiten entstehen hier ebenfalls wie in Sachsen für die abgehenden oder zukommenden Bergleute. — Ähnliche Verhältnisse weist Elsaß-Lothringen auf, nur daß dort die letztgenannte Schwierigkeit in etwas behoben ist. Auf die übrigen Kleinstaaten trifft jede hier aufgezählte Klage zu; nur daß dort der Unternehmereinfluß noch größer und die Verhältnisse noch schwieriger zu bessern sind.

VI.

Nun haben es die Verhältnisse während des Krieges mit sich gebracht, daß der preußische Minister des Handels und Gewerbe, v. Sydow, am 6. Mai 1915 die Oberbergämter auf die bedrohliche Lage der Knappschaftsvereine verwies, die nach der bereits zitierten Denkschrift der Mathematiker Dr. Zimmermann und Dr. Heimann vom Allgemeinen Knappschaftsverein Bochum, die am 26. Mai 1915 erschien, alle Befürchtungen noch übertrifft. Das veranlaßte den Allgemeinen Deutschen Knappschaftsverband, auf seiner Generalversammlung in München am 28. September 1915 über

Reformvorschläge zu verhandeln. Ein erfahrener Kenner des Knappschaftswesens, Justizrat Dr. Milde (Tarnowitz), verwies auf die Zerrissenheit als Ursache und forderte Vereinheitlichung. Die Folge war die Schaffung des Rückversicherungs **verbandes**, aus einer kurz vorher gegründeten Anstalt, wie wir hier eingangs erwähnten. Bis Ende Oktober gehörten ihm von den preußischen Vereinen nur 37 mit 561 423 Mitgliedern an, während 25 mit 222 216 Mitgliedern noch nicht angeschlossen waren. Neuerdings ist vom preußischen Ministerium Anweisung an die Knappschaftsvereine zum Beitritt ergangen. Die außerpreußischen Vereine werden jetzt wohl allmählich folgen. 18 Knappschaftsvereine mit 17 000 Mitgliedern haben sich bisher noch nicht einmal dem Darmstädter Gegenseitigkeitsvertrag von 1908 angeschlossen. Zwangsmittel stehen dem Rückversicherungsverband nicht zur Verfügung, und nach dem § 46 des Preußischen Knappschaftsgesetzes ist nur die Zusammenlegung mehrerer Vereine möglich. Die Wirkung des Krieges äußert sich durch weit höhere Belastung infolge der Vermehrung der Invaliden- und Witwenpensionen und der verminderten Einnahmen. Auf das Mitgliederverhältnis in den preußischen Knappschaftsvereinen ergibt sich im ersten Kriegsjahr folgendes Bild:

Knappschaftsvereine im	Zahl der Pensionskassenmitglieder bei Kriegsbeginn	Kriegsteilnehmer bis Juli 1915	Gefallen bis Juli 1915			Invaliden bis Juli 1915 gemeldet	
			überhaupt	darunter Väter mit anspruchsberechtigten Kindern	Wartezeit nicht erfüllt	überhaupt	Wartezeit nicht erfüllt
Oberbergamtsbezirk Bonn . . .	158211	63097	4332	1668	319	161	43
- Clausthal .	27140	11143	932	580	29	7	3
- Dortmund .	362673	122348	9571	6112	1349	515	122
- Halle a. d. S.	81021	35855	1520	1070	420	20	5
- Breslau . .	157372	54788	3099	2110	273	70	14
Sämtliche Oberbergamtsbezirke	786417	287231	19454	11540	2390	773	187

Demnach waren im ersten Kriegsjahr 36,54 Prozent Pensionskassenmitglieder **im Felde**, die beitragsfrei sind. Als **gefallen** können 7 Prozent betrachtet werden. Über die **finanziellen Wirkungen für ein Kriegsjahr** liegen vom Allgemeinen Knappschaftsverein Bochum genauere Angaben vor: Ausfall an Beiträgen rund 22 Millionen Mark, Mehrzugang an Invaliden für Renten 8 Millionen Mark, an Waisen 3 Millionen Mark; wenn nur $3^1/_2$ Prozent der Invalidisierungen der Kriegsteilnehmer zugrunde gelegt werden, erreicht die Rentenmehrbelastung die Höhe von etwa 27 Millionen Mark, so daß der Ausfall für ein Kriegsjahr bei diesem Verein etwa 49 Millionen Mark allein bei der Pensionskasse beträgt, während die Einnahmen aller preußischen Pensionskassen 1912 81 Millionen Mark betrugen. Die neuen Vorschriften des Knappschaftskriegsgesetzes vom März 1915, die im Landtag am 7. März 1916 mit rückwirkender Kraft angenommen wurden, konnten bei obiger Berechnung noch nicht berücksichtigt werden. Ebenso die nachteiligen Folgen auf den Gesundheitszustand der Kriegsteilnehmer, die sich später herausstellen werden.

Wie einzelne Vereine dahinvegetieren, dafür folgendes Beispiel:

Der **Wernigeroder Knappschaftsverein** hat nur eine Rücklage von 1,4 Jahren. Bei einer Ausgabe von 34 659,51 Mark verfügte er über eine Jahreseinnahme von 35 806,14 Mark, worunter sich 10 000 Mark als Geschenk

vom Fürsten, 259,27 Mark Zuwendung für Verkauf alter Möbel aus der Höheren Töchterschule und 430 Mark Lehrgeld von Volontären befanden. Solche und ähnliche Musterblüten gibt es am deutschen Knappschaftsbaum noch genug.

Von den 32 746 Mitgliedern der Sächsischen Allgemeinen Pensionskasse waren bis Ende 1915 11 000 zum Heeresdienst eingezogen. Belastet wurde die Kasse im Jahre bereits mit 95 476 Mark, wobei erst an 432 Witwen von Gefallenen und 902 Waisen von 416 Gefallenen und 10 Kriegsinvaliden Renten angewiesen sind. Auch hier kommt der Hauptzuwachs erst noch nach. Von den 14 180 Mitgliedern der bayerischen Kassen waren am 1. Dezember 1915 6810 eingezogen, beinahe 50 Prozent. Davon waren 3507 ständige und 3307 unständige Mitglieder. Als gefallen sind gemeldet 547. Invalidenrenten sind bisher nur wenige festgesetzt. Die künftige Belastung kann auch nicht annähernd festgestellt werden. Nur Witwen- und Waisenpensionen gibt es bereits in beträchtlicher Anzahl. Angewiesen waren dafür 33 564 Mark. Die Mindereinnahme an Beiträgen beträgt im Jahre 500 000 Mark. Die neue Bayerische Landespensionskasse geht also keiner rosigen Zukunft entgegen. Deshalb fordern auch hier die Mitglieder ein Reichsknappschaftsgesetz, wenn ihnen auch die Landeskasse als Abschlagszahlung willkommen ist.

Nun haben aber die sozialdemokratischen Vertreter namentlich in den Landtagen Preußens, Sachsens und Bayerns eine sehr lebhafte Tätigkeit während des Krieges entfaltet, um die erworbenen Rechte der zum Kriege einberufenen Mitglieder und deren Familien zu schützen. Das ist bis auf geringe Ausnahmen gelungen. Außerdem gelang es dem energischen Eingreifen Hues im Preußischen Abgeordnetenhaus, für die Mitglieder die im Kriegs- und ähnlichen Dienst verbrachte Zeit und die folgenden zwei Monate als Wartezeit in Anrechnung zu bringen, daß Militärpensionen nicht auf Invalidenpensionen angerechnet werden dürfen, und daß das ganze Gesetz auch Anwendung findet auf die Mitglieder, die vor der Mobilmachung zu einer Übung eingezogen wurden und nicht mehr zurückkehren konnten. Am 7. März dieses Jahres wurden weitere Verbesserungen angenommen, so namentlich, daß die aus Anlaß des Krieges gezahlten Militärhinterbliebenengelder nicht auf die Pensionen der Witwen und Waisen angerechnet werden dürfen. Ferner stimmte Abgeordneten- und Herrenhaus einmütig einer Resolution des Genossen Hue zu, in der die Regierung aufgefordert wird, zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit der Knappschaftsvereine ihre Bemühungen für die Verschmelzungen preußischer Knappschaftsvereine fortzusetzen, falls ein behördlicher Zwang zwecks Vereinigung leistungsunfähiger Knappschaftsvereine nicht genügen sollte, gesetzgeberische Vorschläge zu unterbreiten und wegen des Rückversicherungsverbandes nicht nur die preußischen Knappschaftsvereine, sondern auch die übrigen zu gewinnen.

Hue erklärte ausdrücklich, daß er dies nicht als den Abschluß der knappschaftlichen Bestrebungen nach Vereinheitlichung betrachte. Nach wie vor bleibe als Ziel die Reichsknappschaftskasse. Der nationalliberale Bergwerksdirektor Althoff verwahrte sich dagegen, und das Herrenhaus nahm den letzten Satz von der Vereinheitlichung nicht an. Vor den Reichseinrichtungen gruselte ihnen! Auch in diesem Punkte werden sie den Forderungen der Bergarbeiter noch nachgeben müssen!

VII.

Nun hat der Deutsche Reichstag das Wort!

Weil sich die meisten Einzellandtage in der Knappschaftsfrage nicht zu dem aufschwingen können, was in der ganzen Sozialpolitik und Arbeiterversicherung den übrigen Arbeitern ganz Deutschlands als ganz selbstverständlich, zuletzt noch durch die Reichsversicherungsordnung zugestanden wurde, zur reichsgesetzlichen Regelung der sozialen Fürsorge, deshalb wandte sich der Bergarbeiterverband mit den übrigen Organisationen bereits am 20. Oktober 1915 mit einer wohlbegründeten Eingabe um ein Reichsknappschaftsgesetz an den Reichstag. Am 18. September 1915 hatten sie sich bereits mit dem Allgemeinen Knappschaftsverband in Verbindung gesetzt, damit dieser auf seiner Generalversammlung am 28. September 1915 in München nach dieser Richtung hin ebenfalls tätig sei. Unterstützt wurden sie weiter durch die Vorstandsältesten des Allgemeinen Knappschaftsvereins Bochum in Petitionen an den Reichstag vom 10. Februar 1916, der sächsischen Knappschaftsältesten vom 13. Februar 1916 und der bayerischen vom 12. März 1916.

Im Bayerischen Landtag wurde der sozialdemokratische Antrag, die Regierung zu bestimmen, für ein Reichsknappschaftsgesetz einzutreten, unter Führung des Zentrums — zwei christliche Gewerkschafter waren die Hauptgegner — abgelehnt, trotzdem in der Petitionskommission am 29. Mai 1916 sämtliche Parteien des Reichstags beschlossen, die Anträge der Verbände dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. Inzwischen hat nun am 10. Juli 1916 der Knappschaftliche Rückversicherungs*verband* unter Beisein des Wirklichen Geheimen Oberbergrats Beuse (Berlin) als Vertreter des preußischen Handelsministeriums seine erste Hauptversammlung auf der Ilsederhütte abgehalten, in der die bisherige Rückversicherungs*anstalt* ihren Jahresbericht erstattete. Die ihr angehörenden 37 von 62 preußischen Knappschaftsvereinen und 4 außerpreußischen gehen nunmehr im genannten Verband auf, so daß diesem jetzt alle preußischen Knappschaftsvereine angehören. Damit ist wohl die Sicherheit der knappschaftlichen Pensionskassenleistungen für die Mitglieder gewährleistet, aber die aus der Zerrissenheit des Knappschaftswesens resultierenden Mißstände bleiben trotzdem bestehen.

Über die *Möglichkeit der Durchführung eines Reichsknappschaftsgesetzes* sind sich mit den Bergarbeitern nicht nur die anerkanntesten Bergrechtslehrer, sondern auch alle fortschrittlichen bürgerlichen Sozialpolitiker und Praktiker einig. Nur kleinliche partikularistische Denkweise oder egoistischer Interessenstandpunkt leisten Widerstand. Und das sind leider sehr einflußreiche Kreise! Daß eine Zusammenlegung und einheitliche Verwaltung und Regelung vieler und größter Werke und verschiedenartiger Organisationen möglich ist, hat der Allgemeine Knappschaftsverein Bochum mit seinen über 400 000 Mitgliedern bewiesen, dessen Krankenkasseneinrichtung sogar als Muster gelten kann. Daß die Regelung über ganze Länder keine unüberwindlichen Schwierigkeiten leistet, haben die 27 Kassen Sachsens 1890 schon bewiesen, als sie sich zur dortigen Landeskasse verschmolzen haben, und beweisen jetzt die bayerischen Kassen, die unter dem Zwang der Verhältnisse dazu kommen mußten. Die Vorbedingungen für die einheitliche Regelung im ganzen Reich und die Be-

seitigung von unhaltbaren Zuständen in den vielen Dutzenden leistungsunfähigen Kassen sind längst gegeben. Nach dem Vorbild der Zusammenlegung und Verwaltung der Invaliditäts- und Altersversicherung in der Reichsversicherungsordnung ist auch die Regelung im Knappschaftswesen möglich.[5] Ja nicht nur möglich, sondern dringend nötig! Die Wirkungen des Krieges müßten selbst den Stockblindesten die Augen öffnen, daß es nicht länger angängig ist, eine Million Arbeiter in Deutschlands wichtigster Industrie einfach mit ihren gerechten Wünschen beiseite zu schieben.

Das könnte sich bitter rächen! Seit Jahrzehnten fordern die Bergarbeiter Reformen unter reichsgesetzlicher Regelung. Jetzt stehen Hunderttausende draußen vor dem Feinde. Im Lande schaffen die Daheimgebliebenen unter erschwerten Umständen, was in ihrer Kraft liegt, um das wichtigste Betriebsmittel unserer Industrie der Erde abzuringen. Und nachher will man ihnen nicht einmal das gewähren, was für jeden anderen Arbeiter Deutschlands selbstverständlich ist? Das würden sie nicht verstehen und nicht — vergessen!

Der Reichstag trägt daher eine ebenso große Verantwortung wie die Reichsregierung und die Bundesregierungen. Soll nach dem Kriege eine innere friedliche Entwicklung die Wunden schnell heilen helfen, die der Krieg schlägt, dann mache man endlich wahr, was Generationen bereits forderten: Die Reichsknappschaftsreform — jetzt oder nie! Darum wird gekämpft werden! Ein Ausweichen gibt es nicht mehr!

Literarische Rundschau.

Charles Rappoport, **Jean Jaurès** — L'Homme — Le Penseur — Le Socialiste. Avec une Préface d'Anatole France. Paris 1915, L'Emancipatrice, 3 Rue de Pondichéry. VIII, 432 Seiten. 5 Franken.

Jüngst ging die Mitteilung durch die Presse, in Frankreich habe sich eine »Gesellschaft der Freunde Jaurès'« gebildet, mit dem Zweck, die Erinnerung an Jaurès wachzuhalten und ein Zentrum für sozialistische Studien zu errichten, die in seinem Sinne betrieben werden sollen. Die Praxis muß lehren, ob dieser Gründung ein fruchtbares Wirken beschieden ist, ob sie mehr bedeutet als ein Aufwallen der Dankbarkeit und Hingebung. Auf jeden Fall ist es ein schöner Gedanke, unseren gefallenen Vorkämpfer durch die Fortführung seines Werkes zu ehren, durch lebendige Arbeit und nicht durch einen toten Stein.

Als eine Einleitung zu dieser Ehrung Jaurès' darf man wohl das Buch betrachten, das schon im vorigen Jahre Rappoport über Jaurès veröffentlichte. Es ist die Frucht fleißiger Arbeit eines Mannes, der zwei Jahrzehnte lang das Wirken Jaurès' aus nächster Nähe verfolgen konnte, zeitweise in engster Freundschaft, zeitweise in bitterster Feindschaft, die allerdings schon vor Jaurès' Hingang ausgelöscht war. Ein außerordentlich großes Material ist in dem Werke verarbeitet, das 440 Seiten umfaßt. Aber zu gewaltig war Jaurès' Wirken, als daß es so bald nach seinem Tode schon hätte erschöpfend zur Darstellung gelangen können.

Der werdende und der kämpfende Jaurès kommen in dem Buche nur wenig zur Geltung. Die biographischen Daten sind allzu mager. Da hätte ohne Mühe bedeutend mehr gegeben werden können. Schwerer war es schon, zu zeigen, was Jaurès von seiner Umwelt empfing, wie er auf sie zurückwirkte als Denker und praktischer Kämpfer, wie er in dieser steten Wechselwirkung immer gewaltiger wuchs. All das ist nur angedeutet, und das ist schade, denn im Fluß der Ereignisse

[5] Siehe Wißmann, a. a. O., Vorschläge auf S. 65 ff.

trat Jaurès' Größe am deutlichsten zutage. Das ausreichend zur Darstellung zu bringen, wäre allerdings eine gewaltige Aufgabe, die sich nicht rasch bewältigen ließe. Denn Jaurès nahm in den letzten drei Jahrzehnten teil an allen großen Kämpfen innerhalb des französischen Sozialismus, innerhalb des französischen Parlaments, innerhalb der Internationale. Ihn vollständig schildern, heißt ihn im Zusammenhang mit der ganzen neuesten Geschichte schildern.

Was Rappoport in dem vorliegenden Buche geben wollte und ausreichend gibt, ist nicht so sehr die Darstellung einer Entwicklung, als vielmehr die Sammlung von Resultaten. Er geht den leitenden Gedanken nach, die in den Schriften und Reden Jaurès' ihren Ausdruck fanden, und teilt sie uns mit einem erklärenden Kommentar mit. Wir lernen sie alle durch ihn eingehend kennen, die Ideen über Philosophie, Geschichte der Revolution, das Milizsystem, die verschiedenen Probleme sozialistischer Theorie und Praxis, die Jaurès beschäftigten. In der Hauptsache läßt der Autor Jaurès selbst reden. In der Vorrede bezeichnet er sich bescheiden als bloßen »Sekretär« der Jaurèsschen Gedanken. Doch läßt er es dabei an eigener Stellungnahme und Charakterisierung nicht fehlen. Diese ist mitunter in der Sache und öfter noch in der Form sehr gelungen.

Nur ein Beispiel dafür, ein Stück aus der Charakterisierung Jaurès' als Historiker der französischen Revolution:

»Durch seine politische Tätigkeit, seine tiefe Kenntnis der politischen Menschen und Verhältnisse, der Parteien und ihres innersten Lebens war Jaurès gründlich für das Studium und das Verständnis des revolutionären Epos vorbereitet. Nichts bereitet besser darauf vor, Geschichte zu begreifen, als die Tätigkeit eines praktischen Politikers....

Dann hatte Jaurès den Vorteil, Sozialist und demokratischer Republikaner zu sein. In seinem Handeln setzte er die Revolution fort. Da er unlöslich mit der Entwicklung verbunden war, die ihren Ausgangspunkt in der großen Revolution hatte, trug er diese in sich selbst. Wenn Jaurès das Drama der Revolution studierte, so studierte er sein eigenes Drama. Er identifizierte sich mit ihr. Er fand sie wieder, wenn er sich in sich selbst versenkte. Und er fand sich wieder, wenn er ihren Gang verfolgte. Mehr als einmal bildete er von neuem die Reden, die die Helden und Opfer der Revolution seiner Ansicht nach hätten halten müssen. Er litt vielleicht unter der Unmöglichkeit, hinterdrein noch in diesem weltgeschichtlichen Drama mitwirken zu können, um nicht zu sagen, an jenen ‚verhaltenen Reden'; unter dem Bedauern, nicht mehr seine Ideen unter jenen Menschen großer und edler Geschicke aussäen zu können.« (S. 158, 159.)

Hier haben wir in wenigen Zeilen alles zusammengedrängt, was Jaurès am tiefsten bewegte, am höchsten erhob: seine Meisterschaft in der praktischen Politik; sein Aufgehen in den Ideen der großen Revolution; sein Vertrauen in die sieghafte Kraft seiner Rede.

In anderen Punkten können wir Rappoport weniger zustimmen. Wer das Kapitel über Jaurès und Guesde liest, dem raten wir, damit Rappoports Artikel über Guesde in der Neuen Zeit, XXVI, 1, S. 469 ff. zu vergleichen. Er wird dann beiden Teilen eher gerecht werden. Auch gegen die Rappoportschen Versuche, die Jaurèssche Geschichtsauffassung mit der Marxschen zu vereinbaren, lassen sich erhebliche Einwände machen. Daß das Buch in der Verhimmelung zu viel des Guten tut, wollen wir damit erklären, daß es weniger als historisches Werk, sondern vielmehr als Heldendenkmal gedacht ist.

K. K.

Ewald Banse, **Die Länder und Völker der Türkei.** Braunschweig 1916, Georg Westermann. 126 Seiten. Preis 3 Mark.

Dieses Buch kann man als Volksausgabe der großen geographischen Monographie »Die Türkei« betrachten, die vom gleichen Verfasser im selben Verlag während des Weltkriegs erschien und trotz ihres hohen Preises (16 Mark) schon die zweite Auflage erlebte. Banse stellt in dem oben genannten Büchlein die all-

gemeinen Betrachtungen über die verschiedenen Landschaften der Asiatischen Türkei zusammen und druckt das einleitende programmatische Kapitel über die Türkei vollständig ab.

Die Schrift verdient nicht nur wegen ihres verhältnismäßig billigen Preises die Aufmerksamkeit der Arbeiterleser und besonders unserer Bibliotheken, sondern vor allem wegen ihres gediegenen Inhalts, der glänzenden Darstellung und jener Art der »monistisch« geographischen Betrachtung, auf deren Verwandtschaft mit der materialistischen Geschichtsauffassung Genosse Graf in diesen Blättern bereits hinwies. Natürlich ist Banse nur unbewußt und daher Halbmarxist und trotz aller geographischen Kenntnisse und berechtigter Kritik gegenüber dem Türkentum gemäßigter Imperialist und Befürworter einer deutsch-türkischen Kulturbeeinflussung. Über diese Dinge ist hier bereits so viel gesagt, daß eine Wiederholung geäußerter Gegengründe nicht notwendig erscheint. Durch seine Darlegungen über Klima, Landwirtschaft, Bewässerungsmöglichkeiten, soziale Gliederung der Bevölkerung, allgemeine geistige Kultur usw. bestätigt Banse wohl ungewollt die Ausführungen Kautskys über den geringen Bedarf Vorderasiens an europäischen Intellektuellen wie auch die letzthin von Spectator gemachten Ausführungen über die orientalische Landwirtschaft und deren kapitalistische Weiterentwicklung. Banse ist allerdings nicht so pessimistisch wie Professor Philippson, warnt aber nachdrücklich vor der bei uns seit drei Jahrzehnten üblichen Zukunftsmusik.

Bei der Beurteilung der orientalischen Kultur und ihres Gegensatzes zur westeuropäischen Zivilisation vergißt Banse, daß es sich hier um keine unlöslichen Gegensätze handelt, sondern um das Nacheinander zweier Wirtschafts- und Kulturstufen. Vorderasien lebt noch im Mittelalter, das sich allerdings in wichtigen Punkten vom europäischen Feudalismus unterscheidet und unterscheiden muß infolge der klimatischen Verhältnisse und anderer Eigentumsgestaltung, worauf schon in Marx-Engels' Briefwechsel hingewiesen wird.[1]

In seiner Stellung zum Kulturideal des orientalischen Mittelalters ähnelt Banse dem Sinologen O. Franke. Die Kritik an der kapitalistischen Unkultur flüchtet zur romantischen Betrachtung asiatischer Zustände, obwohl man sich bewußt bleibt, daß gegen »Eisen- und Dampfbazillen« kein Kulturkraut gewachsen ist.

Theoretisch interessant ist eine Bemerkung über die hettitische Rasse, die im türkischen Orient vorherrscht und die Banse bei aller Vorsicht in Rassedingen als Produkt des geographischen Milieus anspricht, die Auffassung Kautskys bestätigend:

»Der Einfluß des Klimas und der ganzen Natur auf den Menschen drängt in den Hauptländern der Türkei, in Kleinasien und Armenien, in Syrien und Mesopotamien anscheinend auf die Prägung einer Rasse von dunkelheller Art und ausgesprochener Nasenentwicklung. In ihrem Bett verschwinden offenbar alle Zuwanderungen fremden Volkes mit der Zeit ziemlich spurlos. Diese alarodische oder hettitische oder diese schlechthin große Rasse, so wie sie vor vier bis fünf Jahrtausenden unserem Blick entgegentritt, wird aus mehreren verschiedenen Rassen älterer Zeit zusammengeflossen sein, deren getrennte Charaktere aber sind schon damals in dem Rassetypus aufgegangen, welcher den Bedingungen dieses Milieus mehr als andere entsprechen mag und sämtliche fremdartige Einwanderungen siegreich überdauert, ja großenteils verschluckt hat.« (S. 10.) Und weiter: »Ein seltsames, aber anscheinend nicht ungesetzmäßiges Spiel ist es, daß die drei letzten großen Einwanderungen (Indogermanen von Nordwest, Semiten von Süden und Mongolen von Osten) körperlich in der Hettiterrasse verschwanden, dafür aber sprachlich und national derselben ihren eigenen Stempel aufprägten.« (S. 12.)

Die geographischen Skizzen über die einzelnen Gebiete der Türkei berücksichtigen auch die jetzigen politischen Verhältnisse, wobei der deutsch-türkische Stand-

[1] Briefwechsel, 1. Band, S. 413. Siehe auch Kautsky: »Der Ursprung des Christentums« den Abschnitt: Semitische Völkerwanderungen, besonders S. 185 ff.

punkt des Autors natürlich fühlbar ist, ohne sich jedoch unwissenschaftlich aufzudrängen.

Aus der Fülle der jetzt Mode gewordenen Kriegsschriften über die Türkei verdient das Bansesche Buch seines dauernden Wertes und der kurzen, sachlichen und nicht unkritischen Orientierung halber hervorgehoben zu werden. Auch nach dem Weltkrieg wird Vorderasien das Streitobjekt politisch rivalisierender Kapitalistengruppen bleiben, und daher behält die Schrift dauernden Wert für die Arbeiterschaft im Kampfe gegen den Imperialismus. O. J.

Hermann Schumacher, **Antwerpen, seine Weltstellung und Bedeutung für das deutsche Wirtschaftsleben.** München und Leipzig 1916, Duncker & Humblot.

Die Stellung des Verfassers zu den politischen und wirtschaftspolitischen Problemen ist schon durch seine Studie »Meistbegünstigung und Zollunterscheidung« bekannt. So ließ sich schon bei der Ankündigung der neuen Schrift ihr Inhalt erraten. Die Ahnung trog nicht. Die Quintessenz der durch manche Einzelbemerkung interessanten Monographie enthalten die Sätze: »... Von solchen Störungen (der wirtschaftlichen Zusammenhänge) kann ihn (den belgischen Staat) einmal guter Wille abhalten. Das ist im wesentlichen bisher der Fall gewesen. Fehlt der gute Wille — und damit müssen wir in Zukunft leider rechnen —, so kann nur Zwang vor verhängnisvollen Störungen sichern. Nur Macht kann dann den bösen Willen bändigen. Solche Macht muß sich möglichst sichern, wer wichtigen Teilen Deutschlands die ihm von Natur bestimmte Tür zum Weltmarkt offen halten will. Ob dann die staatlichen Grenzen eine Umgestaltung erfahren, ist wirtschaftlich ohne tiefere Bedeutung. Beim Durchgangsverkehr kommt es — ich wiederhole es — auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge an, und der Staat muß nur verhindert werden, zum Störenfried zu werden. Dazu reichen nicht rein wirtschaftliche, sondern allein politische Maßregeln aus.«

Also der Wunsch nach dem deutschen Protektorat über Belgien!

Doch schweben dafür alle Voraussetzungen in der Luft. So groß der Haß der Belgier gegen Deutsche und Deutschland sein mag, so ist nicht wahrscheinlich, daß die Verblendung des Hasses sie zum Selbstmord treiben und ihr schwergeprüftes Land um seine wichtigste Handelsverbindung betrügen wird. Zur Sicherung der deutschen Ausfuhr genügt die vertragliche Wiederherstellung der alten Tarife, die vielleicht nur nach Maßgabe der gestiegenen Selbstkosten nach Entscheid eines Schiedsgerichts erhöht werden dürften. Eine solche zweiseitige Vereinbarung hätte nach wenigen Jahren zu erlöschen, um jeden Verdacht einer Beschränkung der Souveränität des anderen Vertragsteils um der Frachtenwünsche rheinischer Interessenten willen zu vermeiden. a. h.

Anzeigen.

Hermann Wendel, **Elsaß-Lothringen und die Sozialdemokratie.** Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 30 Seiten. Preis 40 Pfennig.

Während die deutsche Sozialdemokratie am 4. August 1914 als ihr unabänderliches und einziges Kriegsziel den Schutz der Heimat gegen den Einbruch feindlicher Heere sich gestellt hat, greife das Kriegsziel der französischen Sozialdemokratie weit darüber hinaus, sie fordere Elsaß-Lothringen als Kriegsziel. Wendel untersucht dann, auf wessen Seite das historische Recht oder besser: die historische Vernunft sei, in den Kapiteln: Geschichtliches (die Zeit vor 1870), Die deutsche Sozialdemokratie und Elsaß-Lothringen, Nach vierundvierzig Jahren, Die wirtschaftliche Verwüstung, Elsaß-Lothringen und Frankreich.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 18 Ausgegeben am 4. August 1916 34. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Gustav Eckstein †.

Die Redaktion der »Neuen Zeit« hat einen schweren Schlag erlitten. Sie betrauert den Verlust des Kollegen Eckstein, der am 27. Juli in Zürich den Folgen einer Operation erlag, zu der ihn ein schweres Lungenleiden zwang.

Geboren in Wien im Jahre 1875, wendete er sich schon als Student der Sozialdemokratie zu, vereint mit seiner Schwester Therese Schlesinger. Doch es war ihm nicht vergönnt, so bald wie er wollte für seine Überzeugungen tätig zu sein. Denn kaum hatte er seine Studien absolviert und den Doktor juris gemacht, da befiel ihn das tückische Lungenleiden, das ihn sein Leben lang nicht wieder loslassen sollte und das jetzt seinen vorzeitigen Tod herbeiführte. Zunächst zwang es ihn für viele Jahre, nur seiner Gesundheit auf Reisen oder in Sanatorien zu leben.

Aber nicht untätig verbrachte er diese Zeit, er wußte sie wohl zu nutzen zu unverdrossenem Studium, und so hatte er ein gewaltiges Rüstzeug erworben, als seine Krankheit so weit eingedämmt war, daß er sich der Parteitätigkeit zuwenden konnte. Trotzdem ihn sein Leiden nie völlig verließ, oft erheblich störte, hat er doch eine reiche Tätigkeit entfaltet als Mitarbeiter der Parteipresse, als Lehrer der Parteischule, endlich als Redakteur der »Neuen Zeit«, für die er seit 1902 arbeitete, und in deren Redaktion er 1910 eintrat.

Nicht nur der Reichtum seines Wissens zeichnete ihn aus bei originellem und tiefem Denken, sondern mehr noch die Mannigfaltigkeit dieses Wissens. Ganz einzig stand er darin da, daß er gleich gut die juristischen wie die Naturwissenschaften und die politische Ökonomie meisterte, daß sein Marxismus befruchtet wurde durch die Methode der Naturwissenschaften und die Schärfe des formalen Unterscheidungsvermögens des Juristen.

Dabei war sein pädagogisches Talent ein außerordentliches, wie seine großen Erfolge an der Parteischule deutlich erwiesen.

Als Kollege in der Redaktion lernte ich endlich seinen unermüdlichen Fleiß schätzen, sowie seine taktische Klugheit, die in den verwickeltsten Verhältnissen sicheren Rat wußte.

Es war nichts weniger als die Klugheit des Rechnungsträgers. Eckstein ist stets ein aufrechter Mann gewesen, selbständig und furchtlos. Er beugte sich ebensowenig vor angestammten Autoritäten wie vor

Modegötzen, und machte ebensowenig obrigkeitlichen Instanzen wie populären Schlagworten irgendwelche Konzessionen. Und er lernte nicht um mit den wechselnden Strömungen des Tages.

Viel hat er geleistet, noch mehr ließ er erwarten. Er wuchs von Jahr zu Jahr mit der Größe der Probleme, die die Zeit stellten und ihn erfüllten. Bedeutende, wichtige Arbeiten bereitete er vor, als ihm der Tod vorzeitig die Feder aus der Hand schlug.

In die Reihe unserer Vorkämpfer und Forscher reißt sein Hinscheiden eine tiefe Lücke. Für mich persönlich bedeutet es nicht nur die Vernichtung eines Lebens, auf das ich die größten Hoffnungen gesetzt, nicht nur das Aufhören einer Unterstützung meiner Arbeiten, die sich als höchst fruchtbringend erwiesen, sondern auch den Verlust eines der liebsten, treuesten, selbstlosesten Freunde. Mir ist's, als hätte ich in ihm meine rechte Hand verloren!

K. Kautsky.

Revenant Bülow.

Von **Ed. Bernstein.**

Als ich vor nahezu anderthalb Jahren in dem Aufsatz »Amerikaner über den Weltkrieg« die Abhandlung des amerikanischen Historikers Professor Carlton Hayes »Der Krieg der Nationen« besprach, hatte ich dabei auch auf dessen Äußerungen über das gerade in Amerika erschienene Buch des Fürsten Bülow „Imperial Germany" Bezug zu nehmen. Dieses Buch, das die englische Übersetzung des Beitrags war, den Bülow im Jahre 1913 zu der Festschrift »Deutschland unter Kaiser Wilhelm II.« geliefert hatte, ist nun, nachdem es von Bülow mancherlei Zusätze erfahren hat und an verschiedenen Stellen umgeschrieben worden ist, unter dem Titel »Deutsche Politik« in Deutschland als Sonderausgabe erschienen. Von der sozialdemokratischen Presse meist schroff abgewiesen, und von Liberalen, die noch Grundsätze haben, kühl aufgenommen, hat es dagegen von den Organen des scharfmacherischen Nationalismus die größten Lobeserhebungen erfahren. Sie preisen es als das Erzeugnis eines »wahrhaft staatsmännischen Geistes« (»Deutsche Tageszeitung«), das dem national gesinnten Deutschen die rechten Wege in der großen Frage des Augenblicks zeige, und drucken mit Wohlgefallen Stücke aus ihm ab.

Aus guten Gründen, darf man hinzufügen. Schon in ihrer ersten Fassung atmete die Schrift einen Geist, der dem amerikanischen Gelehrten als direkte Widerlegung des Bildes erschien, das zu Beginn des Krieges deutsche Gelehrte dem amerikanischen Volke von den Beweggründen der deutschen Politik zu geben sich bemühten. Professor Hayes zitiert den auf Seite 16 der amerikanischen und Seite 14 der jetzigen deutschen Ausgabe stehenden Ausspruch Bülows, »wenn die Entwicklung der Dinge es verlangt, daß wir über Bismarckische Ziele hinausgehen, so müssen wir es tun«, und sagt dann gegenüber Ausführungen des deutschen Austauschprofessors Münsterberg »Amerika und der Krieg«:

»Weder bei Bülow, dem Staatsmann, noch bei Bernhardi, dem Militär, findet sich die geringste Bestätigung für die Behauptung des Professors Münsterberg, die Deutschen wissen, daß der Kampf nicht um entlegene Ge-

biete oder die Gewinne der Mächtigen geht! Alle Anzeichen deuten auf das genaue Gegenteil hin, und Bülow betont diesen Punkt fast ebenso emphatisch wie Bernhardi.« (S. 15 des Sonderabdrucks.)

In der Tat kann man Bülows Buch als das Hohelied deutscher Weltmachtpolitik bezeichnen. Wie sehr es dies schon in der ersten Ausgabe war, geht aus der folgenden zusammenfassenden Charakteristik hervor, die der, übrigens in bezug auf den Krieg sich streng neutral haltende Professor Hayes von ihm gibt:

Fürst Bülow war, wie man sich erinnern wird, von 1900 bis 1909 deutscher Kanzler, und was in seinem Buche, das in seiner deutschen Gewandung 1913 erschien, hauptsächlich interessiert, ist die ins einzelne gehende Apologie der Art, wie die deutsche Diplomatie in eben denselben Jahren geführt wurde, wo Italiens Lust zum Festhalten am Dreibund sich abschwächte und die Triple Entente Form erhielt. Bülow läßt die Grundnote seiner inneren und seiner äußeren Politik in den klingenden Worten ertönen: »die Pflicht der Regierung besteht in der gegenwärtigen Zeit nicht darin, dem Parlament neue Rechte einzuräumen, sondern darin, durch eine kraftvolle und entschlossene, in ihren Zielen große und den Mitteln, die sie anwendet, energische nationale Politik das politische Interesse aller Klassen der Nation aufzurütteln«. (S. 341.) Er bestreitet, daß er gewillt war oder imstande gewesen wäre, den Zwischenfall von Faschoda oder den Russisch-Japanischen Krieg dazu auszunutzen, ein Bündnis Frankreichs und Rußlands mit Deutschland zustande zu bringen. Er rühmt sich des Zwischenfalls von Tanger [im amerikanischen Text steht hier irrigerweise: Agadir. Ed. B.] und hebt hervor, daß er selbst es war, der den Kaiser dazu bewog, jenes melodramatische Aufrollen der Marokkofrage zu vollziehen. Er bejubelt die Annexion von Bosnien und der Herzegowina durch Österreich und brüstet sich damit, daß die deutsche Kriegsdrohung genügt habe, Rußlands stille Ergebung in jene hochmütige Verletzung des Berliner Vertrags zu erwirken. Aber während er mit Stolz auf die neuere »Weltpolitik« Deutschlands blickt, bleibt er merkwürdig blind gegen die Gefahren der internationalen Isolierung Deutschlands. »So erwies sich die kunstvolle Einkreisung und Isolierung Deutschlands, während einiger Zeit das Schreckbild ängstlicher Gemüter, als ein diplomatisches Blendwerk, dem die realpolitischen Voraussetzungen fehlten.« (S. 36.) Er stellt die Stärke der Triple Entente als zweifelhaft hin, beweist an Vorgängen aus dem Jahre 1908, daß ihre Mitglieder wenig gemeinsam haben und besteht darauf, daß das Selbstinteresse Italien veranlassen werde, im nächsten Kriege an der Seite Deutschlands und Österreichs zu kämpfen. Nach dem, was wir zurzeit von den diplomatischen Entwicklungen des Juli 1914 wissen, möchte es scheinen, daß Bethmann Hollweg ebensosehr ein buchstabengetreuer Schüler Bülows gewesen ist, wie er sein Amtsnachfolger war. (S. 15, 16 der Sonderausgabe.)

Den letzten Satz wollen wir auf sich beruhen lassen. Womit indes nicht in Abrede gestellt sein soll, daß der Geist der Bülowschen Politik auf die im Juli 1914 getroffenen Entscheidungen stark eingewirkt hat. Nur würde man den tatsächlichen Sachverhalt wohl näher kennen, wenn man statt buchstabengetreuer Schüler einfach Erbe sagte. Daß wir es in den Beschlüssen jener Tage und dem, was darauf gefolgt ist, mit einer Erbschaft der Bülowschen auswärtigen Politik zu tun haben, ist die Ansicht vieler Leute, die etwas von den Dingen verstehen. Der Sache nach ist der Amerikaner da sicherlich auf der richtigen Spur. Bülow ist Diplomat genug, um gegebenenfalls die Sprache auch dazu zu gebrauchen, seine Gedanken zu verbergen. Er ist aber viel zu sehr von der Vorzüglichkeit seiner Politik durchdrungen und viel zu sehr darauf bedacht, mit ihren Erfolgen zu prunken, um sich und dem Deutschen Reich die zahme Rolle andichten zu lassen, in der das letztere in

der Kundgebung der deutschen Intellektuellen vom Spätsommer 1914 erschien. Für das Deutsche Reich das Mitleid anrufen, kann natürlich nicht in die Methode des Mannes passen, der seinerzeit von der Tribüne des Reichstags aus den Satz in die Welt hinausrief, wer Deutschland antaste, beiße »auf Granit«. Das Deutsche Reich habe in der Welt nur die Wahl, Hammer oder Amboß zu sein, schreibt er an einer Stelle, und da kein Mensch gern Amboß sein will, wird jeder Leser daraus folgern, daß Deutschland Hammer sein müsse. Daß es noch ein Drittes gibt, und daß in allen Kulturländern eine tiefgehende Bewegung darauf gerichtet ist, dieses Dritte zu verwirklichen, wird bei ihm auch nicht einmal angedeutet.

Man erwartet natürlich von einem Manne, der Kanzler des Deutschen Reiches war und, wie es heißt, noch ein zweites Mal sein möchte, kein Bekenntnis zur Demokratie, von Bekennen zu sozialdemokratischen Prinzipien gar nicht zu reden. Aber was bei Bülows Buch doch auffällt, ist, daß die Bewegungen und Strömungen in den breiten Volkskreisen der Nationen hinsichtlich der Regelung der Völkerbeziehungen bei ihm nie erwähnt werden. Es sind immer nur die Staaten, um die es sich handelt und die agieren. Wo von zwischenstaatlichen Beziehungen bei ihm die Rede ist, glaubt man, einen Menschen aus einem Zeitalter zu vernehmen, wo es für den politischen Verkehr zwischen den Nationen überhaupt nur die Kabinettspolitik gab. Die Völker erscheinen lediglich als Objekte, gleichwohl ob es sich um die immerhin stark demokratischen Nationen des Westens, um das zarische Rußland oder das halbkonstitutionelle Deutschland handelt. Und das ist bei ihm nicht etwa nur eine Manier sich auszudrücken. Die Sprache entspricht durchaus der Art und Weise, wie er in seiner Darstellung die Geschichte behandelt und sie betrachtet wissen will.

Ein Schulbeispiel dafür ist das Stück seines Buches, das von der Fahrt nach Tanger handelt, die der Deutsche Kaiser im Jahre 1905 unternahm — wie Bülow selbstzufrieden feststellt, auf seinen Rat. Auf dieser Fahrt hielt, wie man sich erinnern wird, Wilhelm II. eine Ansprache an eine marokkanische Deputation, worin er erklärte, daß das Deutsche Reich sich für die Erhaltung der unversehrten Souveränität des Sultans von Marokko einsetze. Die Umstände, unter denen die Erklärung erfolgte, waren von solcher Art, daß sie in Frankreich, dessen Vertretung damals mit dem Sultan über Forderungen verhandelte, denen dieser Obstruktion entgegensetzte, als eine wohlbedachte Herausforderung aufgefaßt wurde und große Erregung hervorrief. Bülow begründet die Demonstration damit, daß der Vertreter Frankreichs in Marokko sich dem Sultan gegenüber als den Vertreter Europas aufgespielt habe, und daß Deutschland das nicht habe stillschweigend hingehen lassen können. Es ist aber gar nicht die Frage, ob Deutschland begründeten Anlaß hatte, Einspruch zu erheben, sondern ob die Form, die Bülow dafür gewählt hatte, zu billigen war. Sie hat die Wirkung gehabt, eine europäische Krisis hervorzurufen, und es hat nicht viel gefehlt, daß es damals zum Kriege zwischen Frankreich und Deutschland kam, der sich mit ebenso zwingender Logik der Dinge zum Weltkrieg entwickelt hätte, wie nun der durch das Ultimatum an Serbien herbeigeführte russisch-österreichische Konflikt. Wer es noch nicht wußte, dem erzählen es die Enthüllungen, die Herr Minister Churchill jetzt im Londoner »Sunday Pictorial« veröffentlicht.

Wenn der Krieg damals vermieden wurde, so hat sich ein hohes Verdienst darum die internationale Sozialdemokratie erworben, die sich in jenen Tagen durchaus auf der Höhe ihrer Aufgabe gezeigt hat. Und zwar gebührt der Hauptanteil der Sozialdemokratie Frankreichs. Unter der Führung des rastlosen Jean Jaurès hat sie sich mit der größten Energie den Chauvinisten ihres Landes entgegengestemmt, und direkt auf das Wirken unserer Genossen in der Kammer war der Rücktritt des Ministers Delcassé zurückzuführen, der von keiner Nachgiebigkeit gegenüber Deutschland hatte etwas wissen wollen. Das kraftvolle Einwirken unserer Genossen hatte die Folge, daß man sich über eine Konferenz verständigte, auf der die Marokkofrage unter allen streitigen Gesichtspunkten erörtert werden sollte und die dann in Algeciras stattgefunden hat. Alle Welt erkannte damals an, daß die Sozialdemokratie, und zwar ganz besonders die französische Sozialdemokratie, sich um die Erhaltung des Friedens ein großes Verdienst erworben hatte.

Bei Bülow nun findet man von diesem Eingreifen der Sozialdemokratie in der Marokkofrage kein Wort. Daß die Tangerfahrt statt den Krieg die Konferenz von Algeciras zur Folge hatte, läßt er ausschließlich als einen Erfolg seiner Politik erscheinen. »Als die deutsche Regierung unerschütterlich blieb,« schreibt er, »willigte Frankreich in die Konferenz. Herr Delcassé legte das Portefeuille des Auswärtigen nieder. Er trat zurück und wir setzten unseren Willen durch.« (S. 102.) Das sei aber »keineswegs nur ein Augenblickserfolg« gewesen. Delcassés Sturz »lähmte den französischen Chauvinismus, gab den vorsichtigen und friedlichen Elementen in Frankreich wieder die Oberhand und erleichterte damit unsere Politik wie die Fortführung des Flottenbaues«. (Ebendaselbst.) Und Bülow beruft sich auf den braven Karl Peters dafür, daß Delcassé das Instrument gewesen sei, dessen sich die englischen Feinde Deutschlands hätten bedienen wollen, um Frankreich zum Kriegsbündnis mit England zu verleiten, um dann Deutschland mit der englischen Flotte zu überfallen. »Daß ihnen diese Waffe aus der Hand geschlagen wurde, war gerade damals, wo wir uns mit unserem Flottenbau auf der Mitte des Weges, auf halbem Aufstieg befanden, besonders wichtig.« (S. 103.)

Also Bülow, nicht Jaurès, hat damals Delcassés Rücktritt herbeigeführt. Nicht die »vorsichtigen und friedlichen Elemente« Frankreichs haben es verhindert, daß die von Bülow betriebene Politik einen Krieg entfesselte, sondern Bülow hat durch sie und sein weiteres Auftreten den französischen Friedenselementen die Oberhand verschafft! Was für ein Wundermann, muß der Leser denken, dem die wirklichen Vorgänge von damals nicht gewärtig sind. Wer sie einigermaßen kennt, wird sie nichts weniger als wunderbar finden. Kurt Eisner hat sie etwas später in seiner Schrift »Der Sultan des Weltkriegs« beleuchtet, deren Folgerungen manchem damals übertrieben erschienen, aber durch den weiteren Gang der Ereignisse nur Bestätigung erfahren haben. Wer über den Zusammenhang des jetzigen Weltkriegs in den Vorgängen von damals im unklaren war, dem löst Bülow die letzten Zweifel.

Nicht er, der damals nicht duldete, daß Jaurès der Einladung der Sozialdemokratie Berlins folgte und als Friedensbote in Berlin auftrat, hat dem französischen Chauvinismus Abbruch getan. Er hat im Gegenteil den-

jenigen Elementen in Frankreich, die das Mißtrauen gegen Deutschland wach erhielten, neue Nahrung gegeben. Delcassés Rücktritt hieß nicht Delcassés Verschwinden von der politischen Bühne, er hieß nicht einmal in Wirklichkeit dessen Sturz, wie Bülow es nennt. Der betriebsame französische Politiker knüpfte den abgerissenen Faden nur an einer anderen Stelle — als Botschafter Frankreichs in Petersburg — wieder an. Nach des amerikanischen Historikers Ansicht ist die diplomatische »Einkreisung« Deutschlands in viel höherem Maße das Werk Delcassés, als das irgend eines gekrönten oder ungekrönten Engländers. »Wenn es einen Mann gibt,« schreibt er, »der für die neueren diplomatischen Entwicklungen erwähnt zu werden verdient, so ist es jedoch kein Engländer, sondern ein Franzose, der zähe aushaltende, taktvolle Delcassé.« Dieser habe »die wahre Nemesis Bismarcks« gespielt und durch kluge Ausnutzung der Umstände »eine Isolierung Deutschlands zustande gebracht, die fast so vollständig war, wie die Isolierung, zu der Bismarck Frankreich verurteilt hatte«. Die anglorussische Verständigung von 1907, durch die die Triple Entente vollendete Tatsache wurde, sei durch seine Vorarbeit eingeleitet worden. »Auch war die Triple Entente nicht das einzige, Delcassé am Herzen liegende Ziel. Den Dreibund durch Verbesserung der Beziehungen zwischen Italien und Frankreich zu schwächen, war sein zweites Vorhaben, dessen erfolgreicher Ausgang im gegenwärtigen Krieg zutage getreten ist.« (A. a. O., S. 13, 14.)

Dies beiläufig, um zu zeigen, wie wenig man durch solche, mit der drohenden Faust erzielte Erfolge, wie diejenigen, mit denen Bülow paradiert, dauernde Verbesserung internationaler Beziehungen schafft. Irgendein Verehrer Bülows hat einmal in bezug auf dessen Politik den Ausdruck Eisenfaust in Sammethandschuhen gebraucht. Jedenfalls hat sie viel von den Eigenschaften, die man der Katze zu Unrecht nachsagt. Die Katze wird der Maus nie die Sammetpfote zeigen. Bülow glaubt die Welt zu bezwingen, wenn er ihr abwechselnd Liebenswürdigkeiten sagt und dann wieder den starken Mann spielt. Aber die Völker vertragen solche doppelte Aufführung nicht, sie verursacht ihnen nur Mißbehagen und steigert ihr Mißtrauen. Daß Deutschland in Algeciras glimpflich davonkam, ist unter anderem dem Umstand geschuldet, daß im Winter 1905 in England die unionistisch-konservative Regierung Balfour-Chamberlain-Lansdowne an inneren Schwierigkeiten zusammenbrach und eine liberale Regierung mit Campbell-Bannerman an der Spitze ans Ruder kam, dessen auswärtige Politik sehr bestimmt darauf gerichtet war, eine Verständigung mit Deutschland zu erzielen.[1]

Auch von diesem Regierungswechsel steht bei Bülow kein Wort, so bedeutungsvoll er war. Ihn zu erwähnen würde nicht in sein System passen, zu dem es vielmehr gehört, die Demokratie als politische Kraft nach Möglichkeit zu diskreditieren und die Interessenkonflikte der oberen Schichten verschiedener Länder gegeneinander als Interessenkonflikte der Völker erscheinen zu lassen. Diese Methode, welche die Weisheit jeder politisierenden Bierbank bilden, wo man, sobald die Rede auf die auswärtige Politik

[1] Zur Vertretung dieser Friedenspolitik wurde damals die Wochenschrift »The Nation« gegründet, deren erste Nummer Artikel von Campbell-Bannerman und Theodor Mommsen in diesem Sinne brachte und die an ihrer Tendenz mit Treue festgehalten hat.

kommt, von Klassengegensätzen und Klassentendenzen in der Politik noch weniger weiß als gewöhnlich, ist natürlich äußerst bequem für jemand, dem das Aufstacheln der nationalen Leidenschaften das Mittel ist, daheim die Ausbildung der Rechte der Volksvertretung zu hintertreiben. Denn auf diesen altbewährten Kunstgriff läuft die Sentenz hinaus, die Professor Hayes von Seite 341 der amerikanischen Ausgabe von Bülows Buch zitiert.

Der Satz ist in der neuen Ausgabe fortgelassen, wahrscheinlich weil die in ihm enthaltene Anweisung nun seinem Urheber als überflüssig erschien. Ohne Einschränkung fließen die Sätze dahin, in denen Bülow das Dogma von der Notwendigkeit der starken persönlichen Spitze im Deutschen Reiche predigt.

Die hier und da laut gewordene Behauptung, es wäre mein Gedanke gewesen, die Verteilung der Rechte zwischen Krone und Parlament zugunsten des Parlaments zu verschieben, das heißt ein parlamentarisches Regime im westeuropäischen Sinne herbeizuführen, gehört in das dichtbevölkerte Reich politischer Fabeln. Die Rechtsgrenze zwischen Krone und Parlament hat mir unverrückbar festgestauden. In der äußeren wie in der inneren Politik habe ich es als meine vornehmste Aufgabe angesehen, die Krone nach bestem Wissen und Gewissen zu stärken, zu unterstützen und zu schützen. (S. 340.)

So geht es seitenlang in dem Buch hin. Um diese Beteuerungen der guten Absichten hinsichtlich der Krone recht schmackhaft zu machen, wird als Gegenstück gegen das Glanzbild der Kronenträger der unpolitische Sinn der Deutschen in den krassesten Farben gezeichnet. »Noch steht in Deutschland eine große Summe der Gebildeten, denen ja die Führung im Parteileben gebührt, dem politischen Leben gleichgültig, wenn nicht gar ablehnend gegenüber.... Die Unkenntnis der allerelementarsten Dinge ist oft erstaunlich.... Die Tätigkeit der Fraktionen vollzieht sich auch in unseren Tagen oft noch kaum anders als die ehemalige reine Beamtenwirtschaft: bei vollkommener Verständnis- und Urteilslosigkeit der Bevölkerung.« (S. 341.) Und so weiter, und so weiter. Sätze, an denen vieles richtig und ja auch niemand ein Geheimnis ist. Aber wann hätte ein Volk, das gewohnt ist, regiert zu werden, Sinn und Verständnis für die großen Fragen der Politik entwickelt? Den politischen Sinn prägt keine Akademie ein, er bildet sich nur in der Praxis des politischen Lebens aus, und kein Volk wird ihn erwerben, dessen Angehörige nicht von Jugend auf in dem Bewußtsein lebten, daß sie selbst für die Politik ihres Landes verantwortlich sind. Derselbe Bülow jedoch, der an der Stelle, der die im vorherigen zitierten Sätze entnommen sind, den unpolitischen Sinn der Deutschen als einen bedauernswerten Mangel erscheinen läßt, preist ihn an anderen Stellen als eine besondere Tugend des Deutschen. Auf dieses und nichts anderes laufen eine ganze Reihe seiner Aussprüche über den Deutschen als geborenen Soldaten hinaus. Dem Militarismus, dem er ein besonderes Kapitel widmet, singt er in den höchsten Tönen einen Päan und bezeichnet ihn als »das beste Stück unserer staatlichen, unserer nationalen, unserer Volksentwicklung«. (S. 147.) Aber wie kann ein vom Militarismus durchdrungenes Volk, ein Volk, dessen beste Eigenschaft, wie es einmal bei Bülow heißt, sein Kriegertum ist, wie kann ein solches Volk wahrhaft politisches Denken entwickeln? Mag es im übrigen kulturell noch so hoch stehen, so wird sein politisches Empfinden sich nie wesentlich über das von Barbaren im soziologischen Sinne dieses

Wortes erheben, das heißt von Völkerschaften auf einer Entwicklungsstufe, wo von engeren Beziehungen zwischen Volk und Volk noch keine Rede ist. Einer solchen Entwicklungsstufe entspricht es auch, daß über Kriegsfragen Meinungsverschiedenheiten grundsätzlicher Natur keine Rolle spielen, daß im Krieg über das »nationale« Interesse nur eine Meinung herrscht, daß, sobald Krieg ist, nicht mehr gefragt, sondern gefolgt wird — was alles und ihm innerlich Verwandtes Bülow den Deutschen als besondere Tugenden nachrühmt. Wie so oft, übertreibt er auch hier. Es hieße aber blind sein, wollte man verkennen, daß seine Behauptungen nicht völlig aus der Luft gegriffen sind. Nur darf man sich nicht verhehlen, daß sie zugleich ein Stück Erklärung dafür liefern, weshalb die Völker Europas auf Deutschland mit so hochgradigem Mißtrauen blicken.

Bülow ist ungehalten darüber, daß im Ausland Zerrbilder des deutschen Militarismus verbreitet sind. Zerrbilder des gegnerischen Landes sind überall in Unmassen produziert worden und sie sind hüben wie drüben gleich verwerflich. Wer aber nicht bloß Schaumschlägerei treiben will, beschäftigt sich nicht mit ihnen, sondern mit der ernsthaften Kritik, und die wird durch Bülows Buch nicht widerlegt, sondern bekräftigt.

In seiner ersten Fassung enthielt Bülows Buch scharfe Ausfälle wider die Sozialdemokratie. Sie dürfe nicht auf den gleichen Fuß mit denjenigen Parteien gestellt werden, welche die gegebene politische Verfassung anerkennen, sie sei insbesondere der ausgesprochene »Gegensatz gegen den preußischen Staat«. Ein Kreuzzug wider sie könne eines Tages zur Notwendigkeit werden. Auf Seite 247 predigt er ihn mit folgenden Sätzen:

> Denn die sozialdemokratische Bewegung bedroht nicht nur die Existenz der einen oder anderen politischen Partei, sie ist eine Gefahr für das Land und die Monarchie. Dieser Gefahr muß ins Auge gesehen und begegnet werden durch eine große und umfassende nationale Politik, unter der starken Leitung von klarblickenden und mutigen Regierungen, die imstande sind, in Güte oder im Kampfe die Partei dazu zu bringen, vor der Macht des nationalen Gedankens sich zu beugen.

Professor Hayes, aus dessen Abhandlung ich diesen Satz zurückübersetze, bemerkt zu ihm lakonisch: »Man stelle sich solche Sprache im Munde eines Engländers des zwanzigsten Jahrhunderts vor, der neun Jahre Ministerpräsident seines Landes war!«

In der neuen Ausgabe hat Bülow den Satz und ähnliche gestrichen, um, wie er es im Vorwort bezeichnet, der neuen Lage Rechnung zu tragen, die die Sozialdemokratie durch ihr »Einschwenken in die nationale Front« bei Kriegsausbruch geschaffen habe.

> Gegenseitiges Verstehen zwischen Sozialdemokratie und Regierung, zwischen der Sozialdemokratie und den anderen Parteien wird für die Zukunft leichter und häufiger sein als in der Vergangenheit, da die leidige Trennung der deutschen Parteien in nationale und nicht nationale in diesem Kriege überwunden ist. Auch die Sozialdemokratie hat sich bei Ausbruch des Krieges vor dem nationalen Gedanken gebeugt. (S. XV.)

Und im Buch selbst heißt es jetzt auf Seite 235:

> Indem die sozialdemokratischen Führer der ihnen wohlbekannten vaterlandsliebenden und nationalpflichtbewußten Gesinnung der hinter ihnen stehenden Arbeitermassen gefolgt sind, haben sie nicht nur patriotisch gehandelt, sondern auch für

ihre Partei weitsichtig und geschickt operiert. Es ist als ein in hohem Maße bemerkenswertes Zeichen politischer Urteilskraft gerade der sozialdemokratischen Partei zu buchen, daß sie nicht in den so oft erlebten parteipolitischen Fehler verfallen ist, die Zeit gegen sich wirken zu lassen, indem sie sich der Erkenntnis ihrer Zeichen aus parteipolitischem Doktrinarismus verschloß.... Im Grunde ist damit ein Beweis mehr gegeben, daß stets die klügste Parteipolitik diejenige ist, die den Staatsnotwendigkeiten folgt.

Lassen wir auch dem Gegner Gerechtigkeit widerfahren. Der Anschein, das können wir nicht bestreiten, erlaubt ihm so zu sprechen. Äußerlich betrachtet hat das Rezept, das er berühmten Mustern folgend und offenbar auch in Erinnerung an den Erfolg der Hererowahlen von 1907 aufgestellt hat, sich ganz herrlich bewährt. Kann aber die Sozialdemokratie das Kompliment, das er hier und in ähnlichen Sätzen gibt, auch akzeptieren?

Es hat zunächst dadurch einen zweifelhaften Beigeschmack, daß Bülow — von seinem Standpunkt aus freilich nicht ungeschickt — die sozialdemokratischen Führer im August 1914 beim Kriegsausbruch nicht aus freier, lediglich der objektiven Prüfung der Sachlage und ihrem Gewissen folgender Entschließung handeln, sondern ganz opportunistisch bloß der Stimmung der Arbeitermassen *folgen* läßt. Selbst bei der Rechten unserer Reichstagsfraktion wird man ihm dafür wenig Dank wissen. In der großen Mehrheit der Fälle widerspricht es jedenfalls dem tatsächlichen Sachverhalt.

Vielsagender jedoch als die retrospektive Betrachtung ist hier Bülows Zukunftsperspektive. Die »leidige« Trennung in nationale und nicht nationale Parteien werde fallen. Wenn's geschieht, kann es jedem von uns recht sein. Die Sozialdemokratie hat diese Unterscheidung nie gemacht, sondern sie stets als schief und schielend zurückgewiesen. Als spezifisch national bezeichneten sich neben den Antisemiten und sonstigen Ultras der Rassenpolitik stets nur Parteien der *regierenden* Klassen, und es ist sehr unwahrscheinlich, daß sie in Zukunft darauf verzichten werden. Wo es sich nicht mehr um Befreiung einer Nation von Fremdherrschaft oder um Vereinigung der Teile einer durch Gewalt oder Dynastien getrennten Nationalität handelt, werden die jeweilig Herrschenden und deren Parteigänger stets *ihre* Politik als die nationale bezeichnen, da sie ja nach ihrer Auffassung die Nation repräsentieren, die entschiedene Gegnerschaft gegen ihre Politik aber als nicht national oder unnational denunzieren. Die Sozialdemokratie erreicht die Anerkennung als national von seiten *dieser* Parteien nicht durch eine Ausnahmeabstimmung für diese oder jene Zwecke, sondern nur durch die *Preisgabe ihrer ganzen grundsätzlichen Gegnerschaft gegen deren Staats- und Gesellschaftsauffassung.*

Das gleiche trifft zu vom Begriff der Staatsnotwendigkeiten, den Bülow hier ebenfalls ins Spiel bringt. Staatsnotwendigkeiten sind die Notwendigkeiten der Leitung des Staates und der Staatspolitik im Sinne derer, die den Staat in Händen haben. Um Staatsnotwendigkeiten in abstracto wird im politischen Leben nicht gestritten, sondern nur um ihre jeweilige konkrete Gestalt. Steuern sind im gegebenen Gesellschaftszustand ganz sicher eine »Staatsnotwendigkeit«. Aber es wird nicht darüber gestritten und abgestimmt, *ob* Steuern sein sollen oder nicht, sondern in welcher *Höhe* sie notwendig sind, für welche *Zwecke* sie aufgebracht werden und welche *Gestalt* sie haben sollen. Ebenso mit der Landesverteidigung und ähnlichem

mehr. Das Ausspielen des Begriffes Staatsnotwendigkeit hat daher im politischen Kampfe fast immer den Zweck, den Sinn des konkreten Kampfes zu verwischen, irgendwelche Preisgabe unter einem schönklingenden Worte einzuhandeln oder hinter ihm zu vertuschen. Worauf Bülow mit ihm abzielt, verrät der Satz, der an jener Stelle auf den zuletzt zitierten folgt: »Was von den harten Notwendigkeiten des Krieges gilt, gilt letzten Endes auch von den vielfach unbequemen und lästigen des Friedens!« (Ebendaselbst.) Von Bülows Standpunkt aus ganz logisch. Aber es zeigt deutlich, um welchen Preis »letzten Endes« die Anerkennung als »national« erkauft werden soll.

Es schien angezeigt, das hier mit in die Erörterung zu ziehen, weil in einzelnen Parteiorganen in der Tat schon der Gebrauch des Begriffs Staatsnotwendigkeit in jener zweideutigen Anwendung sich einschmuggelt. Der Nationalismus Bülows aber offenbart sich, nachdem wir über den Krieg und die Beweggründe der Nationen, die ihn führen, abwechselnd mit objektiv klingenden Sätzen und dann wieder mit Schlagworten bedacht worden sind, die man sonst auch in der Presse der berufsmäßigen Hetzpatrioten findet, zum Schlusse in folgender tiefen Verbeugung vor den sechs Wirtschaftsverbänden, die durch ihre vielberufene Denkschrift über Kriegsziele versucht haben, dem gegenwärtigen Kanzler Kriegspolitik vom echten Kaliber einzupauken:

> Mit dem Blick auf die internationalen Lehren des Weltkrieges, auf die künftige Weltstellung des Deutschen Reiches sind in rühmenswerter Weise unsere sechs großen Wirtschaftsverbände auf dem Boden der für Deutschlands Gegenwart und Zukunft wichtigsten Frage, der Frage der aus dem Kriege hervorgehenden macht- und wirtschaftspolitischen Stellung Deutschlands *in Europa und der Welt*, zusammengetreten zu einer gemeinsamen Manifestation einigen und entschlossenen patriotischen Willens!

So zu lesen auf Seite 328. Wer da weiß, was jene Manifestation enthielt, der wird sich nicht wundern, daß Bülow nach diesem Kriege Jahrzehnte währenden Völkerhaß voraussagt, der naturgemäß von entsprechender Steigerung der gegenseitigen Rüstungen begleitet sein würde. Er wird aber dann auch Bülows wohlwollende Worte an die Adresse der Sozialdemokraten nach ihrem vollen politischen Wert einzuschätzen wissen.

Die Franzosen haben ein Wort revenant, das einen doppelten Sinn hat. Als Eigenschaftswort bedeutet es gefällig, angenehm, und wer kann gefälliger sein, als unser Bülow? Ein angenehmer Plauderer, welterfahren, nicht tief, aber gebildet genug, in geistreich klingende Nichtigkeiten Sätze einzuflechten, bei denen man sich etwas denken kann, persönlich entgegenkommend — kurz, ein Gesellschaftsmensch, wie er im Buche steht. Aber das Wort ist auch Hauptwort, und da bedeutet es einen, der wiederkommt. Stimmt erst recht, werden diejenigen sagen, die Bülows Buch als Evangelium begrüßen. Die Sache hat jedoch einen Haken. Der besondere Sinn des Hauptworts Revenant ist: einer, der aus dem Jenseits, als Gebilde abergläubischer Phantasie wiederkehrt. Und dem *Kanzler* Bülow gebührt *diese* Rolle.

Eine Bekenntnisschrift.

Von August Erdmann.

Der Weltkrieg hat den Unfrieden auch ins Lager der katholischen Christenheit gebracht. Zwar tut das Oberhaupt der katholischen Kirchen in Enzykliken, in schriftlichen und mündlichen Kundgebungen für den Frieden, was es kann. Aber wie der Papst den blutigen Krieg draußen an den Fronten nicht hat verhindern und beenden können, so vermochte er nicht einmal zu verhindern, daß die Katholiken der kriegführenden Länder in Schriften und Reden noch einen besonderen Krieg hinter der Front begannen und diesen Krieg mit einem Eifer durchführten, der die Gebote christlicher Nächsten- und Bruderliebe merklich außer acht läßt. Die französischen Katholiken haben unter Förderung hoher kirchlicher Würdenträger in einem gewichtigen Buche „La guerre allemande et le catholicisme" schwere und heftige Anklagen gegen Deutschland erhoben, durch die sich insbesondere auch die deutschen Katholiken getroffen fühlen mußten. Es bildete sich im August 1915 unter dem Ehrenvorsitz des bayerischen Ministerpräsidenten Graf Hertling ein »Arbeitsausschuß zur Verteidigung deutscher und katholischer Interessen im Weltkrieg«, der zunächst eine Denkschrift und dann eine ausführliche Abwehrschrift gegen das französische Buch erscheinen ließ. Eine ganze Literatur ist unterdes in Büchern, Schriften und Aufsätzen erschienen, die sich mit mehr oder weniger Eifer und Geschick gegen das französische Buch wenden. Sodann kam Ende 1915 ein sehr umfangreiches Werk an die Öffentlichkeit, das sich zusammensetzte aus 20 Aufsätzen von namhaften deutschen Vertretern der katholischen Wissenschaft, betitelt »Deutsche Kultur, Katholizismus und Weltkrieg«.[1] Dieses Buch hat neben seinem Zweck: die Angriffe der französischen Geistlichen, Politiker und Literaten abzuwehren, auch Bedeutung für die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands, und einzelne seiner Aufsätze sind aus diesem Grunde besonderer Beachtung wert.

In dem ersten der zwanzig Aufsätze gibt Professor Mausbach (Münster) die Gründe an, die zur Entstehung des Buches geführt haben. Der Titel dieses Aufsatzes: »Die literarische Kriegserklärung der französischen Katholiken« läßt erkennen, daß man auf der Seite der deutschen Katholiken, wie das nun im militärischen wie im literarischen Kampfe mal so üblich, die Schuld an dem Zwist der Gegenseite zuschreibt. Mit dem Erscheinen des Buches „La guerre allemande et le catholicisme" sei zu der Erregung der nationalen Leidenschaften und der Störung des Geisteslebens der Menschheit die noch weit schlimmere und schmerzlichere Tatsache gefügt, daß nunmehr auch die religiöse Einheit, der kirchliche Friede unter den Katholiken des Erdkreises schwer bedroht und gefährdet erscheine. Man brauche sich gewiß nicht zu wundern, daß in allen kriegführenden Ländern die Katholiken eng mit ihren Volksgenossen zusammenständen und sich je nach ihrem Temperament von der allgemeinen Kampfstimmung mehr oder weniger hinreißen ließen. Aber neu und un-

[1] Deutsche Kultur, Katholizismus und Weltkrieg. Eine Abwehr des Buches „La guerre allemande et le catholicisme". Herausgegeben von Georg Pfeilschifter. Freiburg i. B. 1915, Herdersche Verlagshandlung. 494 Seiten.

erhört sei es, daß die gläubigen Katholiken eines Landes als solche hervorträten und unter Führung angesehener Kirchenfürsten und Gelehrten die furchtbarsten Anklagen gegen eine andere Nation erhöben; schmerzlich und unerträglich sei es für jeden Friedensfreund und Katholiken, daß sie diese Nation, weil sie gegen Frankreich kämpfe, vor der ganzen Christenheit als grundsätzlichen Feind aller Sittlichkeit und Religion brandmarkten und dabei ausdrücklich die Katholiken des Landes als Mitschuldige hinstellten.

Man könnte sagen, meint Mausbach weiter, daß die Großtaten der deutschen Wissenschaft, Bildung, Technik und sozialen Fürsorge, die Glaubenstreue und tätige Frömmigkeit der deutschen Katholiken genügend in der Welt bekannt und anerkannt seien und daß es daher keinen Sinn habe, den Vorwurf der Barbarei und der kirchlichen Minderwertigkeit eigens zu widerlegen. Aber bei dem kühnen, regen und umfassenden Bemühen der Engländer und Franzosen, das Ausland für ihre Zwecke und Anschauungen zu gewinnen, ergebe sich für die deutschen Katholiken die innere Nötigung und die Pflicht, ihre kirchliche Ehre gegen peinliche Verdächtigungen zu verteidigen. Und da der Verfasser des französischen Buches sich für seine Angriffe und Beschuldigungen auf die Lehre der geistigen Führer, der deutschen Philosophen, Denker und Gelehrten berufe, so sei auch die apologetische Rechtfertigung des deutschen Katholizismus in erster Linie eine Ehrensache der katholischen Gelehrtenwelt in Deutschland.

Es ist nun nicht möglich, jeden der zwanzig Aufsätze eingehend zu besprechen. Dem stehen erstens räumliche Gründe im Wege, dann aber auch zwingende Gründe anderer Art, beispielsweise bei Aufsätzen wie Finke: »Recht und Notwendigkeit des Weltkriegs«, Ebers: »Belgiens Neutralität und ihr Untergang« und ähnliche. Manche Aufsätze entbehren der Bedeutung für nichtkatholische Kreise (Schroers: »Ist der Krieg ein Religionskrieg?«, Knöpfler: »Deutsche und französische Kriegshirtenbriefe« und andere). Manche endlich lohnen eine besondere Behandlung deshalb nicht, weil die Verfasser in ihrem apologetischen Eifer sich die Beweisführung sehr leicht und der Bedenkenlosigkeit, die sie der Gegenseite vorwerfen, nicht minder schuldig machen. Denn so liegen die Dinge nicht, daß bei den vielen Torheiten, die ganz gewiß auf der Gegenseite getan, geredet und (insbesondere auch in dem französischen Buche) geschrieben worden sind, nun auf französischer Seite alles kohlrabenschwarz und bei den deutschen Katholiken alles, was hier getan, geredet und geschrieben worden ist, lilienweiß und engelrein wäre. Vielleicht wäre es gut gewesen, die Verfasser hätten den Satz eines ihrer Mitarbeiter (Switalski: »Zur Psychologie der Greuelaussagen«), den dieser den französischen Katholiken vorhält, auch ihrerseits ein wenig beachtet: »Pharisäische Verblendung ist es somit, den eigenen Standpunkt rückhaltlos mit der objektiven Gerechtigkeit zu identifizieren und gleichsam von oben herab den Gegner zu verurteilen. Wer sein Gewissen rein weiß, beugt sich gleichwohl in Ehrfurcht vor dem allwissenden Richter, in dessen Händen die letzte Entscheidung ruht.«

Am beachtenswertesten sind unter den Aufsätzen der katholischen Gelehrten diejenigen, die in das politische Gebiet hinübergreifen. Dr. Platz (Düsseldorf) wendet sich in einem Aufsatz: »Der französische und der deutsche Kulturkampf in ihren Ursachen und Folgen« gegen die Behauptung eines führenden französischen Klerikalen, der

Weltkrieg sei nichts anderes als die Fortsetzung des deutschen Kulturkampfes der siebziger und achtziger Jahre und bezwecke die Vernichtung der katholischen Kirche. Wie Dr. Platz lehrt, ist der französische Kulturkampf die planmäßige Entfaltung eines schon zur Zeit der großen Revolution angelegten Planes mit dem Ziel, aus dieser Welt ein widerchristliches, gott- und religionsloses Kulturreich zu machen, und dieser Kulturkampf hat der katholischen Kirche in Frankreich immer neue Wunden geschlagen und dem Unglauben immer weitere Massen zugeführt. Dagegen ist der deutsche Kulturkampf nur eine Episode, nur das Mißverständnis eines einzelnen, nur der taktische Mißgriff Bismarcks, der außerdem seine Fehler auf kirchenpolitischem Gebiet bereut und wieder gutgemacht hat. Und heute — so schließt der Verfasser seinen Aufsatz — steht die Kirche in Deutschland »mit ihren 24 Millionen Katholiken, mit ihren stattlichen, stets gefüllten Kirchen, mit ihren fast allen Bedürfnissen entgegenkommenden Vereinen, mit ihrer sozialen Versöhnungskraft, ihrer gut geleiteten Presse großartig in der Welt da« — ein Satz, den man sich für künftige Zeiten wird merken müssen.

Nicht minder zufrieden mit der Stellung der katholischen Kirche in Deutschland ist Dr. Hoeber, ehemals Seminardirektor, jetzt Redakteur »für religiöse und kulturelle Gebiete« an der »Kölnischen Volkszeitung«. In seinem Aufsatz: »Reich, Kaiser und Parität« widerlegt er die Angriffe der französischen Katholiken auf den Deutschen Kaiser, der ein Gegner des Katholizismus sei und dessen Vernichtung erstrebe. Hoeber führt die zahlreichen Anlässe an, bei denen der Kaiser bemüht war, »seiner toleranten, achtungsvollen und aufrichtig friedfertigen Gesinnung gegen seine katholischen Untertanen in bestimmter Weise Ausdruck zu geben«. Der Verfasser kommt am Schlusse seines Aufsatzes zu dem Ergebnis, es müsse »ohne Einschränkung festgehalten werden, daß die paritätische Staatsform des heutigen Deutschen Reiches und seiner Bundesstaaten in hervorragendem Maße die Bedingungen erfüllt, die es seinen Mitbürgern ermöglichen, die in der sittlichen Weltordnung eingeschlossenen Menschheitsaufgaben und Menschheitszwecke zu erfüllen«.

Am 19. Juni 1902 hielt Kaiser Wilhelm im Rathaus zu Aachen jene bekannte Rede mit dem bedeutsamen, dem Kaiser vom Generalobersten v. Loë übermittelten Satz, durch den der Papst seine höchste Befriedigung mit den kirchlichen Zuständen in Deutschland aussprach. Damals und noch geraume Zeit nachher konnte man merken, wie ungelegen dieser Satz gewissen katholischen Kreisen kam. Man stritt seine Richtigkeit nicht geradezu ab, äußerte aber doch mehr oder weniger lebhafte Zweifel, ob die Worte des Papstes gerade in der dem Kaiser übermittelten Form gefallen seien. Hoeber, der der Aachener Rede des Kaisers ganz besondere Bedeutung beimißt, äußert keine Zweifel mehr an der Richtigkeit dessen, was der Kaiser in jenem Satz den Papst sagen läßt, nämlich: »Das Land in Europa, wo noch Zucht, Ordnung und Disziplin herrsche, Respekt vor der Obrigkeit, Achtung vor der Kirche, und wo jeder Katholik ungestört seinem Glauben leben könne, das

sei das Deutsche Reich.« Man darf wohl annehmen, daß dieser Satz nunmehr auch von den deutschen Katholiken inhaltlich als geschichtliche, den Verhältnissen entsprechende Tatsache gewertet wird.

Domdekan Dr. Kiefl (Regensburg), der über »Katholizismus und Protestantismus im gegenwärtigen Deutschland« schreibt, findet, daß sich seit dem Kulturkampf auf protestantischer Seite eine günstigere Schätzung des Katholizismus bemerkbar mache, die auch die Art der öffentlichen Auseinandersetzung günstig beeinflußt habe. Sei auch die Aussicht auf eine dogmatische Einigung der beiden christlichen Bekenntnisse mehr denn je geschwunden, so stehe doch andererseits unbestreitbar fest, daß »in Deutschland heute mehr als je die beiden Bekenntnisse auf die gemeinsame Verteidigung christlicher Grundwahrheiten hingewiesen sind, hinter welchen alle anderen noch so radikalen Differenzen zurücktreten müssen«. Kiefl weist hin auf das »Anschwellen der sozialdemokratischen Flutwelle«, die Protestanten und Katholiken auf dem Gebiet der sozialen Frage einander näher bringen müsse; auf das gewaltige Wachsen der sozialistischen Jugendbewegung und die Gefahren, die der Jugend von freidenkerischer Seite drohen; auf die Gefährdung der Heiligkeit von Familie und Ehe — was alles die beiden Bekenntnisse zum Zusammenhalten zwinge. Angesichts dieser Bedrohung der innersten Lebensinteressen der christlichen Kultur gelte mehr als je das Wort des alten Görres: »Der Feind ist mitten unter uns. Die anarchistische Revolution wartet nur auf den Moment, wo etwa das unter der Asche glimmende Feuer des alten Zwistes, an dem das alte Deutsche Reich zugrunde gegangen ist, wieder in hellen Flammen aufschlüge, um dann an beiden Teilen unbarmherzige Rache zu üben.«

Den in politischer Hinsicht bedeutsamsten Beitrag zu dem Buche der katholischen Gelehrten hat Dr. Briefs (Freiburg i. B.) geliefert. Er beschäftigt sich in seinem Aufsatz mit den Beschuldigungen, die von gegnerischer Seite gegen den deutschen Militarismus und gegen die Unfreiheit unseres öffentlichen Lebens erhoben werden. Zunächst untersucht er die Verhältnisse in den demokratischen Ländern des Vierverbandes: In Frankreich kommt die parlamentarische Demokratie über Ministerstürze und Kabinettskrisen nicht zu fruchtbarer Arbeit; die regierende Mehrheit richtet ihr Augenmerk weniger auf die Landeswohlfahrt als darauf, sich selber in Amt und Würden zu halten, und angewiesen auf die Gunst der Wähler und die parlamentarischen Fraktionen, dazu stark beeinflußt von großkapitalistischen Mächten, treibt die regierende Gruppe großzügige Beutepolitik mit allem, was im Staate zur Beute werden kann. Schlechtes Steuersystem, schlechte Justiz, schlechte Sozialgesetze, statt Auslese der Tüchtigsten die Herrschaft rücksichtsloser parteiischer Bureaukraten und gewissenloser Streber und Stellenjäger!

Und in England: Nicht das Volk regiert dort, nicht einmal das Parlament, sondern das Kabinett, eine Oligarchie neben einem Schattenkönig und über einer zur Gefolgschaft verpflichteten Parlamentsmehrheit. Der Verfassung nach mag England als freies Land gelten, die Wirklichkeit zeigt die Herrschaft kapitalistischer Interessen, eine Presse mit autokratischer Tonart, von Kabinettsdespoten, woneben noch manchmal die Straße regiert, sei

es mit der Drohung und der offenen Vorbereitung der Revolution, sei es im Skandal der Wahlrechtsweiber, sei es in Riesenstreiks!

Nun aber Deutschland: Eine Weltwirtschaft von imponierender Expansionskraft, auf geistigem und künstlerischem Gebiet eine der führenden Weltmächte, auf militärischem Gebiet ein furchtbarer Gegner, der dem militärischen Ansturm einer halben Welt an militärischer, sittlicher und geistiger Kraft gewachsen ist. Wer diesen Tatsachen gegenüber von Drill und Unfreiheit redet, der ist nach Dr. Briefs ein Einsichtsloser oder ein Böswilliger. Der Geist, der so etwas zu schaffen vermag wie das Deutschland der Gegenwart, der wirkt in Freiheit oder er wirkt nicht. Im übrigen ist der Kriegsverlauf eine Rechtfertigung des deutschen Systems. Bei uns wären gewisse abenteuernde Figuren der englischen und französischen Parlamente und Kabinette eine Unmöglichkeit. »Starkes Kaisertum, Bundesrat, aber auch ‚undemokratische' Wahlrechtsformen in Einzelstaaten garantieren gegenüber der Fluktuation des reinen Parlamentarismus und der reinen Demokratie Gewalten stärkeren Verantwortlichkeitsgefühls, traditioneller Erfahrung und einer für alles politische Leben sehr wichtigen Stabilität und Kontinuität — Instanzen, die die unbedingten Staatsgrundlagen garantieren, die Einheit in der Vielheit, das Recht gegenüber dem Interesse, das Staatswohl gegen Parteizwecke vertreten.« Und das trifft nicht nur für den Staat, sondern auch für die zahlreichen Zwischenstufen zu, die den Staat mit dem Einzelbürger organisatorisch verbinden: »Man denke an das reiche, auf Selbstverwaltung beruhende Leben unserer Kommunen und Kommunalverbände. Wo in der ganzen Welt entwickeln diese eine so gewaltige Fülle reichsten Lebens wie in Deutschland? Man denke an die gewaltige Zahl der Selbsterwaltungskörper im Berufsleben (Landwirtschafts-, Gewerbe-, Handelskammern, Landwirtschaftsrat, Handelstag)! Man denke an die breiten Spielräume, die in unserer sozialpolitischen Gesetzgebung der Selbstverwaltung und der freien Bestimmung der Interessenten vorbehalten sind!« Herr Briefs erinnert weiter an die Gewerkschaften und Genossenschaften, ja an die Kartelle und Syndikate, an die Großbanken und Wirtschaftsverbände jeder Art — als Zeugnisse freien Lebens und freier Gesinnung! Und in all diesen Zwischenstufen entlädt sich nach Briefs »eine Energie, eine freie persönliche Schaffenskraft, eine Selbstbestimmung und Selbständigkeit, wie sie das politische Leben in demokratischen Staaten nicht annähernd so aktiv und urgewaltig kennt. »Deutsches System: nach vernünftigen Zwecken in Freiheit bewußt gehaltener Wille von organisierten Massen. Demokratie: Anarchie der Willensbildung, der bewußt gestaltende Wille fast prinzipiell in der Minorität gegen den Instinkt.« In alledem sieht Briefs die »ausgezeichnete Erziehungsarbeit des preußischen Geistes«, und heute, im Kriege und durch den Verlauf des Krieges »erleben wir die Bewährung dieses Geistes«. Dieser Krieg, wie er von Deutschland geführt wird, ist »Tat freien Volkes, als Zwangsleistung Unfreier eine Unmöglichkeit«. Darum ist für Briefs »der preußisch-deutsche Geist und Staatsgedanke gerechtfertigt, und unsere Gegner, sowohl die autokratischen wie die demokratischen, sind verurteilt«

— und verzückten Auges sieht er, während außerhalb Deutschlands Verwirrung und Zerfall herrscht, den »Höhenflug deutschen Geistes durch die Welt«.

Es versteht sich, daß für den hemmungslosen Bewunderer des preußischen Geistes auch der preußische Militarismus ein Ding ohnegleichen, eine Kulturnotwendigkeit erster Ordnung ist. Der militaristische Staat — so heißt es wörtlich bei Briefs — ist »der Friedenswahrer, der Staat ohne Raubgier, ein friedlicher Nachbar, eine kulturelle Großmacht in der Welt«. Nicht als ob Briefs, wie er versichert, blind wäre für die Schattenseiten des deutschen Systems, aber das »ändert nichts daran, daß unser deutsches Heerwesen eine Kulturmacht ersten Ranges ist mit fruchtbaren erzieherischen Leistungen, ein organisches Glied in dem großen Ganzen des deutschen Wesens«. Unser Heer ist ein Volksheer, »kein Eroberungsheer, kein Machtmittel in der Hand ehrgeiziger und abenteuerlicher Politiker oder einer profitsüchtigen Geldaristokratie«. Und während Herr Briefs vorher das deutsche System in Gegensatz zu der Demokratie gestellt hat, versichert er uns jetzt, daß das Volksheer der »Schrittmacher des demokratischen Denkens und Empfindens trotz aller gegenteiligen Behauptungen« sei — im Gegensatz zum »Söldnerheer«, wie es England hat. Das Volksheer entwickelt die höhere Moral, ihm ist der Krieg nicht organisierter Raub und Mord wie beim Söldnerheer. »Vom Standpunkt des englischen Händlerkalküls gesehen ist der Krieg nichts weiter als ein Menschenmorden, eine tiefer schürfende Philosophie des Krieges kennt England nicht.« Beweis: die »Times« habe wiederholt geschrieben, daß es die Aufgabe des englischen Heeres an der Westfront sei, möglichst viele Deutsche zu töten! Leider unterläßt Herr Briefs, anzugeben, worin nach der »tiefer schürfenden Kriegsphilosophie« die anderen Mächte die Aufgabe ihrer Heere erblicken.

Briefs verwahrt sich dagegen, mit seinen Anklagen gegen England den einzelnen Bewohner dieses Landes treffen zu wollen. Um so schärfer klage er die »gesamtbritische Mentalität« an, die sich auf dem Glauben gründe, daß England der Vertreter der Vorsehung auf Erden, die schlechthin gültige Norm für alle Völker und berufen sei, den Weltlauf verbindlich zu regeln. Das ist gewiß eine recht törichte Denkweise, aber sie scheint uns doch keine ausschließlich englische Besonderheit zu sein. Sie hat, wie gewisse Schriften und Reden auf deutscher Seite zeigen, auch anderswo ihre Vertreter, und wenn man von englischer Seite den Vorwurf zurückgeben wollte, brauchte man sich nur auf Herrn Briefs, der den deutschen Gedanken seinen Höhenflug durch die Welt unternehmen sieht, berufen. Und nicht nur auf ihn. Auch mancher andere Mitarbeiter an dem Buche der katholischen Gelehrten zeigt ein Maß von nationaler Selbstgefälligkeit, das unseren Gegnern im jetzigen Kriege reichlichen Anlaß zur Kritik über »gesamtdeutsche Mentalität« geben könnte. Hierher gehören, wenn sie auch den Briefsschen Aufsatz an Überschwenglichkeit nicht erreichen, die letzten Beiträge des Buches (Pieper: »Deutsche soziale Kultur«, Muth: »Das Allgemeinmenschliche in deutscher Art und Kultur«, Faulhaber: »Unsere religiöse Kultur«). Und wenn sich die deutschen Katholiken so empfindlich zeigen gegen die Vorwürfe und Anklagen von französischer Seite, so darf man wohl fragen, was die Katholiken Frankreichs bitterer treffen könnte als

der Satz in dem Schlußaufsatz des Buches (Schmidlin: »Das katholische Deutschland und die Heidenmission«): »Wir glauben, daß Frankreich sich von seiner kirchenfeindlichen Politik nur bekehrt, wenn es besiegt und gedemütigt wird« — ein Satz, der an Bitterkeit für die französischen Katholiken auch dadurch nicht verlieren wird, daß sein Urheber sich auf das Bibelwort beruft: »Wer an seinem Leibe noch unterliege, werde seine Seele retten!«

Aber abgesehen von den Verstiegenheiten, wie sie sich insbesondere in dem Aufsatz von Briefs und in weniger auffälliger Form noch bei einigen anderen Mitarbeitern an dem Buche der deutschen katholischen Gelehrten finden, geht ein einheitlicher Zug durch das Buch: die Befriedigung mit den Zuständen im Deutschen Reiche, woran auch eine gelegentliche leise Verwahrung gegen diese oder jene kleine Unebenheit, die das Herz des deutschen Katholiken noch beschweren mag, nichts ändert. Der katholische Volksteil hat seinen Anschluß vollzogen an die neuzeitliche Entwicklung, wie sie sich im kapitalistischen Deutschland geltend macht. Und insofern ist das Buch der katholischen Gelehrten ein Bekenntnis, und zwar ein Bekenntnis nicht nur kultureller und religiöser Art. Jeder dieser Gelehrten ist auch Politiker, ist auch, ohne daß er im einzelnen Falle politisch aktiv hervortritt, Vertreter einer bestimmten politischen Partei mit bestimmten wirtschaftlichen und sozialen Grundsätzen und Forderungen. Das Buch der katholischen Gelehrten ist darum, wenn auch der Politiker sich aus taktischen Gründen im einzelnen anders, jedenfalls zurückhaltender und weniger überschwenglich als beispielsweise Dr. Briefs geäußert haben würde, auch ein Bekenntnis im Sinne der Zentrumspartei.

Die katholische Bewegung in Deutschland hat ihre Wurzel in der Auflehnung kleinbürgerlicher und bäuerlicher Schichten gegen den neuzeitlichen Kapitalismus. Sie äußerte sich politisch in der Geltendmachung christlich-konservativer gegen die liberale Anschauung und erhielt das einigende Band durch die Kirche, die in jenen Schichten ihren Hauptanhang hatte und wie diese ihren Gegner in dem kapitalistischen, liberalen und »glaubenslosen« Staat, mit seiner alle wirtschaftliche, soziale und geistige Überlieferung umwälzenden Entwicklung sah. Was die katholische Bewegung, was der politische Kampf des Zentrums an Kritik über den Kapitalismus und Liberalismus, an Anklagen und Angriffen gegen den neuzeitlichen Staat und seine Einrichtungen, gegen die Politik im Reiche, in Preußen und wo sonst der katholische Volksteil in der Minderheit war, geleistet hat, das bleibt der Menge wie zum Teil auch der Schärfe nach nicht hinter dem zurück, was in dieser Beziehung der sozialistischen Bewegung nachgesagt werden kann. Aber die Dinge haben sich geändert, und zwar im selben Maße, wie die katholischen Oberschichten in die wirtschaftliche Entwicklung hineingezogen, an ihr beteiligt und durch sie emporgehoben wurden, im selben Maße, wie der Staat die Macht der Kirche erkennen und schätzen lernte als Hilfe im Kampfe gegen Bewegungen und Bestrebungen, die ihm gefährlicher erschienen als jene, die er ehemals im Kulturkampf glaubte bekämpfen zu müssen. Die katholische Bewegung wollte nicht wie die sozialistische über den kapitalistischen Staat hinaus, sondern hinter ihn zurück, zur berufsständischen Gliederung der Gesellschaft auf kleinbürgerlich-bäuerlicher Grundlage. Als dieses Vorhaben an der unaufhaltsamen Entwicklung des neuzeitlichen Wirtschaftslebens scheiterte, begnügten sich die führenden

Kreise des Katholizismus mit der Einordnung in den unvermeidlichen Gang der Dinge, die sich wirtschaftlich für die katholischen Unternehmer und Großbauern als sehr einträglich erwies, und mit gewissen Zugeständnissen der Gesetzgebung an die »christlich-konservative Weltanschauung«, die zum Besten der Kirche ausschlugen derart, daß diese sich nach dem Zeugnis des Papstes in keinem Lande der Welt eines besseren Wohlergehens erfreut als in Deutschland.

Das Buch der katholischen Gelehrten gibt dieser Wendung beredten, stellenweise allzu beredten Ausdruck. Es ist mehr als eine Abwehrschrift, mehr als eine Verteidigung deutscher Katholiken gegen die Angriffe ihrer französischen Glaubensgenossen. Es ist eine Bekenntnisschrift nach der Seite des eigenen Landes hin, ein Bekenntnis der Umkehr in dem Sinne, daß die Zeit der Opposition für das Zentrum endgültig und in jeder Beziehung vorbei und sein Anschluß an die Gemeinschaft der am Wohlergehen des kapitalistischen und imperialistischen Staatsgetriebes beteiligten Parteien vollzogen ist. Und bei der gegenwärtigen und zukünftigen Stärke des Zentrums, bei seinem Einfluß auf die Massen und dem politischen Geschick seiner Führer darf man erwarten, daß es in der Gemeinschaft der gleichgesinnten Parteien seine einflußreiche Stellung noch lange behaupten wird. Und ganz gewiß wird die Welt auch nach dem Kriege noch oft das Schauspiel erleben, daß Herr Peter Spahn, der Führer des Zentrums, die Tribüne des Reichstags besteigt und »im Namen der gesamten bürgerlichen Parteien dieses Hauses« eine Erklärung abgibt, die, mag sie auch den Zuhörern unverständlich bleiben, doch von großer Bedeutung für das politische Leben Deutschlands sein wird.

Die Umwälzungen im fernen Osten.

Von Spectator.

Mit dem Abschluß des russisch-japanischen Bündnisvertrags beginnt in Ostasien ein neuer Abschnitt der Geschichte. Genau vor einem Vierteljahrhundert begann Rußland seine große transsibirische Eisenbahn zu bauen und mit ihr auch seine aggressive Politik im fernen Osten zu treiben. 1895 mischte sich Rußland zusammen mit Frankreich und Deutschland in den Konflikt zwischen Japan und China ein und zwang Japan, die Halbinsel Liao-tung wieder an China herauszugeben. 1896 schloß es in Berlin mit China einen Vertrag über den Bau der chinesischen Ostbahn von Charbin bis zum Chinesischen Meere. 1898 besetzte es selbst Liao-tung und baute eiligst Port Arthur zu einer erstklassigen Festung aus. Schritt für Schritt drang so Rußland weiter vor und setzte sich in der Mandschurei und in Korea fest. Die Folge war bekanntlich der Krieg mit Japan, der einen Wendepunkt in der russischen ostasiatischen Politik bedeutete. Rußland mußte Korea, Liao-tung und die südliche Hälfte der Insel Sachalin an Japan abtreten, und seitdem wurde es immer mehr von der Küste abgedrängt, an der sich Japan festsetzte.

Man kann aber durchaus nicht sagen, daß Rußland seine ostasiatischen Prätensionen in der folgenden Zeit völlig aufgegeben hat. Zwar wechselte es den Kurs seiner auswärtigen Politik und wandte seine Aufmerksamkeit mehr dem nahen Orient zu; aber auch im fernen Osten ließ es trotzdem nicht

locker. Die Revolution in China und die Unzufriedenheit der Mongolen mit den zuwandernden Chinesen ausnutzend, erlangte es ein Protektorat über die äußere Mongolei. Noch kurz vor dem Weltkrieg wurde die Amurbahn hauptsächlich zu strategischen Zwecken gebaut, und als schon der Krieg ausgebrochen war, erlangte noch die Russisch-Chinesische Bank bei der chinesischen Regierung die Konzession für den Bau einer Eisenbahn von Charbin nach Blagoweschtschensk mit einer Zweiglinie von Mergen nach Zizikar. Es sind also die äußere Mandschurei und die äußere Mongolei, in denen sich Rußland vorläufig festzusetzen beabsichtigte. Dafür mußte es aber auf die südlichen Teile dieser »Außenländer« Chinas zugunsten Japans verzichten.

Japan suchte nämlich seine Einflußsphäre in China so rasch wie möglich auszudehnen. Bald nach dem Friedensschluß mit Rußland erwarb es bedeutende Fischereirechte in den russischen Gewässern. Es setzte sich in Korea und in der Mandschurei fest, erlangte während des jetzigen Krieges die Konzession für eine Bahn durch die Ostmongolei und erzwang von China durch Kriegsandrohung weitgehende Vorteile.

Der Konflikt zwischen Japan und China, genauer die unerhörte Anmaßung Japans, das Riesenreich in eine japanische Kolonie zu verwandeln, bildet den Ausgangspunkt auch des jetzigen Abkommens zwischen Japan und Rußland. Japan hat bekanntlich an China 1915 eine Reihe von Forderungen gestellt, die in der letzten revidierten Form darauf hinausliefen, daß, abgesehen von Kiautschou, über dessen künftiges Schicksal der künftige Friedensvertrag entscheiden wird, Japan in der Südmandschurei Kolonisationsrechte gewährt werden, während in der Südostmongolei die Japaner das Recht erlangen, gemeinsam mit Chinesen landwirtschaftliche und gewerbliche Unternehmungen zu betreiben. Die größte Bergwerksgesellschaft Chinas, die Hanyehping, soll außerdem unter japanische Kontrolle kommen. Ferner hat sich Japan den Einfluß auf die innere Verwaltung und die auswärtigen Beziehungen Chinas gesichert.

Diese Forderungen gingen England viel zu weit. Unter seinem Drucke mußte Japan einige noch weiter gehende Forderungen zurücknehmen. Aber auch schon die dadurch erlangte Stellung Japans in Ostasien war eine schwere Bedrohung der englischen Interessen. Ist doch Japan faktisch der gefährlichste Gegner Englands in China. »The Manchester Guardian« führt in seiner China-Nummer vom 21. September 1915 folgenden Beweis für die Verdrängung der englischen Ausfuhr nach China durch Japan an: Der Export aus Manchester in Baumwollerzeugnissen ist von 1885/94 bis 1905/14 um 21 Prozent zurückgegangen. Nach dem »China-Year-Book« von 1914 ist die Einfuhr nach China aus England von 1908 bis 1912 von 12,7 Prozent auf 10,6 Prozent der Gesamteinfuhr gesunken, wogegen die aus Japan von 13,9 Prozent auf 18 Prozent der Gesamteinfuhr gestiegen ist. Der japanische Handel mit China entwickelt sich also direkt auf Kosten des englischen, da auch Japan die gleichen groben Baumwollerzeugnisse herstellt, die England nach China ausführt.

Immerhin würde die Handelskonkurrenz an und für sich noch keinen Grund bilden, daß England mit Japan brechen soll; diese bestand ja doch schon auch 1902 und in den folgenden Jahren, also selbst zur Zeit der Bildung des Bündnisses mit Japan. Dagegen mußten die imperialistischen Be-

strebungen Japans, China in eine japanische Kolonie zu verwandeln, auf den heftigsten Widerstand Englands stoßen. Nicht also der Handelsneid, sondern die imperialistischen Interessen, die früher England und Japan zusammengeführt, haben heute einen scharfen Gegensatz zwischen diesen Ländern hervorgerufen.

Bekanntlich schloß England mit Japan 1902 ein Bündnis, nach dem England sich verpflichtete, im Falle eines Krieges zwischen Japan und Rußland die Einmischung anderer Staaten zu verhindern. Dadurch wurde der ostasiatische Krieg überhaupt erst möglich. Als dann die Folgen des ostasiatischen Krieges in Japan eine große Unzufriedenheit auslösten, kam England Japan wiederum zu Hilfe, indem es ihm zu Korea verhalf und so beitrug, die oppositionelle Stimmung durch den imperialistischen Rausch zu unterdrücken. Im neuen Vertrag von 1905 verpflichtete sich dann Japan, England bei einem Angriff Rußlands auf Indien beizustehen. Außerdem wurde die Sicherstellung der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit des Chinesischen Reiches und des Prinzips der gleichen Benutzungsmöglichkeiten für den Handel und die Industrie aller Länder in China festgelegt sowie die gegenseitige Unterstützung bei Verteidigung beider Stellungen in Ostasien bestimmt.

Seit 1905 hat sich nun aber die Lage in Ostasien insofern geändert, als an Stelle Rußlands Japan die stärkste Macht geworden ist; außerdem wurden nun zwischen Japan und Rußland die ersten Annäherungsschritte gemacht. Infolgedessen hat sich umgekehrt England den Vereinigten Staaten von Nordamerika genähert und 1911 seinen Vertrag mit Japan so abgeändert, daß es, im Falle eines Konflikts zwischen den Vereinigten Staaten und Japan, neutral bleiben darf. Damit ist dem Bündnisvertrag mit England, vom Standpunkt der japanischen Imperialisten aus betrachtet, sein wesentlicher Inhalt genommen, und die japanischen maßgebenden Kreise haben tatsächlich schon vor dem jetzigen Kriege auf ein Bündnis mit Rußland hingearbeitet.

Da ist der Weltkrieg gekommen, der Japan die Gelegenheit geboten hat, seine Ziele in China zu verwirklichen. Gewöhnlich wird in der deutschen imperialistischen Presse die Sache so dargestellt, daß es England gewesen sei, das Japan in den Krieg hineinriß. Demgegenüber scheint uns Professor H. Waentig recht zu haben, der in der »Frankfurter Zeitung« vom 13. Juni 1915 schrieb:

Das Auftreten Japans in der Arena des Weltkriegs ist den Eingeweihten nicht überraschend gekommen. Weder die Hoffnung einiger auf ein Eingreifen des Inselreichs zu Deutschlands Gunsten noch die Entrüstung anderer über sein späteres Ultimatum haben sie teilen können. Widersprach doch die militärische Festsetzung der Deutschen in Schantung den japanischen Interessen nicht minder als die früheren Versuche der Russen, in Korea festen Fuß zu fassen. Nur dem erklärten Freunde hätte man derlei verzeihen können, nicht dem Helfer der Mächte, die Japan im Frieden von Shimonoseki den blutig erkauften Siegespreis wieder abrangen, derselben Mächte wohlgemerkt, die nunmehr über den einstigen Bundesgenossen hergefallen sind. Es sind dies Zusammenhänge, die man heute nicht vertuschen, sondern eher unterstreichen sollte, um in Zukunft gegen derlei Mißgriffe gefeit zu sein.

Unterdessen hat die Entwicklung der Dinge gezeigt, daß die Eroberung Tsingtaus nur ein Vorspiel war....

Der Hauptakt war das Ultimatum an China. Und Waentig führt dann die Gründe an, die Japan veranlaßten, dieses Ultimatum an China zu

stellen. Es war weder die Übervölkerung an sich noch die Jagd nach Ansiedlungskolonien. Denn in Japan selbst ist noch unkultiviertes Land genug vorhanden; nur eignet es sich wenig für den Reisbau; aber auch die Mandschurei und die Mongolei sind dafür ungeeignet; dabei scheuen die Japaner das nördliche Klima. Er kommt dann zum Schlusse, daß, wie der Verfasser dieser Zeilen in der Neuen Zeit (XXXIII, 2, Nr. 5 vom 30. April 1915) ausgeführt hat, es sich für Japan in erster Linie um die Erhaltung und Vergrößerung seines chinesischen Marktes handelt, daneben auch um die Sicherung der Eisenerze für seine Industrie, da Japan selbst fast gar kein Eisen gewinnt. Auf dem chinesischen Markte traf Japan, abgesehen von der immer stärker werdenden chinesischen Industrie, fast ausschließlich die englische Konkurrenz an. Die russische Ausfuhr nach China ist sehr gering, bedeutend geringer als selbst nach Persien. Sie macht nur 7,7 Prozent der chinesischen Einfuhr gegen 18 Prozent der japanischen und koreanischen aus und zeigt im allgemeinen keine Fortschritte. Darum ist für Rußland eine Verständigung mit Japan über China vorläufig wohl möglich, während England naturgemäß den chinesischen Markt, an dem es heute am meisten beteiligt ist und der große Zukunftsaussichten bietet, nicht ohne weiteres an Japan ausliefern will.

Obwohl England unter gleichen Wettbewerbsbedingungen auf gewissen Gebieten (grobe Baumwollgarne usw.) von Japan verdrängt wird, so wird es dank der hohen Entwicklung seiner Industrie dennoch den chinesischen Markt für sich erhalten können. Ganz anders würden sich aber die Wettbewerbsverhältnisse gestalten, wenn Japan sich China politisch unterjochen sollte. Gegen diese Bestrebungen Japans haben insbesondere die englischen Unternehmer in China heftig protestiert, und der Pekinger Korrespondent der »Frankfurter Zeitung« meint (Nr. 114, 1915), indem er über die Entrüstung dieser Kreise ob des japanischen Ultimatums an China berichtet:

> Man braucht heute nur eine der zahlreichen englischen Zeitungen in Ostasien aufzuschlagen, um zu wissen, welchen Widerstand Japan bei der Durchführung seiner Eroberungspolitik zu überwinden haben würde. Die englische Regierung mag unter den augenblicklichen Verhältnissen noch so viel Zugeständnisse an Japan gemacht haben, sie kann doch die jahrzehntelange mühevolle Arbeit ihrer industriellen und kaufmännischen Pioniere nicht mit einem einzigen Federstrich ungeschehen machen. Es wird und muß ein Rückschlag kommen, der nicht lange auf sich warten lassen wird, sobald einmal normale Verhältnisse in Europa und mit ihnen die Besinnung in der englischen Regierung zurückgekehrt sein werden. Einen so ungeheuren Verlust an wirtschaftlichen Errungenschaften, wie England durch diese Auslieferung seiner eigenen Stellung in China an Japan erleiden würde, kann England in der Zukunft niemals geduldig ertragen.

Das sehen wohl auch die Japaner selbst ein, daß sie in ihrer Politik China gegenüber sich nicht auf England werden stützen können. Noch weniger können sie auf eine Stütze durch Deutschland oder die Vereinigten Staaten hoffen. Es bleibt also allein Rußland, mit dem sie auch schon mehrmals China gegenüber gemeinsam vorgegangen sind. Da nun Rußland nach diesem Kriege außerstande sein wird, eine selbständige aggressive Politik in Ostasien zu treiben, so sucht es seinerseits Anlehnung an Japan, das ihm übrigens jetzt wichtige Dienste erweist. Dafür, daß Rußland seine Truppen aus Sibirien wegnehmen darf und daß Japan ihm noch dazu Munition

liefert, muß es Japan schon ebenfalls gewisse Konzessionen machen. So führten der Weltkrieg und noch mehr die imperialistischen Chinapläne Japans die ehemaligen Feinde zusammen. Einst wollte Rußland China gegen Japan ausspielen, und Japan suchte in England eine Stütze gegen Rußland; heute vereinigt sich Rußland mit Japan gegen China, und Japan tauscht England gegen Rußland aus, weil heute seinem Raubzug nicht mehr Rußland, sondern England hindernd im Wege steht.

Was Japan von Rußland zugestanden erhält, ist nicht ganz klar. Aber schon der offizielle Text des Vertrags ist recht beachtenswert: Japan und Rußland verpflichten sich, an keinem dem Kontrahenten gegenüber feindlichen Abkommen teilzunehmen und sich gegenseitig zur Wahrung ihres Besitzes und ihrer Interessen in Ostasien zu unterstützen. Gegen wen richtet sich dieses Abkommen? Gegen Deutschland? Kaum. Denn auch Japan wird nicht wohl annehmen, daß Deutschland seine Interessen in Ostasien in der nächsten Zeit irgendwie bedrohen werde. Außerdem hätte es Deutschland gegenüber in England einen besseren Schutz, da Deutschland doch mit Japan nur zur See einen Krieg führen könnte; in diesem Falle würde die englische Flotte mehr als das russische Heer ins Gewicht fallen. Noch weniger könnte Rußland Japan in einem eventuellen Konflikt mit den Vereinigten Staaten unterstützen: was sollte denn Rußland den Vereinigten Staaten gegenüber anfangen? Es bleibt also einzig und allein England, gegen das, wie gesagt, das formell mit ihm noch verbündete Japan einen Schutz- und Trutzbund mit seinem ehemaligen Feind schließt. Die Tatsache, daß auch England jetzt Rußlands Verbündeter ist und angeblich mit ihm die Fragen des nahen Orients geregelt hat, darf durchaus nicht darüber täuschen, daß zwischen dem primitiv-eroberungslustigen russischen Imperialismus und den englischen Interessen in Asien große Gegensätze vorhanden sind, die zwar verschoben, aber nicht aufgehoben werden.

Wie der Schreiber dieser Zeilen schon im erwähnten Aufsatz in der Neuen Zeit betont hat, laufen die Interessen Englands und Deutschlands im fernen Osten parallel: beide Staaten sind tatsächlich an der Kräftigung Chinas interessiert. Insbesondere nach dem jetzigen Kriege wird England in China ein Gegengewicht gegen Japan suchen müssen und dabei mit den Vereinigten Staaten und Deutschland zusammentreffen. Die Vereinigten Staaten geben bekanntlich die Philippinen auf; Deutschland wird wohl ebenfalls nach dem Kriege nicht mehr danach trachten, sich an der chinesischen Grenze niederzulassen, sondern vielmehr sich den zukunftsreichen chinesischen Markt im freien Verkehr nutzbar zu machen. In diesem Sinne hat Waentig recht, daß der Fall Tsingtaus sich als ein Gewinn für Deutschland erweisen werde, da dadurch jeder Verdächtigungsgrund für angebliche Eroberungsabsichten Deutschlands in China wegfällt. Um so kräftiger wird Deutschland China gegen Japan unterstützen können, und dazu braucht es eben ein Zusammengehen mit England.

Deutschland unterstützte die ostasiatische Politik Rußlands. Das erwies sich nun als eine falsche Rechnung. Nicht etwa darum, weil Rußland endgültig auf seine Aspirationen in Ostasien verzichtet hat. Das dürfte keineswegs zutreffen. Mit der wirtschaftlichen Entwicklung Sibiriens und der Westküste Amerikas sowie der Schiffahrt durch den Panamakanal wird auch der Drang Rußlands nach einem Ausgang zum Ozean wiederaufleben

und mit ihm auch der alte Gegensatz zu Japan. Allein die Spekulation, den möglichen Gegner irgendwo zu beschäftigen, um aus seinen momentanen Verlegenheiten Nutzen zu ziehen, ist eine kurzsichtige Politik. Eine weitausschauende Politik sucht dagegen lieber die Streitobjekte aus der Welt zu schaffen, und zwar durch friedliches Übereinkommen. Die Wege zu einer solchen Politik scheinen uns auch trotz des Krieges nicht verlegt zu sein, wenn der Friede nicht selbst neue Streitobjekte schafft, und wer das wirkliche Interesse des zukünftigen deutschen Handels und überhaupt des Wirtschaftslebens im Auge hat, der wird nur diese Politik der Verständigung empfehlen, speziell im Hinblick auf die großen Zukunftsinteressen in Ostasien.

Literarische Rundschau.

Professor Dr. Paul Arndt, **Die Mobilmachung des Geldes.** Deutsche Feld- und Heimatbücher, Band III, 11. Bändchen. Leipzig und Berlin 1916, B. G. Teubner. 46 Seiten. Preis 40 Pfennig.

Die großen Fragen des Geldverkehrs und des öffentlichen Kredits haben noch nie in solchem Maße die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen wie jetzt. Das Erscheinen einer leichtfaßlichen Anleitung zum Verständnis dieser Fragen, denen der Laie in der Regel mit besonderer Scheu gegenübersteht, ist daher sehr zu begrüßen. Was das Schriftchen Arndts noch besonders empfiehlt, ist das offensichtliche Bestreben, auch den Gegnern, besonders England, gerecht zu werden. Im Gegensatz zu vielen kurzsichtigen Chauvinisten, die es für ihre patriotische Pflicht halten, alle Verhältnisse, besonders auch die wirtschaftlichen und finanziellen, in Deutschland möglichst rosig, im feindlichen Ausland aber möglichst düster zu schildern, zeigt Arndt, welch große Hilfsquellen besonders England noch zur Verfügung stehen. Daß er auf die Finanzen Italiens und Österreichs nur sehr wenig, auf die der Türkei gar nicht eingeht, kann man dem Verfasser um so weniger verübeln, als über die Geld- und Kreditverhältnisse besonders der letzteren beiden Länder äußerst wenig Zuverlässiges bekannt ist.

Darüber, wie weit des Verfassers Streben nach Objektivität von Erfolg gekrönt war, wird sich allerdings streiten lassen. Vor allem hat er zu wenig Gewicht auf den Unterschied gelegt, daß England auch während des Krieges mitten im Weltverkehr steht, während Deutschland fast ganz auf die eigenen Kräfte angewiesen ist und infolgedessen die Frage entsteht, ob es sich nicht in wirtschaftlicher Hinsicht stärker aufbrauchen muß als sein Rivale. Ein tieferes Erfassen der Probleme darf man bei Arndt überhaupt nicht suchen, der zum Beispiel die Frage gar nicht erörtert, die Ausgabe welcher Mengen von Papiergeld eine Volkswirtschaft verträgt. Er begnügt sich in dieser Hinsicht mit dem nichtssagenden Schlagwort der Dritteldeckung.

Trotzdem kann das Schriftchen allen empfohlen werden, die sich ohne viel Mühe wenigstens über die Technik der Finanzgebarung der Staaten im Kriege belehren lassen wollen. Überraschend wirkt aber der Schluß, der mit den ganzen Ausführungen der Schrift in schreiendem Widerspruch steht. Nachdem der Autor nämlich gezeigt, wie der jetzige Krieg die wirtschaftliche Kraft aller beteiligten Staaten auf lange Zeit hinaus erschöpft, schließt er mit der Aufforderung, Deutschland solle den Krieg fortsetzen, bis es eine hohe Kriegsentschädigung erlangen kann. Sind die vorhergehenden Ausführungen Arndts richtig, dann ist dieses Programm unsinnig. Denn je länger der Krieg dauert, um so weniger ist der eventuell unterliegende Teil imstande, dem Sieger die wirtschaftlichen Kriegsschäden auch nur teilweise zu ersetzen. In der Tat wirken auch die Schlußsätze des Schriftchens so

unvermittelt und überraschend, daß man sich des Argwohns kaum erwehren kann, der Autor habe durch sie nur einer Bezweiflung seiner patriotischen Gesinnung vorbeugen wollen. G. Eckstein.

Dr. Fritz Redlich, **Die volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Teerfarbenindustrie.** (Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, herausgegeben von Gust. Schmoller und Max Sering, 180. Heft.) München und Leipzig 1914, Verlag von Duncker & Humblot. 101 Seiten. Preis geheftet 3 Mark.

Der Verfasser schildert im allgemeinen Teil seiner Schrift die Grundlagen und die Entwicklung der Teerfarbenindustrie Deutschlands. Er begrüßt die Entwicklung zu Riesenbetrieben sowie die Zusammenfassung derselben in große Interessengemeinschaften als »für die deutsche Volkswirtschaft von Nutzen und bedeutungsvoll«. Dieses Urteil gilt allerdings nur für die Zusammenschlüsse, die schon vor Ausbruch des Krieges bestanden. Von einer weiteren Konzentration, wie sie jetzt Tatsache geworden ist, aber schon vor dem Kriege geplant war und vorbereitet wurde, befürchtet er, daß »durch die völlige Konkurrenzlosigkeit und durch die übermächtige Stellung, die der Trust Erfindern und seinen Beamten gegenüber erlangen könnte«, Schädigungen unserer Volkswirtschaft eintreten könnten, die »schwerer wiegen, als die in einer stärkeren Zusammenfassung der getrennten Kräfte ... bestehen würden«. Ähnliche Bedenken wurden 1907, als die jetzt erfolgte Verschmelzung der beiden Interessengemeinschaften als bevorstehend angekündigt wurde, in der Handelspresse mehrfach laut. Nachdem nunmehr die Vertrustung erfolgt ist, sind solche Bedenken verstummt. Wahrscheinlich sind sie zurückgedrängt durch Erwägungen anderer Art; insbesondere durch die Hoffnung, daß der Zusammenschluß die Überlegenheit der deutschen Teerfarbenindustrie auf dem Weltmarkt auch fernerhin sichern wird.

Das Kapitel über die Standorte der Betriebe wiederholt Bekanntes. Über die finanzielle Entwicklung der Industrie bringt Redlich zahlreiche Zusammenstellungen, die sämtlich von der »allervorteilhaftesten Rentabilität« dieser Industrie Zeugnis ablegen. Erwähnt sei, daß Redlich die von mir in dem Aufsatz über den Teerfarbentrust (Nr. 12 der Neuen Zeit) geäußerte Auffassung teilt, die Kapitalerhöhungen mancher Aktiengesellschaften seien nur zur Herabdrückung der Dividende vorgenommen. Über die Arbeiterverhältnisse weiß der Verfasser sehr wenig zu sagen. Von den Unternehmern hat er anscheinend Material darüber nicht erhalten. Soweit er neue Angaben über die Lohnverhältnisse usw. bringt, hat er sie dem Verbandsorgan und anderen Veröffentlichungen des Verbandes der Fabrikarbeiter entnommen. Dabei versäumt er nicht, den »tendenziösen Charakter« dieser Veröffentlichungen hervorzuheben, obwohl er eigenes Material nicht besitzt, also die Angaben gar nicht nachprüfen kann. Die Angaben über die Gesundheitsverhältnisse sind ausschließlich auf die Untersuchungen gestützt, die Leymann in einem Betrieb angestellt hat; sie sind infolgedessen weder zuverlässig noch neu. Daß der Verfasser über das Koalitionsverbot in den Elberfelder Farbwerken mit der Mitteilung hinweggeht, daß ja noch — der gelbe Werkverein als gewerkschaftliche Vertretung der Arbeiter zugelassen sei, und daß er in gleichem Atem diesen Werkverein mit zu den Wohlfahrtseinrichtungen des Werkes rechnet, sei nur erwähnt, um zu zeigen, daß ihm für solche Fragen jedes Verständnis fehlt.

Damit soll natürlich über den sonstigen Inhalt der Schrift kein Urteil gesprochen werden. Es ist vielmehr anzuerkennen, daß der Verfasser aus der vorliegenden Literatur ein sehr reichhaltiges Material zur Beleuchtung der Bedeutung und Entwicklung der Teerfarbenindustrie zusammengetragen hat. Manches davon ist allerdings infolge der neuerlichen Zusammenschlüsse in Deutschland sowie der Umgestaltung und Erweiterung im Ausland bereits veraltet. H. Schneider.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 19 Ausgegeben am 11. August 1916 34. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

H. M. Hyndman über den Krieg und die Zukunft der Demokratie.

Von Ed. Bernstein.

H. M. Hyndman, der erste Führer der Sozialdemokratischen Föderation Englands, gehört zu den Verkannten. Man muß hinzufügen, daß ihm dies Los nicht ohne eigenes Zutun zuteil geworden ist.

Lange Zeit war Freund Hyndman im Verdacht, ein verkappter Tory zu sein. Der Verdacht war unbegründet. Hyndman hat seine politische Laufbahn als Radikaler begonnen und ist dann, zum Sozialismus bekehrt, einer der Begründer der neuen sozialdemokratischen Bewegung seines Landes geworden. Aber er hat durch die Art seiner Angriffe auf die liberale Partei dem Verdacht Vorschub geleistet, daß er die Tories begünstige, zumal er allerhand Beziehungen zu Journalisten und Politikern hatte, die den Tories näher standen als den Liberalen. Indes so etwas findet anderwärts auch statt und ist in keinem Lande weniger anstößig als in England, wo man mit ziemlich vorgeschrittenen demokratischen Ansichten Tory und mit allerhand rückständigen Bourgeoisvorurteilen Liberaler sein konnte und die Affinität der politischen Extreme, wie Lassalle es in seiner Rede im Hochverratsprozeß bezeichnete, wiederholt Radikaldemokraten mit den Konservativen zusammengeführt hat. Hat doch auch unser verstorbener Wilhelm Liebknecht, der gewiß über jeden Verdacht konservativer Neigungen erhaben war, was England anbetrifft, dem weiland Erneuerer der konservativen Partei Englands, Disraeli-Beaconsfield, ungleich mehr Sympathie bezeugt, als dessen liberalem Antipoden Gladstone, für den er nur in späteren Jahren etwas übrig hatte.

Was insbesondere Liebknecht für Disraeli gegen Gladstone Stellung nehmen ließ, war deren Haltung in der Orientfrage und anderen Fragen der auswärtigen Politik. Und das war auch bei Hyndman der Fall, als dieser ins politische Leben eintrat. Die Parteinahme der Liberalen Gladstonescher Farbe für Rußland gegen die Türkei bringt ihn zur Zeit des Russisch-Türkischen Krieges von 1877/78 zu ersteren in stärkeren Gegensatz. Er ist da stark von Frederick Greenwood beeinflußt, einem hervorragenden Publizisten, der lange Jahre die »Pall Mall Gazette« redigiert hat. Durch einen leidenschaftlichen Parteigänger Grennwoods, das Parlamentsmitglied Butler-Johnstone, wurde Hyndman mit dem deutschen Sozialkonservativen Rudolf Meyer bekannt und auf Karl Marx aufmerksam gemacht, den er, als er sich dem Sozialismus zuwandte, häufig besucht hat und als seinen Lehrer in der politischen Ökonomie betrachtet. Zuerst war es die auswärtige Politik, die Hyndman zu Marx führte.

In bezug auf diese ist er in den Ruf eines englischen Überpatrioten oder Jingo gekommen. Aber auch das ganz mit Unrecht. Freilich, in den Augen

von Leuten, die jeden, der überhaupt nationale Interessen anerkennt, als »Nationalisten« betrachten, muß Hyndman als ein solcher gelten. Indes sollten ihn schon die leidenschaftlichen Anklagen, die er daheim und auch auf internationalen Kongressen gegen Englands Herrschaft in Indien erhoben hat, davor schützen, mit irgendwelchen Hurrapatrioten zusammengeworfen zu werden. Nicht anders war seine Haltung bei der Besetzung Ägyptens. Und beim Burenkrieg hat er in einer Weise gegen das Vorgehen des eigenen Landes gesprochen und geschrieben und die Partei der Buren ergriffen, die ihm bei uns die Beschuldigung als Vaterlandsfeind, wenn nicht als Landesverräter eingetragen hätte. Ihm geht nur leicht, wo er Partei ergriffen hat, jeder Sinn für das Maß verloren, und da kann es denn kommen, daß er bei internationalen Konflikten einmal auch gegen Feinde Englands mit größerer Vehemenz zu Felde zieht, als für einen internationalen Sozialisten am Platze wäre. Solche Ausbrüche und andere Taktlosigkeiten haben ihn in den Augen mancher als Jingo erscheinen lassen, der er aber durchaus nicht ist.

Anders ist seine Bezeichnung als »Deutschfeind« zu beurteilen. Nicht daß Hyndman Feind der Deutschen als Nation wäre. Er hat in Jahren, wo das noch wenige taten, sich mit Mühe die deutsche Sprache angeeignet, und als er 1907 beim Internationalen Kongreß von Stuttgart an der Demonstration auf dem Cannstatter Wasen zu sprechen hatte, tat er sein Bestes, zu den dort versammelten deutschen Arbeitern, über deren Aussehen und Haltung er sich in dem weiter unten zu behandelnden Buch voller Begeisterung äußert, in ihrer Sprache zu reden. Aber auf das offizielle Deutschland als Militärstaat sah er schon zu einer Zeit mit Grauen, wo von einem Messen zwischen England und diesem noch nicht die Rede war. Hier waren seine Sympathien durchaus beim Republik gewordenen Frankreich, über dessen Bourgeoischarakter er sich zwar nicht täuschte, das er aber auf dem Wege zur Demokratie sah und für das er oft gegen das eigene Land Partei nahm. Bitter äußert er sich im ersten Band seiner, in den Jahren 1911 und 1912 erschienenen Lebenserinnerungen darüber, daß England beim Deutsch-Französischen Krieg nicht Frankreich nach Sedan beigesprungen sei.

»Aber die Sympathien unseres deutschen Hofes mit den deutschen Eroberern und die unglaubliche Feigheit des damals am Ruder befindlichen kleinmütigen Ministeriums«, schreibt er im ersten Band, S. 155, »machten die großsprecherischen Drohungen, die Fürst Bismarck über Lord Grenville ausschüttete, kaum nötig. Es war bestimmt, daß wir unsere dumme Rolle spielen sollten, die ... Hohenzollern zu künftigen Diktatoren Europas zu machen, und die vollen Wirkungen dieser imbecilen Politik werden erst jetzt, vierzig Jahre später, voll verspürt, obwohl sie von vielen von uns damals vorausgesehen und vorausgesagt wurden.«

Ausführlicher und, wie zugegeben werden muß, auch mit ernsthafteren Argumenten äußert er sich im zweiten Band in einem »Die deutsche Gefahr« überschriebenen Kapitel über seine Stellung zu Deutschland. Die Frage, warum er die Deutschen so sehr hasse, sei eine dumme Frage, über die er, wenn man sie an ihn richte, einfach lache. Als ob man ein Volk hassen müsse, wenn man kraftvollen Widerstand gegen dessen Herren predige. Als internationaler Sozialist achte und bewundere er die deutsche Arbeiterklasse »mehr als irgendeine andere Arbeiterschaft der Welt«. Die englischen Sozialisten fühlten sich berechtigt, gelegentlich die deutsche Sozialdemokratie ob der Fehler ihrer Vorzüge zu kritisieren. »Aber nur zu gern erkennen wir an,

daß sie heute die Menschheit in deren stetem Vormarsch zu einem neuen Zeitalter anführt....« »Die Kaiser, die Bismarck, die Caprivi, die Bülow gehen, gehen, gehen und verschwinden, aber die große Schar der deutschen Sozialdemokratie schreitet vorwärts, zahlreicher, besser diszipliniert, selbstbewußter als je.« (S. 393, 394.) Kämen überall nur die Sozialisten in Frage, so würden sie das Rüsten aufgeben und mit dem Militarismus aufräumen. So weit seien wir aber noch nicht. »Und da wir Internationalisten und nicht Antinationalisten sind, haben wir uns auf allen internationalen Kongressen für eine nationale Bürgerwehr ausgesprochen, die in jeder Nationalität, wenn gewünscht, deren Verteidigung zu übernehmen hat.«

Für England aber, das sechs Siebentel seiner Nahrung aus anderen Ländern beziehe und keine Zwangsaushebung kenne, vertrete die Flotte die Rolle einer Bürgerwehr. »Würde ihm zeitweilig die Meisterschaft über die Meerengen entweichen, so würde es einem plötzlichen und erfolgreichen Angriff selbst von einer kleineren Flotte ausgesetzt sein.« (S. 395.) Daher fühle er, Hyndman, sich veranlaßt, im Hinblick auf die Agitationen des Deutschen Flottenvereins und der deutschen Universitätsprofessoren für eine große Verstärkung der englischen Flotte einzutreten. Die deutschen Professoren, die vor 1870 die deutsche Jugend zum Haß gegen Frankreich erzogen hätten, erzögen sie jetzt zum Haß gegen England. Die deutschen Sozialdemokraten aber würden trotz ihrer Zahl nicht in der Lage sein, die deutsche Regierung zu hindern, wenn es dieser aus irgendeinem Grunde gefiele, plötzlich mobil zu machen, — auf dem Lande nicht und noch weniger zur See. Bebel, Liebknecht und Singer, mit denen er sich oft über diese Frage unterhalten habe, hätten darüber gar keinen Zweifel gelassen. Sie seien entschlossen, in einem solchen Falle auf alle Gefahr hin zu protestieren, aber sie täuschten sich nicht, daß sie vorerst nicht mehr zu tun vermöchten. Der Friedenswille des Deutschen Kaisers aber, auf den so viele englische Pazifisten sich beriefen, sei für Fragen von solcher Größe, wie sie hier in Betracht kämen, ein zu dünner Faden.

Gewiß werden keine Feindseligkeiten angefangen werden, wenn Deutschland alles, was es in Europa haben will, ohne ein Schiff oder einen Mann in Bewegung zu setzen, durch bloßes diplomatisches Drohen erlangen kann; aber sicher würde ein Zeitpunkt kommen, wo das Nachgeben eine Grenze hätte. Bis sie einen großen Teil ihres [Rüstungs-] Programms ausgeführt hatten, haben die Deutschen bestritten, daß sie irgendwelche Angriffsabsichten hätten. Sir Henry Campbell-Bannerman glaubte ihnen; selbst als der Versuch einer Abmachung im Haag gescheitert war, ward [in England] der Bau von Kriegsschiffen eingeschränkt, und Lloyd George verkündete der Welt in seinem Karlsbader Interview mit der von Deutschland inspirierten »Neuen Freien Presse«, daß wir unsere Ansprüche auf Vorherrschaft auf der See aufgegeben hätten. Wir scheinen jetzt für all diesen Pazifismus sehr schwer zu bezahlen. Aber Mr. George hat sich genötigt gesehen, seine eigenen Worte selbst zurückzunehmen und als Kämpfer für eine große Flotte aufzutreten und, heiter genug, dadurch das ganze offizielle Deutschland in größere Wut zu versetzen, als alles offene Aussprechen anderer vorher getan hatte. (S. 391 bis 400.)

Im Sinne dieser Sätze ist das ganze Kapitel geschrieben.

»Das Deutsche Reich,« heißt es an einer anderen Stelle, »wie es durch seine herrschende Militärkaste, seine offizielle Presse und die Unterhaltungen in Bourgeoishäusern vertreten ist, zeigt uns als Nation in Handlungen, die lauter sprechen

als Worte, deutlich, daß wir entweder den deutschen Ansprüchen nachzugeben oder — zu fechten haben.«

Das sei seine Überzeugung und sei es die letzten zehn Jahre her gewesen.

Hätten unsere aufeinanderfolgenden Regierungen dies von Anfang an erkannt und hätte insbesondere die liberale Regierung im Haag (1907) und später erklärt, daß, nachdem die Deutschen es abgelehnt hätten, zu einer Abmachung zu kommen, Großbritannien die preußische Herausforderung annehme, und wären sie sofort dazu übergegangen, zu zeigen, daß wir unter keinen Umständen von der Politik abgehen würden, von der August Bebel, als das bedrohliche Wettrüsten begann, im Reichstag gesagt hatte, daß wir sie unvermeidlich aufnehmen würden — nämlich die Politik, zwei Kiele gegen je einen niederlegen —, dann würde der Frieden für unsere Tage und Generationen gesichert gewesen sein, und alle diese bitteren gegenseitigen Vorwürfe wären zu Ende gewesen. Das ist meine feste Überzeugung als revolutionärer Sozialdemokrat, der Anspruch darauf erheben darf, daß er die auswärtigen Angelegenheiten etwas studiert hat. Es ist albern anzunehmen, daß ein Pazifismus von unserer Seite den geringsten besänftigenden Einfluß auf die Politik der militaristischen preußischen Bureaukratie ausübt. Der Zeitpunkt, wo der englische Bau von Schlachtschiffen und Kreuzern nachließ, diesen Zeitpunkt wählte Deutschland, sein Programm mit größerer Wucht zu steigern. (S. 403, 404.)

Deutschland sei das moderne Mazedonien:

Was Deutschland durch Frieden gewinnen kann, wird es friedlich erwerben, was es nicht durch Überredung erlangen kann, wird es, wenn es ganz fertig sein wird, mit voller Gewalt nehmen. (A. a. O.)

So Hyndman drei bis vier Jahre vor Ausbruch des Krieges. Eine kritische Untersuchung seiner Behauptungen würde zu weit führen. Daß sie im wesentlichen nur die eine Seite des Bildes zeigen, liegt auf der Hand. Aber eine Bemerkung allgemeiner Natur scheint mir am Platze. Selbst zugegeben, daß seine Schilderung völlig zuträfe, und sie enthält ja vieles, was außer Frage steht, war es die Aufgabe eines Sozialdemokraten, seinem Volke das zu predigen? Gab es nicht genug Leute in der bürgerlichen Presse und den bürgerlichen Parteien Englands, die das besorgten? Eines schickt sich nicht für alle — es ist ein weiterer Fehler Hyndmans, daß er für die Wahrheit dieses Satzes wenig Verständnis hat. Als im Jahre 1910 zwischen Hyndman und Keir Hardie eine Polemik wegen der Stellung zur Rüstungsfrage spielte und Hardie mich um eine Äußerung dazu ersuchte, habe ich in einem Aufsatz, der im »Labour Leader« erschienen ist, darauf hingewiesen, daß in der bloßen Stellung zur Rüstungsfrage bereits für die Sozialdemokratie eine internationale Solidarität bestehe, die man nicht ungestraft verletze. Was die Sozialdemokratie des einen Landes in dieser Hinsicht tue, könne die Politik der Sozialdemokratie des anderen Landes nicht unberührt lassen. Schon das lege uns die Verpflichtung auf, in diesen Dingen Zurückhaltung zu üben. Aber Hyndman war für solche Erwägungen unzugänglich.

Nun ist der Krieg gekommen, den er vorausgesagt hat, und soweit gewisse Kreise bei uns in Betracht kommen, sind auch die Expansionsbestrebungen, die er den maßgebenden Elementen Deutschlands nachsagte, deutlich genug kundgegeben worden. So steht er denn vor seinen Landsleuten ziemlich gerechtfertigt da. »Es gibt kein widrigeres Wesen auf der Welt,« sagt er in seinen Erinnerungen an einer Stelle, »als der Mann mit dem ‚Ich habe es euch gesagt‘.« Vielleicht ist es dieser Satz, der ihn abgehalten

hat, in einem neuen, Ende vorigen Jahres erschienenen Buche von ihm, das »Die Zukunft der Demokratie« betitelt ist und worin er wiederholt auf den Krieg zu sprechen kommt, Gewicht darauf zu legen, daß die Ereignisse ihm recht gegeben hätten.[1]

Das Buch behandelt in sieben Kapiteln folgende Fragen: Die Sozialdemokratie und der Krieg; die Sozialdemokratie und der Nationalismus; die Sozialdemokratie und der Friede; der Klassenstaatsozialismus;[2] die Reorganisation von Englands Handel und Gewerbe; die bewaffnete Nation; der Marxismus und die Zukunft. — Ein ziemlich ausführliches Schlußwort kann als eine Fortsetzung des letztgenannten Kapitels bezeichnet werden.

Die leitende Idee des Buches ist, daß der Krieg die marxistische Geschichts- und Gesellschaftstheorie in allen wesentlichen Punkten bestätigt habe, und daß er, so schlimm er ist, sich als mächtiger Förderer der Demokratie und des Sozialismus erweisen werde. Nicht daß Hyndman nun, wie manche von denen vielleicht meinen werden, die in der Rüstungsfrage ihn zum Prototyp nehmen, in den kollektivistischen Kriegsmaßnahmen des Staates Vorstufen des Sozialismus erblickte. Er verhält sich zu ihnen außerordentlich kritisch und legt mehr Wert darauf, den Unterschied zwischen ihnen und der sozialdemokratischen Vergesellschaftung als ihre Verwandtschaft zu betonen. Aber er hält es für sicher, daß nach dem Riesenaufgebot an Menschen und Mitteln, das dieser Krieg notwendig gemacht hat, der Staat unmöglich in Politik und Wirtschaft zu dem früheren Zustand werde zurückkehren können und daß in der Arbeiterklasse das Drängen auf demokratische und sozialistische Reformen nach dem Kriege mit viel größerer Heftigkeit und Kraft sich geltend machen werde als vor dem Kriege. Zum weitaus größten Teil ist sein Buch denn auch der Ausmalung von Maßnahmen gewidmet, die in dieser Hinsicht in England zunächst notwendig seien, so daß zum Beispiel das Kapitel »Die Sozialdemokratie und der Friede« nicht, was der Titel erwarten läßt, ein sozialdemokratisches Friedensprogramm für die auswärtigen Beziehungen entwickelt, sondern sich nur mit Fragen der Reform der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Englands nach dem Kriege beschäftigt, wobei er das bisherige England so schwarz malt, daß ihn der verbissenste deutsche Englandhasser kaum überbieten könnte. Und wer nach Anerkennung von in Deutschland Geleistetem sucht, wird in diesem Buch ungleich mehr auf die Rechnung kommen, als derjenige, der auf das Sammeln von Kraftstellen gegen Deutschland ausgeht.

Selbst in der Frage des Krieges drückt sich Hyndman in diesem Buche hinsichtlich Deutschlands im ganzen ruhiger aus, als mancher gerade von ihm erwartet hätte. Es erklärt sich das zum Teil daraus, daß der Krieg ihn eben nicht überrascht, sondern, wie wir gesehen haben, nur die Bestätigung für das geliefert hat, was er geglaubt hatte voraussagen zu können, zum Teil aus dem Bestreben, als Sozialist die Dinge von einer etwas höheren Warte aus, das heißt mehr geschichtlich zu behandeln. Auch

[1] The Future of Democracy. By H. M. Hyndman. London 1915. George Allen and Unwin Ltd. 220 Seiten.

[2] So im Inhaltsverzeichnis. Im Buch selbst ist das Kapitel »Klassenstaat-Bureaukratie« überschrieben. Es ist aber keine die Begriffe genauer untersuchende Abhandlung, sondern lediglich eine Kritik wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Maßnahmen der Regierung im Kriege.

liebt man in England das einseitige Verdonnern nicht. Selbst an der oben zitierten Stelle, wo er vom militaristischen Deutschland sagte, daß es im Frieden nehme, was es auf friedlichem Wege haben kann, aber das, worauf es sein Auge gerichtet habe, wenn es ihm nicht gutwillig gegeben werde, mit Gewalt nehme, sobald es dazu genügend vorbereitet sei — selbst dort fügt er hinzu:

Diese gute alte Regel, diesen einfachen Plan haben wir selbst außerhalb Europas so oft und so erfolgreich angewendet und befolgt, daß es uns nicht zusteht, darüber Beschwerde zu führen, wenn ein anderes aufsteigendes, kommerzielles und industrielles Reich ein Blatt aus unserem Buch entnimmt.

Und im vorliegenden Werke schreibt er auf Seite 54/55, daß Deutschland in der Marokkofrage, Österreich damit, daß es Bosnien und die Herzegowina sich einverleibte, in der Hauptsache im Recht gewesen seien. Nur hätten ihre Staatsmänner durch die herausfordernde Art ihres Vorgehens dabei ihre Länder ins Unrecht gesetzt.

Auch über das Verhalten der deutschen Sozialdemokratie beim Ausbruch des Krieges urteilt Hyndman weniger scharf, als gerade von ihm zu gewärtigen war. Wohl schreibt er gleich zu Anfang des ersten Kapitels, daß unsere Partei zu Beginn des Krieges durch die Bewilligung der Kriegskredite die Militärpartei unterstützt habe, wo sie im allgemeinen Interesse des Sozialismus sich mindestens habe enthalten müssen, und fügt als Vorwurf hinzu, daß sie anscheinend den Angriff auf Belgien ohne irgendeinen Protest stillschweigend hingenommen habe. Aber er betont daneben, daß der Vorwurf, die Partei habe den Krieg verhindern können, wenn sie nur die Energie dazu gehabt hätte, ganz ungerechtfertigt sei. Es sei das nach Lage der Dinge eine Unmöglichkeit gewesen. Und wiederholt hebt er hervor, daß der Hinweis auf Rußland es gewesen sei, der auf die Partei beziehungsweise die Reichstagsfraktion bei ihrer Abstimmung entscheidend eingewirkt habe. Dies jedoch nur als mildernden Umstand. Er entschuldigt die Gewissen, den Akt selbst nennt er als politische Handlung »unverzeihlich«. Im letzten Kapitel schreibt er:

Die deutsche sozialdemokratische Partei hatte die glorreichste Gelegenheit, die jemals einem Volke zugefallen ist, den Sozialismus und die internationale Bruderschaft der Arbeiterklasse edel der Menschheit vor Augen zu halten. Millionen von Sozialisten in der ganzen zivilisierten Welt schauten auf sie für die Führung. Man verlangte nicht von ihr, daß sie Leben oder Glieder für die Sache riskieren sollte, man erwartete nicht einmal, daß sie als Partei direkt gegen die Kredite stimmte, welche ihre Regierung für die Bezahlung der Kosten eines Angriffskrieges forderte. Wir hofften nur, daß sie sich enthalten würde, durch ihre Abstimmung die Unterstützung der deutschen Sozialdemokratie der Militärkaste zu geben, die, da sie Deutschland in der Faust hielt, Europa zu bekriegen beschloß. Und ebenso erwarteten wir, daß sie die Gründe für ihre Haltung ausführlich darlegen würde. Sie hat von der Führerschaft, auf die sie vordem Anspruch erhob, selbst abgedankt.

Das sind bittere Worte, über die man aber nicht einfach mit Achselzucken hinweggehen kann, weil sie von einem Manne kommen, der wiederholt mit der Vertretung der deutschen Sozialdemokratie in Konflikt geraten war. Denn füglich spricht er in diesem Punkte nur eine Meinung aus, die in der sozialdemokratischen Internationale viel stärker verbreitet ist, als man meint. Indes mag das an dieser Stelle auf sich beruhen bleiben. Ebenso

können wir ununtersucht lassen, was Hyndman über die deutsche Militärpartei und den Ausbruch des Krieges schreibt. In diesem Punkte konnte man kein anderes Urteil von ihm erwarten. Von größerem Interesse ist, daß er energisch der Ansicht derer beitritt, die es für falsch erklären, wenn der Krieg als Krieg der Kapitalisten erklärt wird. In England, schreibt er, sei die Kapitalistenklasse, die eingeborene wie die ausländische, entschieden auf der Seite des Friedens gewesen. »Die grimme Ironie der Sache« sei fast beispiellos in der Geschichte:

> Der Friede begünstigte die kommerzielle Ausbreitung Deutschlands. Der Friede begünstigte die Zunahme der slawischen Rasse mit Rußland hinter ihr. Der Friede begünstigte die Befestigung und Dauer der französischen Republik. Der Friede begünstigte die allgemeine Politik Großbritanniens. (S. 45.)

Diese Sätze stehen im ersten Kapitel, an dem, nach Hyndmans Bemerkung im Vorwort, sein Freund, Genosse E. Belfort-Bax, zum Teil mitgearbeitet hat. Es behandelt nämlich unter anderem die Kriegsfrage unter dem Gesichtspunkt der materialistischen Geschichtsauffassung, über die verschiedenes gesagt wird, das wahrscheinlich Bax beigetragen hat, dessen Standpunkt in dieser Frage den Lesern der älteren Jahrgänge der Neuen Zeit bekannt ist. Da viele Sozialisten bei sehr verschiedener Haltung zum Krieg sich auf die Marxsche Theorie berufen, ist es selbstverständlich nicht ohne Wert, die Frage dieses Zusammenhanges genauer zu untersuchen. Hyndman-Bax greifen aber nur einen Punkt heraus, der mit den in der Praxis zu treffenden Entscheidungen nur indirekte Beziehungen hat. Sie polemisieren gegen die überökonomische Auslegung der materialistischen Geschichtsauffassung, wobei sie aber das Kind mit dem Bade ausschütten. Der ökonomische Faktor hört damit noch nicht auf, in der Geschichte bestimmend zu wirken, daß er bestimmte Vorgänge und Entwicklungen nicht unmittelbar und nicht als Motiv beeinflußt. Darüber sind wir heute alle einig. Falsch ist es nur, jedes Handeln von Individuen und großen oder kleinen Gruppen auf ökonomische Motive zurückführen zu wollen, und sehr entschieden abzuweisen ist die heute vielfach beliebte Manier, den Marxismus zur Beschönigung oder fatalistischen Hinnahme aller möglichen Gewalttaten in der Geschichte auszuschlachten. Das ökonomische Motiv hat beim gegenwärtigen Krieg verschiedentlich mitgespielt, aber bei seinem Ausbruch haben, darin hat Hyndman unbedingt recht, in der Tat nichtökonomische Kräfte und Antriebe das entscheidende Wort gesprochen.

Allgemeinen Beifalls aller Sozialisten sicher, die nicht zum imperialistischen Lager sich hingezogen fühlen oder von keiner Landesverteidigung mit den Waffen wissen wollen, sind Hyndmans Ausführungen im Kapitel über die Bürgerarmee — „citizen army“ —, unter welchem Begriff die demokratische Volkswehr in dem Sinne zu verstehen ist, den Jaurès in der »Neuen Armee« entwickelt. Man ersieht aus diesem Kapitel unter anderem, daß der Ruf »keine Zwangsaushebung« (no conscription!) im Munde vieler englischer Sozialisten nicht Ablehnung jeder Verpflichtung zur Landesverteidigung, sondern nur die grundsätzliche Ablehnung jedes Militärsystems bedeutet, das den Wehrpflichtigen auf längere Zeit einkaserniert und unter ein anderes als das allgemeine Staatsbürgerrecht stellt.

Hyndmans Stellung zur Landesverteidigung steht in Übereinstimmung mit seiner Stellung zur Frage des Nationalitätenrechts. Auch was er über

dieses sagt, kann unsereins fast ausnahmslos unterschreiben. Er wendet sich ebenso scharf gegen die Übertreibungen des Nationalismus, wobei er recht Vernünftiges über die Rassenfrage einflicht,[3] wie gegen die absprechende Behandlung der Frage des Rechtes der Nationalitäten, in der sich heute Ultraradikale und Ultraopportunisten bei uns begegnen. Anscheinende Erhabenheit über diese Frage verträgt sich natürlich sehr gut mit dem Verrat am Recht kleiner Nationen. Ganz richtig heißt es bei Hyndman:

Die Solidarität der menschlichen Rasse muß durch Gruppierung in Nationen verwirklicht werden und kann auf keine andere Weise verwirklicht werden.

Und er trifft einen sehr wunden Punkt in der Argumentierung derer, die den Marxismus dem modernen Imperialismus dienstbar zu machen suchen, wenn er schreibt:

Der ökonomistische Eifer von Sozialisten, der darauf Anspruch erhebt, materielle Regeln für die Leitung der ganzen Menschheit niederzulegen, ist ebenso gefährlich wie der religiöse Eifer, der dasselbe in einer anderen Sphäre zu tun versucht. (S. 64.)

Über die Beziehungen der Nationen Europas zueinander nach dem Kriege äußert sich Hyndman gegen Ende des Kapitels über den Nationalismus. Daß sie ganz die gleichen sein würden wie vorher, sei ausgeschlossen. Das Vorgehen der Preußen in Belgien, Frankreich, Polen (!) werde nicht so leicht vergessen und verziehen werden. Nichtsdestoweniger könne die Zivilisation »nicht dauernd 120 Millionen Menschen aus dem Verkehr ausschließen«, und der Gedanke sei abgeschmackt, daß Frankreich, Großbritannien und Rußland die deutschen Mächte andauernd ächten oder boykottieren könnten. »Wir werden genau so mit Berlin und Hamburg, mit Wien und Budapest zu arbeiten haben, wie wir nach den Napoleonischen Kriegen und neueren Streithändeln mit Rouen, Paris und Lyon zu arbeiten hatten.« Es sei in Ordnung, heute davor die Augen zu schließen. »Wir werden sie aber morgen vor den Tatsachen weit zu öffnen haben.« (S. 68.)

Ebenso wäre es, meint er, »unklug, die Tatsache außer Betracht zu lassen, daß wir von Anbeginn an zwischen Übeln zu wählen hatten«. Es gäbe keinen Sozialisten oder Demokraten in der Welt, der das Wachstum von Macht und Einfluß des despotischen Rußland nicht fürchte.

Mehr noch Furcht vor Rußland als Abneigung gegen kriegerische Feindseligkeiten beseelte die gewaltige Friedensdemonstration auf Travalgar Square, die am Vorabend des Krieges zugunsten des Friedens Protest erhob. Alle sahen, daß die Schwächung der germanischen Mächte notwendigerweise zuletzt Rußlands Stärkung bedeuten würde. Die der Versammlung unterbreitete Resolution drückte meiner Überzeugung nach das Gefühl aus, das damals die große Masse des Volkes im Vereinigten Königreich beseelte: Frieden, wenn er nur irgend möglich ist, Vermeiden von Zusammengehen mit Rußland außer im äußersten Falle. Es zeugte nahezu an Wahnsinn auf seiten Deutschlands und Österreichs, daß sie innerhalb zwei oder drei Tagen die ganze Nation gegen sich in wilde Aufregung brachten und die ununterrichteten und unvorbereiteten Arbeiter Großbritanniens zwangen, mit dem moskowitischen Zar gemeinsame Sache zu machen, so daß sie in einer Zahl und mit einem Eifer, die in unserer langen und ereignisreichen Geschichte ohne Bei-

---

[3] Schon Defoe habe im achtzehnten Jahrhundert dargelegt, betont er an einer Stelle, daß der sogenannte »echt eingeborene« Engländer — Freeborn Englishman — ein nach Rassenabstammung höchst zusammengesetztes Wesen sei.

spiel sind, an die Rekrutierungsämter geeilt sind und sich haben einzeichnen lassen. (S. 68, 69.)

Das Volk aber sei im Recht gewesen und sei noch im Recht. Die »teutonische Bedrohung« sei gefährlicher gewesen als die russische Gefahr. Natürlich hofft Hyndman auf den Sieg der Alliierten. Er werde nach ihm für Großbritannien ein Sieg der Demokratie sein und selbst dem deutschen Volk zuletzt von Vorteil werden. Eine Spekulation, in deren nähere Prüfung wir hier nicht eintreten wollen. Jeder erhofft eben das, was er wünscht. Verabschieden wir uns von dem Buch des Veteranen der englischen Sozialdemokratie mit einem Zitat, das versöhnender ausklingt. Am Schluß des Kapitels über den Krieg erklärt Hyndman, es herrsche auf der Seite der Alliierten »kein unerbittlicher Haß gegen Deutschland«, und schreibt auf Seite 48:

»Daß, wenn der Krieg vorüber ist, ein neues und ansehnlicheres Deutschland wieder eine führende Stelle in der Reihe der großen Nationen einnehmen möge, die den Fortschritt der Menschheit erstreben, ist der aufrichtige Wunsch nicht weniger von denen, die in den letzten Jahren gezwungen waren, es als eine ewige Drohung für Europa zu kennzeichnen und zu bekämpfen.«

Vom Wirtschaftsmarkt.

Kohlensyndikat kontra Fiskus.

Spannungen im Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat. — Das Kohlensyndikat vor der Erneuerung. — Rebellierende Zechen. — Die kommende Hochkonjunktur für die Kohlenindustrie. — Die Entwicklung des Syndikatsabsatzes.— Aufschwung der Braunkohlenindustrie. — Hamburgs Kohlenbezug. — Aussichten der Kohlenindustrie nach dem Kriege. — Händlersyndikate und freie Kohlenhandelsfirmen. — Kirdorfs Kampf um das Kohlenhandelsmonopol des Syndikats. — Warum kämpft das Syndikat für ein Handelsmonopol? — Der Segen der freien Konkurrenz. — Monopolpläne des Fiskus. — Privatmonopol oder Staatsmonopol?

Berlin, 1. August 1916.

Im Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat, dem wirtschaftlich bedeutendsten der deutschen Kartelle, zeigen sich seit einigen Monaten höchst beachtenswerte Spannungen und Reibungen, nicht nur zwischen den einzelnen diesem Syndikat angegliederten Zechen, sondern auch zwischen den im Syndikat maßgebenden Gesellschaften und dem Fiskus: ein Vorspiel zu dem großen Profit- und Behauptungskampf, der uns nach der Beendigung des Krieges in der Kohlenindustrie bevorsteht. Das, was sich jetzt im Interessentenkreis des Kohlensyndikats, zum kleinsten Teil auf offener Szene, zumeist hinter den Kulissen oder vielmehr innerhalb der Bureaus der Nächstbeteiligten abspielt, ist gewissermaßen nur eine Ouvertüre, wie es sich denn auch zunächst auf der einen wie auf der anderen Seite nur erst um bloße Zurüstungen, um die Auswahl der besten Kampfstellungen handelt.

Bekanntlich ist die Verlängerung des Kohlensyndikats erst dann im September vorigen Jahres zustande gekommen, nachdem die Regierung auf Grund der bekannten Bundesratsverordnung eine Zwangssyndizierung des rheinisch-westfälischen Kohlenbergbaues angedroht hatte. Mit Ach und Krach entschlossen sich schließlich die beteiligten Zechen trotz des anfänglichen

Widerstrebens des bekannten Kohlenmagnaten August Thyssen zu einer provisorischen Verlängerung des Syndikatsvertrags bis zum 31. März 1917. Schon vorher, nämlich vom 1. Januar 1917, dürfen aber die Syndikatszechen, falls bis dahin keine Erneuerung des Syndikats stattgefunden hat, mit dem freien Verkauf für die Zeit nach dem 1. März 1917 beginnen. Bis zum 1. Januar 1917 muß also die Erneuerung des Syndikats erfolgt sein. Indes hat die Regierung diese Erneuerungsfrist dadurch noch mehr abzukürzen versucht, daß sie die Forderung stellte, die Syndikatszechen müßten sich schon bis zum 15. Oktober des laufenden Jahres darüber einig werden, ob sie freiwillig einen neuen Syndikatsvertrag schließen wollen. Sei bis dahin kein Beschluß gefaßt, werde die Regierung sofort mit den Vorbereitungen eines Zwangssyndikats beginnen. Zugleich ist die Syndikatsleitung von der Regierung davon verständigt worden, daß diese sich nicht wieder auf ein sogenanntes Übergangssyndikat, das heißt ein provisorisches Syndikat von kurzer Dauer, einlassen werde; nur eine Erneuerung auf mehrere Jahre, zum wenigsten auf fünf, werde die Anerkennung der Regierung finden.

Diese Erneuerung bis zum 15. Oktober dieses Jahres zustande zu bringen, ist jedoch für die Syndikatsleitung eine recht schwierige Aufgabe. Zwar fühlen sich heute manche reinen Kohlenzechen gegenüber den sogenannten Hüttenzechen (das heißt den mit Hüttenwerken vereinigten Kohlengruben) infolge der beträchtlich gestiegenen vorteilhafteren Kokserzeugung nicht mehr in gleichem Maße benachteiligt wie früher; aber andererseits hat eine Reihe Zechengesellschaften ihre Betriebe schon kurz vor dem Kriege ausgedehnt und diese Ausdehnung in der Hoffnung auf das Eintreten einer Hochkonjunktur nach dem Kriege seit Jahresfrist eifrig fortgesetzt, wozu die relativ guten Geschäftsergebnisse das nötige Kapital lieferten. Sie stehen also heute viel leistungsfähiger da als Ende 1913 und verlangen dementsprechend einen erhöhten Anteil an der Gesamtförderung der Syndikatszechen, und zwar eine möglichst hochbemessene Beteiligung, da sie wissen, daß von dieser im weiteren Laufe der Verhandlung doch ein ansehnlicher Prozentsatz heruntergedungen wird. Bei der Verlängerung des Syndikats im September vorigen Jahres haben sie schließlich ihre Forderungen größtenteils fallen lassen, da es sich nur um ein kurzes Provisorium handelte und man sie auf eine Berücksichtigung ihrer Ansprüche bei der im Spätherbst 1916 nötig werdenden Erneuerung des Syndikats vertröstete. Jetzt wieder nachzugeben, sind sie jedoch nicht gewillt. Wenn ihre Beteiligung prozentual erhöht wird, muß aber die der anderen Zechen ermäßigt werden (wenn auch nicht absolut, so doch relativ), und auch diese möchten für die erhoffte Aufschwungsperiode nach dem Krieg sich eine möglichst hohe Beteiligungsziffer sichern.

Doch rebellieren nicht nur die Zechen, die inzwischen ihren Betrieb beträchtlich ausgedehnt haben, auch jene, die noch in der Entwicklung begriffen, aber so gestellt sind, daß sie bei richtiger Ausnutzung ihrer günstigen Produktionsbedingungen ihre Förderung wesentlich zu steigern vermöchten, wie zum Beispiel die Zechen Ospel, Westfalen, Wilhelmine Mevissen usw., verlangen eine Erhöhung ihrer Beteiligungsziffern. Sie erklären, wenn sie nicht größere Anteile erhielten, so bedeute das für sie nichts anderes als eine künstliche Hemmung ihrer natürlichen Entwicklungsfähigkeit; denn erlangten sie keine höhere Beteiligung an der Gesamtförderung, so vermöchten

sie auch keine neuen Geldmittel zum notwendigen Ausbau ihrer Anlagen zu beschaffen, da für neue Kapitalaufwendungen bei gleichbleibender Förderung, trotzdem die günstigsten Vorbedingungen vorhanden wären, eine entsprechende Verzinsung als ausgeschlossen gelten müsse.

Diese Abneigung mancher Gesellschaften, ohne besondere Vergünstigungen wieder dem Syndikat beizutreten, wird noch dadurch verstärkt, daß man in den Zechenkreisen mit der Preispolitik des Kohlensyndikats ziemlich allgemein unzufrieden ist. Das Kohlensyndikat hat seine Verkaufspreise erst verhältnismäßig spät nach Kriegsbeginn erhöht, und im Vergleich zu anderen Industriekartellen, zum Beispiel denen der Eisen- und Stahlindustrie, nur mäßig. Die erste, am 1. April 1915 in Kraft getretene Preiserhöhung betrug im Durchschnitt nur 2 Mark pro Tonne, die zweite (vom 1. September 1915) für die meisten Kohlensorten nur 1 Mark. Wie die neuen Abrechnungen größerer Kohlenbergwerksgesellschaften beweisen, haben zwar bei diesen Preisen die Kohlengruben immerhin noch recht schöne Profite erzielt; aber den Zechengesellschaften, und zwar gerade den kräftigen, leistungsfähigen, genügen sie nicht. Nach ihrer Meinung hat das Kohlensyndikat gar keinen Anlaß, bescheidener als die Kartelle der Eisenindustrie oder der Waffen- und Munitionsindustrie zu sein. Die Zechengrößen sind vielmehr der Ansicht, hätte gar kein Kohlensyndikat existiert und wäre die Preisfestsetzung dem Angebot und der Nachfrage überlassen geblieben, so wären die Preise viel höher gestiegen, die Gewinne des Kohlenbergbaus noch viel reichlicher ausgefallen, wie ja auch in England ohne Syndikat die Preise weit höher emporgeschnellt seien als in Deutschland. Das Bestehen des Kohlensyndikats hätte sich also, wie hoch auch seine früheren Verdienste um die Aufbesserung der Kohlenpreise eingeschätzt werden möchten, *seit Beginn des Krieges keineswegs als ein Vorteil für den Kohlenbergbau erwiesen; und nach dem Kriege werde voraussichtlich das Kohlensyndikat einer rücksichtslosen Ausnützung der Hochkonjunktur noch mehr im Wege stehen.*

Mit einer solchen anhaltenden Hochkonjunktur rechnet man aber in jenen Kreisen ziemlich bestimmt — wenn nicht für die Zeit sofort nach dem Friedensschluß, so doch für später — und wie sich nicht leugnen läßt, mit einer gewissen Berechtigung. Obgleich der Versand nach dem Ausland sehr beschränkt worden ist und der Kontrolle der Regierung untersteht, obgleich ferner die Kohlenproduktion während der Kriegszeit ständig gestiegen ist und heute bereits wieder über drei Viertel des Rekordjahres 1913 beträgt, herrscht doch direkter Kohlenmangel auf dem Markt.

Im ersten Monat des Krieges, im August 1914, stellte sich der arbeitstägliche Kohlenabsatz des Kohlensyndikats nur auf 97 921 Tonnen, der allerdings im nächsten Monat bereits wieder auf 158 506 Tonnen stieg und sich dann bis auf 201 526 Tonnen im Mai und 205 889 Tonnen im Juni des vorigen Jahres erhöhte. Das war in Anbetracht der Kriegsverhältnisse eine geradezu erstaunliche Erholung. Dennoch sind seitdem Förderung und Versand dermaßen weiter gestiegen, daß im Mai dieses Jahres der arbeitstägliche Absatz 248 178 Tonnen, im Juni gar 261 578 Tonnen betragen hat. Und doch vermag noch immer die Förderung den Bedarf kaum zu decken, obgleich die großen Kommunen ihren Kohlenkonsum beträchtlich einge-

schränkt haben und eine ganze Reihe von Industriezweigen, wie die Industrie der Steine und Erden, die Textilindustrie, die Gasanstalten, die Papierindustrie, die Brauerei- und Brennereigewerbe und selbst die Eisen-, Stahl- und Maschinenindustrie, die nach den statistischen Aufstellungen des Syndikats bisher ungefähr 40 Prozent seines ganzen Absatzes aufnahm, heute viel weniger Kohlen verbrauchen als in den Jahren vor dem Kriege. Zudem ist der Verbrauch der Schiffahrt trotz des starken Bedarfs der Kriegsmarine (im ganzen stellte sich vor dem Kriege der Verbrauch der deutschen Schiffahrt auf annähernd 5 Prozent des gesamten Syndikatsabsatzes) auf weniger als ein Drittel gesunken. Auch der Hausbedarf, der früher in normalen Zeiten ungefähr 14 bis 15 Prozent des Syndikatsabsatzes betrug, hat im letzten Winter, zum Teil jedenfalls infolge der verhältnismäßig milden Witterung, geringere Anforderung gestellt.

Also fast durchweg ein Minderverbrauch der Industrie wie der Haushalte an deutschen Kohlen, und doch Kohlenmangel! Eine Erscheinung, die sich teilweise daraus erklärt, daß Deutschland bis zum Kriegsausbruch noch immer beträchtliche Kohlenmengen aus England bezogen hat (1912 für 93, 1913 für 91 Millionen Mark), und ferner Deutschland auch seine Verbündeten sowie die von seinen Truppen besetzten fremden Gebiete mit Kohlen versorgen muß. —

Wie stark der Mangel an Brennstoffen ist, beweist am besten der Aufschwung der vielfach mit ansehnlichen Stapelvorräten in die Kriegszeit eingetretenen Braunkohlenindustrie, denn dieser ist nicht etwa die Folge technischer Veränderungen, sondern lediglich der Tatsache, daß die Steinkohlenzechen der Nachfrage nicht Genüge zu leisten vermögen, da es ihnen an tüchtigen, geschulten Bergleuten fehlt. Die Kohlen verbrauchenden Betriebe ziehen deshalb, soweit das möglich ist, vielfach Braunkohlen als Ersatzbrennstoffe heran, und da Braunkohlen durchweg im Tagbaubetrieb gefördert werden und ein weniger geschultes Arbeiterpersonal verlangen, fällt es der Braunkohlenindustrie leichter, ihre Leistungsfähigkeit aufrechtzuerhalten — freilich nur durch fortgesetzte Einlegung von Überschichten und durch Feiertagsarbeit.

Ist aber heute schon die Befriedigung des Bedarfs nicht möglich, wie wird sie — so meint man in den Kreisen der Zecheninteressenten — durchführbar sein, wenn erst die deutsche Industrie ihre frühere Tätigkeit wieder aufnimmt und die Schiffahrt wieder einsetzt, zumal die englische Kohle, wenn sie auch sicher erneut an den Küsten der Nordsee und Ostsee erscheinen wird, doch schwerlich wieder jene Verbreitung finden dürfte wie bisher, schon deshalb nicht, weil die Konkurrenz zwischen der deutschen und englischen Schiffahrt sich zweifellos verschärfen und die erstere, die inzwischen weit engere Beziehungen zur rheinisch-westfälischen Großindustrie angeknüpft hat, schwerlich wieder im früheren Maße englische Kohlen einführen und verbrauchen wird. Bisher hatte zum Beispiel in Hamburg und dem Gebiet der Unterelbe die englische Kohle entschieden das Übergewicht. Von den 8 bis 9 Millionen Tonnen, die durchschnittlich jährlich in dem Jahrfünft 1909 bis 1913 in Hamburg eingeführt worden sind (einschließlich des Umschlagverkehrs nach der Altona-Kieler und der Lübeck-Büchner Eisenbahn sowie elbaufwärts), stammten nur 3 bis $3^1/_2$ Millionen Tonnen aus Deutschland, also ungefähr nur ein Drittel.

Dazu kommt die Frage: Wer deckt nach dem Kriege die starke Nachfrage der übrigen europäischen Länder außer England? In allen diesen Ländern herrscht Kohlennot, und keines vermag seinen Bedarf aus eigenem Bergbaubetrieb herauszuholen, selbst Belgien deckte schon vor dem Kriege nicht mehr ganz seinen Bedarf, Frankreich nur noch kaum zu zwei Dritteln, und zudem ist der französische Kohlenbergbau, da die Bergwerke zu einem wesentlichen Teil in der Kriegszone liegen, dermaßen geschwächt, daß er noch jahrelang nach dem Kriege konkurrenzunfähig sein wird.

Das sind recht günstige Aussichten für den deutschen Kohlenbergbau, und diese erhoffte Hochkonjunktur möchte man in echtem kapitalistischen Profitstreben möglichst ausnützen. Nach Ansicht der großen, leistungsfähigen Werke, die eine Konkurrenz nicht zu fürchten haben, ist das aber ohne Kohlensyndikat noch besser möglich als mit dem Kohlensyndikat, besonders sind jene Werke dieser Meinung, die, wie der Thyssen-Konzern, in kluger Voraussicht verstanden haben, sich mit großen Kohlenhandelsgesellschaften zu verbinden, die ihnen den sicheren Absatz ihrer Erzeugnisse zu sichern vermögen. Schon vor einigen Jahren hat Herr August Thyssen, als er mit seinen neuen Zechen vor dem Eintritt in das Kohlensyndikat stand, als Sicherung für den Absatz die Kohlenhandelsgesellschaft »Hamborn« gegründet, der die Firma Thyssen & Co. in Mühlheim folgte. Ein Schachzug, dem alsbald ähnliche Gegenschachzüge anderer Firmen folgten. Auch der preußische Fiskus hielt es schließlich für geraten, sich eine derartige Handelsorganisation für seinen besonderen Absatz zu schaffen und mit den großen Kohlenfirmen Wiesebrock und Börsing in Dortmund und Hannover sowie Albert Keune in Gotha und Friedrich Graue in Halberstadt eine nähere Verbindung einzugehen.

Was heute noch trotz ihrer Neigung, künftig ihre eigenen Wege zu gehen, die meisten großen Kohlenbergwerksgesellschaften beim Syndikat hält, ist lediglich die Furcht vor dem Zwangssyndikat unter Regierungsaufsicht, die auch im September vorigen Jahres noch in letzter Stunde das jetzige Übergangssyndikat zustande brachte. Doch selbst daraus machen sich allem Anschein nach manche der Zechengrößen nicht mehr allzuviel. Sie rechnen ersichtlich damit, daß die Regierung am Ende des Krieges sich so schwierigen Verhältnissen gegenübersehen wird, daß sie wenig Neigung verspüren dürfte, es auf einen großen Kampf mit den Zechengewaltigen, hinter denen ja auch ein Teil der Eisenbarone und der Größen der Bankfinanz steht, ernstlich ankommen zu lassen. Und ein kleines Turnier mit stumpfen Lanzenschäften à la Hibernia scheuen sie nicht.

Bisher haben denn auch die Versuche des bisherigen Syndikatsleiters, des Geheimen Kommerzienrats Emil Kirdorf von der Gelsenkirchner Bergwerksgesellschaft, eine Erneuerung des Kohlensyndikats auf der alten Grundlage mit einigen durch die Entwicklung alter und die Entstehung neuer Zechen gebotenen Abänderungen zustande zu bringen, wenig Erfolg gehabt. In der am 19. Juli stattgefundenen Zechenbesitzerversammlung hat sich nur ein Teil der Zechengrößen für eine Erneuerung des Syndikats erklärt, so daß eine neue Versammlung für den 15. September dieses Jahres angesetzt werden mußte. Inzwischen soll hinter den Kulissen die nötige Bearbeitung

der Renitenten stattfinden. Wie wenig man aber in den Syndikatskreisen schon für diesen Termin auf eine Einigung rechnet, beweist die Tatsache, daß zugleich von der Syndikatsleitung angekündigt worden ist, wenn auch am 15. September noch kein definitiver Beschluß gefaßt werde, solle am 15. Oktober, also an dem letzten Tage der von der Regierung gesetzten Frist, nochmals eine allerletzte Versammlung stattfinden.

Kompliziert wird die Erneuerungsfrage dadurch, daß zugleich von Kirdorf und seinen Vertrauten mit aller Energie der Versuch betrieben wird, den bisher neben den vom Syndikat abhängigen Kohlenhandelsgesellschaften bestehenden großen selbständigen Kohlenfirmen das Handwerk zu legen und ein festes Handelsmonopol des Kohlensyndikats zu begründen. Die Syndikatsleitung hat deshalb an die großen Zechengesellschaften die Forderung gerichtet, die von ihnen mit solchen freien Großhandelsfirmen abgeschlossenen Lieferungsverträge aufzulösen und auf diese Firmen einzuwirken, sich gegen Zusicherung entsprechender geschäftlicher Anteile und Gewinne ebenfalls unter die Botmäßigkeit des Kohlensyndikats zu stellen, wie die von diesem direkt abhängigen Kohlenverkaufsgesellschaften, die nichts anderes sind als vom Syndikat gegründete und ihm angegliederte Kohlenvertriebssyndikate, wie zum Beispiel das schon 1903 gegründete sogenannte Kohlenkontor, das heißt die Rheinische Kohlenhandel- und Reedereigesellschaft m. b. H. in Mülheim (Ruhr) mit der Zweigstelle in Mannheim, die Westfälische Kohlenhandelsgesellschaft m. b. H. zu Dortmund, die Westfalia-Kohlenhandelsgesellschaft m. b. H. zu Hannover, die Deutsche Kohlendepotgesellschaft m. b. H. zu Hamburg, die Glückauf-Kohlenhandelsgesellschaft zu Kassel usw. Die betreffenden Zechengesellschaften haben jedoch dieses Ansinnen der Syndikatsleitung kurzweg abgelehnt mit dem Hinweis, daß doch auch der Fiskus mit großen Kohlenhandelsfirmen liiert sei und daher die Verpflichtung habe, zunächst seine Verbindung mit derartigen Handelsorganisationen zu lösen. Das Syndikat wandte sich darauf mit seiner Forderung auch an den preußischen Fiskus, erhielt aber von dessen Vertretern die ausweichende Antwort, der Fiskus könne im jetzigen Stadium der Verhandlungen, solange der Ausgleich zwischen den Ruhr- und Saarkohlenzechen noch nicht hergestellt und die Hiberniaangelegenheit nicht geordnet sei, zur Frage der Händlerorganisation noch keine Stellung nehmen.

Als Grund für das Streben der Syndikatsleitung nach einer Monopolisierung des Kohlengroßhandels — Firmen, die unter 50 000 Tonnen (eine Million Zentner) Steinkohlen jährlich absetzen, kommen gar nicht in Betracht — gibt die Syndikatsleitung an, daß erstens die Preispolitik des Syndikats durch die freien Kohlenfirmen immer wieder durchkreuzt und durch deren eigennützige Profitpolitik eine gewisse Unsicherheit in das ganze Absatzgeschäft hineingebracht werde, zweitens aber, daß, solange diese Handelsaußenseiter beständen, niemals eine wirkliche Stabilität im Kohlensyndikat selbst zustande kommen werde, denn nur deshalb, weil sie solche starken Händlerorganisationen hinter sich hätten, erhöben gewisse Zechengesellschaften immer wieder unerfüllbare Ansprüche auf Sonderbegünstigungen und Extravorteile. Verschwänden diese Handelsaußenseiter und damit die Außenseiterverträge, so wären nicht nur die Zechen, die heute noch außerhalb des Syndikats ständen, zum Anschluß genötigt, sondern es vermöchten

auch die Zechen, die ständig neue Spezialvorteile für sich herauszuschlagen trachteten, nicht immer wieder den Bestand des ganzen Syndikats in Frage zu stellen.

Ganz unrecht hat diese Argumentation der Syndikatsleitung nicht. Die liberalen Handels- und Börsenblätter nehmen in diesem Streit natürlich für die sogenannten freien Kohlenhandelsfirmen Partei, schon deshalb, weil nach ihrer Ansicht der freie Handel unter keinen Umständen eingeschränkt werden darf und seine Konkurrenz angeblich für billige Preise sorgt. Betrachtet man die Sache weder vom Standpunkt des Kohlensyndikats noch der freien Kohlenhandelsfirmen, sondern der Kohlenkonsumenten, besonders aber die Rückwirkung auf die gesamte Industrieentwicklung, dann ergibt sich ein anderes Resultat. Läßt sich nicht leugnen, daß bisher in Zeiten der Krise die freien Kohlenfirmen schneller zu Preisherabsetzungen geneigt waren als das Kohlensyndikat und dessen Verkaufsorganisationen und dadurch mehrfach auf das Syndikat einen Druck ausgeübt haben, so läßt sich andererseits ebensowenig bestreiten, daß sie in Zeiten der aufsteigenden Konjunktur, sobald sich Vorratsmangel zeigte, sofort mit Preiserhöhungen vorgegangen sind, während das Syndikat noch an seinen alten Preisen festhielt. Als eine Kollektivorganisation, die nicht nur auf die verschiedenartigen Interessen ihrer Mitglieder, sondern auch bis zu gewissem Grade auf den Fiskus und die Öffentlichkeit Rücksicht nehmen muß, vermag das Syndikat nicht mit jener Leichtigkeit zu operieren wie einige millionenschwere Großhändler, die stets auf der Lauer liegen, die jeweilige Konjunktur möglichst auszunutzen. Zieht man ohne Vorurteil das Fazit aus dem Für und Wider, dann ergibt sich meines Erachtens, daß die gelobte Konkurrenz der nicht vom Syndikat abhängigen freien Kohlenhandelsfirmen im ganzen keineswegs preisermäßigend, sondern eher preissteigernd auf den Kohlenvertrieb eingewirkt hat, vor allem aber, daß sie zeitweilig ein starkes Element der Spekulation in das Kohlengeschäft hineingebracht hat. Über diese Tatsachen helfen alle schönen liberalen Redensarten von der segensreichen Wirkung der freien Konkurrenz nicht hinweg. —

Indes sind diese Gründe des Kohlensyndikats für die Notwendigkeit einer Monopolisierung des Kohlenhandels durch das Syndikat keineswegs dessen eigentliche Hauptgründe. Es gibt noch andere Motive, die Herrn Kirdorf zu seinem Kampf für ein Syndikatshandelsmonopol bewegen. Er spielt nämlich damit einen Trumpf gegen die Regierung aus. Herr Kirdorf und seine Freunde haben gute Beziehungen zu den höchsten Regierungskreisen, und so ist ihm nicht unbekannt geblieben, daß man sich dort ernstlich mit dem Gedanken trägt, der sich nach dem Kriege sicher einstellenden Finanznot teilweise durch Einführung von Staatsmonopolen abzuhelfen. Unter diesen Monopolen befindet sich aber auch ein Kohlenhandelsmonopol, oder vielmehr, da der Kleinhandel mit Kohlen frei bleiben soll, ein Kohlenzwischenhandelsmonopol. — Das Zustandekommen eines solchen Staatsmonopols aber möchte Herr Kirdorf in jedem Fall verhindern und die Ausnutzung der zu erwartenden Hochkonjunktur nach dem Kriege dem Syndikat und seinen Vertriebsorganisationen überlassen wissen. Deshalb das eifrige Bemühen des Geheimen Kommerzienrats Kirdorf, bevor jene Staatsmonopolpläne

reif sind, ein vom Syndikat abhängiges Privathandelsmonopol zustande zu bringen. Deshalb aber auch die Abneigung des Fiskus, seine Händlerorganisationen fallen zu lassen. Bekanntlich hat der Fiskus sich bei seinem Beitritt zum Kohlensyndikat ausbedungen, daß er, sobald es das staatliche Interesse erfordern sollte, wieder zurücktreten kann. Gibt aber der Fiskus seine Handelsorganisationen auf, so steht er nach solchem Rücktritt dem Syndikat wirtschaftlich ziemlich wehrlos gegenüber, jedenfalls fehlen ihm dann die Bedingungen für einen ungestörten Kohlenabsatz; behält er hingegen die Handelsorganisationen in der Hand, die sich leicht weiter ausbauen lassen, so reserviert er sich eine Waffe für spätere Zeiten.

Heinrich Cunow.

Praktische Gemeindepolitik während des Krieges.

Von Emil Fischer (Straßburg i. E.).

Der Ausbruch des Weltkriegs hat Staat und Gemeinden vor Aufgaben kommunaler Art gestellt, die von manchem Kommunalpolitiker theoretisch spielend gelöst wurden. Als es aber galt, praktisch ihre Durchführbarkeit zu lösen, da stellte sich heraus — und die lange Kriegsdauer hat es immer mehr bewiesen —, daß wirklich gangbare Wege eigentlich nur von den Vertretern der Sozialdemokratie gezeigt wurden, denen sich einige freigesinnte bürgerliche Kommunalpolitiker anschlossen. Gleich in den ersten Kriegstagen des Deutschen Reichstags waren es sozialdemokratische Abgeordnete, die von der Regierung praktische Maßnahmen in bezug auf Lebensmittelversorgung heischten, sollten die größten Lasten nicht von der weniger bemittelten Bevölkerung allein getragen werden. Die ärmere Bevölkerung, die den schrecklichsten aller Kriege gleich vom ersten Tage an zu spüren bekam, vor der größten Not zu schützen, stellte die sozialdemokratische Partei an die Spitze ihrer Kriegsaktionen. So wie im Reichstag, so traten auch in den Gemeindeparlamenten die Vertreter der werktätigen Bevölkerung auf den Plan, um im Sinne einer wirklichen, von keinerlei Sonderinteressen getriebenen Kommunalpolitik mitzuraten und mitzutaten. So leicht war das nicht. Wie von der Reichsregierung fast alle Maßnahmen zu spät kamen, erst durchgeführt wurden, als das Haus an allen Ecken bereits brannte, so gab es auch Gemeinden, die nach dem Wahlspruch der sieben Schwaben: »Jockele, gang du voran ...« abwarteten, was die Nachbargemeinden in puncto Lebensmittelversorgung in Angriff nahmen. Diese leichtfertige Politik hat sich dann auch bitter gerächt. Die Leidtragenden waren wie immer die Konsumenten und von diesen wieder die am schwersten Betroffenen diejenigen, die sozusagen in unserer göttlichen Weltordnung von der Hand in den Mund leben müssen.

Eine der wenigen Kommunen, die eine Ausnahme machte, die sofort begriff, um was es sich handelte, was auf dem Spiele stand, war die Stadt Straßburg i. Els. Straßburg als Festungsstadt an der Westgrenze konnte allerdings nicht lange überlegen. Hier galt es sofort zu handeln, sollte das Wirtschaftsleben nicht schweren Erschütterungen ausgesetzt sein. Als Festung mußte die Stadt sofort Lebensmittel aufspeichern, um einer eventuellen längeren Belagerung standhalten zu können. Aber selbst wenn die Gefahr einer Belagerung nicht in drohender Nähe war, so erfolgten naturgemäß durch die kriegerischen Operationen im Lande Verkehrsstörungen, deren Druck auf Straßburg und seine Bevölkerung so viel als möglich abgewehrt werden mußte. Es kam also nicht allein darauf an, schnell zu handeln, sondern weit mehr darauf, wie gehandelt wurde.

In Straßburg ist von jeher auf Kommunalpolitik von seiten der Bevölkerung großes Gewicht gelegt worden. Das zeigte sich bei allen Wahlkämpfen zu dem Gemeindeparlament. Die immer größer werdende sozialdemokratische Fraktion und

deren Einfluß brachte nicht nur regere Anteilnahme der Bevölkerung an kommunalpolitischen Dingen, sondern auch immer heißer werdende Kämpfe um die Macht, die die bürgerlichen Parteien bisher besaßen und die sie für unerschütterlich hielten.

Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Gemeinderat, die bei der Bevölkerung von Jahr zu Jahr stärker Anklang fand, brachte es 1908 in Straßburg zuwege, daß die Streitaxt zwischen Liberalen, Klerikalen und Mittelständlern begraben und die Front nur gegen die aufstrebende Sozialdemokratie gerichtet wurde. Nach einem mit allen Mitteln geführten Wahlkampf gelang es den vereinigten bürgerlichen Parteien, für die nächsten sechs Jahre die sozialdemokratische Vertretung vom Rathaus fernzuhalten. Die Sieger wurden ihres Sieges nicht froh. Als die sozialistenreine Periode 1914 ihrem Ende zuneigte, da waren sie des Kampfes müde und schlugen für die kommende Gemeinderatssession den Sozialdemokraten den Proporz vor. Als stärkste Partei — 15 Vertreter von 36 — zog die sozialdemokratische Partei ins Rathaus ein und hatte durch den zwei Monate später hereinbrechenden Krieg reichlich Gelegenheit, der Bevölkerung zu zeigen, wie wirklich praktische Kommunalpolitik getrieben wird.

Bereits am 8. August 1914 regte die Stadtverwaltung beim elsaß-lothringischen Ministerium die Gründung einer Gesellschaft zum Ankauf und zur Einlagerung von Getreide für Zeiten der Not an. Es handelte sich darum, bei Stockungen in der Einfuhr, da Straßburg auf ausländische Einfuhr angewiesen war, sich Getreide zu sichern, und bei Mangel an einzuführendem Getreide das eingelagerte Getreide sofort zu vermahlen und der Bevölkerung mit Mehl auszuhelfen. Das Ministerium nahm zunächst eine abwartende Haltung ein. Da damit kein Getreide zu beschaffen war, wurde die Gesellschaft dann gemeinschaftlich durch die Bezirke Ober- und Unterelsaß und die Städte Kolmar, Mülhausen und Straßburg im Verein mit zwei großen Mühlenwerken gegründet. Den Einkauf des Getreides besorgten die beiden Mühlenwerke ohne Provision und ohne Einkaufsspesen. Die Tätigkeit der gegründeten Gesellschaft zur Beschaffung von Mühlenprodukten ist natürlich gemeinnützig. Ein Paragraph der Satzungen setzt extra die Höchstdividende für das Gesellschaftskapital auf 4 Prozent pro Jahr fest. Ein eventueller Mehrgewinn wird zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke abgeführt.

Neben dieser Gesellschaft wurde sofort nach Kriegsausbruch eine Gesellschaft für Kriegsernährung gegründet. Es ist die erste ihrer Art in Deutschland. Die Aufgaben dieser Gesellschaft sind:

1. Verwertung der bei Kriegsbeginn eingekauften Nahrungsmittel,
2. deren regelmäßige Ergänzung und Erneuerung, und
3. Einwirkung auf die am Platze einzuhaltenden Groß- und Kleinverkaufspreise.

Es kam darauf an, daß die Waren sachgemäß gelagert, verwaltet und an die Verbraucher abgeführt wurden. Mit einer großen Konservenfabrikationsfirma wurde die Gesellschaft gegründet. Die Gesellschaft übernahm die Warenvorräte der Stadt, soweit es sich um Spezerei-Kolonialwaren handelte, und ferner die der gleichen Gattung angehörenden Bestände der Konservenfabrik. Die Waren der Gesellschaft gehen direkt vom Lager der Gesellschaft an die Detailverkäufer, das sind fast alle Spezereiwarenhändler in der Stadt, die sich natürlich verpflichten mußten, die vorgeschriebenen Bedingungen einzuhalten. Als Verdienst wurde den Detaillisten ein Preisaufschlag von 12 Prozent zugebilligt. Mit dieser Einrichtung war einmal der Zwischenhandel ausgeschlossen und ferner war die wirtschaftliche Existenz von etwa 400 Spezereigeschäften erhalten, die allerdings Waren derselben Gattung nicht von anderswoher beziehen durften, um keine Überforderung zuzulassen, da ja sonst der Spezereihändler die Ausrede gehabt hätte, die Waren habe er nicht von der Gesellschaft bezogen, sondern teurer eingekauft. Zu diesen beiden Vorzügen kam noch der eigentliche Hauptvorzug, daß durch die

Gründung der Gesellschaft die Möglichkeit da war, gerechte Höchstpreise festzusetzen, weil auf Grund der eigenen, regelmäßig neu erfolgenden Ankäufe die Gesellschaft stets in der Lage war, die Preise des Engrosmarktes und danach die Preise für den Kleinverkauf festzustellen. Heute hat sich denn auch die segensreiche Tätigkeit dieser Gesellschaft erwiesen. Hätte die Stadt Straßburg die beiden Gesellschaften nicht, so wäre es ihr gegangen wie leider so vielen Städten, es hätten nicht nur viele Artikel sehr bald gefehlt, sondern auch jene, die noch zu beschaffen waren, hätten einen enorm hohen Preis gehabt. Straßburg ist seinerzeit die Stadt gewesen, die immer Reis hatte, der im Mai 1916 gerade halb soviel kostete wie der Reis in Berlin.

Als weitere Einrichtung gründete der Straßburger Gemeinderat die Milchzentrale, einen gemischtwirtschaftlichen Betrieb durch Schaffung einer Aktiengesellschaft. Straßburg hat bereits gemischtwirtschaftliche Betriebe, und zwar das Elektrizitätswerk, das Gaswerk und die Straßenbahn. Die Statuten bei den gemischtwirtschaftlichen Betrieben sind so gehalten, daß die Stadt eine Aktie über die Hälfte aller Aktien besitzt, also in den Gesellschaften nach dem Stammkapital die absolute Mehrheit hat. Mit den größten Molkereien der Stadt wurde die Milchzentrale gegründet. Sämtliche Milch, die bisher von den Molkereien oder von den Bauern in die Stadt direkt an die Haushaltungen gebracht wurde, geht an die Milchzentrale, die übrigens ein Laboratorium zur Untersuchung der Milch hat und dann die Milch wiederum an zirka 200 Milchgeschäfte abgibt, die lediglich Verkäufer der Stadt respektive der Milchzentrale sind. Ein Privatverkauf von Milch innerhalb der Stadt ist in Straßburg nicht möglich. In den Milchgeschäften bekommt nur derjenige Milch, der eine Milchkarte, ähnlich der Brotkarte vorzeigt, aus der dann die Abschnitte herausgetrennt werden. Diese Abschnitte dienen dann wiederum den Milchgeschäften gegenüber der Zentrale als Quittung für verkaufte Milch. Jeder Einwohner von Straßburg, ganz gleich ob Arbeiter oder Minister, erhält pro Mann, pro Frau, pro Kind das gleiche Quantum Milch. Sind durch Mangel an Milch Kürzungen im Quantum pro Kopf nötig, so werden nur die Rationen für Männer und Frauen gekürzt. Kinder, Kranke und alte Leute erhalten stets das festgesetzte Quantum. Durch die Schaffung der Milchzentrale ist eine geregelte Verteilung gesichert und auch hier wiederum der Zwischenhandel ausgeschaltet sowie ein Übertreten der Höchstpreise unmöglich. Aber ein Weiteres kommt noch hinzu. Die Milchzentrale ist infolge ihres Charakters in der Lage, viel mehr Milch in die Stadt zu besorgen, als sonst möglich wäre. An einem Beispiel kann das sofort bewiesen werden. Während eine ganze Reihe rheinischer Städte dauernd unter Milchmangel zu leiden haben, ist in Straßburg bisher noch keine Kalamität eingetreten. Es haben zum Beispiel im Dezember 1915 Essen auf 500 000 Einwohner 60 000 Liter, Gelsenkirchen auf 160 000 Einwohner 26 000 Liter, Düsseldorf auf 400 000 Einwohner 60 000 Liter, Saarbrücken auf 100 000 Einwohner 10 000 Liter zur Verfügung gehabt, während Straßburg im gleichen Monat auf 180 000 Einwohner 40 000 Liter Milch hatte.

Ähnlich wie bei der Milchversorgung liegt es mit der Fleischversorgung. Allerdings ist auch in Straßburg dieses Kapitel ebenso wie in allen anderen Städten das heikelste. Aber nach allen Meldungen aus anderen Städten über deren Fleischversorgung scheint Straßburg doch wohl die für die Bevölkerung glücklichste Lösung gefunden zu haben, nämlich: Die Stadt Straßburg ist der einzige Metzger in der Stadt. Bei der Fleischverteilung ist das Augenmerk auf eine gerechte und den Vermögensverhältnissen der einzelnen Klassen entsprechende Verteilung gerichtet gewesen. Zunächst wurde eine allgemeine Umfrage über die Einkommensverhältnisse der Familien veranstaltet, um auf Grund ihrer Ergebnisse den Minderbemittelten mittels besonderer Ausweiskarten das Vorrecht zum Einkauf der billigeren Fleischwaren sowie der weniger teueren städtischen Vorräte zu sichern. Alles Vieh, das nach Straßburg kommt, wird im städtischen Schlachthof geschlachtet und dann

an die Metzgerläden verteilt. Auch bei einem etwaigen weiteren Rückgang der Schlachtungen bleibt so eine gerechte Verteilung gesichert. Die Stadt kann als Eigentümerin sämtlicher Schlachtabfälle diese zu einem festgesetzten Einheitspreis an die Kuttlermeister abgeben und so der ärmeren Bevölkerung billigere Kuttlerware sichern. Die Wurstler werden bei der Zuweisung des Fleisches beziehungsweise der Schweine wie die Metzger behandelt nach der Maßgabe ihres bisherigen Bedarfs. Fleisch, Fleischabfälle und Eingeweide von Schweinen dürfen, soweit sie den Metzgern zur Verfügung stehen, auch zu Wurst verarbeitet werden. Die bisherigen Metzger sind also lediglich Verkäufer der Stadt. Jeder Einwohner der Stadt hat ein Fleischheft mit Abschnitten zu 50 und 25 Gramm. Augenblicklich kommen auf den Kopf der erwachsenen Bevölkerung 400 Gramm Fleisch. Jeder Einwohner hat anzugeben, bei welchem Metzger er Fleisch kaufen will. Auf diesen Metzger lautet dann das Fleischheft, und von der Stadt bekommt der Metzger so viel Gramm Fleisch, als nach Anzahl der eingetragenen Kunden ihm zusteht. Ausgenommen davon sind nur Wurstwaren, die man bei jedem Metzger gegen Abschnitte aus dem Fleischheft kaufen kann. Ebenso wie auf Kolonialwaren sind auch für Fleisch- und Wurstwaren Höchstpreise festgesetzt. Gefällt einem Bürger der Metzger nicht, so kann er sich jeden Monat auf einen anderen Metzger umschreiben lassen. Kuttlerwaren erhalten nur diejenigen Haushaltungen, die unter 1200 Mark Jahreseinkommen bleiben. Der Einkauf der Kuttlerwaren — die Stadt hat mit den in den Vogesen stehenden Armeekorps ein Abkommen getroffen, wonach sie alle Schlachtabfälle usw. kauft — regelt sich ebenso wie der Fleischverkauf nach bestimmten Kuttlern und Abschnitten von der Kuttlerkarte.

Neben dieser Regelung der Lebensmittelversorgung hat Straßburg noch ein Weiteres getan. Die Stadt hat in Lothringen, das als Fischlieferant bekannt ist, Weiher gepachtet und bringt die dort gefangenen Fische in Straßburg zu festgesetzten, in der Presse bekanntgegebenen Preisen auf den Markt. Dann hat Straßburg noch eine städtische Gefrieranlage und Kühlhalle, in der sie für Zeiten dringendster Not Gefrierfleisch (von Holländer und Schweizer Vieh) aufgehoben hat. Allerdings wird bereits jetzt infolge Mangels an Zufuhr von Fleisch Gefrierfleisch verkauft.

Auch die Versorgung mit Kartoffeln ist anders wie in den übrigen Großstädten. Auf Grund der bereits erwähnten Einkommensfragebogen, die vom Gouvernement unter Strafandrohung für unrichtige Angaben genehmigt wurden, werden jetzt dreierlei Bezugskarten für den gesamten Bedarf der Bevölkerung für Frühkartoffeln herausgegeben. Die ärmere Bevölkerung erhält eine grüne Bezugskarte und zahlt für den Zentner 6 Mark, die bessergestellte Bevölkerung erhält die gelbe Karte und zahlt für den Zentner 8 Mark, die reiche Bevölkerung erhält eine rote Karte und muß für den Zentner 12 Mark bezahlen. Auch eine Schweinezucht besitzt Straßburg; sie ist zwar nicht sehr groß, aber wenn erst einige Erfahrungen gesammelt sind, wird der weitere Ausbau dieser Zucht nicht lange auf sich warten lassen. Die Fütterung der Tiere kostet die Stadt fast nichts, da dazu die Abfälle aus dem Bürgerspital genommen werden und außerdem Straßburg, bevor das Reich daran dachte, bereits die Küchenabfälle der Haushaltungen auf Grund einer bürgermeisterlichen Verordnung gesondert vom übrigen Kehricht in besonderen Eimern auffangen ließ. Neben der Schweinezucht hat die Stadt Straßburg auch seit kurzem eine Milchkuhhaltung eingerichtet. Vorerst sind 100 Kühe beschafft worden. Auch hier müssen erst Erfahrungen gesammelt werden, um an eine Vergrößerung der Einrichtung zu gehen. In den letzten Tagen ist dann zu der Schweinezucht und Kuhhaltung noch eine Enten- und Gänsezucht gekommen.

Als Arbeitgeber ist die Stadt bereits seit Kriegsbeginn aufgetreten, und zwar hat sie im September 1914 einen städtischen Nähbetrieb eingerichtet. Es wurde ein Sonderausschuß aus Gemeinderatsmitgliedern eingesetzt, der einen städtischen Nähbetrieb einrichten und betreiben sollte zur Beschäftigung arbeits-

loser Frauen. In der in einem größeren Restaurant eingerichteten Werkstätte sind durchschnittlich 70 Frauen und 70 Mädchen beschäftigt. Mit Heimarbeit werden je nach Eingang der Aufträge bis zu 500 Personen versehen. Der Betrieb kostet die Stadt nichts, er erhält sich aus sich selbst heraus. Die Löhne schwanken zwischen 2,50 Mark bis 5 Mark pro Tag. In Arbeit genommen werden hauptsächlich Hemden, Taschentücher, Unterhosen, Drillichjacken und -hosen, Halstücher, Helmüberzüge, Leinenkittel, Schürzen, Handtücher und ähnliche Sachen. In sozialer Hinsicht hat dieser städtische Betrieb sehr günstig gewirkt. Es ist dadurch nicht nur einer Reihe beschäftigungsloser Frauen Arbeit verschafft worden, sondern durch das Beispiel der Stadt und durch teilweise auf ihre Anregung veranlaßte Maßnahmen der Militärbehörden ist auch bewirkt worden, daß private Firmen anständige Löhne zahlen müssen, die früher Löhne zahlten, die in keinem Verhältnis zu dem standen, was diese Firmen für die fertigen Erzeugnisse ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen erhielten.

Mit den getroffenen Maßnahmen ist natürlich der Kommunalpolitik Weisheitgipfel nicht erklommen. Die Maßnahmen können nur Wegweiser sein. Wenn Straßburg aber in bezug auf Kommunalpolitik während des Krieges recht anerkennenswerte Leistungen erzielen konnte, so zeigt das andererseits auch, wie falsch und demagogisch das Geschrei bei allen Wahlen seitens bürgerlicher Parteien war, die immer wieder in all ihren Flugblättern und Zeitungsartikeln vor den »Sozialdemokraten auf dem Rathaus« warnten, und denen keine Farbe zu grell war, um den nun beginnenden Zusammenbruch so vieler Kleinhändlerexistenzen den schaudernden Bourgeois hinmalen zu können. Die Maßnahmen der Gemeindeverwaltung Straßburg, in der die sozialdemokratische Fraktion die größte Gruppe der Parteien ist, haben bewiesen, daß auf der einen Seite die ärmere Bevölkerung vor der größten Not geschützt werden und auf der anderen Seite dem durch den Krieg und seine verheerenden Wirkungen im Wirtschaftsleben bedingten Zusammenbruch von so vielen selbständigen Existenzen stark vorgebeugt werden kann.

Es kommt eben immer darauf an, ob man Hammer oder Amboß ist, ob man neue Wege gehen oder im alten Schlendrian fortwursteln will.

Literarische Rundschau.

Professor Friedrich Lenz, **Macht und Wirtschaft, die Voraussetzungen des modernen Krieges.** München 1915, Verlag von F. Bruckmann A.-G. 224 Seiten. Preis 6 Mark.

Professor E. Marcks, **Der Imperialismus und der Weltkrieg.** 1. Heft des 8. Bandes der Vorträge der Gehe-Stiftung zu Dresden (1916). Leipzig und Dresden, Verlag B. G. Teubner. 26 Seiten. Preis 80 Pfennig.

Dr. Karl Kumpmann, **Imperialismus und Pazifismus in volkswirtschaftlicher Beleuchtung.** 72. Heft der Schriftenserie »Der Deutsche Krieg«. Stuttgart, Berlin, Deutsche Verlagsanstalt. 47 Seiten. Preis 50 Pfennig.

Professor Lenz beabsichtigt, ein großes Werk über »Macht und Wirtschaft« zu veröffentlichen, von dem die angeführte Arbeit nur den ersten Band darstellt. In diesem Werke soll »die Grundbeziehung zwischen politischer Ökonomie und politischer Historie aufgesucht und dargestellt worden«, so verspricht der Autor im Vorwort. Die Gliederung des ganzen Werkes in »machtpolitische«, »technische«, »wirtschaftliche« und »politische Voraussetzungen« des Krieges ließ annehmen, daß man es hier mit einer recht interessanten Untersuchung zu tun hat. In Wirklichkeit haben wir selten etwas Konfuseres und Verworreneres gelesen. Der Standpunkt des Autors, daß heute noch die machtpolitischen Momente die wirtschaftlichen, nationalen und ideellen in den Hintergrund drängen und daß um des Machtgedan-

kens willen auch dieser Krieg entbrannt ist, wird zwar vielfach hervorgehoben, findet aber in der überhaupt sehr verschwommenen Darlegung keine Rechtfertigung. Einen beträchtlichen Teil des Werkes macht eine Polemik gegen die Pazifisten, speziell gegen Fried und N. Angell aus. Lenz vermag einige Schwächen und Unrichtigkeiten in den Behauptungen der Pazifisten aufzudecken, den Kern der Sache trifft er aber nicht.

Gewiß ist es ein Widerspruch, wenn Fried einen Krieg gegen Rußland predigt, wie Lenz behauptet. Was besagt es aber gegen den Pazifismus? Mit der abgedroschenen Phrase, daß sich im Kriege die Tüchtigkeit bewähre, widerlegt man den Pazifismus nicht. Ebenso mögen viele Beispiele N. Angells unzutreffend sein; daß aber ein Krieg keinen wirtschaftlichen Nutzen zu bringen vermag, wird gerade dieser Krieg aufs furchtbarste beweisen.

Auch Kumpmann setzt sich mit dem Pazifismus auseinander. Er glaubt aber, daß im Gegensatz zum kriegerischen Imperialismus Englands der deutsche Imperialismus ein pazifistischer sei. Erst durch den Imperialismus will er zum Pazifismus gelangen, wie manche Genossen durch den Imperialismus zum Sozialismus kommen möchten. Er bestreitet die »Naturnotwendigkeit« der Interessengegensätzlichkeit der Völker, meint aber, daß England allein der Herr der Welt sein will, während Deutschland die gleichen Rechte für alle Länder erkämpfen will. Was wird er aber zu den Ausführungen von Lenz sagen? Ist denn die Freiheit überhaupt denkbar, wenn die Normen des Rechtes als für den Staat nicht bestehend erklärt werden? Lenz sagt nämlich, daß »die Normen des Völkerrechts ausschließlich aus machtpolitischen Erwägungen heraus geschaffen, gehalten, verletzt, aufgehoben werden«. Das mag für die Gegenwart zutreffend sein. Wer dies aber als oberstes Gebot, wer den »Staat« außerhalb jeder Gesetzesnormierung stellt, der muß Krieg und Knechtschaft als ewigen Faktor im menschlichen Leben anerkennen.

Das tut auch Lenz. Aus diesen Erwägungen heraus erklärt er beispielsweise auch, daß eine Verständigung zwischen Deutschland und England ausgeschlossen war, nicht etwa aus wirtschaftlichen Gegensätzen, sondern infolge ihrer gegensätzlichen machtpolitischen Bestrebungen. »Welchen Sinn«, fragt er, »hatte eine deutsch-englische ‚Verständigung'? Gab sie Deutschland wirklich jenen Anteil an der Welt, den es verlangen muß — und das ward unsererseits amtlich verkündet —, dann bedeutete dies ja Englands freiwilligen Verzicht auf jenes Ziel (die Ausdehnung Deutschlands zu verhindern. Sp.).... Hatte Großbritannien endlich seine Angst vor der deutschen Flotte eingebüßt?

... Ist England ohne Krieg bereit gewesen, uns die staatliche Zukunft der Türkei zu garantieren?... Hat Großbritannien sich seines politischen Einflusses auf Portugal und Belgien fernerhin so weit entäußert, daß unserer nur wirtschaftlichen Teilnahme an Zentralafrika kein Hindernis daraus erwachsen könnte? Ist beides nicht der Fall gewesen, hat Großbritannien uns die unerläßlichen politischen Garantien unserer Weltstellung in Vorderasien und Mittelafrika nicht geboten, dann kommt der britisch-deutschen ‚Verständigung' kein dauernder politischer Gehalt zu.«

Zuerst verneint er es selber, daß England die »politischen Garantien« schaffen wollte, als ob es sich darum überhaupt gehandelt hätte, und spricht dann triumphierend der Verständigung den politischen Gehalt ab!

Umgekehrt glaubt Marcks an die Möglichkeit einer Verständigung zwischen Deutschland und England sowohl in Vorderasien als in Zentralafrika. Er, der den Krieg zunächst auf das Bestreben Englands nach ausschließlicher Weltherrschaft zurückführt, muß dann die Ursache des Krieges allein in der Handelsrivalität suchen, kommt also zu völlig entgegengesetzter Ansicht als Lenz. So heben die Behauptungen beider einander auf!

Übrigens stimmen alle angeführten Autoren darin überein, daß die Flotte Deutschlands es gewesen ist, an der schließlich alle Annäherungsversuche scheiterten. England bestand auf seiner Superiorität zur See, was, nach Ansicht der

genannten Autoren, für Deutschland unannehmbar war. Marcks und Lenz singen beide ein Loblied auf die Macht, den Krieg und den Imperialismus. Kumpmann erklärt dagegen zum Schlusse seiner Ausführungen: »Aller Machtimperialismus von den Zeiten der Babylonier, Ägypter, Perser bis zum Weltreichstraum Napoleons I. ist schließlich in sich zusammengebrochen.... Die Herrschaft trieb die geknebelten Völker zu immer erneuten Empörungen, sie verdarb die Gesinnung und Kraft des Herrn.« Er meint dann, daß »der britische Imperialismus zwar nicht durch eine utopische Weltfriedensidee, wohl aber durch die kampfesmutige Überzeugung von der Völkersolidarität überwunden werden wird«. Das paßt aber ebensogut auf jeglichen Imperialismus, nur begreifen wir den Unterschied zwischen der Völkersolidarität und dem Weltfrieden nicht, vor allem gibt Kumpmann nicht an, wann und wie sich diese Solidarität verwirklichen könnte, während der »machtpolitische« Philosoph Lenz zugibt, daß mit dem Sozialismus die Staatenkämpfe verschwinden werden.

Der wichtigste Mangel der angeführten Schriften ist aber, daß sie alle »Kriegswissenschaft«, keine objektive Wissenschaft bieten. Sie suchen die allgemeinen Erscheinungen des Imperialismus zu individualisieren, als spezielle Eigenschaften bloß eines besonderen Imperialismus darzustellen. Sie geraten dadurch stets in Widersprüche und verfehlen ihren Zweck, eine Erklärung des Krieges zu geben. Sp.

Dr. Bernhard Harms, **Deutschlands Anteil an Welthandel und Weltschiffahrt.** Stuttgart 1916, Union Deutsche Verlagsgesellschaft. 205 Seiten.

Das Buch ist eine im allgemeinen verständige, von blödem Chauvinismus freie Erläuterung der deutschen Handelsstatistik.

Wenn sich der Verfasser auch nicht über die indirekte Abhängigkeit Deutschlands vom Ausland in der Lebensmittelversorgung täuscht, so überschätzt er doch die Wichtigkeit der Selbstversorgung und unterschätzt die Größe der indirekten Abhängigkeit vom Ausland. Ganz richtig sieht er im Bezug ausländischer Futtermittel die Bedingung des großen deutschen Viehstapels, seiner raschen Aufzucht und Mästung und seiner hohen Milchergiebigkeit. Aber er übersieht, daß auch die deutsche Getreideernte von ausländischen Wanderarbeitern, beziehungsweise Kriegsgefangenen abhängt.

In meinen Artikeln über den deutsch-englischen Wettbewerb habe ich schon auf den überaus wichtigen Umstand hingewiesen, daß Deutschland und England ganz verschiedene Absatzgebiete haben, wodurch sich die Reibungsflächen sehr verkleinern. Harms veranschaulicht das Hauptinteresse Deutschlands am kontinentalen Absatz mit folgender Aufstellung:

	Gesamthandel in Mill. Mark	Prozent des Gesamthandels	Einfuhr in Mill. Mark	Prozent der Gesamteinfuhr	Ausfuhr in Mill. Mark	Prozent der Gesamtausfuhr
Europäische Länder . .	13565,5	65,1	5888,0	54,7	7677,5	76,1
Nichteuropäische Länder	7278,1	34,9	4869,0	45,3	2409,1	23,9

»Charakteristisch für den gesamten außereuropäischen Verkehr ist nun, daß er auf der ganzen Linie passiv ist. Während Deutschland im Verkehr mit den europäischen Staaten einen Ausfuhrüberschuß von 1789 Millionen Mark hat, ergibt sich für den außereuropäischen Verkehr eine Unterbilanz von 2460 Millionen Mark. Und zwar ist die Passivität bei jedem einzelnen Erdteil vorhanden.«

Daraus folgt ein Doppeltes: Daß die Schwächung der verbündeten oder feindlichen Staaten durch den Krieg die Aufnahmefähigkeit der wichtigsten Kunden Deutschlands trifft, das dadurch zum Ausbau seines Exports in andere Erdteile gezwungen wird, wo Yankees und Japanesen schon den ersten Platz erobert zu

haben glauben; dann daß die Verbindung mit der Donaumonarchie weder die überseeischen Lieferanten noch die jetzt feindlichen Kunden auf dem Kontinent ersetzen kann. a. h.

Henri Lambert, **Ein neuer Gesichtspunkt zur Friedensfrage.** Deutsch von Klara Sokolowsky. Zürich 1916, Verlag Artistisches Institut Orell Füßli. 38 Seiten. Preis 80 Rappen.

Man kann nicht sagen, daß in der angeführten Schrift des bekannten belgischen Großindustriellen Lambert wirklich ein neuer Gesichtspunkt zur Friedensfrage zutage tritt. Denn der Gedanke, daß der Freihandel und die Internationalisierung der Kolonien eine Garantie des Weltfriedens bedeuten, ist sicher nicht neu, sondern wird von fast allen Freihändlern seit Cobden immer wieder betont. Die ganze Schrift stellt auch nur eine ausführlichere, wenn auch keineswegs verbesserte Auflage des Briefes desselben Lambert an M. W. Wilson vom 8. Oktober 1914 dar, der in der Beilage angeführt wird und in der Tat ein interessantes zeitgemäßes Dokument darstellt. Dieser Brief bringt seinen Friedensvorschlag in sachlicher Weise, ohne die moralischen Räsonnements der Schrift, zum Ausdruck. Wenn uns die Schrift immerhin interessant erscheint, so hauptsächlich darum, weil sie uns zeigt, wie wenig selbst hervorragende Männer der Praxis die wirklichen Entwicklungstendenzen kennen. So, wenn Lambert meint, daß »die Lage Deutschlands in bezug auf seine auswärtigen Absatzmöglichkeiten eine sehr prekäre ist«, obwohl doch Deutschland die stärkste Ausfuhrsteigerung aufweisen konnte!

Auf die Pläne Lamberts selbst einzugehen, ist wohl nicht nötig. Es sei nur bemerkt, daß er sehr richtig die Forderung der »offenen Tür« in den Kolonien mit der Forderung des Freihandels für die Mutterländer verbindet. So stoßen wir bei der Verwirklichung der »offenen Tür« in den Kolonien sofort auf die Frage: Was ist eine Kolonie? Gehört Algerien noch zu den Kolonien? Ist Sibirien eine Kolonie? Soll England seinen sich selbstverwaltenden Kolonien über ihre Handelspolitik Vorschriften machen? Man sieht, die Kolonien können heute nicht mehr als bloße Objekte der Ausbeutung betrachtet werden; ihre Handelspolitik richtet sich nach der der kapitalistischen Länder überhaupt. Dagegen ist es durchaus falsch, wenn Lambert glaubt, daß man im Friedensvertrag die Handelsprobleme regulieren kann. Selbst auf der Basis der gegenwärtigen Zollbegünstigung würden solche Verträge die Zielscheibe der mit ihnen unzufriedenen Unternehmerschichten bilden und die kriegerische Agitation schüren. Die Handelsbeziehungen dürfen allein auf dem Wege gegenseitiger Abmachungen geregelt werden. Sp.

Notizen.

Von der rumänischen Landwirtschaft. Nach den internationalen Übersichten des »Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich« (36. Jahrgang, 1915) beträgt der gesamte Flächeninhalt Rumäniens etwa 13,1 Millionen Hektar.[1] Davon wurden 1913 rund 59 Prozent für landwirtschaftliche und 17 Prozent für forstwirtschaftliche Zwecke in Anspruch genommen, während 24 Prozent der Gesamtfläche weder land- noch forstwirtschaftlich verwertet wurden.[2] Die landwirtschaftlich benutzte Fläche betrug 1913 7 691 400 Hektar. Über die Benutzung des größten Teiles dieser landwirtschaftlich verwendeten Fläche — nämlich von 6 083 028 Hektar[3] — im Jahre 1915 hat das rumänische Ackerbau- und Do-

---

[1] Der Flächeninhalt wird a. a. O., S. 3 mit 131 353 und a. a. O., S. 24 mit 130 177 Quadratkilometer angegeben.

[2] Die entsprechenden Prozentzahlen waren 1913 für Deutschland 64,3, 26,3 und 9,4.

[3] Siehe Anmerkung 5.

mänenministerium genaue und spezialisierte Angaben veröffentlicht.[4] Danach wurden von dieser Fläche verwendet:

Für	Hektar[5]	Prozent der gesamten landwirtschaftlich benutzten Fläche	Es entfielen auf Betriebe mit	
			über 100 Hektar Anbaufläche Prozent	unter 100 Hektar Anbaufläche Prozent
Getreide	5124016	84,24	26,59	73,41
Wurzeln und Wiesen	587767	9,66	23,58	76,42
Weinberge, Pflaumengärten und Anpflanzungen	307298	5,04	5,57	94,43
Hülsenfrüchte und Knollengemüse	104657	1,72	29,55	70,45
Textilstoffe und Ölfrüchte . . .	59296	0,98	67,47	32,53
Gärtnereierzeugnisse	25753	0,42	3,15	96,85

Diese Tabelle zeigt zunächst die überwiegende Bedeutung, die in Rumänien dem Getreidebau zukommt — mehr als fünf Sechstel der landwirtschaftlich benutzten Fläche müssen ihm dienen. Dann läßt die Tabelle aber auch den größeren Anteil der Betriebe mit weniger als 100 Hektar Anbaufläche wie an der Zahl der Betriebe, so auch an der Fläche erkennen — sie umfassen fast drei Viertel (73,87 Prozent) der Gesamtfläche.

Im einzelnen verteilt sich die für den Getreidebau in Anspruch genommene Fläche auf die einzelnen Getreidearten wie folgt:

	Hektar	Prozent der Getreidefläche
Mais	2107289	41,1
Weizen	1904249	37,2
Gerste	554900	10,8
Hafer	430963	8,4
Roggen	75613	1,5
Hirse	50727	1
Buchweizen	275	0,0

Diese Zahlen weichen ganz erheblich von denen ab, die an anderer Stelle für zwei Jahre vorher mitgeteilt werden. Danach[6] wurden 1913 in Anspruch genommen: für Mais 2 147 000, für Weizen 1 623 000, für Gerste 563 000, für Hafer 522 000 und für Roggen 91 000 Hektar. Von 1913 zu 1915 hat also die Anbaufläche für Weizen sehr stark — um 280 000 Hektar gleich 17 Prozent — zugenommen. Dagegen ist der Anteil aller übrigen Getreidearten an der Anbaufläche zurückgegangen. -etz-

[4] Mitgeteilt in den »Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft«, Jahrgang 1916, Nr. 37.

[5] Bei der Mitteilung in den »Nachrichten usw.« hat sich ein Fehler eingeschlichen. Infolgedessen ergeben die Einzelangaben dieser Spalte als Summe 6 208 787 Hektar, also mehr, als oben für die landwirtschaftlich benutzte Gesamtfläche angegeben worden ist. Dementsprechend ergibt die folgende Spalte etwas mehr als 100, da die Prozentzahlen von der geringeren Gesamtflächenangabe berechnet worden sind. Wo der Fehler steckt, ist nicht zu erkennen; er ist aber verhältnismäßig geringfügig.

[6] Dr. A. Schulte im Hofe, »Die Welterzeugung von Lebensmitteln und Rohstoffen und die Versorgung Deutschlands in der Vergangenheit und Zukunft«, Berlin 1916.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 20 Ausgegeben am 18. August 1916 34. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Rumäniens Wirtschaft.[1]

Von Adolf Werner.

28. Juli 1916.

Schon vor einem Jahre sagten Propheten den Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg als Folge der italienischen Intervention voraus. In der Neuen Zeit wurden damals[2] diese Prophezeiungen bezweifelt, und die Ereignisse haben die Richtigkeit der skeptischen Zurückhaltung bestätigt. Mit jenen Zweifeln darf aber nicht gesagt sein, daß die Rumänen nicht eingreifen würden, wenn es ihnen rätlich schiene. Der Hinweis auf Beßarabien, der die Regierung des Hohenzollernkönigs Ferdinand an die Seite der Mittelmächte locken soll, verfängt nicht: einmal weil Beßarabien nur etwas über eine Million Rumänen unter Ruthenen, Russen, Juden, Deutschen zählt, dann weil mit seiner Erwerbung Rumänien eine lang gesteckte Nordostgrenze erhält, die gegen das, wie die letzte Zeit beweist, militärisch leistungsfähige Rußland so schwer wie Galizien zu verteidigen ist. Die Augen der rumänischen Nationalisten blicken sehnsüchtig nach der Bukowina und Siebenbürgen, wo vier Millionen Volksgenossen in geschlossenen Siedlungen wohnen, nach der transsylvanischen Gebirgsfestung, vor der die Theiß- und Donauebene als strategisch beherrschtes Glacis liegt, wie die Poebene vor den Dolomiten. Die rumänische Irredenta macht zum Anlaß der von ihr genährten Erregung das Verhältnis der ungarländischen Rumänen zu den Magyaren und wärmt sich an dem lebhaften Unwillen, daß Deutsche und Österreicher in Rumänien reich werden, während rumänischem Getreide die Grenzen der Mittelmächte gesperrt bleiben.

So war es auch nur eine mechanische Folge der energischen Konzentration österreichisch-ungarischer Truppen in Südostgalizien nach rückwärts, daß in Rumänien die Kriegshetze wieder lustig losgeht, daß die Wiederkehr der alten Schwierigkeiten für die Ausfuhr rumänischer Erzeugnisse sich ankündigt und der eifrige, aber coram publico noch unverbindliche Flirt des Herrn Bratianu mit den Verbandsmächten mit einem Liebesgeschenk in Gestalt amerikanischer Munition belohnt wird, die bisher aus Mißtrauen zurückgehalten worden ist. Von dem koketten Spiel bis zum nüchternen Ernst des Krieges ist noch ein weiter Weg. Aber die Haltung Rumäniens ist doch wieder fraglich geworden, und damit wurde das Interesse an

[1] Dr. Karl Grünberg, Wirtschaftszustände Rumäniens vor dem Kriege. Wien 1916. Zwei ausgezeichnete Vorträge, die als vorbildliches Muster knapper, inhaltreicher Darstellung besonders Arbeiterbüchereien sehr warm empfohlen seien. Es gibt keine gleichwertig gute Informationsschrift über Rumänien, außer den entsprechenden Kapiteln in der Encyclopädia Britannica, die hier aber natürlich kaum vom Hörensagen bekannt ist.

[2] Anton Hofrichter, Balkanprobleme. Neue Zeit XXXIII, 2, S. 500. Vergl. die dort angegebene Literatur.

der wirtschaftlichen und sozialen Gliederung des Landes geweckt, wie sie in so anschaulicher Weise die Grünbergsche Schrift schildert. Vorerst sei aber noch der politischen Verpflichtungen Rumäniens gedacht. Die jahrelange Zugehörigkeit Rumäniens zu dem alten Dreibund läßt sich mit Zitaten aus Ministerreden belegen. Nach der »Vossischen Zeitung« besteht ein »Bündnis« zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Rumänien seit 1883, das bis 1920 läuft. Professor Hoetzsch spricht wohl richtiger von einer Defensivallianz, deren Artikel 1 im Kriegsfall zu wohlwollender Neutralität verpflichten soll. Wenn Rumänien also bestreitet, daß die Mittelmächte einen Verteidigungskrieg führen, so plädiert es zugleich auf Freiheit von den Pflichten der Defensivallianz, die an sich eng beschränkt sind.

Genosse Hofrichter spricht im angeführten Artikel von einer italo-rumänischen Defensivallianz: »Der ,Corriere della Sera' wußte, erinnern wir uns recht, im zeitigen Frühjahr (1915) von einer Anfrage der italienischen Regierung in Wien über Truppenkonzentrationen an der rumänischen Grenze zu berichten und erwähnte dabei erläuternd die Existenz einer italo-rumänischen Defensivallianz. . . . Die Existenz einer italo-rumänischen Defensivallianz soll, wie behauptet wird, auch die absonderliche Tatsache erklären, daß zwischen Italien und Deutschland formell noch kein Krieg erklärt ist, obwohl die diplomatischen Beziehungen seit mehr als einem Monat abgebrochen sind.« Die »absonderliche Tatsache« besteht noch heute, obwohl niemand für ihren Bestand am morgigen Tag wird bürgen wollen. Die »Basler Nachrichten« führen die italo-rumänische Defensivallianz als Grund dafür an, daß sich Italien und Deutschland nur im erklärten Wirtschafts-, nicht im erklärten Waffenkrieg befinden. Italien würde danach nicht darauf verzichten wollen, den Verpflichtungsfall für Rumänien durch eine Kriegserklärung seitens Deutschlands eintreten zu lassen, Deutschland würde sich aber zu diesem Liebesdienst gegen die italienischen Staatsmänner nicht veranlaßt sehen.

* * *

Das heutige Rumänien deutet mit seinem Namen auf Beziehungen zum alten Rom hin, und die Rumänen fühlen sich auch wirklich gern als Söhne der großen weltbezwingenden Stadt und als Angehörige der lateinischen Rasse. Kaiser Trajan gründete zu Beginn des zweiten Jahrhunderts nach Christi Geburt zwischen den siebenbürgischen Alpen und der Donau eine römische Kolonie, in der die lateinische Sprache nach Abzug der Legionen in den Stürmen der Völkerwanderung bewahrt wurde. Nicht rein, aber so, daß das Rumänische trotz vieler fremder Elemente der romanischen Sprachgruppe zugerechnet werden kann — ein merkwürdiger Beweis für die auch von Renner an interessanten Beispielen veranschaulichten Zähigkeit, mit der die Landbevölkerung im Gegensatz zur städtischen ihre Sprache durch die Stürme der Jahrhunderte rettet. Nebenbei sei bemerkt, daß sich auch in den mazedonischen Tälern Nachkommen einer römischen Kolonie erhalten haben, der auf niedriger Kulturstufe stehende Hirtenstamm der Kutzowalachen, über die Rumänien eine Art Protektorat zu üben bemüht war, wobei es ihm um Sicherung einer gewissen Mitbestimmung bei Lösung der mazedonischen Frage zu tun war. Durch Jahrhunderte verschwand Rumänien aus der europäischen Geschichte. Später gerieten die Stammesfürsten in Abhängigkeit von der Pforte, nur einem unter ihnen gelang für kurze Zeit die nationale Einigung aller Rumänen. Als sich der russische Staat be-

festigte und in Gegensatz zur Pforte geriet, suchten die moldauischen und walachischen Fürsten — die Moldau war das nördliche, die Walachei das südliche Fürstentum — in den Zaren Stützen gegen ihren Oberherrn. Die Folge war die Beseitigung der nationalen Fürsten und ihre Ersetzung durch im Dienste der Pforte erprobte Griechen — nach dem griechischen Stadtteil Konstantinopels »Phanarioten« genannt —, die auf drei Jahre bestellt, ansehnlichen Tribut für die Pforte herauswirtschaften mußten und daneben selbst noch reich werden wollten. Aus der Machtstellung der Griechen in Rumänien erklärt sich, daß 1821 mit der Schilderhebung Alexander Ypsilantis von Rumänien aus der berühmte griechische Aufstand begann.

So früh war Rußland in dem Land zu Einfluß gekommen, das auf dem Wege nach dem so heiß begehrten Konstantinopel liegt. Diesen Einfluß hatte die Türkei schon 1774 im Frieden von Kutschuk-Kainardschi auch völkerrechtlich in der Form anerkannt, daß der russische Botschafter Kontroll- und Schutzrechte über die Donaufürstentümer erhielt — ein sichtliches Zeichen des Verfalls der Türkei, in der ein ausländischer Botschafter zu einem Faktor der inneren Politik wurde. Diese Rolle behielt Rußland bei und festigte sie noch in den 1812 und 1829 mit der Türkei geschlossenen Friedensverträgen. Im letzten, dem von Adrianopel, erhielten die rumänischen Fürstentümer volle Selbstverwaltung gegen Anerkennung des Sultans als Oberherrn und Ablieferung eines Tributs. Die Russen »befreiten« nicht umsonst. Sie nahmen sich 1812 Beßarabien. Die Österreicher hatten sich schon 1775 der Bukowina, des »Buchenlandes«, bemächtigt.

Während in Serbien und Bulgarien unter den Türken der christliche nationale Großgrundbesitz verschwand und an seine Stelle der mohammedanische trat, blieben die rumänischen Grundherren, die Bojaren, im Besitz ihrer wirtschaftlichen Macht. Daraus erklärt sich die frappierende Verschiedenheit im sozialen Aufbau der ländlichen Bevölkerung: in Serbien und Bulgarien bedeutete die Vertreibung des türkischen Oberherrn Vertreibung der Grundherren, Bauernbefreiung. In Rumänien gewannen die Grundherren nach Vertreibung der türkisch-griechischen Beamten zur wirtschaftlichen Macht die politische Herrschaft. Die Bauernbefreiung mußte und muß dort gegen Grundherren der eigenen Nation durchgeführt werden.

Die politische Einigung der beiden Fürstentümer begann damit, daß 1859 Alexandru Joan Cuza in beiden zum Fürsten gewählt wurde. Nach seinem Sturz (1866) und der Wahl des Hohenzollernprinzen Karl an seiner Stelle erhielten die »Vereinigten Fürstentümer« den Namen Rumänien, das 1881 Königreich wurde. Im Russisch-Türkischen Kriege 1877/78 leisteten die rumänischen Hilfstruppen den Russen die wertvollsten Dienste. Der Lohn war die Dobrudscha und die Aufhebung der türkischen Oberherrlichkeit. Dagegen mußten die Rumänen auf den Teil Beßarabiens verzichten, der von Rußland nach dem Krimkrieg im Pariser Frieden hatte abgetreten werden müssen.

Seitdem war die rumänische Politik, sicherlich auch stark unter dynastischem Einfluß, auf ein gutes Einvernehmen mit den Mittelmächten gerichtet, die einen Schutz gegen den russischen Ausbreitungsdrang nach Konstantinopel zu bieten schienen. Eine Änderung trat erst 1913 ein: Rumänien hatte durch kluge Politik seine Isolierung im ersten Balkankrieg überwunden und auf Kosten Bulgariens, eines anderen Schützlings Österreich-

Ungarns, eine ausgeprägte Vormachtstellung auf dem Balkan gewonnen. Darüber ging auch die rumänisch-mitteleuropäische Freundschaft in Brüche, und ein Besuch des Zaren in Konstantza machte den Schlußpunkt unter die für die Mittelmächte unerfreuliche Geschichte, die der Deutsche Kaiser in Person zum Besseren hatte wenden wollen.

* * *

Die wirtschaftliche Bedeutung Rumäniens im Welthandel beruht auf seiner Ausfuhr von Getreide und Erdöl.

Im Jahresdurchschnitt 1861/65 führte Rumänien für 70 Millionen Lei (ein Lei gleich 80 Pfennig), 1913 für 590 Millionen Lei ein; im Jahresdurchschnitt 1861/65 führte es für 119,3 Millionen Lei, 1913 für 670,7 Millionen Lei aus. Die Handelsbilanz ist aktiv, das heißt sie weist einen Ausfuhrüberschuß auf, mit dem Rumänien die Zinsen seiner auswärtigen Staatsschulden und des in seiner Wirtschaft angelegten auswärtigen Kapitals bezahlt.

Über den Charakter der Ausfuhr gibt folgende Aufstellung Aufschluß (in Millionen Lei oder in Prozent der Gesamtausfuhr):

Jahresdurchschnitt	Mehlhaltige Stoffe und Erzeugnisse daraus	Früchte, Sämereien, Gemüse	Lebende Tiere	Tierische Nährstoffe	Holz	Brennstoffe
	Mill. Proz.	Mill. Proz.	Mill. Proz.	Mill. Proz.	Mill. Proz.	Mill. Proz.
1881/85 . .	170,5 = 77,2	7,6 = 3,4	10,7 = 4,8	3,5 = 1,6	6,6 = 3	2,1 = 0,1
1913 . . .	448,4 = 60,0	34,1 = 5,1	2,9 = 0,4	11,7 = 1,7	23,7 = 3,5	131,5 = 19

Die Abnahme des Anteils der Getreideausfuhr am Außenhandel erklärt sich aus dem schnelleren Wachstum der Holz- und Brennstoffausfuhr und darf nicht über die starke absolute Zunahme der Getreideausfuhr täuschen, die scharf vom Rückgang der an sich geringen Viehausfuhr absticht.

Diese Ausfuhr geht nun nicht auf die österreichischen und deutschen Märkte die Donau aufwärts. Das verhindern die Zölle und die sie ergänzenden hohen Donaufrachten, die sich bis Wien auf 40 Kronen die Tonne stellen, wogegen die Seefracht und Rheinfracht bis Mannheim nur 10 bis 13 Mark beträgt! Danach gehen auch die rumänischen Eisenbahnen und Straßen zum Meer. Sie haben in letzter Zeit einen sehr bemerkenswerten Ausbau erfahren. Im Jahre 1873 betrug die Länge der Chausseen 775 Kilometer, im Jahre 1909 die der Landes-, Distrikts- und Kommunalstraßen 28 000 Kilometer. Das Netz der ausschließlich in Staatsverwaltung stehenden Eisenbahnen umfaßte im Jahre 1913 schon 3532 Kilometer gegen nur 70 Kilometer in den Jahren 1867/70.

Die offiziellen Schriften, die zur Anlockung fremden Kapitals die rumänische Wirtschaft in leuchtenden Farben schildern, versäumen auch den Hinweis nicht, daß sich die Bevölkerung in fünfzig Jahren verdoppelt hat: sie ist von 1859 bis 1912 von ungefähr 3,9 auf 7,2 Millionen gestiegen.

Wie jeder agrarische Staat sucht sich auch Rumänien zu industrialisieren, um leistungsfähige Steuerträger zu erziehen und vom Ausland unabhängig zu werden. Die Erfahrungen des Krieges werden diesen Bestrebungen einen neuen kräftigen Rückhalt geben. Bisher wurde Industriellen, die sich in Rumänien seßhaft machen wollten, Grund und Boden geschenkt, Steuer-

freiheit und für die Maschinen und fremde Rohstoffe Zollfreiheit und Frachtermäßigung gewährt und ihnen vorzüglich öffentliche Lieferungen zugewendet. Es wurden auch Erfolge erzielt, aber die Gesamtzahl der industriellen Arbeiter übersteigt kaum die einer deutschen Industriestadt oder etwa zweier der großen deutschen Montanunternehmungen.

Sehr stark ist die Petroleumgewinnung gestiegen: von 16 000 Tonnen im Jahre 1880 auf 1 885 000 Tonnen im Jahre 1913. Es bestehen 73 Gesellschaften mit 360 Millionen Lei eingezahltes Kapital, wovon 37 Prozent auf Deutschland, 31 Prozent auf England und 10,5 Prozent auf Holland entfallen; daneben sind an der rumänischen Erdölgewinnung Italien, Amerika und Belgien beteiligt, so daß sich nur ein kleiner Teil des Kapitals in rumänischen Händen befindet. Die Ausfuhr geht besonders nach England, den Mittelmeerländern und Frankreich. Auf die Mittelmächte ist gerade ein Viertel der Ausfuhr entfallen. Nebenbei sei bemerkt, daß die rumänischen Gesellschaften gerade jetzt nach Öffnung des Donauweges und Bezwingung der Transportschwierigkeiten mächtig ins Verdienen gekommen sind.

Wie in manchem anderen Balkanstaat hat der rührige deutsche Kaufmann den österreichisch-ungarischen Kollegen aus der ererbten Alleinherrschaft unsanft hinausgedrängt. In der verhältnismäßig kurzen Zeit von dreizehn Jahren entwickelte sich der Handel Rumäniens mit den wichtigsten Handelsländern in folgender Weise:

Absolut in Millionen Lei und relativ in Prozent Anteil an der Einfuhr nach Rumänien:

Jahresdurchschnitt	Österreich-Ungarn	Deutschland	England	Frankreich	Italien	Belgien
	Mill. Proz.	Mill. Proz.	Mill. Proz.	Mill. Proz.	Mill. Proz.	Mill. Proz.
1896/1900	92,70 = 28,4	90,42 = 27,7	63,89 = 19,6	22,78 = 7	11,83 = 3,6	11,19 = 3,4
1911/13 .	138 = 23,1	226,9 = 36,8	76,44 = 12,8	36,19 = 6	29,18 = 4,8	21,58 = 3,0
Anteil an der Ausfuhr aus Rumänien:						
1896/1900	51,33 = 20,4	12,99 = 5,2	46,30 = 18,4	6,91 = 2,7	12,55 = 5	93,55 = 37,1
1911/13 .	84,49 = 12,7	42,65 = 6,4	47,95 = 7,2	54,12 = 8,1	43,99 = 12,2	196,16 = 29,7

Daß das entlegene Belgien mehr als noch einmal so viele rumänische Produkte als das benachbarte Österreich-Ungarn bezieht, läßt es begreiflich erscheinen, daß die wirtschaftlichen Bande mit der Donaumonarchie von den Rumänen nicht als stark empfunden werden.

Die handelspolitischen Beziehungen zwischen Rumänien und Österreich-Ungarn waren seit jeher gespannt. Entgegen Metternichs klugem Rat weigerte sich die Wiener Regierung, die tatsächliche wirtschaftliche Selbständigkeit der Fürstentümer anzuerkennen, und klammerte sich an die Verträge mit der formell oberherrlichen türkischen Regierung. Diese Politik litt Schiffbruch. Graf Julius Andrassy machte der unfruchtbaren Protestlerei ein Ende, indem er 1875 den ersten Handelsvertrag mit Rumänien schloß, der aus dem Titel des Grenzverkehrs Rumänien Zollfreiheit für Getreide zubilligte. Als Bismarck zur Schutzzöllnerei überging und den österreichisch-ungarischen Importeur von Getreide und Vieh aus Deutschland aussperrte, gab Österreich-Ungarn den Stoß weiter und führte ebenfalls die protektioni-

stische Viehseuchenpolizei ein, wodurch die rumänische Hornviehausfuhr in die Monarchie in den Jahren 1879 bis 1885 von 25 700 auf 142 Stück sank. Von 1885 bis 1891 wurde ein erbitterter und erbitternder Zollkrieg geführt, der Deutschland zugute kam und nach dem Österreich-Ungarn nie wieder auf die Dauer die wirtschaftliche Führung in Rumänien an sich reißen konnte. Die deutschen Unterhändler erzielten 1893 durch Ausnützung der ihnen günstigen handelspolitischen Umstände und der deutschen Kapitalmacht einen Tarifvertrag, die österreichisch-ungarischen nur einen Meistbegünstigungsvertrag, der die besondern Zollwünsche der österreichisch-ungarischen Industrie nicht berücksichtigte. »Ein nicht gerade glänzendes Ergebnis eines fünfjährigen Zollkrieges! Gewiß, auch die Monarchie ihrerseits hatte Rumänien nichts zugestanden, was nicht zuvor schon anderen Staaten gewährt wurde. Das war aber ein recht magerer Trost gegenüber dem nun auch formalen Verlust des handelspolitischen Vorranges in einem Lande, in dem sie seit jeher die erste Rolle gespielt hatte. Denn dieser Verlust war nicht als Prestigeverlust bloß, sondern materiell zu werten.« Auch seither hat sich, wie aus obiger Tabelle hervorgeht, die österreichisch-ungarische Industrie nicht die Stellung erworben, die ihr die geographische Lage zuweist. Infolge der Verschärfung der hochschutzzöllnerischen Strömung in den Mittelmächten hat Rumänien auch für Industrieprodukte weniger Zugeständnisse gemacht. Heute ist sein Hauptinteresse auf Erleichterung seiner Getreideausfuhr gerichtet. Infolge des Rückgangs seiner Viehzucht kann es das ihm von Österreich-Ungarn zugestandene Fleischeinfuhrkontingent nicht ausnützen.

* * *

Die »Bauernbefreiung« ist vom ersten nationalen Fürsten beider »Vereinigten Fürstentümer« Alexandru Joan Cuza begonnen worden und konnte nur mit einem Staatsstreich gegen den Widerstand der Bojarenversammlung durchgesetzt werden. Und doch fuhren dabei die Bojaren, wie es so oft in solchen Fällen geschieht, besser als die Bauern. Das Agrargesetz vom 14. August 1914 enteignete zu zwei Dritteln den Großgrundbesitz zugunsten der Hintersassen, deren Frondienste allgemein aufgehoben wurden. Staatsland wurde in Parzellen bis höchstens 6 Hektar an Nichtfronpflichtige gegen einen in 15 Jahreszahlungen tilgbaren Preis abgegeben. Die so geschaffenen Bauerngüter konnten bei Vererbung geteilt werden. Dagegen war Veräußerung oder Verpfändung nur an Dorfgenossen gestattet und der Gemeinde außerdem auf 30 Jahre ein Vorkaufsrecht eingeräumt. Wurde der Bauer Herr auf seinem Boden, so nicht minder der Gutsherr. Bis zur Bauernbefreiung war er verpflichtet gewesen, für die Ansiedlung seiner Hintersassen zu sorgen. Schon 1790 war diese Pflicht in der Moldau dahin eingeschränkt worden, daß den gutsangehörigen Bauern nicht mehr als zwei Drittel des Gutslandes zur Verfügung gestellt werden mußten. Die Bauern aber haben das Gutsland in seiner Gesamtheit immer als Gemeindeland betrachtet und sich dem Gutsherrn nur zu Zehnt- und Frondienst verpflichtet gefühlt. Durch Ausscheidung des Gutslandes glaubten sie sich beraubt. In allen Aufständen wird daher Verteilung des Guts- und Staatslandes in Erinnerung an die alten dorfkommunistischen Verhältnisse gefordert, allerdings nicht zur kollektiven Bewirtschaftung, sondern zum Übergang ins bäuerliche Einzeleigentum.

Die durch die Agrarreform Cuzas geschaffenen Bauerngüter genügen nicht zur Erhaltung einer Familie bei der extensiven Wirtschaft, deren Intensivierung an der Armut und allgemeinen wie fachlichen Unbildung der Kleinbauern scheitert. Verschärft wird die ungünstige Lage der Landbevölkerung durch den Umstand, daß die wertvollen Nutzungsrechte an Wald und Weide seit der Bauernbefreiung wegfielen, erst die fünfzehnjährigen Annuitäten der Landkaufsumme, dann die rasch anschwellende Steuerlast schwer auf die Naturalwirtschaftler drückten und die Beschaffung billigen Kredits für die unkaufmännische, keine persönliche und wenig dingliche Sicherung bietende Landbevölkerung ungemein schwer war und ist. Die Not wurde durch die Teilung der Güter im Erbgang vergrößert und das Streben der »Jungverheirateten« nach Land verlangte Befriedigung, die freilich meist erst nach vieljährigem Warten aus Staatsland gewährt wurde — bei solchen Gelegenheiten wurde immer von neuen Agrarreformen gesprochen. Im Jahre 1902 ergab sich folgendes Bild der Grundbesitzverteilung, wobei zu bemerken ist, daß bei der extensiven Wirtschaftsweise Besitz bis zu 5 Hektar als Zwerg-, bis 10 Hektar als kleinbäuerlicher Besitz anzusprechen ist:

Hektar	Güterzahl absolut und in Prozent der Gesamtzahl	Prozent	Absolute Betriebsfläche und in Prozent der Gesamtnutzfläche Hektar	Prozent
0,5 bis 5	774564	= 77,2	2016209	= 25,74
5 - 10	176375	= 18,2	1137436	= 14,55
10 - 50	36318	= 3,7	695953	= 9,89
50 - 100	2405	= 0,26	166847	= 2,13
über 100	5385	= 0,64	3810351	= 48,69

Fünftausend Großgrundbesitzer beherrschen die Hälfte des Landes! In diesen Worten liegt alle soziale Not Rumäniens eingeschlossen. Aber die Statistik färbt noch zu rosig, da sie die Zahl der Betriebe, nicht die der Grundeigentümer erfaßt, die oft mehrere Betriebe in einer Hand vereinigen. Nur 4171 Landherren sollen die erwähnten 5385 Güter besitzen.

Der Bojar ist zu vornehm zur Eigenwirtschaft. Er amüsiert sich in Paris oder im rumänischen Klein-Paris, Bukarest, und verlangt vom Pächter hohe Renten. Der Pächter drückt und preßt aus dem Bauern, was er nur drücken und pressen kann.

In welchem Umfang der Boden verpachtet ist, zeigt sich darin, daß vom Großgrundbesitz über 100 Hektar nicht weniger als 2 293 961 Hektar von 2793 Pächtern bewirtschaftet werden. Eine für die Entwicklung der rumänischen Landwirtschaft fatale Nebenwirkung des grandseigneuralen Lebens der Bojaren ist, daß die aufgenommenen, in lustiger Gesellschaft vertanen Schulden die Güter belasten, ihnen aber nicht durch Hebung der Ergiebigkeit zugute kommen.

Wirtschaftliche Abhängigkeit, die Notwendigkeit, Land zupachten zu müssen, zwingt den Bauern zu Hand- und Spanndiensten. Er muß mit seinem Zugvieh und Arbeitsgerät auf dem Gutshof erscheinen und ist daher auch zur Pachtung von Wiese und Weide gezwungen. So bedingt eine Abhängigkeit die andere. Die Folge der ausschließlichen Konzentration des Großgrundbesitzes auf den Ackerbau ist, daß die Viehzucht der Güte und Menge nach zurückgegangen ist, so daß Rumänien nicht einmal das ihm von Österreich-Ungarn eingeräumte Ausfuhrkontingent hat ausnützen können.

Da diese Verhältnisse einmal für die Fleischversorgung Mitteleuropas belangreich werden können, so sei mit einigen wenigen Zahlen gedient: Seit 1862 bis 1900 ist die Zahl der Rinder auf 100 Hektar von 61 auf 22 gesunken. Von Pferden, Rindern, Schafen, Ziegen, Schweinen werden 76 bis 87 Prozent in bäuerlichen Betrieben gehalten.

Nach dem blutigen Bauernaufstand von 1907 wurde wieder eine »Agrarreform« gemacht, die den Bauern durch Schutzbestimmungen Mindestlöhne, Höchstpachten und ähnliche Bestimmungen vor schlimmster Ausbeutung zu sichern bemüht war. Die Beschäftigung ausländischer Arbeiter wurde von ministerieller Genehmigung abhängig gemacht. Seither melden die Landherren eine hohe Zahl ausländischer Arbeiter als notwendig an, um dann einen noch sehr erheblichen Prozentsatz bewilligt zu erhalten. Die Gemeinden erhielten das Recht auf Erwerb der Privatgroßgüter bis zu ein Achtel, der Staatsgüter bis zu ein Fünftel — »im Wege freiwilligen Übereinkommens«. Die Großgrundbesitzer hüteten sich vor freiwilliger Aufgabe ihrer wirtschaftlichen Riesenmacht. Bisher wurden nur 242 000 Hektar als Gemeindeland oder neuer bäuerlicher Äcker dem Großgrundbesitz abgenommen. Dagegen haben 487 landwirtschaftliche Pachtgenossenschaften, die sich in kräftiger Entwicklung befinden, 370 000 Hektar an ihre 65 000 Mitglieder zur Einzelbestellung abgegeben.

Die im ganzen unbefriedigende Lage der Bauern sollte durch eine neue Agrarreform gebessert werden, die vor dem Kriege vorbereitet wurde. Als sich aber der Schlachtenlärm an der rumänischen Grenze erhob, wurde es davon still. Die Chauvinisten verheißen den Bauern jenseits der Grenze neues Land und schützen damit die Bojaren im eigenen vor sozialen Ansprüchen der wirtschaftlich hörigen Bauern.

Wie in allen Ländern, wo sich Feudalismus und Geldwirtschaft unausgeglichen berühren, ist in Rumänien die staatliche Organisation infolge des schwankenden gesellschaftlichen Untergrundes widerstandsunfähig und korrupt. Bratianu weiß wohl, wie sehr vorsichtiges Zaudern am Platz ist.

Herkners Arbeiterfrage.

Von **K. Kautsky**.

Aus der Flut der Kriegsliteratur taucht jetzt die neue Auflage eines Werkes auf, dessen Ursprung in eine Zeit ungetrübtesten Friedens zurückgeht.[1] Die erste Auflage dieses Buches erschien 1894. Sie umfaßte nicht ganz 300 Seiten. Die jetzige ist mehr als 1000 Seiten stark, die sich auf zwei Bände verteilen. Noch nennt sie sich, wie die erste Auflage, eine »Einführung«, ist aber inhaltlich so sehr bereichert, daß sie im Begriff ist, eine Enzyklopädie der Arbeiterfrage zu werden. Dabei ist die Anlage eine völlig geänderte geworden. Die »soziale Reform«, die in der ersten Auflage den Schluß bildete, ist an den Anfang gerückt, und nicht mehr 100, sondern 500 Seiten sind ihr gewidmet. Am meisten sind wohl die Ausführungen über die

---

[1] H. Herkner, Die Arbeiterfrage. Eine Einführung. Sechste, erweiterte Auflage. Berlin 1916, Guttentag. 1. Band, XIV, 502 Seiten, 2. Band, XII, 515 Seiten. 11,50 Mark.

Gewerkschaften und Gewerkschaftspolitik gewachsen, sie nehmen jetzt den zehnfachen Raum ein, über 200 statt 24 Seiten.

Der zweite Band ist vollständig der »sozialen Geschichte« gewidmet, der Geschichte der sozialistischen, sozialkonservativen, sozialliberalen Bewegungen, die in der ersten Auflage nur etwas über 130 Seiten umfaßten. Dagegen ist der Abschnitt, der in der ersten Auflage von der »sozialen Theorie und Kritik« handelte, als besonderer Teil ganz verschwunden. Die gewaltige Ausdehnung des beschreibenden, das Einschrumpfen des theoretischen Teiles kennzeichnet die Entwicklung des Buches.

Die leitenden Gedanken des Werkes sind dabei dieselben geblieben. Sie wurden schon ausführlich in der Besprechung der ersten Auflage von Bernstein erörtert. (Neue Zeit, XII, 2, S. 583 ff.)

Das Anwachsen des Werkes wurde in der Hauptsache natürlich herbeigeführt durch die enorme Vermehrung des Stoffes infolge der Ausdehnung der internationalen Arbeiterbewegung während der letzten zwanzig Jahre. Aber nicht minder wie die Bewegung wuchs die Literatur über sie, die ihrerseits wieder vermehrte Beachtung erheischt. So sind zum Beispiel in der sechsten Auflage den Biographien von Marx und Engels über 20 Seiten gewidmet, ganz abgesehen natürlich von der Darlegung ihrer Theorien, während sich noch in der fünften Auflage mit der Persönlichkeit der beiden nur wenige Zeilen einer kurzen Fußnote beschäftigten. Es waren namentlich die Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen Marx und Engels sowie die Arbeiten Gustav Maiers, die Herkner zu jener Erweiterung veranlaßten.

Auch er konnte sich dem mächtigen Eindruck nicht entziehen, den jener Briefwechsel auf jeden einigermaßen Unbefangenen hervorrufen muß. Sein Urteil über Engels wurde dadurch sehr günstig beeinflußt. In der Tat gewinnt Engels in den Briefen noch weit mehr als Marx an persönlicher Sympathie wie an wissenschaftlicher Bedeutung. Marx wird von Herkner noch in der altherkömmlichen Weise beurteilt, wie sie Techow aufgebracht hat. Dagegen wird Engels als »die menschlich weitaus anziehendste Persönlichkeit in der Reihe der geschichtlich bedeutsam gewordenen Sozialisten Deutschlands« bezeichnet, aber auch in seinen Anschauungen in einen gewissen Gegensatz zu Marx gebracht:

> Bemerkenswert ist weiter, daß Marx nationalen Empfindungen fast unzugänglich war ..., so wurde er international.... Noch ferner als deutsches Wesen stand ihm das Preußentum.... In der Liste der preußischen Fürsten gebe es nur drei Charaktermasken: Pietist, Unteroffizier und Hanswurst. (II, S. 245.)

Engels dagegen studierte die Militärwissenschaften.

> Diese Studien wirkten dadurch sehr vorteilhaft auf ihn ein, daß sie ihm die Augen über die wahre Bedeutung des preußischen Heeres und damit doch auch des preußischen Staates öffneten. ... Deshalb erscheint Engels die Haltung W. Liebknechts, der mit Bebel sich bei der Abstimmung über die Kriegsanleihe der Stimme enthalten hatte, verwerflich.... Er schrieb darüber an Marx: »Du bist natürlich auch auf Wilhelms Seite.« Auch aus anderen Äußerungen geht klar hervor, wie wenig Marx imstande war, Engels ganz zu folgen. So schrieb Engels zum Beispiel schon am 10. August 1870: »Du siehst aber, wie recht ich hatte, in dieser preußischen Militärorganisation eine ganz enorme Kraft zu sehen, die bei einem Nationalkrieg wie jetzt völlig unbesiegbar ist.« (II, S. 246.)

Wurde bisher der brave nationale Lassalle dem bösen internationalen Marx gegenübergestellt, so scheint es, als solle jetzt neben Lassalle auch noch Engels dazu benutzt werden. Aber noch verfehlter als bei Lassalle ist das bei Engels. Das nationale wie das internationale Empfinden und Denken war bei Engels wie bei Marx ganz dasselbe, sie unterschieden sich höchstens vorübergehend in der Auffassung einer besonderen Situation.

Engels' Auffassung der Bedeutung des preußischen Staates wird eigentümlich illustriert durch seinen Wunsch, den er 1866 vor dem Kriege aussprach: »Mein Hauptwunsch ist, daß die Preußen heillose Prügel besehen mögen.« (Briefwechsel, III, S. 300.) Noch deutlicher sprach er sich in einem Gutachten über das Parteiprogramm aus, das er 1891 der deutschen Parteileitung sandte, in dem er, wie er mir schrieb, »Gelegenheit fand, auf den friedfertigen Opportunismus ... und das frisch-fromm-fröhlich-freie ‚Hineinwachsen' der alten Sauerei ‚in die sozialistische Gesellschaft' loszuhauen«. Es ist abgedruckt in der Neuen Zeit, XX, 1, S. 5 ff. Auf S. 11 fordert er dort die »Rekonstitution Deutschlands«:

> Einerseits muß die Kleinstaaterei beseitigt werden.... Andererseits muß Preußen aufhören, zu existieren, muß in selbstverwaltende Provinzen aufgelöst werden, damit das spezifische Preußentum aufhört, auf Deutschland zu lasten. Kleinstaaterei, spezifisches Preußentum sind die beiden Seiten des Gegensatzes, worin Deutschland jetzt gefangen liegt.

Man sieht, die Art, wie die militärwissenschaftlichen Studien Engels' Augen für die wahre Bedeutung des preußischen Staates öffneten, war gerade nicht die, an die Herkner denkt.

Freilich forderte Engels ein einiges und freies Deutschland, das alle deutschen Stämme umfaßte. In diesem Sinne war er national. Aber darin stimmte er mit Marx völlig überein. Dem Nationalismus jedoch trat er nicht minder entgegen als dieser. Den obigen Zitaten Herkners aus dem Jahre 1870 könnte man folgende aus dem gleichen Briefwechsel und dem gleichen Jahre entgegensetzen:

> Je mehr der deutsche Philister vor seinem gottvertrauenden und vor Gott kriechenden Wilhelm kriecht, desto frecher wird er gegen Frankreich. Das alte Geheul von Elsaß-Lothringen ist schon wieder ganz flott im Gange.... Die Lothringer Bauern werden es aber den Preußen schon beibringen, daß das so einfach nicht ist. (31. Juli 1870, IV, S. 304.)

Und über die Forderung, Elsaß-Lothringen als Sicherung und Garantie:

> Das Geschrei des Philisters nach »Garantien« ist überhaupt absurd, aber es zieht, weil es den Hofleuten in ihren Kram paßt. (4. September 1870, S. 329.)

Endlich am 13. September 1870 fand Engels:

> Der Krieg nimmt mit der Zeit eine unangenehme Gestalt an. Die Franzosen haben noch nicht Prügel genug, und die Deutschen haben schon viel zu viel gesiegt. (S. 337.)

Das ist leider der letzte Brief Engels' an Marx aus diesem Jahre, denn gleich darauf übersiedelte Engels nach London. So kann uns der Briefwechsel nicht mehr zeigen, wie Engels' Sympathien sich immer mehr auf die Seite der französischen Republik neigten und zeitweise den deutschen Machthabern gegenüber Formen annahmen, die man heute als »Kriegsverrat« kennzeichnen würde.

Herkner sucht jedoch aus dem Briefwechsel einen Gegensatz in nationaler Hinsicht nicht nur zwischen Marx und Engels, sondern auch zwischen den beiden einerseits und Bernstein und mir andererseits zu konstruieren. So unzugänglich Marx angeblich nationalen Empfindungen war, besaß er doch weit mehr Verständnis dafür als Bernstein und ich. Wir werden gleich sehen, wie Herkner das beweist.

Die Schlußkapitel des zweiten Bandes behandeln die »sozialistische Arbeiterbewegung im Weltkrieg«, die sich in ihren Lobpreisungen der Mehrheit unserer Fraktion und der Gewerkschaften und den an deren vaterländische Haltung geknüpften Erwartungen von den in bürgerlichen Kreisen heute allgemein verbreiteten Anschauungen nicht unterscheiden.

Auch das ist nichts Neues, daß Herkner die Opposition wegen ihres Mangels an nationalem Sinn tadelt:

> Aber auch die Besiegten des 4. August, an ihrer Spitze der Parteivorsitzende Haase, und einige jeder nationalen Empfindung bare Schriftsteller, wie Eduard Bernstein (!) und K. Kautsky, entfalteten eine überaus geschäftige Tätigkeit, teils um den Gedanken der Internationale, teils um die Dogmen der revolutionären Klassenkampf- und Katastrophenlehren zu retten. (II, S. 498.)

In Herkners Augen ist Mangel an »jeder nationalen Empfindung« wohl etwas, das an Amoralität grenzt. Doch nur für die Deutschen. Wie die meisten unserer »national Empfindenden«, auch innerhalb unserer Partei, preist er beim Gegner, was er an uns tadelt, und umgekehrt. Nachdem er mit Entrüstung konstatiert, daß französische und manche russische Sozialisten sich im Kriege auf Seite ihrer Regierung stellten, preist er die englischen Sozialisten, die auch im Kriege in Opposition zu ihrer Regierung verbleiben:

> Eine ungleich würdigere und selbständigere Haltung haben diejenigen Sozialisten Englands bewahrt, welche der Unabhängigen Arbeiterpartei angehören, vor allem Ramsay Macdonald und Keir Hardie.

Deren Haltung stimmt aber überein mit der der Parteiopposition in Deutschland. Warum ist hier verwerflich, was dort höchst »würdig« ist?

Doch Herkner hat noch einen anderen Vorwurf für uns bereit:

> Die sozialistische Internationale in der Form, wie sie vor dem Kriege bestanden hat, zu erneuern, liegt höchstens im französisch-belgischen Interesse. Dort war man gewohnt, materielle Unterstützungen der Deutschen zu erhalten und sie als Gegengabe mit jenen international maskierten Ideen zu infizieren, mit denen stets nur spezifisch französische oder britische Interessen gefördert worden sind. In der klaren Erfassung dieses Sachverhalts waren die »Alten«, Marx und Engels, ihren Jüngern, Kautsky und Bernstein, turmhoch überlegen. (S. 509.)

Danach sollte man eigentlich meinen, wir »Jünger« hätten die Internationale im Gegensatz zu den »Alten« gegründet, die klar erkannten, daß die Internationale in ihrer bisherigen Form nichts anderes bewirke, als die deutsche Arbeiterbewegung französischen und britischen Interessen dienstbar zu machen. Aber sonderbarerweise waren bei der ersten Internationale die Alten sehr viel, wir Jüngeren gar nicht beteiligt. Und für die zweite Internationale war Engels eifrigst tätig, bis zum Ende seines Lebens. Wie konnte er das bei seiner »klaren Erfassung des Sachverhalts«?

Die allgemeine Anschauung war bisher die, daß die zweite Internationale, in der allein wir »Jünger« wirkten, fortschreitend nicht von Ideen französischen oder englischen Ursprungs, sondern vielmehr von den Ideen des Marxismus, der wesentlich deutschen Ursprungs ist, infiziert wurde, und soweit eine Klage über Infizierung laut wurde, ging sie von Nichtdeutschen, namentlich Engländern aus, die sich beschwerten, daß deutsche Ideen die internationalen Kongresse »infizierten«. Diese »Infizierung« trat am deutlichsten zutage in Amsterdam 1904, wo die Dresdener Resolution als Richtschnur für die gesamte Internationale angenommen wurde.

In einer Fußnote will Herkner seine Behauptung beweisen, daß Marx und Engels über die Internationale so ganz anders dachten als »ihre Jünger«:

Es handelt sich um jene »Infektion mit altem französischem Liberalismus«, die schon Marx einst an Lassalle beklagte. Briefwechsel, III, S. 17. Marx wußte auch sehr gut, daß für die Franzosen Internationalisierung immer nur Französierung bedeutet. Er erklärte seinem späteren Schwiegersohn Lafargue, daß dieser gänzlich unbewußt unter der Negation der Nationalitäten ihre Absorption in die französische Musternation zu verstehen schiene. (A. a. O., S. 323, 328.)

Der Satz über Lassalle findet sich in einem Briefe, den Marx 1861 an Engels schrieb. Er berichtet dort über einen Vorschlag Lassalles, in Berlin eine Zeitung zu gründen, die Marx und Lassalle gemeinsam redigieren sollten. Unter anderen Bedenken, sich darauf einzulassen, erwähnt Marx auch Lassalles »Infektion mit altem französischem Liberalismus«. Nichts deutet darauf hin, daß Marx dabei den Nachdruck auf das Wort »französisch« legen wollte, daß es nicht vielmehr der »alte Liberalismus« war, der ihn genierte. Legten wir den Nachdruck auf das Wort französisch, dann kämen wir ja dazu, daß der nationale Marx an Lassalles nationallosem Empfinden Anstoß nahm! Das wird gerade Herkner nicht behaupten wollen.

Aber selbst wenn Marx wirklich an dem französischen Wesen Lassalles Anstoß genommen hätte, so bezöge sich das auf eine Zeit, in der Lassalles sozialistische Agitation noch nicht begonnen hatte, die erste Internationale noch nicht begründet war. Sollte das damalige Verhältnis zwischen Marx und Lassalle auch nur das Mindeste für die zweite Internationale und die Rolle der Marxschen Jünger in ihr bezeugen können?

Nicht besser steht es mit dem Ausspruch, den Marx über Lafargue tat. Er stammt aus dem Jahre 1866 und besagt mit keinem Wort, »daß für die Franzosen Internationalisierung immer nur Französierung bedeutet«. Es ist ganz unbegreiflich, wie Herkner aus jener Stelle schließt, daß Marx das »sehr gut wußte«. Dieser wendet sich dort nicht gegen »die Franzosen«, sondern gegen die Vertreter des »jungen Frankreich«, eine Reihe junger Leute, denen »alle Nationalität und Nationen selbst veraltete Vorurteile sind«, und bezeichnet ihre Auffassung als »proudhonisierten Stirnerianismus«. Zu diesen jungen Leuten gehörte damals — aber nicht lange — Lafargue.

Eine witzige Wendung über diesen »proudhonisierten Stirnerianismus« von 1866 betrachtet Herkner als Kennzeichnung der Denkart aller Franzosen, und auf sie beruft er sich, um von der jetzigen Internationale zu behaupten, sie laufe darauf hinaus, daß die deutschen Arbeiter den Franzosen

Geld geben und diese sie dafür mit Ideen infizieren, »mit denen stets spezifisch französische oder britische Interessen gefördert worden sind«.

Wenn auch Herkner behauptet, in der »klaren Erfassung dieses Sachverhalts« seien »die ‚Alten‘, Marx und Engels, ihren Jüngern, Kautsky und Bernstein, turmhoch überlegen« gewesen, so scheint mir doch von ihm selbst dieser Sachverhalt nicht ganz klar erfaßt zu sein.

Die Internationale, die Herkner will, ist natürlich anderer Art als die sozialistische. Er führt darüber aus:

> Diese ganze (die bisherige) Internationale war schon vor dem Kriege nichts als eine Theaterdekoration für leere Demonstrationen, hinter deren Kulissen die unfruchtbarsten Streitigkeiten tobten.
>
> Die notwendig international zu leistende Arbeit auf dem Gebiet der sozialen Bewegung war längst an andere, ungleich besser qualifizierte Organisationen übergegangen. Die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz und das Internationale Arbeitsamt in Basel haben verwirklicht, was von der Idee des internationalen Arbeiterschutzes für die Verwirklichung reif war. Die internationalen Kongresse und Sekretariate der Gewerkschaften haben für die Herstellung einer gewerkschaftlichen Freizügigkeit und für die notwendige Verständigung über die nächsten Ziele der gewerkschaftlichen Aktionen gesorgt. Auch für die Fortbildung der sozialen Versicherung und der Konsumgenossenschaften sind besondere internationale Verbände gegründet worden. An dieser ganzen für die Internationalität der Arbeiterschaft wirklich ins Gewicht fallenden Wirksamkeit haben die Vorkämpfer der Internationale keinen oder nur einen sehr bescheidenen Anteil genommen.
>
> Diese einem reellen Bedürfnis entsprechenden internationalen Vereinigungen werden, wenn erst einmal die schwersten Wunden des Krieges einigermaßen vernarbt sein werden, ihre Wirksamkeit gewiß wieder aufnehmen. (II, S. 508.)

Kein Zweifel, diese Art Internationalität wird wieder auferstehen. Warum aber die Internationalität für Gewerkschaften, Konsumvereine, Versicherungskassen fordern und die für die sozialistischen Parteien ablehnen? Freilich, wer die Sozialdemokratie im eigenen Lande verwirft, wird für die internationale Zusammenfassung der sozialdemokratischen Parteien erst recht nichts übrig haben, aber die Sozialdemokraten wird der kapitalistische Staat nicht mehr los, damit aber auch nicht die sozialistische Internationale. Selbst wenn der Krieg nicht nur zur Stillegung, sondern zur Zerreißung ihrer gegenwärtigen Form führen sollte, so läßt sich doch das Bedürfnis nach internationaler Verständigung und Vereinigung der Proletarier nicht ertöten, und konnte der Beginn des Krieges dies Bedürfnis in vielen Sozialisten betäuben, gerade durch den Krieg muß es von neuem belebt werden, um schließlich machtvoller zu wirken als vor ihm.

Zwischen der fünften und der sechsten Auflage des Herknerschen Buches liegen acht Jahre. Sollte ein gleicher Zeitraum zwischen der jetzigen und der nächsten Auflage liegen, dürfte das Werk dann leicht eines neuen, dritten Bandes bedürfen, der ausschließlich zu handeln hätte von der sozialistischen Internationale. Der Kampf für sie, freilich auch der Kampf gegen sie wird mehr als je die Politik beherrschen.

Die metrische Garnnumerierung in der Textilindustrie und im Textilhandel.

Von Hermann Jäckel.

Die metrische Garnnumerierung beschäftigt wieder einmal die Öffentlichkeit. In einer Eingabe an den Reichstag fordert die Handelskammer Würzburg gesetzgeberische Maßnahmen zur Einführung metrischdezimaler Maß- und Gewichtsbezeichnungen im Garnhandel. Die Kommission für Handel und Gewerbe, welcher die Petition zur Vorbereitung überwiesen worden war, empfiehlt dem Plenum des Reichstags Überweisung an den Reichskanzler zur Berücksichtigung. Im nächsten Tagungsabschnitt wird der Reichstag zweifellos dem Beschluß seiner Kommission beitreten. Die bedeutendsten Autoritäten unserer Baumwollspinnerei erheben in der Fachpresse sowie in wissenschaftlichen Organen ihre Stimme und fordern Einführung der metrischen Numerierung. Am 7. August 1915 hat das gleiche der sächsische Handelskammertag auf Antrag der Handelskammer Plauen beschlossen. Der Ausschuß des deutschen Handelstages sprach sich am 13. September 1915 für die metrische Garnnumerierung aus, hält jedoch den jetzigen Zeitpunkt nicht für geeignet.

Es ist nicht das erstemal, daß die Frage nach der besten Methode der Garnnumerierung von sich reden macht. Seitdem im Jahre 1855 gelegentlich der Weltausstellung in Paris die »Internationale Gesellschaft zur Erlangung eines gleichförmigen Dezimalsystems für Maße, Gewichte und Münzen« gegründet wurde und die folgenden Generalversammlungen dieser Gesellschaft sich in den Jahren 1857, 1858 und 1859 für die metrische Maßbezeichnung im öffentlichen Verkehr der Staaten wie der Staaten untereinander aussprachen, ist in den Kreisen der Interessenten die Sache nicht zur Ruhe gekommen. Die umfangreichen Arbeiten, welche zur Schaffung einer einheitlichen Maß- und Gewichtsordnung im Deutschen Reiche führten, verursachten gleichfalls lange Debatten über die Maßbezeichnungen und Numerierungen in der Textilindustrie und die Schädigung der dabei in Betracht kommenden Arbeiterinteressen durch die alten Maßbezeichnungen. Der Widerspruch, daß das Metersystem durch Gesetz in einer großen Reihe von Staaten für den öffentlichen Verkehr vorgeschrieben ist — in Frankreich seit 1792, in Griechenland seit 1836, in den italienischen Staaten seit 1850, in Spanien seit 1856, in Portugal seit 1860 usw. —, im Handel mit Textilwaren und in der textilen Produktion aber noch immer an veralteten Maßbezeichnungen festgehalten wird, forderte immer wieder die öffentliche Kritik heraus und reizte zu parlamentarischen Arbeiten.

Als im Jahre 1902 der neue deutsche Zolltarif ausgearbeitet wurde, verlangten die Spinnereibesitzer, daß den Garnzollsätzen die metrische Nummer, wie das in Frankreich geschieht, zugrunde gelegt werde, und die sozialdemokratischen Vertreter sprachen sich in befürwortendem Sinne aus.

Nicht weniger als sechs große internationale Garnnumerierungskongresse haben eingehend, teilweise unter Beteiligung der Regierungen aller Staaten, die Frage debattiert und entsprechende Beschlüsse gefaßt. Der erste Kongreß fand im Jahre 1873 zu Wien, der zweite 1874 in Brüssel, der dritte 1875 in Turin, der vierte 1878 in Paris und nach zweiundzwanzigjähriger Unterbrechung der fünfte im Jahre 1900 in Paris gelegentlich der Weltausstellung statt. Mit Ausnahme Englands haben alle an dem Kongreß von 1900 beteiligten Staaten sich für die Einführung einer einheitlichen metrischen Garnnumerierung in der gesamten Baumwollindustrie der Welt ausgesprochen. Einen gleich ablehnenden Standpunkt nahm England auch auf dem zweiten internationalen Baumwollspinnerkongreß in Manchester vom Jahre 1905 ein. Es begründete damals seinen ablehnenden Standpunkt wie folgt:

»Der Strang zu 840 Yard und sein Verhältnis zum Pfund, welches die Feinheitsnummer angibt, ist die Grundlage, nach welcher jeder Prozeß in der

Fabrik berechnet wird; er reguliert in der Tat jede Phase in der Industrie, vom Baumwollfeld bis zum Ladentisch des kleinen Händlers; er ist allen unseren Arbeitern verständlich.

Die Benennung des Garnes nach Feinheitsnummern ist von unserem Handel nach allen Teilen der Welt gebracht worden, und ihre Änderung würde sowohl in den heimischen Fabriken und Märkten als auch im Ausland eine vollständige Revolution mit sich bringen, und wir sind außerstande, einzusehen, welchen Nutzen wir daraus ziehen könnten. Das englische Numerierungssystem beherrscht den gesamten internationalen Garnhandel. Nicht nur die Maschinen in England, sondern auch alle Maschinen in den Vereinigten Staaten, in Kanada und in anderen Kolonien, ferner alle Maschinen in Indien, Japan, China und Rußland, und wir können noch hinzufügen, alle Maschinen in den meisten anderen Teilen des Kontinents, so auch in Deutschland, sind nach englischem System berechnet, konstruiert und ausgeführt. Die Berechnungen würden also nicht vereinfacht, sondern erschwert werden; unser Markt würde nicht vergrößert, sondern, was wahrscheinlicher ist, verkleinert werden. Es würde Generationen dauern, um das neue System so vertraut zu machen wie das gegenwärtige, und in der Zwischenzeit würde große Verwirrung herrschen und unser Handel darunter leiden. Wir ziehen deshalb vor, das auf allen Garnmärkten der Welt verstandene englische System beizubehalten.«

Einen entgegengesetzten Standpunkt nehmen die englischen Textilarbeiter ein. Die internationalen Textilarbeiterkongresse haben sich wiederholt mit der Frage der metrischen Garnnumerierung beschäftigt. Sie taten dies, weil ihnen die hohe Bedeutung derselben für die Arbeiter bewußt war. Im Jahre 1902 auf dem internationalen Textilarbeiterkongreß in Zürich wurde nachstehende Resolution angenommen:

»Der internationale Textilarbeiterkongreß 1902 in Zürich würde die Vereinheitlichung der Garnnumerierung für einen handelstechnischen Fortschritt halten, der in seinen Wirkungen auch den auf Gleichstellung der Arbeitslöhne gerichteten Bestrebungen der Arbeiter zugute käme. Deshalb stellt sich der Kongreß auf den Boden der Beschlüsse des im Jahre 1898 in Paris abgehaltenen Garnnumerierungkongresses und erwartet, daß die Regierungen der verschiedenen Länder diesen Beschlüssen baldigst nachkommen werden.«

Es ist wohl ohne weiteres klar, daß nur eine Frage, welche sehr wichtige Interessen berührt, Unternehmer wie Arbeiter veranlassen kann, so beharrlich und mit solcher Entschiedenheit in ihren wichtigsten Zusammenkünften sich immer und immer wieder damit zu befassen. Eine Verständigung ist ungemein erschwert, da über einen kleinen Kreis von Interessenten hinaus sehr wenig Verständnis für die Angelegenheit vorzufinden ist. Nicht nur im großen Publikum, auch von dem direkt betroffenen Teil der deutschen Arbeiterschaft sind nur wenige der hohen Bedeutung der Sache sich bewußt. Verschiedene Presseäußerungen der letzten Zeit lassen darüber keinen Zweifel.

Was ist das Wesen der Garnnumerierung? Die Numerierung der Garne soll eine Benennung der Feinheit des Fadens ermöglichen. Bei der geringen Stärke des Gespinstes kann eine absolute Gleichheit des Fadendurchmessers über die ganze Länge des gesponnenen Fadens niemals erzielt werden; Drehung und Verzug durch die Maschine verändern ihn und bedingen Unregelmäßigkeit. Direkter Vergleich des gesponnenen Fadens mit einem Faden der gewünschten Stärke ist unsicher und irreführend. Man ermittelt also die Feinheit eines Garnes an Hand einer bestimmten Menge Materials, aus dem es besteht. Der Faden wird bei gleichbleibendem Gewicht um so länger, je feiner er ist; er wird schwerer bei gleichbleibender Länge, je dicker er ist. Die Garnnummer kann also die Anzahl der Gewichtseinheiten für eine bestimmte Garnlänge angeben oder die Anzahl der

Längeneinheiten, welche auf ein bestimmtes Gewicht gehen. Die Garnnummer wird in ersterem Falle um so niedriger werden, je feiner das Garn ist; bei der zweiten Methode wird sie mit zunehmender Feinheit des Garnes höher sein. Mit Ausnahme der Seidenindustrie wird in Deutschland allgemein die Stärke des Garnes an der Anzahl der Längeneinheiten, welche auf ein bestimmtes Gewicht gehen, gemessen. Die Seidenindustrie mißt die Feinheit ihrer Fäden an der Menge der Gewichtsteile, welche eine bestimmte Fadenlänge ergeben. Im letzteren Falle gibt die Nummer die Anzahl der Gramme an, welche eine Strähne Seidengarn von 10 000 Meter Fadenlänge oder die Anzahl Grän (gleich 0,05 Gramm), welche ein Gebind von 500 Meter Fadenlänge wiegt. Umgekehrt gibt die Nummer zum Beispiel in der Kammgarnindustrie die Anzahl der Strähnen zu 1000 Meter Fadenlänge an, welche ein Gramm wiegen.

Bei Ausführung der zum Zwecke der Nummernbestimmung üblichen Methode werden jedoch nicht Maße und Gewichte angewandt, welche in dem betreffenden Lande sonst allgemein im öffentlichen Verkehr üblich und bekannt, zum Teil auch durch Gesetz vorgeschrieben sind, sondern Längenmaße und Gewichte, die in anderen Ländern gebraucht werden oder aus dem Mittelalter und der Zeit der deutschen Kleinstaaterei stammen. Nicht willkürlich hat man diese von niemand gekannten Maße der modernen Faserbearbeitungsindustrie aufgedrückt, sie haben sich vielmehr historisch entwickelt, sind aus der Zeit des alten Handwerks in die Neuzeit herübergekommen oder mit der Überführung der Großindustrie aus England nach Deutschland von dort übernommen worden. In der Baumwollspinnerei, Leinengarnspinnerei und Jutespinnerei bedient sich die Industrie englischer Pfunde und des britischen Grundmaßes der Längenbezeichnung, des Yards. Ein Pfund englisch ist 0,4536 Kilogramm, ein Yard ist 0,91 438 348 Meter. Dabei ist die Längeneinheit, welche bei der Nummernberechnung zugrunde gelegt wird, nicht gleich. Bei der Baumwolle gibt die Nummer an, wieviel Strähnen zu 840 Yard (gleich 768 Meter) ein Pfund englisch wiegen; in der Leinenindustrie, wieviel Strähnen zu 300 Yard (gleich 274 Meter) das gleiche Gewicht ergeben. Nr. 20 sagt uns zum Beispiel in der Baumwollindustrie, daß 20 mal 768 Meter ein Pfund englisch, in der Leinenindustrie dagegen, daß 20 mal 274 Meter das gleiche wiegen.

Ein tolles Vielerlei von Maßen ist in der Streichgarnspinnerei, einschließlich Shoddy-, Mungo- und Vigogneverarbeitung, üblich. Man fühlt sich bei Aufzählung derselben um hundert Jahre zurückversetzt, in die Zeit, wo hunderte Duodezstaaten, von denen jeder seine eigenen Münzen, Gewichte und Maße hatte, ihr kümmerliches Leben fristeten. Da gibt es Leipziger Ellen, Berliner Ellen, Wiener Ellen, bayerische, badisch-böhmische, sächsische Ellen und Ellen verschiedener anderer Vaterländer. Jede Elle ist verschieden lang. Die Berliner Elle zum Beispiel 0,6699 Meter, die Leipziger 0,6856 Meter. An Pfunden gibt es ebenso vielerlei Arten, vom Zollpfund mit seinem 0,5 Kilogramm bis zum Leipziger Pfund mit seinen 0,467 Kilogramm.

Wie die Numerierung ihren Einfluß auf den Handel mit Garnen, auf die Art der Preisberechnung notwendig ausübt, so auch auf die Kalkulation und Kalkulationsmethode bei der Preisfeststellung der Webwaren. Mit Recht hebt der Direktor der Baumwollfeinspinnerei Augsburg, F. W. Kuhn, als wichtigsten Vorzug des metrischdezimalen Systems der Garnnumerierung für alle Gespinstarten die Übereinstimmung mit dem im Handel und Verkehr allgemein gebräuchlichen und jedermann geläufigen metrischen Maß- und Gewichtssystem hervor. Eine bedeutende praktische Erleichterung und Übersichtlichkeit in der Rechnungsweise wäre für die Unternehmer gewonnen, was wiederum einen außerordentlich ökonomischen Vorteil in sich schließt.

Die außerordentliche Leichtigkeit, mit welcher beim metrischen System bei jedem beliebigen Garnmuster von beliebiger Fadenlänge die Nummer festgestellt werden kann, ist gleichfalls von großem Vorteil. Man dividiert die Anzahl der Meter,

welche die Fadenlänge ergibt, mit der Anzahl der Gramme des Gewichts, und man hat die Garnnummer. Wenn 96 Meter Faden drei Gramm wiegen, so ist die Garnnummer 32. Komplizierte Rechenexempel sind notwendig, um das gleiche Resultat beim englischen oder jedem anderen System zu erzielen. Zahlreichen Betrügereien wird durch das metrische System der Boden entzogen. Die deutsche Textilindustrie würde in den meisten ihrer Zweige sehr gewinnen.

Es sind lediglich die Einwände der für den Export arbeitenden Baumwollwebereien, welche demgegenüber ernsthaft in Frage kommen. Die Engländer haben recht, wenn sie sagen, daß die Baumwollindustrie und der Baumwollwarenhandel in der ganzen Welt, mit Ausnahme Frankreichs, auf dem 1828 offiziell eingeführten englischen Numerierungssystem aufgebaut sind.

Die deutschen Baumwollspinnereien werden davon allerdings nicht berührt, sie arbeiten nicht für das Ausland. Noch braucht die deutsche Baumwollweberei große Quanten Garne von England. Der englische Spinner würde wohl oder übel, da sein Interesse das erfordert, sich den Anforderungen des eventuell in Deutschland eingeführten metrischdezimalen Systems der Numerierung anpassen müssen. Das gleiche wäre jedoch ebenso erforderlich bei den deutschen Baumwollwebereien in ihrer Arbeit für den unentbehrlichen Export. Ein großer Teil der Vorteile des Nummernwechsels ginge dabei für die beteiligten Unternehmer allerdings wieder verloren. Immerhin ist jedoch der Nutzen für die Gesamtindustrie, welcher sich aus der Einführung der Meternumerierung ergibt, so groß, daß dieser Nachteil weit aufgewogen wird. Die Baumwollindustrie als der bedeutendste Zweig der Textilindustrie muß, wenn sie vorangeht, notwendig alle anderen Branchen mit der Neuerung nach sich ziehen.

Das bisher Ausgeführte hat in der Hauptsache Bezug auf die Garnerzeugung, die Fabrikation von Webwaren und den Garn- sowie den Webwarenhandel. Es sind also in erster Linie Unternehmerinteressen, welche davon berührt würden. Die Publikationen der Unternehmer und ihrer Verbände sowie die Eingabe der Handelskammer Würzburg an den Reichstag beschränken sich tatsächlich lediglich auch auf die im vorstehenden niedergelegten Argumente. Inwieweit die Arbeiter bei der Sache interessiert sind, wird von den Unternehmern vorsichtigerweise nicht erwähnt, und doch sind die Arbeiter bei der Angelegenheit in ganz außerordentlich hohem Maße beteiligt. Wie die Verwendung fremder oder veralteter Maß- und Gewichtsbezeichnungen im Garn- und Warenhandel zu Betrügereien der verschiedensten Art führt, so führt auch im Produktionsprozeß der Gebrauch dieser Maße und Gewichte zu kolossalen Betrügereien der Arbeiter durch die Unternehmer.

Als am 6. Juni 1902 die Delegierten des »Internationalen Textilarbeiterkongresses« sich für die Einführung einer einheitlichen Garnnumerierung für die gesamte Textilindustrie aussprachen, taten sie dies in der Erwägung, daß erst nach Erfüllung dieser Forderung eine Vergleichung der Arbeiterlöhne respektive der Akkordsätze möglich werde. Tatsächlich ist eine solche Vergleichung heute sehr erschwert. Wir wollen im nachstehenden nur von Schädigungen der Arbeiter handeln, wie sie sich im eigenen Lande aus dem Vielerlei der Garnnumerierung ergeben. An eine Aufzählung der zahlreichen Arten der Lohnberechnungen kann dabei nicht gedacht werden. Der Lohn der in den Baumwollfeinspinnereien beschäftigten Personen — Spinner und Anleger — wird in vielen Orten berechnet nach englischem Pfund; gewogen wird nach deutschem Pfund. Dabei werden zehn deutsche Pfunde elf englischen gleichgestellt. Hat ein Spinner bei Nr. 20 im Tag 250 deutsche Pfunde Garn gesponnen, so werden 275 englische Pfunde im Lohn verrechnet. Danach richtet sich dann auch der Lohn der Anleger oder Anlegerinnen. Elf englische Pfunde geben aber nicht zehn deutsche, sondern nur 9,97 Pfund. Bei Ablieferung zehn deutscher Pfunde Garn bleiben also 0,15 Pfund unberechnet. Wenn

unser angenommenes Produktionsquantum pro Tag für den Spinner 250 deutsche Pfunde beträgt, so werden 25 mal 0,15 Pfund gleich ¾ Pfund pro Tag gleich 3¾ Pfund pro Woche im Lohne nicht mitverrechnet. Für den im allgemeinen besser bezahlten Spinner macht das etwa 50 Pfennig pro Woche Lohnverlust aus. Der Anleger bekommt als Lohn in der Regel einen Betrag, der 60 bis 70 Prozent des Spinnerlohnes entspricht, dementsprechend reduziert sich dann der Lohnverlust für den Anleger infolge der Nichtverrechnung der 3¾ Pfund pro Woche. Zu diesem Lohnverlust kommt für den Spinner und für den Anleger noch der Ausfall, welcher durch Abnutzung der Förderkörbe entsteht. Wenn der Spinner seine Kopse oder Kötzer abzieht, legt er sie in große, mit Holzklötzen versehene Körbe. Ist der Korb voll, wird das Garn mit dem Korb gewogen. Das Gewicht des Korbes wird in Abzug gebracht. Der Korb wird aber, solange er im Gebrauch ist oder nicht in Reparatur gegeben wird, nur einmal gewogen, nämlich bei seiner erstmaligen Benutzung. Das Gewicht wird dabei auf einer angehängten Pappkarte vermerkt. Durch das monatelange, oft jahrelange Transportieren im Spinnsaal, von der Wage herunter und hinauf, nutzt sich der Korb, ganz besonders die Holzklötze desselben, ab. Er wird leichter, gerechnet wird aber nach wie vor das anfänglich festgestellte Gewicht. Als die Maß- und Gewichtsordnung beraten wurde, verlangte alle Welt, daß die Förderwagen im Bergwerksbetrieb amtlich geeicht werden und daß eine neue Eichung in bestimmten Zeiträumen vorgeschrieben werden soll. Niemand aber hat an die Erhebung der gleichen Forderung im Reichstag bezüglich der Förderkörbe in der Textilindustrie gedacht.

Noch viel ungünstiger wirkt die Beibehaltung der alten Maße und Gewichte in der Textilindustrie auf die Entlohnung der Arbeiter in der Weberei und ihren Nebenzweigen. Nur wenige Arbeiter sind, wenn sie aus einem Ort in einen anderen ziehen, imstande, ohne weiteres ihren Lohn zu berechnen. Vielen gelingt das nie. Schreiber dieses hat in jungen Jahren außerhalb seines Heimatsortes in verschiedenen Betrieben monatelang gewebt, bevor er imstande war, seinen Lohn sich auszurechnen. Die Mehrzahl ist auf die Hilfe der anderen angewiesen.

Der Lohn richtet sich meist nach dem Feinheitsgrad eines Gewebes. Die Feinheit eines Stoffes wird bestimmt durch die Dichtheit in Kette und Schußrichtung. Je höher die Anzahl der Kett- und Schußfäden innerhalb eines bestimmten Raumes im Gewebe, um so höher der Akkordsatz. Die Garnstärke kommt dabei mit in Betracht. Der Lohn der Weber berechnet sich in vielen Bezirken nach »Gängen«. Ein Gang hat 40 Faden oder 38 Faden oder 32 Faden oder mehr oder weniger. Nach der Anzahl der Gänge, die in 6 Leipziger Zoll gleich 14,12 Zentimeter sind, bestimmt sich der Lohn. Je mehr Gänge, um so mehr Lohn und umgekehrt. In anderen Betrieben wird der Lohn berechnet nach der Anzahl der Fäden, die auf einem Viertel französischen Zoll sind. So versteht man unter Kattun 19/18 Faden Garnnummer 36/42 ein leichtes Baumwollgewebe, bei dem sich 19 Kettfäden englischer Nummer 36 und 18 Schußfäden englischer Nummer 42 auf den Raum eines Viertels französischen Zolls befinden. In Frankreich wird seit der großen Revolution nicht mehr nach Zoll gemessen, in Deutschlands Textilfabriken erstand das französische Zollmaß zu neuem Leben.

Unlauteren Elementen der Fabrikantenschaft ist die Betrügerei ungemein leicht gemacht, und tausende Arbeiter werden betrogen, weil sie bei ihrem Eintritt in die Fabrik weder etwas vom französischen noch vom Leipziger Zoll und den sonstigen altertümlichen Maßraritäten gehört haben. Der Deutsche Textilarbeiterverband hat in Gera für den Bezirk der Damenkleiderstoffbranche eine Lohnberechnungsstelle eingerichtet, welche seit Jahren sehr stark in Anspruch genommen wird und tausenden Arbeitern zu widerrechtlich vorenthaltenem Lohn verholfen hat. Auch dort spielt der Zoll, der sächsische wie der preußische, die Viertelelle und die preußische Elle neben dem Zentimeter noch immer eine große Rolle. Auf den Ellen und Zollen der verschiedensten Art bauen sich dann im ganzen Reiche die »Bande«, »Schmitze«, »Stückchen«, »Hälften« usw. ohne Rücksicht auf die Feinheit des Stoffes auf. Nach

diesen wird der Lohn der Weber in vielen Betrieben berechnet. Drei Ellen, sechs Ellen, zehn Ellen usw. sollen sie lang sein. Jede Fabrik hat andere Längen. In Krimmitschau streikten die Weber 1887 volle sechs Monate lang, weil sie wissen wollten, wie lang ihre »Bande« seien, und diese Wißbegier wurde von den Fabrikanten übelgenommen. Sechs Ellen sollten sie lang sein, bis auf 6½ und 7 Leipziger Ellen hatten sie sich schließlich ausgewachsen. Betrügerische Fabrikanten machten aus sächsischen Ellen Leipziger oder Berliner Ellen und verlängerten so das Gewebe; der Lohn blieb gleich. Angestrengte Prozesse gingen verloren.

Die Seidenweberei rechnet nach »Fein«. Ein Fein hat 100 Rietstäbe in 40 französischen Zoll gleich 108,40 Zentimeter.

Was für den Weber gilt, gilt für die Spulerinnen, Schererinnen, Zwirnerinnen usw. Da gibt es Lohnberechnungen nach »Hälfte«, »Schmitz«, »Band«, »Stückchen«, »Zehntel«, »Strähne«, »Docke«, »Strang« usw. In allen Zweigen der Industrie kehren bei der Lohnberechnung die der Garnnumerierung zugrunde liegenden üblichen Maßbezeichnungen wieder. Es ist kein Zufall, daß in den zahlreichen Abhandlungen, welche aus den Federn der Unternehmer und ihrer Vertreter in letzter Zeit über die Angelegenheit geschrieben worden sind, nicht auf diese Seite der Sache, die Lohnberechnung bei den Arbeitern, eingegangen wurde. Man hat Ursache zu schweigen. Jedenfalls muß, wenn durch Gesetz die metrischdezimale Maß- und Gewichtsbezeichnung für die Garnnumerierung vorgeschrieben, also der Gebrauch der veralteten Maße für den Handel verboten wird, das gleiche auch für die Stätte der Produktion, also für die Lohnberechnung vorgeschrieben werden. Die Arbeiter wissen sich hierin einig mit ihren Kollegen in allen Ländern.

Bedauerlich ist, daß die Unternehmer diese so ungemein wichtige Frage mit der angeblich notwendigen Feindschaft gegen England begründen. Es verdient durchaus Zurückweisung, wenn der so hoch angesehene Geheime Kommerzienrat Herr Semmlinger (Bamberg), dessen Arbeiten für die deutsche Textilindustrie auch von Arbeiterseite gewürdigt werden, vor kurzem schrieb:

> »Die Einführung des metrischen Maßes wird für England nahezu eine verlorene Schlacht bedeuten, besonders wenn es gelingt, die Reichsregierung dazu zu veranlassen, die metrische Garnnumerierung für das Inland als allein gültig vorzuschreiben. Manchester wird dann wohl oder übel auf die Ausfuhr englischer Garne nach Deutschland verzichten oder durch das kaudinische Joch der Nachahmung Deutschlands gehen und mit seiner eigenen Nummer und den anderen Absonderlichkeiten an Maß und Gewicht zugunsten des metrischen Maßes aufräumen, soweit es deutsche Kunden bedienen will.«

Wenn die Engländer sich der Beseitigung der englischen Numerierung im Baumwollgewerbe widersetzen, was für sie doch von größeren Störungen begleitet wäre als für Deutschland, so tun sie nur das, was die deutschen Unternehmer wahrscheinlich in gleicher Lage auch tun würden.

Die Imitatspinnerei (Vigogne) ist deutsche Erfindung. Sie wurde von einem Krimmitschauer Unternehmer in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gemacht. Von Deutschland wurde sie verpflanzt nach Österreich, Rußland und anderen Ländern. Seit langem haben wir die metrische Maß- und Gewichtsordnung. Das hat die deutschen Unternehmer durchaus nicht veranlassen können, sich auf das metrischdezimale Nummernsystem in ihren Betrieben zu einigen. Man soll nicht mit Steinen werfen, wenn man selbst im Glashaus sitzt. Wenn ein anderer Unternehmer meint, eine Notwendigkeit zur Einführung der metrischen Garnnumerierung liege nicht vor, man müsse es nur tun aus nationalen Gründen, so kann das nur als Unsinn bezeichnet werden.

Im Interesse der Arbeiter und der Industrie ist das metrischdezimale System der Garnnumerierung vorgeschrieben durch Gesetz mit den nötigen Übergangsbestimmungen zu fordern.

Die englischen Arbeiter und Weltherrschaftspläne.

»Welchen andern Inhalt hat nun dieser Krieg als den, die englische Klassenherrschaft über die Welt zu stürzen? In diesem Kampfe fühlt sich das ganze englische Volk als die herrschende Klasse der Welt solidarisch.«

»Die selbstverständliche Voraussetzung ihrer (der englischen Gewerkschaftler) Politik war die Aufrechterhaltung der englischen Weltherrschaft, war die Tributzahlung der Welt an England.«

Paul Lensch, Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück, S. 114, 116, 117.

In der Inauguralansprache der Internationalen Arbeiterassoziation, verfaßt von Karl Marx, findet man am Schlusse, wo von der ausländischen Politik der Arbeiterklasse die Rede ist, folgenden Satz:

Nicht die Weisheit der herrschenden Klassen von England, sondern der heldenmütige Widerstand der arbeitenden Klassen von England war es, was den Westen von Europa verhinderte, sich über Hals oder Kopf in einen infamen Kreuzzug zur Verewigung und Ausbreitung der Sklaverei auf dem jenseitigen Ufer des Atlantischen Ozeans zu stürzen.

Der Ehrenbrief, den der Verfasser des Kommunistischen Manifests den organisierten Arbeitern Englands seinerzeit ausstellte, war wohlverdient. In der Hauptindustrie Englands, der Baumwollindustrie, hatte der Bürgerkrieg der Vereinigten Staaten ungeheure Notlage hervorgebracht. Infolge des Aufschnellens der Baumwollpreise standen viele Fabriken still, und die brotlos gewordenen Arbeiter hungerten. Die allgemeine Auffassung war, daß die Baumwollkulturen der nordamerikanischen Südstaaten ohne Negersklaverei nicht betrieben werden könnten, daß daher der Sieg der agrarischen Südstaaten ein Lebensinteresse von Englands größter Industrie sei, während der Sieg des stark industriellen und schutzzöllnerischen Nordens Englands Außenhandel eines Tages in schwere Gefahr bringen werde. Weitverbreitete Zeitungen nährten diese Auffassung und veröffentlichten Artikel und Zuschriften aller Art, in denen die Negersklaverei beschönigt wurde. Nichtsdestoweniger haben damals die organisierten Arbeiter Englands bei jeder Gelegenheit, wo Streitigkeiten ihres Landes mit den Nordstaaten der Union über Fragen des Seerechts usw. eine Bekriegung der Nordstaaten und Unterstützung der Südstaaten durch England herbeizuführen drohten, auf das entschiedenste Partei für den Norden ergriffen. »,Times' und Konsorten«, schreibt Karl Marx am 2. Januar 1863 an Friedrich Engels, »ärgern sich tot über die Arbeitermeetings in Manchester, Sheffield und London. Es ist sehr gut, daß in dieser Art den Yankees der Star gestochen wird. Übrigens sagte schon Odyke (Mayor von New York und Political Economist) auf einem Meeting in New York: We know that the English working class ave with us, and that the governing classes of England ave against us. (»Wir wissen, daß die englische Arbeiterklasse mit uns ist und die herrschenden Klassen Englands gegen uns sind.«) Marx hat die englischen Arbeiter getadelt, daß sie die Leiden, die der Krieg damals über sie brachte, mit so großer Geduld — »Schafsgeduld«, wie er schreibt — ertrugen, für ihre politische Haltung in dieser Frage aber hatte er nur Lob.

Das eine Beispiel ist typisch für die Haltung der organisierten Arbeiter Englands zu den Kriegen ihres Landes. Es gibt nicht einen Fall, wo sie sich für imperialistische Ziele hätten einfangen lassen, mochten sie ihnen auch in noch so gleißnerischem Gewande vorgehalten werden. Was immer man ihnen sonst vorwerfen kann, in diesem Punkte haben sie sich stets gut gehalten. Aus dem gegenwärtigen Jahrhundert haben wir ein Beweisstück dafür in dem Manifest der organisierten Arbeiter Englands zum Plane eines britischen Reichszollbundes, für

den Joseph Chamberlain im Jahre 1903 eine große Agitation ins Werk setzte. Wenn je der wirtschaftliche Imperialismus Arbeitern in verführerischer Form dargeboten wurde, so geschah es mit diesem Plane. Durch Industriezölle sollten sie gegen die Konkurrenz Deutschlands, der Vereinigten Staaten und so weiter im ganzen Bereich des britischen Weltreichs geschützt werden, und für die mögliche Erhöhung der Preise von Brot und Fleisch als Wirkung der Einführung von Zöllen auf diese Artikel, die aber aus Kanada, Australien, Neuseeland nach wie vor zollfrei eingehen würden, sollten sie durch Herabsetzung beziehungsweise Abschaffung von Steuern auf Tee, Tabak, Kakao usw. entschädigt werden. Trotz dieser und anderer verlockender Seiten des Planes, der ihnen durch äußerst geschickt abgefaßte Flugblätter und Flugschriften, durch verblüffende Bilder über Englands fallende Ausfuhr und steigende Einfuhr so mundgerecht wie nur möglich gemacht wurde, haben die organisierten Arbeiter Englands ihn durch ihren schroffen Widerstand zu Fall gebracht.

In einer mit allen gegen zwei Stimmen beschlossenen Resolution sprach im September 1903 der von 460 Delegierten besuchte allgemeine Jahreskongreß der englischen Trade Unions seine »entschiedene Verurteilung« über ihn aus und verpflichtete seine Teilnehmer, »alles aufzubieten, die Erwirkung einer solchen Veränderung zu verhindern«.

Dann traten der Ausschuß des Arbeitervertretungsbundes (der Vorläufer der Labour Party), das parlamentarische Gewerkschaftskomitee, der Ausschuß des allgemeinen Gewerkschaftsbundes und die elf Arbeitervertreter, die damals im britischen Parlament saßen, zusammen und faßten das vorerwähnte Manifest ab, das sie, im ganzen 42 Personen, darunter alle bekannteren Führer der großen Gewerkschaften Englands, mit ihrer Namensunterschrift versahen und als Flugschrift in gewaltiger Auflage im Lande verbreiten ließen. Das war aber kein bloßes Wort. Als es zwei Jahre später zu allgemeinen Wahlen kam, haben die organisierten Arbeiter Englands in so großer Zahl gegen die Vertreter des Zollbundsplans gestimmt, daß die Konservativ-Unionisten ihre Mandate von 402 auf 158 zusammenschmelzen sahen und der Plan damit begraben war. Das ganze Manifest ist zu lang, um es hier abzudrucken, aber drei Stücke aus ihm werden genügen, seinen Geist zu kennzeichnen.

Gleich am Anfang heißt es:

Verarmt uns die Einfuhr?

Auf den ersten Blick scheint es, als ob die Menge von Gütern, die wir vom Ausland kaufen, eine Ursache der heimischen Beschäftigungslosigkeit sei. Ohne Zweifel leiden einige Gewerbe unter der freien Zufuhr. Aber diese Frage darf nicht vom Gesichtspunkt enger Lokal- oder Berufsinteressen betrachtet werden. Die Gewerbe, die von der freien Zufuhr gelitten haben, sind solche, die unter den britischen Bedingungen nicht wirtschaftlich betrieben werden können. Sie können nur dadurch gedeihen, daß sie die Lohnarbeiter in anderen Gewerben ärmer machen. Stellt man den ganzen Betrag unserer Nationalwirtschaft in Rechnung, so kann nicht gesagt werden, daß dieser Betrag durch den Zollschutz erhöht werden würde, denn wir zahlen für unsere Einfuhr mit den Diensten, die wir dem Ausland leisten. Hörten wir auf zu kaufen, so würden wir aufhören zu verkaufen. Infolgedessen würden die kleinen örtlichen Vorteile, die der Zollschutz etwa herbeiführte, durch den Schaden, den er der Nationalwirtschaft als Ganzem zufügte, mehr als aufgewogen werden.

Wir müssen unseren Gewerbefleiß mit anderen teilen.

Es ist richtig, daß Deutschland, Amerika und die anderen Industrieländer mehr fabrizieren als ehedem. Wir haben einen großen Vorsprung vor ihnen gehabt, aber keine Politik, die von uns ausgeht, kann Deutschland verhindern,

seine Kohlen- und Erzlager zu verarbeiten, oder Amerika daran hindern, die Baumwollerzeugnisse seiner Südstaaten in Fabrikate zu verwandeln. Großbritannien muß sich darein finden, den Welthandel mit seinen Konkurrenten zu teilen, denn es kann ihn nicht länger monopolisieren.

Es muß daher unsere Politik sein, mit unserem Reichtum hauszuhalten, und es muß alles beseitigt werden, was die Lasten unserer gewerblichen und arbeitstätigen Klassen erhöht.

Es folgen drei Stücke, die ohne größeres Interesse sind, worauf es zum Schluß heißt:

Insofern daher die gegenwärtige Schutzzollagitation die Aufmerksamkeit auf die Lasten lenkt, die die britische Industrie zu tragen hat, sind wir Mr. Chamberlain dankbar. Der Feldzug der Schutzzöllner sollte der Anlaß werden zum Triumph eines Programms der Sache der Arbeit.

Wir verteidigen nicht nur, wir greifen an.

Die Arbeiterpartei verlangt ein besseres Unterrichtswesen, eine wirksamere Anwendung der Wissenschaft im Gewerbe, besser ausgerüstete Staatsämter für Arbeiter- und Gewerbeangelegenheiten und, vor allem, progressive Besteuerung der Renten wie der nicht erarbeiteten und übermäßigen Einkommen, so daß die Gesamtheit den Reichtum, den sie geschaffen, genießen und diesen Reichtum zur Verringerung der Last von Steuern und Abgaben benutzen kann, die heute das berechtigte Gewerbe bedrücken. Wir sind ferner der Ansicht, daß angesichts der hohen Eisenbahnfrachten, die den britischen Produzenten abverlangt werden, die Frage der Nationalisierung der Eisenbahnen unverzüglich in Angriff genommen werden sollte. Diese positiven Vorschläge bieten wir als Antwort dar auf Mr. Chamberlains Mahnrufe, daß wir unsere Schritte zurücklenken und den Beistand einer Steuerpolitik suchen möchten, die wir bereits versucht haben und die weder unser Erwerbsleben vor Verlusten schützte, noch unser Volk vor dem Verhungern bewahrte. Wir richten an die Arbeiter des Landes den dringenden Mahnruf, uns in einem Feldzug zu unterstützen, der den gewerbstätigen Klassen durch Steigerung der nationalen Leistungskraft heben und ihnen durch wesentliche Herabsetzung der Produktionskosten Vorteil bringen wird. Großbritannien steht nicht vor seinem Ende; es beugt sich unter zu schweren Lasten. Der britische Arbeiter brauchte nie Hunger zu leiden, wenn seine Arbeit nicht dazu aufgewandt würde, müßige Klassen in Luxus zu erhalten. Lasset unseren Ruf sein: Vermehrt die Arbeitervertretung im Parlament und weigert euch, nutzlose Lasten zu tragen.

Es würde ein leichtes sein, noch andere Beispiele vorzuführen, wo die organisierten englischen Arbeiter sich in Wort und Tat als die entschiedensten Gegner aller Weltherrschaftspläne bewährt haben. Aber die Aktionen von 1862/63 und 1903/06 lassen deutlich genug erkennen, was es mit den Redensarten auf sich hat, die wir oben aus Lenschs neuestem Opus zitieren. Von jeher haben Leute, die auf nicht sehr zweifelsfreien Pfaden wandelten, sich damit vor unliebsamer Kritik zu decken gesucht, daß sie anderen die Seitensprünge nachsagten, deren sie sich selbst schuldig machten. Die Verdächtigung der englischen Arbeiter, die in Lenschs Sätzen ausgesprochen wird, soll offensichtlich dazu beitragen, die Schwenkung zu beschönigen, die er selbst in diesem Kriege vollzogen hat. Um den deutschen Imperialisten, deren ökonomische Ungereimtheiten er noch überbietet, Liebesdienste leisten zu können, unterschiebt er den organisierten englischen Arbeitern Beweggründe, die ihnen in der Politik immer ferngelegen haben und noch jetzt ferne liegen.

Eduard Bernstein.

Literarische Rundschau.

P. R. Krause, **Die Türkei.** 469. Bändchen der Sammlung: Aus Natur und Geisteswelt. Leipzig und Berlin 1916, Verlag B. G. Teubner. 136 Seiten. Preis 1,25 Mark.

Professor A. Philippson, **Das Türkische Reich.** 12. Heft der Deutschen Orientbücherei, herausgegeben von E. Jaeckh. Weimar 1915, Verlag G. Kiepenheuer. 100 Seiten. Preis 1,50 Mark.

Dem zukünftigen Historiker und Völkerpsychologen wird vorbehalten bleiben, das Rätsel zu lösen, wie es gekommen ist, daß ein großer Teil der Menschheit noch im zwanzigsten Jahrhundert Phantomen nachgejagt hat, hinter denen keine realen Tatsachen standen. Zu solchen Trugbildern gehören nicht allein die meisten Kolonialpläne, sondern auch die Vorstellungen, die man sich überall vom nahen Orient macht. Welche Hoffnungen werden nicht auf die Zukunft der Türkei gesetzt! Und doch erweisen sie sich bei näherer Betrachtung als eine Fata Morgana, die bloß zur Verführung der weglosen Wanderer dient!

Es ist natürlich, daß die meisten Autoren, die über die Türkei schreiben, die dortigen Verhältnisse in rosigem Licht erscheinen lassen wollen. Der ehemalige ottomanische Regierungsrat Krause ist in seiner Schilderung der Türkei dieser allgemeinen Stimmung nicht entgangen. Über die Verhältnisse in der Türkei liegen ja so wenig zuverlässige Angaben vor, daß ein jeder der Versuchung leicht erliegt, eigene Eindrücke als feststehende Tatsachen wiederzugeben. Da aber Krause, wie es scheint, weder Geograph noch Ethnograph oder Historiker von Beruf ist, so ist auch der Teil seiner kleinen Schrift, der die geographischen und ethnographischen Verhältnisse sowie die Geschichte der Türkei behandelt, so gut wie wertlos, in vieler Hinsicht sogar direkt irreführend. Wer sich mit den geographischen Fragen beschäftigen will, der sei auf die ausgezeichnete Schrift Philippsons verwiesen, der noch kurz vor dem Krieg Vorderasien bereist hat und der sicher ein bedeutender Fachmann auf diesem Gebiet ist. In der Schrift Krauses sind hingegen drei Kapitel von Interesse: das über die türkischen Finanzen, wo wir eine Gegenüberstellung der Staatsausgaben der Jahre 1850 und 1912/13 finden; das über die Eisenbahnen und Wege und schließlich das über das Bergbauwesen, wo der Autor ein Gebiet berührt, das ihm wohl am besten bekannt ist.

Bekanntlich beginnt die »Modernisierung« der Türkei damit, daß sie im Ausland Anleihen aufnimmt. Es ist das ein lehrreiches Kapitel der modernen »Kulturträgerei«, das aber bei Krause kaum berührt wird. Zur Beleuchtung der Verhältnisse, die den Bankrott der Türkei 1876 herbeigeführt haben, möge folgende Tatsache angeführt werden. Von 1853 bis 1873 nahm die Türkei Anleihen im Nominalwert von 3138 Millionen Mark auf, wovon aber in die Staatskasse bloß 1893 Millionen Mark flossen. Nicht mal ein Zehntel der ganzen Summe wurde für gemeinnützige Zwecke (für Eisenbahnen usw.) verwendet. Für diese Anleihen zahlte die Türkei 7 bis 11 Prozent, also auf den wirklichen Ertrag berechnet gar 15 Prozent Zinsen!...

Durch das Moharremdekret wurde dann die Schuld von 190,66 Millionen auf 106,44 Millionen türkische Pfund (zu 18,44 Mark) herabgesetzt. Bis 1912 ist die Schuld wiederum auf 119,74 Millionen angestiegen. Die Einnahmen der Türkei vor dem Kriege (1912/13) bezifferten sich auf 30,5 Millionen, wovon für die Finanz- und Staatsschuldenverwaltung 15,79 Millionen erforderlich waren. Die Rüstungsausgaben verschlangen weitere 28 Millionen Pfund, so daß die eigenen Einnahmen nicht einmal zur Deckung dieser Posten ausreichten. Wird es nach dem Kriege in dieser Beziehung besser werden? Während des Krieges hat die Türkei bei den Mittelmächten rund 43 Millionen Pfund geborgt; damit ist aber wohl nur

ein Teil der Kosten gedeckt; den anderen, größeren Teil hat sie wohl durch Requisitionsscheine und verschiedene Vorschüsse aufgebracht. Selbst wenn die Staatsschuld sich nur verdoppelt hätte, so werden die Einnahmen der Türkei kaum reichen, um die Schuldenzinsen zu bestreiten. Woher soll sie dann noch Geld für kulturelle Zwecke nehmen?

Krause ist in bezug auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung der Türkei optimistisch. Zurückhaltender urteilt Philippson.

Über die Aussichten des Getreidebaues in der Türkei habe ich schon in der Neuen Zeit (XXXIV, 2, 12. Heft) referiert. Auch Reinhard Junge, der Herausgeber des »Archivs für Wirtschaftsforschung im Orient«, meint in einer Artikelserie in der »Frankfurter Zeitung« vom 30. Mai, 4. Juni und 11. Juni 1916, daß Deutschland »wahrscheinlich niemals oder doch auf lange Zeit hinaus nicht wirklich große Mengen Brotgetreide« aus der Türkei werde erhalten können. Dagegen ist er der Ansicht, daß »die Frage des Rohstoffbezugs aus der Türkei für uns von ganz besonderer Bedeutung werden kann«, wenn es auch heute ein »Wechsel auf langes Ziel« ist, das heißt daß die Türkei erst nach langer Zeit bedeutende Mengen von Rohstoffen werde liefern können. In dieser Beziehung ist umgekehrt Krause ganz anderer Meinung. Er schreibt:

»Während der langen Jahre, in denen ich Anatolien in allen Richtungen durchstreifte, habe ich den geologischen und mineralogischen Verhältnissen des Landes ganz besonderes Interesse gewidmet und habe auch auf verschiedene Mineralien: Mangan, Chrom, Borazit, Kohle, Kupfer und Blei selbst jahrelang geschürft, bevor ich wieder in den Regierungsdienst eintrat.... Ich habe mir aber in dieser Zeit nicht die Überzeugung bilden können, als sei Kleinasien ein in bezug auf Mineralschätze besonders reich ausgestattetes Land.... Kleinasien ist zwar in einigen Teilen stark mineralisiert, aber die Mineralisierung ist in zahlreiche, nur in seltenen Fällen abbauwürdige Äderchen zersplittert. Es fehlt mit wenigen Ausnahmen an großen Erzkonzentrationen, an Spaltenfüllungen. ... Anatolien verdankt meiner Ansicht nach den Ruf seines Mineralreichtums in der Hauptsache dem Altertum, wobei man sich vor Augen halten sollte, wie vollständig sich seit jenen Zeiten die den Wert bestimmenden Verhältnisse, nämlich die Gestehungskosten und andererseits die Kaufkraft der Metalle geändert haben....«

Und weiter unterstreicht er noch diesen Gedanken und bezweifelt, daß man noch Entdeckungen werde machen können.

Danach kann man sich nicht nur die wirtschaftliche Zukunft, sondern auch überhaupt die wirtschaftliche Bedeutung der Türkei leicht vorstellen. Beachtenswert ist noch der Umstand, daß Krause wie Junge aus politischen, während Philippson aus allgemeinen geographischen und wirtschaftlichen Gründen gegen eine starke Einwanderung nach der Türkei sind. Junge sagt darüber:

»Es ist von vornherein ausgeschlossen, daß etwa Deutsche als solche in größerer Zahl in subalternen Anstellungen irgendwelcher Art oder etwa gar als Bauern sich in den wirtschaftlichen Reformen der Türkei betätigen können.« Bekanntlich hofft Professor Hans Delbrück, mit Hilfe der Türkei die Lösung des Problems des »neuen Mittelstandes« in Deutschland zu erlangen. Auch dies erweist sich also als eine Illusion, ebenso wie übrigens die Erwartungen, daß die Türkei einen bedeutenden Absatzmarkt werde darstellen können. Junge tritt auch in dieser Beziehung den falschen Vorstellungen entgegen. In der Tat, ist doch die Türkei ein armes Land und führt schon heute mehr ein, als sie zu bezahlen imstande ist. Daß sich ihre Handelsbilanz bald verbessern wird, wie Krause glaubt, ist kaum anzunehmen. Es bleibt also dabei, daß nicht Vorderasien, sondern Europa und Amerika die auch in wirtschaftlicher Hinsicht wichtigsten Weltteile für Deutschland sind. Sp.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 21 | Ausgegeben am 25. August 1916 | 34. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

1866 bis 1914.

Ein geschichtlicher Vergleich.

Von Franz Mehring.

Es war nicht lange nach Beginn des Weltkrieges, als ein Mitglied des Parteivorstandes in einer Hamburger Parteiversammlung eine Rede hielt, worin er sehr wohltätige Folgen des Krieges für die deutsche Arbeiterklasse voraussagte, »vorausgesetzt,« wie er hinzufügte, »daß unsere Radikalen keine Dummheiten machen«. Heute wird dieser Redner wohl der Ansicht sein, daß »unsere Radikalen« hinreichend »Dummheiten« gemacht haben, aber inzwischen hat er selbst am eigenen Leibe die Erfahrung gemacht, daß es Lagen gibt, worin keine »Dummheiten« zu machen einigermaßen schwierig ist.

In den Polemiken zwischen dem Parteivorstand und der Redaktion des Zentralorgans hat der Parteivorstand bestritten, sich irgendwelche Eingriffe in die unabhängige Redaktionsführung des »Vorwärts« erlaubt zu haben, mit Ausnahme eines Falles, der einen solchen Eingriff schlechterdings notwendig gemacht habe, als nämlich ein Redakteur des »Vorwärts« dem Generalkommando unerlaubte Bürgschaften für die »patriotische« Haltung des Blattes gegeben habe. Was es an und für sich mit diesem Fall auf sich hat, soll hier ganz dahingestellt bleiben; worauf es uns ankommt, ist nur, festzustellen, daß der Parteivorstand, auch wenn seine Haltung sonst noch so unanfechtbar gewesen wäre, im Sinne des Hamburger Redners eine rechte »Dummheit« gemacht hat.

Denn alsbald war die reaktionäre Presse bei der Hand, an der Spitze die »Deutsche Tageszeitung«, und erklärte: »Aha, da sehen wir's, was es mit der gerühmten Bekehrung der Sozialdemokratie zu nationalen Gesinnungen auf sich hat. Kaum wird das Zentralorgan von einer wirklich patriotischen Anwandlung heimgesucht, so kommt ausgerechnet der Parteivorstand, der angeblich an der Spitze der Bekehrten stehen soll, und erteilt dem ,Vorwärts' einen strengen Verweis. Das steckt also hinter der Versicherung, daß die Sozialdemokratie in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stiche lassen wolle. Selbst wenn sich diese Leute einen Augenblick gebessert zu haben scheinen, so kommt der alte Adam alsbald wieder zum Vorschein.« Und daraus wurde dann die Schlußfolgerung gezogen, daß es mit der »Neuorientierung« der inneren Politik gegenüber der Sozialdemokratie ein für allemal nichts sein dürfe.

Der kleine Zwischenfall ist deshalb bemerkenswert, weil er ein besonders scharfes Licht auf die Politik des 4. August wirft. Ihre Befürworter haben allerdings von vornherein erklärt: Was wir tun, das tun wir um des Vaterlandes willen, und wir beanspruchen deshalb keinen Lohn für unsere Partei. Das war gewiß sehr edelmütig, viel edelmütiger sogar, als jemals

eine Klasse in ähnlicher Lage gehandelt hat; selbst die Landwehren von 1813, so bescheiden sie immer waren, beanspruchten ihren Lohn in Fortschritten der inneren Politik, als sie gegen die napoleonische Fremdherrschaft ins Feld stürmten. Darauf haben die bürgerlichen Klassen dann noch jahrzehntelang gepocht, bis Bismarck sie auf dem Vereinigten Landtag von 1847 belehrte, es heiße der Nationalehre einen schlechten Dienst erweisen, wenn man annehme, daß die Gefahren, die dem Volke vom Ausland drohten, nicht hinreichend gewesen seien, sein Blut in Wallung zu bringen und durch den Haß gegen die Fremdlinge alle anderen Gefühle übertäubt werden zu lassen. Der stenographische Bericht über diese Sitzung des Vereinigten Landtags, der bekanntlich eine ständische, nichts weniger als liberale Körperschaft war, verzeichnet zu der eben angeführten Rede Bismarcks: »Großer Lärm. Mehrere Abgeordnete bitten ums Wort.« Es erfolgten darauf heftige Proteste gegen die Auffassung Bismarcks, und außerhalb des Vereinigten Landtags trug ihm diese seine erste öffentliche Rede den Ruf eines reaktionären Stockjunkers ein, den er fast zwanzig Jahre lang, bis zum Jahre 1866, nicht wieder losgeworden ist.

Indessen die Zeiten ändern sich, und die Menschen ändern sich mit ihnen. Der Standpunkt, den Bismarck 1847 im Vereinigten Landtag vertrat, war derselbe, den die sozialdemokratische Politik des 4. August vertritt: durch die vom Ausland her drohende Gefahr alle Forderungen der Partei übertäuben zu lassen. Diese Opferfähigkeit hatte zur Folge, daß die Regierung nun doch den gar nicht begehrten Dank und Lohn verhieß, indem sie, wenn auch erst nach geschlossenem Frieden, eine »Neuorientierung« der inneren Politik versprach. Nach der Auffassung Bismarcks, die wir nicht zu vertreten haben, erwies sie damit der »Nationalehre einen schlechten Dienst«, aber sie wird sich damit rechtfertigen, daß ihr Versprechen unter einer zwar stillschweigenden, aber doch ganz selbstverständlichen Voraussetzung gegeben worden sei, unter der Voraussetzung nämlich, daß auch nach dem Frieden »der Haß der Fremdlinge alle anderen Gefühle übertäuben« werde oder, wie es der Hamburger Redner ausdrückte, daß »unsere Radikalen keine Dummheiten machen« würden.

Wir haben aber eben an einem schlagenden Beispiel gesehen, daß solcherlei »Dummheiten zu machen« keineswegs ein privilegium odiosum der »Radikalen«, sondern ein gemeinsames Pech aller derer ist, die noch nicht die letzten sozialdemokratischen Grundsätze in den Schornstein geschrieben haben. Es gibt freilich einige wohlwollende Gemüter unter den Gegnern der Sozialdemokratie, die ihr nicht gerade einen feierlichen Widerruf ihrer bisherigen Grundsätze auferlegen wollen, ehe sie in den Genuß der »Neuorientierung« gelangt; sie sagen etwa: Lasse man sie doch noch ein wenig bellen, wenn sie nur über den Stock springen. Aber dieser nachsichtigen Männer sind nur recht wenige; die ernsteren und strengeren Denker vertreten den Standpunkt der »Deutschen Tageszeitung«: Entweder ganz oder gar nicht. Entweder kapituliert die Sozialdemokratie mit allen Fahnen und Waffen, oder sie muß sich von wegen der »Neuorientierung« den Mund wischen.

Auf der anderen Seite gibt es einzelne kühne Denker, die sich in diese Lage der Dinge zu schicken wissen und in der Tat verlangen, daß die Sozialdemokratie mit allen Fahnen und Waffen kapitulieren und sich in Reih'

und Glied der »neuen Revolution« stellen solle, der Bethmann Hollweg voranmarschiert. Obgleich dieser »blühendste Blödsinn«, wie ein Parteiblatt den geistreichen Vorschlag unhöflich genug nennt, in seiner Art Methode hat, so ist er doch im allgemeinen von den Politikern des 4. August zurückgewiesen worden, und niemand wird ihnen verargen können, wenn sie den Selbstmord auf dem Schindanger verschmähen.

Dann bliebe ihnen noch die Möglichkeit, nach dem Ausbleiben der »Neuorientierung«, die heute schon zum Kinderspott geworden ist, in die alte Trauerharfe zu greifen, die nach den Befreiungskriegen bis zum Überdruß abgespielt wurde: daß nämlich den Volksmassen für die unendlichen Opfer an Gut und Blut, die sie bei der Rettung des Vaterlandes dargebracht hätten, mit Undank gelohnt worden sei. Mit solchen weinerlichen Sentimentalitäten kommt man aber, wie ja auch die deutsche Geschichte in den zwanziger und dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts gezeigt hat, nicht um die Breite eines Strohhalms vorwärts, und zudem ist den Politikern des 4. August auch dieser melancholische Trost in Tränen versagt, da sie ja feierlich erklärt haben, daß sie nichts für die Partei begehrten, indem sie alles für das Vaterland opferten. Man würde zum Schaden noch den Spott haben, wenn man jetzt sagen wollte: Ja, so war's ja gar nicht gemeint!

Endlich haftet die Möglichkeit, die Politik des 4. August fortzuführen, noch an einem geschichtlichen Vergleich. Man sagt wohl: auch die deutsche Bourgeoisie hat ihren Tag von Damaskus gehabt; auch sie hat im Jahre 1866 ihren großen Umfall erlebt, und wenn dabei auch manche ihrer »Illusionen« zertrümmert worden sind, so ist sie durch ihn doch dick und fett geworden. Sie erkannte rechtzeitig, daß die Macht Bismarcks auf viel festerem Grunde stand, als sie sich in der Konfliktszeit eingebildet hatte, und war besonnen genug, sich in die Dinge zu schicken, wie sie einmal lagen, wobei sie denn recht gut gefahren ist.

In der Tat liegt der Vergleich zwischen den Jahren 1866 und 1914 recht nahe. Und es wäre ohne Zweifel oberflächlich, ihn dadurch zu erledigen, daß man darauf hinweisen wollte, wie oft die »Nationalmiserablen« wegen ihrer Feigheit, ihrer Kurzsichtigkeit, ihres Wankelmuts gerade auch vom sozialdemokratischen Standpunkt aus verspottet worden sind. Die entscheidende Frage ist vielmehr, ob die Bourgeoisie mit ihrer Rechtsschwenkung im Jahre 1866 ihrem historischen Wesen treu geblieben ist oder nicht. Und diese Frage wird ebenso zu ihren Gunsten beantwortet werden müssen, wie sie, im Jahre 1914 für das Proletariat gestellt, zugunsten der Politik vom 4. August beantwortet werden muß.

I.

Es gehört zum innersten Wesen der Bourgeoisie, daß sie ihre Kämpfe, sobald es hart auf hart geht, nicht selbst ausficht, sondern durch andere Leute ausfechten läßt. Lange Zeit hat ihr das Proletariat diesen Gefallen erwiesen, um am Morgen des Sieges mit dem mageren Troste verabschiedet zu werden, es sei genügend belohnt durch die Ehre, für die Bourgeoisie geblutet zu haben, und nun könne es sich trollen. So ging es 1789 in Paris nach dem Sturm auf die Bastille; so ging es 1848 in Berlin nach dem Barrikadenkampf des 18. März; bei allem Wechsel von Ort und Zeit stimmten in fast lächerlich getreuem Wortlaut die Abdankungsbefehle überein, die die Arbeiter erhielten, sobald sie den Sieg der Bourgeoisie erkämpft hatten.

Das ging nun aber nur so lange, wie es ging. Die Pariser Junischlacht des Jahres 1848 war das historische Ereignis, das der Bourgeoisie die Hilfe des Proletariats bei ihren Entscheidungskämpfen verleidete. Vor allem in Deutschland, wo die Bourgeoisie sich verhältnismäßig langsam und spät und namentlich unter Umständen entwickelt hatte, die ihr von vornherein einen anderen Helfer in der Not willkommener machten. In Deutschland war es aus den bekannten und oft dargelegten Gründen zu keinem nationalen Staat gekommen, und sobald eine deutsche Bourgeoisie entstand, die mit wachen Augen um sich zu schauen begann, sah sie sich dem österreichisch-preußischen Dualismus gegenüber. Die Wahl konnte ihr insofern nicht schwer fallen, als die industrielle Entwicklung ihre Hauptschauplätze auf preußischem Boden hatte — mit der Ausnahme des Königreichs Sachsen —, aber auch die Mittel- und Kleinstaaten durch den Zollverein, den ihnen ihre finanziellen Nöte aufzwangen, in die ökonomische Interessensphäre des preußischen Staates gezogen wurden.

So verwob sich die preußische Hegemonie sehr früh mit den Zukunftsträumen der deutschen Bourgeoisie. Man kann freilich nicht sagen, daß sie sich aus jungfräulich-naiver Neigung in den preußischen Staat verliebt hätte, denn sie wußte wohl, aus wie hartem Holze er geschnitzt war, und sie verlangte auch, daß dieser Kanadier sich ein wenig mit Europens übertünchter Höflichkeit befreunden müsse, ehe sie ihm Herz und Hand schenke. Mitreden wollte sie in der Presse und ein wenig mithandeln auch im Parlament; wurden diese bescheidenen Ansprüche befriedigt, dann war ihre Wahl getroffen, und sie entschied sich für die preußische Hegemonie als das kleinere von zwei Übeln.

Aus diesem Zusammenhang erklärt sich die ungewöhnliche Aufregung, die im Jahre 1840 der preußische Thronwechsel in ganz Deutschland hervorrief. Auf den alten König hate man längst aufgegeben, irgendeine Hoffnung zu setzen, aber von seinem Nachfolger versprach man sich um so mehr, als man seinen Widerwillen gegen die eingerostete Bureaukratenwirtschaft seines Vaters kannte. Dabei lief nur das kleine Mißverständnis mit unter, daß Friedrich Wilhelm IV. nicht über diese Bureaukratenwirtschaft hinaus, sondern weit über sie zurück wollte, mitten in die feudale Herrlichkeit des Mittelalters.

Immerhin dauerten die Flitterwochen einige Zeit, wenigstens bis die letzte Hoffnung geschwunden war. Das Auf und Ab kann man am besten in der »Rheinischen Zeitung« studieren, der ersten wirklichen Zeitung, die sich die deutsche Bourgeoisie schuf. Für die verhältnismäßig noch große Schwäche dieser Klasse ist bezeichnend, daß die Zahl der Abonnenten binnen der ersten drei Quartale ihres Erscheinens nicht über 885 hinauskam; im vierten Quartal, wo Marx die leitende Redaktion übernommen hatte, stieg sie auf 1820, und erst im fünften und letzten Quartal, bereits unter dem Damoklesschwert des endgültigen Verbots, auf 3400.

Die »subversiven Tendenzen«, wegen deren die Zeitung abgewürgt wurde, bestanden in der Tat in dem Bekenntnis zur preußischen Hegemonie. Die Meldung des preußischen Gesandten in Paris, daß die Zeitung durch französisches Geld unterhalten werde, war so unsinnig, daß sie auch bei den Berliner Ministern keinen Glauben fand. Aber die preußenfreundliche Tendenz der Zeitung, an der sich nun einmal nichts deuteln ließ, wurde

dennoch vom König, der aus seinen mittelalterlichen Anschauungen heraus die modernen Tendenzen des Blattes witterte, peinlich empfunden.

Im Kölner Stadtarchiv hat sich noch in Marxens Handschrift ein Protest der Zeitung gegen die Verfolgungen der Regierung erhalten, worin durch alle Ironie hindurch doch ernsthaft genug auf Preußens führende Stellung in Deutschland hingewiesen wird. Es heißt in diesem Schriftstück: Die Tendenz eines Blattes dürfe nicht bloß ein gesinnungsloses Amalgam von trockenen Referaten und niedrigen Lobhudeleien sein; es müsse mit einer, eines edlen Zweckes bewußten Kritik die staatlichen Einrichtungen und Verhältnisse beleuchten, wie es die jüngst erlassene mildere Zensurinstruktion und auch die anderwärts oft geäußerten Ansichten des Königs forderten. Auch in Zukunft wolle die Zeitung, soviel an ihr läge, den Weg des Fortschritts bahnen helfen, auf dem Preußen gegenwärtig dem übrigen Deutschland vorausgehe. Wie könnte ein Blatt mit solcher Tendenz im Rheinland französische Sympathien und Ideen verbreiten wollen? Gerade das Gegenteil sei der Fall: die Zeitung betrachte es als ihre Aufgabe, in der Provinz, wo sie erscheine, die Blicke auf Deutschland zu lenken und hier statt eines französischen einen deutschen Liberalismus hervorzurufen, was der Regierung Friedrich Wilhelms IV. gewiß nicht unangenehm sein werde. Auch sei in ihren Spalten stets darauf verwiesen worden, daß von der Entwicklung Preußens die Entwicklung des übrigen Deutschlands abhänge. Neben ihren polemischen Artikeln gegen die antipreußischen Bestrebungen der »Augsburger Allgemeinen Zeitung« und neben ihrer Agitation für die Ausdehnung des Zollvereins auf das nordwestliche Deutschland, zeigten sich ihre preußischen Sympathien vor allem in steten Hinweisen auf norddeutsche Wissenschaft im Gegensatz zu der Oberflächlichkeit der französischen und auch der süddeutschen Theorien. Die Zeitung sei das »erste rheinische und überhaupt süddeutsche Blatt«, das hier den norddeutschen Geist einführe und damit zu der geistigen Einigung der getrennten Stämme beitrage.

Diese Eingabe hatte so wenig eine Wirkung wie alle anderen Bemühungen, die Zeitung am Leben zu erhalten. Marx machte natürlich nur so weit mit, als möglich war, ohne der Tendenz der Zeitung etwas zu vergeben; als ihre Aktionäre sich entschlossen, durch eine Abschwächung der Tendenz die Gnade der Regierung zu erlangen, schied Marx aus der Redaktion aus, worauf selbst der Zensor für die Zeitung um Gnade bat, da sie ihre fähigste und gefährlichste Kraft verloren habe. Aber es war alles vergebens; die preußische Regierung stieß brüsk die Hand zurück, die ihr die Bourgeoisie bot; am 31. März 1843 mußte die »Rheinische Zeitung« ihr Erscheinen einstellen.

So wurde die deutsche Bourgeoisie gezwungen, die Hoffnungen einstweilen zu verabschieden, die sie auf die preußische Regierung gesetzt hatte. Ihre praktischen Köpfe konnten sich der Einsicht nicht entziehen, die ihnen gewaltsam aufgedrängt wurde, daß es mit dem »deutschen Berufe« des preußischen Staates einstweilen nichts sei. Dieser »Beruf« blieb höchstens noch eine professorale Spielerei, die nicht viel hinter sich hatte, selbst nicht bei einem Manne wie Gervinus, der die preußische Hegemonie in den vierziger Jahren vertrat, um sie bis aufs Messer zu bekämpfen, als sie zwanzig Jahre später eine geschichtliche Tatsache wurde. Was die Geschäftsmänner der Bourgeoisie noch besonders erbitterte, war die Tatsache, daß die preußische

Regierung obendrein mit dem Proletariat kokettierte, um der Bourgeoisie den Daumen aufs Auge zu drücken. Es war zwar nicht viel los mit dieser Koketterie, wie sie namentlich der junge Hermann Wagener in dem »Rheinischen Beobachter« betrieb, aber der böse Wille war doch nicht zu verkennen, und er fiel der Bourgeoisie immerhin auf die Nerven.

Sie faßte sich jedoch und beschloß, die Regierung kirre zu machen mit der ihr eigentümlichen Waffe, indem sie ihr die Geldquellen abschnitt. Die Regierung hatte sich schon im Jahre 1820 den Staatsgläubigern verpflichtet, keine neuen Anleihen ohne die Bürgschaft von Reichsständen aufzunehmen; gezwungen durch die drängende Finanznot, hatte sie im Jahre 1847 als solche »Reichsstände« den Vereinigten Landtag einberufen, der aus den Landtagen der acht preußischen Provinzen zusammengesetzt und, wie schon gesagt wurde, eine feudalständische Körperschaft war. Aber die Vertreter der Städte, das heißt die Bourgeoisie, hatten auf ihm das Übergewicht, da sie die Bauern hinter sich hatten und auf einen Teil des Adels rechnen konnten, der durch seine agrarisch-industrielle Warenproduktion in die bürgerliche Interessensphäre gedrängt wurde. Die damalige Bourgeoisie hatte es damit in der Hand, das Vaterland vor dem Bankerott zu erretten, aber sie ließ durch ihren Vorkämpfer Hansemann erklären, daß »in Geldsachen die Gemütlichkeit aufhöre«, und verweigerte jeden Pfennig, bis dem Vereinigten Landtag, diesem bloßen Scheinding von »Reichsständen«, die Rechte einer wirklichen Volksvertretung gesichert sein würden.

Hansemanns geflügeltes Wort ist im Volksmund immer noch lebendig, aber in den Kreisen höherer staatsmännischer Einsicht scheint es nicht mehr recht verstanden zu werden. Es verlohnt sich deshalb wohl, einen Augenblick bei den Umständen zu verweilen, unter denen es gesprochen wurde. Es handelte sich um die Bewilligung von einigen zwanzig Millionen Talern für den Bau der Ostbahn, der schon begonnen hatte und gleichermaßen aus militärischen wie volkswirtschaftlichen Gründen eine Lebensfrage für den preußischen Staat im allgemeinen wie für die Provinz Preußen im besonderen war. Gleichwohl stimmten von den Vertretern dieser Provinz nur 18 für die Bewilligung der Anleihe, 65 aber dagegen, eben um die Regierung zur Bewilligung konstitutioneller Rechte zu zwingen oder wie es der ostpreußische Edelmann v. Auerswald etwas pathetisch ausdrückte: »Wenn ich auch alle Hütten meines Landes durch die Bewilligung des Anlehens zu Schlösser verwandeln könnte, so würde ich in dem Glauben, daß mit leichtem und ruhigem Gewissen es sich glücklicher und behaglicher in einer Hütte als mit einem beschwerten im Palast selbst wohnen läßt, dagegen stimmen.« Gegen Auerswald und Hansemann machte dann freilich schon Bismarck den Standpunkt geltend, der heute in den Kreisen der höheren staatsmännischen Einsicht vorherrscht, indem er »mit dem Namen der Erpressung brandmarkte«, Klasseninteressen zu vertreten, wo es das Wohl des Vaterlandes gelte, aber in jener zurückgebliebenen Zeit erregte er damit nur das »laute Murren« der Versammlung und drückte nur ein Siegel mehr auf seinen Ruf, ein unverbesserlicher Reaktionär zu sein.

Kurzum, der Vereinigte Landtag verweigerte die geforderte Anleihe, und der Bau der Ostbahn blieb drei Jahre lang liegen. Aber die Kur der Bourgeoisie schlug ganz gut an; es war noch lange kein Jahr seit dem Schluß des Vereinigten Landtags verflossen, als der König sich entschloß, ihm zunächst

die dringendste und oberste seiner Forderungen zu gewähren, nämlich die periodische Einberufung. Dieser erste Erfolg ihrer Methode, die Regierung bei langsamem Feuer zu braten, hätte der Bourgeoisie einstweilen vermutlich genügt, jedoch ehe sie sich darüber äußern konnte, warf sie der Aufstand des 18. März wider ihr Erwarten und weit über ihr Hoffen und Wünschen hinaus unmittelbar an das Ruder des Staates.

II.

Nach dem 18. März hatte sich die Bourgeoisie zu entscheiden, ob sie, gestützt auf das Proletariat, die historischen Mächte des alten Preußens, Königtum und Adel, niederhalten, oder ob sie unter Opferung der Arbeiter, die ihren Sieg erkämpft hatten, sich vom Königtum und Adel einen bescheidenen Anteil am Regiment erbetteln und erschmeicheln wollte.

Es ist bekannt, wie sie sich entschieden hat. Ihre Entscheidung ist oft genug sehr bitter und hart beurteilt worden, und vom Standpunkt des historischen Fortschritts auch mit vollem Recht. Allein so verdammenswert immer ihr Verrat am Proletariat sein mochte, so darf man nicht verkennen, daß sie an ihrem ursprünglichen historischen Programm festhielt, an der Hegemonie des preußischen Staates, und daß ihr dies Programm nach den Pariser Junikämpfen von 1848 doppelt ans Herz gewachsen sein mußte.

Es war ein Bruch mit allen preußischen Überlieferungen, als Camphausen und Hansemann, ein paar rheinische Kaufleute, die nie im Staatsdienste gestanden hatten, die führenden Ministerstellen erhielten. Weder am Adel noch am Königtum, weder an der Bureaukratie noch am Heere hatten sie den geringsten Halt, vielmehr von all diesen durch den 18. März zwar schwer gedemütigten, aber noch keineswegs gebrochenen Mächten des alten Preußens auf Schritt und Tritt den hartnäckigsten Widerstand zu erwarten. Was sie selbst zwar noch nicht hinter sich hatten, aber doch haben konnten, waren die Volksmassen, deren Erregung immer noch in hohen Wellen ging. Jedoch das Heilmittel erschien ihnen schrecklicher als das Übel. »Die hohe Bourgeoisie, von jeher antirevolutionär, schloß aus Furcht vor dem Volke, das heißt vor den Arbeitern und der demokratischen Bürgerschaft, ein Schutz- und Trutzbündnis mit der Reaktion.« Das geschah schon vor den Pariser Junitagen und nun vollends nach ihnen!

Bei dem Schutz- und Trutzbündnis mit der Reaktion machte die Bourgeoisie die üblen Erfahrungen, die sie nach Lage der gegenseitigen Machtverhältnisse machen mußte; je kärglicher sie ihre Ansprüche bemaß, um so rücksichtsloser wurde sie damit abgewiesen. Schließlich erwies sie sich nicht einmal fähig, den sich von Tag zu Tag steigernden Herausforderungen des Offizierkorps an die neue Ordnung der Dinge mit einer platonischen Ermahnung zur Ruhe entgegenzutreten, und stolperte darüber zum Ministerium hinaus.

Es würde zu weit führen, an dieser Stelle zu untersuchen, ob fähigere Vertreter der Bourgeoisie, als Camphausen und Hansemann waren, die Sache besser gemacht hätten. Ein Genie war weder der eine noch der andere, und es macht mitunter einen erbarmungswürdigen Eindruck, zu sehen, wie sie sich über den Löffel haben barbieren lassen. Aber schließlich kommt es darauf gar nicht an; im Wesen der Sache hätte an ihrer Stelle ein Mirabeau — den übrigens auch nur ein rechtzeitiger Tod vor einer gänzlichen Abwirt-

schaftung gerettet hat — es auch nicht besser gemacht oder vielmehr nicht besser machen können.

Man erkennt es deutlich genug, wenn man einen Blick auf die Frankfurter Nationalversammlung wirft. In ihr herrschte das mittel- und süddeutsche Element vor; von der Befangenheit der Camphausen und Hansemann, die einmal preußische Staatsangehörige waren und dann vom Rhein her schon das Proletariat genau kannten, waren die Gagern und Konsorten im allgemeinen frei. In der Tat, als bald nach Eröffnung des Frankfurter Parlaments ein preußischer Abgeordneter beantragte, die provisorische Zentralgewalt auf den König von Preußen zu übertragen, antwortete ihm ein allgemeines Hohngelächter, und ein österreichischer Abgeordneter forderte, es solle ausdrücklich im Protokoll vermerkt werden, daß dieser kuriose Antrag nicht einmal die geschäftsordnungsmäßig erforderliche Unterstützung von zwanzig Stimmen gefunden habe. Aber die innere Logik der Dinge ließ ihrer nicht spotten, und es war noch kein Jahr vergangen, als die Frankfurter Nationalversammlung sich aus der Sackgasse, in die sie sich verlaufen hatte, nicht anders zu retten wußte, als dadurch, daß sie dem König von Preußen die deutsche Kaiserkrone anbot.

Sie erntete von ihm dasselbe Hohngelächter, womit sie vor Jahr und Tag den Vorschlag begrüßt hatte, ihm die provisorische Zentralgewalt anzuvertrauen; mit verächtlicher Gebärde wies der romantische König den »imaginären Reif« zurück, der aus »Dreck und Letten« gebacken sei. Aber nun machte sich auch auf dieser Seite die innere Logik der Dinge geltend. Nachgerade dämmerte die Erkenntnis auf, daß die Hegemonie über Deutschland — und auf sie drängten den preußischen Staat seine Lebensinteressen — nicht anders mehr zu haben sei, als durch die Bourgeoisie, die sich zudem in den Stürmen der Revolution als recht zahmes Haustier bewährt hatte. Der General v. Radowitz, ein gescheiter Junker, von dem selbst die »Neue Rheinische Zeitung« mit einem gewissen Respekt sprach, kapierte den Zusammenhang zuerst, vorläufig unter wütendem Widerspruch der ostelbischen Junker, unter denen Bismarck »den großen Magier« am bittersten bekämpfte und haßte; Radowitz war ohnehin kein eigentlicher Ostelbier, erst sein Großvater war als ungarischer Kriegsgefangener im Siebenjährigen Kriege nach Deutschland verschlagen worden.

Es gelang ihm, einen Versuch mit der »Lösung der deutschen Frage« in proletarischem Sinne zu machen. Für diesen Zweck spannte er drei Stränge auf einen Bogen: einmal den sehr starken Einfluß, den er als alter Jugendfreund und geistreich spielender Kopf auf den König hatte, dann die Angst der deutschen Mittel- und Kleinstaaten vor der immer noch revolutionären Bewegung der Massen, die er durch preußische Bajonette niederzuwerfen verhieß, endlich auf die Genügsamkeit der deutschen Bourgeoisie, die sich zufrieden geben würde, wenn ihr einige elende Brocken aus der von der Frankfurter Nationalversammlung beschlossenen Reichsverfassung hingeworfen würden, etwa eine Volksvertretung, aber nicht gewählt, wie in Frankfurt beschlossen worden war, auf Grund des allgemeinen Wahlrechts, sondern des Dreiklassensystems, das für diesen erhabenen Zweck erfunden und erst später im preußischen Staat oktroyiert wurde.

In den beiden ersten Punkten hatte Radowitz die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Unter dem Druck der altpreußisch-konservativen Partei ließ

der König ihn fallen, und die Mittel- und Kleinstaaten nahmen die Niederwerfung der Aufstände in Dresden, in der Pfalz, in Baden usw. durch preußische Truppen zwar gerne an, aber sobald sie sich in Sicherheit fühlten, setzten sie der preußischen Hegemonie den Stuhl vor die Tür. Um so überschwenglicher erfüllten sich die Erwartungen, die Radowitz auf die Bourgeoisie gesetzt hatte. Bereits Ende Juni 1849 — ein Vierteljahr, nachdem sie sich in Frankfurt durch einen feierlichen Rütlischwur verpflichtet hatten, von der dort beschlossenen Verfassung sich kein Tüttelchen abdingen zu lassen — versammelten sich in Gotha 142 Mitglieder der Frankfurter Kaiserpartei, darunter ihre namhaftesten Mitglieder, und erklärten sich bereit, sich mit dem zu bescheiden, was ihnen Radowitz bot, einschließlich der Dreiklassenwahl.

Es war ein Ab- und Umfall, der eine Fülle von Hohn und Spott über die »Gothaer« herabzog. Man warf ihnen vor, sich nicht mit dem Wortbruch begnügt, sondern einen prinzipiellen Verrat unter Spekulation auf Halbheit, Schwäche und Feigheit organisiert zu haben. Selbst die »Nationalzeitung«, das angesehenste Blatt der preußischen Bourgeoisie, schrieb im August 1849, die Gothaer hätten sich von der Reaktion betäuben, verblenden und ins Schlepptau nehmen lassen, unselbständig, schwach, in diplomatisch sein sollenden Wendungen ewig sich drehend und beugend, ihre Grundsätze verleugnend, heute preisgebend, was sie gestern hochgepriesen, ohne den Mut freier Männer, die einen Willen haben und ihn aussprechen und ausführen, wenn auch die Welt voll Teufel wär.

Mit dieser Schutztruppe konnte Radowitz sein Programm nicht durchführen gegenüber der Absage des Königs, dem Widerstand der Mittelstaaten und Österreichs und endlich dem drohenden Einspruch Rußlands. Als er entlassen worden war, schrieb Bismarck jubelnd an seinen Freund Wagener: »Ich bin vor Freuden auf meinem Stuhl rund um den Tisch geritten, und manche Flasche Sekt ist auf die Gesundheit des Herrn v. Radowitz getrunken; zum ersten Male fühlt man Dank gegen ihn und wünscht ihm ohne Groll glückliche Reise.«

Ein halbes Menschenalter später — und Bismarck führte das Programm der Gothaer aus, während die »Nationalzeitung« sie als die »Edelsten und Besten« des Volkes verherrlichte.

Georg Horn.

Zu seinem fünfundsiebzigsten Geburtstag.

Von Edmund Fischer.

Die kapitalistische Produktionsweise hat kaum in einem anderen Berufszweig den Leidensweg der Arbeiter so furchtbar, so unmenschlich gestaltet, als wie in der Glasindustrie. Aus den nicht selten in einsamer Gegend liegenden kleinen Glashütten haben sich in einer relativ kurzen Zeit große kapitalistische Betriebe entwickelt mit Hunderten und Tausenden von Arbeitern. Der Großbetrieb hat aber auch die Arbeitsverhältnisse der alten Glashütten, die von jeher die denkbar schlechtesten waren, nicht nur beibehalten, sondern sie zu einer wahren Hölle gestaltet. In einem meist niedrigen und räumlich beschränkten Sparrenwerk, dessen einzige Ventilation einige Lucken an den Seiten und auf dem Dache bildeten und dessen Fuß-

boden im günstigsten Falle mit Lehm ausgeschlagen war, in heißen, rauchigen und staubigen Räumen arbeiteten seit Jahrhunderten die Glasmacher von frühester Jugend an viele Stunden des Tages und der Nacht, Sonntags wie wochentags. Der Großbetrieb brachte zunächst keine andere Änderung als die, daß an die Stelle der alten Hütte massive Gebäude traten, in denen die Hitze noch unerträglicher und die mit Staub, Ruß und Arsenik geschwängerte Luft noch unheilvoller wurde, während gleichzeitig die Arbeit sich intensiver, gesundheitzerrüttender gestaltete und die Frauen- und Kinderarbeit sich ausbreitete. Nach den Erhebungen des Gewerbeinspektors für die preußische Provinz Schlesien im Jahre 1876 waren von 2085 Glasarbeitern in 45 schlesischen Glashütten 386 unter 14 Jahre alt, 312 standen im Alter zwischen 14 und 16 Jahren. Von 416 dieser Arbeiter konnten nähere Ermittlungen gemacht werden, wonach auf die Hütte gekommen waren:

5	mit 5 Jahren	38	mit 12 Jahren
14	- 6 -	50	- 13 -
31	- 7 -	70	- 14 -
45	- 8 -	10	- 15 -
33	- 9 -	4	- 16 -
79	- 10 -	3	- 18 -
34	- 11 -		

Mehr als 200 Arbeiter waren also schon vor dem vollendeten elften Lebensjahr auf die Hütte gekommen.

Die Arbeit in einer Glashütte und deren Folgen hat der Gewerbehygieniker Professor Dr. Hirt in seinem im Jahre 1871 in Breslau erschienenen Werke über die Staubinhalationskrankheiten der Arbeiter wie folgt geschildert:

Die Atmosphäre (in den Stampfwerken) ist erfüllt von dichtem, fast undurchsichtigem Staube, der den Ungewöhnten noch mehr als den längere Zeit darin verweilenden Arbeiter belästigt. Die Gegenstände sind dicht mit einer Staubschicht bedeckt, und schon nach wenigen Minuten spürt man den fadeerdigen Geschmack auf der Zunge. Hustenreiz tritt meist erst später ein, während die Sehorgane sehr bald affiziert werden. Untersucht man den Staub mikroskopisch, so findet man all jene der angegebenen Materialien (Quarz, Braunstein, Arsen, Feldspat, Kalk, Salpeter, Glasbrocken, gebrannten und ungebrannten Ton usw.) eigentümliche Formelemente, welche überwiegend eckige, spitzige Gestaltung zeigen und den Staub zu einem sehr gefährlich wirkenden machen. Nur selten findet man in den Stampfwerken halbwegs gesunde Leute, und die wenigen, welche mit einem mehr oder weniger heftigen Bronchialkatarrh davonkommen, verdanken das der beschleunigten Ablösung respektive Entfernung von der gefährlichen Arbeit; Individuen, die länger als sechs Wochen dabei bleiben, haben gewöhnlich lange zu tun, ehe sie wieder leidlich gesund werden, die meisten tragen bleibende Nachteile davon.

Von den Glasschleifern wird berichtet, daß sie »in einigen von ihnen okkupierten Gegenden ein recht jämmerlicher Menschenschlag geworden sind, die nicht bloß selbst immer an Krankheiten zu leiden haben, sondern die auch größtenteils kranke und elende, kaum lebensfähige Kinder erzeugen«. Lungenschwindsucht, Rheumatismus, Herzkrankheiten, Nervenentzündungen bilden die häufigsten Krankheiten der Glasarbeiter. Die Glasbläser leiden viel an Augenerkrankungen, an chronischem Magenkatarrh usw. Ganz furchtbar war die Krankheit, die die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Quecksilberbelege der Fürther Spiegelindustrie befiel. Sie begann mit Verdauungsstörungen, Zittern der Glieder, Herzklopfen mit abwechseln-

der Stockung der Herztätigkeit und Schwindelanfällen. Erfolgte nicht bald die völlige Aufgabe der Arbeit, so trat eine geistige und körperliche Zerrüttung der Kräfte ein. Die Knochen wurden allmählich so morsch, daß sie bei etwaigem Hinfallen der Kranken zerbrachen wie Stücke morschen Holzes.

Für diese schwere und ungesunde Arbeit wurden geradezu jammervolle Löhne bezahlt. Selbst bei aufreibendster Akkordarbeit verdienten die Arbeiter in den Fabriken nur 12 bis 20 Mark die Woche. Die gleichförmigen, rußgeschwärzten Werkhäuser dicht bei den Fabrikgebäuden, in denen die Arbeiter der meisten großen Glashütten wohnen mußten, verrieten schon durch ihr Äußeres das trostlose Elend, das sie bargen. Sie waren aber auch für die Unternehmer ein wirksames Mittel, die Arbeiter zu ihren Hörigen zu machen. Um dem steten Arbeitermangel abzuhelfen und vor allem auch, um die Löhne niedrig halten zu können, waren in allen Ländern Europas mit niederer Kultur ununterbrochen Agenten tätig, welche die Glashütten mit billigen Arbeitskräften versorgten. Fast täglich kamen auf den großen Glashütten ganze »Wagenladungen« von Arbeiterfamilien an, und täglich wanderten auch Familien wieder fort. Die Elendsbilder, die sich hier dem Beschauer boten, können nur in Vergleich gestellt werden mit den ergreifendsten Schilderungen der Kriegsberichterstatter über das Leben der Ärmsten der Armen und der Flüchtlinge in dem besetzten Polen. Vor zwanzig Jahren noch wurde in Dresden festgestellt, daß in den Werkhäusern der Siemensschen Glasfabrik viele der neu angeworbenen Familien keinerlei Möbel, keine Betten besaßen. Sie schliefen auf Stroh, und ihren Tisch bildete eine ausgehängte Stubentür, die über zwei Holzböcke gelegt wurde. Schwindsüchtige Männer, schwangere Frauen, bleichsüchtige Kinder hausten dicht beisammen in einer schmutzigen Stube, erbärmlicher oft als das Vieh im Stalle. Das Elend von ganz Europa fand einen Sammelpunkt in mehr als einer der großen Glashütten Deutschlands.

Daß diese vom Elend niedergedrückten und von der Hungerpeitsche eines rücksichtslosen Unternehmertums im Zaum gehaltenen Arbeiter, die ohne weiteres mit Frau und Kindern auf die Straße gesetzt, dem Hunger überliefert wurden, wenn sie es wagten, eine Arbeiterversammlung zu besuchen, die letzten von allen deutschen Berufsarbeitern waren, bei denen der Organisationsgedanke gezündet hat, kann nicht wundernehmen. Sie zu organisieren zum zähen Kampfe für eine bessere Lebenslage, war eine Riesenarbeit, zu einem wesentlichen Teile das Lebenswerk des Glasarbeiters Georg Horn, der am 30. August nun ein Alter von fünfundsiebzig Jahren erreicht und auf eine fünfzigjährige erfolgreiche Wirksamkeit in der Arbeiterbewegung zurückblicken kann.

Georg Horn, am 30. August 1841 in Fabrikschleichach (Unterfranken) geboren, trat im Jahre 1867 in Kreuznach der Gruppe der Lassalleaner bei und begann in demselben Jahre in Dresden, wohin er mittlerweile gezogen war, seine Aufrüttelungsarbeit unter den Glasarbeitern. Er gründete zunächst eine Krankenkasse für die Glasarbeiter, war im Jahre 1873 der Leiter des ersten und siegreichen Glasarbeiterstreiks und konnte am 19. September 1875, als einen neuen Erfolg seines Wirkens, im Waldschlößchen-Restaurant in Dresden den ersten deutschen Glasarbeiterkongreß eröffnen, der die Gründung des »Allgemeinen Glaskünstlerbundes Deutschlands« beschloß. Zwei Jahre später, am 30. Juni 1877, erschien auch das erste Verbandsorgan, die

»Neue Glashütte«, von Horn redigiert. Bund und Organ fielen aber schon im Jahre 1878 dem Sozialistengesetz zum Opfer, und es bildeten sich nun kleine örtliche Glasarbeiterfachvereine, bis, nach dem Falle des Sozialistengesetzes, am 1. Oktober 1890 der Verband der Glasarbeiter mit 243 Mitgliedern ins Leben treten konnte. Bereits am 6. September 1885 hatte Horn aus seinen eignen Mitteln den »Fachgenossen« erscheinen lassen, der noch heute das Organ des Verbandes der Glasarbeiter und -arbeiterinnen ist und bis vor wenigen Jahren von Horn redigiert und auch (als sein Eigentum) herausgegeben wurde.

Wie schwer es hielt, die Glasarbeiter zu organisieren, geht daraus hervor, daß der Verband im Jahre 1904, nach einer fünfzehnjährigen Agitation, erst 7557 Mitglieder gewonnen hatte. Wo eine Versammlung stattfinden sollte, da erhielten die Glasmacher stets eine »Warnung«, ähnlich der nachstehenden:

Wem daran gelegen ist, auf unseren Werken auch in Zukunft zu bleiben, der muß der heutigen sozialdemokratischen Versammlung bei Brenner, in welcher der Agitator Horn gegen uns aufhetzen will, fernbleiben.

Eine fernere Beschäftigung ist für alle, die der Versammlung beiwohnen, absolut ausgeschlossen.

Kreuznach, den 16. Juli 1893. Kreuznacher Glashütte.

Auch die Polizei und die Gerichte suchten die Bewegung einzudämmen, und Horn mußte wegen seiner Kritiken an den Zuständen in den Glashütten 25 Monate im Gefängnis schmachten. Trotz alledem konnte sich der Verband zwar langsam, aber stetig in die Höhe arbeiten. Er hatte im Jahre 1913 eine Mitgliederzahl von 19 312 zu verzeichnen, bis zum Jahre 1914, im fünfundzwanzigsten Jahre seines Bestehens, 4 651 848 Mark Einnahmen, 981 808 Mark an Arbeitslosenunterstützung, 1 556 627 Mark an Streikunterstützung, 113 243 Mark an Gemaßregeltenunterstützung und auch große Summen für andere Unterstützungszwecke aufgewendet. Er hat eine Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne, eine bessere Behandlung der Arbeiter und viele Verbesserungen der sanitären Zustände in den Hütten erkämpft, immer unter der Führung von Georg Horn.

Auch im Reichstag, dem Horn seit einundzwanzig Jahren ununterbrochen als Vertreter des sechsten sächsischen Reichstagswahlkreises (Dresden-Land) angehört — er war auch viele Jahre kommunalpolitisch tätig, und von 1890 bis 1896 war er Mitglied des Sächsischen Landtags —, hat Horn seine spezielle Tätigkeit der Verbesserung der Lage der Glasarbeiter gewidmet. Er ist gewiß nicht das, was man einen »großen Redner« nennt. Aber nur sehr wenige Reichstagsabgeordnete dürften mit ihren Reden direkt so viele praktische Erfolge erzielt haben als wie Georg Horn! Die Zustände in den Glasfabriken waren so himmelschreiend, und Horns reiches Material bildete stets eine so wuchtige Anklage, daß Posadowsky — der sich in der Regel dicht neben Horn stellte, so oft dieser an das Rednerpult trat, um ihm aufmerksam zuzuhören — nicht nur immer ein sofortiges Eingreifen versprach, sondern auch meistens veranlaßte. Fast alle Erlasse, Gesetzesbestimmungen und anderen die Glasindustrie betreffenden sozialpolitischen Maßnahmen der letzten 20 Jahre sind auf die Kritiken Horns im Reichstag hin erfolgt.

Die Leiden und Kämpfe der Glasarbeiter, die Horn in seinem im Gefängnis geschriebenen Buche »Die Geschichte der Glasindustrie und ihre Ar-

beiter«[1] schildert, finden in ihm eine Verkörperung wie in keinem anderen. Mit großer Genugtuung kann nun aber auch der Fünfundsiebzigjährige — immer noch rüstig und kampfesgemut! — auf sein Lebenswerk zurückblicken.

Vom Persönlichen zum Sachlichen.

Von Heinrich Schulz.

Die Besprechung des neuesten Buches von Paul Lensch durch Karl Kautsky verrät schon in der Überschrift ihr ganzes Wesen: sie ist das Gegenteil einer sachlichen Würdigung. Kautsky macht nicht einmal den Versuch, das Buch eines wissenschaftlich geschulten Sozialdemokraten im wissenschaftlichen Zentralorgan der Partei mit den Mitteln einer wissenschaftlichen Kritik zu erfassen und vor den Lesern zum Zwecke der Nachprüfung und kritischen Beurteilung zu zergliedern; wohl aber weiß er seiner Besprechung von der ersten bis zur letzten Zeile eine solche gehässige persönliche Note zu geben, daß auch der Blinde mit dem Krückstock fühlt: hier übt sich alte persönliche Freundschaft!

Eine ablehnende Kritik des Buches durch die Neue Zeit war an sich selbstverständlich. Lensch bekämpft so rücksichtslos die Ideologie Kautskys, daß ich Kautsky im Interesse seiner eigenen Lebensarbeit ohne weiteres das Recht zuspreche, sich dagegen zu wehren. Ich hatte das auch vorausgesetzt und mich gerade deshalb beeilt, der Redaktion vor ihrer eigenen Besprechung des Lenschschen Buches ein Referat zu übersenden, das die Gedankengänge Lenschs in wohlwollendem und — im allgemeinen, ohne Festlegung auf die Einzelheiten — zustimmendem Sinne darlegt. Damit wollte ich der Redaktion der Neuen Zeit selbstverständlich nicht unmöglich machen, ihre eigene Meinung gegen das Buch zum Ausdruck zu bringen. Nur sollten die Leser der Neuen Zeit, von denen die wenigsten das Lenschsche Buch kennen werden, vor der negativkritischen Beurteilung durch die Redaktion zuvor einen Überblick über den Inhalt des Buches erhalten. Ich glaubte, daß ein solches Verfahren, mochte es vom Standpunkt der Redaktionsführung auch ungewöhnlich sein, in der gegenwärtigen Zeit erbitterter Meinungskämpfe in der Partei die Sachlichkeit der Erörterung zu fördern geeignet sei.

Die Redaktion der Neuen Zeit hat mein Angebot nicht angenommen. Sie hat mir meine Besprechung zurückgesandt mit der Begründung, sie sei zu lang, eine Begründung, die sich im Munde Kautskys etwas sonderbar ausnimmt. Hat doch gerade er wie kein zweiter der Welt gezeigt, wie weit man unter Umständen die Grenzen einer Buchbesprechung stecken darf. Den beiden kleinen Schriften von Lensch (Die Sozialdemokratie im Weltkrieg) und Cunow (Parteizusammenbruch?), die Kautsky zusammen besprochen hat, hat er 40 Seiten eingeräumt, wovon auf das Cunowsche Schriftchen, das selbst nur 38 Seiten umfaßt, allein 28 Seiten entfallen. Über Delbrücks Buch »Bismarcks Erbe« hat Kautsky eine Besprechung von 19 Seiten Umfang geschrieben, bei Naumanns »Mitteleuropa« hat er es sogar auf 52 Seiten gebracht. Für Lenschs umfangreiches Buch aber waren ihm schon 17 Seiten zu viel.

Ich habe gegen den Entscheid der Redaktion bei der zuständigen »Instanz«, dem Parteivorstand, Beschwerde eingelegt und erhoffe davon das Ergebnis, daß ich jetzt noch nachträglich zum Wort komme, um so mehr, als ich meine Arbeit um ein Viertel bis ein Drittel gekürzt habe. Der Teil ist fast ganz gefallen, in dem ich mich kritisch mit Lensch wegen seiner Stellung zum 4. August auseinandersetze; gerade nach der Kautskyschen Besprechung lege ich entscheidenden Wert darauf, daß in der Neuen Zeit zunächst einmal ein Überblick über das Lenschsche Buch gegeben wird, der den Autor zu verstehen und ihm gerecht zu werden versucht. Die Neue Zeit ist nicht das Privatorgan der Redakteure, auch nicht die Wochenschrift der

[1] Verlag von J. H. W. Dietz, Stuttgart 1903.

Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und ihrer literarischen Wegbereiter, sondern vorläufig noch die Wochenschrift der Gesamtpartei. Sie muß deshalb auch Platz für Auffassungen haben, die auf dem Boden der Gesamtpartei gewachsen sind, mögen sie einzelnen Parteigenossen wie den Redakteuren der Neuen Zeit auch noch so unangenehm sein![1]

* * *

Lenschs Parteivergangenheit ist nicht eine einheitliche und glatte Linie. Er führte lange Jahre journalistisch als Chefredakteur der »Leipziger Volkszeitung« den radikalen Flügel der Partei. Dadurch hat er sich manche Feindschaft zugezogen, zumal er mit der sachlichen Rücksichtslosigkeit in seinem öffentlichen Wirken von jeher eine rauhe und rücksichtslose persönliche Art verband. Nach seiner Wahl in den Reichstag schlug Lensch aber gelegentlich Töne an, die Erstaunen und auch Unwillen bei seinen bisherigen radikalen Kampfgenossen erweckten. In seiner Reichstagsrede vom 5. Dezember 1912 setzte er sich mit dem Vorwurf antinationaler Gesinnung, den der Reichskanzler gegen die Sozialdemokratie erhoben hatte, auseinander. Im Gegensatz zu einem rein gefühlsmäßigen und darum unhistorischen

---

[1] Was ich Schulz zu entgegnen habe, füge ich schon hier an, da ich mich nicht veranlaßt fühle, mich auf eine ausführliche Polemik über seinen Artikel einzulassen. Wenn ich es für nötig hielte, mich mit den Gedankengängen Lenschs nochmals auseinanderzusetzen, würde ich mich an diesen selbst halten und nicht an seinen Schatten. Als etwas anderes fungiert aber Schulz hier nicht, wenn er auch glaubt, wie jener berühmte Schatten vor ihm, sich selbständig gemacht zu haben. Welchen Zweck könnte noch eine Auseinandersetzung mit einem Manne haben, der meine Kritik Lenschs so wenig begriffen hat, daß er keine Spur von Sachlichkeit darin zu entdecken vermochte, sondern nur »alte persönliche Freundschaft«, wie er höhnend bemerkt.

Er hätte mir nur noch als Muster sachlicher Kritik den Artikel vorhalten sollen, den Lensch in den »Leipziger Neuesten Nachrichten« gegen Mehring richtete.

Was mich veranlaßt, Schulz hier zu erwidern, sind nur seine »Enthüllungen« über meinen angeblichen Versuch, in ungerechtester Weise seine freie Meinungsäußerung zu unterdrücken. Dieser Versuch sei kurz dargestellt.

Kaum war der jüngste Lensch erschienen, da sandte mir auch schon Schulz einen Artikel über das Buch mit der Bitte, ihn noch vor der Besprechung zu veröffentlichen, die, wie er mit Recht erwartete, von der Redaktion selbst ausgehen werde. Das war an sich schon eine ungewöhnliche Zumutung. Doch gewichtiger waren die Einwände gegen den Artikel selbst. Schulz bemerkt entrüstet, ich hätte seine Arbeit zurückgesandt, weil sie zu lang war, und doch seien noch viel längere Artikel und sogar aus meiner Feder in der Neuen Zeit erschienen. Das stimmt, wäre aber nur dann ein Argument für Schulz, wenn ich Anstoß daran genommen hätte, daß der Artikel »lang« sei, und nicht Anstoß daran, daß der Artikel »zu lang« sei. Das ist aber ein kleiner Unterschied. Zu lang ist jeder Artikel, dessen Ausdehnung außer Verhältnis steht zur Bedeutung seines Inhalts. Und das war bei dem Schulzschen der Fall. Zum weitaus größten Teil, abgesehen von Einleitung und Schluß, stellte er nichts dar als einen verdünnten Aufguß der Lenschschen Schrift, eine bloße sehr wohlwollende und lobende Inhaltsangabe dieser, sicher vielen Lesern schon bekannten und jedermann zugänglichen Schrift. Derartige Inhaltsangaben werden von den Verlegern ihren Publikationen beigelegt, um die Redaktionen über deren Inhalt rasch zu orientieren und bequemen Redakteuren und Rezensenten das Lesen des Buches selbst zu ersparen. Solche Inhaltsanzeigen führen den Namen Waschzettel.

Und nichts als ein solcher war Schulzens Einsendung. Von einem gewöhnlichen Waschzettel unterschied sie sich nur dadurch, daß ein Verfasser sie zeichnete, und daß sie eine formidable Länge erreichte — 17 Druckseiten —, die keineswegs durch eine kurzweilige Behandlung des Themas wettgemacht wurde. Nun, wenn ich schon ein Auge zudrücken und einem Waschzettel die Aufnahme gewähren

Internationalismus, der auch in den gegenwärtigen Parteiwirren eine so große agitatorische Rolle spielt, stellte sich Lensch auf den geschichtlichen Boden, lehnte einen »wirren Völkerbrei« ab und erklärte den Klassenkampf, den gerade die nationalen Parteien so sehr verwünschen, als das beste Mittel, um aus den Völkern »bewußte, geschlossene Nationen mit einheitlicher Kulturgemeinschaft« zu machen. In seinem neuesten Buch führt Lensch (wie vorgreifend bemerkt werden möge) diesen Gedanken ausführlicher aus. Als es sich in der Tagung 1913/14, vor dem Kriegsausbruch, um die Zustimmung der Fraktion zu kolonialen Bahnbauten handelte, war Lensch der Wortführer des Teiles der Fraktion, der sich für die Bewilligung aussprach. Bei Kriegsausbruch stimmte Lensch anfänglich mit den 13 übrigen Genossen in der Fraktion gegen die Bewilligung der Kriegskredite. In der Dezembertagung 1914 aber stand er schon auf seiten der Mehrheit, bei der er auch im weiteren Verlauf des Krieges als einer ihrer entschiedensten literarischen Wortführer geblieben ist.

Für oberflächliche Beurteiler und für eingewurzelte Dogmatiker und Schablonenpolitiker mag diese Entwicklung zu sprunghaft und zu wenig einheitlich sein. Bei genauer Prüfung aber spiegelt sich in ihr nur das Ringen nach der

---

wollte, da ein Genosse ihn zeichnete, und noch dazu einer, zu dem ich in Opposition stehe, so durfte ich doch nicht ganze 17 Seiten des uns ohnehin karg bemessenen Raumes dazu opfern. Daher sandte ich Schulz seine Einsendung mit dem Bemerken zurück, sie sei zu lang.

Flugs lief er zum Kadi, um zu verlangen, daß ich gezwungen werde, seinen Artikel vor dem meinen, und zwar ungekürzt zu bringen. Aber beim besten Willen konnte man ihm das nicht gewähren.

So schickt er mir jetzt, nachdem der meine erschienen, seinen Artikel gekürzt. Das hätte er billiger haben können.

Freilich, ein Waschzettel ist die Einsendung geblieben, und dazu ist sie immer noch viel zu lang. Doch sei diesmal die Entscheidung darüber unseren Lesern überlassen.

Ganz ohne Originalität ist der Waschzettel allerdings nicht. Höchst originell ist seine Behauptung, die Lenschschen Auffassungen seien »auf dem Boden der Gesamtpartei gewachsen« und ich suchte sie mundtot zu machen, da sie mir sehr »unangenehm seien«.

Schulz hütet sich wohl zu sagen, die Lenschschen Auffassungen seien auf dem bisherigen Boden der Gesamtpartei erwachsen. Sie sind unvereinbar mit ihm und wollen es sein. Ein anderer Boden für die Gesamtpartei ist aber nicht geschaffen worden und besteht nicht. Alle unsere Parteivertreter und Parteibehörden, auch die im Zentralbildungsausschuß, die vor dem Kriege gewählt wurden, waren damit eingesetzt zur Verteidigung des Bodens, auf dem die Gesamtpartei vor dem Kriege stand. Nur insoweit sie das tun, haben sie ein Recht, im Namen der Gesamtpartei zu sprechen. Jeder, der diesen Boden verläßt, jeder Umlerner hat nur das Recht, für seine Person zu sprechen, und mag er noch so hoch in der Rangordnung der Parteibureaukratie stehen.

Irrt Schulz, wenn er vermeint, noch weiterhin als Vertreter der Auffassungen der Gesamtpartei reden zu dürfen, so irrt er nicht minder, wenn er vermeint, die von mir verfochtene Richtung hätte einen Nachteil zu befürchten, wenn die Arbeitermassen mit den Lenschschen Auffassungen bekannt werden. Mit nichten. Wem diese Auffassungen wirklich unangenehm werden, dies zeigt schon die Haltung, die Stampfer ihnen gegenüber einnahm. Er weiß ganz gut, daß man bei den sozialistischen Arbeitermassen durch nichts mehr kompromittiert werden kann, als durch die Identifizierung mit Lensch. Als kluger Mann rückt er von ihm ab.

Wenn Schulz im gleichen Moment alle Mittel in Bewegung setzt, um sich als Lenschs Schatten erkennen zu geben, so beweist er auch damit nur, wie sehr er die Fühlung mit der Gesamtpartei verloren hat. Karl Kautsky.

richtigen Erkenntnis wider, das im letzten Jahrzehnt in wachsendem Maße ein Kennzeichen des Sozialismus überhaupt gewesen ist. Die eigentliche Substanz unserer Kriegsdebatten ist nicht erst ein Ergebnis des Krieges, sie taucht tief hinein in den Strom der gesellschaftlichen Entwicklung und wird von ihm getragen und bewegt. Durch die Kriegszeit ist nur schneller zur Entscheidung gebracht, was sonst noch langer Vorbereitung bedurft hätte und in mannigfachster Gestalt in inneren Parteidebatten zutage getreten wäre. Gerade die jüngeren Sozialisten stießen sich je länger je mehr an den Zäunen und Hecken, in die in den letzten zwanzig Jahren die herrschende Parteiideologie das geistige Leben gezwungen hatte. Teils kam die Unzufriedenheit in der revisionistischen Bewegung zum Ausdruck, teils im Überradikalismus. Zufrieden war so eigentlich niemand. Die alten Schläuche faßten den neuen Wein nicht mehr, sie waren zu eng und brüchig geworden.

* * *

Hier setzt Lenschs Buch ein: »Für die deutsche Sozialdemokratie bedeutet der Weltkrieg eine Befreiung«, eine Befreiung von überlebten Vorstellungen und aus einer unerträglichen taktischen Situation. Im ersten Kapitel beweist Lensch dies eingehend, indem er die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie skizziert. Ihre Stärke war von jeher ihre innerpolitische Kritik. Sie hat sich dadurch zur stärksten und geschlossensten Partei der Welt zu machen gewußt. Hand in Hand mit der kritischen Herabsetzung Deutschlands ging eine kritiklose Überschätzung des Auslandes, besonders des demokratischen Westeuropa. Beides erklärt sich aus der Geschichte Deutschlands, aus der jahrhundertelangen politischen und wirtschaftlichen Verelendung des Reiches, die es auch verständlich macht, daß die großen Dichter und Denker am Ausgang des achtzehnten Jahrhunderts für nationale Notwendigkeiten kein Verständnis hatten, vielmehr im Interesse der Humanität ein schwaches Mitteleuropa für gut und nützlich hielten. Für die bürgerlichen Klassen wurde das anders, als Deutschland in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts wieder ein starkes, lebenskräftiges und zukunftfrohes Reich wurde. Sie konnten deshalb auch mit den weltschwärmerischen Idealen der großen Klassiker nicht viel anfangen. Um so mehr wurden diese von der aufstrebenden Arbeiterklasse als starkes agitatorisches und gefühlsmäßiges Element benutzt. »Aber dieses Spiel, wie es aus der Unklarheit geboren war, trug seinerseits wieder dazu bei, diese Unklarheiten in den Reihen der Partei zu befestigen, und indem man sich selber in die abgelegten Kostüme des deutschen Bürgertums steckte, nahm man auch von seinen abgelegten Gedanken mehr in sich auf, als man ursprünglich wollte.... Der Gedanke der Abschaffung des Krieges und der nationalen Grenzen, Herstellung des ewigen Friedens, Selbstbestimmungsrecht der Völker, allgemeine Abrüstung und ähnliche wohlmeinende Vorstellungen, die der Anschauungswelt eines Marx fremd gegenüberstehen und für die er nur Spott hatte, haben teilweise in den letzten Jahren vor dem Kriege noch eine Wiederbelebung erfahren, die in höchstem Maße kennzeichnend ist für die deutsche Sozialdemokratie.«

Auf der anderen Seite wirkte auf den geistigen Entwicklungsgang der Partei der Mangel jedes auswärtigen Konflikts, so daß alle politischen Fragen lediglich vom Standpunkt der inneren Politik aus beantwortet wurden, wobei man in der Regierung stets den Feind sah. Gestärkt wurde diese einseitige Orientierung durch die fehlerhafte innere Politik Bismarcks, der als Ausweg aus einer unbequemen taktischen Situation nicht davor zurückschreckte, die Sozialdemokratie als eine Bande von Mördern und Lumpen hinzustellen und dadurch auf Jahrzehnte das innere politische Leben Deutschlands völlig zu vergiften. Diese schlimmen Wirkungen des Sozialistengesetzes konnten auch nicht sofort mit seinem Falle aufhören. Zwar drang die Sozialdemokratie immer stärker in die Einzellandtage und Gemeindeverwaltungen ein, und die Gewerkschaften und Genossenschaften begannen ihre wertvolle positive Arbeit. Aber die theoretische Orientierung blieb nach wie vor einseitig. Beson-

ders die deutsche Geschichte wurde so einseitig agitatorisch dargestellt, daß sie der Arbeiterschaft »das Verständnis der Gegenwart schlechterdings unmöglich machte«. Auch die 1889 neu gegründete Internationale erlangte nicht die Bedeutung, die man sich in der ersten enthusiastischen Begeisterung von ihr versprochen hatte. In den großen Ländern war die Arbeiterbewegung sehr ungleich entwickelt. Der runden Million organisierter deutscher Parteigenossen entsprachen etwa 80 000 französische und 38 000 englische Sozialisten, eine Tatsache, die den deutschen Arbeitern nur wenig bekannt war und ist. Dagegen mußten sie aus den demonstrativen Friedenskongressen, die in den letzten Jahren vor dem Kriege stattfanden, den trügerischen Schluß ziehen, die Internationale seit tatsächlich ein starkes Werkzeug im Dienste des Friedens. Um so größer war die Enttäuschung, als sich bei Kriegsausbruch herausstellte, wie ohnmächtig in Wirklichkeit die Internationale war.

Nicht geringer war die gleichzeitige Enttäuschung der deutschen Arbeiter über die tatsächliche Stärke der bürgerlichen Klasse. Zu den Schlagworten des politischen Kampfes hatte es gehört, und stets wiederholte Beispiele aus der preußisch-deutschen Geschichte hatten es gleichsam wissenschaftlich in die Köpfe der Arbeiter hineingehämmert, daß die bürgerliche Gesellschaft völlig verfault und entnervt sei, und daß der Staat als ein ähnlich brüchiges Instrument lediglich im Dienst der herrschenden Klassen tätig sei. Nun hatte der Liberalismus in Deutschland zwar niemals die Bedeutung erlangt wie in England, wo er unter Niederhaltung der Staatsgewalt die tatsächliche Macht ausübte. In Deutschland hatte noch während der politischen Ohnmacht der bürgerlichen Klasse eine wirtschaftliche Entwicklung eingesetzt, für die der Staat nicht mehr lediglich polizeilicher Büttel war, sondern die eine starke konzentrierte Staatsgewalt als Stütze und Hilfe brauchte, und die diese zugleich zwang, sich, wenn auch mit starkem Widerstreben und in durchaus mangelhafter Weise, um die sozialen Interessen der Arbeiter zu kümmern. Da man in der Sozialdemokratie eine unversöhnliche Gegnerin dieses Staates und zugleich den Anwalt der Arbeiter im Kampfe für höhere Löhne sah, so galt die Bekämpfung der Sozialdemokratie als eine selbstverständliche staatserhaltende Pflicht. Das Koalitionsrecht war in steter Gefahr, das Reichstagswahlrecht wurde ständig angegriffen, selbst die bescheidenste Reform des aufreizend ungerechten und widersinnigen preußischen Landtagswahlrechtes versandete einmal über das andere, mit kleinlicher Nadelstichpolitik drangsalierte man die Arbeiter hinten und vorn. Das stärkte den Radikalismus in der Sozialdemokratie; aber aus anderen Tatsachen der Entwicklung zog wiederum der »Revisionismus«, in Wirklichkeit: die auf das Positive und Unmittelbare gerichtete Politik der Tat, stets wachsende Kraft. Lensch ist gerecht genug, rückblickend vom geschichtlichen Standpunkt aus beiden Richtungen in der Sozialdemokratie ihre Berechtigung zuzugestehen.

Inzwischen hatte mit dem Russisch-Japanischen Kriege die revolutionäre Epoche der jüngsten Vergangenheit eingesetzt, die die deutsche Arbeiterklasse mit Nachdruck auf das Gebiet der auswärtigen Politik hätte verweisen müssen. Aber statt dessen rieb man sich in inneren Zwistigkeiten auf, schloß sich geistig von der Außenwelt ab, stieß den fähigen jungen Nachwuchs aus der bürgerlichen Intelligenz zurück und verkannte in gefährlicher Selbstgerechtigkeit, wie sehr inzwischen die bürgerliche Klasse nicht nur an wirtschaftlicher Kraft, sondern auch an politischem Verständnis und Willen zugenommen hatte. Für die auswärtige Politik hatte die Sozialdemokratie auch jetzt noch nicht viel mehr als »einen Fluch und einen Steinwurf, höchstens noch ein paar menschenfreundliche Worte, mit denen sie gegen jede Gewaltpolitik protestierte«. Dem Bedürfnis der Agitation und der hergebrachten Anschauungsweise entsprach es, daß an den auswärtigen Wirrnissen lediglich der deutschen Regierung alle Schuld beigemessen wurde, während man die auswärtigen Regierungen entschuldigte. In dieser Situation traf die deutsche Sozialdemokratie der Weltkrieg an.

(Schluß folgt.)

Wie englische Arbeiter deutsche Sozialdemokraten von einem internationalen Kongreß ausschlossen.

Von K. Kautsky.

Ein Leser der Neuen Zeit wünscht Auskunft von der Redaktion über eine Behauptung, die Lensch in seinem jüngsten Buche aufstellt. Da die Sache wenig bekannt und von allgemeinem Interesse ist, ziehe ich es vor, die Antwort hier, statt in einem Briefe zu geben. Lensch schreibt (S. 5):

»In England gab es wohl eine Massenbewegung der Arbeiter in den Gewerkschaften, aber diese war philisterhaft trocken, ohne jeden Schwung, und leistete sich gerade damals den Streich, für den im November 1888 abzuhaltenden internationalen Kongreß zu London deutsche Sozialdemokraten von der Teilnahme auszuschließen, eine Haltung, die freilich nicht imstande war, den Enthusiasmus der Deutschen für England abzukühlen.«

Es liegt nahe, das so aufzufassen, daß damals schon die englischen Arbeiter die Deutschen gründlich haßten.

Sehen wir zu, wie sich die Sache in Wirklichkeit verhielt.

Da finden wir zunächst, daß die Gewerkschaftsbewegung Englands »gerade damals« zwei sehr verschiedene Seiten aufweist: die Massen und die Führer. Von den Führern, deren Spitze das »Parlamentarische Komitee« bildete, kann man wohl sagen, daß sie »philisterhaft trocken, ohne jeden Schwung« waren, aber eben dadurch erregten sie immer stärkere Mißstimmung in den Massen der Gewerkschafter, durch die zu Ende der achtziger Jahre ein frischer, lebhafter Zug ging. Die Massen, unter denen die sozialistische Propaganda sehr stark war, verlangten nach einer engeren Fühlung mit den Arbeitern und namentlich den Sozialisten des europäischen Festlandes und daher nach internationalen Kongressen. Da sie keine besondere politische Organisation bildeten, die einzige Form der Massenorganisation, die sie kannten, die gewerkschaftliche war, verlangten sie die Einberufung eines internationalen Gewerkschaftskongresses.

Der engherzigen, sozialistenfeindlichen Gewerkschaftsbureaukratie war dies Verlangen sehr zuwider.

Der Gewerkschaftskongreß von 1886 beauftragte das Parlamentarische Komitee, eine internationale Konferenz nach London zu berufen. Das Komitee übte passive Resistenz, führte den Kongreßbeschluß nicht aus, sondern ersuchte den Kongreß des nächsten Jahres (abgehalten in Swansea), die Frage von neuem zu erwägen. Es gelang jedoch dem Komitee trotz aller Bemühungen nicht, einen anderen Beschluß herbeizuführen. Das einzige, was es erreichte, war die Bestimmung, daß der Kongreß ein ausschließlich gewerkschaftlicher sein solle.

Fast gleichzeitig mit dem englischen Gewerkschaftskongreß zu Swansea wurde zu St. Gallen in der Schweiz der Kongreß der deutschen Sozialdemokratie abgehalten. Ganz unabhängig von jenem forderte er die Parteivertretung auf:

»im Verein mit den Arbeiterverbindungen anderer Länder für den Herbst 1888 einen internationalen Arbeiterkongreß einzuberufen, zu dem Zwecke, gemeinsame Schritte der Arbeiter aller Länder zur Verwirklichung einer internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung herbeizuführen«.

So waren für das gleiche Jahr zwei internationale Arbeiterkongresse in Aussicht gestellt. Wie unzweckmäßig diese Verdoppelung der gleichen Veranstaltung werden mußte, lag klar zutage.

Die deutsche Parteileitung suchte daher eine Verständigung; nicht mit der »Massenbewegung der Arbeiter in den englischen Gewerkschaften« — die konnte ja den Kongreß nicht organisieren —, sondern mit dem Parlamentarischen Komitee, dem der Kongreß aufgedrängt worden.

Am 12. Dezember 1887 richtete Bebel im Namen der Fraktion an das Parlamentarische Komitee einen Brief, in dem es unter anderem hieß:

»Wir, die unterzeichnete sozialistische Fraktion des Deutschen Reichstags ... erklären uns bereit, unsererseits auf die Einberufung eines internationalen Arbeiterkongresses zu verzichten, wenn das Parliamentary Committee seinerseits bereit ist, auf folgende Vorschläge einzugehen:

1. Daß die Einladung zum Kongreß gleichzeitig nicht bloß in englischer und französischer Sprache, sondern auch in deutscher erscheint.

2. Daß die Einladung so gehalten wird, daß es den deutschen wie den österreichischen Arbeitern möglich ist, trotz der in ihren Ländern bestehenden hemmenden Gesetzgebung über das Vereins- und Versammlungswesen und der Ausnahmegesetzgebung gegen die Sozialisten, sich vertreten zu lassen.

3. Daß die parlamentarischen Vertreter einer Arbeiterpartei eo ipso als Delegierte ihrer Partei auf dem Kongreß zugelassen werden....

Für den Fall, daß es dem Parliamentary Committee nicht unerwünscht wäre, weiteren Aufschluß über die eigentümlichen Zustände in Deutschland und Österreich zu erhalten, haben wir die Herren Ch. Kautsky und Adam Weiler in London gebeten, sich zu mündlicher Auskunft bereit zu erklären.«

Das Parlamentarische Komitee verlangte jedoch nicht nach weiteren Aufschlüssen, sondern antwortete ohne weiteres am 28. Dezember durch Broadhurst:

»... Soweit ich die Meinung des Ausschusses über Ihren Brief kennen gelernt habe, sind die Mitglieder einverstanden mit Ihrem Vorschlag, daß die Einladungen zu dem beabsichtigten Kongreß auch in deutscher Sprache erfolgen sollen. Was aber die Kongreßordnung betrifft über die Bedingungen, unter denen die Delegierten zugelassen werden, so sind die Mitglieder der Meinung, daß es schwer sein würde, die Bedingungen genügend zu ändern, damit sie der in Ihrem Briefe dargelegten Sachlage (Unmöglichkeit einer freien Delegiertenwahl unter den in Deutschland obwaltenden Polizeiverhältnissen) entsprechen. Sie befürchten, es würde, wenn auch in Ihrem Falle einer Notwendigkeit genügt würde, die Grundlage der Vertretung eine solche Erweiterung finden, daß die Zusammenkunft aufhören würde, überhaupt ein Gewerkschaftskongreß zu sein und nur noch eine offene Konferenz wäre.

Ich bin überzeugt, daß ich die Meinung des Ausschusses ausspreche, wenn ich sage, daß wir den herzlichsten Wunsch hegen, alles, was in unserer Macht liegt, zu tun, um allen wirklichen (bona fide) Vertretern der deutschen Arbeiter die Teilnahme am Kongreß zu erleichtern....«

Auf nochmalige Vorstellungen Weilers, der gleichzeitig deutscher Sozialist und englischer Gewerkschafter war, verblieb Broadhurst in einem Briefe vom 25. Januar 1888 bei seinem Standpunkt und fügte hinzu:

»Ich hoffe jedoch, daß Ihre Freunde sich bemühen werden, wenigstens einige Organisationen zu bestimmen, sich den Bestimmungen unseres Reglements anzupassen, da es uns außerordentlich angenehm wäre, wenn einige deutsche Arbeiter am Kongreß teilnähmen.«

Daraufhin erließ die Fraktion am 1. März eine Erklärung, in der sie sagt:

»Damit war also die im Interesse der Sache so notwendige Verständigung unmöglich geworden, und nicht durch unsere Schuld.

Indem wir hiermit den Sachverhalt wahrheitsgemäß veröffentlichen, richten wir an unsere Genossen wie an die Arbeiter aller Länder die Aufforderung, den vom Parliamentary Committee der englischen Trades Unions für den November dieses Jahres in Aussicht genommenen Kongreß nicht zu beschicken und dafür einen für das Jahr 1889 einzuberufenden allgemeinen internationalen Arbeiterkongreß um so zahlreicher zu besuchen.«

Diese Vorgänge sind es, die Lensch mit den Worten wiedergibt, daß die Massenbewegung der englischen Arbeiter deutsche Sozialdemokraten von einem internationalen Kongreß ausschloß. In Wirklichkeit hatte die Massenbewegung mit dem Konflikt nicht das mindeste zu tun und auch von einem nationalen Gegensatz zwischen Engländern und Deutschen war nichts zu merken. Von unserer Seite wurde er aufgefaßt als ein Ergebnis des bornierten Formalismus sowie des Sozialistenhasses der Gewerkschaftsbureaukratie.

Wenn aber Lensch die deutschen Arbeiter höhnt, daß sie trotzdem in ihrem Enthusiasmus für England nicht abgekühlt wurden und blind blieben für die Vorzüge Deutschlands, so darf man darauf hinweisen, daß sie von dem internationalen Gewerkschaftskongreß nicht ausgeschlossen wurden durch eine gegen sie gerichtete Ausnahmebestimmung der englischen Einberufer, sondern durch den Ausnahmezustand im eigenen Lande. Man verglich damals das Koalitionsrecht und die Preßfreiheit Englands mit den Arbeiterrechten in Deutschland und hatte noch nicht entdeckt, daß vermöge seiner staatlichen Organisation von Polizei und Militär Deutschland der »Degen des Sozialismus« sei.

Trotz des allgemeinen Boykotts, den unsere Partei über den internationalen Gewerkschaftskongreß verhängte, fand er doch statt, aber in höchst dürftiger Weise. Er tagte in London vom 6. bis 10. November 1888. Neben 78 englischen Delegierten fanden sich nur 44 andere ein, 18 Franzosen, 13 Holländer, 10 Belgier, 2 Dänen und 1 Italiener. Der Vorsitz wurde höchst parteiisch geführt. Trotzdem kam das Parlamentarische Komitee in die Minderheit, die entscheidenden Beschlüsse wurden in sozialistischem Sinne gefaßt und die Sympathie mit den deutschen Arbeitern bei den verschiedensten Gelegenheiten in kräftigster Weise zum Ausdruck gebracht.

Einstimmig wurde eine von Edith Simcox beantragte Resolution angenommen, die das Fehlen von Vertretern aus Deutschland, Österreich und Rußland bedauerte und der Erwartung Ausdruck gab, daß bei einem nächsten internationalen Kongreß Vorkehrungen getroffen würden, die den Arbeitern dieser Länder eine Vertretung sicherten. Damit war das Parlamentarische Komitee gründlich desavouiert.

Mit der Beschickung des nächsten internationalen Kongresses hatte es aber nichts mehr zu tun.

Der Londoner Kongreß blieb ohne Folgen. Dagegen wurde der von der deutschen Sozialdemokratie für 1889 nach Paris einberufene Kongreß der Begründer der neuen Internationale.

Wir ahnten damals nicht, daß es ein Vierteljahrhundert später deutsche Sozialdemokraten geben werde, die das Schlußwort des Kommunistischen Manifests als ein leeres Schlagwort betrachten würden: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Literarische Rundschau.

Professor Dr. Theodor Schiemann, **Russische Köpfe.** Berlin 1916, Ullstein & Co. 247 Seiten. Preis 1 Mark.

Diese russischen Köpfe sind in der Hauptsache, mit einer einzigen Ausnahme, gekrönte — oder doch erlauchte — Häupter. Sie sind recht mager und nüchtern mit dem Griffel der offiziellen Geschichtschreibung skizziert, und es ist wahrhaftig nicht einzusehen, welche Absicht den Verfasser bei der Wiederholung längst bekannter Tatsachen und Anekdoten geleitet haben mag. Wenn er doch wenigstens den Hintergrund, von dem sich diese Köpfe in der Geschichte abhoben, auch nur andeutungsweise berührt hätte! So aber wirkt diese Porträtgalerie aus den Annalen des russischen Herrscherhauses nicht nur außerordentlich monoton, sondern — wenigstens auf das nicht sachkundige Publikum, für das Schiemanns Schriftchen ja doch berechnet zu sein scheint — geradezu verwirrend, indem es

keinerlei Einblicke in das wahrhafte Getriebe des russischen Geistes und jener »Köpfe«, die ihn repräsentierten, gewähren läßt. Die einzige »Idee«, die den Verfasser geleitet zu haben scheint, ist die posthume Ehrenrettung jener Gestalten der russischen geschichtlichen Entwicklung, die von der russischen Geschichtschreibung am schwärzesten gemalt worden sind: die Figuren jener deutschen Abkömmlinge, die eine Zeitlang die Zügel der russischen Staatskarosse in ihre Hände zu bekommen wußten — aller jener Birons, Münnichs und Ostermanns, die es verstanden, nicht nur in der schriftlichen Überlieferung, sondern selbst im lebendigen Gedächtnis des russischen Volkes eine so unheilvolle Spur zu hinterlassen. Es ist hier nicht der Ort, eine Untersuchung darüber anzustellen, in welchem Maße diese Ehrenrettung gelungen ist. Auf jeden Fall wäre es wissenschaftlich einwandfreier, wenn er seine Rechtfertigung der berüchtigtsten Gestalten des zarischen Rußlands mit größerm Aufwand an stichhaltigen Beweisen und mit etwas weniger zur Schau getragener Gesinnungstüchtigkeit vollbracht hätte. Doch dem sei, wie ihm wolle, selbst diese Gesinnungstüchtigkeit, die eine gewisse Sorte Leser gewiß angenehm berühren wird, kann kein wirkliches Verständnis für russische Köpfe zeitigen.

Die im Obigen erwähnte Ausnahme betrifft M. A. Bakunin, und es wird nicht überflüssig sein, ihr einige Beachtung zu schenken. Die Gründe, die Professor Schiemann bewogen haben mögen, Bakunin als den einzigen Vertreter des nicht offiziellen Rußlands in sein Büchlein aufzunehmen, sind leicht zu erraten: hat doch gerade bei Bakunin die philiströse Seele ein so leichtes Spiel, wenn es gilt, das »asiatische Slawentum« möglichst wegwerfend zu behandeln. Es lohnte sich nicht, die Darstellung Schiemanns zu kontrollieren, wenn sie nichts anderes bieten würde als die Wiederholung aller jener Schauermärchen und Räubergeschichten, aus denen man mancherorts die Biographie Bakunins zusammenzuflicken bestrebt war, ohne sich die Mühe zu geben, ihre innere historische und psychologische Triebkraft zu ergründen. Aber Schiemann versucht, die Frage etwas tiefer zu erfassen, und versteigt sich sogar zu einer »philosophischen« Würdigung Bakunins. Und dies ist es, was hier festgehalten zu werden verdient. Denn es ist in der Tat außerordentlich spaßhaft, wenn unser Verfasser gegen Bakunin die furchtbare Anklage erhebt, daß er kein Verständnis für — die Kantische Philosophie zu zeigen vermochte! Zwar macht dafür Schiemann nicht nur Bakunin allein, sondern die ganze russische Intelligenz verantwortlich, immerhin aber wird ihm Bakunin zum typischsten Vertreter dieser Intelligenz, was ihre philosophische Unreife anbetrifft. »Die ganze Richtung dieser kerndeutschen Philosophie,« sagt Schiemann, »die heute noch die höchste Blüte deutscher Denkarbeit darstellt, war den Russen ein Buch mit sieben Siegeln. Nicht einer hat es zu erschließen verstanden.« Das mag schon sein, aber der Verfasser täte gut, sich daran zu erinnern, daß zu der Zeit, die er bei der soeben zitierten Rüge im Auge hat, sogar in Deutschland — oder vielmehr gerade in Deutschland! — Kants Name keineswegs besonders hoch in Ehren stand. Und er wird doch von den armen Russen nicht verlangen wollen, sie sollten »kerndeutscher« als die Deutschen selbst sein! Ahnt Professor Schiemann wirklich nicht, daß jene Opposition gegen die Kantische Philosophie, auf die er anspielt, sich wahrhaftig nicht durch irgendwelche Rasseneigenschaften des russischen »Charakters« erklären läßt, sondern eine tiefe und bemerkenswerte historische Grundlage hat, deren Ursprung man gar nicht in Rußland zu suchen braucht? Viele Vorwürfe hatte Bakunin in seinem langen und wechselvollen Leben zu erdulden: diesen hier aber, der ihm nicht verzeihen kann, daß er nicht Kantianer geworden ist, würde man wirklich nicht für so leicht möglich halten! Und überhaupt: was Professor Schiemann über Bakunins philosophische Ansichten schreibt, ist über alle Maßen ärmlich. Daß Bakunin Hegelianer wurde, anstatt sich dem »Kritizismus« anzuschließen, rügt er, wie wir wissen. Aber damit hat es noch nicht sein Bewenden: »Genau betrachtet, ist jener ewige Geist (der Hegelschen Philosophie), der zerstört und vernichtet, doch nur ein durchsichtiger Schirm, hinter welchem die von Zerstörungslust zitternde

Gestalt Michael Bakunins zu erkennen ist.« (S. 185.) Diese »genaue Betrachtung« ist aber, genau betrachtet, unsäglich seicht. Sie läßt sich auf alles und jedes mit fast gleicher Berechtigung anwenden. Wer immer auch in der Hegelschen Linken sich für die Idee des »zerstörenden und vernichtenden« Geistes ausgesprochen haben mag, bei jedem wird es ein leichtes sein, die von »Zerstörungslust zitternde« Gestalt zu entdecken, die »dahinter steckt«. Das sind armselige Wortspiele, die in den Papierkorb gehören. Schließlich noch eines: Schiemann schöpft seine Kenntnisse der philosophischen Ansichten Bakunins aus einer »1842 erschienenen Schrift: ‚Schelling und die Offenbarung, Kritik des neuesten Reaktionsversuchs in der Philosophie'«. Er scheint nicht zu wissen, daß diese Schrift — den Germanen Friedrich Engels zum (anonymen) Verfasser hat. (Vergl. Grünbergs Archiv für die Geschichte des Sozialismus usw., IV, 1, S. 86 ff.) O. Blum.

Maurice Fürstenberg, **Die Einführung der Soja, eine Umwälzung der Volksernährung.** Mit einem Vorwort von Professor Gottlieb Haberlandt. Berlin 1916, Verlag Parey. 30 Seiten. Preis 1 Mark.

Der Hinweis auf die »Umwälzungen«, die man durch einen guten Rat hin und wieder im sozialen Leben bewerkstelligen zu können glaubt, ist stets geeignet, einiges Mißtrauen gegenüber den literarischen Erzeugnissen zu erwecken, die das Mittel dieser »Umwälzungen« sein sollen.

In dem vorliegenden Hefte aber hat der Verfasser sich in überaus ernster und sachkundiger Weise um die Klärung der Frage bemüht, wie weit die Sojabohne in Mitteleuropa Eingang finden könnte.

Die Sojabohne, eine Leguminose wie die Erbsen, Linsen und Bohnen, ist in Japan und China sehr verbreitet. Wie Kulturversuche von Friedrich Haberlandt schon im Jahre 1878 ergeben haben, gedeiht jedoch die Sojabohne auch in Mitteleuropa. Gegenüber den Samen der anderen in Mitteleuropa kultivierten Leguminosen ist die Sojabohne ausgezeichnet durch einen geringeren Wassergehalt, durch einen größeren Gehalt an Eiweißstoffen und durch einen Gehalt an Fetten, der bis zehnmal so groß ist als derjenige unserer gebräuchlichen Leguminosen. Die beiden zuletzt genannten Momente — der hohe Gehalt an Eiweißstoffen und an Fetten — sind es, die unsere Aufmerksamkeit auf die Sojabohne lenken müssen. Denn durch eine Beigabe von Sojabohnen zu einer pflanzlichen Nahrung, die sehr arm an Eiweißstoffen und Fetten ist und darum den Anforderungen allein nicht genügen kann, vermag man die Nahrung vollwertig mit Bezug auf ihren Gehalt an Nährstoffen zu machen. Um dasselbe durch die Sprache der Praxis auszudrücken: wir bringen es nicht fertig, unseren ganzen Bedarf an Nährstoffen durch Kartoffeln zu decken, weil diese sehr arm an Eiweiß sind und wir bei alleiniger Ernährung mit Kartoffeln genötigt wären, bis 5 Kilogramm pro Tag davon zu essen. Indem wir jedoch die eiweißreiche und fettreiche Sojabohne zur Kartoffel hinzufügen, vermindern wir in ganz außerordentlichem Maße die zur Deckung unseres Nahrungsbedarfs nötige Kartoffelmenge. Wobei noch in Betracht zu ziehen ist, daß die Sojabohne auch zum Wohlgeschmack der Nahrung beizutragen vermag. Fr. Haberlandt und in jüngster Zeit der Verfasser des vorliegenden Heftes haben auch Ernährungsversuche mit der Sojabohne ausgeführt und sind zur Überzeugung gelangt, daß sich die Sojabohne in ausgezeichneter Weise für die Ernährung eignet.

In Betracht kommt schließlich auch noch der Umstand, daß die Sojabohne wegen ihres hohen Fettgehalts sich für die Bereitung eines Buttersurrogats gut eignet. Eine ähnliche Verwendung findet die Sojabohne übrigens schon heute in Japan. Schließlich wäre die Sojabohne auch ein geeignetes Surrogat für die Kaffeebohne.

Die Anbauversuche mit Sojabohnen, an denen Fürstenberg sich in weitem Maße beteiligt hat, wurden letzthin auf Anregung des österreichischen Ackerbauministeriums unternommen, das dem »Komitee zur staatlichen Förderung der Kultur von Arzneipflanzen in Österreich« diese Aufgabe zugewiesen hatte. Lipschütz.

Notizen.

Vom Einfluß des Krieges auf die Volkszahl und Volksbeschaffenheit. Die Folgen der Kriege sind nicht nur politischer und wirtschaftlicher Natur, sondern sie betreffen die beteiligten Völker auch in biologischer Beziehung, als Gemeinschaften lebender Wesen. Vielfach hat man die Meinung gehört, daß der Krieg ein Mittel der natürlichen Auslese im Sinne der Entwicklungslehre Darwins sei, daß er die Erhaltung der tüchtigeren Personen und die Ausbreitung der tüchtigeren Völker begünstige. Eine treffliche Abweisung wird dieser Ansicht zuteil in einem Aufsatz des Wiener Anatomen Professor Julius Tandler (Wiener klinische Wochenschrift, 1916, Heft 15). Tandler erbringt den Beweis, daß infolge der Kriege, und namentlich des gegenwärtigen Krieges, den kämpfenden Parteien biologische Schäden erwachsen müssen, die sowohl quantitativer als qualitativer Art sind; das heißt die Volkszahl wird vermindert, die Bevölkerungszunahme beeinträchtigt, und der Häufung körperlich minder tüchtiger Menschen wird Vorschub geleistet.

Eine quantitative Schädigung der kämpfenden Nationen bedeuten vor allem die ungemein vielen durch Waffen und Krankheiten verursachten Sterbefälle von Kriegern. Tandler berechnet, daß in Österreich schon anfangs 1916 etwa 5,5 Prozent aller Männer der Altersklassen von 20 bis 50 Jahren durch den Tod ausgeschieden waren, und die Zahl der Gefallenen, die er dabei annimmt, ist von Überschätzung gewiß recht weit entfernt. Zu diesem durch den Krieg unmittelbar herbeigeführten Menschenverlust kommt noch die Erhöhung der Sterblichkeit der Zivilbevölkerung, die besonders in den Kriegsgebieten sowie im Hinterland bei den Kindern beträchtlich ist. Eine weitere quantitative Schädigung des Bevölkerungskörpers ist der Geburtenrückgang. Tandler führt als Beispiel die Stadt Wien an, wo 1912 noch 40 000, 1915 aber nur noch 29 000 Lebendgeburten vorkamen, obwohl im letzten Jahre die Geburtenziffer erst vom Mai an durch den Krieg beeinflußt war. Selbst wenn die Zahl der Gefallenen nicht höher wäre, als Tandler annimmt, würde in der Reproduktionszeit der nächsten Generation, die mit fünfzehn Jahren bemessen wird, infolge des Ausscheidens dieser Männer in Österreich, fast eine Million Kinder ausfallen. Die nächste Generation wird überdies quantitativ beeinflußt durch die große Zahl derjenigen, die infolge der seuchenartigen Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten zeugungsunfähig gemacht wurden; denn es ist erwiesen, daß namentlich Gonorrhöe (Tripper), häufig aber auch Syphilis zu Unfruchtbarkeit führen, und daß ein sehr großer Teil der unfruchtbaren Ehen auf Geschlechtskrankheiten zurückzuführen sind.

Von den qualitativen Schädigungen des Bevölkerungskörpers springt die Häufung der Invaliden besonders ins Auge. Tandler sagt: »Biologisch ist die Invalidität in gewöhnlichem Sinne des Wortes als nicht vererbbare Schädigung des Einzelindividuums nicht von hoher Bedeutung, sie erlangt aber dadurch Bedeutung, daß sie die Individuen sozial disqualifiziert und dadurch vielfach von der Fortpflanzung ausschließt. Die Wahrscheinlichkeit der Familiengründung wird geringer, die Möglichkeit, durch Arbeitslosigkeit in ein tieferes soziales Milieu hinabzusinken, wird größer,« und dieses Hinabsinken führt zu einer Gefährdung der erfolgreichen Aufzucht von Nachkommen. Was von der direkten sozialen und indirekten biologischen Benachteiligung der chirurgischen Invaliden gilt, gilt bis zu einem gewissen Grade auch für jene, »welche durch Schädigungen des Krieges anderweitig derart erkrankt sind, daß ihnen daraus eine geringere Widerstandsfähigkeit im Kampfe ums Dasein erwächst«. Dazu gehören die zahlreichen Herz- und Lungenkranken, Nierenkranken, Rheumatiker, Geschlechtskranken und Geisteskranken.

Eine qualitative Verschlechterung der nächsten Generation ist dadurch eingeleitet, daß von den für den Kriegsdienst tauglich befundenen Männern gar viele durch den Tod oder Verkrüppelung aus dem Fortpflanzungsprozeß ausgeschieden werden, während die Schwächlinge und Mißbildeten vollzählig erhalten bleiben.

Treffend bemerkt Tandler: »Je gröber das Sieb der Assentierung wird, um so mehr bleiben die körperlich Miserablen für die Fortpflanzung erhalten.... Zurück bleiben vor allem die Menschen mit Störungen der Sinnesorgane« — und die Biologie hat die leichte Vererbbarkeit gerade solcher Störungen sicher festgestellt! Dazu kommen noch die Menschen mit körperlichen Anomalien, die sich großenteils, wenn schon nicht durchweg, nach den Mendelschen Regeln vererben. Es ist mit einer Zunahme der Mißbildungen für die nächste Generation zu rechnen, weil infolge des Männermangels die mißbildeten Männer mehr Aussicht auf Eheschließung und Fortpflanzung haben als vordem.

Tandler hebt ferner mit Recht hervor, daß wir zu den qualitativen Kriegsschäden »auch vom biologischen Standpunkt Veränderungen des Milieus großer Bevölkerungsgruppen« zu rechnen haben. Viele Menschen sind durch den Krieg materiell und damit auch sozial gehoben worden. Ihr Emporkommen fällt jetzt auf. »Die große Zahl der vernichteten Existenzen wird dagegen erst nach dem Kriege zum Vorschein kommen, zu einer Zeit, in welcher die arbeitende Bevölkerung auf die normale Produktion und damit vielfach auf die normale Lohnhöhe rückversetzt werden wird.... Die spezifische Art dieser Kriegführung mit ihrer Absperrung vom Meere und der plötzlichen Angewiesenheit an die Autarkie (Selbstversorgung) haben die Ersetzungsmöglichkeit für die einfachsten Nahrungsmittel derart erschwert, daß bei der Länge des Krieges die Unterernährung der Bevölkerung unausbleiblich ist.... Es existiert ein qualitativer Rückgang unserer Bevölkerung bezüglich ihres Ernährungszustandes.«

Selbst anfänglich kaum beachtete Vorgänge machen sich nun in kaum von jemandem geahnten Folgen bemerkbar. Nehmen wir ein von Professor Tandler angeführtes Beispiel: »Die militärische Sanitätspflege hat sich gezwungen gesehen, eine ganze Reihe von Schulen zu Spitälern und Hilfsanstalten umzuwandeln. Die Konsequenz ist eine nicht zu unterschätzende Verwahrlosung der Jugend, Zunahme der Prostitution der weiblichen Jugend, Verschiebung des Auftretens der Geschlechtskrankheiten auf ein früheres Lebensalter bei beiden Geschlechtern, Zunahme der jugendlichen Verbrecher. Das Ganze wird noch gefördert durch den Umstand, daß die Kinder durch die Einberufung des Vaters und die Fabrikarbeit der Mutter auch der häuslichen Aufsicht in gesteigertem Maße entbehren.« Aus solchen sozialen Mißständen folgen mittelbar biologische Störungen, Gefährdungen des eigenen Lebens der betreffenden Personen sowie ihrer Fortpflanzung.

Ausführlich befaßt sich Professor Tandler mit der Frage, wie die von ihm gekennzeichneten Schäden wieder gut zu machen sind. Die direkten Menschenverluste und den Ausfall an Geburten während des Krieges durch eine starke Steigerung der Geburtenhäufigkeit nach dem Kriege wieder auszugleichen, darf als ausgeschlossen gelten, denn wir sind kaum berechtigt, eine Steigerung der Regenerationskraft bei dem geschädigten Volkskörper anzunehmen. Eher wäre es möglich, die Verluste ganz oder teilweise wieder auszugleichen durch eine weitere Herabsetzung der Sterblichkeit, die im Bereich der Möglichkeit liegt. Besonders die Sterblichkeit der Kinder kann durch entsprechende Fürsorge noch bedeutend verringert werden. Auch eine energische Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten käme für die quantitative Schadensgutmachung in Betracht. Die Menschheit qualitativ wieder höher zu heben, wird noch schwerer sein als der Ausgleich der quantitativen Verluste. Tandler meint: »Können wir schon in der Reproduktion nicht qualitativ vorgehen, so sollen wir uns wenigstens bemühen, in der Aufzucht die Qualitäten zu fördern.« Das wird freilich erst dann in vollem Umfang geschehen können, wenn alle Vorrechte der Geburt und des Besitzes verschwunden sind, denn innerhalb der jetzigen Ordnung hängt das Lebensschicksal des einzelnen in den meisten Fällen vom Anfang an davon ab, ob er an solchen Vorrechten teil hat oder nicht.

H. Fehlinger.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 22 Ausgegeben am 1. September 1916 34. Jahrgang

Die Konferenz der Neutralen und der Nationalrat der französischen Sozialisten.

Von Ed. Bernstein.

Unter äußerlich ungünstigen Umständen hat vom 31. Juli bis 2. August im Haag die seit Monaten vorbereitete internationale Konferenz von Sozialisten neutraler Länder getagt. Nur ein Teil der angemeldeten Delegierten konnte an ihr teilnehmen. Anderen, den Delegierten, die aus Norwegen, Rumänien, Spanien und der Schweiz angemeldet waren, wurde der Besuch durch Paß- und andere behördliche Schwierigkeiten unmöglich gemacht. Außer den holländischen Mitgliedern des Internationalen Sozialistischen Bureaus waren nur die Sozialdemokratie Dänemarks, Hollands, Schwedens, der Vereinigten Staaten von Amerika und Argentiniens auf ihr vertreten. Aber wenn die Konferenz nur eine geringe Zahl von Besuchern vereinte, so darf man dafür sagen, daß die Persönlichkeiten, aus denen sie bestand, einen sehr guten Durchschnitt der sozialistischen Internationale vertraten. Leute wie Branting (Schweden), Troelstra, Van Kol, Vliegen, Wibaut (Holland), Stauning (Dänemark) sind langbewährte Parteiführer in ihrem Lande und als gute Internationale bekannt. Algernon Lee (Vereinigte Staaten) ist einer der angesehensten und gebildetsten Vertreter des Sozialismus in Nordamerika, und von Dr. Regetto dürfte das gleiche für Argentinien, das er vertrat, zutreffen. Es ist nicht anzunehmen, daß das Ergebnis der Konferenz in einem der von ihr behandelten Punkte anders ausgefallen wäre, als es tatsächlich der Fall war, wenn alle zu ihr angemeldeten Delegierten an ihr hätten teilnehmen können.

Dies ist namentlich den Mehrheitsblättern unserer Partei entgegenzuhalten, die an der Konferenz eine mehr oder weniger ungünstige Kritik geübt haben. Gleichviel wie die Beschlüsse der Konferenz objektiv zu beurteilen sind, daß sie mehr im Sinne jener Kritiker gelautet hätten, wenn außer den obengenannten Genossen noch die Genossen Grimm (Schweiz), Rakowski (Rumänien), Vidnes (Norwegen) anwesend gewesen wären, wird niemand behaupten können, der die sehr bestimmt lautenden Erklärungen dieser letzteren über die Fragen kennt, vor die der gegenwärtige Krieg die Internationale der Arbeiterklasse gestellt hat. Eher wäre das Gegenteil eingetreten. Über die Anschauungen des aus Spanien angemeldeten Delegierten Dr. Battista bin ich nicht unterrichtet. Er würde ein weißer Rabe auf der Konferenz gewesen sein, wenn er auf ihr einen Standpunkt vertreten hätte, wie er den Kritikern im »Hamburger Echo«, »Chemnitzer Volksstimme« usw. genehm gewesen wäre. Aber wer hält das für wahrscheinlich — ich darf sogar sagen, auch nur für möglich?

Mit zwei Fragen politischer Natur befaßte sich die Konferenz. Die eine betraf, im Zusammenhang mit der Frage einer Vollsitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus, die grundsätzliche Stellungnahme der Internationale und ihrer Landessektionen zum Kriege, der Landesverteidigung, der Kriegsbeendigung und den Friedenszielen im allgemeinen, die zweite die Stellungnahme zu den Plänen, welche die Wirtschaftspolitik nach dem Kriege im Auge haben.

Was das letztere betrifft, so müssen wir uns vorbehalten, auf die beschlossene Resolution sowie die bemerkenswerte Denkschrift und das Referat des Genossen Wibaut über diese Frage noch besonders zurückzukommen. Hier können wir nur unserer rückhaltlosen Übereinstimmung mit ihnen Ausdruck geben. Die Resolution verwirft mit großer Entschiedenheit alle Vorschläge, welche auf eine Fortsetzung des Krieges in Gestalt wirtschaftspolitischer Sonderbünde und ähnlichem hinauslaufen, und erklärt die Politik des völlig freien Handelsverkehrs als die einzige, den Interessen eines dauernden Friedens dienende Handelspolitik der Arbeiterklasse.

Was die Diskussion und die Resolution über den Krieg und die Friedensfragen im allgemeinen angeht, so werden die Leser sie aus den Berichten der Tagespresse kennen. Auch wollen wir hoffen, daß eine genaue Zusammenstellung dieser wichtigen Kundgebungen in Broschürenform herausgegeben werden wird. Für diesen Fall möchten wir aber eine Nachprüfung der Texte empfehlen, da eine Vergleichung der Berichte des »Het Volk« mit den in der deutschen Parteipresse erschienenen Berichten etliche Unterschiede aufweist, die zwar von keiner großen Bedeutung sind, aber im Interesse möglichster Deutlichkeit besser beseitigt werden. An einer ziemlich wichtigen Stelle ist sogar in den deutschen Berichten ein Zwischensatz ausgefallen, der ihren Sinn erst völlig verständlich macht. Sie lautet nach Wiederherstellung dieses Satzes (der sowie ein ausgefallenes Wort hier im Sperrdruck wiedergegeben wird):

> Es erscheint als die Pflicht der sozialistischen Parteien, ernstlich zu erwägen, ob sie es sowohl für ihre Nation als für die Internationale verantworten können, eine Verständigung zwischen allen Sektionen der Internationale über die Fragen, deren Lösung für die Beendigung des Krieges notwendig ist, noch länger hinauszuschieben.

Die in diesen Worten ausgesprochene Mahnung richtet sich, wie ohne weiteres ersichtlich ist, aber in »Het Volk« ausdrücklich festgestellt wird, an die Adresse der Mehrheit der französischen Sozialdemokratie, die es bisher hartnäckig abgelehnt hat, an einer Vollsitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus gemeinsam mit der Vertretung der Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie teilzunehmen, solange diese ihre bisherige politische Haltung zum Krieg und den Kriegsmaßnahmen der deutschen Regierung nicht vollständig aufgibt. Wie von Kautsky in seinem Artikel über Jaurès im »Vorwärts« vom 30. Juli und von mir in einem Artikel der »Leipziger Volkszeitung« vom 27. Juli über die Möglichkeiten und Pflichten der Internationale ausgeführt wurde, halten wir beide diese halsstarrige Weigerung unserer französischen Genossen, so sehr wir selbst Gegner der derzeitigen Politik unserer Mehrheit sind, für ebenso unklug wie unberechtigt. Unberechtigt, weil niemand Kläger und Richter in einer Person sein kann, und weil keine einzelne Sektion der Internationale, auch wenn sie in der betreffenden Frage noch so

sehr im Rechte wäre, das Recht hat, die Gesamtheit unter ihrem verletzten Rechtsgefühl leiden zu lassen, ehe sie auch nur den Versuch gemacht hat, die Gesamtheit von der Richtigkeit ihrer Anschauung zu überzeugen. Unklug aber ist die Weigerung, weil sie nur die Wirkung hat, das zu festigen oder gar zu steigern, was sie bekämpft. Das Mahnwort der Haager Konferenz hat dem Nationalrat der französischen Sozialdemokratie, der am 6. und 7. August in Paris tagte, offenbar noch nicht vorgelegen, denn weder von den Rednern der Mehrheit noch von denen der Minderheit ist auf es Bezug genommen worden. Wir können also noch hoffen, daß es nunmehr von den Franzosen in ernsthafte Erwägung gezogen werden wird. Sie können der Haager Konferenz nicht vorwerfen, daß sie Parteilichkeit nach der einen oder anderen Seite gezeigt habe.

In dem vorerwähnten Artikel über die Internationale hatte ich im Hinblick auf die damals noch bevorstehende Konferenz der Neutralen geschrieben, es werde eine ihrer Aufgaben sein, Schritte zu beraten, die geeignet seien, eine allgemeine, alle Beteiligten umfassende internationale Sozialistenkonferenz möglich zu machen und für ein ersprießliches Arbeiten dieser Konferenz die Vorbedingungen zu schaffen. Dazu sei es aber notwendig, daß die Neutralen »etwas aus der Zurückhaltung heraustreten, die sie sich bisher verständlicher- und verständigerweise auferlegt hatten«. Die Vorgänge auf den Schauplätzen des Krieges verbieten es, die Empfindlichkeiten zu schonen.

Ein deutliches Freundeswort der Neutralen an die beiden Parteien, die einst die Zentren der Internationale waren und ohne die sie heute verstümmelt wäre, ein Wort, das ihnen unumwunden sagt, was man von ihnen erwartet, kann schwerlich etwas schaden, aber sehr viel Nutzen stiften. (»Leipziger Volkszeitung« vom 27. Juli.)

Die Konferenz hat, wie man sieht, diese Hoffnung nicht Lügen gestraft. In schonendster Form richtet sie ihr Mahnwort an die Adresse der Mehrheit der französischen Sozialisten, in nicht minder schonender Form hat sie auch einige Freundesworte gesprochen, die an die Adresse der Mehrheit unserer deutschen Partei gehen. Es bezieht sich das unter anderem auf die Geltendmachung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und die Einwirkung auf Krieg und Frieden. Die Resolutionen der Konferenz wurden einstimmig gefaßt und waren, wie Troelstra als Berichterstatter hervorhob, nicht das Ergebnis eines Kompromisses zwischen entgegenstehenden Ansichten, sondern der Ausdruck völliger grundsätzlicher Übereinstimmung über die behandelten Fragen.

Mit großem Takt und scharfer Einsicht in die Natur der Streitfragen hat Troelstra in seiner Eröffnungsrede die Probleme dargelegt, vor die der Krieg die Internationale und ihre Sektionen stellt, und wenn Branting ein gutes Wort für die französischen Sozialisten einlegte, so ist damit nicht einmal gesagt, daß er nun diesen in jeder Hinsicht zustimmt, geschweige denn, daß er Parteigänger der Regierungen der Ententestaaten wäre. Daß die französischen Sozialisten in sehr viel schwierigerer Lage sind als die deutsche Sozialdemokratie, hat auch Troelstra scharf betont. Was die politische Resolution der Konferenz entwickelt, sind, kann man sagen, Mindestforderungen, wie sie sich aus dem grundsätzlichen Teil des sozialdemokratischen Programms mit Notwendigkeit ableiten. Wer sie bestreitet, sagt sich der Sache nach von diesen Grundsätzen der Internationale los. Nur auf Grund dieses

Mindestprogramms wäre eine Verständigung zwischen der deutschen und der französischen Sozialdemokratie möglich.

Der Nationalrat der letzteren hat, wie schon oben bemerkt, dieses Werk der Verständigung leider nicht gefördert. Auch in Frankreich stehen sich heute in der Sozialdemokratie eine Mehrheit und Minderheit ziemlich schroff gegenüber, auch dort besteht die Opposition aus Vertretern verschiedener Auffassungen. Aber während in Deutschland es die Frage der Bewilligung der Kriegskredite ist, in welcher die Opposition sich zusammenfindet, spielt in Frankreich neben Fragen der Vertretung in den ständigen Kommissionen der Partei die Frage der Aufnahme der internationalen Beziehungen und einer schärferen Formulierung und Vertretung der sozialdemokratischen Friedensforderungen diese Rolle. Nur die drei zur Minderheit stehenden Abgeordneten, die an der Konferenz in Kiental teilgenommen hatten, haben auch die Kriegskredite verweigert, in einer von der Minderheit eingebrachten Resolution dagegen heißt es: »Er (der Nationalrat) erklärt sich entschlossen, seine Mitwirkung an der nationalen Verteidigung fortzusetzen, aber gleichzeitig seine Tätigkeit für einen schnellen Frieden ohne Annexionen zu entfalten.« Angesichts des Umstandes, daß ein erheblicher Teil Frankreichs von gegnerischen Truppen besetzt ist, und solange dies der Fall ist, kann man dem Ausdruck nationale Verteidigung seine Berechtigung natürlich nicht bestreiten. Die Resolution der Minderheit fordert weiterhin die schleunige Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen und sagt schließlich:

> Durch die herausfordernde Rede [Poincarés] in Nancy und die Ansprüche des russischen Imperialismus mit Recht beunruhigt, und um alle Zweideutigkeiten zu zerstören, fordert der Nationalrat die Partei und ihre parlamentarischen Vertreter auf, von der Regierung zu verlangen, daß sie öffentlich und ohne Verzug die Kriegsziele Frankreichs und seiner Verbündeten bekanntgibt und jeden Vorschlag auf Vermittlung oder Schiedsspruch günstig aufnimmt.

Diese Resolution ist nicht zur Abstimmung gekommen, weil über die dem Standpunkt der Mehrheit entsprechende Resolution zuerst abgestimmt wurde und nach deren Annahme die erstere als erledigt betrachtet wurde. Für die Mehrheitsresolution, über die absatzweise abgestimmt ward, wurden im Durchschnitt rund 1900, gegen sie im Durchschnitt rund 1000 Stimmen abgegeben. Der Nationalrat der französischen Sozialisten ist ein erweiterter Parteiausschuß. Die Delegierten in ihm vertreten die Kreis-(Departements-) Verbände der Partei, und jeder Delegierte gibt so viel Stimmen ab, als seinem Verband gemäß seinen Mitgliedschaften zukommen.

Die Mehrheitsresolution spricht sich für die Fortsetzung des Kampfes um die nationale Verteidigung aus, bis das besetzte Gebiet Frankreichs befreit und Belgien sowie Serbien wiederhergestellt seien und ihre volle Unabhängigkeit gewonnen hätten, verurteilt jeden Leitsatz als antisozialistisch, der nicht das Recht jedes angegriffenen Volkes auf Selbstverteidigung entschieden anerkennt, und erklärt es für die Pflicht des internationalen Sozialismus, festzustellen, welches die angreifende Regierung ist, um gegen sie die vereinte Anstrengung der Proletarier aller Länder für den Schutz der Völker gegen Überfälle oder langes Hinziehen des Krieges einzuleiten. Sie nimmt von den zunehmenden Bemühungen gewisser Fraktionen der deutschen Sozialdemokratie, sich von der bürgerlichen Politik loszusagen, Kennt-

nis, erinnert aber daran, daß der Nationalrat die »Wiederaufnahme der internationalen Verbindungen an B e d i n g u n g e n geknüpft hat, die noch nicht erfüllt sind«.

Diese Bedingungen werden im weiteren als aus den Grundsätzen der Internationale sich von selbst ergebend bezeichnet und wie folgt aufgezählt:

1. Zurückweisung des Imperialismus und der Eroberungspolitik;
2. Bekräftigung des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung und der vergewaltigten Nationalitäten, ihren Status selbst zu wählen;
3. Protest gegen die Verletzungen des Völkerrechts und die Vergewaltigung der unter die Garantie Europas gestellten Neutralen;
4. Untersuchung und öffentliche Kundgebung der Verantwortlichkeiten für den Krieg und der Bürgschaften, die für die Herstellung eines dauerhaften Friedens gefordert werden müssen;
5. Anerkennung des Rechts des Proletariats des angegriffenen Landes auf Verteidigung und der Pflicht des internationalen Proletariats, dessen Anstrengungen zu unterstützen.

In Erwartung des Zeitpunktes, heißt es weiter, wo es möglich sein wird, auf dieser Grundlage die internationalen Beziehungen wieder aufzunehmen, beschließt der Nationalrat, »so bald als möglich eine Konferenz von Sozialisten der neutralen Länder einzuberufen, welche die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen eines dauerhaften Friedens feststellen soll, für dessen Triumph sie alsdann ihre Kraft einsetzen werden«.

Aufforderungen an die Partei, von der Regierung eine bestimmte, unumwundene Feststellung ihrer Kriegsziele zu verlangen, Darlegung, wie diese Kriegsziele gemäß der Auffassung der Partei beschaffen sein müssen, und Verpflichtung der Vertreter der Partei, von der Regierung energische Weiterführung des Krieges bis zum Siege zu fordern, machen den Beschluß der Resolution.

Man wird den Verfassern kaum unrecht tun, wenn man sagt, daß sie in bezug auf die Frage einer allgemeinen internationalen Sozialistenkonferenz ein non possumus darstellt, das praktisch auf ein non volumus hinausläuft. Ich verzichte darauf, dies näher zu begründen, da ich annehme, daß jeder, der das Vorstehende genauer nachprüft, selbst erkennen wird, warum es nicht angeht, einer verantwortlichen politischen Partei in solcher Weise Bedingungen vorzuschreiben. Wir sind stets dafür energisch eingetreten, daß bei Beurteilung des Verhaltens der französischen Sozialdemokraten die besonderen Verhältnisse zu berücksichtigen seien, unter denen sie zu wirken haben. Ebenso kann man aber auch von ihnen verlangen, daß sie bei ihrer Kritik der deutschen Sozialdemokratie und den Forderungen, die sie an sie stellen, auch auf die Verhältnisse Rücksicht nehmen, wie sie diesseits der Heerlager obwalten. Alle Übertreibungen laufen Gefahr, das Gegenteil von dem zu erwirken, was vernünftigerweise erwartet werden könnte. Die Aufnahme, welche die von ihnen gefaßte Resolution in der Presse der Mehrheit unserer Partei gefunden hat, sollte den Vertretern der Mehrheit der französischen Sozialdemokratie zu denken geben. Sie sind in Gefahr, innerhalb der Sozialdemokratie das gleiche zu tun, was auf dem großen politischen Schlachtfeld jahrelang die Nationalisten hüben und drüben getan haben: die einen haben den anderen Material geliefert.

Wichtiger aber ist folgende Überlegung. Einzelne kann man verhältnismäßig schnell von der Notwendigkeit einer Änderung überzeugen. Eine so große Körperschaft wie eine politische Partei aber wird dazu selbst unter normalen Verhältnissen immer viel Zeit brauchen. Und nun erst während eines Krieges, wo die Leidenschaften erregt sind und alle möglichen Vorurteile wachgerufen werden. Selbst wenn also sonst gar nichts gegen die Folgerungen sich einwenden ließe, welche die Resolution von den Grundsätzen des internationalen Sozialismus ableitet, wenn sie so einfach und so leicht in die Praxis umzusetzen wären, wie sie es tatsächlich nicht sind, so unterscheiden sie sich doch so sehr von der Haltung, welche die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie nun einmal eingenommen hat, daß auch dann eine sehr lange Spanne Zeit erfordert wäre, diese Mehrheit für sie zu gewinnen.

Aber der ganze Weg ist ein falscher. Auf solche Weise kommen Parteien nie zu einer Verständigung. Von einem leitenden Staatsmann eines der kriegführenden Länder pflegte ein sehr kluger und vorurteilsloser Politiker zu sagen: Jede seiner Reden ist eine verlorene Schlacht. Diese Resolution des französischen Nationalrats kommt für den internationalen Sozialismus einer solchen sehr nahe. Sie ist nur unter der Annahme begreiflich, daß besondere Vorkommnisse sie veranlaßt haben. Wenn sie das letzte Wort der Sozialdemokratie Frankreichs in dieser Frage wäre, dann wäre allerdings die Internationale der Arbeiter als Friedensfaktor in diesem furchtbaren Kriege zur Ohnmacht verurteilt. Denn darüber kann kein Zweifel sein: Wo immer im Spiel der Mächte die entscheidende Frage des Krieges diesmal liegt, ob zwischen Berlin und London, Berlin und Paris oder Berlin und Petersburg, für die Internationale der Arbeiter liegt sie zwischen der deutschen und der französischen Sozialdemokratie. Kommt da keine Verständigung zustande, dann wird die große Macht zum Guten, welche die Internationale sein könnte, nichts dazu beitragen, dieses furchtbare Töten auch nur um das Leben eines Menschen zu verringern.

Das wollen sich unsere Genossen von der Mehrheit der französischen Sozialdemokratie vor Augen halten. Bei ihnen ruht nicht minder große Verantwortung als bei der Mehrheit unserer deutschen Partei. Die Haager Konferenz der Neutralen hat es ihnen eindringlich zugerufen, und diese Stimme von Leuten, die gezeigt haben, mit welcher hohen, von echt internationalem Geist getragenen Unparteilichkeit sie die Fragen zu behandeln wissen, vor die der Krieg uns in jedem Lande gestellt hat, sie sollte nicht überhört werden.

Die Haager Konferenz hat noch beschlossen, in den Bemühungen um das Zustandebringen einer allgemeinen internationalen Sozialistenkonferenz nicht nachzulassen. Hoffen wir, daß es ihrem Einfluß gelingen möge, die Franzosen zum Abstehen von einer Haltung zu bewegen, die keiner Sache, an der Sozialisten gelegen sein kann, Nutzen bringen, aber dem Besten, was es für uns gibt, und, dürfen wir hinzufügen, der allgemeinen Sache der Völker Europas nur Schaden verursachen kann.

Die Perspektiven des Weltkriegs.

Von Spectator.

Zwei Jahre Weltkrieg.... Kaum ist der menschliche Gedanke imstande, die wahre und volle Bedeutung dieser Tatsache zu fassen. Nur einige Momente der sich vollziehenden gewaltigen Umwälzung lassen sich heute schon beobachten oder mehr oder weniger voraussagen. Europa geht aus ihm verblutet und erschöpft hervor. Nach dem Londoner »Economist« hat der Menschenverlust in den zwei Jahren rund 4 Millionen betragen, wahrscheinlich aber bedeutend mehr, wenn man auch die daheim infolge von Seuchen, unzureichender ärztlicher Hilfe, mangelhafter Nahrung usw. Gestorbenen hinzurechnet. Übertraf doch die Zahl der daheim Gestorbenen in den früheren Kriegen nach Professor L. Hersch [1] die der auf den Schlachtfeldern Gefallenen. Und wie hoch darf man die Arbeitsfähigkeit der Verwundeten oder derjenigen Glücklichen einschätzen, die während des Krieges alle ihre Glieder zwar bewahrt haben, aber physisch entkräftet und psychisch krank geblieben sind? Man darf wohl annehmen, daß Europa 10 bis 15 Millionen blühende Arbeitskräfte durch den Krieg einbüßen wird. Nun hat Europa vor dem Kriege anscheinend einen Überschuß an Menschen gehabt: wanderten doch jahraus und jahrein Hunderttausende übers Meer hinaus. Indes das geschah bloß deshalb, weil die Landwirtschaft vieler Länder noch äußerst extensiv und die Industrie wenig entwickelt war. Will Europa sich in der Zukunft selbst ernähren, mindestens eine rationellere Landwirtschaft durchführen, so wird es auf Mangel an Arbeitskräften stoßen, insbesondere wenn sich auch die Industrie in der Richtung der Qualitätsarbeit weiter entwickeln sollte.

Schon während des Krieges, wo doch die wirtschaftliche Tätigkeit bedeutend eingeschränkt ist, wird der Mangel an Arbeitskräften sehr fühlbar. Die stärkere Heranziehung der Frauen- und Kinderarbeit vermag den Ausfall an männlichen Arbeitern nur zum Teil zu ersetzen. Man greift auch schon nach chinesischen Kulis (insbesondere in Rußland) und schwarzen Arbeitern (in Frankreich). Sicher werden wir nach dem Kriege noch häufiger der gleichen Erscheinung begegnen, daß für die einfachen Arbeiten Lohnsklaven aus den anderen Weltteilen herangezogen werden, während die europäische Arbeiterschaft die qualifizierte Arbeit verrichten wird. Auf diese Weise könnte sich ein Gegensatz innerhalb der Arbeiterschaft herausbilden, der durch den Unterschied in der wirtschaftlichen Stellung und die Rassenvorurteile genährt und verschärft würde. Die durch den Krieg geschaffene nationalistische Psychologie bildet einen günstigen Boden für solche Rassengegensätze, und die Äußerungen einiger Gewerkschaftsblätter über das Problem der fremden Arbeiter lassen solche Strömungen mit Recht befürchten.

Sicherlich noch größer als der Mangel an Arbeitskräften wird der an Produktionsmitteln sein. Der Umfang der Kapitalzerstörung durch den Krieg läßt sich auch nicht annähernd feststellen. Die unmittelbaren Kriegskosten (abzüglich der »normalen« Rüstungsausgaben) werden vom »Economist« auf 8,58 Milliarden Pfund, also rund 171,6 Milliarden Mark geschätzt. Die Kriegsschäden werden von manchen Gelehrten höher taxiert als die Kriegs-

[1] La mortalité chez les neutres en temps de guerre. Paris-Genf 1915. (Siehe auch Neue Zeit, XXXIV, 1, S. 190.)

kosten. Nehmen wir an, daß die Kriegsschäden nur etwa 80 Milliarden Mark ausmachen, so erlangen wir eine Summe von 250 Milliarden oder ebensoviel, wieviel die Anlagekosten des gesamten, 1913 1,1 Millionen Kilometer umfassenden Eisenbahnnetzes der Welt betragen haben sollen.

Sind auch nicht für diese ganze gewaltige Summe materielle Güter zerstört worden, denn die Staaten zahlen heute horrende Preise, so ist doch immerhin eine Menge von Gütern verloren gegangen, die lange, sehr lange nicht ersetzt werden könnte. Vor dem Kriege betrugen die Weltemissionen, die im allgemeinen als die jährliche Kapitalakkumulationssumme betrachtet werden können, 20 Milliarden Franken. Wird auch nach dem Kriege die gleiche Akkumulationsquote aufrechterhalten werden? Sicherlich sind während des Krieges verschiedene technische Verbesserungen gemacht worden; man hat gelernt, mit den Materialien sparsamer umzugehen, die Stoffe besser auszunützen. Immerhin werden all diese Fortschritte noch lange den Ausfall an produktiver menschlicher Kraft und den Mangel an Produktionsmitteln nicht voll ersetzen können. Auf jeden Fall darf man wohl annehmen, daß Europa mindestens ein Jahrzehnt in seiner Entwicklung aufgehalten bleibt, bis es die vor dem Kriege bestandene wirtschaftliche Entwicklungsstufe erlangen wird.

In dieser Zeit werden wir an Mangel an Menschen und Produktionsmitteln (Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Maschinen) zu leiden haben. Damit ist aber nicht gesagt, daß sich nicht dieser Mangel unter dem herrschenden Wirtschaftssystem in der Form von Überproduktionskrisen äußern kann. Denn gerade dieser Mangel und die ihn begleitende Teuerung einerseits, wie die durch den Krieg geförderte anormale Entwicklung einzelner Industriezweige andererseits müssen den Anlaß zu Überproduktionskrisen geben. Nach kurzem Aufschwung wird sich eben eine lange Krise einstellen, die, was das Sonderbarste ist, von einer Teuerung mindestens der Nahrungsmittel und Rohstoffe begleitet sein wird.

So sind die wirtschaftlichen Perspektiven, die sich für Europa nach dem Kriege eröffnen, keineswegs günstig. Anders stellt sich aber die Sachlage vom Standpunkt der außereuropäischen Länder betrachtet dar. Daß diese letzteren schon durch die Teuerung viel gewinnen, ist ohne weiteres klar. Das europäische Kapital beutet bekanntlich die Agrarländer schon auf Grund seiner Kraft aus. Die Industrieländer ziehen einen Teil des Mehrwerts, der in den Agrarländern geschaffen wird, an sich, sei es dadurch, daß sie die Industrieerzeugnisse zu (im Verhältnis zum Arbeitswert) höheren Preisen gegen Agrarprodukte austauschen, oder daß sie ihnen Kapital gegen hohe Zinsen leihen, oder daß sie sich ihre Naturschätze aneignen, oder gar schließlich, daß sie diese politisch unterwerfen und auf diese Weise sich hohe Tribute zahlen lassen. Nun bewirkt zunächst die Teuerung, daß umgekehrt die Agrarerzeugnisse der Kolonialländer im Preise steigen. Dadurch werden umgekehrt die Industrieerzeugnisse relativ im Preise herabgesetzt. Wichtiger ist vielleicht aber noch der Umstand, daß der Warenstrom aus Europa, der die außereuropäischen Länder früher überflutet hat, jetzt, während des Krieges, versiegt und eine Zeitlang auch nach dem Kriege bedeutend schwächer sein wird. Infolgedessen wird sich in diesen Ländern allmählich eine eigene Industrie entwickeln. Insbesondere werden dort die Rohstoffe der

ersten Umarbeitung unterworfen werden, weil die Rohstoffausfuhr und die Zufuhr der einfachen Warenqualitäten infolge der hohen Frachtpreise unvorteilhaft sind. Und in der Tat haben nicht nur die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Japan ihre Industrie während des Krieges stark ausgebildet, sondern auch Kanada, die südamerikanischen Staaten, Indien usw.

So, um hier nur ein Beispiel anzuführen, wird der »Frankfurter Zeitung« (vom 7. Juli) über Brasilien geschrieben: »Die Anpflanzung von Baumwolle wird von der Regierung lebhaft unterstützt. Eisen- und Manganvorkommen erregen gleichfalls lebhafte Aufmerksamkeit. Beachtenswert ist endlich die Errichtung eines Farbwerks, dessen erste Lieferung von 20 Tonnen Farbstoffen sich auf 27 Webereien verteilte.« Es vollzieht sich gewissermaßen ein ähnlicher Prozeß wie zur Zeit der Napoleonischen Kontinentalsperre, nur in umgekehrter Richtung. Damals hat sich das kontinentale Europa von der Herrschaft der kolonialen Produkte (Zucker!) zu befreien begonnen. Insbesondere charakteristisch sind die Bemühungen Napoleons, einen Ersatz für die kolonialen Farbstoffe zu schaffen. Auf seine Veranlassung wurde in den verschiedenen Gegenden Frankreichs Waid für die Herstellung von Farben angebaut. 1810 setzte er Preise aus von 100 000, 50 000 und 25 000 Franken für die Erfindung eines auf chemischem Wege hergestellten Indigo. Heute sind es umgekehrt die kolonialen Länder, die die Zeit des Europäischen Krieges benutzen, um sich wirtschaftlich selbständig zu machen.

Da Europa nach dem Kriege auch an Kapitalien nicht allzu reich sein wird, um sie nach den Kolonien zu exportieren, so werden sich die kolonialen Länder ohne diese europäischen Kapitalien zwar langsamer, dafür aber selbständiger entwickeln. Aus eigener Macht, die, dank den hohen Preisen für ihre Agrarerzeugnisse, rasch im Wachsen begriffen ist, werden sie eine Industrie sich schaffen, mindestens die Verarbeitung der einheimischen Rohstoffe in einfache Waren oder Halbfabrikate vornehmen.

Auf die wirtschaftliche Selbständigkeit wird die politische jener Länder folgen, die heute noch unter der Herrschaft der europäischen Staaten stehen. Die Tatsache, daß Europa wirtschaftlich den anderen Weltteilen voraus war, gab ihm auch die Möglichkeit, große Gebiete politisch von sich abhängig zu machen. Nun werden die europäischen Staaten aus diesem Kriege militärisch geschwächt, untereinander verfeindet hervorgehen. Ein geschlossenes Vorgehen, wie seinerzeit China gegenüber, wird lange nicht mehr möglich sein. Darum werden sich umgekehrt die kolonialen Staaten freier bewegen können. Konnte doch die persische Revolution nur siegen, weil Rußland in Ostasien geschlagen wurde. Heute darf man wohl annehmen, daß Persien, vielleicht auch Vorderasien und Indien wie Ägypten nach dem Kriege eine bedeutendere Selbständigkeit erlangen werden. Schon lassen sich deutliche Zeichen einer ernsten Nationalbewegung in diesen Ländern wahrnehmen. Es ist auch kaum denkbar, daß Indien, nachdem es so aktiven Anteil am Weltkrieg genommen, immer noch politisch unselbständig bleibt. Übrigens hat man sich in England der politischen Selbstverwaltung Indiens hauptsächlich darum widersetzt, weil man befürchtete, Indien werde, wie die anderen Kolonien, Schutzzölle einführen. Da Indien heute aber dennoch seine Industrie entwickeln und sich auch England möglicherweise, wenigstens zum Teil, von der freihändlerischen Politik abwenden wird, so wird es auch

gegen einen Schutz der indischen Industrien kaum etwas einwenden können und folglich Indien auch größere politische Selbstverwaltung einräumen müssen.

Beobachter der kolonialen Länder haben schon mehrfach große Gärungen konstatiert und das baldige Ende der Kolonialherrlichkeit Europas vorausgesagt. Eine schlechte Einwirkung des Krieges in dieser Beziehung befürchtet auch Dernburg, der frühere Staatssekretär für Kolonien. Auch Hintze meint im bekannten Sammelwerk »Deutschland und der Weltkrieg«, daß »die Ära der Kolonialherrschaft in Asien und an den Nordküsten von Afrika bald ebenso ihr Ende erreichen wird wie in Amerika und Australien«.

So ist es nicht gerade ausgeschlossen, daß der Krieg, der um der Kolonien willen geführt wird, den Anfang vom Ende der Kolonialherrschaft der europäischen Staaten bedeuten wird. Eine sonderbare Ironie der Geschichte, die aber keineswegs beispiellos dasteht. Auf die napoleonischen Kriege, die den Abschluß der viele Jahrhunderte lang geführten Handelskriege bedeuteten, folgte in Europa eine immer stärker hervortretende Reaktion gegen die damalige Handels- und Kolonialpolitik, die Ursache der Handelskriege. Werden wir nicht dasselbe auch nach diesem noch furchtbareren Kriege erleben? Es klingt sonderbar, in einer Zeit, in der weite Kreise für Kolonien schwärmen und bereit sind, dafür zu verbluten, eine geistige Reaktion gegen die Kolonialpolitik vorauszusagen. Indes, das scheint nur so. Daß auf den Krieg ein Umschlag in der öffentlichen Meinung, eine neue Umwertung der während des Krieges geschaffenen Götter eintreten wird, steht fest. Speziell aber in bezug auf die Kolonien lassen sich auch die materiellen Gründe leicht feststellen, die diesen Umschwung bewirken müssen.

Wir haben an dieser Stelle mehrfach die Wertlosigkeit der Kolonien festgestellt, vom Standpunkt der Volkswirtschaft im ganzen betrachtet. Neuerdings wurden wir durch das Studium der englischen wirtschaftlichen Verhältnisse auf die Tatsache aufmerksam, daß die englische Industrie in der Tat nicht einmal die technischen Erfindungen genügend ausgenützt hat, die in England gemacht worden sind. Den Ursachen dieser Erscheinung nachgehend, haben wir entdeckt, daß in England Mangel an technisch gebildetem Personal besteht, was in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß die gebildete Mittelschicht nach den Kolonien auswandert, wo sie hoch entlohnte Stellungen besetzt. Auch der gewaltige Kapitalexport Englands nach den Kolonien darf als Ursache der relativ niedrigen Zusammensetzung des Kapitals, das heißt der schwachen technischen Entwicklung der englischen Industrie angesehen werden, während der gesicherte Markt jeden Ansporn zu technischen Verbesserungen genommen hat. Man darf folglich mit vollem Recht behaupten, daß der Besitz des kolonialen Weltreiches auf die englische Industrie verhängnisvoll wirkte, und wenn sie nicht völlig dem Marasmus verfallen ist, wie seinerzeit die Volkswirtschaft der ersten Kolonialreiche, so rührte das hauptsächlich daher, weil ihr ein starker Konkurrent in der deutschen Industrie entstand, der sie zwang, sich den neuen Konkurrenzbedingungen anzupassen. Vielleicht wird der Krieg auch auf die englische Industrie so zurückwirken, daß sie nunmehr sich erneuert.

Sicher ist es aber, daß die kartellierte Schwerindustrie, die die Hauptstütze des industriellen Hochschutzes bildet, auch nach gesicherten Märkten

in Kolonien strebt. Die Schwerindustrie, die mit dem Ausbau der Eisenbahnen, der neuesten technischen Umwälzung in der Kraftübertragung usw. einen ungeheuren Aufschwung genommen hat, sieht in Europa, wo das Eisenbahnnetz und die Schiffahrt schon ausgebildet sind, keinen genügenden Markt für sich und strebt nach neuen gesicherten Märkten in den Kolonien, wo noch ein weites Feld für Bahn- und Städtebauten sowie für die Ausbildung der Grundelemente des modernen Kulturlebens überhaupt vorhanden ist. Es ist darum die kartellierte Schwerindustrie, die heute die treibende Macht des Imperialismus darstellt.

Nun ist es natürlich möglich, daß sie ihr heutiges Übergewicht in der Wirtschaft und im Staate auch lange nach dem Kriege behält. Es ist aber nicht ausgeschlossen, ja sogar wahrscheinlich, daß die europäische Industrie sich der qualifizierten Verfeinerungsarbeit zuwenden wird. Denn sie wird nicht mehr über genügende Rohstoffquellen (Eisen und Kohle) im eigenen Lande verfügen, vielmehr darauf angewiesen sein, diese wenigstens zum Teil aus den anderen Weltteilen zu holen. Eine starke Entfaltung der Schwerindustrie wird darum auf Schwierigkeiten stoßen, wenigstens der Konkurrenz Amerikas gegenüber kaum gewachsen sein. Die europäische Industrie wird deshalb auf die Fertigproduktion und die Verfeinerung angewiesen sein. Trotz aller Hindernisse, die gerade durch den Weltkrieg aufgetürmt werden, wird sich so eine Arbeitsteilung und ein sehr reger Verkehr zwischen den Ländern entwickeln. Etwa wie heute England das feine Garn herstellt, während Japan und Indien die einfachen Sorten der Textilwaren liefern; wie Deutschland Halbzeug an England verkauft, werden in der Zukunft China, Indien, Nord- und Südamerika die Halbfabrikate der Eisen- und die gröberen Stoffe in der Textilindustrie herstellen, die Deutschland, England, Frankreich usw. zu hochqualifizierten Waren verarbeiten werden.

Für diese werden die westeuropäischen Industrien Absatzmärkte nicht in den Kolonien, sondern in den Kulturländern und in den kapitalistisch sich entwickelnden Ländern suchen, die allein große Nachfrage nach Produktionsmitteln und teuern Verbrauchsgegenständen bieten. Auf diese Weise wird zwar der Interessengegensatz zwischen den Unternehmern einzelner Länder untereinander nicht überwunden, ebensowenig wie der Interessengegensatz zwischen den Klassen oder die allgemeinen Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung, die ihren Ausdruck in Wirtschaftskrisen finden; wohl aber entstehen mächtige Interessengruppen, die an einem friedlichen Verkehr mit den Kulturländern stark interessiert und die wahrscheinlich international stark engagiert sein werden, sei es durch Beteiligung an vielen Unternehmungen in verschiedenen Ländern, sei es durch allgemeine Abmachungen mit ihren Konkurrenten in den anderen Ländern. Es ist also wohl denkbar, daß auf die Epoche des kriegerischen Imperialismus eine Zeit des friedlicheren Verkehrs unter den Ländern eintritt, die infolge der weitgehenden Arbeitsteilung aufeinander angewiesen sind.

Daß aber auch in dieser Zeit Zündstoff genug sein wird, aus dem leicht ein Weltbrand entstehen könnte, ist selbstverständlich. Schon durch die Verschärfung des allgemeinen Wettbewerbs infolge des Hinzutritts von neuen Industrieländern kann es leicht zu Kriegen kommen. Zumal auch später, wie heute, nicht einzelne Unternehmer sich gegenseitig auf dem Weltmarkt bekämpfen, sondern ganze mächtige Gruppen, die einander mit eigenen Mitteln nicht

niederzukonkurrieren vermögen und so nur den Ausweg sehen, entweder sich zu verständigen oder mit Hilfe der Staatsmacht sich den Sieg über den Gegner zu verschaffen.

Da ist es eben die Arbeiterklasse, die den Ausschlag in der Wahl der Mittel geben kann. Wird sie auf der Hut einer friedlichen Entwicklung stehen, fest international organisiert und entschlossen sein, unter keinen Umständen die kriegerische Austragung der wirtschaftlichen Konflikte zu gestatten, so könnte es ihr auch gelingen, den Frieden zu wahren. Darin eben besteht die große Aufgabe der Sozialdemokratie, die Bedeutung der Arbeiterklasse gerade in dieser Hinsicht klarzulegen. Es ist insbesondere heute keine leichte Aufgabe. Sie wird auch durch den Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung nicht erleichtert, der zur Herausbildung einer qualifizierten Arbeiterschicht und zur Spaltung der Arbeiterschaft leicht führen kann, falls man nicht durch Aufdeckung der Entwicklungstendenzen die intelligenten Arbeiter vor einem falschen verhängnisvollen Schritt des Zusammenarbeitens mit der Bourgeoisie gegen den anderen Teil der Arbeiterschaft bewahrt.

Vom Persönlichen zum Sachlichen.

Von Heinrich Schulz. (Schluß.)

Mit dem hier kurz skizzierten ersten Kapitel des Lenschschen Buches kann ich mich im großen ganzen einverstanden erklären. Dagegen lehne ich das zweite von meinem Standpunkt aus ab. Lensch behandelt darin die Vorgänge am historischen 4. August. Wie ich schon erwähnte, hat Lensch am 4. August die Kredite abgelehnt, vom Dezember 1914 an aber alle Kredite bewilligt. Aus diesem Verhalten ist ihm mancher Vorwurf gemacht worden. Selbst wenn Lensch lediglich vom August bis Dezember zu einer besseren Einsicht gekommen wäre, könnte er sich über die Sorte seiner Gegner, die darob nicht genug schmälen können, mit dem Heyseschen Worte trösten:

Wer heute klüger ist als gestern
Und dies mit offener Stirn bekennt,
Den werden die Biedermänner lästern
Und sagen, er sei inkonsequent.

Aber Lensch weiß seinen Abstimmungen eine ebenso überraschende wie logisch in sich geschlossene Erklärung zu geben, so daß man im ersten Augenblick geneigt ist, seiner verführerischen Dialektik zuzustimmen. Bei genauerer Prüfung geht das freilich nicht, seine Beweisführung enthält zu viele Lücken und Untiefen. Für die restlose Aufklärung seiner persönlichen Stellung zu den Kriegskrediten aber reicht seine Begründung vollkommen aus. Sie ist weit folgerichtiger als die Begründung, die von den Fraktionskollegen gegeben wird, die umgekehrt wie Lensch im August 1914 für die Kredite und später dagegen gestimmt haben. Mit den übrigen Kapiteln des Buches bin ich im wesentlichen einverstanden. Gewiß fordert mancher Satz und manche Ausführung zum Atemholen und auch zum Widerspruch heraus. Lensch zieht die Linien der geschichtlichen Entwicklung und der weltpolitischen Situation in so großen Zügen und dabei so energisch und meistens in so offener Auflehnung gegen viele unserer bisherigen Anschauungen, daß man oft widerstrebt, ihm so schnell zu folgen, und daß man gern hier und da Bedenken und Vorbehalte anbrächte. Aber man beeilt sich doch stets wieder, zunächst einmal mit ihm gleichen Schritt zu halten und sich von ihm führen zu lassen, weil die Welt des Sozialismus von den Wegen und Aussichtspunkten aus, die er

geht, außerordentlich viel überraschende, neue und reizvolle Perspektiven aufweist. Es kommt zunächst nicht auf Richtigkeit in jeder Einzelheit an, auch nicht darauf, ob vor der kritischen Nachprüfung der grundsätzlichen Gegner Lenschs und auch seiner Freunde manches erst wieder in ein richtigeres Verhältnis gerenkt werden muß, als es die großen Striche der Lenschschen Darstellung überall werden zugelassen haben. Die Hauptsache ist, daß Lensch überhaupt etwas wesentlich Neues zu sagen hat, daß sich sein Buch frei hält von dem kleinlichen Streit um kleinliche Dinge, daß es hinausführt aus der dumpfen Stickluft einstiger theoretischer Querelen und gegenwärtiger taktischer Streitigkeiten und Zänkereien, daß er positive Fragen aufrollt und sie mit Verstand und Mut zu beantworten sucht, daß er alles in allem die Parteidiskussion auf den weiten Plan des geistigen Streites führt, auf dem allein die großen Fragen der Zeit auszutragen sind. Er berührt sich hierbei mit Heinrich Cunow in Deutschland und Karl Renner in Österreich, beide wissenschaftliche Sozialisten, über deren Qualifikation bis zum Kriegsausbruch keinerlei Streit in der Internationale war — hoffentlich auch jetzt nicht! —, beide einstige Parteigänger des Radikalismus, beide aber, hauptsächlich infolge der Kriegserfahrungen, entschlossene Verfechter einer radikalen Neuorientierung des wissenschaftlichen Sozialismus unter Festhaltung an Marx und Engels, unter Preisgabe überholter und unhaltbar gewordener Schlußfolgerungen ihrer Epigonen.

* * *

In dem Kapitel »Der Zusammenbruch der Internationale« führt Lensch einen mitleidlosen, für die Klärung der Parteiwirren aber leider bitter notwendigen Beweis, daß der Krieg die Arbeiterinternationale nicht nur völlig hat zusammenkrachen lassen, sondern daß er den direkten und bewußten Kampf der sozialdemokratischen Parteien gegeneinander an die Stelle der früheren Brüderlichkeit gesetzt hat. Wochenlang glaubten die ausländischen sozialdemokratischen Parteien allen Ernstes nicht nur, daß die deutschen Sozialdemokraten die Kriegskredite abgelehnt, sondern daß sie auch die Revolution proklamiert hätten. Darüber lassen die internationalen journalistischen Tatsachen während des August 1914 keinen Zweifel. Aber die ausländischen Bruderparteien haben daraus nicht die Schlußfolgerungen für ihr Handeln gezogen, zu denen sie nach den Grundsätzen der Internationale verpflichtet gewesen wären. Lensch gibt zu und sucht damit zugleich noch einmal seinen Vorschlag wegen des 4. August zu rechtfertigen, daß die deutsche Partei durch ihre Abstimmung am 4. August ihrerseits sachlich natürlich nichts vor den Sozialdemokraten der übrigen kriegführenden Länder voraus hat, wenngleich sich ihr Verhalten im einzelnen auch stark zu ihren Gunsten von dem der übrigen Sozialisten unterscheidet. Er sieht darin ein deutliches Zeichen der Zeit dafür, daß bis auf weiteres die praktische Politik des Sozialismus noch mit dem Schicksal der einzelnen Nationen eng verknüpft ist, sich jedenfalls über dieses nicht hinwegsetzen kann. Der Satz des Kommunistischen Manifests, daß der Arbeiter kein Vaterland habe, ist von der Wirklichkeit verleugnet worden. In ihrem Vaterland haben die Arbeiter durch ihre praktische Mitarbeit schon so viele Werte fruchtbringend angelegt, daß es ihnen nicht gleichgültig sein kann, ob dieses Land weiter gedeiht oder ob es in Rauch und Flammen aufgeht. Zugleich ergibt sich aus der nüchternen Erkenntnis dieser Tatsache, daß die Zeit für die bisherige Internationale, die eine Internationale des begeisterten Wortes und der schönen Geste war, vorüber ist. Es ist notwendig, sich hierüber klar zu sein, damit man bei dem Aufbau der neuen Internationale — denn eine Internationale der Arbeiter muß auch in Zukunft sein und sie wird sein — nicht bei dem verkehrten Ende anfängt. Die eigentliche Ursache des gegenwärtigen Krieges ist die Weltherrschaft Englands. England steht zu den anderen Nationen ungefähr wie der Unternehmer zum Lohnarbeiter, wie die herrschende Klasse zu den ausgebeuteten Klassen. An dieser Machtstellung Englands sind auch die englischen Arbeiter interessiert, ihr

verdanken sie ihre eigene Ausnahmestellung unter den Arbeitern aller Länder, ihre höheren Löhne, ihren politischen und gesellschaftlichen Einfluß. »Der Krieg, der allem falschen Schein ein Ende macht, brachte auch diesen Interessenkonflikt offen zum Durchbruch. Er öffnete der deutschen Sozialdemokratie die Augen über die Tatsache, daß es, historisch gesehen, noch zu früh sei, von einer internationalen Solidarität der Arbeiterklassen aller Länder zu sprechen. Und in dieser geschichtlichen Situation liegt, vom internationalen Standpunkt aus, die objektive Rechtfertigung für die Haltung der deutschen Sozialdemokratie am 4. August.«

Diese Erkenntnis stellt Lensch der Wendung in der Fraktionserklärung gegenüber: daß wir wahr machten, was wir immer gesagt hätten, wir ließen unser Vaterland nicht im Stich. Lensch bestreitet die Richtigkeit dieses Satzes, er hält ihn vor allen Dingen für eine Fessel für den weiteren Vormarsch und für die notwendige Neuorientierung der Partei; dagegen öffnet nach seiner Auffassung die Einsicht in die Rolle Englands in der Weltpolitik freie Bahn für eine taktisch kluge und praktisch erfolgreiche Arbeiterpolitik. Denn Deutschland ist der Staat, der den Standpunkt des historischen Fortschritts gegenüber England vertritt. »Die Sache der Demokratie und des Sozialismus ist unlösbar mit dem Geschick Deutschlands verbunden.« Damit erwächst der deutschen Arbeiterklasse eine besonders ernste und wichtige Aufgabe in der geschichtlichen Entwicklung der Zukunft. War sie schon bisher die Führerin und Trägerin der Internationale, so wird sie es in Zukunft in noch höherem Maße sein.

* * *

Um sich über die Stellung der Sozialdemokratie im neuen Deutschland klar zu werden, ist nötig, daß die Arbeiter zuvor ihre Stellung im alten Deutschland kritisch nachprüfen. In einer knapp angelegten, aber scharf umrissenen geschichtlichen Skizze vergleicht Lensch die Entwicklung Deutschlands mit der Englands, wobei er in vielen Punkten von der bisherigen Darstellung der deutschen Geschichte abweicht.

Woher der Haß gegen Deutschland, der besonders in der ersten Kriegszeit überall im Ausland so unbändig aufschäumte, und der auch bis zur Stunde ein wichtiger Kitt für den Zusammenhalt unserer vielen Gegner ist? Lensch folgt hier teilweise den Untersuchungen von Hugo Preuß in seinem Buche »Das deutsche Volk und die Politik«. Preuß sucht den Kern der modernen Staatsform in ihrem Verhältnis zur Obrigkeitsregierung. In England und Amerika hat es nie eine eigentliche Obrigkeitsregierung gegeben, die herrschende Klasse hat hier auch zugleich regiert. In Frankreich ist die Obrigkeitsregierung durch die Revolution überwunden worden. In Deutschland dagegen hat sie sich trotz aller sonstigen Entwicklungsvorgänge im Sinne der modernen Staatsform dennoch am Leben und an der Macht zu erhalten gewußt. In diesem »Anderssein« Deutschlands liegt ein Hauptgrund für die Abneigung der Weststaaten gegen Deutschland. Lensch begnügt sich jedoch nicht mit dieser Preußschen Erklärung. Das Anderssein Deutschlands hat noch andere Wurzeln, es ist nicht nur eine Schwäche im Sinne der hinter uns liegenden Staatenentwicklung zur Demokratie, es wird auch zugleich zur Stärke im Hinblick auf die sozialistische Zukunft der staatlichen Entwicklung. Während in den Weststaaten nach der Reformation die bürgerlichen Klassen zu eigentlichen Trägern der Wirtschaft und der Politik wurden, verfiel zu gleicher Zeit das deutsche Bürgertum. Weder entwickelte es die notwendige wirtschaftliche Kraft, noch vermochte es sich politisch von der Unterdrückung durch absolute Monarchie und Junkertum zu befreien. Aus dem Vielerlei und Durcheinander der deutschen Kleinstaaterei mit ihrer Rückständigkeit entwickelten sich zu größerer Macht in der Richtung der modernen Staatenentwicklung allein die beiden Kolonialstaaten Österreich und Brandenburg-Preußen, von denen in einem jahrhundertelangen hartnäckigen Ringen Preußen schließlich die Führung gewann. Nicht durch Zufall, son-

dern in mühsamem Kampfe mit vielen Hindernissen, im Kampfe mit einer kargen Scholle und im Kampfe mit zahlreichen äußeren Feinden. Seine stärkste Waffe war dabei eine straffe Organisation des Staatsganzen, besonders gewährleistet durch eine tatkräftige Bureaukratie und durch eine für ihre Zeit jeweils außerordentlich leistungsfähige militärische Organisation. Der Einfluß der französischen Revolution auf Deutschland war verhältnismäßig gering, zur Lösung der deutschen Frage und zur Machtgewinnung der bürgerlichen Klasse trug sie wenig bei. Dagegen sind in einer der indirekten Wirkungen der französischen Revolution auf Deutschland, in der Schaffung der allgemeinen Wehrpflicht, ferner in der allgemeinen Schulpflicht und endlich in dem allgemeinen Wahlrecht die demokratischen Wurzeln für die innere Umgestaltung Deutschlands zu erblicken. Sie vermochten trotz der Unzulänglichkeit ihrer Durchführung doch eine Fülle der im Volke schlummernden Kräfte zu entwickeln und entfalteten Hand in Hand mit der kapitalistischen Entwicklung die Produktivkräfte Deutschlands in einer nirgend anders wieder anzutreffenden Weise. — Das dialektische Bewegungsgesetz der kapitalistischen Kräfte wirkte in der gleichen Richtung. Die kapitalistische Gesellschaft organisierte sich, Syndikate und Kartelle entstanden. Ihnen voraufgegangen waren in der Organisierung der vereinzelten schwachen Kräfte zu starker Gemeinsamkeit die Gewerkschaften. Gewiß zeigten sich die gleichen Erscheinungen auch in den anderen kapitalistischen Nationen, aber nirgends setzten sie sich so kräftig durch wie in Deutschland. Das Reich, das im sechzehnten Jahrhundert den tiefsten Fall von einer der entwickeltsten Nationen zu einem »verachteten und ohnmächtigen Bettelvolk Europas« hatte tun müssen, war durch Organisation wieder in die Höhe gekommen. Bis zum Ausbruch des Krieges hatte es so viel Kraft wiedergewonnen, daß es in diesem Kriege sämtliche Feinde außerhalb seiner Grenzen zu halten weiß, während früher Deutschland den selbstverständlichen Kriegsschauplatz für alle möglichen europäischen Völker abgeben mußte.

Fast in allen Stücken bildet die Geschichte Englands seit Ausgang des Mittelalters das vollendete Widerspiel zur deutschen. Alle Früchte der Reformation in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Beziehung vermochte es zu ernten. Während das Luthertum für Deutschland Untertanenreligion wurde und den einzelnen an die gottgewollten Autoritäten band, wurde der Kalvinismus in England die religiöse Einkleidung des starken Bedürfnisses nach wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit der Persönlichkeit und der ganzen Nation. »Persönliches und nationales Selbstbewußtsein wurden zur selben Zeit das Kennzeichen des Engländers, wo nationale Gesinnungslosigkeit und würdeloses Bedientenfum zum Kriterium des Deutschen wurde.« Die insulare Lage Englands wurde gleichfalls zu einer Quelle großer Stärke. Es konnte auf ein Landheer verzichten, um so mehr aber seine ganze Kraft auf eine große Flotte zur Eroberung der Welt und der Weltherrschaft wenden. Die Staatsgewalt wurde möglichst schwach gehalten, die bürgerliche Klasse selber herrschte unbeschränkt. Andererseits aber fehlten in England auch die für die inzwischen angebrochene neue Zeit notwendigen Faktoren der gesellschaftlichen Organisation. Weder gab es eine allgemeine Wehrpflicht, noch bis zum Jahre 1876 die Schulpflicht, noch hat es bis zum heutigen Tage das allgemeine Wahlrecht. Noch in den Jahren 1882/83 lehnten sogar die englischen Gewerkschaften als die Vertreter der Arbeiterklasse Anträge zugunsten des allgemeinen Wahlrechts ab, so daß die schlechter entlohnte große Masse der englischen Arbeiter, denen die Gewerkschaften ihre Tore versperrten, auch politisch und geistig keine Rolle im Lande spielen. — England hat gewiß seine großen geschichtlichen Verdienste um die Entwicklung der Menschheit, es hat vor allem das individualistische Gesellschaftssystem am stärksten und konsequentesten entwickelt. Aber eben dieses System steht heute an den Marken seiner Tage. »Eine neue Zeit und mit ihr ein neues soziales Ideal zieht herauf: die sozialisierte Gesellschaft, ihr Degen aber ist

Deutschland.« Den gegenwärtigen Krieg hat das unbeherrschte Spiel der kapitalistischen Wirtschaftskräfte erzeugt. Die individualistische Gesellschaftsverfassung hat ihrer nicht Herr zu werden vermocht, das ist auch der innere Grund für das Versagen Englands, der einen Führernation in diesem Kriege. Gegenüber dem im weltgeschichtlichen Sinne reaktionären Sinne England vertritt Deutschland mit seiner entwickelteren sozialen Organisation das revolutionäre Prinzip der kommenden neuen Zeit.

* * *

In dem letzten Kapitel seines Buches, das er »Die werdende Welt« überschreibt, führt Lensch dies genauer aus. Die zukünftige Kultur verlangt die stärkere Vergesellschaftung des einzelnen. Zwar gab es früher schon eine Gebundenheit des einzelnen, das war die gewaltsame Unfreiheit der Masse im Rahmen des Feudalismus. Ihm gegenüber war der Individualismus der kapitalistischen Gesellschaft der historische Fortschritt. Aber dieser wird wieder überholt von der freiwilligen Gebundenheit des einzelnen im Rahmen der sozialistischen Gemeinschaft. In der Periode des Übergangs zu dieser höheren Form des menschlichen Zusammenlebens befinden wir uns zurzeit. Aber diese Übergangszeit ist weder kurz noch friedlich. Sie wird erschüttert von gewaltigen revolutionären Erscheinungen, zu denen auch der gegenwärtige Weltkrieg gehört. In Deutschland sind auf Grund seiner besonderen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung die Verhältnisse der kommenden sozialen Neuordnung am meisten entgegengereift. Die individualistische Kultur Deutschlands hat sich erst zu entfalten begonnen, als sie historisch bereits im Absterben war. Dagegen besaß Deutschland die durch schmerzhafte geschichtliche Erfahrungen erworbenen besonderen Fähigkeiten der Organisation, des wichtigsten Mittels der neuen Gesellschaft, in höherem Maße als die kapitalistisch früher entwickelten Nationen. Zwar besteht in Deutschland noch die alte Obrigkeitsregierung; aber sie war schon vor dem Kriege über sich hinausgewachsen. Trotz aller Vorbehalte und trotz vieler Rückständigkeiten im einzelnen hatten die Verhältnisse doch allmählich zu einer immer bewußteren und selbsttätigeren Anteilnahme der Volksmassen an der sozialen Organisation des öffentlichen Lebens geführt. So durch die soziale Gesetzgebung, durch die Organisierung des Proletariats in Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften, durch die Organisierung der kapitalistischen Kräfte zu Kartellen und Syndikaten, durch die Selbstverwaltung der Städte und den Kommunalsozialismus, endlich im Kriege selbst durch den Kriegssozialismus, an dem das Kennzeichnende nicht die vielen Mängel sind, die ihn oft genug zur blutigen Karikatur auf den echten Sozialismus machen, sondern die relative Stärke, die er trotz alledem aufweist und die ihn während des Krieges zum Retter der Nation hat werden lassen. »Es war von einer ungeheuren Bedeutung für die Werbekraft des sozialistischen Gedankens, daß man in der höchsten nationalen Gefahr auf ihn und seine Welt zurück oder vielmehr vorwärtsgreifen mußte.« Der eigentliche Träger der kriegssozialistischen Maßnahmen ist nicht so sehr die alte Obrigkeitsregierung, die sich nur schwerfällig vorwärtsdrängen läßt, sondern die demokratische Selbstverwaltung unter tätiger Anteilnahme großer Volksmassen. Damit ist die Demokratisierung des Staatswesens auf dem richtigen Wege. Die formelle Gleichberechtigung im Sinne der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus ist dafür kein ausreichendes Mittel, wie ein Blick auf die Weststaaten, besonders auf die Schwäche ihrer Arbeiterbewegungen zeigt. Das Proletariat als Klasse kann nur durch Schaffung einer sozialen Organisation und Proklamierung des Sozialismus in die Höhe kommen. Freilich befinden wir uns erst in den zaghaftesten Anfängen. Aber der Anfang ist da. »Das Prinzip der Organisation, das in der Hand der Obrigkeitsregierung gleichbedeutend ist mit Bevormundung, Untertanengesinnung und Polizeiwirtschaft, springt in sein dialektisches Gegenteil um und wird zum Hebel der Selbstverwal-

tung, Staatsbürgergesinnung und freier Disziplin in dem gleichen Augenblick, wo sein Träger die Volksmasse selber wird.«

Es ist selbstverständlich, daß dieser Prozeß nur unter den schwersten inneren Kämpfen vor sich gehen wird. Großgrundbesitz, Großindustrie, Hochfinanz und Kirche werden ihm widerstreben. Jahrzehnte wird es dauern, ehe die durch den Krieg aufgepeitschten nationalen und sozialen Gegensätze zu einer gewissen Ruhe kommen. Aber eben darum kann die Rüstung Deutschlands für die zu erwartenden Kämpfe nur darin bestehen, die Kräfte weiter zu mobilisieren und zu vermehren, die heute die Rettung des Volkes geworden sind: in erster Linie die Demokratisierung des Heerwesens in Verbindung mit Sozial- und Arbeiterschutzpolitik, Wohnungsreform, staatlicher Gesundheitspflege, Hebung der körperlichen und geistigen Erziehung der Jugend. Ohne Disziplin ist eine Wehrverfassung auch im sozialistischen Sinne nicht möglich. Aber es soll nicht die Disziplin des Korporalstocks, sondern die der staatsbürgerlichen Gesinnung sein. Die groß angelegte Boyensche Heeresreform hat die bürgerliche Klasse nicht durchzuführen vermocht; die Arbeiterklasse aber wird die Trägerin einer ähnlich gearteten Reform in Zukunft sein, wie überhaupt aller übrigen großen sozialen Reformen, die zur wirtschaftlichen, politischen und geistigen Befreiung des Volkes notwendig sind. Damit wird die Sozialdemokratie aus einer vorwiegenden Agitationsgruppe zu einer im echten Sinne des Wortes politischen Partei.

Ihr Mittel ist auch in Zukunft wie bisher der Klassenkampf, der im Gegensatz zu allen Klassenkämpfen der Vergangenheit der erste bewußt geführte Klassenkampf ist. Bisher aber war durch die Besonderheit der deutschen Verhältnisse die Klassenbewegung des Proletariats mehr eine bloße Bewegung des Fabrikproletariats geblieben, in der die übrigen Schichten der Bevölkerung, obwohl sie an sich unter den gleichen Lasten und Leiden zu seufzen hatten wie die eigentlichen Arbeiter, eine ihnen feindliche und obendrein wüste Verhetzungsorganisation erblickten. Aus dieser schiefen Lage hat der 4. August die deutsche Sozialdemokratie befreit. Gewiß wird auch in Zukunft das Industrieproletariat die Kerngruppe der Bewegung bilden, aber an sie anschließen werden sich alle von der kapitalistischen Entwicklung Bedrohten und Bedrängten, alle, die einer höheren sozialen Organisation zustreben. »Wenn am 4. August die deutsche Sozialdemokratie aus Rücksicht auf ihr eigenes Interesse die Notwendigkeit des Staates anerkennen mußte, so wird in Zukunft der Staat aus Rücksicht auf sein Interesse die Notwendigkeit der Sozialdemokratie anerkennen müssen.«

Inwieweit das eintreten wird, hängt freilich stark von der zukünftigen Haltung und Stärke der deutschen Sozialdemokratie ab. Ohne mancherlei Wandlungen wird es dabei nicht abgehen. Diese aber sind furchtbar ernste und schmerzhafte Prozesse. Wir erleben sie bereits in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen der Partei, die die Selbstvernichtung der Partei im Gefolge zu haben scheinen. Aber vom Standpunkt der historischen Betrachtung aus wird doch nur untergehen, was morsch und brüchig geworden ist, und durch Irrung und Wirrung hindurch wird die Partei schließlich wieder zur Klärung und damit auch zur inneren und äußeren Stärke gelangen. Kraft und Klarheit über das Ziel aber braucht die deutsche Sozialdemokratie, denn für das neue Gesellschaftssystem, dessen Kommen durch die Erschütterung des stärksten Pfeilers des alten Systems, Englands, stark beschleunigt wird, hat Deutschland die wichtigste Arbeit zu leisten, und innerhalb Deutschlands wieder die Sozialdemokratie.

* * *

»Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück« nennt Lensch sein Buch. Ich gestehe, daß ich mit diesem Titel sehr wenig einverstanden bin. Er biegt die sachliche Richtigkeit zugunsten einer stilistischen Wendung, in die sich Lensch verliebt zu haben scheint. Nicht um das Ende der Sozialdemokratie handelt es sich, sondern

um das Ende eines Abschnitts ihrer Entwicklung. So will Lensch auch den Titel aufgefaßt wissen, wie sein Buch unzweideutig auf jeder Seite erkennen läßt. In diesem Sinne stimme ich ihm zu. Der Krieg war selbstverständlich nicht nötig, um diesen Abschnitt der Entwicklungsgeschichte der deutschen Sozialdemokratie und zugleich des internationalen Sozialismus zum Abschluß zu bringen. Auch ohne den Krieg wäre gekommen, was kommen mußte, und was in mancherlei Formen bereits auf dem Wege war. Aber der Krieg hat wie ein gewaltsamer revolutionärer Akt in die langsame Entwicklung eingegriffen und hat schnell und oft auch grausam entschieden, was sonst als Ergebnis langer — und vielleicht auch langweiliger — Erörterungen entschieden worden wäre. Trotzdem wäre natürlich die langweiligste Erörterung und das langsamste Entwicklungstempo tausendmal dem Sturmschritt der Entwicklung vorzuziehen gewesen, den der Krieg veranlaßt hat, wenn dadurch der Krieg zu vermeiden gewesen wäre. Aber eben das ist nicht der Fall gewesen. Die starken gesellschaftlichen Gewalten, die die Eruption des Krieges herbeiführten, waren stärker als die menschlichen Abwehrmaßregeln, besonders stärker als die Gegenmaßnahmen der sozialistischen Internationale. Dieser Tatsache muß kühl ins Auge gesehen werden. Sentimentalitäten, feierliche Anklagen und teuflische Beschwörungen nützen nicht und bringen uns nicht einen Schritt weiter. Wer tatkräftig in der neuen Gesellschaft arbeiten will, so wie sie aus dem Kriege hervorgeht, wer davon überzeugt ist, daß — trotz alledem und alledem! — dieser kapitalistische Krieg wider den Willen seiner Urheber und nächsten Nutznießer sich in seinen Konsequenzen als ein gewaltiger Bahnbrecher für den Sozialismus, den besten Schutz der zukünftigen Gesellschaft vor ähnlichen Kriegen, für ihren Befreier aus den Banden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, erweisen wird, der muß seiner Handlungsweise die harten Tatsachen des wirklichen Lebens zugrunde legen und darf nicht bei den Illusionen einer in vielen Punkten als irrig erwiesenen Theorie vergangener Zeiten stehen bleiben.

Lenschs Buch schlägt für die notwendige neue Betrachtung der Dinge mit kräftiger Hand einige Breschen. Was er will, bedeutet in vielen Punkten einen entschlossenen Bruch mit liebgewordener Vergangenheit. Sei's drum! Die bisherige Taktik der Sozialdemokratie war auch nur das Werk von Menschen und damit bei aller subjektiven Ehrlichkeit objektiv dem Irrtum ausgesetzt. Wer dem Neuen und Werdenden immer nur die papierenen Formeln vergangener Zeiten entgegenzusetzen weiß, wird zum integralen Eiferer, den man um seiner Überzeugung und seines heiligen Feuers willen allenfalls achten wird, dem man aber in der praktischen Politik nicht folgen darf. Eine neue Zeit will aus sich selber heraus begriffen werden, der kritische Blick auf die Vergangenheit soll nur zeigen, wie wir es besser und richtiger als die Altvordern zu machen haben.

Die Sozialdemokratie ist nicht um ihrer selbst willen da, nicht um eifersüchtig die Schätze ihrer erst jungen Vergangenheit zu hüten; sie ist vielmehr ein Mittel zum höheren Zweck der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung und muß als solches jugendliche Elastizität und auch Wandlungsfähigkeit besitzen. Die gesellschaftliche Entwicklung steht im Zeichen des Sozialismus, er ist die ihr innewohnende immanente Kraft, die sich durchsetzen wird, mag man sich ihr auch auf die eine oder andere Weise entgegenstemmen: als ihr grundsätzlicher Gegner wie die Parteien der politischen Reaktion oder als ihr verblendeter Freund, der ihr mit Diktaten aus alten Konzepten eine Richtung vorschreiben will, der sie selber widerstrebt. In dem Wirrwarr der Selbstverständigung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie erschallt Lenschs Buch wie ein heller schmetternder Trompetenstoß, der alle zum Sammeln aufruft, die unbekümmert um die Schwierigkeiten des Tages entschlossen und bereit sind — die *sozialistische Forderung des Tages* zu erfüllen. —

Vom Wirtschaftsmarkt.

Ernte und Anleihe.

Die deutsche Getreideernte. — Getreidepreise und Druschprämie. — Ergebnisse der englischen, französischen, italienischen Getreideernte. — Steigender Bedarf. — Weizen und Mais in den Vereinigten Staaten. — Kanadas Mindererfrag. — Amerika als Weizenlieferant für die Entente. — Die Getreidepreisentwicklung auf dem amerikanischen und englischen Markt. — Vorbereitung der nächsten deutschen Kriegsanleihe. — Frankreichs Anleihesorgen. — Englands schwebende kurzfristige Schuld.

Berlin, 22. August 1916.

Berichte über die Ergebnisse der deutschen Getreideernte werden von der großstädtischen Bevölkerung, soweit sie nicht direkt an den Ergebnissen interessiert ist, für gewöhnlich ziemlich kühl aufgenommen, denn die fehlenden Mengen lassen sich in normalen Zeiten leicht auf dem Weltmarkt beschaffen, der im wesentlichen auch für die Preisgestaltung auf den Inlandsmärkten maßgebend ist. In diesem Jahre aber verfolgt selbst jener Bevölkerungsteil, der sich sonst um Erntefragen nicht kümmert, die Zeitungsberichte mit einer gewissen Aufmerksamkeit, hängt doch vom Ernteausfall ab, wie sich im nächsten Winter die Ernährungsverhältnisse in dem von fremder Zufuhr größtenteils abgeschnittenen deutschen Wirtschaftsgebiet gestalten werden.

Ganz so günstig, wie es in der zweiten Hälfte des Mai schien (vergl. den Bericht vom Wirtschaftsmarkt im 9. Heft dieses Jahrgangs), dürfte die diesjährige deutsche Getreideernte doch nicht ausfallen. Die ungefähr Mitte Mai einsetzende, anhaltende Regenperiode hat manche allzu optimistischen Hoffnungen zerstört. Besonders hat der Weizen vielfach unter Rost und Brand gelitten. Aber im ganzen ist nach den Ernteberichten und den bereits aus verschiedenen Gegenden vorliegenden Druschresultaten auf eine recht gute Mittelernte zu rechnen, jedenfalls auf eine weit bessere als im vorigen Jahre. Was den Ertrag an Brotgetreide anbetrifft, so dürfte er sich ungefähr so hoch wie im Jahre 1914 stellen, das für ganz Deutschland einen Ertrag von 10,43 Millionen Tonnen Roggen und (Spelz und Emmer mitgerechnet) 4,34 Millionen Tonnen Weizen lieferte. Vielleicht wird sich schließlich der diesjährige Ertrag sogar noch um einige Prozente höher stellen, wenn auch das Ernteergebnis des Jahres 1913 und selbst das von 1912 nicht erreicht werden wird. Dagegen ist beim Hafer und vornehmlich der Gerste sogar auf ein beträchtlich günstigeres Resultat als im Jahre 1914 zu rechnen. Noch fehlen sichere Unterlagen für eine zuverlässige Schätzung, doch auf 3,5 Millionen Tonnen Gerste und 9,5 Millionen Tonnen Hafer wird man voraussichtlich den Gesamtertrag abschätzen dürfen.

Was den Brot- und Mehlkonsum anbelangt, so werden demnach die Ernährungsverhältnisse sich voraussichtlich günstiger gestalten als im Jahre 1915/16; womit jedoch keineswegs gesagt sein soll, daß nun die Volksernährung im ganzen eine bessere werden wird. An Fleisch und vor allem an Fett wird es sicherlich in den nächsten Monaten noch mehr fehlen als bisher; erst im November-Dezember ist allenfalls auf eine stärkere Schweineabschlachtung zu rechnen. — Voraussetzung ist zudem, daß nicht wieder im Interesse bestimmter landwirtschaftlicher Kreise eine derartige verkehrte Preispolitik befolgt wird wie jüngst bei der Versorgung mit Kartoffeln! Hat doch die Festsetzung des hohen Preises von 10 Mark für erste Frühjahrskartoffeln lediglich den Erfolg gehabt, daß nun die Landwirte, um sich diesen Preis nicht entgehen zu lassen, Hals über Kopf nasse und unreife Kartoffeln aus dem feuchten Erdreich herausrissen und in Masse zur Ablieferung brachten, so daß auf Kosten der Stadtgemeinden bedeutende Vorratsmengen nutzlos verdarben.

Vorläufig bleiben für Brotgetreide die bisherigen Preise in Geltung, nur wird den Landwirten für Getreide, das bis zum 15. Dezember dieses Jahres zur Ablieferung gelangt, eine besondere Druschprämie von 20 Mark pro Tonne bezahlt.

Der Zweck ist, die Großgrundbesitzer zu bewegen, das Ausdreschen der Ernte nicht so lange hinauszuschieben, bis die Bestellung der leergewordenen Felder mit Zwischenfrucht sowie die Ausführung anderer drängender Saisonarbeiten erledigt sind. Darin liegt eine gewisse Berechtigung; fraglich ist nur, ob zu solchem Antrieb eine Prämie von 20 Mark nötig wäre, und ob es ferner ratsam war, sie gleich bis Mitte Dezember zu gewähren. Zum Teil wird durch die Hinausschiebung des Endtermins für die Ablieferung bis zum Dezember der erstrebte Zweck wieder aufgehoben; denn bleibt dem Landmann der Aufschlag bis Mitte Dezember gesichert, wird er vielfach auch erst einige Wochen vorher mit dem Dreschen beginnen. Viel zweckentsprechender wäre es gewesen, wenn zwei Ablieferungsperioden festgesetzt und für die erste eine etwas höhere Druschprämie bewilligt worden wäre als für die zweite, oder wenn nur für das bis zum 1. November eingelieferte Korn eine mäßige Prämie gezahlt würde. Bei der jetzigen Ausdehnung der Frühablieferungsperiode bis Mitte Dezember können wir leicht eine ähnliche Tragödie erleben wie jüngst bei den Frühkartoffeln: ein Hinauszögern des Dreschens bis zum November-Dezember und dann eine derartige plötzliche Massenablieferung, daß die Ware kaum unterzubringen ist, zumal wenn vorher schon harter Frost eintritt.

Dagegen erscheint der Plan als durchaus berechtigt, vom 1. April ab die bisher geltenden Preise um 15 Mark (warum nicht auch um 20 Mark?) für die Tonne herabzusetzen, denn nur dadurch kann der Landwirt unter den heutigen verfahrenen Verhältnissen veranlaßt werden, bis zu diesem Termin möglichst sein ganzes Getreide abzuliefern.

Auch für Gerste und Hafer bleibt zunächst der Höchstpreis von 300 Mark pro Tonne bestehen, doch erhalten die Ablieferer keine Druschprämie, und nach dem 30. August tritt zunächst bei der Gerste, vom 1. Oktober auch für Hafer eine Preisermäßigung von 20 Mark ein, der später nochmals eine Preisherabsetzung folgen soll. Das ist recht schön, aber in Anbetracht des recht guten Ernteergebnisses (durchschnittlich wird man wahrscheinlich mit einem Ertrag von 21½ Doppelzentner pro Hektar rechnen können) genügt solche Preisermäßigung nicht. Soll der Viehaufzucht nachgeholfen werden, dann ist die erste Vorbedingung dafür eine Verbilligung der Kraftfuttermittel.

Mit weit ungünstigeren Ernteerträgen haben, wie sich deutlich aus den Mitteilungen ihrer Presse ergibt, die Länder des Vierverbandes zu rechnen. England glaubte auf eine gute Mittelernte hoffen zu können. Nach den Berichten aus den englischen Ost- und Mittelprovinzen, die fast die Hälfte der ganzen englischen Weizenproduktion liefern, wird der Weizenertrag voraussichtlich um 15 bis 17 Prozent unter Mittel zurückbleiben. Als noch ungünstiger stellt sich die Weizenernte Schottlands heraus, in dem nicht nur die Weizenfläche um 16,8 Prozent abgenommen hat (ein Teil davon ist mit Gerste bestellt worden, deren Anbauareal sich um fast 15 Prozent vergrößerte), sondern in dem auch der Weizen durch die Ungunst der Witterung vielfach stark gelitten hat. Man schätzt demnach, daß der Gesamtertrag, der in diesem Erntejahr nach Abzug des Saatguts zum Konsum übrigbleibt, sich auf höchstens 6¾ bis 7 Millionen Quarter (ein Quarter durchschnittlich gleich 217½ Kilogramm) belaufen wird gegen reichlich 8 Millionen Quarter im vorigen Erntejahr. Dazu kommt, daß auch Hafer und Gerste, obgleich letztere mehr angebaut worden ist, unter Mittel zurückgeblieben sind. Im vorigen Erntejahr hat England (die direkte Einfuhr der Regierung zur Verpflegung der Truppen ist nicht mitgezählt) 28,9 Millionen Quarter Weizen eingeführt. Es wird also diesmal wahrscheinlich über 30 Millionen Quarter hinzukaufen müssen.

Trauriger ist es um Frankreichs Ernte bestellt. Sein Bedarf wird mit Einschluß des Heeresverbrauchs für das begonnene Erntejahr auf 43 Millionen Quarter geschätzt, seine Weizenernte aber nach den auf offiziellen Angaben sich

stützenden Berechnungen englischer Fachblätter nur auf 27 Millionen Quarter, da die mit Wintersaat bestellte Fläche sich beträchtlich verringert und außerdem in mehreren Departements, besonders im Departement du Nord, sehr unter dem ungünstigen Einfluß der Witterung und des Krieges gelitten hat. Höchstwahrscheinlich ist sogar die Schätzung von 27 Millionen Quarter noch allzu reichlich, 26 Millionen dürften besser den Ernteerträgnissen entsprechen. Demnach wird Frankreich in diesem Jahre eines Zuschusses von 17 Millionen Quarter bedürfen.

Italien hatte allem Anschein nach eine gute Mittelernte, so daß zunächst offiziell der Ertrag auf 23,9 Millionen Quarter geschätzt wurde; die bisherigen Druschresultate waren aber so unergiebig, daß sich diese Vorschätzung nicht mehr aufrechterhalten läßt. Hoch gerechnet, wird der Weizenertrag sich auf 21 Millionen Quarter stellen; einige Sachverständige, wie Senator Cenelli, veranschlagen das Gesamtergebnis gar nur auf ungefähr 20 Millionen Quarter. Dazu kommt, daß es auch um die Ernte von Mais und Hülsenfrüchten in Italien infolge der anhaltenden Trockenheit ziemlich schlecht steht. Zieht man das in Betracht, ergibt sich, daß auch Italien, will es in gleichem Maße wie im vorigen Jahre seine Bevölkerung ernähren, an 12 Millionen Quarter Weizen einführen muß.

Im vergangenen Erntejahr war diese Versorgung der drei Ententeländer, wenn auch die Preise infolge der starken Nachfrage und der enormen Steigerung der Frachtraten durchweg außergewöhnlich hoch standen, im ganzen ziemlich leicht durchzuführen, denn die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada hatten Rekordernten, Argentinien eine Mittelernte: und aus diesen Ländern beziehen England, Frankreich und Italien ungefähr neun Zehntel ihrer Getreideeinfuhr. Noch liegen genaue Zahlen über den Weizenexport der drei amerikanischen Länder im letzten Erntejahr nicht vor, ungefähr haben die Vereinigten Staaten 31 Millionen, Kanada 29 Millionen, Argentinien 8 Millionen Quarter ausgeführt. Diesmal aber wird es, obgleich in den Vereinigten Staaten noch starke Vorräte aus dem Erntejahr 1915/16 vorhanden sind, die man auf ungefähr 90 bis 95 Millionen Bushel (ein Bushel gleich 27,2 Kilogramm) schätzt, um die Lieferungsmöglichkeit schlecht bestellt sein, denn sowohl die nordamerikanische Union wie Kanada leiden unter einer ungünstigen Weizen- und Maisernte. Im Vergleich zum Erntejahr 1915/16 hat die Anbaufläche beträchtlich abgenommen. In Acres (ungefähr 0,4 Hektar) betrug sie:

	Winterweizen	Frühjahrsweizen	Zusammen	
1916	33020000	17851000	50871000	Acre
1915	40453000	19445000	59898000	-
1914	36008000	17533000	53541000	-
1913	31699000	18485000	50184000	-
1912	26571000	19245000	45816000	-

Zweitens hat der Weizen stark unter Rost gelitten, besonders der vornehmlich in Nord- und Süddakota sowie in Minnesota angebaute Frühjahrs- beziehungsweise Sommerweizen, dessen Stand nach dem letzten offiziellen Bericht der Ackerbaudepartements von 89 auf 63,4 Prozent zurückgegangen ist, so daß nur noch mit einem Ertrag von 199 bis 200 Millionen Bushel gerechnet wird gegen 356 Millionen Bushel im Vorjahr. Legen wir die amtlichen Angaben zugrunde und ziehen zum Vergleich die Ergebnisse der voraufgegangenen letzten vier Jahre hinzu, so ergeben sich folgende Gesamtertragszahlen:

	Winterweizen	Frühjahrsweizen	Zusammen	
1916	455000000	199000000	654000000	Bushel
1915	655000000	356000000	1011000000	-
1914	685000000	206000000	891000000	-
1913	524000000	240000000	764000000	-
1912	400000000	330000000	730000000	-

Nun wird zwar vielfach die letzte amtliche Schätzung von Sachverständigen für zu niedrig erklärt und auf einen Gesamtweizenertrag von 680 bis 700 Millionen Bushel gerechnet; aber selbst wenn das richtig sein sollte, ergäbe sich noch immer im Vergleich zum Vorjahr ein Fehlertrag von weit mehr als 400 Millionen Bushel.

Dazu kommt noch, daß auch in Kanada, dessen Weizenanbau unter ähnlichen Witterungseinflüssen gelitten hat, mit einem starken Ausfall zu rechnen ist. Während im vorigen Jahre sich die Weizenernte auf 376 Millionen Bushel stellte, dürfte sich nach vorläufiger Schätzung in diesem Jahre nur ein Ertrag von 200 bis 210 Millionen ergeben.

Im ganzen werden nach einigermaßen zuverlässiger Berechnung mit Einschluß der Vorräte aus dem vorigen Jahre die Vereinigten Staaten und Kanada nur etwa 260 bis 280 Millionen Bushel Weizen zum Versand bringen können, also ungefähr 32 bis 35 Millionen Quarter (im vorigen Jahre hat ihr Versand, wie schon erwähnt, ungefähr 60 Millionen Quarter betragen): eine Menge, die nicht mal die Anforderungen Englands, Frankreichs, Italiens zu decken vermag, denn diese allein, ohne die Ansprüche aller anderen aus Amerika Weizen importierenden Länder, belaufen sich auf 59 Millionen Quarter. Selbst wenn Australien und Indien ganz ausnahmsweise gute Ernten haben sollten und sogar das doppelte Quantum auszuführen vermögen, was sie 1915/16 exportiert haben (insgesamt 12,7 Millionen Quarter), können sie den Ausfall nicht decken. Rußland und Rumänien aber kommen vorerst als Getreideexportländer für die drei genannten Ententeländer kaum in Betracht.

Das sind schlimme Aussichten für die Entente. Zunächst mangelt es zwar keineswegs an Weizen; aber was soll im Winter werden, zumal es auch um die Maisernte der Union schlechter bestellt ist als im Vorjahr? Der Maisertrag wird auf 2750 Millionen Bushel gegen 3054 Millionen im letzten Jahre geschätzt. Bereits läßt sich auf dem amerikanischen und englischen Markt ein rasches Emporschnellen der Preise konstatieren. Während zum Beispiel Anfang Juli dieses Jahres der Weizen in Chikago mit 110 Cent pro Bushel notiert wurde, stieg er Ende Juli auf 119 Cent und erreichte am 10. August die Höhe von 144 Cent, ein Stand, der sich mit einzelnen Schwankungen bisher behauptet hat. So kostete zum Beispiel in Chikago am 18. dieses Weizen pro September 143⅛, pro Dezember 147⅛, pro Mai 1917 150½ Cent. Die gleiche Preissteigerung weist der New Yorker Markt auf. Dort kostete Hard Winter Nr. 2 Anfang Juni 119, Anfang Juli 111, am 18. August aber 152½ Cent, Mais Anfang Juni 79, Anfang Juli 88 bis 89, am 18. August 98 Cent.

In gleichem Maße sind die Preise für englischen und amerikanischen Weizen am englischen Markt gestiegen. Nachdem bis Mitte Februar 1916 Manitobaweizen auf 73½ Schilling pro Quarter emporgeschnellt war, zum Teil infolge der enormen Getreidefrachtpreise, die damals 24 bis 25 Schilling pro Quarter von New York nach Liverpool betrugen, trat gegen Ende Februar ein Sinken der Preise ein, das sich bis gegen Ende Juni fortsetzte, so daß sich der Preis für Manitobaweizen bis dahin auf 48 Schilling ermäßigte bei einem Frachtsatz von 7 Schilling. Die ungünstigen Nachrichten über den amerikanischen Weizenstand haben jedoch den Weizenpreis derartig hinaufgetrieben, daß er sich heute wieder auf 67 bis 68 Schilling pro Quarter stellt, was einem Preise von 313 Mark pro Tonne in Deutschland entspricht. Aber dieser Preis bedeutet für England erst einen Anfang in der neuen Preissteigerung. Der Winter wird England aller Voraussicht nach Weizenpreise bringen, wie es seit der Zeit der napoleonischen Kriege (im Jahre 1812 betrug der durchschnittliche englische Weizenpreis pro Tonne sogar 592 Mark) kaum wieder gehabt hat.

Die verhältnismäßig gute deutsche Ernte trägt den ländlichen Grundbesitzern weitere reiche Profite ein. Sie sind es vor allem, die neben der Munitionsindustrie,

den Kriegslieferanten und einem gewissen Agententum aus der heutigen Kriegswirtschaftslage ihre Profite ziehen. Wahrscheinlich wartet das Reichsschatzamt nur ab, daß der erste Teil der Ernte in Geld umgesetzt ist, um mit der fünften Kriegsanleihe herauszukommen. Lange hat man sich gescheut, eine neue Kriegsanleihe zur Zeichnung aufzulegen und nach englischem Beispiel den Bedarf durch immer neue Ausgaben von Reichsschatzanweisungen zu decken gesucht. Dadurch ist jedoch die schwebende kurzfristige Schuld so hoch geworden, daß diese Praxis nicht lange mehr fortgesetzt werden kann. Die schwebende muß in eine fundierte Schuld umgewandelt werden. Vorbereitungen werden bereits getroffen. Die Banken vergüten alle Einlagen, wenn der Einleger sich verpflichtet, für deren Betrag später neue fünfprozentige Kriegsanleihe zu kaufen, jetzt 4½ Prozent Zinsen, und die Reichsbank gewährt seit kurzem für Reichsschatzanweisungen unter der Bedingung, daß die in diesen angelegten Beträge zum Erwerb von neuer Kriegsanleihe benutzt werden, sogar $4^9/_{16}$ Prozent.

Übrigens werden auch Frankreich und England, wenn der Versuch, in New York eine große Milliardenanleihe aufzunehmen, nicht bald glücken sollte, sich notgedrungen dazu entschließen müssen, neue Anleihen aufzunehmen. Trotz aller Forcierung der kurzfristigen Schatzanweisungen und der Staatsobligationen haben sich nach dem Ausweis der Bank von Frankreich vom 10. August ihre Vorschüsse an den Staat bereits auf die enorme Summe von 8600 Millionen Franken angehäuft. Fraglich ist nur, ob das französische Finanzministerium es diesmal mit einem anderen Typ versuchen oder wieder, wie bei der letzten »Siegesanleihe«, eine fünfprozentige Anleihe zum Einsatzkurs von 88 Prozent auf den Markt bringen will. Der mehr als mäßige Erfolg der »Siegesanleihe« schreckt davon ab, dasselbe Schema zu benutzen; aber in den französischen Regierungskreisen hält man auf »Prestige« und wird sich deshalb höchstwahrscheinlich vor der Ausgabe einer sechsprozentigen Anleihe zum Parikurs scheuen, obgleich die Zinsdifferenz nur ungefähr ein Drittel betragen würde.

Auch England wird kaum umhin können, nachdem kürzlich seine Finanzgebarung im Unterhaus eine sehr scharfe Kritik durch sachverständige Mitglieder erfahren hat, seine enorm angeschwollene schwebende kurzfristige Schuld wenigstens teilweise in eine fundierte Schuld umzuwandeln. Seit dem Juni 1915 hat es keine Anleihe mehr aufgenommen, sondern sich durch immer neue Ausgaben von Schatzwechseln zu helfen gesucht, wahrscheinlich weil das Resultat der letzten Anleihe viel zu wünschen übrig ließ und weil man damals den Erwerbern jener Anleihe zugesichert hat, daß sie an den weiterreichenden günstigeren Bedingungen einer neuen Anleihe teilnehmen sollen. Diese Zusage kann man jetzt nicht einfach brechen, andererseits aber könnte leicht eine neue Anleihe unter solchen Bedingungen den ganzen alten Anleihebesitz in ein gefährliches Gewoge bringen. Doch schließlich wird auch das englische Schatzamt sich zu einer neuen Anleihe bequemen müssen. Im englischen Unterhaus ist jüngst nur immer von den 850 Millionen Pfund kurzfristiger Schatzwechsel gesprochen worden. Zu diesen aber kommen die verschiedenen Serien der Exchequer Bonds, der War Expenditure Certificates, der War Savings Certificates, Ways and Means und andere ähnliche Schulden hinzu, die zurzeit ungefähr 450 Millionen Pfund Sterling betragen dürften, so daß sich die Gesamtsumme der schwebenden englischen Schuld auf ungefähr 1300 Millionen Pfund Sterling oder mehr als 26 Milliarden Mark beläuft. Das ist selbst für ein Land von der ungeheuren Finanzkraft Englands eine gefahrdrohende Last.

Heinrich Cunow.

Literarische Rundschau.

Ostpreußische Kriegshefte. Auf Grund amtlicher und privater Berichte herausgegeben von Professor Brackmann. Berlin 1915 und 1916, Verlag von S. Fischer. Heft 1 bis 4. Preis je 1 Mark.

Das Schicksal der Provinz Ostpreußen, meines bis zum Sommer 1914 im ganzen übrigen Deutschland wenig gekannten Heimatlandes, hat durch die Russenbesetzung außerordentlich viel teilnehmende Freunde gewonnen. Leider ist dieses Interesse nicht immer ganz rein gewesen; haben doch die angeblich oder tatsächlich von den russischen Truppen vorgenommenen Verwüstungen in Ostpreußen sogar dazu herhalten müssen, die Kosten der Polemik in strittigen Parteifragen zu bestreiten. In den ersten Kriegsmonaten sind die unsinnigsten Meldungen über geographische, militärische, bevölkerungspolitische Verhältnisse in Ostpreußen verbreitet und geglaubt worden; zumal an die Flucht der Bevölkerung haben sich die tollsten Legenden geknüpft. Auch heute ist es noch nicht möglich, die Motive, Anlässe und Formen dieser Gerüchte, obgleich diese noch immer im Bewußtsein breiter Volksschichten wirken, kritisch zu würdigen. Die ostpreußische Kriegsliteratur, die natürlich einen riesigen Umfang angenommen hat, zeigt ebenfalls in mehr oder minder starkem Maße alle Schwächen der kritischen Bedenken wenig zugänglichen Massensuggestion jener aufgeregten Tage des Russeneinfalls. Den Versuch einer objektiven Darstellung machen nun die vorliegenden »Ostpreußischen Kriegshefte«, die ein Vorwort des Oberpräsidenten v. Batocki einleitet. Soweit persönliche Erfahrungen von Dritten nacherzählt werden, bedürfen auch die vorliegenden Berichte einer kritischen Beurteilung. Was zum Beispiel über Art und Ursachen der Russengreuel in Heft 1 bis 3 gesagt wird, wird nur der richtig einschätzen können, der sich dazu gezwungen hat, Flüchtlinge nach allen Regeln der wissenschaftlichen Erforschung unter möglichster Ausschaltung subjektiven Mitgefühls auszufragen. Der Wert der veröffentlichten Aufsätze ist daher dort am größten, wo sie sich nicht auf persönliche Berichte stützen. So enthält Heft 1, das den ersten Russeneinfall beleuchten soll, interessante Beiträge über die russische Zeitungszensur in Tilsit und über russische Behördenerlasse. Heft 2 gibt einen guten Einblick in die keineswegs sofort und überall getroffene Organisation der Flüchtlingsfürsorge. Heft 3, das den zweiten Russeneinfall in ein paar Bildern darstellt, enthält Beiträge über das Wirtschaftsleben während der Kriegszeit und Mitteilungen über ostpreußisches Notgeld. Heft 4 schließlich beschäftigt sich mit dem Wiederaufbau der Provinz und entspricht am besten den Anforderungen zuverlässiger Berichterstattung, wenn wir auch hier der Beurteilung der dargestellten Maßnahmen keineswegs immer zustimmen können.

Als Materialsammlung leisten die gut ausgestatteten Hefte jedenfalls unentbehrliche Dienste.

Ernst Meyer.

Dr. Siegfried Wolff, **Das Gründungsgeschäft.** Stuttgart und Berlin 1912, J. G. Cottasche Buchhandlung Nachf.

Der Verfasser schildert den Gründungshergang nach Motiven und Methoden und untersucht die Natur des Gründungsgeschäfts. Ein weiter Raum ist der Gründungstätigkeit der D-Banken und der A. E. G. gewidmet, ohne daß die in ihrer Art klassische Schilderung Zeidels erreicht würde. Das ist um so bedauerlicher, als mehr als ein Jahrzehnt seit dem Erscheinen des Buches »Das Verhältnis der Großbanken zur Industrie« verflossen ist. Die Placierung der Aktien, die Bestimmung des Emissionspreises, der Emissionszeit, der Emissionsreife ist ebenso wie die Tätigkeit der Zulassungsstelle und die Verteilung der Verantwortlichkeiten für die Gründung klar, anschaulich und interessant geschildert.

a. h.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 23 | Ausgegeben am 8. September 1916 | 34. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Griechenland.

Von Georg Engelbert Graf.

Die humanistische Bildung hat Griechenland mit einer leuchtenden Glo-riole umgeben, die nicht allein das antike, sondern auch das moderne Hellas verklärt. Die griechischen Klassiker und ihre Gedankenwelt sind uns derartig in Fleisch und Blut übergegangen, daß wir alles, was Griechenland betrifft, ganz unwillkürlich mit ihren Augen schauen und beurteilen, daß wir das Griechenland eines Sokrates und Themistokles ohne weiteres für das der Gegenwart setzen. Obendrein ist man gewohnt, die Hellenen als besondere Nation zu betrachten und in dieser »völkischen Eigenart«, in den nationalen Eigenschaften der Bevölkerung die Haupttriebfeder für die geschichtliche Entwicklung des Landes zu sehen; wie man überhaupt gerade wieder in unseren Tagen historisches Geschehen auf den »Charakter« und die »Mission« der einzelnen Völker zurückzuführen sucht.

Man muß aber den ganzen Wust einer derartigen Geschichtsbetrachtung beiseite schieben, wenn man zu klarer Beurteilung der Vergangenheit und mehr noch der Gegenwart kommen will. Alle die übertriebenen Hoffnungen und Enttäuschungen, die sich heute gerade im Rahmen der Zeitereignisse an den Namen Griechenland knüpfen, wären nicht vorhanden, wenn man sich bemühte, die einzelnen geschichtlichen Ereignisse nicht in den Vordergrund der Betrachtung zu schieben, sondern sie als Episoden anzusehen, und wenn man die ganze historische Entwicklung weniger auf nationaler Eigenart aufbaute, vielmehr von den Naturbedingungen ausginge, die das Milieu für die Nation und die Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung abgeben.

Das griechische Problem der Gegenwart ist ein lokales Problem, auf ein verhältnismäßig kleines Gebiet beschränkt. Die Zeiten sind endgültig vorüber, wo Griechenland die Achse der damals bekannten Kulturwelt war. Der Traum mancher Großhellenen von der Wiederkehr der Weltmachtstellung Griechenlands ist Größenwahn; selbst zu einer Vormacht im Mittelmeer fehlen heute Griechenland sämtliche Voraussetzungen. Gewiß läßt sich manche Übereinstimmung der gegenwärtigen Lage mit der überlieferten Blütezeit des alten Hellas konstruieren. Gerade diese Übereinstimmung ergibt sich daraus, daß die natürlichen geographischen Verhältnisse dieses Landes und demgemäß die Bedingungen für die Urproduktion sich kaum oder nur geringfügig anders gestaltet haben. Im übrigen aber hat sich die Landkarte doch verändert. Das Erdbild der alten Griechen umfaßte in der Zeit ihrer Blüte wenig mehr als das Mittelmeergebiet; die Beziehungen der Außenwelt zu Griechenland und die Griechenlands zur Außenwelt sind heute anders als ehedem, und in erster Linie vom geographischen Standpunkt ist es möglich, die heutige Situation zu erklären und damit den Tendenzen der zukünftigen Entwicklung mit Erfolg nachzuspüren.

Das griechische Problem ist ein lokales Problem. Nur im Zusammenhang mit den übrigen Balkanländern ist es ein europäisches Problem. Aber gerade diese Fäden, die da herüber- und hinüberlaufen, liegen durchaus nicht an der Oberfläche, und erst eine Betrachtung der geographischen Verhältnisse in Verbindung mit der wirtschaftlichen Entwicklung vermag sie aus dem Wust ihrer Umhüllungen heraus ans Licht zu ziehen.

Es gibt eigentlich zwei Griechenland, beide von ausgesprochener geographischer Individualität, so wenig sich die politischen Grenzen des heutigen Griechenland mit einer dieser beiden Individualitäten völlig decken. Griechenland im engeren Sinne ist auf das europäische Festland beschränkt und erscheint mit ziemlich scharfer natürlicher Grenze als südliches Glied gegen den Rumpf der im übrigen recht massigen Balkanhalbinsel abgesetzt. Etwa in Höhe des vierzigsten Breitegrades ziehen sich schwer überschreitbare Gebirgswälle von der Straße von Otranto im Westen, dem östlichen Zipfel Italiens gerade gegenüber, nach dem Golf von Saloniki im Ägäischen Meer im Osten.

Über diese Grenze ist Griechenland heute bereits beträchtlich nach Westen und Osten hin hinausgewachsen. Offenbar zielen seine imperialistischen Tendenzen auf die Schaffung eines »größeren Griechenlands«, das zum Unterschied von den ersten Anfängen des Staates keinen binnenländischen Charakter zeigt, sondern das Ägäische Meer mit seinen Inseln in den Mittelpunkt stellt und dessen gesamte Küstenzone seinem Interessengebiet einverleibt. Die Grenze dieses Groß-Griechenlands wäre im Westen durch die Jonischen Inseln, im Süden durch die scharf markierte Linie Kreta-Rhodus sehr gut bezeichnet, weniger gut ließe sie sich nur von der rumelischen (heute südbulgarischen) Süd- und kleinasiatischen Westküste nach dem Hinterland ziehen. Wie gesagt, beide Griechenland sind geographische Individualitäten, da aber Groß-Griechenland erst auf dem Programm der Folgezeit steht, soll die folgende Darstellung vom festländischen Griechenland ausgehen, zumal sich erst von hier aus die imperialistischen Zukunftsmöglichkeiten beurteilen lassen.

Man hat Griechenland seiner Gestalt nach als eine Miniaturausgabe Europas bezeichnet. Es ist richtig, daß der Peloponnes ähnlich in drei Landzungen ausgezogen ist, wie der Kontinent drei Halbinseln in das Mittelländische Meer hinausschickt. Aber im übrigen ist das Bild falsch; sowohl der sonstige Küstenverlauf und noch viel weniger die innere Gliederung des Landes lassen Griechenland als ein Kleineuropa erscheinen.

In bezug auf seine Küste ist Griechenland am gegliedertsten von allen Ländern Europas. Keine andere Küste ist derartig in Halbinseln und Inseln zerfledert und zerfasert, nirgends dringen Buchten und Meerengen so tief in das Festland ein als hier. Mag in Schweden und Norwegen und Schottland sich Fjord an Fjord reihen, das Meer bleibt trotzdem auf die Peripherie beschränkt, bildet nur Auszackungen eines einheitlichen, geschlossenen Festlandmassivs. Griechenland ist aber vom Meer geradezu durchwachsen; Land und Meer sind derartig ineinander verzahnt, daß, zumal wenn man die zugehörigen Inseln in die Betrachtung einschließt, eine verhältnismäßig kleine Festlandfläche über ein weites Meeresgebiet verstreut erscheint. Nirgends in Griechenland ist man weiter als etwa 100 Kilometer vom Meer entfernt, im Peloponnes verkürzt sich diese Entfernung gar um die Hälfte.

Das hat zur Folge, daß zwar die Wohnfläche, die das Land der Bevölkerung bietet, verhältnismäßig klein ist, daß aber der Lebensraum, innerhalb dessen sich die Beziehungen der Bewohner zueinander abspielen, ganz erheblich, viel mehr als in irgendeinem anderen Lande, über die Wohnfläche hinausgeht.

Schon dadurch wird in diesem Gebiet der Mensch auf das Meer hinaus gezwungen. In der gleichen Richtung wirkt aber auch noch die vertikale Gliederung des Landes. Griechenland ist ein Gebirgsland, das selbst da, wo die Höhen nur denen eines Mittelgebirges entsprechen, trotzdem infolge der Nähe des Meeres und des dadurch bedingten Steilabfalls Hochgebirgscharakter aufweist; größere Ebenen aber, die der Bevölkerung wenigstens einen gewissen binnenländischen Zug zu geben imstande wären, sind nicht vorhanden.

Sowohl die horizontale wie die vertikale Gliederung, Küsten und Gebirge, wirken also zentrifugal; sie machen aber ihren Einfluß auf den Menschen nicht in der Weise geltend, daß sie ihn gleichmäßig nach allen Richtungen aufs Meer hin verweisen; bei näherer Beobachtung entdeckt man vielmehr eine deutliche Bevorzugung des Ostens gegenüber dem Westen, innigere Beziehungen Griechenlands mit Asien als mit Europa, Beziehungen, die nicht allein in der Nähe der asiatischen Gegenküste, sondern im Bau Griechenlands selbst wurzeln. Denn selbst die so günstige Gestalt der kleinasiatischen Westküste wie der Inselreichtum und ihre Verteilung im Ägäischen Meere sind auf dieselben Ursachen zurückzuführen, die dem Bau des griechischen Festlandes ihre Züge aufgeprägt haben; Kleinasien und Griechenland gehören nicht allein siedlungsgeographisch, sondern auch geologisch zusammen. (Die Griechen betrachten ja auch ihr Land nicht als zu Europa, sondern als zum Orient gehörig.)

Verfolgen wir auf einer physikalischen Karte des Gebiets den Verlauf der Gebirge, so finden wir als deren Wurzel einen Gebirgszug, der von einem südostwärts streichenden Seitenast des Alpensystems, den sogenannten Dinarischen Alpen, seinen Ausgang nimmt. (Mit dem Balkan haben die griechischen Gebirge überhaupt nichts zu tun.) In einem Bündel mehr oder weniger paralleler Ketten erstrecken sich die Dinarischen Alpen längs der Adriatischen Ostküste nach Süden. Dieses Bündel von Gebirgsketten erscheint aber in diesem Verlauf derartig nach Osten umgeknickt, daß zuerst und am weitesten nördlich die östlichste Kette von der Nordsüd- in die Westostrichtung abbog und dann immer die nächste in derselben Weise südlich sich anschloß, bis schließlich der westlichste Höhenzug erst im äußersten Süden Griechenlands seine Ablenkung nach Osten erfährt, die in der westöstlichen Längenerstreckung der Insel Kreta zum Ausdruck kommt. Daraus ergibt sich, daß, ganz im allgemeinen gesprochen, die Westküste Griechenlands parallel mit den Gebirgsketten verläuft, während an der Ostküste die Gebirge senkrecht zum Verlauf der Küste abschneiden. Das westöstliche Streichen der Gebirge setzt sich dann in der Anordnung der Inselreihen im Ägäischen Meer und jenseits des Meeres in der Richtung der kleinasiatischen Gebirge fort, die senkrecht zur Küste von Westen nach Osten in das Innnere Kleinasiens sich erstrecken.

So verwirrend das Bild im einzelnen sein mag, so erkennt man doch deutlich noch den ursprünglichen Verlauf eines Faltengebirges, das von den

Alpen her in einem nach Nordosten geöffneten Bogen sich nach Kleinasien hinein erstreckte und somit in geologischer Vorzeit einmal den Westen Asiens an den europäischen Kontinent anschloß. Dieses Gebirge besteht hauptsächlich aus Kalken, die ungefähr in derselben Zeit wie das übrige Alpensystem, also in der mittleren Tertiärzeit, zu gewaltig aufragenden Falten zusammengeschoben wurden.

Der Zeit der Auffaltung folgte alsbald eine weitgehende Zerstückelung, indem das ganze Gebiet von sich kreuzenden Bruchlinien durchsetzt wurde, entlang denen Teile der Erdkruste in die Tiefe sanken oder in anderer Richtung gegeneinander verschoben wurden. So entstanden im Binnenland mitten im Gebirge kesselförmige Einsenkungen größeren und kleineren Umfangs; an der Küste trat in derartige Einsturzbecken das Meer ein und bildete Buchten oder trennte Halbinseln und Inseln ab. Am gewaltigsten in seiner Wirkung aber war das — sicher nur allmählich erfolgte — Absinken des ägäischen Beckens zwischen Griechenland und Kleinasien, Kreta und Bulgarien, das zwar nicht gleichmäßig und in den einzelnen Unterbecken nicht gleichzeitig erfolgte, aber in seiner Gesamtheit an Stelle eines ehemaligen Festlandes eine Tiefsee entstehen ließ, aus der heute nur noch die höchsten ehemaligen Bergspitzen als Inseln herausragen.

Mit dieser älteren Zerstückelung der Erdkruste im Gebiet des Ägäischen Meeres und seiner Randzonen waren aber die tektonischen Bewegungen nicht abgeschlossen. Sie äußerten sich in jüngerer geologischen Vergangenheit noch durch eine erneute allgemeine Senkung des ganzen Gebiets und machen sich auch in der Gegenwart durch vereinzelte vulkanische Ausbrüche und wiederholte Erdbeben häufig katastrophalen Charakters bemerkbar. Diese Einsenkung war es, die die Küstenentwicklung abschloß und die starke Zerlappung der Küste erzeugte, indem in der untersinkenden Zone das Meer die unteren Flußtäler und sonstige an sich schon tieferliegende Gebiete überflutete und so das in seiner Formenmannigfaltigkeit verwirrende Bild von heute erzeugte.

Dieser geologische Entwicklungsgang erklärt, wieso die weniger gestörte Westküste Griechenlands nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl von Buchten und Häfen aufweist — von dem durch Überflutung eines eingesunkenen Binnenbeckens erzeugten Golf von Korinth abgesehen; die geringe Küstengliederung wirkt um so mehr, als die nordsüdlich dem Ufer entlang streichenden Gebirgsketten den Übergang und Eintritt in das dahinter liegende Binnenland verwehren. Einzig der Golf von Korinth, der sich nach Westen hin öffnet — und neuerdings auch nach Osten durch einen allerdings nicht übermäßig bedeutungsvollen Kanal mit dem Ägäischen Meer in Verbindung steht — nur der Golf von Korinth leitet den Verkehr aus dem Innern des Landes zunächst ins Ionische Meer und läßt ihn von da aus Europa zugute kommen.

Ganz anders liegen die Verhältnisse im Bereich des Ägäischen Meeres. Die zerrissenen Glieder der ehemaligen Gebirgsketten steigen als schroffe Steilküsten aus dem Meere empor; zwischen ihnen ist die See weit in die Längs-, teilweise sogar noch in deren Seitentäler eingedrungen und hat hier eine übergroße Anzahl von großen und kleinen Häfen erzeugt, deren Wert nur dadurch herabgemindert ist, daß sie allzuleicht der Versandung durch Geröllablagerung der einmündenden Flüsse unterliegen. Diese Buchten

führen aus dem Lande heraus und ins Land hinein, sie entsprechen geradezu einander auf der griechischen und kleinasiatischen Seite und ließen schon in der frühesten Vergangenheit hier einen Verkehr herüber und hinüber entstehen, den selbst die primitivste Schiffahrt, gestützt auf die Etappenstationen der dazwischen liegenden Inseln, vermitteln konnte.

Auch für die innere Gliederung und die politische Entwicklung Griechenlands ist seine geologische Geschichte bedeutungsvoll geworden. Die zahlreichen kesselförmigen Einbrüche ließen unregelmäßig über das ganze Gebiet hin verstreute Becken in Form kleiner Tiefebenen entstehen, in denen sich fruchtbarer Schwemmboden ablagerte. Diese Becken waren die gegebenen Mittelpunkte für die Ansiedlungen, die Stellen frühester Volksverdichtung. Aber sie konnten nur schwer miteinander in Verbindung treten, da sie durch hohe Schranken voneinander abgeschlossen waren, die nur durch mühsam passierbare Schluchten oder über Hochpässe hinweg zu überwinden waren.

Infolgedessen sah die politische Geschichte kaum je längere Zeit hindurch hier ein zusammenhängendes Staatenganzes; vielmehr war von jeher gerade für das griechische Gebiet die Zersplitterung in Staaten kleinen und kleinsten Formats charakteristisch. Am meisten begünstigt waren naturgemäß ihrer ganzen Lage nach diejenigen Staaten, die in einem zum Meere offenen Becken sich ausdehnen konnten, wie Korinth und Athen.

So verweist schon die äußere Gestalt des Landes die Bewohner Griechenlands aufs Meer hinaus. Nur soweit und solange sie zur See Geltung erlangen können, sind sie mächtig. Binnengebiete wie Thessalien und Epirus oder Innerkleinasien standen stets nur in lockerem Zusammenhang mit dem Mutterland. Bietet die Abgeschlossenheit nach dem Festland durch den hohen Gebirgswall des Pindus auch hinreichenden Schutz nach der Landseite hin, so ist allerdings die Aufgeschlossenheit nach dem Meere zu dann eine Gefahr — aber auch nur dann —, wenn ein Mächtigerer zur See angreift. Als Rom sich eine Flotte geschaffen hatte, war Griechenlands Niedergang unausbleiblich; die Türken eroberten von allen europäischen Gebieten Griechenland erst ganz zuletzt und erst nach Schaffung einer eigenen Flotte. Ähnlich sehen wir es heute als Englands Vasall wider Willen, der seebeherrschenden Macht im Mittelmeer, ohne daß eine Kontinentalmacht imstande wäre, das Land aus diesem Abhängigkeitsverhältnis zu befreien oder auch nur seinen eigenen Einfluß wirksam und ausschlaggebend zur Geltung bringen zu können.

Ähnlich groß wie bei der Gliederung des Landes ist der Wechsel in den klimatischen Verhältnissen Griechenlands. Auch hier herrscht, um denselben Ausdruck anzuwenden, eine überaus reiche Gliederung. Es ist durchaus irrig, für Griechenland ein ewig sonniges, südlich mildes, durchweg ideales Klima anzunehmen. Das mag für einzelne, besonders bevorzugte Landstriche zutreffen; aber deren gibt es nur sehr wenige, und sie sind gering an Umfang. Dagegen ist im Durchschnitt das Klima Griechenlands lange nicht so mild, als nach der südlichen Lage mitten in einem warmen Meere in unmittelbarer Nachbarschaft des heißesten Afrikas zu schließen wäre. Schuld daran sind einmal die großen Höhenunterschiede auf relativ geringem Flächenraum. Es gibt tatsächlich in Griechenland Ortschaften, deren Gemarkung aus der subtropischen Region sich aufwärts zieht bis hart

an die Schneegrenze; und nur durch ganz kurze Entfernungen voneinander getrennt sind Landstriche, in denen das Klima vom Meere bestimmt wird, von solchen, in denen rein kontinentales Klima vorherrscht. Trotzdem das Land doch wahrlich nicht allzu groß ist — an Landfläche erreicht es einschließlich der Inseln nicht einmal die Größe des rechtsrheinischen Süddeutschlands —, tragen die nördlichen Provinzen ganz anderen klimatischen Charakter als die südlichen, ebenso ist die Westseite in klimatischer Beziehung durchaus verschieden von der Ostseite.

Für die Küsten- und Meeresgebiete sind besonders charakteristisch die regelmäßigen Winde, vor allem die Sommerwinde. Im Sommer herrschen auf der Westseite durchaus Nordwestwinde, auf der Ostseite Nordostwinde vor. Ehe die Dampfschiffahrt aufkam, waren diese Winde sowohl wirtschaftlich wie politisch für Griechenland von großer Tragweite. Im Westen hinderten sie das Eindringen in das Adriatische Meer, in das die Griechen des Altertums kleine Kolonien vorschoben, während in späterer Zeit die Venezianer umgekehrt an der ganzen Adriaküste entlang ihren Einfluß geltend machen konnten. Im Osten begünstigten die regelmäßigen sommerlichen Nordostwinde, die sogenannten Etesien, die Getreideausfuhr aus den Umgebungsländern des Schwarzen Meeres; die griechischen Kolonien am Schwarzen Meer und der bis in die Gegenwart hineinreichende griechische Einschlag Konstantinopels sind in ihrem ersten Anlaß hierauf zurückzuführen.

Viel einschneidender machen sich jedoch die Wasserverhältnisse bemerkbar. In Mitteleuropa mit seinen regelmäßigen Niederschlägen zu allen Jahreszeiten, mit dem engmaschigen Netz von Strömen, Flüssen und Bächen hat man im allgemeinen gar keinen Begriff davon, wie sehr das Wasser die menschlichen Siedlungen und die wirtschaftliche Entwicklung bestimmt und beeinflußt. Bei uns wird das Wasser als etwas selbstverständlich Vorhandenes angenommen; wo es oberflächlich nicht zur Verfügung steht, genügt eine verhältnismäßig geringe Technik, um das Grundwasser zu erreichen oder durch Leitungen genügende Mengen hier- und dorthin zu schaffen. Eine künstliche Bewässerung der Felder ist kaum irgendwo notwendig, eher sogar eine Entwässerung, da regenlose Monate zu den Seltenheiten gehören.

Anders im Mittelmeergebiet, und hier — von Nordafrika einmal abgesehen — besonders in Griechenland. Unregelmäßigkeit der Niederschläge, Unregelmäßigkeit der Wasserführung der Flüsse und schwer erreichbares Grundwasser ist für das Land bezeichnend. Die jährliche Durchschnittsmenge der Niederschläge gibt da kein richtiges Bild. Die mittlere Niederschlagshöhe Deutschlands wird auf rund 700 Millimeter berechnet. Zwar beträgt diejenige Athens nur etwa 400, aber dafür die Korfus 1350 und die durchschnittliche Niederschlagshöhe Griechenlands 750 Millimeter, ist also im Jahr sogar größer als die Deutschlands. Aber während bei uns die Niederschläge auf alle Monate sich verteilen, scheidet sich im Mittelmeergebiet eine fast absolut trockene von einer regenreichen Jahreszeit. Die Sommermonate sind in Griechenland so gut wie ohne Niederschläge (fast immer unter 5 Millimeter!), nur selten gehen starke, wolkenbruchartige Regen nieder, die aber für die Bewässerung des Landes kaum in Frage kommen und viel mehr Schaden als Nutzen anrichten. Daher ist im Gegensatz zu Mitteleuropa der Sommer die Ruhezeit für die Vegetation; die Dürre hindert den Anbau.

Die Vegetationsperiode im Mittelmeergebiet sind unser Winter und Frühling mit ihren intensiven Regengüssen und starker Durchtränkung des Bodens mit Feuchtigkeit, das heißt soweit solcher Boden, nämlich Ackerkrume vorhanden ist. Dabei muß aber immer noch berücksichtigt werden, daß die Niederschläge gar nicht in dem Maße wieder dem Lande zugute kommen wie etwa in Mitteleuropa, da die Verdunstung im Süden viel schneller und kräftiger vor sich geht und in manchen Gebieten, zum Beispiel in Attika, bedeutend größer ist als die gefallene Regenmenge. Schiffbare Flüsse sind daher in einem solchen Gebiet — selbst die Oberflächengestalt außer acht gelassen — nicht denkbar. Im Gegenteil, die Flüsse dienen nicht dem Verkehr, sondern wirken stark abschließend: in der Regenzeit sind sie unpassierbare Wildwasser, die wochenlang die Ufergebiete trennen, und selbst in den trockenen Monaten sind ihre breiten Geröllbette, ihre tiefen Erosionsschluchten alles andere als leicht zu überschreiten.

Daher meiden die Siedlungen die Nähe solcher Gewässer und kristallisieren sich dafür — soweit sie Ackerbau- und nicht Hafensiedlungen sind — um den Rand von Seebecken oder — das ist in dem seearmen Griechenland die Regel — um sprudelnde Quellen. (Stagnierendes Wasser wird, wenn möglich, der Seuchengefahr wegen gemieden.) Da in Griechenland der Boden meist aus sehr wasserdurchlässigem Kalk besteht, verschwindet das Regenwasser äußerst schnell durch Spalten und Klüfte nach der Tiefe zu und kommt meist erst nach längerem unterirdischem Laufe nicht in einzelne kleine Quellen und Wasseradern verzettelt, sondern als starke Quelle zum Vorschein. Derartige Stellen sind die gegebenen Punkte für die Ansiedlungen, und da nur hier Wasser in genügender Menge zu finden war, drängte sich da die Bevölkerung in größerer Anzahl zusammen. Einzelhöfe und Kleinsiedlungen wie in unseren Gebirgen sind in Griechenland so gut wie gar nicht vorhanden; selbst die Ackerbausiedlungen erreichen einen bedeutenden Umfang. Das brachte schon im frühen Altertum kommunale und politische Aufgaben mit sich und führte im Verein mit anderen Faktoren zu einer staatsbürgerlichen Durchbildung und einer Sicherheit des Auftretens im öffentlichen Leben, die auch in der Gegenwart sich nicht verhehlen läßt.

Seit Beginn der Besiedlung ist der Einfluß des Klimas auf Griechenland und seine Bewohner stetig gewachsen. Das erscheint seltsam, da sonst der Mensch die Naturkräfte sich mehr und mehr untertan zu machen bestrebt ist. Aber hier ist es gerade umgekehrt. Besonders die dem Menschen ungünstigen Seiten des Klimas machen sich heute mehr als früher in Griechenland bemerkbar. Das hängt mit der kulturellen Entwicklung zusammen. Zwar hört man bisweilen die Ansicht, als ob das Klima ungünstiger geworden sei, die Niederschläge nachgelassen hätten. Das ist nicht der Fall; nur die Wirkung auf das Land ist eine andere geworden, seitdem der Mensch in die Natur eingegriffen hat. In dem trockenen Mittelmeerklima geht die Verwitterung und die Bodenbildung nur langsam vor sich, und überall da, wo den Boden keine schützende Pflanzendecke verhüllt, spülen die winterlichen Regengüsse alljährlich das lockere Material in die Täler. Als der Mensch in Griechenland eindrang, fand er ein dichtes Waldland vor, wie es sich in vereinzelten abgelegenen Gebieten bis in die Gegenwart erhalten konnte. Dieser Wald wurde gelichtet und gerodet und dem Ackerbau dienstbar ge-

macht. Trotzdem dadurch die Bodenkrume freigelegt und den Einflüssen der Witterung preisgegeben wird, bleibt sie infolge der sorgsamen Pflege erhalten. Aber nur so lange, als eben die Pflege sorgsam ist. Mit dem wirtschaftlichen Niedergang der griechischen Handelsstädte und damit dem Niedergang des Ackerbaus und der daraus resultierenden Abnahme der Bevölkerung, später dann unter den kriegerischen Wirren der Völkerwanderungszeit, die ja für Griechenland erst im späten Mittelalter ihren Abschluß erreichte, wurden die Felder vernachlässigt. Der Ackerbauer machte mehr und mehr den Kleinvieh züchtenden Nomaden Platz, vor dessen Brennwirtschaft und Ziegen der Wald verschwand und höchstens eine niedrige Buschwildnis zurückließ. Dadurch fanden Wetter und Regen Angriffspunkte genug, um die ehemals fruchtbaren Hänge in kahle, vegetationslose Kalkfelsen umzuwandeln, deren Aufforstung heute ebenso aussichtslos ist wie im Karstgebiet. Obendrein ist dadurch das Ackerland in der Ebene gleichfalls in Gefahr geraten, durch die schuttbeladenen Wildbäche zu vermuren und unter Kies und Geröll verschüttet zu werden. Unter diesen Umständen ist daher heute in Griechenland ein Anbau mit Feldfrüchten, etwa wie bei uns, noch weniger wie im Altertum zu erwarten. Fast der gesamte Getreidebedarf wird von auswärts, besonders aus Südrußland, eingeführt; und die Bewohner beschränken sich in der Hauptsache auf den Anbau von Pflanzen, die auf dem Boden und in dem Klima, wie es eben skizziert wurde, den reichsten Handelsgewinn abwerfen: das sind Ölbaum und Rebe. Besonders wichtig für Griechenland ist die Rebe; Wein bildet einen wichtigen Exportartikel; noch mehr die Korinthen, deren Handel zeitweise die finanzielle Kraft des Staates bestimmte. Dabei muß auch noch in Betracht gezogen werden, daß der Ackerbau infolge der Latifundienwirtschaft verbunden mit ungünstigen Pachtverhältnissen, Mangel an Kapital, Fehlen von Genossenschaften usw. sehr rückständig ist und lange nicht die Erträge bringt, die bei intensiver Bewirtschaftung möglich wären.

Selbstverständlich geben auch diese Verhältnisse der Beschäftigung der Bewohner eine ganz bestimmte Richtung, verweisen die Griechen aus dem Lande, das mit seinen Produkten ja nur einen Teil des Nachwuchses zu ernähren vermag, hinaus, genau wie die Gliederung des Bodens und der Küste es tut, und ließen sie zu einem der ersten Handelsvölker des Orients sich entwickeln.

Der Grieche ist der Jude des östlichen Mittelmeergebiets. Handel und Verkehr gehen dort mittelbar und unmittelbar durch griechische Hände; griechisch sind die Maklerfirmen und Banken, und griechisch ist ein großer Teil des staatlichen Verwaltungsapparats im ganzen Orient.

Es wäre weit gefehlt, hierin eine eingeborene griechische Nationaleigenschaft zu erblicken. Die Hellenen des Altertums sind lange schon untergegangen. *Es gibt kaum ein Land in Europa, in dem sich so viele Völker und Völkersplitter miteinander gemischt haben.* Mit dem Aufgehen im Römerreich verschwindet die Nation der Hellenen aus der Geschichte. Die hellenische Kultur blieb noch einige Jahrhunderte lebendig. Nur daß sie sich überall woanders entfaltete, nur nicht im alten Mutterland, und daß ihre Träger nicht mehr reine Nachkommen der alten Hellenen waren, sondern sich schon, wie die Byzantiner, stark mit asiatischem und afrikanischem Blut vermischt hatten. In Griechenland selbst

war die kulturelle Blütezeit vorüber, aber die ethnologische Umbildung setzte erst mit der Völkerwanderung ein, während der Völkertrümmer auf Völkertrümmer auf der Balkanhalbinsel wie in eine Sackgasse gerieten und sich dort übereinander schoben und miteinander vermischten. Am bedeutungsvollsten war für Griechenland die Einwanderung slawischer und walachischer Hirtenstämme im siebten und achten Jahrhundert; die Slawen wurden durchweg und sehr schnell in Sprache und Sitten zu Griechen. Die Kreuzzüge ließen für eine Zeitlang auch den Handel Griechenlands wieder aufleben. Abendländischer Adel und abendländische Kriegsleute setzten sich in Hellas fest und führten abendländische Lebensverfassung ein; die Venezianer okkupierten die Westküste; aber auch dieser fränkische Einschlag wurde bald von den Griechen absorbiert. Der wirtschaftliche Niedergang infolge Fehlschlagens der Kreuzzüge führte auch in Griechenland zu einer furchtbaren Krisis und rief eine starke Entvölkerung hervor, so daß von den Fürsten Albanier in großer Anzahl als Kolonisten in Mittel- und Südgriechenland angesiedelt wurden, ebenso wurden die Türken ins Land gerufen, die sich damit den letzten Rest der Balkanhalbinsel unterwarfen. Nur die Türken, die aber in verschwindender Minderzahl waren, konnten ihre nationale Eigenart behaupten; die Albanier gingen im Griechentum unter. Dasselbe geschah drei Jahrhunderte später, als die Türken die Albanier zur Unterdrückung der griechischen Aufstände herbeiriefen. Allein im Peloponnes rückten damals 150 000 Albanier ein und siedelten sich dort an, über ein Fünftel der Gesamtbevölkerung Griechenlands war am Ende des achtzehnten Jahrhunderts albanisch. Aber auch diese gewaltsame Einpflanzung eines anderen Volkselements wirkte wohl anthropologisch, jedoch in Sprache und Kultur wurden auch diese Albanier überraschend schnell zu Hellenen: als 1821 der Griechenaufstand wieder emporloderte, waren sie die heftigsten Vorkämpfer für die griechische Freiheit. Daß die Griechen in den Küstengebieten des östlichen Mittelmeers ihre Nationalität rein erhalten haben, ist noch weniger als bei den Griechen des Mutterlandes anzunehmen, und doch vergessen auch sie nicht ihre kulturelle Eigenart. Daraus ergibt sich, daß griechische Kultur kein Produkt einer bestimmten Rasse mit einer bestimmten Veranlagung ist, daß sie nicht im Blute der Hellenen, sondern in der Eigenart des Landes und seiner besonderen Lage wurzelt.

Seit Beginn des achtzehnten Jahrhunderts regt sich das Griechentum wieder. Aber die Wiederbelebung des hellenischen Nationalgefühls ging nicht vom Mutterland aus. Das Mutterland war verarmt und geschwächt; türkische Gutsbesitzer (häufig griechische Renegaten) hatten sich in den fruchtbaren Ebenen eingenistet, die freiheitlichen Elemente, die von Haus und Hof vertrieben worden waren, waren teils in das unwirtliche Gebirge geflüchtet, das daher zeitweise unverhältnismäßig stärker besiedelt war als die Ebene; teils, soweit sie an der Küste wohnten, waren sie Seeräuber und der Schrecken des ganzen östlichen Mittelmeers geworden. So verhaßt diesen Griechen des Mutterlandes das türkische Joch war, so wenig hätte unter ihnen ein so einheitlicher Aufstand organisiert werden können, wenn nicht kapitalistische Kreise dahinter gestanden hätten; der griechische Aufstand vor hundert Jahren war das Werk der reichen Griechen, die in den Städten der Ägäischen Küste, in Saloniki, Konstantinopel, Smyrna usw. zu großen Vermögen gelangt waren. In ihren Händen lag auch während der Türkenherr-

schaft der blühende Getreidehandel mit den Küstengebieten des Schwarzen Meeres, sie hatten sich als Bankiers, Dolmetscher, Diplomaten, Geistliche usw. in der türkischen Verwaltung unentbehrlich gemacht und so ungeheure Kapitalien angesammelt. Im innersten Wesen war nun der griechische Aufstand eine kapitalistische Spekulation; das byzantinische Kapital erkannte sehr wohl die Bedeutung einer Aufteilung und Erschließung der Europäischen Türkei und ahnte wohl auch schon, welch wichtiger Brennpunkt das östliche Mittelmeer in der Folgezeit würde.

Die Spekulation war richtig. Mit der Bedeutung des Orients für die Politik der europäischen Staaten wuchs die Bedeutung Griechenlands. Das zeigt sich rein äußerlich in einem auffallend raschen Wachstum der Bevölkerung. In der Blütezeit im Altertum, etwa 450 vor Christus, lebten in dem Gebiet des Griechenlands von 1910 rund $2^1/_2$ Millionen Menschen. Ende des siebzehnten Jahrhunderts war die Bevölkerung zusammengeschmolzen auf etwa 600 000 Seelen. Zu Beginn der Befreiungskriege, im Jahre 1821, betrug sie etwa 900 000, 1828 nur mehr noch 750 000. Seitdem hat sie sich mehr als vervierfacht. 1907 lebten in Griechenland auf 64 296 Quadratkilometern 2 638 000 Menschen; das entspricht einer Volksdichte von 40,9; 1914 waren die entsprechenden Zahlen auf derselben Fläche 2 765 000 Menschen mit einer Volksdichte von 43,0. Damit überragt Griechenland in bezug auf die Volksdichte Spanien und kommt ungefähr in eine Linie mit Bulgarien und Rumänien. Nicht eingerechnet sind dabei die in den Kriegen 1912/13 erworbenen Gebiete mit 2 056 832 Einwohnern auf 43 489 Quadratkilometern, also einer Volksdichte von 47,3, und des 1914 besetzten Nordepirus mit etwa 250 000 Einwohnern. Von den wichtigsten Städten hatten Einwohner:

	1870	1879	1889	1896	1907
Athen	44500	65500	110000	124000	167500
Piräus	11000	22000	34000	51000	73500
Patras	17000	25500	33500	38000	37500

Ferner in den neuerworbenen Gebieten 1913: Saloniki 160 000, Kawalla 45 000 Einwohner.

Um die Erschließung Griechenlands von der See her und um den Handelsverkehr hat sich in allererster Linie der Österreichische Lloyd verdient gemacht. Aber auch der Anteil der Griechen an der Schiffahrt im östlichen Mittelmeer ist in ständigem Wachsen begriffen. Besonders zahlreich sind in der griechischen Handelsflotte die Segelschiffe vertreten; hier hat sich der Kapitalismus noch nicht sonderlich bemerkbar gemacht: jeder Matrose hat Anteil an dem Schiff, auf dem er fährt, und ist an dem Gewinn beteiligt. Allerdings ist die Zahl der Segelschiffe im Abnehmen begriffen; zurzeit mögen wohl schätzungsweise etwa 800 Segler mit 137 000 Tonnen vorhanden sein. Die Anzahl der Dampfer steigt dagegen ständig; die griechische Handelsflotte zählte:

1874:	20 Dampfer	mit	7833	Tonnen	1907:	285 Dampfer	mit	388573	Tonnen
1892:	103 -	-	60418	-	1910:	324 -	-	453628	-
1901:	189 -	-	160979	-	1915:	493 -	-	860438	-

Der Hafenverkehr im Piräus belief sich 1914 auf 3809 Dampfer mit 4 067 337 Tonnen (darunter 2587 griechischen mit 1 684 421 Tonnen) und 488 Segelschiffen mit 37 023 Tonnen. Den 1893 eröffneten Kanal von Ko-

rinth passierten 1913: 2877 Dampfer mit 1 463 896 Tonnen und 1192 Segelschiffe mit 36 095 Tonnen.

Während also der Hafenverkehr sehr stark ist, liegt der Binnenverkehr danieder. Die Straßen sind meist nur Stichwege von den Häfen ins Land hinein. Im Innern des Landes ist der Wagen in manchen Gegenden völlig verschwunden und hat dem Saumtier Platz gemacht; immerhin hat sich die Länge der fahrbaren Straßen in den letzten fünfzig Jahren verzehnfacht. Eisenbahnlich war Griechenland bis vor kurzem eine Insel. Erst seit wenigen Wochen ist die Strecke Athen-Larissa vollendet und damit der Anschluß an das europäische Eisenbahnnetz hergestellt.

Trotz alledem besteht keine Aussicht, daß Griechenland ein moderner Industriestaat werden könnte. Es mangeln ihm Kohle sowohl wie Wasserkräfte, die die Kohle ersetzen könnten. Es mangeln ihm aber auch größtenteils die Rohstoffe. Erze sind vorhanden; man hat mit Erfolg selbst Schlacken und Abraum der antiken Blei- und Silbergruben von Laurion ausgebeutet; Eisen- und Zinkerze werden gleichfalls gewonnen. Aber zum Verhütten fehlt es an Kohle; und von den 960 000 Tonnen Erz, die im Jahre 1909 gewonnen wurden, gingen 516 000 ins Ausland, davon fast die Hälfte nach England. Dazu kommt, daß besonders die jungen Balkanvölker in bezug auf Kapitalien, kapitalistische Gerissenheit, wissenschaftliche Bildung und technische Erfahrung nicht mit den übrigen europäischen Großstaaten in Wettbewerb treten können. Auch Griechenland ist vorwiegend Lieferant von Rohstoffen und Absatzgebiet von Fertigprodukten. Wie überall in solchen Fällen übersteigt denn auch hier die Einfuhr ganz außerordentlich die Ausfuhr; vor dem Kriege um ein Drittel. Die entsprechenden Zahlen sind:

	Einfuhr	Ausfuhr
1899	5250000 Pfund Sterling	3752090 Pfund Sterling
1909	5501000 - -	4067000 - -
1913	7146277 - -	4756858 - -

Man hat zwar auch in Griechenland versucht, der inländischen Industrie durch hohe Schutzzölle aufzuhelfen; aber genützt hat es selbstverständlich wenig und nur zu erheblicher Verteuerung der Lebenshaltung beigetragen.

Kein Wunder, daß unter diesen Umständen und angesichts der unsicheren politischen Verhältnisse der Staatsbankrott in Griechenland zu Hause war, und daß die Finanzen immer sehr zu wünschen übrig ließen. Erst in den letzten Jahren ist hierin eine kleine Besserung eingetreten. Aber 1895 wurden für 180,21 griechische Papierdrachmen nur 100 Franken bezahlt. Als dann in den folgenden Jahren die griechische Valuta stieg, kamen Industrie und Handel wieder dadurch in eine schwierige Lage, daß nunmehr der Arbeitslohn in demselben Wertverhältnis ausgezahlt werden mußte, wie der Verkaufserlös betrug.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten geben sich in den unverhältnismäßig hohen Auswandererziffern kund. Allein nach den Vereinigten Staaten betrug die Einwanderung aus Griechenland in den Jahren 1905 bis 1913 218563 Personen, also etwa ein Zehntel der Gesamtbevölkerung.

Die griechische Bevölkerung, die, was zugestanden werden muß, unter den größten inneren und äußeren Schwierigkeiten arbeitet, sucht auf die verschiedenste Weise der widrigen Umstände Meister zu werden. Leider, wie so häufig auch in anderen Ländern, hat es den Anschein,

als ob auch sie das Pferd vom Schwanze aus aufzäumen will: sie stellt die innere Konsolidierung des Staates, die Gesundung der sozialen und ökonomischen Verhältnisse hintan zugunsten einer oft abenteuerlich scheinenden Außenpolitik.

Der griechische Imperialismus hat zwei Seiten. Zunächst geht sein Bestreben dahin, dem ursprünglichen Kernland, das für seine Ernährung auf Zufuhr von außen her angewiesen ist, Agrargebiete anzugliedern. Der Erwerb von Thessalien, Epirus und Mazedonien ist zu einem großen Teil auf diese Weise zu erklären. Diese neuen Provinzen gehören zu den fruchtbarsten Gebieten der Balkanhalbinsel und sind durchaus imstande, den Getreideimport von außerhalb unnötig zu machen, vorausgesetzt, daß eine durchgreifende Agrarreform mit der heutigen unsinnigen Bewirtschaftungsmethode und dem herrschenden Raubbau aufräumt. Allerdings wird man damit rechnen müssen, daß die Großgrundbesitzer ihre Privilegien nicht gutwillig aufgeben werden, und auch damit, daß andererseits dem an dem Handel interessierten Teil des Griechenvolkes das Verständnis für Agrarfragen abgeht, ja sogar, daß er zugunsten des gewinnreichen Getreideimports für die Hebung der griechischen Eigenproduktion kaum einen Finger rühren wird; es müßte denn sein, daß in den angegliederten Agrargebieten nicht für den Eigenbedarf des Landes, sondern für den Export nach außerhalb, daß also in erster Linie Handelsgewächse produziert würden.

Die andere Seite des griechischen Imperialismus zielt auf die Schaffung eines Groß-Griechenlands, umfassend das ganze Küstengebiet des Ägäischen Meeres mitsamt den darin gelegenen Inseln. Diesem Streben liegt nicht allein der Wunsch nach einer territorialen Vergrößerung zugrunde. Mehr noch ist dafür maßgebend das Verlangen nach direktem Anschluß an eine der großen Welthandelsstraßen. Der Verkehr zwischen Europa und dem Orient ist seit den letzten Jahren in rapidem Aufschwung begriffen. Zu der Welthandelsstraße durch das Mittelmeer von Europa nach dem Indischen Ozean stieß der Verkehr von den Küstengebieten des Schwarzen Meeres her; und seit kurzem sucht der Binnenverkehr von Mitteleuropa über Konstantinopel einen Zugang in das Innere Asiens, wozu dann in absehbarer Zeit noch eine Verbindung ins Innere Afrikas hinein kommen dürfte. An Klein-Griechenland gehen alle diese Handelswege vorüber; es liegt nicht in ihrer Straßenflucht. Das war für Griechenlands Existenz um so ausschlaggebender, als es ja kein Agrarland, sondern seinem ganzen Wesen nach in seinem Bestand völlig auf Handel und Verkehr angewiesen ist. Die Einverleibung Konstantinopels und der kleinasiatischen Küste — die die Griechen immer noch nicht von ihrem imperialistischen Programm gestrichen haben — sollen den Handel nach Nordosten und Osten hin unter griechischen Einfluß bringen.

Auch die Erwerbung Mazedoniens und das zähe Festhalten Griechenlands an Saloniki und Kawalla ist durch sein Streben zu erklären, die vermittelnde Brücke zwischen Europa und dem Orient zu werden. Hier liegt die Wurzel der gegenwärtigen und künftigen Konflikte. Die kritischste Stelle ist zurzeit Mazedonien, wo Bulgarien und Griechenland aneinanderstoßen. Rumänien, die Türkei und Serbien scheiden vorläufig für die Balkanpolitik aus. Rumänien infolge seiner Lage nördlich der Donau — seine imperialistischen Träume zielen auf Siebenbürgen und vielleicht noch Beßarabien;

Serbien ist nicht mehr und wird, selbst seine Wiederherstellung vorausgesetzt, auf Jahre hinaus nicht imstande sein, selbständige Politik zu treiben. Auch die Türkei wird nach den ununterbrochenen Kämpfen der letzten Jahre derartig erschöpft sein, daß sie genug damit zu tun hat, ihre asiatischen Gebietsteile zu reorganisieren; in Europa hat sie für immer ausgespielt. Bleibt als Gegner Griechenlands auf der Balkanhalbinsel selbst Bulgarien. Bulgarien, das Agrarland, das zur Industrie übergeht und um der Ein- und Ausfuhr willen an das offene Meer drängt, und Griechenland, das Handelsland, das die offene See nicht aufgeben kann und will und sich Agrargebiete angliedern muß.

Noch ein Weiteres kommt dazu, das Mazedonien zum Zankapfel zwischen beiden Staaten macht und gleichzeitig auch die politischen und wirtschaftlichen Interessen der europäischen Großmächte berührt. Ein starkes Bulgarien im Südosten Europas wird nicht allein die Eisenbahnlinie aus Mitteleuropa nach Konstantinopel beherrschen, es wird auch suchen, durch Einverleibung Mazedoniens die Linie Belgrad-Saloniki in seine Gewalt zu bringen. Es wäre nicht ausgeschlossen, daß Saloniki auf diese Weise dem italienischen Brindisi den Rang abliefe, da die Trajektverbindung nach Ägypten so abgekürzt würde.

Andererseits liegt es aber im Interesse Griechenlands, Saloniki und sein Hinterland zu besitzen, um von hier aus den Post- und Personenverkehr aus Binneneuropa nach Ägypten und Indien über Athen und den Piräus leiten zu können. Dadurch würde Brindisis Bedeutung genommen werden; denn durch die jetzt vollendete Strecke Athen-Saloniki wird die Seereise nach Port Said in Ägypten von 1237 auf 511 Seemeilen verkürzt, womit eine Zeitersparnis von etwa 28 Stunden erreicht ist. Diese Bahn ist daher auch Italien ein Dorn im Auge, zumal sie nicht allein die seither über Italien geleitete Postverbindung Europas mit Indien zu stören vermag, sondern auch Italiens imperialistischen Plänen, über Albanien auf die Randländer des Ägäischen Meeres Einfluß zu gewinnen, einen Riegel vorschiebt.

Gerade von diesen Gesichtspunkten aus wird die »Verräterrolle« Griechenlands im letzten Balkankrieg und auch das sogenannte Salonikiabenteuer des Vierverbandes klar und erscheint ebenso wie die gegenwärtige Unschlüssigkeit und Hilflosigkeit Griechenlands im richtigen Lichte. Die Besetzung Salonikis durch die Entente ist durchaus kein zweck- und planloses Abenteuer, und England wußte wohl, was es tat, als es Griechenland für seinen Beitritt zur Entente und seine aktive Mitwirkung die seither englische Insel Rhodos als Äquivalent anbot.

Ungarische Sozialdemokraten und Radikale über Mitteleuropa.

Von E. Varga.

Seitdem die öffentliche Erörterung der Frage »Mitteleuropa« auch in Ungarn frei wurde, beschäftigte diese Frage sowohl die Genossen wie auch die radikalen Kreise Ungarns. Das Ergebnis ist in der Märznummer unseres wissenschaftlichen Organs »Szocializmus« und in einer soeben erschienenen Spezialnummer des Organs des Sozialwissenschaftlichen Vereins

»Huszadik Század« zusammengefaßt. Da es sich in beiden Fällen um viele, zum Teil von denselben Personen stammende Äußerungen handelt, wollen wir sie nicht einzeln, sondern nach Argumenten zusammengefaßt wiedergeben.

Die Argumentation der Freunde der Annäherung.

Wir können die Argumentation der Anhänger Mitteleuropas in folgendem zusammenfassen:

1. Mitteleuropa, der engere politische Zusammenschluß der Zentralmächte ist wünschenswert, weil er der allgemeinen Entwicklungstendenz entspricht. Im Mittelalter bestanden die Staaten aus tausenden kleinen souveränen Gebieten, die Neuzeit brachte ihre Verschmelzung in nationale Großstaaten, die neueste Zeit bringt uns den internationalen imperialistischen Staat. Die wirtschaftliche Entwicklung braucht größere Wirtschaftsgebiete als das Siedlungsgebiet der Mitteleuropa bewohnenden einzelnen Völker. Daher sei gerade vom marxistischen Standpunkt Mitteleuropa als eine höhere wirtschaftliche Entwicklungsstufe zu begrüßen. Diesen Standpunkt vertritt vor allem der marxistische Theoretiker Erwin Szabó, der Herausgeber der »Ausgewählten Werke von Marx und Engels« in ungarischer Sprache.

2. Mitteleuropa wäre eine Bürgschaft des Friedens. Je größer das Territorium eines Staates ist, auf desto größerem Gebiet, für desto mehr Menschen besteht zumindest der innere Frieden. Je weniger größere Staaten nebeneinander bestehen, desto geringer sind die Reibungsflächen, desto weniger besteht die Gefahr des kriegerischen Zusammenstoßes. Das Ideal wäre ein Zusammenschluß aller europäischen Staaten zu den »Vereinigten Staaten von Europa«. Mitteleuropa wäre eine Annäherung an diesen Zustand. Dieser Standpunkt wird vor allem von dem bürgerlich-radikalen Wortführer der »Mitteleuropäer« O. Jászi verfochten.

3. Mitteleuropa bedeutet eine Annäherung zum Freihandel. Ist eine allgemeine Beseitigung der Schutzzölle, wie es das sozialdemokratische Programm fordert, unmöglich, so ist eine Beseitigung derselben zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei immerhin ein großer Fortschritt. Die Schaffung einer mitteleuropäischen Zollunion werde für alle Teilnehmer gute wirtschaftliche Folgen zeitigen, wie wir es bei allen früheren Zollvereinen beobachtet haben. Selbst die Befürchtung, daß die Ententestaaten ihrerseits mit Absperrungszöllen antworten könnten, ändert an dieser Tatsache nichts. Das Freihandelsargument wurde in der Diskussion von dem Genossen Szabó und dem Genossen Garbai, dem Sekretär der Bauarbeitergewerkschaft, vertreten.

4. Die Zollunion mit Deutschland würde die Landwirtschaft Ungarns aus dem gegenwärtigen Tiefstand emporheben. Die durchschnittlichen Ernteerträge sind in Ungarn fast um die Hälfte kleiner als in Deutschland. Die Grundbesitzverteilung ist ungünstig; riesige Latifundien verdrängen das Volk nach Amerika. »Die Lasten des Krieges können nur durch die radikale Reform der Grundbesitzverhältnisse herbeigeschafft werden; diese geschichtliche Triebkraft bedeutet für mich Mitteleuropa,« schreibt Genosse Garbai. Von den Radikalen betont dies vor allem Daniel. Seiner Auffassung nach sind die Ernteerträge in Ungarn deswegen so niedrig, weil der die Staatsmacht besitzende Groß-

grundbesitz sich der Intensivierung der Landwirtschaft entgegenstemmt. Die Ernten der Monarchie sind seit einem Jahrzehnt nicht mehr hoch genug, um den Inlandsbedarf zu decken. Die Monarchie ist zu einem Getreideimportstaat geworden. Dies bewirkt, daß die Getreidezölle sich im Preise geltend machen, der Getreidepreis in der Monarchie so wie in Deutschland um 5 bis 6 Mark über dem Weltmarktpreis steht, was den Großgrundbesitzern ein großes Einkommenplus verschafft. Da aber die Einfuhr der Monarchie bei einem Gesamtbedürfnis von über 200 Millionen Doppelzentner nur beiläufig 2 bis 10 Millionen Doppelzentner jährlich beträgt, ist es das natürliche Interesse der Großgrundbesitzer, daß die Erträge der Monarchie nicht rasch steigen sollen, da die Monarchie in diesem Falle wieder ein Getreideexportland werden würde und die Getreidepreise auf das Niveau des Weltmarktpreises sinken würden. Kommt aber die Zollunion mit Deutschland zustande, so fällt dieses Hindernis weg. Deutschland benötigt 60 bis 70 Millionen Doppelzentner ausländisches Getreide: die Erhöhung der Ernteerträge kann daher in Ungarn ohne Abbruch der zollerhöhten Preise geschehen. Die Zollunion bedeutet einen raschen Aufschwung der ungarischen Landwirtschaft und infolgedessen auch des gesamten wirtschaftlichen Lebens, daher auch der Industrie. — Es ist unleugbar, daß diese Argumentation vor allem in Ungarn den größten Erfolg gehabt hat.

5. Die Zollunion würde die ungarische Industrie fördern. Die ungarische Industrie ist heute nicht konkurrenzfähig, weil sie teils Kleinindustrie, teils staatlich unterstützt ist, teils durch hohe Schutzzölle und Kartelle aufrechterhalten wird. Die Konkurrenz der deutschen Industrie wird die lebensunfähigen Elemente der Industrie aus dem Wege räumen, das Kapital zur Einführung moderner Betriebsweisen und moderner Arbeiterpolitik zwingen. Die Lage der ungarischen industriellen Arbeiterschaft ist so schlecht, daß sie bei der Zollunion nichts verlieren kann. Es ist hauptsächlich Genosse Vanczák, Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft, der dieser Ansicht ist.

6. Die Zollunion, der engere politische Zusammenschluß Mitteleuropas, würde das Zuströmen des deutschen Kapitals nach Ungarn fördern. Da Ungarn ein armes Land ist und zur Entwicklung seiner natürlichen Produktionskräfte auf fremdes Kapital angewiesen ist, wäre ein engeres Zusammengehen mit Deutschland, welches mit der Kapitalanlage in gegenwärtig feindlichen Ländern üble Erfahrungen gemacht hat, für beide Länder vorteilhaft.

7. Der engere politische Zusammenschluß mit Deutschland würde die demokratische und sozialpolitische Entwicklung Ungarns fördern. Das letztere betont besonders Genosse Bárdos, ein Führer der Metallarbeiterbewegung, der in der schlechten wirtschaftlichen und sozialen Lage der ungarischen Arbeiterschaft den Hauptgrund der wirtschaftlichen Rückständigkeit des Landes sieht.

Die Gegner Mitteleuropas.

Im allgemeinen läßt sich feststellen, daß die Mehrzahl der führenden Genossen, die sich über die Frage äußerten, sich gegen einen engeren Anschluß an Deutschland aussprach. So der Genosse Kunfi, Mitglied der Parteileitung, der sich am eingehendsten mit der Frage beschäftigte, Ge-

nosse Jászai, Sekretär des Landesgewerkschaftsrats, Genosse Buchinger, Sekretär der Landespartei, Genosse Weltner, Führer der Holzarbeiter, Mitglied der Parteileitung, Genosse Kónai, Rechtsanwalt mehrerer Gewerkschaften, Genosse Agoston, Professor der Rechtsakademie, Genosse Rothenstein, Buchdrucker, wie auch Schreiber dieser Zeilen. Ferner eine Reihe Bürgerliche, J. Vájo, Sekretär der Budapester Handels- und Gewerbekammer, O. Szende, Sekretär des Landesverbandes der Kaufleute, und andere.

Wir wollen die Ansichten der Gegner, zu denen auch viele bürgerliche radikale Politiker gehören, ebenfalls nach Argumenten zusammenfassen:

1. Dem Entwicklungsargument tritt hauptsächlich Genosse Kónai entgegen. Er verweist darauf, daß mit der Vergrößerung der Staaten immer die Zersplitterung anderer Staatengebilde Hand in Hand geht. Es gab Riesenreiche im Altertum und im Mittelalter, welche alle auseinanderfielen. Deutschland und Italien verdanken als Nationalstaaten ihre Existenz dem Zusammenschluß vieler Kleinstaaten, die Nationalstaaten Rumänien, Serbien, Bulgarien hingegen der Zertrümmerung der türkischen Oberhoheit, Norwegen der friedlichen Scheidung von Schweden. Es kann durchaus nicht als das Gesetz der soziologischen Entwicklung anerkannt werden, daß sich immer größere Staaten bilden!

2. Als Friedensbürgschaft taugt Mitteleuropa nichts. Im Gegenteil, das Hauptargument der Politiker von Naumann bis Stephan Tisza ist eben jenes, daß, im Falle Mitteleuropa bis Bagdad verwirklicht würde, dieses Gebiet alle Rohstoffe selbst erzeugen könnte und jedem Aushungerungsversuch gewachsen wäre. Die Verfechter Mitteleuropas sind vor allem Militaristen und Imperialisten. Ein auf dieser Grundlage entstehendes Mitteleuropa ist für den Frieden gefährlicher als das isolierte Weiterbestehen der einzelnen Staaten. Was den Militarismus anbelangt, meint Genosse Kunfi, so würde er nur gestärkt und die Kriegsgefahr vermehrt. Das Tempo der militärischen Rüstungen in Mitteleuropa würde von dem mächtigsten Staate Deutschland diktiert werden. Für das wirtschaftlich schwache Ungarn aber bedeute dies eine unerschwingliche Belastung. Als Friedensbürgschaft könnte nur der Zusammenschluß aller europäischen Staaten, oder zumindest der westeuropäischen, einschließlich Deutschland, dienen.

3. Dem Freihandelsargument gegenüber wurde betont, daß erstens selbst die meisten Anhänger der Zollunion für die ungarische Industrie einen Zwischenzoll fordern, daß weiterhin der Fortschritt im Freihandel innerhalb Mitteleuropas durch eine verschärfte Absperrung gegenüber den anderen Ländern erkauft werden müßte. Die Zwischenzolllinie bedingt das Fallenlassen der Meistbegünstigungsklausel, welche immerhin als ein wertvoller Behelf zur Verhinderung von Zollkriegen diente. Was aber die Vorteile des großen Zollgebiets anbelangt, verwies ich darauf, daß die wirkliche Bedeutung derselben wahrscheinlich stark überschätzt wird. Es wird allgemein angenommen, daß der große wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands im letzten halben Jahrhundert der zollpolitischen und politischen Einigung zu verdanken sei. Demgegenüber verwies ich auf die unbestreitbare, mit Daten belegbare Tatsache, daß die um Deutschland liegenden, dem Zollverband nicht angeschlossenen Kleinstaaten Dänemark, Holland, Belgien und die

Schweiz in den letzten fünfzig Jahren einen ähnlichen Aufschwung nahmen wie Deutschland und Deutschland gegenüber weder wirtschaftlich noch kulturell als rückständig bezeichnet werden können. Daß hingegen Österreich und Ungarn schon seit 1851 ein gemeinsames großes Zollgebiet bilden, ohne daß ein ähnlicher wirtschaftlicher Aufschwung sich eingestellt hätte. Die Größe des Zollgebiets kann daher — über ein gewisses Minimum hinaus — für die wirtschaftliche Entwicklung nicht ausschlaggebend sein!

4. Die Zollunion ist kein sicheres Mittel zur Verbesserung der Landwirtschaft Ungarns. Um dies zu beweisen, haben wir die Ernteerträge aller europäischen Staaten auf Grund des Berichts des Internationalen Landwirtschaftlichen Instituts in Rom in den letzten drei Jahren zusammengestellt und dieselben der Größe nach geordnet. In die erste Gruppe mit über zwanzig Doppelzentner durchschnittlichem Hektarertrag gelangten Belgien, Dänemark, Holland, Deutschland, die Schweiz und England; in die letzte Gruppe mit den geringsten Erträgen Rußland, Serbien, Spanien. Woraus folgende Resultate zu ziehen sind:

a. Der zollgeschützte Inlandsmarkt mit hohen Getreidepreisen ist nicht, wie Daniel und seine Anhänger behaupten, die Voraussetzung der hohen Ernteerträge; von den sechs an erster Stelle stehenden Staaten hat nur Deutschland Agrarzölle; England, Holland, Dänemark haben gar keine Getreidezölle, Belgien nur für Hafer, die Schweiz nur 30 Pfennig pro Doppelzentner. Dagegen gibt es Staaten mit hohen Getreidezöllen, wie Italien, Spanien, Serbien, Ungarn, mit sehr schlechten Bodenerträgen.

b. Die Grundbesitzverteilung spielt keine entscheidende Rolle auf den Ernteertrag! Unter den Ländern mit höchsten Erträgen gibt es Kleinbauernländer: Belgien, Schweiz, Holland, und Großgrundbesitzländer: Deutschland und England. Dasselbe finden wir bei den Ländern mit niedrigstem Ertrag: Rußland ist ein Land mit riesigen Latifundien, Serbien ein absolutes Bauernland; beide weisen eine extensive Landwirtschaft auf.

Weder der zollgeschützte Inlandsmarkt noch die Verkleinerung des Großgrundbesitzes — diese Folgen werden von den Anhängern Mitteleuropas für die ungarische Landwirtschaft erwartet — scheinen die richtigen Mittel zur Steigerung der Ernteerträge zu sein. Die vorurteilslose Untersuchung kommt zu dem Resultat, daß vor allem die allgemeine Kultur und Bildung, dann der Grad der Industrialisierung des Landes für die Größe des Ernteertrags maßgebend sind. Alle Länder mit hohen Ernteerträgen sind stark industrialisierte und gebildete Länder; alle Länder mit geringen Erträgen (Serbien, Rumänien, Rußland, Unteritalien, Spanien) sind industriearme Länder mit ungebildeter Bevölkerung. Die politische Einigung mit Deutschland erscheint daher nicht als ein gutes Mittel zur Hebung der ungarischen Landwirtschaft.

5. Die Zollunion würde auf die Entwicklung der ungarischen Industrie hinderlich wirken. Heute ist die ungarische Industrie durch Zoll geschützt, trotzdem gibt es außer der österreichi-

schen Industrie nur eine namhafte Industrie als Konkurrenz auf dem ungarischen Markt: die deutsche. Die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie beruht auf ihrer vorteilhafteren Standortlage, dem größeren inneren Markt und der starken, durch Schutzzoll geförderten Kartellorganisation, welche es möglich macht, die auf dem deutschen Inlandsmarkt überflüssigen Waren zu Schleuderpreisen im Ausland abzusetzen. Wenn Mitteleuropa zustande kommt und die Ententeländer sich gegen Deutschland weiter abschließen, werden die in Deutschland überflüssigen Industrieartikel mit desto größerer Wucht den einzig freien Markt Mitteleuropas überschwemmen und die schwache Industrie Ungarns stark schädigen, wie dies Genosse Weltner richtig ausführt. Nach einer statistischen Skizze, welche ich in unserem Zentralorgan »N é p s z a v a« veröffentlichte, würde von der Zollunion nicht betroffen werden: Bergbau, Bauindustrie, graphische Gewerbe, Lebensmittelindustrie, Sägwerke, Hotel und Gastwirtschaft, ferner einzelne Zweige der Stein-, chemischen und Bekleidungsindustrie; diese Industriezweige beschäftigten im Jahre 1910 467 000 Hilfskräfte. Dagegen würden von der freigewordenen deutschen Konkurrenz geschädigt werden: Eisen- und Metall-, Maschinen- und elektrische Industrie, Holzindustrie, Textilindustrie, Papierindustrie, einige Zweige der Bekleidungs-, der Stein- und chemischen Industrie. Diese Industrien beschäftigten im Jahre 1910 464 000 Hilfskräfte. Wir sehen hieraus, daß gerade die Hälfte der Arbeiterschaft, hierbei die am besten organisierten Gewerkschaften, von der deutschen Konkurrenz getroffen würde.

6. D i e Z o l l u n i o n w ü r d e d a s Z u s t r ö m e n d e u t s c h e n K a p i t a l s n a c h U n g a r n n i c h t f ö r d e r n, s o n d e r n h i n d e r n. Genosse Kunfi weist darauf hin, daß es gerade die Zollschranken sind, welche ausländische Industrieunternehmungen zwingen, ihre Betriebe teilweise in das zollgeschützte Land zu verlegen. Fallen die Zollschranken weg, so wird es in vielen Fällen vorteilhafter sein, die fertigen Waren in das Land zu exportieren, als dort einen Betrieb zu errichten. Die Zollunion würde gerade das Gegenteil dessen zur Folge haben, was ihre Anhänger hoffen.

7. D e r e n g e r e A n s c h l u ß a n D e u t s c h l a n d w ü r d e w e d e r e i n e n d e m o k r a t i s c h e n n o c h e i n e n s o z i a l p o l i t i s c h e n F o r t s c h r i t t n o t w e n d i g e r w e i s e n a c h s i c h z i e h e n. Die Gegner Mitteleuropas haben hier einen leichten Stand. Sie brauchen bloß darauf hinzuweisen, daß eine engere Gemeinschaft als mit Österreich auch mit Deutschland nicht zustande kommen wird, und wenn in Ungarn die Arbeiterschaft vom Wahlrecht ausgeschlossen bleiben konnte, während in Österreich das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht eingeführt ist, so steht der Aufrechterhaltung dieses Zustandes auch in Mitteleuropa nichts entgegen. Sagt doch Naumann ausdrücklich, daß weder Wahlrecht noch Sozialpolitik gemeinsame Angelegenheiten Mitteleuropas sein sollen.

Hiermit glauben wir eine Übersicht der Argumente pro und kontra gegeben zu haben. Selbstverständlich wurden außer den hier angeführten noch verschiedene andere für und wider geäußert. Die Stimmung in den sozialdemokratischen Kreisen ist überwiegend gegen Mitteleuropa, welches allgemein als Vorbereitung eines künftigen Krieges betrachtet wird.

Inmitten der Krise des Weltkrieges beschäftigen sich die herrschenden Klassen mit der mitteleuropäischen Frage und verraten hierdurch unwillkürlich, d a ß s i e a n d i e w i r t s c h a f t l i c h e S i c h e r u n g d e r k ü n f t i g e n K r i e g e

denken, daß die Idee Mitteleuropas ihren Ursprung nicht dem Schwärmen für den Freihandel verdankt, nicht das Leben der Massen zu verbessern bezweckt, *sondern zum Zwecke des kriegerischen Erfolges neben die militärische Kraft die einheitliche wirtschaftliche Kraft des einheitlichen Wirtschaftsgebietes reihen will.*

Diese Worte des Genossen *Weltner* drücken so ziemlich die allgemeine Meinung der ungarischen Genossen aus. Wir wollen unseren Bericht mit den schönen Worten Kunfis schließen, welche auch mancher deutsche Genosse beherzigen könnte:

> Der mitteleuropäische Gedankenkreis und alle jene praktischen Bestrebungen und theoretischen Überlegungen, welche aus ihm ausstrahlen oder zu ihm hinführen, stammen in letzter Linie davon her, daß der Krieg in den Augen vieler die Grundfarbe ihrer alten Überzeugung abgeblaßt hat, und die Gesichtspunkte der im Kriege siegreichen konservativen staatssozialen Machtfaktoren mit den suggestiven Farben des Erfolges verführerisch vergoldet hat. Die Anhänger Mitteleuropas haben kein Vertrauen in die Kraft der Demokratie, sie vertrauen nicht darauf, daß die ungarländische Demokratie stark genug sein werde, jene wirtschaftlich-revolutionären Änderungen zu erkämpfen, ohne welche der ungarische Boden nicht produktiver werden kann. *Der Zweifel an der Kraft der Demokratie; dies macht sie den Reaktionären seelenverwandt.* Die Anhänger der Idee Mitteleuropas *erkennen den Krieg als den Motor der sozialen Entwicklung an*, sie müssen daher notwendigerweise — wenn sie konsequent sind — allen vergangenen und künftigen Rüstungen zustimmen: *dieser Faden verbindet sie mit den Militaristen.* Die Anhänger Mitteleuropas sehen in den großen Imperien, in der Ausgestaltung von großen politischen und wirtschaftlichen Territorien eine Entwicklung der Menschheit zu einer höheren und vollkommeneren Stufe: *dies ist die Brücke, welche sie zum Imperialismus führt.* Und endlich, weil die ungarischen Anhänger Mitteleuropas nicht daran denken, daß vom Standpunkt des künftigen Weltfriedens und daher in letzter Linie auch der Zukunft Ungarns die Orientierung Deutschlands wichtiger ist als die Ungarns, weil ihr Standpunkt — infolge ihrer Unterlassungen — dem „Right or wrong, my country"-Standpunkt außerordentlich ähnelt, *verbindet sie diese ihre Methode mit dem Bekennen des Nationalismus*, zu welchem sie übrigens, ebenso wie zu den Politikern der Reaktion, des Militarismus und des Imperialismus in allen anderen Fragen im schärfsten Gegensatz stehen. Aber ihre Anhänglichkeit an die mitteleuropäische Idee, die Art ihrer Beweisführung, ihre Gesichtspunkte, alles macht den Eindruck, daß die Elemente der konservativen Weltanschauung sich unter dem suggestiven Eindruck der Kriegsereignisse in ihre Gedankenwelt eingeschlichen haben; daß ihr Widerstand den herrschenden und populären Ideen gegenüber geschwächt erscheint. *Das Jahr bricht an, und Mars regiert die Stunde* — dies ist der innerste Grund, weshalb ich mich mit der mitteleuropäischen Idee nicht befreunden kann, in welcher ich den verstohlenen Bahnbrecher dieser Bestrebungen und der dahinter lauernden Weltanschauung sehe.
>
> Meiner Ansicht nach ist für die Demokratie nicht die Änderung der geographischen Staatsgrenzen, sondern die Änderungen und Verschiebungen in den Machtverhältnissen der Klassen die bedeutsamste Tatsache. Meine Aufmerksamkeit richtet sich nicht so sehr auf die Veränderung der geographischen Karte Europas, als *auf die künftige Gestaltung der sozialen Karte*, weil es die Tatsachen dieser Karte sein werden, welche Richtung und Ziele der demokratischen Politik bestimmen werden.

Ich glaube, diese Mahnung wäre bei manchem Genossen in Deutschland auch nicht unangebracht.

Der sozialdemokratische Wahlsieg in Finnland.

Von mm.

Die Landtagswahlen vom 1. und 3. Juli dieses Jahres brachten der finnischen Sozialdemokratie seit 1907 den schönsten Sieg und gleichzeitig auch die Majorität im Landtag ein. Innerhalb von neun Jahren wiederholten sich die Wahlen heuer zum siebten Male. Seit 1908 wurde der Landtag viermal hintereinander aufgelöst, die Neuwahl wurde jährlich wiederholt. Trotz der ganz kurzen Wahlperioden von 1907 bis 1911 brachten auch diese Wahlen für die Sozialdemokratie jedesmal entweder Mandat- oder Stimmenzuwachs, gewöhnlich wohl beides. Die vorletzte Wahl — 1913 — war schon ein größerer Sprung vorwärts, und heuer gewann die Partei mit einem Ruck 13 neue Mandate, so daß die Partei jetzt von den 200 Mandaten 103 inne hat und über eine kleine Majorität verfügt. Hatte die Sozialdemokratie ihre früheren Gewinne hauptsächlich auf Kosten der Altfinnen gemacht, so entlud sich das Gewitter dieses Jahr auch über die Jungfinnen und die Schweden. Diese unter dem gemeinsamen Namen »Konstitutionalisten« bekannten Parteien hatten ihren Mandatbestand bis 1913 sogar noch um einige Sitze zu vermehren vermocht. Sie traten 1907 mit 50 Mandaten in den Landtag und vermehrten diesen Stand bis 1913 auf 54, wovon sie jetzt 10 Mandate verloren.

Von 1907 bis 1916 fanden sieben Wahlen statt, bei denen die Sozialdemokratie ihre Stimmenzahl von 329 946 auf 375 306, das ist von 37 auf 47,2 Prozent aller Stimmen, und ihre Mandate von 80 auf 103 vermehrte, während zurückgingen: die Altfinnen von 243 573 auf 140 162 Stimmen und von 59 auf 33 Mandate, die Jungfinnen von 121 604 auf 98 307 Stimmen und von 26 auf 23 Mandate, die Schwedische Volkspartei von 112 267 auf 93 657 Stimmen und von 24 auf 21 Mandate; die Christlichen Arbeiter haben einen kleinen Stimmenzuwachs zu verzeichnen, von 13 790 auf 14 500, aber sie erhielten statt 2 Mandate nur noch 1, dagegen zeigt eine stärkere Zunahme der Verband der Kleinbauern, dessen Stimmenzahl von 51 242 auf 71 131, das ist von 5,8 auf 9,0 Prozent wuchs, während die Zahl ihrer Mandate von 9 sogar auf 19 stieg.

Die russische Presse hat die Wahlen sehr eingehend besprochen und zieht aus denselben eine eigentümliche Schlußfolgerung: sie behauptet, das finnische Volk, insbesondere die größte Partei, die Sozialdemokratie, habe sich mit den Bestrebungen und Plänen der russischen Regierung mehr oder weniger abgefunden und gebe sich mit sozialen Reformen zufrieden, während die bürgerlichen Konstitutionalisten revolutionär geworden seien.

Dieses Urteil ist gänzlich verfehlt; es zeigt, daß nicht allein die russische Regierung, sondern auch die Presse von der wirklichen Stimmung in Finnland falsch unterrichtet ist. Die finnische Sprache ist in Rußland ebenso fremd wie in Westeuropa, die finnische Presse wird sowohl hier wie dort nur von vereinzelten Personen verstanden. Daher dringt auch so außerordentlich wenig aus der sozialdemokratischen Presse und der Parteiliteratur in die weite Welt, die finnischen Kämpfe und ihre Führungsart bleiben auf das kleine Land beschränkt.

In Wirklichkeit liegen die Verhältnisse folgendermaßen: Nachdem die finnische Volksvertretung von 1908 bis 1911 jährlich je eine Auflösung erlebt hatte, stand sie im Januar 1913 abermals vor dieser Gefahr. Die letzte Auflösung sollte ihren angeblichen Grund in den radikalen Phrasen des Herrn Svinhufvud gehabt haben, die derselbe als Präsident der Volksvertretung in seiner Antwort auf die Eröffnungsrede des Generalgouverneurs gebraucht hatte. Herr Svinhufvud liebte es, die ungesetzlichen Maßnahmen der russischen Gewalt in Finnland in kurzen Sätzen zu streifen, und er galt aus dem Grunde als ein sehr radikaler Herr. Was er bei solchen Gelegenheiten sprach — er wurde bei jeder Neuwahl abermals mit dem

Vorsitz betraut —, entsprach gewiß der Wahrheit. Aus dem Grunde war er auch bei der russischen Gewalt ein bestgehaßter Mann. Die russische Administration ließ denn auch bekannt werden, die russische Regierung würde die Wiederwahl Svinhufvuds als eine Provokation seitens der Volksvertretung auffassen.

Das war gleichbedeutend mit einer Drohung zur Auflösung. Dazu kam die Erklärung Svinhufvuds, er nähme die Kandidatur diesmal nur unter der Bedingung an, daß das Plenum davon absehe, seine Antwort auf die Eröffnungsrede des Generalgouverneurs vorher durchberaten zu wollen, wie das bisher der Fall gewesen. Daß Herr Svinhufvud auch diesmal nur der Wahrheit Ausdruck gegeben hätte, daran hat niemand gezweifelt. Aber die sozialdemokratische Fraktion war der Meinung, daß es wichtiger ist, wenn die Volksvertretung selber zu den Ereignissen Stellung nimmt und sich nach reiflicher und sachlicher Überlegung der Gewalt gegenüber klar erklärt, anstatt den Herrn Svinhufvud die Sache in einigen radikal klingenden Sätzen vorwegnehmen zu lassen, wodurch übrigens diese Gewalt den erwünschten Grund erlangt hätte, den Landtag heimzuschicken. Die sozialdemokratische Fraktion vertrat den Standpunkt, daß eine Beratung und die Arbeit des Parlaments schon hinsichtlich der Aufklärung des Volkes wie auch hinsichtlich der Stellungnahme gegenüber der stets stärker werdenden Eigenmacht der russischen Gewalt unbedingt geboten war. Aus diesem Grunde war sie denn auch gegen die Wiederwahl des Herrn Svinhufvud. Da die Altfinnen aus anderen Gründen die Wiederwahl Svinhufvuds nicht wünschten, so wurde denn Genosse Oskari Tokoi zum Vorsitzenden gewählt, der sich in seiner Antwortrede darauf beschränkte, was die Landtagsordnung für diese Zeremonie vorschreibt. Es geschah nicht zuliebe der russischen Gewalt, tatsächlich wurde aber dadurch ermöglicht, daß sich die Volksvertretung mit den Übergriffen und gewaltsamen Rechtsverletzungen der russischen Regierung öffentlich beschäftigte, daß alle die Anklagen und Reden durch die Presse über das Land verbreitet wurden, wie die Sozialdemokratie es vorausgesehen und gewünscht hatte. Und es ist ganz und gar falsch, wenn die russische Presse nun erklärt, die Konstitutionalisten hätten in diesem Falle revolutionär gehandelt, die Sozialdemokratie dagegen sehr gemäßigt: Die Erfahrungen des 16. Juni 1907 beweisen es, wie es der Gewalt darum zu tun ist, einen plausiblen Grund zum Staatsstreich zu erhalten. Einen solchen Grund will die finnische Sozialdemokratie der Gewalt nicht leichtfertig in die Hand spielen. Dazu hat das allgemeine Wahlrecht und die Volksvertretung in ihrer jetzigen Form doch zu schwere Kämpfe und Opfer gekostet. Sie ist auch für die Arbeiterklasse von viel größerer Bedeutung als für die Bourgeoisie. Es ist doch kein Geheimnis, daß die finnische Bourgeoisie mit der Zusammensetzung des Landesparlaments gar nicht zufrieden ist. Daher ist es ja auch ganz natürlich, daß sie um sein Schicksal viel weniger besorgt ist als die Arbeiterklasse.

Wer den Gang der Ereignisse in Finnland auch nur einigermaßen verfolgt hat, dem klingt die Behauptung, die Konstitutionalisten seien revolutionärer als die Sozialdemokraten, einfach naiv. Es waren doch gerade die Konstitutionalisten, die die Revolution 1905 sofort verraten haben, als es ihnen durch das Zarenmanifest vom 4. November 1905 als sicher erschien, daß die veraltete Ständeverfassung wiederhergestellt werde und daß die Konstitutionalisten mit der Landesregierung betraut werden würden. Daß die russische Gewalt in diesen unvergeßlichen Novembertagen in Finnland kapitulieren mußte, ist das Verdienst der revolutionären Energie der finnischen Sozialdemokratie. Es soll gar nicht geleugnet werden, daß auch die Konstitutionalisten dazu beigetragen haben, aber nur bis zum 4. November. Sobald sie das Zarenmanifest hatten, wandten sie sich offen gegen die revolutionären Bestrebungen der Sozialdemokratie, während die Sozialdemokratie den Generalstreik, der die Gewalt hinweggefegt hatte, fortzusetzen wünschte, um auf dem Wege der konstituierenden Nationalversammlung eine Ver-

fassung zu erhalten, die auch den besitzlosen Massen des Volkes politische Rechte verleihen und die in ihrer Form in jeder Hinsicht demokratischen Forderungen entsprechen sollte. Dem stemmten sich die Konstitutionalisten mit aller Energie entgegen. Nur um den Bürgerkrieg zu vermeiden, brachen die Sozialdemokraten am 6. November den Generalstreik blutenden Herzens ab. Sie behielten sich indes vor, den Kampf mit anderen Mitteln weiterzuführen. Daß die Volksvertretung, die in ihrer jetzigen Form nur eine Frucht der revolutionären Energie der Sozialdemokratie ist, in dieser denkwürdigen Zeit nicht mehr erreichen konnte, daran trägt die finnische Bourgeoisie sehr viel Schuld, und zwar in erster Linie gerade die Konstitutionalisten.

Sobald die russische Diktaturgewalt gebrochen und die verfassungsmäßige Ordnung gesichert war, hat die Bourgeoisie sich sofort beeilt, mit derselben Gewalt einen Pakt zu schließen! Dadurch war es der russischen Gewalt von vornherein leicht gemacht, ihre reaktionären Ziele bald wieder weiter zu verfolgen. Ursprünglich handelte es sich darum, der nach Finnland geflüchteten russischen Revolutionäre habhaft zu werden. Die russische Polizei lechzte nach Rache, und die finnischen Konstitutionalisten — sich ihrer eigenen Freiheit sicher wähnend — glaubten, daß es ihrerseits der russischen Regierung gegenüber undankbar wäre, Finnland zu einem »Asyl für russische Revolutionäre werden zu lassen«. Entgegen der finnischen Rechtsordnung ließ der finnische Senat der russischen Polizei in Finnland mehr oder weniger freie Hand und gab sogar der finnischen Polizei Vorschriften, wie sie in solchen Fällen für die russischen Polizeiorgane Beihilfen zu leisten hätte. Als die Sozialdemokratie darauf hinwies, wie der Senat mit einer derartigen Handlungsweise selber die Unterlagen der finnischen Rechtsordnung untergräbt, und andererseits die Kräfte zu vernichten hilft, die jetzt und noch mehr in der Zukunft als Stützen der finnischen Autonomie in Betracht kommen, hatte der Senat der Konstitutionalisten nur leere Ausreden als Antwort, wollte er doch von der russischen Gewalt als Gegenleistung gewisse Konzessionen gegen den »inneren Feind«, so zum Beispiel die Vermehrung der finnischen Polizei und ihre Bewaffnung. — Auf den Wunsch der russischen Gewalt hat der Senat der Konstitutionalisten 1906 die »Rote Garde« — die 1905 gegründete, unbewaffnete Ordnungsmannschaft der Arbeiterschaft und ebenso die wenigen nicht finnischen, das heißt die russischen und estnischen Arbeitervereine aufgelöst und ihre Mitglieder verfolgt, ihnen also den rechtlichen Schutz des Landes versagt. Derselbe Senat fand sich auch bald bereit, bei der Volksvertretung mit einem Gesetzesprojekt vorstellig zu werden, welches in seinen Hauptzügen dem russischen sogenannten Vereins- und Pressegesetz sehr ähnlich war und den Zweck hatte, das freie Wort abermals zu knebeln und die Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheiten nach kurzer Zeit wieder in Fesseln zu schlagen! Dank des energischen Kampfes der Sozialdemokratie kam das Maulkorbgesetz nicht zustande. Als aber schließlich Rußland immer größere Unterdrückungsmaßregeln forderte, sahen die Konstitutionalisten endlich ein, daß diese Wünsche überhaupt nie zu befriedigen seien, und nun erst demissionierten sie. Die russische Gewalt aber schritt auf demselben Wege weiter: Mit Hilfe der russischen Duma und des Reichsrates schuf sie sich »Gesetze«, die die finnische Verfassung offenbar verletzen, die für die Regierung aber eine scheinbar rechtliche Basis geben, um die Willkürherrschaft ungehindert fortzusetzen — jetzt mit Hilfe eines Senats, der nicht mehr aus Finnen besteht, wie die finnische Verfassung bestimmt, sondern aus russischen Militärs und ergebenen Bureaukraten.

Die russische Presse glaubt nun, für die friedliche Reformpolitik, die sie bei der finnischen Sozialdemokratie zu finden behauptet, sei der Grund in der großen Anhängerschaft der bäuerlichen Bevölkerung zu suchen. Die finnische Sozialdemokratie sei eigentlich eine — Bauernpartei, und die bäuerliche Klasse sei doch

fast überall der Politik abhold und interessiere sich mehr für eine friedliche Reformpolitik. Diese Schlußfolgerungen sind ebenfalls unzutreffend.

Die finnische Sozialdemokratie erhält bei den Wahlen von der Landbevölkerung allerdings große Unterstützung, in manchen Wahlkeisen überwiegen die Stimmen dieser Bevölkerungskreise die der Industriebevölkerung bedeutend. Aber schauen wir näher zu, welche »bäuerliche Kreise« es in Wirklichkeit sind, die für die Sozialdemokratie stimmen. Erstens sind es die Zwergpächter, deren Zahl größer ist als die der besitzenden Bauern (zirka 120 00 : 165 000); zweitens sind es die landlosen Landarbeiter und jene Massen der Gelegenheitsarbeiter, deren Zahl noch größer ist als die der Zwergpächter. Es sind also völlig proletarisierte Massen, deren Zahl in die Hunderttausende steigt, die aber mit der konservativ denkenden besitzenden Bauernschaft gar nichts gemein haben, womit natürlich noch nicht gesagt sein soll, als wären nun diese proletarischen Massen die besten und die grundsätzlichsten Sozialdemokraten. Es soll nur darauf hingewiesen sein, daß diese Massen ihrer Klassenlage nach nur zu der Sozialdemokratie gehören, und daß sie die Partei durchaus nicht zu einer bäuerlichen Reformpartei machen können — schon aus dem Grunde nicht, weil sie größtenteils gar nicht Mitglieder der Partei sind, da es ihnen schwer ist, die Beiträge zu bezahlen! Von den 375 000 Wählern sind nur zirka 53 000, etwa ein Siebentel politisch organisiert, die übrigen sind unorganisiert. Aber sie geben für die sozialdemokratische Propaganda einen empfänglichen Nährboden ab, und die Partei läßt es auch an Agitation nicht fehlen. Die unhaltbaren Zustände dieser proletarisierten Massen stehen mit der Gesamtlage des Proletariats in engem Zusammenhang.

Der Weltkrieg hat für die finnische Sozialdemokratie den Kriegszustand mit russischer Willkür gebracht: die Zensur wütet in Finnland noch ärger als wie in Rußland, und das Spähertum entfaltet seine alles lähmende Tätigkeit bis in die letzten Winkel des Lebens. Daher ist es in Finnland zurzeit einfach unmöglich, zu den Zeitproblemen innerhalb der Internationale öffentlich Stellung zu nehmen und die internationalen Konferenzen zu beschicken. Nach außen hin kann es daher leicht den Anschein erwecken, als ständen die finnischen Sozialdemokraten den politisch brennenden Tagesfragen kalt und teilnahmlos gegenüber, als beschäftigten sie sich nur noch mit inneren Reformfragen. Der Wahlkampf war jedenfalls dazu sehr angetan, um eine solche Auffassung zu begünstigen. Es durften nur die inneren oder spezifisch finnischen, zwischenparteilichen Fragen diskutiert werden, die politischen Probleme zwischen Finnland und Rußland, die durch den Krieg aufgeworfenen allgemeinen Fragen usw. durften nicht zur Erörterung gestellt werden. Es scheint, daß die russische Presse durch diesen, der finnischen Sozialdemokratie durch die russische Gewalt aufgezwungenen »Burgfriedenswahlkampf« zu ihrem falschen Urteil gekommen ist. In dieser Zwangslage konnte sie sich schließlich nur stumm, das heißt mittels des Wahlzettels äußern. Und der Wahlausgang ist denn auch ein sehr schlagender Beweis dafür, wie das finnische Proletariat sich zu dem »Burgfrieden« stellt — nicht nur vom Standpunkt der finnischen Bourgeoisie, sondern auch vom Standpunkt der russischen Gewalt: der Hieb galt beiden und ist beiden auch gleich schmerzlich. Hatte das finnische Proletariat den Kriegspatriotismus — zum größten Leidwesen der Echtrussen — total vermissen lassen, war in Finnland von einer Durchhaltepolitik so gar nichts zu vernehmen, so bedeutet der sozialdemokratische Aufmarsch des 1. und 3. Juli entschieden noch mehr: eine neue politisch-revolutionäre Tat. Die finnische Sozialdemokratie ist geblieben was sie war — eine unverdrossene Kämpferin unter dem Banner der Internationale.

Literarische Rundschau.

Dr. A. Zimmermann, **Die Kolonialreiche der Großmächte 1871 bis 1916.** Berlin 1916, Verlag Ullstein & Co. 237 Seiten. Preis 1 Mark.

Zimmermanns Schrift über die Kolonien der Großmächte verdient schon wegen der ausgezeichneten Ausstattung gekauft zu werden. Eine kurz zusammengefaßte Übersicht der wichtigsten Ereignisse auf dem Gebiet der Kolonialpolitik mit fünf Übersichtskarten, einer Zeittafel, Personen- und geographischem Namensverzeichnis, machen diese Schrift zur raschen Orientierung in den Fragen der Kolonialgeschichte sehr wohl geeignet. Legationsrat A. Zimmermann ist bekanntlich der offizielle Geschichtschreiber der Kolonialpolitik und hat in seinem sechsbändigen Werke viel Material zusammengebracht. Das kleine Schriftchen gibt in der Hauptsache die Tatsachen der neueren Zeit wieder, greift aber auch auf die früheren Perioden zuweilen zurück.

Eine planvolle, von einer Idee beleuchtete Geschichte der Kolonien, der Kolonialpolitik und der mit dieser verbundenen allgemeinen Weltpolitik gibt allerdings Zimmermann in dieser kleinen Schrift natürlich noch weniger als in seinem großen Werke. Diese neueste Arbeit ist auch nicht so ruhig, objektiv gehalten wie seine frühere: ist sie doch während des Krieges geschrieben und soll eine Anklageschrift in der Hauptsache gegen England werden. Zimmermann rückt demnach auch viel zu stark psychologische Momente in den Vordergrund. So, wenn er sich beklagt, daß England Europa jahrhundertelang an der Nase herumgeführt hat, daß die ganze Welt aus Neid und ähnlichen Motiven gegen Deutschland voreingenommen ist usw., während er selbst sehr wohl weiß, daß der letzte Grund der Kolonial- und Weltpolitik in den materiellen Interessen gewisser Gesellschaftsschichten zu suchen ist. Siehe beispielsweise seine Erklärung des neuerlichen Umschwungs in der Kolonialpolitik der Großmächte infolge der Tatsache, daß die Naturschätze der Kolonien einen großen Wert erlangt haben. Auch einige Versuche, allgemeine historische Erklärungen gewisser Vorgänge zu geben, können noch nicht als völlig feststehend betrachtet werden. So teilt Reventlow die Geschichte der Annexion von Tunis durch Frankreich, die eigentlich schon auf dem Berliner Kongreß 1878 beschlossene Sache war, anders als Zimmermann mit. Umgekehrt hat anscheinend Zimmermann recht, wenn er im Gegensatz zu den Autoren des Sammelwerkes »Deutschland und der Weltkrieg« (Leipzig und Berlin 1915) erklärt, daß Frankreich nach Faschoda Annäherung an Deutschland gesucht hätte, von ihm aber zurückgewiesen worden wäre.

Wir wollen hoffen, daß Zimmermann bald den einseitig »kriegerischen« Charakter seiner kleinen Arbeit beseitigen und sie zu einem wohl brauchbaren Nachschlagewerk machen werde. Sp.

Anzeigen.

Wilhelm Keil, M. d. R., **Die ersten Kriegssteuern und die Sozialdemokratie.** Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 73 Seiten. 1,20 Mark.

Die Schrift gibt einen Überblick über die finanzpolitischen Vorgänge im Reiche seit Ausbruch des Krieges und erörtert das Steuerprogramm Dr. Helfferichs und die Kriegssteuervorschläge der Sozialdemokratie, schildert eingehend die einzelnen Steuerentwürfe, die zu ihnen gestellten Anträge wie ihr Schicksal, verteidigt dann die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zur Kriegsgewinnsteuer, polemisiert gegen deren Ablehnung durch die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft und schließt mit einem Ausblick in die Zukunft der Steuergesetzgebung.

Briefkasten. An unsere Leser. Die Fortsetzung der Artikelserie: »1866 bis 1914. Ein geschichtlicher Vergleich« von Fr. Mehring kann zurzeit nicht erscheinen.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Die Neue Zeit
Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie
2. Band Nr. 24 Ausgegeben am 15. September 1916 34. Jahrgang

Die Reichskonferenz.

Von Heinrich Ströbel.

Bekanntlich gibt es in der Partei eine Gruppe von Politikern der mittleren Linie, die in den inneren Parteikämpfen dieser Jahre nicht einen unvermeidlichen Prozeß der Klärung und die notwendige Vorbedingung für eine durch die Verhältnisse gebotene Aktionsfreiheit sehen, sondern nur übertreibende Einseitigkeiten, die leider eine Politik der braven, geschlechtslosen mittleren Linie unmöglich machten. Diese Genossen, denen alle inneren Krisen unsympathisch sind, und spiegelten sie auch nur getreulich die ungeheuerste politische Krise, die die Weltgeschichte bisher erlebt, erhoffen denn auch von der demnächst zusammentretenden Reichskonferenz, daß ihr der Versuch gelinge, die schroffen Gegensätze, die während des Krieges innerhalb der Partei aufgeklafft sind, zu überbrücken und eine Verständigung herbeizuführen. Diese wohlmeinenden, politisch aber allzu kurzsichtigen Mittler werden auch diesmal wieder eine Enttäuschung erleben.

An sich gäbe es natürlich nichts Wünschenswerteres als die vollste Geschlossenheit der Sozialdemokratie während der Katastrophe des Weltkrieges. *Nicht* aus *dem* Grunde, den man so oft in der Presse und aus dem Munde von Rednern der Mehrheit gehört hat: die *nach* dem Kriege an die Partei herantretenden Aufgaben politischen und sozialer Natur seien so schwere und gewaltige, daß die Arbeiterklasse sie nur in festgefügter Kampfesfront bewältigen könne. *Diese* Sorgen erscheinen uns wirklich übertrieben; selbstverständlich gilt es, Gewerkschafts- und Parteiorganisationen so kräftig zusammenzuhalten, als nur immer möglich; aber *nach* dem Kriege wird die Arbeiterklasse Verhältnissen gegenüberstehen, die ohnehin auch dem Lässigsten und Kurzsichtigsten die Notwendigkeit des festen und entschlossenen Zusammenhalts mit aller Eindringlichkeit zu Gemüte führen werden. Die viel wichtigere Sorge des Augenblicks ist, daß *jetzt*, *während* des Krieges die sozialistische Arbeiterschaft ihre historische Pflicht erfüllt. Denn *jetzt* ist ihre Schicksalsstunde. Versagt sie in *diesem* großen geschichtlichen Moment, der für das Geschick der Nationen, für das Los des europäischen Proletariats *entscheidend* ist, so kann sie in Jahrzehnten nicht wieder gut machen, was sie in Jahren oder auch nur in Monaten verabsäumt hat.

Darüber aber, was in dieser Zeit die geschichtliche Aufgabe der sozialistischen Arbeiterschaft ist, gehen ja gerade die Ansichten so weit auseinander, gerade darüber ist ja die heftigste Parteifehde entbrannt, gerade dieser Meinungsstreit hat ja Formen angenommen, die nicht nur die Geschlossenheit der Aktion vereiteln, sondern auch die Einheitlichkeit der Organisation zu sprengen drohen. Die Wiederherstellung der alten Ein-

tracht und Geschlossenheit während des Krieges wäre also nur möglich, wenn die Meinungsdifferenzen über die proletarische Kriegspolitik ausgeglichen würden. Daran ist aber einstweilen doch wohl nicht zu denken.

Es handelt sich ja auch gar nicht um Meinungsverschiedenheiten theoretischer Natur. Über solche kam man in der Partei oft leicht genug hinweg, wie der Dresdener Parteitag bewies, wo schließlich selbst die Rechte der Partei mit wenigen Ausnahmen für die radikale Resolution stimmte. Hier dreht es sich um politische Handlungen. Darum, ob man die Kriegskredite bewilligt oder ablehnt, ob man den Burgfrieden anerkennt oder nicht, ob man die ganze bürgerliche Kriegspolitik im Regierungstrosse mitmacht oder selbständige proletarische und sozialistische Politik treibt.

Wenn jemand, der für die Politik im allgemeinen und sozialdemokratische Politik im besonderen keinerlei Vorkenntnisse mitbringt, nur die Reden Scheidemanns und Eberts hörte, könnte er allerdings der Meinung sein, daß Kreditbewilligung und unverdrossenster Durchhalteeifer nichts als die konsequente Fortsetzung der bisherigen sozialdemokratischen Politik seien. Aber wer die Artikel und Schriften derjenigen »Mehrheits«vertreter liest, denen Kenntnis der Parteiliteratur und Parteitheorie immerhin ein maßgeblicheres parteipolitisches Urteil sichert als den »Praktikern« des Durchhaltens: wer die Argumentation der Lensch und Hänisch mit denen der Scheidemann und Ebert vergleicht, der erkennt sofort, daß die Kriegspolitik der »Mehrheit« den schroffsten Bruch mit der ganzen sozialdemokratischen Vergangenheit darstellt.

Und wir wissen ja auch nur zu gut, die Schriften der Lensch, Hänisch, Cunow, David, die Artikel der Thimmeschen Mitarbeiter bezeugen es uns, welche Vorstellungen diesen Bruch hervorriefen. Im ersten Augenblick war es bei vielen überwiegend die erste Bestürzung über das kolossale Ereignis des Weltkrieges, die Furcht vor der Verantwortung und ihren etwaigen Folgen, was sie am 4. August die Kriegskredite bewilligen ließ. Die bewußten Reformpolitiker von der Kategorie David, Peus, Heine, Kolb allerdings durften mit Fug von sich sagen: »da machen wir wahr, was wir immer gesagt haben«. Aber es dauerte nicht lange, da machte die Mehrheit aus der Not eine Tugend, indem sie sich in die schönsten Illusionen einspann. Als die deutschen Heere in raschem Siegeszuge durch Belgien und Nordfrankreich vordrangen, als Hindenburg den Russen in Ostpreußen betäubende Schläge versetzte, da stand unseren Mehrheitspolitikern der überwältigende deutsche Sieg außer Frage. Das Zerbrechen der englischen Seeherrschaft, das Zurückdrängen Rußlands über die Narewlinie hinaus, das Mitteleuropa vom Tornea-Elf bis Lugano, von Calais bis zum Persischen Golf waren ihnen bereits unbezweifelbare Tatsachen. War dem aber so, nahm die Geschichte tatsächlich diesen Verlauf, so war es Torheit, sozialistisch-theoretischer Spintisiererei wegen sich greinend und nörgelnd dem ehernen Gang der Geschichte zu widersetzen. Denn, so kündete Cunow, die Geschichte hat immer recht, nicht der theoretisierende Geschichtskonstruktor, der ihr eigensinnig seine Gesetze aufzwingen will. Aus der Tatsache des überwältigenden Sieges aber ergaben sich für die »Mehrheit« weitere Nutzanwendungen: Der Krieg gebiert einen mächtigen Wirtschaftsaufschwung,

der den Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse beschleunigt. Und je »patriotischer« die Arbeiterschaft sich während des Krieges verhalten hat, je weniger Unbequemlichkeiten sie der Regierung und der Bourgeoisie bei der Durchführung ihrer Pläne bereitete, desto umgänglicher werden die herrschenden Mächte nach dem Kriege sein, desto weniger werden sie der Arbeiterklasse ihre sozialen und politischen Forderungen verweigern können.

Die »Minderheit« lehnte diese Politik aus grundsätzlichen und praktischen Gründen ab. Die Bewilligung der Kriegskredite betrachtete sie als unvereinbar mit den Grundsätzen des Sozialismus und proletarischen Internationalismus. Den etwaigen Sieg des Imperialismus, sei es dieser, sei es jener Völkergruppe, hielt sie nicht für einen Hebel, sondern für ein schwerstes Hemmnis des wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts. Nicht politische Zerreißung und gegenseitige wirtschaftliche Bekämpfung der Völker, sondern Versöhnung der Nationen und weltwirtschaftlicher Güteraustausch erschien ihr als erstrebenswertes Ziel. Und zu dieser grundsätzlichen Stellungnahme traten andere Erwägungen ernstester Art: war es nicht viel wahrscheinlicher, daß der Krieg eine wesentlich andere Entwicklung nahm, als die neubekehrten Sozialimperialisten sich einbildeten? Konnte er nicht, statt rasche Entscheidung zu bringen, sich endlos hinschleppen, ungeheure Blutopfer verschlingen und die Völker, statt ihnen Beute und glänzende Zukunft zu bescheren, dem Ruin überliefern? Und war es da nicht doppelt nötig, daß innerhalb der Völker eine Friedensmacht emporwuchs, die sich freihielt von aller Kriegsleidenschaft, niemals nach »Sieg« und »Vergeltung« schrie, sondern das Vertrauen aller Nationen genoß, um zur gegebenen Zeit, wenn die Schwerter an dem Stahlpanzer des Gegners stumpf wurden, ihr Gewicht in die Wagschale zu werfen? Jede nationalistische Betätigung aber vertrug sich nicht mit dem Wesen dieser Friedensmacht, jede Kreditbewilligung, jede Parteinahme für die Kriegsrüstung, jede Herabsetzung des anderen Teiles, jedes Sicheinsetzen für direkte oder indirekte Annexionen mußte ihr Vertrauen untergraben, sie zur Ohnmacht und Wirkungslosigkeit verdammen.

Wie richtig Auffassung und Haltung der »Minderheit« war, hat der Kriegsverlauf bewiesen. Die Politik der sozialistischen Mehrheit hat die Erbitterung des Krieges ins Maßlose gesteigert, hat starke Teile auch des Proletariats der verschiedenen Länder in die nationalistische und imperialistische Verirrung mit hineingerissen, ohne darum auch nur die politischen und militärischen Aussichten des Kriegsausganges irgendwie zu verbessern. Im Gegenteil: der proletarische Chauvinismus des einen Landes löste die gleiche Stimmung im anderen Lande aus, und die Folge war die wachsende Verbitterung des Krieges, das immer riesenhaftere Anschwellen der Armeen und der Kriegsschauplätze.

Trotzdem ist die »Mehrheit« auf der schiefen Ebene ihrer Politik bereits so tief hinabgeglitten, hat sie sich in den unheilvollen Konsequenzen ihrer ersten Fehler derart verstrickt, daß von ihr eine entschlossene Umkehr nicht zu erwarten ist. Völlig unsinnig aber wäre die Annahme, daß die »Minderheit«, deren Warnungen und Voraussagen bis aufs Tüpfelchen überm i ihre Bestätigung gefunden haben, auch nur den winzigsten Schritt von dem Weg abweichen könnte, der einzig eine Rettung aus der Katastrophe verspricht.

So sind die Aussichten für eine Verständigung innerhalb der Partei äußerst gering. Beide Teile werden sich aussprechen, werden einander vergebens zu bekehren suchen und dann auch ferner die Politik einhalten, die ihnen ihre innerste Überzeugung zur Pflicht macht.

Deshalb wäre es sicherlich kein Schaden gewesen, wenn die Reichskonferenz überhaupt unterblieben wäre. Eine Aussöhnung der Gegensätze auf gütlichem Wege, durch Verständigung, vermag sie nach Lage der Dinge nicht herbeizuführen; und irgendwelche Mittel zum Erzwingen einer bestimmten Politik besitzt sie nicht.

Das letztere ist ja auch vom Parteivorstand und dem Parteiausschuß ohne weiteres zugegeben worden. Die Reichskonferenz, erklärte man, sei natürlich gar nicht in der Lage, bindende Beschlüsse zu fassen. Selbstverständlich nicht, denn eine solche Reichskonferenz ist ja nicht einmal irgendwo in dem Organisationsstatut der Partei vorgesehen. Sie ist einfach eine unverbindliche, lediglich der Aussprache dienende Zusammenkunft einer Anzahl von Parteigenossen, gleich der Redakteurkonferenz, die ja auch nur zu beraten, Meinungen zu äußern, aber keine Beschlüsse zu fassen hat.

Doch man darf sich nicht darüber täuschen, daß es den Betreibern der Einberufung der Reichskonferenz um mehr zu tun war, als um eine bloße Aussprache mit voraussichtlich völlig negativem Ergebnis. Ohne Zweifel hoffte die »Mehrheit«, daß die Konferenz durch die Billigung ihrer Politik ihr neuen moralischen Rückhalt verschaffen, ihre Autorität in der Partei stärken werde, so daß man möglicherweise riskieren könne, was man mit bloßer Unterstützung der Parteiausschußmehrheit nicht wagen durfte. Äußerungen, die diese Vermutungen rechtfertigen, sind ja auch bereits in den Vorbesprechungen gefallen. Haben doch Mitglieder des Parteivorstandes erklärt, daß man allerdings die Zuversicht hege, daß der Teil der Partei, dessen Ansichten auf der Reichskonferenz in der Minderheit bleibe, sich den Auffassungen der Mehrheit fügen werde. Und man hat diese nach dem ganzen Verlauf und der stetigen Verschärfung der Parteikrise so ungemein naive Hoffnung mit der Berufung auf die »demokratischen« Pflichten zu begründen gewagt.

Solche Berufung auf demokratische Pflichten und Grundsätze nimmt sich wahrhaft überwältigend aus im Munde von Leuten, die sogar zur Einberufung eines Kriegsparteitags bereit gewesen wären, wenn man dafür nur die Garantie der »freien Aussprache« gehabt hätte. Nicht der freien Aussprache in der Presse, in den die Delegiertenwahl vollziehenden Versammlungen, sondern nur auf dem Parteitag selbst, der »freien Aussprache« hinter geschlossenen Türen! Wer einen solchen Parteitag für verträglich hält mit den Rechten und Pflichten der Demokratie, wer auf ihm auch nur die elementarsten demokratischen Garantien gewahrt sieht, der bekundet eine so eigenartige Auffassung von demokratischem Wesen, daß eine Verständigung zwischen ihm und einem Sozialdemokraten der alten Prägung schlechterdings unmöglich ist.

Besonders hübsch macht sich aber das Ausspielen der demokratischen Pflicht, sich nach gutem altem Brauch den Beschlüssen der »Mehrheit« zu unterwerfen, wenn man sich die Sorgfalt vergegenwärtigt, mit der Parteivorstand und Parteiausschuß sich bemüht haben, der wirklichen Mehrheit der Parteigenossen jeden Einfluß auf die Beschlußfassung der

Reichskonferenz unmöglich zu machen. Ganz abgesehen davon, daß der Parteiausschuß selbst auf der Konferenz vollberechtigt vertreten sein soll, hat man ein Delegiertensystem ausgeklügelt, neben dem, wie unser Solinger Parteiblatt ganz richtig bemerkt, selbst die bestehenden Schönheiten des preußischen Dreiklassenwahlrechts verblassen. Nicht die Zahl der organisierten Parteimitglieder wird der Vertretung zugrunde gelegt, sondern deren Verteilung über das Land. Je mehr ihrer gedrängt in Großstädten und Industriezentren zusammensitzen, je besser und älter ihre politische Schulung, desto schwächer und unzulänglicher sollen sie vertreten sein. Je spärlicher aber ihre Zahl in wirtschaftlich und politisch rückständigen Gegenden, je kümmerlicher sie versprengt sitzen auf dem platten Lande, desto stärker und ausschlaggebender sind sie an Delegiertenzahl vertreten. Wo ihrer auch nur bis zu fünfzig in einem ganzen Kreise gezählt werden, sollen sie ein Vertretungsrecht erhalten. Dergestalt, daß diese Wahlkreise mit der schwächsten sozialdemokratischen Organisation für jeden der 24 Bezirke zusammengelegt werden und dann gemeinsam je einen Delegierten wählen. Da solcher Kreise zirka 100 existieren sollen, werden die 3000 oder 4000 Genossen, die sie zusammen zählen, möglicherweise durch mehr Delegierte vertreten sein als ganz Groß-Berlin! Aber besser noch: zählt ein Wahlkreis mehr als 50 Organisierte, also 51, 60, 70, 100, 200, so soll er das Recht auf einen Delegierten haben. Wahlkreise bis zu 3000 Organisierten aber haben genau das gleiche Recht. Von da ab entfällt gar das Recht auf Entsendung eines Delegierten auf bis zu 7000 Parteimitgliedern, erhalten doch Wahlkreise mit 3000 bis 10 000 Mitgliedern nur zwei Delegierte, und selbst die allergrößten nur drei!

Genosse Stampfer hat es fertiggebracht, dies wahrhaft groteske Delegationssystem noch unter Berufung auf das für den Parteitag bestehende Delegationsrecht zu verteidigen. Auch das sei ja gar nicht streng demokratisch, sondern begünstige bewußt die kleineren, rückständigeren Wahlkreise, um diese Parteielemente zu ermuntern, anzuregen, enger mit dem Parteileben zu verketten. Das ist schon recht, aber wie sehr unterscheidet sich trotzdem auch dies System von dem, das diesmal für die Reichskonferenz ausgeheckt wurde, um nur ja von vornherein über eine instanzenwillige, wohlpräparierte Vertretung zu verfügen! Bestimmt doch der § 7 des Organisationsstatuts, daß an Delegierten für den Parteitag zu entfallen haben auf bis 1500 Mitglieder ein Delegierter, auf 3000 zwei, auf 6000 drei, auf 12 000 vier, auf 18 000 fünf Delegierte und für jede weitere 6000 Mitglieder ein Delegierter mehr. Warum hat man dies Delegiertensystem noch bis zur Absurdität verballhornt? Nun, die Absicht ist durchsichtig genug.

Trotzalledem wird die »Minderheit« sich an der Konferenz beteiligen. Sie hat ja keine Ursache, eine Aussprache zu scheuen. Gegen ungebührliche Zumutungen und Vergewaltigungen wird sie sich in jedem Falle zu schützen wissen. Sollte die Mehrheit noch immer nicht merken, daß sie in Tauwetter auf einer treibenden Eisscholle sitzt, so mag sie es darauf ankommen lassen. Die ohnehin gezählten Tage ihrer Herrlichkeit fänden dann ein noch rascheres und noch unrühmlicheres Ende.

Wohin?

Eine Antwort auf eine Frage.

Von Ed. Bernstein.

In der Gruppe der Parteimitglieder, die sich zu einem mehr oder weniger verschämten Imperialismus »durchgerungen« haben, spielen zwei, Paul Lensch und Ludwig Quessel, eine ziemlich eigenartige Rolle. Vor dem Kriege schienen sie einander bis ins Extrem entgegengesetzt — Quessel der sehr revisionistische Reformist, Lensch der anscheinend unversöhnliche Sozialrevolutionär. Man wird in den Jahrgängen der »Leipziger Volkszeitung« aus jener Zeit, wo Lensch ihr den Ton gab, manche höhnende Ausfälle wider Quessel finden. Aber schon auf dem Chemnitzer Parteitag (1913) zeigte sich in der Debatte über den Imperialismus, daß der Gegensatz Lenschs wider Quessel nicht einer der politischen Grundanschauung, sondern nur der praktischen Stellungnahme war. Soweit muß man Heinrich Schulz, dem Lensch-Apologeten, recht geben. Und als der Krieg kam, der mit so manchem anderen auch die zwischen ihnen obwaltende Scheidewand der praktischen Haltung niederlegte, fanden die beiden Widersacher zu ihrer Überraschung, daß sie als Politiker nicht meilenweit voneinander entfernt, sondern dicht nebeneinander standen.

Von nun an wandeln sie Hand in Hand als ein Paar, das Erinnerungen an des Cervantes unsterblichen Roman wachruft. Haben wir in Lensch eine neue Auflage des biederen Sancho Pansa, der, immer den Blick auf das Reelle gerichtet, für jeden Antrieb ein hausbackenes Gleichnis zur Verfügung hat, so erinnert Freund Quessel stark an den ideologisch veranlagten Don Quichotte, dem ungemein fleißiges, aber einseitiges Lesen so verhängnisvoll wurde. Mit heiligem Ernst, wie er dem scharfsinnigen Ritter von der trübseligen Miene nicht stärker zu eigen sein konnte, kämpft er selbstlos für die Anerkennung einer Idee, die ihm so erhaben vorkommt wie einst dem Ritter von la Mancha seine Dulzinea, nunmehr begleitet von Pansa-Lensch, der ihm Gegenstück und Ergänzung in einem ist. Die Dulzinea unseres modernen Don Quichotte aber ist die Gewinnung der Sozialdemokratie für die Weltpolitik der deutschen Imperialisten.

In der neuesten Nummer der »Sozialistischen Monatshefte« ist ein Aufsatz Quessels: »Quo vadis, Germania?«, der unter verschiedenen Gesichtspunkten zur Besprechung herausfordert. Er ist eine Betrachtung der Weltlage, die, wie übrigens auch anderen Leuten, Quessel gar nicht gefällt. Er sieht, noch vor Rumäniens Beitritt zur Entente, immer mehr dunkle Wolken an Deutschlands Horizont aufsteigen. Das nördliche und das südliche, das angelsächsische und das lateinische Amerika sind ihm schon die sicheren Verbündeten Englands im Kampfe für die Vernichtung Deutschlands, die Rüstungen Amerikas sind diesem Zweck gewidmet. Kein Wunder, daß er sich zu einem Mahnruf an das bedrohte Deutschland veranlaßt fühlt, sich, solange es noch Zeit ist, des möglichen Retters zu vergewissern. Wie der Apostel dem römischen Soldaten, ruft er Germania warnend ein quo vadis? — wohin gehst du? — zu. Und er zeigt ihr auch gleich den Erlöser. Es ist kein anderer als — Rußland und das mit diesem verbündete Japan. Im Anschluß an das russisch-japanische Bündnis liegt das Heil. Ex oriente salus — wie das Licht kommt auch das Heil aus dem Osten.

Kein neues und auch kein einsam ertönendes Lied. Von allen möglichen Dächern wird es heute gepfiffen. Wie es schon im Winter 1914/15 in gewissen Kreisen zu vernehmen war, so scheint es jetzt auf der ganzen Linie der sogenannten öffentlichen Meinung Modegesang werden zu wollen.

Soweit das Bürgertum in Betracht kommt, wollen wir uns nicht weiter darüber aufhalten. Wer diesen Krieg durchlebt hat, der hat in bezug auf Urteilskraft und Gesinnung unserer Gebildeten in Fragen der auswärtigen Politik keine Illusionen mehr zu verlieren. Beduinen und Zulus können über Völkerbeziehungen auch nicht viel anders argumentieren, als es der Durchschnittsbürger des Landes der Denker und Dichter getan. Von einem geschichtlichen Weitblick, wie er das Urteil über die auswärtige Politik und die an ihre Stelle getretene Kriegspolitik leiten soll, von einer ernsthaften Beschäftigung mit der Frage des: Was dann? war in dieser Hinsicht kaum beim Hundertsten etwas zu verspüren. Das unmittelbar vor der Nase liegende oder zu liegen scheinende Interesse war Maßstab für alles. Auf Grund seiner wurden alle politischen, auf Grund seiner auch alle moralischen Urteile über Maßnahmen und Personen gefällt. Bei solcher Gepflogenheit aber ist es nur selbstverständlich, daß man seine Bundesgenossen sucht, wo man sie im gegebenen Augenblick gerade haben zu können glaubt, und sie nach Belieben haben zu können glaubt, wo man sie sich gerade wünscht.

Und der Boden, dem diese gedanken- und gesinnungslose Behandlung der auswärtigen Politik entstammt, das ist die Dulzinea unseres guten Quessel. Nicht daß ihm Gedanken- oder Gesinnungslosigkeit vorgeworfen werden soll. Das wäre gegenüber einem so fleißigen und überzeugten geistigen Arbeiter wie er nur lächerlich. Aber von einer fixen Idee besessen, verbohrt er sich in Arbeiten und Grübeln, bei dem es ihm geht wie dem Mann, der, um mit dem Dichter zu reden,

»mit gieriger Hand nach Schätzen gräbt
und froh ist, wenn er Regenwürmer findet«.

In dem erwähnten Artikel, der aber nur ein Beispiel für viele aus seiner Feder gibt, ist fast immer nur von Staaten und Ländern die Rede, die Völker spielen nur nebenbei einmal hinein, die S t a a t e n handeln, die S t a a t e n wollen, die S t a a t e n haben Absichten und Pläne. Daß die Staaten V ö l k e r repräsentieren, diese Völker aber aus Menschen bestehen, die nach ihrer Klassenlage, Erziehung, sozialethischen und politischen Denkweise sehr verschiedene Anschauungen und Absichten in bezug auf das Verhältnis zu anderen Nationen haben, kommt gar nicht in Betracht. Die Meinungen oder Absichten von Leuten, die gerade an der Macht sind oder den Mund besonders voll nehmen, werden schlechthin als die Meinungen oder Absichten der Staaten behandelt, und danach wird nicht etwa nur die gegenwärtige Kriegspolitik — was aber auch noch sehr falsch wäre —, sondern die ganze kommende auswärtige Politik vorgezeichnet. Dabei aber hört Quessel mit den Ohren der deutschen Kolonialinteressenten und Flottenpolitiker von der ultrakapitalistischen Observanz. Er hört die Stimmen der deutschfeindlichen Engländer und Amerikaner überlaut, man könnte sagen durch ein Megaphon, ist aber merkwürdig schwerhörig mit Bezug auf die jenen verwandten Stimmen aus Rußland. Daß die antideutsche Strömung in England und den Vereinigten Staaten neueren Datums, das Antideutschtum bestimmter Schichten der russischen Bour-

geoisie und speziell des russischen Beamtentums dagegen alteingewurzelt ist, kümmert Quessel ebensowenig, wie er sich die Frage vorlegt, wieviel von der ersterwähnten Strömung in dauernden Tendenzen fundiert und wieviel lediglich Produkt des Krieges ist und nach seiner Beendigung wenn nicht sofort verschwinden, so doch Abschwächung erfahren kann. Sein durchaus einseitiges Bild der Politik der Mächte in den letzten Jahren vor dem Kriege und der Zuspitzung im Kriege und durch den Krieg dient ihm als Karte, die dem armen Heiden Michel den Weg zeigt, den er zu gehen hat. Sein »Quo vadis, Germania?« läuft aus in der Antwort:

Ans Russenland, ans teure, schließ dich an!

Rußland ist der Retter. »Die russische Gefahr für Mitteleuropa kann,« so erfährt Germania, »soweit sie wirklich vorhanden und nicht bloß eingebildet ist, durch gerechte Schonung russischer Lebensinteressen behoben werden. Wie Deutschland und Rußland als Nachbarreiche wirtschaftlich einander bedürfen, so ist der russisch-japanische Zweibund machtpolitisch auch darauf angewiesen, daß ihm im Westen keine Gefahr droht.« Mitteleuropa, das heißt Deutschland samt Österreich-Ungarn usw., soll sich Rußland in die Arme werfen zur gegenseitigen Sicherung gegen die westliche Gefahr. Angelsachsen, das heißt England gleich mitsamt den Vereinigten Staaten, sinnen nicht nur darauf, den Germanen an Land und Leben zu gehen, wobei ihnen die Lateiner Europas und gleich Südamerikas zur Seite gehen, sie stehen auch den russisch-japanischen Strebungen im Bereich des Stillen Ozeans im Wege. Das eröffnet die Aussicht auf ein deutsch-russisch-japanisches Bündnis. Es »scheint fast unmöglich, zu verkennen, daß für Mitteleuropa der Weg zum dauernden Frieden nicht der sinkenden, sondern der aufgehenden Sonne zuführt«. Aus dem Symbolischen in nüchternes Deutsch übertragen: nicht mehr Germanen wider Slawen, sondern Germanen mit Slawen und Japanern wider Angelsachsen und Lateiner soll es fortan heißen.

Wir müssen es uns leider versagen, die aus der Geschichte der letzten Jahre geschöpften Argumente Quessels für seine These in kritischer Beleuchtung vorzuführen. Man kann zurzeit eine gewisse Legendenbildung nicht bloßstellen, ohne mit der Vorsehung in Konflikt zu kommen, die ein gütiges Geschick über uns gesetzt hat. Darum nur so viel, daß die Bemerkungen Quessels, die auf die Entstehung des Krieges zurückführen und die Beweggründe wie Absichten betreffen, mit denen die Nationen in ihn eingetreten sind, nicht nur im Widerspruch stehen mit allem, was die diplomatischen Urkunden anderer Länder darüber berichten, sondern auch in den wichtigsten Punkten von den Weißbüchern und Erklärungen der deutschen Regierung Lügen gestraft werden. Während selbst der Reichskanzler und das Auswärtige Amt, so wenig sie mit Anklagen gegen irgendeine der gegnerischen Mächte sparen, immerhin bei der Verteilung des Maßes der Verantwortungen sich einigermaßen an den wirklichen Gang der Dinge halten, erscheint in Quessels Darstellung diejenige Nation als die Antreiberin, deren Regierung und Volk mit dem größten Widerstreben in den Krieg eingetreten sind.

Dieser Widerspruch mit den Tatsachen ist freilich kein Zufall, er ist die natürliche Folge der ganzen Betrachtungsweise Quessels. Sein Artikel konnte, ohne daß auch nur ein Wort geändert wurde, ebensogut in der

»Täglichen Rundschau«, der »Deutschen Tageszeitung« oder irgendeinem anderen imperialistisch-nationalistischen Blatt gestanden haben. Und zwar nicht etwa als Beitrag eines Außenstehenden, sondern als redaktionelle Leistung. Bis auf Kleinigkeiten herab ist es die gleiche Ausdrucksweise, derselbe Geist, denen wir Tag für Tag in den politischen Artikeln jener Blätter begegnen. Kein Satz, kein Wort verraten den Vertreter einer anderen Weltanschauung, kein Satz, kein Wort den Angehörigen einer Partei, die kraft einer eigenen, aus einer grundverschiedenen Wirtschaftsanschauung geschöpften Theorie der Völkerbeziehungen den heutigen Staatenbünden sich nur kritisch gegenüberstellen kann. Selbst ein Naumann, ein Rohrbach und andere Nationalsoziale alten Kalibers stehen mit ihrer Behandlung der weltpolitischen Frage des Tages noch links vom Sozialdemokraten Quessel.

Wie mit der Argumentierung Quessels steht es mit seiner Folgerung. Deutschland soll sich Rußlands Freundschaft durch »gerechte Schonung russischer Lebensinteressen« erkaufen. Wer aber bestimmt diese Interessen? Doch das in Frage kommende Land selbst, das heißt seine herrschenden Klassen, und das sind heute in Rußland der verbürgerlichte Adel und die Bourgeoisie. Von ihnen wissen wir aber, daß, was sie als Lebensinteressen Rußlands betrachten, in schroffem Gegensatz steht zu länderpolitischen Rechten und Gebietsabgrenzungen, die von jetzigen Verbündeten Deutschlands als deren Lebensinteressen betrachtet werden. Deutschland könnte die Bundesgenossenschaft Rußlands nur durch Verrat an seinen jetzigen Verbündeten erkaufen. So wenig nun die Sozialdemokratie die Anschauungen dieser letzteren — das heißt der herrschenden Klassen dieser Länder — darüber teilt, was Lebensinteressen der Nationen sind, und so wenig sie eine Verewigung der Feindschaft zwischen Deutschland und Rußland auf ihrem Programm hat, so unverträglich ist mit ihrem Programm ein solches machtpolitisches Wechselspiel, wie es hier empfohlen wird. Von der Fragwürdigkeit seiner Aussichten ganz abgesehen, würde obendrein ein Versuch seiner Realisierung vorläufig Deutschland in der Welt eine so unwürdige Rolle spielen machen, wie nur seine bittersten Feinde ihm wünschen können. Man vergegenwärtige sich nur, mit welcher programmatischen Erklärung dieser Krieg seinen Anfang nahm, gegen wen die Welt aufgefordert wurde, Deutschlands Partei zu ergreifen, weil er der Hort des Barbarentums sei, und man wird verstehen, was die Zumutung heißt, um die Bundesbrüderschaft dieser Sonne zu buhlen. Aber dahin kommt man, wenn man als Sozialist sich in die Gedankengänge der Imperialisten beharrlich hineinarbeitet. Man überbietet die letzteren dann noch an Sinnwidrigkeiten. Denn man ist nicht bloß Don Quichotte, wenn man eine überlebte Vergangenheit erneuern will. Man ist es auch, wenn man Folgerungen aus einer bestimmten sozialen Grundauffassung einer Bewegung aufpfropfen will, deren Wesen und Bedürfnisse zu einer von jener grundverschiedenen Auffassung und ihr entsprechenden Folgerungen nötigen. Was haben die weltpolitischen Ziele der Imperialisten mit der internationalen Politik gemein, wie die Sozialdemokratie als Partei der Arbeiterklasse, wie die proletarische Demokratie sie verfechten muß, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will? Gibt es ein lächerlicheres Bild als eine Partei, die sich den Kopf von Parteien und Klassen zerbricht, deren Interessen und politischen Begriffe den ihrigen entgegengesetzt sind?

Wenn Don Quichotte sich verrennt, weiß der praktische Sancho Pansa Rat. Er versieht nicht den Hammel für einen Löwen, aber er sagt sich: wenn ich den Hammel für einen Löwen gelten lasse, gibt es einen guten Braten. Und er macht sich eine Theorie zurecht, wonach die Sozialdemokratie um so revolutionärer ist, je mehr sie dem Imperialismus opfert. Auf diese Weise gehört Lensch zum Quessel und Quessel zum Lensch. Nur wird es nicht bei der Zweiheit bleiben. Denn es ist nicht abzusehen, warum nicht eines Tages ein Jemand an sie herantreten und freundlich lächelnd mit dem seligen Dionysius sagen sollte:

Ich sei, gewährt mir die Bitte,
In eurem Bunde der Dritte.

Und das würde kein anderer als Graf Ernst Reventlow sein. Zu ihm führt die Reise, die Ludwig Quessel die heidnische Germania führen will.

Die Kriegssteuern und die Sozialdemokratie.

Von Emanuel Wurm.

Da die soeben erschienene Schrift des Genossen Keil[1] im Auftrag des Parteivorstandes herausgegeben ist, dürfte man von ihr verlangen, daß sie eine objektive Schilderung der Stellung der beiden Richtungen innerhalb der Sozialdemokratie bringt. Genosse Keil sah aber seine Aufgabe offenbar nur darin, die sozialdemokratische Fraktion im Glanze der Prinzipientreue erstrahlen zu lassen und die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft als Abtrünnige zu zeichnen. Die Arbeit macht er sich sehr leicht, indem er zwar die steuertechnischen Einzelheiten richtig wiedergibt, aber aus den Reichstagsverhandlungen nur das zitiert, was ihm für seinen Zweck brauchbar erscheint.

Zunächst beruft er sich auf eine Rede Haases vom 10. August 1915, über die er schreibt:

> Haase erhob die Forderung, daß diejenigen, die in der Kriegszeit ihr Vermögen vermehren, einen großen Teil davon an das Reich abgeben sollten. Die Auffassung, daß die Sozialdemokratie jede Steuer verwerfen müsse, die »dem imperialistischen Kriege diene«, tauchte in der Fraktion überhaupt nicht auf. Vielmehr stimmte die Fraktion zu der Zeit, als ihr auch Liebknecht noch angehörte, einstimmig für das Gesetz über die vorbereitenden Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne und für das Gesetz über die Kriegsabgaben der Reichsbank. Beide Gesetze dienten der Mittelbeschaffung für Kriegszwecke. Einmütig ging man auch bei der Stellungnahme zum Gesetz über die Kriegsgewinnsteuer davon aus, daß ein prinzipieller Widerspruch gegen diese Vorlage auf keinen Fall zu erheben, vielmehr nur ihre stark wirkende Ausgestaltung zu erstreben sei.

Genosse Keil wiederholt im Kapitel: »Die Schlußabstimmung« die Behauptung, die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft habe die Kriegssteuer abgelehnt, indem sie in der von ihr abgegebenen Erklärung als entscheidenden Grund angab: »Die Kriegssteuer dient letzten Endes dem imperialistischen Kriege, den wir verwerfen.«

---

[1] Wilhelm Keil, M. d. R., Die ersten Kriegssteuern und die Sozialdemokratie. Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 73 Seiten. 1,20 Mark.

Dieses Zitat ist aber zurechtfrisiert. In Wirklichkeit hat Genosse Haase am 5. Juni dieses Jahres nachgewiesen, daß nicht allein dieser von uns mißbilligte Verwendungszweck uns die Zustimmung zur Kriegssteuer unmöglich macht, sondern daß auch alle anderen Gründe, die etwa zu einer Zustimmung veranlassen könnten, fehlen; er sagte:

Unsere Haltung zu den Steuergesetzen wird im wesentlichen von folgenden Erwägungen bestimmt:

Die Kriegssteuer dient letzten Endes dem imperialistischen Krieg, den wir verwerfen. Durch die Zustimmung zu ihr wird auch nicht eine für die Arbeiterklasse ungünstige Besteuerung abgewendet.

Wir stehen einem festen Block aller bürgerlichen Parteien gegenüber, der für sein Steuerkompromiß hier mit einer Dreiviertelmehrheit geschlossen auftritt. Die Sozialdemokratie ist mit ihrem Stimmengewicht völlig ausgeschaltet....

Die ganz unzulängliche einmalige Abgabe des Kriegssteuergesetzes hat zum Zweck oder mindestens zur Folge, eine wirkliche Kriegsgewinnsteuer zu vereiteln, wie sie von der großen Masse des Volkes gefordert wird. Sie ist nur ein kümmerliches Feigenblatt für die ungeheuren Lasten, die namentlich drückend die Arbeiterklasse und den Mittelstand infolge der anderen Steuern treffen.

Die Kompromißparteien betrachten selbst ihr Steuerwerk als ein einheitliches Ganzes, an dem sie geschlossen festhalten. Daß die einzelnen Steuergesetze nicht auch formell miteinander verbunden sind, ist nebensächlich. Dem gesamten Steuerwerk haben die Kompromißparteien den Stempel ihres Klassengeistes aufgedrückt. Sie haben auch das ganze Steuerwerk und alle seine Teile zu verantworten. Wir lehnen die Steuern ab.

Haases Erklärung deckt sich mit der von mir 1913 in Jena vorgeschlagenen und vom Parteitag, auch unter Zustimmung Keils, angenommenen Resolution zur Steuerfrage, in der es heißt:

Für die Bewilligung von Steuern in Reich, Bundesstaaten und Gemeinden ist aber nicht allein maßgebend die Art der Steuern, sondern auch ihr Verwendungszweck.

Gemäß dem Beschluß von Nürnberg 1908 ist jeder gegnerischen Regierung das Staatsbudget bei der Gesamtabstimmung zu verweigern, es sei denn, daß die Ablehnung desselben durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde.

In gleicher Weise ist auch jede direkte Steuer, selbst wenn sie allein den Mehrwert trifft, von unseren Genossen abzulehnen, falls der Verwendungszweck den Interessen der Arbeiterklasse widerspricht, es sei denn, daß die Ablehnung der direkten Steuern durch unsere Genossen die Annahme der bekämpften Vorlage nicht hindert und eine für die Arbeiterklasse ungünstigere Besteuerung zur Folge haben würde.

Entsprechend unserer Programmforderung haben unsere Genossen in den Parlamenten stets darauf hingedrängt, daß bestehende indirekte, die Arbeiterklasse belastende Steuern abgeschafft und durch direkte ersetzt werden, ohne Rücksicht darauf, zu welchen Zwecken die Staatseinnahmen verwendet werden.

Demgemäß haben sie auch zu verhüten, daß neue indirekte Steuern auf die Arbeiterklasse gewälzt werden, und wenn dies nur durch Zustimmung zu direkten Steuern zu erreichen ist, haben sie dafür zu stimmen, da dann der Verwendungszweck der direkten Steuern nur noch der Ersatz indirekter Steuern ist.

Zu dieser noch immer in Kraft befindlichen Resolution steht es also in vollem Widerspruch, wenn Genosse Keil schreibt:

Man darf nicht eine Steuer, die man selbst gefordert hat, »prinzipiell« ablehnen, wenn man künftig mit seinen Forderungen ernst genommen werden will.

Das Prinzip, keine Mittel zu bewilligen, die dem imperialistischen Kriege dienen, hätte von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft schon gewahrt werden müssen bei der Stellungnahme zum Vorbereitungsgesetz, dem sie einstimmig zugestimmt hat. Man kann nicht das Gesetz, das die Grundlagen für die Besteuerung schafft, prinzipiell annehmen und das Gesetz, das diese Besteuerung durchführt, prinzipiell ablehnen.

Nein, Genosse Keil, nach der Jenaer Resolution muß man ein Gesetz, das eine Steuer bringt, deren Verwendungszwecke man nicht billigt, ablehnen, »es sei denn, daß die Ablehnung eine für die Arbeiterklasse ungünstigere Besteuerung zur Folge haben würde«, während man ein Gesetz, das eine direkte Steuer vorbereitet, annehmen muß, weil man dadurch auf jeden Fall verhütet, »daß neue indirekte Steuern auf die Arbeiterklasse gewälzt werden«.

Für Keil scheint die Jenaer Resolution nicht mehr zu existieren, und er erwähnt sie auf den 73 Seiten seiner Schrift nicht — und infolgedessen stolpert er über längst aus dem Wege geräumte Steine. Da einige konservative Gegner der Kriegssteuer gegen diese gestimmt hatten, gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, so folgert Keil daraus, »diese Tatsache zeigt plastisch, wie man nicht verfahren darf, wenn man wirksam die Arbeiterinteressen wahrnehmen will«. Denn neunzig Vertreter der Rechten würden ja genügen, wenn alle sozialdemokratischen Abgeordneten »sich mit scheinprinzipiellen Argumenten selbst ausschalten«, um eine Mehrheit gegen jede Besitzsteuer zustande zu bringen! »Was würde die deutsche Arbeiterschaft dazu sagen, wenn ihre Vertreter den eifrigsten Befürwortern der Massenbesteuerung die Arbeit erleichtern würden?« fragt Keil voll Entrüstung. Nun, die sozialdemokratischen Arbeiter würden ihm sagen: fabrizieren Sie keine scheinprinzipiellen Argumente, sondern studieren Sie die Jenaer Steuerresolution; in dieser finden Sie genau angegeben, wie sich die sozialdemokratischen Vertreter in einem solchen Falle zu verhalten haben.

Diese Resolution aber kann Keil für den beabsichtigten Zweck, die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft ins Unrecht zu setzen, nicht brauchen, deshalb holt er einen anderen Jenaer Beschluß zu Hilfe, nämlich den Antrag 109, von Hug und Genossen, welcher lautet:

> Der Parteitag stellt sich auf den Boden der von der Reichstagsfraktion zu den Deckungsvorlagen abgegebenen Erklärung und billigt ausdrücklich die Zustimmung der Fraktion zu den beiden Besitzsteuergesetzen.

Nun sagt doch aber der Wortlaut dieses Antrages ganz deutlich, daß er sich einzig und allein auf einen bestimmten Fall bezieht, nämlich auf die dem Parteitag zur Entscheidung vorgelegte Abstimmung der Reichstagsfraktion über die Wehr- und Besitzsteuer, während die von mir vorgeschlagene Resolution die allgemeinen Richtlinien absteckt. Bei der Steuervorlage von 1913 hatte ja ein Teil der Fraktionsmitglieder in der Fraktion gegen die Annahme der Wehrsteuer gestimmt, und auf dem Jenaer Parteitag sagte ich darüber in meinem Schlußwort (Protokoll, S. 510):

> Die Erwägungen der Mehrheit der Fraktion gingen dahin, daß unser Nein zum Wehrbeitrag die Folge haben konnte, daß die Gegner durch Abkommandierungen oder Gegenstimmen den Wehrbeitrag hätten zu Fall bringen können. Der-

artige Streitfragen werden bei jeder Fraktion Tag für Tag eintreten, im Reichstag oder sonstwo. Die politische Lage wird eben verschieden beurteilt, je nach den Erfahrungen des einzelnen und je nach seinem Temperament, nicht daß es sich hierbei um Opportunisten und Marxisten, um Radikale und Antiradikale handeln würde, sondern um Optimisten und Pessimisten, um Leute, die viel Vertrauen zur Haltung der Gegner haben, und um solche, die gar kein solches Vertrauen haben. Unsere grundsätzliche Stellung kommt bei derartigen Erwägungen gar nicht in Frage und ist auch gar nicht in Frage gekommen.

Bei dem Antrag Hug hat es sich also nur darum gehandelt, daß im vorliegenden Falle, nämlich bei der Wehrsteuer, das Verhalten derjenigen Fraktionsmitglieder gebilligt wurde, die für diese Steuer gestimmt hatten, weil sie von der Annahme ausgingen, sie würde sonst abgelehnt und dadurch der Weg für indirekte Steuern geebnet werden. Genosse Keil aber will glauben machen, daß der Antrag Hug eine allgemeingültige Vorschrift gibt, und zitiert zu diesem Zweck, und zwar diesmal aus einer Broschüre von Eduard Bernstein: »Steuerpolitik und Sozialdemokratie«, die 1914 erschien. Bernstein zieht dort aus der Annahme des Antrags Hug folgenden Schluß:

> Dieser Beschluß besagt, daß die Sozialdemokratie bei Abstimmungen über Steuervorlagen nicht lediglich die eine Frage in Betracht zu ziehen hat, ob sie durch Ablehnung bestimmter Steuern in unmittelbarer Folge die Einführung anderer, schlechterer Steuern ermöglicht oder herbeiführt, sondern auch auf die Frage Bedacht nehmen muß, ob ein ablehnendes Votum nicht geeignet ist, ihren ganzen Kampf gegen Steuern, die den Verbrauch der Massen belasten, zu schädigen.

Aus diesen Worten geht zweifellos hervor, daß Bernstein die Entscheidung von Fall zu Fall getroffen wissen will, selbstverständlich stets unter Berücksichtigung der großen politischen Zusammenhänge, wie ich dies ja ebenfalls in meinem Schlußwort in Jena hervorgehoben habe:

> Man kann nicht nach Schema F schablonenmäßig Urteile abgeben, sondern nur aus der ganzen politischen Situation heraus. Man muß jede Steuer wirtschaftlich und politisch zu verstehen trachten.

Würde Bernstein die Meinung haben, die Keil aus ihm herauszitiert, dann würde er ja den Antrag Hug als einen Widerspruch gegen die von mir vorgelegte Resolution betrachtet haben, während Bernstein in seiner Broschüre (S. 35) ausdrücklich sich für die Jenaer Resolution erklärt, indem er schreibt: die Sozialdemokratie müsse ihren Vertretern »das Recht vorbehalten, unter zwei Übeln das kleinere zu wählen, wie dies in der Resolution des Jenaer Parteitags über die Steuerfrage niedergelegt ist«. Übrigens hat Bernstein selbst in der Fraktion gegen den Wehrbeitrag gestimmt und für die Besitzsteuer, also ganz entsprechend der Jenaer Resolution und nicht im Sinne des Antrags Hug.

Also mit der Berufung auf Bernsteins Broschüre kann Genosse Keil nicht das beweisen, was er beweisen will.

Und ebensowenig stichhaltig ist es, wenn Keil es als einen Widerspruch hinstellt, eine Reihe von Mitgliedern der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft habe doch wiederholt die Kriegskredite bewilligt und verweigere nun die Deckungsmittel. Erstens weiß Keil, daß die Voraussetzungen, unter denen jene Mitglieder die Kredite bewilligt haben, nach

deren Ansicht von der Regierung nicht erfüllt wurden; eben deshalb stimmen ja jetzt dieselben Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft gegen die Kredite. Zweitens fördert Keil eine erstaunliche Begriffsverwirrung zutage über die Bedeutung einer Abstimmung im Parlament. Sicher hat er selber, so wie wir alle bei Ablehnungen von Militärvorlagen, den Wählern erklärt, die Ablehnung bringe nicht zum Ausdruck, daß Deutschland wehrlos sein soll, sondern nur, daß diesem System kein Mann und kein Groschen bewilligt werde. Und falls dann ein naiver Auch-Politiker entgegnet hätte, ja, wenn ihr aber die Mehrheit seid, dann ist doch, sobald ihr ablehnt, tatsächlich keine Armee oder kein Geld da, dann hätte Keil sicher die richtige Antwort gewußt: Wenn wir die Mehrheit sind, dann besitzen wir auch die Macht, das System so zu gestalten, wie es unserem Programm entspricht.

Also die Annahme von Krediten und die Ablehnung von Deckungsvorlagen, noch dazu, wenn sie zeitlich weit auseinanderliegen, ist kein Widerspruch, und Keil braucht sich nicht um uns Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zu ängstigen, daß man »im Volke kein Verständnis« für unser Verhalten haben werde. Die Sozialdemokraten, die noch auf dem Boden der früheren Parteitagsbeschlüsse stehen, haben vielmehr kein Verständnis für das Umlernen, wie es in Keils Schrift und in dem Verhalten der Mehrheit der Fraktion gegenüber der Kriegssteuer zum Ausdruck kommt.

Ernährungsfragen.

Von Dr. J. Zadek (Berlin).

Das dritte Jahr des gewaltigsten und erbarmungslosesten aller Kriege hat begonnen, und die Ernährungsverhältnisse für das von der Lebensmittelzufuhr abgeschnittene Deutsche Reich gestalten sich von Woche zu Woche schwieriger. Da verlohnt es sich wohl, einmal Umschau zu halten und dasjenige, was bezüglich der Folgen der Nahrungsmittelknappheit bisher an Beobachtungen und Mitteilungen vorliegt, zusammenzustellen. Wir beginnen mit den Untersuchungen an Kindern und jungen Leuten. »Der Erwachsene kann Schädigungen seiner Ernährung in günstigen Zeitläuften leicht wieder ausgleichen, während Störungen in Ernährung und Wachstum der heranwachsenden Generation sich nicht so leicht, falls überhaupt, wieder wettmachen lassen.« Anfang Januar dieses Jahres berichtete F. Lommel (Jena) in der »Deutschen medizinischen Wochenschrift« 1916, Nr. 12 über seine Beobachtungen an Säuglingen und jungen Leuten in der Pubertätszeit und glaubte feststellen zu können, daß die veränderte Ernährung bis zum Ende 1915 zu keiner Schädigung der untersuchten Bevölkerungsklasse geführt hat. In der sich an den Vortrag anschließenden Debatte hob Rößle hervor, daß das dortige jugendliche Arbeitermaterial infolge guten, ja gesteigerten Verdienstes und demzufolge vielleicht nicht schlechteren Ernährung als früher vielleicht doch nicht ganz einwandfrei sei. Der bekannte Hygieniker an der Universität Jena, Professor Abel, teilte mit, daß er der Stadtverwaltung zu Jena den Vorschlag gemacht hatte, die Kinder in den Schulen und Kinderhorten alle Vierteljahre regelmäßig zu wiegen, ihre Körperlänge und ihren Brustumfang feststellen zu lassen, um ihre Entwicklung in der Kriegszeit zu beobachten, daß aber der Vorschlag nicht akzeptiert worden sei.

In Chemnitz untersuchte der Stadtschularzt Dr. Thiele 1055 Knaben, die Ostern 1916 nach achtjähriger Schulzeit die Volksschule verließen (330 gleich 31,3

Prozent derselben waren während dieser Zeit schon gewerblich im wesentlichen als Boten, Laufjungen tätig), als Vergleichszahlen standen Ostern 1914, also vor dem Eintritt der kriegsmäßig veränderten Lebensweise berechnete Durchschnittszahlen von Körperlänge und Körpergewicht der Chemnitzer Schulkinder in den verschiedenen Lebensaltern zur Verfügung. Als Durchschnittszahlen vor dem Kriege hatte er für Knaben im Alter von 14 Jahren folgende gefunden:

Gesunde	143,0 cm Länge,	34,5 kg Gewicht
Blutarme	143,0 - -	33,2 - -
Tuberkulöse	138,0 - -	31,8 - -

Die im Februar 1916 untersuchten »Knaben, die wir auch in Gesunde, Blutarme und Tuberkulöse sonderten, nachdem wir 144 Knaben gleich 13,7 Prozent wegen Wirbelsäulenverkrümmungen, Herzfehlern und anderen, die Gesundheit schwer beeinträchtigenden Körperfehlern ausgeschieden hatten« (?), ergaben:

720 (= 68,3 %)	Gesunde	145,4 cm Länge,	36,8 kg Gewicht
160 (= 15,2 %)	Blutarme	141,7 - -	32,4 - -
30 (= 2,8 %)	Tuberkulöse . . .	143,7 - -	32,2 - -

Thiele schließt daraus, daß die gesunden Knaben eine nicht unerhebliche Zunahme an Körperlänge und Gewicht aufwiesen, bezüglich der tuberkulösen spricht er sich mit Rücksicht auf die Kleinheit der Zahlen reserviert aus, bei den blutarmen ist ein geringer Rückschritt festzustellen, »ein Hinweis darauf, in der jetzigen Zeit beschränkter Ernährungsverhältnisse auf unsere weniger widerstandsfähigen Kinder besonders Obacht zu geben«. Wenn er dann, um sich über den durchschnittlichen Gesundheitszustand der gleichalterigen Konfirmanden früher und jetzt ein Urteil zu bilden, in einer Tabelle die in den letzten drei Jahren vor dem Kriege 1911, 1912 und 1913 gefundenen Erkrankungsziffern denen des Jahrgangs 1915 gegenüberstellt, so können diese Ziffern als statistisch nicht einwandfrei schon deshalb übergangen werden, weil (im Gegensatz zu 1915) die Zahlen von 1911 bis 1913 nicht nur die männlichen, sondern auch die weiblichen Schulentlassenen umfassen. — Auch bezüglich der Schulanfänger haben Thieles Untersuchungen seit Ostern 1916 das gleiche Ergebnis gebracht: »im Gegensatz zu den ausgesprochenen Gewichtsabnahmen der Erwachsenen Gleichbleiben des günstigen Ernährungszustandes der Kinder« — bis zum Juni 1916. Nach einem Bericht des württembergischen Bezirksarztes Engelhorn im »Schwäbischen Merkur«, der 2562 Schulkinder im Alter von 6, 10 und 13 Jahren in den letzten Monaten untersuchte, war »der Ernährungszustand dieser Kinder durchschnittlich sehr gut, mit wenigen Ausnahmen mindestens so günstig wie vor dem Kriege. Diese günstige Erfahrung ist sowohl bei Land- wie bei Stadtkindern gemacht worden.« Ebensowenig konnte Hepner (Mannheim), Zeitschrift für Schulgesundheitspflege: »Der Schularzt« 1915, Nr. 12, bei den Schulanfängern der dortigen Volksschulen im Jahre 1915 Erscheinungen einer geringeren körperlichen Entwicklung feststellen. Dagegen konnte der Charlottenburger Schularzt Kettner, »Deutsche medizinische Wochenschrift« 1915, Nr. 48, bei den Schulkindern einen deutlichen Einfluß der veränderten Ernährung auf ihre körperliche Entwicklung beobachten. Die Zunahme des Körpergewichts blieb ebenso wie die Zunahme des Längenwachstums um 1 Kilogramm beziehungsweise 2 Zentimeter zurück. Er sieht sich infolgedessen veranlaßt, die maßgebenden Stellen auf seine Beobachtungen hinzuweisen, betont aber ausdrücklich, daß er direkte Gesundheitsschädigungen noch nicht habe eintreten sehen.

Diese schulärztlichen Feststellungen ergeben also kein einheitliches Resultat, was schon deshalb verständlich ist, weil sie zu verschiedenen Zeiten und an Orten von sehr verschiedener Größe vorgenommen wurden: die Charlottenburger Großstadtkinder scheinen unter der Kriegsmisere schon 1915 mehr gelitten zu haben als die Kinder aus Klein- und Mittelstädten Süd-

und Mitteldeutschlands selbst im Jahre 1916, mit dessen zweitem Quartal übrigens erst die empfindliche Knappheit in der Lebensmittelversorgung in bedrohlicher Weise einsetzt.

Diese Verschiedenartigkeit der Ergebnisse sowie die Mängel in den schulärztlichen Berichten — wobei oft summarische Urteile und subjektive »Erfahrungen« an Stelle statistisch einwandfreier Zahlen mitgeteilt werden — lassen es zum mindesten voreilig erscheinen, wenn in Nr. 214 der »Mitteilungen aus dem Kriegsernährungsamt« in einem Artikel über den »Krieg und die Ernährung der Jugend« gesagt wird:

»Ärztliche Untersuchungen an verschiedenen Orten des Reiches haben den Beweis geliefert, daß unsere Kriegsnahrung nur eine Verschiebung der zur Erhaltung und zum weiteren Aufbau des Körpers notwendigen Stoffe, nicht eine regelmäßige Minderung derselben herbeigeführt hat.«

Eindeutig dagegen und wert, ausführlicher besprochen zu werden, sind die Ergebnisse der Gewichtsbestimmungen, die in der Berliner städtischen Irrenanstalt in Buch von der Direktion vorgenommen respektive fortgesetzt und mitgeteilt wurden. Während in den Vorjahren bei den oft in ganz heruntergekommenem Zustand aufgenommenen Kranken beträchtliche Gewichtszunahmen die Regel bildeten (und als Begleiterscheinung, wo nicht gar Bedingung für die Besserung und Heilung begrüßt wurden), ergaben die während der Monate Juli bis September 1915 vorgenommenen Wägungen, daß von allen 17 Häusern der Anstalt kein einziges eine Zunahme zeigte — es wurde eine gesamte Gewichtsabnahme von 5,5 Kilo von Dezember 1914 bis Juli 1915 festgestellt. Bei den Frauen war die Gewichtsabnahme geringer als bei den Männern, sie betrug während eines Monats (Juli-August) 1 Kilo bei 321 (von 822) Männern und bei 211 (von 822) Frauen. Die Hauptursache der Abnahme war die Herabsetzung der Brotration um 100 Gramm täglich bei den Männern, um 30 Gramm täglich bei den Frauen. »Hinzukamen die Abzüge an Fleisch- und Wurstwaren sowie die schlechte Beschaffenheit der Kartoffeln seit Mai 1915, wodurch — abgesehen von dem stärkeren Abfall bei der küchenmäßigen Zubereitung — von den Kranken nur etwa die Hälfte der tischfertigen Kartoffeln verzehrt werden konnte.«

Das sturzähnlich einsetzende Absinken der Gewichtskurve kam erst zum Stehen, als durch eine auf diese Untersuchungen hin erfolgte, nicht unerhebliche Steigerung des durchschnittlichen Verpflegungssatzes, entsprechend den gewaltig gesteigerten Lebensmittelpreisen die Möglichkeit gegeben wurde, der Unterernährung entgegenzuarbeiten. Es gelang auf diese Weise, dem weiteren Gewichtsverlust Einhalt zu gebieten, aber auch nicht mehr: das Durchschnittsgewicht verblieb auf dem erniedrigten Niveau.

Daß es sich dabei nicht um eine Einzelerscheinung handelte, sondern um ein allgemein gültiges, durch die Lebensmittelknappheit bedingtes Gesetz, zeigten ähnliche Gewichtsfeststellungen in der Anstalt für Epileptische in Wuhlgarten: auch dort der rapide Absturz im ersten Kriegsjahr, auch dort der Stillstand im Gewichtsverlust — ohne Gewichtserhöhung auf den früheren Stand — nach der Erhöhung des Verpflegungssatzes.

Naturgemäß eignen sich die städtischen und staatlichen Anstalten am besten für solche statistische Feststellungen und sind deshalb z. B. auch für die Hospitäler Berlins, deren Insassen zum größten Teile jahrelang, bis zu ihrem Ableben, in der Anstalt verbleiben, von sozialdemokratischer Seite gefordert, aber abgelehnt worden — nachdem der leitende Arzt und — leider — auch der Stadtmedizinalrat von Berlin, Dr. Weber, sich dagegen ausgesprochen hatten. Ob sie sonst noch irgendwo vorgenommen wurden und bis in die Gegenwart fortgesetzt werden, entzieht sich meiner Kenntnis.

Eine solche Fortsetzung in möglichst großem Umfang wäre deshalb so dringend zu wünschen, weil inzwischen im Laufe dieses Jahres die Lebensmittelversorgung

eine weitere so arge Verschlimmerung erfahren hat, daß sie allen Beteiligten, den Anstaltsdirektionen und Ökonomieinspektoren ebenso wie den Privathaushaltungen und einzeln lebenden Personen recht fühlbar geworden ist, nicht zuletzt auch den Ärzten, welche von all den entbehrenden und hungernden Unterernährten in ihrer Not um Rat und um Hilfe angegangen werden.

Sollen solche statistische Feststellungen methodisch und regelmäßig vorgenommen werden, so erfordern sie freilich die Mittel und Kräfte eines zentralen Untersuchungsamtes, eines Ernährungsamtes, wie es Professor Rubner seit langem schon im Frieden gefordert und die — französische Regierung dieser Tage geschaffen hat. Der französische Minister des Innern hat, dem Drängen der Bürgermeister der Großstädte nachgebend, ein Zentralernährungsamt geschaffen, mit der Aufgabe, »die Mittel und Bedürfnisse der nationalen Wirtschaft zu prüfen und die Versorgung des Landes wie des Heeres sowie die Verteilung zu regeln«. Ob freilich dieses zentrale Ernährungsamt mehr ist und mehr leisten wird als das jetzt auch bei uns eingerichtete »Kriegsernährungsamt«, bleibt abzuwarten.

»Der Grund,« schreibt Rubner, »warum die Nahrungsmittelfrage nur so allmählich und stückweise gelöst wird, liegt daran, daß wir auch in Friedenszeiten keine staatliche Organisation oder Zentralstelle für das Ernährungs- und Nahrungsmittelwesen besitzen. Wir haben Organisationen für viel unwichtigere Dinge, in Sachen der Ernährung aber fehlen sie. Fände sich dauernd eine Stelle im Staat zur Bearbeitung dieser Fragen, so wäre nicht nur bei Ausbruch des Krieges, sondern schon vorher die Materie gründlich behandelt worden, und bei der bedrohlichen Veränderung des politischen Horizontes der letzten Jahre hätte man längst Maßregeln vorsehen müssen, die nötig waren, um unser Ernährungsrüstzeug besser gestalten zu können, als es mehr durch Zufall als durch Absicht sich gestaltet hat.«

Mit Bezug auf die rationelle Ernährung der Tiere habe man die Notwendigkeit solcher Zentralstellen längst erkannt — und (bei dem Einfluß unserer Agrarier auf die Gesetzgebung) die Forderung auch längst erfüllt. »Das Studium der Ernährung der landwirtschaftlichen Haustiere ist in wissenschaftlicher wie praktischer Hinsicht von den maßgebenden Behörden in verständiger, wohlwollender Weise und mit Erfolg gefördert worden. In krassem Gegensatz hierzu steht die stiefmütterliche Behandlung, die man bisher in jeder Hinsicht der menschlichen Ernährungsfrage entgegengebracht hat. Ja, nicht einmal die bedeutungsvolleren Aufgaben der Volksernährung haben irgendwelches Interesse gefunden. Und doch ist die öffentliche Ernährung an sich ein so großes Gebiet, daß in einem Reiche wie Deutschland die Gründung eines besonderen Zentralernährungsamtes sich lohnen würde.«

In Berlin besitzen wir seit geraumer Zeit — dank dem jahrzehntelangen Drängen der Sozialdemokraten im Rathaus — ein städtisches Gesundheitsamt. Dieses Amt, in welchem Chemiker und Mediziner zusammenarbeiten, wäre in Verbindung mit dem Statistischen Amt wohl imstande, die Fragen der Volksernährung fortlaufend zu bearbeiten und aus dem Bereich subjektiver Urteile auf die Höhe einwandfreier Feststellungen zu bringen.

Einen Anfang hierzu bilden die fortlaufenden, in bestimmten Zwischenräumen sich wiederholenden Untersuchungen der Kost in der Irrenanstalt Buch, welche der Stadtmedizinalrat als Vorsitzender des Gesundheitsamts angeordnet hat, nachdem die Veröffentlichung der Statistik der Gewichtsveränderungen im »Vorwärts« das Interesse der städtischen Verwaltung wachgerufen hat. Das Medizinalamt benutzte zur Berechnung der Kostsätze die Speiseberechnungsbogen der Irrenanstalt Buch für die Zeiträume: 12. bis 18. Juli 1914 (Zeit vor Kriegsausbruch), 5. bis 12. Dezember 1914 (Kriegszeit vor Inkrafttreten der Beschlüsse der Kriegskommission), 21. bis 27. März 1915 (nach Inkrafttreten dieser Beschlüsse), 25. bis 31. Juli 1915 (Zeit, zu der die Gewichtsabnahme der Kranken Aufmerksamkeit erregte).

Die Berechnung aus den Rohmaterialien ergab für die Zeit vom 21. bis 27. März 1915 eine recht beträchtliche Abnahme des Nährwertgehalts, welche sich, in Kalorien ausgedrückt, auf 14 Prozent der Kostsätze vom Juli 1914 beziffert. »Wie aus den festgestellten beträchtlichen Gewichtsabnahmen der Kranken hervorgeht, war diese Verminderung der Kostsätze seit Kriegsbeginn genügend, um das Ernährungsgleichgewicht erheblich zu stören.« »Die Kostsätze, welche im Juli 1914 noch Geltung hatten, waren ziemlich genau auf den Nährstoffbedarf der Kranken eingestellt und eine Änderung, welche den Nährstoffgehalt herabsetzt, muß als unzulässig angesehen werden.« »Bei der Aufstellung des Kostsatzes im März 1915 war im wesentlichen übersehen worden, einen Ersatz für die beträchtlich verminderte Brotgabe zu schaffen.«

Dem Anschein nach sollen solche periodische Feststellungen der Kriegskrankenkost auf ihren Nährwert — die notwendigen Unterlagen für die alljährlich im Etat erfolgende Feststellung des Kostsatzes! — sich nicht bloß auf die eine Irrenanstalt beschränken, sondern auch auf andere städtische Anstalten ausgedehnt werden — eine Zusage des Stadtmedizinalrats, die (aller Wahrscheinlichkeit nach noch weniger zureichende) Kost der Siechenanstalten untersuchen zu wollen, liegt bereits vor.

Aber damit allein ist es nicht getan! Es müssen Untersuchungen nicht nur bei kranken, unter verhältnismäßig günstigen äußeren Umständen lebenden Anstaltsinsassen vorgenommen werden, sondern auch bei der freien, der armen und insbesondere der arbeitenden Bevölkerung. Solange solche methodischen Untersuchungsergebnisse nicht vorliegen, müssen wir uns mit den vorhandenen exakten Einzeluntersuchungen und ärztlichen Erfahrungen begnügen.

In der Physiologischen Gesellschaft berichteten im Juni dieses Jahres die Professoren Zuntz und Loewy eingehend über Stoffwechseluntersuchungen, welche sie in den vorangegangenen Wochen bei sich selbst unter allen wissenschaftlichen Kautelen angestellt hatten. Beide hatten infolge der Kriegskost seit den letzten Monaten erheblich an Gewicht verloren; der eine 5,3 Kilogramm gleich 8,5 Prozent, der andere bis zu 8 Kilogramm gleich 12 Prozent des früheren Gewichts, nachdem sich aber diese Gewichtsabnahme vollzogen hatte, trat »wieder fast Konstanz des Körpergewichts ein mit allerdings noch etwas Neigung zu weiterem Sinken«. »Wie kommt diese relative Konstanz zustande? Besteht etwa eine der Gewichtsabnahme entsprechende Minderung des Energieverbrauchs?« Zur Beantwortung dieser Frage untersuchten sie den respiratorischen Stoffwechsel, den Sauerstoffverbrauch und die Kohlensäureausscheidung (den »respiratorischen Quotienten«) in der Ruhelage, und fanden in der Tat ein sehr beträchtliches Minus der Verbrennung gegen früher, und zwar war die Abnahme des Verbrauchs an Sauerstoff stärker als die des Körpergewichts. Trotz dieser auffallenden Erniedrigung des Stoffumsatzes, der Stickstoffausscheidung in Harn und Kot und der Wärmeerzeugung und damit der Energieentwicklung, fühlten sich beide Forscher gesund und leistungsfähig — nach Schwund der Fettreserven war (durch Minderung des Energieverbrauchs um 7,3 Prozent respektive 12,2 Prozent) eine Konstanz des Körpergewichts eingetreten —, sie ließen es aber dahingestellt sein, wie weit diese durch die Lebensmittelknappheit der letzten Monate auch bei ihnen bedingte Mindererzeugung an Energie beim körperlich schwer arbeitenden Menschen eine verringerte Arbeitsleistung, leichtere Ermüdbarkeit und verringerte Widerstandsfähigkeit gegen krankmachende Einflüsse (besonders Krankheitsverschlimmerungen bei schon bestehenden Krankheitsanlagen) nach sich ziehen können.

Die ärztlichen Erfahrungen der letzten Monate decken sich mit diesen Ergebnissen exakt-wissenschaftlicher Untersuchung und machen die Bejahung jener von den beiden Forschern vermuteten Beschränkung in Arbeitsfähigkeit und Ausdauer als Folge der Unterernährung mindestens wahrscheinlich, insbesondere bei Frauen und alten Leuten. Die Erkrankungs- und Sterbeziffern im Reich lassen

sich zur objektiven Berechnung dieser Gesundheitsschädigungen noch nicht verwerten, erst das Jahr 1916 (und die folgenden Jahre!) dürften die zahlenmäßigen Beweise dafür erbringen. Die zunehmenden Todesfälle der alten Leute in den Berliner Hospitälern ebenso wie die statistisch jetzt bereits feststehende Steigerung der Berliner Mortalität um 8 Prozent lassen jetzt schon einen Schluß zu auf die Schwere dieser Schäden. Wir Ärzte sehen tagtäglich, wie die Frauen der arbeitenden Klassen, die Alten, die Tuberkulösen, die Blutarmen und Nervösen herunterkommen. Freilich nicht allein durch den absoluten oder relativen Mangel an Nahrung, sondern auch durch den seelischen Druck, durch Mangel an Schlaf und Überanstrengung, durch die beständige Sorge der Hausfrau, was sie einkaufen und ihrem Manne, ihren Kindern vorsetzen soll, durch vermehrte Beschäftigung in der Industrie und im Verkehrswesen — bei Fortfall der Schutzbestimmungen für die arbeitende Frau, durch Nachtarbeit, Überstunden, Kummer und Seelenangst um den Gefallenen oder gefährdeten Mann und Sohn usw. Und wir Ärzte sind außerstande zu helfen, selbst die Möglichkeit, die Kranken und Erholungsbedürftigen vorübergehend in Anstalten und Heimstätten zu bringen, ist uns nahezu genommen, weil die Krankenkassen die Aufnahme erschweren oder versagen, die Heimstätten für Nichttuberkulöse seit Kriegsbeginn geschlossen, die für Tuberkulöse aber derart überfüllt sind, daß die Frauen wochen- und monatelang vorgemerkt werden müssen, wenn sie überhaupt Aufnahme finden.

Vor einigen Wochen hat bei einem Vortrag Professor Rubner vorgerechnet, wie verkehrt die Frauen handelten, wenn sie viele Stunden bei Wind und Wetter auf der Straße ständen, um Butter zu erhalten — sie verlören durch das Stehen an Körperbestand mehr, als sie an »Kalorien« durch die Butter gewännen; im gesundheitlichen Interesse, zur Aufrechterhaltung ihres Körperbestandes handelten sie vernünftiger, wenn sie diese Stunden sich hinlegten und zum Schlafe benutzten, wobei sie weniger verbrauchten und ihr körperliches und seelisches Gleichgewicht behielten. Der Gelehrte übersieht nur, daß diese Frauen auch nicht einmal die geringe Menge Butter, die sie glücklich heimbringen, für sich verwenden können, sondern auch noch dem Mann und den Kindern davon abgeben müssen. Kein Wunder, daß gerade die Frauen entsetzlich abmagern, ihre Elastizität und ihre Widerstandsfähigkeit verlieren und zusammenbrechen und sich erst mühsam erholen, wenn es dem Arzt gelingt, sie für Tage und Wochen im Bett zu halten.

Seit der Lebensmittelknappheit dieses Jahres und der damit einsetzenden »Rationierung« der Hauptnahrungsmittel ist der Gewichtsverlust ein allgemeiner und auffälliger, kommt auch der arbeitende Mann nicht mehr zum Wiederersatz des täglich Verbrauchten. Eine von sachverständiger Seite aufgemachte Rechnung ergab, daß bei gleichmäßiger Verteilung der vorhandenen Lebensmittel unter die Gesamtbevölkerung noch nicht die Hälfte der von dem schwerarbeitenden Mann täglich verbrauchten und benötigten Kalorien durch den auf ihn fallenden Teil der vorhandenen Nahrung wieder ersetzt wird.

Es zeigt sich also unwiderleglich, daß die bestehende Nahrungsmittelversorgung in Verbindung mit der stetig zunehmenden Teuerung die Gefahr der Unterernährung für die weitesten Volkskreise bereits heraufbeschworen hat und der unerträgliche Zustand bereits erreicht ist, den Professor Rubner dahin zusammenfaßt:

»Ein Notstand (in der Ernährung) tritt nicht etwa dann erst ein, wenn eine Nation zum Mindestmaß der möglichen Lebenshaltung heruntergesunken ist, sondern wenn diese nationale Ernährung überhaupt in ihrem durchschnittlichen Angebot nur wesentlich schwankt. Das bedeutet politisch schon den wesentlichen Zusammenbruch und das Gefühl der Hungerzustände in der Masse.«

Diesen Erwägungen hat sich auch das Kriegsernährungsamt auf die Dauer nicht verschließen können. Unterm 28. August wird amtlich gemeldet, daß nunmehr wenigstens die Schwerarbeiter eine vermehrte Brotration dauernd erhalten sollen.

Es sollte noch einen Schritt weitergegangen werden und angesichts der guten Brotgetreideernte des Jahres 1916 die ganze Bevölkerung in der Brotversorgung gebessert werden, indem man vom K-Brot absieht und den Bäckern erlaubt, reines Roggenbrot wie vor dem Krieg zu backen, oder wenigstens den zulässigen Kartoffelzusatz auf 5 bis 10 Prozent heruntersetzt.

»Die Kartoffel gehört in das Brotgetreide nicht hinein. Man überlasse doch dem Menschen, wieviel er Brot und wieviel er Kartoffeln essen will, zwinge den einzelnen aber nicht, immer Kartoffeln zu verzehren. Billige Kartoffeln neben Brot sind für die Volksernährung wichtiger als »gestreckte Brotmengen« und teurere Kartoffeln.« (Rubner.) Die Brotverfälschung durch die Kartoffel war, das haben die beiden Kriegsjahre hinlänglich bewiesen, ein schwerer Fehler, es ist hohe Zeit, daß dieser Fehlschritt zurück getan wird.

Überall in den Anstalten wie in der Familie der nichtbesitzenden Schichten wird in erster Reihe das alte Brot vermißt, das Brot in seiner alten Qualität und Quantität — nach wie vor gibt es unzählige Leute, die das Kartoffelbrot nicht vertragen und nicht mögen. Dank der Ernte dieses Jahres könnte das Brotbedürfnis dieser Schichten wohl wie früher in normalen Zeiten befriedigt werden, wenn auf der einen Seite Brotgetreide nicht mehr verfüttert und auf der anderen Seite nicht zur Branntweinerzeugung abgegeben würde. Freilich sind beide Verbote nötig und zu fordern, um das Brotgetreide, dieses wichtigste aller Nahrungsmittel, allen Bedürftigen zukommen zu lassen.

Literarische Rundschau.

Kriegsgegner in England. Nach englischen Quellen dargestellt von ***. 2. Auflage. München, Verlag von G. Birk & Co.

Es fällt schwer, sich heute eine Vorstellung davon zu machen, wie sich nach dem Kriege die unausbleibliche Anbahnung intimer geistiger Beziehungen zwischen den entfremdeten Nationen wieder verwirklichen soll. Nicht nur, daß tatsächlich ein ungeheuerlicher Strom Blutes zwischen den Völkern geflossen ist und ein Bett gewühlt hat, das in die Erdoberfläche tiefer einschneidet, als der wildeste Gießbach im steilsten Gefälle je vermocht hätte. Nicht nur, daß alle materiellen und geistigen Bande über Jahre hinweg zwischen den Feinden abgerissen waren und die mühseligste stückweise Anknüpfung erheischen werden. Noch schlimmer erscheint von unserem Standpunkt aus das unabsehbare Maß von Nationalhaß, das während dieses Krieges notwendig ins Kraut schießen mußte, in der Treibhaushitze der heimischen Kriegsliteratur bei allen Völkern übrigens zu Hause ungleich üppiger gedieh als in den Reihen der Kämpfer selbst — draußen hat der gewaltige Anhauch der Wirklichkeit, die Unmittelbarkeit des täglichen Lebens und des täglichen Sterbens, die allmählich immer stärker aufdämmernde Erkenntnis von der Achtbarkeit jedes Feindes, den ein blinder Zufall uns entgegenwirft, die anstrengende Tätigkeit in freier Natur, erschütternde Erlebnisse von Schmerz und Angst die Gemüter doch mehr und mehr geläutert.

Die tollsten Spukgestalten, wie sie die Phantasie eines australischen Medizinmanns für seine Teufelsbeschwörungen nicht häßlicher aushecken könnte, haben die einzelnen Nationen in diesem Kriege voneinander entworfen. Manche Leute sahen in dem modernen Franzosen nur noch die perverse Entartung einer verfaulenden Großstadtkultur verkörpert, während andere umgekehrt in den Deutschen nur die primitiven Vertreter einer kannibalischen Eiszeitrasse mit allen ihren anthropologischen Merkmalen erkannten. Nicht bloß Mars, auch Apoll und alle neun Musen haben in diesem Kriege Orgien gefeiert. Sie werden vor Beschämung und Schauder erröten, wenn sie aus ihrem Rausche dereinst erst ganz erwacht sind.

Nichts erscheint uns geeigneter, der auch in Deutschland teilweise grassierenden Völkerverhetzung entgegenzuwirken, als eine Broschüre, die in München unter dem Titel »Kriegsgegner in England« von leider ungenannter Seite herausgegeben wurde. Es handelt sich um eine Sammlung von 20 Dokumenten, Artikeln und offenen Briefen, die in der englischen Presse während der ersten Kriegsmonate erschienen sind. Der Herausgeber weiß in englischen Verhältnissen genau Bescheid und hat die Sammlung mit einem klugen, zweckentsprechenden Vor- und Nachwort, die einzelnen Nummern mit informierenden Bemerkungen über die Verfasser und ihre Stellung in der englischen Öffentlichkeit versehen. Die Artikel stammen in der Hauptsache aus der »Nation«, dem »Labour Leader« und den Kreisen der Unabhängigen Arbeiterpartei, die seit Beginn der Katastrophe ihre unerschrockene Stimme gegen den Krieg immer kräftiger erhoben hat. Neben bekannten Journalisten finden sich Notabilitäten wie der Akademiker Bertrand Russel und wie Bernhard Shaw unter den Schreibern der hier vereinigten Artikel. Es liegt in der Natur einer derartigen Sammlung, daß sie kein einheitliches politisches Programm für die Zukunft noch eine tiefgreifende kritische Analyse der politischen Vergangenheit Europas, die zum Kriege geführt hat, bringen kann. Dies ist aber auch gar nicht das Ziel des Herausgebers. Er will ganz einfach zeigen, daß die bei uns verbreiteten Vorstellungen von dem kalten Egoismus und der dämonischen Kriegslust des gesamten englischen Volkes auf Irrtum beruhen, daß die große Masse der Engländer sich bei Kriegsausbruch ungefähr in derselben Lage befand wie wir selbst: sie wurden vom Strudel der Ereignisse überrascht und überflutet, die Mehrzahl übernahm die öffentlich ausgegebene Parole kritiklos und ohne die Möglichkeit, sie selbständig prüfen zu können. Eine kleine Minderheit freilich bildete in England vom ersten Tag an eine rühmliche Ausnahme. Die jahrhundertalte politische Schulung des Engländers mag ihr dabei zugute gekommen sein. Sie hielt sich von allem Blutkoller, von aller Kriegsbegeisterung und von der epidemisch auftretenden Kriegsphraseologie frei. Sie suchte sich klar und kühl über die Situation Rechenschaft zu geben, und sie ließ das Banner der früheren Ideale, die entweder ausgesprochen sozialistischer oder bürgerlich-pazifistischer Natur waren, nicht wie einen beliebigen nassen Lappen von der Sturzwelle neuer Strömungen davontreiben. Man sieht in diesen Artikeln mit Erstaunen, welch ein Maß von Besonnenheit, Wirklichkeitssinn und politischer Reife sich einzelne Köpfe in England selbst während der stürmischen August- und Septembertage des Jahres 1914 bewahrt haben. Man bewundert den Mut und die echt englische Selbstverständlichkeit, mit der diese Prediger in der Wüste ihre Überzeugung vertreten, die Gemütsruhe, mit der zum Beispiel G. Lowes Dickinson in »The Daily News and Leader« sich dagegen wehrt, »daß belgische, französische und britische Truppen in Deutschland die Greuel wiederholen sollen, die man den Deutschen in Belgien zugeschrieben hat«. Und man beneidet diese Gentlemen um die Flügelfreiheit, mit der sie gegen die Ausschreitungen ihrer »eigenen Presse und die niedrige Denkart, welche sich ihrer zurzeit bemächtigt hat«, zu Felde ziehen. Kein Zweifel, solche Stimmen der Mäßigung und Menschlichkeit sind, vollends während jener ersten Monate, in keinem anderen kriegführenden Lande ähnlich zu Worte und jedenfalls nicht zu so weitreichender Geltung gekommen. Der Herausgeber, der im übrigen der Politik des englischen Kabinetts durchaus feindselig gegenübersteht, sagt richtig: »Man wird mit Erstaunen wahrnehmen, welche Preßfreiheit unter Kriegsgesetz drüben herrschte.« Er rühmt die Sachlichkeit, mit der in England von jenen praktischen Idealisten die Frage der Kriegsziele ventiliert werden konnte, und nachdem er den entgegengesetzten Maßnahmen anderer Regierungen eine diplomatische Verbeugung gemacht, gibt er auch einen Schlüssel für das hohe politische Niveau und die geistige Unabhängigkeit jener Kriegsgegner: »In England hat man sich während mehrerer Jahrhunderte um Politik bekümmern können und müssen, in Deutschland erst seit vierzig Jahren.« Gewiß haftet dem einen oder an-

deren dieser Artikel ein Rest nationaler Beschränktheit an. So wird bei der vorgeschlagenen Regelung der Nationalitätenfrage, für die durchaus generelle Programmforderungen aufgestellt werden, die irische, ägyptische und indische Frage nur ganz gelegentlich und behutsam berührt. Aber im ganzen wird es doch immer ein Ruhmestitel jener englischen Elite bleiben, daß bei ihr statt aller Gloria-Viktoria-Gesänge vom ersten Tag ab die Kritik des politischen Systems, das zum Kriege führte, eingesetzt hat, in einer Zeit, wo bei uns zum Beispiel ein demokratischer Gelehrter wie Ostwald schlicht erklärte, es sei die Mission der Deutschen in diesem Kriege, die Organisation der deutschen Mobilmachung auf die übrige Welt zu übertragen. Wenn einzelne dieser englischen Idealisten auch nicht bis auf die materiellen ökonomischen Gründe des gegenwärtigen Zusammenstoßes und Zusammenbruchs hinabdringen, so zeichnen sie doch die äußeren Merkmale unseres politischen Systems mit sicheren Strichen, und die Art, wie sie über die Notwendigkeit der demokratischen Kontrolle, über das diplomatische Geheimwesen und anderes reden, hat gerade für jenen Zeitpunkt etwas Herzerquickendes. Eine Stellung für sich nimmt eine Studie von Bernhard Shaw: »Der letzte Sprung des alten Löwen« in dieser Sammlung ein. Sie gehört wohl zum Glänzendsten, was im engen Rahmen einiger Seiten über England und den Krieg geschrieben worden ist, sie atmet den politischen Instinkt Heines und die weltmännische Überlegenheit Lord Byrons. Mit künstlerischem Gefühl hat der Herausgeber den geistreichen Feuerwagen des irischen Satirikers an den Schluß seiner Sammlung gesetzt. Vergleicht man damit die Bänkelsängerverse eines Hauptmann oder Dehmel aus der gleichen Zeit, so empfindet man allerdings, was es heißt, daß in England schon seit ein paar hundert Jahren Politik getrieben wurde, in Deutschland erst seit vierzig.

Die Veröffentlichung dieser Kundgebungen in deutscher Sprache ist ein politischer Griff, der mit der Zeit seine Wirkung tun wird. Man muß das feindliche Ausland selbst zum Worte kommen lassen, wenn man sich ein objektives Bild von den dort herrschenden Strömungen machen will. Nur auf diesem Wege kann die Umstimmung der aufgepeitschten Gemüter ins Werk gesetzt werden, nur so können die Völker über sich und den Nachbarn allmählich wieder zur Besinnung kommen. Auch nach dem Kriege wird nichts wichtiger sein als die Tätigkeit von Geistern, die in der englischen und deutschen Kultur genügend bewandert sind, um hier neue Brücken zu schlagen. Nichts wird heilsamer sein als das Wirken von Händen, die, wie die des Herausgebers, gütig und feinfühlig genug sind, um die zerrissenen Fäden erfolgreich neu zu knüpfen. H. Robert.

Dr. Leon Schulman, **Zur türkischen Agrarfrage.** Palästina und die Fellachenwirtschaft. Zweite Veröffentlichung des Archivs für Wirtschaftsforschung im Orient. Weimar, Verlag von G. Kiepenheuer. 182 Seiten.

Dr. Leon Schulman stammt selbst aus Palästina und hat dort Beobachtungen über die Fellachenwirtschaft angestellt; die dortigen Verhältnisse betrachtet er als Musterbeispiel auch für die der übrigen Türkei. Obschon er nicht gerade viel Neues mitteilt, verdient diese Veröffentlichung als eine zusammenfassende Darstellung der bestehenden Verhältnisse in Palästina weitgehende Beachtung. Seine Schlußfolgerungen sind dagegen zum Teil übertrieben, und seine Zukunftshoffnungen bezeugen, daß hier der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Die jüdischen Zionisten treffen sich in der Beurteilung der Entwicklungsmöglichkeiten Palästinas mit den deutschen vorderasiatischen Imperialisten, während ernste und sachliche Beurteiler der Lage in dieser Beziehung ganz anderer Meinung sind.

Das ganze Werk zerfällt in drei Teile: im ersten wird Palästina als Wirtschaftsgebiet in historischer Entwicklung kurz geschildert; der zweite bringt die bestehende Agrarverfassung zur Darstellung, und der dritte Teil beschäftigt sich mit den Steuer- und Zollproblemen und ihrem Einfluß auf die Wirtschaftslage der

Bauern. Am interessantesten ist natürlich der zweite Teil. Hier wird vor unseren Augen ein Bild mittelalterlicher orientalischer Feudalwirtschaft aufgerollt, daß der Leser staunt, wie eine solche im zwanzigsten Jahrhundert noch möglich ist. Im allgemeinen finden wir auch in Palästina die gleichen Grundbesitzformen wie überall; nur daß das »Mirieland« (Staatsland) den weitaus größten Teil des Bodens umfaßt, während der Privatbesitz (»Mülkland«) nicht etwa Bauernland bedeutet, sondern städtischen Großgrundbesitz, der in kleinen und kleinsten Parzellen zerstückelt und gegen Naturalpacht an Fellachen vergeben ist. Daß die Lage des Pächters von jeher eine äußerst schlechte, ist wohlbekannt. Wichtig ist es aber, zu erfahren, wie die neuzeitliche Kolonisation Palästinas auf diese Verhältnisse eingewirkt hat. Es erweist sich nun, und das mögen sich alle Befürworter der modernen Kolonialpolitik merken, daß die Erschließung Palästinas für den Weltverkehr die Lage der Bauern stark verschlechtert hat.

»Vor dem Beginn der Kolonisation bis zu den Jahren 1860 bis 1870«, sagt Schulman, »verfolgte der jetzige Großgrundbesitzer das Interesse, die Bauern möglichst auf dem von ihnen vor Jahren in Besitz genommenen Boden zurückzuhalten. ... Es ist nun selbstverständlich, daß der Beginn der Kolonisation, die mit den großzügigen Mitteln einsetzte, hierin Wandel geschaffen hatte.« Einerseits fand es der Bauer für vorteilhafter, als Taglöhner auf fremden Gütern zu arbeiten, und verließ »sein« Feld; »andererseits aber mußten viele Bauern auch unfreiwillig ihren Boden räumen, und zwar nicht selten unter dem Drucke der Staatsgewalt. Der Großgrundbesitzer, der von jeher, wie übrigens noch jetzt, seinen Boden als Spekulationsgut betrachtete, sah nicht untätig dem Steigen der Bodenpreise zu. Während früher ihm an dem Ertrag des Bodens gelegen war und an der Erhaltung der Bauern, so fand er nunmehr größeres Interesse daran, den Boden zu verkaufen und den Bauern oder richtiger den Naturalpächter zu verdrängen.« Schulman zitiert dann einen Herrn Smilansky, der in einer jüdischen Zeitschrift offen feststellt, daß die jüdische Kolonisation Palästinas zur Verdrängung der Bauern aus ihren Dörfern geführt hat; von den ungeheuren Summen, die die Juden für die gekauften Grundstücke zahlten, »genossen die Fellachen so gut wie gar nichts« (S. 45 bis 47). Schulman führt dann noch einige Beispiele der unerhörten Spekulation und Preistreiberei an. Ein Gut, das vor 20 Jahren mit 400 Franken gekauft wurde, ist für 20 000 Franken veräußert worden; in der deutschen Kolonie Sarona bei Jaffa kostete ein Hektar Boden beim Erwerb des Bodens im Jahre 1871 200 Franken, wofür man jetzt 4000 bis 5000 zahlt. (S. 55.)

Zwischen verschiedenen Forschern der Türkei hat sich ein Streit über die Ansiedlungsmöglichkeiten der Asiatischen Türkei entsponnen. Während Professor Warburg, dem sich Schulman anschließt, glaubt, die Bevölkerung Palästinas könne auf 5 Millionen erhöht werden, zeigt Professor Philippson in einer jüngst erschienenen Schrift über das Türkische Reich (die im gleichen Verlag wie Schulmans Arbeit in Weimar erschienen ist), daß die Bevölkerungsdichte Palästinas mit etwa 30 Einwohnern pro Quadratkilometer der der anderen Mittelmeerländer entspricht und daß Palästina aus natürlichen Gründen keinen Raum für fremde Zuwanderer bietet. Ohne auf die geographischen und klimatischen Verhältnisse Palästinas näher einzugehen, können wir aus der Tatsache, daß die jüngste Kolonisation Palästinas nicht durch Urbarmachung jungfräulichen, noch nicht kultivierten Bodens, sondern durch Verdrängung der alten Einwohner vor sich geht, schließen, daß in Palästina in der Tat kein Platz für Zuwanderer vorhanden ist. Umgekehrt besteht dort Bodenmangel selbst für die einheimische Bevölkerung, und von einer Bevölkerung von etwa 700 000 Personen wandern allein nach Amerika jährlich über 10 000 aus! Ferner geht die agrarische Auswanderung doch normalerweise aus Ländern mit hohen Bodenpreisen nach Ländern mit niedrigen Bodenpreisen: die Bauern entfliehen der steigenden Grundrente. In Palästina aber sind schon heute die Bodenpreise außerordentlich hoch.

Welch wirtschaftlichen Sinn kann die Einwanderung dorthin also noch haben? Und tatsächlich stellt Schulman selbst fest, daß die Rentabilität der jüdischen Kolonien von Jahr zu Jahr sinkt....

Damit erledigen sich alle Zukunftshoffnungen Schulmans (wie übrigens auch der Zionisten). Den Getreidebau in Palästina zu erhöhen, wo er nur als Terrassenbetrieb nach chinesischer Art geführt werden kann, ist selbst mit Hilfe von Schutzzöllen, für die Schulman eintritt, nicht mehr möglich, sobald Palästina dem Weltverkehr geöffnet wird. Intensiver Betrieb wie der Gartenbau fordert dabei eine Menge Arbeitskräfte und nahen Absatzmarkt; an beiden mangelt es aber in Palästina, das aus Mangel an Kohle und Eisen so gut wie keine Aussicht hat, eine bedeutende eigene Industrie zu entwickeln. Die Tatsache, daß die Betriebsweise der Juden der der Araber gleich ist, obgleich die jüdischen Kolonisten über Mittel und die notwendigen technischen Kenntnisse verfügen, zeigt, daß die Betriebsweise in den natürlichen und allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes tief verankert ist und auch durch eine einfache Änderung des Steuer- und Zollsystems kaum bald geändert werden kann.

Schulman schreibt den Kapitulationen in der Türkei eine viel zu große Rolle zu. Sicher waren sie für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes hinderlich; ob aber nach ihrer Abschaffung das Steuersystem werde abgeändert werden können, ob nach dem jetzigen Kriege der Steuerdruck auf die Volksmassen gelindert wird, ist durchaus zweifelhaft. Schulman übersieht die Abhängigkeit des Steuer- und Zollsystems von den allgemein wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnissen des Landes. Schon sein Reformprogramm: Schutzzoll, Schaffung und Errichtung guter Kommunikations- und Transportmittel, Versuchsstationen, landwirtschaftliche Schulen, Gewährung von billigen Betriebs- und Meliorationskrediten, Errichtung und Ausbau von ländlichen Industrien zur Verarbeitung der Rohstoffe erfordern viele Jahrzehnte, vor allem aber die völlige Umgestaltung des Charakters des heutigen Staates aus einem halbfeudalen Militär- in einen Kulturstaat. Wenn aber schon vor den letzten Kriegen die Ausgaben für Heer, Marine und den Schuldendienst 80 Prozent der Einnahmen verschlungen haben, wie wird es erst nach dem jetzigen Kriege werden! Darum muß auch Schulman, um für seine Zukunftsträume eine Stütze zu finden, den Geist Jesaias' anrufen, der »einen neuen Himmel und eine neue Erde schaffen wollte, daß man der vorigen nicht mehr gedenken noch zu Herzen nehmen wird«. Nur sind die herrschenden Klassen heute dazu nicht mehr fähig. Einen »neuen Himmel und eine neue Erde« wird erst das siegreiche sozialistische Proletariat durch die neue wirtschaftliche und soziale Organisation der Welt schaffen! Sp.

Anzeigen.

Dr. Hugo Lindemann, **Über Begriff und Bedeutung der Kommunalwissenschaft.** Nebst Führer durch die kommunalpolitische Literatur. Antrittsvorlesung an der Technischen Hochschule zu Stuttgart. (Sozialdemokratische Gemeindepolitik. Kommunalpolitische Abhandlungen. Herausgegeben unter Leitung von Paul Hirsch. Heft 18.) Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 100 Seiten. Vereinsausgabe 75 Pf.

Die Antrittsrede untersucht, ob es überhaupt eine Kommunalwissenschaft oder einen zu einer Einheit zusammenzustellenden Komplex von Kommunalwissenschaften gibt, welches deren Gegenstand und welches deren Bedeutung ist. An die Wiedergabe dieser Rede schließt sich ein eingehender Führer durch die kommunalpolitische Literatur, der 33 Abschnitte umfaßt.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 25 Ausgegeben am 22. September 1916 34. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Die erste Pflicht der Parteikonferenz.

Von Ed. Bernstein.

In Blättern der Fraktionsmehrheit ist behauptet worden, die Opposition gegen die Mehrheit habe den Kriegsplan, in die Debatten der Parteikonferenz so viele Streitfragen aller Art hineinzuwerfen, daß es über sie zu keiner schlüssigen Entscheidung kommen werde. Diese Behauptung ist vom »Vorwärts« als ganz unbegründet zurückgewiesen worden, und in der Tat könnte die Opposition, an ihrem eigenen Standpunkt gemessen, nichts Sinnwidrigeres tun, als in solcher Weise eine klare Auseinandersetzung über die beiden Hauptfragen zu hintertreiben, die für das ganze Zusammenhalten und Zusammenarbeiten der Partei grundlegend sind: die Frage der Stellung zum Kriege, den Kriegszielen und den Kriegskrediten und die Frage, ob und wie weit in bezug auf diese Fragen bei Abstimmungen in den Parlamenten Zwang auf Minderheiten ausgeübt werden soll.

Daß von der Antwort auf diese beiden Fragen alle übrigen vor die Parteikonferenz zu bringenden Fragen erst ihr wahres Gesicht erhalten, ist so augenscheinlich, daß es fast überflüssig erscheint, darüber noch ein Wort zu verlieren. Um es jedoch an einigen Beispielen greifbar zu veranschaulichen, so sei nur darauf verwiesen, daß die Ernährungsschwierigkeiten, unter denen unser Volk und die anderen Völker so furchtbar leiden, weder von dieser oder jener einzelnen Maßregel verursacht sind, noch durch diese oder jene einzelne Maßnahme behoben werden können, sondern ihre entscheidende Ursache im Krieg und seiner Dauer haben, daß die Finanzpolitik und die Steuerbedürfnisse mit der Dauer und Ausdehnung des Krieges ihr Gesicht verändern und daß alle Pläne auf wirtschaftspolitische Aktionen der Partei nach dem Kriege in der Luft schweben, solange wir gar keinen Anhaltspunkt dafür haben, wann und wie Deutschland wirtschaftspolitisch aus diesem Krieg herauskommen wird. Außerdem sind die Meinungsverschiedenheiten in bezug auf diese und ähnliche Fragen nur insofern ernsthafter Natur, als sie durch die Stellung zur Kriegsfrage selbst beeinflußt sind. Soweit dies letztere nicht der Fall ist, ist die grundsätzliche Stellung zu ihnen durch allgemein anerkannte Programmsätze und Kongreßbeschlüsse der Partei bestimmt, so daß es sich zum Beispiel bei der gewiß wichtigen Erörterung von Forderungen in Sachen der Ernährungsfrage mehr um den Austausch von Erfahrungen als um die Geister erhitzende Gegensätze tieferer Art handeln würde.

Weit entfernt, eine Verquickung der zwei erstbezeichneten Fragen mit anderen wünschen oder gar herbeiführen zu wollen, hat die Opposition vielmehr alles Interesse daran, daß sie so lange streng auseinandergehalten werden, als nicht in bezug auf die ersteren durch eine ausgiebige Debatte klarer

Tisch geschaffen ist. Ob die Opposition bei einer daran anschließenden Abstimmung in die Minderheit kommt oder nicht, ist ein für die geschäftliche Behandlung der Tagesordnung der Konferenz nebensächlicher Gesichtspunkt. Maßgebend muß für sie sein, daß zunächst die Fragen behandelt werden, welche zu dem gegenwärtigen Konflikt in der Partei geführt haben und ihm seinen Charakter geben. Sie mit anderen Fragen zu verquicken oder gegen andere zurückzusetzen können nur diejenigen wollen, welche überhaupt aus dem einen oder anderen Grunde eine klare Auseinandersetzung über sie vermieden sehen wollen.

Es braucht das nicht notwendig aus unedlen Motiven zu geschehen. Es gibt Genossen, die da ehrlich glauben, sobald es gelinge, die Partei auf ein Aktionsprogramm wirtschafts- und sozialpolitischer Forderungen und Vorschläge zu einigen, ließe sich der ganze jetzige Streit überbrücken. Ein konstruktives Aktionsprogramm, wie man das auch nennt, soll der Partei über ihre jetzigen Schwierigkeiten hinweghelfen.

Das ist aber eine Unmöglichkeit. Verantwortliche Politiker, sehen wir uns immer wieder vor Fragen und Aufgaben gestellt, die auf den Krieg direkt Bezug haben und denen auszuweichen Feigheit und Pflichtvergessenheit wäre. Uns ausschließlich auf soziale Flickarbeit zu verlegen, die obendrein aus den schon dargelegten Gründen sehr zweifelhafter Natur sein würde, auf das Wälzen des Steines des Sisyphus hinausliefe, hieße uns die Zeit mit Bauen von Kartenhäusern vertreiben, während uns das Haus über dem Kopf brennt. Wir haben zuerst daran zu denken und immer wieder daran zu denken, wie wir dem Brand zu begegnen haben, uns klar zu werden, was wir tun können und deshalb auch sollen, so wirksam wie nur möglich zu seiner Löschung beizutragen.

Hier liegt die erste Pflicht der Parteikonferenz. So unangenehm es dem einzelnen sein mag, wenn in anderen Zusammenkünften Erörtertes noch einmal abgehandelt wird, so würde die Konferenz in jeder Hinsicht sich zur Unfruchtbarkeit verurteilen, wenn sie diese Fragen in die zweite Linie setzen oder obenhin abtun wollte. Eine gründliche Erörterung der auf den Krieg bezüglichen Fragen ist um so mehr erfordert, als sie die Frage unserer Stellung in der Internationale und zu einer möglichen Zusammenarbeit mit der Internationale für Zwecke des Kriegsendes umschließt. Es handelt sich hierbei nicht nur um die Stellungnahme der Partei im Parlament, sondern auch um unsere Stellung zu den Bruderparteien in den anderen Ländern und den Anrufen, die aus jenen Reihen an uns ergangen sind.

Freilich ist aus sattsam erörterten Gründen die Zuständigkeit der Konferenz sehr zweifelhafter Natur. Aber diese Frage erhält erst dann größere Bedeutung, wenn die Konferenz oder eine Mehrheit auf ihr versuchen sollte, sie aus einer beratenden, als die sie einberufen ist, in eine gesetzgebende Versammlung zu verwandeln. Wir wissen alle, was ihr fehlt, um die Vollmachten einer solchen in Anspruch nehmen zu können. Sie ist keine die Partei annähernd zutreffend vertretende Zusammenkunft. Ein großer Teil der Parteigenossen ist auf ihr unvertreten, und bei den Wahlen zu ihr hat eine freie, die zur Erörterung kommenden Fragen von Grund aus beleuchtende Besprechung in der Presse und in Versammlungen nicht vorausgehen können. So können daher ihre Beschlüsse oder Gutachten nicht die bindende Kraft von Kongreßbeschlüssen beanspruchen.

Aber sie wird die größte Zusammenkunft von Vertretern der Partei sein, die wir seit 1913 gehabt haben, und kann daher auch ohne das einen bedeutenden Einfluß auf die Weiterentwicklung dieser ausüben. Es kommt nur darauf an, von welchem Geist sie sich erfüllt zeigen und in welcher Richtung sie die Lösung des Konflikts suchen wird, der heute die Partei in allen ihren organischen Bestandteilen zu zerrütten droht. Es wird von ihrem Verlauf abhängen, ob das Übel sich verschlimmert oder ob das Mittel gefunden wird, den unvermeidlichen Kampf der Geister in der Partei unter solchen Bedingungen sich abspielen zu lassen, daß er dem Zusammenhalt und der Leistungskraft der Sozialdemokratie nicht dauernd schweren Abbruch tut.

Das ist die der Parteikonferenz in bezug auf das organische Leben der Partei gestellte Aufgabe. Es läßt sich im Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, noch nicht mit Sicherheit bestimmen, welche der heute in der Partei sich gegenüberstehenden Richtungen auf ihr die Mehrheit haben wird. Aber schon der Umstand, daß die Reichstagsabgeordneten der Partei Delegierte sein werden und der ganze Einfluß des Parteivorstandes und des größten Teiles der Parteibureaukratie im Sinne der Fraktionsmehrheit arbeitet, stellt eine Mehrheit für diese auf der Konferenz in sichere Aussicht. Es wird sich also fragen, ob diese Mehrheit das Vorbild, das ihr die Fraktionsmehrheit im Verhalten gegenüber der Minderheit geliefert hat, nachahmen oder die Erfahrungen beherzigen wird, die deren Politik des Zwanges auf die Gewissen zur Folge gehabt hat.

Daß jeder Versuch scheitern muß, die Minderheit von der Vertretung dessen abzuhalten, was sie in bezug auf den Krieg und die Kriegspolitik für ihre unabweisbare Pflicht hält, kann sich niemand mehr verhehlen, der den Gang der Debatten in der Partei mit offenen Augen verfolgt hat. Ebenso hat es sich deutlich gezeigt, daß an wichtigen Parteiorten die große Mehrheit der Parteimitglieder, an anderen erhebliche Minderheiten hinter der Fraktionsminderheit stehen und diese überall mit Leidenschaft für sie eintretende Anhänger hat — kurz, daß es sich bei ihr nicht, wie man es erst hinzustellen suchte, um die Auflehnung einiger Doktrinäre und Ultraradikalen, sondern um eine tiefgehende Bewegung in der Arbeiterschaft handelt, die keine Gewaltmaßnahmen, keine Verdammungsbeschlüsse aus der Welt schaffen werden. Sofern also der Meinungskampf in der Partei nicht zur völligen Spaltung führen soll, was für die jetzt über die Mehrheit Verfügenden nicht minder verhängnisvoll ausfallen würde als etwa für die Minderheit, gibt es nur zwei Wege zur Lösung des für die Partei erstandenen Problems: Verständigung zwischen Mehrheit und Minderheit über eine Politik, zu der sie sich trotz der obwaltenden Meinungsverschiedenheiten zusammenfinden könnten, oder Übereinkommen, während der Dauer des Krieges in allen den Fragen, über die Einigung nicht erzielt werden kann, der Minderheit das Recht zuzugestehen, ohne Gehässigkeit, aber mit sachlicher Betonung ihrer abweichenden Anschauung diese selbständig zu vertreten. Ob das erstere erzielt werden kann, ist ziemlich unwahrscheinlich. Es wäre meiner Ansicht nach nicht unmöglich, wenn die Mehrheit sich entschließen könnte, zur Politik zurückzukehren, wie sie den Einleitungssätzen der Erklärung der Reichstagsfraktion vom 4. August 1914 und der ursprünglich von ihr beschlossenen Fassung eines weiteren Satzes entsprechen würde, der damals nur aus äußerlichen Gründen abgeändert

wurde. Indes gebe ich mich über die Bereitwilligkeit dazu keinen Selbsttäuschungen hin, und daß die Minderheit von ihrer grundsätzlichen Stellungnahme nicht abgehen wird, wurde oben schon gesagt. Ein Übereinkommen aber, wie es hier in kurzem Umriß angedeutet ist, wäre bei gutem Willen möglich. Es mutet keinem auch nur das kleinste Opfer der Überzeugung zu und würde schon dadurch auf Ton und Geist des unausbleiblich auch weiterhin sich abspielenden Meinungskampfes die günstigste Wirkung haben. Sich darüber schlüssig zu werden, ob sie in dieser Weise das Übel, das der Krieg dem inneren Leben der Partei zugefügt hat, nach Möglichkeit mildern will, ist die erste Pflicht der Parteikonferenz.

Kritische Anmerkungen.[1]

Von Fr. Mehring.

In dem Armesünderglöcklein, das Parvus-Helphand gegossen hat und Parvulus-Haenisch am Strange zieht, bimmelt Ruberrimus-Heilmann gegen die sogenannte »Liebknechtgruppe« los. Er wirft ihr vor, daß sie die deutsche Niederlage »wolle«.

Es gehört ein eigentümlicher Geschmack dazu, diese Anklage zu erheben, zur Zeit, wo der Landesverratsprozeß gegen den Genossen Liebknecht in zweiter Instanz schwebt und die meisten Mitglieder seiner sogenannten »Gruppe« nicht nur durch die Zensur verhindert sind, öffentlich mit der nötigen Klarheit zu sprechen. Indessen wenn sich über den Geschmack in diesem Falle sehr wohl streiten ließe, so wollen wir doch nicht darüber streiten, da die Umlernerei auch in den Fragen des Geschmacks und Taktes viel zu weit vorgeschritten ist, als daß sich noch eine Einigung erwarten ließe.

Irgendeinen urkundlichen Beweis für seine Behauptung bringt Heilmann nicht bei, aus dem durchschlagenden Grunde nicht, weil er ihn nicht beibringen kann. Wir wollen ihm nicht ansinnen, daß er bei Liebknecht auch nur einen Funken jenes glühenden Patriotismus voraussetzt, der ihn selbst beseelt, und wir wollen ihm nicht einmal zumuten, dem Genossen Ströbel aufs Wort zu glauben, der schon vor Jahr und Tag öffentlich eine Äußerung Liebknechts erwähnte, die dahin lautete, man müsse pervers sein, um eine deutsche Niederlage zu wünschen. Aber so viel Logik sollte man sich in Chemnitz trotz allen kriegerischen Rausches doch bewahrt haben, um zu erkennen, daß Genosse Liebknecht von seinem internationalen Standpunkt aus gar keine deutsche Niederlage wünschen *kann*.

Man mag über Liebknecht sonst denken wie man will, aber so viel muß doch auch sein erbittertster Feind anerkennen, daß er aus seinem Herzen niemals eine Mördergrube macht. Glaubte er, daß die Interessen der Arbeiterklasse die deutsche Niederlage erforderten, so hätte er es nicht ein-, sondern zehn- und hundertmal gesagt. Er hätte dann so gehandelt, wie Lassalle im Frühjahr 1859 oder Marx und Engels im Winter 1870 und 1871 gehandelt haben. Er hätte sich also auf sehr erlauchte Vorbilder berufen

---

[1] Wie wir schon einmal bemerkt, muß Umstände halber die Fortsetzung der Artikelreihe: »1866 bis 1914« vertagt werden. Der vorliegende Artikel, der am 14. August einlief, sollte erst nach ihrem Abschluß erscheinen, sozusagen als Epilog.
Die Redaktion.

können. Aber er hat nicht so gehandelt, weil die Voraussetzungen nicht gegeben waren, die in den gedachten Jahren die politische Taktik unserer Altmeister bestimmt haben, worüber hier nichts mehr ausgeführt zu werden braucht, da diese Fragen schon ausgiebig genug in der Neuen Zeit behandelt worden sind.

Deshalb hat Liebknecht freilich nicht den deutschen Sieg in diesem Weltkrieg gewünscht, den Heilmann und nach seiner Behauptung die Mehrheit der Partei »will«. Man muß jedoch auch hier nicht ins Blaue hineinreden, sondern sich darüber klar zu machen suchen, was unter »Sieg« zu verstehen ist. Seit den Tagen des Pyrrhus ist es eine alte Erfahrung, daß man sich auch totsiegen kann, militärisch wie politisch. An solchen Erfahrungen ist auch die preußische Geschichte nicht eben arm. Es seien nur einige Beispiele angeführt.

In der Schlacht bei Prag erfocht der König Friedrich durch die Gunst der Umstände einen Sieg, der weit über das hinausging, was er nach Maß seiner Kräfte und Mittel behaupten konnte. Die Folge war die zerschmetternde Niederlage bei Kolin, die den König für immer in die Defensive warf, so daß er den Triumph weniger Tage mit einer Leidenszeit von sechs Jahren büßen mußte. Ein Totsiegen im politischen Sinne des Wortes aber war der Winterfeldzug Blüchers im Jahre 1814. Die preußischen Historiker pflegen zu sagen, ohne den »Marschall Vorwärts« wäre es nie zur Eroberung von Paris und zur Niederwerfung Napoleons gekommen, und dafür läßt sich, wenn man sich einmal auf das Wenn- und Aberspiel der Geschichte einlassen will, in der Tat vieles sagen. Aber der militärische Sieg war eine politische Niederlage, denn das preußische Heer wurde in diesem Feldzug so völlig aufgerieben, daß Preußen bei den Verhandlungen des Pariser Friedens sich in völliger Ohnmacht gegenüber den geschonten Kräften Österreichs und Rußlands befand und somit sehr schlecht abschnitt. Wenn der alte Blücher damals fluchte, daß die Federn der Diplomaten verdorben, was er und seine Waffenbrüder mit dem Schwert erworben hätten — ein Wort, das ja gewissermaßen sprichwörtlich geworden ist —, so befand er sich in einer verhängnisvollen Selbsttäuschung. Die Sachlage war vielmehr die, daß die Federn der Diplomaten nicht erwerben konnten, was das Schwert Blüchers verdorben hatte.

Diese Beispiele ließen sich häufen. So verdankte Bismarck den größten Erfolg wie den größten Mißerfolg seiner auswärtigen Politik dem Umstand, daß er sich das eine Mal vor dem Totsiegen zu hüten verstand, das andere Mal aber nicht. Daß er nach der Niederlage Österreichs im Jahre 1866 in erbittertem Streit mit den Generalen und selbst mit dem König nach seinem eigenen zutreffenden Ausdruck das »Augenmaß« besaß, sich auf das für seine Zwecke Notwendige zu beschränken, nämlich die Herstellung eines Großpreußens, ist diejenige seiner Leistungen, die ihm am ehesten den Anspruch auf den Namen eines Staatsmanns gibt. Wenn er aber 1871 die Annexion Elsaß-Lothringens durchsetzte, so bewies er, daß allerdings die Federn der Diplomaten verderben können, was die Schwerter des Heeres erworben haben, wobei die strittige Frage, ob und inwieweit sich ihm dabei fremde Schuld und eigene Torheit verkettet haben mag, an dieser Stelle auf sich beruhen kann.

* * *

Überdies ist der Streit über »Niederlage« oder »Sieg« einigermaßen verfrüht. Wenn anders die Erfahrungen der Geschichte noch etwas gelten, so ist es in höchstem Grade wahrscheinlich, daß es weder zu der einen noch zu dem anderen kommen wird. Koalitionskriege, in denen eine Gruppe von Mächten einer einzelnen Macht gegenübersteht, haben oft genug mit der Niederlage des einen oder des anderen Teiles geendet, so daß ihm der Friede mit der Spitze des Schwertes auf der Brust diktiert werden konnte. Koalitionskriege dagegen, in denen zwei Mächtegruppen miteinander rangen, pflegten an der allgemeinen Erschöpfung zu sterben.

Geschichtliche Beispiele sind im siebzehnten Jahrhundert der Dreißigjährige, im achtzehnten Jahrhundert der Siebenjährige Krieg. Dieser Krieg hat sogar, wenigstens für Europa, mit dem Ergebnis geendet, das sich angeblich nur »Kindsköpfe« vorstellen können, so zwar, daß nicht ein Grenzstein verrückt wurde, den vermoderte Diplomaten gesetzt hatten. Natürlich soll damit nicht gesagt sein, daß der Dreißig- und der Siebenjährige Krieg überhaupt keine politischen Wirkungen gehabt hätten. Die haben sie in bedeutsamster Weise gehabt: der Dreißigjährige Krieg führte zur europäischen Hegemonie Frankreichs, der Siebenjährige bahnte die Meerherrschaft Englands und die russische Hegemonie über das europäische Festland an.

Bei der ganzen Umlernerei ist niemand ärger ins Gedränge gekommen als der gesunde Menschenverstand. Durch die Politik des 4. August schiffte sich die offizielle Partei mit ein auf das Schlachtschiff des Imperialismus, sei es auch nur als blinder Passagier. Eben als solcher hat sie an Bord aber gar nichts zu sagen, und zwar von Rechts wegen nicht. Wenn man die Selbständigkeit des Handelns einmal einem, wie man annimmt, höheren Zwecke geopfert hat, so muß man auch die Konsequenzen in den Kauf nehmen.

Den Kurs des Schiffes bestimmt nicht die Mannschaft, sondern der Kapitän, und selbst wenn der Kapitän der Mannschaft für das Gelöbnis unverbrüchlicher Treue gestatten sollte, ihre unmaßgebliche Meinung darüber zu äußern, wie eigentlich gesteuert werden solle, so wird er diese unmaßgebliche Meinung auch als solche behandeln und so steuern, wie er nach Gewissen und Pflicht steuern zu müssen glaubt, woraus ihm nicht der geringste Vorwurf gemacht werden kann.

Ruberrimus-Heilmann stellt die Frage ganz richtig so: Entweder bekämpft man den Imperialismus auf der ganzen Linie, und dann muß man auf den »Sieg« des eigenen Landes verzichten, oder man will »durchhalten bis zum Siege«, und dann muß man sich mit dem »Imperialismus« des eigenen Landes recht und schlecht vertragen. Er gerät aber in die greulichste Konfusion, wenn er dem »Siege« des deutschen Imperialismus dadurch die Stacheln nehmen will, daß in Deutschland von allen Staaten, die am Weltkrieg beteiligt seien, die Sozialdemokratie weitaus am einflußreichsten und stärksten sei und ihre Macht während des Krieges noch außerordentlich vermehrt habe. Das sei eine genügende Sicherheitskette gegen Eroberungspläne, die den nationalen Bestand anderer Kulturvölker anzutasten wünschten. Um im Bilde zu bleiben, so sagt Ruberrimus-Heilmann damit: Wir schiffen uns auf dem Schlachtschiff des deutschen Imperialismus ein, aber als Mannschaft werden wir schon dafür sorgen, daß der Kapitän keinen Kurs steuert, der den Imperialismus fördert und stärkt.

Das verstehe, wer kann! Wenn irgendwo im Ausland von sozialdemokratischer Seite Versuche gemacht werden, die Internationale wieder aufzurichten — Versuche, an denen doch immer der gute Wille zu loben ist, was immer sonst an ihnen auszusetzen sein mag —, so kommen die Cunow und Genossen mit hochgezogenen Brauen und belehren uns: »Nun ja, da sind wieder ellenlange Resolutionen gefaßt worden, wie schon hundertmal früher, Resolutionen voll der alten Schlagworte, die uns nachgerade zum Halse heraushängen. Das ist doch nicht mehr, als wenn der Wind in den Schornstein fährt.« Dieselben Politiker aber bilden sich ein, durch Resolutionen, von denen man doch auch nicht sagen kann, daß sie neue Gedanken enthalten, den Frieden fördern zu können. Wohlgemerkt, indem sie tatsächlich an der »Durchhaltepolitik bis zum Siege« festhalten. Das ist allerdings »Froschmolluskenbreinatur«, um mit Heilmann zu sprechen.

Es ist im günstigsten Falle eine heillose Phantasie Heilmanns, wenn er behauptet, daß sich die Macht der deutschen Sozialdemokratie im Kriege außerordentlich vermehrt habe. Genau das Gegenteil ist richtig. Im Grunde ist diese Macht schon am 4. August 1914 zum leeren Schein geworden; eine Arbeiterpartei, die, um mit einem preußischen König zu sprechen, auf »das stolze Vorrecht der Initiative« verzichtet, liefert sich damit ihren Gegnern aus.

Immerhin — wenn im Anfang noch eine gewisse Rücksicht auf die Bedürfnisse der Partei genommen wurde, so ist diese Rücksicht mehr und mehr geschwunden. Auf die Einzelheiten, die ebenso beweiskräftig wie zahlreich sind, kann heute aus bekannten Gründen nicht eingegangen werden. Es war noch eine vereinzelte Stimme, als gleich nach dem 4. August ein konservatives Blatt erklärte: »Was ist denn viel an der Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu loben? Die Leute haben getan, was sie nicht lassen konnten, wenn sie nicht gewaltig in die Tinte kommen wollten.« Heute erklären die Heydebrand und Westarp schon ganz öffentlich, wenn die Sozialdemokratie den Brand des gemeinsamen Hauses habe löschen helfen, so könne man ja künftig darauf verzichten, sie »antinational« zu nennen, aber sonst bleibe alles beim alten. Es gehören seltsame Ohren dazu, aus diesen Tönen irgend etwas von Respekt vor der gewachsenen Macht der Sozialdemokratie herauszuhören.

Die verlorene Macht läßt sich nur wiedergewinnen, und neue Macht läßt sich nur erobern, wenn die Partei sich in der Kriegs- und Friedensfrage auf die eigenen Füße stellt. Wenn im öffentlichen Leben immer entscheidet, daß man erstens einen Willen und zweitens ein Ziel hat, so raubt die »Durchhaltepolitik« der Partei gleichermaßen den Willen, wie sie ihr das Ziel verwirrt. Man kann so wenig wirksam für den Völkerfrieden kämpfen, ohne jedem Bündnis mit dem Imperialismus, gleichviel in welcher Form, den schroffsten Abschied gegeben zu haben, wie man Feuer und Wasser miteinander vermischen kann.

Ehe diese Bedingung nicht erfüllt ist, wird mit allen Kundgebungen der Partei für den Frieden, so machtvoll und massenhaft sie erscheinen mögen, nichts ausgerichtet werden. Das mag eine bittere Wahrheit sein, aber deshalb braucht sie nicht verschwiegen zu werden. Die Zeit der Selbsttäuschungen sollte nachgerade vorbei sein.

* * *

Dasselbe sagen nun freilich auch die Umlerner. Nach ihnen hat die Partei bis zum 4. August 1914 in den kolossalsten Illusionen gelebt. Wie es einer von ihnen jüngst in die Sätze gekleidet hat, die kapitalistische Gesellschaft, wie sie Marx erlebt und beschrieben habe, bestehe heute nicht mehr so. Man habe durchaus von vorn zu beginnen, das heißt nicht mit Lehrsätzen, sondern mit der Erkundung und Ordnung der wirtschaftlichen Tatsachen, mit der alten marxistischen Methode, aber nicht mit den alten Buchzitaten; man habe nichts Altes zu revidieren, sondern Neues zu ergründen.

Kann man sich ärgere Gemeinplätze denken? Und sie rühren noch von einem der gescheitesten Umlerner her. Gewiß besteht die kapitalistische Gesellschaft »nicht mehr so« wie zur Zeit, wo Marx lebte; es ist unzweifelhaft richtig, daß sie an seinem Todestag nicht der Versteinerung verfallen ist. Gewiß ist es notwendiger und nützlicher, in der Weise des Meisters zu denken, als seine Worte nachzuplappern, aber diese Weisheit ist so alt, daß sie schon im Altertum sprichwörtlichen Klang hatte. Gewiß soll man nicht mit Lehrsätzen beginnen, sondern mit der Erkundung der Dinge, aber das haben auch schon die griechischen Naturphilosophen gewußt.

Dazu kommt dann noch die ganze Litanei von »versteinerten Dogmen«, »engstirnigen Orthodoxen« und dergleichen mehr, die schon vor dem Kriege gang und gebe war, aber jetzt im Kriege auch von manchen Leuten hergebetet wird, die ehedem nur ein verächtliches Achselzucken dafür hatten. Statt diese Trivialitäten, mit denen sich schließlich doch kein Hund mehr vom Ofen locken läßt, ewig breitzutreten, sollten die, die es angeht, endlich einmal eine einzige kleine Tatsache anführen, durch die der Weltkrieg auch nur ein Atom von dem widerlegt hat, was vor ihm unser politisches und soziales Programm war.

Gewiß hat er eine Reihe von Erscheinungen gezeitigt, die bisher mehr oder weniger unbekannt oder doch nicht genügend erkannt waren, und die mit aller Gründlichkeit und Sorgfalt studiert werden müssen. Wo gäbe es aber auch einen Narren, der das bestritte und den Weltkrieg für eine Episode hielte, nach der man die Fäden nur gerade da, wo er sie zerrissen hat, wieder anzuknüpfen brauche, um sie in aller Seelenruhe weiterzuspinnen? Ebensowenig bestreitet irgend jemand, der noch im Besitz seiner fünf Sinne ist, daß der Weltkrieg die Partei vor gewaltige Aufgaben stellt, deren Lösung ihre ganze Kraft beansprucht. Aber was — um's Himmels willen! — hat alles das mit der Behauptung zu tun, daß die Erfahrungen des Weltkriegs uns zum »Umlernen« zwingen sollen, das heißt zur Opferung der Grundsätze, die seit fünfzig Jahren die Leitsterne der deutschen Arbeiterpolitik gewesen sind?

Kraft dieser Grundsätze haben so und so viele sozialdemokratische Kongresse den Weltkrieg vorausgesagt und vorausgesehen und die Taktik festgelegt, die bei seinem Eintritt von dem internationalen Proletariat zu beobachten sei. Solange man nicht behaupten will oder gar beweisen kann, daß alle diese Kongresse sinnbetörkt gewesen seien, so lange läßt sich die Notwendigkeit irgendeines Umlernens nur daraus ableiten, daß der Weltkrieg in ganz anderen Formen ins Leben getreten ist, als die internationale Sozialdemokratie vorausgesehen und vorausgesagt hat. Etwa so, daß die kriegführenden Mächte zunächst das Gemeineigentum hergestellt, damit die Lohnfesseln der arbeitenden Klassen gesprengt und nun erst miteinander gekämpft

hätten, was danach freilich keinen rechten Sinn und Zweck mehr gehabt haben würde. Die Unterstellung einer solchen Möglichkeit ist gewiß Unsinn, aber dieser Unsinn ist nur die auf die Spitze getriebene Logik, wonach das politische und soziale Wesen des Weltkriegs uns zu einer Umwälzung unserer politischen und sozialen Grundsätze zwingen oder auch nur veranlassen soll.

Ohne hier in die verschiedenen Auffassungen des Umlernens näher einzugehen, so ist darüber kein Streit möglich, daß der Imperialismus eine historisch vorgeschrittene Form des Kapitalismus ist. Wie der Ursprung, so sind auch die Mittel und die Ziele des Krieges kapitalistischer Art und ändern nicht das geringste an dem Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit. Dies Verhältnis ist aber der Angelpunkt des sozialdemokratischen Programms, und alle Schlußfolgerungen, die sich daraus ergeben, sind heute so unangefochten wie je.

Oder hat die kapitalistische Gesellschaft in diesem Weltkrieg ein anderes Gesicht gezeigt wie vor ihm? Das wäre zwar ein Wunder, aber der Wunderglaube hat mitunter eine ansteckende Kraft. Jedoch auch für die, die nach dem bekannten Wort nicht alle werden, genügt ein Hinweis auf den Lebensmittelwucher, um ihnen klarzumachen, daß dieser Krieg den Kapitalismus zu Leistungen angespornt hat, die selbst in seiner grausamen Geschichte bisher unerhört gewesen sind. Und alle sittliche Entrüstung über einzelne Wucherer, die es besonders arg getrieben haben und von Haus aus bösartig angelegte Individuen sein mögen, ändert nicht das geringste an der Tatsache, daß der Lebensmittelwucher als solcher in der kapitalistischen Produktionsweise wurzelt, wie ja gerade diejenigen ihrer Vorkämpfer anerkennen, die sich mit dem Nachweis abmühen, daß er zwar eine sehr beklagenswerte, aber leider vom menschlichen Willen unabhängige Tatsache sei, die nun einmal als unvermeidliche Schickung ertragen werden müsse. Und dies düstere Gorgonenhaupt verliert nichts, sondern gewinnt nur an versteinerndem Schrecken, wenn ihm gegenüber ein von seinem Genius besonders gesegneter Umlerner die groteske Fratze des »Kriegssozialismus« an die Wand malt.

Unter all seinen furchtbaren Zerstörungen hat der Weltkrieg auch nicht ein Tüttelchen unseres Programms zu erschüttern gesucht. Um diese Tatsache zu verwischen, tun die Umlerner das, was sie uns vorwerfen: sie arbeiten mit »Buchzitaten« aus Marx und Engels, um zu beweisen, daß die Mehrheit der Reichstagsfraktion am 4. August im Sinne dieser Männer gehandelt habe. Es lohnt nicht, darüber zu streiten, selbst wenn ganze Traktätchen voll solcher »Buchzitate« auf Regiments Unkosten massenhaft verbreitet werden. Wer von dem Geiste, der in Marx und Engels und nicht minder in Lassalle lebte, je auch nur einen Hauch gespürt hat, der weiß, wo unsere Altmeister heute stehen würden, und das muß gegenüber dem noch so lärmenden Unverstand genügen. Sie waren keine Halbgötter, geschweige denn Götter, aber gleichwohl soll man ihre Namen nicht unnütziglich führen. Ob die Bibliothek voll blühenden Unsinns, der über sie schon zusammengeschrieben ist, noch um einige Schränke voll Makulatur vermehrt wird, kann uns so gleichgültig sein, wie es ihnen sein würde, wenn sie noch lebten.

(Schluß folgt.)

Türkische Probleme.

Von O. Jenssen.

Das Eingreifen der Türkei in den Weltkrieg und das militärische Zusammenwirken der Heere des Vierbundes, die Erklärung des heiligen Krieges, die Sicherung der Bahnverbindung Berlin-Konstantinopel und eine ganze Reihe anderer Tatsachen haben das allgemeine Interesse an türkischen, das heißt vorderasiatischen Dingen sehr angeregt. Schon vor dem Kriege hatten imperialistische Kreise Deutschlands eine rege literarische Propaganda für deutsch-türkische Wirtschaftsbeziehungen entfaltet. Sie setzen ihre Tätigkeit mit erhöhtem Eifer während des Krieges fort, und Broschüren und umfangreiche Bücher erscheinen zahlreich auf dem Markt, begleitet von unzähligen Aufsätzen in Zeitschriften und Artikeln in der Tagespresse. Die folgenden Zeilen wollen dazu beitragen, gegenüber dieser Literatur und den von ihr behandelten Fragen eine selbständige Stellungnahme zu ermöglichen oder zu erleichtern. Sie erheben keinen Anspruch auf eine erschöpfende Behandlung der gestellten Probleme, sondern sie wollen vor allem anregen zu weiterem Studium des Materials und genauer Beobachtung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Vorgänge im nahen Orient. Die Schwierigkeiten der Materialbeschaffung sind allerdings groß. Es fehlt in der Türkei eine zuverlässige Handelsstatistik. Die Volkszählungen beruhen auf rohen Schätzungen. Große Gebiete sind geographisch unerforscht oder nur mangelhaft bekannt. Die Einzelheiten orientalischer Wirtschaft in ihrer örtlichen Verschiedenheit sind noch wenig systematisch erforscht. Der Zusammenstoß zwischen orientalischer Wirtschaft und europäischem Hochkapitalismus ergibt mannigfache Übergangsformen, deren Studium besonders erschwert ist, da die Mitteilungen über die jetzigen Zustände zumeist aus politisch oder kommerziell interessierten Quellen stammen. Die Berichte von Reisenden endlich sind sehr ungleichwertig, da es den theologisch, philologisch, kunstgeschichtlich oder auch geographisch interessierten Gelehrten oft an völkerkundlicher und gesellschaftswissenschaftlicher Schulung fehlt. Diese Forscher sehen dann nur die für ihr Spezialfach interessanten Erscheinungen und berichten über andere Gebiete oft oberflächlich und irreführend.

Diese Sachlage begünstigt phantastische Hypothesen und Prophezeiungen, wobei die imperialistischen Wünsche der Tagesschriftsteller oft an Stelle wissenschaftlicher Erkenntnis treten. Um so notwendiger ist der Versuch einer Skizzierung der wirtschaftlichen Grundlagen und der sich aus diesen ergebenden Tendenzen, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß der Materialmangel sich hier sehr fühlbar macht und daß ein abschließendes Urteil erst nach Schluß des Weltkrieges gewonnen werden kann. Die folgenden Ausführungen sind daher vor allem als eine Einführung gedacht, die erleichtern soll, die türkischen Probleme zu studieren und die Erscheinungen des Tages kritisch zu verfolgen.

1. Die geographischen Grundlagen.

Zur Beurteilung der wirtschaftlichen Wandlungen und Aussichten in Vorderasien ist eine genaue Kenntnis der geographischen Grundlagen orientalischer Wirtschaft unerläßlich. Wir haben uns in Europa im Alltagsleben daran gewöhnt, die erdkundlichen Bedingungen der Wirtschaft als selbst-

verständlich anzusehen, wozu die genaue Erforschung unseres Erdteils beitrug. Auf die veränderte Grundlage des Wirtschaftslebens im Orient wiesen schon Marx und Engels in ihrem Briefwechsel 1853 hin. Sie erkannten die überragende Bedeutung des Trockenklimas und der durch dieses bedingten künstlichen Bewässerung für den Ackerbau und die gesamte Kultur. Einer der besten Kenner vorderasiatischer Wirtschaft, Reinhard Junge, bestätigt ihre Ansicht, wenn er schreibt:

Zunächst bestehen uns in Europa völlig fremde natürliche Grundlagen der Wirtschaft im näheren Orient. Ist zum Beispiel bei uns für die Wirtschaft der ausschlaggebende Faktor die Wärme, so ist es im Orient vielfach das Wasser. Mit Naturnotwendigkeit müssen sich so bestimmte wirtschaftliche Erscheinungen, etwa infolge des Trockenklimas, gestalten, muß mit Notwendigkeit auch das wirtschaftliche Denken in dieser oder jener Hinsicht dauernd beeinflußt werden. Die Wasserwirtschaft mit ihrer despotischen Arbeitszusammenfassung, ihrer Handelsfreundlichkeit, ihrer unerläßlich besondersartigen Einwirkung auf die Zünfte und vieles andere bleibt dauernd bestehen.

Diese richtunggebenden geographischen Faktoren genügen aber nicht zur Beurteilung der wirtschaftlichen Möglichkeiten der einzelnen Gebiete des Türkischen Reiches. Kleinasien, Armenien, die arabische Halbinsel und Mesopotamien haben jedes ihren besonderen geographischen Charakter, und in diesen großen Teilgebieten des Reiches gibt es provinzielle Unterschiede, und manche Orte und Bezirke haben als Knotenpunkte wichtiger Straßen oder als Mittelpunkte besonders fruchtbarer Gegenden nicht nur hervorragende wirtschaftliche Bedeutung, sondern sie entwickeln auch eine geographische Individualität. Die erste moderne Geographie der Türkei in deutscher Sprache, die nicht nur hohen wissenschaftlichen Ansprüchen genügt, sondern auch das weit verstreute Material in künstlerischer Form zur Darstellung bringt, erschien während des Weltkriegs: Ewald Banse, Die Türkei, eine moderne Geographie.[1]

Die kleine Ausgabe dieses Buches habe ich bereits gewürdigt. Das Hauptwerk gibt eine ausführliche geographische Schilderung aller Gebiete der jetzigen Türkei, wobei nicht nur die geologische Struktur der einzelnen Landesteile, Fluß- und Gebirgssysteme, klimatische Verhältnisse usw., die Weltlage der einzelnen erdkundlichen Provinzen in ihrer kulturgeschichtlichen und wirtschaftsgeographischen Bedeutung dargestellt werden. Vegetation und Tierwelt und vor allem die Bevölkerung sind berücksichtigt, während die künstlerische Erfassung der »Seele der Landschaft« dem Werke die besondere Note gibt. Landschafts- und Städtebilder erstehen dem Leser in eindringlicher Anschaulichkeit, wobei der Verfasser aber nicht in jene schillernde Manier oberflächlicher Plauderei verfällt. Nur möchte man wünschen, daß neben dem geographischen und ästhetischen Schauen auch die soziale Betrachtung an Raum gewinnt. Bauart der Häuser, Gruppierung der Siedelung, Bebauungsart des Landes verraten dem Kundigen oft die soziale Gliederung, Besitzverteilung, Kultureigentümlichkeiten der Bewohner.

---

[1] Ewald Banse, Die Türkei, eine moderne Geographie. Mit 62 Abbildungen und einer farbigen Kulturkarte. Braunschweig 1915, Verlag von Georg Westermann. 454 Seiten. Preis 16 Mark. Die farbige Kultur- und Wirtschaftskarte ist unter dem Titel »Floren- und Wirtschaftskarte der Türkei« zum Preise von 1,50 Mark gesondert zu kaufen. Diese Karte ist die erste ihrer Art in Deutschland und zur Beurteilung wirtschaftlicher Fragen sehr instruktiv.

Obgleich, wie Schulmann mit Recht betont, bei den eigenartig verwickelten Eigentumsverhältnissen dieses »ökonomische Schauen« im Orient bei flüchtiger Durchreise leicht zu falschen Schlüssen führen kann. Banse charakterisiert in den einleitenden Abschnitten oft glänzend die wirtschaftlich-kulturelle Eigenart der einzelnen geographischen Provinzen, und es ist zu hoffen, daß diese Methode auch bei der Beschreibung von Bezirken und Orten noch vollkommener zur Entwicklung gelangt. Die beigegebene Wirtschaftskarte der Türkei zeigt auch dem Laien die geographischen Grundfaktoren orientalischer Wirtschaft. Die Steppe beherrscht ganz Vorderasien. Sie wandelt sich in Arabien zur oasendurchsetzten Wüste. In Mesopotamien ist sie von Salzsümpfen durchsetzt. Sie herrscht auch in Armenien, unterbrochen vom Kulturland der Flußtäler und der Gaue am Wansee. Sie bedeckt große Teile Kleinasiens, umrahmt von den waldigen fruchtbaren Gebirgen an der Küste des Schwarzen Meeres und den mit reichlichem Kulturland gesegneten buchtenreichen Gestaden des Ägäischen und Mittelländischen Meeres, während die phönizische Küste einen schmäleren Gürtel von Kultur- und Waldland aufweist. Diese Steppe kann heute nur von Nomaden und Halbnomaden bewohnt werden, und dauernder Ackerbau ist bei künstlicher Bewässerung möglich. Zwar ist durch planmäßige Aufforstung auch der Waldbestand in jetzt kahlen Gebieten wohl zu steigern. Doch ist sicher an vielen Orten schon Verkarstung eingetreten. Der Regen hat die fruchtbare Ackerkrume fortgeschwemmt, so daß eine neue Bewaldung schwierig oder gar unmöglich ist. Es kann hier nicht versucht werden, den geographischen Charakter der Türkei eingehend zu beschreiben. Wir werden aber bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Entwicklung immer wieder auf die geographische Grundlage zurückkommen und an der Hand genauer erdkundlicher Kenntnisse jene phantasievollen Zukunftsprophezeiungen prüfen, mit denen die Welt jetzt beglückt wird. Banses Buch ist aber noch aus einem anderen Grunde gerade jetzt äußerst wertvoll. Seine Geographie der Türkei ermöglicht eine kritische Betrachtung der Vorgänge auf dem türkischen Kriegsschauplatz. Die ausführliche Beschreibung aller wichtigen Städte und Kreuzungspunkte von Straßen und Karawanenwegen, die genaue geographische Schilderung von Gebirgen und Flußtälern ermöglichen ein Urteil über die Schwierigkeiten und Bedingungen militärischer Operationen im Irak wie in Rumänien, am Suezkanal wie bei Medina. Das Bansesche Werk kann daher in den Redaktionen der Parteipresse gute Dienste leisten, zumal ein ausführliches Sachregister den Gebrauch als Nachschlagebuch sehr erleichtert.

2. Landwirtschaft.

Alle sachkundigen Autoren stimmen darin überein, daß die Landwirtschaft nicht nur das Fundament der türkischen Wirtschaft und des Staates ist, sondern sie betonen sämtlich, daß eine Hebung der Agrarproduktion die wichtigste Aufgabe der nächsten Zukunft sein muß. Einig ist man ferner in der Beurteilung der Ursachen des heutigen technischen Tiefstandes der Landwirtschaft und des furchtbaren Druckes, der auf dem Bauerntum lastet. Die türkische Bezeichnung für Bauer „rundscbber“ (voll Quälerei) sagt alles.

Karl Anton Schäfer[2] faßt die Gründe des heutigen Bauernelends in folgendem zusammen: 1. Steuerdruck, 2. Absentismus der Großgrund-

[2] Karl Anton Schäfer, Doktor der Staatswissenschaften, Ziele und Wege für die jungtürkische Wirtschaftspolitik. Volkswirtschaftliche Abhandlungen der badi-

besitzer, 3. Waldausrottung, 4. Arbeitermangel, 5. schlechte Verkehrsmittel, und 6. muß man hinzufügen: rückständige Agrartechnik, nicht zuletzt bedingt durch 7. die heutige Besitzverteilung und das Besitzrecht.

Die Steuerfrage soll in anderem Zusammenhang behandelt werden. Zunächst einiges über die Besitzverhältnisse:

Die Türkei besitzt bis jetzt keinen regelrechten Kataster, sondern nur ein sorgfältig gehaltenes Grundbuch, in dem die Grenzen des Grundbesitzes allerdings gewöhnlich in ziemlich unvollkommener Weise angegeben sind und von dem dem Käufer eine Abschrift als sein Besitztitel (hödschet) ausgeliefert wird. In der Türkei umfaßt der Grundbesitz fünf verschiedene Kategorien: 1. Mülkland (erasi-i-memluke) bedeutet den eigentlichen unabhängigen Grundbesitz, über den, nach Art des englischen freehold, der Eigentümer frei verfügen kann und das dem Fiskus (beit-ul-mal) verfällt, wenn der Besitzer ohne Erben versterben sollte. 2. Mirieland (erasi-i-mirie), ursprünglich mit Waffengewalt erobertes Gebiet, dessen Obereigentum (die Rakkaba) dem Beit-ul-mal zusteht, von diesem verwaltet wird und dessen Besitz der Staat nur gegen eine zu zahlende Abgabe (muadschele) verleiht. 3. Wakkufland (erasi-i-mewkuf) bedeutet zugunsten religiöser oder mildtätiger Stiftungen oder aber auch, wie unsere Fideikommisse, unveräußerlich gemachter Grundbesitz, dessen Einkünfte im Sinne des Stifters durch eine besondere Behörde, das Wekafministerium, verwaltet werden. 4. Metrukeland (erasi-i-metruke) heißt das unveräußerliche Gemeindegut. 5. Mewatland (erasi-i-mewat) ist das seit Menschengedenken brachliegende Land (terra nullius). Nach dem Scheriat erwirbt derjenige, der brachliegendes Land urbar macht, gewisse Anrechte, die aber gesetzlich nicht genau festgelegt sind. Einzelne Bestimmungen des Besitzrechts in der Türkei sind derart verwickelt und für einen Fremden derart schwer verständlich, daß, abgesehen von der Unsicherheit der Abgrenzung (mit Ausnahme von städtischen Grundstücken, die klar begrenzt und bei denen Hödschet auch häufig von einem Grundplan begleitet ist), ein Fremder nur unter Beratung erfahrener Rechtsanwälte an einen Kauf herangehen sollte. (Krause, Die Türkei, S. 85, 86.)

Wie ungünstig diese Rechtslage für die Entwicklung eines gesunden bäuerlichen Privatbesitzes ist und wie gefährlich für die eingeborenen Bebauer des Landes die Rechtsunsicherheit werden kann, zumal wenn Bodenpreissteigerungen durch Eisenbahnbauten, Aufschwung benachbarter Städte, Bewässerungsanlagen usw. eintreten, zeigen folgende Ausführungen von Professor Musil:[3]

---

schen Hochschulen, Neue Folge, Nr. 17. Karlsruhe i. B. 1913, Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag. 182 Seiten.

Schäfer gibt als Nationalökonom vom Fach unter Beibringung umfangreichen Materials, das allerdings ungleichwertig ist, ein Bild der wirtschaftlichen Verhältnisse der Türkei. Besonders wertvoll sind die auf eingehendem kritischen Quellenstudium beruhenden sehr sachkundigen und kritischen Ausführungen über Bankwesen und Bankpolitik. Die politischen Exkurse stehen ganz unter dem Einfluß der deutsch-türkischen Ansichten und Bestrebungen der Naumann, Rohrbach, Jäckh. Letzterem ist die Schrift zugeeignet. Sie sind interessant als zusammenfassende Darstellung der Ziele und Wege dieser Kreise und geben in ihrer Auffassung ein Bild jenes geographisch orientierten imperialistischen Halbmarxismus, der vielfach auf die Träger »sozialistischer Kolonialpolitik« abfärbt.

[3] Hofrat Dr. Alois Musil, Professor an der Universität Wien, Der heutige Zustand der türkisch-arabischen Provinzen. Dieser Vortrag ist abgedruckt in dem Sammelwerk »Balkan und naher Orient«. Vierzehn Vorträge, gehalten in Wien im März 1916. Eingeleitet und herausgegeben vom Vorsitzenden der Freien Vereinigung Dr. Ludwig Cwiklinski, K. und K. Wirklicher Geheimer Rat, Sektions-

Die wenigsten Fellachen wissen überhaupt, daß das Land, das sie anbauen, nicht ihr Privatbesitz ist. Ihre Großväter und Väter bebauten das Land oder benützten es als Weideplatz und wurden von niemand behelligt. Als die Regierung, insbesondere seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, verlangte, daß jeder die Dokumente vorweise, die den Rechtstitel seines Besitzes enthalten, so begaben sich viele Fellachen zu ihren Patronen in den Regierungssitzen und ersuchten sie um Intervention in dieser für die armen des Lesens und Schreibens unkundigen Leute so schwierigen Angelegenheit. Die geriebenen Patrone ließen sich von dem Fellah gewöhnlich seinen Besitz abtreten, erklärten ihn den Beamten gegenüber als Staatsdomäne, Miri, und ließen sich als Erbpächter amtlich bestätigen. Andere liehen dem Dorfschulzen Geld und ließen sich im Einverständnis mit dem Beamten den ganzen gemeinschaftlichen Grundbesitz eines Dorfes verschreiben. In den letzten Jahren des Abd ul Hamid wurden die fruchtbarsten Grenzstrecken als Domänen des herrschenden Hauses, Giftlik, erklärt, und die Fellachen waren damit einverstanden, weil sie dadurch vielen Belästigungen entgingen. Aber nach dem Sturze des Abd ul Hamid wurden die Giftlik für Staatsdomänen erklärt, viele von ihnen wurden verkauft, und die Käufer wollen nun die bisher selbständigen Fellachen teils vertreiben, teils zu bezahlten Feldarbeitern machen. Deshalb kam und kommt es zu vielen Unruhen unter der Landbevölkerung, die doch die eigentliche Stütze der türkischen Regierung bildet. (Balkan, S. 266.)

Die eingehende Darstellung der agrarischen Eigentumsverhältnisse in Palästina und ihrer Wandlungen in den letzten Jahrzehnten erklärt die hier geschilderten Verhältnisse in ihren wirtschaftlichen Zusammenhängen. (Vergl. Dr. Leon Schulmann: Zur türkischen Agrarfrage.)

Zur wichtigen Frage des Waldschutzes, der angesichts der Verwüstung der Forstbestände durch die Herden der Nomaden, die Kohlenbrenner und die Benutzung des Holzes zu Eisenbahnschwellen usw. dringend geboten ist, äußert sich Professor Schaffer[4] unter anderem:

---

chef im K. und K. Ministerium für Kultus und Unterricht. Wien und Leipzig 1916, Franz Deuticke. 360 Seiten.

Der Herausgeber dieser Vorträge charakterisiert in seiner einleitenden Ansprache das Buch wie folgt: »Der Zweck der Vorträge ist: in objektiv darstellender, wissenschaftlich unvoreingenommener Weise Beamten und sonstigen Absolventen von Hochschulen, Angehörigen der Industrie, des Handelsstandes und der Geschäftswelt sowie anderen Persönlichkeiten, die die nötige Vorbildung besitzen, Einblick zu gewähren in die allgemein kulturellen, ökonomischen und staatsrechtlichen Zustände der Staaten und Völker an der unteren Donau, auf dem Balkan und im östlichen Mittelmeerbecken sowie die Kenntnis von der völkerrechtlichen Lage jener Gebiete zu vertiefen.« (S. 4.)

Wiener Professoren und einige Praktiker, Ingenieure und Bankdirektoren sind als Referenten vertreten. Die Arbeiten, von denen hier nur die auf die Türkei bezüglichen in Frage kommen, bieten wichtiges, historisch gruppiertes Material, obgleich die Schlußfolgerungen sich nicht freihalten von Kriegswissenschaft, wenngleich Chauvinismus vermieden ist. Zur kritischen Lektüre kann das Buch empfohlen werden, wenngleich man dabei oft zu anderen Schlüssen kommen wird wie der Herausgeber in seinem »mitteleuropäisch« angehauchten Geleitwort. Bemerkt sei noch, daß der vorzügliche Vortrag Professor Karl Grünbergs über »Wirtschaftszustände Rumäniens vor dem Kriege« die Reihe eröffnet. Er hätte vielen Vortragenden als Muster dienen können.

[4] Professor Dr. Franz X. Schaffer, Die wirtschaftlichen Verhältnisse Kleinasiens in der Gegenwart und ihre Aussichten für die Zukunft. Balkan und naher Orient, S. 226 ff.

Wenn man auch im Triester Karste durch kostspielige Aufforstung gute Ergebnisse erzielt hat, so ist dies bei den ausgedehnten Flächen in Anatolien unmöglich, und eine rationelle Forstkultur kann sich heute nur darauf beschränken, das Bestehende zu erhalten, der weiteren Verwüstung der Wälder Einhalt zu tun. Erst in den letzten Jahren ist ein österreichischer Forstmann nach Konstantinopel berufen worden, und die Berichte, die er auf Grund der Bereisung des Landes gibt, sind nicht hoffnungslos. Aber eine strenge Handhabung der Vorschriften durch die Behörden ist bei der großenteils nomadisierenden Hirtenbevölkerung überaus schwierig....

Weite Gebiete sind besonders im Süden von Forstschädlingen heimgesucht, gegen die keinerlei Maßnahmen getroffen werden.

Reichlich optimistisch hingegen sprach sich der jetzige türkische Landwirtschaftsminister Nessimi-Bei in einem Interview aus, das die »Neue Züricher Zeitung« vom 19. Juni 1916 veröffentlichte:

Die zahlreichen Wälder bergen in manchen Gegenden sehr wertvolle Hölzer; eine Kommission von Förstern ist mit der Bestandaufnahme beschäftigt und mit dem Studium, wie die Ausbeutung am rationellsten durchgeführt werden kann ohne Gefahr einer schädlichen Abholzung. Eine ungefähre Berechnung hat ergeben, daß bei einem gut organisierten Holzschlag die Wälder des Reiches einen Ertrag abwerfen könnten, der der Hälfte der gegenwärtigen Staatseinnahmen der Türkei gleichkäme.

Auf jeden Fall ist der technische Stand der heutigen Landwirtschaft sehr niedrig, auch in dem so vielgepriesenen Anatolien, dessen Bauernschaft den Kern der osmanischen Bevölkerung bildet. Die dortigen Zustände können, abgesehen von den großen Nomadendistrikten Arabiens und Mesopotamiens, vielfach als typisch gelten. Ein anschauliches Bild des dortigen Ackerbaues entwirft Professor Schaffer:[5]

In Hinsicht der Bewirtschaftung des Bodens muß man drei Klassen unterscheiden: die Gebiete in der Nähe der großen Städte und der Bahnlinien, also besonders im Westen, in denen schon maschineller Betrieb besteht, dann die über das ganze Land verbreitete, ganz ursprüngliche Art der Bodenbearbeitung, wie sie im östlichen Teile noch weitaus vorherrscht und sich in den Gebirgen auf die Talgründe beschränkt, und drittens die noch völlig brachliegenden Gebiete, besonders des Innern, die größtenteils Steppe sind, aber zum Teil für die Kultur gewonnen werden können. Wenn auch die Schätzungen zu hoch gegriffen sind, die für Anatolien 80 bis 85 Prozent kulturfähigen Boden annehmen, während nur 10 Prozent des ganzen Landes angebaut sein sollen, so ist doch sicher, daß die Anbauflächen auf ein Vielfaches erweitert werden können. Den Wirtschaftspolitiker interessieren die heute in rationellem Betrieb stehenden Gebiete nur als Vergleichsmaterial, nach dem er die Entwicklung der übrigen beurteilen muß. Denn die Fruchtbarkeit ist, soweit Bewässerung reicht, überall gleich, und abgesehen von den Karstflächen und den Salztonwüsten und Hochgebirgen ist fast alles Land kulturfähig. Weite Flächen sind überhaupt noch nie unter Kultur gewesen, andere liegen seit Jahrhunderten brach oder die Ausnützung erfolgt auf eine primitive Weise, wie sie die Erzväter der Bibel betrieben haben. Mit dem Pfluge, der meist nur ein winkelig gebogenes, mit Eisen beschlagenes Stück Holz ist, an dessen Deichsel ein Büffel oder ein paar Weiber gespannt sind, wird der Boden oberflächlich aufgekratzt und die Saat hinein versenkt. Gedüngt wird nur alle zehn Jahre, oder es werden Brachjahre eingeschaltet. Von einem geregelten Fruchtwechsel ist keine Rede. Und doch gibt der Boden reichen Ertrag. Das Getreide wird mit der Handsichel geschnitten und im

[5] Schaffer, a. a. O., S. 228.

Freien auf der Tenne mit dem Dreschschlitten gedroschen. Dieser ist ein zirka anderthalb Meter langes und dreiviertel Meter breites starkes Brett, das vorn etwas aufgebogen und an seiner Unterseite mit kantig zugehauenen Flintstücken besetzt ist. Davor wird ein Paar Ochsen oder Pferde gespannt, der Landmann setzt sich, oft noch mit ein paar Kindern, darauf, um die nötige Schwere zu geben und fährt auf dem ausgebreiteten Getreide herum, bis die Körner ausgedrückt und ausgetreten sind und das Stroh in Langhäcksel zerschnitten ist. Durch Worfeln mit der Schaufel gegen den Wind wird die Spreu von den Körnern gesondert.

Da es bei der geringen Bevölkerungsdichte leicht möglich ist, weite Flächen brach liegen zu lassen, ist nur immer ein Teil des unter Kultur stehenden Bodens bebaut, so daß also die Erträgnisse schon in dieser Richtung leicht erhöht werden könnten. Ungleich größere Gebiete sind aber durch Be- und Entwässerung zu gewinnen.

Zur Ergänzung verweise ich auf die Arbeitsbilanz des Fellachen, dessen dauernde mühselige Arbeit in keinem Verhältnis zum Ertrag steht, wie sie Schulmann S. 69 ff. gibt:

Wir werden sehen, wie der Fellache 11 Monate im Jahre ununterbrochen bei seiner Tätigkeit ausharrt, wie aber der Ertrag dieser Arbeit für ihn selbst äußerst gering ist und kaum noch zu einer sehr dürftigen Lebenshaltung ausreicht. Es steht für mich fest, daß der Boden dem Bewirtschafter auch keine Vergütung seiner Arbeitskraft abwirft.

Bei einer solchen Ackerwirtschaft kann die geringe Bevölkerungszahl nicht wundernehmen. Nach roher Schätzung beträgt die augenblickliche Dichte der Bevölkerung in Anatolien zirka 21 auf den Quadratkilometer, in Armenien zirka 13, in Syrien und Mesopotamien zirka 8, in Türkisch-Arabien zirka 2 auf den Quadratkilometer (Endres). Im Deutschen Reiche hingegen wurden 1910 120 Personen auf einen Quadratkilometer gezählt, im industriellen Sachsen 320 und im agrarischen Bayern 91, während selbst das Europäische Rußland 24 Bewohner auf den Quadratkilometer aufwies.

Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die großen Steppen und ausgedehnten Wüsten zu der geringen Bevölkerungsdichte viel beitragen. Aber selbst in diesen Gegenden wäre durch planmäßige Bewässerung und Säuberung der Wasserlöcher die Viehzucht bei geregelter Weidewirtschaft und moderner Züchtung gut angepaßter Viehrassen bedeutend zu heben. Die Schaffung einer guten Pferdemischrasse aus anatolischem und arabischem Blut, die Verbesserung des stark degenerierten Buckelrindes und ähnliche Maßnahmen könnten den Viehreichtum Vorderasiens sehr erhöhen.

Überschwengliche Hoffnungen werden vielfach an die Modernisierung der alten Bewässerungsanlagen im Zweistromland Mesopotamien geknüpft.[6] Hierbei werden aber nur zu leicht die technischen Schwierigkeiten und die großen Kosten der Anlagen sowie die Zeitdauer ihrer Errichtung übersehen. Geben wir zu dieser Frage dem sachkundigen Geographen Banse das Wort:[7]

[6] Ein Musterbeispiel ist die Broschüre »Mesopotamien das Land der Zukunft« von einem deutschen Volkswirt. Berlin W 1916, Verlag Klemens Reuschel. Auch in Romanform wird für Mesopotamien Propaganda gemacht, wie das Ullsteinbuch »Das Reich von Morgen« beweist.

[7] Banse gibt auch eine detaillierte Darstellung der schon gemachten Anlagen der von Willcocks entworfenen Bewässerungspläne und ihrer wahrscheinlichen Erfolge,

Leider hat die kritiklose Übertragung und Auffassung alter Schriften in den vergangenen achtziger Jahren dazu geführt, die Größe der anbaufähigen Ländereien Babyloniens maßlos zu überschätzen. Man hatte den Flächeninhalt des Alluviums auf 245 000 Quadratkilometer berechnet, von denen 120 000 Quadratkilometer bebaubar seien und jährlich Ernten im Werte von 2 Milliarden Mark ergeben müßten. Man übersah aber völlig, daß das ganze Alluvialgebiet tatsächlich überhaupt höchstens 100 000 Quadratkilometer groß ist, und hatte aus Versehen das gesamte Areal des benachbarten Zagrosgebirges mitgerechnet. In Wirklichkeit dürften im Irak niemals mehr als 20 000 bis 25 000 Quadratkilometer Ackerland gewesen sein. Diese schweren Irrtümer waren, soviel ich weiß, der Hauptanlaß, daß von deutscher kapitalistischer Seite an die Ausführung der Bagdadbahn herangetreten wurde, welche eines jener vorderasiatischen Eisenbahnprojekte ist, die um die Mitte des vorigen Jahrhunderts auftauchten. Leider beeinflußten sie die öffentliche Meinung in dem Sinne, daß diese mit überschwenglichen Erwartungen an ein Unternehmen herantritt, welches zwar durchaus gesund ist, das aber der Natur jener Länder nach nicht geeignet erscheint, übertriebene Hoffnungen zu erfüllen. Haben doch die sorgfältigen Untersuchungen des englischen Wasserbauingenieurs Willcocks in den letzten Jahren dargetan, daß auf länger hinaus an die ackerbauliche Erweckung von mehr als 14 000 Quadratkilometer nicht zu denken ist. (Banse, Die Türkei, S. 290.)

Ferner kann eine überstürzte Erschließung der jetzt brachliegenden Gebiete und versumpften Landstrecken zu einer ungesunden Übertreibung des Baumwollbaues führen, zu jener »Monokultur«, deren nachteilige Folgen auf die gesamte Wirtschaft und vor allem für das Fellachentum Ägypten anschaulich demonstriert. Auch die Kriegsschicksale der jüdischen Kolonien in Palästina mit der Übertreibung der Orangen- und Mandelpflanzungen zeigen nach der ausführlichen Darstellung Schulmanns,[8] wohin eine solche

---

die bei allen darüber in der Tagespresse gemachten Mitteilungen zu Rate zu ziehen ist.

[8] Dr. Leon Schulmann, Jaffa, Die Pflanzungen der Fremdenkolonien Palästinas während des Krieges. Heft 1 des »Archivs für Wirtschaftsforschung im Orient«, herausgegeben von Reinhard Junge. Weimar 1916, Gustav Kiepenheuer Verlag. 78 Seiten.

Diese Arbeit zeigt auch instruktiv, wie der Krieg indirekt Schäden vergrößert, indem er ihre Bekämpfung erschwert oder unmöglich macht. Das zeigte sich besonders bei der Heuschreckenplage, der man wegen Mangels an geeignetem Material nicht so energisch entgegentreten konnte, wie das nach dem Stand der heutigen Technik, die Schulmann eingehend beschreibt, möglich wäre.

Auf das Archiv möchte ich bei dieser Gelegenheit dringend hinweisen. Es scheint die besten Orientkenner unter den deutschen weltpolitischen Schriftstellern zu vereinigen und bringt wissenschaftliche Arbeiten, die Material zugänglich machen, das sonst unbekannt bleibt. Auch die begonnene umfangreiche Bibliographie ist für den marxistischen Schriftsteller besonders wertvoll, der nicht sein Leben dem Spezialstudium orientalischer Verhältnisse widmen kann.

Es versteht sich von selbst, daß den Schlußfolgerungen der Mitarbeiter der gediegenen Zeitschrift sozialistische Ökonomen oft nicht beipflichten können. Ich verweise auf die Besprechung des Buches von Schulmann über die Fellachenwirtschaft Palästinas, die Sp. in dieser Zeitschrift veröffentlichte.

Es ist übrigens interessant, daß während des Krieges manche bürgerliche Gelehrte in Beurteilung der Methode und Leistungen der Kolonialpolitik der gegnerischen Staaten zu ähnlichen Ergebnissen kommen wie sozialistische Schriftsteller vor dem Kriege. So bieten die Vorträge über Ägypten und die völkerrechtlichen

für den Einzelkapitalisten wohl rentable, aber für die Gesamtheit schädliche Wirtschaftsweise führen muß. Auf die Frage der Ansässigmachung der Nomaden und der Beschaffung der Arbeitskräfte zur Erbauung der Anlagen und zur Bewirtschaftung des neugewonnenen Kulturlandes komme ich später. Der optimistischen Anschauung Musils, daß der Überschuß der Oasenbevölkerung und die nomadisierenden Kleinviehzüchter hierzu genügen würden, möchte ich widersprechen.

Die Reform der türkischen Landwirtschaft erfordert weittragende und langwierige Maßregeln, die Reinhard Junge in seinem interessanten Plan zur wirtschaftlichen Hebung der Türkei eingehend dargestellt hat. Es ist nur fraglich, ob dieser Plan zur Ausführung kommt. Es handelt sich ja nicht nur darum, den »besten Weg« wissenschaftlich festzustellen, sondern weit wichtiger ist es, daß die Interessen mächtiger Klassen oder Gruppen dahin wirken, daß dieser Weg auch gegangen wird.

Die Bodenbesitzreform widerspricht aber den Augenblicksinteressen einer einflußreichen Großgrundbesitzerklasse, die zumeist als Beamte und Militärs in den Städten lebt und durch Verpachtung des Besitzes an unwissende gedrückte Pächter eine Hauptschuld an der rückständigen Technik der heutigen Bauernwirtschaft trägt. Diese Klasse profitiert aber gleichzeitig an starker Bodenpreissteigerung, die sowohl durch große Bewässerungsanlagen als auch durch Bahnbauten zu erzielen ist. Junge ist auch völlig im Recht, daß eine überstürzte Vornahme solcher Anlagen, die mit einer Forcierung des Anbaues von Nutzpflanzen, besonders Baumwolle, verbunden zu sein pflegt, das Land in schwere Krisen stürzen muß. Es ist aber mehr als fraglich, ob das Gewinninteresse des europäischen Großkapitals und des einheimischen Grundbesitzes den Wechsel »auf langes Ziel« dem Augenblicksgewinn vorzuziehen geneigt ist. Möglich, daß der nach dem Kriege eintretende Kapitalmangel den Kapitalexport nach Vorderasien einschränken und durch Warenexport ersetzen wird. Die hierdurch bewirkte Verlangsamung der Entwicklung wird für die türkische Volkswirtschaft heilsam sein. Allerdings ist dann eine zweckmäßige Regelung des Kleinkredits, genossenschaftliche Organisation der Bauern, die während des Krieges schon begonnen haben soll, Hebung des agrartechnischen Wissens und der allgemeinen Bildung durch ein ausgebautes Schulwesen, klimatologische und agronomische Erforschung des Landes, Hebung der landwirtschaftlichen Industrie, besonders Anlegung moderner Wassermühlen usw. erforderlich. Alle diese Reformen kosten aber Geld und setzen ein geordnetes Steuersystem voraus. Aber gerade dieses ist der wunde Punkt der Türkei, und die neue Ordnung der Finanzen ist eines der schwersten Probleme, die nach dem Frieden zu lösen sind. (Schluß folgt.)

Verhältnisse in Vorderasien von Professor Oberhummer und Professor Leo Strisower viele Berührungspunkte mit der ausführlichen Arbeit Rothsteins »Die Engländer in Ägypten«. (Ergänzungsheft zur Neuen Zeit Nr. 10.)

Während die Lensch, Quessel usw. umlernen und sich für Kolonien erwärmen, bestätigen die bürgerlichen Professoren die Wahrheit der sozialistischen Auffassung, die sich allerdings nicht nur auf die feindlichen Länder erstreckt.

Kriegswirtschaft.

Von Wilhelm Düwell.

Im Grundzug ihres Wesens ist die ganze Kriegswirtschaft kapitalistisch. Nichts verkehrter als der holdselige Glaube politischer und wirtschaftlicher Einfalt, die Kriegswirtschaft rüttle und schüttle an den Grundfesten der kapitalistischen Ordnung. Das Gegenteil ist richtig! Gegen die auf Profiterzielung beruhende Grundlage der kapitalistischen Wirtschaftsweise richten die staatlichen und behördlichen Maßnahmen keinen Axthieb, sie rammen ihr vielmehr Stützpfeiler ein, die ihren Bestand sichern und heiligen. Wenn Blätter, die berufsmäßig das Interesse der landwirtschaftlichen und gewerblichen Unternehmer wahrnehmen, jetzt zuweilen über zunehmenden und bedenklichen Staatssozialismus zornig aufmucken, dann ist das nur geeignet, die Aufmerksamkeit abzulenken, was meistens auch wohl beabsichtigt wird, damit der wahre Charakter der Kriegswirtschaft nicht erkannt werde und die Interessenten sie noch mehr zu ihren Gunsten beeinflussen können.

Die Auswirkungen der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen dienten von Anfang an viel mehr dem Vorteil der Unternehmer als dem der Verbraucher. In der Erzeugung sind nicht einmal Ansätze einer Regelung im sozialen Geiste zu spüren. Man mag das, was in der Verteilung von Gütern durch Rationierung und Preisbegrenzung erfolgt, in der praktischen Wirkung noch so hoch einschätzen, es als den Anfang einer sozialen Ordnung der Verhältnisse anzusprechen, zeugt von einer Bescheidenheit, die man als politischen Vorteil nicht gelten lassen kann. Jede Verschiebung in dem Gefüge der Wirtschaftsmaschinerie, die eine Erweiterung und Vertiefung der Profitmöglichkeiten, eine Steigerung des Kapitalgewinns verursacht, führt nicht auf den Weg der Sozialisierung, sondern drängt weiter von ihm ab. Daß die Kriegswirtschaft tatsächlich die Gewinnrate vergrößert, daß sie in ihrer Wirkung darauf eingestellt ist, die kapitalistische Wirtschaft zu stärken, das kann nicht leicht verkannt werden. Man darf sich nur nicht täuschen lassen, nicht den Ersatzstoff der Anteilszuweisungen bei einigen Lebensmitteln und die Massenspeisungen als lauteres Gold sozialer Gemeinwirtschaft in Kauf nehmen. Ganz zu schweigen von den Höchstpreisregelungen, denn diese haben zunächst und weit überwiegend viel mehr eine Sicherung des Gewinns der Unternehmer als Schutz der Verbraucher im Gefolge.

Dadurch, daß Deutschland vom Weltmarkt abgeschnitten wurde, kam es in eine schwierige Lage. Wir wurden auf eine geringere Summe von Nahrungsmitteln und auch von mancherlei Rohstoffen für die gewerbliche Gütererzeugung beschränkt. Der Mangel sollte durch Steigerung der Produktivität soweit wie möglich ausgeglichen werden. Unternehmungslust und Erzeugungseifer wurden durch hohe Preise, die erhebliche Gewinnsteigerungen versprachen, stark angereizt. Der Stein kam ins Rollen! Die sofort nach Kriegsbeginn einsetzende Verteuerung aller Lebensmittel machte auch Lohnsteigerungen notwendig. Die Lohnsteigerungen mußten wieder herhalten zur Begründung höherer Preise. Stets war der Weisheit letzter Schluß: Gute Gewinne müssen die Erzeugung anregen! Von diesem Grundsatz ist die Kriegswirtschaft nie abgewichen.

Schon am 4. August 1914 verabschiedete der Reichstag ein Gesetz, das den Bundesrat ermächtigte, Höchstpreise festzusetzen. Aber die Preise für

alle Waren, Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände, trieben ungehemmt in die Höhe. Bald hatten wir den ungesunden und verhängnisvollen Zustand, daß die Preise für Futtermittel über die für Brotgetreide hinausgewachsen waren. Die hohen Preise für Futtermittel bilden das Hebelwerk, das die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse allgemein hochbringt. Und dieses Hebelwerk hat die Kriegswirtschaft durch hohe Übernahmepreise fest verankert. Auf der Treppe der Preise für Futtermittel kletterten die für Vieh, Fleisch, Milch, Butter, Käse, Eier usw. schnell hinauf. Die Händler nutzten die gute Konjunktur, sie verteuerten den Verbrauchern die Lebensmittel mehr, als die Aufschläge ausmachen, die sie den Erzeugern bezahlen mußten.

Ehe der Bundesrat mit Verordnungen eingriff, um die Verbraucher vor wucherischen Überfällen zu schützen, waren längst Erzeugerhöchstpreise festgelegt, die ganz beträchtliche Verteuerungen gegen den Preisstand im Frieden und eine höhere Verzinsung des in der Landwirtschaft angelegten Kapitals darstellen. Zudem mußten erst militärische Behörden Maßnahmen im Interesse der Verbraucher anordnen, dann kam der Bundesrat hinterher. Am 16. Oktober 1915 setzte zum Beispiel der Oberbefehlshaber in den Marken dem wucherischen Treiben am Buttermarkt insofern eine Grenze, daß er einen Höchstpreis von 2,80 Mark für ein Pfund vorschrieb. Am 22. Oktober 1915 erschien dann auch eine Bundesratsverordnung, die auf der Grundlage des Butterpreises in Berlin Höchstpreise für das Reich anordnete.

Lange Zeit vorher war schon durch Erzeugerhöchstpreise ein Schutzwall aufgeworfen worden, hinter dem die Gewinne der Landwirtschaft sicher und üppig gediehen. Auf starker, festgefügter Grundlage stand das Preisgebäude, in dem sich die Erzeuger des besten Wohlseins erfreuten. Alle Stürme der Verbraucher gegen Wucherpreise und Kriegskonjunkturgewinn endeten vor den Stacheldrahtzäunen vorsorglicher Kriegsmaßnahmen. Schauen wir zu!

Am 28. Oktober 1914 wurden Höchstpreise für Brotgetreide festgesetzt, die mit 209 bis 237 Mark für die Tonne Roggen und mit 249 bis 279 Mark für die gleiche Menge Weizen die im Frieden üblichen Preise weit hinter sich ließen. Ein dauernder Kriegsgewinn für die Landwirte war in Sicherheit. Verbesserte Auflagen folgten! Nach der erwähnten Verordnung sollte Gerste um 13 bis 15 Mark für die Tonne billiger sein als Roggen. Die Großgrundbesitzer waren mit dieser Regelung nicht zufrieden; sie forderten höhere Preise für Futtergetreide. Und die Unzufriedenen drängten die Kriegswirtschaft weiter vorwärts auf den von ihren Interessen vorgezeichneten Preisbahnen. Es folgte eine Neuregelung der Höchstpreise für Getreide, die an den Sätzen für Roggen und Weizen wenig änderte, die aber den Preis für Gerste auf die gleiche Höhe hinaufsteigen ließ. Trotzdem waren die Landwirte noch nicht befriedigt. Eine neue Verordnung, vom 19. Dezember, steigerte den Preis für Gerste nochmals um 50 Mark, auf 260 bis 287 Mark für die Tonne. Nun war Gerste schon beträchtlich teurer als Roggen. Aber auch das genügte noch nicht. Die Kraft, die den Preisstand für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse höher drückte, blieb weiter in Wirksamkeit.

Der Preis für Hafer lag im Frieden ebenfalls unter dem für Roggen. Nach Notierungen in Berlin kostete die Tonne Hafer im Juli 1914 noch

176 Mark, im Oktober des gleichen Jahres jedoch schon 219 Mark. So weit hatte die allgemeine Bewegung den Preis bereits gehoben. Die amtlichen Höchstpreise brachten ihn dauernd auf einen viel höheren Stand. Eine im November 1914 erlassene Verordnung garantierte den Landwirten zunächst für jede Tonne Hafer eine Einnahme von 202 bis 223 Mark. Aber das war nur eine Abschlagszahlung. Am 13. Februar 1915 wurde der Höchstpreis um 50 Mark für die Tonne erhöht und dazu die Bestimmung erlassen, daß die Militärverwaltung diesen Aufschlag auch für die bereits bezogenen Mengen an die Landwirte nachzuzahlen hätte. Die Schraube blieb weiter in Bewegung; sie drückte am 23. Juli 1915 eine Verordnung heraus, die den Höchstpreis für Gerste und Hafer auf 300 Mark festsetzte. Nun war der Preis für Futtergetreide um 70 bis 85 Mark über den für Roggen und um 30 bis 45 Mark über den für Weizen hinausgetrieben.

Um die Veränderung in der Preisgestaltung zu zeigen, bringen wir in der folgenden Zusammenstellung den Preis in Berlin nach dem Durchschnitt der letzten vier Jahre vor dem Kriege, sowie die Höchstpreise nach der Verordnung vom 23. Juli 1915 in Beziehung. In der letzten Reihe sind die eingetretenen Preissteigerungen angegeben, die wir für Weizen und Roggen auf der Grundlage der ermittelten Durchschnittshöchstpreise errechneten. Es kostete eine Tonne in Mark:

	Vor dem Kriege in Berlin	Höchstpreis für Erzeuger	Steigerung in Mark für die Tonne
Weizen	207,80	255—270	54,70
Roggen	167,70	215—230	54,80
Hafer	159,50	300	140,50
Gerste	145,50	300	154,50

So gewaltig die Preissteigerungen, so arg das Mißverhältnis zwischen den Preisen für Brot- und Futtergetreide bereits geworden war, die Kriegswirtschaft trieb in dem alten Fahrwasser immer noch weiter. Anfang Januar 1916 wurde bestimmt, daß die Landwirte für die Tonne Gerste und Hafer bis Ende Februar 360 Mark und von dann ab, bis 15. März, 330 Mark erhielten. Auf dieser Leiter stiegen die Preise einer ganzen Reihe von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in die Höhe. Die angeblich staatssozialistische Kriegswirtschaft entwertet die Kaufkraft des Arbeitslohns und steigert die landwirtschaftliche Bodenrente.

Immer hieß es: Die Hauptsache ist, durch gute Preise das Interesse der Erzeuger an möglichster Steigerung der Produktion lebendig zu halten. Wichtiger als niedrige Preise für den Verbraucher ist die Beschaffung von Lebensmitteln! — Das klingt ganz verständig, aber den Verbrauchern nutzen auch die Lebensmittel nichts, die sie nicht bezahlen können. Die hohen Preise begünstigen die Verteilung der vorhandenen Nahrungsmengen zum Vorteil der Besitzenden. Je weniger die breite Masse zu kaufen in der Lage ist, um so größer der Anteil, der zur Verfügung der Volksgenossen bleibt, deren Einkommen es ihnen gestattet, für ihre Ernährung das Vielfache der früheren Kosten aufzuwenden.

Die Herrschaft des K r i e g s e r n ä h r u n g s a m t s hat die Grundlage der Kriegswirtschaft nicht verändert. Man könnte eher sagen: sie hat ihr kapitalistisches Wesen nur noch stärker hervortreten lassen. Die Politik, das Interesse der Erzeuger zu schützen, zu ihrem Vorteil die Verbraucher

mit höheren Preisen zu belasten, kam handgreiflich deutlich bei der neuen Festlegung der Preise für Kartoffeln zum Ausdruck. Und Herr v. Batocki hat ja auch mit wünschenswerter Deutlichkeit wiederholt erklärt und erklären lassen, daß die Landwirte zufriedengestellt werden müßten; um sie nicht zu verärgern und die Erzeugung nicht zu stören, hätte man die höheren Preise bewilligen müssen. Das ist gewiß die feste Überzeugung des »Diktators« vom Kriegsernährungsamt. Die Verhältnisse, das heißt die wirtschaftlichen Interessen sind stärker als Herrn v. Batockis vielleicht anders gerichtete gute Absicht. Er wird auch kaum der Meinung sein, in ihrem Wesen beruhe die Kriegswirtschaft auf sozialer Grundlage, und er hat keineswegs den Willen, die kapitalistische Herrschaft im Wirtschaftsgetriebe zu untergraben oder ihr auch nur Schaden zuzufügen.

Die unheilvollen Wirkungen der gezeichneten Kriegswirtschaftspolitik sind bekannt. Die hohen Futtermittelpreise reizten dazu, Brotgetreide und Kartoffeln in die Viehtröge zu schütten. So wurde die Ernährung der Menschen gefährdet. Weil die Kartoffel einen hohen Futterwert erlangt hatte, mußte auch ihr Preis gesteigert werden. Die gewaltig gestiegenen Kosten für Futtermittel trieben die Preise für viele andere Lebensmittel immer stärker in die Höhe. Ein Rad treibt das andere. Die Mühle ist in Bewegung; den größten Ertrag, den sie liefert, heimsen die Großgrundbesitzer ein.

Ähnlich wie in der Landwirtschaft haben sich die Verhältnisse in der Industrie und in der gesamten gewerblichen Gütererzeugung entwickelt. Nur treten sie hier nicht so deutlich, für die breite Masse in ihren Auswirkungen nicht so schmerzlich fühlbar in das allgemeine Bewußtsein, weil sich das Geschäft in der Hauptsache zwischen den Erzeugern und dem Staat abwickelt. Der Staat übernimmt die Erzeugnisse der Kriegsindustrie und bezahlt sie. Das Volk spürt die Folgen nicht unmittelbar, es wird vorläufig ja nur mit Schulden belastet. Die Mehrkosten, die der Militärverwaltung durch die Steigerung der Preise für Nahrungs- und Futtermittel erwachsen, bewirken ebenfalls ein Anschwellen der öffentlichen Lasten.

In welcher Weise offenbaren sich nun die Wirkungen der gesamten Kriegswirtschaft? Ganz unbestreitbar werden jetzt für eine kleinere Menge von Lebensmitteln und Gebrauchsgütern erheblich größere Summen bezahlt als vor dem Kriege. Einen Teil der Mehraufwendungen trägt unmittelbar der Verbraucher, vielleicht den größeren Lastenanteil übernehmen zunächst die Gemeinden und das Reich; die öffentlichen Schulden schwellen an, und damit vergrößert sich die allgemeine Steuerpflicht.

Dazu hat sich die Lebenshaltung der breiten Masse verschlechtert, teilweise sogar sehr erheblich verschlechtert. Nun sind allerdings auch für einen Teil der Arbeiter die Löhne gestiegen. Aber die Lohnsteigerung hat mit der Verminderung der Kaufkraft des Geldes nicht gleichen Schritt gehalten. Nur für einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Arbeitern waren die Lohnaufbesserungen so groß, daß sie Ersparnisse machen können. Dafür müssen auch sie ihre Lebenshaltung einschränken. Der größte Teil der Arbeiter und Angestellten verbraucht das durch Lohnsteigerungen erzielte Mehreinkommen für die Verteuerung der überdies verschlechterten Lebenshaltung. Ihr Anteil am Arbeitsertrag hat sich nicht auf Kosten der

Kapitalsgewinne vergrößert. Das ist für die breite Masse das eine Ergebnis der »staatssozialistischen« Kriegswirtschaft.

Die andere Seite! Die Überschüsse der gewerblichen Unternehmen in der Kriegsindustrie und vieler Zweige des Handels sind beträchtlich gewachsen. Das gleiche gilt von den landwirtschaftlichen Unternehmen. Die Sparkassen auf dem Lande und die landwirtschaftlichen Genossenschaftskassen können den ihnen zufließenden Strom von Spargeldern kaum fassen; die Preise der Güter schnellen in die Höhe; die Grundrente steigt. Der Anteil des Kapitals am Arbeitsertrag ist gewachsen. Die Steigerung des Profits setzt sich um in Erhöhung der öffentlichen Schulden. Unterstützungen, die an Kriegerfrauen gezahlt werden, Pensionen usw. tragen zur Mehrung der Schulden bei. Diese Schulden belasten die Arbeit der Zukunft. Die Gestaltung der Steuern kann den Besitz zunächst schwächer oder stärker zu der Kostendeckung heranziehen, in der Hauptsache jedoch und letzten Endes ausschließlich muß die produktive Arbeit die Lasten schleppen. Die Abtragung erfolgt, indem die Kosten für Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände dauernd so hoch gehalten werden, daß die breite Masse auch nach dem Kriege mit einer verschlechterten Lebenshaltung sich abfinden muß, oder sie erfolgt durch Steigerung der Produktivität ihrer Arbeit oder durch beides zusammen. So oder so, auf jeden Fall kommt dabei eine Verminderung des Anteils der Arbeiter am Produktionsertrag heraus!

Die kapitalistische Herrschaft geht nicht geschwächt, sondern sehr gestärkt aus dem Kriege und aus der Kriegswirtschaft hervor. Illusionen bringen die Arbeiterschaft nicht vorwärts. Sie wird in Zukunft ihren richtigen Platz nur dann einnehmen, wenn sie die Verhältnisse nimmt, wie sie in Wirklichkeit sind.

Literarische Rundschau.

Professor Th. Jaeger, **Persien und die persische Frage.** 14. Heft der Orientbücherei, herausgegeben von E. Jaeckh. Weimar 1916, G. Kiepenheuer. 179 Seiten. Preis 2 Mark.

G. Demorgny, **La question persane et la guerre.** Paris 1916, Librairie de la société du Recueil Sirey. 304 Seiten mit zwei Beilagen. Preis 3,5 Franken.

In der letzten Zeit mehren sich die Stimmen, die sich direkt für eine imperialistische Kolonialpolitik aussprechen. Was diese in der Praxis bedeutet, dafür liefert die traurige Geschichte Persiens vielleicht das deutlichste Beispiel. Sowohl Jaeger als auch Demorgny stellen fest, daß die Politik Rußlands in Persien auf die Erwürgung des Volkes und die Verhinderung jeder Entwicklung hinzielt. Demorgny, der Rechtsbeistand der persischen Regierung war, kennt die Tatsachen aus eigener Beobachtung und stützt seine Ausführungen auf offizielle Erklärungen und Dokumente. Seine Ausführungen sind darum in dieser Beziehung sehr interessant, wogegen seine Schilderungen der deutschen Politik in Persien eine vorsichtige Nachprüfung erfordern, da sie unter dem Einfluß des Krieges nicht objektiv sind — genau wie Jaegers Schilderungen der englischen Politik. Demorgny hält sich eng an das Thema, während Jaeger das persische Problem unter dem Gesichtspunkt der vorderasiatischen Frage überhaupt behandelt. In mancher Beziehung stimmen die Urteile beider Autoren überein, vor allem in der Beurteilung des englisch-russischen Abkommens. Demorgny zeigt unwiderleglich, daß dieses Abkommen von

1907 nur ein zeitweiliger Waffenstillstand („armistice temporaire“) war, daß die Rivalität zwischen den beiden Mächten bald darauf mit noch größerer Heftigkeit einsetzte und zeitweilig nahe daran war, in die Brüche zu gehen, so anläßlich der Rückkehr des Exschahs 1911.

Wir stellen diese Tatsache fest, die auch von Jaeger anerkannt wird, weil fast sämtliche Kriegsschriften, die sich mit der Politik Englands beschäftigen, einfach behaupten, England habe Persien, ja selbst die Türkei an Rußland ausgeliefert. Das stimmt durchaus nicht. Nur fühlte sich England Rußland gegenüber mit gebundenen Händen, solange die Verhältnisse zu Deutschland nicht geregelt waren. Aus diesem wachsenden Gegensatz zu Rußland in Persien erklärt sich auch das Abkommen mit Deutschland von 1914 über die Asiatische Türkei, das selbst nach Rohrbach für Deutschland vorteilhaft war, das aber England gestattet hätte, Rußland gegenüber in Persien energischer aufzutreten.

Um die Politik Englands in Persien wie in Vorderasien überhaupt zu begreifen, muß man sich erinnern, daß England aus militärischen Gründen den Weg nach Indien beherrschen will. Jaeger führt folgende Erklärung der britischen Regierung im Oberhaus vom 3. Mai 1903 an:

»Wir würden die Errichtung eines Marinestützpunktes oder eines befestigten Hafens im Persischen Golf durch irgendeine andere Macht als eine sehr schwere Bedrohung der britischen Interessen ansehen und würden uns dem sicherlich mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln widersetzen.«

Bekanntlich war die englische Politik dem Bagdadbahnunternehmen gegenüber von den gleichen Motiven geleitet. Durch das Abkommen von 1907 mit Rußland schädigte England zwar seinen Handel in Persien, sperrte aber Rußland den Zugang zum Meere. Aus dem gleichen Gesichtspunkt widersetzte sich England dem Bau einer transpersischen Bahn. Jaeger sagt selber, daß der leitende Kopf der englischen vorderasiatischen Politik, Lord Curzon, immer noch ein ausgesprochener Gegner Rußlands bleibt.

Um so verwunderlicher ist es, wenn Jaeger für Deutschland die Forderung aufstellt, den Endpunkt der Bagdadbahn nach Bender-Abbas zu verlegen, an einen Punkt, von dem aus der Persische Golf leicht beherrscht wird und der sich zu einem Marinestützpunkt gegen Indien ausbauen läßt. Daß England dem zustimmen wird, ist kaum zu erwarten. Daß Bender-Abbas wirtschaftlich der passendste Hafen ist, soll nicht bestritten werden. Es ist aber keine Seltenheit, wenn der Imperialismus in Widerspruch zu den wirtschaftlichen Bedürfnissen tritt. Nur wer den Charakter des Imperialismus verkennt, glaubt, daß der Imperialismus wirtschaftsfördernd wirkt. Vielmehr hindert er die wirtschaftliche Entwicklung, die allerdings sich dennoch durchsetzt. So konstatiert Jaeger, daß die Konzessionen, um die sich in Persien die Staaten bewerben, nie dem sie gewährenden Staat zum Vorteil gereichen, sondern nur der Stärkung der Machtposition der rivalisierenden Staaten oder zum Vorteil einzelner Unternehmer dienen. Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes wird durch sie vielmehr hintangehalten, so auch der Bau von Eisenbahnen gehindert. Es ist nun aber zu erwarten, daß nach diesem Kriege der Druck der europäischen Großstaaten auf die zurückgebliebenen Länder abnehmen und daß dadurch deren Aufstieg erst ermöglicht wird. Der Weltkrieg wird für die Völker Asiens eine neue Epoche bedeuten, hoffentlich aber nicht in dem Sinne, wie dies die europäischen Imperialisten wünschen. Auch der russische Druck auf Persien, der schon einmal nachgelassen hat, wodurch der Übergang Persiens zur Verfassung möglich wurde, wird nach diesem Kriege auf jeden Fall schwächer werden. Hoffentlich nutzt Persien die Zeit aus, um seine Selbständigkeit zu befestigen. Sp.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 26 Ausgegeben am 29. September 1916 34. Jahrgang

Kritische Anmerkungen.

Von Fr. Mehring.

(Schluß.)

Jedoch auf einen Punkt, an dem unser Erbe von den Umlernern mit einigem Recht angenagt worden zu sein scheint, sei mit einigen Worten eingegangen. Namentlich in den ersten Wochen des Krieges erklang gar laut die Melodie: »Sehet da, wie sich die Marx und Engels und ihnen nach die Liebknecht und Bebel verrechnet haben, wenn sie von dem Ausbruch eines Weltkriegs den Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft erwarteten. Mit dem ersten Schuß hat sich diese Prophezeiung als ein leeres Phantom erwiesen. Zumal der deutsche Kapitalismus ist längst nicht überlebt; er feiert Sieg auf Sieg, im Felde wie an der Börse; er steht nicht auf tönernen Füßen, sondern ist ein Kerl von Granit, an dem wir uns vergebens die Zähne ausbeißen würden. Sehen wir also, wie es Männern geziemt, den Tatsachen ins Auge und verabschieden wir die Illusionen, in denen wir bisher gelebt haben. Holen wir von dem allmächtigen Kapitalismus heraus, was sich im Interesse der arbeitenden Klassen herausholen läßt, aber verzichten wir darauf, uns die Köpfe an seinen Mauern einzurennen.« Diese Unkenrufe konnte man in Parteikreisen vor zwei Jahren hundertfach hören.

Inzwischen haben die Erfahrungen des Weltkriegs sie schon wesentlich herabgestimmt. Die kapitalistische Herrlichkeit ist sehr fadenscheinig geworden, und unter ihren überzeugten Bewunderern mehrt sich von Tag zu Tag die Zahl derer, die mit Grauen in die Zukunft sehen. Und auch die angeblich »falschen Propheten« sind schon zu ihrem Rechte gekommen. Man lese zum Beispiel die Einleitung zu Borkheims Schrift über die »Mordspatrioten«, die Engels vor dreißig Jahren geschrieben hat, und man hat ein Bild des heutigen Krieges vor sich, das an Naturtreue nichts zu wünschen übrigläßt und höchstens daran leidet, daß die Farben nicht kräftig und satt genug aufgetragen sind. Und übrigens ist die Annahme, ein Weltkrieg werde die internationale Weltwirtschaft sehr bald in einen wüsten Trümmerhaufen verwandeln, nicht nur von Engels oder Bebel allein verkündet worden, sondern oft genug auch gerade von den erfahrensten Kennern der bürgerlichen Ökonomie.

Immerhin mag man zugeben, daß die Schwindsucht ein anderes Leiden ist als der Schlagfluß, und daß wir uns den Zusammenbruch der kapitalistischen Welt anders vorgestellt haben, als er sich vollzieht. Dies ist der eine Punkt, auf den die Umlerner sich mit einem gewissen Recht berufen, und gerade in diesem Punkt haben sie nicht am wenigsten unrecht. Diejenigen »Illusionen«, vor denen sie warnen, gehören zum Sozialismus, der sich selbst aufgeben würde, wenn er je auf sie verzichtete, wie denn vom Sozialismus der Umlerner verzweifelt wenig übrigbleibt.

Denn ihr ganzer Gedankengang, daß der Kapitalismus noch zu mächtig sei, als daß die Arbeiterklasse darauf rechnen dürfte, ihn zu überrennen, und daß man sich bis auf eine unabsehbare Zukunft darauf beschränken müsse, aus dem Kapitalismus herauszuholen, was sich im Interesse der arbeitenden Klassen aus ihm herausholen lasse, ist gar nicht mehr sozialistisch. Das kann der erste beste bürgerliche Sozialreformer auch unterschreiben. Was den Sozialisten macht, ist die unbedingte Siegeszuversicht und die unerschütterliche Überzeugung, eine neue Welt schaffen zu können. Das gilt keineswegs bloß von den Marxisten, sondern von allen Sozialisten, die sich je in der Geschichte einen Anspruch auf diesen Ehrennamen erworben haben: von dem sterbenden Saint-Simon, der die Begeisterung für notwendig erklärte, um große Dinge zu vollbringen, bis zu dem sterbenden Rodbertus, der die Zukunft »in wundersam rosigem Lichte« sah. Das waren gewiß »Illusionäre«, aber solche »Illusionäre« bringen es gewöhnlich weiter als die braven Philister, denen die Vorsicht der bessere Teil der Tapferkeit ist.

In dem wissenschaftlichen Sozialismus, wie ihn Marx und Engels begründet haben, tritt diese »Illusion« noch schärfer hervor, da er mit ungleich schärferen Waffen als die früheren Sozialisten den Kapitalismus zu bekämpfen weiß. Wie läßt sich eine größere »Illusion« denken, als in der ihr Bund der Kommunisten lebte, ein paar hundert armselige Handwerksburschen, die sich den »Umsturz der kapitalistischen Gesellschaft« zum Ziele gesetzt hatten! Man hat sich zwar darauf berufen, Marx und Engels hätten sich im Herbst 1850 von allen »revolutionären Illusionen« freigemacht, und damit die Politik des 4. August in beschönigenden Vergleich gestellt, aber dabei lief eine kleine Verwechslung mit unter. Im Herbst 1850 sagten Marx und Engels den Versuchen der bürgerlichen Emigranten ab, sich über das einstweilige Ebben des revolutionären Stromes trotz der handgreiflichsten Tatsachen hinwegzutäuschen, aber deshalb hielten sie — wie ihre Briefe und Schriften aus der damaligen Zeit auf jeder Seite zeigen — an der »Illusion« fest, daß der revolutionäre Tanz demnächst wieder losgehen werde, und richteten danach ihre politische Tätigkeit ein.

Ähnliches gilt von Lassalle. Als er im Jahre 1863 seine Arbeiteragitation begann, schilderte ihm sein Freund Bucher in beredter Weise, daß er sich auf ein höchst »illusionäres« Abenteuer einlasse; er greife eine Übermacht an, die ihn mit einem Griff zermalmen könne. Bucher berief sich auf ein Wort Lessings, wonach Leute, denen es gegeben sei, tiefe Blicke in die Zukunft zu tun, diese Zukunft viel zu nahe sähen und in Jahren erreichen wollten, was sich erst in Jahrhunderten verwirklichen ließe. Lassalle verstand seinen Lessing aber besser als Bucher; er wußte wohl und hat es gelegentlich selbst ausgesprochen, daß sein Ziel erst in einem oder zwei Jahrhunderten zu erreichen sei, aber deshalb ging er nicht weniger mutig ans Werk, als ob er es schon morgen erreichen könne.

Lassalle vertrat damit den Standpunkt der heutigen Quertreiber, während die heutigen Umlerner nach dem Muster Buchers handeln, der ja freilich auch ein gewaltiger Umlerner gewesen ist.

* * *

Was bieten uns nun die Umlerner für das, was sie uns nehmen wollen? Ein ihnen sehr wohlgesinnter Mann, Gustav Mayer, der Biograph Schweitzers, handelt darüber im »Archiv für Sozialwissenschaft und Sozial-

politik«, allein wenn man den gelehrten, mit anderthalbhundert Anmerkungen gespickten Aufsatz gelesen hat, so ist man so klug wie zuvor.

Herr Mayer vergleicht die Umlernerei mit einer kräftigen Brise, die vom sturmgepeitschten Meere durchs Land fege und allem Morschen gram sei, und in der »Mannigfaltigkeit ihrer Wege und Motive« erblickt er nicht ein »Zeichen der Armut, sondern der Fülle«. Aber diese wohlwollende Umschreibung einer heillosen Konfusion genügt Herrn Mayer doch selbst nicht. Er meint, eine Arbeiterpartei, die nicht auf kirchlichem Boden stehe, bedürfe auch hinfort einer Theorie und dürfe sich nicht einem Eklektizismus ausliefern, dem jedes geistige Band fehle. Endlich tröstet sich Herr Mayer mit einem Blick in die Zukunft, wo die Theorie von Karl Marx nur noch ein gewaltiger Steinbruch sein werde, aus dem die Baumeister der Zukunft sich ihre Blöcke holen würden wie einst vom Kolosseum und vom Forum die Baumeister der römischen Basiliken.

Sehr tröstlich ist dieser Trost nicht. Denn die Theorie von Karl Marx haben die Umlerner ja längst als einen »gewaltigen Steinbruch« angesehen, aus dem sie ihre »Blöcke« holten, nicht freilich um Basiliken zu bauen, sondern um sie ihren Gegnern an den Kopf zu werfen, aber die Wirkung dieses Bombardements ist doch nur gewesen, daß ihre gescheiteren Köpfe vor den »alten Buchzitaten« aus Marx warnen. Was dabei an abgeschmackter Gaukelei ans Tageslicht gekommen ist, läßt sich schließlich nicht auf eine Kuhhaut schreiben, und auch Herr Mayer gesteht gepreßten Herzens, es gehöre »einige Kühnheit« dazu, zu behaupten, daß Marx und Engels, wenn sie heute noch lebten, die Politik des 4. August gebilligt haben würden.

So begreift man den Jubel in manchen Kreisen der Umlerner, als einer von ihnen wirklich mit einer neuen Theorie hervortrat, Paul Lensch mit seiner Schrift über das Ende und das Glück der deutschen Sozialdemokratie; so begreift man, daß Heinrich Cunow und Heinrich Schulz und Konrad Haenisch und andere mehr in den jubelnden Ruf ausbrechen: Habemus papam. Freilich nicht überall erscholl dieser Jubel, denn der Nebel der Konfusion vermag sich nie so zusammenzuballen, daß er um einen festen Mittelpunkt kreist. Und so fehlte es nicht an Umlernern, die sofort von der unheilschwangeren Ahnung geplagt wurden, diese neue Theorie werde sie vollends ins Unglück bringen, und deshalb heftigen Protest gegen sie erhoben.

Die Schrift Lenschs ist bereits in der Neuen Zeit besprochen worden, so daß auf ihren Inhalt hier nicht eingegangen zu werden braucht. Herr Mayer scheint sie noch nicht gekannt zu haben, sonst würde er sicherlich bemerkt haben, daß sie aus dem »gewaltigen Steinbruch« der marxistischen Theorie keinen Block entlehnt und nicht einmal ein Bröcklein, sondern die Steine, mit denen sie die Basilika der Zukunft erbaut, aus bürgerlichen Trümmerstätten bezieht. Zum Teil aus den moosüberwachsenen Ruinen des verfallenden Hegeltums; was ein verschollener Hegeling im vierten Jahrzehnt des neunzehnten Jahrhunderts schrieb: Der preußische Staat ist eine Riesenharfe, aufgespannt im Garten Gottes, um den Weltchoral zu leiten, das lautet bei Lensch im zweiten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts: Ein neues soziales Ideal zieht herauf: die sozialisierte Gesellschaft, ihr Degen aber ist Deutschland, und ihr Bahnbrecher heißt Bethmann-Hollweg. Zum anderen Teil holt Lensch die Steine für seinen Bau aus der kathedersozia-

listischen Literatur preußischer Observanz, wie sie namentlich durch Schmoller vertreten ist. Doch will ich darauf nicht eingehen, zumal da ich es schon an anderem Orte getan habe.

Hier nur einige Worte zur Kennzeichnung der Scherze, die mit dieser Schrift von ihrem Verfasser und ihren Bewunderern getrieben werden. Lensch selbst hat mich in den Streit gezogen, indem er mich als den Hauptschuldigen nennt, der die Partei durch entstellte Darstellungen der deutschen und namentlich der preußischen Geschichte in die Irre geführt habe. Gegen diesen Vorwurf mich zu rechtfertigen, ist mir natürlich nicht der Mühe wert; hätte ich irgendein Bedürfnis dazu, so brauchte ich nur die begeisterten Kritiken abzudrucken, die Heinrich Cunow, Heinrich Schulz, Konrad Haenisch, das »Hamburger Echo« usw. meinen Schriften über deutsche Geschichte gewidmet haben. Sie werden sagen: wir haben eben umgelernt, und ich bin der letzte, ihr Recht dazu zu bestreiten, aber zum Umlernen gehört hoffentlich doch auch noch das Lernen, und das Lernen hat nichts zu tun mit der blitzschnellen Erleuchtung, womit sie die preußische Geschichte, die sie jahrzehntelang in dunklem Lichte gesehen haben, nun plötzlich in blütenweißem Glanze erblicken; das grenzt doch schon an ein Pfingstwunder. Historische Fragen gründlich zu studieren, gründlich schon, wenn man sie erkennen will, und noch viel gründlicher, wenn man sie unrichtig erkannt zu haben glaubt, gehört offenbar auch zu den üblen Angewohnheiten der »engstirnigen« Orthodoxie.

Lensch selbst hat sich mit einer genialen Wendung aus der Affäre zu ziehen gewußt. In den »Leipziger Neuesten Nachrichten« hat er sich auf dem Stuhle, den der selige Liman leer gelassen hat, mit Würde gefaßt und ihren alldeutschen Lesern erzählt, er habe im besonderen meine »Lessing-Legende« nie bewundert, sondern diese Bewunderung nur geheuchelt, um meiner greisenhaften Eitelkeit auf den Zahn zu fühlen, und sich desselbigen Tages noch im Kreise seiner Kumpane darüber ergötzt, daß ihm dieser himmlische Streich wirklich gelungen sei.

Etwas schwieriger liegt die Sache für seinen Bewunderer Heinrich Schulz. Ich habe nämlich über preußisch-deutsche Geschichte nicht nur Bücher geschrieben, sondern auch fünf Jahre lang an der Parteischule unterrichtet. Mehr der Not gehorchend als dem eigenen Triebe, denn ich denke sehr gering von meinen pädagogischen Fähigkeiten. Ich sage das nicht aus gezierter Bescheidenheit, sondern aus ehrlicher Selbsterkenntnis. Wenn ich daran erinnere, daß Heinrich Schulz, als er in die Partei eintrat, zuerst bei mir anklopfte und um mein geistiges Patronat bat, und daß Paul Lensch, Konrad Haenisch, Hermann Wendel unter meiner Leitung in der Redaktion der »Leipziger Volkszeitung« gearbeitet haben, so wird der Leser mir aufs Wort zugeben, daß es mit meinen pädagogischen Fähigkeiten nicht weit her sein kann, wenn man sie anders an dem Bibelwort mißt: An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen. Mit jedem neuen Kursus der Parteischule wollte ich denn auch die Flinte ins Korn werfen, aber wer mich jedesmal, ich möchte sagen an den Haaren festhielt und meinen Unterricht in deutscher Geschichte für ganz unersetzlich erklärte, war ihr Geschäftsführer, und der hieß Heinrich Schulz.

Daß er so gehandelt hat nur aus ulkiger Spekulation auf meine greisenhafte Eitelkeit, wird er hoffentlich selbst nicht behaupten wollen. Kein

Zweifel, daß er in gutem Glauben war, als er die historische Vergiftung der Partei durch mich an seinem Teile kräftiglich gefördert hat. Aber nachdem er zur Erkenntnis des Unheils gekommen ist, das er mitangerichtet hat, da sollte er doch ein wenig in seinem Kämmerlein Reu' und Leid tun, statt wie ein munterer Hahn auf dem neuen Gedankenschatz seines Freundes Lensch zu krähen. Um l e r n e n — na ja, wenn es denn durchaus sein soll, aber um-r e d e n lassen sich so verschmitzte Sachen nicht wie preußische Geschichte, antike Kultur und dergleichen mehr. Da muß man sich schon auf die Hosen setzen und arbeiten, bis einem der Kopf dampft; mit schulmeisterlichen Orakeln kommt man nicht an sie heran.

* * *

Wären die Schrift von Lensch und ähnliche Geisteserzeugnisse in der Tat ein zutreffender Maßstab für die wissenschaftliche Diskussion innerhalb der Partei, dann in der Tat könnte man befürchten, daß ihr »Ende« da sei. Aber sie sind ein solcher Maßstab nicht, denn zu einer Diskussion gehören zwei, und dem anderen ist es nicht möglich, zu sprechen, wie ihm der Schnabel gewachsen ist. Sollte diese Möglichkeit wiedergegeben sein, dann werden die Lenschiaden verschwinden wie die Gespenster beim ersten Hahnenschrei, und man kann ihnen dann Goethes Wort mit auf den Weg geben:

Wandrer! Gegen solche Not
Wolltest du dich sträuben?
Wirbelwind und trocknen Kot,
Laß sie drehn und stäuben.

Aber auch jetzt beginnt es schon zu tagen. Wenn Gottes Mühlen langsam, aber trefflich fein mahlen, so mahlen des Teufels Mühlen viel rascher, aber deshalb nicht weniger fein. Die Lehren des Weltkriegs fangen an, den Umlernern die verlorene Dialektik wieder einzupauken. Sie beginnen einzusehen, daß sich trotz des 4. August furchtbare Wetterwolken über der deutschen Arbeiterklasse emportürmen, und so sagen sie: Verlieren wir die kostbare Zeit nicht mit theoretischen Haarspaltereien, sondern schließen wir unsere Reihen, denn nur als geschlossene Phalanx können wir hoffen, den drohenden Stürmen siegreich zu widerstehen.

Das ist soweit sehr schön, wenn sich nur die »geschlossene Phalanx« herstellen ließe, ehe die »prinzipiellen Haarspaltereien« in einer Weise erledigt sind, die den alten und unveräußerlichen Prinzipien der Partei entspricht. Oder genauer: sie läßt sich wohl äußerlich herstellen, aber nicht als ein siegreiches, sondern als ein kampfunfähiges Heer, das, so geschlossen es immer gedrillt sein mag, doch bei dem ersten ernsthaften Zusammenstoß auseinanderstiebt.

Ein geschichtliches Beispiel dafür bietet das Schicksal der Fortschrittspartei in der preußischen Konfliktszeit. Sie hatte — im Verhältnis der Umstände und Zeiten — noch viel mehr hinter sich als die heutige Sozialdemokratie, wenn auch in ihrem Schoße die größte prinzipielle Unklarheit herrschte. Aber man kann ihr nicht abstreiten, daß sie sich von allen »prinzipiellen Haarspaltereien« mit eiserner Konsequenz freihielt und den höchsten Wert darauf legte, als »geschlossene Phalanx« gegen das System Bismarck zu marschieren. Sie ging darin so weit, daß Berlin, die stolze »Stadt der Intelligenz«, einmal eines ihrer durch eine Doppelwahl freigewordenen Mandate einem dunklen Ehrenmann aus der Kassubei übertrug, dessen ein-

ziger Anspruch auf diese Auszeichnung darin bestand, daß er bei der Wiederwahl in seinem heimatlichen Wahlkreis unterlegen war. Es sollte eben auch nicht ein Mann aus der »geschlossenen Phalanx« fehlen. Wie dann diese Phalanx bei dem ersten ernstlichen Zusammenstoß nach allen Windrichtungen auseinanderstob, ist aus der Geschichte bekannt genug.

An diese Praxis der damaligen Fortschrittspartei wird man lebhaft erinnert durch die Lamentationen der Umlerner über das »pöbelhafte« und »undankbare« Gebaren der braunschweigischen Genossen, die ihrem bisherigen parlamentarischen Vertreter das Mandat für die nächste Wahl gekündigt haben, weil er durch seine Zustimmung zu der Politik des 4. August die alten Grundsätze der Partei preisgegeben habe. Es kommt nicht auf den konkreten Fall an: wir haben nichts gegen die Ehrenqualitäten einzuwenden, die auf den Scheitel des von dem Mißtrauensvotum betroffenen Genossen gehäuft werden; wir wollen auch zugeben, daß die braunschweigischen Genossen mit ihrer endgültigen Entschließung vielleicht besser bis zur Heimkehr der im Felde stehenden Wähler gewartet hätten: alles das berührt nicht den springenden Punkt, den Anspruch der Umlerner, daß wer einmal im Besitz eines Mandats sei, zumal wenn er sonst ein guter Kerl ist, um der Einigkeit willen darin erhalten werden müsse, mag er es mit den Prinzipien der Partei sonst halten, wie er will. Setzt sich dieser Anspruch durch, so daß er allgemein berücksichtigt wird, so geraten wir allerdings auf die schiefe Ebene, auf der die einst so starke Fortschrittspartei in den Abgrund geglitten ist. Aber er wird sich nicht durchsetzen; es ist hinlänglich dafür gesorgt, daß die Bäume der Umlerner nicht in den Himmel wachsen. Wie auch der böseste Wind noch etwas Gutes heranzublasen pflegt, so war der Zusammenbruch viel zu schrecklich und schwer, als daß die Scherben, die den Boden bedecken, wieder mit Mühe und Not zurechtgekittet werden können.

Jede praktische Frage, von denen demnächst eine Unzahl an die Partei herantreten wird, führt auf den Urgrund der Prinzipien zurück, die in ihrer Klarheit und Wahrheit wiederhergestellt werden müssen, wenn die Partei — was nach ihrer ehrenreichen Geschichte von fünfzig Jahren glücklicherweise eine Unmöglichkeit ist — nicht in hadernder Ohnmacht verkommen soll.

Türkische Probleme.

Von O. Jenssen. (Schluß.)

3. Industrialisierung.

Über die mineralischen Bodenschätze der Türkei machen selbst sachliche Autoren unklare und unkritisch optimistische Mitteilungen. Sowohl Schäfer wie vor allem Professor Schaffer malen rosig, obgleich letzterer durch tatsächliche Angaben die hier bereits von Sp. angeführte Ansicht des Bergsachverständigen Krause bestätigt. Vor allem wird mit historischen Analogien und vagen Angaben gearbeitet. Demgegenüber muß man Krause beipflichten, wenn er schreibt:

Anatolien verdankt meiner Ansicht nach den Ruf seines Mineralreichtums in der Hauptsache dem Altertum, wobei man sich vor Augen halten sollte, wie vollständig sich seit jenen Zeiten die den Wert bestimmenden Verhältnisse, nämlich

einerseits die Gestehungskosten und andererseits die Kaufkraft der Metalle geändert haben.... Wenn Sklaven und Kriegsgefangene... monatelang an einer kleinen Erzader pochen konnten, um zum Beispiel 10 Pfund Kupfererz zu produzieren, so kosteten diese 10 Pfund eben nur den Wert des Brotes, das man diesen Leuten während der Zeit verabreicht hatte. Hier liegt wahrscheinlich auch der Grund für die vielen flachen Schürflöcher, die irrtümlich als Spuren großer alter Betriebe angesehen werden.... Was die schon den Alten bekannten Metalle wie Gold, Silber, Kupfer und Blei anbetrifft, so muß man sich immer wieder vorhalten, daß auf dem altklassischen Boden Kleinasiens seit Jahrtausenden denkende und strebsame Menschen wandeln, die, mit wohlfeileren Gewinnungsmethoden, als es die unseren sind, ausgerüstet, für das Vorkommen und die Verwertung der damals noch viel wertvolleren Metalle aber sicher ein ebenso scharfes Auge besaßen wie wir. Ich glaube daher nicht, daß auf dieser Linie in Kleinasien noch große Entdeckungen gemacht werden. Krause, a. a. O., S. 104.

Eine sichere Zukunft haben in Vorderasien nur jene Industriezweige, die die Produkte der dortigen Landwirtschaft verarbeiten, vor allem also die Textilindustrie und die landwirtschaftlichen Aufbereitungsgewerbe, wie Gerberei, Konservenindustrie, Mühlenindustrie, Öl- und Seifenfabrikation, Zuckerindustrie, Zigarettenindustrie, Seidenweberei usw. Ihre Entwicklung ist auch deshalb wichtig, weil für bunte Baumwollstoffe und Zucker heute große Summen jährlich vor allem nach England bezw. Rußland gehen. Die Mühlen sind heute so wenig zahlreich, daß man Getreide ausführt, um es als Mehl wieder einzuführen.

Von Mineralien kommt an erster Stelle das Petroleum, das sich in verschiedensten Gegenden Vorderasiens findet; vor allem aber als Fortsetzung der persischen Petroleumzone im Süden und Norden von Mesopotamien. Die schnelle Entwicklung der persischen Naphthaindustrie wird sicher auch Mesopotamien ergreifen, und die dortigen Ölfelder erklären zum Teil das politische Interesse Englands an der Beherrschung der Euphratmündung und des südlichen Zweistromlandes. Bei der Wichtigkeit des Erdöls als Heiz- und Triebkraft für die Tigrisdampfer, die Bagdadbahn und die Maschinerie, für die künstliche Berieselung sei daher auf die ausgezeichnete Darstellung der persisch-mesopotamischen Erdölindustrie hingewiesen, die Karl Schäfer kürzlich gegeben hat.[9]

---

[9] Dr. rer. pol. Karl Anton Schäfer, Die mesopotamisch-persische Petroleumfrage. »Archiv für Wirtschaftsforschung im Orient«, Heft 1, S. 31.

Schäfer gibt dabei ein Musterbeispiel finanzkapitalistischer Erschließung. Zuerst Versuche mit zu geringer Kapitalkraft, dann eine mächtige Finanzgruppe, die Fühlung mit benachbarten Konzernen nimmt, Tochtergesellschaften gründet, die Bachtiarenhäuptlinge und die persische Regierung interessiert, die englische Regierung, die ihr von Beginn an wichtige Unterstützung lieh, mit großem Kapital beteiligt und jetzt als gemischtstaatliche Gesellschaft funktioniert.

Bezeichnend für die kapitalistisch-technische Einstellung der Betrachtung des Autors ist es, daß die Schwierigkeiten der Arbeiterbeschaffung, Arbeiterzahl usw. erwähnt werden, aber kein Wort fällt über Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Wohnungen, Ernährung usw. der persischen Proletarier.

Übrigens kann diese Petroleumindustrie Anlaß zu englisch-türkischen Reibungen geben, da Schäfer eine Grenzberichtigung zugunsten der Türkei und die Bildung einer deutsch-türkischen Gesellschaft für Mesopotamien vorschlägt, an der die Türkei durch ein zu schaffendes Großhandelsmonopol für Erdöl naturgemäß stark interessiert wäre. Bei den Friedensverhandlungen werden diese Dinge sicher eine nicht

Die in abbauwürdigen Flözen bei Heraklea vorkommende Steinkohle und das in verschiedenen Minen gewonnene Kupfer werden wohl an Bedeutung hinter der Erdölgewinnung zurücktreten.

Natürlich hängt die Entwicklung der geographisch möglichen Industriezweige von dem Stande der gesamten Volkswirtschaft ab, und ein überstürztes Vorgehen muß schlimme Folgen zeitigen. Vor allem ist zu berücksichtigen, daß die Arbeiterfrage ähnliche Schwierigkeiten bringen wird wie in Ostasien,[10] die durch die geringe Bevölkerungszahl noch erhöht werden. Das furchtbare Elend, das vom Frühkapitalismus unzertrennlich zu sein scheint und das besonders die Baumwollindustrie ständig begleitet, muß zudem verheerend auf die ohnedies durch Syphilis, Fruchtabtreibung und anderes mehr ungünstig gestalteten Bevölkerungsverhältnisse wirken.

Natürlich ist schon aus finanziellen Gründen das Jungtürkentum an der Industrieentwicklung interessiert, und man ist auch während des Krieges in dieser Richtung tätig. Nessimi-Bei, der türkische Handelsminister, sagt darüber in dem erwähnten Interview:

Fachleute haben das Land durchreist, um zu prüfen, welche Industrien eingeführt werden könnten zur vorteilhafteren Ausnützung der einheimischen Hilfsmittel, und so bald es die Ereignisse gestatten, wird die Frage der Errichtung von Zuckerfabriken gelöst werden. Nächstens wird eine Aufnahme und Klassifikation der Wasserkräfte zu Ende geführt sein. Das wird die Lösung der Frage ermöglichen, wo und in Verbindung mit welchen Industrien ihre Verwertung am vorteilhaftesten durchgeführt werden kann. Die Frage der sehr zahlreichen und mannigfaltigen reichen Minen ist gesetzlich bereits neu geordnet. Schon ist eine große Menge von Konzessionsgesuchen eingegangen und harrt der Erledigung.

Diese Maßnahmen bewegen sich im Rahmen der jungtürkischen Industriepolitik, die am besten durch einen Gesetzentwurf charakterisiert wird, der bereits dem Parlament vorlag. Danach soll als Fabrik ein Betrieb angesehen werden, der mindestens 20 Arbeiter beschäftigt und ein Kapital von 1500 türkischen Pfund besitzt. Durch mannigfache Begünstigungen sucht man die Entwicklung der Industrie zu beschleunigen. Dem Unternehmer, der sich in der Türkei niederläßt, werden geboten: unentgeltliche Überlassung von

---

unbedeutende Rolle spielen. — In diesem Zusammenhang sei auf die steigende Bedeutung des Persischen Golfs als Kreuzungspunkt wichtiger Verkehrsstraßen der Zukunft, auf den augenblicklich latenten englisch-russischen und den deutsch-türkisch-britischen Gegensatz hingewiesen; darüber bietet interessante Ausführungen vom Standpunkt eines deutschen Imperialisten das Buch von Professor Th. Jäger: Persien und die persische Frage, 14. Band der Deutschen Orientbücherei, herausgegeben von Professor Ernst Jäckh, Weimar, Verlag Kiepenheuer, 179 Seiten, 2 Mark. Die beigegebene politische Übersichtskarte ist wegen der Bahnprojekte, die eingezeichnet, sehr interessant.

[10] Ich verweise auf meine Ausführungen »Zur Industrialisierung Ostasiens«, Neue Zeit, XXXIV, 2, S. 142 und 175. Die Verhältnisse liegen in Vorderasien auch insofern ungünstiger, als dort das Kunstgewerbe nicht einen so hohen Grad der Entwicklung und solch allgemeine Verbreitung erreicht hat. Zudem hat sich durch die ewige Unsicherheit infolge der Despotismen und Nomadenraubzüge ein »Normalmaß der Arbeit« herausgebildet, das gerade zum Lebensunterhalt des genügsamen Orientalen ausreicht. Der »Segen der Arbeit« wird daher diesen Menschen mit vorkapitalistischer Seelenstimmung wohl nicht ohne weiteres einleuchten, zumal die Löhne im Frühkapitalismus nicht hoch zu sein pflegen. Masseneinfuhr von Chinesen und Indern ist daher nicht unmöglich.

Staatsländereien, Befreiung aller Gebäude und Anlagen von Steuern während der Geltungsdauer des Gesetzes, das heißt während 15 Jahren. Befreiung der Beamten und Arbeiter von der Gewerbesteuer, Freieinfuhr der Maschinen und des Baumaterials, Vorzugsberücksichtigung bei Staatslieferungen, auch wenn der einheimische Produzent um 15 Prozent teurer ist, Rückerstattung des Einfuhrzolls auf Rohstoffe, wenn diese, in der Türkei verarbeitet, wieder ausgeführt werden. Der Nationalismus der jungtürkischen Bourgeoisie, wenn man von einer solchen reden kann, zeigt sich in der Ausländerfrage. Ausländische Fabrikbesitzer müssen eine amtlich bestätigte Bescheinigung beibringen, wonach sie sich allen osmanischen Gesetzen und Steuern unterwerfen. Beamte und Arbeiter müssen, abgesehen von Spezialisten, osmanische Staatsangehörige sein. Am Ende des zweiten Betriebsjahres müssen die Hälfte und am Ende des dritten Jahres drei Viertel der Spezialisten osmanischer Nationalität sein.

Bei der Kapitalarmut und dem Mangel an einheimischen Technikern und anderen Intellektuellen erscheint dieser Nationalismus überspannt, zumal wenn man die ähnlichen, aber weitherzigeren Bestimmungen in Bulgarien damit vergleicht. Man muß abwarten, ob der skizzierte Entwurf Gesetzeskraft erlangt.

Betrachten wir den Stand der heute vorhandenen Industrie: Zigarettenindustrie in Staatsregie, Seidenwebereien, einige Bergwerke in Staatsbetrieb und vor allem die vielfach als Manufaktur betriebenen Teppichwebereien und die Herstellung feiner Stickarbeiten, so sieht man vor allem bei letztgenannten Kunstgewerben den Niedergang, erzeugt durch Anpassung an den schlechten Geschmack Europas, Verwendung von Anilinfarben und durch Verwandlung des früheren Hausfleißes in schlechtbezahlte Manufaktur- und Heimarbeit.

Zur Schaffung moderner Industrie gehören eben nicht nur Mineralien, sondern auch moderne Verkehrswege und vor allem eine Stabilität des Staates, Rechtssicherheit, eine dem Kapitalismus angepaßte Verwaltung, nicht zuletzt ein modernes Proletariat und viele andere Bedingungen, die noch nicht oder nur mangelhaft vorhanden sind. Es bedarf also großer Wandlungen im Staatsorganismus und vor allem gesunder Staatsfinanzen, um die Entwicklung einer stabilen Industrie zu ermöglichen, während andererseits gerade die Finanznot, die Passivität der Handelsbilanz, die finanzielle und wirtschaftliche Abhängigkeit vom Ausland und manches andere die türkische Regierung zur Förderung der industriellen Entwicklung treibt. Die Finanzen, das ist überhaupt das schwierigste aller türkischen Probleme. Es kann hier nur andeutungsweise behandelt werden. Der jungtürkenfreundliche Bankfachmann Schäfer kommt nach einer eingehenden, sehr sachverständigen kritischen Untersuchung der türkischen Finanzentwicklung und ihres Standes nach dem Balkankrieg zu folgendem Ergebnis:

Wir können feststellen, daß eine wachsende Verschuldung der Türkei an das Ausland stattfindet.... Nur wenige unbedeutende Posten ... gleichen sich auf dem Konto Gesamtzahlungsbilanz aus. Es bleibt ein großes weißes Feld auf der Aktivseite. Die Türkei hat keine »invisible Exports« (unsichtbare Ausfuhr), kein »Einkommen aus dem Ausland«, keinen Warenausfuhrüberschuß. Dagegen saugt sie begierig fremdes Kapital auf. Kapitaleinfuhr ist aber gestundete Warenausfuhr. Das heißt ein Staat wie die Türkei kann das vom Ausland geborgte Kapital auf die Dauer nur behalten, wenn sie ihr Wirtschaftsleben damit so weit entwickelt,

daß die Gesamtzahlungsbilanz eine Forderungsbilanz wird oder sich doch annähernd balanciert, andernfalls tritt Goldabfluß ein oder weitere »Effektenausfuhr« zwecks Kapitaleinfuhr, der sichere Weg zum Bankrott. Die alte Türkei besaß eine hoffnungslose Verpflichtungsbilanz, die junge Türkei betätigt den Willen zur Forderungsbilanz. (Schäfer, a. a. O., S. 61.)

Dieser Wille zur Forderungsbilanz ist sicher durch den Krieg gestachelt, andererseits aber hat auch die neue Belastung des Staatshaushalts mit bedeutenden Kriegsausgaben die Verpflichtungsbilanz erhöht. Dazu kommen die direkten Kriegsschäden durch Verwüstung auf dem Kriegsschauplatz und die bedeutenden indirekten Hemmungen der wirtschaftlichen Entwicklung durch die Abschließung vom Weltmarkt, die Einquartierungslasten und vieles andere. Wie sich die Verhältnisse nach dem Kriege gestalten, hängt außer von politischen Umständen von der Sanierung der Finanzen und von wirtschaftlichen und innerpolitischen Reformen ab, denen einige Worte gewidmet seien.

4. Staatliche Reformen.

Die Hauptgründe des Niederganges der Türkei stellt Schäfer zusammen: 1. Ungeregelte Finanzwirtschaft. 2. Ausbeutung der Türkei durch Europa und die Vereinigten Staaten. 3. Käuflichkeit der Großen des Reiches. 4. Übergroßes Beamtenheer. 5. Als Ausfluß dieser vier Punkte: Mangelhafte Fürsorge für die Entwicklung des Landes.

Diese Ursachen können nur beseitigt werden, wenn es gelingt, die Mischung von Feudalstaat und Absolutismus, die der türkische Staat unter Abd ul Hamid darstellte, in einen modernen bürgerlichen Staat umzuwandeln. Die Aufgabe ist riesengroß, da die verschiedenen Landesgebiete nicht nur auf ungleicher Höhe der wirtschaftlichen Entwicklung stehen, sondern auch von nach Sprache und Religion verschiedenen Völkern bewohnt werden. In der heutigen Europäischen Türkei wohnen (nach Endres) Osmanen 1 200 000, nichtosmanische Elemente 700 000, während die Asiatische Türkei folgendes Bild zeigt: Türken 7 500 000, Syrer und Araber 5 000 000, Kurden 1 250 000, Armenier 1 100 000, Griechen 1 000 000, Juden 300 000, Drusen und Maroniten 400 000.

Das Verhältnis der Osmanen zu den Nichttürken stellt sich heute wie 1 : 1,23. Wir erleben nun in Vorderasien bei fortschreitender wirtschaftlicher Entwicklung jenen Prozeß, den man als das Erwachen der geschichtslosen Nation bezeichnet und dessen ökonomische Triebkräfte Renner und Bauer am Beispiel Österreichs aufgezeigt haben.[11] Allerdings muß man unterscheiden zwischen den Völkersplittern der Drusen, Maroniten und anderen mohammedanischen und christlichen Sekten, die, falls sie nicht in größeren Gemeinschaften aufgehen, wohl dem Untergang geweiht sind. Anders steht es mit den Völkern alter Kultur, wie Armenier, syrische Araber, die seß-

[11] Aus Otto Bauers klassischem Werk »Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie« kommt hier besonders in Betracht: § 18. Der moderne Kapitalismus und der nationale Haß. S. 208 ff. Eine besondere Anwendung auf den Orient bietet Karl Renner in: Die Probleme des Ostens, »Kampf«, V, S. 158. Zur Ergänzung ist heranzuziehen: Bauer, Orientalische Revolutionen, »Kampf«, V, S. 114 ff. Auch die Ausführungen über die Türkei (Nationalitätenfrage, S. 429 ff.) sind mit Nutzen heranzuziehen, obgleich manches durch die Ereignisse überholt und auch von Bauer in seiner Broschüre über den Balkankrieg modifiziert oder weiter ausgeführt ist.

haft und nicht mit den Beduinen zu verwechseln sind, mit den Griechen und jenen Trägern einer kapitalistischen Parvenükultur, die man unter dem Sammelnamen Levantiner zusammenfaßt.[12]

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Armenier und Griechen gerade durch ihre politische Ausschaltung unter dem alten Regime als Händler und Wucherer und als Intellektuelle jenen kapitalistischen Geist entwickelt haben, der sie befähigt, die jetzige wirtschaftliche Situation schnell und energisch auszunutzen. Es ist eben jede Klasse in der Türkei oft ein besonderes Volk, und der Klassenhaß wird in nationalen Haß transformiert, dazu gesteigert durch religiösen Fanatismus. Das Untereinanderwohnen der Nationen erhöht die Schwierigkeiten, und endlich wohnen außerhalb der Türkei Nationsgenossen jener nichtmuselmanischen Völker. Die Staaten, in denen diese Volkselemente seßhaft sind, benutzten die nationale Zersplitterung zu politischer Agitation unter Ausnutzung der in der Türkei vorhandenen Mißstände. Daher die armenische, die griechische und die arabische Frage. Bei letzterer allerdings handelt es sich in Syrien um eine von den Grundbesitzern geführte Volksbewegung, die unter angeblichem Eintreten für den Schutz der arabischen Sprache vorläufig nur dem Interesse der Feudalen dient, welche nach Einfluß auf die Regierung streben.

Im eigentlichen Arabien hingegen ist es jener Zusammenstoß zwischen Stamm und Staat, den Otto Bauer am Beispiel Albaniens so glänzend geschildert hat.[13] Die Mekkaerhebung endlich trägt mehr lokalen Charakter. Die Pilgerstadt ist an den Pilgerzügen aus Ägypten und Indien interessiert,

---

[12] »Ein Levantiner ist ein im Orient geborener, erzogener, oder besser gesagt nicht erzogener und keinen Beruf ausübender Sohn oder Enkel eingewanderter Eltern oder Großeltern. Hauptsächlich sind es Abkömmlinge gemischtrassiger Eltern: griechischer Vater, spaniolisch-jüdische Mutter, armenischer Vater, griechische Mutter, und all die Vermischungen von Juden, Armeniern, Griechen mit Franzosen, Italienern, christlichen Syriern usw.... Er muß aber noch parvenühaft, unvornehm denkend, laut, anmaßend, innerlich und äußerlich unsauber und daher von moralisch und physiologisch gleich üblem Geruch sein, und dann denkt euch alles dazu, was euch ekelhaft, niedrig, platt, oberflächlich, kultur- und stillos erscheint — da steht er, der Levantiner! Denn wenn er diese Eigenschaften nicht alle hat, ist er nicht pur sang.... Sie verpesten Konstantinopel und verhindern jedes geistige Leben der Fremden in Pera. Denn wo sie hinkommen, verwandeln sie Kunst in Varieté, Bühne in Kinema, Musik in Teekonzert, Gesellschaft in eine Vereinigung sich schlecht benehmender Menschen, verderben die Jugend, der sie imponieren, und fressen wie ein Schwarm gefräßiger Heuschrecken die paar recht geringen Ansätze zur Kultur ab, die von den europäischen Kolonien versucht worden sind....« Diese Charakteristik gibt Franz Karl Endres, Kaiserlich Ottomanischer Major a. D. in seinem Buche »Türkische Frauen«. München 1916, Verlag von Artur Hertz. 198 S. (S. 52, 53.)

Diese geistreichen Plaudereien eines ungewöhnlich gebildeten deutsch-türkischen Offiziers mit der Vorurteilslosigkeit eines französischen Materialisten und Grand Seigneurs des achtzehnten Jahrhunderts bieten viel soziologisches Material zur Beurteilung der Stellung der Frau in den verschiedenen Völkern und Klassen der heutigen Türkei, wobei allerdings zur allgemeinen Orientierung die Kennzeichnung der dort herrschenden hochfamiliären Phase heranzuziehen ist, wie sie Müller-Lyer in den »Phasen der Liebe«, S. 151 gibt.

[13] Otto Bauer, Der Balkankrieg und die deutsche Weltpolitik, S. 21. Diese Schrift ist heute noch sehr lesenswert, da sich viele Balkanverhältnisse in der

und der Scherif war englischem Gelde um so leichter zugänglich, als zwischen Mekka und Kairo von jeher enge Beziehungen bestehen.

Mekka ist das Paradies der Bettler, eigentlich sind alle Mekkaner Bettler, vom Großscherif bis zum verlausten Almosenbitter. Banse, Die Türkei, S. 393.

Bei diesem Charakter der Mekkaner ist der Erfolg der englischen Bestechung nicht zu verwundern. Jedenfalls sind die früheren antitürkischen Bewegungen in Jemen und Südarabien wichtiger wie der Mekkaner Aufstand.

Daß diese Strömungen auch während des Krieges nicht aufhörten, beweisen die Hinrichtungen von Notabeln in Syrien, über deren Ursachen die jungtürkische Regierung eine umfangreiche Veröffentlichung vorbereitet; beweisen vor allem die Ereignisse in Armenien, wo nach russischen Heeresberichten sich zahlreiche Freiwillige der Armee des Zaren anschlossen und wo die Jungtürken zu den Methoden der hamidischen Zeit zurückgekehrt zu sein scheinen. Das Gewebe eines von Frankreich und England finanzierten Geheimbundes, der sich Siat el Merkes nannte, der, unter Leitung von Reschid Rida stehend, seinen Sitz in Kairo hatte und dessen Mitglieder zum Teil aus christlichen Arabern, darunter sogar Offizieren und Abgeordneten, bestanden, wurde aufgedeckt, 65 Beschuldigten, den meisten in Abwesenheit, der Prozeß gemacht, an 11 Angeklagten das in Alaih ergangene kriegsgerichtliche Todesurteil durch den Strang in Beirut vollstreckt. (Fr. v. Mackay in »Deutsche Tageszeitung« vom 26. Juli 1916.) Gerade aber die armenische Frage ist in erster Linie eine wirtschaftliche Frage, wie Dr. Karl Roth treffend bemerkt:[14]

Man schaffe dem Armenier vor allem den Kurden vom Halse und gebe dem armenischen Bauern die seit den ältesten Zeiten entbehrte Ruhe und den nötigen Schutz für seine Arbeit. Damit ist schon ein großer Teil der armenischen Frage gelöst, damit ist schon die Masse des armenischen Volkes für die Türkei gewonnen, und allen übertriebenen Hoffnungen auf ein neues autonomes oder von der Türkei völlig losgelöstes Groß-Armenien ist der Boden genommen. Das Volk in seiner Masse will nichts als Sicherheit, den Schutz seiner nationalen Güter und eine Art Selbstverwaltung. Auch die kann ohne Schaden gewährt werden. Die Grundlagen dazu brauchen ja auch nicht erst geschaffen zu werden. Eine Selbstverwaltung besitzen die Armenier ja schon in bezug auf Gemeinde, Kirche und Schule.

Die Sätze gelten modifiziert auch für die anderen Nationen. Jedenfalls ist eine Ottomanisierung, wie sie in den Tagen nach der Revolution für möglich gehalten wurde, eine Utopie. Nur weitgehende Demokratie und nationale Autonomie können die Nationalitätenfrage mildern, die im Rahmen des Kapitalismus überhaupt kaum völlig zu lösen ist.

Asiatischen Türkei wiederholen, natürlich nicht schablonenhaft. Vergl. auch den Abschnitt über »die Beduinen« in Schulmann: Zur türkischen Agrarfrage, S. 81 ff., besonders S. 90.

[14] Dr. Karl Roth, Armenien und Deutschland. Heft 10 der von dem Deutschen Vorderasienkomitee herausgegebenen Schriftensammlung »Länder und Völker der Türkei«. Leipzig 1915, Verlag von Veit & Co. 30 Seiten.

Diese kleinen Schriften stehen zumeist höher wie die betreffenden Hefte der bekannten Serie »Der Deutsche Krieg«. Sie geben oft gute Materialzusammenstellungen und manche Hinweise. Die Beziehungen Armeniens im Altertum und Mittelalter zur europäischen Kultur werden zum Beispiel bei Roth sehr übersichtlich und anschaulich geschildert. Den Schlußfolgerungen der Autoren kann man natürlich oft nicht zustimmen.

Das bestätigen auch die sachlich-nüchternen Ausführungen von Dr. Max Roloff (Breslau) in der kleinen Schrift »Arabien und seine Bedeutung für die Erstarkung des Osmanenreiches« (Länder und Völker der Türkei, 5. Heft), wo er sagt:

Hüten wir uns aber, die Araber dahin zu beeinflussen, daß sie ihren Nationalitätsgedanken aufgeben, um Osmanen zu werden! Wir würden dadurch der Türkei einen schlechten Dienst erweisen und bald selbst in Mißkredit kommen.... (S. 16.)

Die führenden Männer am Bosporus dürfen nicht allein Weltmachtsträume spinnen. Sie müssen vor allem daran denken, die Nationalitäten des Reiches zu befriedigen, soweit es sich um berechtigte Wünsche derselben handelt. Panislamitische Bestrebungen und Wühlereien in den europäischen Kolonien, in welchen Moslems wohnen, mögen als Kriegswaffe Geltung haben, werden aber nur an wenigen Stellen Erfolg aufweisen. Das ist ein Rat, den jeder wohlmeinende Freund der Türkei den türkischen Regierenden geben sollte.... (S. 25.)

Unerläßliche Vorbedingung zu erträglichen Zuständen auf diesem Gebiet ist die Schaffung eines modernen Beamtentums und einer modernen Selbstverwaltung und die Emanzipation vom fremden Schulwesen, das, so nützliche Kenntnisse die französischen, englischen, amerikanischen und auch die wenigen deutschen und österreichischen Schulen vermitteln mögen, doch in erster Linie politischen Zwecken dient, wie es sich ja auch in China gezeigt hat.

Damit der Staat diese Aufgaben erfüllen kann, bedarf er einer tatsächlichen, wenn auch nicht theoretischen Entklerikalisierung, ohne die ein bürgerliches Recht kaum zu denken ist. Vorläufig beherrscht theoretisch das Scheriat (das religiöse Gesetz, sozusagen der muselmanische Kanon) auch das bürgerliche Leben, wenngleich Theorie und Praxis hier oft weit voneinander abweichen.[15] Es wird eine schwierige Aufgabe sein, das Recht den modernen Bedürfnissen anzupassen, ohne die starken religiösen Empfindungen, besonders der Masse, zu verletzen. Wie diese Neugestaltung vor sich geht, hängt natürlich von den Machtverhältnissen der verschiedenen Völker und Klassen untereinander ab. Danach wird es sich auch richten, ob man alte Grundsätze neu auslegen oder ein völlig neues Recht schaffen wird.

Eine weitere Vorbedingung staatlicher Konsolidierung ist eine Währungsreform, die dem heutigen unhaltbaren Zustand ein Ende macht, den Schäfer in folgenden Sätzen kennzeichnet:

Der Türkei fehlt ein geschlossenes Münzsystem, es bestehen vielmehr zwei Währungen mit verschiedener Bedeutung nebeneinander.... 1. Die Goldwährung auf der Basis des Goldpfundes; sie ist im Großhandel und im Verkehr mit der Regierung in Anwendung.... Die Silbermünzen stellen für den Großverkehr nur Ergänzungsmünzen zu der kleinsten Teilgoldmünze dar und sie erleiden Kursschwankungen. Die Handelspapiere werden in Goldpfund ausgestellt, und der Schuldner kann mit Silbermedschidje nur zahlen, wenn seine Schuld effektiv in

[15] »Ein frommer Rechtsgelehrter wird in der Gegenwart, wenn er Handelsgeschäfte treibt, seine Ware für die Seereise ohne weiteres versichern; wenn man ihn dann aber um ein religiöses Gutachten bittet, wird er die Unzulässigkeit einer solchen Versicherung mit den schönsten Gründen belegen,« bemerkt treffend C. H. Becker in seinem Aufsatz »Islam und Wirtschaft«, Heft 1 des »Archivs für wirtschaftliche Fragen im Orient«, S. 75. Dieser Aufsatz ist wegen seiner klaren Auffassung der Wandlungsfähigkeit des Islam und wegen des feinen Spürsinns lesenswert, mit dem der Weltpolitiker und Islamist die Faktoren ermittelt, die eventuell die Entwicklung zum Kapitalismus bei islamitischen Völkern verzögern können.

dieser Münze zahlbar ist, mit anderen Worten: praktisch ist die Bedeutung der Silbermedschidje auch als Kurantgeld eingeschränkt, sie besitzt vielmehr eine Art beschränkter Zahlkraft.

2. Die Silberwährung auf der Grundlage der Silbermedschidje. Dieser bedient sich der Kleinhandel.... Von all den Kursschwankungen, die nun die einzelnen Silbermünzen beim Umwechseln erleiden, von den Schwankungen des Wertes des Goldpfundes je nach der Saison, nach Waren und nach Wirtschaftsgebieten will ich hier nicht reden. Genug, es ist ein »ideales« Währungschaos. Dazu kommen die vielen fremden Geldsorten, wie das Pfund Sterling, das 20-Franken-Stück, ferner »freies Zählgeld« im Jevonsschen Sinne, wie der Maria-Theresia-Taler (Levantiner).... S. 79.

Die Einführung einer modernen Goldwährung hat natürlich ihre Schwierigkeiten bei der allgemeinen Herabdrückung der Valuta nach den ungeheuren Anleihen aller europäischen Staaten während des Weltkriegs. Sodann ist eine Reform der jetzigen halbstaatlichen Notenbank, der Ottomanbank notwendig. Dieses eigenartige Institut, dessen Geschichte und Funktionen Schäfer skizziert und kritisch beleuchtet, fungierte nacheinander und auch gleichzeitig als: Finanzagent der türkischen Regierung, Kreditbank, Notenbank.

Durch dieses Bankinstitut mit seinen zahlreichen Filialen und weitgehenden Geschäftsverbindungen beeinflußte der französische und vor allem englische Geldmarkt das Wirtschaftsleben der Türkei, obgleich in österreichischen und deutschen Bankinstituten in den letzten Jahren starke Konkurrenten erstanden und bescheidene Ansätze zu einem türkischen Bankwesen vorhanden sind. Überhaupt spiegelt die Geschichte des Bankwesens in der Türkei die verschiedenen Phasen, die das Verhältnis von kapitalistischen Staaten zu agrarischen Gebieten auf niederen Wirtschaftsstufen durchläuft, wobei die einzelnen Abschnitte durch die Finanzgruppen verschiedener Länder repräsentiert werden: Frankreich, England, Deutschland.

Die Nationalisierung der Ottomanbank dürfte nach dem Kriege infolge des politischen Gegensatzes zu England und Frankreich sich schwieriger gestalten wie nach dem Balkankrieg. Immerhin ist auch heute noch der von S c h ä f e r vorgezeichnete Weg wohl der gangbarste:

Die Ottomanbank ist eine Bank neben anderen Banken, sie wacht eifersüchtig auf ihre Vorzugsstellung, ohne auf das Gesamtinteresse des Konstantinopeler Marktes immer Rücksicht zu nehmen.... Die Organisation des Konstantinopeler Marktes bleibt daher auch eine Aufgabe der Ottomanbank; sie hat es heute noch in der Hand, sich aus einer »Bank neben anderen Banken« zu der »Bank der Banken« zu entwickeln. Freilich bleibt auch hier die Voraussetzung, daß sie sich aus einer ausländischen Bank, die notwendigerweise mit anderen ausländischen Banken in Spannung lebt, zu einer inländischen, das heißt nationalen Bank entwickelt. (Schäfer, a. a. O., S. 109.)

Gerade jetzt, wo die Türkei daran geht, aus der noch vorherrschenden Naturalwirtschaft zur allgemeinen Geldwirtschaft überzugehen, ... ist ein größerer staatlicher Einfluß auf die noch allzu privatwirtschaftliche Geschäftspolitik der Ottomanbank als notwendig zu erachten. Denn gerade die Noten- und Filialpolitik wird bei dieser wirtschaftlichen Renaissance eine wichtige Rolle spielen.

Um zu einer türkenfreundlichen Zentralnotenbank zu gelangen, gibt es für die Jungtürken zwei Wege: Entweder lassen sie die Konzession der Ottomanbank ohne Erneuerung in 1925 ablaufen und setzen eine andere Bank an ihre Stelle, oder aber sie suchen die weiterbestehende Bank in ihrem Sinne umzuwandeln und

die materielle Staatskontrolle auszudehnen. Den ersten Weg hat Artikel 5 der Konzessionsakte vorgesehen ... der zweite Weg ist ökonomischer, da er an Bestehendes anknüpft, und kann zum gleichen Ziele führen. Die Umwandlung der Ottomanbank zu einer Quasi-Staatsbank könnte aber nur schrittweise geschehen.... (S. 117.)

Die Banknoten durch die Einführung wirklich bankmäßiger Deckung auf die Höhe wahrer Banknoten zu heben und für deren dem Bedarf entsprechende Verbreitung an banknotenfähigen Handelsplätzen zu sorgen, ist nun aber die zentrale und eigentliche bankpolitische Aufgabe der Ottomanbank für die Zukunft. (S. 157.)

Die hier angedeuteten Reformen sind nur die wichtigsten. Sie müssen durch zahlreiche Maßnahmen ergänzt und organisch verbunden werden. Vor allem eine durchgreifende Modernisierung des Steuerwesens und eine Umgestaltung des Zolltarifs. Aber schon diese knappen Andeutungen zeigen, welche Riesenarbeit zu leisten ist, wenn es gelingen soll, die Türkei nicht nur zu galvanisieren, sondern politisch und ökonomisch weiterzuentwickeln. Dabei muß diese Reformarbeit bei den heutigen parlamentarischen und bureaukratischen Verhältnissen geleistet werden von jenen sprachlich türkisierten und vielfach mit anderen Völkern gemischten Nachkommen der Hettiter, die sich Osmanen nennen. Aus diesen Bauern und Kriegern Anatoliens und benachbarter armenischer Bezirke rekrutieren sich die türkischen Efendis. Nichts ist verkehrter, als Konstantinopel für die Türkei zu halten und dortige Reformbestrebungen, die eine Verbürgerlichung anzeigen, so wünschenswert und erfreulich sie sein mögen, ohne weiteres zu verallgemeinern.

Die Osmanen tragen auch militärisch die Hauptlasten des Krieges, da die Nichttürken nach den schlechten Erfahrungen des Balkankriegs nur als Etappensoldaten verwendet werden. Nach dem Weltkrieg wird wohl jene etwas idealisierende Charakteristik der türkischen Anatolier mehr denn je zutreffen, die der moderne türkische Dichter Achmed Hikmet in seiner Novelle »Der Weintraubenverkäufer« gibt:[16]

Du bist wie eine uralte Platane. Gebrochen wirst du, doch nie gebeugt. Du stirbst, aber du klagst nicht. Während du das salzige Erdreich mit deinem Blute tränkst, das in deinen Stirnschweiß getauchte Stück Brot verzehrst, ziehst du schon wieder, überall wie eine Festung, mit deinen Wunden dem Feinde entgegen. Du hast das Aussehen eines Unterdrückers und bist doch ein Unterdrückter, in deiner Eltern Heim ein Fremder, auf deines Vaters, deiner Mutter Schoße ein Waise.

Dieses Anatolien, dieses Land der Witwen ist dir wie eine Stiefmutter nur eine Peinigerin. Du bist das Schwert des Ostens, das nimmer in die Scheide fährt. Gehämmert wirst du, zäh, und niedergeschmettert zerbrichst du. Aus jedem Stücke von dir ziehst du einen Funken, aus jedem Funken einen Blitz. Ja, Türke, du besitzest eine göttliche Kraft, einen Born, der nie versiegt.

Fügen wir die prosaische Charakteristik hinzu, die Ewald Banse von der türkischen Herrenschicht gibt:

---

[16] Zitert bei Endres, Die Türkei, Bilder und Skizzen von Land und Volk. München 1916, C. H. Becksche Verlagsbuchhandlung Oskar Beck. 301 Seiten. 5 Mark. Dieses flott geschriebene Lesebuch für Gebildete ist auch zur Einführung für den Arbeiterleser geeignet, obgleich Volkswirtschaft und Nationalitätenfrage nicht gerade tief behandelt sind. Man lese dann Banses »Länder und Völker der Türkei« zur Vertiefung und Durchleuchtung des bei Endres in anziehender Form gebotenen Materials.

Neben und über ihnen aber gibt es »Türken« als Kaste, als herrschende dünne Oberschicht im Staate. Sie sind körperlich ganz unfaßbar, eine kunterbunte Rassenmischung auf alarodischer Grundlage.... Gemeinsam ist ihnen nur das islamitische Bekenntnis und der politisch-nationale Dünkel, die Herrenpose und, als einziger Überrest ihrer mongolischen Vorfahren, das alttürkische Staats- und Erobererideal auf arabisch-byzantinischer Grundlage, außerdem aber noch dieses: die furchtbare Fähigkeit, den anderen mit einer herzlichen und gewinnenden Wärme zu behandeln, besonders auch dann, wenn sie das gerade Gegenteil empfinden und planen. Sie sind der einzige Gesellschaftsverband im Islam, der heutzutage eine in vielen Stücken europäische Lebensführung (besonders in der Tracht) übernommen hat. So wenig wie ihr Mittelpunkt und Paradies Konstantinopel (Istambül, Kospoli) tiefinnere Beziehungen zur Asiatischen Türkei besitzt, ebensowenig stehen diese Türken in näherem Zusammenhang mit den ihnen unterworfenen Völkern. Die politische Gleichgültigkeit und gegensätzliche Verschiedenheit der Untertanen, der Besitz des Kalifats und damit die Stellung als religiöse (wenn auch den heiligen Buchstaben nach ungesetzliche) Vormacht des Islams, die politische Rolle als Vorkämpfer und einziger noch aufrechter Verfechter desselben gegenüber den christlichen Staaten, ein für dortige Verhältnisse gefestigter Militarismus, das sind die Grundlagen und Stützen ihrer Macht, das ihre Ansprüche auf Daseinsberechtigung. Was der Levantiner als völkische und zivilisatorische Grenzschicht nach der europäisch-christlichen Seite bedeutet, das ist der »Türke« nach der orientalisch-islamitischen, und zwar mit besonderer Betonung des politischen Standpunktes.... Der Türke dagegen strebt mit allen Kräften, die alte Selbständigkeit des Orients zu erhalten und zu erneuern, glaubt aber (im Gegensatz zu der Mehrzahl der Mohammedaner) nur auf den Stufen einer gewissen Europäisierung dahin gelangen zu können.[17]

Diese lückenhaften Bemerkungen mögen genügen. Die Frage der asiatischen Eisenbahn,[18] der neuen Anlage eines Straßennetzes und viele andere wirtschaftliche Probleme müssen später erörtert werden. Auch die ideologischen Umbildungen, die der sozialen Umschichtung folgen und sich vor allem in den Reformbestrebungen im Islam und im Aufkommen einer allerdings gemäßigten türkischen Frauenbewegung zeigen, kann ich nur erwähnen.[19]

---

[17] Banse, Die Türkei, S. 17. Man lese zur Ergänzung die ausgezeichnete Charakteristik der Osmanen Anatoliens auf S. 52, 53.

[18] Hinweisen möchte ich auf eine kleine Schrift aus der Sammlung »Länder und Völker der Türkei«: Dr. phil. Richard Hennig, Herausgeber der Monatsschrift »Weltwirtschaft«, Die deutschen Bahnbauten in der Türkei, ihr politischer, militärischer und wirtschaftlicher Wert. Leipzig 1915, Verlag von Veit & Co.

Von besonderem Interesse sind die Mitteilungen des guten Kenners der Bahnen des Weltverkehrs über die militärischen Leistungen der Bahnen im Kriege und ihre aus Kriegstransporten erwachsenen Einnahmen. Zur geschichtlichen Darstellung bei Hennig und auch bei Krause ist natürlich als kritische Ergänzung heranzuziehen: Th. Rothstein, Der Streit um die Bagdadbahn, Neue Zeit, XXXI, 2, S. 520, und vor allem Karl Radek, Die Bagdadbahn, Neue Zeit, XXIX, 2, S. 257 und 293, besonders S. 297, wo die finanzielle Seite dieser Bahnunternehmung eingehend beleuchtet wird.

[19] Hier gibt Endres' erwähntes Buch einige Andeutungen.

Über den Islam wird unglaublich viel unklares Zeug geschrieben. Zur Einführung ist am besten das trotz seines populären Charakters mit großer Sachkenntnis und kritischer Nüchternheit sowie großem Verständnis für die wirtschaftlichen Ursachen religiöser Bewegungen geschriebene Buch von Professor Reckendorf: Mohammed und die Seinen (Wissenschaft und Bildung, Verlag Quelle & Meyer). Reckendorf zeigt vor allem, wie wandlungsfähig der Islam schon bei seinem Ent-

Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und der Türkei und ihre Zukunftsmöglichkeiten bedürfen auch einer gesonderten Darstellung, doch haben wohl die vorhergehenden Darlegungen gezeigt, daß jene überschwenglichen Erwartungen begeisterungsfähiger Tagesschriftsteller keinen realen Boden haben. Vorderasien muß entweder vorsichtig planmäßig europäisiert werden, oder es wird durch das eindringende Finanzkapital ägyptisiert. Letzteres ist wahrscheinlicher, falls nicht der Weltkrieg durch die Erschöpfung der europäischen Kapitalreserven und den psychologischen Umschwung in der Stellung der Masse zum Imperialismus eine völlige Wandlung der Weltpolitik im Gefolge hat. Die Kampftaktik und Energie, die Zielklarheit und die reale Macht des Weltproletariats und sein Verhältnis zum Finanzkapital entscheiden somit auch in letzter Linie über die Lösung der türkischen Probleme.

Vom Wirtschaftsmarkt.

Überall Finanznöte.

Die fünfte deutsche Kriegsanleihe. — Die Beteiligung der Sparkasseneinleger an den Kriegsanleihen. — Zunehmende Gewinne der ländlichen »Sparer«. — Die kleinen Zeichner und ihr Anteil an den Anleiheergebnissen. — Noch immer Geldflüssigkeit. — Verzinsung der neuen Anleihe. — Herrn Ribots Finanzbericht. — Frankreichs anschwellende Staatsschuld. — Ungedeckte Kredite. — Was ist's mit der neuen französischen Anleihe? — Goldabgaben der Bank von Frankreich nach England. — Ein enthüllter englischer Bluff. — Das Jammerresultat der ersten englischen Kriegsanleihe. — Projektenmacherei.

Berlin, 19. September 1916.

In dem letzten Bericht vom Wirtschaftsmarkt (22. Heft der Neuen Zeit) wurde bereits darauf hingewiesen, daß das Reichsschatzamt wahrscheinlich die verhältnismäßig günstige Ernte dazu benutzen werde, alsbald die fünfte Kriegsanleihe zur Zeichnung aufzulegen; denn die schwebende kurzfristige Schuld hätte eine solche Höhe erreicht, daß die weitere Ausgabe von Reichsschatzwechseln nicht lange mehr fortgesetzt werden könne. Inzwischen ist denn auch die Auflegung der neuen Kriegsanleihe erfolgt, und man muß zugestehen, der Zeitpunkt hätte nicht besser gewählt

---

stehen war und wie Mohammed sich den veränderten Situationen und Machtverhältnissen anpaßte. Diese geschichtliche Skizze ist auch die beste Widerlegung jener Islamphantasien, die bei der Proklamation des heiligen Krieges aufschossen und in der Schrift Mackays »Der Orient in Flammen« (München 1914, Hans-Sachs-Verlag) ihren groteskesten Ausdruck fanden. Es lohnt, diese Schrift jetzt einmal zu lesen, um die »Fruchtbarkeit« jener imperialistischen Geschichtsauffassung an den Ereignissen zu prüfen, jener Philosophie, die sich als Mischung von ökonomischer Geschichtstheorie mit Rassentheorie, ideologischer Geschichtsbetrachtung (Islam) und naturwissenschaftlich-chemischen Fachausdrücken darstellt.

Sachlich aber ditto oberflächlich und veraltet ist die Schrift von Davis Trietsch, Der Aufstieg des Islams.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Wunsch aussprechen, daß Genosse Cunow bei Neuauflage seinem Buche über den Ursprung der Religion eine knappe Skizze der Entstehung und Entwicklung des Islams, marxistisch betrachtet, anfügt, wozu das Material durch Spezialforschungen wohl geliefert sein dürfte.

Auf die nüchternen Bemerkungen Roloffs in seiner erwähnten Schrift sei noch hingewiesen und endlich auf den Reckendorf oft ergänzenden Aufsatz in »Balkan und naher Orient«: Arabien und die Araber in der Weltgeschichte von Professor Musil. S. 237.

werden können, denn soll die Anleihe den gewünschten Erfolg haben, dann ist nötig, daß diesmal noch in stärkerem Maße als bisher der Landwirtschaft treibende Volksteil zum Ankauf der neuen Anleihewerte herangezogen wird. Die großen Korporationen und Institute, die kriegsindustriell beschäftigten Unternehmergruppen und der infolge der hohen Preise für landwirtschaftliche Produkte außergewöhnliche Profite einsteckende ländliche Grundbesitz sollen und müssen die neuen Milliarden aufbringen. Der Mittelstand, vornehmlich der sogenannte kleine Mittelstand wird sich voraussichtlich nicht mehr in gleichem Maße daran beteiligen können wie bei den ersten Anleihen, denn den größten Teil seiner Ersparnisse hat er bereits früher in Kriegsanleihen angelegt, und neue Kapitalien fließen ihm, wenn man von den für das Heer arbeitenden Betrieben absieht, nicht mehr in gleicher Weise zu wie im vorigen Jahre, da die in den kleineren Geschäften noch aus früherer Zeit vorhandenen Vorräte inzwischen geräumt sind und damit das Umsetzen der Lagerbestände in Geld aufgehört hat.

Dem scheint zu widersprechen, daß noch immer den Sparkassen ansehnliche Geldmassen zuströmen. Nach einer von dem Berliner Sparkassendirektor H. Reusch in der »Frankfurter Zeitung« (Nr. 247, erstes Morgenblatt) mitgeteilten Statistik hat in den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres der Kapitalzuwachs der Sparkassen nur 85 Millionen Mark weniger betragen als im gleichen Zeitraum des vorigen Jahres, nämlich 1600 Millionen gegen 1685 Millionen Mark, während sich in den sieben ersten Monaten des Jahres 1914 der Zuwachs nur auf 323 Millionen Mark stellte. Doch diese Zahlen besagen durchaus nichts darüber, aus welchen Bevölkerungskreisen die neuen Einlagen stammen. Sicher ist, daß heute auch viele wohlhabende Kapitalisten, da sie ihr Geld weder im eigenen noch in anderen Geschäftsbetrieben nutzbringend anzulegen wissen und die Sparkassen immerhin noch höhere Zinsen zahlen als die Banken, ihre überschüssigen Kapitalien nach den Sparkassen tragen, zumal ihnen in der jetzigen Kriegszeit die dortigen Einlagen sicherer dünken. Und ebenso zweifellos ist, daß gerade in den Sparkassen der reichen Bauerngegenden die Einlagen seit mehr als Jahresfrist besonders zugenommen haben, wie denn auch gerade die Sparkasseneinleger der vornehmlich Landwirtschaft treibenden Provinzen sich schon an den letzten Kriegsanleihen verhältnismäßig stärker beteiligt haben als die der industriellen Gegenden. Herr Reusch liefert dafür selbst durch eine Tabelle einen recht interessanten Beleg. Auf je 1000 Mark Einlagebestand der Sparkassen kam nämlich an Zeichnungen der Sparer:

	Bei der			
	1. Kriegsanleihe Mark	2. Kriegsanleihe Mark	3. Kriegsanleihe Mark	4. Kriegsanleihe Mark
In Ostpreußen	11	79	184	190
- Westpreußen	51	164	207	184
- Posen	52	143	174	153
- Pommern	42	142	169	150
- Brandenburg	50	151	163	125
- Schlesien	28	107	133	110
- Sachsen	38	108	137	106
- Hannover	27	91	110	99
- Hessen-Nassau	30	87	106	99
- Schleswig-Holstein	25	89	103	94
- Westfalen	33	106	124	91
- Rheinprovinz	45	109	118	87
- Stadtkreis Berlin	13	96	104	45
Preußen	36	110	130	104

Demnach traten bei der ersten Kriegsanleihe die Sparkasseneinleger der landwirtschaftlichen Provinzen keineswegs in viel stärkerem Maße als Anleihezeichner auf wie die Sparer der industriellen Provinzen. Schon bei der zweiten Anleihe und noch mehr bei der dritten und vierten ändert sich jedoch das Bild. Nun stellen die Sparer der östlichen Provinzen ein immer größeres Kontingent von Abnehmern der Anleihewerte.

Woraus erklärt sich das? Sind die östlichen Provinzen um so viel patriotischer oder »opferfreudiger«? Zu einem kleinen Teil mag zu dieser Verschiedenheit beitragen, daß in den Ostprovinzen die kleineren und mittleren Sparer bei weitem überwiegen und unter diesen kleineren Einlegern sich tatsächlich mehr Elemente befinden, die die Verpflichtung fühlen, ihren Teil zur Verteidigung des heimatlichen Bodens beizutragen, als unter den wohlhabenderen Sparern. Vielleicht hat auch zu dieser Mehrbeteiligung die Tatsache beigetragen, daß der Spareinlagezins im allgemeinen im Osten niedriger ist als im Westen und daher im Osten der hohe Zins der Kriegsanleihen stärker zu deren Erwerbung reizte. Doch das sind beides nur Nebenmotive; der eigentliche Grund der zunehmenden stärkeren Beteiligung der östlichen Sparkasseneinleger ist einfach die Tatsache, daß zunächst die landwirtschaftliche Bevölkerung keineswegs einen größeren Vorteil von dem Kriege hatte als die westliche industrielle; *je begehrter und teurer aber die ländlichen Produkte wurden, desto größer wurde auch der Gewinn der Landwirte* und desto geneigter wurden sie, einen Teil dieses neuen Gewinns in Anleihepapieren anzulegen.

Dabei kommt noch ein zweites in Betracht: auch die Großindustrie und das Großhändlertum des Westens haben teilweise infolge des Krieges hohe Profite erzielt, oft noch größere als die ländlichen Grundbesitzer; aber hier blieb der Mehrgewinn auf engere Kreise beschränkt, die meist keine Sparkasseneinleger sind; in den ländlichen Gegenden haben aber nicht nur die Großgrundbesitzer einen Vorteil von der Preissteigerung der Bodenprodukte, *auch die Mittel- und Kleinbauern partizipieren daran*, besonders soweit sie die Märkte naher Groß- und Industriestädte mit ihren Erzeugnissen versorgen.

Nicht ausgeschlossen ist, daß infolge dieses Ausscheidens eines Teiles des kleineren Mittelstandes und der bessergestellten Arbeiterschaft — auch diese hat sich, worüber man sich keine Illusionen machen sollte, bisher ziemlich stark an den Zeichnungen beteiligt — sich die Zahl der Zeichner bei der fünften Kriegsanleihe vermindern wird. Bisher hat sie sich von Anleihe zu Anleihe beständig vermehrt. Bei der ersten Anleihe betrug sie 1 177 235, stieg dann bei der zweiten auf 2 691 060, bei der dritten auf 3 966 418 und bei der vierten gar auf 5 279 645, und zwar vollzog sich diese Steigerung im wesentlichen gerade dadurch, daß immer mehr kleine Zeichner herangezogen werden konnten. Nimmt man 2000 Mark als Höhengrenze für die kleinen Zeichnungen an, dann belief sich die Zahl der kleinen Zeichner bei der ersten Anleihe nur auf 926 059, bei der zweiten waren es schon 2 113 220, bei der dritten 3 291 388, bei der vierten 4 728 712. Im Durchschnitt aller vier Anleihen entfallen also nicht weniger als 84 Prozent auf die Klasse der kleinen Zeichner bis zu 2000 Mark. Daraus darf jedoch nicht gefolgert werden, daß, wie jüngst in einigen Blättern zu lesen war, die kleinen Leute das meiste zu jener Munition beigesteuert hätten, die nach Montecuccülis Ausspruch das Wichtigste bei jeder Kriegführung ist. Insgesamt haben diese 84 Prozent *doch nur 7 Milliarden Mark* (genauer 6861 Millionen) zu den 36½ Milliarden Mark beigetragen, die durch die ersten vier Kriegsanleihen aufgebracht worden sind.

Übrigens ist der Zeitpunkt der Anleihe nicht nur insofern günstig gewählt, als der Landmann bereits ansehnliche Zahlungen auf die Ernte eingenommen hat, sondern auch, weil zurzeit wieder eine sogenannte starke Geldflüssigkeit vorhanden ist. Der Stand der Giroguthaben bei der Reichsbank war während der ganzen abgelaufenen Kriegszeit nie so hoch als heute, und die Diskontogesellschaft teilt in

ihrem kürzlich erschienenen Nachtrag zu ihrem Bericht über »Die deutsche Volkswirtschaft im Kriege« mit, daß ihre Zweigstellen und ihre Berliner Depositenkassen am 15. August dieses Jahres über einen Betrag fremder Guthaben verfügten, wie er noch nie in der ganzen Kriegszeit vorhanden war: einen Betrag, der den Stand vom 15. Juli 1914, also einen halben Monat vor dem Kriegsausbruch, um 75 Prozent übertrifft.

Den Zeichnungsbedingungen hat die Tagespresse bereits so lange Artikel gewidmet, daß es keinen Zweck hat, lange Betrachtungen darüber anzustellen, zumal die jetzigen den früheren Bedingungen im ganzen gleichen. Der Ausgabekurs, der bei der ersten Anleihe auf 97½ Prozent festgesetzt war, dann bei der zweiten auf 98½ Prozent, bei der dritten auf 99 und bei der vierten wieder auf 98½ Prozent ermäßigt wurde, ist jetzt auf 98 Prozent herabgesetzt worden. Demnach steht er nominell um ½ Prozent tiefer, da die Frist der Unkündbarkeit für die Anleihen jedoch gleichmäßig zum Oktober 1924 abläuft, beträgt der Unterschied etwas weniger. Genau gerechnet, stellt sich die Nettoverzinsung der neuaufgelegten fünfprozentigen Anleihe auf 5,10 Prozent und, falls die Rückzahlung zum Oktober 1924 erfolgt, mit dem sich aus der Kursdifferenz ergebenden Kursgewinn von 2 Prozent auf 5,35 Prozent.

Die neuen Schatzanweisungen tragen nur 4½ Prozent Zinsen, werden aber zum Kurse von 95 Prozent ausgegeben. Der Nettopreis beträgt 4,74 Prozent. Da jedoch die Auslosung 1923 beginnt und 1932 endet, so ergibt sich mit dem Kursgewinn im günstigsten Falle, das heißt wenn die betreffende Schatzanweisung gleich das erste Mal ausgelost wird, ein Zinssatz von 5,51 Prozent, wenn die Nummer zuletzt gezogen wird, von 5,07 Prozent.

Auch Frankreich steht vor einer neuen Anleihe. Seine Kriegsausgaben betragen jetzt über 90 Millionen Franken pro Tag, wie denn auch Herr Ribot, der französische Finanzminister, kürzlich in seiner der Budgetkommission der Deputiertenkammer überreichten Finanzaufstellung die Kriegsausgaben für das vierte Quartal 1916 auf 8347 Millionen Franken veranschlagt hat. Während für das Jahr 1915 die bewilligten Kredite sich nur auf 22 705 Millionen Franken belaufen haben, betragen die Kredite für 1916 mit Einschluß der jetzt angeforderten zusammen 32 350 Millionen, also 9645 Millionen Franken mehr. 1243 Millionen kostet die Zivilverwaltung mehr, hauptsächlich infolge der enorm anschwellenden Verzinsung der Staatsschuld, die allein in diesem Jahre ungefähr 1035 Millionen Franken mehr erfordert; 8402 Millionen der Mehrkosten entfallen auf die Landesverteidigung. Besonders hat die Artillerie viel größere Aufwendungen nötig gemacht, nämlich 4990 Millionen Franken mehr, zu denen noch 260 Millionen für neue Anlagen und Ausrüstungen von Pulverfabriken hinzukommen. Die bisherigen Kämpfe bei Verdun und an der Somme haben an Munition Riesensummen gekostet.

Die Verschuldung Frankreichs, die schon beim Kriegsausbruch 32 787 Millionen Franken betragen hat, steigt denn auch in ungeheurem Maße. Die seitdem bewilligten Kriegskredite betrugen bis Ende Juli 1916 44½ Milliarden Franken, zu denen für das dritte Quartal 1916 weitere 8½ Milliarden und als Anforderung für das vierte Quartal noch 9,1 Milliarden hinzukommen. Insgesamt stellen sich also die neuen Kredite bis Ende 1916 auf mehr als 62 Milliarden Franken, wovon ungefähr drei Viertel auf die Landesverteidigung entfallen, nach der Aufstellung des Finanzministers genau 45 232 444 000 Franken; der Rest von fast 17 Milliarden ging für soziale Fürsorge, Schuldendienst und außergewöhnliche Ausgaben der Staatsverwaltung drauf. — Von dieser Summe von 62 Milliarden Franken sind nur ungefähr 13 Milliarden durch langfristige Anleihen gedeckt (die französische Siegesanleihe im Betrag von 11 964 Millionen und die amerikanische Anleihe von 1243 Millionen Franken); an 15 Milliarden Franken dürfte zurzeit der Absatz an Nationalverteidigungsbonds und National-

verteidigungsobligationen betragen; der Ertrag aus den normalen Eingängen des Budgets wird von Herrn Ribot auf 7375 Millionen angegeben, rechnet man die voraussichtlichen Mehrerträge usw. hinzu, so wird sich die Gesamtsumme vielleicht auf 8½ Milliarden Franken stellen; der Absatz von Nationalbonds im Ausland, vornehmlich England und den Vereinigten Staaten von Amerika, wird auf knapp 1½ Milliarden Franken geschätzt, und die Vorschüsse der Bank von Frankreich an den Staat betragen 8700 Millionen Franken. Das sind, reichlich gerechnet, insgesamt erst 36,7 Milliarden, und wenn man die Vorschüsse der Bank von Algier und einige kleine Nebenposten hinzurechnet, höchstens 37 Milliarden Franken. Von den 62 Milliarden Franken Krediten sind also, selbst wenn man die Bankvorschüsse nicht mitrechnet, noch mindestens 15 Milliarden völlig ungedeckt. Es muß für sie daher notwendig Deckung beschafft werden.

Wie will Herr Ribot das machen? Um eine baldige Anleihe kommt er nicht herum. Doch wie soll diese Anleihe gestaltet werden? Mit der im Dezember vorigen Jahres aufgelegten Siegesanleihe hat man schlechte Erfahrungen gemacht. Von dem Ertrag von 11 964 Millionen Franken entfallen nach offizieller Angabe nur *6368 Millionen Franken* auf neues Geld, der übrige Betrag auf konvertierte Nationalwerte. Was nun? Soll wieder nicht über den Zinssatz von 5 Prozent hinausgegangen werden, dann wird der Herr Finanzminister kaum einen wesentlich höheren Ausgabekurs durchsetzen können als bei der ersten Kriegsanleihe, also 88 Prozent, mag auch der Kurs für diese Anleihewerte an der Pariser Börse zurzeit auf 90 Prozent stehen. Vielleicht rechnet Herr Ribot darauf, daß ihm demnächst große Erfolge an der Westfront das Anleihegeschäft erleichtern werden.

Um Frankreichs Finanzlage ist es überhaupt recht mißlich bestellt. Es ist gezwungen, einen immer größeren Teil seines Verbrauchs an Waren und Kriegsmaterialien aus dem Ausland zu beziehen, so daß von Monat zu Monat seine Auslandsverschuldung um 550 bis 600 Millionen Franken steigt. Um in England noch Kredit zu erhalten, hat es bereits große Goldposten an die Bank von England abgeben müssen. Nach den Ausweisen der Bank von Frankreich befinden sich rund 574 Millionen Franken ihres Goldes im Ausland, so daß ihr eigentlicher Goldvorrat nur noch 4247 Millionen Franken beträgt, denen ein Notenumlauf von 16,6 Milliarden Franken gegenübersteht.

Das *englische Schatzamt* scheint sich dagegen noch nicht entschließen zu können, eine neue Anleihe aufzunehmen. Es greift daher immer wieder zur Ausgabe kurzfristiger Schatzwechsel. Ganz begreiflich, da die ersten beiden Kriegsanleihen einen Mißerfolg gehabt haben und die Jubelfanfaren der englischen Presse nichts als unverschämte Bluffs waren. Aus dem jüngst veröffentlichten Finanzbericht für das am 31. März zu Ende gegangene Finanzjahr ergibt sich, daß, obgleich die offizielle Kursliste der Londoner Börse den Gesamtumlauf der 3½prozentigen ersten Kriegsanleihe auf 214,1 Millionen Pfund Sterling angibt, *tatsächlich nur für 62,7 Millionen (genauer 62774000) Pfund Sterling solcher Werte umlaufen*. Es sind nicht nur bei der Ausgabe der zweiten Kriegsanleihe 137,5 Millionen Pfund Sterling der ersten Anleihe herauskonvertiert worden, so daß sie im Ertrag der zweiten Anleihe, deren Höhe sich nach dem jetzigen Finanzbericht auf 899 997 072 Pfund Sterling beläuft, wieder erscheinen, sondern es sind auch im geheimen, um den Mißerfolg zu verdecken, 148,7 Millionen Pfund Sterling vom Schatzamt kurzweg annulliert worden, wahrscheinlich in der Weise, daß die Banken, die große Posten dieser Anleihe übernommen hatten und nicht loswerden konnten, dafür Schatzwechsel erhielten. Ein Verfahren, für das die Bezeichnung »offizieller Finanzschwindel« nicht zu hart ist. — Und nicht nur diese Erfahrungen sowie die damals den Erwerbern der Anleihewerte gegebene Zusicherung, daß sie an den Vorteilen späterer Kriegsanleihen partizipieren sollen, auch die Lage des englischen Geldmarktes hält das Schatzamt immer wieder davon zurück, zu einer neuen Anleihe zu greifen; denn

der Bankdiskont beträgt zurzeit in England 6, der Privatdiskont 5½ Prozent. Zudem steht heute der Kurs der ersten Kriegsanleihe um 8½, der Kurs der zweiten Kriegsanleihe um 3½ Prozent unter dem Emissionskurs und würde sicherlich durch eine neue, vorteilhaftere Anleihe noch tiefer herabgedrückt werden.

Daß unter diesen Umständen eine neue dritte Anleihe keinen Erfolg haben würde, wenn sie nicht eine tatsächliche Verzinsung von mindestens 5½ Prozent böte, darüber dürfte auch das englische Schatzamt nicht im Zweifel sein. Wie der »Manchester Guardian« vor einigen Tagen zu berichten wußte, soll denn auch in Londoner Börsenkreisen von einem höchst eigenartigen Anleiheprojekt die Rede sein. Man empfiehlt dort, den Zinssatz der neuen Anleihe nur auf 4 Prozent festzusetzen, dafür aber den Ausgabekurs auf 80 Prozent zu ermäßigen und die Amortisation derart durchzuführen, daß alljährlich ein Teil der Papiere ausgelost und zum Nennwert eingelöst wird, und zwar soll schon alsbald nach dem Ende des Krieges mit der Auslosung begonnen werden. Auf diese Weise würde ein Erwerber neuer Anleihewerte, wenn dessen Anteile in fünf Jahren ausgelost würden, zirka 10 Prozent, derjenige, dessen Nummern in zehn Jahren gezogen würden, 7½ Prozent Zinsen erhalten. Es wäre recht kennzeichnend für den Charakter der vielgerühmten englischen Finanzsolidität, wenn die englische Regierung dazu übergehen würde, bei ihrer neuen Anleihe diese Prämienlosusancen zur Anwendung zu bringen. Heinrich Cunow.

Die Kriegswirkungen in den einzelnen Industriezweigen.

Von F. Kleeis.

Zu den statistischen Unterlagen, die in ganz hervorragender Weise ein Bild über die wirtschaftlichen Veränderungen in einem Industriezweig geben, gehören die Geschäftsberichte der Berufsgenossenschaften, dieser Organisationen der Unternehmer eines bestimmten Berufszweiges zum Zwecke der Durchführung der Unfallversicherung. Da die Unternehmer gezwungen sind, regelmäßige und genaue Angaben über die Zahl der beschäftigten Personen, die gezahlten Löhne usw. zu machen, so geben diese Mitteilungen für 1914 und 1915 beachtenswerte Hinweise auf die Wirkungen des Krieges.

Die Eisen- und Stahlindustrie kann sich noch der günstigsten wirtschaftlichen Verhältnisse erfreuen. Bei den acht großen Berufsgenossenschaften, welche die Schwereisenindustrie umfassen, verminderte sich allerdings auch die Zahl der versicherten Vollarbeiter von 1 459 091 im Jahre 1913 auf 1 257 876 im Jahre 1914 und 1 179 562 im Jahre 1915. Daraus kann jedoch noch nicht allein auf eine entsprechende Verminderung der Arbeitsleistungen geschlossen werden. Der Durchschnittslohn eines Arbeiters fiel zunächst von 1413 Mark im Jahre 1913 auf 1404 Mark im Jahre 1914, stieg aber dann sprunghaft auf 1560 Mark im Jahre 1915. Dieser Mehrertrag ist vor allem auf intensivere Tätigkeit infolge Überstunden- und Akkordarbeit zurückzuführen. Die geringste Einbuße hatte die Rheinisch-Westfälische Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft, bei der sich die Zahl der Beschäftigten von 212 129 im Jahre 1913 auf 190 140 im Jahre 1915 verminderte. Die Durchschnittslöhne erhöhten sich von 1741 auf 1961 Mark. Dagegen verminderte sich bei der Sächsisch-Thüringischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft die Arbeiterzahl von 195 306 im Jahre 1913 auf 149 037 im Jahre 1915. Die Löhne erhöhten sich nur von 1277 auf 1325 Mark pro Beschäftigten. Die Veränderungen im Bergbau illustrieren folgende Ziffern. Bei der Knappschaftsberufsgenossenschaft im Bezirk Bochum verminderten sich von 1913 auf 1915 die Beschäftigten von 401 042 auf 288 308, die Löhne von 746 auf 573 Millionen Mark. Der Lohn pro Versicherten erhöhte sich von 1862 auf 1987 Mark. Auch bei der chemischen Industrie sind die Verluste verhältnismäßig gering. Bei der einzigen für diesen Industriezweig vorhandenen Berufsgenossenschaft vermin-

derte sich die Zahl der versicherten Betriebe nur von 15 042 im Jahre 1913 auf 14 914 im Jahre 1915, die Zahl der Vollarbeiter von 277 629 auf 219 646. Die Summe der wirklich gezahlten Löhne ging von 367 auf 309 Millionen Mark zurück. Bei der Bekleidungsindustrieberufsgenossenschaft mußten von Kriegsausbruch bis Ende des Jahres 1915 zusammen 981 Betriebslöschungen vorgenommen werden. Außerdem wurden 1147 vorübergehende Betriebseinstellungen gemeldet. Obgleich von rund 1200 Unternehmern Heereslieferungen ausgeführt wurden, nahm die Summe der anrechnungsfähigen Löhne von 330 Millionen Mark im Jahre 1913 auf 287 Millionen Mark im Jahre 1914 und 256 Millionen Mark im Jahre 1915 ab. Hinsichtlich der im Jahre 1915 ausgeführten Heereslieferungen wurde durch einen besonderen Fragebogen festgestellt, daß an diesen die Unternehmer einen reinen Verdienst von 20 Millionen Mark gehabt hatten. Die Zahl der Versicherten verminderte sich von 358 852 im Jahre 1913 auf 291 727 im Jahre 1915. Die Genossenschaft klagt über starke Zunahme der Unfallentschädigungen infolge der zahlreichen Einstellung ungeübter Arbeiter. Die Nahrungsmittelindustrieberufsgenossenschaft verzeichnete 1913 zusammen 31 257 Betriebe, 1915 aber 34 842. Dagegen verminderte sich die Zahl der Vollarbeiter von 284 025 auf 242 860. Das ist ein Zeichen, daß eine starke Zersplitterung der Betriebe stattgefunden hat. Die gezahlten Löhne verminderten sich von 234 Millionen Mark auf 216 Millionen Mark. Die Genossenschaft umfaßt vorzugsweise die Bäckereien. Ähnlich ist die Situation bei der Fleischereiberufsgenossenschaft, die ebenfalls über viele Unfälle durch ungelernte Arbeiter klagt. Bei der Brauerei- und Mälzereiberufsgenossenschaft verminderte sich die Zahl der Betriebe von 8842 im Jahre 1913 auf 8405 im Jahre 1915. Die durchschnittliche Arbeiterzahl ging von 117 024 auf 82 013, die Summe der gezahlten Löhne von 164 auf 121 Millionen Mark zurück. Der Bericht setzt auseinander, daß die Kontingentierung einen Notstand vieler Brauereien hervorgerufen habe. In der Molkerei-, Brennerei- und Stärkeindustrie ging die Zahl der Betriebe von 9458 im Jahre 1913 auf 8578 im Jahre 1915 zurück. Die Zahl der Vollarbeiter verminderte sich von 56 004 auf 46 092, die Summe der gezahlten Löhne von 56 auf 51 Millionen Mark. Viele Betriebe seien vorübergehend geschlossen, sie würden aber im Verzeichnis der Genossenschaft weitergeführt. Bei der Fuhrwerksberufsgenossenschaft verminderte sich von 1913 auf 1915 die Zahl der Betriebe von 36 840 auf 30 874, die der Vollarbeiter von 112 416 auf 63 613, also fast auf die Hälfte. Die Summe der gezahlten Löhne nahm um 46 Millionen Mark oder um 38 Prozent ab. Am Schlusse des Jahres 1915 ruhten 6731 (weiterverzeichnete) Betriebe gänzlich. Bei der verwandten Lagereiberufsgenossenschaft liegen die Dinge ähnlich; bei dieser ging die anrechnungsfähige Lohnsumme von 426 Millionen Mark im Jahre 1913 auf 299 Millionen Mark im Jahre 1915 zurück. Speziell im Stauergewerbe, das zu der Genossenschaft gehört, verminderte sich die Lohnsumme von 22 auf 4 Millionen Mark. Über eigentümliche Veränderungen berichtet die Lederindustrieberufsgenossenschaft. Während sich bei der Lederherstellung von 1913 auf 1915 die Zahl der Betriebe von 2142 auf 1859 und die der Vollarbeiter von 46 901 auf 38 648 verminderte, zeigte sich bei der Lederverarbeitung in der gleichen Zeit eine Vermehrung der Betriebe von 1948 auf 2154 und eine solche der Arbeiter von 14 386 auf 35 940. In der Handschuhindustrie ging die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 5057 auf 2979 zurück.

Zu den Industriezweigen, die besonders schwer zu leiden haben, gehört vor allem das Baugewerbe. Die Sächsische Baugewerksberufsgenossenschaft gibt an, daß die Summe der gezahlten Löhne von 139 Millionen Mark im Jahre 1913 auf 56 Millionen Mark im Jahre 1915 zurückging. Die Zahl der versicherten Arbeiter ging von 132 118 auf 50 134 herunter. Bei der Magdeburgischen Baugewerks-

berufsgenossenschaft verminderten sich in der gleichen Zeit die Löhne von 52 auf 26 Millionen Mark. Tätigkeit herrschte nur in den sogenannten Kriegsbauten; das private Baugewerbe habe gänzlich stillgelegen. Die Tiefbauberufsgenossenschaft verzeichnet im Jahre 1913 218 518 Vollarbeiter, 1915 aber nur 127 882. Die Jahreslohnsumme ging von 300 auf 184 Millionen Mark zurück. Dabei ist nicht zu übersehen, daß bei dieser Genossenschaft eine große Anzahl staatlicher und gemeindlicher Betriebe versichert sind. Die Ziegelindustrie bietet ein noch ungünstigeres Bild. Es verminderte sich von 1913 auf 1915 die Zahl der Versicherten von 232 359 auf 74 163, die Summe der gezahlten Löhne von 198 auf 65 Millionen Mark. Von rund 10 000 Unternehmern meldeten im Jahre 1915 durchschnittlich 3340, daß ihre Betriebe gänzlich ruhten. Aus der Glasindustrie meldet die für diese vorhandene Berufsgenossenschaft, daß von 1913 auf 1915 die Zahl der Versicherten von 91 842 auf 52 892, die Lohnsumme von 99 auf 52 Millionen Mark zurückging. Der Durchschnittslohn eines Arbeiters verringerte sich in derselben Zeit von 1087 auf 995 Mark. Von der Textilindustrie berichten die zuständigen Berufsgenossenschaften (vergleiche Geschäftsbericht der Sächsischen Textilberufsgenossenschaft auf 1915), daß sich »die Zahl der versicherten Personen erheblich vermindert und eine Reihe von Betrieben zum Stillstand gekommen sei«. Ähnlich ungünstig lagen die Verhältnisse in der Holzindustrie. Die Steinbruchberufsgenossenschaft teilt mit, daß von 10 892 im Jahre 1915 gemeldeten Betrieben 4068 ruhten. Die Zahl der Vollarbeiter verminderte sich von 171 492 im Jahre 1913 auf 79 334 im Jahre 1915, die Summe der gezahlten Löhne in derselben Zeit von 203 auf 94 Millionen Mark.

Hier sind einige Beispiele, wie sich der Durchschnittslohn veränderte. Er betrug in den Jahren (in Mark):

	1913	1914	1915
Rheinisch-Westfälische Hütten- und Walzwerks-B.-G.	1741	1721	1961
Süddeutsche Eisen- und Stahl-B.-G.	1336	1310	1429
Südwestdeutsche Eisen-B.-G.	1409	1387	1413
Maschinenbau- und Kleineisen-B.-G.	1423	1426	1559
Sächsisch-Thüringische Eisen- und Stahl-B.-G.	1277	1235	1325
Nordöstliche Eisen- und Stahl-B.-G.	1321	1326	1640
Schlesische Eisen- und Stahl-B.-G.	1151	1148	1226
Nordwestliche Eisen- und Stahl-B.-G.	1517	1502	1756
Knappschafts-B.-G., Bezirk Bochum	1862	1733	1987
B.-G. der chemischen Industrie	1302	1312	1382
Bekleidungsindustrie-B.-G.	922	865	878
Nahrungsmittelindustrie-B.-G.	934	903	893
B.-G. der Molkerei-, Brennerei- und Stärkeindustrie	1012	1064	1107
Fuhrwerks-B.-G.	1058	1080	1112
Sächsische Baugewerks-B.-G.	—	1431	1435
Tiefbau-B.-G.	1373	1368	1442
Ziegelei-B.-G.	853	860	877
Glas-B.-G.	1087	907	995
Steinbruch-B.-G.	1188	1167	1188
Lederindustrie-B.-G.	1255	1310	1342

Bemerkenswert sind hier die großen Verschiedenheiten der Löhne in den einzelnen Industriezweigen. Wenn auch zum Teil die Jahresarbeitsverdienste gestiegen sind — vereinzelt ist sogar ein Rückgang eingetreten —, so stehen doch die Erhöhungen mit der gewaltigen Verteuerung der Lebenshaltung in keinem Verhältnis. Man sieht aus all den Ziffern, die wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges sind ganz unübersehbar ungünstige. Es wird langer Mühen bedürfen, sie wieder auszugleichen.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Nummer 26 34. Jahrgang · 2. Band 29. September 1916

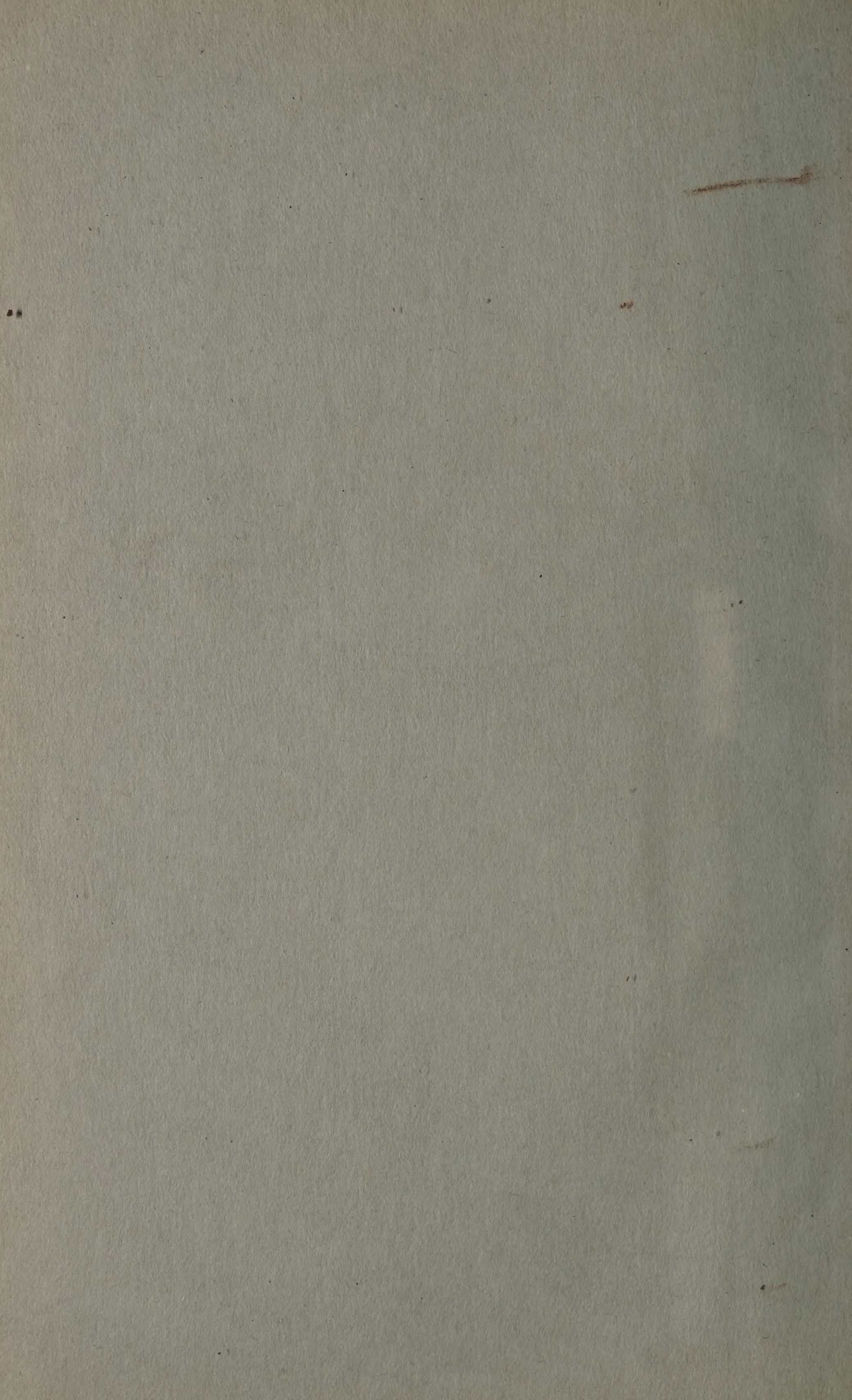
Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

Inhalt des Heftes

✧ Einzelheft 30 Pf., vierteljährlich 3 Mark 90 Pf. ✧

Stuttgart
Druck und Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G.m.b.H.




UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 077837497